

CREDIT SUISSE 

Geschäftsbericht 2013

Credit Suisse Group AG



Finanzkennzahlen

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Reingewinn (in Mio. CHF)					
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	2 326	1 349	1 953	72	(31)
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 181	1 389	1 978	57	(30)
Ergebnis pro Aktie (in CHF)					
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.14	0.82	1.34	39	(39)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	1.22	0.79	1.32	54	(40)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.14	0.82	1.34	39	(39)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	1.22	0.79	1.32	54	(40)
Eigenkapitalrendite (in %)					
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	5.7	3.9	6.0	-	-
Kernergebnis (in Mio. CHF) ¹					
Nettoertrag	25 217	23 251	25 095	8	(7)
Rückstellung für Kreditrisiken	167	170	187	(2)	(9)
Total Geschäftsaufwand	21 546	21 193	22 149	2	(4)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 504	1 888	2 759	86	(32)
Kernergebnis: Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %) ¹					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	85.4	91.1	88.3	-	-
Gewinnmarge vor Steuern	13.9	8.1	11.0	-	-
Effektiver Steuersatz	36.4	24.6	23.8	-	-
Reingewinnmarge ²	9.2	5.8	7.8	-	-
Verwaltete Vermögen und Netto-Neugelder (in Mia. CHF)					
Verwaltete Vermögen aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 253.4	1 197.8	1 133.5	4.6	5.7
Netto-Neugelder aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	36.1	11.4	43.7	216.7	(73.9)
Bilanzdaten (in Mio. CHF)					
Total Aktiven	872 806	924 280	1 049 165	(6)	(12)
Ausleihungen, netto	247 054	242 223	233 413	2	4
Total Eigenkapital der Aktionäre	42 164	35 498	33 674	19	5
Materielles Eigenkapital der Aktionäre ³	33 955	26 866	24 795	26	8
Buchwert pro ausstehende Aktie (in CHF)					
Total Buchwert pro Aktie	26.50	27.44	27.59	(3)	(1)
Materieller Buchwert pro Aktie ³	21.34	20.77	20.32	3	2
Ausstehende Aktien (in Mio.)					
Ausgegebene Stammaktien	1 596.1	1 320.8	1 224.3	21	8
Eigene Aktien	(5.2)	(27.0)	(4.0)	(81)	-
Ausstehende Aktien	1 590.9	1 293.8	1 220.3	23	6
Börsenkaptalisierung					
Börsenkaptalisierung (in Mio. CHF)	43 526	29 402	27 021	48	9
Börsenkaptalisierung (in Mio. USD)	49 224	32 440	28 747	52	13
BIZ-Daten (Basel III) ⁴					
Risikogewichtete Aktiven (in Mio. CHF)	273 846	292 481	-	(6)	-
Quote des harten Kernkapitals (CET1) (in %)	15.7	14.2	-	-	-
Kernkapitalquote (T1) (in %)	16.8	15.2	-	-	-
Dividende pro Aktie (in CHF)					
Dividende pro Aktie	0.70 ⁵	0.75 ⁶	0.75 ⁶	-	-
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	46 000	47 400	49 700	(3)	(5)

¹ Siehe «Ergebnisse im Überblick» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kernergebnis für weitere Informationen zum Kernergebnis.

² Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen.

³ Eine unter GAAP nicht definierte Finanzgrösse. Das materielle Eigenkapital der Aktionäre wird durch Abzug des Goodwill und der sonstigen immateriellen Werte (gemäss unserer Bilanz) vom Total Eigenkapital der Aktionäre berechnet.

⁴ Am 1. Januar 2013 trat das Basel-III-Regelwerk in Kraft.

⁵ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 9. Mai 2014. Die Dividende soll aus Reserven aus Kapitaleinlagen ausgeschüttet werden.

⁶ Aus Reserven aus Kapitaleinlagen bezahlt.

Geschäftsbericht 2013



Der **Geschäftsbericht 2013** enthält eine detaillierte Darstellung der Jahresrechnung der Credit Suisse Group, der Unternehmensstruktur, der Corporate Governance und Vergütung und des Treasury- und Risikomanagements sowie einen ausführlichen Kommentar zu den Betriebs- und Finanzresultaten.

Geschäftsbericht – Titelbild Kundenberater Gianluigi Pezzotta (links), der im Firmenkundengeschäft der Credit Suisse in Lugano tätig ist, sieht das persönliche Gespräch mit dem Kunden vor Ort als einen wichtigen Bestandteil seiner Arbeit. Hier führt ihn Umberto Zardi, Präsident der Casale Group, durch die Eingangshalle seines Unternehmens in Lugano. Die Casale Group nimmt mit ihrer Produktion und Modernisierung von Anlagen für stickstoffhaltigen Dünger im weltweiten Markt eine führende Stellung ein und gewann 2013 den Prix SVC Svizzera italiana.



Der Bericht **Unternehmerische Verantwortung 2013** zeigt detailliert, wie die Credit Suisse im Bankgeschäft ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt wahrnimmt.

Dem Bericht **Unternehmerische Verantwortung** ist das **Unternehmensprofil 2013** beigelegt, welches die wichtigen Finanzdaten sowie strategische Informationen in Kurzform enthält. www.credit-suisse.com/verantwortung

Unternehmerische Verantwortung – Titelbild Die Credit Suisse legt grossen Wert auf die Nachwuchsförderung. 1 370 Jugendliche wurden 2013 im Rahmen einer Ausbildung unterstützt. HR Consultant Michael Seibold (Mitte) vom Young Talents Team betreut derzeit 71 junge Menschen, die entweder im kaufmännischen Bereich eine Berufslehre absolvieren oder sich als Mittelschulabsolventinnen und -absolventen im Junior Banking Program befinden. Die Aufnahme, die im Bürokomplex Uetlihof 2 in Zürich entstanden ist, zeigt Michael Seibold mit den Lernenden Maxime Seiler, Largesä Mena, Louise Brun, Denis Schnell und Fiona Bosshard (von links nach rechts).

Unternehmensprofil – Titelbild Die Credit Suisse hat auf dem Campus der Polytechnischen Hochschule Lausanne (EPFL) eine «Geschäftsstelle der Zukunft» eingerichtet, in der sie neue Ideen und Konzepte für das Bankgeschäft testet. Geschäftsstellenleiter Oliver Kratzer sorgt mit seinen Kolleginnen Yasmina Garchi und Luana Conticello dafür, dass die Credit Suisse in den Alltag auf dem Campus eingebunden ist.

Credit Suisse Apps



Investor Relations and Media

Aktuelle Online- und Offline-Finanzinformationen über die Credit Suisse für Anleger, Analysten, Medien und andere interessierte Kreise.



News & Expertise by Credit Suisse

Bündelt das Expertenwissen der Credit Suisse in einer dynamischen News-Applikation. Im Zentrum stehen globale Trends in Wirtschaft und Finanz.



Der Schweizer Finanzplatz und die Credit Suisse

Bietet einen Überblick über die Geschäftstätigkeit der Credit Suisse in der Schweiz und das vielfältige Engagement der Bank für den Finanzplatz Schweiz und die Schweizer Wirtschaft.



Mobile Banking Credit Suisse

Mobil Rechnungen bezahlen, Kreditkartentransaktionen abfragen, Finanzinformationen lesen oder Depotpositionen und Konten in Echtzeit verfolgen – ortsunabhängig, übersichtlich und sicher.



Vorwort des Verwaltungsratspräsidenten
und des Chief Executive Officer 5

I – Informationen zum Unternehmen 11

Credit Suisse auf einen Blick	12
Strategie	13
Unsere Geschäftsbereiche	16
Organisation und Regionen	26
Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden	28
Risikofaktoren	41

II – Kommentar zu den Resultaten 51

Geschäftsumfeld	52
Credit Suisse	55
Kernergebnis	63
Private Banking & Wealth Management	71
Investment Banking	85
Corporate Center	92
Verwaltete Vermögen	95
Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung	98

III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz 105

Management von Liquidität und Refinanzierung	106
Kapitalbewirtschaftung	114
Risikomanagement	130
Bilanzielle, ausserbilanzielle und sonstige vertragliche Verpflichtungen	160

IV – Corporate Governance und Vergütung 165

Corporate Governance	166
Vergütung	198

V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group 231

Bericht der Revisionsstelle	233
Konsolidierte Jahresrechnung	235
Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung	242
Kontrollen und Verfahren	389
Bericht der Independent Registered Public Accounting Firm	390

VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group 391

Bericht der Revisionsstelle	393
Statutarische Jahresrechnung	395
Anhang zur Jahresrechnung	397
Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns und zur Kapitalausschüttung	406
Bericht der Kapitalerhöhungsprüfer	407

Anhang A-1

Ausgewählte 5-Jahres Informationen	A-2
Abkürzungsverzeichnis	A-4
Glossar	A-6
Informationen für Investoren	A-10
Finanzinformationen: Termine und Quellen	A-12

Im Rahmen dieses Geschäftsberichts beziehen sich, soweit es der Kontext nicht anders erfordert, die Bezeichnungen «Credit Suisse Group», «Credit Suisse», «die Gruppe», «wir», «uns» und «unser(e)» auf die Credit Suisse Group AG und deren konsolidierte Tochtergesellschaften. Das Geschäft der Credit Suisse AG, der Schweizer Tochtergesellschaft der Gruppe, ist weitgehend deckungsgleich mit jenem der Gruppe, und wir verwenden diese Bezeichnungen für beide, wenn der thematische Bezug derselbe oder nahezu derselbe ist. Die Bezeichnung «die Bank» bezieht sich auf Credit Suisse AG, die Schweizerische Bank-Tochtergesellschaft der Gruppe, sowie deren konsolidierte Tochtergesellschaften. Abkürzungen und speziell gekennzeichnete ☉ Begriffe werden im Abkürzungsverzeichnis und im Glossar am Ende dieses Berichts erklärt. Die englische Version dieses Geschäftsberichts ist die rechtsgültige Version. In den Tabellen steht «→» für «nicht aussagekräftig» oder «nicht anwendbar».



Urs Rohner, Präsident des Verwaltungsrats (rechts), Brady W. Dougan, Chief Executive Officer.

Vorwort des Verwaltungsratspräsidenten und des Chief Executive Officer

SEHR GEEHRTE AKTIONÄRE, KUNDEN UND MITARBEITENDE

Fünf Jahre nach Ausbruch der globalen Finanzkrise ist die Entwicklung der gesamten Finanzbranche und der Credit Suisse geprägt von den verschärften regulatorischen Bestimmungen, die als direkte Folge der Krise erlassen wurden. Aber nicht nur die regulatorischen Rahmenbedingungen haben sich stark gewandelt, sondern auch das Marktumfeld und die Kundenbedürfnisse. Vor diesem Hintergrund nehmen wir die Präsentation unserer Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2013 zum Anlass, mit dem zeitlichen Abstand von fünf Jahren auf die Veränderungen im Bankensektor und bei der Credit Suisse zurückzublicken. Wir blicken aber auch vorwärts auf einige der Trends, Chancen und Herausforderungen, welche unserer Ansicht nach auf den Bankensektor und auf die Credit Suisse zukommen werden.

Veränderung der Bankenbranche als Folge der Finanzkrise

Das Finanzsystem ist heute sicherer und stabiler als vor der Krise. Dies zeigt sich an wichtigen Kennzahlen wie der Eigenkapitalausstattung, der Leverage Ratio und der Liquidität, aber auch an den grossen Fortschritten in der Notfall- und Abwicklungsplanung. Diese Entwicklung wurde und wird vorangetrieben durch neue Vorschriften, aber auch durch das Bestreben der Banken, die neuen Regeln umzusetzen und so zu einem stabileren Finanzsystem beizutragen. Diese Anstrengungen der Regulierungsbehörden und Banken weltweit mindern für die Zukunft die Wahrscheinlichkeit einer von den Steuerzahlern finanzierten Bankenrettung. Anfänglich gab es Bedenken, dass unterschiedliche, teils gegensätzliche Anforderungen der verschiedenen Rechtsordnungen und Regulierungsbehörden es den globalen Banken schwer machen würden, sich im Wettbewerb zu behaupten. Nun scheinen sich die Vorschriften immer mehr anzugleichen. Banken richten weltweit ihre Strategien und ihre Geschäftsmodelle auf die sich abzeichnenden neuen Anforderungen aus, indem sie ihre Eigenkapitalbasis stärken, Risiken abbauen und Massnahmen zur Steigerung der Produktivität und Effizienz umsetzen.

Die Credit Suisse hat viele dieser strukturellen Entwicklungen früh erkannt und sich an das veränderte Marktumfeld angepasst. So haben wir uns aktiv an Gesprächen mit den Regulierungsbehörden beteiligt und unser Geschäftsmodell im Investment Banking auf renditestarke und kapitaleffiziente Geschäfte

ausgerichtet. In der Division Private Banking & Wealth Management haben wir unsere Präsenz in Wachstumsmärkten ausgebaut und die Produktivität erhöht. Weiter haben wir unsere Bilanz seit 2008 um 25% verkürzt und auch unsere risikogewichteten Aktiven deutlich reduziert. Seit dem dritten Quartal 2011, als wir unsere risikogewichteten Aktiven erstmals nach dem Basel-III-Regelwerk auswiesen, haben wir diese um 28% verringert, und zwar auf «Look-through»-Basis, das heisst unter voller Berücksichtigung der ab 2019 geltenden Regeln. Wir konnten unsere Kosten um CHF 3,1 Mia. gegenüber der angepassten annualisierten Kostenbasis für das erste Halbjahr 2011 reduzieren und damit unsere Effizienz steigern. Zudem haben wir über die letzten Jahre unsere Kapitalausstattung weiter gestärkt. Gleichzeitig haben wir gezielt in Wachstumsbereiche investiert und sind dazu zurückgekehrt, eine Dividende ganz in bar an unsere Aktionäre auszuschütten. Dabei sind wir bestrebt, die Interessen unserer verschiedenen Anspruchsgruppen ausgewogen zu berücksichtigen.

Trends, Wachstumsmöglichkeiten und Herausforderungen für die Branche

Trotz diesen weitreichenden Veränderungen, bieten sich unserer Branche weiterhin attraktive Wachstumsmöglichkeiten. So dürfte gemäss dem Global Wealth Report 2013 der Credit Suisse das weltweite Privatvermögen über die nächsten fünf Jahre um fast 40% auf USD 334 Billionen wachsen. Es wird erwartet, dass die Schwellenländer etwa 29% zu diesem Vermögenszuwachs beitragen.

Vor diesem Hintergrund sehen wir für die Credit Suisse in Asien und Lateinamerika sowie in Teilen des Nahen Ostens und Osteuropas auch weiterhin erhebliches Wachstumspotenzial, sowohl für die Division Private Banking & Wealth Management als auch für die Division Investment Banking. Entsprechend wollen wir unsere Präsenz in diesen Regionen weiter ausbauen. Gleichzeitig investieren wir weiter in das Segment der äusserst vermögenden Kunden, der sogenannten Ultra-High-Net-Worth Individuals (UHNWI). Zudem setzen wir weiterhin auf unsere starke Stellung im Heimmarkt Schweiz und in anderen reifen Märkten. Attraktive Renditen versprechen wir uns auch von unserem neu ausgerichteten Asset Management, das sich auf liquide Anlagestrategien konzentriert und eng mit den anderen Geschäftsbereichen zusammenarbeitet.

Bedeutende Impulse für unsere Branche erwarten wir von den Entwicklungen im Bereich der Technologie. Neue Wettbewerber sind auf den Plan getreten, die zwar keine eigentlichen Banken sind, aber traditionelle Bankdienstleistungen anbieten. Sie haben unserer Ansicht nach das Potenzial mit traditionellen Banken zu konkurrenzieren. Sie werden die etablierten Institute verstärkt dazu zwingen, ihr Leistungsangebot neu zu definieren, gerade im Kreditgeschäft und in der Vermögensverwaltung.

Als Bank mit einer langen und reichen Tradition hebt sich die Credit Suisse von diesen Wettbewerbern ab – durch unsere Erfahrung im Kapital- und Liquiditätsmanagement ebenso wie durch unser bewährtes, umfangreiches Netzwerk. Weltweit haben wir über 2,2 Mio. Kunden, die uns als Finanzpartner vertrauen. Unsere 46 000 Mitarbeitenden stehen unseren Kunden mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung, mit Beratung und massgeschneiderten Lösungen zur Seite. Eine der grössten Herausforderungen in der nahen Zukunft wird sein, technologische Lösungen umzusetzen, mithilfe derer unsere Kunden direkt auf die gesamte Kompetenz der Credit Suisse zugreifen können. Unser Anspruch ist es, ihnen das umfassende Wissen und die grosse Menge an intern verfügbaren Informationen schnell und effizient bereitzustellen. Zu diesem Zweck entwickeln wir derzeit ein integriertes digitales Dienstleistungsangebot für unsere Privatkunden – eine Online-Banking-Plattform mit Funktionalitäten, die intuitiv zu bedienen sind und den Kunden das Angebot unserer Bank auf innovative Weise besser zugänglich machen soll.

Ein zentrales Anliegen des Schweizer Finanzplatzes und der Credit Suisse ist es, die Steuerangelegenheiten aus der Vergangenheit möglichst rasch beizulegen. Nur so können die Schweizer Banken erfolgreich die Zukunft gestalten. Dazu gehört auch die Einhaltung internationaler Transparenzstandards und Steuervorschriften. Wir sind überzeugt, dass alle Schweizer Banken, die weiterhin im grenzüberschreitenden Geschäft tätig sind, sich an ausländische Steuervorschriften halten müssen. Die Credit Suisse verfolgt schon seit Langem eine Strategie der Steuerkonformität. Wir werden auch künftig Massnahmen wie den automatischen Informationsaustausch unterstützen, die helfen sicherzustellen, dass bei Banken weltweit hinterlegte Vermögenswerte ordnungsgemäss versteuert werden. Wir sind überzeugt, dass die Schweiz mit dieser Strategie – in Verbindung mit der politischen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes und seinem hochwertigen Serviceangebot – ihre führende Stellung als internationaler Finanzplatz weiter stärken können. Die Banken haben durch die Finanzkrise Vertrauen verloren. Ihre Werte und die Prinzipien werden bis heute infrage gestellt. Gleichwohl übernehmen Banken weiterhin eine zentrale Funktion für die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes. Über die letzten 50 Jahre haben die Industrieländer einen Wohlstand erreicht, der mit einem beispiellosen Vermögenszuwachs der Mittelschicht einherging. Im Zuge der Globalisierung ist auch in den Schwellenländern das Vermögen gewachsen. Diese Wohlstandsentwicklung

ist auch einem gut funktionierenden Finanzsystem zu verdanken. Die Banken werden aufgrund ihrer Vermittlerrolle an den Finanzmärkten weiterhin eine wichtige Funktion erfüllen und damit zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung beitragen.

Die Credit Suisse betreut seit ihrer Gründung im Jahr 1856 Firmenkunden und finanziert Unternehmen. Sie verfügt darüber hinaus über langjährige Erfahrung in der Vermögensverwaltung und im Kapitalmarktgeschäft. Als Arbeitgeber, Einkäufer und Investor leisten wir einen bedeutenden Beitrag zur Wirtschaftsleistung und Beschäftigung. Die Credit Suisse hat 2013 Waren, Dienstleistungen und Lizenzen im Gesamtwert von mehr als CHF 6 Mia. von über 28 000 Lieferanten auf der ganzen Welt bezogen.

Fortschritte und Erfolge der Credit Suisse im Jahr 2013

Zeit ihres Bestehens hat die Credit Suisse ihr Geschäftsmodell und ihre Organisationsstruktur immer wieder an veränderte Kundenbedürfnisse, Regulierungsvorschriften und Marktbedingungen angepasst. 2013 haben wir grosse Fortschritte bei der Umsetzung unserer Strategie erzielt. Dabei konnten wir auf den bereits seit 2008 eingeleiteten Massnahmen aufbauen.

Die Credit Suisse erfüllt seit Anfang 2013 die Anforderungen des Basel-III-Regelwerks, das die Schweiz zusammen mit der «Too Big to Fail»-Gesetzgebung eingeführt hat. Wir haben auch im letzten Jahr an Gesprächen über nationale und internationale Regulierungsvorschriften teilgenommen und bei der Lösung der «Too Big to Fail»-Problematik weitere Fortschritte erzielt.

Im Gesamtjahr 2013 erzielten wir einen Vorsteuergewinn (Kernergebnis) von CHF 3 504 Mio. gegenüber CHF 1 888 Mio. im Vorjahr. Der den Aktionären zurechenbare Reingewinn betrug CHF 2 326 Mio., die Eigenkapitalrendite 6%. Im strategischen Geschäft wiesen wir 2013 einen Vorsteuergewinn (Kernergebnis) von CHF 7 132 Mio. aus und erzielten eine Eigenkapitalrendite von 13%, was die Stärke unseres Kerngeschäfts in den beiden Divisionen unterstreicht. Dank unserer anhaltenden Kostendisziplin haben wir ausserdem den Personalaufwand der Gruppe gegenüber dem Vorjahr um 9% und im Investment Banking um 10% verringert.

Weitgehend abgeschlossen ist die Umsetzung unseres im Juli 2012 angekündigten Kapitalplans. Per Ende 2013 erreichten wir eine Quote des harten Kernkapitals (CET1) nach Basel III (look-through) von 10,0%. Das Leverage-Exposure haben wir weiter verringert, so dass wir per Jahresende eine Schweizer Leverage Ratio von 5,1% respektive 3,7% auf «Look-through»-Basis auswiesen. Unter Anwendung der vom Basler Ausschuss überarbeiteten Richtlinien zur Berechnung der Leverage Ratio liegt diese Quote gemäss unserer vorläufigen Schätzung per Ende 2013 sogar bei rund 4%. Damit würden wir bereits heute die Anforderungen erfüllen, die ab 2019 in der Schweiz gelten. Dieses Jahr schlossen wir die Umwandlung hybrider Tier-1-Instrumente im Umfang von CHF 3,8 Mia. in Kapitalinstrumente mit hohem Trigger ab und emittierten erfolgreich Capital Notes mit niedrigem Trigger im

Umfang von CHF 6 Mia. Damit beträgt die Differenz zu den ab 2019 in der Schweiz geltenden Anforderungen an die progressive Kapitalkomponente lediglich noch CHF 3 Mia. Im Rahmen unserer Vergütungsstruktur für 2013 haben wir zudem ein Vergütungsinstrument eingeführt, das ähnliche Eigenschaften aufweist wie die im Markt platzierten Kapitalinstrumente und damit die Vergütung für gewisse Mitarbeitende von der Kapitalstärke der Gruppe abhängig macht. Gleichzeitig ist dieses neue Instrument auch bezüglich des regulatorischen Kapitals von Vorteil, da es unser Tier-1-Kapital zusätzlich stärkt.

Im November präsentierten wir unser Programm zur Anpassung der Rechtsstruktur der Gruppe. Ziel ist es, die künftigen Anforderungen an die weltweite Sanierungs- und Abwicklungsplanung für Banken zu erfüllen. Im Hinblick auf diese neuen Anforderungen soll so die Komplexität der Infrastruktur deutlich reduziert und damit die Effizienz gesteigert werden.

Wir haben uns im Jahr 2013 zudem weiter intensiv bemüht, hängige Rechtsstreitigkeiten in einer umsichtigen Art und Weise beizulegen, und werden dies auch künftig so handhaben. Was die branchenweiten Ermittlungen der Aufsichtsbehörden zu einer möglichen Manipulation des LIBOR und anderer Referenzsätze durch Finanzinstitute angeht, liegen der Credit Suisse keine Hinweise vor, dass sie ein materielles Risiko in diesem Zusammenhang trägt. Die branchenweiten Ermittlungen zu Handelsaktivitäten und zur Festlegung von Referenz-Wechselkursen am Devisenmarkt dauern an und das Ergebnis ist noch nicht absehbar. Hier kooperieren wir vollumfänglich im Rahmen der laufenden Untersuchungen. Darüber hinaus setzen wir unsere Bemühungen fort, in Rechtsfällen, die das frühere grenzüberschreitende Private-Banking-Geschäft mit US-Kunden betreffen, eine Lösung zu finden. Im Februar 2014 gab die Credit Suisse bekannt, dass sie wegen Verstössen gegen US-Wertpapiervorschriften zwischen 2002 und 2008 einen Vergleich mit der US Securities and Exchange Commission (SEC) erzielt und einer Zahlung von USD 196 Mio. zugestimmt hat. Ebenfalls im Februar 2014 fand in einem Ausschuss des US-Senats (Permanent Subcommittee on Investigations) eine Anhörung zu Steuerangelegenheiten aus der Vergangenheit in der Schweizer Private-Banking-Branche statt. Vier Mitglieder der Geschäftsleitung der Credit Suisse sagten vor dem Untersuchungsausschuss aus und bekräftigten die Bemühungen der Bank um Steuerkonformität bei US-Kunden. Noch nicht abgeschlossen ist die Untersuchung der Steuerangelegenheit durch das US-Justizministerium. Hauptsächlich aufgrund einer Erhöhung der Rückstellungen für diese Angelegenheit hat die Credit Suisse im April 2014 bekannt gegeben, dass ihre Ergebnisse für das vierte Quartal 2013 und das Gesamtjahr 2013 um CHF 468 Millionen (nach Steuern) belastet werden. Im März 2014 haben wir die Vereinbarung mit der Federal Housing Finance Agency (FHFA) als Konservator der Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac bekannt gegeben. Damit haben wir den

bedeutendsten hypothekarkreditbezogenen Rechtsstreit zwischen der Credit Suisse und Anlegern beigelegt. Gemäss der Vereinbarung wird die Credit Suisse mit der Zahlung von USD 885 Mio. sämtliche Ansprüche in zwei hängigen Klagen begleichen, welche die FHFA gegen sie eingereicht hatte in Zusammenhang mit dem Verkauf von Hypothekarkrediten im Umfang von rund USD 16,6 Mia. in den Jahren 2005 bis 2007. Die Vereinbarung belastet unser Ergebnis im vierten Quartal 2013 und im Gesamtjahr 2013 mit CHF 275 Mio. nach Steuern.

Im Einklang mit unserer Strategie, Ressourcen verstärkt auf renditestarke Wachstumsbereiche zu verschieben, insbesondere im Vermögensverwaltungsgeschäft, haben wir in unseren beiden Divisionen nicht strategische Einheiten geschaffen und weisen auch im Corporate Center die nicht strategischen Ergebnisse separat aus. Das erlaubt uns, das im nicht strategischen Geschäft gebundene Kapital sowie die Bilanz für diese Geschäftsbereiche und die dort anfallenden Kosten weiter zu reduzieren. Zudem trägt dieser Schritt wesentlich dazu bei, dass die Kapitalzuordnung zwischen den beiden Divisionen ausgeglichener wird. Unsere Fortschritte und das Vertrauen der Anleger in unsere Strategie spiegeln sich auch in unserem Aktienkurs wider, der 2013 um 20% gestiegen ist.

Fortschritte im Private Banking & Wealth Management

Unsere global tätige Division Private Banking & Wealth Management steht im Mittelpunkt der Wachstumsstrategie unserer Bank. Im Gesamtjahr 2013 erzielte die Division Private Banking & Wealth Management einen Vorsteuergewinn von CHF 3 240 Mio. Im strategischen Geschäft stieg der Vorsteuergewinn im Jahr 2013 um 7% gegenüber dem Vorjahr auf CHF 3 627 Mio., dies vor allem dank der erfolgreichen Restrukturierung des Asset-Management-Geschäfts und des Wachstums in den Emerging Markets und im Bereich Wealth Management Clients.

2013 verbesserten wir die Profitabilität des strategischen Geschäfts innerhalb der Division und schlossen die Zusammenführung der ehemaligen Divisionen Private Banking und Asset Management in die neue Division Private Banking & Wealth Management ab. Das integrierte Angebot ist auf unser skalierbares Geschäftsmodell im Private Banking & Wealth Management zugeschnitten und ebenso auf das neue regulatorische Umfeld ausgerichtet. Dank dieser Zusammenführung können wir unsere Produkte, Dienstleistungen und die Beratung für unsere Kunden noch besser aufeinander abstimmen. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass die Integration unsere Produktivität und Effizienz weiter steigert. Im Asset Management, welches wir weiterhin als Teil von Private Banking & Wealth Management betreiben, stieg der Vorsteuergewinn 2013 um 32% gegenüber 2012. Dies unterstreicht die Stärke der laufenden Geschäftstätigkeit des Asset Management und dessen Bedeutung für den Gewinn der gesamten Division.

Beratungskompetenz und Fachwissen bilden die Grundlage unserer Dienstleistungen für Privatkunden. Nachdem alle 4 330 Kundenberater weltweit das in unserer Bank vorgeschriebene Zertifizierungsprogramm erfolgreich abgeschlossen haben, konzentrieren wir uns nun darauf, ihr Fachwissen ständig auf dem neusten Stand zu halten und ihre Kenntnisse so wirksam wie möglich einzusetzen. Mit der 2013 neu gebildeten Investment Strategy & Research Group stärken wir unser Angebot an hochwertiger Anlageberatung und Analysen. Mit der Bündelung sämtlicher Anlagespezialisten der Credit Suisse in dieser Einheit wollen wir unseren Mandats- und Beratungskunden eine noch bessere Beratung anbieten und bessere Anlageergebnisse erzielen. Wir haben unsere Ressourcen im Jahr 2013 weiter auf Wachstumsbereiche konzentriert, insbesondere auf die Emerging Markets, das UHNWI-Kundensegment und den Ausbau unserer starken Marktstellung in der Schweiz. Im Bereich Wealth Management Clients verzeichneten wir im vergangenen Jahr Netto-Neugelder von CHF 18,9 Mia. dank einer Neugeldwachstumsrate von 8% in den Emerging Markets und eines anhaltend starken Wachstums im UHNWI-Kundensegment. Zudem erzielten wir einen Netto-Neugeldzufluss von CHF 15,0 Mia. im Asset Management aufgrund beträchtlicher Zuflüsse bei Produkten mit hoher Marge. Der Bereich Corporate & Institutional Clients wies anhaltend hohe Zuflüsse von CHF 8,8 Mia. aus. Diese positive Entwicklung ist ein Beleg für das grosse Vertrauen, das die Kunden in die Credit Suisse setzen.

Auch in der Kundenbetreuung setzen wir unsere Ressourcen verstärkt in denjenigen Bereichen ein, in denen wir hohes Wachstumspotenzial sehen. Wir haben die Übernahme von Teilen des Vermögensverwaltungsgeschäfts eines Wettbewerbers angekündigt, um so unser Wachstum in unseren Auslandsmärkten und im UHNWI-Kundensegment zusätzlich zu beschleunigen. Im Laufe des Jahres haben wir das Kundenbetreuungsmodell in unserem Onshore-Geschäft in Westeuropa weiter verbessert. Dazu zählt nicht nur die Anpassung der Kapazitäten an die Kundenbedürfnisse, sondern auch ein effektives Kostenmanagement in allen Geschäftsbereichen sowie die Stärkung unserer allgemeinen Marktposition. Wir haben im Dezember 2013 die Veräusserung unseres lokal in Deutschland gebuchten Private-Banking-Geschäfts bekannt gegeben. Dennoch bleibt Deutschland für unsere Vermögensverwaltung ein wichtiger Markt, den wir grenzüberschreitend auch weiterhin bedienen. Im Zuge der Fokussierung unseres Offshore-Geschäfts kündigten wir 2013 zudem den Ausstieg aus einer grösseren Anzahl von kleineren Märkten an.

Fortschritte im Investment Banking

Die Division Investment Banking erzielte 2013 einen Vorsteuergewinn von CHF 1 719 Mio. bei einem um 10% geringeren Personalaufwand als 2012.

Im strategischen Geschäft stieg der Vorsteuergewinn im Gesamtjahr 2013 um 12% auf CHF 3 853 Mio. Dank unserem hohen Marktanteil in renditestarken strategischen Geschäftsfeldern zusammen mit der niedrigeren Kostenbasis und geringerem Leverage- und Kapitaleinsatz erzielte das Investment Banking 2013 eine Rendite von 19% auf das unter Basel III zugeteilte Kapital. Die risikogewichteten Aktiven der Division nach Basel III wurden gegenüber dem vierten Quartal 2012 um USD 11 Mia. auf USD 176 Mia. reduziert. Dem Abbau von Positionen im Umfang von USD 27 Mia. standen eine durch methodische Änderungen und Parameteranpassungen bedingte Zunahme von USD 10 Mia. und ein Zuschlag von USD 6 Mia. für operationelle Risiken im vierten Quartal 2013 gegenüber.

Unsere Strategie der Zuteilung von Ressourcen in renditestarke Geschäftsfelder, in denen wir einen hohen Marktanteil haben, hat sich als erfolgreich erwiesen. Gegenwärtig entfallen 62% des gesamten der Division zugeordneten Kapitals auf die Bereiche Securitized Products und Global Credit Products, die Emerging Markets Group sowie Prime Services und Cash Equities. In allen diesen Bereichen zählen wir zu den drei führenden Wettbewerbern im Markt und erwirtschaften hohe Renditen. Aufgrund der wachsenden regulatorischen Anforderungen in Bezug auf die Leverage Ratio und der grundlegenden Änderungen im Markt für Zinsprodukte – hin zur Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei und zum elektronischen Handel – kündigten wir im Oktober 2013 die Restrukturierung unseres Zinsgeschäfts an. Dies ist Teil unseres Bestrebens, das Geschäftsmodell im Investment Banking weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist es, das Modell zu vereinfachen und die Kapitaleffizienz weiter zu verbessern. Im Mittelpunkt stehen dabei die Liquiditätsbedürfnisse unserer Kunden.

In diesem Zusammenhang haben wir zudem die Anlageklassen-übergreifende Global Macro Products Group geschaffen, die unsere Zins-, Devisen- und Rohstoffgeschäfte auf einer einzigen Plattform vereint. Damit bieten wir unseren Kunden einen umfassenden Zugang zu diesen Makro-Anlageklassen und können gleichzeitig unsere Ressourcen in den Bereichen und Produkten einsetzen, die für unsere Kunden am wichtigsten sind. Wir werden unsere Kunden im Anleihengeschäft auch weiterhin umfassend betreuen und sind überzeugt, dass wir ihre Bedürfnisse mit diesem Modell noch besser erfüllen können.

Die Division Investment Banking ist mit einem branchenführenden Aktiengeschäft, einem starken und profitablen Emissions- und Beratungsgeschäft und einem auf renditestarke Geschäftsfelder ausgerichteten Anleihengeschäft gut aufgestellt, um auch 2014 umfassende Dienstleistungen für unsere Kunden zu erbringen und starke Renditen zu erzielen.

Mehrwert für unsere Kunden und Aktionäre

Wir sind überzeugt, dass wir mit Wachstum in unserem strategischen Geschäft sowie der erfolgreichen Abwicklung des nicht strategischen Geschäfts die angestrebte Eigenkapitalrendite von 15% über den Marktzyklus hinweg erreichen können.

Bei der Umsetzung unseres Kapitalplans und bei der Reduktion unserer Bilanz und unserer risikogewichteten Aktiven haben wir gute Fortschritte erzielt. Zugleich haben wir die operative Effizienz der Bank verbessert. Deshalb wird der Verwaltungsrat der Generalversammlung der Credit Suisse Group am 9. Mai 2014 für das Geschäftsjahr 2013 eine Barausschüttung in Höhe von CHF 0.70 pro Aktie aus Reserven aus Kapitaleinlagen vorschlagen. Vor dem Hintergrund der weiteren Umsetzung unserer Strategie und der Bereinigung der Vergangenheit beabsichtigt die Credit Suisse, künftig die Dividendenausschüttungen zu erhöhen.

Wir konzentrieren uns auf attraktive Märkte und haben unsere Bank über die letzten Jahre auf das veränderte Marktumfeld ausgerichtet. Dadurch konnten wir unsere Profitabilität und unsere Renditen weiter steigern und unseren Marktanteil in ausgewählten Märkten ausbauen. Dabei stehen die Bedürfnisse unserer Kunden für uns immer an oberster Stelle. Wir wollen, dass unsere Kunden, Aktionäre und andere Anspruchsgruppen uns auch künftig ihr Vertrauen schenken. Deshalb setzen wir alles daran, auch in Zukunft unsere finanziellen und strategischen Ziele zu erreichen. Dabei wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen, was die Einhaltung von Vorschriften und professionelle Standards angeht.

Der Bankensektor hat seit Ausbruch der Krise bereits tiefgreifende Veränderungen durchlaufen und dürfte sich auch künftig wandeln. Wir sind zuversichtlich, dass wir uns auch weiterhin an Veränderungen anpassen können und ein verlässlicher Partner für unsere Kunden, Aktionäre und Mitarbeitenden bleiben. Mit unserem integrierten Geschäftsmodell, das die Anforderungen nach Basel III erfüllt, sind wir dafür gut aufgestellt.

Wir danken unseren Aktionären und Kunden für ihre Treue und für das Vertrauen, das sie der Credit Suisse auch 2013 entgegenbrachten. Unseren Mitarbeitenden weltweit danken wir speziell für ihr fortwährendes Engagement und ihren Beitrag zu unserem Geschäftserfolg.

Freundliche Grüsse

Urs Rohner
Präsident des
Verwaltungsrats

Brady W. Dougan
Chief Executive Officer

April 2014

Die angepasste annualisierte Kostenbasis bezieht sich auf die annualisierte Kostenbasis für das erste Halbjahr 2011 unter Annahme konstanter Devisenkurse und ohne Berücksichtigung von Aufwendungen für die Neuausrichtung des Geschäfts und für andere bedeutende nicht operative Posten und variable Vergütungen.

Per 1. Januar 2013 wurde in der Schweiz das Basel-III-Regelwerk zusammen mit der «Too Big To Fail»-Regulierung und den dazugehörigen Vorschriften in die schweizerische Gesetzgebung übernommen. Unsere diesbezüglichen Offenlegungen erfolgen im Einklang mit der aktuellen Auslegung der entsprechenden Anforderungen, einschliesslich relevanter Annahmen. Änderungen in der Auslegung dieser Anforderungen in der Schweiz oder in unseren Annahmen oder Schätzungen könnten die hier verwendeten Zahlen verändern. Die Angaben zu Kapitalbeträgen und -quoten für Zeiträume vor 2013 wurden auf Basis von Schätzungen so berechnet, als wäre das Basel-III-Regelwerk in diesen Zeiträumen bereits in der Schweiz implementiert gewesen. Strategisches Geschäft Investment Banking: Die Berechnung der Rendite auf das unter Basel III zugeweilte Kapital beruht auf dem Gewinn nach Steuern in USD und auf der Annahme eines Steuersatzes von 28% im Jahr 2013. Es wird ein zugeweiltes Kapital in der Höhe von 10% der durchschnittlichen risikogewichteten Aktiven unter Basel III verwendet.

Sofern nichts anderes angegeben ist, wurden Leverage Ratio, Leverage-Risikoposition und Eigenmittel auf der Grundlage des derzeitigen FINMA-Regelwerks berechnet. Die Schweizer Leverage Ratio berechnet sich anhand des Schweizer Gesamtkapitals (Swiss Total Capital) geteilt durch den Dreimonatsdurchschnitt der Leverage-Risikoposition. Dies umfasst bilanzwirksame Aktiven und nicht bilanzwirksame Positionen bestehend aus Garantien und Bürgschaften sowie regulatorische Anpassungen, darunter Auflösungen von Verrechnungen von Barsicherheiten und Zuschläge für Derivate.

Alle Angaben zum Vorsteuergewinn (Kernergebnis) beziehen sich auf das Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern.

[Seite ohne Text]



Informationen zum Unternehmen

12 Credit Suisse auf einen Blick

13 Strategie

16 Unsere Geschäftsbereiche

26 Organisation und Regionen

28 Gesetzgebung und
Aufsichtsbehörden

41 Risikofaktoren

Credit Suisse auf einen Blick

Credit Suisse

Als eines der weltweit führenden Finanzdienstleistungsunternehmen bieten wir unsere Erfahrung und Fachkompetenz im Finanzsektor Unternehmen, institutionellen Investoren, staatlichen Körperschaften wie auch äusserst vermögenden und sehr vermögenden Privatpersonen auf der ganzen Welt sowie wohlhabenden und Retail-Kunden in der Schweiz an. Die 1856 gegründete Credit Suisse besitzt heute eine globale Reichweite mit Geschäftsaktivitäten in über 50 Ländern und 46 000 Mitarbeitenden aus rund 150 verschiedenen Nationen. Diese weltweite Präsenz ermöglicht es uns, geografisch vielfältige Ertragsströme und Netto-Neugeldzuflüsse zu generieren sowie Wachstumschancen zu nutzen, wo auch immer sie sich anbieten. Wir bedienen unsere Kundschaft über unsere beiden Divisionen, die eng zusammenarbeiten, um Gesamtlösungen auf der Basis innovativer Produkte und einer massgeschneiderten Beratung anzubieten.

Private Banking & Wealth Management

Das Private Banking & Wealth Management bietet Privatkunden, Firmenkunden und institutionellen Kunden umfassende Beratungsdienstleistungen und eine breite Palette von Finanzlösungen an. Die Division Private Banking & Wealth Management umfasst die Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und Asset Management. Wealth Management Clients betreut äusserst vermögende und sehr vermögende Privatpersonen auf der ganzen Welt sowie wohlhabende und Retail-Kunden in der Schweiz. Corporate & Institutional Clients kümmert sich vornehmlich in der Schweiz um die Bedürfnisse von Unternehmen und institutionellen Kunden. Das Asset Management bietet staatlichen Körperschaften, Institutionen, Unternehmen und Privatkunden weltweit ein breites Spektrum an Anlageprodukten und -lösungen in den verschiedensten Anlageklassen und in allen Anlagestilen an.

Investment Banking

Das Investment Banking bietet eine breite Palette von Finanzprodukten und -dienstleistungen an. Sie umfassen den weltweiten Verkauf von, den Handel und Transaktionen mit Wertpapieren, Prime-Brokerage, Kapitalbeschaffung, Unternehmensberatung und umfassende Investmentanalysen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Kerngeschäft mit kundenorientierten und kapitaleffizienten Aktivitäten. Zu den Kunden zählen Unternehmen, staatliche Körperschaften, institutionelle Anleger einschliesslich Pensionskassen, Hedgefonds und Privatpersonen auf der ganzen Welt. Die Credit Suisse erbringt ihre Dienstleistungen im Investment Banking durch regionale und lokale Teams in wichtigen globalen Finanzzentren. Fest verankert im integrierten Modell der Credit Suisse, arbeitet das Investment Banking eng mit dem Private Banking & Wealth Management zusammen, um den Kunden massgeschneiderte Finanzlösungen anzubieten.

Strategie

EINE INTEGRIERTE GLOBALE BANK

Wir bieten unseren Kunden in der Schweiz und auf der ganzen Welt massgeschneiderte Produkte und umfassende Beratung an. Unseren Kunden weltweit können wir individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Bankdienstleistungen anbieten. Das verschafft uns im heutigen sich rasch wandelnden und wettbewerbsbetonten Markt einen grossen Vorteil.

Als integrierte Bank bündeln wir unsere Stärken und Kompetenzen in den zwei global tätigen Divisionen Private Banking & Wealth Management und Investment Banking. Unterstützt werden sie von unseren Shared Services. Diese erbringen zentrale Dienstleistungen und Geschäftslösungen und gewährleisten eine starke Compliance-Kultur. Geografisch sind wir in vier Regionen organisiert: Schweiz; Europa, Naher Osten und Afrika (Europe, Middle East and Africa, EMEA); Nord- und Südamerika sowie Asien-Pazifik. Als Bank mit globaler Präsenz und lokaler Expertise sind wir in der Lage, rasch auf sich verändernde Kundenbedürfnisse und Rahmenbedingungen zu reagieren.

UNSERE STRATEGIE – ERZIELTE FORTSCHRITTE

Im Jahr 2013 haben wir bei der Umsetzung unserer kundenorientierten, kapitaleffizienten Strategie bedeutende Fortschritte erzielt. Ziel ist es, den sich verändernden Kundenbedürfnisse gerecht zu werden, die regulatorischen Anforderungen zu erfüllen und unseren Aktionären eine attraktive Rendite zu bieten. Vorangekommen sind wir auch bei der Umsetzung spezifischer Zielvorgaben zur Reduzierung unserer Kostenbasis und zur Stärkung unserer Kapitalbasis. Seit Januar 2013 wenden wir zudem das **Basel-III-Regelwerk** an. Gleichzeitig haben wir unsere Geschäftstätigkeit weiter optimiert und konzentrieren unsere Ressourcen verstärkt auf profitable Wachstumsbereiche, was auch zu einer ausgewogeneren Kapitalzuordnung zwischen unseren Divisionen Investment Banking und Private Banking & Wealth Management führt. Dank dieser Fortschritte bringt die Credit Suisse heute beste Voraussetzungen mit, um sich trotz anspruchsvollen Marktbedingungen in ihren ausgewählten Geschäftsfeldern und Märkten auf der ganzen Welt zu behaupten.

Private Banking & Wealth Management

Unsere Division Private Banking & Wealth Management umfasst die Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und Asset Management. Während der Heimmarkt Schweiz von zentraler Bedeutung ist und bleibt, konzentrieren wir uns im Bereich Wealth Management Clients weiterhin auch auf die Umsetzung unserer internationalen Wachstumsstrategie. Dabei stehen insbesondere die wachstumsstarken Emerging Markets und unser Segment der **äusserst vermögenden Kunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI)** im Mittelpunkt. Unsere Marktpräsenz haben wir weiter optimiert und dabei auch vom Wachstum in ausgewählten Onshore-Märkten profitiert. Im Bereich Corporate & Institutional Clients in der Schweiz bieten

wir umfangreiche Lösungen für Unternehmen sowie institutionelle Kunden und wir bauen unsere Kapazität in internationalen Wachstumsmärkten weiter aus. Im Bereich Asset Management haben wir uns noch stärker auf liquide, skalierbare alternative Anlageprodukte, Emerging Markets sowie Multi-Asset Class Solutions ausgerichtet. Dafür haben wir uns von kleineren, nicht zum Kerngeschäft gehörenden oder weniger kapitaleffizienten Geschäftsbereichen getrennt.

Investment Banking

In der Division Investment Banking bieten wir unseren Schlüsselkunden auch künftig ein Spektrum an Anlagemöglichkeiten in Aktien und Anleihen sowie Investmentberatungen und -dienstleistungen. Wir konzentrieren uns auf Geschäftsbereiche, in denen wir einen Wettbewerbsvorteil geniessen und in der Lage sind, auch unter den neuen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen profitabel zu sein und eine attraktive Kapitalrendite zu erzielen. Während die Branche noch immer vor bedeutenden Anpassungen an die neuen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen steht, haben wir unser Geschäftsmodell bereits wesentlich weiterentwickelt, so dass es das aufsichtsrechtliche Basel-III-Regelwerk in jeder Hinsicht erfüllt. Dies bedeutet auch, dass wir uns aus Geschäftsbereichen zurückziehen, die nicht Basel-III-konform sind. In Geschäftsbereichen, in denen wir marktführend sind und hohe Margen erzielen können, werden wir auch künftig investieren. Um weitere Ertragssteigerungen zu erzielen, optimieren wir gleichzeitig unsere **risikogewichteten Aktiven (Risk-weighted Assets)** sowie unsere Kostenbasis.

Einführung von nicht strategischen Einheiten

Im vierten Quartal 2013 haben wir innerhalb unserer beiden Divisionen Private Banking & Wealth Management sowie Investment Banking nicht strategische Einheiten geschaffen und die nicht strategischen Ergebnisse im Corporate Center separat ausgewiesen. Das erlaubt uns, das im nicht strategischen Geschäft gebundene Kapital und die Risikopositionen sowie die dort anfallenden Kosten schneller zu reduzieren und Ressourcen auf strategische Geschäftsbereiche sowie Wachstumsbereiche zu verschieben.

Die nicht strategischen Bereiche wurden nicht als separate Einheit, sondern innerhalb der Divisionen gebildet. Damit bleibt das Know-how des leitenden Managements weiterhin nutzbar. Diese Einheiten werden innerhalb der jeweiligen Division separat geführt und verfügen dank eines eigenen Aufsichtskomitees über eine klare Governance-Struktur. Die Schaffung der nicht strategischen Einheiten dürfte zu einer weiteren Reduktion der Schweizer Leverage-Risikoposition (Swiss Leverage Exposure) und der risikogewichteten Aktiven führen und damit Kapital freisetzen für das künftige Wachstum im Private Banking & Wealth Management und für die weitere Kapitalrückführung an die Aktionäre. Ausserdem wird dadurch eine ausgeglichenerere Kapitalzuordnung zwischen den Divisionen ermöglicht.

► Siehe «Darstellungsform und Änderungen der Berichterstattung» in II – Kommentar zu den Resultaten – Credit Suisse – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen zu den nicht strategischen Einheiten in den Divisionen Private Banking & Wealth Management und Investment Banking.

Kapitalquoten und Leverage Ratio

2013 haben wir unsere Kapitalbasis weiter gestärkt. Dies vor dem Hintergrund der sich verändernden aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, worunter auch die Einführung des Basel-III-Regelwerks und der Vorschriften im Rahmen der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung im Januar 2013 fallen. Wir haben Basel-III-konforme bedingte Kapitalinstrumente emittiert und die risikogewichteten Aktiven reduziert. Damit erreichten wir per Ende 2013 eine «Look-through»-Quote des harten Kernkapitals (Common Equity T1, CET1) von 10,0%, womit wir bereits die Anforderung für 2019 übertreffen. Des Weiteren verkürzten wir unsere Bilanz und reduzierten unsere Leverage-Risikoposition weiter und erreichten per Ende 2013 eine «Look-through»-Leverage-Ratio von 3,7%, wobei die Anforderung für 2019 derzeit bei 4% liegt. Wir setzen unser Kapital auf Basis unseres Economic-Capital-Modells weiterhin diszipliniert ein und beurteilen unsere gesamten Risiken in Beziehung zu unseren Kapitalressourcen und den Bedürfnissen unserer Kunden.

► Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu Kapital- und Leverage-Ratio-Trends.

Kosteneffizienz auf Gruppenebene

Wir passen unsere kundenorientierte, kapitaleffiziente Strategie weiter an, um unseren Kapitaleinsatz zu optimieren und unsere Kostenstruktur zu verschlanken. Unser Ziel ist es, die Kosten bis Ende 2014 um CHF 3,8 Mia. und bis Ende 2015 um über CHF 4,5 Mia. zu senken. Diese Sparziele messen sich an unserer annualisierten Kostenbasis der ersten sechs Monate 2011, zu konstanten Wechselkursen und bereinigt um Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts und andere bedeutende nicht operative Kosten und um die variable Vergütung.

Die Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts, die im Zusammenhang mit den in den Jahren 2014 und 2015 durchzuführenden Massnahmen entstehen, werden sich voraussichtlich auf etwa CHF 1,4 Mia. belaufen.

Die Anpassung und die Optimierung unserer Geschäftstätigkeit in den Geschäftsbereichen und Regionen treiben wir weiter voran. Gleichzeitig richten wir unsere Shared Services an den geänderten Geschäftsprioritäten aus.

► Siehe «Kosteneinsparungen und Umsetzung der Strategie» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen.

PRIORITÄTEN DER GRUPPE

Wir gehen davon aus, dass wir dank unserer kundenorientierten, kapitaleffizienten Strategie von einem günstigeren Marktumfeld profitieren werden und das Verlustpotenzial beschränken können, sollten die Finanzmärkte nachgeben. Das künftige aufsichtsrechtliche Umfeld hat sich zudem konkretisiert, und wir sind mit der Umsetzung der neuen Regeln schon weit fortgeschritten.

Wir streben eine Eigenkapitalrendite (Return on equity, ROE) nach Steuern von 15% über die Marktzyklen hinweg an. Zur Messung unserer Fortschritte sowie zur Einschätzung unserer Leistung haben wir Leistungsindikatoren (Key Performance Indicators, KPIs) für Wachstum, Effizienz und Performance sowie Eigenmittel definiert, die über die Marktzyklen hinweg erreicht werden sollen.

► Siehe «Leistungsindikatoren» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen.

Dabei wollen wir uns noch stärker auf die profitabelsten Kundensegmente fokussieren, weitere Marktanteile gewinnen, unsere weltweite Präsenz ausbauen und fortlaufende Effizienzsteigerungen erzielen. Dabei gelten nach wie vor folgende Prioritäten:

Kundenfokus

Die Bedürfnisse unserer Kunden haben für uns oberste Priorität. Wir streben danach, ein beständiger, zuverlässiger, flexibler und langfristiger Partner für Kunden mit komplexen und produktübergreifenden Bedürfnissen zu sein. Dazu gehören UHNWI-Kunden, grosse und mittelständische Gesellschaften, Unternehmer, institutionelle Kunden, Hedgefonds und wohlhabende Kunden in der Schweiz. Wir nehmen ihre Anliegen ernst und entwickeln erstklassige Lösungsansätze, so dass unsere Kunden bessere finanzielle Entscheide treffen können. Unsere Kunden sollen ihre Ziele erreichen und Erfolg haben. Wir sind ständig bestrebt, sie dabei zu unterstützen, umso mehr angesichts der grundlegenden Veränderungen, denen die Finanzindustrie unterworfen ist. Die Betreuung unserer wichtigsten Kunden verstärken wir mit Teams erfahrener Mitarbeitenden, die unser integriertes Geschäftsmodell umzusetzen wissen. Wir verfügen über eine starke Kapitalausstattung und eine Marke mit hohem Bekanntheitsgrad. Unsere kundenorientiertheit findet allgemein Anerkennung, und zeigt sich in unserer hohen Kundenzufriedenheit.

Mitarbeitende

Hochqualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen, sie zu fördern und langfristig an uns zu binden ist ein entscheidender Erfolgsfaktor. Nur so können wir unseren Kunden erstklassige Finanzprodukte und Dienstleistungen bieten. Alle Bewerber durchlaufen ein strenges Auswahlverfahren, das neben fachlichen und intellektuellen Fähigkeiten auch Aspekte der Unternehmenskultur berücksichtigt. Wir begleiten die Entwicklung unserer Mitarbeitenden und identifizieren deren optimalen Einsatzmöglichkeiten im Einklang mit ihren eigenen Bedürfnissen und den Anforderungen der Credit Suisse. Wir fördern die Laufbahnentwicklung uneingeschränkt von Regionen und Geschäftsbereichen und unterstützen die interne Mobilität. Ein integratives Umfeld, die Akzeptanz unterschiedlicher Sichtweisen, und die Sensibilität gegenüber anderen Kulturen sind in unserer Unternehmenskultur verankert. Wir schulen unsere Kader, Fachleute und Kundenberater in einem breiten Spektrum von Themen. Die Vergütung unserer Mitarbeitenden ist darauf ausgerichtet, nicht nur die individuelle Leistung und den Geschäftserfolg des Unternehmens zu berücksichtigen, sondern auch die Interessen der Mitarbeitenden mit jenen der Aktionäre in Einklang zu bringen.

Kapitalbewirtschaftung und Risikomanagement

Wir sind überzeugt, dass eine umsichtige, im Einklang mit unseren strategischen Prioritäten stehende Übernahme von Risiken von grundlegender Bedeutung für unser Geschäft ist. Im Hinblick auf Liquidität und Kapitalbewirtschaftung verfolgen wir weiterhin eine konservative Politik. Wir setzen die Stärkung unserer Kapitalbasis fort und konzentrieren uns dabei auf die Emission weiterer bedingter Kapitalinstrumente und auf die Reduzierung der risikogewichteten Aktiven und der Leverage-Risikoposition. Für die Gruppe gelten, nach Abbau der Leverage-Risikoposition in unseren nicht strategischen Einheiten, folgende langfristigen Ziele: risikogewichtete Aktiven von etwa CHF 250 Mia. und eine Schweizer Leverage-Risikoposition unter CHF 1 070 Mia.

Effizienz

Wir wollen eine der effizientesten Banken sein, ohne dabei unser Wachstum oder unsere Reputation zu gefährden. Im Rahmen der Weiterentwicklung unserer Strategie haben wir mit Massnahmen zur Effizienzsteigerung beträchtliche Kostensenkungen erwirkt und zur Stärkung des Kostenbewusstseins beigetragen. Wir haben die Beschäftigung im Rahmen unseres Centers-of-Excellence-Programms (CoE-Programm) auf fast 15 000 Stellen aufgestockt. Darin sind Zeitmitarbeitende (Contractors), angeschlossene Drittfirmen als auch Lieferanten, welche für die Credit Suisse arbeiten, enthalten. Zur verstärkten Nutzung der Dienstleistungskompetenzen an unseren CoE-Standorten haben wir entsprechende Initiativen eingeleitet.

Dank der im vergangenen Jahr eingeleiteten Effizienzmassnahmen konnten wir unser Kostensparziel auf über CHF 4,5 Mia. per Ende 2015 anheben. Die Einsparungen messen sich gegenüber unserer annualisierten Kostenbasis der ersten sechs Monaten 2011, wobei auch hier die oben erwähnten Bereinigungen gelten. Neu setzen wir uns ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 65% im Private Banking & Wealth Management und von 70% im Investment Banking über die Marktzyklen hinweg als Ziel.

Interne Zusammenarbeit

Die enge Zusammenarbeit unserer Divisionen und Regionen ist entscheidend, wenn es darum geht, Lösungen für die komplexen finanziellen Bedürfnisse unserer Kunden zu erarbeiten. Zur Steuerung, Messung und Förderung der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit haben wir spezifische Führungsstrukturen geschaffen. Im Jahr 2013 haben wir dadurch Erträge in Höhe von 18% des Nettoertrags erwirtschaftet. Auch künftig sollen durch diese Zusammenarbeit Erträge von 18% bis 20% des Nettoertrags erzielt werden. Seit der Einführung unseres Programms im Jahr 2006 konnten wir zahlreiche Kunden für unsere individuell abgestimmten und integrierten Lösungen gewinnen. Dieser Ansatz unterscheidet die Credit Suisse von vielen Mitbewerbern. Die interne Zusammenarbeit gewinnt laufend an Bedeutung, etwa bei individuellen Investment-Banking-Lösungen für Unternehmer

und sehr vermögende Kunden (High-Net-Worth Individuals, HNWI) oder auch bei Managed Investment Products, die von Private Banking & Wealth Management entwickelt werden. Zudem profitieren wir von unserem divisionsübergreifenden Management Development und von der internen Mobilität. Dadurch leistet die interne Zusammenarbeit, etwa durch Cross-Selling und Empfehlungen durch Kunden, einen nachhaltigen Beitrag zum Geschäftserfolg.

Unternehmerische Verantwortung bei der Credit Suisse

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist für den langfristigen Geschäftserfolg der Credit Suisse entscheidend. Die Verantwortung im Bankgeschäft bildet zusammen mit der Einhaltung der im Code of Conduct der Bank festgehaltenen ethischen Grundwerte und professionellen Standards die Grundlage für unsere gesamte Tätigkeit. Dabei gehen wir von einem umfassenden Verständnis aus, das die Bereiche Bankgeschäft, Gesellschaft, Arbeitgeber und Umwelt beinhaltet. Weiterführende Informationen zu unserem Engagement finden sich in unserem Bericht zur unternehmerischen Verantwortung und auf der Website www.credit-suisse.com/verantwortung.

CODE OF CONDUCT

Wir sind überzeugt, dass eine verantwortungsvolle Einstellung zum Geschäft ein entscheidender Faktor ist für unseren nachhaltigen Erfolg. Wir erwarten daher von allen unseren Mitarbeitenden und von den Mitgliedern des Verwaltungsrats die Einhaltung professioneller Standards und ethischer Grundwerte, wie sie in unserem Code of Conduct festgelegt sind. Dies schliesst auch die Verpflichtung ein, alle geltenden Gesetze, Vorschriften und Richtlinien zu beachten, damit unser Ruf als integre, faire und risikobewusste Bank gewahrt bleibt. Unser Code of Conduct findet sich auf der Website www.credit-suisse.com/code.

BRANCHENTRENDS UND WETTBEWERB

Für die Finanzdienstleistungsbranche war 2013 ein anspruchsvolles Jahr. Die Banken sahen sich vor der Herausforderung, sich gleichzeitig den neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen, veränderten makroökonomischen Bedingungen sowie gewandelten Kundenbedürfnissen anzupassen. Die weltweit tätigen Banken haben bedeutende Schritte unternommen, um ihr Geschäft zu restrukturieren und die Kosten zu senken. Gleichzeitig ergriffen sie Massnahmen zur Stärkung des Kapitals und zur Erhöhung der Liquidität. In der Schweiz waren die Entwicklungen im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft geprägt von der Suche nach einer politischen Basis für die Zukunft dieses Geschäfts sowie von den anhaltenden Bemühungen, eine Lösung in anhängigen Steuerfragen, vor allem mit den europäischen Ländern und den USA, zu finden.

► Siehe «Unsere Geschäftsbereiche – Private Banking & Wealth Management» und «Unsere Geschäftsbereiche – Investment Banking» für weitere Informationen.

Unsere Geschäftsbereiche

PRIVATE BANKING & WEALTH MANAGEMENT

Geschäftsprofil

In der Division Private Banking & Wealth Management bieten wir Privatkunden, Firmenkunden und institutionellen Kunden umfassende Beratungsdienstleistungen und eine breite Palette von Finanzlösungen an. Die strategischen Geschäftsbereiche des Private Banking & Wealth Management umfassen die Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und Asset Management.

Der Bereich **Wealth Management Clients** zählt zu den grössten in der internationalen Vermögensverwaltungsbranche. Wir betreuen in diesem Bereich über zwei Mio. Kunden, zu denen **•** äusserst vermögende Kunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI) und **•** sehr vermögende Kunden (High-Net-Worth Individuals, HNWI) auf der ganzen Welt sowie **•** wohlhabende und Retail-Kunden in der Schweiz zählen. Mit unserer globalen Präsenz, unserem strukturierten Beratungsprozess und der breiten Palette an Produkten und Dienstleistungen schaffen wir Mehrwert für unsere Kunden. Unser globales Netzwerk umfasst 3 770 Kundenberater in 41 Ländern mit fast 300 Standorten und 21 **•** Buchungszentren. Ende 2013 beliefen sich die verwalteten Vermögen des Bereichs Wealth Management Clients auf CHF 790,7 Mia.

Der Bereich **Corporate & Institutional Clients** bietet professionelle Beratung und hochwertige Dienstleistungen für ein breites Kundenspektrum von über 100 000 Unternehmen und Institutionen, viele davon in der Schweiz. Zu unseren Kunden zählen Grossunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU), institutionelle Kunden, Finanzinstitute, Schiffsgesellschaften und Rohstoffhändler. Rund 1 600 Mitarbeitende, darunter 560 Kundenberater, sind an 52 Standorten für unsere Kunden tätig. Der Schwerpunkt unserer Aktivität liegt nach wie vor auf unserem Heimatmarkt Schweiz, gleichzeitig weiten wir unsere Kapazität auf internationale Wachstumsmärkte weiter aus, mit spezialisierten Teams in Luxemburg, Singapur und Hongkong. Ende 2013 beliefen sich die Kundenvermögen des Bereichs Corporate & Institutional Clients auf CHF 353,3 Mia. und die Nettoausleihungen auf CHF 62,4 Mia.

Der Bereich **Asset Management** bietet weltweit Anlagelösungen für ein breites Spektrum von Kunden. Dazu gehören Pensionskassen, staatliche Körperschaften, Stiftungen, Unternehmen und Privatkunden. Wir investieren in eine breite Palette von Anlageklassen mit Fokus auf alternativen Anlagestrategien, Emerging Markets, Asset Allocation und traditionellen Anlagestrategien. Für unsere Kunden liefern unsere Anlageexperten erstklassige Produkte und ganzheitliche Lösungen. Ende 2013 beliefen sich die verwalteten Vermögen des Bereichs Asset Management auf CHF 352,3 Mia.

Die **nicht strategische Einheit** im Private Banking & Wealth Management enthält verschiedene Positionen und Kosten mit Bezug zu Aktivitäten, die restrukturiert oder verkauft werden: Positionen der ehemaligen Division Asset Management; die Aktivitäten

im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus dem grenzüberschreitenden Geschäft mit Kunden in kleineren Märkten; Abwicklungskosten im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus grenzüberschreitenden Altgeschäften; Kosten für Rechtsstreitigkeiten, vor allem im Zusammenhang mit der Steuerangelegenheit in den USA; die Auswirkungen der Restrukturierung des Onshore-Geschäfts in Deutschland; kleinere aus dem Bereich Corporate & Institutional Clients übertragene nicht strategische Positionen sowie die Abwicklung und aktive Reduzierung bestimmter Produkte. Die nicht strategische Einheit ermöglicht es der Geschäftsleitung, sich auf laufende Geschäfte und Wachstumsinitiativen zu konzentrieren; zudem lassen sich damit Kapital und Kosten, die gegenwärtig in nicht strategischen Geschäftsbereichen gebunden sind, rascher reduzieren.

Eckdaten – Private Banking & Wealth Management

	im Jahr / Ende		
	2013	2012	2011
Eckdaten			
Nettoertrag (in Mio. CHF)	13 442	13 474	13 397
Ergebnis vor Steuern (in Mio. CHF)	3 240	3 775	2 961
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)	1 282.4	1 250.8	1 185.2
Anzahl Mitarbeitende	26 000	27 300	28 100

Branchentrends und Wettbewerb

Wir beurteilen die Wachstumsaussichten für die **Vermögensverwaltungsbranche** nach wie vor positiv. Die Vermögenswachstumsraten von UHNWI sowie HNWI dürften gemäss Prognosen über die nächsten fünf Jahre bei rund 7% jährlich liegen. Obwohl die Vermögensbildung in den Emerging Markets nach wie vor höhere Wachstumsraten aufweist als in den reifen Märkten, ist davon auszugehen, dass dieser Unterschied der Wachstumsraten geringer ausfallen wird als in den letzten Jahren. Gleichwohl werden die höheren Wachstumsraten der Emerging Markets diesen Regionen noch mehr Gewicht verleihen. Dies im besonderen Mass in der Region Asien-Pazifik, getrieben von starkem Unternehmertum und einer vergleichsweise soliden Konjunktorentwicklung. Da sich jedoch nach wie vor rund zwei Drittel der weltweiten Vermögen in reifen Märkten wie den USA, Japan und Westeuropa befinden, werden auch diese Märkte weiterhin von entscheidender Bedeutung für globale Vermögensverwalter sein.

Die tiefgreifenden Veränderungen der Branchenstruktur dauern an. Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Anlageberatung nehmen weiter zu und erstrecken sich auch auf die Eignung und Angemessenheit der Beratung, die Kundeninformation und -dokumentation. Zudem haben neu eingeführte und geplante Gesetze sowie internationale Übereinkommen eine verstärkte Regulierung des grenzüberschreitenden Bankgeschäfts zur Folge. Die Anpassung der Credit Suisse an diese neue Umgebung ist bereits weit fortgeschritten. Nach wie vor stellen wir beträchtliche Mittel bereit,

um zu gewährleisten, dass unser Geschäft den aufsichtsrechtlichen Standards entspricht.

Im Geschäft mit **Unternehmen und Institutionen** sehen wir weiterhin attraktive Chancen, sowohl in der Schweiz als auch international. Allerdings herrscht ein intensiver Wettbewerb unter den Finanzinstituten, und das Niedrigzinsumfeld sowie die negativen Auswirkungen der anhaltenden Dollarschwäche gegenüber dem Schweizer Franken belasten die Margen nach wie vor.

Die gesamte **Asset-Management-Branche** ist in die Wachstumszone zurückgekehrt, wobei die bedeutendsten Manager weiterhin den grössten Teil der Geldflüsse erfassen. Die Investitionen in alternative sowie lösungsorientierte Anlagen sind weiter gestiegen, was auf die geringen Renditeerwartungen für Anleihen-Produkte und veränderte Präferenzen der Anleger zurückzuführen ist. Innerhalb der alternativen Anlagen verzeichnete die Hedgefonds-Branche 2013 steigende Zuflüsse, was den Umfang der verwalteten Vermögen auf Rekordhöhen steigen liess. Auch die Zuflüsse in Private-Equity-Anlagen verzeichneten ein kräftiges Wachstum und erreichten den höchsten Wert seit Beginn der globalen Finanzkrise im Jahr 2008. Diese Zuflüsse wurden angetrieben durch die Beschaffung von Finanzmitteln für Investitionen in reife Märkte. Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen wurden 2013 weiterentwickelt, und der Trend in Richtung einfachere und stärker regulierte Fondsstrukturen dürfte sich fortsetzen. Zudem ist zu erwarten, dass die Anleger verstärkt Wert auf höhere Transparenz und verbessertes Risikomanagement legen.

Durch das anhaltend tiefe Zinsniveau bleiben die Einnahmen in der Vermögensverwaltungsbranche weiterhin unter Druck. Dieser Effekt wird verstärkt durch die Tatsache, dass die Kunden einen konservativen Anlagemix bevorzugen oder ihre Investitionen angesichts der makroökonomischen Unsicherheit generell zurückfahren, nicht zuletzt auch aufgrund bestimmter Ereignisse wie der erwarteten Änderung in der US-Geldpolitik und des anhaltenden Fokus auf der Staatsschuldenkrise in Europa. Wettbewerb und Kostendruck in der Bankenbranche bleiben intensiv. Darüber hinaus steht die Branche neuen Kapital- und Leverage-Anforderungen gegenüber, die zahlreiche Wettbewerber dazu zwingen, ihre Strategien und Geschäftsmodelle anzupassen. Gleichzeitig zählen die Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitenden weiterhin zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren. Aufgrund dieser branchenweiten strukturellen Entwicklungen rechnen wir mit einer weiteren Konsolidierung sowie Restrukturierung der Branche.

Wir sind davon überzeugt, dass die Schweiz als Finanzplatz gut positioniert ist, um trotz dieser Entwicklungen weiterhin erfolgreich zu sein. Sie bietet ihren Kunden ein stabiles und wirtschaftlich diversifiziertes Anlageumfeld, verbunden mit einer langen Tradition in der Vermögensverwaltung. Für Schweizer Institutionen ist der Schweizer Franken, trotz der Massnahmen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zur Fixierung des Mindestkurses des Euros gegenüber dem Schweizer Franken, weiterhin historisch hoch bewertet. Diese Währungsstärke kann sich negativ auf die Ergebnisse von Schweizer Finanzinstituten auswirken, da deren Erträge auf dem verwalteten Vermögen basieren, welches häufig zu einem

grossen Teil auf Währungen lautet, die gegenüber dem Schweizer Franken an Wert verloren haben, während ein erheblicher Teil der Kosten in Schweizer Franken anfällt.

Strategie

Nach unserer Ende 2012 getroffenen Entscheidung, die ehemaligen Divisionen Private Banking und Asset Management in der neuen Division Private Banking & Wealth Management zusammenzuführen, haben wir die Geschäfts- und Berichterstattungsstruktur entsprechend unseren strategischen Geschäftsbereichen (i) Wealth Management Clients, (ii) Corporate & Institutional Clients und (iii) Asset Management beibehalten. Die Zusammenführung der ehemals getrennten Divisionen ermöglichte es uns, ein effizienteres und kostengünstigeres Geschäftsmodell zum Vorteil unserer Kunden einzuführen. Insbesondere haben wir unser Anlagengeschäft harmonisiert und an lokale Bedürfnisse angepasst, so dass unser Produktangebot nun eine einfachere, optimierte Struktur aufweist. Darüber hinaus haben wir unser Produktangebot auf regionale Bedürfnisse abgestimmt und fokussiert, um schneller auf die Produkthanforderungen unserer Kunden reagieren zu können und die Produkteinführungszeit zu verbessern. Schliesslich haben wir unsere Verkaufs- und Handelskapazität vom Investment Banking auf das Private Banking & Wealth Management verlagert, um die Effizienz zu steigern und unsere Buy-Side-Leistung zu erhöhen.

Wir erwarten weitere Fortschritte zu erzielen, indem wir unsere langfristige Strategie mit Konzentration auf die folgenden Bereiche fortsetzen:

- Beratung als Kernelement
- Globales Wachstum
- Produktivitätsmanagement
- Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen
- Integrierte Bank
- Die besten Mitarbeitenden

Beratung als Kernelement: Es ist unser Bestreben, mittels Beratung und Leistung einen Mehrwert für unsere Kunden zu generieren. Das Wertangebot aufgrund von Beratung ist ein grundlegender Bestandteil unserer Wealth-Management-Strategie, die darauf ausgerichtet ist, unsere Kunden in Hinblick auf ihre Bedürfnisse im Bereich Vermögensstrukturierung und Asset-Liability-Management spezifisch zu beraten. Das Herzstück unserer Vermögensberatung bildet unser einheitlicher Beratungsprozess. Dieser ermöglicht es, eine Anlagestrategie für das individuelle Risikoprofil eines jeden Kunden zu definieren sowie massgeschneiderte und umfassende Finanzlösungen anzubieten. Unsere Produktangebote müssen höchsten Standards entsprechen. Deshalb geht der Auswahl unserer internen und externen Lösungen eine umfassende, sorgfältige Prüfung voraus, um sicherzustellen, dass die Produkte und Beratungsleistungen für unsere Kunden geeignet sind. Den Branchentrends folgend, planen wir die Einführung verschiedener retrozessionsfreier Produkte sowie eines

Preismodells, welches unsere Gebühren direkter an die erbrachte Dienstleistung und Beratung koppelt.

Globales Wachstum: Wir konnten unsere Geschäftstätigkeit in den Emerging Markets im vergangenen Jahr weiter ausbauen, mit einer beträchtlichen Steigerung der Netto-Neugelder von 8%. Um von den höheren Wachstumschancen in diesen Regionen profitieren zu können, planen wir, die Kostenbasis von den nicht strategischen und reifen Märkten hin zu schneller wachsenden Emerging Markets zu verlagern. Ein strategischer Schwerpunkt bleibt dennoch unser Heimmarkt Schweiz, wo wir unsere starke Marktposition sowie die segmentübergreifende Zusammenarbeit verstärkt einsetzen möchten, um weitere Grössenvorteile zu erzielen. In reifen Märkten ausserhalb der Schweiz werden wir zur Stärkung unserer profitablen Onshore-Märkte selektiv investieren.

Produktivitätsmanagement: Zentrales Element unserer Massnahmen zur Produktivitätssteigerung sind die Effizienzprogramme, mit deren Bekanntgabe und Umsetzung wir im November 2011 begonnen hatten und die wir mit der Schaffung unserer neuen Division im November 2012 weiter ausbauten. Unser Ziel ist es, Einsparungen in der Höhe von CHF 950 Mio. zu realisieren, und damit einen Beitrag an die unternehmensweiten Kostensenkungsziele von CHF 4,5 Mia. bis Ende 2015 zu leisten. Die Einsparungen dürften vor allem durch den Abbau nicht strategischer Geschäftsbereiche, die Optimierung des Client-Coverage-Modells für Schweizer Kunden, die Rationalisierung von Supportfunktionen und zunehmende Automatisierung, sowie Einsparungen aus Effizienzmassnahmen an unseren Onshore-Standorten in Westeuropa und den USA erreicht werden.

Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen: Wir verfolgen die strikte Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen auf nationaler und internationaler Ebene. Hierfür entwickeln und implementieren wir proaktiv neue Geschäftsstandards, um auf die Veränderungen der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen zu reagieren.

Integrierte Bank: Unser Modell der integrierten Bank ist nach wie vor eine der grössten Stärken unseres Kundenangebots. Durch die enge Zusammenarbeit mit der Division Investment Banking können wir unseren Kunden massgeschneiderte und innovative Lösungen anbieten, insbesondere den UHNWI-Kunden, unserem am schnellsten wachsenden Kundensegment. Wir planen, unseren Marktanteil durch die Entwicklung eines spezifischen UHNWI-Produktangebots weiter auszubauen, unter anderem durch die Erweiterung unseres Angebots im Bereich der besicherten Kreditvergabe.

Die besten Mitarbeitenden: Eine tragende Säule unserer Strategie ist, die besten Talente für uns zu gewinnen, sie zu entwickeln und langfristig an unser Unternehmen zu binden. Trotz des Stellenabbaus, der 2013 aufgrund unserer Effizienzmassnahmen notwendig war, stellten wir weiter erfahrene Kundenberater ein. Von den gesamten neu eingestellten Kundenberatern machten diese 63% aus. Zudem haben wir unsere umfassenden Schulungs- und Zertifizierungsprogramme zur Förderung unseres bestehenden Talentpools weiterentwickelt und ausgebaut.

Wealth Management Clients

Im Jahr 2013 erzielten wir beträchtliche Fortschritte und sind unserem Ziel, die führende Privatbank für UHNWI- und HNWI-Kunden weltweit zu werden, näher gekommen. Zudem haben wir das Geschäft für wohlhabende und Retail-Kunden in der Schweiz effizient vorangetrieben.

In unserem Heimmarkt **Schweiz** reichen unsere Kunden vom Retail- bis zum UHNWI-Segment. Sie profitieren von einem breiten Dienstleistungsangebot und einer weit verbreiteten lokalen Präsenz. Unser landesweites Zweigniederlassungsnetz mit über 200 Standorten ermöglicht es uns, in engem Kontakt mit unseren Kunden zu stehen und neue Geschäftschancen über Kundensegmente hinweg zu erkennen. Zur weiteren Steigerung der Effizienz und Produktivität haben wir die Hierarchien in unserem Schweizer Geschäftsmodell flacher gestaltet und zwei fokussierte Unternehmensbereiche eingeführt: ein spezielles Team mit Zuständigkeit für UHNWI und externe Vermögensverwalter, um den komplexen und anspruchsvollen Bedürfnissen dieser Kunden, die oftmals denen institutioneller Kunden gleichen, gerecht zu werden; sowie eine effizientere Organisation für unsere Retail- und wohlhabenden Kunden bis hin zum HNWI-Kundensegment, mit einem hohen Mass an Kundennähe und einem nahtlosen Leistungsangebot. Wir passen unser Leistungsangebot kontinuierlich an, um unsere bereits starke Position in der Schweiz weiter auszubauen. Beispielsweise haben wir als Marktführer im Bereich der externen Vermögensverwalter eamXchange lanciert, eine innovative Plattform, bei der Social-Media-Tools für geschäftsorientierte Ziele eingesetzt werden.

Wir investieren weiterhin gezielt in **Emerging Markets**, um die attraktiven Wachstumschancen zu nutzen. Unsere Kunden profitieren von unserer hohen internationalen Präsenz sowie auch von den Dienstleistungen, die wir in Zusammenarbeit mit der etablierten weltweiten Präsenz der Credit Suisse im Investment Banking anbieten. Die Bedeutung der Emerging Markets für unser Vermögensverwaltungsgeschäft hat weiter zugenommen. Die Vermögenswerte aus Emerging Markets machten Ende 2013 bereits 37% unserer verwalteten Vermögen aus (Ende 2011: 35%). Wir möchten die Wertschöpfung in Schlüsselmärkten wie Brasilien, China, Indonesien, Naher Osten und Russland vertiefen und bauen unser Onshore- und Offshore-Angebot in Singapur und Hongkong aus. Unsere Expansion in den Emerging Markets wollen wir durch die Erweiterung unseres Angebots im Bereich der besicherten Kreditvergabe sowie die Rekrutierung erfahrener Kundenberater weiter vorantreiben. Darüber hinaus planen wir, insbesondere in Asien in unsere digitale Privatbank zu investieren, um eine breitere Produktpalette, sowie Dienstleistungen in den Bereichen Portfolioanalyse, Research und Transaktionen anbieten zu können. Unsere Erfolge in den Emerging Markets werden regelmässig mit Auszeichnungen in Private Banking und Wealth Management prämiert, darunter vor kurzem mit dem *Euromoney Private Banking Survey 2014 Regional Award* als «Best Private Bank in Central and Eastern Europe» sowie dem *Asian Private Banker Award for Distinction 2013* als «Best Private Bank – Asia».

In den **reifen Märkten** in Westeuropa und Nordamerika, sowie in Japan und Australien streben wir durch die Neuausrichtung unserer Geschäftsbereiche beschleunigtes Wachstum, erhöhte Effizienz und eine Anpassung an die neue aufsichtsrechtliche Umgebung an. In Westeuropa war die Bekanntgabe des Verkauf unseres lokal in Deutschland gebuchten Private-Banking-Geschäfts, der voraussichtlich 2014 zum Abschluss gebracht wird, ein wichtiger Meilenstein. Wir bleiben in der Betreuung unserer deutschen Wealth-Management-Kunden weiterhin voll engagiert. Hierbei verfolgen wir einen grenzüberschreitenden Ansatz, indem wir unsere umfassenden Plattformen in der Schweiz und in Luxemburg einsetzen. Unser Engagement in aussichtsreichen Onshore-Märkten, einschliesslich Italien und Spanien, möchten wir ausbauen. Die Eröffnung einer Zweigstelle für Beratungsleistungen in Portugal und unsere Vereinbarung zur Übernahme des privaten Vermögensverwaltungsgeschäfts von Morgan Stanley in der Region EMEA, ausserhalb der Schweiz, unterstreichen unsere Absicht, die Präsenz der Credit Suisse in reifen Märkten auszubauen.

Das **UHNWI**-Kundensegment ist in allen Regionen ein wichtiger Wachstumstreiber für unser Geschäft. Durch die Kombination individueller und umfassender Beratung mit massgeschneiderten Anlageideen konzentrieren wir uns auch in Zukunft auf dieses schnell wachsende Kundensegment. Unser Angebot wird ergänzt durch massgeschneiderte und innovative Asset-Management- und Investment-Banking-Lösungen auf Basis unseres integrierten Geschäftsmodells. Wir treiben unsere Wachstumsstrategie erfolgreich voran. Ende 2013 machten die Vermögenswerte von UHNWI-Kunden 45% unserer verwalteten Vermögen aus; Ende 2011 waren es 37%. Wir planen, unsere spezifische Produktkapazität für UHNWI-Kunden weiter auszubauen, um das Wachstumspotenzial dieses Segments besser auszuschöpfen. Dies schliesst auch die Erweiterung unseres Angebots im Bereich der besicherten Kreditvergabe ein.

Um die betriebliche Komplexität weiter zu reduzieren und auf die zunehmend strengeren aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen vor allem in unserem grenzübergreifenden Geschäft zu reagieren, haben wir den vollständigen Ausstieg aus dem Geschäft mit Kunden in über 80 kleinen Märkten, insbesondere in der Region Osteuropa, beschlossen. Desgleichen haben wir entschieden, das Geschäft mit Kundensegmenten im unteren Vermögensbereich in über 60 weiteren, überwiegend kleinen Märkten, einzustellen. Diese Entscheidungen, die im Wesentlichen im Jahr 2014 umgesetzt werden sollen, dürften nur geringe Auswirkungen auf unsere verwalteten Vermögen haben und durch die Bindung von Ressourcen an Kernmärkte und wichtige Kundensegmente zugleich für einen Gewinn an Effizienz und Produktivität sorgen.

Corporate & Institutional Clients

Im Jahr 2013 haben wir unsere starke Marktposition in der Schweiz und die segmentübergreifende Zusammenarbeit erfolgreich ausgenutzt, und die Produktivität und die Profitabilität gesteigert.

Wir haben unsere Führungsrolle in der Schweiz als zuverlässiger und proaktiver Partner, insbesondere im Geschäft mit Firmen- und institutionellen Kunden, behauptet und selektiv ausgebaut.

Durch aktives Kreditmanagement ist es uns gelungen, unsere Margen über unser gesamtes Geschäftsportfolio hinweg beträchtlich zu steigern. Zur Unterstützung dieser Massnahmen wurde auf allen Ebenen ein umfangreiches Sales Excellence Training durchgeführt. International haben wir unsere Wachstumsstrategie durch den Ausbau unserer Präsenz in der Region Asien-Pazifik vorangetrieben. Gleichzeitig haben wir kapitalintensive Geschäftstätigkeiten, die nicht zu unserem Kerngeschäft gehören, abgebaut. Dies erfolgte im Einklang mit der Zielsetzung der Gruppe, die Kapitalquoten weiter zu verbessern und das Kerngeschäft stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Im Jahr 2013 erhielten wir wiederum mehrere Auszeichnungen, beispielsweise als «Best Trade Finance Bank in der Schweiz» vom Magazin *Global Finance*, «Best Swiss Global Custodian» und «Best European Global Custodian» von *R&M Surveys* sowie «Best Private Bank for Business Jet Finance 2013» vom Magazin *Corporate Jet Investor*.

Asset Management

Im Jahr 2013 haben wir bedeutende strategische Fortschritte erzielt, indem wir mehrere Geschäftsbereiche und Aktiven veräusserten, und uns auf Wachstumsbereiche innerhalb der alternativen und traditionellen Anlagekategorien konzentrierten. Wir haben unsere Vertriebsanstrengungen neu ausgerichtet, um unsere Reichweite durch eigene Teams und Drittkanäle auszuweiten. Durch die Schaffung der übergreifenden Division Private Banking & Wealth Management stellen wir zudem die enge Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Wealth Management und Asset Management sicher. Die damit erfolgte bereichsübergreifende Ausrichtung und Fokussierung unserer Anlageideen kommt unseren Kunden zugute. Insbesondere unsere UHNWI-Kunden profitieren von einer kürzeren Bearbeitungszeit bei der Bereitstellung massgeschneiderter Anlagelösungen. Gleichzeitig setzen wir die Optimierung und Vereinfachung unseres Geschäfts fort, was bedeutende Einsparungen beim Personal- und beim Geschäftsaufwand mit sich bringt.

Im Bereich der alternativen Anlagen konzentrieren wir uns darauf, Investoren attraktive Alternativen zu Aktien und traditionellen Anleihen-Produkten zu bieten. Mit verwalteten Vermögen in der Höhe von CHF 76,4 Mia. zählen wir zu den weltweit führenden Managern alternativer Anlagen. Unser Ziel ist es, unsere Kerngeschäfte weiter auszubauen und Chancen in spezialisierten Nischen zu nutzen. Netto-Neugelder in Höhe von CHF 11,1 Mia. im Bereich der alternativen Anlagen basierten im Wesentlichen auf der äusserst erfolgreichen Kapitalbeschaffung für unseren Collateralized-Loan-Obligation-Fonds, auf Zuflüssen in unseren brasilianischen Hedgefonds, auf verbrieften Produkten sowie auf Rohstoffen. Im Jahr 2013 haben wir mit Erfolg neue Produkte in Emerging Markets eingeführt. Dazu zählen die Lancierung von Aventicum, unser Joint Venture mit Qatar Holdings, und NEXT, ein Venture-Capital-Fonds. Ebenso konnten wir Finanzmittel für Peninsula Investimentos SA beschaffen, ein Unternehmen, welches Hedgefonds mit Fokus auf brasilianische Makrofonds und Private-Equity-Fonds finanziert und verwaltet.

Mit verwalteten Vermögen in der Höhe von CHF 275,5 Mia. zählt unser Geschäft mit traditionellen Anlagen, einschliesslich Aktien, Anleihen, Immobilien, Indexprodukten und Multi-Asset Class Solutions, zu den führenden auf dem Schweizer Markt. Unsere strategischen Schwerpunkte in diesem Geschäftsbe- reich sind die Positionierung als gesamteuropäischer Anbieter, die Erweiterung unsere Präsenz in Asien sowie die Einführung spezieller Lösungen und Produkte für unsere UHNWI-Kunden. Mit unserem Immobiliengeschäft sind wir Marktführer in der Schweiz und der zweitgrösste Immobilienfondsmanager in Europa.

Zu den 2013 abgeschlossenen Veräusserungen zählen der Verkauf unseres Exchange-Traded-Funds-Geschäfts an Black-Rock sowie der Verkauf von Strategic Partners, unserem exklusiven Secondary-Private-Equity-Geschäft, an Blackstone. Im August 2013 gaben wir den Verkauf der Customized Fund Investment Group, unseres Private-Equity-Dachfonds und Co-Investment-Geschäfts, an Grosvenor Capital Management bekannt. Diese Transaktion wurde im ersten Quartal 2014 abgeschlossen. Zudem gaben wir die Vereinbarung zur Übernahme des privaten Vermögensverwaltungsgeschäfts von Morgan Stanley in der Region EMEA, mit Ausnahme der Schweiz, bekannt. Ein erster Abschluss dieser Transaktion erfolgte im Dezember 2013 und wir erwarten den vollständigen Abschluss der Transaktion im Laufe des Jahres 2014.

Produkte und Dienstleistungen

Die Division Private Banking & Wealth Management bietet ein breites Spektrum an Produkten und Dienstleistungen. Diese lassen sich grob unterteilen in jene Produkte und Dienstleistungen, die von unseren jeweiligen Geschäftsbereichen innerhalb der Division wie nachfolgend beschrieben offeriert werden:

Wealth Management Clients

Das Dienstleistungsangebot des Bereichs Wealth Management Clients basiert auf unserem strukturierten Beratungsprozess, den kundensegmentspezifischen Angeboten, den umfassenden Anlagendienstleistungen und unserer Multi-Shore-Plattform:

- **Strukturierter Beratungsprozess:** Anhand eines strukturierten Ansatzes, der auf der Kenntnis der Bedürfnisse unserer Kunden, ihrer persönlichen Lage, ihrer Produkterfahrung und ihrer Anlageziele sowie einer umfassenden Analyse ihrer Vermögenssituation beruht, erarbeiten wir für jeden einzelnen Kunden ein Risikoprofil. Auf dieser Grundlage legen wir zusammen mit dem Kunden die individuelle Anlagestrategie fest. Durch die Umsetzung der jeweiligen Strategie ist sichergestellt, dass die Qualitätsstandards für das Portfolio eingehalten werden und dass alle Anlageinstrumente den Anforderungen bezüglich Eignung und Angemessenheit in Bezug auf den jeweiligen Kunden genügen. Die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie liegt bei Vermögensverwaltungsmandaten bei den Portfoliomanagern oder bei unseren Kundenberatern, in Zusammenarbeit mit ihrem Kunden.
- **Kundensegmentspezifische Angebote:** Wir bieten eine breite Palette von Vermögensverwaltungslösungen an, die

auf spezifische Kundensegmente zugeschnitten sind. Ende 2013 entfielen auf UHNWI- und HNWI-Kunden 45% beziehungsweise 42% der verwalteten Vermögen im Bereich Wealth Management Clients. Unternehmern bieten wir verschiedene Lösungen im Bereich Private und Corporate Wealth Management an. Dies umfasst beispielsweise Nachfolgeplanung, Steuerberatung, Finanzplanung sowie Investment-Banking-Dienstleistungen. Unsere Unternehmenskunden werden von den Corporate-Finance-Beratern der Credit Suisse betreut, erhalten Zugang zu einem Netzwerk von internationalen Investoren und profitieren von professioneller Unterstützung bei Finanztransaktionen. Mit Solutions Partners stellt ein Fachteam unseren UHNWI-Kunden ganzheitliche und massgeschneiderte Finanzlösungen zur Verfügung.

- **Umfassende Anlagendienstleistungen:** Wir bieten umfassende Dienstleistungen in der Anlageberatung und in der Vermögensverwaltung auf Mandatsbasis an, basierend auf dem strukturierten Beratungsprozess und den Vorgaben der Investment Strategy & Research Group und des Investment Committee der Credit Suisse. Unsere Beratung und unsere Dienstleistungen beruhen auf den Analysen und Empfehlungen unserer Research-Teams. Sie erstellen Analysen zur Schweizer Wirtschaft, sowie zu einer Vielzahl globaler Themen wie Aktien, Anleihen, Devisen und Makroökonomie. Unsere Anlageberatung deckt ein weites Spektrum ab, das von der Portfoliobberatung bis hin zur Empfehlung individueller Anlagen reicht. Wir bieten unseren Kunden Lösungen für ihr Portfolio- und Risikomanagement, die auch Mandatsprodukte einschliessen. Diese Produkte werden von unseren Spezialisten oder von Dritten aktiv verwaltet und strukturiert. Private Anleger haben so Zugang zu Anlagemöglichkeiten, die ihnen sonst nicht zugänglich wären. Für Kunden mit komplexeren Bedürfnissen übernehmen wir die Strukturierung des Anlageportfolios und die Umsetzung individueller Strategien, die auch verschiedenste strukturierte Produkte und alternative Anlagen berücksichtigen. Vermögensverwaltungsmandate eignen sich für Kunden, die es vorziehen, die konkreten Anlageentscheidungen der Credit Suisse zu überlassen. Wir sind ein führender Anbieter von alternativen Anlagen, und der Bereich Wealth Management Clients bietet in enger Zusammenarbeit mit unserem Bereich Asset Management und dem Investment Banking innovative Produkte mit limitierter Korrelation zu Aktien und Obligationen, darunter Hedgefonds, Private Equity, Rohstoffe und Immobilienanlagen, an.
- **Multi-Shore-Plattform:** Unser weltweites Angebot umfasst ein Buchungszentrum in der Schweiz sowie 20 internationale Buchungszentren. Es versetzt uns in die Lage, unseren Kunden Buchungsdienste sowohl lokal, als auch über unsere internationalen Geschäftszentren, anzubieten. Unser Multi-Shore-Angebot ist auf Kunden zugeschnitten, die eine geografische Risikostreuung wünschen, mehrere Domizile haben, Zugang zu globalen Ausführungsservices wünschen oder sich für eine breitere Auswahl an Produkten interessieren, als ihnen vor Ort zur Verfügung steht. Im Jahr 2013 wurden

vom Bereich Wealth Management Clients Netto-Neugelder in Höhe von CHF 23,6 Mia. ausserhalb der Schweiz gebucht, und wir gehen davon aus, dass internationale Kunden weiterhin stark zum Wachstum unserer verwalteter Vermögen beitragen werden.

Corporate & Institutional Clients

Im Bereich Corporate & Institutional Clients bieten wir umfassende Finanzlösungen für Unternehmen und institutionelle Kunden an. Unser Angebot baut auf dem integrierten Geschäftsmodell und der wachsenden internationalen Präsenz der Credit Suisse auf und orientiert sich am Bedarf unserer Kunden. Auf diese Weise können wir unsere Kunden in praktisch jeder Phase ihres Geschäftszyklus unterstützen und ihren Bedarf an Bankdienstleistungen in der Schweiz und im Ausland abdecken. Für unsere Unternehmenskunden bieten wir eine breite Palette von Standardprodukten an, wie traditionelle und strukturierte Kredite, Zahlungsdienstleistungen, Devisen, Investitionsgüterleasing und Anlagelösungen. Zusammen mit dem Investment Banking stellen wir ausserdem massgeschneiderte Dienstleistungen in den Bereichen Fusionen und Übernahmen, Syndikatsgeschäfte und strukturierte Finanzprodukte bereit. Für Unternehmen, die einen besonderen Bedarf an globaler Finanzierung und an Transaction Banking haben, bieten wir Dienstleistungen in den Bereichen Rohstoffhandelsfinanzierung, Exportfinanzierung sowie Handelsfinanzierung und Factoring an. Unseren institutionellen Kunden wie Pensionskassen und Kunden aus dem öffentlichen Sektor steht ein breites Spektrum an Fondslösungen und -dienstleistungen zur Verfügung, von Fondsmanagement und -verwaltung über Fondsentwicklung bis hin zu umfassenden globalen Depotbanklösungen. Unser Angebot umfasst ferner Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen sowie ein wettbewerbsfähiges Angebot an Produkten und Dienstleistungen für Finanzinstitute, wie Wertpapier-, Cash- und Treasury-Services.

Asset Management

Im Bereich Asset Management umfasst unser Angebot eine Reihe von traditionellen und alternativen Produkten für institutionelle Kunden und Privatkunden. Den Kontakt zu unseren Kunden pflegen wir über unsere eigenen Vertriebsteams im Private Banking & Wealth Management, über das Investment Banking sowie über externe Vertriebskanäle.

Unser Produktangebot im alternativen Bereich umfasst Hedgefonds- und Alternative-Beta-Strategien, Rohstoffe und Kreditanlagen. Zudem gewähren wir mittels strategischer Allianzen und Joint Ventures mit externen Investment-Managern den Zugang zu einer Vielzahl von Anlagekategorien und Märkten und verfügen über eine starke Präsenz in Emerging Markets.

Unser Produktangebot im traditionellen Bereich beinhaltet Multi-Asset Class Solutions, welche unseren Kunden die Optimierung ihrer Portfolios mittels innovativer Strategien und umfassendem Management in den verschiedenen Anlageklassen ermöglichen. Diese reichen von Fondsanlagen bis hin zu individuell entwickelten Lösungen. Ebenfalls zu den traditionellen Produkten zählen Anleihen-, Aktien- und Immobilienfonds sowie unsere Indexlösungen, die Institutionen und Privatkunden kostengünstigen Zugang zu einer grossen Auswahl von Anlageklassen bieten. Wir verfolgen einen aktiven und disziplinierten Anlageansatz mit besonderem Augenmerk auf Risikomanagement und Vermögensstrukturierung.

INVESTMENT BANKING

Geschäftsprofil

Die Division Investment Banking bietet ein breites Spektrum an Finanzprodukten und -dienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt bei kundenorientierten, «flow-based» und kapitaleffizienten Geschäftsbereichen. Das Produkt- und Dienstleistungsangebot umfasst Wertschriftenverkauf, -handel und -abwicklung weltweit, Prime Brokerage, Kapitalbeschaffungs- und Beratungsdienstleistungen sowie ein umfassendes Investment Research. Zu unseren Kunden zählen Unternehmen, staatliche Körperschaften, institutionelle Anleger, einschliesslich Pensionskassen und Hedgefonds, sowie Privatpersonen auf der ganzen Welt. Das Investment Banking betreut seine Kunden über regionale und lokale Teams in grösseren Industrieländern und Schwellenländern weltweit. Dank unseres integrierten Geschäftsmodells haben wir ein umfassendes Verständnis für die individuellen Bedürfnisse unserer Kunden und können ihnen innovative und nachhaltige Lösungen anbieten, die auf dem Fachwissen der gesamten Credit Suisse basieren.

Eckdaten – Investment Banking

	im Jahr / Ende		
	2013	2012	2011
Eckdaten			
Nettoertrag (in Mio. CHF)	12 565	12 558	10 460
Ergebnis vor Steuern (in Mio. CHF)	1 719	2 002	(593)
Anzahl Mitarbeitende	19 700	19 800	20 700

Branchentrends und Wettbewerb

2013 stellte uns vor Herausforderungen, insbesondere im Anleihenverkauf und -handel, der geprägt war von Marktunsicherheiten bezüglich der US-Geldpolitik, erhöhter Volatilität in aufstrebenden Märkten (Emerging Markets) und den Auswirkungen des Government Shutdown in den USA. Infolge der schwierigen Geschäftsbedingungen machten sich die verhaltene Risikobereitschaft der Unternehmen und Institutionen sowie die anhaltend schwache Kundenaktivität in unserem Anleihenverkauf-Geschäft bemerkbar. Der Bereich Aktienverkauf und -handel profitierte jedoch das ganze Jahr hindurch von einer höheren Kundenaktivität, günstigen Marktbedingungen, einem höheren Mittelfluss und einer Verschiebung von Vermögen in Aktien. Zudem standen Finanzinstitute weltweit weiterhin unter grossem Druck, sich an die veränderten aufsichtsrechtlichen Anforderungen anzupassen. Deshalb haben wir unser Geschäftsmodell weiterentwickelt und waren als eine der ersten globalen Banken ab Januar 2013 Basel-III-konform. Der aufsichtsrechtliche Fokus lag auch verstärkt auf der Verschuldungsquote sowie auf der Umstellung gewisser Handelsaktivitäten auf zentrale Abwicklung und elektronischen Handel beim Zinsgeschäft. Infolgedessen erwarten wir, dass höhere Kapital- und Liquiditätsanforderungen und die Regulierungen im Bereich Derivate zu geringerer Risikobereitschaft und zu erhöhter Transparenz führen werden.

Strategie

Unser kundenorientiertes und kapitaleffizientes Geschäftsmodell bleibt für uns weiterhin richtungweisend. Wir sind davon überzeugt, dass uns dieses Modell, zusammen mit unserer konservativen Finanzierungs- und Liquiditätsposition sowie unserer starken Kapitalbasis, in Zeiten volatiler Märkte und tiefgreifender Veränderungen in unserer Branche zugutegekommen ist. Im November 2011 gaben wir bekannt, dass wir unsere Strategie noch besser auf das neue Marktumfeld und die aufsichtsrechtlichen Veränderungen ausrichten wollen. Dies umfasst unter anderem einen umfangreichen Abbau der risikogewichteten Aktiven unter Basel III im Bereich Anleihenverkauf, die Verringerung unserer Kostenbasis zur Erhöhung unserer finanziellen Flexibilität, die Optimierung unseres Portfolios im Hinblick auf Synergien mit der Division Private Banking & Wealth Management sowie die Erwirtschaftung nachhaltiger, attraktiver Renditen in Bereichen, in denen wir über Wettbewerbsvorteile verfügen.

In den letzten zwei Jahren haben wir bedeutende Fortschritte bei der Verbesserung der Kapitaleffizienz erzielt. Wir haben die Verwendung risikogewichteter Aktiven unter Basel III für das Investment Banking substanziell reduziert, indem wir seit 2011 die gesamten risikogewichteten Aktiven um USD 66 Mia. oder 27% auf USD 176 Mia. im Jahr 2013 verringerten. Ende 2013 verzeichneten wir Aktiven in einer Gesamthöhe von USD 565 Mia. und übertrafen somit unser Bilanzziel im Investment Banking von weniger als USD 600 Mia. an Aktiven per Ende 2013. Zudem verzeichneten wir eine Schweizer Leverage-Risikoposition von USD 812 Mia., womit wir das für Ende 2013 gesetzte Maximum von USD 840 Mia. deutlich unterschritten haben.

Im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung unseres Geschäftsmodells schufen wir im vierten Quartal eine nicht strategische Einheit innerhalb des Investment Banking mit dem Ziel, Kosten und Kapital im nicht strategischen Portfolio zu senken und Ressourcen in Wachstumsbereiche mit hohem Renditepotenzial umzuschichten. Die nicht strategischen Ergebnisse für das Investment Banking umfassen das Abwicklungsportfolio im Anleihengeschäft; gewisse Teile des restrukturierten Zinsgeschäfts, insbesondere ausserbörsliche Instrumente und kapitalintensive strukturierte Positionen; Finanzierungskosten für frühere, nicht Basel-III-konforme Schuldtitel, Kosten für Rechtsstreitigkeiten aus früheren Geschäftsaktivitäten und andere kleinere nicht strategische Positionen. Im Zusammenhang mit diesen Massnahmen streben wir eine Reduzierung nicht strategischer risikogewichteter Aktiven unter Basel III um USD 14 Mia. per Ende 2013 auf USD 6 Mia. per Ende 2015 an, sowie eine Reduktion der Schweizer Leverage-Risikoposition um USD 63 Mia. per Ende 2013 auf USD 24 Mia. per Ende 2015.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen, wie des verstärkten regulatorischen Fokus auf der Verschuldungsquote sowie des Übergangs von gewissen Handelsaktivitäten hin zu zentraler Abwicklung und elektronischem Handel, haben wir unser Zinsgeschäft restrukturiert und vereinfacht mit dem Ziel, die Renditen zu steigern und dem Liquiditätsbedarf unserer Kunden nachzukommen. Im Bereich Derivate bemühen wir uns, das Geschäftsmodell

auf vorwiegend börsengehandelte Produkte zu verlagern und die kapitalintensiven Aktivitäten bei strukturierten Zinsprodukten zu reduzieren. Bei Cash-Produkten konzentrieren wir uns deshalb auf den elektronischen Handel mit hohem Volumen und hoher Liquidität. Ausserdem haben wir unsere Zins-, Devisen- und Rohstoffgeschäfte zusammengefasst und innerhalb unseres Anleihenverkauf-Geschäfts die Global Macro Products Group geschaffen. Dieses neue Anlageklassen-übergreifende Modell soll unseren Kunden einen ganzheitlichen Ansatz über alle Macro-Anlageklassen hinweg bieten. Bei unserem Macro-Produktangebot wollen wir dank des neuen Modells Skaleneffekte erzielen, was nicht zuletzt auch der Kapital- sowie Kosteneffizienz zugutekommt.

Eine weitere Komponente unserer Strategie sind die seit dem zweiten Quartal 2011 laufenden Kosteninitiativen. Wir konnten die Betriebseffizienz im Investment Banking beträchtlich steigern und so die anvisierten direkten Kosteneinsparungen in Höhe von CHF 1,9 Mia. gegenüber der annualisierten Kostenbasis für das erste Halbjahr 2011 grösstenteils erreichen. Dies unter Zugrundelegung konstanter Wechselkurse und bereinigt um wesentliche nicht operative Kosten sowie die variable Vergütung. Durch diese Initiativen verschaffen wir uns eine erhebliche Flexibilität in der Kostenstruktur der Division Investment Banking. Wir passen uns dadurch an das schwierige Marktumfeld an und können gleichzeitig Chancen nutzen, die sich durch günstige Marktbedingungen bieten.

Wir sind überzeugt, dass wir mit unserer kundenorientierten sowie kosten- und kapitaleffizienten Strategie im Investment Banking starke Renditen erwirtschaften können. Wir werden weiterhin Ressourcen auf hochrentable Geschäfte, wie verbriefte Produkte, globale Kreditprodukte, Cash Equities, Prime Services und aufstrebende Märkte (Emerging Markets), ausrichten und die Belastungen seitens der nicht strategischen Einheit verringern.

► Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» für weitere Informationen über regulatorische Entwicklungen.

Wichtige Transaktionen

Im letzten Jahr haben wir für unsere Kunden eine Reihe bedeutender Transaktionen durchgeführt. Sie zeigen die Breite und Vielfalt der Geschäftstätigkeit unserer Division Investment Banking:

- **Kapitalmärkte:** Wir haben für unsere Kunden bedeutende Finanzierungen arrangiert, unter anderem für Verizon Communications (Breitband- und Funkkommunikation), Wells Fargo (Finanzdienstleistungen), Électricité de France (Energieversorger), den Volkswagen-Konzern (deutscher Automobilhersteller) und Group R (Offshore-Anlagen und Ingenieurdienstleistungen).
- **Aktienmärkte:** Wir haben eine Bezugsrechtsemission für Barclays Plc (Finanzdienstleistungen), eine Folgeemission für KAR Holdings (Fahrzeug-Auktionsdienstleistungen), ein Initial Public Offering (IPO) für die Cembra Money Bank (Tochtergesellschaft von General Electric Capital EMEA), eine Folgeemission für Diamondback Energy (unabhängiges Öl- und Erdgasunternehmen) sowie eine Folgeemission von Fibra

Uno de Mexico (Gewerbeimmobilien-Treuhandgesellschaft) durchgeführt.

- **Fusionen und Übernahmen:** Im Laufe des Jahres waren wir bei einer Vielzahl hochkarätiger Transaktionen beratend tätig. Darunter fallen der Erwerb der Unternehmen Plains Exploration & Production Company und McMoRan Exploration Co. (Exploration, Erschliessung und Förderung von Öl und Gas) durch Freeport-McMoRan Copper & Gold (internationales Bergbauunternehmen), der Verkauf von Berry Petroleum (Unternehmen für die Exploration und Förderung von Öl und Gas) an LINN Energy (Holdinggesellschaft für Öl- und Gasvermögenswerte) und Linn Co. (Tochtergesellschaft von LINN Energy), der Verkauf der Hochleistungsbeschichtungssparte von E.I. du Pont Nemours and Company (Forschung und Chemie) an The Carlyle Group (weltweit tätiger Alternative Asset Manager), der Verkauf von Lender Processing Services (Kreditbearbeitungsdienstleistungen) an Fidelity National Financial (Hypothekendarlehen für Gewerbe- und private Immobilien sowie anderer Dienstleistungen) und der Verkauf von Neiman Marcus (Luxus-Einzelhandelskette) an Ares Management (privater Investment Manager).

Entwicklung des Marktanteils

- Von *EuroHedge Magazine* wurden wir zum vierten Mal in Folge als führender europäischer Prime Broker ausgezeichnet.
- Gemäss der *AsiaHedge Survey* von 2013 sind wir zum zweitgrössten Prime Broker in Asien aufgerückt.
- Gemäss *The Absolute Return* von 2013 sind wir in die Top 3 der Prime Broker in Amerika aufgerückt. Zudem konnten wir uns als einziger Prime Broker in Bezug auf Marktanteil und Platzierung steigern.
- Im US Electronic Trading und US Program Trading konnten wir unseren Rang 1 behaupten und belegten Rang 3 im US Equity Trading gemäss der *Greenwich Associates Survey* 2013.
- Gemäss der *Fixed Income Trading Survey* für Nordamerika von Greenwich Associates aus dem Jahr 2013 sind wir neu auf Rang 1 im gesamten US-Anleihenverkauf-Bereich nach Marktanteil. Ausserdem rückten wir bei US Securitized Products auf Rang 1 vor, was unsere beträchtlichen Marktanteilsteigerungen widerspiegelt. Unseren Marktanteil in Secondary Investment Grade Credit und Secondary Leveraged Loans konnten wir steigern beziehungsweise behaupten.

Produkte und Dienstleistungen

Mit unserer umfassenden Palette an Produkten und Dienstleistungen wollen wir den Bedürfnissen unserer anspruchsvollen Kunden gerecht werden. Wir verwenden vermehrt integrierte Plattformen zur Sicherstellung von Effizienz und Transparenz. Unsere Aktivitäten sind in zwei Funktionsbereiche unterteilt: Investment Banking und Global Securities. Die Aktivitäten im Investment Banking sind nach Branchen, Produkten und Ländern gegliedert. Zu den Branchen gehören Energie, Banken und Versicherungen, Financial Sponsors, Industrie und Dienstleistungen, Gesundheit, Medien und Telekommunikation, Immobilien und Technologie. Die

Produktgruppen umfassen Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A) sowie Finanzierungsprodukte. Die Ländergruppen umfassen Europa, Lateinamerika, Nordamerika, Japan, Asien ohne Japan sowie die aufstrebenden Volkswirtschaften Europas. Im Bereich Global Securities sind unsere Aktivitäten in den Märkten für Anleihen, Devisen, Rohstoffe, Derivate und Cash Equities breit diversifiziert, und wir bieten unter anderem Verkauf, Strukturierung, Handel, Finanzierung, Prime Brokerage, Syndizierung und Neuausgabe. Dabei stehen das Kundengeschäft und Broker-Dealer-Transaktionen im Einklang mit der wachsenden Nachfrage nach liquideren und weniger komplexen Produkten und Strukturen im Mittelpunkt.

Investment Banking

Die Branchen-, Produkt- und Ländergruppen im Investment Banking bieten die folgenden Dienstleistungen an:

Equity and Debt Underwriting

Der Bereich Equity Capital Markets generiert, syndiziert und zeichnet Aktien bei Börsengängen (Initial Public Offerings) sowie bei der Ausgabe von Stamm- und Wandelaktien, Übernahmefinanzierungen und anderen Aktienemissionen. Der Bereich Debt Capital Markets generiert, syndiziert und zeichnet Unternehmens- und Staatsanleihen.

Advisory Services

Dieser Bereich bietet Kunden Beratungsdienstleistungen in allen Aspekten von Fusionen und Übernahmen, Unternehmensverkäufen und -umstrukturierungen, Veräusserungen und Übernahme-Abwehrstrategien. Die Fund-linked Products Group ist verantwortlich für die Strukturierung, das Risikomanagement sowie den Vertrieb von strukturierten Fonds und alternativen Anlageprodukten und entwickelt innovative, massgeschneiderte Produkte und Lösungen für spezifische Kundenbedürfnisse.

Global Securities

Global Securities bietet Firmenkunden, staatlichen Körperschaften sowie institutionellen Kunden Zugang zu einer umfassenden Palette von Schuld- und Beteiligungstiteln, derivativen Produkten und Finanzierungsmöglichkeiten im gesamten Kapitalspektrum. Global Securities ist in die nachstehend erläuterten Bereiche unterteilt.

Anleihenverkauf (Fixed Income)

- **Credit Products** bietet eine umfassende Palette an festverzinslichen Produkten und Instrumenten, die von Investment-Grade- bis zu hochverzinslichen Produkten reichen und klassische Schuldinstrumente, Credit Research sowie fondsgebundene Produkte, derivative Instrumente und strukturierte Lösungen für spezifische Kundenbedürfnisse umfassen. Wir zählen zu den führenden Händlern im Flow-Trading von Single-Name ▸ Credit Default Swaps (CDS) auf Einzelkredite, Credit-linked Notes und Index Swaps. Investment Grade handelt mit inländischen Anleihen von Staaten und

Unternehmen, mit nicht wandelbaren Vorzugsaktien und mit Wertschriften von kurzer Laufzeit wie variabel verzinslichen Notes und Commercial Papers. Leveraged Finance stellt Kapitalbeschaffungs- und Beratungsdienste zur Verfügung sowie Core-Leveraged-Credit-Produkte wie Bankkredite, Überbrückungskredite und hochverzinsliche Anleihen für Unternehmen ohne Investment-Grade-Rating und solche, die von Finanzinvestoren gehalten werden.

- **Securitized Products** befasst sich mit dem Handel, der Verbriefung, der Syndizierung, dem Underwriting und dem Research für verschiedene Arten von Wertschriften, insbesondere ▸ Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und Asset-backed Securities (ABS). Beide genannten Geschäftsbereiche basieren auf Pools von Vermögenswerten und umfassen sowohl staatliche oder durch staatliche Agenturen besicherte Darlehen als auch Ausleihungen an Private.
- **Emerging Markets** bietet ein umfassendes Angebot an festverzinslichen Produkten und Instrumenten, einschliesslich Unternehmens- und Staatsanleihen, derivativen Instrumenten in Lokalwährungen und Anlageprodukten nach Mass für diese Märkte.
- **Global Macro Products** verbindet unsere bestehenden Zins-, Devisen- und Rohstoffgeschäfte in einem neuen Anlageklassen-übergreifenden Modell. Damit bieten wir unseren Kunden einen ganzheitlichen Ansatz über Vermögensklassen hinweg. Unser Zinsproduktgeschäft ist ein weltweiter Market Maker in den Cash- und Derivatemarkten und ein Primärhändler in zahlreichen Ländern, unter anderem den USA, Europa und Japan. Dieses Geschäft erstreckt sich auf Staatsanleihen, Zinsswaps und Optionen und bietet Lösungen für das Management von Forderungen oder der Liquidität an. Der Bereich Foreign Exchange ist für das Market-Making bei Produkten wie Spot-Handel und Optionen auf Währungen in Industrieländern zuständig. Das Angebot an Devisenprodukten umfasst auch selbst entwickelte marktführende Technologien für Kundenlösungen im elektronischen Handel. Der Bereich Commodities umfasst den Handel mit Erdöl, Erdgas und sonstigen Energieträgern sowie Basis-, Edel- und Nebenmetallen. Zum Commodity-Angebot zählen auch die von Credit Suisse Commodities entwickelten Benchmarkindizes.

Aktien

- **Cash Equities** bietet ein breites Spektrum an Dienstleistungen, einschliesslich:
 - (i) Research, Analyse und themenspezifische Produkte und Dienstleistungen, um die Bedürfnisse einer breiten Kundengruppe zu erfüllen, darunter Anlagefonds, Anlageberater, Banken, Pensionskassen, Hedgefonds, Versicherungen und andere globale Finanzinstitute;
 - (ii) Sales Trading ist verantwortlich für die Steuerung der Kundenaufträge im Markt. Es unterstützt die Kunden mit Handelsideen und Kapitalengagements. Hier werden Markttrends identifiziert und die besten und effektivsten Ausführungen ermittelt;
 - (iii) Trading führt Kundenaufträge aus und besorgt das Market-Making bei öffentlich

gehandelten Wertpapieren und ◉ Over-the-Counter-Wertpapieren (OTC), börsengehandelten Fonds und Programmen. Damit sorgt es sowohl über Kapitalengagements als auch über das Risikomanagement für Liquidität am Markt; (iv) ◉ Advanced Execution Services (AES®) umfasst algorithmische Handelsstrategien, -instrumente und -analysen, welche die Credit Suisse im globalen Aktienhandel einsetzt. AES® hilft Institutionen und Hedgefonds, negative Marktauswirkungen abzufedern, indem es Algorithmen zur Volatilitätsreduktion und zur Ausführung von Kundenaufträgen einsetzt. Als anerkannter Marktführer auf diesem Gebiet bietet AES® über mehr als 45 wichtige Handelssysteme Zugang zu Börsen in 35 Ländern.

- **Equity Derivatives** bietet Finanzinstituten, Hedgefonds, Vermögensverwaltern und Unternehmen ein umfassendes Angebot an aktienbezogenen Produkten, Anlageoptionen und Finanzierungslösungen, Know-how für komplexes Hedging und Risk Management sowie umfassende Ausführungskapazitäten.
- **Convertibles** umfasst Sekundärhandel und Market-Making sowie den Handel mit CDS und Asset Swaps. Er stellt auch Marktinformationen und Research-Analysen zur Verfügung. Das globale Wandelanleihengeschäft ist ein führender Originator von Neuemissionen weltweit.
- **Prime Services** bietet Hedgefonds und institutionellen Kunden Ausführungs-, Finanzierungs-, Clearing- und Reportingkapazität für verschiedene Anlageklassen durch Prime Brokerage, synthetische Finanzierung, öffentlich gehandelte und OTC-Derivate und Administration von Hedgefonds. Zudem ist Prime Services ein führender Anbieter von Beratung zu Kapitaldienstleistungen und Consulting sowohl für Start-ups als auch für Bestandskunden.

Systematische Market-Making-Gruppe

Die systematische Market-Making-Gruppe verfolgt eine Reihe von Strategien zur Liquiditätszuführung und zum Market-Making in liquiden Märkten.

Sonstige

Sonstige Produkte und Aktivitäten sind unter anderem Kreditgeschäfte, bestimmte Immobiliengeschäfte und notleidende Aktiven. Kreditgeschäfte beinhalten erstrangige Bankanleihen in der Form von Konsortialkrediten und Kreditzusagen an Investment-Grade- und Nicht-Investment-Grade-Kunden.

Research und HOLT

Unser Aktien- und Anleihengeschäft wird durch Research- und HOLT-Funktionen massgeblich unterstützt. HOLT bietet ein Rahmenwerk zur objektiven Bewertung der Performance von 20 000 Unternehmen in mehr als 60 Ländern, mit interaktiven Instrumenten und Beratungsdienstleistungen, die den Kunden als Grundlage für fundierte Anlageentscheidungen dienen.

Die Equity- und Anleihenverkauf-Research-Teams setzen umfangreiche und teilweise firmeneigene Methoden und Datensätze für die Analyse von rund 3 000 Unternehmen weltweit ein. Makroökonomische Analysen ergänzen die umfassende Unternehmensbewertung.

Organisation und Regionen

ORGANISATIONSSTRUKTUR

Wir betreiben unser Geschäft in zwei globalen Divisionen, die unserer Segmentberichterstattung entsprechen: Private Banking & Wealth Management und Investment Banking. Im Einklang mit unserer kundenorientierten, kapitaleffizienten Geschäftsstrategie koordinieren wir unsere Aktivitäten in vier Regionen: Schweiz; Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA); Nord- und Südamerika sowie Asien-Pazifik. Shared Services erbringt unterstützende Dienstleistungen für beide Divisionen und führt unabhängige Kontrollen durch. Shared Services ist in folgende Bereiche organisiert:

- Der Bereich Chief Financial Officer (CFO) umfasst vielfältige Funktionen, darunter Corporate Development, Informationstechnologie, Corporate Real Estate and Services, Efficiency Management, Financial Accounting, Group Insurance, Group Finance, Investor Relations, New Business, Global Operations, Product Control, Tax und Treasury.
- Der Bereich General Counsel bietet Unterstützung in rechtlichen und regulatorischen Belangen und trägt damit zur Wahrung des guten Rufs der Credit Suisse bei. Er bietet Beratung in rechtlichen und regulatorischen Belangen und stellt den Mitarbeitenden das Fachwissen und die Mittel zur Einhaltung sämtlicher interner Richtlinien und externer Vorschriften, Verordnungen und Gesetze zur Verfügung.
- Der Bereich Chief Risk Officer (CRO) umfasst Strategic Risk Management, Credit Risk Management, Risk Analytics and Reporting und Operational Risk Management, die eng zusammenarbeiten, um eine strikte Risikokontrolle zu gewährleisten und dazu beizutragen, dass unser Risikokapital umsichtig eingesetzt wird.
- Die Funktion Talent, Branding and Centers of Excellence umfasst Human Resources, Corporate Branding and Advertising sowie die Centers of Excellence (CoE). Human Resources ist bestrebt, Mitarbeitende zu gewinnen, sie an das Unternehmen zu binden und zu fördern und gleichzeitig eine anregende Arbeitsumgebung für alle Mitarbeitenden zu schaffen. Branding steuert unsere Marke in enger Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen mit dem Ziel, die Marke Credit Suisse als gemeinsamen Massstab, als Unterscheidungsmerkmal und als Versprechen gegenüber unseren Kunden zu positionieren. Die CoE unterstützen unsere Geschäftsbereiche weltweit bei der Optimierung ihrer Prozesse und spielen als effiziente Dienstleistungszentren eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung unserer Strategie.

Weitere Funktionsbereiche, die Unternehmensdienstleistungen erbringen, sind unter anderem Corporate Communications, One Bank Collaboration und Public Policy. Corporate Communications bietet Unterstützung in den Bereichen Medienbeziehungen, Krisenmanagement, Führungs- und Mitarbeiterkommunikation. One Bank Collaboration fördert Initiativen zur divisionsübergreifenden Zusammenarbeit in der ganzen Gruppe und misst und

kontrolliert Erträge aus dieser Zusammenarbeit. Public Policy schützt und fördert die Interessen der Credit Suisse und stärkt ihren guten Ruf.

Die Chief Executive Officers (CEOs) der Divisionen und Regionen sind direkt dem CEO der Gruppe unterstellt. Zusammen mit dem CFO, dem CRO, dem General Counsel sowie dem Chief Marketing and Talent Officer bildeten sie die Geschäftsleitung der Credit Suisse im Jahr 2013.

Die Funktion Interne Revision rapportiert direkt an das Audit Committee.

Mit unserer Struktur wollen wir eine intensive divisionsübergreifende Zusammenarbeit fördern und Ressourcen in unseren vier Regionen gemeinsam nutzen. Die Regionen erfüllen verschiedene Funktionen zur Koordination und Unterstützung des globalen Geschäfts der beiden Divisionen. Auf strategischer Ebene sind die Regionen verantwortlich für die Entwicklung des Unternehmens als Ganzes sowie für die Umsetzung regionaler Geschäftspläne, Projekte und Initiativen. Zudem überwachen sie die Finanzergebnisse in ihrem Marktgebiet. Jede Region ist verantwortlich für die Beziehungen zu den Aufsichtsbehörden vor Ort sowie für das regulatorische Risikomanagement sowie Angelegenheiten auf regionaler Stufe oder in den einzelnen Ländern. In den Verantwortungsbereich der Regionen gehören zudem die Kunden- und Mitarbeiterbetreuung und die Koordination der Shared-Services-Leistungen in der Region.

MARKTREGIONEN

Schweiz

Die Schweiz, unser Heimmarkt, umfasst ein breites Geschäftsportfolio. In der Schweiz sind 17 900 Mitarbeitende für die Credit Suisse tätig. Die Division Private Banking & Wealth Management umfasst unsere Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und Asset Management. Im Bereich Wealth Management Clients steht unseren Kunden ein globales Leistungsangebot zur Verfügung, das unseren strukturierten Beratungsprozess mit einer breiten Palette innovativer Produkte und Dienstleistungen verbindet, die auf die verschiedenen Kundengruppen zugeschnitten sind, von Privatkunden bis zu äusserst vermögenden Privatkunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI). Wir betreuen unsere Kunden in 214 Geschäftsstellen. Zudem haben wir ein spezialisiertes External-Asset-Manager-Geschäft. Im Bereich Corporate & Institutional Clients bieten wir Firmen und Institutionen erstklassige Beratung an sowie ein breites Spektrum an Bankdienstleistungen. Die Produkte und Dienstleistungen umfassen Ausleihungen, Cash- und Liquiditätsmanagement, Handelsfinanzierungen, Unternehmensfinanzierungen, Devisen, Anlagelösungen, Schiffs- und Flugzeugfinanzierung, Global Custody sowie Asset & Liability Management. Zu den Kunden des Bereichs Corporate & Institutional Clients zählen KMUs, Weltkonzerne, Rohstoffhändler, Banken und schweizerische Pensionskassen. Unser Bereich Asset Management hat in

der Schweiz eine marktführende Stellung im traditionellen sowie im alternativen Anlagengeschäft und bietet zudem eine breite Auswahl an Multi-Asset Class Solutions. Die Division Investment Banking bietet ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen an. Sie hält marktführende Positionen im Schweizer Kredit- und Kapitalmarkt sowie in der Fusions- und Übernahmeberatung.

Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA)

Wir sind in der Region EMEA in 29 Ländern tätig, mit 9 600 Mitarbeitenden in 63 Standorten. Unser regionaler Hauptsitz liegt in Grossbritannien, wir unterhalten jedoch Onshore-Präsenzen in allen grösseren Ländern der Region. Die Region EMEA umfasst sowohl reife Märkte wie Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Grossbritannien als auch Emerging Markets wie Russland, Polen, die Türkei und den Nahen Osten. Wir setzen unsere kundenorientierte, integrierte Strategie auf Länderebene um und sind für Firmenkunden, staatliche Körperschaften sowie institutionelle und private Kunden tätig. Beide Divisionen der Bank sind in der Region EMEA stark vertreten. Das Investment Banking bietet ein Spektrum an Finanzberatungsdiensten an und verfügt bei vielen Schlüsselprodukten und in wichtigen Märkten über gute Marktanteile. Die Division Private Banking & Wealth Management entwickelt ihr integriertes UHNWI-Produktangebot kontinuierlich weiter und legt den Fokus auf den Vertrieb einer Reihe von Anlageprodukten, darunter alternativen Anlagen, aber auch Aktien, Anleihen, Immobilien, Multi-Asset Class Solutions und Indexlösungen.

Nord- und Südamerika

Unsere Geschäftsaktivität in den USA, in Kanada, in Lateinamerika und in der Karibik erstreckt sich über 14 Länder, mit 11 100 Mitarbeitenden an 43 Standorten. In den USA konzentrieren wir

uns auf kundenzentrierte, renditestarke Geschäftsbereiche im Investment Banking sowie auf Geschäftsbereiche, wo wir unsere Marktanteile kapitaleffizient weiter ausbauen konnten. In der Division Private Banking & Wealth Management entwickeln wir unsere Onshore-Vermögensverwaltung in den USA, in Brasilien und in Mexiko weiter und sehen zusätzliches Potenzial für integrierte, divisionsübergreifende Lösungen. In Lateinamerika, namentlich in unseren Schlüsselmärkten Brasilien und Mexiko, konzentrieren wir uns nach wie vor darauf, unseren Kunden ein komplettes Angebot an divisionsübergreifenden Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Asien-Pazifik

In der Region Asien-Pazifik sind wir in 12 Ländern tätig, mit 7 400 Mitarbeitenden an 24 Standorten. Damit gehören wir zu den grössten internationalen Banken dieser Region. Singapur und Hongkong sind wichtige Drehscheiben für die globale Geschäftstätigkeit der Division Private Banking & Wealth Management. In Australien und Japan liegt unser Fokus auf dem Ausbau unseres lokalen Private-Banking-Netzwerks. Wir betreuen in dieser Region UHNWI- und HNWI-Kunden, welchen wir Zugang zu unserem globalen Netzwerk und unserem strukturierten Beratungsprozess bieten sowie zu massgeschneiderten Lösungen und innovativen Produkten. In enger Zusammenarbeit mit unserer Division Investment Banking entwickeln wir integrierte Lösungen. Unsere Division Investment Banking ist in dieser Region vor allem in Hongkong und Singapur tätig. Unsere starke Aktien- und Research-Plattform trägt massgeblich zum Erfolg unserer Kapitalmarkt-, Beratungs- und Emissionsgeschäfte bei. Die Division Investment Banking gilt in der Region als branchenführend und ist bekannt für ihre Publikationen und Konferenzen.

Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden

ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Unsere Aktivitäten unterstehen in den Ländern, in denen wir Standorte, Niederlassungen und Tochtergesellschaften haben, lokalen Aufsichtsbehörden.

Die Aufsicht über unser Geschäft liegt unter anderem bei Zentralbanken, Bankaufsichtsbehörden, der Finanzdienstleistungsaufsicht, bei Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörden und bei Selbstregulierungsorganen von Branchenverbänden. Die für uns wichtigsten Aufsichtsbehörden in der Schweiz, in den USA, der EU und Grossbritannien koordinieren ihre Tätigkeit.

Der aufsichtsrechtliche Rahmen in den Ländern, in denen wir tätig sind, wirkt sich bis zu einem gewissen Grad auf unsere Möglichkeiten aus, neue Märkte zu erschliessen, unsere Dienstleistungen und Produkte in den angestammten Ländern zu gestalten sowie spezifische Aktivitäten zu strukturieren. Wir erfüllen die regulatorischen Vorschriften in allen wesentlichen Aspekten und halten die Eigenmittelanforderungen ein.

Weltweit reagierten die Regierungen und Aufsichtsbehörden auf die Probleme und Herausforderungen der Märkte seit 2007 mit zahlreichen Vorschlägen und Erlassen zur Reform des regulatorischen Regelwerks für die Tätigkeit von Finanzinstituten wie der Credit Suisse Group. Anzumerken ist hierzu, dass einige Reformen von Regulierungsbehörden, einschliesslich unserer wichtigsten Aufsichtsbehörden, vorgeschlagen und in das geltende Recht aufgenommen wurden, die potenziell materielle Auswirkungen auf unsere Geschäftstätigkeit haben könnten. Diese regulatorischen Entwicklungen könnten zusätzliche Kosten nach sich ziehen oder unsere Geschäftstätigkeit limitieren beziehungsweise einschränken. Obwohl wir von regulatorisch bedingten Kostensteigerungen und höheren Kapitalanforderungen, von denen alle grossen Finanzdienstleistungsunternehmen (einschliesslich der Gruppe) betroffen sein werden, ausgehen, können wir keine Prognosen über die Auswirkungen der vorgeschlagenen neuen Regulierungen auf unsere Geschäftstätigkeit oder unsere Ergebnisse abgeben. Unsere Ausgangslage für diese Reformen ist indessen insgesamt gut, da wir unser Risiko reduziert haben und nach wie vor über eine solide Kapitalausstattung, Refinanzierung und Liquiditätsausstattung verfügen.

► Siehe «Risikofaktoren» für weitere Informationen bezüglich Risiken, die sich im Zusammenhang mit regulatorischen Auflagen ergeben können.

JÜNGSTE REGULATORISCHE ENTWICKLUNGEN UND VORSCHLÄGE

Im Folgenden wird auf einige der wesentlichen regulatorischen Bestimmungen näher eingegangen, die im Jahr 2013 oder Anfang 2014 vorgeschlagen oder in geltendes Recht umgesetzt wurden.

Basel-Regelwerk

Regulierung des Derivatgeschäfts

Im September 2013 veröffentlichten der ◉ Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) und die Internationale Organisation für Effektenhandels- und Börsenaufsichtsbehörden (International Organization of Securities Commissions, IOSCO) ihr definitives globales Regelwerk zu den Einschusspflichten für nicht zentral abgerechnete ◉ Derivate. Falls diese Vorgaben wie derzeit erwogen in nationales Recht umgesetzt werden, würden die Einschusspflichten deutlich höher ausfallen als derzeit am Markt üblich und institutionelle Händler wie die Credit Suisse hätten Einschusszahlungen (Initial Margins) und Nachschusszahlungen zu stellen. Zudem wäre eine Weiterverpfändung von eingeschossenen Sicherheitsleistungen nur in beschränktem Ausmass möglich. Diese Einschusspflichten könnten sich als signifikanter Kostentreiber bei nicht zentral abgerechneten Derivatgeschäften erweisen und die Nachfrage nach diesen Produkten beschränken. Dies wiederum hätte potenziell negative Folgen für unseren Derivatverkauf und -handel. Das Regelwerk geht von einer gestaffelten Einführung der Einschusspflichten ab dem 1. Dezember 2015 aus. Man rechnet damit, dass die Aufsichtsbehörden in den USA, der EU und anderen massgeblichen Staaten, die den Richtlinien des Basler Ausschusses / der IOSCO unterstehen, im Verlauf des Jahres 2014 Vorschriften für die Umsetzung des Regelwerks erlassen.

Schweiz

Per 1. Januar 2013 wurde das ◉ Basel-III-Regelwerk zusammen mit der Schweizer ◉ «Too Big To Fail»-Regulierung und den dazugehörigen Vorschriften in die schweizerische Gesetzgebung aufgenommen. Zusammen mit den entsprechenden Ausführungsverordnungen umfasst die Gesetzgebung Anforderungen an Eigenkapital, Liquidität, Leverage und Risikoverteilung sowie Vorschriften für Notfallpläne zur Aufrechterhaltung systemrelevanter Funktionen bei einer drohenden Insolvenz. Bestimmte Anforderungen im Rahmen der Gesetzgebung, darunter auch die Eigenkapitalanforderungen, werden bis 2018 schrittweise eingeführt.

Überwachung der Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen und aufsichtsrechtliche Überwachung

Der Schweizer Bundesrat hat am 13. Februar 2013 beschlossen, dem Ersuchen der SNB stattzugeben und den antizyklischen Kapitalpuffer zu aktivieren. Daher haben die Banken seit dem 30. September 2013 zusätzliche Eigenmittel in Höhe von 1% ihrer risikogewichteten Aktiven bezüglich Hypothekarkrediten zu halten, die zur Finanzierung von Wohneigentum in der Schweiz bestimmt sind. Im Januar 2014 erhöhte der Schweizer Bundesrat auf Ersuchen der SNB diesen Puffer zudem per 30. Juni 2014 von 1% auf 2%.

► Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» und «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserem derzeitigen aufsichtsrechtlichen Regelwerk und den erwarteten Änderungen an diesem Regelwerk, die sich auf Liquiditäts- und Kapitalvorschriften auswirken.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Am 15. August 2013 haben die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Bundesrepublik Deutschland eine Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beschlossen, um den Finanzinstituten beider Länder das Angebot von Bankdienstleistungen und Anlagefonds im jeweils anderen Land zu vereinfachen. Diese Vereinbarung dürfte auch nach der Revision der Finanzmarktrichtlinie (MiFID II) weiterhin Gültigkeit haben, falls die Schweizer und deutschen Behörden sie als MiFID-II-kompatibel einstufen. Der Umfang der Zusammenarbeit ist in zwei ergänzenden Ausführungsvereinbarungen festgelegt. Die Ausführungsvereinbarungen wurden von der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA (FINMA) unterzeichnet; sie sind am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

Regulierung des Derivatgeschäfts

Am 13. Dezember 2013 eröffnete der Schweizer Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zum Finanzmarktinfrastukturgesetz (FinfraG). Es zielt im Wesentlichen darauf ab, die Regulierung der Finanzmarktinfrastrukturen und des Handels mit Derivaten an die Entwicklungen des Marktes und an internationale Vorgaben anzupassen, insbesondere an die EU-Regulierung von OTC-Derivaten, zentralen Gegenparteien und Transaktionsregistern (bekannt als European Market Infrastructure Regulation, EMIR).

Vergütung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung

Am 3. März 2013 stimmten die Schweizer Bürger für die sogenannte «Minder-Initiative», mit der die Aktionärsrechte gestärkt werden sollen. Die Initiative verlangt, dass ein Gesetz verabschiedet wird, durch das den Schweizer Publikumsgesellschaften bestimmte Anforderungen an die Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung auferlegt werden, darunter eine bindende (anstatt konsultative) Abstimmung der Aktionäre über die Gesamtvergütung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sowie das Verbot von Abgangsentschädigungen, Gehaltsvorauszahlungen und Zahlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräusserung von Unternehmen. Die Initiative verlangt ausserdem,

dass die Verwaltungsratsmitglieder, der Verwaltungsratspräsident und die Mitglieder des Compensation Committee jährlich direkt von den Aktionären gewählt werden. Des Weiteren sieht die Initiative vor, dass Verstösse gegen ihre Bestimmungen strafrechtlichen Sanktionen unterliegen. Der Schweizer Bundesrat erliess am 20. November 2013 eine entsprechende Übergangsverordnung, die am 1. Januar 2014 in Kraft getreten ist. Die Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Gesellschaften dient zur Umsetzung der Initiative, bis die definitive Umsetzung in das Landesrecht vom Parlament verabschiedet und in Kraft gesetzt worden ist. Die Verordnung schreibt insbesondere vor, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats, der Verwaltungsratspräsident und die Mitglieder des Compensation Committee jährlich direkt durch die Aktionäre zu wählen sind, erstmals an der ordentlichen Generalversammlung im Jahr 2014.

Herausgabe von Retrozessionen

Im vierten Quartal 2012 veröffentlichte das schweizerische Bundesgericht das Urteil in einem Fall, der ihm von einem Kunden einer anderen Bank vorgelegt worden war. Darin wurde die Rückvergütung von Kommissionen verlangt, die Anbieter von Anlageprodukten der Bank des Kunden gezahlt hatten. Das Gericht verfügte, dass entsprechende Zahlungen (Retrozessionen), die im Rahmen eines Vermögensverwaltungsmandats von Emittenten von Anlageprodukten eingehen, dem Kunden geschuldet sind (einschliesslich Zahlungen von Gruppengesellschaften), es sei denn, der Kunde habe eine Verzichtserklärung abgegeben. In der Folge veröffentlichte die FINMA eine Mitteilung, in der alle Banken aufgefordert wurden, gegebenenfalls betroffene Kunden zu informieren. Wir sind dieser Aufforderung nachgekommen und haben alle unsere Kunden mit Vermögensverwaltungsmandaten im zweiten Quartal 2013 entsprechend informiert. Derzeit schätzen wir die Sachlage so ein, dass dieses Urteil für uns keine materiellen Verpflichtungen nach sich ziehen dürfte. Den Branchentrends folgend, planen wir die Einführung verschiedener retrozessionsfreier Produkte.

Insolvenzregime

Das am 13. Dezember 2013 durch den Schweizer Bundesrat eingeleitete Vernehmlassungsverfahren zum FinfraG sieht auch eine Revision des Schweizer Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 (Bankengesetz) in seiner derzeit gültigen Form vor, um Muttergesellschaften von Finanzgruppen oder -konglomeraten sowie bestimmte nicht regulierte Gesellschaften einer Gruppe mit Sitz in der Schweiz dem Schweizer Insolvenzregime für Banken zu unterstellen. Falls diese Gesetzesrevision umgesetzt wird, würde die Credit Suisse Group unter das Schweizer Insolvenzregime und die entsprechende Zuständigkeit der FINMA fallen. Unter Umständen betrifft dies auch gewisse, derzeit nicht regulierte Schweizer Gruppengesellschaften. Das Vernehmlassungsverfahren zum FinfraG endet am 31. März 2014.

Am 1. Januar 2014 trat die revidierte Fassung des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs in Kraft. Mit der Revision sollen die Sanierungsverfahren

von Unternehmen vereinfacht und die Gläubigerrechte bei provisorischer Stundung oder definitiver Stundung gestärkt werden. Zudem führte sie gewisse Verfahrensänderungen und eine Sonderbehandlung der Ansprüche aus Dauerschuldverhältnissen (namentlich von Verträgen wie Leasingverträgen, Mietverträgen oder Darlehen, die einen anhaltenden und wiederholten Austausch von Mitteln, Gütern oder Dienstleistungen umfassen) ein, die bei einer provisorischen Stundung oder einer definitiven Stundung in Zukunft durch den Schuldner jederzeit mit Zustimmung des Sachwalters und gegen Zahlung einer Entschädigung gekündigt werden können, sofern andernfalls der Sanierungszweck vereitelt würde.

Steuern

Am 1. Januar 2013 traten die bilateralen Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Grossbritannien beziehungsweise Österreich in Kraft, die eine Regularisierung der in der Schweiz gehaltenen Vermögenswerte von Personen mit Wohnsitz in Grossbritannien oder Österreich ermöglichen. Vermögenswerte aus der Vergangenheit sollen mittels einer einmaligen anonymen Abgeltungssteuer, die von den Zahlstellen in der Schweiz einzubehalten ist, oder durch freiwillige Offenlegung seitens der betroffenen Kunden bei den österreichischen beziehungsweise britischen Behörden regularisiert werden. Österreichische und britische Kunden können ihre zukünftigen Anlageerträge und Kapitalgewinne auf zwei Wegen regularisieren: Sie können die Schweizer Bank anweisen, entweder eine Verrechnungssteuer von ihren relevanten Erträgen und Gewinnen abzuziehen (wodurch die Anonymität der betroffenen Kunden gewahrt bleibt) oder die betreffenden Erträge und Gewinne den Behörden an ihrem Wohnsitz zu melden. Im Dezember 2012 wurde das bilaterale Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland von deutscher Seite abgelehnt.

Am 1. Februar 2013 trat das schweizerische Steueramtshilfegesetz in Kraft. Es regelt die Amtshilfe in Doppelbesteuerungs- und anderen internationalen Abkommen der Schweiz, die den Informationsaustausch in Bezug auf Steuerangelegenheiten gemäss Artikel 26 des OECD-Musterabkommens regeln. Dem neuen Gesetz zufolge ist die Amtshilfe bei Gruppenanfragen aufgrund von bestimmten Verhaltensmustern nicht mehr untersagt, sogenannte «Fischzüge» sind aber ausdrücklich unzulässig. Im August 2013 gab der Bundesrat bekannt, dass er sich um Anpassungen des Gesetzes an die internationalen Standards bemühen werde. Im März 2014 verabschiedete das Schweizer Parlament Anpassungen bezüglich Aufschub der Verständigung der betroffenen Personen, so dass betroffene Steuerpflichtige in gewissen Fällen erst nach Mitteilung der Angaben an die ersuchenden Behörden informiert werden, sowie der Einführung eines besonderen Verfahrens für von einer Gruppenanfrage betroffene Auskunftgeber. Es wird erwartet, dass die Anpassungen des Gesetzes am 1. Januar 2015 in Kraft treten.

Das schweizerische Bundesgericht bestätigte in seinem Entscheid von Juli 2013, der einen ehemaligen Kunden der Credit Suisse betraf, dass sogenannte Gruppenanfragen, die nicht einen bestimmten identifizierten Kunden betreffen, sondern stattdessen

ein Verhaltensmuster beschreiben, nach dem bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und den USA von 1996 zulässig sind.

Am 29. August 2013 unterzeichneten die Schweiz und die USA eine gemeinsame Erklärung, die einen Rahmen für die Zusammenarbeit der Schweizer Banken mit den USA in deren Untersuchungen von Steuerhinterziehungen vorgibt. Dieser Rahmen gilt für alle Schweizer Banken mit Ausnahme derjenigen, wie der Credit Suisse, die Gegenstand einer Strafuntersuchung des US Department of Justice (Justizministerium, DOJ) sind.

Im September 2013 verabschiedete das Schweizer Parlament eine zwischenstaatliche Vereinbarung zur Umsetzung der Melde- und Verrechnungssteuerbestimmungen des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA). Ab dem 1. Juli 2014 sind die Anforderungen von FATCA einzuhalten.

Am 18. Dezember 2013 übernahm der Schweizer Bundesrat den Auftrag für Verhandlungen zur Revision des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der EU und der Schweiz. Diese Revision soll das Abkommen auf die geplanten Revisionen der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie abstimmen und derzeit anscheinend vorhandene Lücken schliessen. Offiziell wurden die betreffenden Verhandlungen von der Schweiz und der EU am 17. Januar 2014 aufgenommen. Im März 2014 stimmte die Europäische Kommission einer Ausweitung der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie in Bezug auf den automatischen Informationsaustausch innerhalb der EU hinsichtlich aller Formen von Zinserträgen und Produkten, die Zinsen oder äquivalente Erträge generieren, zu. Die EU strebt jetzt eine Einigung mit Drittstaaten wie der Schweiz in Bezug auf die Anpassung der Zinsbesteuerungsabkommen zur Umsetzung der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie bis Ende 2014 an. Auf globaler Ebene wurde der automatische Informationsaustausch am G-20-Gipfel im September 2013 als neuer internationaler Standard befürwortet.

USA

Im Juli 2010 verabschiedeten die USA den Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (Dodd-Frank Act). Er sieht einen breiten Rahmen für aufsichtsrechtliche Änderungen vor. Obwohl zahlreiche Bestimmungen des Dodd-Frank Act inzwischen bereits Gegenstand von Regelungen sind, wird die Umsetzung in den nächsten Jahren den Erlass weiterer detaillierter Regelungen durch verschiedene Aufsichtsbehörden erfordern, beispielsweise durch das US Department of the Treasury (US-Finanzministerium, US Treasury), das US Federal Reserve (Fed), die US Securities and Exchange Commission (SEC), das Office of the Comptroller of the Currency (OCC), die Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC), die Commodity Futures Trading Commission (CFTC) und den Financial Stability Oversight Council (FSOC).

Überwachung der Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen und aufsichtsrechtliche Überwachung

Das Fed, die FDIC und das OCC gaben im Juli 2013 ihre definitiven Eigenkapitalvorschriften bekannt. Diese stellen eine Überarbeitung der bestehenden US-Eigenmittelvorschriften für Banken

sowie eine Umsetzung des Basel-III-Regelwerks und gewisser Bestimmungen des Dodd-Frank Act dar. Die definitive Regulierung entspricht weitgehend dem durch den Basler Ausschuss herausgegebenen Basel-III-Regelwerk, weicht jedoch in mehreren wichtigen Bereichen infolge der Anforderungen des Dodd-Frank Act davon ab und lässt weitere neuere Aspekte des Basel-III-Regelwerks unberücksichtigt. Im Oktober 2013 veröffentlichten das Fed, das OCC und die FDIC einen Regelungsentwurf zur Einführung der Basel-III-◊ Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) in den USA, der sich an bestimmte grosse US-Bankinstitute richtet. Die Vorschläge der USA bezüglich der Mindestliquiditätsquote stimmen bis auf Verschärfungen in einzelnen Punkten weitgehend mit den durch den Basler Ausschuss im Januar 2013 veröffentlichten Vorschriften zur Mindestliquiditätsquote überein. Ihre schrittweise Einführung ist für die Zeit zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 1. Januar 2017 vorgesehen. Das Fed kann die US-Version der Anforderungen an die Mindestliquiditätsquote in kommenden weiteren Regulierungen auch auf den Betrieb bestimmter ausländischer Grossbanken in den USA anwenden.

Der Dodd-Frank Act gibt den Aufsichtsbehörden zudem die Möglichkeit, strengere Kapital-, Leverage- und Liquiditätsvorschriften sowie andere aufsichtsrechtliche Standards, insbesondere für systemrelevante Finanzinstitute, zu erlassen. Im Februar 2014 verabschiedete das Fed eine Vorschrift im Rahmen des Dodd-Frank Act, die neue Rahmenbedingungen für die Regulierung des US-Geschäfts ausländischer Bankinstitute schafft. Diese Vorschrift verlangt von der Credit Suisse die Schaffung einer US-amerikanischen Zwischenholding (Intermediate Holding Company, IHC), die alle in den USA domizilierten Credit Suisse Gruppengesellschaften hält. Sie gilt nicht für die New Yorker Niederlassung der Credit Suisse AG. Für die IHC gelten die lokalen risikobasierten Eigenkapital- und Leverage-Vorschriften. Zusätzlich müssen sowohl die IHC für sich als auch das kombinierte US-Geschäft der Credit Suisse (umfassend die IHC und die New Yorker Niederlassung) weitere, neue aufsichtsrechtliche Anforderungen erfüllen, wie beispielsweise separate Liquiditätspuffer sowohl für die IHC als auch für die New Yorker Niederlassung im Rahmen der Bewirtschaftung des Liquiditätsrisikos, Stresstests sowie weitere aufsichtsrechtliche Vorschriften. Die meisten aufsichtsrechtlichen Anforderungen dieses neuen Regelwerks treten im Juli 2016 in Kraft. Weitere, derzeit noch nicht verabschiedete Entwürfe sehen für die IHC und das kombinierte US-Geschäft der Credit Suisse Limiten für Kreditengagements mit den einzelnen Gegenparteien vor und geben zudem für das kombinierte US-Geschäft der Credit Suisse ein Regime zur frühzeitigen Sanierung vor, welches durch das Überschreiten kritischer Grenzen bei Eigenmittel-, Leverage-, Stresstest-, Liquiditäts-, Risikomanagement- oder Marktindikatoren ausgelöst würde. Am 15. April 2013 gaben das Fed und die FDIC weitere Leitlinien für bestimmte Finanzgesellschaften, zu denen auch die Credit Suisse gehört, bekannt, nach denen diese in zukünftigen Sanierungsplänen zusätzliche Analysen und Daten beizubringen haben. Zudem wurde die Frist zur Einreichung solcher aktualisierter Pläne vom 1. Juli 2013 auf den 1. Oktober 2013 erstreckt. Die Credit Suisse reichte ihren ersten

Sanierungsplan am 1. Juli 2012 ein; die erste jährliche Aktualisierung des Plans wurde vor Ablauf der Frist vom 1. Oktober 2013 eingereicht.

► Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» und «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserem derzeitigen aufsichtsrechtlichen Regelwerk und den erwarteten Änderungen daran im Bereich der Liquiditäts- und Kapitalvorschriften.

Die US-Aufsichtsbehörden veröffentlichten am 10. Dezember 2013 die definitive Fassung der sogenannten «Volcker Rule», welche das Sponsoring und die Einlagen von Banken in bestimmte Private-Equity- oder Hedgefonds sowie bestimmte Arten des Eigenhandels einschränkt. Die Übergangsfrist zur Einhaltung der Volcker Rule durch die betroffenen Institute wurde bis zum 21. Juli 2015 verlängert (mit Erstreckungsmöglichkeiten unter bestimmten Umständen). Derzeit analysieren wir die definitive Fassung der Volcker Rule und ihre Auswirkungen auf unsere Geschäftstätigkeit und reaktivieren unser diesbezügliches Umsetzungsprogramm.

Regulierung des Derivatgeschäfts

Am 1. Juli 2013 registrierte sich unsere Einheit für bestimmte Aktien-Swap-Handelsgeschäfte, die Credit Suisse Securities Europe Limited (CSSEL), bei der CFTC als Swap-Händler.

Am 12. Juli 2013 führte die CFTC definitive Leitlinien für grenzüberschreitende Geschäfte ein, welche die Anwendung der CFTC-Vorschriften auf Nicht-US-Swap-Händler regeln. Zu diesen Swap-Händlern zählen auch die Credit Suisse International (CSI) und die CSSEL. Nach den Leitlinien der CFTC ist es zulässig, dass Nicht-US-Swap-Händler anstelle bestimmter CFTC-Vorschriften die entsprechenden Vorschriften ihres Heimatlandes anwenden. Die Europäische Kommission reichte bei der CFTC einen Antrag auf Substitution der einzuhaltenden Vorschriften zugunsten von in der EU ansässigen Unternehmen ein. Dieser Antrag erstreckt sich auch auf die CSI und die CSSEL. Die CFTC gab diesem Antrag teilweise statt, indem sie am 20. Dezember 2013 Vergleichbarkeitsmassstäbe für die EU und bestimmte andere Rechtsordnungen erliess. Somit können die CSI und die CSSEL anstelle bestimmter CFTC-Anforderungen zum Risikomanagement, zu den internen Kontrollen, den Aufgaben und Meldepflichten des Chief Compliance Officer, der Buchführung, den Swap-Bestätigungen, der Portfolio-Abstimmung und -Komprimierung und der Swap-Bewertung die entsprechenden lokalen EU-Vorschriften anwenden. Zudem veröffentlichte die CFTC zwei No-Action-Letters, in denen sie bestimmte Anforderungen aufschob. Die Aufschiebe beziehen sich insbesondere auf den Ausweis von Swap-Geschäften mit Nicht-US-Personen und räumen der CFTC mehr Zeit zur Analyse der Vergleichbarkeit entsprechender Vorschriften in anderen Rechtsordnungen ein. Falls die CFTC letztlich die Anwendbarkeit der EU-Vorschriften zum Ausweis von Swaps mit Nicht-US-Personen verneint, könnten auf die CSI und die CSSEL umfangreiche Folgekosten zukommen.

Am 14. November 2013 veröffentlichte der Stab der CFTC eine Empfehlung, wonach die Anforderungen der CFTC auf «Transaktionsebene», wie etwa die Clearing-Verpflichtung, die Börsenpflicht, die Offenlegung in Echtzeit und externe Verhaltensregeln auf

Swaps zwischen einem Nicht-US-Swap-Händler wie der CSI oder der CSSEL und einer anderen Nicht-US-Person anwendbar sind, falls der betreffende Swap von Mitarbeitenden in den USA oder US-Agenten des Nicht-US-Swap-Händlers arrangiert, ausgehandelt oder ausgeführt wurde. Derzeit ist vorgesehen, diese Empfehlung am 15. September 2014 in Kraft zu setzen. Die CFTC hat eine öffentliche Vernehmlassung eingeleitet. Wenn die genannte Anleitung nicht widerrufen oder angepasst wird, könnte sie einige Marktverwerfungen und erhebliche Compliance-Kosten für die CSI und die CSSEL zur Folge haben. Als Folge dieser Empfehlung reichten am 4. Dezember 2013 mehrere Verbände aus der Finanzindustrie Klage am US-Bezirksgericht für den District of Columbia ein, mittels welcher die Empfehlung und die Leitlinien der CFTC von Juli 2013 zur grenzüberschreitenden Anwendung ihrer Vorschriften zu Swap-Geschäften aufgehoben werden sollen. Die Klage beantragt, dass das Gericht die Leitlinien von Juli 2013 annulliert und der CFTC verbietet, die angefochtenen Vorschriften ausserhalb der USA durchzusetzen. Je nach Ausgang des Verfahrens könnten sich erhebliche Veränderungen im Umfang der Unterstellung der CSI und der CSSEL unter die CFTC-Vorschriften gegenüber den derzeit geltenden Bedingungen gemäss den Leitlinien der CFTC ergeben. Wir beobachten den Verlauf des Verfahrens und passen unsere Notfallplanung für die verschiedenen Szenarien, die infolge des Verfahrens eintreten könnten, an.

Am 16., 22. und 27. Januar 2014 wurden bestimmte Arten von Zinssatz-Swaps und Index-Credit Default Swaps als «zum Handel verfügbar» (made available to trade, MAT) an Swap Execution Facilities (SEFs) mit CFTC-Registrierung eingestuft. Daher müssen diese Arten von Swaps seit dem 15., 21. und 26. Februar 2014 über einen SEF- oder einen designierten Kontraktmarkt ausgeführt werden, falls keine Ausnahme oder Befreiung vorliegt. Es ist denkbar, dass verschiedene Marktteilnehmer, einschliesslich einiger unserer Kunden und Gegenparteien, aufgrund dieser SEF-Vorgaben ihr Verhalten beim Handel ändern. Das könnte sich negativ auf den Ertrag aus dem Handel von Swaps auswirken.

Steuern

Am 12. Juli 2013 gab das US-Finanzministerium einen Aufschub des Zeitpunkts für das Inkrafttreten von FATCA für ausländische Finanzinstitute um sechs Monate auf den 1. Juli 2014 bekannt.

Am 29. August 2013 unterzeichneten die Schweiz und die USA eine gemeinsame Erklärung, die einen Rahmen für die Zusammenarbeit der Schweizer Banken mit den USA in deren Untersuchungen von Steuerhinterziehungen vorgibt. Dieser Rahmen gilt für alle Schweizer Banken mit Ausnahme derjenigen, wie der Credit Suisse, die Gegenstand einer Strafuntersuchung des DOJ sind.

EU

Auch die EU, Grossbritannien und weitere Staaten in Europa haben eine breite Auswahl an aufsichtsrechtlicher Regulierung, Wertschriften- und Governance-Vorschriften zur Eindämmung systemischer Risiken und zu einer stärkeren Regulierung der Finanzinstitute, -produkte und -märkte vorgeschlagen und verabschiedet.

Diese Vorschläge befinden sich in verschiedenen Stadien der vorbereitenden und gesetzgebenden Prozesse in der EU, und ihre definitive Form und die kumulativen Auswirkungen sind nach wie vor unsicher.

Überwachung der Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen und aufsichtsrechtliche Überwachung

Am 27. Juni 2013 wurde die definitive Fassung der Eigenkapitalrichtlinie IV und der Eigenkapitalverordnung (Capital Requirements Directive IV / Capital Requirements Regulation, CRD IV) im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht. Mit Wirkung vom 1. Januar 2014 hat die CRD IV die bisherige CRD-Richtlinie ersetzt und neue Massnahmen zur Umsetzung von Basel III und anderen Anforderungen eingeführt. Zur Einhaltung dieser Anforderungen gehört die Genehmigung bestimmter Modelle betreffend die regulatorischen Eigenkapitalanforderungen für unsere britischen Tochtergesellschaften durch die britische Prudential Regulation Authority (PRA).

Die EU-Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (Alternative Investment Fund Managers Directive, AIFMD) trat am 22. Juli 2013 in Kraft. Sie etabliert ein umfassendes regulatorisches und Aufsichtsregelwerk für Verwalter alternativer Anlagefonds (Alternative Investment Fund Managers, AIFMs), die in der EU alternative Anlagefonds (Alternative Investment Funds, AIFs) verwalten und/oder vermarkten. Die AIFMD auferlegt den zugelassenen AIFM diverse wesentliche Anforderungen, einschliesslich einer verbesserten Transparenz gegenüber den Anlegern und Aufsichtsbehörden, und ermöglicht den zugelassenen AIFMs die Vermarktung von AIFs an professionelle Anleger in der gesamten EU unter einem sogenannten «EU-Pass». Der EU-Pass steht den zugelassenen EU-AIFMs seit Juli 2013 zur Verfügung. Falls sich die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority, ESMA) und die Europäische Kommission positiv äussern, dürfte er gegen Ende 2015 auch für die zugelassenen Nicht-EU-AIFMs zur Verfügung stehen. In der Zwischenzeit (mindestens bis 2018) können letztere ihre Vermarktung in der EU nach wie vor im Rahmen der Privatplatzierungsvorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten betreiben, falls sie bestimmte Mindestanforderungen der AIFMD erfüllen und allfällige zusätzliche Auflagen der einzelnen Mitgliedstaaten einhalten. Mit der AIFMD gelten auch neue, strenge Depotregelungen, die sich auf die Art und Weise auswirken, in der Prime Brokers Verwahrdienstleistungen für Fondsverwalter erbringen können. Obwohl die Implementierung der AIFMD inzwischen in zahlreichen Mitgliedstaaten abgeschlossen ist, haben einige andere Mitgliedstaaten die Umsetzungsfrist bis zum 22. Juli 2013 nicht eingehalten. Wie von der ESMA klargestellt, sollte das Pass-System den im Rahmen der Richtlinie in einem Mitgliedstaat mit abgeschlossener Umsetzung zugelassenen EU-AIFMs zur Verfügung stehen, selbst wenn der Zielstaat die Umsetzung der Richtlinie in sein Landesrecht noch nicht abgeschlossen hat. Dagegen können EU-AIFMs mit Sitz in Mitgliedstaaten, welche die Richtlinie noch nicht in ihr Recht umgesetzt haben, nicht auf einen Marketing- und Verwaltungspass in anderen Mitgliedstaaten abstellen.

Am 18. Dezember 2013 trat der britische Financial Services Act 2013 (Banking Reform Act) in Kraft. Es ist davon auszugehen, dass der Erlass der abgeleiteten Rechtsvorschriften zur vollständigen Umsetzung des Banking Reform Act bis im Mai 2015 abgeschlossen sind. Der Banking Reform Act sieht die Schaffung einer Isolierung des Kleinkundengeschäfts (Retail Ring-fence) vor, um grosse, im Einlagengeschäft mit Kleinkunden tätige Banken daran zu hindern, in derselben Rechtseinheit eine grosse Reihe weiterer Anlage- und anderer Bankgeschäfte auszuführen. Es wird erwartet, dass die Banken die Anforderungen aus diesen Gesetzesvorschriften ab 2019 einzuhalten haben. Allerdings besteht Grund zu der Annahme, dass unser Private Banking & Wealth Management in Grossbritannien unter die zugehörige De-minimis-Ausnahmeregelung fallen dürfte, von der erwartet wird, dass sie Banken mit stabil bleibenden Gesamteinlagen unter GBP 25 Mia. vom Retail Ring-fence befreit. Der Banking Reform Act führt gewisse weitere Reformen ein, zu denen unter anderem Anforderungen an die primäre Verlustausgleichsfähigkeit gehören, welche den Einsatz des neuen, ebenfalls in diesem Gesetz eingeführten Verlustbeteiligungsinstruments (Bail-in Tool) ermöglichen sollen. Zudem sieht das Gesetz eine stringenter Aufsicht für bestimmte leitende Mitarbeitende der Banken und neue Straftatbestände für leichtfertiges Missmanagement im Bankensektor vor. Die Governance-Vorschriften und das Bail-in-Tool werden Auswirkungen auf unsere britischen Einheiten, wie beispielsweise die CSI und die CSSEL, haben.

Am 29. Januar 2014 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung über strukturelle Massnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten in der Union und die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Bei einer Umsetzung dieses Vorschlags würden bestimmte Strukturmassnahmen eingeführt, die das Risiko und die Komplexität von Grossbanken in der EU mindern sollen. Dem Vorschlag nach sollen sich die Massnahmen auf EU-Banken beziehen, die als global systemrelevante Institutionen gelten oder die während dreier aufeinanderfolgender Jahre (i) eine Bilanzsumme von mindestens EUR 30 Mia. und (ii) Handelsgeschäfte von mindestens EUR 70 Mia. oder 10% ihrer Bilanzsumme ausgewiesen haben. Diesen Banken würde der Eigenhandel in Finanzinstrumenten und Commodities verboten, zudem würden sie Vorschriften zur Bekämpfung von Umgehungen unterstellt, die bestimmte Geschäfte mit dem Schattenbankensektor verbieten. Ferner könnte die jeweils zuständige Aufsichtsbehörde von ihnen verlangen, bestimmte Handelsgeschäfte mit zusätzlichen Risiken von ihrem Einlagen- und Kreditgeschäft sowie anderen Geschäftstätigkeiten zu trennen.

Am 14. Januar 2014 erzielten die Europäische Kommission, das Europaparlament und der Europarat eine politische Einigung über die primärrechtlichen Bestimmungen zu der MiFID-II-Richtlinie und die zugehörigen Regulierungen (MiFIR), die plangemäss im zweiten Quartal 2014 umgesetzt werden sollen. Es ist davon auszugehen, dass die betreffenden Bestimmungen in den Mitgliedstaaten in Landesrecht umgesetzt werden müssen und gegen Ende 2016 in Kraft treten. Obwohl der definitive Text noch nicht

im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wurde, hat die Europäische Kommission formell angekündigt, dass eine Einigung über die Einführung eines EU-weit harmonisierten Regimes für das grenzüberschreitende Angebot von Anlagedienstleistungen an professionelle und geeignete Gegenparteien in der EU erzielt worden sei. Diese neue Regelung des Zugangs zu den EU-Märkten für Finanzdienstleister mit Sitz in einem Drittstaat einschliesslich der Schweiz würde auf einer positiven Beurteilung der Äquivalenz der aufsichtsrechtlichen und Wohlverhaltensregeln des betreffenden Drittstaats seitens der Europäischen Kommission beruhen und bei Feststellung der Äquivalenz einen EU-weit gültigen Pass für das Angebot von Dienstleistungen an professionelle Kunden und geeignete Gegenparteien aus der EU schaffen. Finanzdienstleister aus Drittstaaten würden nach wie vor im Rahmen der einzelstaatlichen Bestimmungen Dienstleistungen und Geschäfte für diese Kunden in Mitgliedstaaten anbieten können. Diese Möglichkeit läuft drei Jahre nach der Einführung eines positiven Äquivalenzentscheidungs der Europäischen Kommission aus.

Regulierung des Derivatgeschäfts

Im März 2013 traten bestimmte Anforderungen von EMIR in Kraft, während andere gestaffelt eingeführt werden. Die EMIR-Richtlinie verlangt, dass bestimmte standardisierte OTC-Derivatverträge zentral abgewickelt werden und dass dort, wo OTC-Transaktionen nicht zentral abgewickelt werden, bestimmte Techniken angewendet werden, um die operationellen und Gegenparteierrisiken im Zusammenhang mit den Transaktionen zu überwachen, zu messen und zu mindern. Diese Techniken zur Risikominderung umfassen Abschlussbestätigungen, solide Portfolio-Abstimmung und -Komprimierung, Austausch von Margeneinlagen und tägliche Mark-to-Market-Bewertungen der Geschäfte. Ein Teil der Risikominderungsaufgaben trat am 15. September 2013 in Kraft. Ab dem 12. Februar 2014 haben EU-Gegenparteien, die EMIR unterstellt sind, jeden Derivatkontrakt einem unter EMIR zugelassenen oder anerkannten Transaktionsregister zu melden.

Am 3. September 2013 veröffentlichte die ESMA ihre technischen Anleitungen für die Europäische Kommission bezüglich der Äquivalenz einer Reihe von Derivatregimes aus Drittstaaten mit EMIR. Sie empfahl eine «bedingte Äquivalenz» für alle beurteilten aufsichtsrechtlichen Regelungen von Drittstaaten mit Ausnahme der Vorschriften der Schweiz und Australiens für zentrale Gegenparteien. Es ist davon auszugehen, dass die Europäische Kommission die Anleitung der ESMA in ihre eigene Beurteilung einbeziehen wird, um zu entscheiden, ob eine Durchführungsbestimmung zur Äquivalenzerklärung eines Drittstaats mit EMIR eingeführt werden soll. Die positive Äquivalenzeinstufung der Regelungen eines Drittstaats durch die Europäische Kommission würde es den EU-Gegenparteien ermöglichen, mit Einheiten in diesem Drittstaat zu handeln, um ihren Verpflichtungen nach EMIR durch Einhaltung der entsprechenden Vorschriften des Drittstaats nachzukommen. Die «bedingte» Äquivalenz wurde von der ESMA für bestimmte Teile der CFTC- und SEC-Vorschriften vorgeschlagen. Sie besagt, dass die Einhaltung der betreffenden US-Vorschriften nach der

Umsetzung einer Reihe von zusätzlichen Auflagen der Einhaltung von EMIR gleichgestellt ist.

Insolvenzregime

Am 11. Dezember 2013 erzielte das Europaparlament eine politische Einigung mit dem Europarat. Sie betraf einen Legislativvorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Bank Recovery and Resolution Directive, Abwicklungsrichtlinie). Dieses Regelwerk verleiht den einzelnen staatlichen Aufsichtsbehörden umfassende Interventionskompetenzen (insbesondere Ermächtigungen zur Anordnung von Verlustbeteiligungen) zur Verhinderung negativer Auswirkungen auf die Finanzstabilität insgesamt, wenn eine Institution vor der Insolvenz steht. Die Abwicklungsrichtlinie dürfte am 1. Januar 2015 in Kraft treten; die Ermächtigungen zur Anordnung von Verlustbeteiligungen spätestens am 1. Januar 2016. Unsere Gruppengesellschaften in der EU sind von dieser Richtlinie in unterschiedlichem Ausmass betroffen. Die Vereinbarung des Europäischen Parlaments und Rats im März 2014 in Bezug auf die Regulierung für einen einheitlichen Mechanismus zur Bankenabwicklung (Single Resolution Mechanism) wird weitgehend identische Stabilisierungs- und Abwicklungsvollmachten und -konzepte wie die Abwicklungsrichtlinie auf alle dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus unterliegenden Banken im Euroraum anwenden.

Am 19. Dezember 2013 veröffentlichte die britische PRA eine Aktualisierung ihrer Vorschriften zu den Sanierungs- und Abwicklungsplänen im Rahmen des Financial Services Act 2010. Unter diese Vorschriften fallende Einheiten müssen Sanierungspläne, die mit den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Plänen vergleichbar sind, vorlegen können. Zudem müssen sie bestimmte Daten zu ihrer Organisation melden, die es der PRA und der Bank of England ermöglichen sollen, Abwicklungspläne zu entwerfen. Die Credit Suisse lieferte 2012 im Rahmen der bestehenden Vorschriften relevante Daten an die Aufsichtsbehörden in Grossbritannien.

Steuern

Elf Mitgliedstaaten der EU (Belgien, Deutschland, Estland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal, Slowenien und die Slowakei) machten im Januar 2013 einen Vorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT). Ihre Einführung sollte sich auf die genannten Staaten beschränken, da der Vorschlag einer solchen EU-weiten Steuer scheiterte. Falls die FTT in der vorgeschlagenen Form genehmigt werden sollte, wäre die Steuer auf eine breite Palette von Finanztransaktionen anzuwenden. Für derivative Produkte käme ein Mindestsatz von 0,01%, für andere Finanzinstrumente ein solcher von 0,1% zur Anwendung. Besteuert würden bestimmte Finanztransaktionen, bei denen mindestens eine Gegenpartei ein Finanzinstitut mit Sitz in einem Teilnehmerstaat ist. Ein Finanzinstitut kann unter verschiedensten Umständen in einem Teilnehmerstaat «ansässig» sein oder als «ansässig» gelten. Zu diesen Umständen zählen unter anderem a) Transaktionen mit einer in einem Teilnehmerstaat

ansässigen Person und b) die Emission des betroffenen Finanzinstruments in einem Teilnehmerstaat. Um wirksam zu werden, müsste die vorgeschlagene FTT-Richtlinie von mindestens neun Teilnehmerstaaten einhellig angenommen werden. Die Verhandlungen zu diesem Vorschlag unter den Teilnehmerstaaten sind noch offen, zudem sind gerichtliche Anfechtungen möglich. Vor einer Umsetzung zu einem noch nicht näher bekannten Zeitpunkt sind somit umfangreiche Änderungen nicht auszuschliessen. In Fällen, in denen ein Teilnehmerstaat bereits eine Finanztransaktionssteuer erhebt, wie dies in Frankreich und Italien der Fall ist, würde die FTT-Steuer voraussichtlich die bestehenden nationalen Finanztransaktionssteuerregelungen ersetzen.

REGULATORISCHER RAHMEN

Im Folgenden werden die wichtigsten regulatorischen Strukturen erörtert, denen unsere Geschäftstätigkeit unterliegt.

Schweiz

Bankenregulierung und -aufsicht

Die Credit Suisse Group ist zwar gemäss Bankengesetz und der Verordnung vom 17. Mai 1972 über die Banken und Sparkassen (Bankenverordnung) in der jeweiligen aktuellen Fassung keine Bank im eigentlichen Sinne. Trotzdem ist die Gruppe gemäss den Bestimmungen des Bankengesetzes über die konsolidierte Aufsicht von Finanzgruppen und Finanzkonglomeraten verpflichtet, gewisse Auflagen für Banken zu erfüllen, darunter auch Erfordernisse in Bezug auf die Eigenmittelunterlegung, Liquidität und Risikokonzentration auf konsolidierter Basis sowie gewisse Berichterstattungspflichten. In der Schweiz werden unsere Banken von der FINMA als eigenständige Rechtseinheiten und, sofern anwendbar, auf konsolidierter Basis überwacht.

Unsere Banken in der Schweiz verfügen in Übereinstimmung mit dem Bankengesetz und der Bankenverordnung über eine Banklizenz der FINMA. Einige dieser Banken sind zusätzlich von der FINMA in Übereinstimmung mit dem Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (BEHG) zum Effektenhandel zugelassen.

Die FINMA ist das einzige Überwachungsorgan für Banken in der Schweiz und als solches von der SNB unabhängig. Gemäss dem Bankengesetz ist die FINMA für die Überwachung des Schweizer Bankensystems zuständig. Die SNB wiederum ist für die Umsetzung der Geldpolitik im Zusammenhang mit Banken und Effektenhändlern sowie für die Stabilität des Finanzsystems verantwortlich. Im Rahmen der «Too Big To Fail»-Gesetzgebung ist die SNB auch dafür zuständig, festzulegen, welche Banken in der Schweiz systemrelevante Banken sind und welche Funktionen in der Schweiz systemrelevant sind. Die SNB hat die Gruppe als systemrelevante Bank identifiziert.

Unsere Banken in der Schweiz unterstehen einer engmaschigen und ständigen Kontrolle und den direkten Prüfungen durch die FINMA. Gemäss dem Bankengesetz unterstehen unsere Banken auch der Pflicht zu einer externen Revision durch eine von der FINMA zugelassene unabhängige Revisionsgesellschaft, die von der Generalversammlung der Bank ernannt wird. Diese führt jährlich eine Prüfung der Jahresrechnung durch und überprüft

ausserdem, ob die Bank sämtliche rechtlichen Bestimmungen, einschliesslich der Bestimmungen des Bankengesetzes, der Bankenverordnung sowie der FINMA-Bestimmungen, einhält.

Schweizer Banken unterliegen dem ◉ Basel-III-Regelwerk sowie der Schweizer «Too Big To Fail»-Regulierung und den dazugehörigen Vorschriften. Diese enthalten Anforderungen an Eigenkapital, Liquidität, Leverage und Risikoverteilung sowie Vorschriften für Notfallpläne, die dazu dienen, im Falle einer drohenden Insolvenz systemrelevante Funktionen aufrechtzuerhalten.

Darüber hinaus sind Schweizer Banken an einen bestimmten Liquiditätsstandard nach Massgabe der im November 2012 vom Schweizer Bundesrat eingeführten Liquiditätsverordnung gebunden, welche die Liquiditätsanforderungen von Basel III in Schweizer Recht umsetzt, wobei zum Teil weitere Regulierungen erforderlich sind. Die Liquiditätsverordnung trat am 1. Januar 2013 in Kraft. Sie verlangt eine angemessene Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken und gilt für alle Banken, ist aber je nach Art, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftstätigkeit einer Bank abgestuft. Ausserdem umfasst sie zusätzliche quantitative und qualitative Anforderungen für systemrelevante Banken wie die unsrige, die im Allgemeinen mit den bestehenden Erfordernissen der FINMA über das Halten von Liquidität übereinstimmen. Im Januar 2014 schlugen der Schweizer Bundesrat und die FINMA Änderungen der Liquiditätsverordnung in Anlehnung an die definitiven ◉ LCR-Vorschriften unter Basel III vor. Dem Vorschlag zufolge müssen systemrelevante Banken wie die unsrige ab 2015 eine anfängliche Mindest-LCR von 100% erfüllen.

Unser aufsichtsrechtliches Kapital wird in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen berechnet, jedoch mit gewissen Anpassungen, die von der FINMA gefordert oder mit ihr abgesprochen wurden.

► Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» und «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserem derzeitigen aufsichtsrechtlichen Regelwerk und den erwarteten Änderungen an diesem Regelwerk, die sich auf Liquiditäts- und Kapitalvorschriften auswirken.

Gemäss dem Schweizer Bankengesetz sind Banken und Effektenhändler zu einem Risikomanagement verpflichtet, das Risikokonzentrationen auf spezifische Grenzen beschränkt. Die Gesamtausleihungen an eine einzelne Gegenpartei oder eine Gruppe verbundener Gegenparteien müssen in einem angemessenen Verhältnis zum inneren Kernkapital (Core T1) der Bank stehen und die Risiken der Gegenpartei sowie Massnahmen zur ◉ Risikominderung berücksichtigen.

Das Bankengesetz und das BEHG verpflichten Schweizer Banken und Effektenhändler, die Existenz von Kundenbeziehungen sowie sämtliche Aspekte dieser Beziehungen vertraulich zu behandeln. Vom gesetzlichen Schutz der Vertraulichkeit von Kundendaten ausgenommen sind jedoch Straftaten wie Insidergeschäfte, Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung, Steuerbetrug oder -hinterziehung oder das Verhindern der Offenlegung von Informationen gegenüber Gerichten und Behörden.

Die Schweizer Regeln und Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sind umfassend und

verlangen von den Banken und den anderen Finanzintermediären die sorgfältige Prüfung und Dokumentation der Kundenidentität vor Aufnahme einer Geschäftsbeziehung. Zusätzlich sind in diesen Regeln und Vorschriften Verpflichtungen enthalten, angemessene Richtlinien bezüglich Geschäftsbeziehungen mit politisch exponierten Personen und Verfahren und Kontrollen zur Aufdeckung und Vermeidung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, inklusive der Meldung von verdächtigen Aktivitäten an die Behörden, zu unterhalten.

Seit dem 1. Januar 2010 sind die Vergütung, ihre Umsetzung und ihre Offenlegung nach den Vorschriften des FINMA-Rundschreibens «Vergütungssysteme» zu gestalten.

Regulierung und Aufsicht für Wertschriftenhändler und Vermögensverwaltung

Unser Wertpapiergeschäft wird in der Schweiz hauptsächlich über die Bank abgewickelt und untersteht dem BEHG, das sämtliche Aspekte des Effektenhandels in der Schweiz reguliert, darunter das aufsichtsrechtliche Kapital, die Risikoverteilung, die Verkaufsmethoden und Handelsusancen, die Aufbewahrung und Archivierung von Akten sowie die periodische Berichterstattung. Wertschriftenhändler unterstehen der Oberaufsicht durch die FINMA.

Unser Asset-Management-Geschäft in der Schweiz, das auch die Errichtung und Verwaltung von zum öffentlichen Vertrieb zugelassenen Anlagefonds umfasst, untersteht der Aufsicht durch die FINMA.

Insolvenzregime

Die Bankeninsolvenzverordnung-FINMA (Bankeninsolvenzverordnung) regelt Verfahren zur Abwicklung (Sanierung oder Konkursliquidation) von Schweizer Banken und Wertpapierhändlern wie der Credit Suisse AG. Sie schreibt kein bestimmtes Abwicklungskonzept vor, sondern stattdessen die FINMA für den Fall einer Abwicklung mit einem grossen Kompetenz- und Ermessensspielraum aus und sieht verschiedene Sanierungsinstrumente vor, unter denen die FINMA wählen kann.

Die FINMA kann ein Abwicklungsverfahren eröffnen, wenn die berechtigte Sorge besteht, dass die betreffende Schweizer Bank überschuldet ist, ernste Liquiditätsprobleme hat oder die Eigenkapitalanforderungen nicht mehr erfüllt. Das Verfahren kann jedoch nur die Form eines Sanierungsverfahrens (im Gegensatz zu einem Konkursliquidationsverfahren) annehmen, wenn (i) begründete Aussicht auf die Sanierung der betreffenden Bank oder die Weiterführung einzelner Bankdienstleistungen besteht und (ii) die Gläubiger der betreffenden Bank in einem Sanierungsverfahren voraussichtlich besser gestellt sind als in einem Konkursliquidationsverfahren. Einem solchen Verfahren unterliegen alle realisierbaren Vermögenswerte, die der Bank gehören, unabhängig davon, wo sie sich befinden.

Wenn die FINMA ein Sanierungsverfahren in Bezug auf die Credit Suisse AG eröffnen sollte, könnte sie in freiem Ermessen einschneidende Massnahmen ergreifen, darunter (i) die Übertragung des Vermögens der Bank, oder eines Teils davon, sowie ihres Fremdkapitals und ihrer sonstigen Verbindlichkeiten und

Verträge auf einen anderen Rechtsträger, (ii) die Beendigung von Finanzverträgen, an denen die Bank beteiligt ist, und die Ausübung von Rechten zur Beendigung solcher Verträge für längstens 48 Stunden aufschieben, (iii) die Umwandlung von Fremdkapital der Bank in Eigenkapital (Schuldenswap) und/oder (iv) den teilweisen oder vollständigen Forderungsverzicht anordnen (☉ Haircut).

Vor einem Schuldenswap oder Haircut müssen das von der Credit Suisse AG ausgegebene ausstehende Gesellschaftskapital und die Schuldinstrumente, die zu ihrem aufsichtsrechtlichen Kapital gehören (einschliesslich der ausstehenden Kapitalinstrumente der Bank mit hohem und mit tiefem Auslösungssatz), herabgesetzt beziehungsweise abgeschrieben oder gewandelt und herabgesetzt werden. Ein Schuldenswap (nicht aber ein Haircut) müsste der Forderungshierarchie folgen, soweit das betreffende Fremdkapital nicht gemäss Bankeninsolvenzverordnung von einer solchen Umwandlung ausgeschlossen ist. Eventualverbindlichkeiten der Credit Suisse AG wie beispielsweise Garantien könnten einem Schuldenswap oder Haircut unterzogen werden, soweit Beträge aufgrund solcher Verbindlichkeiten zu einem beliebigen Zeitpunkt während des Sanierungsverfahrens fällig und zahlbar sind. Bei systemrelevanten Banken wie der Credit Suisse AG haben Gläubiger kein Recht, den von der FINMA genehmigten Sanierungsplan abzulehnen.

USA

Bankenregulierung und -aufsicht

Unsere Banktätigkeiten in den USA unterliegen auf bundes- und einzelstaatlicher Ebene einer Vielzahl von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Unsere eigenen Geschäftsstellen umfassen unsere New Yorker Niederlassung und Vertretungen in Kalifornien. Jede Geschäftsstelle verfügt über eine Zulassung durch die State Banking Authority im jeweiligen Gliedstaat, deren Bestimmungen und Überprüfung sie unterliegt.

Unsere New Yorker Niederlassung besitzt eine Lizenz des New York Superintendent of Financial Services (Superintendent). Sie unterliegt der Überwachung des New York State Department of Financial Services sowie den anwendbaren Gesetzen und Bestimmungen für ausländische Banken mit einer Niederlassung in New York. Gemäss dem New Yorker Bankengesetz ist unsere New Yorker Niederlassung verpflichtet, bankfähige Aktiven bei Banken im Staat New York zu halten. Die Höhe dieser Mittel, die als Prozentsatz der Verbindlichkeit an Dritte ausgedrückt werden, würde angehoben, falls der Superintendent unserer New Yorker Niederlassung ihr gutes Rating entziehen würde.

Das Bankengesetz des Staates New York ermächtigt den Superintendent, unter bestimmten Umständen unsere New Yorker Niederlassung und sämtliche unserer Geschäfte und Vermögen im Staat New York (einschliesslich des Vermögens unserer New Yorker Niederlassung, wo auch immer es sich befinden mag, und unseres ganzen Vermögens im Staat New York) zu ergreifen. Diese Umstände beinhalten in der Regel Gesetzesverstösse, unsichere oder unseriöse Geschäftspraktiken oder Überschuldung. Im Falle einer Liquidation oder nach der Besitznahme des Geschäftes der New Yorker Niederlassung würde der Superintendent

ausschliesslich die Begleichung der Forderungen von Einlegern oder anderen Gläubigern (die nicht mit uns verbunden sind) zulassen, die aus den Transaktionen mit unserer New Yorker Niederlassung entstanden sind. Nach der Begleichung der Forderungen der Gläubiger aus dem Geschäft und Vermögen der New Yorker Bank würde der Superintendent das allfällige Restvermögen uns oder unserem Liquidator oder vorläufigen Konkursverwalter übertragen.

Nach dem New Yorker Bankengesetz und den nationalen US-amerikanischen Bankengesetzen unterliegt unsere New Yorker Niederlassung einer Begrenzung der Kreditvergabe an einzelne Schuldner. Diese Kreditlimite wird als Prozentsatz des weltweiten Kapitals der Bank ausgedrückt. Unter dem Dodd-Frank Act wird bei der Begrenzung der Kreditvergabe das Kreditrisiko aufgrund von derivativen Transaktionen, Wertpapierleihgeschäften sowie Repo- und Reverse-Repo-Geschäften mit Gegenparteien berücksichtigt.

Unsere Tätigkeit unterliegt ferner den Berichts- und Überprüfungsvorschriften der nationalen US-amerikanischen Bankengesetze. Unsere bankfremden Aktivitäten in den USA unterliegen der Aufsicht des Fed in seiner Eigenschaft als unser Dachaufsichtsorgan in den USA. Die New Yorker Niederlassung unterliegt ebenfalls der Aufsicht des Fed und hat in Bezug auf die Entgegennahme und das Halten von Einlagen die Anforderungen und Beschränkungen des Fed zu beachten. Da jedoch die New Yorker Niederlassung keine Publikumseinlagen entgegennimmt, ist sie weder Mitglied der FDIC, noch sind ihre Einlagen durch diese versichert.

Die nationalen US-amerikanischen Bankengesetze sehen vor, dass eine Geschäftsstelle (wie die New Yorker Niederlassung) oder Vertretung einer ausländischen Bank mit einer einzelstaatlichen Lizenz grundsätzlich keine Aktivitäten in eigener Regie ausüben darf, die einer Zweigniederlassung oder Vertretung einer ausländischen Bank mit einer bundesstaatlichen Lizenz nicht erlaubt sind, ausser diese Aktivitäten werden vom Fed als seriöse Bankpraxis erachtet. Ausserdem können vom FSOC und vom Fed eingeführte Vorschriften die Art der Tätigkeiten beeinträchtigen, welche die Bank (einschliesslich der New Yorker Niederlassung) ausüben könnte; der FSOC ist auch befugt, die Ausübung solcher Tätigkeiten zu beschränken.

Das Fed ist befugt, die Aktivitäten einer US-Zweigniederlassung oder -Vertretung einer ausländischen Bank zu unterbinden, wenn es befindet, dass die ausländische Bank (i) im Herkunftsland keiner umfassenden Aufsicht untersteht oder (ii) gegen das Gesetz verstossen hat beziehungsweise in den USA gefährliche oder unseriöse Bankgeschäfte getätigt hat oder (iii) ein Risiko für die Stabilität des US-amerikanischen Finanzsystems darstellt und das Heimatland der betreffenden Bank kein geeignetes Finanzaufsichtssystem zur Minderung dieser Risiken eingeführt beziehungsweise keine bedeutenden Fortschritte bei der Einführung eines derartigen Systems erzielt hat.

Ein besonderer Schwerpunkt der US-amerikanischen Politik und Gesetzgebung im Zusammenhang mit Finanzinstituten ist die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung. Diese Gesetze und Durchführungsbestimmungen verpflichten

zur Einhaltung angemessener Richtlinien, Verfahren und Kontrollen, um Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu erkennen, zu verhindern und zu melden, die Kundenidentität festzustellen und wirtschaftliche Sanktionen einzuhalten. Wer es versäumt, angemessene Programme zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu lancieren und umzusetzen, oder gegen wirtschaftliche Sanktionen, Gesetze oder Durchführungsbestimmungen verstösst, muss unter Umständen mit ernsthaften rechtlichen Konsequenzen und einer erheblichen Schädigung der Reputation rechnen. Deshalb nehmen wir unsere Pflicht, Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung in den USA und weltweit zu verhindern, äusserst ernst. Gleichzeitig respektieren und wahren wir die Privatsphäre unserer Kunden. Unsere Weisungen, Verfahren und Mitarbeiterschulungen gewährleisten, dass unsere Mitarbeitenden die erforderlichen Anhaltspunkte haben, um die Kundenidentifikation korrekt vornehmen und entscheiden zu können, wann eine Kunden- oder Geschäftsbeziehung als höheres Risiko für uns einzustufen ist.

Seit dem Jahr 2000 werden die Credit Suisse Group und die Bank unter dem US-amerikanischen Bankengesetz als Finanzholdinggesellschaften behandelt und dürfen deshalb in den USA eine breit gefächerte Palette an bankfremden Aktivitäten anbieten, darunter auch Versicherungen, Wertpapiere, Private Equity und andere Finanzgeschäfte, solange die betreffenden regulatorischen Anforderungen und Auflagen eingehalten werden. Die Credit Suisse Group benötigt weiterhin die vorgängige Zustimmung durch das Fed (sowie weiterer US-amerikanischer Aufsichtsbehörden), bevor sie, direkt oder indirekt, mehr als 5% der stimmberechtigten Aktien einer US-amerikanischen Bank, Bankholdinggesellschaft oder von anderen einlagenehmenden Instituten und deren Holdinggesellschaften übernehmen oder kontrollieren kann oder eine solche Gesellschaft auf eine andere Art kontrolliert. Dasselbe gilt gemäss dem Dodd-Frank Act für bestimmte Übernahmen von grossen Nichtbanken. Die New Yorker Niederlassung unterliegt zudem gewissen Beschränkungen in Bezug auf Koppelungsvereinbarungen, die Produkte und Dienstleistungen zum Gegenstand haben, und in Bezug auf gewisse Transaktionen mit gewissen verbundenen Gesellschaften. Sollten indessen die Credit Suisse Group oder die Bank gemäss den anwendbaren Vorschriften des Fed nicht mehr über eine solide Eigenkapitalausstattung verfügen oder gut geführt werden und auch sonst die Anforderungen an den Status einer Finanzholdinggesellschaft nicht mehr erfüllen, so könnten sie gezwungen werden, bestimmte Finanzaktivitäten wieder einzustellen oder die New Yorker Niederlassung zu schliessen. Ausserdem könnte dies auch die Aussichten der Credit Suisse Group auf eine Bewilligung von für Finanzholdinggesellschaften zugelassenen Akquisitionen erheblich beeinträchtigen.

Der Dodd-Frank Act verpflichtet Emittenten von kotierten Wertpapieren zur Einführung von Rückzahlungsklauseln, mit denen im Falle einer Neudarstellung der Finanzsituation eine irrtümlicherweise zugesprochene Vergütung zurückgefordert werden kann. Derzeit ist jedoch noch unklar, ob diese Anforderung für ausländische private Emittenten wie die Gruppe gelten werden.

Regulierung und Aufsicht für Broker-Dealer und Vermögensverwaltung

Für unsere US-Broker-Dealer gelten weitgehende Vorschriften der zuständigen US-Aufsichtsbehörden. Broker-Dealer, Anlageberater oder Investmentfirmen unterstehen in erster Linie der Oberaufsicht durch die SEC. Zudem können auch die folgenden Instanzen aufsichtsrechtliche Funktionen wahrnehmen: das US Treasury im Zusammenhang mit Anleihen des US Treasury und anderen Regierungsanleihen sowie das Municipal Securities Rule-making Board im Zusammenhang mit Kommunalanleihen und bei gewissen Wertpapierkreditgeschäften. Broker-Dealer unterstehen ausserdem der Aufsicht durch Selbstregulierungsorganisationen der Wertpapierbranche, einschliesslich der Financial Industry Regulatory Authority (FINRA), sowie der einzelstaatlichen Wertschriftenaufsicht.

Unsere US-Broker-Dealer sind bei der SEC registriert. Zudem ist unser wichtigster US-Broker-Dealer in allen 50 Gliedstaaten, im District of Columbia, in Puerto Rico sowie auf den US Virgin Islands registriert. Unsere in den USA registrierten Geschäftseinheiten unterstehen weitgehenden regulatorischen Vorschriften, die sämtliche Aspekte ihres Wertpapiergeschäfts abdecken. Dazu gehören gegebenenfalls: Eigenmittelanforderungen; Nutzung und Verwahrung von Kundeneinlagen und -wertschriften; Eignung von Kundenanlagen; Aktenaufbewahrungs- und Berichterstattungspflichten; Mitarbeiterangelegenheiten; Einschränkungen bei der Kreditvergabe bei Wertpapiertransaktionen; Verhinderung und Aufdeckung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung; Verfahren zur Gewährleistung der Unabhängigkeit von Finanzanalysten; Verfahren zur Abwicklung von Handelsgeschäften sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Für unsere US-Broker-Dealer gilt ausserdem die Nettokapitalregel der SEC, die ihnen einen bestimmten Anteil ihres aufsichtsrechtlichen Nettokapitals in relativ liquider Form vorschreibt. Das Einhalten dieser Nettokapitalregel könnte die Aktivitäten mit hohem Kapitalbedarf einschränken, so etwa das Emissions- und Handelsgeschäft und die Finanzierung von Kundenkonten. Ausserdem könnte der Kapitalabzug von unseren Broker-Dealer-Tochtergesellschaften eingeschränkt werden. Unsere US-Broker-Dealer unterstehen ausserdem den Nettokapitalvorschriften der FINRA und, in einigen Fällen, verschiedener Selbstregulierungsorganisationen.

Unser Wertpapier- und das Asset-Management-Geschäft umfassen Rechtspersönlichkeiten, die bei der SEC als Broker-Dealer und Anlageberater registriert und reguliert sind. Die bei der SEC registrierten Anlagefonds, welche wir beraten, unterstehen dem Investment Company Act von 1940. Bei Kunden, die Pensionsfonds sind, unterliegen wir dem Employee Retirement Income Security Act von 1974 und ähnlichen einzelstaatlichen Bestimmungen.

Der Dodd-Frank Act gewährt der SEC auch erheblichen Ermessensspielraum bei der Ausgestaltung von neuen Regeln in Bezug auf die Sorgfaltspflicht von Brokern, Händlern und Anlageberatern und erweitert die extraterritoriale Zuständigkeit von US-amerikanischen Gerichten betreffend Klagen der SEC oder der USA im Zusammenhang mit Verstössen gegen die Vorschriften

zur Bekämpfung des Betrugs, die im Securities Act von 1933, im Securities Exchange Act von 1934 und im Investment Advisers Act von 1940 enthalten sind. Ausserdem verlangt er eine umfassendere Regulierung von Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Ratingagenturen.

Regulierung und Aufsicht bei Derivativen

Terminkommissionäre (Futures Commission Merchants), Betreiber von Warenfonds (Commodity Pool Operator) und Warenterminhandelsberater (Commodity Trading Advisor) werden von der CFTC reguliert. Mit Inkrafttreten des Dodd-Frank Act wurden diese CFTC-Registrierungskategorien auf Personen ausgedehnt, die eine relevante Tätigkeit in Bezug auf Swaps ausüben, und für Swap-Händler und grosse Swap-Gegenparteien wurden neue Registrierungskategorien eingeführt. In Bezug auf Termin- und Swapgeschäfte unterstehen diese CFTC-Registranten Selbstregulierungsbehörden wie der National Futures Association (NFA).

Die CSI und die CSSEL sind bei der CFTC aufgrund ihrer Swap-Aktivitäten mit US-Personen als Swap-Händler registriert und unterliegen deshalb den Vorschriften in Bezug auf Berichterstattung, Aufzeichnungen, Swap-Bestätigung, Swap-Portfolio-Abstimmung und -Komprimierung, obligatorisches Clearing, obligatorischen Börsenhandel, Dokumentation über Swap-Handelsbeziehungen, externes Geschäftsgebaren, Risikomanagement, Pflichten und Berichte des Chief Compliance Officer sowie interne Kontrollen. Es wird angenommen, dass die CFTC 2014 Vorschriften über Eigenkapital- und Einschusspflichten sowie Positionslimiten festlegen sowie möglicherweise den Geltungsbereich ihrer Anforderungen an obligatorisches Clearing und obligatorischen Börsenhandel auf bestimmte Arten von Devisengeschäften ausdehnen wird.

Einer unserer US-Broker-Dealer, die Credit Suisse Securities USA LLC, ist auch als Terminkommissionär registriert und untersteht den Eigenkapital-, Separierungs- und weiteren Anforderungen der CFTC und der NFA.

Unser Asset-Management-Geschäft umfasst Rechtspersönlichkeiten, die bei der CFTC und der NFA als Betreiber von Warenfonds und Warenterminhandelsberater registriert und reguliert sind.

Des Weiteren erwarten wir, dass die SEC ihre Regelungen zur Umsetzung der Bestimmungen des Dodd-Frank Act in Bezug auf Derivate im Laufe des Jahres 2014 finalisiert. Während die Vorschläge der SEC weitgehend vielen der Regelungen der CFTC entsprechen, können grundlegende Unterschiede zwischen den finalen Regelungen der CFTC und der SEC die damit einhergehenden Compliance-Kosten signifikant erhöhen und die Effizienz unseres Geschäfts mit US-Kunden in Bezug auf eigen- und fremdkapitalbezogene Derivate reduzieren. Solche Auswirkungen könnten sich insbesondere durch grundlegende Unterschiede zwischen den Regeln der SEC betreffend Kapital-, Margin- und Aussonderungsanforderungen betreffend OTC-Derivate und diesbezüglichen Regelungen der CFTC ergeben sowie aus der grenzüberschreitenden Anwendung der Regelungen der SEC und der CFTC.

Insolvenzregime

Der Dodd-Frank Act führt auch eine «Orderly Liquidation Authority» ein, eine neue Ordnung für die ordnungsgemässe Liquidation systemrelevanter Nichtbank-Finanzunternehmen. Dies könnte möglicherweise einige unserer US-Gesellschaften betreffen. Um eine Auflösung unter dieser neuen Ordnung zu finanzieren, kann die FDIC Mittel beim US Treasury aufnehmen, die aus dem Erlös der Liquidation zurückzuzahlen sind. Sollte der betreffende Erlös für eine vollständige Rückzahlung an das US Treasury nicht ausreichen, hat die FDIC andere grosse Finanzunternehmen zu taxieren, einschliesslich solcher mit konsolidierten Gesamtaktiven von USD 50 Mia. oder mehr, so wie wir, und zwar in Bezug auf einen Betrag, der ausreicht, um alle im Zusammenhang mit der Auflösung nach der Orderly Liquidation Authority beim US Treasury aufgenommenen Mittel zurückzuzahlen. Darüber hinaus verabschiedeten das Fed und die FDIC 2011 definitive Vorschriften zur Umsetzung der Anforderungen an Sanierungspläne gemäss Dodd-Frank Act, nach denen Bank-Holding-Unternehmen mit konsolidierten Gesamtaktiven von mindestens USD 50 Mia., so wie wir, sowie bestimmte Nicht-Bank-Finanzunternehmen jährlich beim Fed und bei der FDIC Sanierungspläne einzureichen haben. Diese Pläne müssen die Strategie für eine rasche und geordnete Abwicklung gemäss dem US Bankruptcy Code oder anderen massgeblichen Insolvenzverfahrensvorschriften darlegen, wenn auch die entsprechenden Pläne sich nicht auf die Orderly Liquidation Authority abstützen mögen.

FATCA

FATCA trat am 18. März 2010 in den USA in Kraft. Gemäss diesem Gesetz sind ausländische Finanzinstitute (Foreign Financial Institutions, FFI) wie die Credit Suisse verpflichtet, einen FFI-Vertrag abzuschliessen und der US-amerikanischen Steuerbehörde (US Internal Revenue Service, IRS) Auskunft über die von US-Personen und bestimmten ausländischen Einheiten in US-amerikanischem Besitz gehaltenen Konten zu erteilen. Ansonsten ist eine Verrechnungssteuer von 30% auf den verrechnungssteuerfähigen Auszahlungen zu entrichten. Zudem haben FFI, die den betreffenden Vertrag abgeschlossen haben, auf Zahlungen an FFI ohne derartigen Vertrag diese Verrechnungssteuer einzubehalten. Dasselbe gilt für Zahlungen an Kontoinhaber, deren Angaben nicht ausreichen, um festzustellen, ob es sich um ein US-Konto oder ein anderes Konto handelt, sowie US-Kontoinhaber, die mit der Meldung ihres Kontos an die IRS nicht einverstanden sind. Um die Vorschriften bezüglich Berichterstattung und Steuereinbehaltung gemäss FATCA umzusetzen, schlossen die Schweiz und die USA im Februar 2013 eine zwischenstaatliche Vereinbarung ab, die das Schweizer Parlament im September 2013 ratifizierte. Die FATCA-Anforderungen treten am 1. Juli 2014 in Kraft. Die zwischenstaatliche Vereinbarung wird es FFIs in der Schweiz ermöglichen, die FATCA-Anforderungen zu erfüllen und zugleich das Schweizer Recht einzuhalten. Gemäss der Vereinbarung können US-Behörden Schweizer Behörden um Amtshilfe in Zusammenhang mit Gruppenanfragen ersuchen, auch wenn das FFI keine Zustimmung zur Bereitstellung von Informationen über potenzielle

US-Konten erhält. Die Einhaltung der Anforderungen zur Identifikation, zum Einbehalt der Steuer und zur Berichterstattung erfordert signifikante Investitionen in die Compliance- und Berichterstattungseinrichtungen einer FFI. Wir verfolgen die Entwicklungen bezüglich FATCA genau und stellen die Koordination mit allen zuständigen Behörden sicher.

EU

Finanzdienstleistungsregulierung und -aufsicht

Seit dem 1999 eingeleiteten Aktionsplan für Finanzdienstleistungen der EU sind zahlreiche Massnahmen (EU-Richtlinien und EU-Verordnungen) erlassen worden, die auf eine Integration und Harmonisierung des EU-Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen abzielen. Während EU-Verordnungen unmittelbar gültig und in allen EU-Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich sind, bedürfen EU-Richtlinien einer Umsetzung in nationales Recht. Dies hat zur Folge, dass die Umsetzung von Richtlinien unter Umständen nicht in allen Mitgliedstaaten gleich ausgestaltet ist. Die EU hat als Reaktion auf die Finanzkrise und zur Stärkung der europäischen Aufsichtsregelungen den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board) eingerichtet, der für die Überwachung der Stabilität des Finanzsystems zuständig ist. Ausserdem hat die EU drei Aufsichtsbehörden eingerichtet, die für die Förderung einer stärkeren Harmonisierung und einer konsistenten Anwendung von EU-Recht durch die nationalen Aufsichtsbehörden zuständig sind: die Europäische Bankenaufsicht (European Banking Authority), die Europäische Wertpapier- und Marktaufsicht (European Securities and Markets Authority) und die Europäische Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht (European Insurance and Occupational Pensions Authority).

Die am 1. Januar 2014 in Kraft getretene und in verschiedenen EU-Ländern, darunter auch in Grossbritannien, umgesetzte CRD IV wendet die Eigenkapitalvorschriften des Basel-III-Regelwerks auf im EU-Raum tätige Bankengruppen an. Die bisherige Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen (Capital Requirements Directive), die das Basel-II-Regelwerk umsetzte, wurde durch die CRD IV vollständig abgelöst. Die CRD IV schafft ein einziges harmonisiertes Regelwerk für Banken, führt neue Corporate-Governance- und bestimmte neue Vergütungsanforderungen ein, einschliesslich einer Obergrenze für die variable Vergütung, und erweitert die Kompetenzen von Aufsichtsbehörden.

Die bestehende EU-Finanzmarktrichtlinie (MiFID I) legt auf hoher Ebene Standards für die Organisation und Geschäftsführung fest, die für alle Wertschriftenunternehmen verbindlich sind. Dazu gehören Regelungen über den Umgang mit Interessenkonflikten, die Verpflichtung zur kundengünstigsten Ausführung von Aufträgen (Best Execution), ein erhöhter Anlegerschutz, einschliesslich Kundenklassifikation, und die Auflage, bei der Erbringung von Anlagedienstleistungen für Kunden die Eignung und Angemessenheit zu überprüfen. Das Regelwerk stellt Vorschriften für regulierte Märkte (Börsen) und Betreiber sogenannter multilateraler Handelssysteme auf und enthält Vorhandels- und Nachhandelstransparenzvorschriften für den Aktienhandel. Ausserdem schreibt die Finanzmarktrichtlinie die Offenlegung von Gebühren

und anderen Vermittlerprovisionen von und an Dritte im Rahmen von Anlageberatungsdienstleistungen vor und reguliert die Anlagedienstleistungen im Zusammenhang mit Warenderivaten. MiFID führte einen einheitlichen «Pass» (MiFID-Pass) ein, der es Wertpapierfirmen ermöglicht, nach einer Zulassung in ihrem Herkunftsland im ganzen EU-Raum grenzüberschreitende Dienstleistungen zu erbringen und Zweigstellen zu errichten. Es wird angenommen, dass MiFID I durch MiFID II grundlegend reformiert wird. Voraussichtlich wird die neue Richtlinie im zweiten Halbjahr 2016 in den Mitgliedstaaten eingeführt und in Kraft treten.

Der einheitliche Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism) ist in Kraft getreten und ermächtigt die Europäische Zentralbank (EZB), für Banken in den 17 Ländern der Eurozone und in bestimmten Ländern ausserhalb der Eurozone, die sich zur Teilnahme an diesem Mechanismus entschlossen, als einheitliche Aufsichtsbehörde zu agieren. Die EZB wird ihre Aufsichtspflichten voraussichtlich am 4. November 2014 aufnehmen.

Grossbritannien

Bankenregulierung und -aufsicht

In Grossbritannien wurde die Geschäftstätigkeit von Finanzdienstleistungsunternehmen hauptsächlich von der Financial Services Authority (FSA) überwacht, deren Rechtsgrundlage der Financial Services and Markets Act 2000 (FSMA) ist. Im April 2013 wurde die FSA abgelöst durch die PRA, eine Tochtergesellschaft der Bank of England, die für die aufsichtsrechtliche Mikroregulierung von Banken und grösseren Wertpapierfirmen zuständig ist, und die Financial Conduct Authority (FCA) mit Befugnissen in der Marktregulierung und Regulierung der Geschäftsführung aller Finanzunternehmen sowie der Beaufsichtigung derjenigen Unternehmen, die nicht der PRA unterstehen. Ausserdem wurde das Financial Policy Committee der Bank of England gegründet, das sich mit der Makroregulierung befasst.

Als EU-Mitglied ist Grossbritannien zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht verpflichtet. Das Aufsichtsregime, dem Banken in Grossbritannien unterstellt sind, entspricht den Richtlinien der Europäischen Union auch in Hinsicht auf die Anforderungen an die Eigenkapitalunterlegung, den Kundenschutz, die Geschäftsführung und die Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche. Die im Rahmen dieser Richtlinien festgelegten Normen, Anforderungen und Regelungen werden in allen anderen Ländern der Europäischen Union, in denen wir tätig sind, ähnlich umgesetzt.

Die CSI, die Credit Suisse (UK) Limited und die Londoner Niederlassung der Credit Suisse AG sind zur Entgegennahme von Publikumseinlagen zugelassen. Wir verfügen zudem über eine Reihe von Rechtseinheiten mit einer Bewilligung zum Führen des Investment-Geschäfts und von Asset-Management-Aktivitäten. Bevor die PRA eine Bewilligung erteilen kann, muss sie ermitteln, ob die Antragstellerin die Mindestanforderungen für eine Zulassung erfüllt und sowohl geeignet ist als auch Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung und Kontrolle («Fit and Proper»-Test) bietet. Neben der Regulierung durch die PRA unterstehen gewisse Geldmarktgeschäfte dem Non-Investment Products Code, einem

freiwilligen, von der Bank of England veröffentlichten Verhaltenskodex. Die PRA erwartet, dass die von ihr regulierten Unternehmen sich bei Geldmarktgeschäften an diesen Verhaltenskodex halten.

Unsere Londoner Niederlassung wird weiterhin hauptsächlich die aufsichtsrechtlichen Auflagen der Schweiz einzuhalten haben. Die PRA reagierte allerdings auf die weltweite Finanzkrise, indem sie die Aufsichtsvorschriften in ihrem *Handbook of Rules and Guidance* anpasste. Neu gilt ein «Autarkie»-Prinzip. Dieses beinhaltet, dass die CSI, die CSSEL und die Credit Suisse (UK) Limited ein angemessenes Liquiditätsniveau aufrechterhalten müssen, das unter laufender Überwachung ihrer Geschäftsleitung stehen muss, unbelastet in einem Depotkonto im Namen des Unternehmens gehalten und in ihrer Bilanz ausgewiesen wird. Zudem verlangt die PRA von der CSI, der CSSEL und der Credit Suisse (UK) Limited im Rahmen der CRD-Umsetzung eine Mindestkapitalquote sowie die Überwachung und Meldung von grossen Engagements.

Die PRA hat die Anforderungen der CRD IV umgesetzt, welche die bisherige CRD insgesamt abgelöst hat, und als Obergrenze für die variable Vergütung ein Verhältnis von 1:1 eingeführt, das mit ausdrücklicher Genehmigung der Aktionäre auf 1:2 steigen kann.

Regulierung und Aufsicht für Broker-Dealer und Vermögensverwaltung

Unsere Londoner Bank- und Broker-Dealer-Tochtergesellschaften sind durch den FSMA autorisiert und unterstehen den Bestimmungen der PRA und der FCA. Ausserdem sind unsere

Asset-Management-Gesellschaften durch den FSMA autorisiert und unterstehen den Bestimmungen der FCA. Ob eine Wertpapierfirma in Grossbritannien die Zulassung erhält oder nicht, hängt von der Erfüllung der Mindestanforderungen der PRA und der FCA ab, zu denen die Eignung sowie allgemeine Qualitätsanforderungen an Geschäftsführung und Kontrolle («Fit and Proper»-Test) gehören. Die PRA und die FCA regulieren die meisten Aspekte des Wertpapiergeschäfts: die Höhe der Eigenmittel, Verkaufsmethoden und Handelsusancen, Aktenaufbewahrung, Nutzung und Verwahrung von Kundeneinlagen und -wertschriften, Margengestaltung, Registrierungs Vorschriften für Einzelpersonen mit bestimmten Funktionen, Massnahmen zur Bekämpfung von Geldwäscherei sowie die periodische Berichterstattung und Abrechnungsverfahren.

Steuern

Seit dem 1. Januar 2011 wird eine Bankabgabe auf dem britischen Geschäft der Grossbanken bei bestimmten Finanzierungen erhoben. Im Jahresverlauf 2013 galt ein Abgabesatz von 13 Basispunkten für kurzfristige Verbindlichkeiten sowie von 6,5 Basispunkten für langfristige Beteiligungen und Verbindlichkeiten. Per 1. Januar 2014 wurde dieser Satz auf 15,6 Basispunkte beziehungsweise 7,8 Basispunkte erhöht. Die britische Regierung hat angekündigt, dass sie 2014 Änderungen bezüglich des Umfangs der Bankenabgabe einführen wird. Diese Änderungen könnten zu einer Ausweitung der Basis, auf welcher die Abgabe erhoben wird, führen.

Risikofaktoren

Unsere Geschäftsbereiche sind einer Vielzahl verschiedener Risiken ausgesetzt, die sich ungünstig auf unser Geschäftsergebnis und unsere finanzielle Lage auswirken könnten. Einige dieser Risiken sind im Folgenden beschrieben.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Die Liquidität oder der schnelle Zugang zu finanziellen Mitteln ist für unsere Tätigkeit, und insbesondere für unser Investment Banking, von entscheidender Bedeutung. Wir halten flüssige Mittel bereit, um unseren Verpflichtungen auch unter angespannten Liquiditätsbedingungen nachzukommen.

► Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserer Liquiditätsbewirtschaftung.

Unsere Liquidität könnte beeinträchtigt werden, falls wir nicht in der Lage wären, Zugang zu den Kapitalmärkten zu erhalten oder unsere Anlagen zu verkaufen. Zudem gehen wir von steigenden Liquiditätskosten aus

Unsere Möglichkeiten zur Aufnahme gedeckter und ungedeckter Kredite und die damit verbundenen Kosten können beeinflusst werden durch den Anstieg der Zinsen, die Ausweitung der Kreditrisikoprämien, die Kreditverfügbarkeit, regulatorische Anforderungen im Zusammenhang mit der Liquidität oder durch Wahrnehmung des Marktes von Risiken in Bezug auf uns oder den Bankensektor, einschliesslich unserer vermeintlichen oder tatsächlichen Kreditwürdigkeit. Ist am Fremdkapitalmarkt für ungedeckte lang- oder kurzfristige Kredite keine Refinanzierung erhältlich oder besteht kein Zugang zu den Märkten für gedeckte Kredite, so könnte dies unsere Liquidität erheblich beeinträchtigen. Unter schwierigen Kreditmarktbedingungen ist es möglich, dass unsere Refinanzierungskosten steigen oder dass wir die zur Unterstützung oder Erweiterung unserer Tätigkeit benötigten Mittel nicht aufnehmen können und sich dies ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirkt. Nach der Finanzkrise 2008 und 2009 waren unsere Kosten für die Liquidität erheblich, und wir erwarten, dass sich weitere Kosten aus den regulatorischen Anforderungen an eine höhere Liquidität sowie aus dem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld in Europa, den USA und andernorts ergeben werden.

Sollten wir benötigte Mittel an den Kapitalmärkten nicht aufnehmen können, ist es möglich, dass wir unbelastete Vermögenswerte liquidieren müssen, um unseren Verpflichtungen nachzukommen. Herrscht Liquiditätsknappheit, ist es möglich, dass wir bestimmte unserer Anlagen nicht oder nur zu niedrigeren Preisen verkaufen können, was sich beides ungünstig auf unser Geschäftsergebnis und unsere finanzielle Lage auswirken könnte.

Unsere Geschäftsbereiche verlassen sich zu Refinanzierungszwecken stark auf unsere Einlagen

Unsere Geschäftsbereiche nutzen kurzfristige Refinanzierungsquellen. Dazu zählen primär Sichteinlagen, Interbankkredite, Termingelder und Kassa-Anleihen. Obwohl die Einlagen langfristig

eine stabile Refinanzierungsquelle dargestellt haben, kann dies nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Sollte sich daran etwas ändern, könnte unsere Liquidität beeinträchtigt werden und wir wären unter Umständen nicht in der Lage, Einlagenrückzügen auf Verlangen oder bei ihrer vertraglichen Fälligkeit nachzukommen, Kredite bei Fälligkeit zu tilgen oder neue Kredite, Anlagen und Geschäfte zu refinanzieren.

Änderungen unserer Ratings könnten unsere Tätigkeit beeinträchtigen

Die Ratings werden durch Ratingagenturen vergeben. Diese können ihre Ratings jederzeit herabsetzen, ihre Herabsetzungsabsicht andeuten oder die Ratings zurückziehen. Die grossen Ratingagenturen konzentrieren sich nach wie vor auf die Finanzdienstleistungsbranche und insbesondere auf die offene Frage, ob Unternehmen, die ein systemisches Risiko darstellen, in einer Finanz- beziehungsweise Kreditkrise Unterstützung seitens des Staates oder der Notenbanken erhalten würden, und auf die potenzielle Anfälligkeit solcher Unternehmen gegenüber der Marktstimmung und dem Marktvertrauen, vor allem in wirtschaftlich schlechten Zeiten. So senkte Standard & Poor's im Juli 2013 das langfristige Gegenpartei-Kreditrating verschiedener europäischer Banken, darunter der Credit Suisse, um eine Stufe. Weitere Herabsetzungen der uns verliehenen Ratings, insbesondere unserer Kreditratings, könnten unsere Fremdkapitalkosten erhöhen, unseren Zugang zu den Kapitalmärkten einschränken, unsere Kapitalkosten steigern und die Fähigkeit unserer Geschäftsbereiche zum Verkauf und zur Vermarktung ihrer Produkte, zum Abschluss von Geschäftstransaktionen – insbesondere längerfristiger und derivativer Transaktionen – und zur Bindung von Kunden beeinträchtigen.

MARKTRISIKO

Wir könnten durch Marktschwankungen und Volatilität in unserer Handels- und Anlagetätigkeit erhebliche Verluste erleiden

Obwohl wir 2013 unsere Bilanz weiter reduziert und die Umsetzung unserer kundenorientierten und kapitaleffizienten Strategie beschleunigt vorangetrieben haben, halten wir weiterhin grosse Handels- und Anlagepositionen und Absicherungen in den Kredit-, Devisen- und Aktienmärkten wie auch in Private Equity, Hedgefonds, Immobilien und anderen Vermögensgeschäften. Diese Positionen könnten durch die Volatilität der Finanz- und anderer Märkte – das heisst durch das Ausmass von Preisschwankungen über einen bestimmten Zeitraum in einem bestimmten Markt, ganz unabhängig vom Marktniveau – beeinträchtigt werden. Insofern als wir in diesen Märkten Anlagen besitzen oder Netto-Long-Positionen halten, könnte ein entsprechender

Marktrückgang Verluste aufgrund eines Wertrückgangs unserer Netto-Long-Positionen zur Folge haben. Umgekehrt könnte uns, insofern als wir in entsprechenden Märkten Anlagen, die wir nicht besitzen, verkauft haben oder Netto-Short-Positionen halten, ein entsprechender Marktaufschwung potenziell erhebliche Verluste einbringen, wenn wir unsere Netto-Short-Positionen durch den Kauf von Anlagen in einem steigenden Markt zu decken versuchen. Marktschwankungen, Kursrückgänge und Volatilität können den Fair Value unserer Positionen und unser Geschäftsergebnis ungünstig beeinflussen. Die negativen Markt- und Wirtschaftsbedingungen beziehungsweise -trends haben in der Vergangenheit zu einem ausgeprägten Rückgang unserer Nettoerträge und unserer Rentabilität geführt. Dies könnte auch in Zukunft der Fall sein.

Unsere Geschäfte unterliegen in den Ländern, in denen wir weltweit tätig sind, einem Verlustrisiko bei widrigen Marktbedingungen und ungünstigen wirtschaftlichen, monetären, politischen, rechtlichen und anderweitigen Entwicklungen

Als weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen sind wir mit unseren Geschäftsbereichen von den Bedingungen an den Finanzmärkten und von den allgemeinen Wirtschaftsbedingungen in Europa, den USA und anderen Ländern auf der ganzen Welt stark abhängig. Die Erholung von der Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 geht in einigen entscheidenden Märkten nur schleppend voran. Ausserdem wurden die europäische Staatsschuldenkrise wie auch die Besorgnis um das Schuldenniveau und das nationale Budgetverfahren in den USA, was 2011 zur Herabstufung von US-Staatsanleihen und zur vorübergehenden Einstellung der Tätigkeit zahlreicher Bundesregierungsbehörden (Government Shutdown) im Oktober 2013 führte, noch nicht nachhaltig überwunden. Unsere Finanz- und Ertragslage könnte in erheblichem Masse negativ betroffen sein, wenn sich diese Bedingungen nicht verbessern oder wenn sie stagnieren oder sich verschlechtern. Des Weiteren kam es in mehreren Ländern, in denen wir tätig sind oder investieren, zu erheblichen, jeweils landestypischen oder regional geprägten konjunkturellen Störungen, einschliesslich extremer Wechselkurschwankungen, hoher Inflation, niedrigen oder negativen Wachstums nebst anderen negativen Bedingungen. Im Jahr 2013 hielten die Sorgen wegen der schwachen Wirtschafts- und Finanzlage bestimmter europäischer Länder wie Kroatien, Zypern, Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien weiter an. Die Sorgen drehten sich insbesondere darum, wie sich diese Schwäche auf andere Volkswirtschaften und Finanzinstitute (einschliesslich der Credit Suisse) auswirken könnte, die diesen Ländern Geld liehen oder mit ihnen oder in ihren Ländern Geschäfte tätigten. Eine weiter anhaltende Besorgnis über die europäische Staatsschuldenkrise könnte eine Störung der Marktbedingungen in Europa und dem Rest der Welt hervorrufen. Wirtschaftliche Störungen in anderen Ländern, selbst in solchen, in denen wir derzeit keine Geschäfte tätigen oder Betriebe unterhalten, könnten sich nachteilig auf unsere Geschäfte und Ergebnisse auswirken.

Ungünstige Markt- und Wirtschaftsbedingungen stellen die Finanzdienstleister weiterhin vor grosse geschäftliche Herausforderungen. Namentlich der Einfluss der Zinssätze und der Wechselkurse, das Risiko geopolitischer Ereignisse, die Schwankungen der Rohstoffpreise, die europäische und die US-amerikanische Staatsschuldenkrise wirkten sich auf die Finanzmärkte und die Wirtschaft aus. In den letzten Jahren beeinträchtigte das Tiefzinsumfeld unseren Zinserfolg und den Wert unserer Handels- und Anlagebestände im festverzinslichen Bereich. Zudem beeinflussten Bewegungen an den Aktienmärkten den Wert unserer Handels- und Anlagebestände im Aktienbereich, während sich die Stärke des Schweizer Franken nachteilig auf unseren Ertrag und Reingewinn ausgewirkt hat.

Derart ungünstige Markt- oder Wirtschaftsbedingungen können die Zahl und den Umfang der Investment-Banking-Transaktionen einschränken, für welche wir Emissions-, Fusions- und Übernahmeberatungen oder andere Dienstleistungen erbringen, und sich daher ungünstig auf unsere Finanzberatungshonorare und Übernahme Provisionen auswirken. Unter Umständen schlagen sich diese Entwicklungen sowohl in der Art als auch im Umfang der von uns für Kunden getätigten Wertpapiergeschäfte nieder und belasten unseren Nettoertrag aus Kommissionen und Spreads. Darüber hinaus gehen mehrere unserer Geschäftsbereiche Transaktionen mit Obligationen staatlicher Stellen ein oder handeln mit diesen, darunter mit supranationalen, nationalen, bundesstaatlichen, Provinzial-, Kommunal- und Lokalbehörden. Durch diese Aktivitäten können wir höheren Länder-, Kredit-, operationellen und Reputationsrisiken ausgesetzt sein. Dazu zählen auch die Risiken, dass eine staatliche Institution ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, es zu einer Umschuldung ihrer Verbindlichkeiten kommt oder vorgebracht wird, dass die von Beamten durchgeführten Handlungen über deren rechtliche Befugnis hinausgingen, was unsere Finanzlage und unser Geschäftsergebnis belasten könnte.

Ungünstige Markt- oder Wirtschaftsbedingungen beeinträchtigten in den letzten paar Jahren unsere Geschäfte. Dazu gehören das Tiefzinsumfeld, ein weiterhin vorsichtiges Verhalten der Anleger und eine gedämpfte Fusions- und Übernahmetätigkeit. Diese negativen Faktoren schlugen sich in niedrigeren Kommissions- und Gebührenerträgen aus Umsätzen und Handel im kundenorientierten Geschäft und aus Vermögensverwaltungsaktivitäten nieder, was auch die vom Wert unserer Kundenportfolios abhängigen Kommissions- und Gebührenerträge umfasst. Eine Anlageperformance, die unter derjenigen der Konkurrenz oder unter den Vermögensverwaltungsbenchmarks liegt, könnte einen Rückgang der verwalteten Vermögen und der entsprechenden Gebühren zur Folge haben und die Gewinnung von Neukunden erschweren. Die Kunden veränderten ihre Nachfrage eindeutig zuungunsten der komplexen Produkte und bauten in grossem Stil Fremdmittel ab. Solange sich dieser Trend fortsetzt, sind negative Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis unserer Division Private Banking & Wealth Management nicht auszuschliessen, wie die Vergangenheit zeigt hat.

Weiter wirkten sich die ungünstigen Markt- oder Wirtschaftsbedingungen auch negativ auf unsere Private-Equity-Beteiligungen aus. Wenn nämlich ein Private-Equity-Investment erheblich an Wert einbüsst, ist es möglich, dass wir keine höhere Beteiligung an den Erträgen und Gewinnen der betreffenden Anlage erhalten (auf die wir in bestimmten Fällen Anspruch haben, wenn der Ertrag entsprechender Anlagen eine bestimmte Ertragsschwelle übersteigt), dass wir zuvor entgegengenommene Carried-Interest-Überschusszahlungen an Investoren rückerstatten müssen und dass wir unseren Pro-rata-Anteil am investierten Kapital verlieren. Ausserdem könnte es schwieriger werden, die Anlage abzustossen, da auch gut abschneidende Anlagen schwer veräusserbar sein können.

Neben den oben erörterten makroökonomischen Faktoren können weitere Ereignisse ausserhalb unserer Kontrolle, darunter Terroranschläge, militärische Konflikte, Wirtschafts- oder politische Sanktionen, Pandemien, politische Unruhen oder Naturkatastrophen, in erheblichem Masse einen negativen Einfluss auf die Wirtschafts- und Marktlage, die Marktvolatilität und die Finanzaktivität haben und sich auch in unseren Geschäften und Ergebnissen niederschlagen.

Wir könnten erhebliche Verluste im Immobiliensektor erleiden

Wir finanzieren und erwerben Eigenpositionen in einer Reihe von Immobilien und immobilienbezogenen Produkten in erster Linie für Kunden und schaffen Kredite, die durch Wohn- und Geschäftsliegenschaften besichert sind. Per 31. Dezember 2013 beliefen sich unsere Immobilienausleihungen (gemäss Meldung an die SNB) auf insgesamt rund CHF 137 Mia. Weiter verbriefen und handeln wir mit Geschäfts- und Wohnimmobilien und damit verbundenen Krediten und Hypotheken sowie mit anderen Wohn- und Geschäftsimmobilienanlagen und -produkten, einschliesslich ◻ Commercial und ◻ Residential Mortgage-backed Securities. Unsere immobilienbezogenen Geschäfte und Risikopositionen könnten weiterhin negativ von einem Rückgang auf den Immobilienmärkten, anderen Marktsektoren und der Wirtschaft allgemein beeinflusst werden. Insbesondere könnten potenzielle Preiskorrekturen des Immobilienmarkts in bestimmten Teilen der Schweiz erhebliche negative Auswirkungen auf unser immobilienbezogenes Geschäft haben.

Das Halten grosser und konzentrierter Positionen könnte uns anfällig für hohe Verluste machen

Risikokonzentrationen könnten Verluste erhöhen, da wir umfangreiche Kredite an und Wertpapierbestände von bestimmten Kunden, Branchen oder Ländern aufweisen. Unser Nettoertrag könnte auch von einem rückläufigen Wirtschaftswachstum in Sektoren, in denen wir etwa durch die Zeichnung von Finanzinstrumenten, Kreditvergaben oder Beratungsdienstleistungen hochgradig engagiert sind, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Durch das grosse Transaktionsvolumen, das wir routinemässig mit Broker-Dealern, Banken, Fonds und anderen Finanzinstituten abwickeln, weisen wir bedeutende Risikokonzentrationen im Finanzdienstleistungssektor auf. Auch können wir durch unsere normale Geschäftstätigkeit eine Risikokonzentration bezüglich einer bestimmten Gegenpartei aufweisen. Wir, wie auch andere Finanzinstitute, passen in Abstimmung mit den für uns zuständigen Aufsichtsbehörden unsere Verfahren und unsere Geschäftstätigkeit laufend an die neuen Einsichten in die eingegangenen systemischen Risiken und Klumpenrisiken bei Finanzinstituten sowie den Umgang mit diesen Risiken an. Die Regulierungsbehörden fokussieren sich weiterhin auf diese Risiken und es bestehen zahlreiche neue Regulierungen und Gesetzesentwürfe der Regierung sowie eine erhebliche andauernde regulatorische Unsicherheit im Hinblick darauf, wie man diesen Risiken am besten begegnen kann. Es können keine Zusicherungen gemacht werden, dass die Anpassungen unserer Geschäftstätigkeit beziehungsweise der Finanzbranche sowie der Verfahren und entsprechenden Vorschriften sich im Management dieser Risiken als effizient erweisen.

► Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» für weitere Informationen.

Eine Risikokonzentration kann dazu führen, dass wir Verluste erleiden, auch wenn die Wirtschafts- und Marktbedingungen für andere Vertreter unserer Branche generell günstig sind.

Es ist möglich, dass unsere Hedging-Strategien Verluste nicht verhindern

Falls einzelne der vielfältigen Instrumente und Strategien, die wir zur Absicherung unserer Engagements gegenüber verschiedenen Arten von Risiken im Rahmen unserer Tätigkeit einsetzen, nicht wirksam sind, kann das für uns Verluste zur Folge haben. Möglicherweise können wir dann keine Absicherungen erwerben oder sind nur teilweise abgesichert, oder unsere Hedging-Strategien können ihre Wirkung nicht voll entfalten, um unsere Risikoexposition in allen Marktumgebungen oder gegenüber allen Arten von Risiken zu verringern.

Marktrisiken könnten die übrigen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, erhöhen

Neben den oben beschriebenen potenziell ungünstigen Auswirkungen auf unsere Tätigkeit könnte das Marktrisiko die übrigen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, noch verschlimmern. Sollten wir beispielsweise erhebliche Handelsverluste erleiden, könnte unser Liquiditätsbedarf stark zunehmen, während unser Zugang zu flüssigen Mitteln beeinträchtigt sein könnte. In Verbindung mit einem weiteren Marktrückgang könnten zudem auch unsere Kunden und Gegenparteien wiederum selbst erhebliche Verluste erleiden, so dass deren finanzielle Lage geschwächt und unser mit ihnen eingegangenes Kredit- und Gegenparteiisiko dadurch erhöht würde.

KREDITRISIKO

Wir könnten durch unsere Kreditengagements erhebliche Verluste erleiden

Für unsere Geschäftsbereiche besteht das grundsätzliche Risiko, dass ihre Schuldner und andere Gegenparteien nicht in der Lage sein könnten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Unsere Kreditrisiken bestehen bei einem breiten Spektrum von Transaktionen mit einer Vielzahl von Kunden und Gegenparteien, unter anderem im Rahmen von Kreditbeziehungen, Engagements und Akkreditiven sowie bei Derivat-, Devisen- und anderen Transaktionen. Verschärft werden können diese Risiken durch negative Konjunktur- oder Markttrends sowie durch eine erhöhte Volatilität in relevanten Märkten oder Instrumenten. Darüber hinaus können Störungen in der Liquidität oder Transparenz der Finanzmärkte dazu führen, dass wir unsere Positionen nicht verkaufen, syndizieren oder ihren Wert realisieren können, so dass erhöhte Konzentrationen entstehen. Wenn diese Positionen nicht reduziert werden können, erhöht dies unter Umständen nicht nur die mit ihnen verbundenen Markt- und Kreditrisiken, sondern auch die Höhe der risikogewichteten Aktiven in unserer Bilanz, wodurch sich wiederum unsere Eigenkapitalanforderungen erhöhen. All dies kann sich negativ auf unser Geschäft auswirken.

► Siehe «Kreditrisiko» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement für weitere Informationen zur Bewirtschaftung von Kreditrisiken.

Die regelmässige Überprüfung der Bonität unserer Kunden und Gegenparteien im Hinblick auf Kreditverluste erfolgt unabhängig von der buchhalterischen Behandlung der Vermögenswerte oder Engagements. Änderungen der Bonität von Ausleihungen und Kreditverpflichtungen, die zum ◻ Fair Value bilanziert werden, werden im Handelsertrag ausgewiesen.

Die Festlegung der Rückstellungen für Kreditverluste durch die Geschäftsleitung ist eine wichtige Ermessensfrage. Es ist möglich, dass unsere Bankbereiche ihre Rückstellungen für Kreditverluste erhöhen müssen oder dass sie Verluste verzeichnen, welche die vorgenommenen Rückstellungen übersteigen, sofern sich unsere ursprünglichen Verlustschätzungen als inadäquat erweisen sollten. Dies könnte unser Geschäftsergebnis erheblich beeinträchtigen.

► Siehe «Kreditrisiko» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement und «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze», «Anhang 10 – Rückstellung für Kreditrisiken» und «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Rückstellungen für Kreditverluste und zur damit verbundenen Minderung von Risiken.

Wir waren in der Vergangenheit dem konkurrenzbedingten Druck ausgesetzt, längerfristige Kreditrisiken einzugehen, Kredite gegen weniger liquide Sicherheiten bereitzustellen und für derivative Instrumente auf Basis der von uns übernommenen Kreditrisiken eine aggressivere Preispolitik zu verfolgen. Dies könnte auch in Zukunft der Fall sein. Wir gehen davon aus, dass diese Risiken eine Erhöhung der Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen an uns sowie an die gesamte Finanzdienstleistungsbranche zur Folge haben werden.

Zahlungsausfälle eines grossen Finanzinstituts könnten sich ungünstig auf die Finanzmärkte im Allgemeinen und auf uns im Besonderen auswirken

Befürchtungen oder auch blosse entsprechende Gerüchte oder tatsächliche Zahlungsausfälle eines Finanzinstituts könnten zu erheblichen Liquiditätsproblemen, Verlusten oder Zahlungsausfällen auch anderer Institute führen, da die Bonität vieler Finanzinstitute aufgrund ihrer gegenseitigen Kredit-, Handels-, Clearing- und anderen Beziehungen eng miteinander verbunden ist. Dieses Risiko wird auch als «systemisches Risiko» bezeichnet. Die Befürchtungen betreffend Zahlungsausfälle und Konkurse vieler Finanzinstitute, insbesondere jener mit hohem Engagement in der Eurozone, bestanden auch im Jahr 2013 weiter und könnten weitere Verluste oder Zahlungsausfälle von Finanzinstituten und Finanzintermediären, mit denen wir im Tagesgeschäft zu tun haben, beispielsweise Clearing-Stellen und Clearing-Häusern, Banken, Wertpapierfirmen und Börsen, zur Folge haben. Unser Kreditrisiko nimmt ausserdem zu, wenn sich die von uns gehaltenen Sicherheiten nicht realisieren lassen oder nur zu Preisen realisiert werden, welche die eingegangenen Risiken nicht vollumfänglich decken.

Die von uns zur Bewirtschaftung unseres Kreditrisikos verwendeten Informationen könnten fehlerhaft oder unvollständig sein

Obwohl wir unsere Kreditengagements gegenüber spezifischen Kunden und Gegenparteien wie auch gegenüber spezifischen Branchen, Ländern und Regionen, die unseres Erachtens Kreditprobleme in sich bergen könnten, regelmässig überprüfen, könnten Ausfallrisiken aufgrund von Ereignissen oder Umständen entstehen, die schwer vorzusehen oder zu erkennen sind, wie etwa Betrug. Auch ist es möglich, dass wir keine vollständigen Informationen über die Kredit- oder Handelsrisiken einer Gegenpartei erhalten.

SCHÄTZUNGS- UND BEWERTUNGSRISIKEN

Wir nehmen Schätzungen und Bewertungen vor, die einen Einfluss auf unsere ausgewiesenen Ergebnisse haben. Dazu gehören die Schätzung des ◻ Fair Value bestimmter Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Bildung von Rückstellungen für Schadensmöglichkeiten und für Verluste im Zusammenhang mit Ausleihungen, Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Verfahren, die Verbuchung von Wertberichtigungen auf Goodwill und immateriellen Vermögenswerten, die Beurteilung unserer Möglichkeiten zur Aktivierung latenter Steuerguthaben, die Bewertung aktienbasierter Mitarbeiterentschädigungen, die Modellierung unserer Risikoexponierung sowie die Berechnung der Aufwendungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit unseren Pensionsplänen. Diese Schätzungen sind Ermessenssache und beruhen auf den verfügbaren Informationen. Unsere tatsächlichen Resultate können wesentlich von diesen Schätzungen abweichen.

► Siehe «Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung» in II – Kommentar zu den Resultaten und «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu diesen Schätzungen und Bewertungen.

Die verwendeten Schätzungen und Bewertungen beruhen auf Modellen und Verfahren zur Prognose von wirtschaftlichen Bedingungen und Markt- beziehungsweise sonstigen Ereignissen, welche die Fähigkeit von Gegenparteien zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen uns gegenüber oder auch den Wert der Vermögenswerte beeinflussen könnten. Falls die verwendeten Modelle und Verfahren aufgrund unvorhergesehener Marktbedingungen, Illiquidität oder Volatilität an Aussagekraft verlieren, könnte unsere Fähigkeit zu zutreffenden Schätzungen und Bewertungen negativ beeinflusst werden.

RISIKEN IM ZUSAMMENHANG MIT AUSSERBILANZIELLEN GESELLSCHAFTEN

Wir gehen im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit Geschäfte mit Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) ein, wobei bestimmte dieser Gesellschaften nicht zum Konsolidierungskreis gehören. Ihre Aktiven und Passiven sind somit ausserbilanzieller Art. Die Anwendung von Rechnungslegungsvorschriften für die Konsolidierung – entweder zu Beginn oder nach dem Eintreten bestimmter Ereignisse, die uns unter Umständen dazu verpflichten zu überprüfen, ob eine Konsolidierung angebracht ist – ist gegebenenfalls wesentlich vom Ermessen des Managements abhängig. Die Rechnungslegungsvorschriften zu diesem Thema und deren Auslegung haben sich geändert; weitere Änderungen sind nicht auszuschliessen. Falls wir eine SPE zu konsolidieren haben, würden deren Aktiven und Verbindlichkeiten in unserer konsolidierten Bilanz ausgewiesen, während die entsprechenden Gewinne und Verluste in unserer konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst würden. Dieser Vorgang könnte sich negativ auf unser Geschäftsergebnis und unsere Eigenkapitalquote sowie das Verhältnis von Fremd- zu Eigenmitteln auswirken.

► Siehe «Ausserbilanz» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Bilanzielle, ausserbilanzielle und sonstige vertragliche Verpflichtungen für weitere Informationen zu den Geschäften der Gruppe mit SPEs und ihren Verbindlichkeiten solchen Gesellschaften gegenüber.

GRENZÜBERSCHREITENDE RISIKEN UND WECHSELKURSRISIKEN

Grenzüberschreitende Risiken könnten unsere Markt- und Kreditrisiken erhöhen

Länder-, Regions- und politische Risiken sind Bestandteile des Markt- und Kreditrisikos. Die Finanzmärkte und allgemeinen Wirtschaftsbedingungen waren immer schon und können jederzeit wesentlich von entsprechenden Risiken betroffen sein. Der wirtschaftliche oder politische Druck in einem Land oder einer Region kann sich beispielsweise infolge lokaler Marktstörungen, Währungskrisen, geldpolitischer Kontrollen oder anderer Faktoren ungünstig auf die Fähigkeit von Kunden oder Gegenparteien im betreffenden Land oder in der betreffenden Region auswirken, was ihre Beschaffung von ausländischen Währungen oder Krediten und somit die Erfüllung ihrer Verpflichtungen uns gegenüber betrifft. Dies wiederum kann sich ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirken.

Wir könnten erhebliche Verluste in den Emerging Markets erleiden

Als weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen, welches Geschäfte in den Emerging Markets tätigt, sind wir der wirtschaftlichen Instabilität, die in Emerging Markets herrschen kann, ausgesetzt. Wir überwachen diese Risiken, streben eine Diversifizierung in den Branchen, in die wir investieren, an und stellen das kundenbezogene Geschäft in den Mittelpunkt. Trotzdem ist es jedoch möglich, dass unsere Bestrebungen zur Begrenzung des Emerging-Market-Risikos nicht immer erfolgreich sind.

Wechselkursschwankungen könnten sich ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirken

Wir sind Risiken ausgesetzt, die mit Wechselkursschwankungen verbunden sind, vor allem gegenüber dem US-Dollar. Vor allem lautet ein bedeutender Anteil unserer Aktiven und Passiven auf andere Währungen als den Schweizer Franken, während unsere finanzielle Berichterstattung primär in Schweizer Franken erfolgt. Auch unser Gesellschaftskapital lautet auf Schweizer Franken, und wir verfügen nicht über eine vollständige Absicherung unserer Kapitalausstattung gegenüber Wechselkursveränderungen. Der Schweizer Franken blieb 2013 gegenüber dem US-Dollar und dem Euro stark. Insbesondere die Aufwertung des Schweizer Frankens und die Wechselkursschwankungen im Allgemeinen wirkten sich in den letzten Jahren ungünstig auf unser Geschäftsergebnis und unsere Kapitalausstattung aus, und auch künftig könnte ein solcher Effekt entstehen.

OPERATIONELLES RISIKO

Wir sind einer breiten Vielfalt an operationellen Risiken einschliesslich Informationstechnologierisiken ausgesetzt

Das operationelle Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch ungeeignete oder mangelhafte interne Prozesse, Personen und Systeme oder durch externe Ereignisse entstehen. Obwohl wir über Pläne zur Gewährleistung der Geschäftskontinuität verfügen, sind unsere Geschäftsbereiche im Allgemeinen mit einer breiten Vielfalt an operationellen Risiken konfrontiert. Dazu gehören Technologierisiken, die durch Abhängigkeiten gegenüber der Informationstechnologie, unabhängigen Zulieferern und der Telekommunikationsausrüstung entstehen. Als weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen verlassen wir uns in hohem Masse auf unsere Finanz-, Buchführungs- und sonstigen EDV-Systeme, die vielseitig und komplex sind. Unser Unternehmen ist darauf angewiesen, dass wir grosse Volumina unterschiedlicher und komplexer Transaktionen verarbeiten können. Dazu gehören auch derivative Transaktionen, deren Volumina und Komplexität zugenommen haben. Wir sind operationellen Risiken ausgesetzt, die aus Fehlern in der Ausführung, Bestätigung oder Abrechnung von Transaktionen oder aufgrund der nicht ordnungsgemässen Registrierung und Verbuchung von Transaktionen stammen. Die regulatorischen Anforderungen in diesem Bereich haben sich erhöht und werden sich in Zukunft voraussichtlich weiter erhöhen.

Informationssicherheit, Vertraulichkeit der Daten und Datenintegrität sind für unser Unternehmen von entscheidender

Bedeutung. Trotz der Vielzahl unserer Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit unserer Systeme und Daten ist es nicht immer möglich, die sich laufend verändernde Bedrohungslage vorherzusehen und alle Risiken für unsere Systeme und Daten zu mindern. Zudem könnten Risiken in Bezug auf Systeme und Daten von Kunden, Lieferanten, Dienstleistern, Gegenparteien und anderen Drittparteien auch uns betreffen.

Falls irgendwelche unserer Systeme infolge von Cyber-Angriffen, Verstössen gegen Sicherheitsvorschriften, unbefugten Zugriffen, Datenverlust oder -zerstörung, Dienstaussfällen, Computerviren oder anderen Ereignissen, die sich negativ auf die Sicherheit auswirken könnten, nicht ordnungsgemäss funktionieren oder kompromittiert werden, könnten wir in Rechtsstreitigkeiten verwickelt werden oder nicht versicherten finanziellen Verlusten, Geschäftsunterbrüchen, Schadenersatzforderungen seitens unserer Kunden, Interventionen der Aufsichtsbehörden oder einer Rufschädigung ausgesetzt sein. Derartige Ereignisse könnten uns auch zwingen, erhebliche zusätzliche Ressourcen aufzuwenden, um unsere Schutzvorkehrungen anzupassen oder Sicherheitslücken oder andere Gefährdungen zu untersuchen und zu beseitigen.

Wir könnten durch Fehlverhalten von Mitarbeitenden Verluste erleiden

Unsere Geschäftsbereiche sind Risiken ausgesetzt, die durch mögliche Nichteinhaltung von Richtlinien, Fehlverhalten von Mitarbeitenden, Fahrlässigkeit oder Betrug entstehen könnten und sowohl Sanktionen der Aufsichtsbehörden, eine schwerwiegende Rufschädigung als auch finanzielle Verluste nach sich ziehen könnten. In den vergangenen Jahren haben einige multinationale Finanzinstitute aufgrund fehlbarer Handlungen von Händlern oder anderen Mitarbeitenden erhebliche Verluste erlitten. Ein Fehlverhalten von Mitarbeitenden lässt sich nicht immer verhindern, und es ist möglich, dass die von uns ergriffenen Vorsichtsmassnahmen zur Verhinderung und Erkennung entsprechender Aktivitäten nicht immer wirksam sind.

RISIKOMANAGEMENT

Wir verfügen über Risikomanagementtechniken und Richtlinien zur Bewirtschaftung unserer Risiken. Es ist jedoch möglich, dass diese Techniken und Richtlinien, insbesondere in hoch volatilen Märkten, nicht immer wirksam sind. Wir passen unsere Risikomanagementtechniken laufend an die Änderungen in den Finanz- und Kreditmärkten an. Diese Anpassungen betreffen in erster Linie die **Value-at-Risk**- und die **Economic-Capital**-Berechnung, welche auf historischen Daten beruhen. Risikomanagementprozesse können niemals alle Marktentwicklungen oder -ereignisse voraussagen. Deshalb ist es möglich, dass unsere Risikomanagementprozesse und Absicherungsstrategien, ebenso wie die ihnen zugrunde liegenden Beurteilungen, nicht in der Lage sind, unsere Risikoexposition in allen Märkten und gegenüber allen Arten von Risiken vollständig zu mindern.

► Siehe «Risikomanagement» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserem Risikomanagement.

RECHTLICHE UND REGULATORISCHE RISIKEN

Unser Risiko aus gesetzlicher Haftpflicht ist erheblich

Unsere Geschäftsbereiche sind erheblichen rechtlichen Risiken ausgesetzt. Der Umfang und die Zahl der in Gerichtsverfahren, regulatorischen Verfahren und anderen Rechtsstreiten gegen Finanzdienstleistungsunternehmen erhobenen Schadenersatzforderungen sind in Zunahme begriffen.

Wir und unsere Tochtergesellschaften sind einer Reihe wichtiger Rechtsprozesse, regulatorischer Massnahmen und Untersuchungen ausgesetzt. Unvorteilhafte Ergebnisse einzelner oder mehrerer dieser Verfahren könnten innerhalb eines bestimmten Zeitraums unter anderem je nach unseren Ergebnissen im betreffenden Zeitraum erhebliche Auswirkungen auf unser Geschäftsergebnis haben.

► Siehe «Anhang 38 – Rechtsstreitigkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu diesen und anderen rechtlichen und regulatorischen Verfahren, die das Investment Banking und die übrigen Geschäftsbereiche betreffen.

Die Ergebnisse vieler rechtlicher, regulatorischer und sonstiger Streitverfahren, in die unsere Geschäftsbereiche involviert sind, lassen sich schwer abschätzen. Das gilt insbesondere für Fälle, in denen Forderungen durch verschiedene Klägerkategorien erhoben werden, in denen Schadenersatz für nicht spezifizierte oder nicht feststellbare Beträge gefordert wird oder die neuartige rechtliche Forderungen betreffen. Das Management ist im Zusammenhang mit diesen Angelegenheiten verpflichtet, Reserven für Verluste, die wahrscheinlich sind und angemessen abgeschätzt werden können, zu bilden, zu erhöhen oder freizugeben.

► Siehe «Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung» in II – Kommentar zu den Resultaten und «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Regulatorische Änderungen können unser Geschäft und unsere Fähigkeit zur Umsetzung strategischer Pläne beeinträchtigen

Als Akteur innerhalb der Finanzdienstleistungsbranche unterstehen wir umfassenden Regulierungen durch staatliche Stellen, Aufsichtsbehörden und Selbstregulierungsorganisationen in der Schweiz, in der EU, in Grossbritannien, in den USA und in anderen Rechtsgebieten auf der ganzen Welt, in denen wir tätig sind. Diese Regulierungen werden immer umfangreicher und komplexer, und in den letzten Jahren sind die Kosten in Verbindung mit der Einhaltung dieser Vorschriften und die von den Aufsichtsbehörden beantragten und verhängten Strafen und Bussgelder für die Finanzdienstleistungsindustrie deutlich angestiegen und könnten weiter zunehmen. Oft dienen diese Regulierungen dazu, unsere Tätigkeit einzuschränken, was unter anderem durch Vorschriften betreffend erhöhte Kapitalerfordernisse, Leverage- und Liquiditätsanforderungen, den Kundenschutz und das Marktverhalten wie auch durch direkte oder indirekte Einschränkungen bezüglich der Tätigkeitsbereiche, in denen wir operieren und investieren, erfolgt. Diese Einschränkungen können negative Auswirkungen auf unser Geschäft und unsere Fähigkeit haben, strategische Initiativen

umzusetzen. Sollten wir bestimmte Geschäftsbereiche veräussern müssen, könnten wir Verluste erleiden, wenn wir uns gezwungen sehen würden, entsprechende Geschäftsbereiche mit einem Abschlag zu verkaufen, der unter gewissen Umständen erheblich sein könnte. Gründe für einen Abschlag könnten Zeitvorgaben für entsprechende Veräusserungen sein oder aber die Möglichkeit, dass andere Finanzinstitute vergleichbare Investitionen gleichzeitig liquidieren müssten.

Seit 2008 setzen die Aufsichtsbehörden und Regierungen einen Schwerpunkt in der Reform der Finanzdienstleistungsbranche. So erweiterten sie unter anderem ihre Anforderungen an die Kapital-, Leverage- und Liquiditätsausstattung, setzten Veränderungen in der Vergütungspraxis (einschliesslich steuerlicher Aspekte) durch und ergriffen Massnahmen zur Minderung des systemischen Risikos, einschliesslich des potenziellen Ring-Fencing für bestimmte Aktivitäten und Operationen innerhalb bestimmter Rechtseinheiten. Wir sind bereits in vielen unserer Geschäftsbereiche von diesen umfangreichen Regulierungen betroffen und rechnen mit zunehmenden Regulierungen und Überprüfungen sowie Vollzugsmassnahmen. Wir nehmen an, dass diese Entwicklung unsere Kosten weiter erhöhen wird, beispielsweise unsere Kosten im Zusammenhang mit Compliance, Systemen und Tätigkeiten, und unsere Fähigkeit zu bestimmten Geschäftstätigkeiten beeinflussen wird. Dies könnte unsere Profitabilität und unsere Wettbewerbsposition negativ beeinflussen. Abweichungen bezüglich der Einzelheiten und der Umsetzung entsprechender Regulierungen könnten für uns weitere negative Auswirkungen haben, da derzeit davon auszugehen ist, dass bestimmte Anforderungen nicht für alle unsere Mitbewerber gleich anwendbar sein oder in allen Rechtsgebieten gleich umgesetzt werden dürften.

So haben die zusätzlichen Anforderungen an das regulatorische Mindestkapital, die Leverage Ratios und die Liquiditätsmassnahmen gemäss ◻ Basel III, zusammen mit den strengeren Anforderungen gemäss der Schweizer ◻ «Too Big To Fail»-Gesetzgebung und deren Ausführungsverordnungen und damit verbundenen Massnahmen unserer Aufsichtsbehörden, zu unserem Entscheid beigetragen, die ◻ risikogewichteten Aktiven und den Umfang unserer Bilanz zu reduzieren, und könnten sich möglicherweise auf unseren Zugang zu den Kapitalmärkten auswirken und unsere Finanzierungskosten erhöhen. Zudem haben die laufende Umsetzung der Vorschriften im Dodd-Frank Act in den USA, einschliesslich der «Volcker Rule», und die Regulierung von Derivaten sowie andere regulatorische Entwicklungen, die in «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» beschrieben sind, bestimmten unserer Aktivitäten neue regulatorische Bürden auferlegt und werden dies weiterhin tun. Diese Anforderungen haben zu unserem Entscheid beigetragen, aus gewissen Geschäftsbereichen (einschliesslich einiger unserer Private-Equity-Bereiche) auszusteigen, und könnten uns dazu führen, auch noch weitere Bereiche aufzugeben. Neue CFTC- und SEC-Vorschriften könnten die Betriebskosten, einschliesslich Compliance-, Informationstechnologie- und damit verbundener Kosten, im Zusammenhang mit unserem Derivatgeschäft mit US-Personen stark erhöhen; gleichzeitig könnten

uns diese Vorschriften die Durchführung von Derivatgeschäften ausserhalb der USA erschweren. Weiter erliess das Fed im Februar 2014 eine definitive Vorschrift im Rahmen des Dodd-Frank Act, die einen neuen Rahmen zur Regulierung des US-Geschäfts ausländischer Bankinstitute wie des unsrigen schuf. Obwohl die endgültigen Auswirkungen der neuen Vorschrift derzeit nicht gänzlich voraussehbar sind, dürfte sie dazu führen, dass uns zusätzliche Kosten entstehen und die Art, wie wir unsere Tätigkeit in den USA ausüben, beeinflusst, unter anderem durch das Erfordernis, eine einzige US-amerikanische Zwischenholding (Intermediate Holding Company) zu gründen. In ähnlicher Weise führen kürzlich erlassene und mögliche zukünftige grenzüberschreitende Steuerregulierungen mit extraterritorialem Effekt, wie etwa der US Foreign Account Tax Compliance Act, und bilaterale Steuerabkommen, wie sie die Schweiz mit Grossbritannien und Österreich abgeschlossen hat, zu detaillierten Berichtspflichten sowie höheren Compliance- und Systemkosten für unsere Geschäftsbereiche. Schliesslich können sich EMIR, CRD IV und die vorgeschlagenen Revisionen der Finanzmarkttrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive, MiFID II) negativ auf unsere Geschäftsaktivitäten auswirken. Führt die Schweiz nicht innert nützlicher Frist gesetzliche Regelungen ein, die als EMIR und MiFID II ebenbürtig erachtet werden, könnten Schweizer Banken wie wir in ihrer Beteiligung an von solchen Regelungen betroffenen Geschäften eingeschränkt werden.

Wir gehen davon aus, dass wir – wie die gesamte Finanzdienstleistungsbranche – auch im Jahr 2014 und darüber hinaus mit einer beträchtlichen Unsicherheit über den Umfang und Inhalt der regulatorischen Reformen zu rechnen haben. Änderungen von Gesetzen, Vorschriften und Regulierungen, von deren Auslegung und Durchsetzung wie auch die Einführung neuer Gesetze, Vorschriften und Regulierungen können sich negativ auf unsere Geschäftsergebnisse auswirken.

Trotz unserer besten Bemühungen um Einhaltung der geltenden Vorschriften bleiben verschiedene Risiken bestehen. Das gilt insbesondere für Bereiche, in denen die geltenden Vorschriften unklar oder in verschiedenen Rechtsgebieten uneinheitlich sind, in denen die Aufsichtsbehörden ihre bisherigen Richtlinien überarbeiten oder in denen die Gerichte frühere Urteile revidieren. In vielen Rechtsgebieten sind die Behörden berechtigt, Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gegen uns anzustrengen, die unter anderem zur Suspendierung oder zum Widerruf unserer Konzessionen, zu Unterlassungsverfügungen, Bussen, zivil- oder strafrechtlichen Strafen oder anderen Disziplinarmaßnahmen führen könnten, die sich äusserst ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirken und unseren Ruf schwerwiegend schädigen könnten.

► Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» für eine Beschreibung unseres regulatorischen Systems sowie eine Zusammenfassung einiger der bedeutenden regulatorischen und gesetzgeberischen Reformvorschläge für die Finanzindustrie sowie «Management von Liquidität und Refinanzierung» und «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für Informationen über unseren aktuellen regulatorischen Rahmen und erwartete Änderungen an diesem Rahmen, die sich auf die Kapital- und Liquiditätsstandards auswirken können.

Schweizer Sanierungs- und Abwicklungsverfahren können unsere Aktionäre und Gläubiger betreffen

Das Schweizer Bankengesetz räumt der FINMA umfangreiche Befugnisse und Ermessensfreiheit ein in Zusammenhang mit Sanierungs- und Abwicklungsverfahren, die Schweizer Banken wie die Credit Suisse AG betreffen. Diese umfangreichen Befugnisse geben der FINMA das Recht, das ausstehende Aktienkapital der Credit Suisse AG (dieses ist zurzeit der wichtigste Vermögenswert der Credit Suisse Group AG) herabzusetzen, Schuldtitel und andere Schuldtitel der Credit Suisse AG in Eigenkapital umzuwandeln, sowie das Recht, diese Schuldtitel vollständig oder teilweise herabzusetzen. Zum Berichtszeitpunkt gelten die umfangreichen Sanierungs- und Abwicklungsbefugnisse der FINMA nur für ordnungsgemäss zugelassene Banken in der Schweiz wie die Credit Suisse AG; ausgenommen sind also Muttergesellschaften von Finanzgruppen wie die Credit Suisse Group AG. Kürzlich wurde jedoch ein Konsultationsverfahren eingeleitet, das eine Anpassung des Bankengesetzes hinsichtlich des Geltungsbereichs betrifft: Durch diese Anpassung soll der Geltungsbereich für die Sanierungs- und Abwicklungsverfahren betreffend Schweizer Banken erweitert werden auf Schweizer Muttergesellschaften von Finanzgruppen und bestimmte andere nicht regulierte Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, die zu einer Finanzgruppe gehören. Es ist nicht abschätzbar, ob und wann eine entsprechende Änderung erlassen wird, wie deren endgültige Ausgestaltung sein wird und wie sie sich auf die Aktionäre und die Gläubiger der Credit Suisse Group AG oder allgemein auf die Credit Suisse Group AG auswirken wird. Würde das Bankengesetz jedoch dahingehend angepasst werden, dass die derzeit für die Credit Suisse AG geltenden Sanierungs- und Abwicklungsverfahren neu auch für die Credit Suisse Group AG gelten, könnte die FINMA aufgrund ihrer Sanierungs- und Abwicklungsbefugnisse im Rahmen eines Sanierungsverfahrens unter anderem ausstehende Aktien der Credit Suisse Group AG herabsetzen, Schuldtitel und andere Schuldtitel der Credit Suisse Group AG in Eigenkapital umwandeln sowie diese Schuldtitel vollständig oder teilweise herabzusetzen.

► Siehe «Jüngste regulatorische Entwicklungen und Vorschläge – Schweiz» und «Regulatorischer Rahmen – Schweiz – Insolvenzregime» in Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden für eine Beschreibung des aktuellen, für die Credit Suisse AG geltenden Sanierungs- und Abwicklungsverfahrens gemäss dem Schweizer Bankengesetz.

Geldpolitische Änderungen entziehen sich unserer Kontrolle und lassen sich kaum voraussagen

Die Geldpolitik der Zentralbanken und Aufsichtsbehörden in der Schweiz, den USA und weiteren Ländern beeinflusst unsere Arbeit. Die Massnahmen der SNB und anderer Zentralbanken schlagen sich direkt in unseren Kosten für Mittel zur Kreditgewährung, für die Kapitalbeschaffung sowie für Anlagen nieder. Zudem können sie den Wert von Finanzinstrumenten in unserem Besitz sowie das Wettbewerbs- und Betriebsumfeld in der Finanzdienstleistungsbranche beeinflussen. Viele Zentralbanken haben ihre Geldpolitik erheblich geändert. Wir können nicht vorhersehen,

ob diese Änderungen wesentliche negative Auswirkungen auf uns oder unsere Geschäfte haben werden. Änderungen der Geldpolitik üben möglicherweise auch einen Einfluss auf die Bonität unserer Kunden aus. Sämtliche geldpolitischen Änderungen entziehen sich unserer Kontrolle und lassen sich kaum vorhersagen.

Rechtliche Einschränkungen gegenüber unseren Kunden könnten die Nachfrage nach unseren Dienstleistungen reduzieren

Wir könnten nicht nur durch Vorschriften, denen wir als Finanzdienstleistungsunternehmen unterstehen, erheblich beeinträchtigt werden, sondern auch durch Vorschriften und durch Änderungen in der Vollzugspraxis, die unsere Kunden betreffen. Unser Geschäft könnte unter anderem durch bestehende und vorgeschlagene Steuergesetze, Kartell- und Wettbewerbsrichtlinien, Corporate-Governance-Initiativen und andere staatliche Vorschriften oder Richtlinien beeinträchtigt werden oder durch Änderungen in der Auslegung oder Durchsetzung bestehender Gesetze und Vorschriften, die sich auf die Geschäftstätigkeit und die Finanzmärkte auswirken. Beispielsweise könnten die Ausrichtung auf die Steuergesetzeskonformität und Änderungen in der Vollzugspraxis zu Mittelabflüssen (vor allem von Kunden in reifen westeuropäischen Märkten) aus unserem Bereich Wealth Management Clients in der Schweiz führen.

Eine Umwandlung unserer Wandlungskapitalinstrumente würde die Eigentumsanteile der bestehenden Aktionäre verwässern

Gemäss den Schweizer Eigenmittelvorschriften sind wir verpflichtet, bedingte Kapitalinstrumente in bedeutender Höhe herauszugeben; gewisse dieser bedingten Kapitalinstrumente würden bei Eintritt eines bestimmten auslösenden Ereignisses in hartes Kernkapital umgewandelt. Ein solches Ereignis könnte beispielsweise sein, dass unser hartes Kernkapital nach Basel III unter vorgegebene Schwellen fällt, dass eine Wandlung gemäss der FINMA notwendig ist oder dass wir die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand benötigen, um die Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Wir haben die Emission von entsprechendem bedingtem Wandlungskapital mit einem Gegenwert von insgesamt CHF 8,1 Mia. bereits getätigt. Wir werden unter Umständen in Zukunft weiteres bedingtes Wandlungskapital dieser Art herausgeben. Die Umwandlung eines Teils oder des gesamten bedingten Wandlungskapitals als Folge eines auslösenden Ereignisses wird zu einer Verwässerung der Eigentumsanteile für die dann bestehenden Aktionäre führen. Eine solche Verwässerung könnte erheblich sein. Ausserdem könnte eine Umwandlung oder die Erwartung der Möglichkeit einer Umwandlung den Börsenkurs unserer Stammaktien unter Druck setzen.

► Siehe «Bankbeziehungen sowie Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in IV – Corporate Governance und Vergütung – Corporate Governance für weitere Informationen über die auslösenden Ereignisse im Zusammenhang mit unseren bedingten Wandlungskapitalinstrumenten.

WETTBEWERB

Wir stehen unter starkem Wettbewerbsdruck

Wir sind in allen Finanzdienstleistungsmärkten mit den von uns angebotenen Produkten und Dienstleistungen einem starken Wettbewerb ausgesetzt. Konsolidierungen, etwa durch aufgrund finanzieller Schwierigkeiten ausgelöste Fusionen, Übernahmen, Allianzen und Zusammenarbeitsvereinbarungen, haben für zunehmenden Wettbewerbsdruck gesorgt. Dieser betrifft viele Faktoren: die angebotenen Produkte und Dienstleistungen, die Preissetzung, die Vertriebssysteme, den Kundendienst, die Markenwahrnehmung, die wahrgenommene Finanzkraft sowie die Bereitschaft zum Kapitaleinsatz zwecks Abdeckung von Kundenbedürfnissen. Durch Konsolidierungen sind verschiedene Unternehmen entstanden, die wie wir die Fähigkeit besitzen, eine breite Produktpalette anzubieten, die sich von Krediten und Einlagen über Maklerdienste, Investment Banking bis zur Vermögensverwaltung erstreckt. Manche dieser Unternehmen mögen in der Lage sein, eine breitere Produktpalette anzubieten als wir oder entsprechende Produkte zu konkurrenzfähigeren Preisen anzubieten. Unter den aktuellen Marktbedingungen hat sich die Wettbewerbslandschaft für die Finanzdienstleister einschneidend verändert, da zahlreiche Finanzinstitute sich zusammengeschlossen haben, den Umfang ihrer Aktivitäten geändert haben, Konkurs anmeldeten, staatliche Unterstützung erhielten oder ihren regulatorischen Status gewechselt haben, was ihre Geschäftstätigkeit beeinflusst. Zudem wirkt sich die heutige Marktlage grundsätzlich auf die Nachfrage der Kunden nach Produkten und Dienstleistungen aus. Wir gehen zwar davon aus, dass sich mit der zunehmenden Konsolidierung und den Umbrüchen in unserer Branche neue Chancen auftun, können aber keine Zusicherung abgeben, dass unser Geschäftsergebnis nicht negativ beeinflusst wird.

Unsere Wettbewerbsfähigkeit könnte durch eine Rufschädigung beeinträchtigt werden

Im hart umkämpften Umfeld, das sich aus der Globalisierung und der Konvergenz innerhalb der Finanzdienstleistungsbranche ergibt, ist unser Ruf von hoher Finanzkraft und Integrität entscheidend für unsere Leistungen, damit wir unter anderem Kunden und Mitarbeitende gewinnen und binden können. Unser Ruf könnte in Frage gestellt werden, falls es uns mittels unserer umfassenden Verfahren und Kontrollen nicht gelingt oder nicht zu gelingen scheint, Interessenkonflikte auszuschliessen, Fehlverhalten von Mitarbeitenden zu verhindern, im Wesentlichen präzise und vollständige Finanz- und andere Informationen zu liefern oder nachteilige rechtliche oder regulatorische Massnahmen zu vermeiden.

► Siehe «Reputationsrisiko» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement für weitere Informationen.

Wir müssen hochqualifizierte Mitarbeitende rekrutieren und binden

Unser Geschäftsgang ist zu einem grossen Teil von der Kompetenz und dem Engagement hochqualifizierter Mitarbeitenden abhängig. Solche Personen werden hart umworben. Wir haben bedeutende Ressourcen für die Rekrutierung, Fortbildung und

Entschädigung unserer Mitarbeitenden eingesetzt. Damit wir uns weiterhin auf unseren Gebieten erfolgreich behaupten können, müssen wir in der Lage sein, neue Mitarbeitende zu gewinnen und die bestehenden Mitarbeitenden zu behalten und zu motivieren. Die Vergütungspraxis in der Finanzindustrie erregt in der Öffentlichkeit nach wie vor ausgeprägtes Interesse. Dies sowie regulatorische Änderungen in diesem Bereich könnten es uns erschweren, gut ausgebildete Mitarbeitende zu rekrutieren und an uns zu binden. Insbesondere könnten neue Einschränkungen betreffend die Höhe und die Art der Vergütung von leitenden Angestellten – unter anderem aufgrund jüngster regulatorischer Initiativen wie der Verordnung gegen übermässige Vergütung in der Schweiz und der Einführung von CRD IV in Grossbritannien – unsere Fähigkeit beeinträchtigen, gewisse hochqualifizierte Mitarbeitende zu behalten und neue qualifizierte Mitarbeitende für bestimmte Geschäftsbereiche einzustellen.

Wir sind mit Konkurrenz durch neue Handelstechnologien konfrontiert

Unsere Geschäftsfelder stehen unter Wettbewerbsdruck durch neue Handelstechnologien, die unsere Kommissions- und Handelserträge sinken lassen, unsere Geschäftsfelder von bestimmten Transaktionen ausschliessen, unsere Beteiligung an den Handelsmärkten einschränken und den damit verbundenen Zugang zu Marktinformationen verringern sowie zum Aufkommen neuer und stärkerer Konkurrenten führen könnten. Wir haben bedeutende zusätzliche Aufwendungen für die Entwicklung und den Unterhalt neuer Händlersysteme vorgenommen oder in sonstiger Weise in Technologien investiert, um konkurrenzfähig zu bleiben. Weitere Anforderungen in dieser Richtung sind nicht auszuschliessen.

RISIKEN IM ZUSAMMENHANG MIT UNSERER STRATEGIE

Wir können möglicherweise die erwarteten Vorteile aus unseren strategischen Initiativen nicht vollumfänglich nutzen

Angesichts der zunehmenden regulatorischen und Eigenkapitalanforderungen und der weiterhin schwierigen Markt- und Wirtschaftslage haben wir zur Optimierung unserer Kapitalverwendung und Verbesserung unserer Kostenstruktur unsere kundenorientierte, kapitaleffiziente Strategie weiter angepasst und neue Kostensparmassnahmen eingeführt. Gleichzeitig haben wir unsere Bilanzsumme und unsere risikogewichteten Aktiven reduziert. Im vierten Quartal 2013 haben wir in den Divisionen Investment Banking und Private Banking & Wealth Management je eine nicht strategische Einheit geschaffen und nicht strategische Positionen im Corporate Center separat ausgewiesen. Ziel ist es, die Reduzierung von Kapital und Kosten mit Bezug zu nicht strategischen Aktivitäten und Positionen zu beschleunigen sowie Ressourcen auf unser strategisches Geschäft und Wachstumsbereiche zu verschieben. Faktoren ausserhalb unserer Kontrolle, darunter unter anderem die Markt- und Wirtschaftslage, Änderungen von Gesetzen, Vorschriften oder Regulierungen und andere Herausforderungen, die in diesem Bericht erörtert wurden, könnten unsere

Fähigkeit beschränken, einige oder alle erwarteten Vorteile aus diesen Initiativen zu erzielen.

Zudem sind wir durch Übernahmen und andere ähnliche Transaktionen, die wir als Teil unserer Strategie durchführen, gewissen Risiken ausgesetzt. Obwohl wir die Unterlagen von Unternehmen, deren Übernahme wir planen, prüfen, ist es uns im Allgemeinen nicht möglich, alle entsprechenden Aufzeichnungen im Detail zu analysieren. Auch mit einer gründlichen Überprüfung der Aufzeichnungen bleiben bestehende oder potenzielle Probleme eventuell unerkannt oder wir können uns nicht genügend mit einem Unternehmen vertraut machen, um seine Stärken und Schwächen vollständig zu erfassen. Deshalb ist nicht auszuschliessen, dass wir unerwartete Verbindlichkeiten (einschliesslich Streitpunkten im Zusammenhang mit Rechts- und Compliance-Fragen) übernehmen oder dass sich ein übernommenes Unternehmen nicht erwartungsgemäss entwickelt. Auch besteht für uns das Risiko, dass Akquisitionen sich nicht effektiv in unsere bestehende Tätigkeit einbinden lassen, weil unter anderem unterschiedliche Abläufe, Geschäftspraktiken und technologische Systeme vorliegen oder weil bei der Anpassung einer übernommenen Gesellschaft an unsere Organisationsstruktur Schwierigkeiten auftreten. Es besteht somit das Risiko, dass die Erträge aus Akquisitionen die durch die betreffenden Akquisitionen entstandenen Kosten oder Verschuldungen oder die zum Aufbau der betreffenden Unternehmen erforderlichen Investitionsausgaben nicht ausgleichen.

Es besteht die Möglichkeit, dass wir Joint Ventures und strategische Allianzen eingehen. Obwohl wir uns bemühen, geeignete

Partner zu finden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass unsere Joint-Venture-Bestrebungen sich als erfolglos erweisen oder unsere Investitionen und sonstigen Verpflichtungen nicht rechtfertigen.

Wir haben ein Programm für die Anpassung unserer Rechtsstruktur bekannt gegeben und können deren endgültige Ausgestaltung oder potenzielle Auswirkungen nicht abschätzen

Im November 2013 haben wir Hauptelemente unseres Programms zur Anpassung unserer Rechtsstruktur bekannt gegeben. Das Programm adressiert die sich abzeichnenden künftigen regulatorischen Anforderungen. Vorbehältlich weiterer Analysen und Zustimmung der FINMA dürfte die Umsetzung der wichtigsten Punkte des Programms ab Mitte 2015 erfolgen. Es bestehen mehrere Unsicherheiten, die sich auf die Umsetzbarkeit, den Umfang und den zeitlichen Rahmen des Programms auswirken können. Zudem können aufgrund wesentlicher gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Veränderungen, die uns und unsere Geschäftstätigkeit betreffen, weitere Anpassungen unserer Rechtsstruktur erforderlich sein. Die Umsetzung dieser Änderungen wird mit einem erheblichen Zeit- und Ressourcenaufwand verbunden sein und könnte die Betriebs-, Kapital-, Refinanzierungs- und Steueraufwendungen sowie das Kreditrisiko unserer Gegenparteien erhöhen.

► Siehe «Entwicklung der Rechtsstruktur» in II – Kommentar zu den Resultaten – Credit Suisse – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen zu unserer Rechtsstruktur.



Kommentar zu den Resultaten

- 52 Geschäftsumfeld
- 55 Credit Suisse
- 63 Kernergebnis
- 71 Private Banking &
Wealth Management
- 85 Investment Banking
- 92 Corporate Center
- 95 Verwaltete Vermögen
- 98 Kritische Bewertungen
in der Rechnungslegung

Geschäftsumfeld

Die Konjunktur erholte sich im Jahr 2013 zunächst in den USA, dann auch in Europa. In den Schwellenländern verlangsamte sich das Wachstum, in China machten sich Anzeichen einer Stabilisierung bemerkbar. Die Aktienmärkte beendeten das Jahr stärker. Die Zinsen sind nach wie vor tief, obwohl die Staatsanleihen im Jahresverlauf einen Anstieg verzeichneten. Der Dollarkurs entwickelte sich gegenüber den meisten Hauptwährungen uneinheitlich.

WIRTSCHAFTSUMFELD

Weltweit steigerte sich das Bruttoinlandprodukt für 2013, die Konjunkturindikatoren zeigten solide Verbesserungen, während sich das Risiko einer neuerlichen Krise in der Eurozone abschwächte. In den USA ging die Arbeitslosenquote zum Jahresende auf 6,7% zurück und erreichte damit den tiefsten Stand seit fünf Jahren. Im Wohnungsmarkt setzte sich die Erholung fort. Im zweiten Halbjahr setzte in der Eurozone ein Aufwärtstrend ein; die Konjunkturindikatoren zeigten nach wie vor auf anhaltendes Wachstum. In den Schwellenländern schwächte sich der vorherrschende Wachstumstrend ab, in China machten sich Anzeichen einer Stabilisierung bemerkbar. In den meisten Industrieländern war die Inflation rückläufig, in den Schwellenländern dagegen hielt der Teuerungsdruck an.

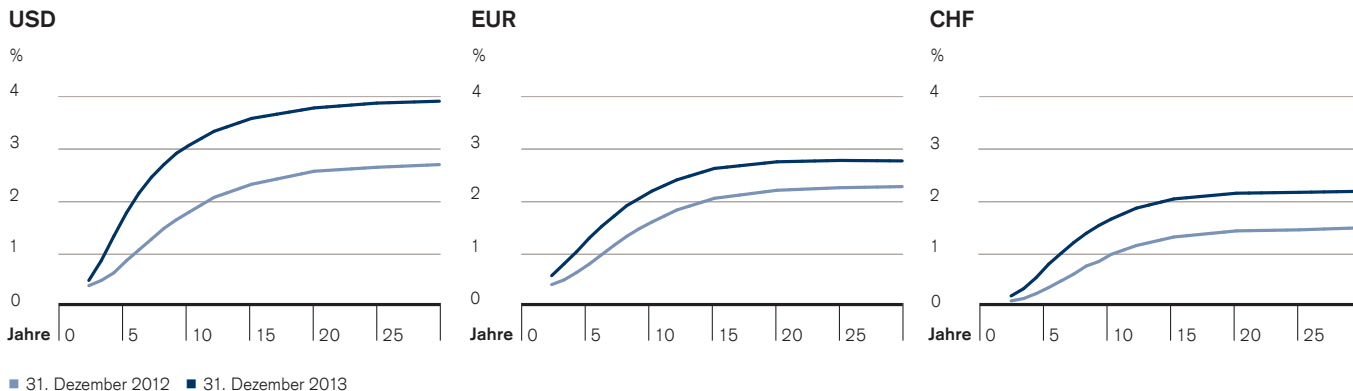
Das US Federal Reserve (Fed) gab nach seiner Sitzung im Juni 2013 bekannt, dass es für den Rest des Jahres eine Verlangsamung seiner Ankäufe von Finanzinstrumenten im Rahmen seiner quantitativen Lockerungsprogramms erwäge, signalisierte aber weiterhin, dass es die Zinsen auf absehbare Zeit weiter niedrig halten wolle. Zugleich machten die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank of England verbindliche Zusagen, die Zinsen längerfristig auf niedrigem Niveau zu belassen. Die EZB senkte ihren Refinanzierungssatz in zwei Schritten um 0,5%. Die Zentralbanken in Brasilien und Indonesien hoben dagegen ihre Leitzinsen an, um den rückläufigen Wechselkursen und dem zunehmenden Teuerungsdruck zu begegnen. Die Bank of Japan kündigte im

April ein umfangreiches geldpolitisches Impulsprogramm an, um innerhalb von zwei Jahren ein Inflationsziel von 2% zu erreichen. Im Rahmen dieses Programms soll die Notenbankgeldmenge sich bis Ende 2014 nahezu verdoppeln.

Zu Jahresbeginn profitierten die Aktienmärkte von den lockeren geldpolitischen Rahmenbedingungen und den allgemein besseren Unternehmenserträgen sowie der leichten Zunahme der Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A). Das Momentum schwächte sich allerdings wieder ab, wobei neuerliche Unsicherheiten über den Ausgang der italienischen Wahlen und die Rettungsmaßnahmen für Zypern eine massgebliche Rolle spielten. Zur Jahresmitte hinkten die zyklischen Titel, das heisst etwa Aktien von Rohstoff- und Energieunternehmen, der allgemeinen Wertentwicklung hinterher, ebenso die Schwellenländer, da man einen Konjunkturreinbruch, eine härtere geldpolitische Gangart des Fed und Zinsanstiege fürchtete. In den USA sowie einem Grossteil Europas zeigten sich die Märkte einigermaßen resistent. Für den Rest des Jahres legten die Aktienmärkte weltweit eine gute Performance vor. Die meisten Regionen und alle Branchen wiesen solide Gewinne aus. Im Juni setzte ein allmählicher Anstieg der Aktienmarktvolatilität ein, wie der Chicago Board Options Exchange Market Volatility Index (VIX) zeigte. Bis zum Jahresende war die Tendenz jedoch wieder rückläufig, obwohl Ende August ein temporärer Ausreisser verzeichnet wurde (vgl. Grafiken «Aktienmärkte»). Der Credit Suisse Hedge Fund Index legte 2013 um 9,7% zu.

Renditekurven

Die Renditekurven stiegen 2013 in allen Laufzeitsegmenten an.

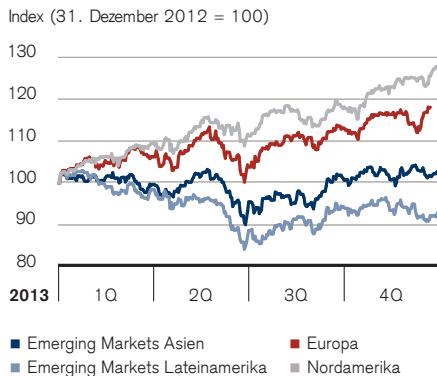


Quelle: Datastream, Credit Suisse

Aktienmärkte

Die Aktienmärkte schlossen 2013 stärker, wobei europäische Banktitel sich im ersten Halbjahr unterdurchschnittlich entwickelten. Die Aktienmarktvolatilität war gering.

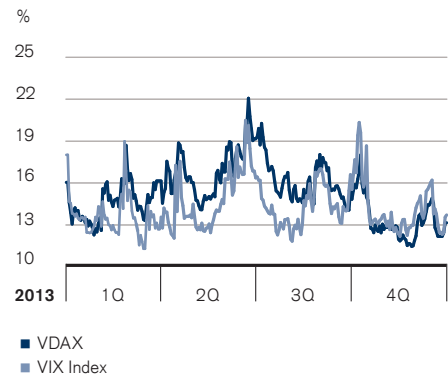
Performance nach Region



Performance globaler Bankensektor



Volatilität



Quelle: Bloomberg, MSCI Barra, Credit Suisse

Quelle: Datastream, MSCI Barra, Credit Suisse

Quelle: Datastream, Credit Suisse

Kreditrisikoprämien

Die Kreditrisikoprämien verengten sich 2013 aufgrund einer besseren Konjunkturlage.



Quelle: Bloomberg, Credit Suisse

In den Anleihenmärkten verlief die Entwicklung der massgeblichen Benchmark-Renditen bei Staatsanleihen volatil mit einem signifikanten Anstieg bis Anfang September. Nachdem das Fed Mitte September klagestellte, dass sich seine monatlichen Ankäufe von Anlageinstrumenten mit USD 85 Mia. unverändert fortsetzen würden, tendierten die Renditen zunächst nach unten, um dann zum Jahresende wieder anzuziehen, als das Fed Mitte Dezember eine Kürzung seiner monatlichen Ankaufprogramme auf USD 75 Mia. bekannt gab. Der Anleihenmarkt stand zudem unter dem Einfluss der Prognosen anderer Notenbanken, die niedrige Zinsen

ankündigten (vgl. Grafiken «Renditekurven»). Bei den hochverzinslichen Papieren verengten sich die Kreditrisikoprämien nach ihrem Höchststand im Juni; sie verzeichneten 2013 eine positive Wertentwicklung (vgl. Grafik «Kreditrisikoprämien»). Die Kreditrisikoprämien für Staatsanleihen aus Schwellenländern verhielten sich volatil, wobei auf Lokalwährungen lautende Instrumente zusätzlich unter volatilen Wechselkursen zu leiden hatten. Insgesamt verzeichneten Schwellenländeranleihen in Hart- und Lokalwährungen für 2013 leichte Verluste.

Der US-Dollar entwickelte sich 2013 gegenüber den meisten Hauptwährungen uneinheitlich. Der Euro, Schweizer Franken und das britische Pfund legten gegenüber der US-Währung zu. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hielt ihre Kursuntergrenze von 1.20 für Schweizer Franken gegenüber dem Euro aufrecht. Rohstoffwährungen wie australische oder kanadische Dollar gaben wegen des schwächeren Wachstums und der lockeren Zentralbankpolitik gegenüber dem US-Dollar nach. In den Schwellenländern, beispielsweise in Brasilien, Indien, Südafrika und der Türkei, gerieten die Wechselkurse mit dem Renditeanstieg in den USA unter Druck. Der japanische Yen setzte 2013 seine Talfahrt gegenüber dem US-Dollar fort.

Die ansteigenden Renditen in den USA und die Wachstumsstabilisierung in China stellten die Rohstoffmärkte vor einige Herausforderungen. Generell profitierten die Rohstoffmärkte von stärkerem Wachstum und litten unter steigenden Anleiherenditen. Der allgemeine Rohstoffindex (Credit Suisse Commodity Benchmark) gab bis Ende 2013 um 1,8% nach. Die Energiepreise zogen bis zum Jahresende an, der Preis für Erdöl der US-Benchmark-Qualität West Texas Intermediate stieg um 5,6%. Gold gehörte im Berichtsjahr zu den erfolglosesten Rohstoffanlagen, da der Goldpreis um über 28% auf nahezu USD 1 200 einbrach.

Marktvolumen (jährliches Wachstum in %)

2013	Global	Europa
Aktienhandelsvolumen ¹	(3)	–
Angekündigte Fusionen und Übernahmen ²	8	3
Vollzogene Fusionen und Übernahmen ²	2	23
Aktienemissionsgeschäft ²	32	41
Anleihenemissionsgeschäft ²	1	10
Konsortialkredite – Investment Grade ²	14	–

¹ London Stock Exchange, Borsa Italiana, Deutsche Börse, BME und Euronext. Global enthält auch die New York Stock Exchange und NASDAQ.

² Dealogic.

GESCHÄFTSUMFELD

Der Bankensektor profitierte von Massnahmen der Zentralbanken, während er sich den neuen regulatorischen Anforderungen weiter anpasste. Weltweit unternahmen die Banken wichtige Schritte, um ihre Tätigkeit umzustrukturieren und Kosten zu senken, wie auch um ihre Kapital- und Liquiditätsquoten zu erhöhen. In Nordamerika entwickelten sich die Bankaktien parallel zu den globalen Aktienindizes und standen zum Jahresende 2013 um 25% höher. In Europa verzeichneten die Bankentitel bis zum Jahresende ein Plus von 21% (vgl. Grafiken «Aktienmärkte»).

Nach wie vor zögerten die Private-Banking-Kunden, in zumeist unsicheren Märkten, Anlagen zu tätigen, so dass die Bareinlagen trotz niedriger Zinsen unverändert hoch ausfielen. Aktienfonds verzeichneten 2013 umfangreiche Netto-Neugeldzuflüsse, anders als Anleihenfonds, bei denen sich vor allem in der zweiten Jahreshälfte massive Abflüsse bemerkbar machten. In der Schweiz herrschten nach wie vor ausgeprägte Ängste vor einer Überhitzung des Immobilienmarkts in bestimmten Landesteilen. Die SNB gab erneut ihrer Besorgnis über die immer grösseren Ungleichgewichte in den Hypothekarkredit- und Immobilienmärkten Ausdruck. Der Bereich Wealth Management passte sich den branchenspezifischen regulatorischen Änderungen weiter an.

Das Handelsvolumen im Aktiensektor fiel im Investment Banking leicht höher aus als 2012. In Europa stiegen die Handelsvolumen generell an, in den USA nahmen sie dagegen ab. Im Anleihensektor ging das Volumen in den USA im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück. Anleihen der staatlichen Agenturen und Mortgage-backed-Papiere waren weniger populär als im Vorjahr, die steigende Nachfrage nach Staats- und Unternehmensanleihen glich diesen Rückgang zum Teil aus. Im Vergleich zu 2012 wurden global volumenmässig etwas mehr M&A abgeschlossen; weltweit wurden um 8% höhere M&A-Volumen angekündigt. Im weltweiten Aktienemissionsgeschäft legten die Volumen gegenüber 2012 signifikant zu, im Anleihenemissionsgeschäft blieben sie stabil.

Credit Suisse

Wir verzeichneten im Jahr 2013 einen den Aktionären zurechenbaren Reingewinn von CHF 2 326 Mio. Das verwässerte Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen betrug CHF 1.14 und die den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite lag bei 5,7%.

Ende 2013 betrug unsere Basel-III-Quote des harten Kernkapitals (CET1) 15,7% und 10,0% auf einer «Look-through»-Basis. Im Vergleich zu 2012 gingen unsere risikogewichteten Aktiven um 6% zurück und lagen bei CHF 273,8 Mia.

Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	8 115	7 143	6 426	14	11
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	13 226	12 724	12 638	4	1
Handelserfolg	2 739	1 196	5 021	129	(76)
Sonstiger Ertrag	1 776	2 548	1 806	(30)	41
Nettoertrag	25 856	23 611	25 891	10	(9)
Rückstellung für Kreditrisiken					
Personalaufwand	11 256	12 303	13 001	(9)	(5)
Sachaufwand	8 599	7 246	7 293	19	(1)
Kommissionsaufwand	1 738	1 702	1 939	2	(12)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	10 337	8 948	9 232	16	(3)
Total Geschäftsaufwand	21 593	21 251	22 233	2	(4)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern					
Ertragsteueraufwand	1 276	465	656	174	(29)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 820	1 725	2 815	63	(39)
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	145	(40)	(25)	–	60
Reingewinn	2 965	1 685	2 790	76	(40)
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn	639	336	837	90	(60)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	2 326	1 349	1 953	72	(31)
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 181	1 389	1 978	57	(30)
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	145	(40)	(25)	–	60
Ergebnis pro Aktie (in CHF)					
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.14	0.82	1.34	39	(39)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	1.22	0.79	1.32	54	(40)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.14	0.82	1.34	39	(39)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	1.22	0.79	1.32	54	(40)
Eigenkapitalrendite (in %)					
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	5.7	3.9	6.0	–	–
Den Aktionären zurechenbare Rendite auf dem materiellen Eigenkapital ¹	7.2	5.2	8.1	–	–
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	46 000	47 400	49 700	(3)	(5)

¹ Basierend auf dem materiellen Eigenkapital der Aktionäre, einer unter GAAP nicht definierten Finanzgrösse, die aus dem Total Eigenkapital der Aktionäre abzüglich Goodwill und sonstiger immaterieller Werte berechnet wird. Das Management ist der Ansicht, dass die Rendite auf dem materiellen Eigenkapital der Aktionäre aussagekräftig ist, da sie eine einheitliche Leistungsbeurteilung von Geschäftsbereichen erlaubt, unabhängig davon, ob die Geschäftsbereiche erworben wurden.

Gruppenergebnis und Kernergebnis

	Kernergebnis			Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung			Credit Suisse		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)									
Nettoertrag	25 217	23 251	25 095	639	360	796	25 856	23 611	25 891
Rückstellung für Kreditrisiken	167	170	187	0	0	0	167	170	187
Personalaufwand	11 221	12 267	12 939	35	36	62	11 256	12 303	13 001
Sachaufwand	8 587	7 224	7 271	12	22	22	8 599	7 246	7 293
Kommissionsaufwand	1 738	1 702	1 939	0	0	0	1 738	1 702	1 939
Total sonstiger Geschäftsaufwand	10 325	8 926	9 210	12	22	22	10 337	8 948	9 232
Total Geschäftsaufwand	21 546	21 193	22 149	47	58	84	21 593	21 251	22 233
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 504	1 888	2 759	592	302	712	4 096	2 190	3 471
Ertragsteueraufwand	1 276	465	656	0	0	0	1 276	465	656
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 228	1 423	2 103	592	302	712	2 820	1 725	2 815
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	145	(40)	(25)	0	0	0	145	(40)	(25)
Reingewinn	2 373	1 383	2 078	592	302	712	2 965	1 685	2 790
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn	47	34	125	592	302	712	639	336	837
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	2 326	1 349	1 953	0	0	0	2 326	1 349	1 953
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)									
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	85.4	91.1	88.3	–	–	–	83.5	90.0	85.9
Gewinnmarge vor Steuern	13.9	8.1	11.0	–	–	–	15.8	9.3	13.4
Effektiver Steuersatz	36.4	24.6	23.8	–	–	–	31.2	21.2	18.9
Reingewinnmarge ¹	9.2	5.8	7.8	–	–	–	9.0	5.7	7.5

¹ Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen.

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DER GRUPPE UND DER BANK

Das Geschäft der Bank ist im Wesentlichen mit dem der Credit Suisse Group vergleichbar, es sei denn, Unterschiede werden speziell vermerkt. Die Geschäfte der Bank werden hauptsächlich durch die Segmente Private Banking & Wealth Management sowie Investment Banking besorgt und die Geschäftsergebnisse dieser Segmente sind im Kernergebnis enthalten. Einige Aktiven, Verbindlichkeiten sowie Geschäftsergebnisse werden zwar innerhalb der beiden Segmente geführt, sind aber nicht Teil der konsolidierten Jahresrechnung der Bank, da sie rechtlich der Gruppe zuzuordnen sind. Dies betrifft vor allem Aktivitäten der Neuen

Aargauer Bank und der BANK-now, welche im Private Banking & Wealth Management geführt werden, und Absicherungsaktivitäten im Zusammenhang mit aktienbasierten Ansprüchen. Das Kernergebnis enthält auch bestimmte Corporate-Center-Aktivitäten der Gruppe, die für die Bank nicht anwendbar sind.

Diese Geschäftstätigkeiten und Aktivitäten können sich von Periode zu Periode ändern, weshalb sich Unterschiede zwischen den Vermögenswerten, Verbindlichkeiten, Erträgen und Aufwendungen, einschliesslich Pensionen und Steuern, der Bank und derjenigen der Gruppe ergeben können.

► Siehe «Anhang 40 – Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Bank.

Unterschiede zwischen den Geschäftsfeldern der Gruppe und der Bank

Gesellschaft	Hauptgeschäftstätigkeit
Neue Aargauer Bank	Banking (Kanton Aargau)
BANK-now	Privatkredite und Autoleasing (in der Schweiz)
Finanzierungsgesellschaften der Gruppe	Zweckgesellschaften für verschiedene Finanzierungsaktivitäten der Gruppe, einschliesslich zum Zweck der Eigenmittelbeschaffung

Vergleich der konsolidierten Erfolgsrechnungen

	Gruppe			Bank		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Nettoertrag	25 856	23 611	25 891	25 330	23 178	24 853
Total Geschäftsaufwand	21 593	21 251	22 233	21 567	21 108	22 219
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	4 096	2 190	3 471	3 670	1 982	2 511
Ertragsteueraufwand	1 276	465	656	1 177	447	444
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 820	1 725	2 815	2 493	1 535	2 067
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	145	(40)	(25)	145	(40)	(25)
Reingewinn	2 965	1 685	2 790	2 638	1 495	2 042
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	639	336	837	860	(600)	901
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	2 326	1 349	1 953	1 778	2 095	1 141

Vergleich der konsolidierten Bilanzen

Ende	Gruppe		Bank	
	2013	2012	2013	2012
Bilanzdaten (in Mio. CHF)				
Total Aktiven	872 806	924 280	854 412	908 160
Total Verbindlichkeiten	825 640	881 996	810 849	865 999

Kapitalisierung und Verschuldung

Ende	Gruppe		Bank	
	2013	2012	2013	2012
Kapitalisierung und Verschuldung (in Mio. CHF)				
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	23 108	31 014	23 147	30 574
Kundeneinlagen	333 089	308 312	321 851	297 690
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	94 032	132 721	94 032	132 721
Langfristige Verbindlichkeiten	130 042	148 134	126 641	146 997
Sonstige Verbindlichkeiten	245 369	261 815	245 178	258 017
Total Verbindlichkeiten	825 640	881 996	810 849	865 999
Total Eigenkapital	47 166	42 284	43 563	42 161
Total Kapitalisierung und Verschuldung	872 806	924 280	854 412	908 160

Eigenmittelunterlegung – Basel III

Ende	Gruppe		Bank	
	2013	2012	2013	2012
Anrechenbare Eigenmittel (in Mio. CHF)				
Hartes Kernkapital (CET1)	42 989	41 500	38 028	36 717
Total Kernkapital (T1)	46 061	44 357	41 105	40 477
Total anrechenbare Eigenmittel	56 288	51 519	52 066	49 306
Eigenmittelquoten (in %)				
Quote des harten Kernkapitals (CET1)	15.7	14.2	14.4	13.0
Kernkapitalquote (T1)	16.8	15.2	15.6	14.3
Eigenmittelquote	20.6	17.6	19.7	17.5

Dividenden der Bank an die Gruppe

Ende	2013	2012
Pro ausgegebene Aktie (in CHF)		
Dividende ^{1,2}	0.00 ³	0.23

Das gesamte Aktienkapital der Bank ist vollständig einbezahlt und bestand per 31. Dezember 2013 und 2012 aus 4 399 665 200 beziehungsweise 43 996 652 Namenaktien. Die Erhöhung der Anzahl Aktien widerspiegelt den Nennwertsplit pro Aktie von CHF 100 auf CHF 1 mit Wirkung per 19. November 2013.

¹ Dividenden werden in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Statuten der Bank festgelegt.

² Für die Jahre 2011, 2010 und 2009 betrug die Dividende pro ausgegebene Aktie CHF 0.23, CHF 0.23 beziehungsweise CHF 68.19.

³ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der Bank für eine Dividende von CHF 10 Mio.

INFORMATIONEN UND ENTWICKLUNGEN

Darstellungsform und Änderungen der Berichterstattung

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wird der Ertrag im Ganzen beurteilt, einschliesslich des Handels- und Zinsergebnisses aus der Finanzierung und Absicherung von Positionen. Die Ertragskategorien im Einzelnen sind daher nicht bezeichnend für unsere Leistungsbeurteilung.

Per 1. Januar 2013 wurde das **Basel-III-Regelwerk** des **Basler Ausschusses für Bankenaufsicht** zusammen mit der Schweizer **«Too Big To Fail»-Regulierung** und den dazugehörigen Vorschriften in die schweizerische Gesetzgebung übernommen. Unsere diesbezüglichen Offenlegungen erfolgen im Einklang mit der aktuellen Auslegung der entsprechenden Anforderungen, einschliesslich relevanter Annahmen. Änderungen in der Auslegung dieser Anforderungen in der Schweiz oder in unseren Annahmen oder Schätzungen könnten die in diesem Bericht verwendeten Zahlen verändern. Die Eigenmittelanforderungen und Quoten per Jahresende 2012 entsprechen ebenfalls dem Basel-III-Regelwerk und wurden lediglich zu Vergleichszwecken angegeben. Die Berechnungen basieren auf Schätzungen, welche davon ausgehen, dass das Basel-III-Regelwerk in der Schweiz bereits per 31. Dezember 2012 in Kraft gesetzt wurde.

Verweise auf die Schweizer Leverage-Risikoposition beziehen sich auf die Gesamtheit der Aktiven, der Ausserbilanzrisiken, bestehend aus Garantien und Verpflichtungen, sowie regulatorische Anpassungen, einschliesslich der Aufhebung von Verrechnungen von Barsicherheiten sowie Zuschläge für **Derivate**.

► Siehe «Schweizer Leverage Ratios» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Kapitalbewirtschaftung – Eigenkapitalkennzahlen nach Schweizer Anforderungen für weitere Informationen.

Seit dem ersten Quartal 2013 schliessen die Aktiven von Privat Banking & Wealth Management und Investment Banking Intra-Gruppen-Bestände zwischen den Segmenten aus. Die Vorperioden wurden entsprechend an die aktuelle Darstellung angepasst.

Einführung von nicht strategischen Einheiten

Im vierten Quartal 2013 haben wir innerhalb unserer beiden Divisionen Private Banking & Wealth Management sowie Investment Banking nicht strategische Einheiten geschaffen sowie nicht strategische

Positionen im Corporate Center separat ausgewiesen. Dies ermöglicht uns, das im nicht strategischen Geschäft gebundene Kapital, die Risikopositionen sowie die dort anfallenden Kosten schneller zu reduzieren und die Ressourcen auf strategische Geschäftsbereiche sowie Wachstumsbereiche zu verschieben. Die entsprechenden Ergebnisse werden innerhalb der Divisionen separat ausgewiesen. Wir haben eine Governance-Struktur eingeführt, welche einen beschleunigten Abbau dieser Positionen und Kosten ermöglicht. Nach unserer Überzeugung erhöht die neue Berichterstattungsstruktur mit ihrer klaren Trennung zwischen strategischen und nicht strategischen Ergebnissen die Transparenz unserer finanziellen Berichterstattung und verstärkt den Fokus auf die strategischen Geschäftsbereiche innerhalb der Divisionen sowie auf Gruppenstufe. Die Vorperioden wurden entsprechend an die aktuelle Darstellung angepasst.

Die nicht strategischen Einheiten wurden bewusst innerhalb der Divisionen belassen und nicht in einer separaten nicht strategischen Einheit zusammengefasst. Damit bleibt das Know-how des leitenden Managements weiterhin nutzbar. Diese Einheiten werden innerhalb der jeweiligen Divisionen separat geführt und verfügen dank eines eigenen Aufsichtskomitees über eine klare Governance-Struktur. Die Schaffung der nicht strategischen Einheiten dürfte zu einer weiteren Reduktion der Schweizer Leverage-Risikoposition und der **risikogewichteten Aktiven** führen und damit Kapital freisetzen für das künftige Wachstum im Private Banking & Wealth Management. Dies sollte zudem für eine ausgeglichene Kapitalzuordnung zwischen den Geschäftsdivisionen sorgen sowie eine Kapitalrückführung an die Aktionäre ermöglichen.

Nicht strategische Aktivitäten und Positionen sind wie folgt definiert:

- Aktivitäten mit signifikantem Kapitalbedarf nach neuen Vorschriften, deren Renditen unter den Erwartungen liegen;
- Aktivitäten mit signifikanten Leverage-Risikopositionen, bei denen ein Risikoabbau ansteht;
- nicht länger durchführbare oder nach neuen Eigenmittelanforderungen wirtschaftlich attraktive Aktivitäten;
- Aktiven und Passiven aus Geschäftstätigkeiten in Abwicklung;
- Infrastruktur im Zusammenhang mit Aktivitäten, die als nicht strategisch oder redundant gelten; und
- sonstige im Corporate Center ausgewiesene Posten, welche nicht repräsentativ für unser Kernergebnis sind.

Berichterstattungsstruktur der Credit Suisse

Credit Suisse						
Kernergebnis						Minderheitsbeteiligungen ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung
Private Banking & Wealth Management			Investment Banking		Corporate Center	
Ergebnisse des strategischen Geschäfts	Wealth Management Clients	Corporate & Institutional Clients	Asset Management			
	Nicht strategische Einheit Private Banking & Wealth Management			Nicht strategische Einheit Investment Banking	Nicht strategische Positionen	

Die Ergebnisse der nicht strategischen Einheit im Private Banking & Wealth Management enthalten verschiedene Positionen und Kosten mit Bezug zu Aktivitäten, die restrukturiert oder verkauft werden: Positionen der ehemaligen Division Asset Management; die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus dem grenzüberschreitenden Geschäft mit Kunden in kleineren Märkten; Abwicklungskosten im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus grenzüberschreitenden Altgeschäften; Kosten für Rechtsstreitigkeiten, vor allem im Zusammenhang mit der Steuerangelegenheit in den USA; die Auswirkungen der Restrukturierung des Onshore-Geschäfts in Deutschland; kleinere aus dem Bereich Corporate & Institutional Clients übertragene nicht strategische Positionen sowie die Abwicklung und aktive Reduzierung bestimmter Produkte.

Die Ergebnisse der nicht strategischen Einheit im Investment Banking enthalten das bestehende Abwicklungsportfolio im Anleihengeschäft sowie Aktivitäten aus der Restrukturierung des Zinsgeschäfts, in erster Linie ausserbörsliche Instrumente und kapitalintensive strukturierte Positionen. Dazu kommen Finanzierungskosten aus früheren Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit nicht Basel-III-konformen Schuldverschreibungen, Kosten für Rechtsstreitigkeiten aus früheren Geschäftsaktivitäten sowie andere kleinere nicht strategische Positionen.

Auch im Corporate Center werden nicht strategische Positionen separat ausgewiesen, welche nicht repräsentativ für das Kernergebnis sind. Hierzu zählen die Bewertungseffekte aus Veränderungen der Kreditrisikoprämien auf unsere eigenen, zum Fair Value bewerteten Verbindlichkeiten, bestimmte Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts sowie Aufwand für die Vereinfachung der IT-Architektur, bestimmte Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, Abwicklungskosten und Abschreibungen ausserhalb der nicht strategischen Einheiten in den Divisionen sowie Finanzierungskosten aus früheren Geschäftstätigkeiten im

Zusammenhang mit nicht Basel-III-konformen Schuldtiteln ausserhalb der Ergebnisse der nicht strategischen Einheit des Investment Banking. Zuvor als Umgliederungen von unseren ausgewiesenen zu den bereinigten Ergebnissen dargestellte Positionen im Corporate Center finden sich nun unter den nicht strategischen Posten. Die Kosten der Divisionen für nicht strategische Neuausrichtungen bilden eine Ausnahme, da sie seit dem vierten Quartal 2013 direkt in der nicht strategischen Einheit der betroffenen Division erfasst werden. Die Kosten für strategische Neuausrichtungen der Geschäftsdivisionen werden nach wie vor im Corporate Center erfasst.

Aufgegebene Geschäftsbereiche

Im dritten Quartal 2013 schloss die Division Private Banking & Wealth Management den Verkauf ihres Exchange-Traded-Funds-Geschäfts (ETF) und von Strategic Partners ab und gab den anstehenden Verkauf der Customized Fund Investment Group (CFIG) bekannt, der im Januar 2014 abgeschlossen wurde. Im vierten Quartal 2013 gab die Division den Verkauf ihres lokal in Deutschland gebuchten Private-Banking-Geschäfts an ABN AMRO bekannt, der 2014 abgeschlossen werden dürfte. Diese Transaktionen gelten unter den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (US Generally Accepted Accounting Principles, US GAAP) als aufgegebene Geschäftsbereiche, so dass die Erträge und Aufwendungen sowie die zugehörigen Veräusserungsgewinne in der konsolidierten Erfolgsrechnung der Gruppe als aufgegebene Geschäftsbereiche ausgewiesen werden. Im Segment Private Banking & Wealth Management werden die Gewinne und Aufwendungen aus Veräusserungen in den nicht strategischen Ergebnissen des Geschäftsbereichs erfasst. Die Umgliederung der Erträge und Aufwendungen aus den Segmentergebnissen zu den aufgegebenen Geschäftsbereichen erfolgt im Rahmen der Berichterstattung der Gruppe über das Corporate

Center. Gewisse Umgliederungen wurden vorgenommen, um eine Übereinstimmung der früheren Berichtsperioden mit der diesjährigen Präsentation zu erzielen.

Bedeutende Rechtsstreitigkeiten im Jahr 2013

Am 21. März 2014 haben wir eine Vereinbarung mit der Federal Housing Finance Agency (FHFA) zur Beilegung hängiger Rechtsstreitigkeiten getroffen. Die Vereinbarung begleicht Ansprüche betreffend den Verkauf von Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) im Umfang von rund USD 16,6 Mia. zwischen 2005 und 2007. Gemäss der Vereinbarung wird die Credit Suisse mit der Zahlung von USD 885 Mio. sämtliche Ansprüche in zwei hängigen Klagen begleichen, welche die FHFA gegen die Credit Suisse eingereicht hat.

Im Jahr 2013 bildeten wir im Private Banking & Wealth Management Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 600 Mio. im Zusammenhang mit der Steuerangelegenheit in den USA. Wir arbeiten weiterhin an einer Lösung dieser Angelegenheit. In den Rückstellungen sind CHF 175 Mio. im Zusammenhang mit dem Vergleich mit der SEC im Februar 2014 enthalten.

► Siehe «Note 38 – Rechtsstreitigkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Veränderungen im Verwaltungsrat und in der Geschäftsleitung

An unserer jährlichen Generalversammlung (GV) im April 2013 wählten die Aktionäre Kai S. Nargolwala neu in den Verwaltungsrat und bestätigten Noreen Doyle und Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani für jeweils drei Jahre in ihrem Amt. Robert H. Benmosche, Aziz R.D. Syriani und David W. Syz traten an der GV 2013 aus dem Verwaltungsrat aus.

Tobias Guldemann trat per 31. Dezember 2013 aus der Geschäftsleitung aus und legte sein Amt als Chief Risk Officer (CRO) nieder. Per 1. Januar 2014 übernahm Joachim Oechslin die Funktion des CRO und trat in die Geschäftsleitung ein.

Kapitalausschüttungsvorschlag

Der Verwaltungsrat wird an der GV vom 9. Mai 2014 für das Geschäftsjahr 2013 eine Ausschüttung von CHF 0.70 je Namenaktie aus Reserven aus Kapitaleinlagen vorschlagen. Die Ausschüttung aus Reserven aus Kapitaleinlagen ist von der Schweizer Verrechnungssteuer befreit und unterliegt keiner Einkommenssteuer für in der Schweiz ansässige Personen, die Aktien als private Kapitalanlage halten.

Ausgabe von Aktien

Im zweiten Quartal 2013 gaben wir 200,0 Mio. Aktien der Gruppe aus bedingtem Kapital, Wandlungskapital und genehmigtem Kapital aus, die im Zusammenhang mit der Wandlung von bedingten Pflichtwandelanleihen (Mandatory and Contingent Convertible Securities, MACCS) standen. Die Aktien wurden am 8. April 2013 ausgegeben.

An der GV 2013 genehmigten die Aktionäre für das Geschäftsjahr 2012 eine Barausschüttung von CHF 0.10 pro Namenaktie

und eine Ausschüttung in Form neuer Aktien im Gegenwert von ungefähr CHF 0.65 pro Namenaktie. Als Folge wurden im Mai 2013 37,6 Mio. neue Aktien der Gruppe aus dem genehmigten Kapital ausgegeben.

Zudem gaben wir 2013 37,8 Mio. neue Aktien der Gruppe im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsansprüchen aus.

► Siehe «Zusätzliche Angaben zur Aktie» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group – Anhang 25 – Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung und zusätzliche Angaben zur Aktie für weitere Angaben zu Aktienemissionen.

Entwicklung der Rechtsstruktur

Seit 2012 arbeiten wir an einem Programm zur Anpassung der Rechtsstruktur der Gruppe, um den sich abzeichnenden künftigen regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. Dieses Programm wurde in Absprache mit der in erster Linie für uns zuständigen Aufsichtsbehörde, der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA (FINMA), entwickelt und richtet sich nach den Regulierungen in der Schweiz, den USA und Grossbritannien im Hinblick auf die künftigen Anforderungen an die weltweite Sanierungs- und Abwicklungsplanung von systemrelevanten Banken wie der Credit Suisse, welche die Auflösung einer Einheit bei Konkursen vereinfachen. Wir gehen davon aus, dass diese Anpassungen die Komplexität der Infrastruktur für das operative Geschäft der Bank deutlich reduzieren und damit die Effizienz steigern. Mit einer Verbesserung der Sanier- und Liquidierbarkeit geht im Schweizer Bankengesetz ausserdem die Möglichkeit einer Erleichterung der Anforderungen an die Eigenmittel einher. Diese Erleichterung soll durch die Umsetzung des Programms sichergestellt werden.

Die wichtigsten Elemente des Programms:

- In der Schweiz wollen wir eine Tochtergesellschaft für unser in der Schweiz gebuchtes Geschäft gründen (insbesondere für die Vermögensverwaltung, Privat-, Firmen- und institutionelle Kunden sowie den Produkt- und Sales-Bereich in der Schweiz);
- Unsere Geschäftstätigkeit des Investment Banking in Europa erfolgt weiterhin zentral von Grossbritannien aus, zudem planen wir, unsere beiden zentralen operativen Tochtergesellschaften in Grossbritannien in einer einzigen Tochtergesellschaft zusammenzuführen. Mit dem Programm soll das Geschäft ausserhalb Europas mit den entsprechenden Einheiten in den Regionen Nord- und Südamerika und Asien-Pazifik in Einklang gebracht werden;
- In den USA soll unsere bestehende Broker-Dealer-Tochtergesellschaft eine Tochtergesellschaft unserer bestehenden US-Holdinggesellschaft bleiben. Die Holdinggesellschaft hält ihre in den USA angesiedelten operativen Geschäftseinheiten und wird den definitiven Vorschriften des Fed für eine Überwachung von ausländische Banken in den USA unterstehen. Unter dem Vorbehalt der Genehmigungen durch die US-Aufsichtsbehörde werden die US-Derivatgeschäfte voraussichtlich zum US-Broker-Dealer transferiert. Derzeit werden diese Geschäfte in einer der oben genannten operativen Tochtergesellschaften in Grossbritannien gebucht;

- Wir beabsichtigen, für globale Infrastrukturaufgaben eine getrennt kapitalisierte Rechtseinheit in der Schweiz zu schaffen. Zudem soll in den USA eine Tochtergesellschaft für die oben genannte US-Holdinggesellschaft entstehen. Darin enthalten sind grundsätzlich alle Shared-Services-Funktionen; und
- Sobald der Rechtsrahmen festgelegt ist, beabsichtigen wir, für den Bail-in zugelassene Schuldtitel aus der Holdinggesellschaft der Gruppe zu emittieren, um eine «Single Point of Entry»-Bail-in-Abwicklungsstrategie zu ermöglichen.

Das Programm wurde bereits vom Verwaltungsrat der Gruppe genehmigt, braucht aber noch die abschliessende Zustimmung der FINMA. Die Umsetzung des Programms ist auf gutem Weg, wobei die Umsetzung der wichtigsten Bestandteile ab Mitte 2015 geplant ist.

Risikotrends

Das umsichtige Eingehen von Risiken im Rahmen unserer strategischen Prioritäten ist grundlegend für unsere Tätigkeit als eine führende, weltweit tätige Bank und blieb auch 2013 ein wichtiger Schwerpunkt für unsere Tätigkeit. Im Verlauf des Geschäftsjahrs haben wir weitere Schritte unternommen, um unsere Geschäftsbereiche und unsere Risikomanagementkonzepte und -verfahren an die neuen regulatorischen Anforderungen anzupassen. Das ◊ Positionsrisiko nahm 2013 insgesamt um 7% zu, das beanspruchte Economic Capital stieg um 4%, der durchschnittliche US-Dollar-◊ Risikomanagement-VaR unserer Handelsbücher ging um 27% zurück und unsere gefährdeten Ausleihungen verringerten sich um 14% auf CHF 1,5 Mia.

► Siehe «Risikomanagement» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unseren Risikotrends.

Allokation und Refinanzierung

Allokation segmentsübergreifender Erträge und Aufwendungen

Die Verantwortung für jedes Produkt wird einem Segment zugewiesen, das alle entsprechenden Kosten und Erträge verbucht. Bei segmentsübergreifenden Erträgen und Dienstleistungen regeln Gewinnvereinbarungen die Zuteilung der Gewinne oder der Dienstleistungen an die beteiligten Segmente. Diese Vereinbarungen werden von den einzelnen Segmenten für jedes Produkt periodisch ausgehandelt.

Mit solchen Gewinnaufteilungs- und Dienstleistungsverträgen wird eine Preisstruktur wie bei Transaktionen mit unabhängigen Drittparteien angestrebt.

Unternehmensinterne Dienstleistungen und Geschäftsunterstützung bezüglich Finance, Operations, einschliesslich Human Resources, Legal & Compliance, Risikomanagement und Informationstechnologie, erfolgen durch den Bereich Shared Services. Die Kosten dieses Bereichs werden den Segmenten und dem Corporate Center entsprechend ihrem Bedarf und sonstigen relevanten Massgaben belastet.

Refinanzierung

Wir bewirtschaften unser Kapital zentral. Neue Wertschriften für die Refinanzierung und Kapitalaufnahme werden in erster Linie durch die Bank emittiert.

► Siehe «Refinanzierung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group – Anhang 5 – Segmentinformationen für weitere Informationen.

Fair Value

Der ◊ Fair Value kann eine wichtige Messgrösse für Finanzinstrumente sein, wenn dabei die Rechnungslegung für diese Instrumente und die Art und Weise, wie wir unsere Geschäfte tätigen, aufeinander abgestimmt werden. Die Stufen der Fair-Value-Hierarchie sind gemäss Definition der massgeblichen Rechnungslegungsgrundsätze kein Mass für das wirtschaftliche Risiko, sondern ein Indikator für die Beobachtbarkeit von Preisen oder Bewertungseingabeparametern.

► Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 34 – Finanzinstrumente» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Der Fair Value der meisten Finanzinstrumente der Gruppe beruht auf Kursen beziehungsweise Preisen, die in aktiven Märkten gestellt werden (Level 1), oder auf beobachtbaren Marktparametern (Level 2). Zu diesen Instrumenten zählen Staatspapiere und von staatlichen Institutionen ausgegebene Wertschriften, bestimmte ◊ Commercial Papers, die Mehrheit an erstklassigen Unternehmensanleihen, bestimmte hochverzinsliche Schuldtitel, börsengehandelte und gewisse ◊ Over-the-Counter-Derivate (OTC) sowie die meisten börsenkotierten Aktien.

Zudem hält die Gruppe Finanzinstrumente, für die keine Preise und nur wenige oder gar keine beobachtbaren Eingabeparameter verfügbar sind (Level 3). Bei diesen Instrumenten beruht die Ermittlung des Fair Value auf der subjektiven Einschätzung und Beurteilung unter Berücksichtigung von Liquidität, Preisbildungsannahmen, des aktuellen wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation sowie der instrumentspezifischen Risiken. Unter solchen Umständen erfolgt die Bewertung auf Basis der vom Management selbst vorgenommenen Beurteilungen zu den Annahmen (einschliesslich Annahmen zu Risikoparametern), welche die Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung für den entsprechenden Vermögenswert oder die entsprechende Verbindlichkeit treffen würden. Zu diesen Instrumenten zählen gewisse OTC-Derivate, einschliesslich Aktien- und Kreditderivaten, gewisse aktienbasierte Wertschriften von Unternehmen, hypothekarwertbezogene Wertschriften und ◊ Collateralized Debt Obligations, Private-Equity-Beteiligungen, gewisse Ausleihungen und Kreditprodukte, einschliesslich Leveraged Finance, gewisse Konsortialkredite und gewisse hochverzinsliche Anleihen sowie Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen.

Diese Produkte werden anhand von Modellen bewertet. Die Modelle werden intern entwickelt und von Funktionen ausserhalb des Front Office geprüft, um sicherzustellen, dass sie den aktuellen Marktbedingungen Rechnung tragen. Bei den Modellen kommen subjektive Beurteilungen und unterschiedlich umfangreiche

Einschätzungen zum Einsatz, welche von Liquidität, Konzentration, Hypothesen zur Preisstellung und instrumentenspezifischen Risiken abhängig sind. Bei den Modellen werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter in die Bewertung der Produkte einbezogen, einschliesslich bestimmter Indizes im Zusammenhang mit diesen Produkten. Die Bedeutung dieser Indizes hat in Zeiten abnehmender Marktaktivität zugenommen.

Per Ende 2013 wurden 47% unserer Aktiven und 33% unserer Passiven zum Fair Value ausgewiesen.

Während der Grossteil unserer Level-3-Aktiven im Investment Banking erfasst wird, wird ein Teil davon im Asset Management des Private Banking & Wealth Management ausgewiesen, insbesondere bestimmte Private-Equity-Investitionen. Die gesamten Aktiven, die als Level-3-Aktiven erfasst werden, gingen 2013 um CHF 0,6 Mia. zurück. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf den Rückgang bei den Handelsbeständen und sonstigen Finanzanlagen zurückzuführen und wurde teilweise durch die Zunahme der Ausleihungen und zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen kompensiert. Der Rückgang der Handelsbestände beruhte hauptsächlich auf Überträgen aus Level 3 aufgrund verbesserter Beobachtbarkeit von Preisdaten und Nettoabwicklungen, die teilweise durch realisierte und unrealisierte Gewinne kompensiert wurden. Der Rückgang der sonstigen Finanzanlagen beruhte hauptsächlich auf dem Nettoerlös und wurde durch realisierte und unrealisierte Gewinne teilweise ausgeglichen. Die Zunahme der Ausleihungen ist hauptsächlich auf Nettoemissionen zurückzuführen und wurde zum Teil durch Überträge aus Level 3 aufgrund verbesserter Beobachtbarkeit von Preisdaten und Nettoerlösen kompensiert.

Der Rückgang der zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen ist hauptsächlich auf Nettoüberträge aus Level 3 aufgrund begrenzt beobachtbarer Preisdaten und Nettoerlöse zurückzuführen.

Unsere Level-3-Aktiven, ohne Minderheitsanteile und Aktiven konsolidierter Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs), bei denen es sich nicht um risikogewichtete Aktiven im Sinne des Basel-Regelwerks handelt, beliefen sich auf CHF 29,8 Mia., gegenüber CHF 29,7 Mia. per Ende 2012. Per Ende 2013 beliefen sich diese Aktiven auf 4% der Gesamttaktiven und 8% der zum Fair Value ausgewiesenen Gesamttaktiven, die beide auf derselben Basis angepasst wurden (per Ende 2012: 3% respektive 7%).

Wir gehen davon aus, dass die gesamte Bewertungsunsicherheit sich nicht wesentlich auf unsere finanzielle Lage auswirken wird. Sie könnte jedoch für unser Betriebsergebnis in jeder Berichtsperiode von wesentlicher Bedeutung sein, teilweise in Abhängigkeit von der Höhe des Betriebsergebnisses.

Regulatorische Entwicklungen und Änderungsvorschläge

Die Vertreter der Regierungen und Aufsichtsbehörden konzentrierten sich nach wie vor auf die Reform der Finanzdienstleistungsbranche. Hierzu zählen neue, verschärfte Kapitalanforderungen, Leverage- und Liquiditätsvorschriften, Änderungen der Vergütungspraxis und Massnahmen zur Minderung des systemischen Risikos.

► Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen – für weitere Informationen betreffend regulatorische Entwicklungen und Änderungsvorschläge.

Kernergebnis

Der den Aktionären zurechenbare Reingewinn betrug im Jahr 2013 CHF 2 326 Mio. Der Nettoertrag belief sich auf CHF 25 217 Mio. und der Geschäftsaufwand auf insgesamt CHF 21 546 Mio.

In unserem strategischen Geschäft wiesen wir für 2013 ein Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern von CHF 7 132 Mio. aus, im nicht strategischen Geschäft einen Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern von CHF 3 628 Mio.

Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	8 100	7 126	6 398	14	11
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	13 249	12 751	12 670	4	1
Handelserfolg	2 750	1 162	4 922	137	(76)
Sonstiger Ertrag	1 118	2 212	1 105	(49)	100
Nettoertrag	25 217	23 251	25 095	8	(7)
davon strategische Ergebnisse	25 543	25 493	23 454	–	9
davon nicht strategische Ergebnisse	(326)	(2 242)	1 641	(85)	–
Rückstellung für Kreditrisiken	167	170	187	(2)	(9)
Personalaufwand	11 221	12 267	12 939	(9)	(5)
Sachaufwand	8 587	7 224	7 271	19	(1)
Kommissionsaufwand	1 738	1 702	1 939	2	(12)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	10 325	8 926	9 210	16	(3)
Total Geschäftsaufwand	21 546	21 193	22 149	2	(4)
davon strategische Ergebnisse	18 316	19 099	19 961	(4)	(4)
davon nicht strategische Ergebnisse	3 230	2 094	2 188	54	(4)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 504	1 888	2 759	86	(32)
davon strategische Ergebnisse	7 132	6 267	3 388	14	85
davon nicht strategische Ergebnisse	(3 628)	(4 379)	(629)	(17)	–
Ertragsteueraufwand	1 276	465	656	174	(29)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 228	1 423	2 103	57	(32)
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	145	(40)	(25)	–	60
Reingewinn	2 373	1 383	2 078	72	(33)
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn	47	34	125	38	(73)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	2 326	1 349	1 953	72	(31)
davon strategische Ergebnisse	5 065	4 796	2 676	6	79
davon nicht strategische Ergebnisse	(2 739)	(3 447)	(723)	(21)	377
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Rendite auf dem Basel-III-Kapital ¹	9.2	4.6	–	–	–
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	85.4	91.1	88.3	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	13.9	8.1	11.0	–	–
Effektiver Steuersatz	36.4	24.6	23.8	–	–
Reingewinnmarge ²	9.2	5.8	7.8	–	–
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	46 000	47 400	49 700	(3)	(5)

¹ Berechnet auf dem Gewinn nach Steuern in CHF; angenommen wurden Steuersätze von 27% für 2013 und 25% für 2012 sowie eine Kapitalzuteilung von 10% auf dem Durchschnittsbestand der risikogewichteten Aktiven.

² Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen.

Strategische und nicht strategische Ergebnisse

im Jahr / Ende	Strategische Ergebnisse			Nicht strategische Ergebnisse			Kernergebnis		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)									
Nettoertrag	25 543	25 493	23 454	(326)	(2 242)	1 641	25 217	23 251	25 095
Rückstellung für Kreditrisiken	95	127	105	72	43	82	167	170	187
Personalaufwand	10 506	11 215	11 744	715	1 052	1 195	11 221	12 267	12 939
Total sonstiger Geschäftsaufwand	7 810	7 884	8 217	2 515	1 042	993	10 325	8 926	9 210
Total Geschäftsaufwand	18 316	19 099	19 961	3 230	2 094	2 188	21 546	21 193	22 149
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	7 132	6 267	3 388	(3 628)	(4 379)	(629)	3 504	1 888	2 759
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	2 020	1 437	587	(744)	(972)	69	1 276	465	656
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	5 112	4 830	2 801	(2 884)	(3 407)	(698)	2 228	1 423	2 103
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	145	(40)	(25)	145	(40)	(25)
Reingewinn/(-verlust)	5 112	4 830	2 801	(2 739)	(3 447)	(723)	2 373	1 383	2 078
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn	47	34	125	0	0	0	47	34	125
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	5 065	4 796	2 676	(2 739)	(3 447)	(723)	2 326	1 349	1 953
Bilanzdaten (in Mio. CHF)									
Risikogewichtete Aktiven – Basel III ¹	242 475	255 130	–	23 628	28 980	–	266 103	284 110	–
Total Aktiven	821 207	862 101	978 142	47 975	58 073	66 274	869 182	920 174	1 044 416
Schweizer Leverage-Risikoposition	1 031 316	–	–	99 289	–	–	1 130 605	–	–

¹ Entspricht den risikogewichteten Aktiven auf vollständig eingeführter «Look-through»-Basis.

ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Im Kernergebnis enthalten sind die Ergebnisse unserer beiden Segmente, des Corporate Center und der aufgegebenen Geschäftsbereiche. Nicht darin enthalten sind Erträge und Aufwendungen aus Minderheitsanteilen, an denen wir keine bedeutende wirtschaftliche Beteiligung halten.

Gewisse Umgliederungen wurden vorgenommen, um eine Übereinstimmung der früheren Berichtsperioden mit der diesjährigen Präsentation zu erzielen.

► Siehe «Darstellungsform und Änderungen der Berichterstattung» in Credit Suisse – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen.

2013 gegenüber 2012

Im Jahr 2013 betrug der den Aktionären zurechenbare Reingewinn im Kernergebnis CHF 2 326 Mio. und lag somit um 72% über dem Vorjahresergebnis. Der Nettoertrag von CHF 25 217 Mio. lag um 8% über dem Ergebnis für 2012.

Der strategische Nettoertrag blieb mit CHF 25 543 Mio. gegenüber dem Vorjahr stabil. Private Banking & Wealth Management verzeichnete einen stabilen Nettoertrag dank höherer transaktions- und leistungsabhängiger Erträge und einem höheren wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag, denen ein rückläufiger Zinserfolg und geringerer sonstiger Ertrag gegenüberstanden. Im Investment Banking fiel der strategische Nettoertrag leicht geringer aus. Hier zeigt sich die rückläufige Entwicklung im Anleihenverkauf und -handel und im Beratungsgeschäft, die zum Teil durch die Zunahme im Aktienverkauf und -handel und im Anleihen- und Aktienemissionsgeschäft ausgeglichen wurde.

Im nicht strategischen Geschäft verringerte sich der negative Nettoertrag von CHF 2 242 Mio. im Jahr 2012 auf CHF 326 Mio. im Jahr 2013. Eine Verbesserung im Corporate Center geht in erster Linie auf Fair-Value-Verluste aus Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämie von CHF 315 Mio. zurück. Im Jahr 2012 betrug die entsprechenden Verluste CHF 2 939 Mio. Das Investment Banking verzeichnete dank Portfoliobewertungsgewinnen und geringerer Finanzierungskosten ein besseres Ergebnis, das Private Banking & Wealth Management dagegen einen Rückgang, da die Gewinne aus dem Verkauf von Geschäftsbereichen geringer ausfielen und dementsprechend auch die Gebührenerträge aus diesen Geschäftsbereichen nachliessen.

Die **Rückstellung für Kreditrisiken** in Höhe von CHF 167 Mio. stammt vor allem aus Netto-Rückstellungen von CHF 152 Mio. im Private Banking & Wealth Management sowie CHF 13 Mio. im Investment Banking.

Der **Geschäftsaufwand insgesamt** belief sich auf CHF 21 546 Mio. und nahm im Vergleich zu 2012 um 2% zu, vor allem aufgrund des um 19% höheren Sachaufwands. Diese Entwicklung wurde durch den um 9% geringeren Personalaufwand teilweise kompensiert. In den strategischen Geschäftsbereichen ging der Geschäftsaufwand von insgesamt CHF 18 316 Mio. gegenüber 2012 um 4% zurück. Hier macht sich vor allem der geringere Personalaufwand bemerkbar, der auf einen rückläufigen Aufwand für aufgeschobene Vergütung aus Vorjahren und geringere Gehaltsausgaben, aufgrund des niedrigeren Personalbestands, zurückzuführen ist. Im nicht strategischen Geschäft nahm der Geschäftsaufwand in Höhe von CHF 3 230 Mio. gegenüber

2012 um 54% zu. Der Hauptgrund hierfür ist der höhere Sachaufwand, der zum Teil durch einen rückläufigen Personalaufwand ausgeglichen wurde. Die Zunahme des Sachaufwands geht in erster Linie auf substanziiell höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Investment Banking sowie im Private Banking & Wealth Management zurück. Im Jahr 2013 bildeten wir Rückstellungen in Höhe von CHF 1 117 Mio. im Zusammenhang mit Hypothekarkreditverbriefungen, einschliesslich der Vereinbarung mit der Federal Housing Finance Agency (FHFA) vom 21. März 2014 zur Beilegung bestimmter Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Hypothekarkreditverbriefungen. Weiter bildeten wir Rückstellungen in Höhe von CHF 600 Mio. im Zusammenhang mit der Steuerangelegenheit in den USA, einschliesslich CHF 175 Mio. im Zusammenhang mit dem Vergleich mit der SEC im Februar 2014.

► Siehe «Anhang 38 – Rechtsstreitigkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Der **effektive Steuersatz für das Kernergebnis** betrug im Jahr 2013 36.4% und im Vorjahr 24,6%. Der effektive Steuersatz für das Gesamtjahr 2013 wurde im Wesentlichen durch die geografische Diversifikation unserer Ergebnisse, eine Erhöhung und Neubeurteilung der latenten Steuerguthaben in der Schweiz sowie Änderungen bei der Wertberichtigung von latenten Steuerguthaben, vor allem in Grossbritannien, beeinflusst. Ausserdem wurde der Steuer Aufwand aufgrund der Änderung der britischen Körperschaftssteuer von 23% auf 20% negativ beeinflusst. Die latenten Nettosteuer guthaben gingen im Jahr 2013 insgesamt um CHF 1 181 Mio. auf CHF 5 791 Mio. zurück.

► Siehe «Anhang 27 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

2012 gegenüber 2011

Im Jahr 2012 betrug der den Aktionären zurechenbare Reingewinn im Kernergebnis CHF 1 349 Mio. und lag somit um 31% unter dem Vorjahresergebnis, der Nettoertrag 2012 in Höhe von CHF 23 251 Mio. lag um 7% unter dem Vorjahresergebnis.

Der strategische Nettoertrag stieg gegenüber 2011 um 9% auf CHF 25 493 Mio. Eine Zunahme im Investment Banking ist vor allem auf ein deutlich besseres Ergebnis im Anleihenverkauf und -handel sowie höhere Erträge im Emissions- und im Beratungsgeschäft zurückzuführen. Die strategischen Nettoerträge im Private Banking & Wealth Management waren stabil, da dem geringeren wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag leicht höhere transaktions- und leistungsabhängige Erträge sowie ein höherer sonstiger Ertrag gegenüber standen.

In unseren nicht strategischen Geschäften fiel nach dem Nettoertrag von CHF 1 641 Mio. für 2011 ein negativer Nettoertrag

von CHF 2 242 Mio. für 2012 an. Ein Rückgang im Corporate Center ging in erster Linie auf Fair-Value-Verluste aus Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämie von CHF 2 939 Mio. zurück, während im Jahr 2011 ein entsprechender Fair-Value-Gewinn von CHF 1 616 Mio. angefallen war. Höhere Verluste auf dem Abwicklungsportfolio im Anleihengeschäft und höhere Finanzierungskosten sorgten für einen Rückgang im Investment Banking. Eine Zunahme im Private Banking & Wealth Management ging in erster Linie aus dem Veräusserungsgewinn von CHF 384 Mio. aus unserer Beteiligung an Aberdeen Asset Management (Aberdeen) im Jahr 2012 zurück.

Die **Rückstellung für Kreditrisiken** in Höhe von CHF 170 Mio. umfasste Nettorückstellungen in Höhe von CHF 182 Mio. im Private Banking & Wealth Management, während im Investment Banking im Jahr 2012 Rückstellungen von CHF 12 Mio. aufgelöst wurden.

Der **Geschäftsaufwand insgesamt** belief sich auf CHF 21 193 Mio. und ging somit gegenüber 2011 um 4% zurück. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Personalaufwand um 5% sank und der Kommissionsaufwand um 12% zurückging. In den strategischen Geschäftsbereichen ging der Geschäftsaufwand von insgesamt CHF 19 099 Mio. im Vergleich zu 2011 um 4% zurück. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Personalaufwand abnahm, was durch einen rückläufigen Aufwand für aufgeschobene Vergütung aus Vorjahren, geringere Gehaltsausgaben, aufgrund des geringeren Personalbestands, und niedrigere Kosten für die ermessensabhängige leistungsbezogene Vergütung bedingt war. In den nicht strategischen Geschäftsbereichen lag der Geschäftsaufwand insgesamt bei CHF 2 094 Mio. und somit um 4% unter dem Vorjahreswert. Auch hier war der geringere Personalaufwand der Hauptgrund für den Rückgang.

Der **effektive Steuersatz für das Kernergebnis** betrug im Jahr 2012 24,6% und im Vorjahr 23,8%. Der effektive Steuersatz für das Gesamtjahr 2012 war im Wesentlichen durch die geografische Diversifikation unserer Ergebnisse, eine Erhöhung und Neubeurteilung der latenten Steuerguthaben in der Schweiz sowie die Auflösung von Abgrenzungen für Steuerrisiken beeinflusst. Der effektive Steuersatz widerspiegelte auch Änderungen bei der Wertberichtigung von latenten Steuerguthaben in den USA, Grossbritannien und Asien. Ausserdem wurde der Steuer Aufwand durch die Änderung der britischen Körperschaftssteuer von 25% auf 23% negativ beeinflusst. Die latenten Nettosteuer guthaben gingen im Jahr 2012 insgesamt um CHF 1 538 Mio. auf CHF 6 972 Mio. zurück.

► Siehe «Anhang 27 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Kernergebnis nach Regionen

	2013	2012	2011	Veränderung in %	
				13 / 12	12 / 11
Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Schweiz	7 224	7 400	7 539	(2)	(2)
Europa, Naher Osten und Afrika	6 180	6 737	6 520	(8)	3
Nord- und Südamerika	9 567	9 507	7 272	1	31
Asien-Pazifik	3 036	2 388	2 526	27	(5)
Corporate Center	(790)	(2 781)	1 238	(72)	–
Nettoertrag	25 217	23 251	25 095	8	(7)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)					
Schweiz	2 463	2 544	2 407	(3)	6
Europa, Naher Osten und Afrika	641	872	44	(26)	–
Nord- und Südamerika	1 085	2 512	6	(57)	–
Asien-Pazifik	770	(151)	(89)	–	70
Corporate Center	(1 455)	(3 889)	391	(63)	–
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 504	1 888	2 759	86	(32)

Ein bedeutender Teil unseres Geschäfts muss überregional koordiniert werden, um den Ansprüchen unserer Kunden gerecht zu werden. Die Methodik zur Zurechnung der Resultate auf die Regionen ist von der Beurteilung des Managements abhängig. Für Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients werden die Resultate aufgrund der Managementstruktur unserer Kundenberater und der Region, welche die Transaktion verbucht, zugerechnet. Im Asset Management erfolgt die Zurechnung der Resultate nach Standort der Portfoliomanager und der Verkaufsteams. Im Investment Banking werden die Handelsergebnisse nach primärem Ort des Risikomanagements zugerechnet und die gebührenabhängigen Resultate nach Kundendomizil.

INFORMATIONEN UND ENTWICKLUNGEN

Leistungsindikatoren

Unsere bisherigen Leistungsindikatoren (Key Performance Indicators, KPIs) gehen aus der nachstehenden Tabelle hervor. Wir überprüfen unsere KPIs im Rahmen unseres normalen Planungsprozesses und haben sie beginnend mit dem ersten Quartal 2013 für die Gruppe und für unsere Divisionen Private Banking & Wealth Management und Investment Banking angepasst, um unseren strategischen Plan, das regulatorische Umfeld und den Marktzyklus zu widerspiegeln.

Auf Gruppenebene haben wir den zuvor verwendeten KPI für die Kernergebnis-Gewinnmarge vor Steuern durch ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis-Ziel im Kernergebnis von unter 70% ersetzt. Ausserdem haben wir bei der den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitalrendite unser Ziel von über 15% beibehalten. Unsere Kapitalmassnahmen basieren nach wie vor auf der Einhaltung der Schweizer «Too Big To Fail»-Regulierung und der Kapitalstandards unter Basel III und wir streben eine Schweizer «Look-through»-Kernkapitalquote von über 10% an. Unsere KPIs für Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit und unsere Aktienrendite bleiben unverändert.

In unserer Division Private Banking & Wealth Management wird der KPI für das Wachstum der Netto-Neugelder von 6% nun sowohl auf der Ebene Wealth Management Clients als auch der

Ebene Asset Management gemessen, anstatt allein auf Divisions-ebene. Auf Divisionsebene ersetzen wir den KPI für die Gewinnmarge vor Steuern durch ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 65%.

In unserer Division Investment Banking ersetzen wir den KPI für die Gewinnmarge vor Steuern durch ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis-Ziel von 70%.

In den Quartalsberichten für das erste, zweite und dritte Quartal 2013 wurden unsere KPIs auf Basis der Erfolgsrechnung anhand der bereinigten Ergebnisse gemessen. Bei den bereinigten Ergebnissen handelt es sich um unter GAAP nicht definierte Finanzgrössen, die sich ohne Bewertungseffekte aufgrund von Veränderungen unserer eigenen Kreditrisikoprämien und bestimmten anderen bedeutenden Positionen verstehen. Mit der im vierten Quartal 2013 eingeführten überarbeiteten Darstellung der strategischen und nicht strategischen Ergebnisse der Gruppe werden die von uns ausgewiesenen KPIs auf Basis der ausgewiesenen Ergebnisse dargestellt, wie es 2012 der Fall war. Wir sind der Ansicht, dass die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, einschliesslich der Abwicklung der nicht strategischen Geschäftsbereiche, es uns ermöglichen wird, in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren marktzyklusübergreifend unsere Ziele zu realisieren. Gewisse Umgliederungen wurden vorgenommen, um eine Übereinstimmung der früheren Berichtsperioden mit der diesjährigen Präsentation zu erzielen.

Ertrag aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit

Mit Beginn des zweiten Quartals 2013 wurden die Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit als Prozentsatz der Nettoerträge der Gruppe errechnet und beinhalten die gesamten Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit, die entstehen, wenn mehr als eine Division der Gruppe an einer Transaktion beteiligt ist.

Zudem wurden innerhalb der Division Private Banking & Wealth Management Erträge aus dem Cross-Selling und Kundenempfehlungen zwischen den Geschäftsbereichen Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients einerseits und dem Asset Management sowie dem Wertpapierhandel und -verkauf

andererseits in die Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit aufgenommen. Die historischen Werte für diese Erträge erfuhren durch diesen Ansatz keine materiellen Veränderungen und wurden nicht angepasst. Die Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit werden durch eine zugeordnete Governance-Struktur gemessen und mittels interner Ertragszuteilung umgesetzt. Nur die durch die Transaktion entstandenen Nettoerträge werden berücksichtigt. Das ► Positionsrisiko im Zusammenhang mit Handelserträgen, Private-Equity- und anderen Anlageerträgen, Wertanpassungen und zentral verwalteten Treasury-Erträgen wird nicht in die Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit einbezogen.

Leistungsindikatoren

Unsere KPI-Ziele sollen innerhalb von drei bis fünf Jahren unabhängig von den Marktzyklen erreicht werden. Unsere KPIs werden jährlich im Rahmen unseres normalen Planungsprozesses überprüft und können an unsere strategische Planung, das regulatorische Umfeld sowie Markt- und Branchentrends angepasst werden.

im Jahr / Ende	Ziel	2013	2012	2011
Wachstum (in %)				
Ertrag aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit	18–20% der Nettoerträge	17.7	18.6	16.8
Effizienz und Performance (in %)				
Aktienrendite (Credit Suisse) ¹	Überdurchschnittliche Rendite im Vergleich zur Bezugsgruppe	26.0	4.8	(39.4)
Aktienrendite der Bezugsgruppe ^{1, 2}	–	26.7	49.2	(35.0)
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	Über 15%	5.7	3.9	6.0
Kernergebnis: Aufwand-Ertrag-Verhältnis	Unter 70%	85.4	91.1	88.3
Eigenmittel (in %)				
Schweizer «Look-through»-Kernkapitalquote	Über 10%	10.6	9.0	–

¹ Quelle: Bloomberg. Die Aktienrendite wird berechnet aus Wertzunahme oder -abnahme der entsprechenden Aktie für eine definierte Periode, zuzüglich allfälliger Dividenden, angegeben in Prozenten des Aktienwertes zu Beginn der Periode.

² Die Bezugsgruppe für diesen Vergleich umfasst Bank of America, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Deutsche Bank, HSBC, JPMorgan Chase, Société Générale und UBS. Die Aktienrendite dieser Bezugsgruppe wird als einfacher, ungewichteter Durchschnitt der von Bloomberg berichteten Rendite jedes Mitglieds der Bezugsgruppe berechnet.

Übersicht über das Kernergebnis

im Jahr / Ende	Private Banking & Wealth Management			Investment Banking		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Nettoertrag	13 442	13 474	13 397	12 565	12 558	10 460
Rückstellung für Kreditrisiken	152	182	111	13	(12)	76
Personalaufwand	5 331	5 561	5 729	5 435	6 070	6 471
Sachaufwand	3 914	3 209	3 806	4 477	3 551	3 388
Kommissionsaufwand	805	747	790	921	947	1 118
Total sonstiger Geschäftsaufwand	4 719	3 956	4 596	5 398	4 498	4 506
Total Geschäftsaufwand	10 050	9 517	10 325	10 833	10 568	10 977
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 240	3 775	2 961	1 719	2 002	(593)
Ertragsteueraufwand	-	-	-	-	-	-
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-	-	-	-	-	-
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-	-	-	-	-	-
Reingewinn	-	-	-	-	-	-
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn	-	-	-	-	-	-
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	-	-	-	-	-	-
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)						
Rendite auf dem Basel-III-Kapital	24.2	29.0	-	7.5	7.8	-
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	74.8	70.6	77.1	86.2	84.2	104.9
Gewinnmarge vor Steuern	24.1	28.0	22.1	13.7	15.9	(5.7)
Effektiver Steuersatz	-	-	-	-	-	-
Reingewinnmarge	-	-	-	-	-	-
Bilanzdaten (in Mio. CHF)						
Basel-III-risikogewichtete Aktiven ³	94 395	96 009	-	156 402	171 511	-
Total Aktiven	279 139	275 683	283 582	502 799	563 758	641 266
Schweizer Leverage-Risikoposition	324 483	-	-	722 500	-	-
Ausleihungen, netto	215 713	207 702	196 268	31 319	34 501	37 134
Goodwill	2 164	2 409	2 471	5 835	5 980	6 120

¹ Das Kernergebnis umfasst die Ergebnisse unseres integrierten Bankgeschäfts, ausser Ertrag und Aufwand im Zusammenhang mit Gesellschaften, an welchen wir keine bedeutende wirtschaftliche Beteiligung halten.

² Berechnet auf dem Gewinn nach Steuern in CHF; angenommen wurden Steuersätze von 27% (28% für die strategischen Ergebnisse) für 2013 und 25% für 2012 sowie eine Kapitalzu- teilung von 10% auf dem Durchschnittsbestand der risikogewichteten Aktiven.

³ Entspricht den risikogewichteten Aktiven auf vollständig eingeführter «Look-through»-Basis.

Kosteneinsparungen und Umsetzung der Strategie

Wir nahmen weitere Anpassungen an unserer kundenorientierten, kapitaleffizienten Strategie vor, um unseren Kapitaleinsatz zu optimieren und unsere Kostenstruktur zu verschlanken. Wir streben Kosteneinsparungen von insgesamt CHF 3,8 Mia. bis Ende 2014 sowie Einsparungen von über CHF 4,5 Mia. bis Ende 2015 an. Diese Sparziele messen sich an unserer annualisierten Kostenbasis der ersten sechs Monate 2011, zu konstanten Wechselkursen und bereinigt um Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts und andere bedeutende nicht operative Kosten und um die variable Vergütung.

Der Grossteil der künftig erwarteten Einsparungen dürfte durch gruppenweit genutzte Infrastruktur und Unterstützungsdienstleistungen realisiert werden, vor allem durch die Konsolidierung

fragmentierter und gleicher Funktionen weltweit sowie durch die weitere Konsolidierung der IT-Anwendungen und -Funktionen.

Zudem streben wir weitere Kosteneinsparungen innerhalb unserer beiden operativen Divisionen an. Im Private Banking & Wealth Management erwarten wir kostenmässige Vorteile aus der Einrichtung der integrierten Division Private Banking & Wealth Management, aus dem Ausstieg aus einer Reihe von kleinen nicht strategischen Märkten, aus der Neupositionierung ausgewählter nicht profitabler Onshore-Geschäfte, aus der Rationalisierung von Front Office und Supportfunktionen, einschliesslich der Vereinfachung unserer Betriebsplattformen, aus der Straffung des Betreuungsmodell für wohlhabende Offshore-Kunden und Schweizer Kunden sowie aus bereits angekündigten Veräusserungen.

Corporate Center			Kernergebnis ¹			davon strategische Ergebnisse			davon nicht strategische Ergebnisse		
2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
(790)	(2 781)	1 238	25 217	23 251	25 095	25 543	25 493	23 454	(326)	(2 242)	1 641
2	0	0	167	170	187	95	127	105	72	43	82
455	636	739	11 221	12 267	12 939	10 506	11 215	11 744	715	1 052	1 195
196	464	77	8 587	7 224	7 271	6 128	6 239	6 296	2 459	985	975
12	8	31	1 738	1 702	1 939	1 682	1 645	1 921	56	57	18
208	472	108	10 325	8 926	9 210	7 810	7 884	8 217	2 515	1 042	993
663	1 108	847	21 546	21 193	22 149	18 316	19 099	19 961	3 230	2 094	2 188
(1 455)	(3 889)	391	3 504	1 888	2 759	7 132	6 267	3 388	(3 628)	(4 379)	(629)
-	-	-	1 276	465	656	2 020	1 437	587	(744)	(972)	69
-	-	-	2 228	1 423	2 103	5 112	4 830	2 801	(2 884)	(3 407)	(698)
-	-	-	145	(40)	(25)	0	0	0	145	(40)	(25)
-	-	-	2 373	1 383	2 078	5 112	4 830	2 801	(2 739)	(3 447)	(723)
-	-	-	47	34	125	47	34	125	0	0	0
-	-	-	2 326	1 349	1 953	5 065	4 796	2 676	(2 739)	(3 447)	(723)
-	-	-	9.2 ²	4.6 ²	-	20.4 ²	17.4 ²	-	-	-	-
-	-	-	85.4	91.1	88.3	71.7	74.9	85.1	-	-	-
-	-	-	13.9	8.1	11.0	27.9	24.6	14.4	-	-	-
-	-	-	36.4	24.6	23.8	28.3	22.9	17.3	-	-	-
-	-	-	9.2	5.8	7.8	19.8	18.8	11.4	-	-	-
15 306	16 590	-	266 103	284 110	-	242 475	255 130	-	23 628	28 980	-
87 244	80 733	119 568	869 182	920 174	1 044 416	821 207	862 101	978 142	47 975	58 073	66 274
83 622	-	-	1 130 605	-	-	1 031 316	-	-	99 289	-	-
22	20	11	247 054	242 223	233 413	-	-	-	-	-	-
-	-	-	7 999	8 389	8 591	-	-	-	-	-	-

Im Investment Banking gehen wir von Kosteneinsparungen durch Restrukturierung unseres Zinsgeschäfts, durch die bereits im Jahr 2012 abgeschlossenen Massnahmen, die weitere Überprüfung und Realisierung von geschäftsbereichs- und regionenübergreifenden Synergien sowie durch die laufende Verfeinerung unseres Business Mix und die Zuweisung von Ressourcen an die profitabelsten Chancen aus.

Wir rechnen im Zusammenhang mit diesen Massnahmen mit Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts von rund CHF 1,4 Mia. von 2014 bis 2015.

Im Jahr 2013 verzeichneten wir Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts von CHF 394 Mio. im Zusammenhang mit diesen Massnahmen.

Die Bilanzsumme der Gruppe belief sich per Ende 2013 auf CHF 872,8 Mia., was einem Rückgang um CHF 51,5 Mia. beziehungsweise 6% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Grund hierfür sind Massnahmen im Zusammenhang mit unseren Plänen zur Verkürzung unserer Bilanzsumme sowie Fremdwährungseffekte.

► Siehe «Strategie» in I – Informationen zum Unternehmen für weitere Informationen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand reflektiert die Stärke und den Umfang der Geschäftsergebnisse sowie den Mitarbeiterbestand. Er umfasst fixe Bestandteile wie Saläre, Salärnebenleistungen und Kosten für die Amortisierung von aktienbasierter und anderer aufgeschobener Vergütung aus den Vorjahren sowie eine ermessensabhängige variable Komponente. Die variable Komponente reflektiert die leistungsbezogene Vergütung für das laufende Jahr. Der Anteil der aufgeschobenen leistungsbezogenen Vergütung, der aus aktienbasierten und anderen Ansprüchen besteht, wird in zukünftigen Perioden erfasst und hängt von der im Plan definierten Dauer, in der die Ansprüche erworben werden können, sowie weiteren Bestimmungen ab.

Unser Eigenkapital spiegelt die Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung wider. Der Aufwand für die aktienbasierte Vergütung (der in der Regel auf dem [Fair Value](#) am Zuteilungsdatum beruht) reduziert das Eigenkapital, die Erfassung der Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Ausgabe der Aktien erhöht jedoch das Eigenkapital um den entsprechenden Betrag. Die Zuteilung und der Erwerb von aktienbasierten Ansprüchen und die Abrechnung dieser Ansprüche durch Ausgabe von Aktien aus genehmigtem, bedingtem Kapital ist in der Regel eigenkapitalneutral. Die Gruppe gibt Aktien aus dem bedingten Kapital aus, um ihre Verpflichtung zur Erbringung der aktienbasierten Vergütung zu erfüllen. Wenn die Credit Suisse zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitenden auf dem Markt Aktien erwirbt, wird das Eigenkapital um den Kaufpreis dieser eigenen Aktien reduziert. Das Eigenkapital umfasst auch den unter Kapitalreserven erfassten überschüssigen Steuervorteil/Steueraufwand im Zusammenhang mit der Erfüllung von aktienbasierten Vergütungsansprüchen.

Variable Vergütung für 2013

Ein Teil der aufgeschobenen Vergütung für 2013 erfolgte in Form von Contingent Capital Awards (CCA). Der CCA-Plan ist ein neuer Plan für aufgeschobene Vergütung für die Geschäftsleitungsmitglieder sowie Mitarbeitende im Rang eines Managing Director oder Director. Diese mit dieser Vergütung verbundenen Rechte und Risiken entsprechen bestimmten bedingten Kapitalinstrumenten, die wir am Markt ausgegeben haben. Da CCA als zusätzliches Kernkapital der Gruppe gelten, hat die [FINMA](#) die Ansprüche aus diesen Instrumenten und die Form der Ausschüttung bei Anspruchsbegleichung zu genehmigen. Vor der Begleichung der Ansprüche können CCA beim Eintritt von auslösenden Ereignissen vollumfänglich storniert werden. Zu diesen auslösenden Ereignissen zählt unter anderem der Rückgang des harten Kernkapitals der Gruppe (CET1) unter ein bestimmtes Niveau oder eine Anweisung der FINMA, dass die Stornierung von CCA und anderen vergleichbaren Kapitalinstrumenten erforderlich ist, oder eine Inanspruchnahme von Kapital der öffentlichen Hand zur Vermeidung einer Insolvenz der Gruppe.

► Siehe «Vergütung» in IV – Corporate Governance und Vergütung für weitere Informationen.

► Siehe «Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung» und «Anhang 28 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

► Siehe «Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung» in Anhang 27 – Steuern in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Mitarbeitende

Per Ende 2013 betrug der Personalbestand 46 000 Mitarbeitende, 1 400 weniger als Ende 2012. Die Abnahme widerspiegelte Personalkürzungen von 2 000 Mitarbeitenden in Verbindung mit unseren Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz im Investment Banking und im Private Banking & Wealth Management. Diese Effekte wurden teilweise durch die Einstellung von Hochschulabsolventen und durch Festanstellung von Zeitmitarbeitenden (Contractor) kompensiert. Gegenüber Ende 2011 ist der Personalbestand um 3 700 zurückgegangen.

► Siehe «Übersicht» in IV – Corporate Governance und Vergütung – Corporate Governance für zusätzliche Informationen zum Mitarbeiterbestand.

Private Banking & Wealth Management

Wir erzielten 2013 ein Ergebnis vor Steuern von CHF 3 240 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 13 442 Mio.

In unseren strategischen Geschäftsbereichen erzielten wir 2013 ein Ergebnis vor Steuern von CHF 3 627 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 12 434 Mio. Im Vergleich zu 2012 stieg das Ergebnis vor Steuern um 7% an, da die transaktions- und leistungsabhängigen Erträge sowie der wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag zunahm, während der Zinserfolg zurückging und der Geschäftsaufwand stabil war.

In unseren nicht strategischen Geschäftsbereichen wiesen wir für 2013 einen Verlust vor Steuern von CHF 387 Mio. aus. Darin enthalten sind Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Steuerangelegenheit in den USA, welche durch Gewinne aus dem Verkauf von Geschäftsbereichen der ehemaligen Division Asset Management teilweise kompensiert wurden. Das Ergebnis vor Steuern von CHF 401 Mio. für 2012 enthielt Gewinne aus dem Verkauf von Geschäftsbereichen der ehemaligen Division Asset Management.

Divisionsergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	13 442	13 474	13 397	0	1
davon strategische Ergebnisse	12 434	12 343	12 431	1	(1)
davon nicht strategische Ergebnisse	1 008	1 131	966	(11)	17
Rückstellung für Kreditrisiken	152	182	111	(16)	64
Personalaufwand	5 331	5 561	5 729	(4)	(3)
Sachaufwand	3 914	3 209	3 806	22	(16)
Kommissionsaufwand	805	747	790	8	(5)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	4 719	3 956	4 596	19	(14)
Total Geschäftsaufwand	10 050	9 517	10 325	6	(8)
davon strategische Ergebnisse	8 725	8 830	9 366	(1)	(6)
davon nicht strategische Ergebnisse	1 325	687	959	93	(28)
Ergebnis vor Steuern	3 240	3 775	2 961	(14)	27
davon strategische Ergebnisse	3 627	3 374	2 992	7	13
davon nicht strategische Ergebnisse	(387)	401	(31)	-	-
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Rendite auf dem Basel-III-Kapital ¹	24.2	29.0	-	-	-
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	74.8	70.6	77.1	-	-
Gewinnmarge vor Steuern	24.1	28.0	22.1	-	-
Beanspruchtes Economic Capital und Rendite					
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)	9 554	9 965	10 054	(4)	(1)
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %) ²	34.5	38.5	30.1	-	-
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)					
Verwaltete Vermögen	1 282.4	1 250.8	1 185.2	2.5	5.5
Netto-Neugelder	32.1	10.8	46.6	197.2	(76.8)
Anzahl Mitarbeitende und Kundenberater					
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)	26 000	27 300	28 100	(5)	(3)
Anzahl Kundenberater	4 330	4 550	4 560	(5)	0

¹ Berechnet auf dem Gewinn nach Steuern in CHF; angenommen wurden Steuersätze von 29% für 2013 und 25% für 2012 sowie eine Kapitalzuteilung von 10% auf dem Durchschnittsbestand der risikogewichteten Aktiven.

² Berechnet auf Basis einer Rendite ohne Zinsaufwand für zugeleiteten Goodwill.

Divisionsergebnisse (Fortsetzung)

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	4 252	4 551	4 512	(7)	1
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	4 956	4 797	5 018	3	(4)
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	3 967	3 678	3 607	8	2
Sonstiger Ertrag ¹	267	448	260	(40)	72
Nettoertrag	13 442	13 474	13 397	0	1
Rückstellung für Kreditrisiken (in Mio. CHF)					
Neue Rückstellungen	281	316	277	(11)	14
Auflösung von Rückstellungen	(129)	(134)	(166)	(4)	(19)
Rückstellung für Kreditrisiken	152	182	111	(16)	64
Bilanzdaten (in Mio. CHF)					
Ausleihungen, netto	215 713	207 702	196 268	4	6
davon Wealth Management Clients	149 728	144 856	137 389	3	5
davon Corporate & Institutional Clients	62 446	58 877	54 807	6	7
Einlagen	288 770	276 571	262 985	4	5
davon Wealth Management Clients	208 210	203 376	195 542	2	4
davon Corporate & Institutional Clients	74 459	65 849	59 604	13	10

¹ Enthält Anlagegewinne/(-verluste), Beteiligungsgewinne/(-verluste) und sonstige Gewinne/(Verluste) sowie Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus der Clock-Finance-Transaktion.

LEISTUNGSINDIKATOREN

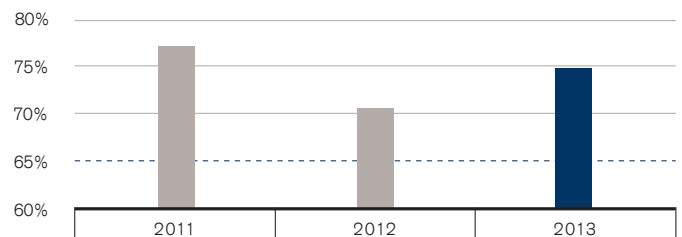
In unserer Division Private Banking & Wealth Management streben wir ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 65% an. Für 2013 lag dieses Verhältnis bei 74,8% und somit um vier Prozentpunkte über dem Vorjahreswert beziehungsweise um zwei Prozentpunkte unter dem Wert von 2011. Im strategischen Geschäft lag das Aufwand-Ertrag-Verhältnis für 2013 mit 70,2% um einen Prozentpunkt unter dem Wert von 2012 und fünf Prozentpunkte unter dem Wert von 2011.

Ausserdem streben wir für die Bereiche Wealth Management Clients und Asset Management ein Wachstum der Netto-Neugelder von 6% an. Die Wachstumsraten in diesen beiden Bereichen beliefen sich im Jahr 2013 auf 2,5% und 4,6%.

► Siehe «Leistungsindikatoren» in Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen.

Aufwand-Ertrag-Verhältnis (KPI)

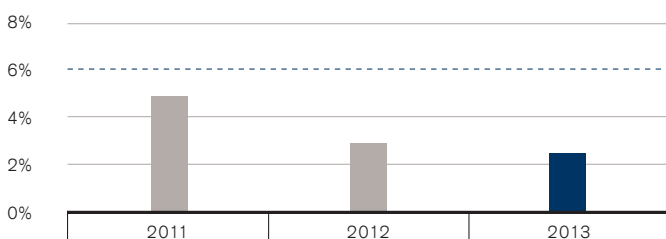
Private Banking & Wealth Management



--- Ziel ist ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 65%.

Zunahme der Netto-Neugelder (KPI)

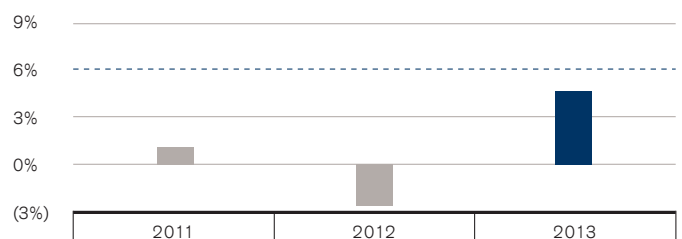
Wealth Management Clients



--- Ziel ist eine Wachstumsrate von 6%.

Zunahme der Netto-Neugelder (KPI)

Asset Management



--- Ziel ist eine Wachstumsrate von 6%.

Strategische und nicht strategische Ergebnisse

im Jahr / Ende	Strategische Ergebnisse			Nicht strategische Ergebnisse			Private Banking & Wealth Management		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)									
Nettoertrag	12 434	12 343	12 431	1 008	1 131	966	13 442	13 474	13 397
Rückstellung für Kreditrisiken	82	139	73	70	43	38	152	182	111
Personalaufwand	5 027	5 186	5 350	304	375	379	5 331	5 561	5 729
Total sonstiger Geschäftsaufwand	3 698	3 644	4 016	1 021	312	580	4 719	3 956	4 596
Total Geschäftsaufwand	8 725	8 830	9 366	1 325	687	959	10 050	9 517	10 325
Ergebnis vor Steuern	3 627	3 374	2 992	(387)	401	(31)	3 240	3 775	2 961
Bilanzdaten (in Mio. CHF)									
Risikogewichtete Aktiven – Basel III	88 316	88 281	–	6 079	7 728	–	94 395	96 009	–
Total Aktiven	258 447	251 716	257 894	20 692	23 967	25 688	279 139	275 683	283 582
Schweizer Leverage-Risikoposition	302 894	–	–	21 589	–	–	324 483	–	–

Ergebnisse im strategischen Geschäft

ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Unsere Ergebnisse im strategischen Geschäft umfassen die Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und Asset Management.

Ergebnisse für das Gesamtjahr 2013

In unseren strategischen Geschäftsbereichen erzielten wir 2013 ein Ergebnis vor Steuern von CHF 3 627 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 12 434 Mio.

Der Nettoertrag blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Den höheren transaktions- und leistungsabhängigen Erträgen sowie dem höheren wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag standen ein rückläufiger Zinserfolg und ein niedrigerer sonstiger Ertrag gegenüber. Die höheren transaktions- und leistungsabhängigen Erträge sind Ausdruck der höheren Erträge in allen massgeblichen Ertragskategorien. Der Anstieg beim wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag war in erster Linie auf höhere Gebühren für Anlagekonten und -dienstleistungen sowie höhere Vermögensverwaltungsgebühren zurückzuführen. Der rückläufige Zinserfolg war vor allem Ausdruck der geringeren Margen auf Kundeneinlagen. Höhere Durchschnittsvolumen der Kundeneinlagen und Ausleihungen kompensierten diese Entwicklung nur zum Teil. Der sonstige Ertrag lag unter dem Vorjahreswert. Geringere Anlage- und Beteiligungsgewinne waren der Hauptgrund für diesen Rückgang. Der Beteiligungsgewinn im Jahr 2012 enthielt den Gewinn von CHF 45 Mio. aus der Veräusserung von Wincasa.

Für Kreditrisiken wurde 2013 auf Nettoausleihungen von CHF 212 Mia. eine Rückstellung von CHF 82 Mio. verbucht. Für 2012 betrug diese Rückstellung CHF 139 Mio.

Der Geschäftsaufwand blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil. Einem leichten Rückgang des Personalaufwands stand ein höherer Kommissionsaufwand gegenüber.

Ergebnisse für das Gesamtjahr 2012

In unseren strategischen Geschäftsbereichen erzielten wir 2012 ein Ergebnis vor Steuern von CHF 3 374 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 12 343 Mio.

Der Nettoertrag blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil. Dem um 5% geringeren wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag standen leicht höhere transaktions- und leistungsabhängige Erträge sowie ein höherer sonstiger Ertrag gegenüber.

Für Kreditrisiken wurde 2012 auf Nettoausleihungen von CHF 204 Mia. eine Rückstellung von CHF 139 Mio. verbucht. Für 2011 betrug diese Rückstellung CHF 73 Mio.

Der Geschäftsaufwand ging insgesamt um 6% gegenüber dem Vorjahr zurück, da sowohl der Sach- als auch der Personalaufwand durch Massnahmen zur Effizienzsteigerung und geringere Personalbestände abnahmen.

Strategische Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	4 155	4 438	4 397	(6)	1
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	4 554	4 329	4 558	5	(5)
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	3 818	3 482	3 400	10	2
Sonstiger Ertrag	(93)	94	76	–	24
Nettoertrag	12 434	12 343	12 431	1	(1)
Neue Rückstellungen	210	274	239	(23)	15
Auflösung von Rückstellungen	(128)	(135)	(166)	(5)	(19)
Rückstellung für Kreditrisiken	82	139	73	(41)	90
Personalaufwand	5 027	5 186	5 350	(3)	(3)
Sachaufwand	2 938	2 963	3 261	(1)	(9)
Kommissionsaufwand	760	681	755	12	(10)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	3 698	3 644	4 016	1	(9)
Total Geschäftsaufwand	8 725	8 830	9 366	(1)	(6)
Ergebnis vor Steuern	3 627	3 374	2 992	7	13
davon Wealth Management Clients	2 050	1 971	1 676	4	18
davon Corporate & Institutional Clients	965	941	923	3	2
davon Asset Management	612	462	393	32	18
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Rendite auf dem Basel-III-Kapital ¹	29.1	28.2	–	–	–
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	70.2	71.5	75.3	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	29.2	27.3	24.1	–	–
Bilanzdaten (in Mio. CHF)					
Risikogewichtete Aktiven – Basel III	88 316 ²	88 281	–	0	–
Total Aktiven	258 447	251 716	257 894	3	(2)
Schweizer Leverage-Risikoposition	302 894	–	–	–	–

¹ Berechnet auf dem Gewinn nach Steuern in CHF; angenommen wurden Steuersätze von 29% für 2013 und 25% für 2012 sowie eine Kapitalzuteilung von 10% auf dem Durchschnittsbestand der risikogewichteten Aktiven.

² Enthält den Einfluss eines Zuschlags für operationelle Risiken von CHF 1,6 Mia. im Jahr 2013.

ERGEBNISANALYSE

Nachfolgend eine Darstellung unserer Ergebnisse im strategischen Geschäft 2013 im Vergleich zu 2012 und 2012 im Vergleich zu 2011.

Nettoertrag

Der Zinserfolg enthält eine Zinsmarge, die eine Gutschrift für stabile Einlagen und eine Belastung auf Ausleihungen enthält. Der wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag umfasst Gebühren für die Verwaltung von Anlageprodukten, Gebühren für Vermögensverwaltungsmandate und andere Vermögensverwaltungsgebühren sowie Gebühren im Zusammenhang mit allgemeinen Bankprodukten und -dienstleistungen. Die transaktions- und leistungsabhängigen Erträge stammen vorwiegend aus Courtagen, Erträgen aus Produktemissionen, Fremdwährungsgebühren aus Kundentransaktionen, leistungsabhängigen Gebühren im Zusammenhang mit verwalteten und verwahrten Vermögen, Handels- und Verkaufserträgen, Platzierungsgebühren, Ertrag aus Beteiligungen und anderen transaktionsabhängigen Erträgen. Der sonstige Ertrag beinhaltet Anlagegewinne und -verluste

sowie Beteiligungsgewinne und -verluste und sonstige Gewinne und Verluste.

2013 gegenüber 2012: Stabil bei CHF 12 434 Mio.

Der Nettoertrag blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil. Den höheren transaktions- und leistungsabhängigen Erträgen sowie dem höheren wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag standen ein tieferer Zinserfolg und ein tieferer sonstiger Ertrag gegenüber. Der Anstieg der transaktions- und leistungsabhängigen Erträge war Ausdruck höherer Erträge in allen massgeblichen Ertragskategorien. Höhere leistungsabhängige Gebühren und Gewinnbeteiligungen sowie höhere Courtagen und Erträge bei Produktemissionen leisteten in diesem Zusammenhang den grössten Beitrag. Der Anstieg beim wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag war in erster Linie auf höhere Gebühren für Anlagekonten und -dienstleistungen sowie höhere Vermögensverwaltungsgebühren zurückzuführen. Der tiefere Zinserfolg widerspiegelte die deutlich niedrigeren Margen auf Kundeneinlagen und die stabilen Margen auf Ausleihungen bei höheren Durchschnittsvolumen der Kundeneinlagen und Ausleihungen. Geringere Anlage- und Beteiligungsgewinne waren der Hauptgrund für den Rückgang des sonstigen Ertrags. Der

Beteiligungsgewinn des Jahres 2012 enthielt den Gewinn aus der Veräusserung von Wincasa in Höhe von CHF 45 Mio.

2012 gegenüber 2011: Stabil bei CHF 12 343 Mio.

Der Nettoertrag blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil, wobei dem geringeren wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag leicht höhere transaktions- und leistungsabhängige Erträge und ein höherer sonstiger Ertrag gegenüberstanden. Der Zinserfolg fiel nahezu unverändert aus. Der niedrigere wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag war vor allem auf geringere Gebührenerträge für die Verwaltung von Anlageprodukten aufgrund niedrigerer Fondsverwaltungsgebühren und niedrigere Gebührenerträge für Vermögensverwaltungsmandate zurückzuführen. Die leicht höheren transaktions- und leistungsabhängigen Erträge verzeichneten höhere leistungsabhängige Gebühren von unserer Hedging-Griffo-Tochtergesellschaft, den Single-Manager-Hedgefonds und Kreditstrategien sowie höhere Erträge aus integrierten Lösungen, welche durch geringere Courtagen und Erträge bei Produktmissionen teilweise kompensiert wurden. Der sonstige Ertrag von CHF 94 Mio. war vor allem auf einen Gewinn von CHF 45 Mio. aus der Veräusserung von Wincasa sowie einen Gewinn von CHF 41 Mio. im Zusammenhang mit der Veräusserung eines Geschäftsbereichs zurückzuführen. Höheren Anlagegewinnen standen Wertminderungen in Höhe von CHF 61 Mio. im Zusammenhang mit Asset Management Finance LLC (AMF) gegenüber. Der Zinserfolg blieb stabil, wobei die Auswirkungen der niedrigeren Margen auf Kundeneinlagen, die das weiterhin tiefe Zinsumfeld reflektierten, sowie die geringeren Margen auf Ausleihungen durch das höhere Durchschnittsvolumen der Kundeneinlagen und Ausleihungen ausgeglichen wurden.

Rückstellung für Kreditrisiken

Die Ausleihungen des Bereichs Wealth Management Clients bestehen grösstenteils aus Wohnhypotheken in der Schweiz und aus durch Wertschriften besicherten Krediten. Unsere Ausleihungen des Bereichs Corporate & Institutional Clients weisen eine relativ geringe Risikokonzentration auf und sind vorwiegend durch Hypotheken, Wertschriften und andere finanzielle Sicherheiten besichert.

WEALTH MANAGEMENT CLIENTS

Nettoertrag

Zinserfolg

2013 gegenüber 2012: Abnahme um 7% von CHF 3 268 Mio. auf CHF 3 050 Mio.

Der Rückgang war auf deutlich niedrigere Margen und ein leicht höheres Durchschnittsvolumen bei den Kundeneinlagen und auf geringfügig niedrigere Margen und ein höheres Durchschnittsvolumen bei den Ausleihungen zurückzuführen.

2012 gegenüber 2011: Stabil bei CHF 3 268 Mio.

Der stabile Zinserfolg widerspiegelte die niedrigeren Margen auf Kundeneinlagen und Ausleihungen bei höheren Durchschnittsvolumen auf beiden Seiten.

2013 gegenüber 2012: Abnahme um 41% von CHF 139 Mio. auf CHF 82 Mio.

Die Rückstellung für Kreditrisiken in Höhe von CHF 82 Mio. ist im Vergleich zu 2012 um CHF 57 Mio. zurückgegangen. Darin enthalten waren Netto-Rückstellungen von CHF 78 Mio. für Wealth Management Clients und Netto-Rückstellungen von CHF 4 Mio. für Corporate & Institutional Clients.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 90% von CHF 73 Mio. auf CHF 139 Mio.

Die Rückstellung für Kreditrisiken in Höhe von CHF 139 Mio. stieg im Vergleich zu 2011 um CHF 66 Mio. Darin enthalten waren Netto-Rückstellungen von CHF 110 Mio. für Wealth Management Clients und Netto-Rückstellungen von CHF 29 Mio. für Corporate & Institutional Clients.

Geschäftsaufwand

Personalaufwand

2013 gegenüber 2012: Abnahme um 3% von CHF 5 186 Mio. auf CHF 5 027 Mio.

Ein niedrigerer Personalbestand sorgte für geringere Lohnkosten und somit für einen leichten Rückgang des Personalaufwands.

2012 gegenüber 2011: Abnahme um 3% von CHF 5 350 Mio. auf CHF 5 186 Mio.

Der Personalaufwand ging geringfügig zurück, bedingt durch geringere Lohnkosten, die auf einen niedrigeren Personalbestand zurückzuführen waren, und einen geringeren Aufwand für ermessensabhängige leistungsbezogene Vergütung.

Sachaufwand

2013 gegenüber 2012: Stabil bei CHF 2 938 Mio.

Der Sachaufwand fiel nahezu unverändert aus. Die Rückstellungen für Aufwendungen und die Kosten für professionelle Dienstleistungen nahmen zu, während der Reise- und Repräsentationsaufwand abnahm.

2012 gegenüber 2011: Abnahme um 9% von CHF 3 261 Mio. auf CHF 2 963 Mio.

Unsere Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz führten zu einem geringeren Sachaufwand.

Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag

2013 gegenüber 2012: Zunahme um 5% von CHF 2 811 Mio. auf CHF 2 956 Mio.

In allen massgeblichen Ertragskategorien wurden höhere Erträge erwirtschaftet. Den grössten Beitrag leisteten höhere Gebühren für Anlagekonten und -dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Anlageberatung und Wertpapierdepots.

2012 gegenüber 2011: Abnahme um 7% von CHF 3 030 Mio. auf CHF 2 811 Mio.

Die Abnahme beruhte auf einem Rückgang der Gebührenerträge in allen wichtigen Ertragskategorien, hauptsächlich bei den Gebührenerträgen für die Verwaltung von Anlageprodukten,

insbesondere durch niedrigere Fondsverwaltungsgebühren, und bei den Gebühren für Vermögensverwaltungsmandate.

Transaktions- und leistungsabhängige Erträge

2013 gegenüber 2012: Zunahme um 4% von CHF 2 355 Mio. auf CHF 2 438 Mio.

Höhere Courtagen und Erträge bei Produktmissionen, insbesondere bei Aktien und Anlagefonds, höhere Beteiligungserträge sowie höhere Fremdwährungsgebühren aus Kundentransaktionen sorgten für eine Zunahme der transaktions- und leistungsabhängigen Erträge.

2012 gegenüber 2011: Stabil bei CHF 2 355 Mio.

Die stabilen transaktions- und leistungsabhängigen Erträge waren auf geringere Courtagen und Erträge bei Produktmissionen, insbesondere bei Aktien und Anlagefonds, sowie auf geringere Fremdwährungsgebühren aus Kundentransaktionen zurückzuführen, die durch Gewinne von CHF 16 Mio. im Zusammenhang mit einer Änderung der Rechnungslegung bei Lebensversicherungen im Jahr 2012, höhere leistungsabhängige Gebühren von Hedging-Griffo sowie höhere Erträge aus integrierten Lösungen kompensiert wurden.

Ergebnisse – Wealth Management Clients

	2013	2012	2011	Veränderung in %	
				13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	8 444	8 475	8 641	0	(2)
Rückstellung für Kreditrisiken	78	110	76	(29)	45
Total Geschäftsaufwand	6 316	6 394	6 889	(1)	(7)
Ergebnis vor Steuern	2 050	1 971	1 676	4	18
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	74.8	75.4	79.7	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	24.3	23.3	19.4	–	–
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	3 050	3 268	3 245	(7)	1
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	2 956	2 811	3 030	5	(7)
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	2 438	2 355	2 366	4	0
Sonstiger Ertrag	0	41 ¹	0	(100)	–
Nettoertrag	8 444	8 475	8 641	0	(2)
Bruttogewinnmarge auf den verwalteten Vermögen (Basispunkte)²					
Zinserfolg	38	44	46	–	–
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	38	38	43	–	–
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	31	32	33	–	–
Sonstiger Ertrag	0	0	0	–	–
Bruttogewinnmarge	107	114	122	–	–

¹ Zeigt Gewinne aus dem Verkauf eines Geschäftsbereichs im Zusammenhang mit der Integration von Clariden Leu im Jahr 2012.

² Nettoertrag dividiert durch den Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen.

Bruttogewinnmarge

Unsere Bruttogewinnmarge für das Jahr 2013 belief sich auf 107 Basispunkte und lag somit 7 Basispunkte unter dem Vorjahr und 15 Basispunkte unter dem Jahr 2011. Im Vergleich zu 2012 ging die Zinserfolgsmarge aufgrund des Niedrigzinsumfelds um 6 Basispunkte zurück. Die Marge aus dem wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag blieb stabil. Die Marge aus den transaktions- und leistungsabhängigen Erträgen verringerte sich um einen Basispunkt, da dem Anstieg der transaktions- und leistungsabhängigen Erträge eine Zunahme der durchschnittlichen verwalteten Vermögen gegenüberstand.

Kundenberater nach Region

Ende	2013	2012	2011
Anzahl Kundenberater			
Schweiz	1 590	1 630	1 730
Europa, Naher Osten und Afrika	1 180	1 300	1 320
Nord- und Südamerika	560	620	590
Asien-Pazifik	440	440	400
Anzahl Kundenberater	3 770	3 990	4 040

Verwaltete Vermögen – Wealth Management Clients

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Verwaltete Vermögen nach Region (in Mia. CHF)					
Schweiz	270.9	243.5	248.7	11.3	(2.1)
Europa, Naher Osten und Afrika	231.3	243.2	230.2	(4.9)	5.6
Nord- und Südamerika	172.9	164.5	142.9	5.1	15.1
Asien-Pazifik	115.6	106.8	87.8	8.2	21.6
Verwaltete Vermögen	790.7	758.0	709.6	4.3	6.8
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen	788.2	741.2	706.4	6.3	4.9
Verwaltete Vermögen nach Währung (in Mia. CHF)					
USD	306.1	286.4	259.3	6.9	10.5
EUR	152.6	149.0	157.5	2.4	(5.4)
CHF	187.1	184.6	173.5	1.4	6.4
Sonstige	144.9	138.0	119.3	5.0	15.7
Verwaltete Vermögen	790.7	758.0	709.6	4.3	6.8
Netto-Neugelder nach Region (in Mia. CHF)					
Schweiz	0.9	2.3	4.7	(60.9)	(51.1)
Europa, Naher Osten und Afrika	1.8	(2.0)	11.6	–	–
Nord- und Südamerika	4.7	10.2	8.4	(53.9)	21.4
Asien-Pazifik	11.5	10.1	10.4	13.9	(2.9)
Netto-Neugelder	18.9	20.6	35.1	(8.3)	(41.3)
Wachstum der verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Netto-Neugelder	18.9	20.6	35.1	–	–
Sonstige Einflüsse	13.8	27.9	(48.8)	–	–
davon Marktbewegungen	40.2	47.4	(34.7)	–	–
davon Währung	(17.6)	(12.4)	(7.3)	–	–
davon Sonstige	(8.8)	(7.1)	(6.8)	–	–
Wachstum der verwalteten Vermögen	32.7	48.5	(13.7)	–	–
Wachstum der verwalteten Vermögen (in %)					
Netto-Neugelder	2.5	2.9	4.9	–	–
Sonstige Einflüsse	1.8	3.9	(6.8)	–	–
Wachstum der verwalteten Vermögen	4.3	6.8	(1.9)	–	–

CORPORATE & INSTITUTIONAL CLIENTS

Nettoertrag**Zinserfolg**

2013 gegenüber 2012: Abnahme um 6% von CHF 1 170 Mio. auf CHF 1 105 Mio.

Der geringere Zinserfolg widerspiegelte die deutlich niedrigeren Margen auf Kundeneinlagen und die höheren Margen auf Ausleihungen bei höheren Durchschnittsvolumen auf beiden Seiten.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 2% von CHF 1 152 Mio. auf CHF 1 170 Mio.

Die leichte Zunahme widerspiegelte die niedrigere Marge auf Kundeneinlagen und Ausleihungen bei höheren Durchschnittsvolumen auf beiden Seiten.

Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag

2013 gegenüber 2012: Stabil bei CHF 451 Mio.

Der wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag blieb stabil. Höhere Gebühren für Anlagekonten und -dienstleistungen, insbesondere aus Depotdienstleistungen, wurden durch geringere Verwaltungsgebühren bei Anlageprodukten, insbesondere niedrigere Fondsmanagementgebühren, kompensiert.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 6% von CHF 422 Mio. auf CHF 448 Mio.

Die Zunahme war auf höhere Gebühren für allgemeine Bankdienstleistungen sowie höhere Anlagekonto- und Dienstleistungsgebühren, vor allem aus Depotdienstleistungen, zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch niedrigere Verwaltungsgebühren bei Anlageprodukten, insbesondere niedrigere Fondsmanagementgebühren, teilweise kompensiert.

Transaktions- und leistungsabhängige Erträge

2013 gegenüber 2012: Stabil bei CHF 455 Mio.

Die stabilen transaktions- und leistungsabhängigen Erträge widerspiegelten höhere Fremdwährungsgebühren aus Kundentransaktionen, welche durch niedrigere Erträge aus integrierten Lösungen und geringere Handels- und Verkaufserträge kompensiert wurden.

2012 gegenüber 2011: Stabil bei CHF 457 Mio.

Die stabilen transaktions- und leistungsabhängigen Erträge sind auf höhere Erträge aus integrierten Lösungen sowie vermehrte Handels- und Verkaufserträge und umfangreichere Kundengeschäfte in Fremdwährungen zurückzuführen, die vor allem durch niedrigere Courtagen und Erträge bei Produktmissionen kompensiert wurden.

Ergebnisse – Corporate & Institutional Clients

	2013	2012	2011	Veränderung in %	
				13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	1 996	2 064	2 017	(3)	2
Rückstellung für Kreditrisiken	4	29	(3)	(86)	–
Total Geschäftsaufwand	1 027	1 094	1 097	(6)	0
Ergebnis vor Steuern	965	941	923	3	2
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	51.5	53.0	54.4	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	48.3	45.6	45.8	–	–
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	1 105	1 170	1 152	(6)	2
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	451	448	422	1	6
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	455	457	460	0	(1)
Sonstiger Ertrag ¹	(15)	(11)	(17)	36	(35)
Nettoertrag	1 996	2 064	2 017	(3)	2
Anzahl Kundenberater					
Anzahl Kundenberater (Schweiz)	560	560	520	0	8

¹ Enthält Fair-Value-Verluste von CHF 35 Mio. aus der Clock-Finance-Transaktion und Gewinne von CHF 25 Mio. aus einem Wiedereingang im Jahr 2012. Die Vorperioden beziehen sich auf Fair-Value-Verluste aus der Clock-Finance-Transaktion.

ASSET MANAGEMENT

Nettoertrag

Gebührenbezogener Ertrag

2013 gegenüber 2012: Zunahme um 20% von CHF 1 675 Mio. auf CHF 2 017 Mio.

Die Zunahme war hauptsächlich auf höhere leistungsabhängige Gebühren, höhere Vermögensverwaltungsgebühren und höhere Erträge aus Private-Equity-Platzierungen zurückzuführen. Höhere leistungsabhängige Gebühren stammten vor allem von Single-Manager-Hedgefonds und von Hedging-Griffo. Die vor allem im Bereich der alternativen Anlagen höheren Vermögensverwaltungsgebühren waren Ausdruck des Anstiegs der durchschnittlich verwalteten Vermögen, was teilweise die im Jahr 2013 erzielten Netto-Neugelder in Höhe von CHF 15,0 Mia. widerspiegelte.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 4% von CHF 1 618 Mio. auf CHF 1 675 Mio.

Die Zunahme war in erster Linie auf höhere leistungsabhängige Gebühren zurückzuführen, die durch geringere Gewinnbeteiligungen aus realisierten Private-Equity-Gewinnen, geringere Platzierungs- und Transaktionsgebühren sowie niedrigere Vermögensverwaltungsgebühren teilweise kompensiert wurden. Die höheren leistungsabhängigen Gebühren stammten von Hedging-Griffo, Kreditprodukten, Single-Manager-Hedgefonds und aus der Verwaltung der Partner Asset Facility 2008. Die Gewinnbeteiligungen aus realisierten Private-Equity-Gewinnen lagen 2012 unter dem hohen Vorjahreswert, der die Veräusserung einer Portfolio-Gesellschaft im Gesundheitsbereich berücksichtigte. Der Rückgang der Platzierungs-, Transaktions- und sonstigen Gebühren widerspiegelte vor allem die geringeren Erträge aus Private-Equity-Platzierungen und Immobiliengeschäften. Bei den traditionellen Produkten gingen die durchschnittlich verwalteten Vermögen zurück, was sich in geringeren Vermögensverwaltungsgebühren niederschlug.

Ergebnisse – Asset Management

	2013	2012	2011	Veränderung in %	
				13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	1 994	1 804	1 773	11	2
Rückstellung für Kreditrisiken	0	0	0	–	–
Total Geschäftsaufwand	1 382	1 342	1 380	3	(3)
Ergebnis vor Steuern	612	462	393	32	18
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	69.3	74.4	77.8	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	30.7	25.6	22.2	–	–
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	1 147	1 070	1 106	7	(3)
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	925	670	574	38	17
Sonstiger Ertrag	(78)	64	93	–	(31)
Nettoertrag	1 994	1 804	1 773	11	2
Details zum Nettoertrag nach Ertragsart (in Mio. CHF)					
Vermögensverwaltungsgebühren	1 147	1 070	1 106	7	(3)
Platzierungs-, Transaktions- und sonstige Gebühren	284	223	265	27	(16)
Leistungsabhängige Gebühren und Gewinnbeteiligungen	542	346	196	57	77
Ertrag aus Beteiligungen	44	36	51	22	(29)
Gebührenbezogener Ertrag	2 017	1 675	1 618	20	4
Anlagegewinne/(-verluste)	52	139	87	(63)	60
Beteiligungsgewinne/(-verluste) und sonstige Gewinne/(Verluste)	(86)	(7)	(4)	–	–
Sonstiger Ertrag ¹	11	(3)	72	–	–
Nettoertrag	1 994	1 804	1 773	11	2
Gebührenbezogene Marge auf den verwalteten Vermögen (Basispunkte)					
Gebührenbezogene Marge ²	58	52	49	–	–

¹ Enthält zugeteilte Finanzierungskosten.

² Gebührenbezogener Ertrag dividiert durch den Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen.

Anlagegewinne/(-verluste)

2013 gegenüber 2012: Abnahme um 63% von CHF 139 Mio. auf CHF 52 Mio.

Die Gewinne von CHF 52 Mio. für 2013 sowie CHF 139 Mio. für 2012 waren in erster Linie auf Gewinne aus Anlagen in Hedgefonds und Immobilien zurückzuführen.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 60% von CHF 87 Mio. auf CHF 139 Mio.

Die Gewinne von CHF 139 Mio. für 2012 sowie CHF 87 Mio. für 2011 waren in erster Linie auf Gewinne aus Anlagen in Hedgefonds und Immobilien zurückzuführen.

Beteiligungsgewinne/(-verluste) und sonstige Gewinne/ (Verluste)

2013 gegenüber 2012: Abnahme von CHF (7) Mio. auf CHF (86) Mio.

Im Zusammenhang mit AMF erfassten wir im Jahr 2013 Wertminderungen in Höhe von CHF 86 Mio. Der Verlust von CHF 7 Mio. aus dem Jahr 2012 war vor allem auf Wertminderungen in Höhe von CHF 61 Mio. im Zusammenhang mit AMF zurückzuführen, die durch einen Gewinn von CHF 45 Mio. aus der Veräusserung von Wincasa teilweise kompensiert wurden.

2012 gegenüber 2011: Abnahme von CHF (4) Mio. auf CHF (7) Mio.

Der Verlust von CHF 7 Mio. aus dem Jahr 2012 war vor allem auf Wertminderungen in Höhe von CHF 61 Mio. im Zusammenhang mit AMF zurückzuführen, die zum Teil durch einen Gewinn von CHF 45 Mio. aus der Veräusserung von Wincasa kompensiert wurden. Der Verlust im Jahr 2011 entsprach einer Wertminderung im Zusammenhang mit AMF.

Verwaltete Vermögen – Asset Management

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)					
Hedgefonds	29.8	24.8	24.0	20.2	3.3
Private Equity	0.6	0.4	0.2	50.0	100.0
Immobilien & Rohstoffe	50.5	48.6	47.1	3.9	3.2
Kredit	30.0	23.8	19.0	26.1	25.3
Indexstrategien	75.1	64.0	51.5	17.3	24.3
Multi-Asset Class Solutions	104.0	103.1	113.5	0.9	(9.2)
Anleihen & Aktien	54.4	55.2	57.4	(1.4)	(3.8)
Sonstige	7.9	5.4	6.3	46.3	(14.3)
Verwaltete Vermögen¹	352.3	325.3	319.0	8.3	2.0
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen	346.3	320.1	329.5	8.2	(2.9)
Verwaltete Vermögen nach Währung (in Mia. CHF)					
USD	74.9	63.0	59.8	18.9	5.4
EUR	50.5	42.2	54.1	19.7	(22.0)
CHF	196.4	192.9	184.3	1.8	4.7
Sonstige	30.5	27.2	20.8	12.1	30.8
Verwaltete Vermögen	352.3	325.3	319.0	8.3	2.0
Wachstum der verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Netto-Neugelder ²	15.0	(8.3)	3.8	–	–
Sonstige Einflüsse	12.0	14.6	(18.2)	–	–
davon Marktbewegungen	17.7	24.2	(11.0)	–	–
davon Währung	(5.5)	(4.6)	(3.1)	–	–
davon Sonstige	(0.2)	(5.0)	(4.1)	–	–
Wachstum der verwalteten Vermögen	27.0	6.3	(14.4)	–	–
Wachstum der verwalteten Vermögen (in %)					
Netto-Neugelder	4.6	(2.6)	1.1	–	–
Sonstige Einflüsse	3.7	4.6	(5.4)	–	–
Wachstum der verwalteten Vermögen	8.3	2.0	(4.3)	–	–
Eigene Anlagen (in Mia. CHF)					
Eigene Anlagen	0.9	1.1	1.3	(18.2)	(15.4)

¹ Nicht enthalten ist unser Anteil der verwalteten Vermögen unserer Beteiligung an Aberdeen.

² Enthält Abflüsse von Private-Equity-Vermögen zum Kostenwert aus Realisierungen und aus nicht gezogenen Verpflichtungen, die keine Gebühren mehr abwerfen.

Ergebnisse im nicht strategischen Geschäft

ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Die Ergebnisse des nicht strategischen Geschäfts im Private Banking & Wealth Management enthält verschiedene Positionen und Kosten mit Bezug zu Aktivitäten, die restrukturiert oder verkauft werden: Positionen der ehemaligen Division Asset Management; die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus dem grenzüberschreitenden Geschäft mit Kunden in kleineren Märkten; Abwicklungskosten im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus grenzüberschreitenden Altgeschäften; Kosten für Rechtsstreitigkeiten, vor allem im Zusammenhang mit der Steuerangelegenheit in den USA; die Auswirkungen der Restrukturierung des Onshore-Geschäfts in Deutschland; kleinere aus dem Bereich Corporate & Institutional Clients übertragene nicht strategische Positionen sowie die Abwicklung und aktive Reduzierung bestimmter Produkte.

Ergebnisse für das Gesamtjahr 2013

In unseren nicht strategischen Geschäftsbereichen erzielten wir 2013 einen Verlust vor Steuern von CHF 387 Mio. im Vergleich zu einem Ergebnis vor Steuern von CHF 401 Mio. im Jahr 2012.

Der Nettoertrag von CHF 1 008 Mio. lag um 11% unter den für 2012 ausgewiesenen CHF 1 131 Mio., da die Gewinne aus dem Verkauf von Geschäftsbereichen geringer ausfielen und dementsprechend auch die Gebührenerträge aus diesen Geschäftsbereichen nachliessen.

Für Kreditrisiken wurde 2013 auf Nettoausleihungen von CHF 4 Mia. eine Rückstellung von CHF 70 Mio. verbucht. Für 2012 betrug diese Rückstellung CHF 43 Mio.

Insgesamt fiel der Geschäftsaufwand für das Jahr 2013 höher aus als im Vorjahr, hauptsächlich bedingt durch substanziell höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 600 Mio. im Zusammenhang mit der Steuerangelegenheit in den USA, einschliesslich CHF 175 Mio. im Zusammenhang mit dem Vergleich mit der SEC im Februar 2014.

Ergebnisse für das Gesamtjahr 2012

Für das Jahr 2012 wiesen unsere nicht strategischen Geschäftsbereiche ein Ergebnis vor Steuern von CHF 401 Mio. aus, während 2011 ein Ergebnis vor Steuern von CHF (31) Mio. anfiel. Der Nettoertrag 2012 war mit CHF 1 131 Mio. deutlich höher als im Jahr 2011, da aus dem Verkauf unserer Anteile an Aberdeen 2012 ein Gewinn von CHF 384 Mio. resultierte.

Für Kreditrisiken wurde 2012 auf Nettoausleihungen von CHF 4 Mia. eine Rückstellung von CHF 43 Mio. verbucht. Für 2011 betrug diese Rückstellung CHF 38 Mio.

Insgesamt fiel der Geschäftsaufwand 2012 geringer aus als im Jahr 2011, in dem bedeutende Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten verbucht wurden.

Nicht strategische Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	1 008	1 131	966	(11)	17
Rückstellung für Kreditrisiken	70	43	38	63	13
Personalaufwand	304	375	379	(19)	(1)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	1 021	312	580	227	(46)
Total Geschäftsaufwand	1 325	687	959	93	(28)
Ergebnis vor Steuern	(387)	401	(31)	-	-
Details zum Ertrag (in Mio. CHF)					
Restrukturierung ausgewählter lokal betriebener Geschäftsbereiche	164	148	160	11	(8)
Grenzüberschreitendes Altgeschäft und kleine Märkte	203	209	205	(3)	2
Restrukturierung der früheren Asset-Management-Division	534	659	523	(19)	26
Sonstige	107	115	78	(7)	47
Nettoertrag	1 008	1 131	966	(11)	17
Bilanzdaten (in Mio. CHF)					
Risikogewichtete Aktiven – Basel III	6 079	7 728	-	(21)	-
Total Aktiven	20 692	23 967	25 688	(14)	(7)
Schweizer Leverage-Risikoposition	21 589	-	-	-	-

ERGEBNISANALYSE

Nachfolgend eine Darstellung unserer Ergebnisse im nicht strategischen Geschäft 2013 im Vergleich zu 2012 und 2012 im Vergleich zu 2011.

Nettoertrag

2013 gegenüber 2012: Abnahme um 11% von CHF 1 131 Mio. auf CHF 1 008 Mio.

Die Abnahme war in erster Linie auf einen geringeren wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag, geringere transaktions- und leistungsabhängige Erträge aufgrund der Veräusserungen nicht strategischer Geschäftsbereiche im Jahr 2013 und geringere Veräusserungsgewinne zurückzuführen, die durch deutlich höhere Anlagegewinne teilweise kompensiert wurden. Aus der Veräusserung unseres ETF-Geschäfts resultierte ein Gewinn von CHF 146 Mio., während durch den Verkauf von Strategic Partners, unserem Secondary-Private-Equity-Geschäft, ein Gewinn von CHF 91 Mio. und den Verkauf von JO Hambro ein Gewinn von CHF 28 Mio. erzielt wurde. Im Jahr 2012 war ein Veräusserungsgewinn von CHF 384 Mio. aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an Aberdeen angefallen. Mit CHF 128 Mio. lagen die Anlagegewinne deutlich über den im Jahr 2012 erwirtschafteten Gewinnen von CHF 16 Mio., welche Verluste von CHF 82 Mio. im Zusammenhang mit der geplanten Veräusserung bestimmter Private-Equity-Anlagen enthielten.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 17% von CHF 966 Mio. auf CHF 1 131 Mio.

Die Zunahme war in erster Linie auf den Veräusserungsgewinn aus unserer Beteiligung an Aberdeen zurückzuführen, die durch

deutlich geringere Anlagegewinne und Beteiligungserträge teilweise kompensiert wurde. Mit CHF 16 Mio. fielen die Anlagegewinne einschliesslich der Verluste im Zusammenhang mit der geplanten Veräusserung der Private-Equity-Anlagen deutlich niedriger aus als der Vorjahresgewinn von CHF 218 Mio. Der Ertrag aus Beteiligungen ging aufgrund der Veräusserung unserer Beteiligung an Aberdeen zurück.

Geschäftsaufwand

2013 gegenüber 2012: Zunahme um 93% von CHF 687 Mio. auf CHF 1 325 Mio.

Substanziell höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 600 Mio. im Zusammenhang mit der Steueran gelegenheit in den USA, einschliesslich CHF 175 Mio. im Zusammenhang mit dem Vergleich mit der SEC im Februar 2014, führten zu einer Zunahme des Geschäftsaufwands. Höhere Dienstleistungsgebühren aufgrund des Verkaufs von Geschäftsbereichen der ehemaligen Division Asset Management wurden durch einen geringeren Kommissionsaufwand und einen geringeren Personalaufwand im Zusammenhang mit den Verkäufen teilweise kompensiert. Zudem nahmen wir eine Wertberichtigung auf Goodwill in Höhe von CHF 12 Mio. vor, die auf die Schaffung der nicht strategischen Einheit im vierten Quartal 2013 zurückzuführen war.

2012 gegenüber 2011: Abnahme um 28% von CHF 959 Mio. auf CHF 687 Mio.

Die Abnahme war vor allem auf Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 478 Mio. im Jahr 2011 zurückzuführen, die in Verbindung mit den steuerlichen Angelegenheiten in Deutschland und in den USA anfielen.

Verwaltete Vermögen

2013

2013 beliefen sich die verwalteten Vermögen auf CHF 1 282,4 Mia. und lagen somit um 2,5% über dem Vorjahreswert. Netto-Neugelder in Höhe von CHF 32,1 Mia. und positive Marktentwicklungen wurden durch negative Fremdwährungseffekte und strukturelle Effekte, insbesondere aus Veräusserungen von Geschäftsbereichen, teilweise kompensiert.

In unserem strategischen Geschäft steuerte der Bereich Wealth Management Clients Netto-Neugelder von CHF 18,9 Mia. bei, wobei die Zuflüsse insbesondere aus den Emerging Markets und dem Segment der äusserst vermögenden Kunden (◉ Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI) stammten. Diese Entwicklung wurde durch Abflüsse im grenzüberschreitenden Geschäft in Westeuropa teilweise kompensiert. Der Bereich Corporate & Institutional Clients erzielte hohe Netto-Neugelder von CHF 8,8 Mia. Im Bereich Asset Management wurden bedeutende Netto-Neugelder von CHF 15,0 Mia. verzeichnet, hauptsächlich dank Zuflüssen bei Kreditprodukten, Indexstrategien und Hedgefonds-Produkten,

welche durch Abflüsse bei Anleihen teilweise kompensiert wurden. Die verwalteten Vermögen widerspiegelten weiterhin einen risikoaversen Anlagenmix mit Anlagen in weniger komplexe Produkte mit niedrigerer Marge sowie bedeutenden Allokationen in flüssigen Mitteln und Geldmarktprodukten.

In unserem nicht strategischen Geschäft gingen die verwalteten Vermögen um 47,6% auf CHF 44,4 Mia. zurück, insbesondere durch den Verkauf unseres ETF-Geschäfts und des Secondary-Private-Equity-Geschäfts.

2012

Ende 2012 beliefen sich die verwalteten Vermögen auf CHF 1 250,8 Mia. und lagen somit um CHF 65,6 Mia. über dem Vorjahreswert. Dies war vor allem auf positive Marktentwicklungen und Netto-Neugelder in Höhe von CHF 10,8 Mia. zurückzuführen, welche durch negativen Fremdwährungseffekte teilweise kompensiert wurden.

In unserem strategischen Geschäft steuerte der Bereich Wealth Management Clients Netto-Neugelder von CHF 20,6 Mia. bei, wobei die Zuflüsse insbesondere aus den Emerging Markets und dem UHNWI-Kundensegment stammten. Diese Entwicklung wurde durch Abflüsse im grenzüberschreitenden Geschäft in Westeuropa teilweise kompensiert. Der Bereich Corporate & Institutional Clients erzielte Netto-Neugelder von CHF 1,5 Mia.

Im Bereich Asset Management wurde ein Netto-Geldabfluss von CHF 8,3 Mia. verzeichnet, vor allem bei den Multi-Asset Class Solutions, die eine Rückzahlung von CHF 14,7 Mia. aus einem einzelnen Anleihemandat beinhalteten. Dies wurde durch Zuflüsse bei den Indexstrategien und Kreditprodukten teilweise ausgeglichen.

Unser nicht strategisches Geschäft verzeichnete nahezu unveränderte verwaltete Vermögen in Höhe von CHF 84,7 Mia.

Verwaltete Vermögen – Private Banking & Wealth Management

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Verwaltete Vermögen nach Geschäftsbereich (in Mia. CHF)					
Wealth Management Clients	790.7	758.0	709.6	4.3	6.8
Corporate & Institutional Clients	250.0	223.8	203.0	11.7	10.2
Asset Management	352.3	325.3	319.0	8.3	2.0
Nicht strategisch	44.4	84.7	84.6	(47.6)	0.0
Für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ¹	(155.0)	(141.0)	(131.0)	9.9	7.6
Verwaltete Vermögen	1 282.4	1 250.8	1 185.2	2.5	5.5
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen	1 291.2	1 224.7	1 187.1	5.4	3.2
Netto-Neugelder nach Geschäftsbereich (in Mia. CHF)					
Wealth Management Clients	18.9	20.6	35.1	(8.3)	(41.3)
Corporate & Institutional Clients	8.8	1.5	5.3	486.7	(71.7)
Asset Management	15.0	(8.3)	3.8	–	–
Nicht strategisch	(5.9)	(2.1)	3.5	181.0	–
Für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ¹	(4.7)	(0.9)	(1.1)	422.2	(18.2)
Netto-Neugelder	32.1	10.8	46.6	197.2	(76.8)

¹ Im Asset Management für Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und nicht strategische Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen.

Investment Banking

Für das Jahr 2013 wies das Investment Banking ein Ergebnis vor Steuern von CHF 1 719 Mio. sowie einen Nettoertrag von CHF 12 565 Mio. aus. In den strategischen Geschäftsbereichen wiesen wir ein Ergebnis vor Steuern von CHF 3 853 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 13 164 Mio. aus. In unseren nicht strategischen Geschäftsbereichen verzeichneten wir 2013 einen Verlust vor Steuern von CHF 2 134 Mio. Hierin enthalten sind Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Verbindung mit der Federal Housing Finance Agency (FHFA) Vereinbarung vom 21. März 2014 zur Beilegung bestimmter Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Hypothekarkreditverbriefungen.

Im Jahr 2013 gelang es uns, die Kapitaleffizienz weiter zu verbessern. Die Aktiven summierten sich zum Jahresende 2013 auf USD 565 Mia., womit wir die Zielvorgabe für das Investment Banking von höchstens USD 600 Mia. an Aktiven erfüllten. Zudem wiesen wir eine Schweizer Leverage-Risikoposition von USD 812 Mia. aus und erfüllten somit die Zielvorgabe von USD 840 Mia. per Jahresende 2013 für das Investment Banking.

Die risikogewichteten Aktiven nach Basel III reduzierten wir per Jahresende 2013 um USD 11 Mia. auf USD 176 Mia. Ziel war ein Wert von unter USD 175 Mia. Dem Abbau von Positionen im Umfang von USD 27 Mia. standen eine durch methodische Änderungen und Parameteranpassungen bedingte Zunahme von USD 10 Mia. und ein Zuschlag von USD 6 Mia. für operationelle Risiken gegenüber.

Divisionsergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	12 565	12 558	10 460	–	20
davon strategische Ergebnisse	13 164	13 385	11 129	(2)	20
davon nicht strategische Ergebnisse	(599)	(827)	(669)	(28)	24
Rückstellung für Kreditrisiken	13	(12)	76	–	–
Personalaufwand	5 435	6 070	6 471	(10)	(6)
Sachaufwand	4 477	3 551	3 388	26	5
Kommissionsaufwand	921	947	1 118	(3)	(15)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	5 398	4 498	4 506	20	–
Total Geschäftsaufwand	10 833	10 568	10 977	3	(4)
davon strategische Ergebnisse	9 300	9 970	10 308	(7)	(3)
davon nicht strategische Ergebnisse	1 533	598	669	156	(11)
Ergebnis vor Steuern	1 719	2 002	(593)	(14)	–
davon strategische Ergebnisse	3 853	3 427	789	12	334
davon nicht strategische Ergebnisse	(2 134)	(1 425)	(1 382)	50	3
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Rendite auf dem Basel-III-Kapital ¹	7.5	7.8	–	–	–
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	86.2	84.2	104.9	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	13.7	15.9	(5.7)	–	–
Beanspruchtes Economic Capital und Rendite					
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)	19 910	20 241	20 525	(2)	(1)
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %) ²	9.1	10.6	(2.4)	–	–
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	19 700	19 800	20 700	(1)	(4)

¹ Berechnet auf dem Gewinn nach Steuern in USD; angenommen wurden Steuersätze von 26% für 2013, 25% für 2012 und 25% für 2011 sowie eine Kapitalzuteilung von 10% auf dem Durchschnittsbestand der risikogewichteten Aktiven.

² Berechnet auf Basis einer Rendite ohne Zinsaufwand für zugeleiteten Goodwill.

Divisionsergebnisse (Fortsetzung)

	2013	2012	2011	Veränderung in %	
				13 / 12	12 / 11
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Anleihenemissionsgeschäft	1 902	1 617	1 404	18	15
Aktienemissionsgeschäft	766	552	713	39	(23)
Total Emissionsgeschäft	2 668	2 169	2 117	23	2
Beratungs- und sonstige Kommissionserträge	658	1 042	856	(37)	22
Total Emissions- und Beratungskommissionen	3 326	3 211	2 973	4	8
Anleihenverkauf und -handel	4 823	5 349	3 341	(10)	60
Aktienverkauf und -handel	4 750	4 330	4 279	10	1
Total Verkauf und Handel	9 573	9 679	7 620	(1)	27
Sonstige	(334)	(332)	(133)	1	150
Nettoertrag	12 565	12 558	10 460	-	20
Durchschnittlicher Ein-Tages-98%-Risikomanagement-Value-at-Risk (in Mio. CHF)					
Zinsen	18	27	31	(33)	(13)
Kreditrisikoprämie	35	46	62	(24)	(26)
Fremdwährungen	9	15	13	(40)	15
Rohstoffe	2	3	9	(33)	(67)
Aktien	16	23	23	(30)	0
Diversifikationseffekt	(39)	(59)	(58)	(34)	2
Durchschnittlicher Ein-Tages-98%-Risikomanagement-Value-at-Risk	41	55	80	(25)	(31)

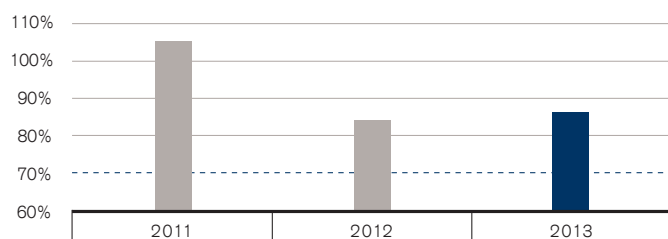
LEISTUNGSINDIKATOREN

In unserer Division Investment Banking streben wir ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 70% an. Im Jahr 2013 betrug dieses Verhältnis 86,2%, im Vergleich zu 84,2% für 2012 und 104,9% für 2011. Bei den Ergebnissen im strategischen Geschäft belief sich das Aufwand-Ertrag-Verhältnis für 2013 auf 70,6%, für 2012 auf 74,5% und für 2011 auf 92,6%.

► Siehe «Leistungsindikatoren» in Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen.

Aufwand-Ertrag-Verhältnis (KPI)

Investment Banking



--- Ziel ist ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 70%.

Strategische und nicht strategische Ergebnisse

im Jahr / Ende	Strategische Ergebnisse			Nicht strategische Ergebnisse			Investment Banking		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)									
Nettoertrag	13 164	13 385	11 129	(599)	(827)	(669)	12 565	12 558	10 460
Rückstellung für Kreditrisiken	11	(12)	32	2	–	44	13	(12)	76
Personalaufwand	5 326	5 881	6 166	109	189	305	5 435	6 070	6 471
Total sonstiger Geschäftsaufwand	3 974	4 089	4 142	1 424	409	364	5 398	4 498	4 506
Total Geschäftsaufwand	9 300	9 970	10 308	1 533	598	669	10 833	10 568	10 977
Ergebnis vor Steuern	3 853	3 427	789	(2 134)	(1 425)	(1 382)	1 719	2 002	(593)
Bilanzdaten (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)									
Risikogewichtete Aktiven – Basel III	138 853	150 259	–	17 549	21 252	–	156 402	171 511	–
Risikogewichtete Aktiven – Basel III (in USD)	156 041	164 199	–	19 721	23 224	–	175 762	187 423	–
Total Aktiven	475 516	529 652	600 680	27 283	34 106	40 586	502 799	563 758	641 266
Schweizer Leverage-Risikoposition	644 800	–	–	77 700	–	–	722 500	–	–

Ergebnisse im strategischen Geschäft

ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Die neu ausgerichtete Division Investment Banking erzielte 2013 ein gutes Ergebnis, wobei die Erträge leicht zurückgingen und die Kostenbasis, die Fremdmittel und der Kapitaleinsatz reduziert wurden. Für das Jahr 2013 wiesen unsere strategischen Geschäftsbereiche ein Ergebnis vor Steuern von CHF 3 853 Mio. im Vergleich zu CHF 3 427 Mio. im Jahr 2012 aus. Der Nettoertrag belief sich auf CHF 13 164 Mio. gegenüber CHF 13 385 Mio. im Vorjahr.

Die Erträge aus unserem strategischen Geschäft sanken leicht, da der soliden Entwicklung in unserem Aktien-, Kredit- und Emissionsgeschäft geringere Erträge aus dem Zinsgeschäft und dem Beratungsgeschäft gegenüberstanden. Unser Ergebnis im Anleihenverkauf und -handel fiel infolge der schwierigen Handelsbedingungen um 15% geringer aus als im Jahr 2012. Dies gilt für die meisten Bereiche des Anleihengeschäfts. Im Aktienverkauf und -handel stiegen die Erträge hingegen um 13%, was auf unsere führende Marktstellung sowie auf die gestiegene Kundenaktivität zurückzuführen ist. Zugleich haben wir unsere Bilanz reduziert. Der Ertrag im Emissions- und Beratungsgeschäft stieg, in erster Linie dank der deutlich besseren Ergebnisse bei Anleihen- und Aktienemissionen. Dem standen spürbar geringere Erträge im Beratungsgeschäft gegenüber, da die Kommissionserträge aus M&A-Geschäften branchenweit einbrachen.

Insgesamt belief sich der Geschäftsaufwand auf CHF 9 300 Mio. und lag damit um 7% unter dem Vorjahr. Der Personalaufwand stand bei CHF 5 326 Mio., was einem Rückgang um CHF 555 Mio. oder 9% gegenüber 2012 entspricht und in erster Linie Ausdruck der geringeren Aufwendungen für aufgeschobene Vergütung aus den Vorjahren ist, da 2012 Aufwendungen für die Partner Asset Facility (PAF2) in Höhe von CHF 411 Mio. anfielen. Der sonstige Geschäftsaufwand belief sich auf insgesamt CHF 3 974 Mio. und ging somit gegenüber 2012 um 3% zurück.

Für das Jahr 2012 wiesen wir im strategischen Geschäft ein Ergebnis vor Steuern von CHF 3 427 Mio. aus, für das Jahr 2011 betrug dieser Wert CHF 789 Mio. Der Nettoertrag belief sich 2012 auf CHF 13 385 Mio. gegenüber CHF 11 129 Mio. für 2011. Im Vergleich zu 2011 verbesserten sich die Ergebnisse, da der Anleihenverkauf und -handel deutlich besser lief und unser Emissions- und Beratungsgeschäft höhere Erträge abwarf.

Unser Ergebnis 2012 im Anleihenverkauf und -handel fiel um 53% höher aus als das schwache Vorjahresergebnis. Dies war den deutlich höheren Erträgen aus verbrieften Produkten und globalen Kreditprodukten zu verdanken, die 2012 infolge besserer Marktbedingungen zustande kamen. Die Erträge aus dem Aktienverkauf und -handel waren im Vergleich zu 2011 nahezu unverändert. Deutlich besseren Ergebnissen im Derivatgeschäft und höheren Erträgen im Bereich Prime Services stand eine schwächere Entwicklung bei Cash Equities gegenüber. Im Vergleich zu 2011 verzeichnete der Bereich geringere Volumen und litt unter einem Rückgang der Kundenaktivität. Die Ergebnisse im Emissions- und Beratungsgeschäft waren höher als 2011. Hauptgrund waren hohe Erträge aus dem Anleihenemissionsgeschäft, denen geringere Erträge aus dem Aktienemissionsgeschäft gegenüberstanden. Zudem verzeichneten die Erträge aus dem Beratungsgeschäft einen signifikanten Anstieg, da ein höherer Marktanteil die branchenweit rückläufige M&A-Tätigkeit mehr als aufwog.

Der Geschäftsaufwand verringerte sich im Vergleich zu 2011 auf CHF 9 970 Mio. oder um 3%. Der Personalaufwand verringerte sich im selben Zeitraum um CHF 285 Mio. oder 5% auf CHF 5 881 Mio. Der sonstige Geschäftsaufwand von insgesamt CHF 4 089 Mio. fiel gegenüber 2011 um 1%.

Per Ende 2013 wiesen wir im strategischen Geschäft risikogewichtete Aktiven gemäss Basel III in Höhe von USD 156 Mia. aus, was einem weiteren Abbau der risikogewichteten Aktiven entspricht. Gegenüber 2012 reduzierten wir die risikogewichteten

Aktiven gemäss Basel III um USD 8 Mia. Einem Positionsabbau von USD 22 Mia. standen dabei eine durch methodologische Änderungen und Parameteranpassungen bedingte Zunahme von USD 8 Mia. und ein Zuschlag von USD 6 Mia. für operationelle

Risiken im vierten Quartal 2013 gegenüber. Bedeutende Fortschritte erzielten wir ferner beim Abbau der Schweizer Leverage-Risikopositionen. Zum Jahresende betragen diese Positionen noch USD 725 Mia.

Strategische Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Anleihenemissionsgeschäft	1 902	1 617	1 404	18	15
Aktienemissionsgeschäft	766	552	713	39	(23)
Total Emissionsgeschäft	2 668	2 169	2 117	23	2
Beratungs- und sonstige Kommissionserträge	658	1 042	856	(37)	22
Total Emissions- und Beratungskommissionen	3 326	3 211	2 973	4	8
Anleihenverkauf und -handel	5 300	6 221	4 057	(15)	53
Aktienverkauf und -handel	4 849	4 285	4 290	13	0
Total Verkauf und Handel	10 149	10 506	8 347	(3)	26
Sonstige	(311)	(332)	(191)	(6)	74
Nettoertrag	13 164	13 385	11 129	(2)	20
Rückstellung für Kreditrisiken	11	(12)	32	-	-
Personalaufwand	5 326	5 881	6 166	(9)	(5)
Sachaufwand	3 078	3 149	3 022	(2)	4
Kommissionsaufwand	896	940	1 120	(5)	(16)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	3 974	4 089	4 142	(3)	(1)
Total Geschäftsaufwand	9 300	9 970	10 308	(7)	(3)
Ergebnis vor Steuern	3 853	3 427	789	12	334
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Rendite auf dem Basel-III-Kapital ¹	19.0	15.6	-	-	-
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	70.6	74.5	92.6	-	-
Gewinnmarge vor Steuern	29.3	25.6	7.1	-	-
Bilanzdaten (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)					
Risikogewichtete Aktiven – Basel III	138 853	150 259	-	(8)	-
Risikogewichtete Aktiven – Basel III (in USD)	156 041	164 199	-	(5)	-
Total Aktiven	475 516	529 652	600 680	(10)	(12)
Schweizer Leverage-Risikoposition	644 800	-	-	-	-

¹ Berechnet auf dem Gewinn nach Steuern in USD; angenommen wurden Steuersätze von 28% für 2013, 25% für 2012 und 25% für 2011 sowie eine Kapitalzuteilung von 10% auf dem Durchschnittsbestand der risikogewichteten Aktiven.

Nachfolgend eine Darstellung unserer Ergebnisse im strategischen Geschäft 2013 im Vergleich zu 2012 und der Ergebnisse 2012 im Vergleich zu 2011.

Nettoertrag

Anleihenemissionsgeschäft

2013 gegenüber 2012: Zunahme um 18% von CHF 1 617 Mio. auf CHF 1 902 Mio.

Die Zunahme war hauptsächlich auf höhere Erträge in den Emerging Markets, vor allem aus strukturierten Krediten, zurückzuführen. Auch im Investment-Grade-Bereich stiegen unserer Erträge, da wir Marktanteile hinzugewinnen konnten und solide Ergebnisse

im Bereich Leveraged Finance erwirtschafteten. Hier vermochten wir den rückläufigen Marktanteil dank branchenweit höherer Emissionsvolumen im High-Yield-Bereich auszugleichen.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 15% von CHF 1 404 Mio. auf CHF 1 617 Mio.

Die Zunahme war hauptsächlich auf höhere Ergebnisse im Bereich Leveraged Finance zurückzuführen, die wesentlich höhere branchenweite Emissionsvolumen im High-Yield-Bereich widerspiegeln. Auch bei den Investment-Grade-Emissionen wurden infolge einer höheren branchenweiten Emissionstätigkeit höhere Erträge erzielt, die den leicht gesunkenen Marktanteil bei weitem kompensierten.

Aktienemissionsgeschäft

2013 gegenüber 2012: Zunahme um 39% von CHF 552 Mio. auf CHF 766 Mio.

Die Zunahme war der ausgezeichneten Entwicklung der meisten wichtigen Aktienmärkte zu verdanken. Wir verbuchten deutlich höhere Erträge aus Börsengängen (IPOs) und Folgeemissionen, da die branchenweit anziehende Emissionstätigkeit den geringeren Marktanteil in beiden Produktkategorien mehr als aufzuwiegen vermochte.

2012 gegenüber 2011: Abnahme um 23% von CHF 713 Mio. auf CHF 552 Mio.

Der Rückgang war auf geringere Erträge aus Folgeemissionen zurückzuführen, wobei der geringere Marktanteil die höhere branchenweite Emissionstätigkeit mehr als wettmachte. Ausserdem verzeichneten wir niedrigere Erträge aus Börsengängen, da die Emissionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr branchenweit geringer ausfiel.

Beratungs- und sonstige Kommissionserträge

2013 gegenüber 2012: Abnahme um 37% von CHF 1 042 Mio. auf CHF 658 Mio.

Deutlich geringere Gebühren aus dem M&A-Geschäft sorgten für den Rückgang, was auf den branchenweit geringeren Gebührenpool zurückzuführen ist. Unser gesteigerter Marktanteil bei abgeschlossenen M&A-Geschäften sowie das höhere Aufkommen an solchen Geschäften vermochten diese Entwicklung nicht zu kompensieren.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 22% von CHF 856 Mio. auf CHF 1 042 Mio.

Der Anstieg war auf wesentlich höhere M&A- und andere Beratungsgebühren aufgrund der Steigerung unseres Marktanteils bei abgeschlossenen M&A-Geschäften zurückzuführen. Dadurch wurde der branchenweite Rückgang der abgeschlossenen M&A-Geschäfte mehr als wettgemacht. Ausserdem verzeichneten wir höhere Privatplatzierungsgebühren, insbesondere aufgrund einer im dritten Quartal 2012 erfolgten grossen Privatinvestition in eine Public-Equity-Transaktion im Energiesektor.

Anleihenverkauf und -handel

2013 gegenüber 2012: Abnahme um 15% von CHF 6 221 Mio. auf CHF 5 300 Mio.

Die Erträge aus dem Anleihenverkauf und -handel fielen bedeutend geringer aus, da das Handelsumfeld in zahlreichen Geschäftsbereichen schwierig war. Vor allem die Global-Macro-Produkte verzeichneten einen deutlichen Rückgang. Dies gilt besonders für unser Zinsgeschäft, das im ganzen Jahr unter einer geringeren Kundenaktivität und niedrigen Handelsvolumen zu leiden hatte. Die Erträge aus den Emerging Markets fielen ebenfalls niedriger aus, da ungünstigere Marktbedingungen das Finanzierungs- und Emissionsgeschäft belasteten. Der Bereich Verbriefte Produkte verzeichnete eine Ertragseinbusse, da die umfangreicheren Asset-Finance-Geschäfte nicht ausreichten, um das schwächere Handelsgeschäft mit Agency-Papieren zu kompensieren. Auch bei den Unternehmenskrediten verbuchten wir rückläufige Erträge.

Zum Teil sorgten die gestiegenen Erträge bei globalen Kreditprodukten dank hoher Erträge aus dem Leveraged-Finance-Geschäft für einen Ausgleich. Die risikogewichteten Aktiven im festverzinslichen Bereich unter Basel III beliefen sich per Ende 2013 auf USD 91 Mia. Das entspricht einem Rückgang um USD 10 Mia. oder 10% gegenüber dem Vorjahr.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 53% von CHF 4 057 Mio. auf CHF 6 221 Mio.

Deutlich bessere Ergebnisse bei den verbrieften Produkten sorgten in erster Linie für die Zunahme gegenüber dem schwachen Vorjahresergebnis. Das schwache Resultat für 2011 ist auf Wertminderungen des für Kunden gehaltenen Bestandes, einschliesslich **Commercial Mortgage-backed Securities** und **Residential Mortgage-backed Securities**, Verluste aus dem Verkauf des für Kunden gehaltenen Bestandes infolge unserer Reduzierung risikogewichteter Aktiven und eine geringere Kundenaktivität zurückzuführen. Unsere globalen Kreditgeschäfte erzielten 2012 höhere Erträge, die den besseren Marktbedingungen und dem grösseren Kundeninteresse an hochrentablen Produkten zu verdanken waren. Deutliche Reduktionen der Bestände an verbrieften Produkten und globalen Kreditprodukten Ende 2011 und Anfang 2012 hatten für 2012 geringere Ertragsschwankungen zur Folge. Weiter erzielten wir dank einer stärkeren Performance in Lateinamerika höhere Ergebnisse in den Emerging Markets. Auch bei den Unternehmenskrediten verbuchten wir höhere Erträge. Diesen Zunahmen standen geringere Erträge bei Global-Macro-Produkten als Folge der geringeren Kundenaktivität im Zinsbereich gegenüber, obwohl sich die Devisengeschäfte gut entwickelten.

Aktienverkauf und -handel

2013 gegenüber 2012: Zunahme um 13% von CHF 4 285 Mio. auf CHF 4 849 Mio.

Die Ergebnissteigerung geht auf unsere weiterhin führende Marktposition, höhere Aktienbewertungen und eine zunehmende Kundenaktivität zurück. Die Zunahme war vor allem durch die deutlich höheren Erträge im Derivatgeschäft getrieben, die von der gestiegenen Kundenaktivität und einer guten Entwicklung in Asien profitierten. Zudem verbuchten wir im systematischen Market-Making höhere Ergebnisse aufgrund der verbesserten weltweiten Abdeckung sowie marktprägender Ereignisse wie die quantitativen Lockerungsmassnahmen in Japan und die steigenden US-Aktienmärkten, welche die Aktienvolumen weltweit in die Höhe trieben. Grössere Marktanteile bei Cash Equities in den USA und Europa sowie günstigere Handelsbedingungen wirkten sich ebenfalls positiv auf die Erträge aus. Der Bereich Prime Services verzeichnete rückläufige Erträge, zeigte sich dank unserer anhaltenden Marktführerschaft und der höheren Kundenbestände aber widerstandsfähig.

2012 gegenüber 2011: Stabil bei CHF 4 285 Mio.

Im Vergleich zu der schwachen Entwicklung 2011 erzielten wir eine deutliche Ergebnisverbesserung im Derivatgeschäft. Die Erträge aus dem Bereich Prime Services stiegen dank einem grösseren Marktanteil und höheren Kundenbeständen und machten die geringeren Hedgefonds-Aktivitäten und Leverage-Niveaus mehr

als wett. Diesen Ertragssteigerungen standen niedrigere Ergebnisse im Bereich Cash Equities infolge verhaltener Kundenaktivität und geringerer Handelsvolumen im Vergleich zu 2011 gegenüber.

Geschäftsaufwand

Personalaufwand

2013 gegenüber 2012: Abnahme um 9% von CHF 5 881 Mio. auf CHF 5 326 Mio.

Der rückläufige Aufwand für aufgeschobene Vergütung aus den Vorjahren – 2012 fielen Aufwendungen von CHF 411 Mio. für PAF2 an – sowie die wegen den niedrigeren Personalbeständen geringeren Gehälter und anderen Leistungen an die Mitarbeitenden sind der Hauptgrund für diese Abnahme.

2012 gegenüber 2011: Abnahme um 5% von CHF 6 166 Mio. auf CHF 5 881 Mio.

Der rückläufige Aufwand für aufgeschobene Vergütung aus den Vorjahren sorgte in erster Linie für diesen Rückgang. Zudem gingen die Gehälter aufgrund der geringeren Personalbestände und der tieferen Kosten für die ermessensabhängige leistungsbezogene Vergütung zurück.

Sachaufwand

2013 gegenüber 2012: Abnahme um 2% von CHF 3 149 Mio. auf CHF 3 078 Mio.

Diese Abnahme lässt sich vor allem auf weniger umfangreiche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und geringere Technologiekosten zurückführen.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 4% von CHF 3 022 Mio. auf CHF 3 149 Mio.

Diese Zunahme war auf Fremdwährungseffekte zurückzuführen. In US-Dollars gingen die Aufwendungen wegen der geringeren Technologiekosten um 2% zurück.

Ergebnisse im nicht strategischen Geschäft

ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Die Ergebnisse der nicht strategischen Einheit im Investment Banking enthalten das bestehende Abwicklungsportfolio im Anleihengeschäft sowie Aktivitäten aus der Restrukturierung des Zinsgeschäfts, in erster Linie ausserbörsliche Instrumente und kapitalintensive strukturierte Positionen. Dazu kommen Finanzierungskosten aus früheren Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit nicht Basel-III-konformen Schuldverschreibungen, Kosten für Rechtsstreitigkeiten aus früheren Geschäftsaktivitäten sowie andere kleinere nicht strategische Positionen.

Das Ergebnis widerspiegelt einen negativen Nettoertrag von CHF 599 Mio. für das Jahr 2013 gegenüber einem negativen Nettoertrag von CHF 827 Mio. für 2012 aufgrund von Portfoliobewertungsgewinnen und geringeren Finanzierungskosten. Insgesamt stieg der Geschäftsaufwand vor allem aufgrund deutlich

höherer Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Hypothekarkreditverbriefungen an. Im Jahr 2013 bauten wir die risikogewichteten Aktiven nach Basel III gegenüber 2012 um USD 3 Mia. auf USD 20 Mia. ab. Bis Ende 2015 wird eine Reduzierung auf USD 6 Mia. angestrebt. Zudem wiesen wir eine Schweizer Leverage-Risikoposition von USD 87 Mia. aus. Bis Ende 2015 soll diese Position auf USD 24 Mia. reduziert werden.

Der negative Nettoertrag belief sich 2012 auf CHF 827 Mio. gegenüber einem negativen Nettoertrag von CHF 669 Mio. im Jahr 2011. Der im Vergleich zu 2011 höhere negative Nettoertrag ist auf höhere Verluste aus dem Abwicklungsportfolio im Anleihengeschäft und höhere Finanzierungskosten zurückzuführen. Insgesamt ging der Geschäftsaufwand zurück, in erster Linie durch einen deutlich geringeren Personalaufwand.

Nicht strategische Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	(599)	(827)	(669)	(28)	24
Rückstellung für Kreditrisiken	2	0	44	–	(100)
Personalaufwand	109	189	305	(42)	(38)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	1 424	409	364	248	12
davon Rechtsstreitigkeiten	1 220	192	102	–	88
Total Geschäftsaufwand	1 533	598	669	156	(11)
Ergebnis vor Steuern	(2 134)	(1 425)	(1 382)	50	3
Details zum Ertrag (in Mio. CHF)					
Liquidation Anleihengeschäft	(32)	(597)	(388)	(95)	54
Altgeschäft mit Zinsprodukten	12	40	30	(70)	33
Finanzierungskosten für Altgeschäft	(382)	(417)	(394)	(8)	6
Sonstige	(197)	147	83	–	77
Nettoertrag	(599)	(827)	(669)	(28)	24
Bilanzdaten (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)					
Risikogewichtete Aktiven – Basel III	17 549	21 252	–	(17)	–
Risikogewichtete Aktiven – Basel III (in USD)	19 721	23 224	–	(15)	–
Total Aktiven	27 283	34 106	40 586	(20)	(16)
Schweizer Leverage-Risikoposition	77 700	–	–	–	–

Nachfolgend eine Darstellung unserer Ergebnisse im nicht strategischen Geschäft 2013 im Vergleich zu 2012 und der Ergebnisse 2012 im Vergleich zu 2011.

Nettoertrag

2013 gegenüber 2012: Zunahme um 28% von CHF (827) Mio. auf CHF (599) Mio.

Signifikante Bewertungsgewinne in unserem Abwicklungsportfolio im Anleihengeschäft aufgrund verschiedener Portfoliomanagementmassnahmen und geringerer Finanzierungskosten führten zu einem Rückgang des negativen Nettoertrags. Die risikogewichteten Aktiven unter Basel III beliefen sich per Ende 2013 auf USD 20 Mia. Dies entspricht einem Rückgang um USD 3 Mia. gegenüber 2012.

2012 gegenüber 2011: Rückgang um 24% von CHF (669) Mio. auf CHF (827) Mio.

Die Ergebnisse widerspiegeln Verluste aus unserem Ausstieg aus dem Anleihengeschäft und höhere Finanzierungskosten, die zum Teil durch Erträge aus dem Geschäft mit Zinsprodukten und geringere Verluste bei anderen nicht strategischen Positionen kompensiert wurden.

Total Geschäftsaufwand

2013 gegenüber 2012: Zunahme um 156% von CHF 598 Mio. auf CHF 1 533 Mio.

Deutlich höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, insbesondere CHF 1 117 Mio. im Zusammenhang mit Hypothekarkreditverbriefungen, unter anderem in Verbindung mit der Beilegung des Streits mit der FHFA im März 2014, führten 2013 zu diesem Anstieg.

2012 gegenüber 2011: Abnahme um 11% von CHF 669 Mio. auf CHF 598 Mio.

Dem deutlich geringeren Personalaufwand stand ein höherer Sachaufwand infolge der höheren Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten gegenüber.

Corporate Center

Für 2013 verbuchten wir einen Verlust vor Steuern in Höhe von CHF 1 455 Mio., was in erster Linie auf Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts, Fair-Value-Verluste aus Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämien, Umgliederungen zu aufgegebenen Geschäftsbereichen sowie auf Aufwand zur Vereinfachung der IT-Infrastruktur zurückzuführen war.

Ergebnisse des Corporate Center

	2013	2012	2011	Veränderung in %	
				13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	(790)	(2 781)	1 238	(72)	–
Rückstellung für Kreditrisiken	2	0	0	–	–
Personalaufwand	455	636	739	(28)	(14)
Sachaufwand	196	464	77	(58)	–
Kommissionsaufwand	12	8	31	50	(74)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	208	472	108	(56)	337
Total Geschäftsaufwand	663	1 108	847	(40)	31
Ergebnis vor Steuern	(1 455)	(3 889)	391	(63)	–
Bilanzdaten (in Mio. CHF)					
Risikogewichtete Aktiven – Basel III ¹	15 306	16 590	–	(8)	–
Total Aktiven	87 244	80 733	119 568	8	(32)
Schweizer Leverage-Risikoposition	83 622	–	–	–	–

¹ Entspricht den risikogewichteten Aktiven auf vollständig eingeführter «Look-through»-Basis.

Strategische und nicht strategische Ergebnisse

	Strategische Ergebnisse			Nicht strategische Ergebnisse			Corporate Center		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)									
Nettoertrag	(55)	(235)	(106)	(735)	(2 546)	1 344	(790)	(2 781)	1 238
Rückstellung für Kreditrisiken	2	0	0	0	0	0	2	0	0
Personalaufwand	153	148	228	302	488	511	455	636	739
Total sonstiger Geschäftsaufwand	138	151	59	70	321	49	208	472	108
Total Geschäftsaufwand	291	299	287	372	809	560	663	1 108	847
Ergebnis vor Steuern	(348)	(534)	(393)	(1 107)	(3 355)	784	(1 455)	(3 889)	391

ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Das Corporate Center umfasst die Geschäftstätigkeiten der Holdinggesellschaft, einschliesslich der Finanzierung der Gruppe, Aufwendungen im Zusammenhang mit Projekten, die von der Gruppe unterstützt werden, sowie gewisse Aufwendungen und Erträge, welche nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet wurden. Im Corporate Center werden auch Konsolidierungs- und Verrechnungsbuchungen zur Verrechnung von unternehmensinternen Aufwendungen und Erträgen erfasst.

Zudem weist das Corporate Center nicht strategische Posten, welche die Geschäftsführung als nicht repräsentativ für die Entwicklung unseres Kernergebnisses erachtet, separat aus.

► Siehe «Einführung von nicht strategischen Einheiten» in Credit Suisse – Informationen und Entwicklungen – Darstellungsform und Änderungen der Berichterstattung für weitere Informationen zu nicht strategischen Posten.

Nachfolgend eine Darstellung unserer Resultate 2013 im Vergleich zu 2012 sowie 2012 im Vergleich zu 2011.

Gewinn/(Verlust) vor Steuern

2013 gegenüber 2012: Von CHF (3 889) Mio. auf CHF (1 455) Mio.

Die besseren Ergebnisse sind in erster Linie Ausdruck der geringeren Fair-Value-Verluste auf eigenen Kreditrisikoprämien in Höhe von CHF 315 Mio. gegenüber CHF 2 939 Mio. im Jahr 2012. Die Fair-Value-Verluste aus langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) widerspiegeln den Rückgang von Kreditrisikoprämien bei vorrangigen und nachrangigen Verbindlichkeiten der meisten Währungen. Die Ergebnisse für 2013 umfassten auch geringere Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts in Höhe von CHF 394 Mio. im Vergleich zu CHF 680 Mio. im Vorjahr. Diese Kosten setzten sich im Berichtsjahr hauptsächlich aus Abfindungen und anderem Personalaufwand im Zusammenhang mit gruppenweiten Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz zusammen. Die Ergebnisse für 2012 umfassten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit National

Century Financial Enterprises, Inc. (NCFE), während 2013 keine Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Corporate Center anfielen. Die positiven Auswirkungen auf das Ergebnis 2013 wurden teilweise durch geringere Veräusserungsgewinne aus dem Verkauf von Immobilien in Höhe von CHF 68 Mio. gegenüber CHF 533 Mio. im Jahr 2012 sowie Kosten für die Vereinfachung der IT-Architektur in Höhe von CHF 128 Mio. für 2013 aufgewogen. Zudem beinhalteten die Ergebnisse des Corporate Center für 2013 Verluste von CHF 220 Mio. aus der Umklassierung von Aufwand und Ertrag an aufgegebene Geschäftsbereiche im Zusammenhang mit den Verkäufen unseres ETF-Geschäfts und von Strategic Partners im Jahr 2013 sowie den angekündigten Verkäufen unseres CFG-Geschäfts (Abschluss im Januar 2014) und unseres einheimischen und über Deutschland gebuchten Private-Banking-Geschäfts.

2012 gegenüber 2011: Rückgang von CHF 391 Mio. auf CHF (3 889) Mio.

Der Einbruch von einem Gewinn zu einem Verlust ist in erster Linie auf Fair-Value-Verluste auf eigenen Kreditrisikoprämien in Höhe von CHF 2 939 Mio. im Jahr 2012 zurückzuführen, während im Jahr 2011 Fair-Value-Gewinne von CHF 1 616 Mio. angefallen waren. Die Fair-Value-Verluste aus eigenen langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten widerspiegeln die Erhöhung von Kreditrisikoprämien bei vorrangigen und nachrangigen Verbindlichkeiten der meisten Währungen. Die Verluste für 2012 stammten zudem aus Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 227 Mio. im Zusammenhang mit dem Vergleich im Rechtsstreit mit NCFE. Zum Teil wurden die Verluste für 2012 durch höhere Veräusserungsgewinne aus dem Verkauf von Immobilien in Höhe von CHF 533 Mio. aufgewogen (2011: CHF 72 Mio.), zudem sanken die Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts auf CHF 680 Mio. im Vergleich zu CHF 847 Mio. im Vorjahr. Die Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts bestanden in erster Linie aus Abfindungen und anderem Personalaufwand im Zusammenhang mit gruppenweiten Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz.

Nicht strategische Ergebnisse

	2013	2012	2011	Veränderung in %	
				13 / 12	12 / 11
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	(735)	(2 546)	1 344	(71)	–
Rückstellung für Kreditrisiken	0	0	0	–	–
Total Geschäftsaufwand	372	809	560	(54)	44
Ergebnis vor Steuern	(1 107)	(3 355)	784	(67)	–
davon Fair-Value-Einfluss aus Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämien	(315)	(2 939)	1 616	(89)	–
davon Kosten der Neuausrichtung ¹	(394)	(680)	(847)	(42)	(20)
davon Aufwand für die Vereinfachung der IT-Architektur	(128)	0	0	–	–
davon Immobilienverkäufe	68	533	72	(87)	–
davon Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten	0	(227) ²	0	100	–
davon Finanzierungskosten für Altgeschäft ³	(57)	(85)	(80)	(33)	6
davon Umklassierungen zu den aufgegebenen Geschäftsbereichen ⁴	(220)	9	11	–	(18)
davon sonstige nicht strategische Positionen	(61)	34	12	–	183

¹ Kosten für die Neuausrichtung des Geschäfts in Zusammenhang mit den divisionalen Kosten für die Neuausrichtung werden prospektiv ab dem vierten Quartal 2013 in den nicht strategischen Ergebnissen der relevanten Divisionen gezeigt.

² Entspricht Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf NCFE.

³ Entspricht Finanzierungskosten für Altgeschäft in Bezug auf nicht Basel-III-konforme Schuldinstrumente.

⁴ Enthält Umklassierungen von Aufwand und Ertrag aus dem Verkauf unseres ETF-Geschäfts, Strategic Partners und CFG sowie aus dem angekündigten Verkauf unseres lokalen, in Deutschland gebuchten Private-Banking-Geschäfts an aufgegebene Geschäftsbereiche.

Auswirkung von Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämien

Der in unserem Kerneergebnis enthaltenen Ertrag wurde von den Veränderungen der Kreditrisikoprämie auf zum ◊ Fair Value ausgewiesenen langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse und ◊ Bewertungsanpassungen aufgrund der Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämie (Debit Valuation Adjustment, DVA) im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln, die zum Fair Value ausgewiesen wurden, beeinträchtigt. Unser Kerneergebnis wurde

zudem auch durch Fair-Value-Gewinne/(-Verluste) aus freistehenden Derivaten im Zusammenhang mit bestimmten Finanzierungsverbindlichkeiten, welche die Volatilität von Währungsswaps und Renditekurven widerspiegeln und während der Laufzeit der ◊ Derivate zu keinen Nettogewinnen/(-verlusten) führen, beeinflusst. Diese Fair-Value-Gewinne/(-Verluste) werden im Corporate Center erfasst.

	2013	2012	2011
Einfluss der Veränderung eigener Kreditrisikoprämien (in Mio. CHF)			
Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämien	(315)	(2 939)	1 616
Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus eigenen gewöhnlichen Verbindlichkeiten	(268)	(1 663)	1 210
Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämien auf strukturierten Schuldtiteln	(130)	(958)	697
Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus freistehenden Derivaten	83	(318)	(291)

Verwaltete Vermögen

Die verwalteten Vermögen aus fortzuführenden Geschäftsbereichen betrugen per 31. Dezember 2013 CHF 1 253,4 Mia., was im Vergleich zum 31. Dezember 2012 einer Zunahme von 4,6% entsprach. Dies ist in erster Linie auf die positive Marktentwicklung und Netto-Neugelder von CHF 36,1 Mia. zurückzuführen.

VERWALTETE VERMÖGEN

Die verwalteten Vermögen widerspiegeln die Änderungen in der Berichterstattung, die in «Credit Suisse – Informationen und Entwicklungen – Darstellungsform und Änderungen der Berichterstattung» erläutert werden.

Die verwalteten Vermögen umfassen Vermögenswerte, die bei uns zu Anlagezwecken gehalten werden. Dazu gehören Vermögen mit Verwaltungsmandat oder auf Beratungsbasis.

Verwaltete Vermögen mit Verwaltungsmandat sind Vermögen, bei denen der Kunde einer Einheit der Credit Suisse mittels eines Verwaltungsmandats eine Vollmacht erteilt. Verwaltete Vermögen mit Verwaltungsmandat werden sowohl im Geschäftsbereich, in welchem die Beratung stattfindet, als auch im Geschäftsbereich, in welchem die Anlageentscheide gefällt werden, ausgewiesen. Verwaltete Vermögen, welche im Asset Management für Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients

sowie im nicht strategischen Geschäft verwaltet werden, werden in jedem der betroffenen Geschäftsbereiche ausgewiesen und auf Divisionsstufe eliminiert.

Vermögen auf Beratungsbasis umfassen bei uns platzierte Vermögen, bei welchen der Kunde Zugang zu Anlageberatungsdienstleistungen erhält, die Anlageentscheidungen jedoch selbst trifft.

Die verwalteten Vermögen und Netto-Neugelder umfassen Vermögenswerte, die von konsolidierten Tochtergesellschaften, Joint Ventures und strategischen Beteiligungen verwaltet werden. Vermögenswerte von Joint Ventures und Beteiligungen werden im Verhältnis unserer Beteiligung am betreffenden Unternehmen berücksichtigt.

► Siehe «Private Banking & Wealth Management» und «Anhang 37 – Verwaltete Vermögen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu verwalteten Vermögen.

Verwaltete Vermögen und Kundenvermögen

	2013	2012	Ende 2011	Veränderung in %	
				13 / 12	12 / 11
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)					
Wealth Management Clients	790.7	758.0	709.6	4.3	6.8
Corporate & Institutional Clients	250.0	223.8	203.0	11.7	10.2
Asset Management ¹	352.3	325.3	319.0	8.3	2.0
Nicht strategisch	44.4	84.7	84.6	(47.6)	0.1
Für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	(155.0)	(141.0)	(131.0)	9.9	7.6
Verwaltete Vermögen	1 282.4	1 250.8	1 185.2	2.5	5.5
davon fortzuführende Geschäftsbereiche	1 253.4	1 197.8	1 133.5	4.6	5.7
davon aufgegebenen Geschäftsbereiche	29.0	53.0	51.7	(45.3)	2.5
Verwaltete Vermögen aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 253.4	1 197.8	1 133.5	4.6	5.7
davon Vermögen mit Verwaltungsvollmacht	397.6	365.5	338.5	8.8	8.0
davon Vermögen auf Beratungsbasis	855.8	832.3	795.0	2.8	4.7
Kundenvermögen (in Mia. CHF)					
Wealth Management Clients	904.5	870.1	810.8	4.0	7.3
Corporate & Institutional Clients	353.3	323.0	305.2	9.4	5.8
Asset Management ¹	352.3	325.3	319.0	8.3	2.0
Nicht strategisch	51.8	88.0	87.4	(41.1)	0.7
Für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	(155.0)	(141.0)	(131.0)	9.9	7.6
Kundenvermögen	1 506.9	1 465.4	1 391.4	2.8	5.3
davon fortzuführende Geschäftsbereiche	1 477.5	1 411.8	1 339.2	4.7	5.4
davon aufgegebenen Geschäftsbereiche	29.4	53.6	52.2	(45.1)	2.7

¹ Nicht enthalten ist unser Anteil der verwalteten Vermögen unserer früheren Beteiligung an Aberdeen.

² Im Asset Management für Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und nicht strategische Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen.

Wachstum der verwalteten Vermögen

	2013	2012	2011
Wachstum der verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)			
Netto-Neugelder aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	36.1	11.4	43.7
Netto-Neugelder aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	(4.0)	(0.6)	2.9
Netto-Neugelder	32.1	10.8	46.6
davon Wealth Management Clients	18.9	20.6	35.1
davon Corporate & Institutional Clients	8.8	1.5	5.3
davon Asset Management ¹	15.0	(8.3)	3.8
davon nicht strategisch	(5.9)	(2.1)	3.5
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	(4.7)	(0.9)	(1.1)
Sonstige Einflüsse aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	19.5	52.9	(63.5)
Sonstige Einflüsse aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	(20.0)	1.9	(3.1)
Sonstige Einflüsse	(0.5)	54.8	(66.6)
davon Wealth Management Clients	13.8	27.8	(48.8)
davon Corporate & Institutional Clients	17.4	19.3	1.8
davon Asset Management	12.0	14.6	(18.2)
davon nicht strategisch	(34.4)	2.2	(5.2)
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	(9.3)	(9.1)	3.8
Wachstum der verwalteten Vermögen aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	55.6	64.3	(19.8)
Wachstum der verwalteten Vermögen aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	(24.0)	1.3	(0.2)
Wachstum der verwalteten Vermögen	31.6	65.6	(20.0)
davon Wealth Management Clients	32.7	48.4	(13.7)
davon Corporate & Institutional Clients	26.2	20.8	7.1
davon Asset Management ¹	27.0	6.3	(14.4)
davon nicht strategisch	(40.3)	0.1	(1.7)
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	(14.0)	(10.0)	2.7
Wachstum der verwalteten Vermögen (in %)			
Netto-Neugelder aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3.0	1.0	3.8
Netto-Neugelder aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	(7.5)	(1.2)	5.6
Netto-Neugelder	2.5	0.9	3.9
davon Wealth Management Clients	2.5	2.9	4.9
davon Corporate & Institutional Clients	3.9	0.7	2.7
davon Asset Management ¹	4.6	(2.6)	1.1
davon nicht strategisch	(7.0)	(2.5)	4.1
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	3.3	0.7	0.8
Sonstige Einflüsse aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.6	4.7	(5.5)
Sonstige Einflüsse aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	(37.8)	3.6	(6.0)
Sonstige Einflüsse	0.0	4.6	(5.6)
davon Wealth Management Clients	1.8	3.9	(6.8)
davon Corporate & Institutional Clients	7.8	9.5	0.9
davon Asset Management	3.7	4.6	(5.4)
davon nicht strategisch	(40.6)	2.6	(6.1)
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	6.6	6.9	(2.8)
Wachstum der verwalteten Vermögen aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	4.6	5.7	(1.7)
Wachstum der verwalteten Vermögen aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	(45.3)	2.4	(0.4)
Wachstum der verwalteten Vermögen	2.5	5.5	(1.7)
davon Wealth Management Clients	4.3	6.8	(1.9)
davon Corporate & Institutional Clients	11.7	10.2	3.6
davon Asset Management ¹	8.3	2.0	(4.3)
davon nicht strategisch	(47.6)	0.1	(2.0)
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	9.9	7.6	(2.0)

¹ Enthält Abflüsse von Private-Equity-Vermögen zum Kostenwert aus Realisierungen und aus nicht gezogenen Verpflichtungen, die keine Gebühren mehr abwerfen.

² Im Asset Management für Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und nicht strategische Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen.

2013 beliefen sich die verwalteten Vermögen aus fortzuführenden Geschäftsbereichen auf CHF 1 253,4 Mia., was einer Zunahme um CHF 55,6 Mia. oder 4,6% gegenüber dem Jahresende 2012 entsprach. Diese Entwicklung ist auf positive Marktentwicklungen und Netto-Neugelder zurückzuführen, die teilweise durch negative Fremdwährungseffekte und strukturelle Effekte, insbesondere aus Veräusserungen von Geschäftsbereichen, kompensiert wurden.

In unserem strategischen Geschäft beliefen sich die verwalteten Vermögen im Bereich Wealth Management Clients auf CHF 790,7 Mia., was einer Zunahme um 4,3% gegenüber dem Jahresende 2012 entspricht. Dabei wurden die positiven Marktentwicklungen und der Zufluss an Netto-Neugeldern von CHF 18,9 Mia. durch negative Fremdwährungseffekte teilweise kompensiert. Im Bereich Corporate & Institutional Clients in der Schweiz steigerten sich die verwalteten Vermögen gegenüber dem Jahresende 2012 um CHF 26,2 Mia. oder 11,7% auf CHF 250,0 Mia., was vor allem positiven Marktentwicklungen und Netto-Neugeldern von CHF 8,8 Mia. zu verdanken war. Im Asset Management betrug die verwalteten Vermögen CHF 352,3 Mia., was einer Zunahme um CHF 27,0 Mia. oder 8,3% gegenüber dem Jahresende 2012 entsprach. Diese Zunahme war auf die positive Marktentwicklung und Netto-Neugelder von CHF 15,0 Mia. zurückzuführen, die durch negative Fremdwährungseffekte teilweise kompensiert wurden.

In unserem nicht strategischen Geschäft gingen die verwalteten Vermögen um 47,6% auf CHF 44,4 Mia. zurück, insbesondere durch den Verkauf unseres ETF- und des Secondary-Private-Equity-Geschäfts, wovon CHF 29,0 Mia. als Vermögenswerte von aufgegebenen Geschäftsbereichen klassifiziert wurden.

KUNDENVERMÖGEN

Kundenvermögen ist ein umfassenderer Begriff als verwaltete Vermögen, da in diesem auch Transaktions- und Depotkonten (Vermögenswerte, die lediglich zu Transaktions- und Aufbewahrungszwecken gehalten werden) sowie Vermögenswerte von Firmenkunden und öffentlich-rechtlichen Institutionen, die vorwiegend dem Cash Management oder zu Transaktionszwecken dienen, zusammengefasst werden.

NETTO-NEUGELDER

Netto-Neugelder setzen sich aus einzelnen Geldzahlungen, Titellieferungen sowie aus Geldflüssen, die aus der Erhöhung oder Rückzahlung von Ausleihungen entstehen, zusammen. Den Kunden gutgeschriebene Zins- und Dividendenerträge und die für Bankdienstleistungen belasteten Kommissionen, Zinsen und Gebühren werden nicht berücksichtigt, da sie nichts über den Erfolg in Bezug auf die Akquisition von verwalteten Vermögen aussagen.

Im Weiteren fließen Veränderungen aufgrund von Fremdwährungseffekten oder Marktentwicklungen sowie Mittelzu- oder -abflüsse aufgrund der Übernahme oder Veräusserung von Geschäftsbereichen nicht in die Berechnung von Netto-Neugeldern ein.

Für 2013 verzeichneten wir Netto-Neugelder aus fortzuführenden Geschäftsbereichen in Höhe von CHF 36,1 Mia.

In unserem strategischen Geschäft steuerte der Bereich Wealth Management Clients Netto-Neugelder von CHF 18,9 Mia. bei, wobei die Zuflüsse insbesondere aus den Emerging Markets und unserem UHNWI-Kundensegment stammten. Diese Entwicklung wurde durch Abflüsse im grenzüberschreitenden Geschäft in Westeuropa teilweise kompensiert. Der Bereich Corporate & Institutional Clients in der Schweiz erzielte hohe Netto-Neugelder von CHF 8,8 Mia. Im Bereich Asset Management wurden bedeutende Netto-Neugelder von CHF 15,0 Mia. verzeichnet, hauptsächlich dank Zuflüssen bei Kreditprodukten, Indexstrategien und Hedgefonds-Produkten, welche durch Abflüsse bei Anleihen teilweise kompensiert wurden.

In unserem nicht strategischen Geschäft zeigte sich unser Ausstieg aus bestimmten Geschäftsbereichen in Netto-Geldabflüssen von CHF 5,9 Mia., wovon CHF 4,0 Mia. als aufgebene Geschäftsbereiche klassifiziert wurden.

Im Februar 2014 haben wir das «Permanent Subcommittee on Investigations» des US-Senats und andere Behörden darüber informiert, dass wir in Zusammenhang mit Netto-Neugeldern unsere internen Abläufe überprüfen werden.

Netto-Neugelder

	2013	2012	2011
Netto-Neugelder (in Mia. CHF)			
Wealth Management Clients	18.9	20.6	35.1
Corporate & Institutional Clients	8.8	1.5	5.3
Asset Management	15.0	(8.3)	3.8
Nicht strategisch	(5.9)	(2.1)	3.5
Für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ¹	(4.7)	(0.9)	(1.1)
Netto-Neugelder	32.1	10.8	46.6
davon fortzuführende Geschäftsbereiche	36.1	11.4	43.7
davon aufgebene Geschäftsbereiche	(4.0)	(0.6)	2.9

¹ Im Asset Management für Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und nicht strategische Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen.

Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung

Um eine konsolidierte Jahresrechnung in Übereinstimmung mit US GAAP zu erstellen, muss das Management bestimmte buchhalterische Schätzungen vornehmen, um die Bewertung der Aktiven und Verbindlichkeiten zu beurteilen. Diese Schätzungen sind Ermessenssache und beruhen auf den aktuell verfügbaren Informationen. Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von diesen Schätzungen abweichen. Das Management ist davon überzeugt, dass die beim Erstellen der konsolidierten Jahresrechnung verwendeten Schätzungen und Annahmen vorsichtig und angemessen sind und einheitlich angewendet werden.

Wir glauben, dass die nachfolgend beschriebenen kritischen Bewertungen in der Rechnungslegung die komplexesten Beurteilungen und Einschätzungen umfassen.

► Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 2 – Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen über wichtige Rechnungslegungsgrundsätze und neue Rechnungslegungsstandards. Finanzielle Informationen zur Bank finden sich in den entsprechenden Anhängen in der konsolidierten Jahresrechnung der Bank.

FAIR VALUE

Ein bedeutender Teil unserer Aktiven und Verbindlichkeiten wird zum ◻ Fair Value ausgewiesen. Der Fair Value der Mehrheit dieser Finanzinstrumente beruht auf in aktiven Märkten gestellten Preisen oder auf beobachtbaren Marktparametern.

Zudem halten wir auch Finanzinstrumente, für die keine Preise und nur wenige oder gar keine beobachtbaren Eingabeparameter verfügbar sind. Bei diesen Instrumenten beruht die Ermittlung des Fair Value auf der subjektiven Einschätzung und Beurteilung unter Berücksichtigung von Liquidität, Preisbildungsannahmen, des aktuellen wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation sowie der instrumentspezifischen Risiken. In solchen Fällen erfolgt die Bewertung auf Basis der vom Management selbst vorgenommenen Beurteilungen zu den Annahmen (einschliesslich Annahmen zu Risikoparametern), welche die Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit treffen würden. Zu diesen Instrumenten zählen gewisse ◻ OTC-Derivate, einschliesslich Aktien- und Kreditderivaten, gewisse aktienbasierte Wertschriften von Unternehmen, hypothekarwertbezogene Wertschriften und ◻ CDOs, Private-Equity-Anlagen, gewisse Ausleihungen und Kreditprodukte (einschliesslich Leveraged Finance, gewisse Konsortialkredite und gewisse hochverzinsliche Anleihen) sowie Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen.

Wir haben von der Vereinfachung der Rechnungslegung unter US GAAP, die gemäss Anleitung bezüglich Fair-Value-Option unter Accounting Standards Codification (ASC) Topic 825, «Financial Instruments», angeboten wird, insbesondere im Investment Banking und im Asset-Management-Bereich des Private

Banking & Wealth Management Gebrauch gemacht. Dies wurde erreicht, indem die Fair-Value-Option grundsätzlich für Positionen gewählt wurde, für welche die Hedge-Accounting-Vorschriften unter US GAAP anwendbar wären, sowohl bei ihrer Einführung als auch für nachfolgende Transaktionen. Für Instrumente, für welche die Anwendung von Hedge-Accounting nicht möglich war und für welche wir wirtschaftlich abgesichert sind, haben wir die Fair-Value-Option gewählt. Auch dort, wo wir eine Aktivität auf Fair-Value-Basis führen, bis anhin aber keine Fair-Value-Bewertung anwenden durften, haben wir die Fair-Value-Option in Anspruch genommen, um unsere Finanzbuchführung auf unsere Risikobewerterstattung abzustimmen.

Kontrollprozesse werden angewendet, um zu gewährleisten, dass die in der konsolidierten Jahresrechnung ausgewiesenen Fair Values von Finanzinstrumenten, einschliesslich jener, die von Bewertungsmodellen abgeleitet wurden, angemessen sind und auf einer vernünftigen Grundlage ermittelt werden.

► Siehe «Anhang 34 – Finanzinstrumente» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zum Fair Value und den zugehörigen Kontrollprozessen der Gruppe.

ZWECKGESELLSCHAFTEN MIT VARIABLEM ANTEIL

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit wickeln wir auch verschiedene Geschäfte mit Einheiten ab, die als Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs) gelten. VIEs sind Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs), die typischerweise ohne zusätzliche nachrangige finanzielle Mittel zu wenig Eigenkapital zur Finanzierung ihrer Aktivitäten haben oder derart strukturiert sind, dass die Inhaber der Stimmrechte keine wesentlichen Anteile an den Gewinnen und Verlusten dieser Gesellschaft haben. Diese Gesellschaften sind dahingehend zu beurteilen, ob sie unter US GAAP konsolidiert werden müssen, wobei verlangt wird, dass die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) die VIEs zu konsolidieren hat. Als meistbegünstigte Partei gilt diejenige, welche die Macht hat, die Aktivitäten mit dem grössten Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit der VIEs zu steuern, und potenziell einen wesentlichen Anteil an den Gewinnen oder Verlusten der VIEs hat. Wir konsolidieren sämtliche VIEs, bei welchen wir die meistbegünstigte Partei sind. VIEs können durch uns, nicht verbundene Dritte oder Kunden gesponsert werden. Die Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften auf die Konsolidierung von VIEs, einschliesslich der kontinuierlichen Neubewertung von VIEs zur möglichen Konsolidierung, kann vom Management in wesentlichem Umfang Ermessensentscheide erfordern.

► Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 33 – Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen über VIEs.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND VERLUSTRÜCKSTELLUNGEN

Unter einer Eventualität wird eine Situation verstanden, bei der ein Grad an Unsicherheit besteht, die erst mit dem Eintreten oder Ausbleiben künftiger Ereignisse aufgelöst wird.

Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten

Im Zusammenhang mit unserer Geschäftstätigkeit sind wir an verschiedenen gerichtlichen, regulatorischen und schiedsgerichtlichen Verfahren beteiligt. Es liegt in der Natur der Sache, dass der Ausgang vieler dieser Verfahren nur schwer vorauszusagen ist. Das gilt insbesondere für Fälle, in welchen Klagen für verschiedene Klassen von Klägern erhoben werden, in welchen Schadenersatz für nicht präzierte oder unbestimmbare Beträge gefordert wird oder welche neuartige rechtliche Forderungen betreffen. Bei der Vorlage unserer konsolidierten Jahresrechnung geht das Management von Annahmen bezüglich des Ausgangs gerichtlicher, regulatorischer und schiedsgerichtlicher Verfahren aus und belastet die Erfolgsrechnung entsprechend, wenn Verluste im Zusammenhang mit solchen Angelegenheiten wahrscheinlich sind und angemessen abgeschätzt werden können. Mit Ausnahme der Rechtskosten der Verteidigung werden keine Aufwendungen für Angelegenheiten verbucht, wenn sich Verluste nicht angemessen abschätzen lassen. Annahmen beruhen naturgemäss auf Ermessen und aktuell verfügbaren Informationen. Dabei wird eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigt, unter anderem Art und Natur des Verfahrens, der Fortschritt in der Angelegenheit, erhaltene Rechtsauskünfte von Rechtsanwälten, unsere Verteidigung und Erfahrungen in ähnlichen Angelegenheiten sowie unsere Einschätzung der Angelegenheiten, einschliesslich Vergleichen, unter Einbezug anderer Beklagter in ähnlichen oder damit verbundenen Fällen oder Verfahren.

► Siehe «Anhang 38 – Rechtsstreitigkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Rechtsstreitigkeiten.

Wertberichtigung und Rückstellung für Kreditrisiken

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit sind wir aufgrund unserer Kreditbeziehungen, festen Zusagen und Akkreditive sowie Gegenparteiensrisiken aus ◉ Derivat-, Fremdwährungs- und anderen Transaktionen Kreditrisiken ausgesetzt. Kreditrisiko ist das Risiko eines Verlustes, weil ein Schuldner oder eine Gegenpartei den finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann oder weil sich die Bonität des Schuldners oder der Gegenpartei verschlechtert hat. Bei Nichterfüllung erleiden wir normalerweise einen Verlust in der Höhe des vom Schuldner geschuldeten Betrags abzüglich allfälliger Wiedereingänge aus Pfändung, Liquidation von Sicherheiten oder Restrukturierung der Gesellschaft des Schuldners. Die Wertberichtigung für Kreditverluste wird als eine angemessene Schätzung der an den Bilanzstichtagen bestehenden Kreditverluste erachtet. Diese Wertberichtigung besteht für wahrscheinliche Kreditverluste latenter Art aus bestehenden Positionen und für Kreditpositionen mit Einzelwertberichtigungsbedarf.

► Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Wertberichtigung für Kreditverluste.

Wertberichtigung für latente Kreditverluste

Die Wertberichtigung für latente Kreditverluste bezieht sich auf alle Kreditpositionen, die nicht einzeln wertberichtigt werden, bei welchen aber auf Portfoliobasis latente Ausfallrisiken vorhanden sind. Die Schätzung dieser Komponente der Wertberichtigung für das Portfolio der Privatkundenkredite beinhaltet die Analyse historischer und aktueller ◉ Ausfallwahrscheinlichkeiten, historischer Erfahrungen und entsprechender aktueller Annahmen zur Wiedereinbringlichkeit bei homogenen Krediten basierend auf internen Risikoratings und Produkttypen. Bei der Schätzung dieser Komponente bei Wertberichtigungen des Portfolios von Krediten an Unternehmen und Institutionelle unterteilt die Gruppe die Kredite nach Risiko, Branche oder Länderrating. Die Methodik für das Investment Banking adjustiert die ratingspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten, um nicht nur historische Daten von Dritten, sondern auch die aus aktuell notierten Kreditrisikoprämien (Credit Spreads) resultierenden Daten einzubeziehen.

Viele Faktoren werden zur Abschätzung latenter Kreditverluste in bestehenden Positionen herangezogen. Dazu zählen die Volatilität der Ausfallwahrscheinlichkeiten, Ratingänderungen, das Ausmass des potenziellen Verlusts, interne Risikoratings, geografische, branchenbezogene und andere ökonomische Faktoren sowie die Messungenauigkeit der zur Kreditrisikoschätzung verwendeten Methoden und Modelle. Allgemeine Kreditrisikoidikatoren werden ebenfalls berücksichtigt, wie zum Beispiel Trends bei Positionen mit internem Rating, klassifizierte Positionen, Barkredite, jüngste Verlusterfahrungen und prognostizierte Abschreibungen sowie branchenbezogene und geografische Konzentrationen und aktuelle Entwicklungen in den betreffenden Segmenten oder Standorten. Wichtige Faktoren sind auch unsere aktuelle Unternehmensstrategie und unser Kreditprozess, einschliesslich Kreditgenehmigung und -limiten, sowie Kriterien für die Kreditvergabe und Umschuldung.

Die Auswertung dieser Faktoren verlangt wesentliche Ermessensentscheide. So erfordert zum Beispiel die Abschätzung der Höhe eines potenziellen Verlustes eine Beurteilung des Zeitraums der zugrunde liegenden Daten. Daten, die keinen vollständigen Kreditzyklus erfassen, können die Genauigkeit der Verlustschätzungen beeinträchtigen. Festzulegen, welche externen Daten hinsichtlich der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet werden sollten und wann sie zu verwenden sind, ist ebenfalls Ermessenssache. Auch die Verwendung von Marktindizes und Ratings, die nicht genügend mit den Eigenschaften unserer spezifischen Positionen korrelieren, können die Genauigkeit der Verlustschätzungen beeinträchtigen. Das Abschätzen der Auswirkung von Unsicherheiten bezüglich makroökonomischer und politischer Bedingungen, Währungsabwertungen auf grenzüberschreitenden Positionen, Veränderungen der Kriterien für die Übernahme von Kreditemissionen, unerwarteter Korrelationen zwischen Positionen sowie anderen

Faktoren erfordert wesentliche Ermessensentscheide. Änderungen in unseren Schätzungen bezüglich latenter Kreditverluste im Portfolio können sich auf die Rückstellung auswirken und eine Änderung der Wertberichtigung zur Folge haben.

Wertberichtigungen für spezifische Kreditverluste

Wir bilden Rückstellungen für spezifische Kreditverluste auf gefährdeten Ausleihungen gestützt auf eine regelmässige und ausführliche Analyse für jeden im Portfolio enthaltenen Kredit. Diese Analyse umfasst eine Schätzung des realisierbaren Werts allfälliger Sicherheiten, die mit der Rückzahlung und Verwertung entsprechender Sicherheiten verbundenen Kosten, die allgemeine finanzielle Lage, Ressourcen und das bisherige Zahlungsverhalten der Gegenpartei, den Umfang unserer übrigen Positionen gegenüber derselben Gegenpartei sowie die Aussichten auf Unterstützung durch finanziell verantwortliche Garantiegeber.

Die Methodik zur Festlegung spezifischer Wertberichtigungen erfordert Beurteilungen auf vielen Ebenen. Erstens beinhaltet sie eine Früherkennung von sich verschlechternden Kreditpositionen. Eine ausführliche Beurteilung ist notwendig, um die verschiedenen Indikatoren für die finanzielle Lage einer Gegenpartei und die Rückzahlungswahrscheinlichkeit richtig auszuwerten. Würden bestimmte Indikatoren nicht erkannt oder nicht angemessen gewichtet, könnte dies zu einer anderen Schlussfolgerung bezüglich des Kreditrisikos führen. Das Abschätzen des Kreditrisikos ist naturgemäss mit Einschränkungen bezüglich der Vollständigkeit und Genauigkeit der im Schätzungszeitpunkt verfügbaren Informationen bezüglich Gegenpartei, Sicherheiten oder Garantie verbunden. Die Bemessung des Wertberichtigungsbedarfs erfordert ein hohes Mass an Ermessensentscheiden. Wenn möglich werden in den Modellen zur Schätzung der Kreditverluste unabhängige, verifizierbare Daten oder unsere eigene historische Verlusterfahrung verwendet. Ein wesentlicher Grad an Unsicherheit bleibt jedoch bei Anwendung solcher Bewertungstechniken bestehen. Auf die Verbuchungspraxis für Zinserträge hat gemäss unserer Kreditpolitik auch die Klassierung bezüglich Kreditstatus einen bedeutenden Einfluss.

► Siehe «Risikomanagement» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz und «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Offenlegung von Kreditportfolios und Wertberichtigungen und bestimmte andere Informationen, die der Beurteilung von Kreditrisiken und des Kreditrisikomanagements dienen.

WERTBERICHTIGUNGEN AUF GOODWILL

Unter US GAAP wird Goodwill nicht amortisiert, sondern jährlich auf den 31. Dezember oder häufiger, falls Ereignisse oder veränderte Umstände auf eine mögliche Wertminderung hindeuten, auf Werthaltigkeit überprüft.

Bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Goodwill wird jede Berichtseinheit (Reporting Unit) einzeln beurteilt. Als Berichtseinheit gilt ein operatives Segment oder die Stufe unter einem operativen Segment, die auch als Komponente bezeichnet wird. Eine Komponente eines operativen Segments gilt als Berichtseinheit, wenn die Komponente einen Geschäftsbereich bildet, für welchen separate Finanzinformationen verfügbar sind und

dessen Geschäftsergebnis vom Management regelmässig überprüft wird. Im Private Banking & Wealth Management werden Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients, Asset Management und die nicht strategische Einheit von Private Banking & Wealth Management als Berichtseinheiten betrachtet. Das Investment Banking ist eine einzige Berichtseinheit.

Mit der Einführung von Accounting Standards Update ASU 2011-08, «Testing Goodwill for Impairment» (ASU 2011-08), am 1. Januar 2012 ist eine qualitative Beurteilung zulässig, um zu überprüfen, ob der Fair Value der Berichtseinheit geringer ist als ihr Buchwert. Wird aufgrund der qualitativen Beurteilung festgestellt, dass der Fair Value der Berichtseinheit mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% höher ist als ihr Buchwert, ist kein quantitativer Werthaltigkeitstest für Goodwill notwendig. Wird aufgrund der qualitativen Beurteilung festgestellt, dass der Fair Value der Berichtseinheit mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% geringer ist als ihr Buchwert, ist der erste Schritt des quantitativen Werthaltigkeitstests für Goodwill durchzuführen, indem der Fair Value der Berichtseinheit berechnet und mit ihrem Buchwert verglichen wird. Übersteigt der Fair Value einer Berichtseinheit ihren Buchwert, ist der Goodwill nicht wertgemindert. Übersteigt der Buchwert den Fair Value, ist der zweite Schritt des quantitativen Werthaltigkeitstests für Goodwill durchzuführen, indem die Höhe eines Wertminderungsaufwands zu ermitteln ist, sofern ein solcher besteht.

Die qualitative Beurteilung ist als Vereinfachung des jährlichen Werthaltigkeitstests gedacht und kann für jede Berichtseinheit und jede Periode übersprungen werden, um direkt mit dem ersten Schritt des quantitativen Werthaltigkeitstests für Goodwill fortzufahren. Wird die qualitative Beurteilung in irgendeiner Periode übersprungen, was der aktuellen Praxis der Gruppe entspricht, kann die Durchführung einer qualitativen Beurteilung in einer beliebigen Folgeperiode wieder aufgenommen werden.

Umstände, die eine erste qualitative Beurteilung oder den ersten Schritt des Werthaltigkeitstests für Goodwill auslösen können, sind unter anderem: (i) makroökonomische Bedingungen, wie eine bedeutende Verschlechterung des allgemeinen wirtschaftlichen Klimas oder andere Entwicklungen auf den Aktien- und Kreditmärkten; (ii) branchen- und marktbezogene Erwägungen, wie die Verschlechterung des Umfelds, in dem die Einheit aktiv ist, ein Umfeld des zunehmenden Wettbewerbs, ein Rückgang der marktabhängigen Multiplikatoren zur Unternehmensbewertung oder Kennzahlen (sowohl in absoluten als auch in relativen Werten gegenüber Mitbewerbern) und aufsichtsrechtliche oder politische Entwicklungen; (iii) sonstige relevante für die Einheit spezifische Ereignisse, wie Veränderungen in Bezug auf Management, Mitarbeitende in Schlüsselfunktionen oder Strategie; (iv) die mehr als 50-prozentige Wahrscheinlichkeit eines Verkaufs oder einer anderweitigen Veräusserung der gesamten oder eines Teils einer Berichtseinheit; (v) Ergebnisse aus der Überprüfung der Werthaltigkeit einer wesentlichen Gruppe von Vermögenswerten in einer Berichtseinheit; (vi) die Erfassung einer Wertberichtigung auf Goodwill im Abschluss einer Tochtergesellschaft, welche Teil einer Berichtseinheit ist, und (vii) ein nachhaltiger Rückgang des

Börsenkurses (betrachtet sowohl in absoluten als auch relativen Werten gegenüber Mitbewerbern).

Für den Goodwill-Werthaltigkeitstest wird der Buchwert jeder Berichtseinheit anhand der Inanspruchnahme von risikogewichteten Aktiven durch die einzelnen Berichtseinheiten, ihrer Leverage-Risikoposition, ihrer latenten Steuerguthaben, ihrer kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen, ihres Goodwill und ihrer immateriellen Werte ermittelt. Das nach Berücksichtigung der Gesamtheit dieser Elemente allfällig verbleibende Eigenkapital wird anteilig an die Berichtseinheiten zugewiesen. Per 31. Dezember 2013 belief sich das verbleibende Eigenkapital auf CHF 9 425 Mio. Früher wurde der Buchwert für jede Berichtseinheit anhand des ihr zugewiesenen Economic Capital ermittelt. Die verbesserte Methode zur Ermittlung des Buchwerts der einzelnen Berichtseinheiten trägt der aktuellen Führung für diese Geschäftsbereiche sowie den regulatorischen Kapitalvorschriften für die einzelnen Berichtseinheiten Rechnung. Per 31. Dezember 2013 wurde der Goodwill nach beiden Methoden auf Werthaltigkeit geprüft, um den Buchwert jeder Berichtseinheit zu ermitteln.

Zu den Faktoren, die bei der Bestimmung des Fair Value einer Berichtseinheit berücksichtigt werden, zählen unter anderen: eine Bewertung der jüngsten Übernahmen ähnlicher Geschäftseinheiten im Markt, aktuelle Aktienkurse ähnlicher Publikumsgesellschaften im Markt einschliesslich Preis-Multiples, jüngste Trends hinsichtlich unseres Aktienkurses und derjenigen von Konkurrenten, Schätzungen unseres zukünftigen Ertragspotenzials aufgrund unseres strategischen Drei-Jahres-Geschäftsplans und das Zinsniveau.

Schätzungen unseres zukünftigen Ertragspotenzials und desjenigen der Berichtseinheiten erfordern Ermessensentscheide in wesentlichem Umfang einschliesslich der Erwartungen des Managements hinsichtlich zukünftiger Veränderungen der Marktzyklen, des regulatorischen Umfelds, der erwarteten Ergebnisse aus der Umsetzung von Unternehmensstrategien, Wettbewerbsfaktoren und Annahmen bezüglich der Bindung von Mitarbeitenden in Schlüsselfunktionen. Ungünstige Veränderungen der Schätzungen und Annahmen, die zur Ermittlung des Fair Value der Berichtseinheiten der Gruppe verwendet wurden, können in Zukunft eine Wertberichtigung des Goodwill zur Folge haben.

Für jede Berichtseinheit wird quartalsweise eine Planbilanz erstellt. Wenn der zweite Schritt des Goodwill-Werthaltigkeitstests erforderlich ist, wird der implizite Fair Value des Goodwill der entsprechenden Berichtseinheit mit dem Buchwert dieses Goodwill verglichen. Überschreitet der Buchwert den impliziten Fair Value des Goodwill, wird ein Wertberichtigungsaufwand in Höhe des Unterschiedsbetrags erfasst. Der als Goodwill-Wertberichtigung erfasste Verlust kann den Buchwert dieses Goodwill nicht überschreiten. Der implizite Fair Value wird auf dieselbe Weise berechnet wie der in einem Unternehmenszusammenschluss erfasste Goodwill-Betrag, und der aktuelle Fair Value der Berichtseinheit wird allen Aktiven und Passiven dieser Einheit zugeordnet (einschliesslich nichtbilanzierter immaterieller Anlagen, jedoch ohne Goodwill), als wäre die Berichtseinheit im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben worden. Ein unabhängiger Bewertungsexperte wird in der Regel hinzugezogen, um bei

der Bewertung der nichtbilanzierten immateriellen Anlagen der Berichtseinheit mitzuwirken.

Auf der Grundlage unserer Analyse der Werthaltigkeit des Goodwill per 31. Dezember 2013 kamen wir zum Schluss, dass der geschätzte Fair Value für drei der Berichtseinheiten in der Division Private Banking & Wealth Management den entsprechenden Buchwert deutlich überstieg und per 31. Dezember 2013 keine Wertberichtigung notwendig war. Der Fair Value der nicht strategischen Berichtseinheit von Private Banking & Wealth Management lag zum Zeitpunkt ihrer Bildung im vierten Quartal 2013 unter dem geschätzten Buchwert, so dass wir eine Goodwill-Wertberichtigung von CHF 12 Mio. vornahmen.

Für unsere Berichtseinheit Investment Banking war keine Wertberichtigung notwendig, da der geschätzte Fair Value den Buchwert deutlich überstieg. Die Gruppe beauftragte einen unabhängigen Bewertungsspezialisten, sie bei der Bewertung der Berichtseinheit per 31. Dezember 2013 unter Verwendung einer Kombination des marktorientierten und des ertragsorientierten Ansatzes zu unterstützen. Im Rahmen des marktorientierten Ansatzes werden zum einen Multiplikatoren auf Basis Kurs und Gewinnerwartung oder Multiplikatoren auf Basis Kurs und Buchwert von ähnlichen gehandelten Unternehmen und zum anderen die zuletzt bezahlten Preise für Transaktionen in der gleichen oder verwandten Branchen berücksichtigt. Im Rahmen des ertragsorientierten Ansatzes wurde ein Diskontierungssatz angewendet, der die Risiken und Unsicherheiten im Zusammenhang mit den prognostizierten Cashflows der Berichtseinheit widerspiegelt.

Die Ergebnisse der Beurteilung der Werthaltigkeit des Goodwill der einzelnen Berichtseinheiten würden von nachteiligen Veränderungen der im Rahmen des Bewertungsprozesses verwendeten Annahmen beträchtlich beeinflusst. Wenn die tatsächlichen Ergebnisse von unseren bestmöglichen Schätzungen der wichtigsten wirtschaftlichen Annahmen und den entsprechenden, für die Bewertung der Berichtseinheit verwendeten Cashflows in ausreichendem Mass negativ abweichen, könnten wir in Zukunft gezwungen sein, eine wesentliche Wertberichtigung vorzunehmen.

► Siehe «Anhang 20 – Goodwill» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Goodwill.

STEUERN

Ungewisse Ertragsteuerpositionen

Wir befolgen die Richtlinie von ASC Topic 740, «Income Tax», welche einen konsistenten Rahmen zur Ermittlung der angemessenen Höhe von Steuerrückstellungen für ungewisse Ertragsteuerpositionen bieten.

Die Entscheidung, ob eine Ertragsteuerposition aufgrund des technischen Sachverhalts mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% einer Überprüfung durch die Steuerbehörden standhält, einschliesslich des Ausgangs damit verbundener Rekurse und Prozesse, erfordert wesentliches Ermessen. Weiteres Ermessen ist für die Festlegung der Höhe des Steuervorteils erforderlich, welcher in der konsolidierten Jahresrechnung erfasst werden darf.

► Siehe «Anhang 27 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Ertragsteuerpositionen.

Wertberichtigungen für latente Steuern

Per Bilanzstichtag der Gruppe werden latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten für die geschätzten zukünftigen steuerlichen Auswirkungen von steuerlichen Verlustvorträgen und temporären Differenzen zwischen den für die konsolidierte Jahresrechnung massgeblichen Buchwerten bestehender Aktiven und Verbindlichkeiten und den relevanten Steuerwerten ausgewiesen.

Die Realisierbarkeit latenter Steuerguthaben auf temporären Wertdifferenzen hängt von der Generierung steuerbarer Erträge in den Zeiträumen ab, in welchen die betreffenden befristeten Wertdifferenzen zu steuerlich abzugsfähigen Aufwendungen führen. Die Realisierbarkeit latenter Steuerguthaben auf steuerlichen Verlustvorträgen hängt von der Generierung steuerbarer Erträge in zukünftigen Perioden ab, in denen die steuerlichen Verlustvorträge geltend gemacht werden können (soweit sie zeitlich nicht unbefristet sind). Das Management überprüft regelmässig, ob latente Steuerguthaben realisiert werden können. Ist das Management der Auffassung, dass die Realisierbarkeit eines latenten Steuerguthabens oder eines entsprechenden Teils mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% nicht mehr gegeben ist, wird eine entsprechende Wertberichtigung gebildet. Bei der Beurteilung der Werthaltigkeit latenter Steuerguthaben berücksichtigt das Management sowohl positive als auch negative Anhaltspunkte einschliesslich prognostizierter zukünftiger steuerbarer Erträge, die Auflösungen latenter Steuerverbindlichkeiten, die zeitlich planbar sind, und Steuerplanungsstrategien.

Diese Beurteilung erfordert wesentliche Ermessensentscheide des Managements vor allem hinsichtlich des prognostizierten steuerbaren Ertrags. Zukünftiger steuerbarer Ertrag lässt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. Er wird aus Budgets und strategischen Geschäftsplänen abgeleitet, hängt aber von zahlreichen Faktoren ab, die zum Teil ausserhalb der Kontrolle des Managements liegen. Erhebliche Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse von den geschätzten zukünftigen steuerbaren Gewinnen oder Änderungen unserer Schätzungen hinsichtlich der zukünftigen steuerbaren Gewinne und mögliche Restrukturierungen könnten Änderungen bezüglich Realisierbarkeit der latenten Steuerguthaben zur Folge haben und eine entsprechende Anpassung der Wertberichtigung erfordern.

Im Rahmen seines üblichen Vorgehens führte das Management eine detaillierte Beurteilung der erwarteten zukünftigen Ergebnisse durch. Diese Beurteilung berücksichtigte das Bekenntnis der Gruppe zum integrierten Geschäftsmodell und die Wichtigkeit des Investment-Banking-Segments innerhalb der integrierten Bank sowie die 2012 angekündigten Veränderungen und die seit 2008 erfolgte Risikoreduktion. Die Beurteilung zeigte die erwarteten zukünftigen Ergebnisse, die voraussichtlich in Ländern erzielt werden, in welchen die Gruppe wesentliche latente Steuerguthaben hat, wie die USA, Grossbritannien und die Schweiz. Danach verglich das Management die erwarteten zukünftigen Ergebnisse mit den für die Nutzung latenter Steuerguthaben anwendbaren Gesetzen. Das US-Steuerrecht gewährt eine 20-jährige Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge, im britischen Steuerrecht ist die Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge

unbegrenzt, und das schweizerische Steuerrecht gestattet steuerliche Verlustvorträge für eine Periode von sieben Jahren.

► Siehe «Anhang 27 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu latenten Steuerguthaben.

VORSORGEPLÄNE

Gruppe

Die Gruppe deckt Vorsorgebedürfnisse in der Schweiz und in anderen Ländern über verschiedene Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und Beitragsprimat ab.

Unsere Richtlinien zur Finanzierung dieser Vorsorgepläne stehen in Einklang mit lokalen staatlichen und steuerlichen Anforderungen.

Die Berechnung des Aufwands und der Verbindlichkeiten für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat erfordert eine umfangreiche Verwendung von Annahmen, welche Diskontsatz, erwartete Rendite der Planvermögen und Rate der zukünftigen Lohnerhöhungen einschliessen. Das Management legt diese Annahmen, gestützt auf aktuell verfügbare Markt- und Branchendaten sowie die historischen Erfahrungsdaten der Pläne, fest. Weiter konsultiert das Management einen unabhängigen Aktuar, um bei der Wahl angemessener Annahmen und den Bewertungen der entsprechenden Verbindlichkeiten mitzuwirken. Die von der Gruppe verwendeten versicherungsmathematischen Annahmen können infolge veränderter Markt- und Wirtschaftsbedingungen und der spezifischen Erfahrungsdaten der Vorsorgepläne (wie über- oder unterdurchschnittlicher Performance in der Vermögensverwaltung, höherer oder niedrigerer Austrittsraten sowie einer längeren oder kürzeren Lebenserwartung der Versicherten) wesentlich von den tatsächlichen Ergebnissen abweichen. Jede dieser Abweichungen kann sich deutlich auf die Höhe des in zukünftigen Jahren verbuchten Vorsorgeaufwands auswirken.

Die Über- beziehungsweise Unterdeckung unserer Vorsorgepläne und Pläne für sonstige Leistungen mit Leistungsprimat an Mitarbeitende im Ruhestand werden in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen. Die Auswirkungen aus der Neubemessung des Deckungsgrades (berücksichtigt in den versicherungsmathematischen Gewinnen beziehungsweise Verlusten) und aus Planänderungen (berücksichtigt im nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwand beziehungsweise in der Dienstzeitgutschrift) werden im Eigenkapital als Teil der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst.

Die Summe der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen (Projected Benefit Obligation, PBO) unserer Vorsorgepläne mit Leistungsprimat enthielt per 31. Dezember 2013 einen Betrag von CHF 488 Mio. für angenommene künftige Salärerhöhungen, verglichen mit CHF 534 Mio. per 31. Dezember 2012. Die aktuellen Vorsorgeverpflichtungen (Accumulated Benefit Obligation, ABO) sind definiert als zukünftige Vorsorgeverpflichtungen abzüglich des für die zukünftigen Salärerhöhungen geschätzten Betrags. Die Differenz zwischen dem Fair Value der Planvermögen und den aktuellen Vorsorgeverpflichtungen entsprach einer Überdeckung von CHF 2 091 Mio. für 2013, verglichen mit einer Überdeckung von CHF 698 Mio. für 2012.

Die zur Berechnung des in der konsolidierten Erfolgsrechnung zu erfassenden Vorsorgeaufwands verwendete erwartete langfristige Rendite auf dem Planvermögen muss von uns geschätzt werden. Die Schätzung zukünftiger Renditen auf dem Planvermögen ist besonders subjektiv, denn sie erfordert eine Beurteilung möglicher zukünftiger Markttrenditen basierend auf der Zusammensetzung der Planvermögen. Zur Berechnung des Vorsorgeaufwands und zur Ermittlung der erwarteten langfristigen Rendite verwenden wir den marktbezogenen Wert der Vermögenswerte. Die per Bemessungsstichtag für die Ermittlung der Vorsorgeverpflichtungen verwendeten Annahmen werden auch benutzt, um den periodischen Nettovorsorgeaufwand für die dem Stichtag folgende 12-Monats-Periode zu berechnen.

Die erwartete gewichtete durchschnittliche langfristige Rendite für 2013 und 2012, welche zur Berechnung der erwarteten Rendite auf dem Planvermögen als Bestandteil des periodischen Nettovorsorgeaufwands benutzt wird, betrug 4,0% beziehungsweise 4,3% für die Schweizer Pläne und 6,2% beziehungsweise 6,4% für die ausländischen Pläne. Wäre die erwartete langfristige Rendite für 2013 um einen Prozentpunkt gestiegen/gesunken, hätte sich der Nettovorsorgeaufwand für die Schweizer Pläne um CHF 144 Mio. und der Nettovorsorgeaufwand für die ausländischen Pläne um CHF 26 Mio. verringert/erhöht.

Der zur Ermittlung der Vorsorgeverpflichtung verwendete Diskontsatz basiert auf den Sätzen von erstklassigen Unternehmensanleihen oder von Staatsanleihen zuzüglich einer Prämie zur Annäherung an die Sätze von erstklassigen Unternehmensanleihen. Bei der Ermittlung des Diskontsatzes berücksichtigen wir die Beziehung zwischen den Unternehmensanleihen sowie Zeitpunkt und Höhe der zukünftigen Geldabflüsse für Leistungsauszahlungen. Der für Schweizer Pläne verwendete Diskontsatz nahm um 0,4 Prozentpunkte von 2,2% per 31. Dezember 2012 auf 2,6% per 31. Dezember 2013 zu, was vor allem auf einen Anstieg der Sätze am Schweizer Anleihenmarkt zurückzuführen war. Der für ausländische Pläne verwendete durchschnittliche Diskontsatz stieg um 0,2 Prozentpunkte von 4,5% per 31. Dezember 2012 auf 4,7% per 31. Dezember 2013, was vor allem auf einen Anstieg der Sätze an den Anleihenmärkten in der EU und den USA zurückzuführen war, der zum Teil durch einen Zinsrückgang an den Anleihenmärkten in Grossbritannien kompensiert wurde. Der Diskontsatz wirkt sich sowohl auf den Vorsorgeaufwand als auch auf die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen aus. Wäre der Diskontsatz für die Schweizer Pläne per 31. Dezember 2013 um einen Prozentpunkt gesunken, hätte dies zu einer Erhöhung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 1 688 Mio. und einer Erhöhung des Vorsorgeaufwands von CHF 126 Mio. geführt. Wäre der Diskontsatz dagegen um einen Prozentpunkt gestiegen, hätte dies einen Rückgang der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 1 486 Mio. und einen Rückgang des Vorsorgeaufwands von CHF 141 Mio. zur Folge gehabt. Wäre der Diskontsatz für die ausländischen Pläne per 31. Dezember 2013 um einen Prozentpunkt gesunken, hätte dies zu einer Erhöhung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 604 Mio. und einer Erhöhung des Vorsorgeaufwands von CHF 49 Mio. geführt. Wäre der Diskontsatz dagegen um einen

Prozentpunkt gestiegen, hätte dies einen Rückgang der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 487 Mio. und einen Rückgang des Vorsorgeaufwands von CHF 40 Mio. zur Folge gehabt.

Versicherungsmathematische Verluste und der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand werden über die durchschnittliche verbleibende Dienstzeit der aktiven Mitarbeitenden, die im Rahmen des Plans erwartungsgemäss Leistungen beziehen dürften, amortisiert. Die durchschnittliche verbleibende Dienstzeit per 31. Dezember 2013 betrug bei den Schweizer Plänen etwa neun Jahre, bei den ausländischen Plänen zwischen 3 und 25 Jahren. Der Vorsteueraufwand im Zusammenhang mit der Amortisation der versicherungsmathematischen Nettoverluste und des nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat betrug per 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 CHF 245 Mio., CHF 165 Mio. beziehungsweise CHF 152 Mio. Die Amortisation erfasster versicherungsmathematischer Verluste und des nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands per 31. Dezember 2014 für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat, die zu Beginn des Jahres berechnet wird, dürfte sich nach Steuern auf CHF 77 Mio. belaufen. Der Effekt von Abweichungen zwischen unseren versicherungsmathematischen Annahmen und den tatsächlichen Entwicklungen dieser Parameter bei unseren Vorsorgeplänen wirkt sich weiter auf die Höhe der im Eigenkapital erfassten versicherungsmathematischen Nettoverluste beziehungsweise -gewinne aus, was einen höheren oder niedrigeren Amortisationsaufwand in den Perioden nach 2014 zur Folge haben wird.

► Siehe «Anhang 30 – Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Vorsorgeleistungen.

Bank

Die Bank deckt die Vorsorgepflichten für ihre Mitarbeitenden in der Schweiz über die Beteiligung an einem von der Gruppe gesponserten Vorsorgeplan mit Leistungsprimat ab (Gruppenplan). An diesen Gruppenplan, bei welchem es sich um eine in Zürich domizillierte unabhängige Stiftung handelt, sind verschiedene Rechtseinheiten der Gruppe angeschlossen. Die Gruppe führt den Gruppenplan als selbstständigen Vorsorgeplan mit Leistungsprimat. Dabei wendet sie zur Berechnung des periodischen Nettovorsorgeaufwands, der erwarteten zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen, der aktuellen Vorsorgeverpflichtungen und der entsprechenden Beträge, welche in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen werden, das Verfahren der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Actuarial Method) an. Die Über- oder Unterdeckung des Gruppenplans wird in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste und der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand beziehungsweise die Dienstzeitgutschrift werden im Eigenkapital als Teil der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst.

Die Bank führt den Gruppenplan als Beitragsprimatplan. Dabei erfasst die Bank nur diejenigen Beträge als periodenbezogenen Nettovorsorgeaufwand, welche für die jeweilige Periode an den Gruppenplan zu leisten sind, und weist nur die fälligen, unbezahlten Beiträge als Verbindlichkeit aus. Darüber hinaus erfasst die

Bank für den Gruppenplan keinen weiteren Aufwand und keine Bilanzpositionen.

Die Bank deckt die Vorsorgepflichten für ihre Mitarbeitenden an ausländischen Standorten über die Beteiligung an verschiedenen Vorsorgeplänen ab. Diese werden als selbstständige Vorsorgepläne mit Leistungs- oder Beitragsprimat geführt.

Hätte die Bank den Gruppenplan für 2013 als Leistungsprimatplan ausgewiesen, hätte die erwartete langfristige Rendite, welche zur Berechnung der erwarteten Rendite auf dem Planvermögen als Bestandteil des periodischen Nettovorsorgeaufwands benutzt wird, 4,0% betragen. Die erwartete gewichtete durchschnittliche langfristige Rendite, welche zur Berechnung der erwarteten Rendite auf den Planvermögen der ausländischen selbstständigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat als Bestandteil des periodischen Nettovorsorgeaufwands benutzt wird, betrug für 2013 6,2%.

Der zur Ermittlung der Vorsorgeverpflichtung verwendete Diskontsatz basiert auf den Sätzen von erstklassigen Unternehmensanleihen oder von Staatsanleihen zuzüglich einer Prämie zur Annäherung an die Sätze von erstklassigen Unternehmensanleihen. Hätte die Bank den Gruppenplan per 31. Dezember 2013 als Leistungsprimatplan geführt, hätten die zur Berechnung der Vorsorgeverpflichtung und des periodischen Nettovorsorgeaufwands verwendeten Diskontsätze 2,6% beziehungsweise 2,2% betragen. Die zur Berechnung der Vorsorgeverpflichtung und des periodischen Nettovorsorgeaufwands verwendeten gewichteten durchschnittlichen Diskontsätze für die ausländischen selbstständigen

Vorsorgepläne mit Leistungsprimat beliefen sich per 31. Dezember 2013 auf 4,7% beziehungsweise 4,5%. Wäre der Diskontsatz für die ausländischen selbstständigen Pläne um einen Prozentpunkt gesunken, hätte dies zu einer Erhöhung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 604 Mio. und einer Erhöhung des Vorsorgeaufwands von CHF 49 Mio. geführt. Wäre der Diskontsatz dagegen um einen Prozentpunkt gestiegen, hätte dies einen Rückgang der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 487 Mio. und einen Rückgang des Vorsorgeaufwands von CHF 40 Mio. zur Folge gehabt.

Die Bank weist für den Gruppenplan keine Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten oder von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand aus. Versicherungsmathematische Verluste und der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand in Bezug auf die ausländischen selbstständigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat werden über die durchschnittliche verbleibende Dienstzeit der aktiven Mitarbeitenden, die im Rahmen des Plans erwartungsgemäss Leistungen beziehen dürften, amortisiert. Der Vorsteueraufwand im Zusammenhang mit der Amortisation von nicht erfassten versicherungsmathematischen Nettoverlusten und nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand betrug per 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 CHF 79 Mio., CHF 73 Mio. beziehungsweise CHF 51 Mio. Die Amortisation erfasster versicherungsmathematischer Verluste und des nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands per 31. Dezember 2014, die zu Beginn des Jahres berechnet wird, dürfte sich nach Steuern auf CHF 38 Mio. belaufen.



Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz

106 Management von Liquidität
und Refinanzierung

114 Kapitalbewirtschaftung

130 Risikomanagement

160 Bilanzielle, ausserbilanzielle
und sonstige vertragliche
Verpflichtungen

Management von Liquidität und Refinanzierung

Im Verlauf des Jahres 2013 war unsere Liquiditäts- und Refinanzierungsposition nach wie vor stark. Die Mehrheit unserer unbesicherten Refinanzierung stammt aus stabilen Kundeneinlagen und langfristigem Fremdkapital.

ÜBERBLICK

Wertschriften für die Refinanzierung und Kapitalaufnahme werden in erster Linie durch die Bank, unsere wichtigste operative Tochtergesellschaft und zudem ein US-Registrant, emittiert. Die Bank leiht ihren Tochter- und verbundenen Gesellschaften, den Bedürfnissen entsprechend, vor- oder nachrangig Gelder aus. Nachrangige Gelder werden in der Regel ausgeliehen, um die Eigenkapitalanforderungen einzuhalten oder, je nach Wunsch des Managements, um Geschäftsmöglichkeiten zu unterstützen.

Unsere Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie ist vom Capital Allocation and Risk Management Committee (CARMC) genehmigt und wird vom Verwaltungsrat überwacht. Die Umsetzung und Ausführung dieser beiden Strategien liegt bei Treasury. Treasury stellt die Einhaltung der Liquiditätspolitik sowie die effiziente Koordination der besicherten Refinanzierungsbereiche sicher. So können wir potenzielle Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken besser bewirtschaften und unsere Liquidität und Refinanzierung umgehend an Stresssituationen anpassen. Es erfolgt eine regelmässige Berichterstattung über das Liquiditäts- und Refinanzierungsprofil an das CARMC und den Verwaltungsrat. Diese beiden Instanzen legen die Risikobereitschaft einschliesslich Liquiditätsrisiko sowie die Parameter für die Nutzung der Bilanz und der Refinanzierung durch unsere Geschäftsbereiche fest. Der Verwaltungsrat ist für die Festlegung unserer gesamten Risikotoleranz in Form einer Stellungnahme zur Risikobereitschaft (Risikoappetit) verantwortlich.

Unser Liquiditäts- und Refinanzierungsprofil widerspiegelt unsere Strategie und Risikobereitschaft, wobei die Geschäftsaktivitäten und das Geschäftsumfeld insgesamt von massgeblicher Bedeutung sind. Mit der Anpassung unseres Liquiditäts- und Refinanzierungsprofils wollen wir den Lehren aus der Finanzkrise, den anschliessenden Änderungen unserer Geschäftsstrategie und den Entwicklungen auf aufsichtsrechtlicher Ebene Rechnung tragen. Wir beteiligen uns aktiv an aufsichtsrechtlichen und branchenspezifischen Foren zur Förderung von Best-Practice-Normen im Bereich der quantitativen und qualitativen Liquiditätssteuerung. Unser internes Regelwerk zur Bewirtschaftung des Liquiditätsrisikos wird von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA (FINMA), weiteren Aufsichtsbehörden und Ratingagenturen kontrolliert und überwacht.

REGULATORISCHER RAHMEN

Im April 2010 und März 2011 führten wir die überarbeiteten Liquiditätsgrundsätze ein, die wir mit der FINMA im Anschluss an deren Beratungen mit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) vereinbart hatten. Damit soll sichergestellt werden, dass die Gruppe und die Bank auf konsolidierter Basis über eine angemessene Reserve an liquiden, nicht belasteten, erstklassigen Wertschriften verfügen, die in einer Krisensituation für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung stehen.

Im Dezember 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) das internationale Regelwerk Basel III, das die Messung des Liquiditätsrisikos, dessen Überwachung und die entsprechenden Vorschriften regelt. Das Regelwerk sieht unter anderem eine Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR) vor.

Die Mindestliquiditätsquote tritt im Rahmen einer schrittweisen Einführung ab 1. Januar 2015 bis zum 1. Januar 2019 in Kraft. Sie ist als Massnahme gegen Liquiditätsrisiken auf 30 Tage angelegt und soll sicherstellen, dass die Banken über einen Bestand an unbelasteten, qualitativ hochwertigen liquiden Vermögenswerten verfügen, um so im Fall eines ausgeprägten Stressszenarios den kurzfristigen Liquiditätsbedarf zu decken. Die Mindestliquiditätsquote besteht aus zwei Komponenten, dem Wert des Bestands an qualitativ hochwertigen liquiden Vermögenswerten in Stresssituationen und den gesamten Netto-Barmittelabflüssen gemäss festgelegten Abflussparametern. Gemäss den Kriterien des Basler Ausschusses muss das Verhältnis zwischen dem Bestand an liquiden Vermögenswerten und den Netto-Barmittelabflüssen anfänglich mindestens 60% betragen und während vier Jahren um jeweils 10% erhöht werden, um per 1. Januar 2019 100% zu erreichen.

Die strukturelle Liquiditätsquote, die am 1. Januar 2018 im Anschluss an eine Beobachtungsphase, die 2012 begann, eingeführt werden soll, stellt Kriterien auf für ein Minimum an stabiler Refinanzierung, basierend auf der Liquidität der Vermögenswerte einer Bank und ihrer Aktivitäten mit einem Zeithorizont von über einem Jahr. Die strukturelle Liquiditätsquote ist eine Ergänzung zur Mindestliquiditätsquote und ist so strukturiert, dass die Refinanzierung illiquider Aktiven mit einem angemessenen Betrag von stabilen langfristigen Mitteln sichergestellt wird. Dabei wird die strukturelle Liquiditätsquote definiert als das Verhältnis der verfügbaren stabilen Refinanzierungsmittel gegenüber dem Betrag der erforderlichen stabilen Refinanzierungsmittel und sollte immer mindestens 100% betragen.

Im Januar 2014 veröffentlichte der Basler Ausschuss endgültige Regeln zur Mindestliquiditätsquote und Offenlegungsvorschriften, die ab dem 1. Januar 2015 im Rahmen der regulären Publizitätspflichten umzusetzen sind. Er unterbreitete ferner Änderungsvorschläge zur strukturellen Liquiditätsquote, die voraussichtlich bis zum bereits angekündigten Datum, das heisst dem 1. Januar 2018, Mindeststandard werden dürften.

Im November 2012 führte der Schweizer Bundesrat eine neue Liquiditätsverordnung ein, welche die Liquiditätsanforderungen von Basel III in Schweizer Recht umsetzt, wobei zum Teil weitere Regulierungen erforderlich sind. Die Liquiditätsverordnung, die am 1. Januar 2013 in Kraft trat, verlangt ein geeignetes Management und eine geeignete Überwachung von Liquiditätsrisiken und gilt für alle Banken, jedoch abgestuft nach Art, Komplexität und Risikograd der Tätigkeit einer Bank. Sie enthält auch quantitative wie qualitative Anforderungen für systemrelevante Banken, darunter auch die unsere, die im Allgemeinen mit den bestehenden Vereinbarungen über das Halten von Liquidität mit der FINMA übereinstimmen. Im Januar 2014 haben der Schweizer Bundesrat und die FINMA Änderungsvorschläge zur Liquiditätsverordnung unterbreitet, um die definitiven Vorschriften zur Mindestliquiditätsquote unter Basel III nachzuvollziehen. Danach unterliegen systemrelevante Banken wie die unsere ab 2015 einer anfänglichen Mindestliquiditätsquote von 100%.

Unsere überarbeiteten Liquiditätsgrundsätze und unser Regelwerk für das Liquiditätsrisikomanagement, die durch die FINMA genehmigt wurden, entsprechen den Liquiditätsanforderungen des Basel-III-Regelwerks.

► Siehe «Basel-Regelwerk» und «USA – Überwachung der Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen und aufsichtsrechtliche Überwachung» in I – Informationen zum Unternehmen – Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden – Jüngste regulatorische Entwicklungen und Vorschläge für weitere Informationen.

REGELWERK FÜR DAS LIQUIDITÄTSRISIKOMANAGEMENT

Unser Konzept für das Liquiditätsrisikomanagement

Die Liquiditäts- und Refinanzierungspolitik ist darauf ausgelegt, ausreichende Refinanzierungen zur Deckung aller Verpflichtungen in Extremfällen bereitzustellen, die entweder auf Marktereignisse oder auf Probleme der Credit Suisse selbst zurückgehen. Dies wird durch eine konservative Asset-Liability-Management-Struktur zur Sicherstellung einer Refinanzierung mit langfristigen Verbindlichkeiten, wie stabilen Einlagen, erreicht, deren Umfang die illiquiden Vermögenswerte erheblich übersteigt. Um kurzfristigen Liquiditätsengpässen begegnen zu können, ist ein Liquiditätspool ausgeschieden, der im Folgenden beschrieben und für unvorhergesehene Abflüsse im Falle schwerer Belastungen der Märkte oder besonderer Stresssituationen verwendet werden kann. Unsere Liquiditätsrisikoparameter widerspiegeln diverse Liquiditätsstressszenarien, die wir als konservativ einschätzen. Wir steuern unser Liquiditätsprofil dergestalt, dass wir bei einem Versiegen der unbesicherten Mittelquellen für Refinanzierungen über ausreichend liquide Mittel verfügen, um unsere Geschäftstätigkeit während angemessener Zeit über unsere Mindestvoraussetzungen hinweg aufrechtzuerhalten.

Obwohl die ► strukturelle Liquiditätsquote voraussichtlich erst 2018 eingeführt wird und noch durch den ► Basler Ausschuss und die ► FINMA geändert werden kann, haben wir 2012 begonnen, die strukturelle Liquiditätsquote als Hauptinstrument zur Kontrolle unserer strukturellen Liquiditätsposition, zur Refinanzierungsplanung sowie als Basis für unsere Funds-Transfer-Pricing-Strategie einzusetzen. Zur Umsetzung unserer publizierten Absicht, unsere Bilanzsumme zu reduzieren, verstärkten wir unser Profil bei der langfristigen Refinanzierung zusätzlich, um unsere strukturelle Liquiditätsquote sicher zu erfüllen. Unsere strukturelle Liquiditätsquote unter dem aktuellen Regelwerk der FINMA lag Ende 2013 unserer Schätzung zufolge bei über 100%.

Unsere Schätzung basiert auf den Definitionen und Methoden gemäss dem bereits erwähnten, im Dezember 2010 veröffentlichten internationalen Regelwerk Basel III des Basler Ausschusses für die Messung des Liquiditätsrisikos, dessen Überwachung und die entsprechenden Vorschriften, auf der bereits erwähnten Liquiditätsverordnung zur Umsetzung der Liquiditätsanforderungen von Basel III in Schweizer Recht sowie auf weiteren Vorgaben und Anforderungen der FINMA. Wo die Anforderungen unklar sind oder noch vom Basler Ausschuss und von der FINMA festgelegt werden müssen, arbeiten wir mit eigenen Annahmen und Hypothesen, die unter Umständen nicht mit denjenigen anderer Finanzinstitute übereinstimmen. Bei den Kriterien zur strukturellen Liquiditätsquote handelt es sich um regulatorische Kennzahlen, deren Offenlegung noch nicht formell vorgeschrieben ist und die daher Nicht-GAAP-Finanzkennzahlen sind.

Parallel zur strukturellen Liquiditätsquote verwenden wir nach wie vor unser internes Liquiditätsbarometer, um die Liquidität mit internen Vorgaben zu steuern und als Grundlage für die Abbildung von spezifisch auf die Credit Suisse bezogenen Stressszenarien und systemischen Marktstressszenarien sowie wegen deren Einfluss auf die Refinanzierung und Liquidität. Das Barometer-Regelwerk dient zur Unterstützung unserer Refinanzierungsstruktur. Mithilfe des Barometers können wir den Zeithorizont steuern, in welchem der angepasste Marktwert unbelasteter Aktiven (einschliesslich Barmitteln) den gesamten Wert vertragsgemäss abfliessender unbesicherter Verbindlichkeiten zuzüglich eines konservativen Prognosewerts für erwartete Eventualverpflichtungen übersteigt. Mit dem Barometer sind wir in der Lage, das Liquiditätsmanagement nach dem gewünschten Profil in Stresssituationen auszurichten und so in Extremsituationen, die entweder auf Marktereignisse oder Probleme der Credit Suisse zurückgehen, Aktivitäten über einen längeren Zeitraum (der auch als Liquiditätshorizont bezeichnet wird) fortzuführen, ohne dass Geschäftspläne geändert werden müssen. Im Rahmen dieses Regelwerks haben wir auch kurzfristige Ziele auf der Basis zusätzlicher Stressszenarien vorgesehen, um für kurze Zeiträume ununterbrochene Liquidität zu gewährleisten.

Unser Liquiditätssteuerungs-Regelwerk ermöglicht es uns, Stressanalysen unserer Bilanz- und Ausserbilanzpositionen vorzunehmen, die unter anderem Folgendes umfassen:

- eine mehrstufige Rückstufung der langfristigen Kreditratings der Credit Suisse, welche einen zusätzlichen Refinanzierungsbedarf auslöst, da bestimmte ausserbilanzielle Eventualverpflichtungen bestehen;

- bedeutende Mittelabflüsse bei Kundeneinlagen im Private Banking;
- möglicher Mittelabfluss im Zusammenhang mit dem Prime-Brokerage-Geschäft;
- die Verfügbarkeit besicherter Refinanzierung erfordert künftig eine wesentliche Überdeckung;
- es besteht kein Zugang zu Kapitalmärkten sowie Märkten für Einlagenzertifikate und ◻ Commercial Papers (CP);
- andere Zugänge zum Geldmarkt sind deutlich eingeschränkt;
- Rückgang des Refinanzierungswertes unbelasteter Aktiven;
- fehlender Zugriff auf Aktiven von Gruppengesellschaften aufgrund von regulatorischen, betrieblichen oder sonstigen Einschränkungen;
- die Möglichkeit, dass wir in Zeiten von stressbelasteten Märkten nicht vertraglich vereinbarte Liquiditätsunterstützungen, einschliesslich des Ankaufs unserer nicht besicherten Schuldtitel, zur Verfügung stellen;
- Überwachung von Konzentrationen bei den Quellen der Wholesale-Finanzierung, wodurch die Refinanzierungsvielfalt gefördert wird;
- Überwachung der Zusammensetzung und Analyse der unbelasteten Aktiven;
- beschränkte Verfügbarkeit von Fremdwährungs-Swap-Märkten; sowie
- andere Szenarien, die gegebenenfalls für notwendig erachtet werden.

Governance

Refinanzierungs-, Liquiditäts-, Kapital- sowie unsere Fremdwährungsrisiken im Bankenbuch werden zentral vom Treasury gesteuert. Die Aufsicht über diese Aktivitäten liegt beim CARMC, einem Ausschuss, dem die Chief Executive Officers (CEOs) der Gruppe und der Divisionen, der Chief Financial Officer (CFO), der Chief Risk Officer (CRO) und der Treasurer angehören.

Das CARMC ist verantwortlich für die Überwachung der Kapitalausstattung, der Bilanzentwicklung, der derzeitigen und zukünftigen Refinanzierung, der Zinsrisiken und der Fremdwährungspositionen sowie für die Bestimmung und Überwachung der Einhaltung interner Risikolimiten. Das CARMC prüft regelmässig die Methoden und Annahmen, die unserem Regelwerk für die Bewirtschaftung des Liquiditätsrisikos zugrunde liegen, und legt den einzuhaltenden Liquiditätshorizont fest.

Alle Liquiditätsstresstests werden vom CRO koordiniert und überwacht, damit eine für alle Risikoarten konsistente und koordinierte Methode gewährleistet ist.

Notfallpläne

Im Falle einer Liquiditätskrise sieht unser Liquiditätsnotfallplan bestimmte Massnahmen vor, die entsprechend der Art der Krise zu ergreifen sind. Unser Treasurer aktiviert den Notfallplan, wenn er Meldungen über die Überschreitung von zuvor definierten Grenzwerten (Triggern) erhält. Im Voraus definierte Eskalationsverfahren sorgen dafür, dass das Senior Management und das CARMC einbezogen werden, die Aufsichtsbehörden informiert sind und der Refinanzierungsausschuss (Funding Execution

Committee), der einen spezifischen Massnahmenplan erstellt und die Geschäfts- und Refinanzierungsaktivitäten koordiniert, zusammentritt. In jedem Fall verfolgt der Plan die folgenden Prioritäten: Stärkung der Liquidität (unverzüglich), Reduzierung des Refinanzierungsbedarfs (mittelfristig) und die Bewertung von Optionen zur Wiederherstellung (längerfristig).

Liquiditätspool

Treasury verwaltet umfangreiche Bestände an liquiden Vermögenswerten. Dieses Portfolio enthält Barmittel, hochwertige Anleihen, an Hauptmärkten gehandelte Beteiligungspapiere und andere liquide Wertpapiere, die als Liquiditätspool dienen. Ein Teil des Liquiditätspools stammt aus ◻ Reverse-Repo-Vereinbarungen mit Gegenparteien bester Bonität. Die meisten dieser liquiden Vermögenswerte sind nach den Liquiditätsvorschriften des Basler Ausschusses anrechenbar. Wir achten auf potenzielle Kreditrisiken und fokussieren unsere Strategie im Umgang mit Liquiditätsbeständen auf Guthaben bei Zentralbanken sowie kurzfristige Reverse-Repo-Geschäfte im Zusammenhang mit Staatsanleihen hoher Bonität. Diese Anleihen können als Sicherheiten für Liquiditätsfazilitäten bei verschiedenen Zentralbanken einschliesslich der SNB, des US Federal Reserve (Fed), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bank of England eingesetzt werden. Unser direktes Engagement in diesen Anleihen betrifft ausschliesslich hochliquide staatliche Einheiten oder voll abgesicherte staatliche Körperschaften, jeweils mit Höchstrating. Diese Wertschriften können auch dazu dienen, den Liquiditätsbedarf für unsere lokalen Geschäftsbereiche zu decken.

Alle Wertschriften, einschliesslich solcher, die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften erworben wurden, unterliegen einem für den Stress-Level geltenden ◻ Haircut, der auf Stressszenarien basiert und das Risiko widerspiegelt, dass im Notfall die Refinanzierung nicht zu Marktbedingungen möglich ist.

Der Liquiditätspool wird von uns zentral verwaltet und in den Hauptgeschäftsstellen gehalten. Durch die Verwahrung des Liquiditätspools bei diesen Einheiten ist gewährleistet, dass wir den lokalen Einheiten bei Bedarf unverzüglich Liquidität und Refinanzierung zur Verfügung stellen können.

Per 31. Dezember 2013 belief sich unser Liquiditätspool nach Berücksichtigung des Stress-Level-Haircuts, basierend auf unserem internen Modell, auf CHF 140 Mia. Der Liquiditätspool enthielt CHF 55 Mia. an flüssigen Mitteln, die von den wichtigsten Zentralbanken gehalten wurden, vor allem vom Fed, von der SNB und der EZB, CHF 52 Mia. an Staatsanleihen, vor allem aus den USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und der Schweiz, sowie andere hochliquide Vermögenswerte wie festverzinsliche Wertschriften in Höhe von CHF 15 Mia. und liquide Beteiligungstitel in Höhe von CHF 18 Mia., die in den wichtigsten Indizes vertreten sind. Per 31. Dezember 2013 sieht unser internes Modell die Anwendung eines Stress-test-Level-Haircuts (Sicherheitsmarge) von rund 60% des Marktwerts der Non-Cash-Positionen im Liquiditätspool vor. Der Haircut entspricht unserer Einschätzung des allgemeinen Marktrisikos zum Bewertungszeitpunkt, des Monetisierungspotenzials unter Berücksichtigung erhöhter Haircuts, der Marktvolatilität und der Qualität der entsprechenden Wertschriften.

Liquiditätspool

31. Dezember 2013	Schweizer Franken	US-Dollar	Euro	Sonstige Währungen	Total
Liquiditätspool nach Währungen (in Mia. CHF)					
Flüssige Mittel bei Zentralbanken	23.8	27.5	2.5	0.7	54.5
Staatsanleihen	3.1	23.5	10.3	15.1	52.0 ¹
Festverzinsliche Wertschriften	0.6	12.6	0.0	1.9	15.1
Liquide Beteiligungstitel	0.0	11.4	0.1	7.0	18.5
Total Liquiditätspool (auf internem Modell basierend)	27.5	75.0	12.9	24.7	140.1

¹ Enthält Reverse-Repo-Geschäfte auf Staatsanleihen von CHF 19,1 Mia.

REFINANZIERUNG UND VERWENDUNG DER REFINANZIERUNGSMITTEL

Wir refinanzieren unsere Bilanz hauptsächlich durch Kern-Kundeneinlagen, langfristiges Fremdkapital und Eigenkapital. Wir überwachen die Refinanzierungsmittel, einschliesslich deren Währungs-, Laufzeit-, Länder- und Laufzeitkonzentrationen, und ob es sich um besicherte oder unbesicherte Quellen handelt. Ein erheblicher Teil der Bilanz ist fristenkongruent (► Match Funded) refinanziert und erfordert keine ungesicherte Refinanzierung. Fristenkongruent refinanzierte Bilanzpositionen umfassen Aktiven und Passiven mit nahezu identischer Liquiditätsbindung und nahezu identischen Werten, so dass die von den Positionen generierte beziehungsweise benötigte Liquidität und die Refinanzierung im Wesentlichen übereinstimmen.

Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken sowie ► Repo-Geschäfte sind hochliquide Positionen. Ein wesentlicher Teil unserer Vermögenswerte, insbesondere die Aktiven aus nicht belasteten Handelsgeschäften, die das Wertschriften-geschäft unterstützen, setzen sich aus Wertpapierbeständen und besicherten Forderungen zusammen, die Schwankungen ausgesetzt, generell jedoch liquide sind. Diese liquiden Vermögenswerte stehen zur Verfügung, um kurzfristige Verbindlichkeiten zu decken.

Refinanzierungsstruktur der Bilanz

Per 31. Dezember 2013 (in Mia. CHF)

Reverse-Repo-Geschäfte	84	Match funded	117	Repo-Geschäfte
Belastete Handelsbestände	73		40	Leerverkäufe
Finanzierungsneutrale Aktiven ¹	122		122	Finanzierungsneutrale Verbindlichkeiten ¹
Fl. Mittel & Bankford.	70	122% Deckung	41	Sonst. kurzfr. Verb. ²
Unbelastete liquide Aktiven ³	150		59	Bankverbindlichkeiten
			20	kurzfr. Verbindlichkeiten
			62	auf Termin
Ausleihungen ⁴	243		297	Einlagen ⁵
			143	auf Sicht
			64	Spareinlagen
Sonstige illiquide Aktiven	131	28	Treuhand	
		130	Langfristige Verbindlichkeiten	
		47	Total Eigenkapital	
Aktiven	873		873	Passiven

¹ Enthält hauptsächlich Forderungen/Verbindlichkeiten aus Kundenhandel, positive/negative Wiederbeschaffungswerte und Barsicherheiten.

² Enthält hauptsächlich den Überschuss der finanzierungsneutralen Verbindlichkeiten (aus Kundenhandel) gegenüber den entsprechenden Aktiven.

³ Enthält hauptsächlich unbelastete Handelsbestände, unbelastete Anlagen in Wertschriften und überschüssige Reverse-Repo-Geschäfte, nach Haircuts.

⁴ Nicht enthalten sind Ausleihungen an Banken.

⁵ Nicht enthalten sind Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Einlagenzertifikate.

Ausleihungen, der grösste Bestandteil unserer illiquiden Vermögenswerte, werden von den Kern-Kundeneinlagen refinanziert. Per Ende 2013 wiesen wir diesbezüglich eine Überdeckung von 22% gegenüber 20% per Ende 2012 auf, was auf einen Anstieg der Kern-Kundeneinlagen zurückgeht, der die Steigerung bei den Ausleihungen mehr als ausglich. Die sonstigen illiquiden Aktiven einschliesslich Immobilien, Private Equity und andere langfristige Investitionen sowie eine Sicherheitsmarge (▷ Haircut) für die illiquiden Anteile von Wertschriften werden mit langfristigen Verbindlichkeiten und Eigenkapital refinanziert. Dabei versuchen wir, einen umfangreichen Refinanzierungspuffer beizubehalten.

Unsere Kern-Kundeneinlagen beliefen sich per Ende 2013 auf insgesamt CHF 297 Mia. Dies entspricht ausgehend von den CHF 285 Mia. per Ende 2012 einem Anstieg um 4% und bedeutet bezogen auf die CHF 278 Mia. per Ende 2011 einen Anstieg um 7%, resultierend aus einem Wachstum der Kundeneinlagen im Private Banking & Wealth Management in den Jahren 2013 und 2012. Kern-Kundeneinlagen stammen von Kunden, mit denen wir eine enge und langjährige Beziehung pflegen. Nicht enthalten in den Kern-Kundeneinlagen sind Einlagen von Banken und Einlagenzertifikate. Wir legen Wert auf die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Kundeneinlagen, da sie sich auch in schwierigen Marktlagen als eine stabile und widerstandsfähige Refinanzierungsquelle erwiesen haben. Die Refinanzierung über unsere Kern-Kundeneinlagen wird durch die Emission langfristiger Verbindlichkeiten ergänzt.

► Siehe Abbildung «Refinanzierungsstruktur der Bilanz» und «Bilanz und Ausserbilanz» für weitere Informationen.

Refinanzierungsmanagement

Treasury ist für die Entwicklung, Umsetzung und regelmässige Aktualisierung unseres Refinanzierungsplans verantwortlich. Dieser beruht auf den Wachstumserwartungen für die Geschäftstätigkeit, der Bilanzentwicklung, dem zukünftigen Refinanzierungsbedarf, den Laufzeitstrukturen sowie den Auswirkungen der jeweiligen Marktlagen.

Der Zinsaufwand der langfristigen Verbindlichkeiten, ohne strukturierte Schuldtitel, wird im Verhältnis zu bestimmten, für die Finanzindustrie relevanten Indizes, wie dem ▷ London Interbank Offered Rate (LIBOR), überwacht und bewirtschaftet. Dieser Ansatz der Refinanzierung zeigt die Sensitivität unserer Passiven und Aktiven gegenüber Veränderungen der Zinssätze. Unsere durchschnittlichen Refinanzierungskosten, welche den Divisionen zugeteilt werden, blieben weitgehend unverändert gegenüber Ende 2012.

Wir halten die Auswirkungen von Refinanzierungsaufschlägen mittels sorgfältiger Bewirtschaftung der Fälligkeiten unserer Verbindlichkeiten und der günstigen Aufnahme von Fremdkapital in Grenzen. Wie stark sich Refinanzierungsaufschläge auf den Zinsaufwand auswirken, hängt von vielen Faktoren ab, unter anderem auch von der absoluten Höhe der Indizes, auf die sich unsere Refinanzierungen stützen.

Wir diversifizieren unsere langfristigen Refinanzierungsquellen durch die Emission strukturierter Schuldtitel. Hierbei handelt es sich um Schuldverschreibungen, deren Rendite an die Entwicklung von Rohstoffen, Aktien, Indizes oder Devisen beziehungsweise von anderen Anlagen, darunter auch Pfandbriefe, gekoppelt ist. Wir sichern diese Instrumente normalerweise über Positionen in den als Basiswert dienenden Vermögenswerten oder ▷ Derivate ab.

Zudem setzen wir andere besicherte Finanzierungen ein, darunter ▷ Repo-Geschäfte und Wertschriftenleihe. Das Volumen unserer Repo-Geschäfte schwankt in Abhängigkeit von Marktchancen, den Kundenbedürfnissen nach hochliquiden Sicherheiten, beispielsweise US-Schatzanweisungen und US Agency Securities, und der Auswirkung von Limiten bezüglich Bilanzwachstum und ▷ risikogewichteter Aktiven (Risk-weighted Assets, RWA).

Zudem sind Matched-Book-Geschäfte – Transaktionen, bei denen Wertschriften im Rahmen von Weiterverkaufsvereinbarungen gekauft und gleichzeitig im Rahmen von Rückkaufsvereinbarungen mit vergleichbaren Laufzeiten und Margen verkauft werden – relativ risikofrei und stehen im Allgemeinen in Zusammenhang mit der Kundenaktivität.

Unsere wichtigste Liquiditätsquelle sind konsolidierte Gesellschaften. Mittelaufnahmen über nicht konsolidierte Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) und über die Verbriefung von Aktiven sind unwesentlich.

VERTRAGLICHE FÄLLIGKEIT VON AKTIVEN UND VERBINDLICHKEITEN

Die vertraglichen Fälligkeitstermine von Aktiven und Verbindlichkeiten sind eine wichtige Informationsquelle für das Liquiditätsrisikomanagement. Unsere Geschäftsbereiche nutzen kurzfristige Refinanzierungsquellen. Dazu zählen primär Sichteinlagen, Interbankkredite, Termingelder und Kassa-Anleihen.

Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die vertraglichen Laufzeiten der jeweiligen Aktiven und Verbindlichkeiten per Ende 2013. Das Liquiditätsrisiko wird basierend auf der erwarteten vertraglichen Fälligkeit verwaltet, die früher ist als die endgültige vertragliche Fälligkeit, da wir diese Posten in der Regel nicht bis zu ihrem vertraglichen Fälligkeitstermin halten, sondern sie vor dem vertraglichen Fälligkeitstermin zum ▷ Fair Value abwickeln.

Vertragliche Fälligkeit von Aktiven und Verbindlichkeiten

Ende 2013	Auf Sicht	Weniger als 1 Monat	Zwischen 1 und 3 Monaten	Zwischen 3 und 12 Monaten	Zwischen 1 und 5 Jahren	Über 5 Jahre	Total
Aktiven (in Mio. CHF)							
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	62 251	2 523	965	523	0	2 430	68 692
Zinstragende Einlagen bei Banken	0	463	314	482	202	54	1 515
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	65 784	67 662	18 426	7 497	461	192	160 022
Als Sicherheiten erhaltene Wertschriften, zum Fair Value	20 944	1 856	0	0	0	0	22 800
Handelsbestände, zum Fair Value	229 413	0	0	0	0	0	229 413
Anlagen in Wertschriften	4	103	53	480	1 768	579	2 987
Sonstige Anlagen	839	38	0	0	47	9 405	10 329
Ausleihungen, netto	6 990	49 039	25 371	44 550	84 454	36 650	247 054
Liegenschaften und Einrichtungen	0	0	0	0	0	5 091	5 091
Goodwill	0	0	0	0	0	7 999	7 999
Sonstige immaterielle Werte	0	0	0	0	0	210	210
Forderungen aus Kundenhandel	52 045	0	0	0	0	0	52 045
Sonstige Aktiven	28 363	11 938	498	1 863	9 342	11 061	63 065
Zur Veräusserung gehaltene Aktiven aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	299	185	13	1 087	0	0	1 584
Total Aktiven	466 932	133 807	45 640	56 482	96 274	73 671	872 806
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)							
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	12 433	5 103	2 123	2 776	332	341	23 108
Kundeneinlagen	248 744	20 338	29 529	29 318	4 560	600	333 089
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	20 365	53 683	12 460	6 664	809	51	94 032
Verbindlichkeiten aus als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften, zum Fair Value	20 944	1 856	0	0	0	0	22 800
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen, zum Fair Value	76 635	0	0	0	0	0	76 635
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	5 901	4 867	9 425	0	0	20 193
Langfristige Verbindlichkeiten	0	6 825	3 402	10 887	68 919	40 009	130 042
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	73 154	0	0	0	0	0	73 154
Sonstige Verbindlichkeiten	27 358	18 780	335	400	2 871	1 703	51 447
Zur Veräusserung gehaltene Verbindlichkeiten aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	1 093	8	13	26	0	0	1 140
Total Verbindlichkeiten	480 726	112 494	52 729	59 496	77 491	42 704	825 640

► Siehe «Vertragliche Verpflichtungen und sonstige kommerzielle Zusagen» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Bilanzielle, ausserbilanzielle und sonstige vertragliche Verpflichtungen sowie «Anhang 32 – Garantien und Verpflichtungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen über vertragliche Fälligkeiten von Garantien und Verpflichtungen.

EMISSION UND RÜCKZAHLUNG VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Unsere langfristigen Verbindlichkeiten umfassen vor- und nachrangige Schuldverschreibungen in Form von US-registrierten Angeboten und Medium-Term-Note-Programmen, Euro-Medium-Term-Note-Programmen, eigenständigen Angeboten, strukturierten Schuldtiteln, Pfandbriefprogrammen, Australian-Dollar-Domestic-Medium-Term-Note-Programmen und einer sogenannten Samurai-Shelf-Registrierung in Japan. Als global tätige Bank haben wir Zugang zu den verschiedensten Märkten in aller Welt, und unsere wichtigsten Finanzierungszentren umfassen New York, London, Zürich und Tokio.

Unsere Emissionen decken eine breite Palette von Produkten und Währungen ab, um effiziente und hinsichtlich der Märkte und Anlegertypen gut diversifizierte Refinanzierungen sicherzustellen. Praktisch alle unsere unbesicherten vorrangigen Schuldverschreibungen werden ohne die Einhaltung von Financial Covenants begeben (wie negative Veränderungen unseres Kreditratings, unserer Geldflüsse oder Finanzkennzahlen), die unsere Refinanzierungskosten in die Höhe treiben oder die Laufzeit der Schuldverschreibungen verkürzen könnten. Pfandbriefrefinanzierungen erfolgen in Form von durch Hypotheken gedeckten inländischen Pfandanleihen, bei denen die Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute als Emittent auftritt. Zusammen mit einem anderen Institut wurde diese Bank durch die Bundesversammlung im Jahr 1930 per Gesetz gegründet, um die Emission von Pfandbriefen zu zentralisieren. Zudem nutzen wir unser eigenes internationales Pfandbriefprogramm.

Die nachstehende Tabelle gibt Auskunft über die Emissionen, Fälligkeiten und Rückzahlungen von langfristigen Schuldtiteln im Jahr 2013 mit Ausnahme strukturierter Schuldtitel.

Anleihenemissionen und -rückzahlungen

im Jahr 2013	Vor-rangig	Nach-rangig	Lang- fristige Verbind- lichkeiten
Langfristige Verbindlichkeiten (in Mia. CHF, Nominalwert)			
Emissionen	2.3	6.1	8.4
davon unbesichert	2.3	6.1	8.4
Fälligkeiten / Rückzahlungen	(16.7)	(3.8)	(20.5)
davon unbesichert	(15.8)	(3.8)	(19.6)
davon besichert ¹	(0.9)	0.0	(0.9)

Nicht enthalten sind strukturierte Schuldtitel.

¹ Enthält gedeckte Anleihen.

Ende 2013 beliefen sich unsere ausstehenden langfristigen Schuldtitel einschliesslich vor- und nachrangiger Schuldtitel auf CHF 130 Mia. Per Ende 2013 standen strukturierte Schuldtitel über CHF 35 Mia. und Pfandbriefe über CHF 14,3 Mia. gegenüber CHF 36,6 Mia. beziehungsweise CHF 15,2 Mia. per Ende 2012 aus.

Die durchschnittliche gewichtete Laufzeit unserer langfristigen Verbindlichkeiten betrug 6,7 Jahre (einschliesslich Einlagenzertifikaten mit einer einjährigen oder längeren Laufzeit, aber ohne

strukturierte Schuldtitel, und unter der Annahme, dass kündbare Schuldverschreibungen bei Endfälligkeit und Instrumente ohne feste Endfälligkeit im Jahr 2030 getilgt werden).

► Siehe «Anhang 24 – Langfristige Verbindlichkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Die kurzfristigen Geldaufnahmen stiegen per Ende 2013 um 8% auf CHF 20,2 Mia. gegenüber CHF 18,6 Mia. per Ende 2012.

► Siehe «Kapitalaufnahmen und Rückzahlungen» in Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen über die Ausgabe von Kapital, einschliesslich Buffer und Progressive Capital Notes.

TRANSFERPREISSYSTEM

Unser internes Transferpreissystem basiert auf marktgerechten Preisen und ist so konzipiert, dass die Refinanzierungskosten den einzelnen Geschäftsbereichen so zugewiesen werden, dass Anreize für eine effiziente Nutzung der Fremdmittel geschaffen werden. Unser Transferpreissystem ist ein wichtiges Instrument zur Zuweisung der kurz- und langfristigen Kosten zur Refinanzierung der Bilanzen und der ausserbilanziellen Eventualverbindlichkeiten der einzelnen Geschäftsbereiche. Das Transferpreissystem stellt unter normalen Geschäftsbedingungen die vollständige Zuordnung der Refinanzierungskosten sicher, ist aber gerade in Zeiten angespannter Kapitalmärkte, in denen die Beschaffung von Mitteln eine grössere Herausforderung darstellt und mit höheren Kosten verbunden ist, besonders wichtig. Soweit unsere Geschäftsbereiche langfristige stabile Mittel bereitstellen, werden sie mit diesem Rahmenwerk entsprechend entlastet.

GELDFLUSS AUS OPERATIVER, INVESTITIONS- UND FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT

Als weltweit tätiges Finanzinstitut sind unsere Geldflüsse komplex und zusammenhängend mit geringem Bezug zu unseren Nettoerträgen und unserem Nettovermögen. Daher sind wir der Ansicht, dass herkömmliche Geldflussanalysen bei der Einschätzung unserer Liquiditätsposition weniger aussagekräftig sind als die oben dargestellte Finanzierungs- und Liquiditätspolitik. Geldflussanalysen sind allerdings gegebenenfalls nützlich, um bestimmte Makro-Trends im Geschäft der Gruppe herauszuarbeiten.

Für das am 31. Dezember 2013 beendete Geschäftsjahr belief sich der Nettogeldabfluss aus operativer Tätigkeit fortzuführen der Geschäftsbereiche auf CHF 22,1 Mia., was hauptsächlich auf einen Rückgang der Handelsbestände und Verpflichtungen aus Handelsbeständen, einen Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten und das im Jahr 2013 erzielte Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen zurückzuführen war. Dem stand ein Anstieg sonstiger Aktiven gegenüber. Die operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gruppe sind aufgrund der Höhe und des Zeitrahmens der Geldflüsse im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit starken Schwankungen ausgesetzt. Das Management ist der Ansicht, dass die Geldflüsse aus Geschäftstätigkeit, die verfügbaren Barmittelbestände und die lang- und kurzfristigen Ausleihungen ausreichen, um unsere operativen Liquiditätsbedürfnisse zu finanzieren.

Unsere Investitionstätigkeit umfasst in erster Linie die Schaffung von bis zum Verfall zu haltenden Ausleihungen, sonstige Forderungen und das Wertschriftenanlageportfolio. Für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr betrug der Nettogeldzufluss aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche CHF 11,5 Mia., was hauptsächlich auf den Rückgang von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, ◦ Reverse-Repurchase-Geschäften und Wertschriftenleihen sowie einen Anstieg der Ausleihungen zurückzuführen war.

Unsere Finanzierungsaktivitäten umfassen vor allem die Emission von Schuldverschreibungen und die Entgegennahme von Kundeneinlagen. Wir schütten jährlich Dividenden auf unseren Stammaktien aus. 2013 belief sich der Nettogeldabfluss aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche auf CHF 24,4 Mia., was hauptsächlich auf die Rückzahlung langfristiger Schuldverschreibungen sowie einen Abbau der Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, im Rahmen von ◦ Repurchase-Geschäften verkauften Wertpapieren und Wertpapierleihen zurückzuführen war. Diese Entwicklung wurde durch die Emission langfristiger Verbindlichkeiten sowie einen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen teilweise kompensiert.

KREDITRATINGS

Unser Zugang zu den Kapitalmärkten und die Kosten für die Mittelaufnahmen hängen wesentlich von unserem Kreditrating ab. Bei der Vergabe eines Unternehmensratings ziehen die Ratingagenturen zahlreiche Faktoren in Betracht. Hierzu zählen etwa die Gewinnentwicklung, die Mischung der Geschäftsaktivitäten, die Position im Markt, die Eigentümerverhältnisse, die Finanzstrategie, die Kapitalisierung, die Risikobewirtschaftungspolitik und -praxis, die Unternehmensleitung und die allgemeinen Aussichten für die Finanzdienstleistungsbranche. Ratingagenturen können ihre Ratings jederzeit anheben, herabstufen oder entziehen beziehungsweise öffentlich bekannt geben, dass sie ihre Ratings anheben oder senken wollen.

Obwohl Bankeinlagen in den Bereichen Retail und Private Banking im Allgemeinen weniger empfindlich auf Änderungen der Kreditratings einer Bank reagieren, sind die Kosten und der Zugang zu anderen Quellen für unbesicherte externe Mittel grundsätzlich an die Kreditratings gekoppelt. Diese Ratings sind besonders wichtig für uns, wenn wir in bestimmten Märkten tätig sind und wenn wir nach längerfristigen Möglichkeiten für die Mittelaufnahme, einschliesslich ◦ Over-the-Counter-Derivaten (OTC), suchen.

Eine Herabstufung der Kreditratings könnte unseren Zugang zu den Kapitalmärkten erschweren, die Kosten für Mittelaufnahmen erhöhen, Bedarf an zusätzlichen Sicherheiten schaffen oder Gegenparteien bestimmter Handels- und besicherter Finanzierungsvereinbarungen sowie von Derivatkontrakten eine Kündigung der Transaktion ermöglichen. Die Folge wäre eine geringere Liquidität und negative Auswirkungen auf unser Betriebs- und Finanzergebnis. Diese mit einer eventuellen Herabstufung unserer Kreditratings um zwei Stufen verbundenen Ereignisse fliessen in unser Liquiditätsbarometer mit ein. Eine gleichzeitige Rating-Herabstufung der langfristigen Verbindlichkeiten der Bank um eine, zwei oder drei Stufen durch alle drei grossen Ratingagenturen hätte zum 31. Dezember 2013 maximal zusätzliche Deckungsverpflichtungen oder auch Kündigungszahlungen im Rahmen bestimmter derivativer Instrumente in Höhe von CHF 1,4 Mia., CHF 3,4 Mia. beziehungsweise CHF 4,8 Mia. zur Folge, aber keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Liquiditäts- und Refinanzierungsplanung. Würde die Herabstufung nicht von allen drei Ratingagenturen gleichzeitig vorgenommen, wären die Folgen geringer. Im Juli 2013 hat Standard & Poor's das Rating für unsere langfristigen Verbindlichkeiten um eine Ratingstufe gesenkt.

Per Ende 2013 erfüllten wir die Anforderungen bezüglich der Beibehaltung eines bestimmten Kreditratings im Rahmen dieser derivativen Instrumente.

► Siehe «Informationen für Investoren» im Anhang für weitere Angaben zu den Kreditratings der Gruppe und der Bank.

Kapitalbewirtschaftung

Zum Jahresende 2013 verfügten wir nach wie vor über eine starke Kapitalbasis mit einer Quote des harten Kernkapitals (Common Equity T1, CET1) nach Basel III von 15,7% beziehungsweise 10,0% auf einer «Look-through»-Basis. Unsere risikogewichteten Aktiven nach Basel III gingen im Vergleich zum Jahresende 2012 um CHF 18,6 Mia. auf CHF 273,8 Mia. zurück, und unser Kernkapital (T1) stieg um CHF 1,7 Mia. auf CHF 46,1 Mia. Unsere Schweizer Leverage Ratio betrug 5,1%.

KAPITALSTRATEGIE UND REGELWERK

Die Credit Suisse misst einer starken und effizienten Kapitalbasis eine hohe Priorität bei. Mittels unserer Kapitalstrategie stärken wir unsere Kapitalbasis und optimieren den Einsatz der risikogewichteten Aktiven, insbesondere im Hinblick auf neue Eigenmittelanforderungen, weiterhin.

Der gesamte Kapitalbedarf der Credit Suisse spiegelt die aufsichtsrechtlichen Ziele und die Ratingziele des Managements sowie die der Bank zugrunde liegenden Risiken wider. Mit unserem Regelwerk berücksichtigen wir den Kapitalbedarf sowohl für realisierte als auch unrealisierte Verluste und sorgen dafür, dass wir unsere starke Kapitalbasis beibehalten können. Mehrjährige Prognosen und Kapitalpläne werden für die Gruppe sowie für die bedeutendsten Tochtergesellschaften erstellt und zusammen mit den Aufsichtsbehörden während des Jahres laufend überprüft. Diese Pläne werden mehreren Stresstests unterworfen, welche sowohl die makroökonomischen als auch die spezifischen Risiko-Szenarien berücksichtigen. Im Zusammenhang mit diesen Stresstests werden Notfallpläne für das Kapital entwickelt. Dadurch wird sichergestellt, dass die möglichen Abfederungsmassnahmen mit dem Risikokapital und mit den herrschenden Marktbedingungen bezüglich Zugang zu zusätzlichem Kapital im Einklang stehen.

Unser Regelwerk zur Kapitalbewirtschaftung beruht auf dem Konzept des Economic Capital, das heisst einem konsistenten und umfassenden Instrument. Dieses Konzept wird auch für das Risikomanagement und die Performance-Messung eingesetzt. Economic Capital misst Risiken anhand ökonomischer Realitäten und weniger anhand aufsichtsrechtlicher oder bilanzieller Regeln. Economic Capital ist der geschätzte Kapitalbetrag, der in Übereinstimmung mit unserer angestrebten Finanzstärke, welche sich in unserem langfristigen Kreditrating widerspiegelt, benötigt wird, um auch unter extremen Markt-, Geschäfts- und operationellen Bedingungen zahlungs- und handlungsfähig zu bleiben.

► Siehe «Economic Capital und Positionsrisiko» in Risikomanagement für weitere Informationen zum Economic Capital.

AUFSICHTSRECHTLICHE EIGENKAPITALANFORDERUNGEN

Überblick

Per 1. Januar 2013 wurde das Basel-II.5-Regelwerk, welches wir 2012 angewendet hatten, durch das Basel-III-Regelwerk ersetzt, das zusammen mit der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung und den dazugehörigen Vorschriften (Schweizer Anforderungen) in die schweizerische Gesetzgebung übernommen wurde. Unsere in diesem Zusammenhang erfolgten Offenlegungen entsprechen unserer aktuellen Auslegung dieser Anforderungen,

einschliesslich der hierfür massgeblichen Annahmen. Änderungen in der Auslegung dieser Anforderungen in der Schweiz oder in unseren Annahmen oder Schätzungen könnten zu Zahlenangaben führen, die von den vorliegenden abweichen. Zudem verändern sich unsere Eigenkapitalkennzahlen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit in jeder Berichtsperiode. Unsere Berechnungen der Eigenmittel und Quoten für 2012, die wir als aussagekräftige Vergleichsinformationen anführen, basieren auf Schätzungen per 31. Dezember 2012, wobei so vorgegangen wurde, als wäre das Basel-III-Regelwerk zu diesem Zeitpunkt bereits in der Schweiz implementiert gewesen.

Das Basel-Regelwerk beschreibt eine Reihe von Auswahlmöglichkeiten zur Bestimmung der Eigenkapitalanforderungen, um den Banken und Aufsichtsbehörden die Wahl jener Ansätze zu ermöglichen, die für ihre Geschäfte und ihre Finanzmarktinfrastruktur am besten geeignet sind. Die Credit Suisse hat sich generell für die am weitesten fortgeschrittenen Ansätze entschieden, die sich mit dem internen Risikomanagement decken und sich durch die beste Risikosensitivität auszeichnen.

Die FINMA hat die Verwendung des Advanced Internal Ratings-based Approach (A-IRB-Ansatz) zur Berechnung des Kreditrisikos genehmigt. Beim A-IRB-Ansatz werden die Risikogewichte anhand interner Risikoparameter wie der Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD), der erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) sowie der effektiven Restlaufzeit berechnet. Das Ausfallrisiko (Exposure at Default) wird entweder anhand von Bilanzdaten oder Modellen errechnet.

Die Berechnung der Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken erfolgt gemäss Internal Models Approach, der Standardmessmethode und dem Standardansatz.

Nicht gegenparteibezogene Risiken entstehen durch Bestände an Liegenschaften und Einrichtungen, Immobilien und Investitionen in Immobilienunternehmen.

Gemäss dem Basel-Regelwerk wird das operationelle Risiko in den risikogewichteten Aktiven berücksichtigt. Die FINMA hat die Verwendung des Advanced Measurement Approach (AMA) genehmigt. Zur Messung des operationellen Risikos anhand des AMA-Ansatzes wurden zentrale Szenarien definiert, welche die massgeblichen operationellen Risiken anhand eines Ereignismodells beschreiben.

Kapitalstruktur nach Basel III

Das durch den Basler Ausschuss veröffentlichte Basel-III-Regelwerk sieht höhere Mindestkapitalanforderungen, einen Kapitalerhaltungs- und einen antizyklischen Kapitalpuffer, angepasste

risikobasierte Kapitalmassnahmen, eine Leverage Ratio sowie Liquiditätsvorschriften vor. Das Regelwerk zielt darauf ab, die Widerstandsfähigkeit des Banksektors zu stärken, und verpflichtet die Banken, mehr Kapital, überwiegend in Form von hartem Kernkapital, zu halten. Für die Länder, die Basel III verabschiedet haben, werden die neuen Kapitalanforderungen ab 2013 bis Ende 2018 schrittweise eingeführt und treten ab dem 1. Januar 2019 vollständig in Kraft.

► Siehe Tabelle «Basel-III-Einführungsbestimmungen für Credit Suisse» für die Kapitalanforderungen und die Daten des Inkrafttretens während der schrittweisen Einführung.

Regelwerke zu den Kapitalanforderungen für die Credit Suisse

Basel III	Schweizer Anforderungen
Antizyklischer Puffer bis 2,5% CET1	Antizyklischer Puffer bis 2,5% CET1
12% Ergänzungskapital (T2) 2%	17.41% 4,41% ^{2,3} Kapitalinstrumente mit tiefem Auslösungssatz Progressive Komponente
10% Zusätzliches Kernkapital (AT1) 1,5% ⁴	3% ³ Kapitalinstrumente mit hohem Auslösungssatz Pufferkomponente
8,5% Progressiver Puffer für G-SIB 1,5% CET1	10% Puffer des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) 5,5% CET1
Kapitalerhaltungspuffer 2,5% CET1	
4,5% Hartes Kernkapital (CET1)	4,5% Hartes Kernkapital (CET1) Minimumkomponente

¹ Per 30. September 2013 sind die Banken verpflichtet, hartes Kernkapital (CET1) in Höhe von 1% ihrer risikogewichteten Aktiven, die sich auf Hypothekarkredite zur Finanzierung von Wohnliegenschaften in der Schweiz beziehen, zu halten.

² Die Anforderungen an die progressive Kapitalkomponente hängen von unserer Grösse (Leverage-Ratio-Risikoposition) und dem Marktanteil unseres inländischen systemrelevanten Geschäfts ab und können durch mögliche Eigenmittelrabatte beeinflusst werden, welche die FINMA gewähren kann. Für 2014 reduzierte die FINMA die für uns ab 2019 geltende Anforderung an die progressive Kapitalkomponente von 4,41% auf 3,66%.

³ Kann in Abhängigkeit von der Qualität der zugrunde liegenden Instrumente den Basel-III-Mindestanforderungen als Kernkapital (T1) oder als Ergänzungskapital (T2) angerechnet werden.

⁴ Instrumente aus dem zusätzlichen Kernkapital (AT1) müssen eine Kapitalverlustabsorption durch eine Umwandlung in hartes Kernkapital oder eine Abschreibung ermöglichen. Ein erforderlicher Auslösungssatz für eine solche Umwandlung oder Abschreibung ist der Rückgang der Quote des harten Kernkapitals unter 5,125%.

Nach Basel III wird eine Mindestausstattung an hartem Kernkapital (Common Equity T1, CET1) von 4,5% der risikogewichteten Aktiven gefordert.

Ausserdem wird als zusätzliche Anforderung an das harte Kernkapital ein sogenannter Kapitalerhaltungspuffer in Höhe von 2,5% eingeführt, der in Zeiten von finanziellem oder wirtschaftlichem Stress Verluste absorbieren soll. Banken, die keinen entsprechenden Puffer aufweisen, werden nur beschränkt in der Lage sein, Dividenden auszuschütten oder diskretionäre Bonuszahlungen oder andere Gewinnausschüttungen vorzunehmen.

Als zusätzliche Kapitalanforderung für globale systemrelevante Banken (Global Systemically Important Banks, G-SIBs) wird ein progressiver Puffer von 1% bis 2,5% des harten Kernkapitals (mit einem möglichen Zuschlag von 1%) in Abhängigkeit von der Systemrelevanz der betreffenden Bank festgelegt. Das Financial Stability Board (FSB) hat uns als G-SIB identifiziert und uns dazu verpflichtet, einen progressiven Puffer von 1,5% zu halten.

Für das harte Kernkapital kommen bestimmte regulatorische Abzüge und andere Anpassungen des harten Kernkapitals zur Anwendung. Dazu gehören der Abzug von latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen, Goodwill und sonstigen immateriellen Werten sowie Investitionen in Bank- und Finanzinstitute.

Neben den Anforderungen an das harte Kernkapital werden zudem Quoten von 1,5% für das zusätzliche Kernkapital (AT1) und von 2% für das Ergänzungskapital (T2) verlangt. Diese Anforderungen können auch über das harte Kernkapital erfüllt werden. Damit Kapitalinstrumente nach Basel III dem zusätzlichen Kernkapital zugeordnet werden, müssen sie eine Kapitalverlustabsorption durch eine Umwandlung in hartes Kernkapital oder aber eine Abschreibung des Kapitalbetrags ermöglichen. Ein erforderlicher Auslösungssatz (trigger) für eine solche Umwandlung oder Abschreibung ist der Rückgang der Quote des harten Kernkapitals unter 5,125%.

Des Weiteren ist unter Basel III ein zusätzlicher antizyklischer Puffer von bis zu 2,5% vorgesehen, welcher mit hartem Kernkapital oder sonstigem Kapital, das eine volle Verlustabsorption gewährleistet, zu erfüllen ist. Diese Anforderung wird voraussichtlich von den nationalen Aufsichtsbehörden auferlegt werden, wenn diese der Auffassung sind, dass das Kreditwachstum zu hoch sei und zu systemweiten Risiken führe. Dieser antizyklische Puffer wird ab dem 1. Januar 2016 schrittweise bis zum 1. Januar 2019 eingeführt.

Ab dem 1. Januar 2013 werden Kapitalinstrumente, welche die strengen Kriterien für eine Zuordnung zum harten Kernkapital nicht erfüllen, ausgesondert. Kapitalinstrumente, die künftig nicht mehr zum Kernkapital oder Ergänzungskapital zählen würden, werden schrittweise auslaufen. Zudem werden Instrumente mit einem Anreiz zur Tilgung vor ihrer effektiven Fälligkeit, sofern vorhanden, an ihrem effektiven Fälligkeitsdatum, in der Regel am Datum des ersten Step-up-Coupons, auslaufen.

Basel-III-Einführungsbestimmungen für Credit Suisse

Wirksam ab 1. Januar des betreffenden Jahres	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Eigenmittelquoten							
Hartes Kernkapital (CET1)	3.5% ¹	4.0% ¹	4.5%	4.5%	4.5%	4.5%	4.5%
Kapitalerhaltungspuffer				0.625% ¹	1.250% ¹	1.875% ¹	2.5%
Progressiver Puffer für G-SIB				0.375% ¹	0.750% ¹	1.125% ¹	1.5%
Total hartes Kernkapital (CET1)	3.5%	4.0%	4.5%	5.5%	6.5%	7.5%	8.5%
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.0% ¹	1.5%	1.5%	1.5%	1.5%	1.5%	1.5%
Total Kernkapital (T1)	4.5%	5.5%	6.0%	7.0%	8.0%	9.0%	10.0%
Ergänzungskapital (T2)	3.5% ¹	2.5% ¹	2.0%	2.0%	2.0%	2.0%	2.0%
Total Eigenmittel	8.0%	8.0%	8.0%	9.0%	10.0%	11.0%	12.0%
Einführungsabzüge vom harten Kernkapital (CET1) ²		20.0% ¹	40.0% ¹	60.0% ¹	80.0% ¹	100.0%	100.0%
Kapitalinstrumente, die gemäss Übergangsbestimmungen auslaufen				Ab 2013 über einen Zeithorizont von 10 Jahren bis 2022 auslaufend			

¹ Bezeichnet die Übergangsperiode.

² Enthält Goodwill und sonstige immaterielle Werte, bestimmte latente Steuerguthaben und Beteiligungen an Finanzinstituten.

Schweizer Anforderungen

Per 1. Januar 2013 wurde das Basel-III-Regelwerk zusammen mit den Schweizer Anforderungen in die schweizerische Gesetzgebung übernommen. Zusammen mit den entsprechenden Ausführungsverordnungen umfasst die Gesetzgebung Anforderungen an Eigenkapital, Liquidität, Leverage Ratio und Risikoverteilung sowie Vorschriften für Notfallpläne zur Aufrechterhaltung systemrelevanter Funktionen bei einer drohenden Insolvenz. Bestimmte Anforderungen im Rahmen der Gesetzgebung, darunter auch die Eigenkapitalanforderungen, werden ab 2013 bis 2018 schrittweise umgesetzt und treten am 1. Januar 2019 vollständig in Kraft. Die Gesetzgebung zu den Eigenkapitalanforderungen stützt sich auf Basel III, geht aber in Bezug auf systemrelevante Banken über die dort festgelegten Mindeststandards hinaus. Vor diesem Hintergrund sind wir als systemrelevante Bank dazu verpflichtet, folgende Anforderungen an Minimum-, Puffer- und progressive Komponente zu erfüllen.

► Siehe Abbildung «Schrittweise umzusetzende Schweizer Kapitalquoten- und Leverage-Ratio-Anforderungen für die Credit Suisse» für die Schweizer Kapitalanforderungen und die Daten des Inkrafttretens während der schrittweisen Einführung.

Das harte Kernkapital (CET1) muss mindestens 4,5% der risikogewichteten Aktiven betragen.

Es wird ein Puffer von 8,5% gefordert, der mit zusätzlichem hartem Kernkapital im Umfang von mindestens 5,5% der risikogewichteten Aktien sowie einer Maximalquote von Kapitalinstrumenten mit hohem Auslösungssatz von 3% abzudecken ist. Diese Kapitalinstrumente mit hohem Auslösungssatz müssen in hartes Kernkapital umgewandelt oder abgeschrieben werden, wenn die Quote des harten Kernkapitals unter 7% sinkt.

Die Anforderungen an die progressive Komponente hängen von unserer Grösse (Leverage-Ratio-Risikoposition) und dem Marktanteil unseres inländischen systemrelevanten Geschäfts ab. Die FINMA hat unsere erforderliche progressive Komponente für 2014 auf 3,66% festgelegt. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber den 4,41%, welche 2013 angewendet wurden, und

spiegelt unsere Grösse und unseren Marktanteil anhand der Jahresenddaten 2012 wider. Die progressive Komponente kann über hartes Kernkapital oder Kapitalinstrumente mit tiefem Auslösungssatz (low trigger) abgedeckt werden. Damit die Anforderungen erfüllt werden können, müssen Kapitalinstrumente mit tiefem Auslösungssatz in hartes Kernkapital umgewandelt oder abgeschrieben werden, wenn die Quote des harten Kernkapitals unter einen bestimmten Prozentsatz – in diesem Fall 5% – sinkt. Bis Ende 2017 kann die progressive Komponente auch über Kapitalinstrumente mit hohem Auslösungssatz (high trigger) gedeckt werden. Kapitalinstrumente mit hohem und solche mit tiefem Auslösungssatz müssen die Mindestanforderungen von Basel III für Ergänzungskapital (T2) (darunter Nachrangigkeit, Verlustabsorption zum Zeitpunkt drohender Insolvenz und Mindestlaufzeit) erfüllen.

Wie Basel III umfassen die Schweizer Anforderungen einen zusätzlichen antizyklischen Puffer von bis zu 2,5% der risikogewichteten Aktiven, der in Phasen übermässigen Kreditwachstums aktiviert werden kann. Im Februar 2013 aktivierte der Schweizer Bundesrat auf Ersuchen der SNB den antizyklischen Kapitalpuffer. Dieser trat am 30. September 2013 in Kraft und verpflichtet die Banken, hartes Kernkapital in Höhe von 1% ihrer risikogewichteten Aktiven bezüglich Hypothekarkrediten zu halten, die zur Finanzierung von Wohneigentum in der Schweiz bestimmt sind. Unser antizyklischer Kapitalpuffer belief sich per 31. Dezember 2013 auf CHF 144 Mio., was einem zusätzlichen Bedarf an hartem Kernkapital von 0,05% entspricht. Im Januar 2014 erhöhte der Schweizer Bundesrat diesen antizyklischen Puffer auf Antrag der SNB mit Wirkung ab dem 30. Juni 2014 von 1% auf 2%.

Zusätzlich ermitteln wir das Schweizer Kernkapital (Swiss Core Capital) und das Schweizer Gesamtkapital (Swiss Total Capital). Das Schweizer Kernkapital entspricht dem harten Kernkapital und Partizipationsscheinen des Kernkapitals (T1), die gemäss FINMA spätestens bis zum 31. Dezember 2018 mit einem Haircut von 20% angerechnet werden können, und kann bestimmte weitere Schweizer Anpassungen umfassen. Das Schweizer Gesamtkapital setzt sich aus dem Schweizer Kernkapital sowie

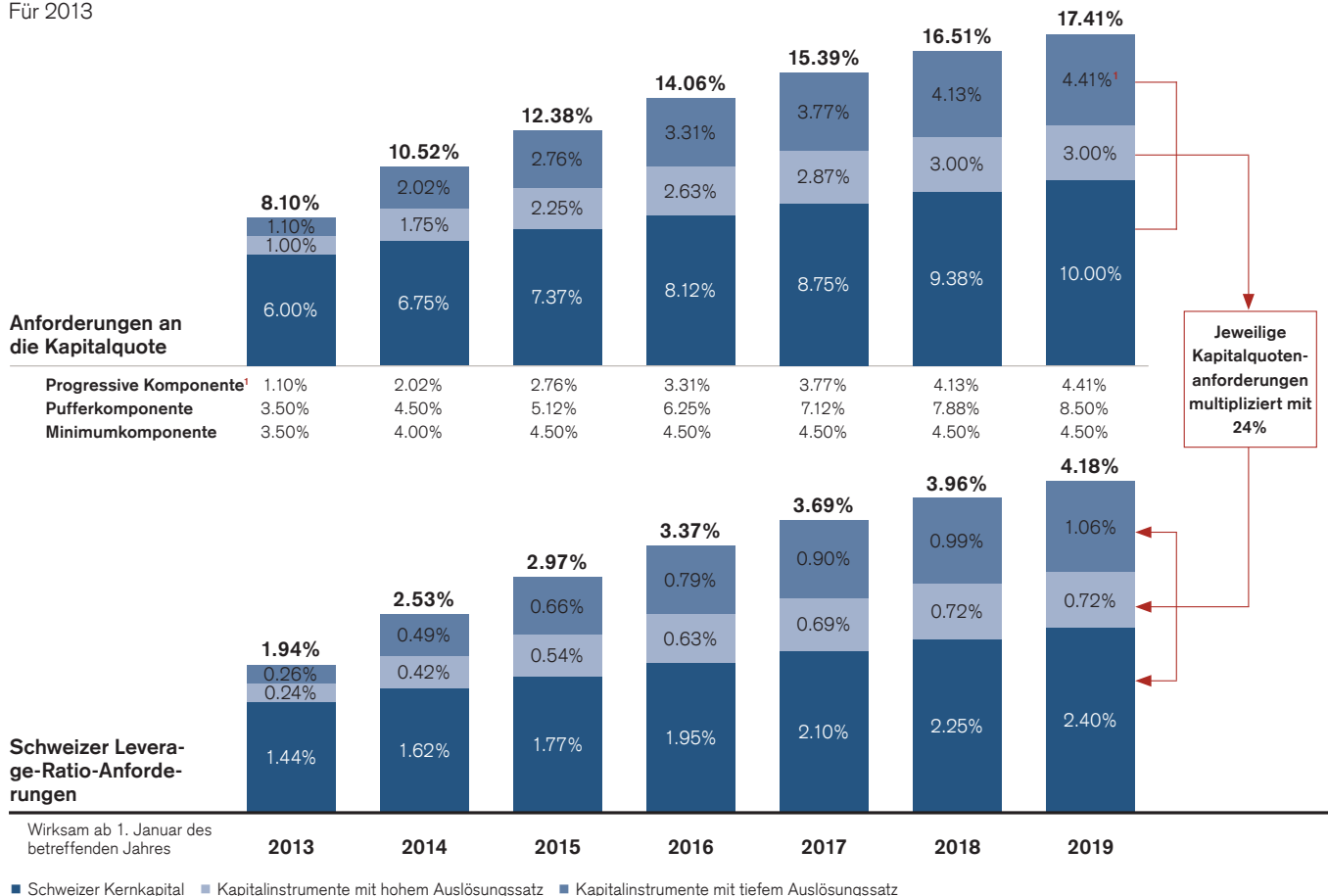
Kapitalinstrumenten mit hohen und tiefen Auslösungssätzen zusammen.

Per 1. Januar 2013 sind wir überdies zur Einhaltung einer zusätzlichen, für systemrelevante Banken in der Schweiz geltenden Leverage Ratio (Schweizer Leverage Ratio) verpflichtet. Die

Leverage Ratio muss mindestens 24% der jeweiligen Anforderung an Minimum-, Puffer- und progressive Komponente entsprechen. Da die Definition der Leverage Ratio auf Kapitalanforderungen Bezug nimmt, die schrittweise umgesetzt werden, wird auch die Leverage Ratio schrittweise eingeführt.

Schrittweise umzusetzende Schweizer Kapitalquoten- und Leverage-Ratio-Anforderungen für die Credit Suisse

Für 2013



Ohne antizyklischen Puffer, wie ab dem 30. September 2013 gefordert.

¹ Die Anforderungen an die progressive Kapitalkomponente hängen von unserer Grösse (Leverage Ratio Exposure) und dem Marktanteil unseres inländischen systemrelevanten Geschäfts ab und können durch mögliche Eigenmittelrabatte beeinflusst werden, welche die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) gewähren kann. Die FINMA hat für 2014 die ab 2019 von uns geforderte progressive Kapitalkomponente von 4,41% auf 3,66% verringert, was mit Kapitalquoten- und Schweizer Leverage-Ratio-Anforderungen von insgesamt 16,66% bzw. 4,0% einhergeht.

Modelle zur Risikomessung

Im Rahmen des Basel-Regelwerks haben wir im Zusammenhang mit den Eigenmittelanforderungen der FINMA Modelle zur Risikomessung eingeführt. Dazu gehörten ein ◻ Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken im Handelsbuch (Incremental Risk Charge, IRC), ein ◻ Stress-Value-at-Risk (Stress-VaR), ◻ Risk-Not-in-VaR (RNIV) und seit dem 1. Januar 2013 eine Advanced ◻ Credit Valuation Adjustment (Advanced CVA). Beim IRC handelt es sich um einen aufsichtsrechtlichen Eigenmittelzuschlag für Ausfall- und Migrationsrisiken bei Positionen in den Handelsbüchern. Er stellt eine Ergänzung zu den übrigen Anforderungen an das Regelwerk

für ◻ VaR-Modellierungen einschliesslich des Stress-VaR dar. Der Stress-VaR repliziert eine VaR-Berechnung für das aktuelle Portfolio der Gruppe unter Einbezug einer einjährigen Beobachtungsperiode mit wesentlichen finanziellen Stresssituationen. Er trägt dazu bei, den prozyklischen Charakter der minimalen Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken zu reduzieren. Risiken, die derzeit nicht durch das VaR-Modell der Gruppe abgedeckt werden, wie Basisrisiken, Risiken höherer Ordnung und wechselseitige Risiken, werden über Berechnungen des RNIV berücksichtigt. Die Advanced CVA deckt das Risiko von Mark-to-Market-Verlusten ab im

Zusammenhang mit dem erwarteten Gegenparteiisiko durch Veränderungen der Kreditrisikoprämien einer Gegenpartei.

Im Einklang mit den Vorschriften der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) verwendet die FINMA einen Multiplikator für eine Erhöhung der Eigenmittelunterlegung von Marktrisiken für jeden im regulatorischen VaR festgestellten Backtesting-Ausreisser, der die Anzahl von vier Backtesting-Ausreissern in der vorangehenden rollenden 12-Monats-Periode übersteigt. Für diese Messung werden Backtesting-Ausreisser unter Verwendung einer Untergruppe der effektiven täglichen Handelsgewinne berechnet. Darin sind nur die Auswirkungen der Tagesveränderungen von Finanzmarktvariablen wie Zinssätzen, Aktienkursen und Wechselkursen auf den Positionen des Vorabends enthalten. Unser Multiplikator für die Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken blieb 2013 auf den Mindestniveaus der FINMA und der BIZ, und wir verzeichneten keine Erhöhung der Eigenmittelunterlegung von Marktrisiken.

Mit Genehmigung der FINMA haben wir ein Regelwerk für die umfassende Risikomessung eingeführt, um eine sämtliche Preisrisiken (Ausfall-, Aufschlag- und Korrelationsrisiko) umfassende Eigenmittelunterlegung für Kredit-Korrelation-Produkte in unserem Handelsbuchbestand zu berechnen.

Per 1. Januar 2013 hat die FINMA erhöhte Kapitalanforderungen für Hypotheken zur Finanzierung bestimmter Wohnimmobilien in der Schweiz eingeführt (Hypotheken-Multiplikator). Die Umsetzung dieser erhöhten Kapitalanforderungen, die sowohl für BIZ als auch für FINMA-Daten berücksichtigt werden, erfolgt schrittweise bis zum 1. Januar 2019.

► Siehe «Marktrisiko» in Risikomanagement für eingehende Informationen zu den Modellen der Credit Suisse für die Risikomessung und Backtesting-Ausreisser.

REGULATORISCHE ENTWICKLUNGEN UND ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE

Im Januar 2014 veröffentlichte der Basler Ausschuss den Rahmen und die Offenlegungsvorschriften für die Basel III Leverage Ratio. Danach muss die Leverage Ratio, mit der das Verhältnis von Kernkapital (T1) zur Risikoposition gemessen wird, mindestens 3% betragen. Wengleich diese Basel-III-Anforderung erst 2018 in Kraft tritt, wird von den Banken – je nach deren Umsetzung durch die nationalen Aufsichtsorgane – die Offenlegung dieser Kennzahl auf konsolidierter Basis ab 2015 verlangt werden.

Ab dem 1. Januar 2014 wird das Gesetzespaket im Zusammenhang mit der Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen (Capital Requirement Directive IV, CRD IV) (bestehend aus einer Richtlinie und einer Verordnung) die aktuelle Richtlinie durch neue Massnahmen zur Umsetzung von Basel III und anderer Anforderungen ersetzen. Im Rahmen des Übergangs zur CRD IV hat die britische Prudential Regulation Authority (PRA) die Bewilligungen von britischen Finanzinstituten, einschliesslich derjenigen unserer britischen Tochtergesellschaften, im Hinblick auf die von ihnen gegenwärtig eingesetzten internen Modellierungsverfahren zur Kapitalberechnung und erforderliche neue Modelle zwecks Einhaltung der CRD-IV-Anforderungen überprüft. Die Modelle unserer Tochtergesellschaften wurden mehrheitlich genehmigt, wobei

bestimmte Modelle im Einklang mit den jeweils neuesten Vorgaben des Basler Ausschusses und dem regulatorischen Feedback zu Modellierungstechniken zu aktualisieren sind.

Gemäss den Vorgaben des Basler Ausschusses zur höheren Verlustabsorptionsfähigkeit von G-SIB und den Vorgaben der FINMA zur Offenlegung der Eigenmittelunterlegung müssen Banken mit einer Bilanzsumme von über EUR 200 Mia. jährlich zwölf Finanzindikatoren wie etwa Grösse und Komplexität veröffentlichen. In Abhängigkeit von diesen Indikatoren legt die FSB dann den progressiven Puffer für G-SIB fest. Diese Offenlegungsvorschrift tritt am 31. Dezember 2013 in Kraft. Wir werden daher am 30. April 2014 die entsprechenden Offenlegungen auf unserer Investor-Relations-Website vornehmen.

► Siehe https://www.credit-suisse.com/investors/en/regulatory_disclosures/index.jsp für weitere Informationen.

Die SNB hat die Gruppe zuvor als Finanzgruppe mit Systemrelevanz gemäss geltendem schweizerischem Recht eingestuft. Daraufhin erliess die FINMA im Dezember 2013 eine Verfügung, in der die Anforderungen bezüglich Eigenmittelunterlegung für die Bank als selbstständige Einheit sowie für die Bank und die Gruppe, jeweils auf konsolidierter Basis, als systemrelevante Institutionen, festgelegt wurden. Die Anforderungen bezüglich Liquiditäts- und Risikodiversifikation für die Bank auf Einzelbasis wurden ebenfalls spezifiziert. Die Verfügung trat im ersten Quartal 2014 in Kraft.

Das US Federal Reserve Board (Fed), die Federal Deposit Insurance Corporation und das Office of the Comptroller of the Currency gaben im Juli 2013 ihre definitiven Eigenkapitalrichtlinien bekannt. Diese stellen eine Überarbeitung der bestehenden US-Eigenmittelvorschriften für Banken sowie eine Umsetzung des Basel-III-Regelwerks und gewisser Bestimmungen des Dodd-Frank Act dar. Die definitive Regulierung entspricht weitgehend dem durch den Basler Ausschuss herausgegebenen Basel-III-Regelwerk, weicht jedoch in mehreren wichtigen Bereichen infolge der Anforderungen des Dodd-Frank Act davon ab und lässt weitere neuere Aspekte des Basel-III-Regelwerks unberücksichtigt. Im Februar 2014 verabschiedete das Fed eine Vorschrift im Rahmen des Dodd-Frank Act, die neue Rahmenbedingungen für die Regulierung des US-Geschäfts ausländischer Bankinstitute schafft. Diese Vorschrift verlangt von der Credit Suisse die Schaffung einer US-amerikanischen Zwischenholding (Intermediate Holding Company, IHC), die alle in den USA domizilierten Credit Suisse Gruppengesellschaften hält. Sie gilt nicht für die New Yorker Niederlassung der Credit Suisse AG. Für die IHC gelten die lokalen risikobasierten Eigenkapital- und Leverage-Vorschriften. Zusätzlich müssen sowohl die IHC für sich als auch das kombinierte US-Geschäft der Credit Suisse (umfassend die IHC und die New Yorker Niederlassung) weitere, neue aufsichtsrechtliche Anforderungen erfüllen. Die meisten aufsichtsrechtlichen Anforderungen dieses neuen Regelwerks treten im Juli 2016 in Kraft.

► Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen für weitere Informationen zu sonstigen aufsichtsrechtlichen Entwicklungen und Vorschlägen.

KAPITALAUFNAHMEN UND RÜCKZAHLUNGEN

Im März 2014 kauften wir im Rahmen eines Rückkaufangebots ausstehende unbefristete Partizipationsscheine des Kernkapitals (T1) der Serie B mit einem Coupon von 7,875% in Höhe von USD 1,4 Mia. zurück. Anschliessend übten wir eine regulatorische Call-Option in Höhe von USD 99 Mio. bei den Wertschriften aus, die nicht unter das Rückkaufangebot fielen, so dass keine dieser Wertschriften mehr ausstehend sind. Vor der Bekanntgabe des Rückkaufangebots und gemäss Verfügung der FINMA waren diese Partizipationsscheine des Kernkapitals Teil des Schweizer Kernkapitals nach Massgabe der Schweizer Anforderungen, während sie nach Basel III zu den auslaufenden Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) zählten. Im Dezember 2013 wurden ausserdem USD 1,5 Mia. an Partizipationsscheinen des Kernkapitals der Serie A mit einem Coupon von 8,25% zurückgezahlt, die gleich behandelt wurden.

Im Dezember 2013 gaben wir Capital Notes des Kernkapitals mit einem Coupon von 7,5% (7,5% T1 Capital Notes) über USD 2,25 Mia. heraus.

Im Oktober 2013 haben wir aufgrund einer früheren Vereinbarung mit einer verbundenen Einheit der Qatar Investment Authority sämtliche von der Einheit gehaltenen T1 Capital Notes mit einem Coupon von 10% in Höhe von CHF 2,5 Mia. und T1 Capital Notes mit einem Coupon von 11% im Wert von USD 1,72 Mia. (11% T1 Capital Notes) gegen neue, auf die gleichen Kapitalbeträge lautende T1 Capital Notes (im Folgenden als neue T1 Capital Notes bezeichnet) umgetauscht. Dabei haben die auf US-Dollar lautenden T1 Capital Notes einen Coupon von 9,5% und einen hohen Auslösungssatz (high trigger) während die auf Schweizer Franken lautenden T1 Capital Notes über einen Coupon von 9% und einen hohen Auslösungssatz verfügen. Zudem wurden T1 Capital Notes mit einem Coupon von 11% im Umfang von USD 55 Mio. gegen Barmittel zurückgezahlt.

► Siehe «Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in IV – Corporate Governance und Vergütung – Corporate Governance – Bankbeziehungen und Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen für weitere Informationen über den Umtausch und die Bedingungen der neuen T1 Capital Notes.

Im September 2013 gaben wir T1 Capital Notes mit einem Coupon von 6,0% (6,0% T1 Capital Notes, zusammen mit den 7,5% T1 Capital Notes im Folgenden als 2013 T1 Capital Notes bezeichnet) über CHF 290 Mio. heraus. Es handelt sich um unbefristete Papiere, die unter gewissen Bedingungen im September 2018 gekündigt und zurückbezahlt werden können. Zudem emittierten wir Capital Notes des Ergänzungskapitals (T2 Capital Notes) über EUR 1,25 Mia. mit einem Coupon von 5,75% und Fälligkeit im September 2025 (5,75% T2 Capital Notes).

Im August 2013 platzierten wir USD 2,5 Mia. an T2 Capital Notes mit einem Coupon von 6,5% und einer Laufzeit bis August 2023 (6,5% T2 Capital Notes, zusammen mit den 5,75% T2 Capital Notes im Folgenden als 2013 T2 Capital Notes bezeichnet).

Sämtliche ausgegebenen 2013 T1- und T2-Capital-Notes-Serien lassen sich als Kapitalinstrumente mit tiefem Auslösungssatz einstufen und weisen eine Abschreibungskomponente auf, das

heisst, der gesamte Kapitalbetrag wird, wenn spezifische auslösende Ereignisse auftreten, konsequent auf null abgeschrieben. Bei den 2013 T1 Capital Notes ist dies der Fall, wenn die Quote des harten Kernkapitals zusammen mit einer zusätzlichen Quote, die im Nachfolgenden beschrieben wird und bei der weitere ausstehende Kapitalinstrumente berücksichtigt werden, unter 5,125% sinkt. Gleiches gilt für die 2013 T2 Capital Notes, wenn die entsprechende Quote unter 5% sinkt. Die Abschreibung kann nur dann entfallen, wenn die FINMA auf unsere Anfrage hin feststellt, dass besondere Bedingungen gelten und sie eine Abschreibung für nicht erforderlich hält. Die Capital Notes werden auch im Falle einer drohenden Insolvenz (non-viability) abgeschrieben, wenn die FINMA feststellt, dass eine Abschreibung notwendig ist oder dass wir ausserplanmässige staatliche Kapitalunterstützung brauchen, um zu verhindern, dass wir zahlungsunfähig werden, in Konkurs gehen oder ausserstande sein würden, einen wesentlichen Teil unserer Verbindlichkeiten zurückzuzahlen, oder wenn andere ähnliche Umstände dies erfordern würden.

Bei den auf der Eigenmittelquote basierenden Auslösern für die Abschreibung der im Jahr 2013 emittierten Capital-Notes-Serien wird berücksichtigt, dass andere ausstehende Kapitalinstrumente, deren Auslöser an vergleichsweise höhere Eigenmittelquoten gebunden ist, vor der Abschreibung der im Jahr 2013 emittierten Capital Notes umgewandelt oder abgeschrieben werden. Der Betrag des zusätzlichen Kapitals infolge einer solchen Umwandlung oder Abschreibung wird gemäss den Bedingungen der 2013 ausgegebenen Capital Notes als «Higher Trigger Capital Amount» bezeichnet.

Für die 2013 T2 Capital Notes belief sich der Higher Trigger Capital Amount per Ende 2013 auf CHF 10,0 Mia., und die Higher Trigger Capital Ratio (das heisst das Verhältnis des Higher Trigger Capital Amount zu den gesamten risikogewichteten Aktiven der Gruppe) lag bei 3,7%. Für die 2013 T1 Capital Notes betrug der Higher Trigger Capital Amount per Ende 2013 CHF 7,7 Mia., und die Higher Trigger Capital Ratio belief sich auf 2,8%. Die im Jahr 2014 bestimmten Mitarbeitenden als Teil ihrer Vergütung gewährten Contingent Capital Awards (CCA) gelten als regulatorisches Kapital und dürften diese Higher Trigger Capital Amounts im Laufe der Zeit erhöhen.

Im April 2013 erfolgte die Ausführung und Lieferung von 233,5 Mio. Aktien der Gruppe aus bedingtem und genehmigtem Wandelkapital sowie eigenen Aktien zu einem Wandelpreis von CHF 16.29 pro Aktie im Zusammenhang mit der obligatorischen Umwandlung von ursprünglich im Juli 2012 emittierten bedingten Pflichtwandelanleihen (Mandatory and Contingent Convertible Securities, MACCS) über CHF 3,8 Mia.

Im März 2013 wurden T1 Capital Notes mit einem Coupon von 7,9% in Höhe von USD 1,525 Mia. am ersten Call-Termin zurückgezahlt.

Im Januar 2013 wurden Notes des unteren Ergänzungskapitals (Lower T2 Notes) im Umfang von EUR 77 Mio. ebenfalls zum ersten Call-Termin zurückgezahlt.

Alle der 2013 getätigten Emissionen sowie Rückzahlungen von T1-Instrumenten wurden durch die FINMA genehmigt.

EIGENKAPITALKENNZAHLEN NACH BASEL III

Eigenmittelanforderungen und Quoten – Gruppe

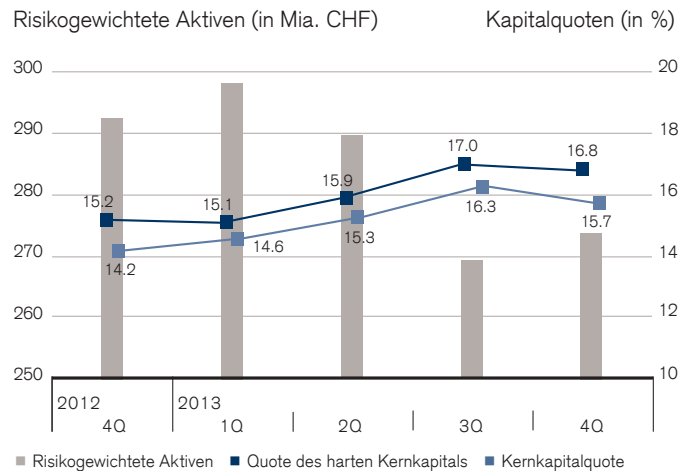
Per Ende 2013 belief sich unsere Quote des harten Kernkapitals auf 15,7% gegenüber 14,2% per Ende 2012. Dies war auf geringere risikogewichtete Aktiven und ein höheres hartes Kernkapital zurückzuführen. Per Ende 2013 lag unsere Kernkapitalquote bei 16,8% im Vergleich zu 15,2% per Ende 2012. Unsere Eigenmittelquote belief sich per Ende 2013 auf 20,6% gegenüber 17,6% per Ende 2012.

Unser hartes Kernkapital betrug Ende 2013 CHF 43,0 Mia. verglichen mit CHF 41,5 Mia. per Ende 2012. Dieser Zuwachs resultierte aus dem Reingewinn und den Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung, der jedoch durch negative Fremdwährungseffekte und eine Dividendenabgrenzung teilweise kompensiert wurde.

Per Ende 2013 lag unser zusätzliches Kernkapital bei CHF 3,1 Mia. im Vergleich zu CHF 2,9 Mia. per Ende 2012, was hauptsächlich auf die Emission der 2013 T1 Capital Notes zurückzuführen war, die durch Rückzahlungen der Partizipationsscheine des Kernkapitals und von T1 Capital Notes teilweise kompensiert wurde. Unser Ergänzungskapital belief sich per Ende 2013 auf CHF 10,2 Mia. gegenüber CHF 7,2 Mia. per Ende 2012. Dieser Anstieg basierte überwiegend auf der Emission der 2013 T2 Capital Notes.

Das Total der anrechenbaren Eigenmittel betrug per Ende 2013 CHF 56,3 Mia. verglichen mit CHF 51,5 Mia. per Ende 2012.

Risikogewichtete Aktiven und Kapitalquoten (Basel III)



Die risikogewichteten Aktiven gingen per Ende 2013 um CHF 18,6 Mia. auf CHF 273,8 Mia. zurück. Dieser Rückgang widerspiegelt eine bedeutende Verringerung des Kredit- und Marktrisikos im Investment Banking sowie einen positiven Fremdwährungseffekt, die durch Zunahmen infolge von Änderungen der Modelle und Aktualisierung von Parametern sowie der Methodologie und der Richtlinien teilweise kompensiert wurden.

► Siehe «Veränderung der risikogewichteten Aktiven nach Risikoart – Basel III» für weitere Informationen.

BIZ-Daten – Basel III

Ende	Gruppe			Bank		
	2013	2012	Veränderung in %	2013	2012	Veränderung in %
Anrechenbare Eigenmittel (in Mio. CHF)						
Total Eigenkapital der Aktionäre	42 164	35 498	19	39 992	34 767	15
Bedingte Pflichtwandelanleihen (MACCS)	- ¹	3 598 ¹	(100)	-	-	-
Regulatorische Anpassungen	(1 069) ²	(303) ²	253	(3 504) ³	(3 879) ³	(10)
Anpassungen, die gemäss Übergangsbestimmungen eingeführt werden ⁴	1 894	2 707	(30)	1 540	5 829	(74)
Hartes Kernkapital (CET1)	42 989	41 500	4	38 028	36 717	4
Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	7 484 ⁵	1 516	394	6 644	1 545	330
Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals (AT1), die gemäss Übergangsbestimmungen auslaufen ⁶	3 652	10 416	(65)	3 652	10 416	(65)
Abzüge vom zusätzlichen Kernkapital (AT1) ⁷	(8 064)	(9 075)	(11)	(7 219)	(8 201)	(12)
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	3 072	2 857	8	3 077	3 760	(18)
Total Kernkapital (T1)	46 061	44 357	4	41 105	40 477	2
Instrumente des Ergänzungskapitals (T2)	6 263 ⁵	2 568	144	6 263	2 572	144
Instrumente des Ergänzungskapitals (T2), die gemäss Übergangsbestimmungen auslaufen	4 321	5 016	(14)	5 016	6 634	(24)
Abzüge vom Ergänzungskapital (T2)	(357)	(422)	(15)	(318)	(377)	(16)
Ergänzungskapital (T2)	10 227	7 162	43	10 961	8 829	24
Total anrechenbare Eigenmittel	56 288	51 519	9	52 066	49 306	6
Risikogewichtete Aktiven (in Mio. CHF)						
Kreditrisiko	175 631	201 764	(13)	166 324	191 649	(13)
Marktrisiko	39 133	39 466	(1)	39 111	39 438	(1)
Operationelles Risiko	53 075	45 125	18	53 075	45 125	18
Nicht gegenparteibezogenes Risiko	6 007	6 126	(2)	5 758	5 873	(2)
Risikogewichtete Aktiven	273 846	292 481	(6)	264 268	282 085	(6)
Eigenmittelquoten (in %)						
Quote des harten Kernkapitals (CET1)	15.7	14.2	-	14.4	13.0	-
Kernkapitalquote (T1)	16.8	15.2	-	15.6	14.3	-
Eigenmittelquote	20.6	17.6	-	19.7	17.5	-

¹ Per 8. April 2013 in 233,5 Mio. Aktien umgetauscht und abgewickelt sowie per diesem Datum im Total Eigenkapital der Aktionäre ausgewiesen.

² Enthält regulatorische Anpassungen, für welche die Übergangsbestimmungen nicht zur Anwendung kommen, einschliesslich einer kumulierten Dividendenabgrenzung.

³ Enthält regulatorische Anpassungen, für welche die Übergangsbestimmungen nicht zur Anwendung kommen, einschliesslich der kumulierten Dividendenabgrenzung und einer Anpassung für Partizipationsscheine des Kernkapitals.

⁴ Enthält eine Anpassung für die buchhalterische Behandlung von Vorsorgeplänen gemäss Übergangsbestimmungen sowie sonstige regulatorische Anpassungen. Für die Jahre 2014 – 2018 werden über 5 Jahre (20% pro Jahr) Kapitalabzüge für Goodwill und sonstige immaterielle Werte sowie sonstige Kapitalabzüge (beispielsweise für bestimmte latente Steuerguthaben und Beteiligungen an Finanzinstituten) eingeführt.

⁵ Besteht aus Kapitalinstrumenten mit hohem und tiefem Auslösungssatz. Von diesem Betrag bestehen CHF 7,7 Mia. aus Kapitalinstrumenten mit einem Abschreibungsauslösungssatz bei 7% Eigenmittelquote, CHF 2,3 Mia. bestehen aus Kapitalinstrumenten mit einem Abschreibungsauslösungssatz bei 5,125% Eigenmittelquote, und CHF 3,7 Mia. bestehen aus Kapitalinstrumenten mit einem Abschreibungsauslösungssatz bei 5% Eigenmittelquote.

⁶ Enthält Partizipationsscheine des Kernkapitals und hybride Kapitalinstrumente, die gemäss Übergangsbestimmungen auslaufen.

⁷ Enthält Goodwill und sonstige immaterielle Werte von CHF 8,2 Mia. sowie sonstige Kapitalabzüge, einschliesslich Gewinnen/(Verlusten) aus Veränderungen des Kreditrisikos auf eigenen zum Fair Value bewerteten Finanzverbindlichkeiten, die vom harten Kernkapital (CET1) abgezogen werden, sobald Basel III vollständig eingeführt ist.

Entwicklung des harten Kernkapitals (CET1) – Basel III

	2013
Hartes Kernkapital (CET1) (in Mio. CHF)	
Bestand zu Beginn der Periode	41 500
Reingewinn	2 326
Fremdwährungseinfluss	(907)
Sonstige	70 ¹
Bestand am Ende der Periode	42 989

¹ Zeigt den Einfluss der aktienbasierten Vergütung, eine Dividendenabgrenzung und eine Veränderung der regulatorischen Abzüge.

Sonstige regulatorische Offenlegungen

Im Zusammenhang mit der Umsetzung von Basel III sind zusätzliche regulatorische Offenlegungen erforderlich. Weitere Informationen zu Kapitalinstrumenten, einschliesslich der wichtigsten Merkmale sowie Bestimmungen und Bedingungen von regulatorischen Kapitalinstrumenten, welche die anrechenbare Eigenmittelbasis der Gruppe bilden, zur regulatorischen Berichterstattung von Tochtergesellschaften, zu Abstimmungsanforderungen und Offenlegungen nach Säule 3 sind auf der Investor-Relations-Website abrufbar.

► Siehe https://www.credit-suisse.com/investors/en/regulatory_disclosures/subsidiaries_regulatory_reporting.jsp für weitere regulatorische Informationen.

«Look-through»-Quote des harten Kernkapitals

Von 2014 bis 2018 werden während einer fünfjährigen Übergangsfrist Abzüge (von 20% jährlich) für Goodwill und sonstige immaterielle Werte sowie sonstige Kapitalabzüge (beispielsweise für bestimmte latente Steuerguthaben und Beteiligungen an Finanzinstituten) schrittweise anfallen. Ausgehend von einem Abzug für Goodwill und sonstige immaterielle Werte von CHF 8,2 Mia. und anderen regulatorischen Anpassungen von CHF 7,5 Mia. nach der vollständigen Einführung liegt unsere «Look-through»-Quote des harten Kernkapitals per Ende 2013 nach unseren Schätzungen bei 10,0%. Die entsprechende Berechnung beruht auf «Look-through»-risikogewichteten Aktiven in Höhe von CHF 266 Mia.

Risikogewichtete Aktiven

Aus unseren Bilanz- und Ausserbilanzpositionen werden die risikogewichteten Aktiven abgeleitet. Diese sind in folgende Kategorien

unterteilt: Marktrisiko, Kreditrisiko, operationelles und nicht gegenpartiebezogenes Risiko. Die Marktrisiko-Aktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge potenzieller Veränderungen im Fair Value von Finanzinstrumenten wegen Marktbewegungen, was sich sowohl in den Bilanz- als auch Ausserbilanzpositionen niederschlägt. Die Kreditrisiko-Aktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge eines möglichen Verlusts, der entstehen würde, wenn ein Schuldner oder eine Gegenpartei seinen beziehungsweise ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könnte oder wenn sich die Bonität des Schuldners oder der Gegenpartei verschlechtern würde. Unter Basel III hängen einige Anpassungen der Eigenmittel von der Höhe des harten Kernkapitals ab (Schwellenwert). Der oberhalb des Schwellenwerts liegende Betrag wird vom harten Kernkapital abgezogen und der unterhalb dieser Marke liegende Betrag ist risikogewichtet. Die von solchen Schwellenwertanpassungen abhängigen risikogewichteten Aktiven gehören zu den vom Kreditrisiko abgeleiteten risikogewichteten Aktiven. Die operationellen Risikoaktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge von Verlustrisiken im Zusammenhang mit unzulänglichen oder fehlerhaften internen Abläufen, menschlichem oder technischem Versagen oder äusseren Einflüssen. Die nicht gegenpartiebezogenen Risikoaktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge unserer Liegenschaften und Einrichtungen. Die risikogewichteten Aktiven werden nicht anhand der nominalen Grösse, sondern anhand der Art der Bilanz- und Ausserbilanzpositionen bestimmt (dabei wird auch die Risikominderung durch Sicherheiten oder Absicherungsaktivitäten berücksichtigt).

Risikogewichtete Aktiven nach Divisionen – Basel III

Ende	2013	2012	Veränderung in %
Risikogewichtete Aktiven nach Divisionen (in Mio. CHF)			
Private Banking & Wealth Management	94 395	96 009	(2)
Investment Banking	156 402	171 511	(9)
Corporate Center	23 049	24 961	(8)
Risikogewichtete Aktiven	273 846	292 481	(6)

Veränderung der risikogewichteten Aktiven nach Risikoart – Basel III

2013	Kreditrisiko (ohne CVA)	Kreditrisiko (CVA)	Marktrisiko	Operatio- nelles Risiko	Nicht gegenpartei- bezogenes Risiko	Total risikoge- wichtete Aktiven
Veränderung der risikogewichteten Aktiven nach Risikoart (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	177 488	24 276	39 466	45 125	6 126	292 481
Fremdwährungseinfluss	(3 580)	(110)	(756)	0	0	(4 446)
Übernahmen und Veräusserungen	(323)	0	0	0	0	(323)
Veränderung der Risikohöhe	(11 472)	(12 749)	(6 231)	(337)	(119)	(30 908)
davon Kreditrisiko – Portfoliogrösse ¹	(10 586)	(10 562)	–	–	–	–
davon Kreditrisiko – Portfolioqualität ²	(886)	(2 187)	–	–	–	–
Modell- und Parameteraktualisierungen ³	(1 754)	(2 103)	709	1 412	0	(1 736)
Methoden und Richtlinien ⁴	4 565	1 393	5 945	6 875	0	18 778
Bestand am Ende der Periode	164 924	10 707	39 133	53 075	6 007	273 846

¹ Entspricht Veränderungen der Portfoliogrösse.

² Entspricht Veränderungen der durchschnittlichen Risikogewichtung für sämtliche Kreditrisikoklassen.

³ Entspricht Veränderungen aus Modellaktualisierungen und Neukalibrierung von Parametern.

⁴ Entspricht sowohl internen Änderungen mit Einfluss auf die Behandlung von Risikopositionen als auch extern vorgeschriebenen regulatorischen Änderungen.

Der Rückgang der Portfoliogrösse des Kreditrisikos (ohne CVA) geht auf zwei Faktoren zurück: Im Investment Banking kam in erster Linie eine Reduktion der gegenparteibezogenen Risiken bei Derivaten zum Tragen, und im Private Banking & Wealth Management war ein Rückgang bei den Ausleihungen und Hypothekarkrediten in Verbindung mit Rückzahlungen aus Vermögensverwaltungsfonds zu verzeichnen. Der Rückgang bei den risikogewichteten Aktiven in Bezug auf die Portfolioqualität resultierte aus Qualitätsverbesserungen innerhalb des Private Banking & Wealth Management, die auf die Verbriefung von Positionen im ersten Quartal 2013 und geringfügige Rückgänge bei der durchschnittlichen Risikogewichtung für Ausleihungen an Unternehmenskunden zurückzuführen waren. Diese Entwicklung wurde durch einen Rückgang bei der Portfolioqualität innerhalb des Investment Banking teilweise kompensiert, die auf eine Erhöhung der durchschnittlichen Risikogewichtung für Ausleihungen, vor allem im Leveraged-Finance-, Corporate-Lending-, Emerging-Markets- und Aktienderivategeschäft, zurückzuführen war. Methoden-Änderungen führten zu einer Erhöhung der risikogewichteten Aktiven, indem Wiederverbriefungen bei besicherten Finanzierungen nicht mehr als Sicherheiten anrechenbar sind, aus dem Einbezug von ◊ Backtesting-Puffern für modellbasierte Gegenparteiisiken und im Private Banking & Wealth Management aus der Einführung des Hypothekarmultiplikators für Finanzierungen von bestimmten Wohnimmobilien in der Schweiz ergaben. Dies wurde durch eine Reduktion der risikogewichteten Aktiven infolge von Modell- und Parameteraktualisierungen, hauptsächlich im Zusammenhang mit der jährlichen Aktualisierung der Parameter der ◊ erwarteten Verlustquote (LGD-Parameter) im Investment Banking, teilweise kompensiert.

Das CVA-Kreditrisiko sank im Berichtszeitraum hauptsächlich aufgrund von Reduktionen der Portfoliogrösse infolge niedrigerer Risikopositionen und gesteigener Absicherungen. Der Rückgang der risikogewichteten Aktiven im Zusammenhang mit der Portfolioqualität resultierte aus Veränderungen der Kreditrisikoprämie. Der Rückgang der risikogewichteten Aktiven aufgrund der Modell- und Parameteraktualisierungen ist auf die Aktualisierung von Zeitserien des Modells zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch eine Zunahme der risikogewichteten Aktiven infolge von Methoden-Verbesserungen bei spezifischen Portfolios teilweise kompensiert.

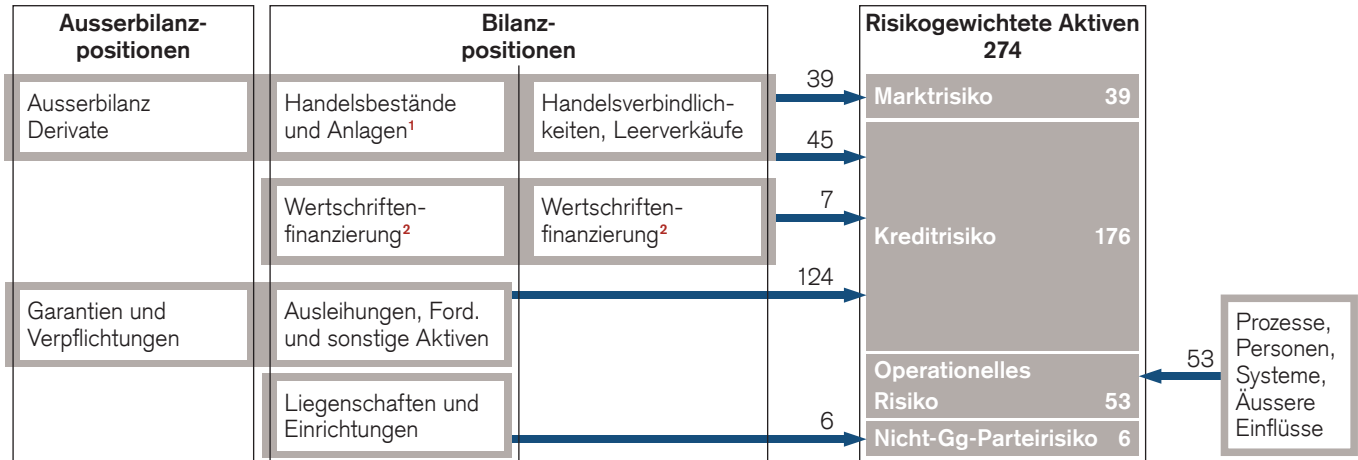
Das Marktrisiko im Investment Banking nahm im Jahresverlauf leicht ab. Die Reduktion des Risikoniveaus in einer Reihe von Geschäftsbereichen vor allem beim regulären ◊ VaR und beim ◊ Stress-VaR wurde zum Teil durch Methoden-Änderungen infolge der Einbeziehung bestimmter Risikokomponenten, die in unserem VaR-Modell nicht abgedeckt werden, sowie Zunahmen beim Stress-VaR, hauptsächlich aufgrund der Einführung einer Stress-Spread-Methodik, kompensiert.

Das operationelle Risiko erhöhte sich bedingt durch Anpassungen des Modells zur Messung des operationellen Risikos per 31. Dezember 2013, welche die Berücksichtigung sämtlicher Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, Aktualisierungen von Parametern sowie eine Add-on-Komponente zur Erfassung des Gesamtumfangs möglicher Verluste aus Rechtsstreitigkeiten, die durch die bestehenden Rückstellungen nicht abgedeckt werden, beinhaltet.

► Siehe Tabelle «BIZ-Daten – Basel III» für weitere Informationen über Marktrisiko und die VaR-Methodik.

Risikogewichtete Aktiven – Basel III

per 31. Dezember 2013 (in Mia. CHF)



¹ Enthält hauptsächlich Handelsbestände, Wertschriftenanlagen und sonstige Anlagen.

² Enthält Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäfte sowie Verbindlichkeiten aus Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäfte und Wertschriftenleihen.

Eigenmittelanforderungen – Bank

Die Quote des harten Kernkapitals der Bank belief sich per Ende 2013 auf 14,4%, was einer Zunahme gegenüber den per Ende 2012 erzielten 13,0% entspricht. Der Zuwachs der Kernkapitalquote ist auf eine leichte Zunahme des harten Kernkapitals und einen Rückgang der risikogewichteten Aktiven zurückzuführen. Per Ende 2013 betrug die Kernkapitalquote der Bank 15,6% gegenüber 14,3% per Ende 2012. Die gesamte Eigenmittelquote der Bank lag per Ende 2013 bei 19,7% verglichen mit 17,5% per Ende 2012.

Das harte Kernkapital belief sich per Ende 2013 auf CHF 38,0 Mia. gegenüber CHF 36,7 Mia. per Ende 2012. Dieser Zuwachs resultiert aus dem Reingewinn und den Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung, der durch negative Fremdwährungseffekte und eine Dividendenabgrenzung teilweise kompensiert wurde.

Das zusätzliche Kernkapital sank auf CHF 3,1 Mia. hauptsächlich infolge der Rückzahlungen von Partizipationsscheinen des Kernkapitals und T1 Capital Notes, was teilweise durch die Emission der 2013 T1 Capital Notes wettgemacht wurde. Das Ergänzungskapital stieg per Ende 2013 auf CHF 11,0 Mia., überwiegend infolge der Herausgabe der 2013 T2 Capital Notes.

Die Summe der anrechenbaren Eigenmittel der Bank stieg von CHF 49,3 Mia. per Ende of 2012 auf CHF 52,1 Mia. per Ende 2013.

Die risikogewichteten Aktiven gingen um CHF 17,8 Mia. auf CHF 264,3 Mia. per Ende 2013 zurück.

Das Geschäft der Bank entspricht im Wesentlichen dem Geschäft der Gruppe. Die Tendenzen für die Bank sind im Einklang mit denjenigen der Gruppe.

► Siehe «Marktrisiko», «Kreditrisiko» und «Operationelles Risiko» in Risikomanagement für weitere Informationen.

EIGENKAPITALKENNZAHLEN GEMÄSS SCHWEIZER ANFORDERUNGEN

Schweizer Kernkapital- und Gesamtkapitalquote

Das Schweizer Kernkapital (Swiss Core Capital) entspricht dem harten Kernkapital (CET1) und den Partizipationsscheinen des Kernkapitals (T1), die gemäss Verfügung der FINMA spätestens bis zum 31. Dezember 2018 mit einem Haircut von 20% angerechnet werden können, und kann weiteren Anpassungen unterliegen. Das Schweizer Gesamtkapital (Swiss Total Capital) umfasst zudem Kapitalinstrumente mit hohen und tiefen Auslösungssätzen. Zum Jahresende 2013 lagen unsere Schweizer Kernkapitalquote und unsere Schweizer Gesamtkapitalquote bei 16,2% beziehungsweise 21,2%, gegenüber den während der Einführungsphase verlangten 6,0% beziehungsweise 8,1%.

Schweizer Kern- und Gesamtkapitalquoten

Ende	Gruppe			Bank		
	2013	2012	Veränderung in %	2013	2012	Veränderung in %
Kapitalentwicklung (in Mio. CHF)						
Hartes Kernkapital (CET1)	42 989	41 500	4	38 028	36 717	4
Schweizer regulatorische Anpassungen ¹	1 658	2 481	(33)	1 711	2 864	(40)
Schweizer Kernkapital	44 647	43 981	2	39 739	39 581	0
Kapitalinstrumente mit hohem Auslösungssatz ²	7 743	4 084	90	7 743	4 084	90
Kapitalinstrumente mit tiefem Auslösungssatz ³	6 005	–	–	5 164	–	–
Schweizer Gesamtkapital	58 395	48 065	21	52 646	43 665	21
Risikogewichtete Aktiven (in Mio. CHF)						
Risikogewichtete Aktiven – Basel III	273 846	292 481	(6)	264 268	282 085	(6)
Schweizer regulatorische Anpassungen ⁴	1 015	1 259	(19)	1 020	1 220	(16)
Schweizer risikogewichtete Aktiven	274 861	293 740	(6)	265 288	283 305	(6)
Eigenmittelquoten (in %)						
Schweizer Kernkapitalquote	16.2	15.0	–	15.0	14.0	–
Schweizer Gesamtkapitalquote	21.2	16.4	–	19.8	15.4	–

¹ Besteht aus Partizipationsscheinen des Kernkapitals von CHF 1,3 Mia., Abzügen vom zusätzlichen Kernkapital, für welche nicht genügend Kernkapital vorhanden ist und die deshalb vom Schweizer Kernkapital abgezogen werden, sowie sonstigen Anpassungen aufgrund der Schweizer Regulierung.

² Besteht aus CHF 5,2 Mia. Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) und CHF 2,5 Mia. Instrumenten des Ergänzungskapitals (T2).

³ Besteht aus CHF 2,3 Mia. Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) und CHF 3,7 Mia. Instrumenten des Ergänzungskapitals (T2).

⁴ Enthält höhere regulatorische Schwellenwerte aufgrund des zusätzlichen Schweizer Kernkapitals.

Der folgenden Tabelle sind die Schweizer Anforderungen für die relevanten Eigenkapitalkomponenten und im Vergleich dazu unsere aktuellen Eigenkapitalkennzahlen zu entnehmen.

Schweizer Eigenmittelanforderungen und -deckung

Ende	Eigenmittelanforderungen					Gruppe					Eigenmittelanforderungen					Bank	
	Minimum-komponente	Puffer-komponente	Progressive Komponente	Überschuss		2013	Minimum-komponente	Puffer-komponente	Progressive Komponente	Überschuss		2013	Minimum-komponente	Puffer-komponente	Progressive Komponente	Überschuss	2013
Risikogewichtete Aktiven (in Mia. CHF)																	
Schweizer risikogewichtete Aktiven	–	–	–	–		274.9	–	–	–	–		265.3					
Schweizer Eigenmittelanforderungen 2013 ¹																	
Minimale Schweizer Gesamtkapitalquote	3.5%	3.5%	1.1%	–		8.1%	3.5%	3.5%	1.1%	–		8.1%					
Minimales Schweizer Gesamtkapital (in Mia. CHF)	9.6	9.6	3.0	–		22.3	9.3	9.3	2.9	–		21.5					
Schweizer Eigenmitteldeckung (in Mia. CHF)																	
Schweizer Kernkapital	9.6	1.9	–	33.2		44.6	9.3	1.5	–	28.9		39.7					
Kapitalinstrumente mit hohem Auslösungssatz	–	7.7	–	–		7.7	–	7.7	–	–		7.7					
Kapitalinstrumente mit tiefem Auslösungssatz	–	–	3.0	3.0		6.0	–	–	2.9	2.2		5.2					
Schweizer Gesamtkapital	9.6	9.6	3.0	36.1		58.4	9.3	9.3	2.9	31.1		52.6					
Eigenmittelquoten (in %)																	
Schweizer Gesamtkapitalquote	3.5%	3.5%	1.1%	13.1%		21.2%	3.5%	3.5%	1.1%	11.7%		19.8%					

Rundungsdifferenzen sind möglich. Nicht enthalten ist der antizyklische Puffer, welcher per 30. September 2013 verlangt war.

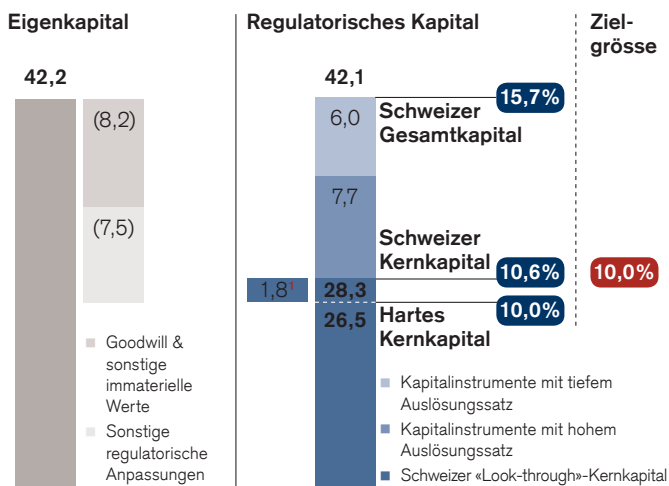
¹ Die Schweizer Eigenmittelanforderungen basieren auf einem Prozentsatz der risikogewichteten Aktiven.

Schweizer «Look-through»-Kernkapital- und Gesamtkapitalquote

Die «Look-through»-Basis geht von einer vollständigen Einführung des Abzugs des Goodwill, der sonstigen immateriellen Werte und anderer regulatorischer Anpassungen aus. Auf «Look-through»-Basis belief sich unser Schweizer Kernkapital (Swiss Core Capital) auf CHF 28,3 Mia., und unsere Schweizer Kernkapitalquote lag bei 10,6% gegenüber der von uns angestrebten Quote von 10,0%. Unser Schweizer Gesamtkapital (Swiss Total Capital) betrug CHF 42,1 Mia. und unsere Schweizer Gesamtkapitalquote 15,7%, jeweils auf «Look-through»-Basis.

«Look-through»-Kapitalquoten – Gruppe

per 31. Dezember 2013 (in Mio. CHF)



Schweizer «Look-through»-risikogewichtete Aktiven

267

Rundungsdifferenzen sind möglich.

¹ Besteht aus vorhandenen Partizipationsscheinen des Kernkapitals von CHF 1,3 Mia. und sonstigen Anpassungen aufgrund der Schweizer Regulierung.

Schweizer Leverage Ratio

Die Schweizer Leverage Ratio berechnet sich anhand des Schweizer Gesamtkapitals (Swiss Total Capital) geteilt durch den Dreimonatsdurchschnitt der Risikoposition. Diese Risikoposition umfasst bilanzwirksame Aktiven und nicht bilanzwirksame Positionen bestehend aus Garantien und Bürgschaften sowie regulatorische Anpassungen, darunter Nettoauflösungen von Barsicherheiten sowie Add-ons von derivativen Finanzinstrumenten. Per Ende 2013 lag unsere Schweizer Leverage Ratio bei 5,1%. Unsere Gesamtrisikoposition belief sich per Ende 2013 auf CHF 1 131 Mia. im Vergleich zu unserem Zielwert für Ende 2013 von CHF 1 190 Mia. Wir haben unseren langfristigen Zielwert auf CHF 1 070 Mia. angepasst.

Schweizer Leverage Ratio

	Gruppe	Bank
Ende	2013	2013
Schweizer Gesamtkapital (in Mio. CHF)		
Schweizer Gesamtkapital	58 395	52 646
Risikoposition (in Mio. CHF)¹		
Bilanzaktiven	890 242	872 097
Ausserbilanzrisiken	133 426	132 567
Regulatorische Anpassungen	130 150	127 795
Durchschnittliche Gesamtrisikoposition	1 153 818	1 132 459
Schweizer Leverage Ratio (in %)		
Schweizer Leverage Ratio	5.1	4.6

¹ Aus dem Durchschnitt der Monatsendbeträge für die letzten drei Kalendermonate berechnet.

Der folgenden Tabelle sind die Schweizer Anforderungen für die relevanten Eigenkapitalkomponenten und im Vergleich dazu unsere aktuellen Leverage-Kennzahlen zu entnehmen.

Schweizer Leverage-Anforderungen und Deckung

Ende	Eigenmittelanforderungen				Gruppe					Bank					
	Minimum-komponente	Puffer-komponente	Progressive Komponente	Überschuss	2013	Minimum-komponente	Puffer-komponente	Progressive Komponente	Überschuss	2013	Minimum-komponente	Puffer-komponente	Progressive Komponente	Überschuss	2013
Risikoposition (in Mia. CHF)															
Durchschnittliche Gesamtrisikoposition	-	-	-	-	1 153.8	-	-	-	-	1 132.5	-	-	-	-	1 132.5
Schweizer Leverage-Anforderungen 2013¹															
Minimale Schweizer Leverage Ratio	0.84%	0.84%	0.26%	-	1.94%	0.84%	0.84%	0.26%	-	1.94%	0.84%	0.84%	0.26%	-	1.94%
Minimaler Schweizer Leverage (in Mia. CHF)	9.7	9.7	3.1	-	22.4	9.5	9.5	3.0	-	22.0	9.5	9.5	3.0	-	22.0
Schweizer Eigenmitteleckung (in Mia. CHF)															
Schweizer Kernkapital	9.7	1.9	-	33.0	44.6	9.5	1.8	-	28.5	39.7	9.5	1.8	-	28.5	39.7
Kapitalinstrumente mit hohem Auslösungssatz	-	7.7	-	-	7.7	-	7.7	-	-	7.7	-	7.7	-	-	7.7
Kapitalinstrumente mit tiefem Auslösungssatz	-	-	3.1	3.0	6.0	-	-	3.0	2.2	5.2	-	-	3.0	2.2	5.2
Schweizer Gesamtkapital	9.7	9.7	3.1	36.0	58.4	9.5	9.5	3.0	30.6	52.6	9.5	9.5	3.0	30.6	52.6
Schweizer Leverage Ratio (in %)															
Schweizer Leverage Ratio	0.84%	0.84%	0.26%	3.1%	5.1%	0.84%	0.84%	0.26%	2.7%	4.6%	0.84%	0.84%	0.26%	2.7%	4.6%

Rundungsdifferenzen sind möglich.

¹ Die Leverage-Anforderungen basieren auf einem Prozentsatz der gesamten durchschnittlichen Risikoposition.

Schweizer «Look-through» Leverage Ratio

Die «Look-through»-Basis geht von einer vollständigen Einführung des Abzugs des Goodwill, der sonstigen immateriellen Werte und anderer regulatorischer Anpassungen aus. Auf «Look-through»-Basis belief sich unsere Schweizer Leverage Ratio auf 3,7% gegenüber der von 4%, die 2019 erforderlich sein wird. Dabei wurde die Reduktion unserer progressive Komponente durch die FINMA, welche 2014 beginnt, berücksichtigt.

Total Eigenkapital

Gruppe

Das Total Eigenkapital der Aktionäre der Gruppe belief sich per Ende 2013 auf CHF 42,2 Mia. gegenüber CHF 35,5 Mia. per Ende 2012. Das Total Eigenkapital der Aktionäre wurde durch die Emission von Stammaktien, primär zur Abwicklung von bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS), den Reingewinn im Jahr 2013, eine versicherungsmathematische Pensionsanpassung, den Effekt aktienbasierter Vergütung und den Ankauf von Aktien von Gruppengesellschaften aus Minderheitsbeteiligungen im Zusammenhang mit der Rückzahlung von Partizipationsscheinen des

Kernkapitals beeinflusst. Diese Zunahmen wurden durch Fremdwährungseinflüsse auf die kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen sowie Dividendenzahlungen im Jahr 2013 teilweise kompensiert.

► Siehe «Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zum Total Eigenkapital der Gruppe.

Bank

Das Total Eigenkapital des Aktionärs der Bank belief sich per Ende 2013 auf CHF 40,0 Mia. gegenüber CHF 34,8 Mia. per Ende 2012. Das Total Eigenkapital des Aktionärs wurde durch Kapitaleinlagen der Gruppe, den Reingewinn 2013 und die Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung beeinflusst. Diese Zunahmen wurden durch Fremdwährungseinflüsse auf die kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen und die 2013 geleisteten Dividendenzahlungen teilweise kompensiert.

► Siehe «Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung» in VII – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse (Bank) für weitere Informationen zum Total Eigenkapital der Bank.

Eigenmittel

Ende	Gruppe			Bank		
	2013	2012	Veränderung in %	2013	2012	Veränderung in %
Eigenkapital der Aktionäre (in Mio. CHF)						
Stammaktien	64	53	21	4 400	4 400	0
Kapitalreserve	27 853	23 636	18	34 617	28 686	21
Gewinnreserve	30 261	28 171	7	15 169	13 637	11
Eigene Aktien (zu Anschaffungskosten)	(139)	(459)	(70)	0	0	–
Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	(15 875)	(15 903)	0	(14 194)	(11 956)	19
Total Eigenkapital der Aktionäre	42 164	35 498	19	39 992	34 767	15
Goodwill	(7 999)	(8 389)	(5)	(7 121)	(7 510)	(5)
Sonstige immaterielle Werte	(210)	(243)	(14)	(210)	(243)	(14)
Materielles Eigenkapital der Aktionäre ¹	33 955	26 866	26	32 661	27 014	21
Ausstehende Aktien (in Mio.)						
Ausgegebene Stammaktien	1 596.1	1 320.8	21	4 399.7	44.0	–
Eigene Aktien	(5.2)	(27.0)	(81)	–	–	–
Ausstehende Aktien	1 590.9	1 293.8	23	4 399.7	44.0	–
Nennwert (in CHF)						
Nennwert	0.04	0.04	0	1.00 ²	100.00	(99)
Buchwert pro Aktie (in CHF)						
Total Buchwert pro Aktie	26.50	27.44	(3)	9.09	790.16	(99)
Goodwill pro Aktie	(5.03)	(6.48)	(22)	(1.62)	(170.68)	(99)
Sonstige immaterielle Werte pro Aktie	(0.13)	(0.19)	(32)	(0.05)	(5.53)	(99)
Materieller Buchwert pro Aktie ¹	21.34	20.77	3	7.42	613.95	(99)

¹ Das Management ist der Ansicht, dass das materielle Eigenkapital der Aktionäre und der materielle Buchwert pro Aktie, beides unter GAAP nicht definierte Finanzgrößen, aussagekräftige Werte sind, da sich Branchenanalysten zur Beurteilung von Bewertung und Eigenkapitalausstattung darauf stützen.

² Widerspiegelt den Nennwertsplit pro Aktie von CHF 100 auf CHF 1 mit Wirkung per 19. November 2013.

WEITERE INFORMATIONEN

Aktienrückkäufe

Gemäss Schweizerischem Obligationenrecht unterliegt das Halten oder der Rückkauf eigener Aktien einer gewissen Beschränkung. So können wir nur dann einen Aktienrückkauf durchführen, wenn frei verfügbares Eigenkapital in der Höhe der dafür nötigen Mittel vorhanden ist und der gesamte Nennwert dieser Aktien 10% des Aktienkapitals nicht übersteigt. Zudem hat die Gruppe in der Rechnungslegung der Holdinggesellschaft besondere Reserven in Höhe des Kaufpreises der erworbenen Aktien vorzunehmen. In der konsolidierten Jahresrechnung werden die eigenen Aktien zu Einstandskosten erfasst und als eigene Aktien ausgewiesen. Dies führt zu einem Rückgang des Eigenkapitals. Von uns zurückgekauft Aktien haben keinerlei Stimmrechte an den Generalversammlungen.

Im Jahr 2013 haben wir 385,4 Mio. eigene Aktien zurückgekauft und 401,1 Mio. eigene Aktien verkauft oder erneut ausgegeben. Dies geschah hauptsächlich im Rahmen unseres Engagements als Market-Maker und zur Unterstützung von Kundenaufträgen. Per 31. Dezember 2013 hielt die Gruppe 5,2 Mio. eigene Aktien.

► Siehe «Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung auf das Eigenkapital» in IV – Corporate Governance und Vergütung – Vergütung für weitere Information.

Käufe und Verkäufe von eigenen Aktien

In Mio., wo nicht anders vermerkt	Anzahl Aktien	Durchschnitts- preis pro Aktie in CHF
2013		
Januar	31.0	25.15
Februar	27.1	25.93
März	32.4	25.34
April	64.2	25.09
Mai	28.9	28.00
Juni	28.5	26.49
Juli	29.4	26.92
August	17.1	28.05
September	19.6	28.03
Oktober	26.6	28.67
November	49.3	26.58
Dezember	31.3	26.56
Total Käufe von eigenen Aktien	385.4	–
Total Verkäufe von eigenen Aktien	401.1	–

Dividenden und Dividendenpolitik

Gemäss Schweizerischem Obligationenrecht dürfen Dividenden nur dann ausgeschüttet werden, wenn die Gesellschaft über Bilanzgewinne aus früheren Geschäftsjahren verfügt oder die freien Reserven der Gesellschaft hoch genug sind, um eine Ausschüttung von Dividenden zu ermöglichen. Zudem müssen mindestens 5% des jährlichen Reingewinns den gesetzlichen Reserven zugewiesen werden, bis diese 20% des einbezahlten Aktienkapitals erreicht haben. Unsere Reserven übersteigen derzeit diese 20%-Schwelle. Weiter bedürfen Dividendenausschüttungen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Der Verwaltungsrat kann eine Dividendenausschüttung vorschlagen, jedoch nicht selber festlegen. In der Schweiz muss die Revisionsstelle bestätigen, dass der Gewinnverwendungsvorschlag mit der schweizerischen Gesetzgebung und den Statuten übereinstimmt. In der Regel stimmen die Aktionäre dem Dividendenvorschlag des Verwaltungsrats zu. Dividenden sind normalerweise nach der Beschlussfassung der Generalversammlung über die Gewinnverwendung fällig und zahlbar. Gemäss Schweizerischem Obligationenrecht beträgt die Verjährungsfrist bei genehmigten Dividendenausschüttungen fünf Jahre.

Das Ziel unserer Dividendenpolitik besteht darin, unseren Investoren eine stabile und effiziente Form der Kapitalausschüttung zu bieten. Die im Geschäftsjahr 2013 für 2012 vorgenommene Dividendenausschüttung bestand aus einer Ausschüttung von CHF 0.10 pro Aktie in Form einer Barausschüttung und neuer Aktien der Gruppe im Gegenwert von ungefähr CHF 0.65 pro Namenaktie für das Geschäftsjahr 2012. Als Folge wurden im Mai 2013 37,6 Mio. neue Aktien der Gruppe aus dem genehmigten Kapital ausgegeben.

Unser Verwaltungsrat wird an der Generalversammlung vom 9. Mai 2014 für das Geschäftsjahr 2013 eine Barausschüttung in Höhe von CHF 0.70 pro Aktie aus Reserven aus Kapitaleinlagen vorschlagen. Die Ausschüttungen aus Reserven aus Kapitaleinlagen sind von der Schweizer Verrechnungssteuer befreit und unterliegen keiner Einkommenssteuer für in der Schweiz ansässige Personen, die Aktien als private Anlage halten. Als Ex-Dividenden-Datum wurde der 13. Mai 2014 festgelegt.

Aufgrund unserer Holdingstruktur hält die Gruppe als nicht operativ tätiges Unternehmen alle Investitionen in Tochtergesellschaften und ist deshalb auf die Dividenden ihrer Tochtergesellschaften angewiesen, um Aktionärsdividenden zu zahlen und langfristige Schulden zu bedienen. Die Tochtergesellschaften der Gruppe unterstehen in der Regel den gesetzlichen Beschränkungen in Bezug auf die zulässige Höhe von Dividendenausschüttungen. Die Höhe der Dividendenausschüttungen von operativen Tochtergesellschaften hängt von den Zukunftserwartungen und den Wachstumsaussichten des operativen Geschäfts ab.

► Siehe «Antrag zur Ausschüttung aus Reserven aus Kapitaleinlagen» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group – Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns und Kapitalausschüttung für weitere Informationen zu den Dividenden.

Dividende pro Aktie

	USD ¹	CHF
Dividende pro Aktie für das Geschäftsjahr		
2012 ²	0.83	0.75
2011	0.78	0.75
2010	1.48	1.30
2009	1.78	2.00
2008	0.10	0.10

¹ Entspricht der Ausschüttung für jede American Depositary Share. Weitere Informationen finden sich unter www.credit-suisse.com/dividend.

² Die Ausschüttung bestand aus CHF 0.10 (USD 0.11) pro Aktie in bar und einer Aktiendividende mit einem theoretischen Wert von ungefähr CHF 0.65 (USD 0.69) pro Zeichnungsrecht, wie an der Generalversammlung vom 27. April 2013 für das Geschäftsjahr 2012 genehmigt.

Fremdwährungs- und Zinsrisikomanagement

Die Bewirtschaftung des Fremdwährungsrisikos im Zusammenhang mit Investitionen in Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen erfolgt im Rahmen festgelegter Parameter, die ein Gleichgewicht zwischen der Stabilität der Eigenmittel und dem Erhalt des Aktienkapitals in Schweizer Franken bewahren. Die Entscheidungen bezüglich dieser Parameter werden vom CARMC getroffen und regelmässig überprüft.

Fremdwährungsrisiken in Verbindung mit Vermögenswerten der Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften, die nicht auf die funktionale Währung lauten, werden durch eine Kombination von zukunftsgerichteten und vergangenheitsorientierten Absicherungsaktivitäten bewirtschaftet mit dem Ziel, die fremdwährungsbedingte Volatilität der berichteten Erträge zu mindern.

Die mit den Bankenbuch-Transaktionen wie Kreditvergaben beziehungsweise der Annahme von Einlagen verbundenen Zinsänderungsrisiken werden von den Divisionen an Treasury übertragen und dort mit allen anderen Zinsrisikopositionen zentral gesteuert. Zudem entwickelt und unterhält Treasury die erforderlichen Modelle zur Festlegung von Zinsänderungsrisiken bei Produkten ohne vorgegebene Laufzeit (etwa Einlagen auf Sicht, Spargelder). Zu diesem Zweck kommt in enger Zusammenarbeit mit Risikomanagement eine Replikationsmethode zur Anwendung, um die Stabilität und Nachhaltigkeit von Erträgen aus Renditedifferenzen in den Divisionen zu maximieren. Ausserdem steuert Treasury die Zinsrisiken für das Eigenkapital der Bank anhand mit dem Management vereinbarter Ziele.

Risikomanagement

Das umsichtige Eingehen von Risiken im Rahmen unserer strategischen Prioritäten ist grundlegend für unsere Tätigkeit als eine führende, weltweit tätige Bank und war auch 2013 ein wichtiger Schwerpunkt für unsere Tätigkeit. Im letzten Geschäftsjahr haben wir weitere Schritte unternommen, um unsere Geschäftsbereiche und unsere Risikomanagementkonzepte und -verfahren an die neuen regulatorischen Anforderungen anzupassen. Das Positionsrisiko nahm 2013 insgesamt um 7% zu, das beanspruchte Economic Capital um 4%, der durchschnittliche US-Dollar-Risikomanagement-VaR unserer Handelsbücher ging um 27% zurück und unsere gefährdeten Ausleihungen sanken um 14% auf CHF 1,5 Mia.

WICHTIGSTE ENTWICKLUNGEN IN BEZUG AUF RISIKEN 2013

Das Jahr 2013 wurde durch ein anhaltendes Niedrigzinsumfeld, eine gute Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz, Konjunkturerholung in den meisten Ländern der EU, eine fortgeschrittene Erholung in den USA und ein schwieriges regulatorisches Umfeld geprägt.

Um die Erholung der schwachen Wirtschaft zu unterstützen, hielten die massgebenden Zentralbanken 2013 an ihren beispiellosen Liquiditätsmassnahmen und einer Nahe-null-Zinspolitik fest. Infolge der Renditesuche investierten die Anleger verstärkt in Anlagen mit geringer Bonität und High-Yield-Instrumente, so dass teilweise das Emissionsvolumen höher und die Spreads niedriger ausfielen als vor der Finanzkrise von 2008. Insbesondere im CCC-Bonitätssegment und darunter ist die Emissionsquote deutlich gestiegen. Im September 2013 äusserten US-Aufsichtsbehörden ihre Bedenken über die aktuellen Richtlinien für die Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern und forderten die branchenweite Umsetzung konservativerer Risikokriterien.

Im Jahr 2013 hielt das regulatorische Umfeld für die Gruppe weiterhin Herausforderungen bereit. Seit dem 1. Januar 2013 untersteht die Gruppe dem **Basel-III-Regelwerk**, während die Basel-III-Umsetzung für Banken in der EU (CRD IV) und in den USA ab 2014 beginnen soll. Im Rahmen des Übergangs zur CRD IV hat die britische PRA die Genehmigungen von britischen Finanzinstituten, einschliesslich derjenigen unserer britischen Tochtergesellschaften, überprüft. Die Überprüfung erfolgte im Hinblick auf die gegenwärtig eingesetzten internen Modellierungsverfahren zur Kapitalberechnung und die neuen Modelle, die zur Einhaltung der CRD-IV-Anforderungen benötigt werden. Die Modelle unserer Tochtergesellschaften wurden mehrheitlich von der PRA genehmigt. Einige unserer Modelle sind hingegen noch nach den neuesten Vorgaben des **Basler Ausschusses** und dem regulatorischen Feedback zu den Modellierungstechniken zu aktualisieren.

Darüber hinaus wurden durch das Basel-III-Regelwerk Standards zur Messung und Überwachung von Liquiditätsrisiken eingeführt, die **Mindestliquiditätsquote** (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und die **strukturelle Liquiditätsquote** (Net Stable Funding Ratio, NSFR). Die Mindestliquiditätsquote ist eine umfassende Messgrösse ausgerichtet auf kurzfristige Liquiditätsrisiken für eine 30-tägige Zeitperiode. Die strukturelle Liquiditätsquote ist

dagegen eine umfassende Messgrösse für langfristige Liquiditätsrisiken, die auf die Finanzierung der Aktiven und Aktivitäten einer Bank über einen Zeithorizont von einem Jahr ausgerichtet ist. Im Januar 2014 erliess der Basler Ausschuss die endgültigen Vorschriften und Offenlegungsanforderungen bezüglich Mindestliquiditätsquote, die im Rahmen der regelmässigen Offenlegungspflichten der Banken nach dem 1. Januar 2015 umgesetzt werden müssen. Der Beobachtungszeitraum für diese Kennzahl begann 2013 und soll eine angemessene Vorbereitung zur Erfüllung dieses regulatorischen Liquiditätskriteriums ermöglichen.

► Siehe «Regulatorischer Rahmen» in *Management von Liquidität und Refinanzierung für Informationen zur Mindestliquiditätsquote und strukturellen Liquiditätsquote*.

Wir beobachteten einen Trend hin zu einer strengeren Auslegung der geltenden Eigenkapitalregeln, insbesondere bezüglich des operationellen Risikos, sowie einen wachsenden Fokus auf stärker standardisierte und einfachere Risikomassnahmen. Die Entwicklung des erweiterten Regelwerks zum operationellen Risiko befindet sich in vollem Gange. Zudem bestehen erhöhte Anforderungen seitens der Aufsichtsbehörden weltweit hinsichtlich der Einführung wirksamer Sanierungs- und Abwicklungspläne (Recovery and Resolution Plans, RRP).

Im Investment Banking liegt der Schwerpunkt weiterhin auf der Strategie, unsere Bilanz zu verkürzen und die **risikogewichteten Aktiven** zu reduzieren, was einher geht mit einer Senkung der allgemeinen Risikokapazität.

Im Private Banking & Wealth Management lag der Risikofokus im Vorfeld neuer regulatorischer Anforderungen wie der anstehenden Inkraftsetzung der revidierten Finanzmarkttrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive, MiFID II) und damit verbundener Vorschriften weiterhin auf den Themen Kundeneignung und Angemessenheit, Einhaltung der Steuergesetze und grenzüberschreitende Geschäftsaktivitäten.

Neue Kreditrückstellungen wurden in beiden Geschäftsddivisionen erneut nur in geringem Umfang vorgenommen.

Das Reputationsrisiko war 2013 nach wie vor ein Schwerpunktthema. Hier haben wir unsere Verfahren optimiert und das Bewusstsein unserer Mitarbeitenden für Reputationsrisiken weiter geschärft. Zudem haben wir unsere Geschäftstätigkeit in Bezug auf bestimmte Länder und Branchen mit höherem Reputationsrisiko sowie Transaktionen mit politisch exponierten Personen weiter angepasst.

Das Regelwerk für die Risikobereitschaft wurde für 2014 erweitert durch verbesserte Kapitaltests, bei denen zusätzliche operationelle Risiken und Vorsorgerisiken sowie weitere zukunftsgerichtete Szenarien berücksichtigt werden. Diese Erweiterungen umfassen Alarmlimiten für Positionsverluste, die den verschiedenen Geschäftsebenen innerhalb der gesamten Organisation spezifisch zugewiesen werden.

RISIKOMANAGEMENTORGANISATION UND AUFSICHT

Risikokultur

Unsere Geschäftstätigkeit basiert auf einem disziplinierten und vernünftigen Umgang mit Risiken. Wir legen grössten Wert auf unabhängige Risikomanagement-, Compliance- und Revisionsprozesse mit voller Führungsverantwortung.

Risiko-Governance

Das umsichtige Eingehen von Risiken im Rahmen unserer strategischen Prioritäten ist grundlegend für unsere Tätigkeit. Die Risikomanagementstrategie strebt primär den Schutz unserer Finanzkraft und Reputation an. Gleichzeitig wird darauf geachtet, dass das Kapital optimal eingesetzt wird, um die Geschäftstätigkeit zu unterstützen und den Shareholder Value zu steigern. Unsere Risikoorganisation basiert auf Transparenz, Verantwortlichkeit des Managements und unabhängiger Aufsicht. Das Risikomanagement ist ein fester Bestandteil unseres Geschäftsplanungsprozesses, worin Geschäftsleitung und Verwaltungsrat stark eingebunden sind.

Um den Herausforderungen eines von Volatilität geprägten Marktumfelds und eines sich wandelnden regulatorischen Rahmens gerecht zu werden, stärken wir unser Risikomanagement kontinuierlich. Das Risikomanagement ist unabhängig von den Frontbereichen, steht aber in engem Kontakt zu diesen, um einen optimalen Informationsaustausch und solide Kontrollen zu gewährleisten. Wir verfügen über umfassende Risikomanagementprozesse und ausgereifte Kontrollsysteme und setzen weiterhin alles daran, die Auswirkungen negativer Entwicklungen durch sorgfältige Steuerung von Risikokonzentrationen zu beschränken.

Risikomanagementorganisation

Wir steuern Risiken im Rahmen unserer internen Kontrollumgebung aktiv, doch Risiken entstehen in all unseren Geschäftsaktivitäten und lassen sich nicht vollständig ausschliessen. Unsere Risikomanagementorganisation orientiert sich an den spezifischen Gegebenheiten der verschiedenen Risiken, um sicherzustellen, dass die Risiken im Rahmen der festgelegten Limiten transparent und zeitgerecht gesteuert werden. Auf Verwaltungsratsbene (einschliesslich der Committees) umfasst dies folgende Verantwortungsbereiche:

- Verwaltungsrat: gegenüber den Aktionären verantwortlich für die Strategie, Überwachung und Kontrolle der Gruppe sowie für die Festlegung der gruppenweiten Risikotoleranz in Form einer Stellungnahme zur Risikobereitschaft (Risk Appetite Statement) und von globalen Risikolimiten.

- Risk Committee: verantwortlich für die Unterstützung des Verwaltungsrats bei seiner Aufsichtstätigkeit in Risikobelangen. Dies umfasst die Festlegung der Grundsätze der Risiko-Governance sowie die Entwicklung des Risikoprofils und der Eigenkapitalunterlegung, einschliesslich der regelmässigen Überprüfung der wichtigsten Risikopositionen und globaler Risikolimiten.
- Audit Committee: verantwortlich für die Unterstützung des Verwaltungsrats bei seiner Aufsichtstätigkeit. Dies umfasst die Überwachung der Geschäftsleitung in Bezug auf die Finanzberichterstattung, die interne Kontrolle, die Finanzbuchführung sowie die juristische und regulatorische Compliance. Zusätzlich ist das Audit Committee verantwortlich für die Überwachung der Unabhängigkeit und die Aufgabenerfüllung der Internen Revision und der externen Revisionsstellen.

Die globalen Risikolimiten werden vom Verwaltungsrat in Absprache mit dem Risk Committee festgelegt. Auf Geschäftsleitungsebene wurden Ausschüsse gebildet, die das Risikomanagement weiter unterstützen.

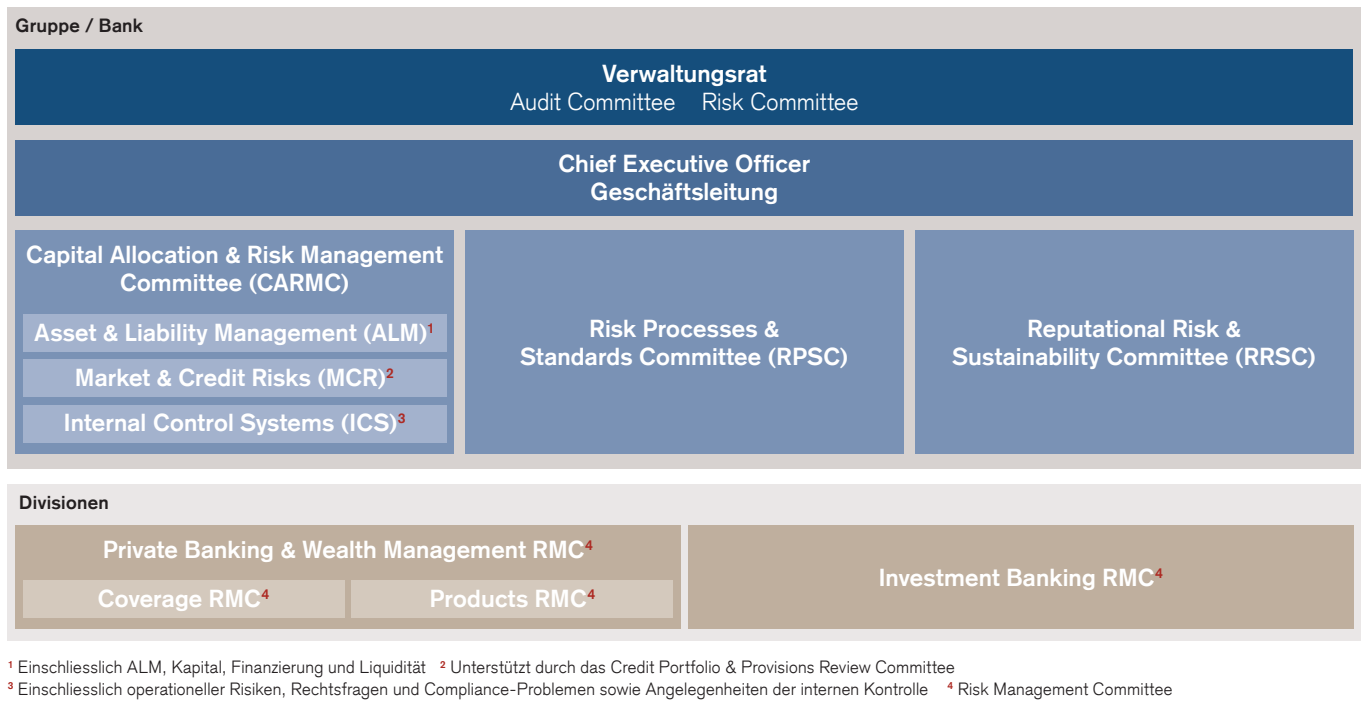
Das Capital Allocation & Risk Management Committee (CARMC) überprüft monatlich die Risikopositionen, Risikokonzentrationen und risikobezogene Aktivitäten. Das CARMC ist für die Überwachung und Lenkung unseres Risikoprofils auf konsolidierter Basis zuständig und gibt Empfehlungen für Risikolimiten an das Risk Committee sowie den Verwaltungsrat ab. Ausserdem trägt das CARMC innerhalb der verschiedenen Geschäftsbereiche die Verantwortung für die Festlegung und Zuweisung von Risikolimiten. Das CARMC führt monatlich alternierend die folgenden drei Sitzungszyklen durch: (i) Asset & Liability Management einschliesslich Kapital, Refinanzierung und Liquidität, (ii) Markt- und Kreditrisiken sowie (iii) Interne Kontrollsysteme einschliesslich operationeller Risiken, Rechtsfragen und Compliance-Probleme sowie interner Kontrollen. Im Zyklus Markt- und Kreditrisiken überprüft das Credit Portfolio & Provisions Review Committee, ein Unterausschuss des CARMC, die Qualität des Kreditportfolios mit dem Hauptaugenmerk auf der Entwicklung der gefährdeten Aktiven und der Beurteilung der zugehörigen Rückstellungen und Wertberichtigungen.

Das Risk Processes & Standards Committee ist zuständig für das Erstellen und Bewilligen von Normen für die Risikomesung und -bewirtschaftung, einschliesslich Methodologie und Risikoparametern.

Das Reputational Risk & Sustainability Committee legt Grundsätze fest und überprüft Prozesse und wesentliche Fälle in Bezug auf Reputationsrisiken und Nachhaltigkeitsthemen. Weiter gibt es auch die divisionalen Risikomanagementausschüsse.

Die Risikoausschüsse werden zudem vom Treasury unterstützt, das für die Steuerung unserer Bilanz, das Kapitalmanagement, die Liquidität und damit verbundene Absicherungsrichtlinien zuständig ist.

Risikomanagement – Organisation und Ausschüsse



Angesichts der zunehmend komplexen regionalen regulatorischen Anforderungen wurde die Funktion eines britischen CRO gebildet, um die vollständige Integration des Risikomanagements auf sämtlichen Organisationsebenen zu gewährleisten. Als wichtige Kontaktperson für die britischen Aufsichtsbehörden stellt der britische CRO sicher, dass sämtliche Belange des Risikomanagements ordnungsgemäss eskaliert und bewältigt werden, solide Risikokontrollen eingeführt werden und die Inanspruchnahme von Kapital optimiert wird. Ferner wird für das US-Geschäft ein robusterer Governance-Rahmen eingeführt, der die Ernennung eines CRO für die USA beinhaltet. Die Entwicklung dieser Funktionen ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die zunehmend komplexen regulatorischen Anforderungen in der jeweiligen Region vollständig erfüllt werden.

Die Risikomanagementfunktion untersteht dem CRO, der von den Geschäftsbereichen unabhängig ist und der Geschäftsleitung angehört. 2013 deckte diese Funktion folgende Bereiche ab:

- Strategic Risk Management;
- Risk Analytics and Reporting;
- Credit Risk Management;
- Operational Risk Management, einschliesslich:
 - Business Continuity Management;
 - Technology Risk Management;
- Reputational Risk Management.

Die Risikomanagementfunktion ist verantwortlich für die Risikoüberwachung und für den Aufbau der zur Risikosteuerung notwendigen Organisationsstruktur über vier primäre Risikofunktionen: das Strategic Risk Management beurteilt das Risikoprofil der Gruppe nach strategischen Gesichtspunkten und empfiehlt bei Bedarf Korrekturmassnahmen; dabei ist es auch für die Überwachung des Markttrisikos verantwortlich, einschliesslich Messung und Limitenwesen; das Risk Analytics and Reporting ist verantwortlich für Risikoanalysen, Berichterstattung, Systemeinführungen und Richtlinien; das Credit Risk Management ist verantwortlich für die Genehmigung von Kreditlimiten, die Überwachung und Steuerung von Einzelpositionen, die Überwachung und Steuerung der Qualität von Kreditportfolios und deren Wertberichtigungen; Aufgabe des Operational Risk Management ist die Einführung und Aufrechterhaltung gruppenweiter Standards, Prozesse und Instrumente für die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung von operationellen Risiken. Mittels Business Continuity Management beurteilt und steuert das Operational Risk Management potenzielle Bedrohungen der Organisation durch Betriebsstörungen, Krisen oder Katastrophen, und mittels Technology Risk Management überwacht das Operational Risk Management Risikoaspekte bezüglich Informationstechnologie.

Risikoarten

Innerhalb unserer Risikoorganisation unterscheiden wir folgende Arten von Risiken:

Managementrisiken

- Strategierisiko: Ergebnis strategischer Entscheidungen oder Entwicklungen;
- Reputationsrisiko: Gefährdung unseres Ansehens im Markt.

Gewählte Risiken

- Marktrisiko: Veränderungen von Marktfaktoren wie Preise, Volatilitäten und Korrelationen;
- Kreditrisiko: Veränderungen der Kreditwürdigkeit von anderen Gesellschaften;
- Kostenrisiko: Differenz zwischen Kosten und Erträgen bei Eintritt eines schwerwiegenden Marktereignisses.

Folgerisiken

- Operationelles Risiko: Unangemessenheit oder Versagen von internen Prozessen, Menschen und Systemen (einschliesslich Cyber-Risiken) oder externe Ereignisse;
- Liquiditätsrisiko: Unfähigkeit, Aktiven oder Verpflichtungen zu marktgängigen Bedingungen zu refinanzieren oder erfüllen.

Die Managementrisiken lassen sich nur schwer quantifizieren. Die Steuerung des Strategierisikos ist auf Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsebene angesiedelt, und für die globale Erfassung und Steuerung des Reputationsrisikos wurde ein entsprechendes Verfahren eingeführt. Gewählte Risiken sind meist in hohem Mass quantifizierbar, stellen aber hinsichtlich Komplexität und Umfang hohe Anforderungen. Dies gilt insbesondere, wenn sie über alle Positionen und Arten von Finanzinstrumenten hinweg aggregiert werden. Für die Steuerung des operationellen Risikos haben wir primär Verfahren auf Gruppen-, Segment- und regionaler Ebene eingeführt. Die Liquiditätssteuerung ist im Treasury zentralisiert.

Auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/pillar3 sind die gemäss Säule 3 des Basel-Regelwerks erforderlichen Angaben zum Risiko abrufbar.

Risikobereitschaft und Risikolimiten

Wir verfügen über ein Regelwerk zur Risikobereitschaft, das die Grundprinzipien für die Steuerung von Risiken definiert, um ein ausgewogenes Risiko-Rendite-Verhältnis, stabile Erträge und angemessene Kapitalniveaus zu gewährleisten. Der wichtigste Aspekt des Regelwerks zur Risikobereitschaft ist ein solides System von integrierten Risikolimiten zur Kontrolle der Risikokapazität insgesamt und als wesentliche Entscheidungshilfe auf Geschäftsführungsebene. Unser Regelwerk für die Risikobereitschaft orientiert sich an den folgenden allgemeinen Grundsätzen:

- Ausrichtung der Geschäftsführung auf ein angestrebtes Kreditrating;
- Erfüllung der regulatorischen Anforderungen und Erwartungen;
- Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung;
- Gewährleistung einer geringen Exponierung gegenüber Stressereignissen;
- Aufrechterhaltung stabiler Erträge; und
- Gewährleistung einer soliden Steuerung des Liquiditäts- und Finanzierungsrisikos.

Die Risikobereitschaft wird vom Verwaltungsrat jedes Jahr unter Einbezug der strategischen und geschäftlichen Planung überprüft und neu festgelegt. Die entsprechenden Vorgaben werden anschliessend mithilfe eines detaillierten Regelwerks mit Portfolio- und Positionslimiten, Richtlinien und Zielen sowohl auf Gruppen- als auch Divisionsebene sowie für bestimmte Rechtseinheiten umgesetzt. Die Risikobereitschaft wird auf quantitativer Ebene mittels Risikolimiten und Toleranzwerten, Kapitalquoten, Szenarioresultate sowie Vorgaben für risikogewichtete Aktiven und Bilanzsumme definiert.

Die nachfolgende Grafik vermittelt einen Überblick über das Regelwerk zur Risikobereitschaft der Gruppe und zeigt ausgewählte gruppenweite und divisionspezifische quantitative und qualitative Elemente.

Regelwerk zur Risikobereitschaft

	Gruppenweit	Divisionspezifisch	
		Private Banking & Wealth Management	Investment Banking
Ausgewählte quantitative Elemente	– Economic-Capital-Limiten – Liquiditätskennzahlen – Leverage Ratios – Szenarioverlustlimiten – Risikogewichtete Aktiven – Bilanzsumme	– Economic-Capital-Limiten – Marktrisikolimiten – Kreditrisikolimiten – Toleranzwerte für operationelle Risiken	
Ausgewählte qualitative Elemente	– Einhaltung ausländischer und lokaler Rechtsnormen – Reputationsrisiko	– Vermeidung von Risikokonzentrationen – Einhaltung der Anforderungen bezüglich Eignung und Angemessenheit – Einhaltung von Branchenleitlinien und internen Weisungen	

Ein einwandfreies Risikolimitensystem ist für ein wirksames Risikomanagement entscheidend. Die Limiten legen unter Berücksichtigung der Marktbedingungen, der Geschäftsstrategie und der vorhandenen Kapitalausstattung unsere maximale Risikoposition in Bilanz und Ausserbilanz fest.

Wir verwenden ein Limitensystem auf der Basis des Economic Capital, um unsere Risiken umfassend zu steuern. Die globalen Risikolimiten der Gruppe werden vom Verwaltungsrat in Absprache mit seinem Risk Committee festgelegt und sind verbindlich. Im seltenen Fall einer Limitenüberschreitung würde der Vorsitzende des Risk Committee des Verwaltungsrats und der CEO der Gruppe umgehend benachrichtigt. Ferner wird auch der Gesamtverwaltungsrat an seiner nächsten Sitzung schriftlich darüber in Kenntnis gesetzt. Im Anschluss an die Benachrichtigung kann der CRO diejenigen Positionen genehmigen, welche die Limiten des Verwaltungsrats um nicht mehr als einen zulässigen Prozentsatz überschreiten, wobei solche Genehmigungen stets dem Gesamtverwaltungsrat mitgeteilt werden. Positionen, welche die Limiten des Verwaltungsrats um mehr als diesen zulässigen Prozentsatz überschreiten, können nur gemeinsam durch den CRO und den Gesamtverwaltungsrat genehmigt werden. 2013 und 2012 wurden keine Limiten des Verwaltungsrats überschritten.

Im Rahmen der gruppenweiten Risikobereitschaft gemäss den vom Verwaltungsrat definierten Limiten ist das CARMC verantwortlich für die Festlegung divisionaler sowie spezifischer Risikolimiten, die für die Kontrolle der Risikokonzentration innerhalb einzelner Geschäftsbereiche als notwendig erachtet werden. Zu diesem Zweck wird ein umfassendes Modell mit über 100 verschiedenen Risikolimiten verwendet, mit dem die Risikonahme durch einzelne Geschäftsbereiche sowie insgesamt detailliert kontrolliert werden soll. Die Limitenmessgrössen umfassen VaR, Economic Capital, Risikopositionen, Risikosensitivität und Szenarioanalysen. Das Regelwerk umfasst spezifische Limiten für zahlreiche unterschiedliche Konzentrationen von Produkt- und Risikoarten. Beispielsweise bestehen konsolidierte Limiten für Handelspositionen, Zinsrisiken im Bankenbuch, Private-Equity- und Startkapital-(Seed Money) sowie Emerging-Markets-Positionen. Innerhalb der Segmente werden Risikolimiten an tiefere organisatorische Einheiten zugeteilt. Sie umfassen unter anderem ein Kreditlimitensystem für Gegenpartierisiken auf Basis der einzelnen Gegenpartei. Die Limiten von CARMC sind verbindlich und werden üblicherweise eng gesetzt, um sicherzustellen, dass jede deutliche Zunahme von Risiken umgehend eskaliert wird. Der Leiter des Strategic Risk Management der jeweiligen Division oder bestimmte andere Mitglieder der Geschäftsleitung können die CARMC-Limiten vorübergehend für einen Zeitraum von maximal 90 Tagen um einen im Voraus genehmigten Prozentsatz erhöhen. Jede Überschreitung der CARMC-Limiten unterliegt einem formalen Eskalationsverfahren und ist durch die Geschäftsleitung zu korrigieren oder explizit zu genehmigen. Die Genehmigung durch die Geschäftsleitung gilt standardmässig für einen Zeitraum von zehn Tagen (oder weniger als zehn Tagen für bestimmte Limitenarten). Sie ist um weitere Standardzeiträume zu verlängern, wenn eine Überschreitung nicht innerhalb des ursprünglichen Standardzeitraums korrigiert werden

kann. Die Mehrheit dieser Limiten unterliegt einer täglichen Überwachung. Limiten, bei welchen die inhärente Berechnungszeit länger ist, unterliegen einer wöchentlichen Überwachung. Eine kleinere Untergruppe von Limiten im Zusammenhang mit Risikopositionen, bei welchen sich das Risikoprofil weniger häufig verändert (beispielsweise Limiten im Zusammenhang mit illiquiden Anlagen), wird monatlich überwacht. Im Jahr 2013 wurden 97% aller Überschreitungen von Limiten innerhalb des als Standard vorgegebenen Zeitraums korrigiert.

STRESSTESTING-REGELWERK

Das Stresstesting ist ein fundamentaler Bestandteil unseres gruppenweiten Regelwerks zur Risikobereitschaft im Rahmen des Gesamtrisikomanagements. Es soll sicherstellen, dass unsere Finanzposition und unser Risikoprofil eine hinreichende Belastbarkeit aufweisen, um den Auswirkungen massiver wirtschaftlicher Einflüsse zu widerstehen. Die Ergebnisse der Stresstests werden mit den Limiten verglichen und bei der Besprechung der Risikobereitschaft und des strategischen Geschäftsplans herangezogen. Ausserdem unterstützen sie unsere interne Beurteilung der Eigenmittelunterlegung.

Unser Stresstesting-Regelwerk ist umfassend und unterliegt der Kontrolle durch einen speziellen Steuerungsausschuss. Die Stresstests werden in regelmässigen Abständen durchgeführt, und die Ergebnisse, Trendinformationen und begleitenden Analysen werden an den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung, die Geschäftsdivisionen und die Aufsichtsbehörden rapportiert.

Im Rahmen der Stresstests werden mithilfe von historischen und zukunftsgerichteten Szenarien sowie von Reverse-Stresstesting-Szenarien Positionsverluste, Gewinnvolatilität und Kapitalquoten in Stresssituationen ermittelt. Bei den Stresstests werden Marktrisiken, Kreditausfälle, operationelle Risiken sowie Geschäfts- und Vorsorgerisiken berücksichtigt. Die Stresstests beinhalten zudem die Auswirkungen der jeweiligen Szenarien auf die risikogewichteten Aktiven infolge von Veränderungen der Markt- und Kreditkomponenten sowie der operativen Faktoren.

Wir ziehen historische Stresstesting-Szenarien heran, um die Auswirkungen von Marktschocks in relevanten Phasen extremer Markverwerfungen zu prüfen. Standardisierte Schweregrade erlauben die Vergleichbarkeit der Schwere verschiedener Risikoarten. Mit der Einstufung der Szenarien in die Kategorien «schlechter Tag», «schlechte Woche», «schwerwiegendes Ereignis» und «extremes Ereignis» geht die Identifizierung der gravierendsten Ereignisse in der jüngsten Vergangenheit einher. Unser Hauptszenario, das bei den gruppenweiten Stresstests und zur Festlegung der Risikobereitschaft zugrunde gelegt wird, entspricht einer ausgeprägten Flucht in Qualität (Severe Flight to Quality, SFTQ). Es handelt sich um eine Kombination aus Marktschocks und Ausfällen von Gegenparteien, die Bedingungen wie nach dem Lehman-Zusammenbruch im vierten Quartal 2008 nachbilden. Beim Szenario einer ausgeprägten Flucht in Qualität wird ein gravierender Einbruch der Aktien- und Rohstoffmärkte verbunden mit einer Ausweitung der Kreditrisikoprämien und erhöhten Ausfallquoten zugrunde gelegt.

Wir nutzen zukunftsgerichtete Stresstest-Szenarien zur Ergänzung historischer Szenarien. Diese zukunftsgerichteten Szenarien konzentrieren sich auf potenzielle makroökonomische, geopolitische oder politische Gefahren. Ein Risikorat, der sich aus internen Ökonomen, Front-Office-Mitarbeitenden sowie Vertretern der Risk Division zusammensetzt, erörtert die Hintergründe der verschiedenen zukunftsgerichteten Szenarien. Der Risikorat überprüft ein breites Spektrum von Szenarien und wählt jene aus, bei denen wichtige makroökonomische Schocks am besten nachgebildet werden. Einige Beispiele für zukunftsgerichtete Szenarien sind Rezessionen in den USA und in europäischen Ländern, Konflikte im Nahen Osten und der Effekt von Änderungen in der Geldpolitik von Zentralbanken. Die Szenarien werden im Hinblick auf Marktentwicklungen und die Entwicklung der Geschäftsstrategie regelmässig überprüft und aktualisiert.

Wir nutzen Reverse-Stresstest-Szenarien als Ergänzung zu herkömmlichen Stresstests und für unser besseres Verständnis der Anfälligkeiten des Geschäftsmodells. Bei Reverse-Stresstest-Szenarien wird eine Reihe schwerwiegender negativer Ergebnisse definiert und analysiert, was zu solchen Ergebnissen führen könnte. Zu den schwerwiegenderen Szenarien gehören Ausfälle grosser Gegenparteien, plötzliche Veränderungen der Marktbedingungen, operationelle Risikoereignisse, eine Herabstufung der Kreditratings sowie der Ausfall der Refinanzierungsmärkte für Kreditinstitute.

Stresstesting wird ferner zur Unterstützung unserer internen Beurteilung der Eigenmittelunterlegung eingesetzt. Innerhalb des Regelwerks zur Risikobereitschaft werden gruppenweite Limiten für stressbedingte Positionsverluste gesetzt, die mit Mindestkapitalquoten nach Stresssituationen entsprechen müssen. Die derzeitigen Limiten basieren auf dem harten Kernkapital (CET1) gemäss **Basel III** und den «Look-through»-Kapitalquoten.

Die Stresstests sind zudem ein integraler Bestandteil des Sanierungs- und Abwicklungsplans der Gruppe. Im Rahmen des Sanierungs- und Abwicklungsplans zeigen die Stresstests einen indikativen Schweregrad der Szenarien auf, die nötig wären, um die Kapitalniveaus zu erreichen, bei welchen saniert oder abgewickelt werden müsste.

► Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen für Informationen zu aufsichtsrechtlichen Entwicklungen bezüglich Sanierungs- und Abwicklungspläne.

Weiter führen wir externe Stresstests durch, welche die spezifischen Anforderungen von Aufsichtsbehörden erfüllen. So verlangt beispielsweise die **FINMA** im Rahmen diverser regelmässiger Stresstests und Analysen eine halbjährliche Analyse des Verlustpotenzials, die ein extremes Szenario beinhaltet, bei dem die Länder Europas unter einer ausgeprägten Rezession infolge einer Verschärfung der europäischen Schuldenkrise leiden.

ECONOMIC CAPITAL UND POSITIONSRISIKO

Überblick

Economic Capital ist ein konsistentes und umfassendes Instrument für das Risikomanagement, die Kapitalbewirtschaftung und die Performance-Messung. Es ist unser zentrales gruppenweites Risikomanagementinstrument zur Messung und Meldung aller quantifizierbaren Risiken. Economic Capital misst Risiken auf der Basis der tatsächlichen ökonomischen Gegebenheiten und nicht nach aufsichtsrechtlichen oder bilanziellen Regeln. Das Economic Capital entspricht der geschätzten Kapitalausstattung, die in Übereinstimmung mit unserer angestrebten Finanzkraft (das heisst dem langfristigen Kreditrating) benötigt wird, um auch unter extremen Markt-, Geschäfts- und operationellen Bedingungen zahlungsfähig zu bleiben. Das Economic Capital hat zudem eine gemeinsame Sprache für die Risiken in allen Bereichen der Gruppe geschaffen, was zu einer erhöhten Risikotransparenz beiträgt und den Wissensaustausch erleichtert. Entwicklung und Einsatz von Methodologien und Modellen auf der Basis von Economic Capital haben sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt, ohne dass sie branchenweit standardisiert wurden, so dass Vergleiche zwischen verschiedenen Unternehmen wenig Aussagekraft enthalten.

Gemäss der Säule 2 des Basel-Regelwerks («Aufsichtsrechtliches Überprüfungsverfahren») sind Banken verpflichtet, ein solides und umfassendes Regelwerk festzulegen, mit dem sie die Eigenmittelunterlegung beurteilen, interne Eigenkapitalziele formulieren und die Einhaltung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Risiken und Eigenmitteln in ihrem aktuellen operativen Umfeld sicherstellen. Unseren Vorgaben zum Economic Capital kommt im Rahmen der Säule 2 eine wichtige Rolle zu, denn sie widerspiegeln unsere interne Einschätzung des Kapitalbedarfs zur Sicherung unserer Geschäftstätigkeit.

Economic Capital wird getrennt für das **Positionsrisiko**, das operationelle Risiko sowie das sonstige Risiko berechnet. Diese drei Risikokategorien werden zur Berechnung des beanspruchten Economic Capital verwendet und sind wie folgt definiert:

- **Positionsrisiko:** unerwarteter ökonomischer Verlust auf unseren Positionen über einen Horizont von einem Jahr, der nur mit einer geringen Wahrscheinlichkeit überschritten wird (1% für Risikomanagementzwecke; 0,03% für Kapitalbewirtschaftungszwecke). Das Positionsrisiko wird zur Beurteilung, Überwachung und Meldung der Risiken in der ganzen Gruppe verwendet.
- **Operationelles Risiko:** geschätzter Verlust über den Zeitraum von einem Jahr infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen oder Systemen oder von externen Ereignissen, der mit einer geringen Wahrscheinlichkeit (0,03%) überschritten wird. Die Schätzung dieser Art von Economic Capital erfordert von Natur aus den Einbezug subjektiver Kriterien und basiert auf quantitativen Instrumenten sowie der Einschätzung der Geschäftsführung.

- Sonstige Risiken: Zu den Risiken, die oben nicht erfasst werden, zählen insbesondere das Kostenrisiko, das Vorsorgerisiko, die Auswirkung aufgeschobener aktienbasierter Vergütungsansprüche, das Fremdwährungsrisiko im Zusammenhang mit dem zur Verfügung stehenden Economic Capital und dem beanspruchten Economic Capital sowie das Risiko aus bankeigenem Immobilienbesitz. Das Kostenrisiko wird als Differenz zwischen den Kosten und den Erträgen bei Eintritt eines schwerwiegenden Marktereignisses – unter Ausschluss jener Elemente, die durch Positionsrisiken und operationelle Risiken abgedeckt werden – definiert. Das Vorsorgerisiko wird als potenzielle Unterdeckung der Vorsorgeverpflichtungen der Gruppe bei extremen Ereignissen definiert.

Unsere Economic-Capital-Methodik wird regelmässig überprüft, um sicherzustellen, dass das Modell auch bei veränderten Marktbedingungen und Geschäftsstrategien aussagekräftig bleibt. Um der ökonomischen Realität Rechnung zu tragen, ändern wir unser Economic-Capital-Modell bereits im Vorfeld regulatorischer Änderungen. So waren beispielsweise heutige Anforderungen, etwa Eigenmittelbelastungen für ◻ IRC und ◻ CVA, bereits vor der Finanzkrise von 2008 ein fester Bestandteil unseres Economic-Capital-Modells.

Im Jahr 2013 nahmen wir folgende Weiterentwicklungen der Positionsrisiko-Methodik für Risikomanagementzwecke vor: Im Bereich Anleihenhandel verbesserten wir die Modellierung für Zinsoptionen, und für unser Kreditgeschäft ohne Rückgriff verfeinerten wir die Modellierung von aktienbasierten Sicherheiten, um das mit der Liquidierung von Sicherheiten verbundene Marktrisiko in einem wirtschaftlich angespannten Umfeld besser zu erfassen.

Die Vorjahreszahlen wurden an die Änderungen der Methodik angepasst, um einen aussagekräftigen Trend zu zeigen. Die Änderungen der Methodik des Jahres 2013 wirkten sich auf das Positionsrisiko der Gruppe per 31. Dezember 2012 mit einer Nettoabnahme von CHF 147 Mio. beziehungsweise 1% aus.

Beim beanspruchten Economic Capital, das zur Kapitalbewirtschaftung eingesetzt wird, haben wir zusätzlich zu den oben beschriebenen methodischen Änderungen folgende Weiterentwicklungen vorgenommen:

- Wir haben unsere Modellreservenkomponente neu kalibriert, um gewisse bei der Berechnung des Positionsrisikos nicht berücksichtigte Marktrisiken einzubeziehen; hierzu zählten Kreditkonzentrationen bei globalen systemrelevanten

Finanzinstitutionen sowie die erwarteten Auswirkungen der geplanten Neukalibrierung der Schocks in unserem Kostenrisikomodell. Gleichzeitig mit der methodischen Änderungen des Positionsrisikos für unser Kreditgeschäft ohne Rückgriff machten wir zugleich unsere in den sonstigen Risiken enthaltene früher budgetierte Schätzung dieser geplanten Änderungen der Methodik rückgängig.

- Für das operationelle Risiko haben wir unsere Kapitalanforderungen für operationelle Risiken um 4% erhöht, um den geänderten Erwartungen hinsichtlich der Auswirkungen der laufenden Überprüfung unserer Modelle Rechnung zu tragen, die voraussichtlich Anfang 2014 planmässig abgeschlossen sein soll. Zuvor hatten wir bereits 2012 die Kapitalanforderungen für operationelle Risiken um 20% erhöht. Damals leiteten wir nach Gesprächen mit der ◻ FINMA ein Projekt zur Verbesserung unserer Economic-Capital/◻ AMA-Methodik ein, um den jüngsten Entwicklungen bei den Vorgaben zu den Messmethoden für das operationelle Risiko und verwandten regulatorischen Vorgaben Rechnung zu tragen.

Die Vorjahreszahlen wurden an die Änderungen der Methodik des Jahres 2013 angepasst, um einen aussagekräftigen Trend zu zeigen. Die Nettoauswirkung sämtlicher methodischer Änderungen auf das beanspruchte Economic Capital der Gruppe per 31. Dezember 2012 entsprach einem Nettoanstieg von CHF 905 Mio. beziehungsweise 3%.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung von ◻ Basel III haben wir unsere Definition des vorhandenen Economic Capital neu formuliert. Die wirtschaftlich bedingten Anpassungen des Economic Capital werden nun auf der «Look-through»-Basis des harten Kernkapitals (CET1) unter Basel III gemacht. Zuvor wurden diese Anpassungen des Economic Capital auf dem Kernkapital (T1) gemäss dem damals gültigen ◻ Basel-II.5-Regelwerk gemacht. Zudem wurden die wirtschaftlich bedingten Anpassungen neu kalibriert. Die Nettoauswirkung der Veränderungen auf das vorhandene Economic Capital der Gruppe per 31. Dezember 2012 entsprach einem Rückgang von CHF 13,8 Mia. beziehungsweise 30%. Dieser resultierte hauptsächlich aus dem Ausschluss von hybriden Kapitalinstrumenten unter Basel III, Anpassungen in Bezug auf Aktiven und -verbindlichkeiten aus Vorsorgeplänen und Veränderungen bei der Anrechnung latenter Steuerguthaben, was teilweise durch den Einbezug von Kapitalinstrumenten mit hohem Auslösungssatz wieder ausgeglichen wurde.

Positionsrisiko der Gruppe

	Ende			Veränderung in %	
	2013	2012	2011	13 / 12	12 / 11
Positionsrisiko (in Mio. CHF)					
Anleihenhandel ¹	3 318	2 489	2 881	33	(14)
Aktienhandel & Anlagen	1 715	1 893	2 188	(9)	(13)
Private Banking Geschäfts- & Privatkredite	2 350	2 382	2 182	(1)	9
Internationale Kredite & Gegenparteirisiken	4 957	4 260	4 009	16	6
Emerging-Markets-Länderereignisrisiko	1 412	1 041	860	36	21
Immobilien & Strukturierte Vermögenswerte ²	1 862	1 985	2 157	(6)	(8)
Einfache Summe über alle Risikokategorien	15 614	14 050	14 277	11	(2)
Diversifikationseffekt ³	(3 571)	(2 820)	(2 660)	27	6
Positionsrisiko (Konfidenzniveau 99% für Risikomanagementzwecke)	12 043	11 230	11 617	7	(3)

Aufgrund von Methodenänderungen wurden Vergleichszahlen angepasst, um sinnvolle Trends aufzuzeigen.

¹ Diese Kategorie umfasst Anleihenhandels-, Fremdwährungs- und Rohstoffrisiken.

² Diese Kategorie umfasst Geschäfts- und Wohnbauhypotheken (einschliesslich RMBS und CMBS), ABS-Positionen, an Auktionen erworbene Immobilien und Anlagen in Immobilienfonds.

³ Entspricht der Nettodifferenz zwischen der Summe der Positionsrisikokategorien und dem Positionsrisiko über das gesamte Portfolio.

Entwicklung der Positionsrisiken

Im Vergleich zum Jahresende 2012 erhöhte sich das Positionsrisiko für Risikomanagementzwecke um 7%. Ohne den US-Dollar-Währungsumrechnungseinfluss stieg das Positionsrisiko um 10%. Dies beruhte vor allem auf höheren Risikopositionen aus Fremdwährungen, Zinsen und Kreditrisikoprämien im Anleihenhandel sowie neuen Kreditverpflichtungen und einem höheren Gegenparteirisiko im Investment Banking für Internationale Kredite & Gegenparteirisiken. Ein weiterer Faktor waren höhere Risikopositionen in Osteuropa in der Kategorie Emerging-Markets-Länderereignisrisiko. Diese Erhöhungen wurden teilweise durch

reduzierte Risikopositionen im Bereich Aktienhandel & Anlagen infolge von Private-Equity-Verkäufen ausgeglichen.

Im Rahmen des gesamten Risikomanagements verfügen wir über ein Portfolio mit Absicherungsinstrumenten. Diese Absicherungspositionen werden ähnlich wie andere gehandelte Wertpapiere durch die Marktentwicklungen beeinflusst. Dabei können Gewinne oder Verluste entsprechende Verluste oder Gewinne auf den bezeichneten abgesicherten Portfolios kompensieren. Aufgrund der unterschiedlichen Art und Struktur der Absicherungsinstrumente können Gewinne oder Verluste aus den Portfolios nicht immer in vollem Umfang kompensiert werden.

Economic Capital

Ende	Gruppe			Bank ¹		
	2013	2012	Veränderung in %	2013	2012	Veränderung in %
Vorhandenes Economic Capital (in Mio. CHF)						
«Look-through» hartes Kernkapital (CET1) – Basel III	26 480	22 690	17	23 623	14 653	61
Wirtschaftlich bedingte Anpassungen ²	11 464	9 391	22	12 566	10 744	17
Vorhandenes Economic Capital	37 944	32 081	18	36 189	25 397	42
Beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)						
Positionsrisiko (99.97% Konfidenzniveau)	21 262	19 798	7	21 114	19 642	7
Operationelles Risiko	4 195	4 093	2	4 195	4 093	2
Sonstige Risiken ³	6 821	7 210	(5)	4 743	5 143	(8)
Beanspruchtes Economic Capital	32 278	31 101	4	30 052	28 878	4

Aufgrund von Methodenänderungen wurden Vergleichszahlen angepasst, um sinnvolle Trends aufzuzeigen.

¹ Der Hauptunterschied zwischen Economic Capital der Gruppe und demjenigen der Bank ist auf die Risiken der Neuen Aargauer Bank AG, BANK-now AG und des Corporate Center zurückzuführen. Diese Risiken beinhalten Positionsrisiken und sonstige Risiken.

² Enthält hauptsächlich Kapitalinstrumente mit hohem Auslösungssatz, Anpassungen unrealisierter Gewinne auf eigenen Liegenschaften, die reduzierte Anrechnung von latenten Steuern, Anpassungen für die Behandlung von Vorsorgeplänen und voraussichtliche kapitalwirksame Dividenden. Wirtschaftlich bedingte Anpassungen werden im «look-through» harten Kernkapital (CET1) vorgenommen, um den Vergleich zwischen beanspruchtem und verfügbarem Kapital unter dem Basel-III-Regelwerk zu ermöglichen.

³ Enthält das Risiko auf eigenen Liegenschaften, das Kostenrisiko, das Vorsorgerisiko, das Fremdwährungsrisiko zwischen verfügbarem Economic Capital und beanspruchtem Economic Capital, das Zinsrisiko auf Treasury-Positionen, Diversifikationseffekte, die Auswirkung der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung sowie eine Schätzung der Auswirkung bestimmter für 2014 geplanter Methodenänderungen.

Economic Capital pro Division

im Jahr / Ende	2013	2012	Veränderung in %
Beanspruchtes Economic Capital pro Division (in Mio. CHF)			
Private Banking & Wealth Management	9 200	9 646	(5)
Investment Banking	20 852	19 232	8
Corporate Center ¹	2 244	2 242	0
Beanspruchtes Economic Capital – Gruppe²	32 278	31 101	4
Beanspruchtes Economic Capital – Bank³	30 052	28 878	4
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital pro Division (in Mio. CHF)			
Private Banking & Wealth Management	9 554	9 965	(4)
Investment Banking	19 910	20 241	(2)
Corporate Center ¹	2 250	2 438	(8)
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital – Gruppe⁴	31 695	32 626	(3)
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital – Bank³	29 464	30 206	(2)

Aufgrund von Methodenänderungen wurden Vergleichszahlen angepasst, um sinnvolle Trends aufzuzeigen.

¹ Enthält hauptsächlich das Kostenrisiko, Diversifikationseffekte aus den Divisionen sowie das Fremdwährungsrisiko zwischen verfügbarem Economic Capital und beanspruchtem Economic Capital.

² Enthält per 31. Dezember 2013 und 2012 einen Diversifikationseffekt von CHF 18 Mio. beziehungsweise CHF 19 Mio.

³ Der Hauptunterschied zwischen Economic Capital der Gruppe und demjenigen der Bank ist auf die Risiken der Neuen Aargauer Bank AG, BANK-now AG und des Corporate Center zurückzuführen. Diese Risiken beinhalten Positionsrisiken und sonstige Risiken.

⁴ Enthält per 31. Dezember 2013 und 2012 einen Diversifikationseffekt von CHF 19 Mio. beziehungsweise CHF 18 Mio.

Entwicklung des beanspruchten Economic Capital

Unser beanspruchtes Economic Capital nahm im Verlauf von 2013 um 4% zu. Ohne den US-Dollar-Währungsumrechnungseinfluss betrug der Anstieg des beanspruchten Economic Capital 6%, was hauptsächlich auf gestiegene Positionsrisiken für Internationale Kredite & Gegenparteirisiken, Anleihenhandel und Emerging-Markets-Länderereignisrisiken zurückzuführen war, teilweise ausgeglichen durch geringere Risiken aus Aktienhandel & Anlagen.

Im Private Banking & Wealth Management ging das beanspruchte Economic Capital um 5% zurück, hauptsächlich aufgrund der geringeren Positionsrisiken aus Aktienhandel & Anlagen sowie im Bereich Private Banking Geschäfts- & Privatkredite, was durch eine Erhöhung aus aufgeschobener aktienbasierter Vergütung innerhalb der sonstigen Risiken zum Teil ausgeglichen wurde.

Im Investment Banking stieg das beanspruchte Economic Capital um 8%. Ohne den US-Dollar-Währungsumrechnungseinfluss betrug der Anstieg des beanspruchten Economic Capital 11%, was zum grössten Teil auf höhere Positionsrisiken im Bereich Internationale Kredite & Gegenparteirisiken, aus Anleihenhandel und Emerging-Markets-Länderereignisrisiken zurückzuführen ist. Die Erhöhungen wurden teilweise durch eine Reduktion aus aufgeschobener aktienbasierter Vergütung innerhalb der sonstigen Risiken ausgeglichen.

Im Corporate Center blieb das beanspruchte Economic Capital stabil, da der Anstieg des Fremdwährungsrisikos zwischen vorhandenem Economic Capital und beanspruchtem Economic Capital grösstenteils durch ein geringeres Kostenrisiko ausgeglichen wurde.

MARKTRISIKO

Das Marktrisiko ist das Verlustrisiko aufgrund ungünstiger Veränderungen von Zinssätzen, Fremdwährungskursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und anderen relevanten Marktparametern wie Volatilitäten. Wir definieren unser Marktrisiko als mögliche Veränderungen des Fair Value von Finanzinstrumenten, die sich aus den Marktveränderungen ergeben können. Ein einzelnes Geschäft kann einer Anzahl von unterschiedlichen Marktrisiken ausgesetzt sein.

Wir setzen beträchtliche Mittel dafür ein, dass das Marktrisiko umfassend erfasst, richtig modelliert und berichtet sowie wirksam gesteuert wird. Die Handels- und Anlagebestände werden auf verschiedenen Stufen der Organisation bewirtschaftet, von den aggregierten Risikopositionen auf Gruppenebene bis hinunter zu einzelnen Portfolios. Wir verwenden Mess- und Steuerungsmethoden, welche den Branchenstandards entsprechen oder diese übertreffen. Das umfasst allgemeine Kalkulationsmethoden, um gruppenweit die vergleichbaren Risiken zu erfassen, sowie spezialisierte Instrumente, die produkt- oder portfoliobezogene Eigenschaften modellieren können. Die Instrumente werden für die interne Steuerung der Marktrisiken, für das interne Marktrisikoreporting sowie für externe Offenlegungszwecke verwendet. Unsere wichtigsten Messmethoden für das Marktrisiko sind VaR- und Szenarioanalysen. Zudem werden unsere Marktrisiken in unseren Berechnungen des Economic Capital erfasst. Die Risikomanagementtechniken und -richtlinien werden regelmässig auf ihre Angemessenheit überprüft.

Mit den Änderungen des aufsichtsrechtlichen Regelwerks in den vergangenen Jahren, haben wir in den letzten zwei Jahren weitere Modelle zur Risikomessung eingeführt, unter anderem

einen \circ IRC und einen \circ Stress-VaR. Beim IRC handelt es sich um eine regulatorische Kapitalanforderung für Ausfallrisiken und Ratingveränderungen bei Positionen in den Handelsbüchern. Er stellt eine Ergänzung zu den übrigen Anforderungen an das Regelwerk für VaR-Modellierungen einschliesslich Stress-VaR dar. Der Stress-VaR repliziert eine VaR-Berechnung für das aktuelle Portfolio der Gruppe unter Einbezug einer einjährigen Beobachtungsperiode mit wesentlichen finanziellen Stresssituationen. Er trägt dazu bei, den prozyklischen Charakter der minimalen Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken zu reduzieren.

VaR

VaR quantifiziert den möglichen Verlust aus Finanzinstrumenten infolge ungünstiger Marktbedingungen während eines vorgegebenen Zeithorizonts und mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit. VaR ist für alle Risikoklassen mit verlässlichem historischem Zahlenmaterial anwendbar. Das Risiko wird über Risikoklassen und nicht über Produkte aggregiert. So enthält zum Beispiel das Zinsrisiko Risiken aus Zinsen, Fremdwährungen, Aktien- und Rohstoffoptionen, Geldmarkt- und Swappesäften sowie Anleihen. Die Verwendung des VaR erlaubt den Vergleich der Risiken in verschiedenen Geschäftsbereichen, wie beispielsweise im Anleihen- und Aktiengeschäft, und ermöglicht die Aggregation einer Vielfalt von Positionen unter Berücksichtigung von aktuellen Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögenswerten.

Historische Finanzmarktdaten, Preise und Volatilitäten bilden die Grundlage der statistischen VaR-Modelle zur Schätzung der möglichen Verluste. Wir wenden eine Ein-Tages-Halteperiode und ein Konfidenzniveau von 98% an, um die Risiken in unseren Handelsbüchern zu internen Risikomanagementzwecken zu modellieren, sowie eine Zehn-Tages-Halteperiode und ein Konfidenzniveau von 99% zur Berechnung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen. Diese Annahmen erfüllen die Anforderungen des \circ Basler Ausschusses und weiterer internationaler Standards an die Steuerung von Marktrisiken. Für gewisse Zwecke wie \circ Backtesting, Offenlegung und den Vergleich mit anderen Banken wird der VaR auf Basis einer Ein-Tages-Halteperiode berechnet oder von einer längeren Halteperiode hinunterskaliert.

Wir verwenden für die meisten Risikotypen und Geschäftsbereiche in unseren Handelsbüchern die Methode der historischen Simulation. Das Modell basiert auf Gewinn- und Verlustverteilungen aufgrund historischer Veränderungen von Marktsätzen, Preisen und Volatilitäten, die zur Bewertung des Portfolios angewendet werden.

Wir wenden für Risikomanagement- und regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke das gleiche VaR-Modell an, ausser in Bezug auf das Konfidenzniveau und die Halteperiode. Das VaR-Modell wird von uns regelmässig überprüft, um sicherzustellen, dass es in Anbetracht des jeweiligen Marktumfelds und der Zusammensetzung unseres Handelsportfolios stets angemessen ist. 2011 haben wir unsere VaR-Methodik deutlich verbessert, indem wir sowohl beim \circ Risikomanagement-VaR als auch beim \circ regulatorischen VaR unter anderem eine exponentielle Gewichtungstechnik und äquivalente Kennzahlen für die erwarteten

Modelldefizite (Expected Shortfall) eingeführt haben. Mit der geänderten VaR-Methodik werden Extremereignisse vollständiger erfasst, und das Modell reagiert besser auf Marktvolatilität. Wir erhielten von der \circ FINMA die Genehmigung zur Verwendung dieser geänderten VaR-Methode sowohl für Risikomanagement- als auch für regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke.

Im vierten Quartal 2013 aktualisierten wir unsere VaR-Modelle, um dem Umstand besser Rechnung zu tragen, dass die Fremdkapitalkosten bei der Berechnung von Aktienkursen auf Termin vom risikofreien Satz abweichen können, und um das Volatilitäts-/Skew-Risiko für Fremdwährungsprodukte besser zu erfassen. Im zweiten Quartal 2012 nahmen wir Methodenänderungen in Bezug auf die Anlagekategorien vor, um komplexe Risiken in Verbindung mit exotischen Zins- und Fremdwährungsprodukten besser erfassen zu können. Dabei handelte es sich nicht um eine Änderung unseres VaR-Modells oder unserer Methodik im Allgemeinen, sondern vielmehr um eine Anpassung des spezifischen Ansatzes zur Risikoerfassung für eine bestimmte Klasse von Instrumenten, insbesondere für Optionsportfolios mit eingebettetem Zins- und/oder Fremdwährungsbezug. Diese Aktualisierungen und Anpassungen hatten kumulativ keine erhebliche Auswirkung auf unsere wichtigsten VaR-Kennzahlen, so dass die Vergleichsperioden nicht angepasst wurden.

Für den Risikomanagement-VaR verwenden wir eine Ein-Tages-Halteperiode und ein Konfidenzniveau von 98%. Dies bedeutet, dass ein Risiko von eins zu fünfzig besteht, dass aus der Marktbewertung der Handelsbücher ein Tagesverlust auftritt, der mindestens so hoch wie der ausgewiesene VaR ist. Für den regulatorischen VaR weisen wir den Ein-Tages-99%-VaR aus, der einem Zehn-Tages-VaR, umgerechnet auf eine Ein-Tages-Halteperiode, entspricht. Um das kumulierte Marktrisiko in unseren Handelsbüchern aufzuzeigen, bildet die Grafik mit dem Titel «Täglicher Risikomanagement-VaR» die Marktrisiken im Handelsbuch auf konsolidierter Basis ab.

Das VaR-Modell verwendet Annahmen und Schätzungen, die unserer Meinung nach angemessen sind. VaR quantifiziert jedoch den möglichen Verlust eines Portfolios nur aufgrund des historischen Marktverhaltens. Zur Abschätzung von Verlusten aufgrund ungewöhnlich heftiger Veränderungen am Markt werden andere Risikomessverfahren, wie etwa Szenarioanalysen, verwendet. Die wichtigsten Annahmen und Grenzen von VaR sind folgende:

- VaR stützt sich auf historische Daten, um Schätzungen über zukünftige Veränderungen der Marktbedingungen zu machen. Damit lassen sich aber nicht alle möglichen Zukunftsszenarien abbilden, vor allem dann nicht, wenn der Markt erheblichen Veränderungen unterliegt, wie zum Beispiel höheren Volatilitäten;
- VaR berücksichtigt zwar die Korrelationen zwischen einzelnen Risikofaktoren, welche jedoch von schwierigen Marktverhältnissen beeinträchtigt werden können;
- VaR entspricht einer Verlustschätzung bei einem definierten Konfidenzniveau. Er gibt keinerlei Aufschluss zum Umfang möglicher Verluste, wenn dieses Konfidenzniveau nicht eingehalten wird;

- VaR beruht auf einer Halteperiode von einem Tag (für interne Risikomanagement-, Backtesting- und Offenlegungszwecke) oder von zehn Tagen (für regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke). Dabei wird davon ausgegangen, dass Risiken während der Halteperiode entweder veräussert oder abgesichert werden können, was jedoch nicht für sämtliche Risikotypen möglich sein dürfte, insbesondere in Zeiten illiquider Märkte oder während Marktturbulenzen;
- VaR benutzt zur Berechnung die Positionen am Ende jedes Geschäftstages und berücksichtigt daher keine Intraday-Positionen.

Bei einigen Risikoarten stehen möglicherweise keine ausreichenden historischen Daten für eine Berechnung mit dem VaR-Modell der Gruppe zur Verfügung (oftmals, da die zugrunde liegenden Instrumente erst für eine begrenzte Zeit gehandelt wurden). Wenn wir über keine ausreichenden Marktdaten verfügen, ziehen wir für diese Risikoarten vergleichbare Marktdaten oder Extrementwicklungen heran. Die ausgewählten vergleichbaren Marktdaten sollen den grösstmöglichen Bezug zum zugrunde liegenden Instrument aufweisen. Wenn es keine geeignete Datenreihe oder keine angemessene vergleichbaren Daten gibt, greifen wir auf Extrementwicklungen zurück. Extrementwicklungen werden unter der Annahme einer konservativen Korrelation von 100% aggregiert. Risiken, die derzeit nicht durch das VaR-Modell der Gruppe abgedeckt werden, wie bestimmte Basisrisiken, Risiken höherer Ordnung und wechselseitige Risiken, werden über Berechnungen des **◦ Risk-Not-in-VaR (RNIV)** berücksichtigt.

Wir nutzen einen Risikofaktoridentifikationsprozess, um sicherzustellen, dass Risiken korrekt identifiziert und gemessen werden. Dieser Prozess setzt sich aus zwei Elementen zusammen. Zum Ersten werden im Rahmen des Marktdatenabhängigkeitsansatzes systematisch die Risikoanforderungen auf der Basis von Daten von Front-Office-Pricing-Modellen bestimmt und mit Risikoarten verglichen, die durch das VaR-Modell und den RNIV-Regelwerk der Gruppe berücksichtigt werden. Zum Zweiten erfolgt mit dem produktbasierten Ansatz eine qualitative Analyse der Produktarten zur Identifizierung der Risikoarten, denen diese ausgesetzt sind. Es erfolgt wiederum ein Vergleich mit den in den VaR- und RNIV-Regelwerken einflussenden Risikoarten. Durch diesen Prozess werden Risiken identifiziert, die im VaR-Modell oder RNIV-Regelwerk noch nicht berücksichtigt werden. Anschliessend kann versucht werden, diese Risiken in eines der beiden Regelwerke einzubeziehen. RNIV-Faktoren, die durch den Risikofaktoridentifikationsprozess erkannt werden, fliessen auch in unser Economic-Capital-Regelwerk ein.

Wie andere komplexe Modelle unterliegt das VaR-Modell der Gruppe internen Governance-Richtlinien, darunter auch der Validierung durch ein Team von Modellexperten, das von den Modellentwicklern unabhängig ist. Die Validierung umfasst die Identifizierung und das Testen der Annahmen und Einschränkungen des Modells, die Überprüfung seiner Performance mittels historischer und potenzieller künftiger Stressereignisse sowie die Überprüfung, dass sich das Modell so verhält, wie es beabsichtigt war.

Wir führen eine Reihe unterschiedlicher Kontrollprozesse durch, um sicherzustellen, dass die für das Marktrisiko verwendeten Modelle auch über die Zeit angemessen bleiben. Im Rahmen dieser Kontrollprozesse kommt der VaR-Governance-Steuerungsausschuss regelmässig zusammen, um die Performance der Modelle zu überprüfen und neue oder geänderte Modelle zu genehmigen.

Szenarioanalyse

Die Szenarioanalyse ergänzt die statistischen Risikomessgrössen wie zum Beispiel VaR und Economic Capital. So werden die Szenarien beispielsweise auf längere Zeiträume als diejenigen ausgerichtet, die bei den statistischen Risikomessgrössen genutzt werden, um die Marktliquidität zu erfassen. Wenn ein wesentliches Risiko in Stresssituationen eine genauere Beobachtung erfordert, werden Szenarioanalysen auch mit abgesprochenen Limiten eigens zu diesem Zweck massgeschneidert.

Durch unsere Szenarioanalysen wird auch die regelmässige Berichterstattung zu den Risikopositionen erweitert, da sie Aufschluss darüber geben, wie sich das Risiko unter schwierigeren Marktbedingungen verändern könnte. So werden zum Beispiel auch die Sensitivitäten im Anschluss an ein starkes Marktschock-Szenario berechnet. Überdies werden Szenarien eingesetzt, um die wechselseitigen Auswirkungen von Risikofaktoren unter schwierigen Marktbedingungen zu erfassen und als Ergänzung zu den Basisrisiken, die durch andere Risikomessmethoden erfasst werden. Weiter werden mithilfe der Szenarien die Auswirkungen extremerer Parameter abgeschätzt, die bei anderen Risikomessverfahren Verwendung finden. Beispielsweise werden bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiven die Parameter für die Marktvolatilität und für Kreditausfälle einem Stressszenario unterzogen, um die Eigenkapitalanforderungen unter extremen Bedingungen abschätzen zu können.

Handelsbuch

Risikomessung und -management

Die von uns eingegangenen Marktrisiken gehen vor allem auf die Handelsaktivitäten des Investment Banking zurück. Unsere anderen Divisionen sind im Handel ebenfalls aktiv, jedoch in wesentlich geringerem Ausmass.

Für die vorliegende Berichterstattung wird zur Quantifizierung des Marktrisikos im Handelsbuch der VaR berechnet. Das Handelsbuch umfasst diejenigen Finanzinstrumente, welche für das Handelsbuch gemäss Definition für die regulatorische Eigenmittelunterlegung berücksichtigt werden müssen. Diese Klassierung der Aktiven als Handelsbestände dient der Analyse unseres Marktrisikos und entspricht nicht der Klassierung in der Jahresrechnung. Unser Handelsbuch für Risikomanagementzwecke umfasst vor allem eine Mehrheit der Bilanzpositionen Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen sowie ausgewählte zum Fair Value bewertete Anlagen in Wertschriften, sonstige Anlagen, sonstige Aktiven (hauptsächlich zur Absicherung gehaltene **◦ Derivate** und zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen und Immobilien), kurzfristige Geldaufnahmen, langfristige Verbindlichkeiten

und sonstige Verbindlichkeiten (hauptsächlich zur Absicherung gehaltene Derivate).

Wir sind auf den meisten bedeutenden Finanzmärkten aktiv und setzen die meisten gebräuchlichen Handels- und Absicherungsprodukte ein, einschliesslich Derivaten wie Swaps, Futures, Optionen und strukturierter Produkte (darunter auch auf Kunden- oder Eigenbedürfnisse zugeschnittene Derivatkombinationen). Aufgrund unserer breiten Aktivität in verschiedenen Produkten

und Märkten kommt eine Vielzahl von verschiedenen Handelsstrategien zum Einsatz. Entsprechend sind auch unsere Positionen sowohl geografisch als auch bezüglich der Risiken breit gestreut.

Risiken im Zusammenhang mit eingebetteten derivativen Bestandteilen unserer strukturierten Produkte werden auf Portfoliobasis im Rahmen unseres gesamten Handelsbuchs aktiv überwacht und gesteuert sowie in unseren VaR-Messgrössen erfasst.

Risikomanagement-VaR (ein Tag, 98%) und regulatorischer VaR (ein Tag, 99%) (CHF)

im Jahr / Ende	Zinsen	Kreditrisikoprämie	Fremdwährungen	Rohstoffe	Aktien	Diversifikationseffekt	Risikomanagement-	Regulatorischer
							VaR (98%)	VaR (99%)
							Total	Total
2013 (in Mio. CHF)								
Durchschnitt	18	35	9	2	16	(40)	40	39
Minimum	8	30	3	1	11	- ¹	33	22
Maximum	45	41	24	4	36	- ¹	55	77
Ende der Periode	10	32	6	3	24	(30)	45	31
2012 (in Mio. CHF)								
Durchschnitt	29	47	13	3	22	(47)	67	57
Minimum	15	36	3	1	14	- ¹	34	34
Maximum	43	67	34	7	35	- ¹	104	89
Ende der Periode	27	36	12	2	17	(54)	40	52
2011 (in Mio. CHF)								
Durchschnitt	30	66	13	10	23	(67)	75	94
Minimum	21	46	5	2	14	- ¹	54	49
Maximum	43	92	25	26	47	- ¹	107	161
Ende der Periode	32	62	12	4	25	(61)	74	79

Nicht enthalten sind Risiken im Zusammenhang mit Gegenparteirisiken und Risiken aus eigenen Schulden.

¹ Da Maximum und Minimum der verschiedenen Risikokategorien an verschiedenen Tagen auftreten, ist die Berechnung des Portfolio-Diversifikationseffektes nicht aussagekräftig.

Entwicklung der Marktrisiken im Handelsbuch

Die Tabellen unter «Risikomanagement-VaR (ein Tag, 98%) und regulatorischer VaR (ein Tag, 99%)» zeigen unsere Marktrisiken im Handelsbuch, gemessen am Ein-Tages-Risikomanagement-VaR mit einem Konfidenzniveau von 98% und am regulatorischen Ein-Tages-99%-VaR. Der VaR wurde anhand einer historischen Datenreihe über zwei Jahre berechnet. Wir messen den VaR des Handelsbuchs für das interne Risikomanagement in US-Dollar, wobei die VaR-Werte zum Tageskurs in Schweizer Franken umgerechnet wurden. Der VaR wird sowohl getrennt nach einzelnen Risikoarten als auch für das gesamte Portfolio basierend auf einer historischen Simulation berechnet. Der Diversifikationseffekt entspricht der Nettodifferenz zwischen der Summe der 98%-Perzentil-Verluste für den Risikomanagement-VaR (beziehungsweise der 99%-Perzentil-Verluste für den regulatorischen VaR) für die einzelnen Risikoarten und dem Verlust für das gesamte Portfolio.

Wir messen den VaR in US-Dollars, da praktisch das gesamte Marktrisiko aus dem Investment Banking kommt.

Der durchschnittliche Risikomanagement-VaR sank im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 27% auf USD 43 Mio. Der Rückgang war auf Risikoreduktionen sowohl bei Anleihen als auch bei Aktien, insbesondere bei Verbriefungs- und Kreditprodukten, US-amerikanischen und europäischen Zinsprodukten sowie Cash-Aktien, und auf eine geringere Marktvolatilität zurückzuführen, was teilweise durch geringere Vorteile aus der Portfoliodiversifikation ausgeglichen wurde.

Der Risikomanagement-VaR für das Periodenende per 31. Dezember 2013 stieg gegenüber dem 31. Dezember 2012 um 16% auf USD 51 Mio. In diesem Anstieg zeigen sich die höheren Aktienrisiken sowie geringeren Vorteile aus der Portfoliodiversifikation, die zum Teil durch niedrigere Zins- und Fremdwährungsrisiken ausgeglichen wurden.

Risikomanagement-VaR (ein Tag, 98%) und regulatorischer VaR (ein Tag, 99%) (USD)

im Jahr / Ende	Risikomanagement-VaR (98%)						Regulatorischer VaR (99%)	
	Zinsen	Kreditrisikoprämie	Fremdwährungen	Rohstoffe	Aktien	Diversifikationseffekt	Total	Total
2013 (in Mio. USD)								
Durchschnitt	19	38	10	2	17	(43)	43	42
Minimum	9	32	3	1	12	- ¹	34	24
Maximum	49	44	25	4	38	- ¹	58	83
Ende der Periode	11	36	7	3	27	(33)	51	35
2012 (in Mio. USD)								
Durchschnitt	31	51	14	3	23	(63)	59	61
Minimum	16	39	3	1	15	- ¹	36	37
Maximum	47	73	38	8	37	- ¹	88	97
Ende der Periode	29	39	13	2	18	(57)	44	57
2011 (in Mio. USD)								
Durchschnitt	34	74	14	11	26	(74)	85	105
Minimum	23	60	6	2	15	- ¹	65	55
Maximum	49	99	29	27	51	- ¹	117	177
Ende der Periode	34	66	13	4	27	(65)	79	84

Nicht enthalten sind Risiken im Zusammenhang mit Gegenparteiisiken und Risiken aus eigenen Schulden.

¹ Da Maximum und Minimum der verschiedenen Risikokategorien an verschiedenen Tagen auftreten, ist die Berechnung des Portfolio-Diversifikationseffektes nicht aussagekräftig.

Wir benutzen verschiedene Methoden, um die Angemessenheit des regulatorischen VaR-Modells für die Handelsbestände zu überprüfen, unter anderem Backtesting. Unser Backtesting erfolgt derzeit auf Basis des tatsächlichen täglichen Handelserfolgs. Der tatsächliche tägliche Handelserfolg wird mit dem regulatorischen 99%-VaR unter Verwendung einer Ein-Tages-Halteperiode verglichen. Als Backtesting-Ausreisser wird ein Handelsverlust betrachtet, der grösser ist als der geschätzte Ein-Tages-VaR. In den 12-Monats-Perioden, die am 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 endeten, gab es keine solchen Backtesting-Ausreisser. Das Modell ist nach BIZ-Richtlinien statistisch gültig, da in den rollenden 12-Monats-Perioden, die am 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 endeten, jeweils weniger als fünf Backtesting-Ausreisser auftraten.

In Bezug auf die Eigenmittelanforderungen wendet die FINMA entsprechend den BIZ-Anforderungen einen Multiplikator an. Für jeden Ausreisser des regulatorischen VaR, der vier Ausreisser in

der vorangehenden rollenden 12-Monats-Periode übersteigt – berechnet auf Basis einer bereinigten Teilmenge des effektiven täglichen Handelserfolgs –, erhöhen sich aufgrund des Multiplikators die notwendigen Eigenmittel für das Marktrisiko.

► Siehe «Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen» in Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen zur Verwendung unseres Modells für den regulatorischen VaR in der Berechnung der notwendigen Eigenmittel zur Unterlegung der Marktrisiken.

Die Abbildung «Verteilung der Handelserfolge» vergleicht die Verteilung des täglichen Handelserfolgs der Jahre 2013, 2012 und 2011. Die Streuung der Tageserfolge ist ein Mass für die Volatilität unserer Handelsaktivitäten. Im Jahr 2013 verzeichneten wir einen Tag mit Handelsverlusten, wobei der Handelsverlust nicht mehr als CHF 25 Mio. betrug, im Vergleich zu vier Tagen mit Handelsverlusten im Jahr 2012, wobei ein Handelsverlust mehr als CHF 25 Mio. betrug.

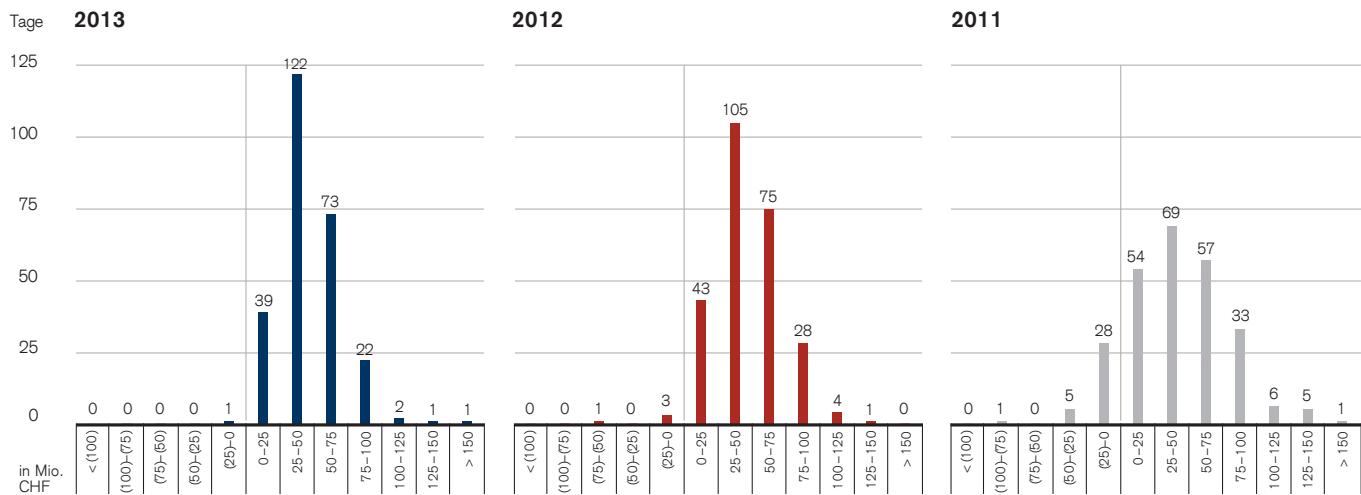
Täglicher Risikomanagement-VaR

in Mio. CHF



— Ein-Tages-Risikomanagement-VaR (98%)
Ohne Gegenpartekreditrisiko- und eigene Kreditrisikoprämie

Verteilung der Handelserfolge



Ohne Neue Aargauer Bank.
Handelserfolge schliessen Wertanpassungen im Zusammenhang mit Gegenpartekreditrisiko- und eigener Kreditrisikoprämie nicht ein.

Bankenbuch

Risikomessung und -management

Die Marktrisiken aus unseren Bankenbüchern beziehen sich vor allem auf Zinsrisiken aus entsprechenden Fristenkongruenzen zwischen Aktiven und Verbindlichkeiten, auf Aktienbeteiligungen und auf Anlagen in Obligationen und Geldmarktinstrumente. Alle unsere Segmente und das Corporate Center haben Bestände im Bankenbuch, welche gewisse Marktrisiken tragen. Unser Bankenbuch für Risikomanagementzwecke umfasst eine Mehrheit der Bilanzpositionen Ausleihungen, Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäfte und Wertschriftenleihen, flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken, Forderungen aus Kundenhandel, Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Einlagen, Verbindlichkeiten aus übertragenen

Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäfte und Wertschriftenleihen, Verbindlichkeiten aus Kundenhandel, ausgewählte kurzfristige Geldaufnahmen und langfristige Verbindlichkeiten sowie andere Aktiven und Verbindlichkeiten, die nicht zum Handelsbuch gehören.

Das mit den Bankenbüchern zusammenhängende Marktrisiko wird mit verschiedenen Instrumenten gemessen, überwacht und begrenzt, unter anderem mittels Economic Capital, Szenarioanalyse, Sensitivitätsanalyse und VaR. Für die vorliegende Berichterstattung werden die aggregierten Marktrisiken unserer Bankenbücher auf Basis von Sensitivitätsanalysen dargestellt. Die Sensitivitätsanalysen für die Bestände der Bankenbücher messen den möglichen Marktwertverlust als Resultat von definierten hypothetischen Schocks auf den Marktparametern. Sie messen

nicht den möglichen Einfluss auf den ausgewiesenen Erfolg, da die Bestände der Bankenbücher im Allgemeinen nicht über die Erfolgsrechnung bewertet werden.

Entwicklung der Marktrisiken im Bankenbuch

Wir gehen Zinsrisiken in den Bankenbüchern ein durch die Emission zinsensitiver Positionen im Private Banking & Wealth Management, deren Risiken ins Treasury transferiert werden, durch Geldmarkt- und Finanzierungsaktivitäten im Treasury, durch die Anlage unseres konsolidierten Eigenkapitals sowie durch weitere Aktivitäten wie Market-Making und Handelsgeschäfte, die Bankenbuchpositionen in den Divisionen, vor allem im Investment Banking, betreffen. Sparkonten und viele andere Retailbankingprodukte haben keinen vertraglichen Fälligkeitstermin oder direkt marktabhängigen Zinssatz. Ihre Risiken werden auf gepoolter Basis mittels Replikationsportfolios (unter Annäherung des Preisbildungsverhaltens der zugrunde liegenden Produkte) vom Private

Banking & Wealth Management ins Treasury transferiert. Treasury und bestimmte andere Bereiche der Gruppe, die Zinsrisikopositionen halten, verwalten die Positionen im Rahmen der genehmigten Limiten. Dieses Risiko wird täglich überwacht.

Die Sensitivität einer parallelen Verschiebung der Renditekurven um einen Basispunkt gegenüber dem Fair Value zinsensitiver Positionen im Bankenbuch entsprach per 31. Dezember 2013 einer Zunahme von CHF 8,5 Mio., verglichen mit einer Zunahme von CHF 9,4 Mio. per 31. Dezember 2012. Der Rückgang gegenüber 2012 war in erster Linie auf die Emission neuer Kapitalinstrumente des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals sowie entsprechende Absicherungsgeschäfte im dritten und vierten Quartal 2013 zurückzuführen. Weitere Rückgänge ergaben sich aus der Ausübung der Rückzahlungsoption für ein Hybridinstrument des Kernkapitals und der niedrigeren durchschnittlichen Duration der ausstehenden Instrumente.

Parallele Erhöhung der Renditekurven um einen Basispunkt – Bankenbuch

Ende	CHF	USD	EUR	GBP	Sonstige	Total
2013 (in Mio. CHF)						
Fair-Value-Einfluss einer parallelen Erhöhung der Renditekurven um einen Basispunkt	(1.1)	7.0	2.2	0.0	0.4	8.5
2012 (in Mio. CHF)						
Fair-Value-Einfluss einer parallelen Erhöhung der Renditekurven um einen Basispunkt	(1.9)	9.0	1.8	0.0	0.5	9.4

Das Zinsrisiko im Bankenbuch wird auch durch anderweitige Messungen ermittelt. Dazu zählt die mögliche Wertveränderung, die sich aus einer bedeutenden Veränderung der Renditekurven ergeben könnte. Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen einer

sofortigen Veränderung der Renditekurven um 100 und 200 Basispunkte (da die Zinsen derzeit sehr tief sind, werden die Veränderungen nach unten begrenzt, um sicherzustellen, dass die daraus resultierenden Zinssätze nicht negativ ausfallen).

Zinssatzsensitivität – Bankenbuch

Ende	CHF	USD	EUR	GBP	Sonstige	Total
2013 (in Mio. CHF)						
Erhöhung(+)/Senkung(-) der Zinssätze						
+200 Basispunkte	(169)	1 350	428	(100)	80	1 589
+100 Basispunkte	(100)	687	215	(24)	40	818
-100 Basispunkte	225	(690)	(155)	(22)	(32)	(674)
-200 Basispunkte	289	(1 150)	(160)	(88)	(63)	(1 172)
2012 (in Mio. CHF)						
Erhöhung(+)/Senkung(-) der Zinssätze						
+200 Basispunkte	(308)	1 718	591	(119)	78	1 960
+100 Basispunkte	(172)	884	238	(29)	38	959
-100 Basispunkte	285	(854)	(78)	(24)	(33)	(704)
-200 Basispunkte	347	(1 013)	1	(111)	(61)	(837)

Per 31. Dezember 2013 wirkte sich eine ungünstige Veränderung der Renditekurve um 200 Basispunkte mit einem Fair-Value-Verlust von CHF 1,2 Mia. aus, im Vergleich zu einem Fair-Value-Verlust von CHF 0,8 Mia. per 31. Dezember 2012. Die monatliche

Analyse der potenziellen Auswirkungen einer wesentlichen Veränderung der Renditekurven zeigte, dass per Ende 2013 und 2012 der Fair-Value-Effekt einer ungünstigen Veränderung der Renditekurve um 200 Basispunkte und ungünstiger Veränderungen der

Zinskurven, umgerechnet auf eine Ein-Jahres-Halteperiode mit einem Konfidenzniveau von 99% im Verhältnis zu den gesamten anrechenbaren aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln, deutlich unter der 20%-Schwelle lag. Dieser Schwellenwert wird von den Aufsichtsbehörden angewendet, um Banken zu identifizieren, die exzessive Zinsänderungsrisiken in ihrem Bankenbuch aufweisen.

Unsere Beteiligungspapiere im Bankenbuch umfassen Positionen in Private Equity, Hedgefonds, strategischen Anlagen und anderen Instrumenten, die vom Investment Banking verwaltet werden. Diese Positionen müssen mit den normalen Aktienmärkten nicht stark korrelieren. Aktienkursrisiken aus Positionen des Bankenbuchs werden mittels Sensitivitätsanalysen unter der Annahme eines 10%-Kurseinbruchs der Aktienbörsen in den Industrienationen und eines 20%-Kurseinbruchs der Aktienbörsen in den aufstrebenden Märkten gemessen. Der geschätzte Wertverlust des Bankenbuchs unter diesem Szenario betrug per 31. Dezember 2013 CHF 474 Mio., verglichen mit einem Wertverlust von CHF 681 Mio. per 31. Dezember 2012.

Rohstoffrisiken aus Positionen des Bankenbuchs werden mittels Sensitivitätsanalysen unter der Annahme eines Rückgangs der Rohstoffpreise von 20% gemessen. Der geschätzte Wertverlust des Bankenbuchs infolge dieses Szenarios betrug per 31. Dezember 2013 CHF 0,2 Mio., verglichen mit einem Wertverlust von CHF 0,6 Mio. per 31. Dezember 2012.

Wertanpassung aufgrund der Gegenparti- und der eigenen Kreditrisikoprämien

Im VaR auf derivative Produkte werden die Auswirkungen aus Veränderungen der Gegenpartiekreditrisikoprämien und unseren eigenen Kreditrisikoprämien nicht berücksichtigt. Per 31. Dezember 2013 impliziert die geschätzte Sensitivität, dass ein Anstieg der Kreditrisikoprämien, sowohl der Gegenparteien als auch unserer eigenen, um einen Basispunkt zu einem Gewinn von CHF 0,5 Mio. auf die gesamte Derivateposition im Investment Banking führen würde. Zudem würde ein Anstieg unserer eigenen Kreditrisikoprämie um einen Basispunkt auf unsere zum Fair Value bewerteten strukturierten Schuldtitel (einschliesslich des Einflusses von Absicherungsinstrumenten) per 31. Dezember 2013 zu einem Gewinn von CHF 5,2 Mio. führen.

KREDITRISIKO

Das Kreditrisiko ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Schuldner oder eine Gegenpartei seine beziehungsweise ihre finanziellen Verpflichtungen nicht mehr bedient, oder es ist die Folge einer Verschlechterung der Bonität eines Schuldners oder einer Gegenpartei. Bei Ausfall eines Kunden ergibt sich für eine Bank in der Regel ein Verlust, der sich aus dem ausstehenden Kreditbetrag abzüglich allfälliger Verwertungserlöse aus Konkurs, Liquidation von Sicherheiten oder Restrukturierung des Schuldnerunternehmens ergibt. Eine Veränderung der Bonität einer Gegenpartei hat Auswirkungen auf die Bewertung jener Aktiven, die zum Fair Value bewertet werden. Die Bewertungsänderungen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Kreditrisikoquellen

Unsere Kreditrisiken fallen vor allem in den Geschäftsbereichen Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients innerhalb der Division Private Banking & Wealth Management und in der Division Investment Banking an. Kreditrisiken entstehen aus Kreditprodukten, unwiderruflichen Kreditverpflichtungen und Akkreditiven sowie aus Gegenparteiisiken aus Derivatgeschäften, Devisenhandel und sonstigen Transaktionen.

Kreditrisikomanagement

Wirkungsvolles Kreditrisikomanagement beruht auf einem strukturierten Prozess, um Kreditrisiken einheitlich zu beurteilen, zu quantifizieren, zu messen, zu überwachen und zu steuern. Dieser Prozess erfordert eine sorgfältige Prüfung von Kreditvergaben, das Setzen von spezifischen Limiten, die dauernde Überwachung der Risikoposition, die aktive Nutzung von Kreditsicherungsinstrumenten und ein diszipliniertes Vorgehen beim Ermitteln und Erfassen von Wertberichtigungen.

Unser Kreditrisikomanagementansatz deckt sämtliche Kreditrisiken der Gruppe ab und enthält die folgenden Kernelemente:

- Systeme für individuelle Gegenpartieratings;
- Transaktionsratingsysteme;
- ein Gegenpartei-Limitensystem;
- Länderrisikolimiten;
- Methoden zur Ermittlung risikobasierter Kreditkonditionen;
- aktives Kreditportfoliomanagement; und
- eine Kreditrückstellungsmethode.

Wir verwenden eine Reihe von Kreditratings, um unsere Gegenparteien intern zu bewerten, die uns als Vertragspartei unter anderem für Kredite, Kreditzusagen, Wertpapierfinanzierungen oder OTC-Derivatkontrakte einem Kreditrisiko aussetzen. Kreditratings sollen das Risiko eines Ausfalls der einzelnen Gegenparteien widerspiegeln. Die Ratings werden auf Basis intern entwickelter Ratingmodelle und -prozesse zugewiesen, die Governance- und intern unabhängigen Validierungsverfahren unterliegen.

Unsere internen Ratings können von externen Gegenpartieratings abweichen. Die internen Ratings werden mindestens einmal jährlich überprüft. Zur Berechnung der internen Risikoschätzungen und der risikogewichteten Aktiven wird jeder Fazilität eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugewiesen. Bei den Gegenparteien Unternehmen & Institutionelle, mit Ausnahme der auf der Schweizer Plattform verwalteten Unternehmen, wird die Ausfallwahrscheinlichkeit anhand des internen Kreditratings ermittelt. Für diese Kundensegmente werden die internen Ratings auf die Analyse und Evaluation sowohl quantitativer als auch qualitativer Faktoren abgestützt. Die spezifischen Faktoren, die analysiert werden, hängen von der Art der Gegenpartei ab. Die Analyse verwendet einen zukunftsorientierten Ansatz und konzentriert sich auf ökonomische Trends und finanzielle Fundamentaldaten. Kreditanalysen nutzen Peer-Analysen, Branchenvergleiche, externe Ratings und Analysen sowie das Urteil von Kreditspezialisten. Die Ausfallwahrscheinlichkeit für jedes Rating wird anhand der historischen

Ausfallerfahrung mittels externer Daten von Standard & Poor's kalibriert und einem ◻ Backtesting unterzogen, um sicherzustellen, dass die Ratings mit der internen Erfahrung übereinstimmen. Bei Unternehmen, die auf der Schweizer Plattform verwaltet werden, und bei Privatkundenkrediten wird die Ausfallwahrscheinlichkeit direkt von eigenen statistischen Ratingmodellen berechnet. Diese basieren auf intern erfassten Daten, die sowohl aus quantitativen Faktoren (bei Hypothekarkrediten vor allem Belehnungssatz (Loan-to-Value, LTV) und Einkommen des Kreditnehmers und bei Unternehmen Bilanzinformationen) als auch qualitativen Faktoren (beispielsweise Kredithistorien von Kreditauskunftsfirmen) bestehen. In diesem Fall werden für Berichterstattungszwecke, basierend auf den Ausfallwahrscheinlichkeitsbändern, die den einzelnen Ratings zugeordnet werden, äquivalente Ratings zugewiesen.

Wir weisen zudem jeder Transaktion einen geschätzten Verlust eines Gegenparteiausfalls, basierend auf Ausgestaltung und Struktur der einzelnen Transaktion, zu. Das Gegenpartierating wird zusammen mit der Kreditrisikoposition (oder dem Kreditäquivalent) und der transaktionsspezifischen, ◻ erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) benutzt, um den erwarteten Kreditverlust einer bestimmten Kreditposition zu bestimmen. Die erwartete Verlustquote bezeichnet den voraussichtlichen Verlust aus einer Transaktion im Falle eines Schuldnerausfalls, wobei die Struktur des Kredits, die Sicherheiten, die Rangfolge der Forderung und, in bestimmten Bereichen, die Art der Gegenpartei berücksichtigt werden. Wir verwenden einheitliche Kreditrisikoschätzungen für die Gewährung, Einrichtung und Überwachung von Kreditlimiten und für das Kreditportfoliomanagement, die Kreditpolitik, das Managementreporting, die risikoadjustierte Performancemessung, die Berechnung und Zuweisung des Economic Capital sowie für Rechnungslegungszwecke. Dieser Ansatz erlaubt uns auch, die Kreditkonditionen risikogerechter und auf der Basis von Risiko-Ertrags-Überlegungen zu gestalten. Das allgemeine interne Kreditratingsystem wurde von der ◻ FINMA für die Verwendung im Rahmen des ◻ A-IRB-Ansatzes des Basel-Regelwerks genehmigt.

Wir überwachen die einzelnen Gegenpartierisiken mittels spezifischer Kreditlimiten. Ein Kreditlimitensystem besteht zur Beschränkung von Risikokonzentrationen und schliesst ein umfassendes Länderrisikolimitensystem sowie Limiten für gewisse Produkte ein. Risikokomitees überprüfen unter Einbezug von Trendanalysen und des wirtschaftlichen Umfelds regelmässig Kreditrisikokonzentrationen. Ein umfassender Bonitätsüberwachungsprozess für Kredite hat die frühzeitige Identifikation potenzieller Veränderungen in der Bonität der Kreditkunden zum Ziel. Dies beinhaltet neben einer eingehenden Analyse der Kreditwürdigkeit der Gegenparteien und der Kreditsicherheiten auch eine Analyse der Jahresrechnungen und die Beurteilung der Wirtschafts- und relevanten Branchenentwicklung. Regelmässig auf den neuesten Stand gebrachte Überwachungslisten und Kreditüberprüfungsbesprechungen dienen der Identifikation von Gegenparteien, deren Bonität sich negativ verändern könnte.

Unsere regelmässige Analyse der Kreditqualität von Kunden und Gegenparteien hängt nicht von der buchhalterischen Behandlung der einzelnen Kreditposition oder Verpflichtung ab. Wir überprüfen die Angemessenheit von Wertberichtigungen für Kreditverluste in regelmässigen Abständen. Bewertungsänderungen als Folge von Veränderungen der Kreditwürdigkeit von Gegenparteien der zum ◻ Fair Value bewerteten Ausleihungen werden direkt erfolgswirksam ausgewiesen. Diese Positionen sind daher nicht in den gefährdeten Ausleihungen enthalten. Gefährdete Ausleihungen werden als potenzielle Problemausleihungen, notleidende Ausleihungen oder zinslos gestellte Ausleihungen klassiert, und die entsprechenden Positionen werden in der Regel in Spezialabteilungen zur Wiedereinbringung oder Verwertung von Krediten bewirtschaftet. Das Credit Portfolio and Provisions Review Committee überprüft regelmässig die Angemessenheit der Wertberichtigungen.

Risikominderung

Wir bewirtschaften unsere Kreditengagements aktiv mithilfe von Kreditabsicherungen, Kreditsicherheiten und Garantien. Als Kreditsicherheiten dienen Sicherheiten in Form von Vermögenswerten wie Bargeld oder marktfähige Wertschriften, die das latente Kreditverlustrisiko mindern und bei einem Ausfall die Rückführungsquote erhöhen.

Die Grundsätze und Verfahren zur Bewertung und Bewirtschaftung von Sicherheiten stützen sich auf:

- die rechtlichen Unterlagen, die mit unseren Gegenparteien vereinbart wurden; und
- eine intern unabhängige Funktion, die die Sicherheiten bewirtschaftet.

Für unser Handelsportfolio erfolgt die Bewertung des Portfolios der Sicherheiten entsprechend der Verfügbarkeit unabhängiger Marktdaten, für gehandelte Produkte im Allgemeinen täglich. In Ausnahmefällen wird die Berechnungshäufigkeit durch die in den rechtlichen Unterlagen festgehaltenen Vereinbarungen bestimmt. Die Bewirtschaftung von Sicherheiten ist standardisiert und zentralisiert, um eine umfassende Berücksichtigung der gehandelten Produkte zu gewährleisten.

Übersicht über die Kreditrisiken

Alle Transaktionen, die potenziellen Verlusten ausgesetzt sind, weil eine Gegenpartei ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, unterliegen den Prozessen der Bewertung und Bewirtschaftung von Kreditrisikopositionen. Die folgende Tabelle zeigt das Kreditrisiko von Ausleihungen, unwiderruflichen Kreditverpflichtungen und bestimmten anderen ausserbilanziellen Eventualverpflichtungen, zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen, gehandelten Ausleihungen und derivativen Instrumenten vor Berücksichtigung von Risikominderungen wie flüssigen Mitteln und marktgängigen Wertschriften oder Kreditabsicherungen.

Kreditrisiko

Ende	2013	2012	Veränderung in %
Kreditrisiko (in Mio. CHF)			
Bilanz			
Ausleihungen, brutto	248 014	243 204	2
davon zum Fair Value ausgewiesen	19 457	20 000	(3)
Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	18 914	19 894	(5)
Gehandelte Ausleihungen	6 397	4 282	49
Derivative Instrumente ¹	33 665	37 138	(9)
Total Bilanz	306 990	304 518	1
Ausserbilanz			
Unwiderrufliche Kreditverpflichtungen ²	96 990	100 219	(3)
Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente	4 916	12 587	(61)
Unwiderrufliche Verpflichtungen aus Dokumentarakkreditiven	5 512	6 258	(12)
Total Ausserbilanz	107 418	119 064	(10)
Total Kreditrisiko	414 408	423 582	(2)

Vor Risikominderung, wie beispielsweise Sicherheiten und Kreditabsicherungen.

¹ Positiver Wiederbeschaffungswert, nach Netting-Vereinbarungen.

² Unwiderrufliche Kreditverpflichtungen enthalten keine unbenutzten Kreditlimiten, die durch uns mittels Mitteilung an den Kunden einseitig kündbar sind. Vergangene Perioden wurden an die aktuelle Darstellung angepasst.

Per 31. Dezember 2013 und 2012 enthielten die zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen US-Wohnbauhypothekarkredite in Subprime-Qualität in Höhe von CHF 308 Mio. beziehungsweise CHF 554 Mio. aus konsolidierten Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs) und europäische Wohnbauhypothekarkredite mit niedriger Qualität in Höhe von CHF 1 240 Mio. beziehungsweise CHF 1 183 Mio. aus konsolidierten VIEs. Die Ausleihungen des Handelsbestandes umfassten per 31. Dezember 2013 und 2012 US-Wohnbauhypothekarkredite in Subprime-Qualität in Höhe von CHF 769 Mio. beziehungsweise CHF 383 Mio.

Ausleihungen und unwiderrufliche Kreditverpflichtungen

Ausleihungen, die wir bis zur Fälligkeit halten wollen und können, werden zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten abzüglich all-fälliger Wertberichtigungen für Kreditverluste bewertet. Unwiderrufliche Kreditverpflichtungen umfassen unwiderrufliche Kreditverpflichtungen in den Divisionen Investment Banking und Private Banking & Wealth Management, jedoch keine unbenutzten Kreditlimiten, die unsererseits jederzeit mit einer Mitteilung an den Kunden gekündigt werden können. Ausleihungen und unwiderrufliche Kreditverpflichtungen, für welche die Fair-Value-Option gewählt wird, werden zum Fair Value erfasst und die Änderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen.

Ausleihungen und unwiderrufliche Kreditverpflichtungen

Ende	2013	2012	Veränderung in %
Ausleihungen und unwiderrufliche Kreditverpflichtungen (in Mio. CHF)			
Ausleihungen, brutto	248 014	243 204	2
davon Private Banking & Wealth Management	216 499	208 526	4
davon Investment Banking	31 490	34 658	(9)
Unwiderrufliche Kreditverpflichtungen	96 990	100 219	(3)
Total Ausleihungen und unwiderrufliche Kreditverpflichtungen	345 004	343 423	0
davon Private Banking & Wealth Management	226 615	217 704	4
davon Investment Banking	118 365	125 701	(6)

Im Private Banking & Wealth Management besteht das Portfolio vor allem aus Hypotheken und Ausleihungen, die mit jederzeit liquidierbaren, marktfähigen Wertschriften besichert sind. Im Investment Banking werden Kreditrisiken vor allem durch den Einsatz von Kreditabsicherungen oder liquidierbaren Sicherheiten gesteuert. Kreditabsicherungen geben den Nominalwert der Kreditrisiken wieder, welcher auf Gegenparteien mit erstklassiger Bonität

übertragen wurde, meist in Form von Credit Default Swaps (CDS) und Kreditversicherungsverträgen.

Die folgenden Tabellen zeigen die Auswirkungen der Risikominderung durch Bardeckung, marktfähige Wertschriften und Kreditabsicherungen über die gesamte Risikoposition aus Ausleihungen und unwiderruflichen Kreditverpflichtungen.

Ausleihungen und unwiderrufliche Kreditverpflichtungen – Private Banking & Wealth Management

Ende	2013			2012		
	Brutto- risiko	Flüssige Mittel und Wert- schriften ¹	Netto- risiko	Brutto- risiko	Flüssige Mittel und Wert- schriften ¹	Netto- risiko
Interne Ratings						
Risikominderung (in Mio. CHF)						
AAA	2 364	(54)	2 310	1 183	(8)	1 175
AA	6 307	(495)	5 812	2 497	(89)	2 408
A	29 176	(4 143)	25 033	18 922	(898)	18 024
BBB	127 864	(38 292)	89 572	131 648	(41 266)	90 382
BB	54 375	(4 273)	50 102	57 193	(5 327)	51 866
B	5 068	(500)	4 568	4 623	(473)	4 150
CCC	167	(2)	165	231	(6)	225
CC	14	0	14	48	(1)	47
C	126	0	126	0	0	0
D	1 154	(137)	1 017	1 359	(121)	1 238
Total Ausleihungen und unwiderrufliche Kreditverpflichtungen	226 615	(47 896)	178 719²	217 704	(48 189)	169 515³

Enthält nicht gezogene unwiderrufliche Kreditzusagen. Enthält keine unbenutzten Kreditlimiten, die durch uns mittels Mitteilung an den Kunden einseitig kündbar sind. Vergangene Perioden wurden an die aktuelle Darstellung angepasst.

¹ Barsicherheiten und marktgängige Wertschriften.

² Zudem verfügten wir über ein synthetisches gedecktes Kreditportfolio, die Clock-Finance-Transaktion 2013, welches die Mezzanine-Tranche des Kreditrisikos über 1% bis maximal 6% auf einem Portfolio gewährter Ausleihungen von ursprünglich CHF 5,0 Mia. von Corporate & Institutional Clients wirksam an Investoren im Kapitalmarkt übertrug.

³ Zudem verfügten wir über ein synthetisches gedecktes Kreditportfolio, die Clock-Finance-Transaktion, welches das First-Loss-Kreditrisiko auf einem Portfolio gewährter Ausleihungen von ursprünglich CHF 4,8 Mia. von Corporate & Institutional Clients wirksam an Investoren im Kapitalmarkt übertrug.

Ausleihungen und unwiderrufliche Kreditverpflichtungen – Investment Banking

Ende	2013			2012		
	Brutto- risiko	Risiko- minderung ¹	Netto- risiko	Brutto- risiko	Risiko- minderung ¹	Netto- risiko
Interne Ratings						
Risikominderung (in Mio. CHF)						
AAA	2 759	(4)	2 755	6 529	(72)	6 457
AA	17 385	(2 288)	15 097	16 774	(1 672)	15 102
A	29 727	(7 816)	21 911	29 348	(5 109)	24 239
BBB	31 890	(4 840)	27 050	31 092	(10 682)	20 410
BB	16 843	(3 772)	13 071	18 044	(2 316)	15 728
B	17 877	(2 423)	15 454	21 682	(3 121)	18 561
CCC	838	(312)	526	1 100	(249)	851
CC	433	(9)	424	18	(18)	0
C	2	0	2	188	(19)	169
D	611	(79)	532	926	(390)	536
Total Ausleihungen und unwiderrufliche Kreditverpflichtungen	118 365	(21 543)	96 822	125 701	(23 648)	102 053

Enthält nicht gezogene unwiderrufliche Kreditzusagen.

¹ Kreditabsicherungen, Barsicherheiten und marktgängige Wertschriften.

Erwartete Verlustquote

Im Private Banking & Wealth Management bestimmen verpfändete Sicherheiten und Garantien die zugeteilte erwartete Verlustquote, wobei die Risikoposition nach Abzug der Risikominderungen berücksichtigt wird. Die hohe Zahl der Kreditnehmer im Private Banking & Wealth Management mit einem BBB- oder BB-Rating und einer niedrigen erwarteten Verlustquote ist weitgehend dem Geschäft mit Wohnbauhypotheken zuzuschreiben, welches in hohem Mass besichert ist. Im Investment Banking bestimmen die Ratingstufen der Positionen die erwartete Verlustquote, wobei

die Risikoposition nach Abzug der Risikominderungen und Anpassung für erhaltene Garantien berücksichtigt wird. Das Bewertungssystem zur Berechnung der erwarteten Verlustquote wird regelmässig von interner unabhängiger Stelle überprüft und wurde von den Aufsichtsbehörden zur Verwendung im A-IRB-Ansatz des Basel-Regelwerks genehmigt.

In den folgenden Tabellen sind unsere Ausleihungen im Private Banking & Wealth Management und im Investment Banking, nach Abzug der Risikominderungen und aufgeteilt nach Klassen erwarteter Verlustquoten, dargestellt.

Ausleihungen – Private Banking & Wealth Management

Ende 2013			Bandbreiten erwarteter Verlustquoten bei Ausfall					
Interne Ratings	Brutto- risiko- position, gezogen	Netto- risiko- position, gezogen	0–10%	11–20%	21–40%	41–60%	61–80%	81–100%
Erwartete Verlustquoten bei Ausfall (in Mio. CHF)								
AAA	2 362	2 308	266	300	1 136	606	0	0
AA	5 729	5 298	449	2 044	2 288	514	2	1
A	28 558	24 417	3 791	13 696	4 929	1 924	73	4
BBB	122 554	84 770	11 996	45 206	21 893	4 788	259	628
BB	51 084	46 914	8 319	15 203	18 057	4 512	477	346
B	4 757	4 261	1 296	742	1 732	480	10	1
CCC	165	164	35	37	55	11	0	26
CC	14	14	0	0	0	14	0	0
C	125	125	0	0	0	125	0	0
D	1 151	1 014	78	231	322	343	12	28
Total Ausleihungen	216 499	169 285	26 230	77 459	50 412	13 317	833	1 034

Per 31. Dezember 2013 wiesen 97% des gesamten Schweizer Wohnbauhypothekarkredit-Portfolios von CHF 96,6 Mia. einen Belehnungssatz (LTV) von unter 80% auf. Per 31. Dezember 2012 wiesen 96% des entsprechenden Kreditportfolios von CHF 93,2 Mia. einen Belehnungssatz von unter 80% auf. Für die 2013 und

2012 abgeschlossenen Schweizer Wohnbauhypothekarkredite lag der durchschnittliche Belehnungssatz bei Vergabe unter 80%. Unsere Belehnungssätze basieren auf dem letzten geschätzten Wert der Sicherheiten.

Ausleihungen – Investment Banking

Ende 2013			Bandbreiten erwarteter Verlustquoten bei Ausfall					
Interne Ratings	Brutto- risiko- position, gezogen	Netto- risiko- position, gezogen	0–10%	11–20%	21–40%	41–60%	61–80%	81–100%
Erwartete Verlustquoten bei Ausfall (in Mio. CHF)								
AAA	1 031	1 031	0	0	0	1 031	0	0
AA	1 228	1 062	0	0	341	721	0	0
A	4 400	3 068	2	0	157	2 907	2	0
BBB	7 022	4 926	352	8	1 314	2 713	539	0
BB	8 416	5 373	140	81	2 499	2 634	19	0
B	7 883	5 902	384	502	2 118	2 793	105	0
CCC	522	233	31	26	96	80	0	0
CC	379	374	22	0	222	130	0	0
D	609	530	64	0	125	336	5	0
Total Ausleihungen	31 490	22 499	995	617	6 872	13 345	670	0

Ausleihungen

Ende	Private Banking & Wealth Management		Investment Banking		Credit Suisse ¹	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Ausleihungen (in Mio. CHF)						
Hypothekarkredite	94 978	91 872	0	0	94 978	91 872
Lombarkredite	31 565	27 363	0	0	31 565	27 363
Privatkredite	5 672	6 290	266	611	5 938	6 901
Privatkunden	132 215	125 525	266	611	132 481	126 136
Immobilien	26 557	25 253	755	548 ²	27 312	25 801 ²
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	48 953	48 860	14 356	14 148 ²	63 334	63 028 ²
Finanzinstitute	7 538	7 616	14 302	18 286 ²	21 840	25 902 ²
Regierungen und öffentliche Institutionen	1 236	1 272	1 811	1 065 ²	3 047	2 337 ²
Unternehmen & Institutionelle	84 284 ³	83 001 ³	31 224	34 047	115 533	117 068
Ausleihungen, brutto	216 499	208 526	31 490	34 658	248 014	243 204
davon zum Fair Value ausgewiesen	226	257	19 231	19 743	19 457	20 000
(Unrealisierter Ertrag) / Abgegrenzter Aufwand, netto	(71)	(39)	(20)	(20)	(91)	(59)
Wertberichtigung für Kreditverluste ⁴	(715)	(785)	(151)	(137)	(869)	(922)
Ausleihungen, netto	215 713	207 702	31 319	34 501	247 054	242 223
Gefährdete Ausleihungen (in Mio. CHF)						
Notleidende Ausleihungen	608	604	251	255	862	859
Zinslos gestellte Ausleihungen	280	309	1	4	281	313
Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen	888	913	252	259	1 143	1 172
Restrukturierte Ausleihungen	6	0	0	30	6	30
Potenzielle Problemausleihungen	340	513	0	14	340	527
Total sonstige gefährdete Ausleihungen	346	513	0	44	346	557
Gefährdete Ausleihungen, brutto⁴	1 234	1 426	252	303	1 489	1 729
davon Ausleihungen mit Einzelwertberichtigung	1 165	1 307	244	204	1 412	1 511
davon Ausleihungen ohne Einzelwertberichtigung	69	119	8	99	77	218
Wertberichtigung für Kreditverluste (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode⁴	785	743	137	167	922	910
Änderungen des Konsolidierungskreises	(1)	0	0	(18)	(1)	(18)
In der Erfolgsrechnung erfasste Nettoveränderungen	152	171	11	(12)	166	159
Bruttoabschreibungen	(278)	(180)	(8)	(21)	(286)	(201)
Wiedereingänge	47	34	7	10	54	44
Nettoabschreibungen	(231)	(146)	(1)	(11)	(232)	(157)
Rückstellungen für Zinsen	13	13	13	16	26	29
Fremdwährungsumrechnungseinfluss und sonstige Anpassungen, netto	(3)	4	(9)	(5)	(12)	(1)
Bestand am Ende der Periode⁴	715	785	151	137	869	922
davon Wertberichtigungsbedarf auf Einzelbasis ermittelt	537	598	114	98	654	696
davon Wertberichtigungsbedarf auf Portfoliobasis ermittelt	178	187	37	39	215	226
Kennzahlen zu Ausleihungen (in %)						
Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen / Ausleihungen, brutto ⁵	0.4	0.4	2.1	1.7	0.5	0.5
Gefährdete Ausleihungen, brutto / Ausleihungen, brutto ⁵	0.6	0.7	2.1	2.0	0.7	0.8
Wertberichtigung für Kreditverluste / Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen ⁴	80.5	86.0	59.9	52.9	76.0	78.7
Wertberichtigung für Kreditverluste / Gefährdete Ausleihungen, brutto ⁴	57.9	55.0	59.9	45.2	58.4	53.3

¹ Enthält zusätzlich zum Private Banking & Wealth Management und Investment Banking noch das Corporate Center.

² Die Vorperiode wurde korrigiert; bestimmte Gegenparteipositionen wurden von Immobilien sowie von Ausleihungen an Gewerbe und Industrie zu den Ausleihungen an Finanzinstitute beziehungsweise von Regierungen und öffentlichen Institutionen an Ausleihungen an Gewerbe und Industrie umklassiert.

³ Enthält Ausleihungen besichert durch finanzielle Sicherheiten und Hypotheken. Der Wert der finanziellen Sicherheiten und Hypotheken, berücksichtigt bis zum Betrag der entsprechenden Ausleihungen, betrug per 31. Dezember 2013 und 2012 CHF 67 522 Mio. beziehungsweise CHF 64 536 Mio.

⁴ Gefährdete Ausleihungen und Wertberichtigung für Kreditverluste beziehen sich nur auf Ausleihungen, welche nicht zum Fair Value bilanziert werden.

⁵ Ohne zum Fair Value bilanzierte Ausleihungen.

Ausleihungen

Im Vergleich zum Jahresende 2012 stiegen die Bruttoausleihungen um 2% auf CHF 248,0 Mia. Der Anstieg im Private Banking & Wealth Management von 4% auf CHF 216,5 Mia. war hauptsächlich auf eine Zunahme der Lombardkredite, der Wohnbauhypothekarkredite und auf höhere Ausleihungen an den Immobiliensektor zurückzuführen, teilweise ausgeglichen durch den US-Dollar-Währungsumrechnungseinfluss, einen Rückgang der Privatkredite und die Umklassierung der Ausleihungen im Zusammenhang mit unserem in Deutschland verbuchten lokalen Private-Banking-Geschäft. Im Investment Banking wurde eine Abnahme von 9% auf CHF 31,5 Mia. verzeichnet, die geringeren Ausleihungen an Finanzinstitute und Privatkrediten sowie dem US-Dollar-Währungsumrechnungseinfluss zuzuschreiben war. Der Rückgang wurde zum Teil durch höhere Ausleihungen an Regierungen und öffentliche Institutionen, an Gewerbe und Industrie sowie an den Immobiliensektor ausgeglichen.

► Siehe «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Gefährdete Ausleihungen

Der Bruttobetrag der gefährdeten Ausleihungen sank per Ende 2013 um 14% auf CHF 1,5 Mia., wozu vor allem die Rückgänge bei den potenziellen Problemausleihungen und den zinslos gestellten Ausleihungen in der gesamten Gruppe beitragen.

► Siehe «Gefährdete Ausleihungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group – Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität für weitere Informationen zu den Kategorien gefährdeter Ausleihungen.

Wertberichtigung für Kreditverluste

Bei den zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bewerteten Ausleihungen halten wir Wertberichtigungen in einer Höhe, von der wir annehmen, dass sie die latenten Verluste im Kreditportfolio angemessen decken dürfte. Wertberichtigungen für Kreditverluste bilden wir auf Basis einer regelmässigen und detaillierten Analyse aller Gegenparteien, wobei der Wert von Sicherheiten berücksichtigt wird. Falls Unsicherheit bezüglich Rückzahlung des Kapitalbetrags oder der Zinsen besteht, wird eine Wertberichtigung gebildet oder die bestehende Wertberichtigung angepasst. Die Wertberichtigung für Kreditverluste wird vom Kreditrisikomanagement der Gruppe je nach Risikoprofil des Schuldners oder abhängig von kreditrelevanten Ereignissen jährlich oder häufiger neu bewertet.

Wertberichtigung für latente Kreditrisiken

In Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Accounting Principles Generally Accepted in the US, US GAAP) beziehen sich Wertberichtigungen für latente Kreditverluste auf alle Forderungen, die einzeln nicht als gefährdet eingestuft werden, bei welchen aber auf Portfoliobasis latente Kreditverluste vorhanden sind. Die Ermittlung der latenten Kreditverluste aus Ausleihungen im Private Banking & Wealth Management basiert auf aktuellen internen Ratings sowie Sicherheiten und Struktur der Transaktionen, wobei historische

Erfahrungswerte zu Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten angewendet werden. Im Investment Banking werden latente Kreditverluste auf Ausleihungen aufgrund von homogenen Kunden-, Industrie- oder Länderportfolios geschätzt. Latente Kreditverluste auf Ausleihungen werden aufgrund von historischen Erfahrungswerten für Verluste und Wiedereinbringung geschätzt und als Wertberichtigung für Kreditverluste erfasst. Eine Rückstellung für latente Kreditverluste für kreditbezogene Ausserbilanzgeschäfte wie Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen wird ebenfalls berechnet, wobei eine Methode zur Anwendung kommt, die ähnlich ist wie diejenige, welche für Ausleihungen benutzt wird.

Rückstellung für Kreditrisiken

Die Nettorückstellungen für Kreditrisiken zu Lasten der konsolidierten Erfolgsrechnung beliefen sich 2013 auf CHF 167 Mio. gegenüber Nettorückstellungen von CHF 170 Mio. im Jahr 2012.

Im Private Banking & Wealth Management betragen die Nettorückstellungen für Kreditrisiken im Jahr 2013 CHF 152 Mio. gegenüber CHF 182 Mio. im Jahr 2012, was in erster Linie auf die niedrigeren Neurückstellungen für 2013 zurückzuführen war.

Im Investment Banking beliefen sich die Nettorückstellungen für Kreditrisiken im Jahr 2013 auf CHF 13 Mio., gegenüber Nettoauflösungen von Rückstellungen von CHF 12 Mio. im Jahr 2012. Im Geschäftsjahr 2012 überstiegen die Auflösungen von Rückstellungen und Wiedereingänge die neu gebildeten Rückstellungen.

Derivative Instrumente

Derivatkontrakte werden im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit zwecks Market-Making, Positionierungen und Arbitrage sowie im Zusammenhang mit unserem eigenen Risikomanagementbedarf eingegangen. Zum Letzteren zählt die Minderung von Zinsänderungs-, Fremdwährungskurs- und Kreditrisiken.

◉ Derivate sind entweder privat ausgehandelte OTC-Kontrakte oder standardisierte Kontrakte, die an geregelten Börsen gehandelt werden. Die am meisten verwendeten Derivatprodukte sind Zinsswaps und CDS, Zins- und Devisenoptionen, Devisenterminkontrakte sowie Fremdwährungs- und Zinsfutures.

Der Wiederbeschaffungswert einzelner derivativer Instrumente entspricht dem Fair Value am Stichtag der konsolidierten Bilanz und stammt aus Transaktionen für Rechnung von Kunden beziehungsweise Transaktionen auf eigene Bücher. Positive Wiederbeschaffungswerte begründen einen Vermögenswert, ◉ negative Wiederbeschaffungswerte eine Verbindlichkeit. Der Fair Value gibt keinen Aufschluss über künftige Gewinne oder Verluste, sondern zeigt die für ein derivatives Instrument bei Beginn gezahlten oder erhaltenen Aufschläge, sofern zutreffend, sowie die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus der Marktbewertung aller Derivate zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Fair Values aller Derivate werden anhand verschiedener Methoden ermittelt. Dazu zählen soweit verfügbar hauptsächlich am Markt beobachtete Preise und, falls nicht verfügbar, beobachtbare Marktparameter für Instrumente mit vergleichbaren Eigenschaften und Laufzeiten, Nettobarwertanalysen oder andere Preisfestsetzungsmodelle, soweit angemessen.

Terminkontrakte und Futures

Wir gehen Kauf- und Verkaufsverträge für hypothekarbesicherte Wertschriften (Mortgage-backed Securities), Fremdwährungen und Verpflichtungen zum Kauf oder Verkauf von Hypotheken auf Wohn- und Geschäftsbauten ein. Zudem gehen wir Futureskontrakte auf Aktienindizes und Kontrakte auf andere Finanzinstrumente sowie Optionen auf Futureskontrakte ein. Der Abschluss dieser Kontrakte erfolgt üblicherweise zur Erfüllung von Kundenbedürfnissen, zu Handels- und zu Absicherungszwecken.

Bei Termingeschäften sind wir dem Kreditrisiko der Gegenpartei ausgesetzt. Zur Minderung dieses Kreditrisikos limitieren wir Transaktionen pro Gegenpartei, prüfen Kreditlimiten in regelmäßigen Abständen und halten uns an intern festgelegte Richtlinien für die Kreditvergabe.

Bei Futureskontrakten und Optionen auf Futureskontrakten werden Änderungen des Marktwerts täglich bar über eine Clearingstelle ausgeglichen. Daher beschränkt sich unser Kreditrisiko gegenüber der betreffenden Clearingstelle auf die positive Nettoveränderung des Marktwerts eines einzigen Tages.

Swaps

Unsere Swap-Vereinbarungen bestehen in erster Linie aus Zinsswaps, CDS, Währungsswaps und Swaps auf Beteiligungsinstrumenten. Swap-Vereinbarungen gehen wir zu Handels- und Risikomanagementzwecken ein. Zinsswaps sind vertragliche Vereinbarungen zum Austausch von Zinszahlungen, die auf vereinbarten Kontraktvolumen und Laufzeiten beruhen. CDS sind vertragliche Vereinbarungen, bei welchen der Käufer des Swaps eine periodische Gebühr entrichtet und im Gegenzug eine Zahlung des Verkäufers erhält, falls bei der Referenzgesellschaft des Swaps ein Kreditereignis (Credit Event) eintritt. Als Kreditereignis gelten im Allgemeinen Konkurs, Insolvenz, Zwangsverwaltung, wesentliche ungünstige Schuldenrestrukturierungen oder Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit. Währungsswaps sind vertragliche Vereinbarungen zum Austausch von Zahlungen in unterschiedlicher Währung, die auf vereinbarten Kontraktvolumen und Währungspaaren beruhen. Bei Swaps auf Beteiligungsinstrumenten handelt es sich um vertragliche Vereinbarungen, den Wertzuwachs oder die Wertabnahme eines Beteiligungsinstruments im Vergleich zum festgelegten Ausübungspreis zu erhalten, gegen Zahlung eines anderen Satzes, der üblicherweise auf einem Index oder auf Zinsbewegungen beruht.

Optionen

Wir schreiben Optionen zur Erfüllung von spezifischen Kundenbedürfnissen und zu Handelszwecken. Geschriebene Optionen setzen uns gegenüber dem Kunden keinem Kreditrisiko aus, da im Falle einer Ausübung wir selbst und nicht der Kunde zu Leistungen verpflichtet sind. Zu Beginn der Kontraktlaufzeit erhalten wir eine Barprämie. Während der Kontraktlaufzeit tragen wir das Risiko ungünstiger Wertveränderungen des als Basiswert der Option dienenden Finanzinstruments. Um dieses Marktrisiko zu bewirtschaften, kaufen oder verkaufen wir Basiswerte beziehungsweise derivative Finanzinstrumente. Solche Käufe und Verkäufe können Schuldtitel und Beteiligungspapiere, Termin- und Futureskontrakte, Swaps und Optionen beinhalten.

Wir kaufen auch Optionen zur Erfüllung von Kundenbedürfnissen, zu Handels- und zu Absicherungszwecken. Mit gekauften Optionen erwerben wir das Recht, den betreffenden Basiswert zu einem festgelegten Preis an oder vor einem bestimmten Datum zu kaufen oder zu verkaufen. Während der Kontraktlaufzeit beschränkt sich das eingegangene Risiko auf die bezahlte Prämie. Zu den Basiswerten dieser Optionen zählen üblicherweise Anleihen und Beteiligungspapiere, Fremdwährungen und Zinsinstrumente oder Indizes. Die Kreditwürdigkeit der Gegenparteien dieser Optionskontrakte wird regelmässig überprüft.

Die folgende Tabelle zeigt, wie bei Forderungen aus Derivaten das Kreditrisiko durch den Einsatz rechtlich durchsetzbarer Netting-Vereinbarungen und Vereinbarungen zu Sicherheiten (Collateral Agreements) gemindert wird. Netting-Vereinbarungen ermöglichen uns, den Nettosaldo derivativer Forderungen und Verbindlichkeiten mit derselben Gegenpartei auszuweisen, falls diese Vereinbarungen rechtlich durchsetzbar sind. Die Wiederbeschaffungswerte in der konsolidierten Bilanz werden nach Abzug solcher Vereinbarungen dargestellt. Vereinbarungen in Bezug auf Sicherheiten werden mit bestimmten Gegenparteien abgeschlossen, wobei dies von der Art der Gegenpartei beziehungsweise der Transaktion abhängig ist. Solche Verträge verlangen die Hinterlegung von Barmitteln oder Wertschriften.

Derivative Instrumente nach Fälligkeit

Ende / fällig innerhalb	2013				2012			
	Weniger als 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	Mehr als 5 Jahren	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Weniger als 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	Mehr als 5 Jahren	Positiver Wieder- beschaf- fungswert
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)								
Zinsprodukte	28.2	162.2	258.8	449.2	41.4	226.5	436.6	704.5
Fremdwährungsprodukte	32.2	18.9	10.4	61.5	32.1	17.8	13.8	63.7
Beteiligungs-/Indexprodukte	8.1	8.0	2.2	18.3	5.8	7.4	3.4	16.6
Kreditderivate	1.6	21.1	4.1	26.8	2.5	20.0	8.1	30.6
Sonstige Produkte ¹	1.9	1.8	1.0	4.7	2.5	2.4	1.4	6.3
Derivative Instrumente (OTC)	72.0	212.0	276.5	560.5	84.3	274.1	463.3	821.7
Börsengehandelte derivative Instrumente				18.1				15.6
Netting-Vereinbarungen ²				(544.9)				(800.2)
Total derivative Instrumente				33.7				37.1
davon in Handelsbestände verbucht				31.6				33.2
davon in Sonstige Aktiven verbucht				2.1				3.9

¹ Hauptsächlich Edelmetalle, Rohstoffe, Energie- und Emissionsprodukte.

² Unter Berücksichtigung von rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Derivate, die ein Kreditrisiko darstellen, unterliegen dem Kreditantrags- und Kreditbewilligungsprozess, der laufenden Überwachung der Kreditwürdigkeit der Gegenpartei sowie dem Kreditbeurteilungsprozess in Bezug auf die Transaktion. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Ratings auf unseren Kreditpositionen aus Derivaten.

Derivative Instrumente nach Kreditrating der Gegenpartei

Ende	2013	2012
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)		
AAA	1.1	1.9
AA	8.5	9.6
A	6.6	10.9
BBB	9.9	8.1
BB oder tiefer	4.6	5.3
Derivative Instrumente (OTC)	30.7	35.8
Börsengehandelte derivative Instrumente ¹	3.0	1.3
Total derivative Instrumente¹	33.7	37.1

¹ Unter Berücksichtigung von rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Derivative Instrumente nach Fälligkeit und nach Kreditrating der Gegenpartei für die Bank unterscheiden sich nicht wesentlich von den in den Tabellen gezeigten Informationen der Gruppe – weder in Bezug auf die absoluten Beträge noch in Bezug auf die Veränderungen.

Derivative Instrumente werden entweder der Kategorie Handel oder, falls diese für das Hedge Accounting qualifizieren, der Kategorie Absicherung zugeteilt. Die Kategorie Handel beinhaltet Positionen aus dem Market-Making, der Positionierung in diesen Märkten und aus Arbitrage-Geschäften sowie ökonomische Absicherungen zu Risikomanagementzwecken, sofern die eingesetzten Instrumente nicht für das Hedge Accounting unter US GAAP qualifizieren. Die Kategorie Absicherung enthält alle Kontrakte, die sich für das Hedge Accounting unter US GAAP qualifizieren, wie zum Beispiel Fair-Value-Absicherungen, Cashflow-Absicherungen und Nettoinvestitionsabsicherungen.

► Siehe «Anhang 26 – Verrechnung von Finanzaktiven und Finanzverbindlichkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Verrechnung von Derivaten.

► Siehe «Anhang 31 – Derivat- und Absicherungsgeschäfte» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu derivativen Instrumenten, einschliesslich einer Übersicht über Derivate nach Produkten und Zweck (Handel und Absicherung).

Ausgewählte Kreditrisikopositionen in Europa

Unsere Offenlegung europäischer Kreditrisikopositionen umfasst alle Länder der EU, die ein Rating von weniger als AA oder dem entsprechenden Rating durch mindestens eine der drei führenden Ratingagenturen aufweisen und deren Bruttoreisikoposition über unserem Schwellenwert von EUR 0,5 Mia. liegt. Nach unserer Ansicht ist dieses externe Rating eine nützliche Messgrösse, um die finanziellen Möglichkeiten eines Landes, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, festzustellen. Dabei gibt das Rating auch einen Hinweis darauf, wie empfindlich ein Land gegenüber ungünstigen geschäftlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen ist.

Überwachung ausgewählter Kreditrisikopositionen in Europa

Unsere Kreditrisikopositionen gegenüber diesen europäischen Ländern werden im Rahmen unseres allgemeinen Risikomanagementprozesses gesteuert. Die Gruppe verwendet Länderlimiten und nimmt regelmässig Szenarioanalysen vor. Hierzu gehören auch Analysen zu unseren indirekten Kreditrisikopositionen gegenüber Staaten, die aus unseren Positionen gegenüber ausgewählten europäischen Finanzinstituten resultieren. Diese Beurteilung von indirekten Kreditrisikopositionen gegenüber Staaten umfasst die Analyse öffentlich verfügbarer Angaben über Risikopositionen unserer Gegenparteien in Bezug auf die europäischen Staaten, die zum festgelegten Kreis von Staaten gehören, die wir in unseren Bericht einbeziehen. Wir überwachen die Konzentration von Sicherheiten, mit denen unsere **OTC-Derivate** und **Reverse-Repo-Geschäfte** unterlegt sind, durch monatliche Berichterstattung. Auch überwachen wir die Auswirkungen, die Ratingherabstufungen von Staatsanleihen auf die Anrechnung der Sicherheiten haben. Die strengen Länderlimiten, die für die Sicherheiten von Staatsanleihen aus **G-7-** und **Nicht-G-7-Ländern** gelten, werden monatlich überwacht. Ähnliche Angaben sind auch Bestandteil unserer regulären Risikoberichterstattung an die Aufsichtsbehörden.

Innerhalb unseres globalen Regelwerks für Szenarioanalysen misst das Stresstest-Regelwerk für das Kreditrisiko von Gegenparteien die Gegenparteirisiken anhand von Szenarien. Diese

sind mit einem Konfidenzniveau von 99% auf die schlechtesten Monats- und Jahresabweichungen der verfügbaren historischen Datenreihe sowie die absolut schlechteste beobachtete Wochenabweichung in der gleichen Datenreihe kalibriert. Die Ergebnisse der Szenarien werden auf Gegenparteienebene für alle unsere Gegenparteien zusammengefasst, unter anderem für alle europäischen Länder, in denen wir Risikopositionen haben. Zudem kommen Gegenparteiausfallrisikoszenarien zur Anwendung, in welchen für spezifische Einheiten der Ausfall simuliert wird. In einem dieser Szenarien wird der Ausfall eines europäischen Staates untersucht. Anhand dieses Szenarios ermitteln wir das Risiko, das sich für uns durch einen Ausfall des betreffenden Landes maximal ergibt. Zudem dient es zur Identifikation derjenigen Gegenparteien, bei denen das Risiko als Folge des simulierten Ausfalls des betrachteten Landes substantiell ansteigt.

Das Szenario-Regelwerk arbeitet zudem mit einer Reihe weiterer Krisenszenarien einschliesslich eines spezifischen Krisenszenarios für die Eurozone, das von einem Ausfall ausgewählter europäischer Staaten ausgeht, zu denen im derzeitigen Modell Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien gehören. In der Grundannahme gehen wir von einem Ausfall der Staaten selbst, der Finanzinstitute und der Unternehmen in diesen Ländern aus, wobei die Risikopositionen gegenüber den Staaten und Finanzinstituten zu 100% und diejenigen gegenüber den Unternehmen je nach Bonität zu 0% bis 100% ausfallen. Im Rahmen dieses Szenarios gehen wir zudem von einer massiven Verkaufswelle und einem Einbruch der Aktienmärkte, einer Ausweitung der Kreditrisikoprämien, einer Rally des Goldpreises und einer Abwertung des Euro aus. Ferner arbeitet das Krisenszenario für die Eurozone mit einem hypothetischen Ausfall einer kleinen Anzahl unserer Gegenparteien im Markt, die nach unserer Meinung von einem Ausfall der ausgewählten europäischen Länder schwer getroffen würden. Wir gehen von einem Ausfall dieser Gegenparteien aus, da sie in unseren Augen aufgrund ihrer direkten Präsenz in den betroffenen Ländern und ihrer direkten Risiken die am heftigsten betroffenen Institutionen wären. Mithilfe dieses Prozesses werden die Neubewertungs- und Währungsumstellungsrisiken (Redenomination Risk) unserer Risikopositionen von unserer Risikomanagementfunktion in regelmässigen Abständen evaluiert.

Ausweis ausgewählter Kreditrisikopositionen in Europa

Als Basis für den Ausweis der Länderpositionen dient unsere interne Risikosicht gemäss Risikodomizil. Diese basiert auf dem Domizil der juristischen Gegenpartei, das heisst, sie kann Positionen gegenüber einer juristischen Person einschliessen, die ihr Domizil im ausgewiesenen Land hat, selbst wenn deren Mutterhaus sich ausserhalb des betreffenden Landes befindet.

Die Kreditrisikoposition in der Tabelle wird aus Risikosicht und vor Abzug entsprechender Wertberichtigungen für Kreditverluste dargestellt. Vor unserem Finanzbericht für das vierte Quartal 2013 wurden das Brutto- und das Nettokreditrisiko nach Abzug der Wertberichtigung für Kreditverluste präsentiert. Als Nettoauswirkung aus dieser Änderung in der Präsentation ergab sich per 31. Dezember 2013 ein Anstieg von EUR 0,1 Mia. sowohl beim Brutto- als auch beim Nettoländerkreditrisiko gegenüber Griechenland. Unsere Kreditrisikoposition und die damit verbundene ◊ Risikominderung werden für die folgenden unterschiedlichen Kategorien ausgewiesen:

- Das *Bruttokreditrisiko* umfasst den Kapitalbetrag der ausbezahlten Kredite, der ausgestellten Akkreditive und die nicht gezogenen Teile zugesagter Fazilitäten, den ◊ positiven Wiederbeschaffungswert derivativer Instrumente nach Berücksichtigung rechtlich durchsetzbarer ◊ Netting-Vereinbarungen, den Nennwert von Anlagen in Geldmarktfonds und die Marktwerte von Wertschriftenfinanzierungstransaktionen und des Handelsportfolios physischer Schuldtitel (kurzfristige Wertschriften), die auf Ebene des Emittenten verrechnet werden.
- *Risikominderung* umfasst ◊ CDS und andere Absicherungsinstrumente mit ihrem Nettonominalwert, Garantien, Versicherungen und Sicherheiten (hauptsächlich Bargeld, Wertschriften und in geringerem Umfang Immobilien, vor allem für Positionen des Private Banking & Wealth Management gegenüber Unternehmen und sonstigen Gegenparteien). Die zur Berechnung der Nettorisikoposition verwendeten Deckungswerte werden gemäss unseren Risikomanagementrichtlinien festgelegt und berücksichtigen die Vorgaben der anzuwendenden Margenhaltung.
- Das *Nettokreditrisiko* umfasst das Bruttokreditrisiko abzüglich der Risikominderung.

- Das *Inventar* umfasst die Long-Positionen in physischen und synthetischen Schuldtiteln des Handelsbestands und ausserhalb des Handelsbestands, jeweils zum Marktwert bewertet und auf Ebene des Emittenten verrechnet. Physische Schuldtitel sind nicht derivative Schulden (beispielsweise Anleihen). Synthetische Positionen entstehen durch OTC-Kontrakte (beispielsweise erworbene und/oder verkaufte CDS und ◊ Total Return Swaps).

Die in der Spalte Risikominderung ausgewiesenen CDS werden zur direkten Absicherung unserer OTC-Risikopositionen erworben. Aus Risikosicht entspricht der Risikominderungseffekt einer solchen Absicherung dem Kontraktvolumen des Kontrakts, während das Risiko aus dem aus Marktwerten ermittelten Fair Value des CDS gegenüber dem Kreditsicherungsgeber bewirtschaftet wird. Die Nettokontraktvolumen der CDS entsprechen dem Kontraktvolumen der gekauften CDS-Kreditsicherungen abzüglich des Kontraktvolumens der verkauften CDS-Kreditsicherungen. Die Nettokontraktvolumen werden auf Basis der Herkunft des Referenzschuldners und nicht aufgrund der Herkunft der CDS-Gegenpartei ermittelt. Die in der Spalte «Inventar» enthaltenen CDS umfassen Kontrakte unserer Handelsbücher zur Absicherung des Kreditrisikos der sonstigen in dieser Spalte ausgewiesenen Instrumente. Die Bewertungsbasis dieser CDS entspricht derjenigen der abgesicherten Zinsinstrumente.

Wir halten keine Positionen in CDS mit verschiedenen Risikotranchen auf diese Länder, und das Inventar enthält nur einen unwesentlichen Betrag an indexierten Kreditderivaten.

Das Kreditrisiko aus den CDS-Kontrakten selbst, das heisst das Risiko, dass die CDS-Gegenpartei bei einem Ausfall keine Leistungen erbringt, wird getrennt vom Kreditrisiko des Referenzschuldners bewirtschaftet. Zur Minderung dieses Kreditrisikos werden sämtliche CDS mit Sicherheiten unterlegt und nur mit Gegenparteien abgeschlossen, mit welchen wir einen rechtlich durchsetzbaren Rahmenvertrag der «International Swaps and Derivatives Association» (ISDA-Rahmenvertrag) haben, der eine tägliche Margenhinterlegung vorsieht.

Ausgewählte Kreditrisikopositionen in Europa

	Brutto- Kredit- risiko- position	Risikominderung		Netto- kredit- risiko- position	Inventar ²	Inventar Synthetische, netto ³	Total Kreditrisiko- position	
		CDS	Sonstige ¹				Brutto	Netto
31. Dezember 2013								
Kroatien (in Mia. EUR)								
Staaten	0.6	0.0	0.5	0.1	0.0	(0.2)	0.6	0.1
Total	0.6	0.0	0.5	0.1	0.0	(0.2)	0.6	0.1
Zypern (in Mia. EUR)								
Unternehmen & Sonstige	0.6	0.0	0.6	0.0	0.0	0.0	0.6	0.0
Total	0.6	0.0	0.6	0.0	0.0	0.0	0.6	0.0
Griechenland (in Mia. EUR)								
Staaten	0.2	0.0	0.0	0.2	0.0	0.0	0.2	0.2
Finanzinstitute	0.1	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0
Unternehmen & Sonstige	0.4	0.0	0.4	0.0	0.0	0.0	0.4	0.0
Total	0.7	0.0	0.5	0.2	0.0	0.0	0.7	0.2
Irland (in Mia. EUR)								
Finanzinstitute	1.1	0.0	0.4	0.7	0.1	(0.1)	1.2	0.8
Unternehmen & Sonstige	0.7	0.0	0.6	0.1	0.0	0.0	0.7	0.1
Total	1.8	0.0	1.0	0.8	0.1	(0.1)	1.9	0.9
Italien (in Mia. EUR)								
Staaten	3.2	2.6	0.3	0.3	0.1	(0.5)	3.3	0.4
Finanzinstitute	1.5	0.0	1.0	0.5	0.2	0.0	1.7	0.7
Unternehmen & Sonstige	2.5	0.2	1.6	0.7	0.1	(0.2)	2.6	0.8
Total	7.2	2.8	2.9	1.5	0.4	(0.7)	7.6	1.9
Portugal (in Mia. EUR)								
Staaten	0.1	0.0	0.1	0.0	0.0	(0.1)	0.1	0.0
Finanzinstitute	0.1	0.0	0.1	0.0	0.0	(0.1)	0.1	0.0
Unternehmen & Sonstige	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.0	0.2	0.1
Total	0.3	0.0	0.3	0.0	0.1	(0.2)	0.4	0.1
Spanien (in Mia. EUR)								
Staaten	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1
Finanzinstitute	0.6	0.0	0.3	0.3	0.5	0.2	1.1	0.8
Unternehmen & Sonstige	1.9	0.1	1.0	0.8	0.1	0.0	2.0	0.9
Total	2.5	0.1	1.3	1.1	0.7	0.3	3.2	1.8
Total (in Mia. EUR)								
Staaten	4.1	2.6	0.9	0.6	0.2	(0.7)	4.3	0.8
Finanzinstitute	3.4	0.0	1.9	1.5	0.8	0.0	4.2	2.3
Unternehmen & Sonstige	6.2	0.3	4.3	1.6	0.3	(0.2)	6.5	1.9
Total	13.7	2.9	7.1	3.7	1.3	(0.9)	15.0	5.0

¹ Enthält sonstige Absicherungen (derivative Instrumente), Garantien, Versicherungen und Sicherheiten.

² Entspricht den auf Stufe Emittent verrechneten Long-Positionen des Inventars.

³ Die Position setzt sich im Wesentlichen aus CDS zusammen; entspricht den Long-Positionen nach Verrechnung der Short-Positionen.

Entwicklung ausgewählter Kreditrisikopositionen in Europa

Unsere risikobasierte Bruttokreditrisikoposition gegenüber dem Staat, vor Berücksichtigung der Risikominderung, betrug per 31. Dezember 2013 für Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien insgesamt EUR 3,7 Mia. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber der Position von EUR 4,3 Mia. per 31. Dezember 2012. Unsere Nettorisikoposition gegenüber dem Staat dieser Länder lag mit EUR 0,7 Mia. über der des Vorjahres per 31. Dezember 2012 mit EUR 0,6 Mia. Dies ist auf die Änderung in der Präsentation im vierten Quartal 2013 zurückzuführen, mit welcher das Brutto- und das Nettokreditrisiko nun vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditverluste ausgewiesen wird. Unsere risikobasierten Nettokreditrisikopositionen gegenüber nicht staatlichen Gegenparteien in diesen Ländern betragen per 31. Dezember 2013 EUR 2,3 Mia. gegenüber Finanzinstituten und EUR 1,9 Mia. gegenüber Unternehmen und sonstigen Gegenparteien im Vergleich zu EUR 2,0 Mia. beziehungsweise EUR 3,4 Mia. per 31. Dezember 2012. 2013 wurde unser Ausweis ausgewählter Kreditrisikopositionen in Europa um Zypern und Kroatien erweitert. Unsere risikobasierte Bruttokreditrisikoposition gegenüber Zypern und Kroatien betrug per 31. Dezember 2013 EUR 1,2 Mia., davon EUR 0,6 Mia. gegenüber dem Staat. Unsere Nettorisikoposition gegenüber diesen beiden Ländern betrug per 31. Dezember 2013 EUR 0,1 Mia., ausschliesslich gegenüber dem Staat. Eine grosse Mehrheit der Kreditsicherungen wurde von Banken ausserhalb der betroffenen

Staaten gekauft. Für Kreditsicherungen, die von Banken in den genannten Ländern gekauft wurden, wurde das entsprechende Kreditrisiko in der Brutto- und Nettoposition des jeweiligen Landes berücksichtigt.

Entwicklung des Ratings von Staatsanleihen

Im Jahr 2013 und in den ersten zwei Monaten des Jahres 2014 waren die Ratings der Staatsanleihen der in der Tabelle aufgeführten Länder wie folgt betroffen: Standard & Poor's erhöhte das langfristige Rating für Zypern von CCC+ im dritten Quartal und CCC im ersten Quartal 2013 auf B- und stufte das Rating für Italien von BBB+ im dritten Quartal 2013 auf BBB und das Rating von Kroatien von BB+ im Januar 2014 auf BB herab. Fitch senkte das Rating für Zypern auf B- von B im ersten Quartal 2013 und BB- Ende 2012, stufte das Rating für Italien von A- im ersten Quartal 2013 auf BBB+ herab und erhöhte das Rating für Griechenland von CCC im zweiten Quartal 2013 auf B-. Moody's stufte Zypern von B3 im ersten Quartal 2013 auf Caa3 herab und erhöhte das Rating für Griechenland von C im vierten Quartal 2013 auf Caa3, das Rating für Irland von Ba1 im Januar 2014 auf Baa3 und das Rating für Spanien von Baa3 im Februar 2014 auf Baa2. Die Ratingänderungen hatten keine wesentliche Auswirkung auf die Finanz- oder Ertragslage der Gruppe, ihre Liquidität oder ihre verfügbaren Eigenmittel.

OPERATIONELLES RISIKO

Das operationelle Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch ungeeignete oder mangelhafte interne Prozesse, Personen und Systeme oder durch externe Ereignisse entstehen. Unsere primäre Zielsetzung liegt in der Früherkennung, Erfassung, Beurteilung, Überwachung, Verhinderung und Verminderung von operationellen Risiken sowie in einer zeitnahen und aussagekräftigen Managementberichterstattung. Wo sinnvoll und möglich, transferieren wir operationelle Risiken an nicht mit der Gruppe verbundene Versicherungsgesellschaften.

Operationelle Risiken sind ein fester Bestandteil unserer meisten Aktivitäten und umfassen zahlreiche verschiedenartige Risiken. Während Markt- und Kreditrisiken oft bewusst und mit der Aussicht auf Gewinne eingegangen werden, müssen operationelle Risiken in der Regel als notwendige Folge der Geschäftstätigkeit akzeptiert werden. Im Vergleich mit Markt- und Kreditrisiken sind operationelle Risiken schwierig umfassend zu identifizieren, und eine Quantifizierung ist naturbedingt schwierig. Wir sind überzeugt, dass eine wirkungsvolle Steuerung operationeller Risiken die Zuweisung der Verantwortlichkeit für diese Risiken innerhalb eines gruppenweiten, gemeinsamen Regelwerks an das für den Prozess zuständige Management erfordert.

Steuerung des operationellen Risikos

Jeder Unternehmensbereich ist für seine operationellen Risiken und die Bereitstellung der zur Steuerung der betreffenden Risiken erforderlichen Mittel verantwortlich. Die Geschäftsbereiche werden durch spezielle Teams für operationelle Risiken unterstützt, die für die Umsetzung des bankweiten Systems zur Bewirtschaftung der operationellen Risiken, der Methoden, Applikationen und der Berichterstattung innerhalb ihrer Bereiche sowie für die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung beim Auftreten operativer Risikosituationen verantwortlich sind.

2013 wurden die Teams für operationelle Risiken der unabhängigen Risikomanagementfunktionen in einer einzigen Abteilung, Operational Risk Management, zusammengefasst, die dem CRO unterstellt ist. Das Operational Risk Management ist verantwortlich für die allgemeine Ausgestaltung des Regelwerks für die Steuerung des operationellen Risikos, die Modellierung des operationellen Risikokapitals sowie die Unterstützung und Hinterfragung der Teams für operationelle Risiken der einzelnen Geschäftsbereiche. Es gewährleistet die Konsistenz der Richtlinien, Hilfsmittel und Verfahren für die Steuerung der operationellen Risiken auf Gruppenebene, insbesondere im Hinblick auf die Identifikation, Bewertung, Minderung, Überwachung und Meldung der jeweiligen operationellen Risiken.

Operationelle Risikopositionen, Kennzahlen, Probleme und Massnahmen werden an den vierteljährlichen Sitzungen des CARMC zu operationellen Risiken sowie innerhalb der divisionalen Risikomanagementausschüsse unter Beizug von Fachverantwortlichen aller relevanten Funktionen besprochen. Wir verwenden eine Anzahl von gruppenweiten Hilfsmitteln zur Steuerung und Berichterstattung von operationellen Risiken. Diese umfassen:

- Toleranzwerte für die Risikobereitschaft, in denen die Erwartungen der Geschäftsführung im Hinblick auf Verluste oder Kennzahlen festgehalten werden; werden die Toleranzwerte nicht eingehalten, erfolgt eine Meldung an die Geschäftsführung und es werden möglicherweise Massnahmen eingeleitet;
- Berichterstattung zu den wichtigsten operationellen Risiken, so dass die Geschäftsführung auf die bedeutendsten Risiken hingewiesen wird, verbunden mit entsprechenden Massnahmen zur Minderung dieser Risiken;
- das Register der operationellen Risiken (Operational Risk Register), das einen Katalog von inhärenten operationellen Risiken im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Gruppe umfasst;
- Risiko- und Kontrollindikatoren, die als Kennzahlen für die Überwachung spezifischer operationeller Risiken und Kontrollen im Laufe der Zeit dienen; sie können mit Toleranzwerten verbunden sein, die eine akzeptable Leistung definieren und als Frühwarnsignale für mögliche bevorstehende Herausforderungen dienen;
- Selbstbeurteilungen zu Risiko und Kontrollen (Risk and Control Self-Assessments, RCSA), unter denen umfassende, nach Bottom-up-Prinzip durchgeführte Beurteilungen der wichtigsten operationellen Risiken in jedem Geschäftsbereich zu verstehen sind; bei RCSA werden andere Komponenten des Regelwerks zum operationellen Risiko genutzt, zum Beispiel Risiko- und Kontrollindikatoren sowie Verlustdaten, und es wird die Stärke der risikomindernden Kontrollen evaluiert, um die Restrisiken in jedem Geschäftsbereich zu beurteilen;
- interne operationelle Risikoereignisdaten, die Aufschluss über das operationelle Risikoprofil der Gruppe geben; bei signifikanten internen operationellen Risikoereignissen werden Untersuchungen eingeleitet, auch bei Ereignissen, die keine wirtschaftlichen Verluste zur Folge haben; die Untersuchungen sollen Kontrollmängel, Verbesserungsbedarf und mögliche Auswirkungen auf andere Geschäftsbereiche aufzeigen;
- externe operationelle Risikoereignisdaten bei vergleichbaren Unternehmen, die gesammelt werden, um Risiken zu identifizieren, die in der Zukunft relevant werden können, bislang aber keinen Einfluss auf die Gruppe hatten; und
- operationelle Risikoszenarien, die genutzt werden, um das Risiko hinsichtlich einer Reihe von Negativereignissen zu identifizieren und zu messen, wie zum Beispiel unautorisierter Handel; diese Szenarien unterstützen die Geschäftsbereiche dabei, gemessen an den potenziellen Verlusten die Angemessenheit der Kontrollen einzuschätzen, und fließen auch als Faktoren in das interne Modell der Gruppe für die Berechnung von Economic Capital und der regulatorischen Eigenmitteln ein.

Unsere Verfahren zur Steuerung operationeller Risiken werden laufend erweitert, und es gibt ein laufendes Programm, um die verschiedenen Komponenten des Regelwerks zum operationellen Risiko zu verbessern und ein effektives Zusammenspiel zwischen den einzelnen Komponenten sicherzustellen. Zu den wichtigsten Verbesserungen im Jahr 2013 gehörten die Einführung eines

standardisierten Registers der operationellen Risiken, um eine konsistente Kategorisierung und Berichterstattung in Bezug auf die Risiken zu gewährleisten, Revisionen des RCSA-Prozesses mit dem Ziel einer verbesserten Qualität der Beurteilungen und einer gesteigerten Transparenz der Ergebnisse sowie die Einführung detaillierterer Toleranzwerte für operationelle Risiken in bestimmten Geschäftsbereichen.

Messung des operationellen Risikos

Wir nutzen seit 2008 ein internes Modell, um die Eigenmittelanforderungen für operationelle Risiken unter dem ◻ AMA-Ansatz zu ermitteln. 2012 haben wir im Anschluss an Gespräche mit der ◻ FINMA ein Projekt zur Verbesserung unseres internen Modells eingeleitet, um den jüngsten Entwicklungen in Bezug auf die Methodik der Messung operationeller Risiken und den damit verbundenen regulatorischen Vorgaben Rechnung zu tragen. Das überarbeitete Modell wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2014 für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für operationelle Risiken durch die FINMA genehmigt. Unserer Ansicht nach stellt das überarbeitete Modell eine erhebliche Verbesserung unserer Fähigkeit dar, das operationelle Risikoprofil der Gruppe zu messen und zu verstehen. Zudem ist das überarbeitete Modell konservativer als das vorherige Modell.

Das Modell basiert auf einem Ansatz der Verlustverteilung auf der Basis historischer Daten zu internen und relevanten externen Verlusten von Vergleichsunternehmen, um Frequenz- und Schwereverteilungen für eine Reihe von Verlustszenarien im Zusammenhang mit potenziellen operationellen Risiken zu generieren, wie unautorisierter Handel oder erhebliche Betriebsstörungen. Die Parameter dieser Szenarien werden durch Fachleute und die Geschäftsführung überprüft und gegebenenfalls angepasst, so dass sie das Geschäftsumfeld und die internen Kontrollfaktoren wie die RCSA-Ergebnisse und Risiko- und Kontrollindikatoren berücksichtigen, um eine zukunftsgerichtete Beurteilung der jeweiligen Szenarien vornehmen zu können. Die durch die FINMA genehmigte AMA-Eigenmittelberechnung berücksichtigt sämtliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie eine Add-on-Komponente in Bezug auf den Gesamtumfang möglicher Verluste aus Rechtsstreitigkeiten, die in unserer Jahresrechnung aufgeführt werden, aber durch die bestehenden Rückstellungen nicht abgedeckt werden. Im vierten Quartal 2013 wurde dieser neue Ansatz für rechtsstreitbezogene Rückstellungen und mögliche Verluste aus Rechtsstreitigkeiten in das bis dato für die Berechnung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen per 31. Dezember 2013 eingesetzte AMA-Modell integriert. Soweit angemessen, werden Verlustdeckungen durch Versicherungen bei den Eigenmittelanforderungen für operationelle Risiken einberechnet, indem die Höhe der Versicherungsdeckung pro Verlustszenario ermittelt und mittels eines Abschlags berücksichtigt wird. Das interne Modell nutzt die angepassten Parameter zur Ermittlung der allgemeinen Verlustverteilung für die Gruppe über den Zeitraum von einem Jahr. Die AMA-Eigenmittelanforderungen entsprechen dem 99,9%-Perzentil der allgemeinen Verlustverteilung.

REPUTATIONSRISIKO

Unsere Strategie ist darauf ausgerichtet, jede Transaktion oder Dienstleistung, die das Risiko einer potenziell untragbaren Schädigung unseres Rufs darstellt, zu unterlassen.

Die Quellen für das Reputationsrisiko sind vielfältig und beinhalten unter anderem Art oder Zweck einer geplanten Transaktion oder Dienstleistung, die Art oder Tätigkeit eines umstrittenen potenziellen Kunden, das regulatorische oder politische Klima, in welchem eine Transaktion ausgeführt würde, ein möglicherweise kontroverses Umfeld, soziale Auswirkungen einer Transaktion oder eine sehr hohe öffentliche Aufmerksamkeit in Bezug auf die Transaktion. Wo das Vorhandensein dieser oder anderer Faktoren die Erhöhung des Reputationsrisikos vermuten lässt, muss die vorgeschlagene Transaktion oder Dienstleistung den weltweit einheitlichen Prozess der Reputationsrisikoüberprüfung durchlaufen. Dies beinhaltet die Eingabe durch einen Antragsteller (alle Mitarbeitenden), die Bestätigung durch einen Unternehmensbereichsleiter oder Beauftragten und die Weiterleitung an einen der regionalen Verantwortlichen für das Reputationsrisiko, die alle erfahrene und hochrangige, vom Geschäftssegment unabhängige Führungskräfte sind und die Befugnis haben, unsere Beteiligung an der Transaktion oder Dienstleistung zu erlauben, zu verbieten oder mit Auflagen zu versehen. Um unsere Anspruchsgruppen darüber zu informieren, wie wir gewisse mit dem Bankgeschäft verbundene ökologische und gesellschaftliche Risiken handhaben, veröffentlichen wir unseren Bericht *Unternehmerische Verantwortung*. Darin beschreiben wir, was wir unternehmen, damit wir unsere Tätigkeit in umweltbewusster und sozialverträglicher Weise ausüben und einen Beitrag an die Gesellschaft im weiteren Sinn leisten. Das Reputational Risk & Sustainability Committee der Geschäftsleitung ist für die Überwachung und aktive Diskussion der Reputationsrisiken und Nachhaltigkeitsthemen auf globaler Basis zuständig. Auf regionaler Ebene nehmen die regionalen Reputationsrisikorate diese Aufgaben wahr.

VERHALTENSRISIKO

Wir definieren Verhaltensrisiko als Risiko mangelhaften Verhaltens durch die Gruppe und/oder einzelner Personen, das dazu führt, dass Kunden keine fairen Geschäftskonditionen erhalten, dass Aktivitäten an Finanzmärkten beziehungsweise im erweiterten Finanzsystem mit mangelnder Integrität durchgeführt werden und dass keine wirksame Konkurrenz zum Vorteil des Kunden besteht. Die Quellen für ein Verhaltensrisiko sind vielfältig und beinhalten unter anderem an Kunden verkaufte Produkte, die aufgrund ihrer Komplexität nicht kundengerecht sind, das Nichteinhalten von regulatorischen Vorschriften oder Gesetzen durch einzelne Mitarbeiter oder das Marktverhalten der Gruppe. Das Verhaltensrisiko wird vor allem durch gruppenweit eingeführte spezifische Überwachungstätigkeit sowie gezielte Ausbildungsaktivitäten adressiert.

Bilanzielle, ausserbilanzielle und sonstige vertragliche Verpflichtungen

Wir haben unsere Bilanzsumme 2013 um 6% reduziert. Neben den Massnahmen im Zusammenhang mit unserer Initiative zur Bilanzreduktion wirkten hierbei auch Fremdwährungseinflüsse mit. Per Ende 2013 belief sich das Total der Aktiven auf CHF 872,8 Mia., das Total der Verbindlichkeiten auf CHF 825,6 Mia. und das Total des Eigenkapitals auf CHF 47,2 Mia.

Bilanzübersicht

	2013	2012	Ende 2011	Veränderung in %	
				13 / 12	12 / 11
Aktiven (in Mio. CHF)					
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	68 692	61 763	110 573	11	(44)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	160 022	183 455	236 963	(13)	(23)
Handelsbestände	229 413	256 399	279 553	(11)	(8)
Ausleihungen, netto	247 054	242 223	233 413	2	4
Forderungen aus Kundenhandel	52 045	45 768	43 446	14	5
Alle übrigen Aktiven	115 580	134 672	145 217	(14)	(7)
Total Aktiven	872 806	924 280	1 049 165	(6)	(12)
Passiven (in Mio. CHF)					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	23 108	31 014	40 147	(25)	(23)
Kundeneinlagen	333 089	308 312	313 401	8	(2)
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	94 032	132 721	176 559	(29)	(25)
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	76 635	90 816	127 760	(16)	(29)
Langfristige Verbindlichkeiten	130 042	148 134	162 655	(12)	(9)
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	73 154	64 676	68 034	13	(5)
Alle übrigen Verbindlichkeiten	95 580	106 323	119 524	(10)	(11)
Total Verbindlichkeiten	825 640	881 996	1 008 080	(6)	(13)
Total Eigenkapital der Aktionäre	42 164	35 498	33 674	19	5
Minderheitsanteile	5 002	6 786	7 411	(26)	(8)
Total Eigenkapital	47 166	42 284	41 085	12	3
Total Passiven	872 806	924 280	1 049 165	(6)	(12)

Die meisten unserer Transaktionen werden in der Bilanz erfasst. Gewisse Transaktionen können aber sowohl zu bilanziellen als auch ausserbilanziellen Positionen führen.

BILANZ

Das Total der Aktiven betrug per Ende 2013 CHF 872,8 Mia. und ging damit gegenüber Ende 2012 um CHF 51,5 Mia. oder 6% zurück. Ohne den Einfluss der Fremdwährungsumrechnung ging das Total der Aktiven um CHF 27,0 Mia. zurück.

In Schweizer Franken widerspiegelte der Rückgang von CHF 27,0 Mia. oder 11% der Handelsbeständen eine Abnahme bei Schuldtiteln und derivativen Instrumenten, die durch eine Zunahme der Beteiligungstitel teilweise kompensiert wurde. Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen sanken um CHF 23,4 Mia. oder 13%, was auf einen Rückgang bei den Reverse-Repo-Geschäften und den Einfluss der Fremdwährungsumrechnung zurückzuführen ist. Bei den flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken gab es eine Zunahme von CHF 6,9 Mia. oder 11%, die auf höhere Zentralbankpositionen zurückgeht. Die Forderungen aus Kundenhandel nahmen um CHF 6,3 Mia. oder 14% zu, hauptsächlich aufgrund der höheren Anforderungen in Bezug auf Barsicherheiten nach dem Dodd-Frank Act und eines Anstiegs der Kreditpositionen auf gedeckter Basis. Die Nettoausleihungen stiegen um CHF 4,8 Mia. oder 2%, in erster Linie aufgrund einer Zunahme bei Lombardkrediten, bei Wohnbauhypotheken und bei Immobilienkrediten im Private Banking & Wealth Management, die zum Teil durch geringere Ausleihungen an Finanzinstitute und Privatkredite im Investment Banking sowie durch den Einfluss der Fremdwährungsumrechnung kompensiert wurden. Alle übrigen Aktiven verringerten sich um CHF 19,1 Mia. oder 14%. Darin enthalten waren Rückgänge der sonstigen Aktiven von CHF 10,1 Mia. oder 14%, der als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften von CHF 7,2 Mia. oder 24%, und der sonstigen Anlagen von CHF 1,7 Mia. oder 14%. Diese Rückgänge wurden zum Teil durch eine Zunahme in Höhe von CHF 1,6 Mia. der Aktiven aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, die als zur Veräusserung gehaltene Aktiven umklassiert wurden, ausgeglichen.

Das Total der Verbindlichkeiten betrug per Ende 2013 CHF 825,6 Mia. und nahm damit gegenüber Ende 2012 um CHF 56,4 Mia. oder 6% ab. Ohne den Einfluss der Fremdwährungsumrechnung ging das Total der Verbindlichkeiten um CHF 35,5 Mia. zurück.

In Schweizer Franken war die Abnahme von CHF 38,7 Mia. oder 29% bei den Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen auf rückläufige Repo-Geschäfte in den USA und Europa zurückzuführen. Die langfristigen Verbindlichkeiten nahmen um CHF 18,1 Mia. oder 12% ab, worin sich in erster Linie Fälligkeiten bei vorrangigen Verbindlichkeiten widerspiegelten, die teilweise durch die Emission von vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten kompensiert wurden. Die Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen gingen um CHF 14,2 Mia. oder 16% zurück, was Rückgänge der Leerverkäufe und derivativen Instrumente widerspiegelte. Die Verbindlichkeiten

gegenüber Banken sanken um CHF 7,9 Mia. oder 25%, hauptsächlich wegen Abnahmen bei den Einlagen von Handelsbanken. Die Kundeneinlagen stiegen um CHF 24,8 Mia. oder 8%, insbesondere wegen eines Anstiegs bei Einlagenzertifikaten. Die Verbindlichkeiten aus Kundenhandel nahmen um CHF 8,5 Mia. oder 13% zu, was hauptsächlich den höheren Barsicherheitsanforderungen zuzuschreiben war, die teilweise durch niedrigere Kundenaktivitäten und dem Fremdwährungseffekt kompensiert wurden. Alle übrigen Verbindlichkeiten verringerten sich um CHF 10,7 Mia. oder 10%. Darin enthalten waren Rückgänge der Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften in Höhe von CHF 7,2 Mia. oder 24% sowie der sonstigen Verbindlichkeiten um CHF 6,2 Mia. oder 11%. Diese Rückgänge wurden zum Teil kompensiert durch Zunahmen der kurzfristigen Geldaufnahme in Höhe von CHF 1,6 Mia. oder 8% und der Verbindlichkeiten aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, die als zur Veräusserung gehaltene Verbindlichkeiten umklassiert wurden, in Höhe von CHF 1,1 Mia.

► Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» und «Kapitalbewirtschaftung» für weitere Informationen, auch zur Finanzierung der Bilanz und der Leverage Ratio.

AUSSERBILANZ

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit schliessen wir Ausserbilanzgeschäfte ab. Dabei handelt es sich um Transaktionen oder sonstige vertragliche Vereinbarungen mit oder zugunsten einer Gesellschaft, die nicht konsolidiert wird. Solche Transaktionen umfassen derivative Instrumente, Garantien und ähnliche Vereinbarungen, einbehaltene oder Eventualanteile an Aktiven, die an eine nicht konsolidierte Gesellschaft im Rahmen unserer Einbindung bei SPEs übertragen wurden, sowie Verpflichtungen und Verbindlichkeiten (einschliesslich Eventualverpflichtungen und -verbindlichkeiten) im Rahmen variabler Anteile nicht konsolidierter Gesellschaften, welche Finanzierungen, Liquidität, Kredit und sonstige Unterstützung bieten.

Derivative Instrumente

Derivatkontrakte werden im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit für Market Making, das Eingehen von Positionen und Arbitrage sowie aufgrund unserer eigenen Risikomanagementbedürfnisse, vor allem zur Minderung des Zinssatz-, Fremdwährungs- und Kreditrisikos, eingegangen.

◊ Derivate sind entweder privat ausgehandelte ◊ OTC-Kontrakte oder standardisierte Kontrakte, die an geregelten Börsen gehandelt werden. Die am meisten verwendeten Derivatprodukte schliessen Zins-, Devisen- und ◊ CDS, Zins- und Währungsoptionen, Devisenterminkontrakte sowie Devisen- und Zinsfutures ein.

Die Wiederbeschaffungswerte der einzelnen derivativen Instrumente aus Transaktionen auf Rechnung des Kunden und eigenen Transaktionen entsprechen dem ◊ Fair Value am Bilanzstichtag. ◊ Positive Wiederbeschaffungswerte stellen einen Vermögenswert dar, während ◊ negative Wiederbeschaffungswerte eine Verbindlichkeit darstellen. Der Fair Value gibt keinen Aufschluss über zukünftige Gewinne oder Verluste, vielmehr zeigt er die für ein derivatives Instrument bei Beginn gezahlten oder erhaltenen

Aufschläge, sofern verfügbar, und die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus der Marktbewertung aller Derivate zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Fair Values der einzelnen Derivate werden anhand verschiedener Methoden ermittelt. Dazu zählen soweit verfügbar hauptsächlich am Markt beobachtete Preise und, falls nicht verfügbar, beobachtbare Marktparameter für Instrumente mit vergleichbaren Eigenschaften und Laufzeiten, Nettobarwertanalysen oder andere Preisfestsetzungsmodelle, soweit angemessen.

► Siehe «Derivative Instrumente» in Risikomanagement – Kreditrisiko für weitere Informationen.

► Siehe «Anhang 31 – Derivat- und Absicherungsgeschäfte» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Derivaten.

Garantien und ähnliche Vereinbarungen

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit werden Garantien und Schadlosklauseln abgegeben, welche die Credit Suisse zu Eventualzahlungen an den Garantieempfänger oder die schadlos zu haltende Partei verpflichten, falls bei einem Vermögenswert, einer Verbindlichkeit oder einem Beteiligungspapier des Garantiebegünstigten oder der schadlos gehaltenen Partei Änderungen eintreten. Dabei sind wir zu Eventualzahlungen an einen Garantieempfänger verpflichtet, wenn eine andere Gesellschaft ihre Leistungen nicht erfüllt oder wenn wir eine indirekte Garantie auf Schulden Dritter abgegeben haben. Die gewährten Garantien umfassen unter anderem – aber nicht ausschliesslich – übliche Schadlosklauseln zugunsten von: Käufern im Zusammenhang mit dem Verkauf von Aktiven oder Geschäftsbereichen; Anlegern in von uns gesponserten Private-Equity-Fonds hinsichtlich potenzieller Verpflichtungen ihrer Mitarbeitenden zur Rückzahlung von zuvor als Gewinnbeteiligungen ausgeschütteten Beträgen; Anlegern in unseren Wertpapieren und anderen Vereinbarungen zur Übernahme von Quellensteuerabzügen, Steuerrückhalten oder anderen staatlichen Belastungen; sowie Gegenparteien im Zusammenhang mit Wertschriftenleihgeschäften.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf bestimmter Aktiven oder Geschäftsbereiche gewähren wir dem Käufer manchmal bestimmte Schadlosklauseln. Diese Schadlosklauseln variieren je nach Gegenpartei bezüglich Umfang und Dauer und hängen von der Art der verkauften Aktiven oder Geschäftsbereiche ab. Diese sind dazu konzipiert, das potenzielle Risiko aus bestimmten nicht quantifizierbaren und nicht erkennbaren Verlustmöglichkeiten, wie beispielsweise im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten, Steuern und geistigem Eigentum, vom Käufer auf den Verkäufer zu übertragen. Wir überwachen solche vertraglichen Vereinbarungen genau, um sicherzustellen, dass die Rückstellungen für Schadlosklauseln in unserer konsolidierten Jahresrechnung angemessen berücksichtigt sind.

Unter US GAAP sind die maximal möglichen Zahlungsverpflichtungen im Rahmen bestimmter Garantien offenzulegen,

soweit sie sich abschätzen lassen und die Erfassung einer Verbindlichkeit für den Fair Value eingegangener Verpflichtungen aus Garantien, die nach dem 31. Dezember 2002 ausgegeben oder angepasst wurden, erfordern.

► Siehe «Anhang 32 – Garantien und Verpflichtungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für Offenlegungen der abschätzbaren maximalen Zahlungsverpflichtungen im Rahmen bestimmter Garantien und zugehörige Informationen.

Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von US-Wohnbauhypothekarkrediten durch das Investment Banking haben wir bestimmte Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die verkauften Kredite abgegeben. Wir haben diese Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf Verkäufe von Krediten an folgende Käufer abgegeben: die staatlich gesponserten Unternehmen Fannie Mae und Freddie Mac, institutionelle Investoren, hauptsächlich Banken, sowie Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen (Non-Agency Securitizations) – auch als Private-Label-Verbriefungen bekannt. Bei den verkauften Darlehen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen, die wir von anderen Parteien gekauft haben. Der Umfang der Zusicherungen und Gewährleistungen hängt, soweit solche abgegeben wurden, von der Transaktion ab, kann aber Folgendes beinhalten: Eigentum an den Hypothekarkrediten und rechtmässige Befugnis, die Kredite zu verkaufen; Belehnungsquoten und andere Eigenschaften der Liegenschaft, des Kreditnehmers und des Kredits; Gültigkeit der Pfandrechte, mit denen die Kredite besichert sind, Zusicherung, dass keine Steuerrückstände oder damit verbundene Pfandrechte bestehen; Konformität mit den Richtlinien für die Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern und Vollständigkeit der Dokumentation sowie Kreditvergabe im Einklang mit den bestehenden Gesetzen. Wenn festgestellt wird, dass zugesicherte und gewährleistete Eigenschaften nicht zutreffend waren, können wir dazu verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder die Anleger für erlittene Verluste zu entschädigen. Ob uns im Zusammenhang mit Rückkäufen und Entschädigungen ein Verlust entsteht, hängt von folgenden Faktoren ab: dem Umfang der erhobenen Forderungen, der Gültigkeit solcher Forderungen (einschliesslich der Wahrscheinlichkeit und der Fähigkeit zur Durchsetzung der Forderungen); ob wir erfolgreich Forderungen gegen Parteien stellen können, die Kredite an uns verkaufen und dabei uns gegenüber Zusicherungen und Gewährleistungen abgegeben haben; der Lage am Immobilienmarkt für Wohnbauten, einschliesslich der Zahl der Kreditausfälle; ob die Verpflichtungen aus den verbrieften Instrumenten durch Dritte garantiert oder versichert waren.

► Siehe «Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite» in Anhang 32 – Garantien und Verpflichtungen in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Einbindung bei Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities)

Wir schliessen im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit Transaktionen mit Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) ab und machen von diesen Gebrauch. Eine SPE ist eine Rechtseinheit (Gesellschaft) in Form eines Trusts oder einer anderen Rechtsform, die ein bestimmtes begrenztes Bedürfnis der einrichtenden Gesellschaft erfüllen soll. Sie ist in der Regel so strukturiert, dass die Vermögenswerte der SPE gegenüber Kreditgebern oder anderen Einheiten, einschliesslich der Gruppe, isoliert sind. SPEs dienen uns und unseren Kunden in erster Linie zur Verbriefung von finanziellen Vermögenswerten und zur Schaffung von Anlageprodukten. Wir verwenden SPEs auch für andere kundengetriebene Aktivitäten, wie die Ermöglichung von Finanzierungen, und für steuerliche oder regulatorische Zwecke der Gruppe.

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit beteiligen wir uns an verschiedenen Transaktionen mit Gesellschaften, die als Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs) gelten und drei Hauptkategorien zuzuordnen sind: **◉** Forderungsbesicherte Wertschriften (CDO), **◉** CP Conduits und Finanzintermediation. Bei VIEs handelt es sich um SPEs, die typischerweise entweder ohne zusätzliche nachrangige finanzielle Mittel zu wenig Eigenkapital zur Finanzierung ihrer Aktivitäten haben oder derart strukturiert sind, dass die Inhaber der Stimmrechte keine wesentlichen Anteile an den Gewinnen und Verlusten dieser Gesellschaften haben. Solche Gesellschaften sind auf eine Konsolidierungspflicht gemäss US GAAP zu überprüfen, wobei die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) die VIEs zwingend zu konsolidieren hat. Als meistbegünstigte Partei gilt diejenige, welche die Macht hat, die Aktivitäten mit dem grössten Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit der VIEs zu steuern und möglicherweise einen wesentlichen Anteil an den Gewinnen oder Verlusten der VIEs hat. Wir konsolidieren sämtliche VIEs, bei welchen wir die meistbegünstigte Partei sind. VIEs können durch uns, nicht verbundene Dritte oder Kunden gesponsert werden. Die Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften auf die Konsolidierung von VIEs, einschliesslich einer laufenden Neubeurteilung der VIEs bezüglich einer möglichen Konsolidierung, kann vom Management in wesentlichem Umfang Ermessensentscheide verlangen.

Grundsätzlich werden Transaktionen mit VIEs zur Ermöglichung von Verbriefungen ausgeführt oder zur Erfüllung spezifischer Kundenbedürfnisse, wie der Bereitstellung von Liquidität oder Anlagemöglichkeiten. Im Rahmen solcher Aktivitäten können wir Anteile an VIEs halten.

► Siehe «Anhang 33 – Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Wir geben nachrangige und vorrangige Schuldtitel über SPEs aus, welche die aufgenommenen Mittel an die Gruppe weiterverleihen.

VERTRAGLICHE VERPFLICHTUNGEN UND SONSTIGE KOMMERZIELLE ZUSAGEN

Im Zusammenhang mit unseren Geschäftsaktivitäten gehen wir bestimmte vertragliche Verpflichtungen und Zusagen zur Finanzierung bestimmter Aktiven ein. Unsere vertraglichen Verpflichtungen und Zusagen umfassen kurz- und langfristige Bilanzverpflichtungen sowie zukünftige vertragliche Zinszahlungen und Ausserbilanzverpflichtungen. Das Total der Verpflichtungen sank 2013 um CHF 8,2 Mia. auf CHF 667,8 Mia. und widerspiegelte damit vor allem den Rückgang der langfristigen Verbindlichkeiten um CHF 18,1 Mia. auf CHF 130,0 Mia., den Rückgang der Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen um CHF 14,2 Mia. auf CHF 76,6 Mia. und die Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Banken um CHF 7,9 Mia. auf CHF 23,1 Mia. Diese Rückgänge wurden teilweise durch den Anstieg der Kundeneinlagen um CHF 24,8 Mia. auf CHF 333,1 Mia. und die Zunahme der Verbindlichkeiten aus Kundenhandel um CHF 8,5 Mia. auf CHF 73,2 Mia. ausgeglichen.

► Siehe «Anhang 24 – Langfristige Verbindlichkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu langfristigen Verbindlichkeiten und den zugehörigen Zinsverpflichtungen.

► Siehe «Anhang 32 – Garantien und Verpflichtungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Zusagen.

Vertragliche Verpflichtungen und sonstige kommerzielle Zusagen

					2013	2012
Zahlungen fällig innerhalb	Weniger als 1 Jahr	1 bis 3 Jahren	3 bis 5 Jahren	Mehr als 5 Jahren	Total	Total
Bilanz- und Ausserbilanzverpflichtungen (in Mio. CHF)						
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	22 435	156	176	341	23 108	31 014
Kundeneinlagen	327 929	4 268	292	600	333 089	308 312
Kurzfristige Geldaufnahmen	20 193	0	0	0	20 193	18 641
Langfristige Verbindlichkeiten ¹	21 114	37 263	31 656	40 009	130 042 ²	148 134 ²
Vertragliche Zinszahlungen ³	1 161	1 908	1 517	1 029	5 615 ⁴	7 596
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	76 635	0	0	0	76 635	90 816
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	73 154	0	0	0	73 154	64 676
Verpflichtungen aus Finanzierungsleasing	0	1	0	0	1	0
Verpflichtungen aus Operating Leasing	580	1 001	777	3 063	5 421	6 163
Kaufverpflichtungen	369	137	74	5	585	690
Total Verpflichtungen⁵	543 570	44 734	34 492	45 047	667 843	676 042

¹ Siehe «Emission und Rückzahlung von Schuldverschreibungen» in Management von Liquidität und Refinanzierung und «Anhang 24 – Langfristige Verbindlichkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu langfristigen Verbindlichkeiten.

² Enthält per 31. Dezember 2013 und 2012 Verbindlichkeiten ohne Rückgriff aus konsolidierten VIEs von CHF 12 992 Mio. beziehungsweise CHF 14 532 Mio.

³ Enthält Zinszahlungen auf langfristigen Verbindlichkeiten mit fester Verzinsung, zinstragende Einlagen mit fester Verzinsung (ohne Sichteinlagen) und kurzfristige Geldaufnahmen mit fester Verzinsung, die nicht mittels Swaps einzeln wirksam in Instrumente mit variabler Verzinsung umgewandelt wurden.

⁴ Aufgrund der Nichtbestimmbarkeit der Zinszahlungen sind folgende Nominalbeträge in der Tabelle nicht enthalten: langfristige Verbindlichkeiten mit variabler Verzinsung von CHF 63 378 Mio., kurzfristige Geldaufnahmen mit variabler Verzinsung von CHF 13 899 Mio., zinstragende Einlagen mit variabler Verzinsung und Sichteinlagen von CHF 243 312 Mio., mittels Swaps einzeln in Instrumente mit variabler Verzinsung umgewandelte langfristige Verbindlichkeiten und zinstragende Einlagen mit fester Verzinsung von CHF 52 536 Mio. beziehungsweise CHF 1 937 Mio.

⁵ Nicht enthalten sind die abgegrenzten Verbindlichkeiten für Vorsorgepläne und sonstige Pläne mit Leistungsprimat in Höhe von CHF 524 Mio. und CHF 756 Mio. per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012, welche in der konsolidierten Bilanz in Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, da die abgegrenzten Verbindlichkeiten nicht den erwarteten Liquiditätsbedürfnissen entsprechen. Siehe «Anhang 30 – Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Vorsorgeverpflichtungen und sonstigen Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand.

IV

Corporate Governance und Vergütung

166 Corporate Governance

198 Vergütung

Corporate Governance

ÜBERSICHT

Grundlagen und Richtlinien zur Corporate Governance

Die Corporate Governance der Credit Suisse richtet sich nach international anerkannten Standards. Wir sind bemüht, die Interessen aller Anspruchsgruppen angemessen zu wahren, und anerkennen die Wichtigkeit guter Corporate Governance. Eine transparente Offenlegung der Corporate Governance erleichtert den verschiedenen Interessenvertretern, die Qualität der Gruppe und ihres Managements zu beurteilen und unterstützt die Investoren bei ihren Anlageentscheidungen.

Die Credit Suisse richtet sich nach den im Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance vorgeschriebenen Prinzipien einschliesslich der im Anhang aufgeführten Empfehlungen zur Festsetzung der Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung.

Wir passen unsere Standards laufend an, um den Entwicklungen in der Corporate Governance in Rechtsgebieten auch ausserhalb der Schweiz Rechnung zu tragen. Wie bereits in den vergangenen Jahren richteten die Aufsichtsbehörden auch im Jahr 2013 ein besonderes Augenmerk auf die Vergütungspraxis von Finanzinstituten.

► [Siehe «Vergütung» für weitere Informationen.](#)

Als an der SIX Swiss Exchange (SIX) kotierte Gesellschaft unterstehen wir der SIX-Richtlinie betreffend Informationen zur Corporate Governance. Darüber hinaus sind unsere Aktien in Form von  American Depositary Shares (ADS) auch an der New York Stock Exchange (NYSE) und bestimmte börsengehandelte Notes der Credit Suisse Group AG am Nasdaq Stock Market (Nasdaq) kotiert. Daher gelten auch für uns bestimmte US-bezogene Vorschriften. Wir halten die von der NYSE und der Nasdaq erlassenen Corporate-Governance-Kotierungsstandards mit wenigen Ausnahmen weitgehend ein. Diesbezüglich sind die Regeln für ausländische, an der NYSE und der Nasdaq kotierte Emittenten nicht anwendbar.

Die Hauptunterschiede zwischen der Corporate Governance der Credit Suisse und den von der NYSE und der Nasdaq erlassenen und für amerikanische Gesellschaften anwendbaren Standards sind die folgenden:

- **Genehmigung von Mitarbeiterbeteiligungsplänen:** Gemäss den NYSE- und Nasdaq-Standards bedürfen die Einführung bestimmter neuer sowie bedeutende Änderungen bestehender Pläne der Genehmigung durch die Generalversammlung. In der Schweiz muss die Schaffung von bedingtem Kapital für Mitarbeiterpläne der Generalversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden. Es liegt jedoch nicht in der Kompetenz der Generalversammlung, über die inhaltliche Ausgestaltung der Pläne zu entscheiden.
- **Risikobeurteilung und Risikomanagement:** Die NYSE-Standards weisen die Verantwortung für die Schaffung eines angemessenen Risikomanagements dem Audit Committee zu. Bei

der Credit Suisse wird diese Verantwortung vom Risk Committee wahrgenommen. Während die Mitglieder des Audit Committee sämtlichen NYSE- wie auch Nasdaq-Unabhängigkeitsvorschriften genügen, kann das Risk Committee der Credit Suisse auch nicht unabhängige Mitglieder umfassen.

- **Unabhängigkeit der Mitglieder des Nominating and Corporate Governance Committee:** Gemäss den NYSE- und Nasdaq-Standards müssen alle Mitglieder des Nominating and Corporate Governance Committee unabhängig sein. Das Chairman's and Governance Committee der Credit Suisse kann auch nicht unabhängige Mitglieder umfassen. Derzeit sind alle Mitglieder unseres Chairman's and Governance Committee unabhängig.
- **Berichterstattung:** Die NYSE- und Nasdaq-Standards sehen vor, dass gewisse Verwaltungsratskommissionen bestimmte Informationen den Aktionären direkt zukommen lassen. Das Schweizer Recht sieht hingegen vor, dass die Kommissionen ausschliesslich an den gesamten Verwaltungsrat rapportieren und die Kommunikation mit den Aktionären dem Verwaltungsrat vorbehalten ist.
- **Ernennung der externen Revisionsgesellschaft:** Die NYSE- und Nasdaq-Standards verlangen, dass das Audit Committee direkt für die Ernennung, Entschädigung, Fortsetzung des Mandats und Aufsicht der externen Revisionsgesellschaft verantwortlich ist, es sei denn, das für die betreffende Gesellschaft geltende Heimrecht sehe eine anderslautende Regelung vor. Gemäss Schweizer Recht liegt die Ernennung der externen Revisionsgesellschaft in der ausschliesslichen Kompetenz der Generalversammlung. Der Verwaltungsrat unterbreitet den Aktionären auf Empfehlung des Audit Committee einen entsprechenden Vorschlag.
- **Satzung des Audit Committee:** Die Nasdaq-Standards sehen vor, dass das Audit Committee einmal pro Jahr die Angemessenheit seiner Satzung prüft und beurteilt, während die Satzung unseres Audit Committee nur eine gelegentliche Überprüfung und Beurteilung vorschreibt.
- **Exekutive Sessions:** Die NYSE- und Nasdaq-Standards verlangen, dass der Verwaltungsrat regelmässig zu Sitzungen (Executive Sessions) zusammenkommt, an denen ausschliesslich unabhängige Verwaltungsräte teilnehmen. Unser Verwaltungsrat trifft regelmässig zusammen, einschliesslich auch nicht unabhängiger Mitglieder. Sollte ein Diskussionspunkt Grund für etwaige Interessenkonflikte geben, bleibt das betroffene Verwaltungsratsmitglied dieser Entscheidung fern.
- **Quoren:** Die Nasdaq-Standards verlangen, dass die Statuten der Gesellschaft für Aktionärsversammlungen ein Anwesenheitsquorum von mindestens 33⅓ der ausstehenden Aktien der Gesellschaft vorsehen. Die Statuten der Gruppe erfordern ein Quorum in bestimmten Fällen, setzen jedoch kein Anwesenheitsquorum von mindestens 33⅓ der ausstehenden

Aktien der Gesellschaft für Aktionärsversammlungen der Credit Suisse voraus.

- **Unabhängigkeit:** Die NYSE- und Nasdaq-Standards spezifizieren Schwellenwerte für die maximal zulässige Höhe der (i) direkten Vergütung, die das Unternehmen einem unabhängigen Verwaltungsratsmitglied oder einem nahen Familienmitglied neben den Verwaltungsrats honoraren des betreffenden Verwaltungsratsmitglieds zahlen darf, sowie (ii) Zahlungen zwischen der Gesellschaft und einer anderen Gesellschaft, in der das betreffende Verwaltungsratsmitglied oder ein nahes Familienmitglied eine geschäftsführende Funktion ausübt oder angestellt ist. Unsere Unabhängigkeitsstandards spezifizieren keine Schwellenwerte für die direkte Vergütung oder für gegenseitige Erträge (cross-company revenues) zwischen Gesellschaften, berücksichtigen diese Aspekte aber bei der Ermittlung der allgemeinen Wesentlichkeit der Geschäftsbeziehung in Bezug auf die Unabhängigkeit.
- **Compensation Committee (Vergütungsausschuss):** Gemäss den NYSE- und Nasdaq-Standards müssen Vergütungsausschüsse bestimmte Verantwortlichkeiten und Befugnisse hinsichtlich Bindung, Überwachung und Finanzierung ihrer Berater aufweisen. Sie müssen eine Evaluation der Unabhängigkeit jedes Beraters vornehmen, bei der alle Faktoren berücksichtigt werden, die für die Unabhängigkeit der betreffenden Person vom Management relevant sind. Weiter verlangen die NYSE und die Nasdaq, dass die betreffenden Rechte und Pflichten im Reglement des Vergütungsausschusses aufgeführt sind. Unser Vergütungsausschuss ist zwar berechtigt, externe Berater beizuziehen, jedoch enthält das Reglement unseres Vergütungsausschusses keine spezifischen Standards für Unabhängigkeitsbeurteilungen.

Entwicklungen im Jahr 2013

Im November 2013 verabschiedete der Schweizer Bundesrat die definitive Verordnung gegen übermässige Vergütungen (VegüV). Durch die VegüV, welche am 1. Januar 2014 in Kraft trat, werden wichtige Elemente der sogenannten Minder-Initiative umgesetzt. Diese beinhaltet Einschränkungen und Anforderungen an die Vergütung der Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder von Schweizer Publikumsgesellschaften, führt in gewissen Fällen zu strafrechtlichen Sanktionen für vorsätzliche Verstösse gegen die Bestimmungen und hat grundsätzlich zum Ziel, die Aktionärsrechte zu stärken. Insbesondere müssen die Verwaltungsratsmitglieder, der Verwaltungsratspräsident und die Mitglieder des Vergütungsausschusses nun jährlich direkt von den Aktionären gewählt werden. Dies wird erstmals an der Generalversammlung 2014 erfolgen.

Am 1. Januar 2014 trat die Kapitaladäquanzrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD) IV in verschiedenen EU-Staaten,

einschliesslich Grossbritanniens, in Kraft. CRD IV setzt das Basel-III-Regelwerk um und enthält auch Änderungen der Corporate-Governance-Vorschriften, unter anderem im Bereich der Vergütung. Die Vergütungsvorschriften gelten für Mitarbeitende von Konzerngesellschaften, die der lokalen Regulierung in unseren EU-Standorten unterstehen.

► Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Information zum Unternehmen.

Corporate-Governance-Regelwerk

Der Verwaltungsrat hat Corporate-Governance-Standards erlassen, welche in einer Vielzahl von Dokumenten definiert sind und die Basis eines gut fundierten Corporate Governance-Regelwerks darstellen. Diese sind auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/governance abrufbar:

- **Statuten:** Legen den Gesellschaftszweck, die Kapitalstruktur und die grundlegenden organisatorischen Rahmenbedingungen fest. Die Statuten der Gruppe sind auf den 5. Februar 2014, die Statuten der Bank auf den 21. März 2014 datiert.
- **Code of Conduct:** Definiert die ethischen Grundsätze und professionellen Standards der Gruppe, die für den Verwaltungsrat und unsere Mitarbeitenden gleichermaßen bindend sind, darunter die Einhaltung aller geltenden Gesetze, Vorschriften und Richtlinien, damit unser Ruf als integre, faire und risikobewusste Bank gewahrt und gestärkt wird. Der Code of Conduct setzt auch die im Sarbanes-Oxley Act of 2002 (SOX) aus dem Jahr 2002 enthaltenen Vorschriften betreffend die Festsetzung ethischer Grundsätze um, die sich speziell an den Chief Executive Officer (CEO) und die für das Finanzwesen verantwortlichen Mitglieder des Managements richten. Abweichungen oder Ausnahmen von unserem Code of Conduct werden nicht geduldet. Unser Code of Conduct ist auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/code in neun Sprachen verfügbar.
- **Organisations- und Geschäftsreglement (OGR):** Legt die Verantwortlichkeiten und Befugnisse des Verwaltungsrats, seiner Kommissionen und der verschiedenen Direktionsgremien innerhalb der Gruppe sowie die Prozesse der internen Berichterstattung fest.
- **Corporate Governance Guidelines:** Fassen die Corporate-Governance-Standards zusammen und untermauern die Funktion des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse sowie die Führungsorganisation der Gruppe.
- **Verwaltungsratsreglement:** Beschreibt die Organisation und Verantwortlichkeiten des Verwaltungsrats.
- **Kommissionsreglemente:** Beschreiben die Organisation und die Verantwortlichkeiten der Verwaltungsratskommissionen.
- **Vergütungsrichtlinie:** bildet die Grundlage für die Entwicklung angemessener Vergütungspläne und Vergütungsgrundsätze.

Gesellschaft

Die Credit Suisse Group AG (die Gruppe) und die Credit Suisse AG (die Bank) sind im Handelsregister des Kantons Zürich als schweizerische Aktiengesellschaften unter den Nummern CHE-105.884.494 (per 3. März 1982) beziehungsweise CHE-106.831.974 (per 27. April 1883) eingetragen und haben ihren Hauptsitz am Paradeplatz 8, 8001 Zürich, Schweiz. Die Credit Suisse Group AG wurde am 3. März 1982, die Credit Suisse AG am 5. Juli 1856 auf unbestimmte Zeit gegründet. Die rechtmässige Vertretung der Credit Suisse Group AG und der Credit Suisse AG in den USA wird durch die Credit Suisse (USA), Inc., 11 Madison Avenue, New York, 10010 New York, wahrgenommen. Der Zweck der Credit Suisse Group AG ist gemäss Artikel 2 der Statuten die direkte oder indirekte Beteiligung an Unternehmen aller Art in der Schweiz und im Ausland, insbesondere an Unternehmen im Bank-, Finanz-, Vermögensverwaltungs- und Versicherungsbereich. Der Zweck der Credit Suisse AG ist gemäss Artikel 2 der Statuten die Tätigkeit einer Bank mit allen damit zusammenhängenden Bank-, Finanz-, Beratungs-, Dienstleistungs- und Handelsaktivitäten in der Schweiz und im Ausland. Die Statuten der Gruppe und der Bank halten fest, dass sie neue Unternehmen gründen, sich an bestehenden Unternehmen beteiligen und sie finanzieren sowie Liegenschaften im In- und Ausland erwerben, belasten und verkaufen können.

Wir betreiben unser Geschäft im Rahmen zweier Divisionen: Private Banking & Wealth Management und Investment Banking. Die zwei Divisionen werden ergänzt durch eine übergreifende Shared-Services-Organisation sowie eine regionale Management-Struktur.

Im November 2013 gab die Gruppe die Hauptelemente ihres Programms zur Anpassung der Rechtsstruktur der Gruppe bekannt. Das Programm adressiert die sich abzeichnenden künftigen regulatorischen Anforderungen. Die abschliessende Analyse und Zustimmung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA (FINMA) vorausgesetzt, dürfte die Umsetzung der wichtigsten Punkte des Programms ab Mitte 2015 erfolgen.

► Siehe «Credit Suisse» in II – Kommentar zu den Resultaten für weitere Informationen zur Rechtsstruktur.

► Siehe «II – Kommentar zu den Resultaten» für eine detaillierte Beschreibung der Aktivitäten und der finanziellen Ergebnisse.

► Siehe «Anhang 39 – Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für eine Aufstellung der wichtigsten zum Konsolidierungskreis der Credit Suisse Group AG zählenden Beteiligungen.

Die Gruppe ist an der SIX kotiert (Valor 1213853) mit einer Börsenkapitalisierung von CHF 43 526 Mio. per 31. Dezember 2013. Keine unserer Tochtergesellschaften ist an der SIX oder einer anderen Börse kotiert.

Nach Schweizerischem Obligationenrecht unterliegen die Mitglieder des Verwaltungsrats und Personen, die mit der Geschäftsführung betraut sind, einer strengen Sorgfalts- und Treuepflicht. Demzufolge sind Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder von einer Beteiligung an Beschlüssen, die sie selber betreffen, ausgeschlossen. Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sind für Verstösse gegen diese Regel gegenüber der Gesellschaft persönlich haftbar.

Weder das schweizerische Recht noch die Statuten schränken die Credit Suisse hinsichtlich der Aufnahme finanzieller Mittel ein. Entscheidungen über die Aufnahme finanzieller Mittel erfolgen durch den Verwaltungsrat oder unter dessen Anweisung. Es ist dazu kein Aktionärsbeschluss erforderlich.

Anzahl Mitarbeitende

Ende	2013	2012	Veränderung in %
Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)			
Private Banking & Wealth Management	26 000	27 300	(5)
Investment Banking	19 700	19 800	(1)
Corporate Center	300	300	0
Anzahl Mitarbeitende	46 000	47 400	(3)
davon in der Schweiz	17 900	19 400	(8)
davon Europa, Naher Osten und Afrika	9 600	9 300	3
davon Nord- und Südamerika	11 100	11 300	(2)
davon Asien-Pazifik	7 400	7 400	0

Mitarbeitende

Per 31. Dezember 2013 hatte die Credit Suisse weltweit 46 000 Mitarbeitende. Davon waren 17 900 in der Schweiz und 28 100 im Ausland angestellt.

Die Mitarbeiterzahl sank gegenüber Ende 2012 um 1 400 Personen beziehungsweise 3%. Dies ist die Folge einer Reduktion des Personalbestands in den Divisionen Investment Banking und Private Banking & Wealth Management als Folge unserer Kostensenkungsinitiativen. Dieser Abnahme stand ein Zuwachs aufgrund von Einstellungen von Hochschulabsolventen gegenüber. In unserer Gruppe bestehen die folgenden Corporate Titles: Managing Director, Director, Vice President, Assistant Vice President sowie Mitarbeitende ohne Führungsfunktion. Die meisten unserer Mitarbeitenden sind nicht gewerkschaftlich organisiert. Während der letzten Jahre gab es keine nennenswerten Streiksituationen, Arbeitsniederlegungen oder ähnlichen Auseinandersetzungen mit Mitarbeitergruppen. Wir pflegen ein konstruktives Verhältnis zu unseren Mitarbeitenden.

Informationspolitik

Die Credit Suisse ist einer offenen und fairen Informationspolitik gegenüber ihren Aktionären wie auch anderen Anspruchsgruppen verpflichtet. Die Abteilungen Investor Relations und Corporate Communications sind verantwortlich für Auskunftsbegehren.

Alle im Aktienregister der Credit Suisse Group AG eingetragenen Aktionäre erhalten eine Einladung zur ordentlichen Generalversammlung, einschliesslich eines Bestellformulars für den Geschäftsbericht und andere Berichte. Die Aktionäre erhalten zudem vierteljährlich einen Aktionärsbrief und haben die Möglichkeit, sich die Quartalsberichte zu den Finanzergebnissen zustellen zu lassen.

Alle erwähnten Unterlagen und andere Informationen sind auf der Website der Gruppe unter www.credit-suisse.com/investors/de abrufbar.

Statuten

Die untenstehenden Zusammenfassungen der wesentlichen Bestimmungen unserer Statuten und des Schweizerischen Obligationenrechts nehmen nicht für sich in Anspruch, vollständig zu sein. Sie qualifizieren sich in ihrer Vollständigkeit durch Bezugnahme auf das Schweizerische Obligationenrecht und die Statuten.

Die Statuten der Gruppe und der Bank finden sich auf der Website der Gruppe unter www.credit-suisse.com/statuten.

► Siehe «Aktionärsrechte» und «Zusätzliche Informationen» für eine Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen unserer Statuten und des Schweizerischen Obligationenrechts, die für die Aktien der Credit Suisse Group AG von Bedeutung sind.

Schadloshaltung

Weder die Statuten noch geltendes Schweizer Recht enthalten Vorschriften über die Schadloshaltung von Mitgliedern des Verwaltungsrats oder der Geschäftsleitung. Den allgemeinen Grundsätzen des schweizerischen Arbeitsrechts gemäss ist ein Arbeitgeber unter bestimmten Umständen verpflichtet, einen Mitarbeitenden gegen Verluste und Kosten schadlos zu halten, die der betreffenden Person durch die Ausübung ihrer Pflichten im Rahmen ihres Arbeitsvertrags entstanden sind, es sei denn, die Verluste und Kosten sind durch Fehlverhalten als Folge grober Fahrlässigkeit oder des Vorsatzes eines Mitarbeitenden entstanden. Die Credit Suisse verfolgt den Grundsatz, ihre gegenwärtigen und ehemaligen Verwaltungsratsmitglieder und/oder Mitarbeitenden unter bestimmten Bedingungen und abgesehen von einigen Ausnahmen gegen bestimmte Verluste und Kosten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Verwaltungsratsmitglied oder Mitarbeitende der Gruppe, einer mit der Gruppe verbundenen Gesellschaft oder eines anderen von uns anerkannten Unternehmens schadlos zu halten. Für ihre Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder verfügt die Credit Suisse über eine Organhaftpflichtversicherung.

AKTIONÄRE

Kapitalstruktur

Unser Aktienkapital betrug per 31. Dezember 2013 CHF 63 844 774, eingeteilt in 1 596 119 349 Namenaktien mit einem Nominalwert von CHF 0.04 pro Aktie. Die Namenaktien der Credit Suisse Group AG sind an der SIX und als ► ADS an der NYSE kotiert.

► Siehe «Anhang 8 – Aktienkapital, bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital der Credit Suisse Group» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group sowie Statuten der Credit Suisse Group AG (Artikel 26, 26b–c und 27) für Einzelheiten zu den Veränderungen der Kapitalstruktur während des Berichtsjahrs.

Aktionariat

Wir verfügen über eine breite Aktionärsbasis. Die Mehrheit der Aktien wird direkt oder indirekt von institutionellen Investoren ausserhalb der Schweiz gehalten. Mithilfe einer externen Gesellschaft, welche sich auf die Beschaffung von Marktdaten spezialisiert hat, bereiten wir regelmässig zusätzliche Informationen über die Zusammensetzung unseres Aktionariats auf, insbesondere auch bezüglich derjenigen Aktien, die nicht in unserem Aktienregister eingetragen sind. Gemäss diesen Daten setzte sich unsere Aktionärsbasis per 31. Dezember 2013 aus 8% privaten Anlegern, 80% institutionellen Anlegern und 12% anderen Anlegern zusammen. Der geografische Hintergrund der institutionellen Anleger ist dabei wie folgt: 16% Schweiz, 11% Kontinentaleuropa (exkl. Schweiz), 14% Grossbritannien und Irland, 48% USA und 11% andere Länder.

Per 31. Dezember 2013 waren 130 736 Aktionäre in unserem Aktienregister eingetragen. Es bestehen unseres Wissens keine Vereinbarungen zwischen Aktionären oder Aktionärsgruppen, die zu einem Wechsel in der Kontrolle über die Gruppe führen könnten. Per 31. Dezember 2013 waren insgesamt 37,9 Mio. oder 2,4% der ausgegebenen Aktien in Form von ADS im Umlauf. Weitere 25,3 Mio. oder 1,6% der ausgegebenen Aktien wurden per 31. Dezember 2013 auf Aktionäre mit Domizil in den USA eingetragen (ohne Nominees).

Die nachfolgenden Tabellen zeigen eine Übersicht über die Zusammensetzung der in unserem Aktienregister eingetragenen Aktien.

Aktienverteilung der Credit Suisse Group AG im Aktienregister

Ende	2012		2013		2013		2012	
	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%
Aktienverteilung der Gruppe								
Schweizer	115 185	88	110 678 408	7	122 564	89	112 106 298	9
Ausländer	11 165	9	14 322 072	1	11 427	8	13 464 237	1
Private Anleger	126 350	97	125 000 480	8	133 991	97	125 570 535	10
Schweizer	3 755	3	168 732 633	11	4 030	3	123 232 578	9
Ausländer	631	0	774 995 489	49	628	0	620 098 199	47
Institutionelle Anleger	4 386	3	943 728 122	59	4 658	3	743 330 777	56
Aktien mit Eintrag im Aktienregister	130 736	100	1 068 728 602	67	138 649	100	868 901 312	66
davon in der Schweiz	118 941	91	279 411 046	18	126 594	91	235 338 876	18
davon Europa	10 590	8	534 716 557	34	10 791	8	420 808 155	32
davon USA	184	0	222 433 937	14	191	0	189 766 059	14
davon Sonstige	1 021	1	32 167 062	2	1 073	1	22 988 222	2
Aktien ohne Eintrag im Aktienregister	–	–	527 390 747	33	–	–	451 928 610	34
Total ausgegebene Aktien	–	–	1 596 119 349	100	–	–	1 320 829 922	100

Im Aktienregister eingetragene institutionelle Anleger nach Branche

Ende	2012		2013		2013		2012	
	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%
Institutionelle Anleger nach Industrie								
Banken	36	0	2 672 727	0	36	0	2 042 785	0
Versicherungsgesellschaften	103	0	9 336 874	1	94	0	4 352 379	0
Vorsorgeeinrichtungen	723	1	43 645 198	3	805	1	40 068 367	3
Anlagestiftungen	392	0	118 122 666	7	342	0	60 480 195	5
Sonstige Stiftungen	746	1	5 473 606	0	762	1	7 631 919	1
Staatliche Institutionen	33	0	7 934 377	0	32	0	6 474 774	0
Sonstige ¹	2 164	2	104 905 938	7	2 409	2	96 910 802	7
Direkteinträge	4 197	3	292 091 386	18	4 480	3	217 961 221	17
Treuhänderisch gehalten	189	0	651 636 736	41	178	0	525 369 556	40
Total institutionelle Anleger	4 386	3	943 728 122	59	4 658	3	743 330 777	56

Rundungsdifferenzen sind möglich.

¹ Enthält verschiedene weitere institutionelle Anleger, für welche eine Gliederung nach Branchenart nicht verfügbar war.

Bedeutende Aktionäre

Gemäss dem schweizerischen Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (BEHG) ist jeder, der Anteile einer an der SIX kotierten Gesellschaft hält, verpflichtet, die entsprechende Gesellschaft sowie die SIX zu benachrichtigen, sobald seine Stimmrechtsanteile eine der folgenden Grenzen erreichen, unterschreiten oder übersteigen: 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 33⅓%, 50% oder 66⅔% unabhängig davon, ob die Stimmrechte ausgeübt werden können oder nicht (das heisst, Meldungen müssen auch bestimmte Derivatpositionen umfassen wie beispielsweise Optionen oder ähnliche Instrumente). Das Unternehmen ist verpflichtet, nach Eingang einer entsprechenden Meldung die Öffentlichkeit zu informieren. Ausserdem ist ein Unternehmen nach Schweizerischem

Obligationenrecht verpflichtet, im Anhang zur Jahresrechnung die Identität aller Aktionäre, die mehr als 5% der Aktien halten, offenzulegen. Nachstehend folgt eine Zusammenfassung der neuesten publizierten Meldungen bezüglich der Beteiligungen (einschliesslich Kauf- und Verkaufsrechten) unserer bedeutenden Aktionäre. In Übereinstimmung mit den BEHG-Vorschriften beziehen sich die unten aufgeführten Prozentzahlen auf das Aktienkapital gemäss den Statuten zum Zeitpunkt der Meldung. Der vollständige Text aller Offenlegungsmittelungen kann auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/aktionaere eingesehen werden. Jede Aktie berechtigt den Aktionär zu einer Stimme.

► Siehe «Anhang 3 – Geschäftsentwicklungen, bedeutende Aktionäre und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu bedeutenden Aktionären.

Hält die Gruppe Positionen in eigenen Aktien, so gelten für die Gruppe die gleichen Offenlegungsvorschriften wie für bedeutende externe Aktionäre. Die Gruppe erwirbt eigene Aktien im Rahmen des Market-Making, zwecks Erleichterung der Ausführung von Kundenaufträgen und zur Erfüllung von Verpflichtungen im Rahmen unserer Mitarbeitervergütungspläne. Von der Gruppe gehaltene eigene Aktien besitzen kein Stimmrecht. Am 31. Dezember 2013 beliefen sich unsere Bestände auf 2,15% Kaufpositionen

(0,52% Namenaktien und 1,63% Rechte auf den Erwerb von Aktien) und 33,62% Verkaufspositionen (Verfügungsrechte).

Kreuzverflechtungen

Es bestehen keine Kreuzverflechtungen zwischen der Gruppe und anderen Gesellschaften, die 5% des Aktienkapitals oder der Stimmrechte übersteigen.

Bedeutende Aktionäre

	Publikation der Meldung durch die Gruppe	Anzahl Aktien (in Mio.)	Ungefähre Beteiligung (in %)	Kaufrechte (in %)
31. Dezember 2013 oder Datum der letzten Meldung				
The Olayan Group (registrierte Gesellschaft – Crescent Holding GmbH)	6. April 2013	88.5	6.7	7.9 ¹
Qatar Investment Authority (registrierte Gesellschaft – Qatar Holding LLC)	31. Oktober 2013	82.0	5.2	16.5 ²
Harris Associates L.P.	9. November 2013	81.5	5.2	–
Dodge & Cox	19. Dezember 2012	63.5	5.0	–
Franklin Resources, Inc.	12. März 2014	57.6	3.6	–
Norges Bank	5. April 2013	39.8	3.0	1.6 ³
Capital Group Companies, Inc.	22. Januar 2013	39.4	3.1	1.0 ⁴
BlackRock Inc.	25. Januar 2013	38.6	3.0	–
31. Dezember 2012 oder Datum der letzten Meldung				
The Olayan Group (registrierte Gesellschaft – Crescent Holding GmbH)	24. Juli 2012	78.4	6.1	10.9
Qatar Investment Authority (registrierte Gesellschaft – Qatar Holding LLC)	30. April 2011	76.1	6.2	–
Dodge & Cox	19. Dezember 2012	63.5	5.0	–
Franklin Resources, Inc.	14. September 2012	57.3	4.5	–
Capital Group Companies, Inc.	22. Januar 2013	39.4	3.1	1.0
BlackRock Inc.	25. Januar 2013	38.6	3.0	–
Harris Associates L.P.	17. Mai 2012	36.9	3.0	–
Norges Bank	3. August 2012	28.0	2.2	1.7
31. Dezember 2011				
The Olayan Group (registrierte Gesellschaft – Crescent Holding GmbH)	2. Februar 2010	77.8	6.6	–
Qatar Investment Authority (registrierte Gesellschaft – Qatar Holding LLC)	30. April 2011	73.2	6.2	–
Dodge & Cox	15. Dezember 2011	35.9	3.0	–
Franklin Resources, Inc.	15. Dezember 2011	35.7	3.0	–

¹ Besteht aus 7,9% Kaufrechten in Bezug auf die von The Olayan Group gehaltenen USD 1,725 Mia. 9,5%-Kernkapitalinstrumente (unbefristete Wertschriften mit bedingter Wandlungspflicht in Aktien), die nur in Aktien gewandelt werden, wenn die Gruppe spezifische regulatorische Eigenmittelanforderungen nicht mehr erfüllt.

² Besteht aus 16,3% Kaufrechten in Bezug auf die von Qatar Holding LLC gehaltenen USD 1,72 Mia. 9,5%-Kernkapitalinstrumente und die CHF 2,5 Mia. 9,0%-Kernkapitalinstrumente (unbefristete Wertschriften mit bedingter Wandlungspflicht in Aktien), die nur in Aktien gewandelt werden, wenn die Gruppe spezifische regulatorische Eigenmittelanforderungen nicht mehr erfüllt, und 0,2% Kaufrechte in Bezug auf Optionen.

³ Bezieht sich auf die von Norges Bank gehaltenen CHF 353 Mio. MACCS, die am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 21,6 Mio. Aktien gewandelt wurden. Ausführung und Lieferung der Aktien erfolgte am 8. April 2013.

⁴ Bezieht sich auf die von Capital Group Companies gehaltenen CHF 201 Mio. MACCS, die am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 12,3 Mio. Aktien gewandelt wurden. Ausführung und Lieferung der Aktien erfolgte am 8. April 2013.

Aktionärsrechte

Wir sind dem Gleichbehandlungsgebot aller Aktionäre verpflichtet und animieren diese, an der Generalversammlung teilzunehmen. Nachstehend folgt eine Zusammenfassung der Aktionärsrechte in der Gruppe. Für weitere Informationen verweisen wir auf unsere Statuten, die auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/statuten abgerufen werden können.

Stimmrecht und Aktienübertrag

Weder nach schweizerischem Recht noch aufgrund der Statuten bestehen Beschränkungen bezüglich des Besitzes von Aktien der Gruppe.

Jede Aktie berechtigt grundsätzlich zu einer Stimme an der Generalversammlung. Die von der Gruppe gehaltenen Aktien verfügen hingegen über kein Stimmrecht. Ein Aktionär kann jedoch direkt oder indirekt für eigene und vertretene Aktien zusammen nur das Stimmrecht von höchstens 2% des ausstehenden Aktienkapitals ausüben, es sei denn, eine der nachfolgenden Ausnahmen findet Anwendung. Die Beschränkungen der Stimmrechte gelten nicht für:

- die Ausübung des Stimmrechts durch den von der Generalversammlung gewählten unabhängigen Stimmrechtsvertreter;
- Aktien, für welche der Aktionär gegenüber der Gruppe bestätigt, dass er oder sie diese Aktien im eigenen Namen und für eigene Rechnung erworben hat, und für welche die Meldepflicht gemäss BEHG und den anwendbaren Verordnungen und Richtlinien erfüllt wurde; oder
- Aktien, welche auf den Namen eines Nominee eingetragen sind, sofern der Nominee gegenüber der Gruppe die Namen, Adressen und Aktienbestände derjenigen Personen auf Anfrage bekannt gibt, für deren Rechnung er 0,5% oder mehr des jeweils ausstehenden Aktienkapitals hält, und bestätigt, dass die Meldepflicht gemäss BEHG erfüllt wurde.

Um das Stimmrecht ausüben zu können, müssen Aktien direkt oder via einen Nominee im Aktienregister eingetragen sein. Um seine Aktien ins Aktienregister eintragen zu lassen, muss der Erwerber ein Eintragungsgesuch einreichen. Die Eintragung von Aktien ins Aktienregister kann jederzeit verlangt werden. Ohne Eintrag in das Aktienregister kann der Erwerber weder an der Generalversammlung teilnehmen noch das Stimmrecht ausüben. Unabhängig vom Eintrag im Aktienregister erhält jeder Aktionär eine Dividende oder Ausschüttung in anderer Form, wie sie von der Generalversammlung genehmigt wurde. Die Übertragungseinschränkungen gelten unabhängig davon, in welcher Art und welcher Form die Namenaktien im Rahmen der Konten gehalten werden, sowie unabhängig von den Bestimmungen, die für Übertragungen gelten. Die Übertragung von Bucheffekten, denen Aktien der Gruppe zugrunde liegen, und die Bestellung von Sicherheiten an diesen Bucheffekten richten sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über Bucheffekten. Übertragungen oder Verpfändungen als Sicherheiten mittels schriftlicher Anweisung sind nicht zulässig.

Generalversammlung

Gemäss schweizerischem Recht muss die Generalversammlung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres stattfinden. Die Einberufung einer Generalversammlung, einschliesslich der Tagesordnung und der Anträge des Verwaltungsrats und allfälliger Anträge von Aktionären, erfolgt durch Veröffentlichung im *Schweizerischen Handelsamtsblatt* mindestens 20 Tage vor der Generalversammlung.

An der Generalversammlung stimmberechtigt sind alle Aktien, die spätestens drei Tage vor der Generalversammlung mit Stimmrecht im Aktienregister eingetragen sind.

Einberufung der Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat oder, im Ausnahmefall, durch die Revisionsgesellschaft mindestens 20 Tage vor dem Versammlungstag einberufen. Der Verwaltungsrat ist darüber hinaus verpflichtet, eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen, wenn dies an einer Generalversammlung beschlossen wurde oder wenn Aktionäre, die zusammen mindestens 10% des Aktienkapitals vertreten, es verlangen. Die Forderung nach Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung muss schriftlich zuhanden des Verwaltungsrats unter gleichzeitiger Hinterlegung von mindestens 10% des Aktienkapitals der Gruppe erfolgen. Die Aktien sind bis am Tag nach der ausserordentlichen Generalversammlung zu hinterlegen.

Traktandierungsbegehren

Aktionäre, die zusammen Aktien mit einem Nennwert von mindestens CHF 40 000 halten, haben das Recht, ein Begehren um Traktandierung eines Verhandlungsgegenstands an der Generalversammlung zu stellen. Ein Traktandierungsbegehren und die entsprechenden Anträge sind dem Verwaltungsrat spätestens 45 Tage vor der Generalversammlung unter gleichzeitiger Hinterlegung von Aktien der Gruppe im Nennwert von mindestens CHF 40 000 einzureichen. Die Aktien sind bis am Tag nach der Generalversammlung zu hinterlegen.

Beschlussfassung

Die Generalversammlung ist grundsätzlich ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Aktionäre oder der vertretenen Aktien beschlussfähig. Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen, soweit nicht zwingendes Recht oder anderslautende Bestimmungen der Statuten entgegenstehen, mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen.

Beschlüsse der Generalversammlung, die mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen gefällt werden können, sind:

- Statutenänderungen, vorbehältlich spezieller Quorumsvorschriften;
- die Wahl von Verwaltungsratsmitgliedern und der Revisionsgesellschaft;
- die Genehmigung des Jahresberichts sowie des statutarischen und konsolidierten Abschlusses;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung; und
- die Gewinnverwendung.

Die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der vertretenen Aktienstimmen sind erforderlich für Beschlüsse über:

- die Änderung des Gesellschaftszwecks;
- die Einführung von Stimmrechtsaktien;
- die Beschränkung der Übertragbarkeit von Namenaktien;
- eine genehmigte oder eine bedingte Kapitalerhöhung;
- die Kapitalerhöhung aus Eigenkapital, gegen Sacheinlage oder zwecks Sachübernahme und die Gewährung von besonderen Vorteilen;
- die Einschränkung oder Aufhebung des Bezugsrechts;
- die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft; und
- die Auflösung der Gesellschaft ohne Liquidation.

Die Vertretung von mindestens der Hälfte des gesamten Aktienkapitals und die Zustimmung von mindestens drei Vierteln der vertretenen Stimmen sind erforderlich für Beschlüsse über:

- die Umwandlung von Namenaktien in Inhaberaktien;
- die Änderung der Statuten bezüglich der Eintragung und der Stimmberechtigung der Nominees; und
- die Auflösung der Gesellschaft.

Die Vertretung von mindestens der Hälfte des gesamten Aktienkapitals und die Zustimmung von mindestens sieben Achteln der abgegebenen Stimmen sind erforderlich für Statutenänderungen bezüglich Stimmrecht.

«Say on pay»-Abstimmung

In Übereinstimmung mit dem Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance legt die Gruppe an der Generalversammlung den Aktionären ihren Vergütungsbericht (zu finden im Abschnitt Corporate Governance und Vergütung des Geschäftsberichts) zu einer konsultativen Abstimmung vor. In Übereinstimmung mit der Vergütungsverordnung wird die Gruppe an der Generalversammlung 2015 den Aktionären erstmals Empfehlungen für die Vergütung der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats zu einer bindenden Abstimmung vorlegen.

Bezugsrecht

Nach schweizerischem Recht bedarf jede Ausgabe von Aktien, sei es gegen Entgelt in bar oder in anderer Form oder ohne Entgelt, der vorherigen Zustimmung durch die Generalversammlung. Die Aktionäre einer Schweizer Aktiengesellschaft besitzen für die Zeichnung neu ausgegebener Aktien ein Bezugsrecht im Verhältnis des Nennwerts der von ihnen gehaltenen Aktien (Art. 652b Abs. 1 OR). Das Bezugsrecht kann jedoch aus wichtigen Gründen durch einen mit einem qualifizierten Mehr gefassten Beschluss der Generalversammlung eingeschränkt oder aufgehoben werden (Art. 652b Abs. 2 OR).

Mitteilungen

Mitteilungen an die Aktionäre erfolgen durch Veröffentlichung im *Schweizerischen Handelsamtsblatt*. Der Verwaltungsrat kann weitere Kommunikationsmittel für die Veröffentlichung von Mitteilungen an die Aktionäre bestimmen. Mitteilungen, die gemäss Kotierungsreglement der SIX vorgeschrieben sind, werden entweder in zwei Schweizer Tageszeitungen in deutscher und französischer Sprache veröffentlicht und der SIX zugestellt, oder sie werden der SIX in anderer Weise gemäss geltendem Kotierungsreglement zugestellt. Die SIX kann die entsprechenden Informationen weiterverbreiten.

VERWALTUNGSRAT

Mitgliedschaft und Anforderungsprofil

Die Statuten bestimmen, dass der Verwaltungsrat aus mindestens 7 Mitgliedern besteht. Gegenwärtig setzt sich der Verwaltungsrat aus 13 Mitgliedern zusammen. Grundsätzlich soll der Verwaltungsrat genügend gross sein, um seine ständigen Kommissionen mit qualifizierten Mitgliedern besetzen zu können. Gleichzeitig soll er jedoch klein genug sein, um zielgerichtete, rasche Entscheidungsprozesse zu ermöglichen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden an der Generalversammlung von unseren Aktionären jeweils einzeln für die Dauer eines Jahres gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Die Aktionäre wählen jeweils den Verwaltungsratspräsidenten sowie die Mitglieder des Vergütungsausschusses für die Dauer von einem Jahr. Als Amtsjahr gilt die Zeitdauer von einer

Generalversammlung bis zum Schluss der nächsten Generalversammlung. Gemäss unserem OGR müssen Verwaltungsratsmitglieder aus dem Verwaltungsrat zurücktreten, nachdem sie ihr Mandat insgesamt 15 Jahre ausgeübt haben.

Der Verwaltungsrat verfügt über vier Kommissionen: das Chairman's and Governance Committee, das Audit Committee, das Compensation Committee (Vergütungsausschuss) und das Risk Committee. Mit Ausnahme des Vergütungsausschusses werden die Kommissionsmitglieder vom Verwaltungsrat für jeweils ein Jahr gewählt. Die nachstehende Tabelle bietet eine Übersicht über die Mitglieder des Verwaltungsrats und seiner Kommissionen. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Credit Suisse AG ist mit derjenigen des Verwaltungsrats der Credit Suisse Group AG identisch.

Mitglieder des Verwaltungsrats und seiner Kommissionen

	Verwaltungs- ratsmitglied seit	Ende der laufenden Amts- periode	Unabhängigkeit	Chairman's and Governance Committee	Audit Committee	Vergütungs- ausschuss	Risk Committee
31. Dezember 2013							
Urs Rohner, Präsident	2009	2014	Unabhängig	Vorsitzender	–	–	–
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident	1997	2014	Unabhängig	Mitglied	–	–	–
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani	2010	2014	Nicht unabhängig	–	–	–	–
Iris Bohnet	2012	2014	Unabhängig	–	–	Mitglied	–
Noreen Doyle	2004	2014	Unabhängig	–	–	–	Mitglied
Jean-Daniel Gerber	2012	2014	Unabhängig	–	Mitglied	–	–
Walter B. Kielholz	1999	2014	Unabhängig	Mitglied	–	Mitglied	–
Andreas N. Koopmann	2009	2014	Unabhängig	–	–	Mitglied	Mitglied
Jean Lanier	2005	2014	Unabhängig	Mitglied	Mitglied	Vorsitzender	–
Kai S. Nargolwala	2013	2014	Unabhängig ¹	–	–	–	Mitglied
Anton van Rossum	2005	2014	Unabhängig	–	–	–	Mitglied
Richard E. Thornburgh	2006	2014	Unabhängig	Mitglied	Mitglied	–	Vorsitzender
John Tiner	2009	2014	Unabhängig	Mitglied	Vorsitzender	–	Mitglied

¹ Kai S. Nargolwala war im Zeitpunkt seiner Wahl in den Verwaltungsrat wegen seiner früheren Funktion in der Geschäftsleitung nicht unabhängig, wurde aber per Ende Oktober 2013 nach einer dreijährigen Abkühlungsperiode als unabhängig erachtet.

Pensionierungen und Nominierungen

Robert H. Benmosche, Aziz R.D. Syriani und David W. Syz traten an der Generalversammlung 2013 aus dem Verwaltungsrat zurück. Jean Lanier trat die Nachfolge von Aziz R.D. Syriani als Vorsitzender des Vergütungsausschusses an. An der Generalversammlung 2013 wurde Kai S. Nargolwala neu in den Verwaltungsrat gewählt. Auf der Generalversammlung vom 9. Mai 2014 treten Peter Brabeck-Letmathe und Walter B. Kielholz aus dem Verwaltungsrat zurück. Der Verwaltungsrat schlägt der Generalversammlung vom 9. Mai 2014 die Wiederwahl aller übrigen bisherigen Mitglieder des Verwaltungsrats, die Wahl von Urs Rohner als Präsident des Verwaltungsrats sowie die Wahl von Iris Bohnet, Andreas N. Koopmann, Jean Lanier und Kai S. Nargolwala als Mitglieder des Vergütungsausschusses vor. Der Verwaltungsrat schlägt zudem Severin Schwan, CEO Roche Group, und Sebastian Thrun, Mitbegründer und CEO von Udacity neu zur Wahl in den Verwaltungsrat vor.

Zusammensetzung des Verwaltungsrats

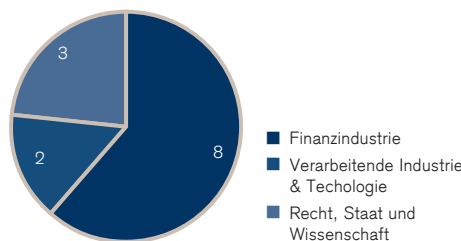
Das Chairman's and Governance Committee begutachtet regelmässig die Zusammensetzung des Verwaltungsrats als Ganzes und plant die Besetzung von Kommissionsfunktionen. Das Chairman's and Governance Committee rekrutiert und evaluiert Kandidaten für ein Verwaltungsratsmandat unter Berücksichtigung des Anforderungsprofils der Corporate Governance Guidelines und des OGR. Es kann zur Identifikation und Rekrutierung neuer Kandidaten für den Verwaltungsrat externe Berater beziehen. In seiner Beurteilung berücksichtigt das Chairman's and Governance Committee die Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale der einzelnen Kandidaten sowie die Zusammensetzung des Verwaltungsrats insgesamt. Im Hinblick auf die konkreten Bedürfnisse des Verwaltungsrats zur Erfüllung seiner Aufgaben berücksichtigt das Chairman's and Governance Committee unter anderem die Unabhängigkeit, die Diversität, das Alter, die Ausbildung und die

Managementenerfahrung. Das Chairman's and Governance Committee bezieht auch andere Aktivitäten und Verpflichtungen eines Kandidaten in seine Beurteilung ein, um sicherzustellen, dass er über genügend zeitliche Kapazität für die Ausübung eines Verwaltungsratsmandats in der Gruppe verfügt. Hintergrund, Kompetenz und Erfahrung unserer Verwaltungsratsmitglieder sind vielfältig und breit abgestützt und beruhen unter anderem auf Positionen im

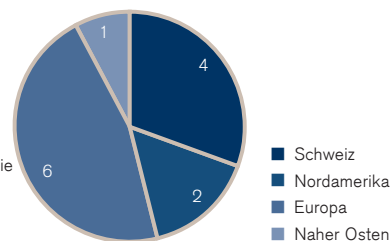
obersten Management von Finanzdienstleistungs- und Industrieunternehmen in und ausserhalb der Schweiz oder auf Führungspositionen in Regierungsorganisationen, der Wissenschaft und internationalen Organisationen. Unserem Verwaltungsrat gehören Personen mit unterschiedlicher Erfahrung, geografischer Herkunft und Amtsdauer an.

Zusammensetzung des Verwaltungsrats

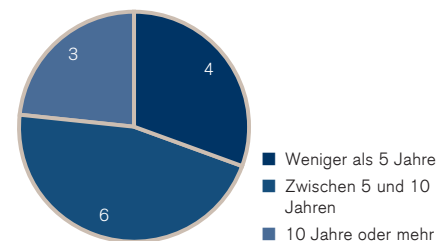
Erfahrung nach Industrien



Geografische Herkunft



Amtszeit



Um auch in Zukunft einen unabhängigen und diversen Verwaltungsrat zu gewährleisten, verfügen wir über einen Nachfolgeplanungsprozess, der frühzeitig potenzielle Kandidaten für den Verwaltungsrat identifiziert. Somit sind wir auf einen Wechsel der Verwaltungsratsmitglieder gut vorbereitet. Neben formalen Kriterien, die sich nach den gesetzlichen und regulatorischen Vorschriften richten, sind nach unserer Überzeugung auch andere Aspekte wie Teamdynamik und persönliche Reputation der einzelnen Mitglieder für einen gut funktionierenden Verwaltungsrat entscheidend. Aus diesem Grund legen wir grösstes Gewicht auf die richtige Zusammensetzung von Persönlichkeiten, die ihre spezifischen Fähigkeiten und Erfahrungen in den Verwaltungsrat einbringen können.

Neue Verwaltungsratsmitglieder

Jedes neu gewählte Mitglied wird im Rahmen eines Einführungsprogramms mit der Organisationsstruktur und der Strategie der Gruppe, dem Finanz- und Rechnungswesen, dem Risikomanagement und anderen wichtigen Materien vertraut gemacht. Die konkrete Ausgestaltung des Einführungsprogramms hängt von den persönlichen Erfahrungen und Kenntnissen des Betroffenen ab und berücksichtigt insbesondere auch die Anforderungen für die Kommissionstätigkeit, für welche das neue Verwaltungsratsmitglied vorgesehen ist. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden aufgefordert, sich laufend selbstständig weiterzubilden. Ferner treffen der Verwaltungsrat und die Kommissionen des Verwaltungsrats regelmässig Spezialisten, um das Verständnis der Mitglieder für Themen zu fördern, die für unser Geschäft von Bedeutung sind.

Sitzungen

Während des Geschäftsjahrs 2013 traf sich der Verwaltungsrat zu sechs ganztägigen Sitzungen sowie drei weiteren Sitzungen. Zudem hielt der Verwaltungsrat eine eineinhalbtägige Strategiesitzung ab. Darüber hinaus können Geschäfte auch auf dem Zirkularweg entschieden werden, es sei denn, ein Mitglied des Verwaltungsrats verlangt die Traktandierung und Diskussion in einer Sitzung.

Es wird erwartet, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats vor den Sitzungen ausreichend Zeit aufwenden, um sich auf die Sitzung vorzubereiten. Für gewöhnlich beruft der Präsident des Verwaltungsrats (Präsident) eine Sitzung unter Wahrung einer angemessenen Frist ein. Er erstellt für jede Sitzung eine Tagesordnung. Darüber hinaus hat jedes Mitglied des Verwaltungsrats das Recht, eine ausserordentliche Sitzung einzuberufen. Es liegt im Ermessen des Präsidenten, Vertreter der Geschäftsleitung oder andere Personen zu den Sitzungen einzuladen. In der Regel nehmen die Mitglieder der Geschäftsleitung an den Verwaltungsratssitzungen teil, um nebst anderem auch eine effiziente Kommunikation mit dem Verwaltungsrat zu gewährleisten. Ein Teil der Sitzung findet jeweils unter Ausschluss des Managements statt. Über die Verhandlungen und die Beschlüsse des Verwaltungsrats wird ein Protokoll geführt.

Sitzungsteilnahme

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind gehalten, an allen Sitzungen des Verwaltungsrats und der Kommissionen, denen sie angehören, teilzunehmen.

Sitzungsteilnahme

	Verwaltungs- rat ¹	Chairman's and Governance Committee	Audit Committee	Vergütungs- ausschuss	Risk Committee
im Jahr 2013					
Gesamtzahl der abgehaltenen Sitzungen	10	10	11	12	6
Anzahl Mitglieder, die an keiner Sitzung fehlten	10	5	5	3	3
Anzahl Mitglieder, die an einer Sitzung fehlten	2	1	0	2	2
Anzahl Mitglieder, die an zwei oder mehr Sitzungen fehlten	4	1	0	1	1
Sitzungsteilnahme, in %	90	88	100	94	88

¹ Der Verwaltungsrat bestand aus 15 Mitgliedern zu Beginn des Jahres und aus 13 Mitgliedern am Ende des Jahres. Per Generalversammlung 2013 trat ein Mitglied neu in den Verwaltungsrat ein und drei Mitglieder verliessen den Verwaltungsrat.

Unabhängigkeit

Der Verwaltungsrat besteht ausschliesslich aus Mitgliedern ohne Geschäftsleitungsaufgaben innerhalb der Gruppe, von denen die Mehrheit für unabhängig erklärt werden muss. Der Verwaltungsrat bestimmt die Unabhängigkeit seiner Mitglieder unter Berücksichtigung der in den Corporate Governance Guidelines, im OGR und in den Kommissionsreglementen festgelegten Kriterien sowie des anwendbaren Rechts und der Kotierungsanforderungen. Die Unabhängigkeitsstandards der Gruppe werden zudem regelmässig auf ihre Angemessenheit im Vergleich mit internationalen Best-Practice-Entwicklungen überprüft.

Das Chairman's and Governance Committee prüft jährlich die Unabhängigkeit jedes Verwaltungsratsmitglieds und berichtet dem Verwaltungsrat über seine Schlussfolgerungen. Unsere Unabhängigkeitskriterien stimmen mit denjenigen des Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance sowie der NYSE und der Nasdaq überein. Im Allgemeinen gilt ein Verwaltungsratsmitglied dann als unabhängig, wenn es:

- nicht der Geschäftsleitung der Gruppe oder einer ihrer Tochtergesellschaften angehört oder in den drei vorangegangenen Jahren angehört hat;
- weder Mitarbeitende noch Partner unserer Revisionsgesellschaft ist oder in den drei vorausgegangenen Jahren war; und
- keine wesentliche direkte oder indirekte Geschäftsbeziehung mit der Gruppe oder einer ihrer Tochtergesellschaften unterhält.

Ob zwischen einem Verwaltungsratsmitglied und der Gruppe eine wesentliche Geschäftsbeziehung vorliegt, ist insbesondere von folgenden Faktoren abhängig:

- Volumen und Umfang der Transaktionen im Verhältnis zur finanziellen Situation und zur Bonität des entsprechenden Verwaltungsratsmitglieds oder Unternehmens, in dem das Verwaltungsratsmitglied Partner oder Geschäftsleitungsmitglied ist oder an dem die betreffende Person eine massgebliche Beteiligung hält;

- die auf eine solche Transaktion anwendbaren Geschäftsbedingungen im Vergleich zu den Bedingungen, wie sie für Transaktionen mit Gegenparteien von vergleichbarer Bonität gelten;
- ob die Transaktionen die gleichen internen Genehmigungsprozesse durchlaufen wie Transaktionen mit anderen Gegenparteien;
- ob die Transaktionen im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit liegen; und
- ob die Transaktionen auf eine Art und Weise strukturiert sind und Bedingungen unterliegen, wie sie ohne Weiteres für eine andere Gegenpartei Anwendung fänden.

Bei Verwaltungsratsmitgliedern, die dem Vergütungsausschuss angehören, wird bei der Beurteilung der Unabhängigkeit auf alle Faktoren geachtet, die relevant sind, um festzustellen, ob ein Mitglied eine Beziehung zur Gruppe besitzt, die sich wesentlich auf seine Fähigkeit auswirkt, im Zusammenhang mit den Pflichten eines Mitglieds des Vergütungsausschusses unabhängig vom Management zu handeln. Dies schliesst unter anderem Folgendes ein:

- die Quelle der Vergütung des Mitglieds des Vergütungsausschusses, wie Beratungs- oder andere Entschädigungshonorare, welche die Gruppe dem betreffenden Verwaltungsratsmitglied zahlt; und
- ob das Mitglied des Vergütungsausschusses mit der Gruppe, einer ihrer Tochtergesellschaften oder mit einer von deren Tochtergesellschaften verbunden ist.

Als nicht unabhängig gilt zudem ein Verwaltungsratsmitglied, das bei einer Gesellschaft angestellt ist, in deren Entschädigungsausschuss eines unserer Geschäftsleitungsmitglieder Einsitz hat oder während der letzten drei Jahre hatte. Die Amtsdauer eines Verwaltungsratsmitglieds bildet hingegen kein Kriterium für dessen Unabhängigkeit. Der Status als bedeutender Aktionär gilt ebenfalls nicht als Unabhängigkeitskriterium, es sei denn, die Beteiligung beträgt über 10% des Aktienkapitals der Gruppe. Verwaltungsräte

mit nahen Familienmitgliedern, die nicht als unabhängig zu qualifizieren sind, gelten ebenfalls nicht als unabhängig. Zusätzlich zur Anwendung der Unabhängigkeitskriterien prüft das Chairman's and Governance Committee, ob neben möglichen weiteren Verpflichtungen des einzelnen Verwaltungsratsmitglieds genügend Zeit für die Ausübung des Verwaltungsratsmandats besteht.

Obwohl die Gruppe keinen solchen Standards unterstellt ist, nimmt der Verwaltungsrat zur Kenntnis, dass manche Stimmrechtsberater für die Beurteilung der Unabhängigkeit unserer Verwaltungsratsmitglieder andere Standards anwenden. Die unterschiedliche Beurteilung zeigt sich etwa bei der Amtsdauer eines Verwaltungsratsmitglieds, der jährlichen Vergütung von Verwaltungsratsmitgliedern, die im Bereich der Vergütung von Geschäftsleitungsmitgliedern liegt, oder der geschäftsführenden Funktion eines Verwaltungsratsmitglieds, die mehr als drei Jahre zurückliegt.

Ermittlung der Unabhängigkeit

Per 31. Dezember 2013 wurden 12 Verwaltungsratsmitglieder vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani wurde bei seiner Wahl in den Verwaltungsrat im Jahr 2010 aufgrund des Umfangs zahlreicher Geschäftsbeziehungen zwischen der Gruppe und der Qatar Investment Authority (QIA), einer staatlichen Gesellschaft mit engen Beziehungen zur Familie Al Thani, sowie zwischen der Gruppe und der Familie Al Thani für nicht unabhängig erklärt. Diese Geschäftsbeziehungen könnten nach Auffassung der Gruppe als bedeutende Geschäftsbeziehung im oben genannten Sinn qualifiziert werden.

Kai S. Nargolwala galt im Zeitpunkt seiner Wahl anlässlich der Generalversammlung 2013 aufgrund seiner früheren Tätigkeit als Mitglied der Geschäftsleitung als nicht unabhängig. Seit Ablauf der obligatorischen dreijährigen Karenzfrist im Oktober 2013 gilt er als unabhängig. Wie oben ausgeführt dürfen Mitglieder des Verwaltungsrats in den drei Jahren vor ihrer Ernennung nicht der Geschäftsleitung der Gruppe oder einer ihrer Tochtergesellschaften angehört haben.

Präsident des Verwaltungsrats

Der Präsident des Verwaltungsrats ist ein nicht exekutives Verwaltungsratsmitglied im Sinne des Schweizer Bankenrechts und erfüllt seine Funktion im Vollamt entsprechend der Praxis, die von unserer wichtigsten Aufsichtsbehörde, der FINMA, erwartet wird. Er koordiniert die Arbeit des Verwaltungsrats, arbeitet mit den Kommissionsvorsitzenden bei der Koordination der Aufgaben der Kommissionen zusammen und stellt einen angemessenen Informationsfluss unter den einzelnen Mitgliedern sicher, damit diese ihre Verantwortung ordnungsgemäss wahrnehmen können. Der Verwaltungsratspräsident bestimmt Geschäftsordnung und wichtige Schlüsselthemen des Verwaltungsrats, insbesondere betreffend die strategische Entwicklung der Gruppe, Nachfolgeplanung, Struktur und Organisation der Gruppe, Corporate Governance sowie Vergütung und Vergütungssystem, einschliesslich der Leistungsbeurteilung und Vergütung des CEO und

der Geschäftsleitung. Er führt den Vorsitz im Verwaltungsrat, im Chairman's and Governance Committee und an den Generalversammlungen und vertritt die Gruppe aktiv gegenüber wichtigen Aktionären, Investoren, Aufsichtsbehörden, Branchenvereinigungen und anderen Anspruchsgruppen. Der Präsident des Verwaltungsrats übt keine exekutiven Geschäftsführungsaufgaben aus. Mit Ausnahme des Chairman's and Governance Committee gehört der Präsident keiner Verwaltungsratskommission an. Allerdings kann er als Gast ohne Stimmrecht an ausgewählten Kommissionsitzungen teilnehmen.

Gewaltentrennung

Im Einklang mit dem schweizerischen Bankengesetz operiert die Gruppe mit einer doppelten Führungsstruktur. Strikt getrennt sind demnach die Aufgaben der Gesamtleitung, Aufsicht und Kontrolle, die in die Zuständigkeit des Verwaltungsrats fallen, und die Aufgaben der Geschäftsführung, für welche die Geschäftsleitung zuständig ist. Die Aufgaben des Verwaltungsratspräsidenten (nicht exekutiv) und des CEO (exekutiv) werden von zwei verschiedenen Personen wahrgenommen.

Lead Independent Director

Der Verwaltungsrat kann einen Lead Independent Director ernennen. Gilt der Präsident gemäss der Einschätzung des Verwaltungsrats als nicht unabhängig, so muss der Verwaltungsrat einen Lead Independent Director ernennen. Der Lead Independent Director kann Sitzungen des Verwaltungsrats ohne Anwesenheit des Präsidenten einberufen.

Pflichten des Verwaltungsrats

In Übereinstimmung mit dem OGR delegiert der Verwaltungsrat bestimmte Aufgaben an seine Kommissionen und die operative Leitung der Gesellschaft sowie die Vorbereitung und Umsetzung der Beschlüsse des Verwaltungsrats an bestimmte Geschäftsleitungsgremien oder einzelne Geschäftsleitungsmitglieder, soweit dies durch das Gesetz, im Besonderen Artikel 716a und 716b des Schweizerischen Obligationenrechts, und die Statuten erlaubt ist.

Dem Verwaltungsrat obliegt die Gesamtleitung, die Aufsicht und Kontrolle der Gruppe. Er prüft regelmässig das Konkurrenzumfeld und genehmigt die Strategie- und Finanzpläne. An jeder ordentlichen Sitzung wird dem Verwaltungsrat über die finanzielle Entwicklung, die Kapitalisierung, Finanzierungs- und Liquiditätslage der Gruppe Bericht erstattet. Zusätzlich erhält der Verwaltungsrat monatlich Unterlagen, worin die Entwicklung und finanzielle Lage der Gruppe im Detail dargestellt wird. Ferner erhält er vierteljährliche Berichte über die Risikoentwicklung und Zukunftsszenarien. Schliesslich informiert die Geschäftsleitung den Verwaltungsrat regelmässig über andere wichtige Angelegenheiten und besondere Vorkommnisse. Zwecks angemessener Erfüllung ihrer Verantwortlichkeit haben Verwaltungsratsmitglieder Zugang zu sämtlichen die Gruppe betreffenden Informationen.

Der Verwaltungsrat prüft und beschliesst bedeutende Veränderungen in der Organisation der Gruppe und genehmigt bedeutende Akquisitionen, Verkäufe, Investitionsvorhaben sowie andere

wichtige Projekte. Der Verwaltungsrat und seine Kommissionen sind berechtigt, ohne Rücksprache mit der Geschäftsleitung und auf Kosten der Gruppe ihnen geeignet erscheinende externe Rechts-, Finanz- oder andere Berater zu Themen in ihren Aufgabengebieten beizuziehen.

Governance von Gruppengesellschaften

Der Verwaltungsrat trägt die übergeordnete Verantwortung für die Sicherstellung einer angemessenen Governance für die Gruppengesellschaften. Im Einklang mit dem OGR ernennt und entlässt der Verwaltungsrat den Präsidenten und die Verwaltungsratsmitglieder der wichtigsten Tochtergesellschaften der Gruppe und genehmigt ihre Vergütung. Eine Weisung, welche die betroffenen Tochtergesellschaften nennt und Grundregeln bezüglich Nomination und Vergütung festlegt, wird vom Verwaltungsrat jährlich überprüft.

Beurteilung des Verwaltungsrats

Einmal jährlich führt der Verwaltungsrat eine Selbstbeurteilung durch. Dabei vergleicht er seine eigene Leistung mit dem in seinem Reglement festgelegten Mandat sowie den Zielen des Verwaltungsrats. Er beschliesst künftige Ziele, einschliesslich Schwerpunktthemen, sowie einen Arbeitsplan für das kommende Jahr. Der Präsident nimmt an der Diskussion über seine eigene Leistung nicht teil. Im Rahmen der Selbstbeurteilung bewertet der Verwaltungsrat auch seine Effektivität in Bezug auf Struktur und Zusammensetzung des Verwaltungsrats, Kommunikation und Berichterstattung, Qualität der Diskussion und des Entscheidungsfindungsprozesses. Der Verwaltungsrat kann im Rahmen der Selbstbeurteilung auch externe Berater beiziehen.

KOMMISSIONEN DES VERWALTUNGSRATS

Anlässlich jeder Sitzung des Verwaltungsrats berichten die Vorsitzenden der Kommissionen über die Aktivitäten ihrer jeweiligen Kommissionen. Zusätzlich können die Mitglieder des Verwaltungsrats jederzeit die Protokolle einschliesslich der dazugehörigen Sitzungsunterlagen der Kommissionen einsehen.

Chairman's and Governance Committee

Dem Chairman's and Governance Committee gehören der Präsident des Verwaltungsrats, der Vize-Präsident, die Präsidenten der Kommissionen des Verwaltungsrats sowie allfällige weitere vom Verwaltungsrat bestimmte Mitglieder an. Es kann auch nicht unabhängige Verwaltungsratsmitglieder umfassen. Unserem Chairman's and Governance Committee gehören sechs Mitglieder an, die alle unabhängig sind.

Das Chairman's and Governance Committee verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement. Die Sitzungen, an denen auch regelmässig der CEO teilnimmt, finden in der Regel einmal monatlich statt. Bei Bedarf werden weitere Mitglieder der Geschäftsleitung oder Fachspezialisten zu den Sitzungen eingeladen.

Das Chairman's and Governance Committee berät den Verwaltungsratspräsidenten und unterstützt ihn in der Vorbereitung der Verwaltungsratsitzungen. Ferner hat das Chairman's and

Governance Committee die Aufgabe, Corporate-Governance-Standards zu erarbeiten und überprüfen und sie dem Verwaltungsrat zur Genehmigung zu unterbreiten. Das Chairman's and Governance Committee beurteilt mindestens einmal jährlich die Unabhängigkeit der Verwaltungsratsmitglieder und präsentiert seine Einschätzung dem Verwaltungsrat zur abschliessenden Beurteilung. Das Chairman's and Governance Committee ist zudem verantwortlich für die Evaluation, Rekrutierung und Nominierung neuer Verwaltungsratsmitglieder unter Berücksichtigung des geltenden internen Anforderungsprofils sowie der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien.

Ausserdem sorgt das Chairman's and Governance Committee für die jährlich durch den Verwaltungsrat vorzunehmende Leistungsbeurteilung des Verwaltungsratspräsidenten, des CEO sowie der Mitglieder der Geschäftsleitung. Das Chairman's and Governance Committee schlägt dem Verwaltungsrat die Ernennung, die Entlassung oder den Austausch von Geschäftsleitungsmitgliedern vor. Es berät ausserdem mit dem Präsidenten und dem CEO die Nachfolgeplanung bezüglich wichtiger Funktionen in der Gruppe und macht Vorschläge zur Besetzung dieser Positionen.

Das Chairman's and Governance Committee führt einmal jährlich eine Selbstbeurteilung durch, bei der es seine eigene Leistung mit den in den Statuten festgelegten Verpflichtungen und den Zielen der Kommission vergleicht und allfällige Schwerpunktthemen für das kommende Jahr festlegt.

Audit Committee

Das Audit Committee besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die allesamt unabhängig sein müssen. Der Vorsitzende des Risk Committee wird in der Regel als Mitglied des Audit Committee ernannt. Unser Audit Committee besteht derzeit aus vier unabhängigen Mitgliedern.

Das Audit Committee verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement. Die Mitglieder des Audit Committee unterliegen neben den für Verwaltungsratsmitglieder geltenden Unabhängigkeitserfordernissen weiteren Unabhängigkeitserfordernissen. So darf ein Mitglied des Audit Committee weder eine mit der Gruppe verbundene Person sein, noch darf es, abgesehen von der Entschädigung für seine Verwaltungsrats- und Kommissionstätigkeit, weder direkt noch indirekt anderweitige Entschädigungen für Beratungen oder Dienstleistungen von der Credit Suisse empfangen. In Übereinstimmung mit dem Reglement müssen zudem alle Mitglieder des Audit Committee über vertiefte Kenntnisse im Finanz- und Rechnungswesen verfügen. Darüber hinaus sollen sie nicht Mitglieder des Audit Committee von mehr als zwei weiteren Gesellschaften sein, es sei denn, der Verwaltungsrat befindet, dass dies eine Mitgliedschaft im Audit Committee der Credit Suisse nicht beeinträchtigt.

Des Weiteren verlangt die US Securities and Exchange Commission (SEC), dass das Unternehmen offenlegt, ob eines oder mehrere Mitglieder des Audit Committee als sogenannte «Financial Experts» im Sinne von SOX gelten. Der Verwaltungsrat hat John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee, als «Financial Expert» bezeichnet.

Das Audit Committee trifft sich mindestens vierteljährlich vor der Veröffentlichung der Quartalsergebnisse der Gruppe zu Sitzungen. Darüber hinaus finden während des Jahres zusätzliche Sitzungen oder Workshops statt. An den Sitzungen nehmen je nach Geschäftsordnung Vertreter der Geschäftsleitung, der Leiter der Internen Revision sowie Vertreter der externen Revisionsgesellschaft teil. Den internen und externen Revisoren wird regelmässig die Möglichkeit geboten, Themen mit dem Audit Committee ohne Beisein von Managementvertretern zu diskutieren. Der Leiter der Internen Revision ist direkt dem Vorsitzenden des Audit Committee unterstellt.

Das Audit Committee ist vor allem für die folgenden Aufgaben verantwortlich:

- die Überwachung und Beurteilung der Integrität der Abschlüsse und der externen Darstellung der finanziellen Situation sowie der operativen Resultate und des Cashflows der Gruppe;
- die Prüfung der Angemessenheit der Prozesse bezüglich Finanzbuchhaltung und -berichterstattung sowie der Effizienz der internen Kontrollen in der Rechnungslegung;
- die Prüfung der Prozesse zur Sicherstellung der Einhaltung der wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Anforderungen durch die Gruppe, einschliesslich Kontrolle der Offenlegungen und der entsprechenden Verfahren;
- die Prüfung der Angemessenheit der Steuerung von operativen Risiken in Zusammenarbeit mit dem Risk Committee, einschliesslich der Beurteilung der Effizienz von internen Kontrollen, die über den Rechnungslegungsbereich hinausgehen;
- die Prüfung des angemessenen Umgangs mit Reputationsrisiken in Zusammenarbeit mit dem Risk Committee; und
- die Beurteilung der Qualifikation, der Unabhängigkeit und der Leistung der internen und der externen Revisoren.

Das Audit Committee wird regelmässig über bedeutende Projekte zur Verbesserung der Schlüsselprozesse orientiert und erhält zudem regelmässig Berichte über die wichtigsten Rechtsfälle, Compliance-Vorfälle und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten. Das Audit Committee beaufsichtigt die Arbeit der externen Revisionsgesellschaft und genehmigt die Beauftragung und Entschädigung für alle Aufgaben innerhalb und ausserhalb des eigentlichen Revisionsmandats. In diesem Zusammenhang hat die Kommission ein Reglement erlassen, das die Unabhängigkeit der externen Revisionsgesellschaft wahren soll. Das Reglement beschränkt die Kategorien von Aufgaben, mit welchen die Gruppe die Revisionsgesellschaft im Zusammenhang mit Revisionen betrauen darf, auf eigentliche Revisionstätigkeiten und bestimmte Arten von Dienstleistungen ausserhalb des Revisionsmandats, insbesondere revisionsnahe Dienstleistungen, Dienstleistungen im Steuerbereich oder übrige Dienstleistungen, soweit sie vom Audit Committee im Voraus bewilligt wurden. Alle weiteren Mandate müssen vom Audit Committee einzeln bewilligt werden. Die externe Revisionsgesellschaft muss dem Audit Committee regelmässig über den Umfang der ihr erteilten Mandate und der damit verbundenen Honorare berichten. Weiter hat das Audit Committee spezielle Regeln

erstellt, welche die Prozesse für die Behandlung von Hinweisen betreffend Probleme im Bereich Rechnungslegung, interne Kontrolle oder Revisionsangelegenheiten regeln, einschliesslich der Bereitstellung einer Hotline, über welche Beschwerden vertraulich und anonym deponiert werden können. Das Audit Committee führt jährlich eine Selbstbeurteilung durch, anlässlich welcher es seine eigene Leistung im abgelaufenen Jahr im Hinblick auf die im Reglement aufgeführten Verantwortlichkeiten und die Zielsetzungen des Ausschusses überprüft sowie Schwerpunktthemen für das kommende Jahr verabschiedet.

Compensation Committee

Der Vergütungsausschuss (Compensation Committee) besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die allesamt unabhängig sein müssen. Unser Vergütungsausschuss besteht derzeit aus vier unabhängigen Mitgliedern.

Die Kommission verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement. Reglementgemäss finden mindestens vier Sitzungen im Jahr statt. Zusätzliche Sitzungen können jederzeit einberufen werden. Die Aufgaben und Pflichten des Vergütungsausschusses umfassen die Überarbeitung der Vergütungspraxis der Gruppe sowie neuer beziehungsweise revidierter Vergütungsprogramme zuhanden des Gesamtverwaltungsrats. Weiter gehören dazu die Überprüfung der Leistungen der Geschäftsbereiche und der betreffenden Managementteams sowie die Festlegung und/oder Empfehlung der gesamthaft zu entrichtenden variablen Vergütung, der Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, des CEO und der Geschäftsleitung (auf Vorschlag des CEO) zwecks Genehmigung durch den Verwaltungsrat. Bei Bedarf nehmen Vertreter der Geschäftsleitung teil.

Gemäss seinem Reglement ist der Vergütungsausschuss berechtigt, externe Berater auf Kosten der Gruppe beizuziehen, um den Vergütungsausschuss zu beraten. Der Vergütungsausschuss wird in seiner Arbeit von einer externen Anwaltskanzlei (Nobel & Hug) sowie einem Beratungsunternehmen (Johnson Associates, Inc.) unterstützt. Die von Johnson Associates, Inc. erbrachten Dienstleistungen beschränken sich ausschliesslich auf die Unterstützung des Vergütungsausschusses. Der Vergütungsausschuss setzt sich einmal jährlich kritisch mit seiner eigenen Leistung auseinander und legt die Ziele sowie allfällige Schwerpunktthemen für das kommende Jahr fest.

► Siehe «Governance» in Vergütung – Vergütung der Geschäftsleitung für Informationen zur unserer Vergütungspolitik.

Risk Committee

Das Risk Committee besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Es kann auch nicht unabhängige Mitglieder umfassen. Der Vorsitzende des Audit Committee wird in der Regel als Mitglied des Risk Committee ernannt. Unser Risk Committee besteht derzeit aus sechs Mitgliedern, die alle unabhängig sind.

Das Risk Committee verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement und trifft sich in der Regel viermal pro Jahr. Zusätzliche Sitzungen können jederzeit einberufen

werden. Bei Bedarf werden Vertreter des Managements zu den Sitzungen eingeladen.

Die Hauptaufgabe des Risk Committee ist die Unterstützung des Verwaltungsrats bei der Prüfung und Beurteilung der Funktionsfähigkeit und Angemessenheit der Risikomanagementfunktion der Gruppe. Dies betrifft insbesondere Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken. Zudem prüft die Kommission, ob die Kapitalausstattung der Gruppe und die Allokation des Kapitals an die einzelnen Geschäftsbereiche angemessen sind. Sie prüft bestimmte Risikolimiten, spricht Empfehlungen an den Verwaltungsrat aus und prüft und beurteilt den Rahmen für die Risikobereitschaft der Gruppe. Das Risk Committee befasst sich auch mit der Prüfung und Beurteilung der Angemessenheit im Umgang mit Reputations- und operationellen Risiken einschliesslich des internen Kontrollsystems und arbeitet zu diesem Zweck mit dem Audit Committee zusammen. Das Risk Committee beurteilt einmal im Jahr seine eigenen Leistungen und legt die Ziele sowie allfällige Schwerpunktthemen für das kommende Jahr fest.

BANKBEZIEHUNGEN SOWIE TRANSAKTIONEN MIT NAHESTEHENDEN PERSONEN UND UNTERNEHMEN

Bankbeziehungen

Die Credit Suisse ist ein global tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen. Viele ihrer Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung oder mit ihnen verbundene Gesellschaften unterhalten Bankbeziehungen mit uns. Die Gruppe beziehungsweise im Bankgeschäft engagierte Tochtergesellschaften der Gruppe können Finanzierungs- und andere Bankgeschäfte mit Unternehmen tätigen, bei denen gegenwärtige Mitglieder des Verwaltungsrats oder der Geschäftsleitung einen bedeutenden Einfluss gemäss Definition der SEC ausüben, beispielsweise indem sie Verwaltungsrats- und/oder Geschäftsleitungsfunktionen in den betreffenden Unternehmen wahrnehmen. Mit Ausnahme der nachstehenden Transaktionen werden alle diese Geschäftsbeziehungen der Gruppe mit Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung und solchen Unternehmen im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen eingegangen. Falls nicht anders vermerkt, wurden sämtliche Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats oder der Geschäftsleitung oder mit ihnen verbundene Unternehmen im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen, einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, vergeben, wie sie bei der Vergabe für vergleichbare Geschäfte mit anderen Personen galten. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem wiesen die Kredite keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf. Per 31. Dezember 2013, 2012 beziehungsweise 2011 bestanden keine Kreditpositionen gegenüber entsprechenden nahestehenden Personen, die nicht im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen erfolgt waren.

► Siehe «Aktienbestände und Kredite der Geschäftsleitung» und «Aktienbesitz sowie Kredite des Verwaltungsrats» unter Vergütung für eine Liste der ausstehenden Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats.

Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Austausch von T1-Kapitalinstrumenten

Im Februar 2011 schloss die Gruppe mit verbundenen Einheiten der Qatar Investment Authority (QIA) sowie der The Olayan Group, die beide massgeblich in Aktien und anderen Finanzinstrumenten der Gruppe engagiert sind, definitive Vereinbarungen über die Emission von Kapitalinstrumenten des Kernkapitals (T1) mit hohem Auslösungssatz (im Folgenden als neue T1 Capital Notes bezeichnet) ab. Im Rahmen dieser Vereinbarungen beschlossen QIA und The Olayan Group den Erwerb von neuen T1 Capital Notes im Wert von USD 3,45 Mia. und CHF 2,5 Mia. im Austausch gegen ihre Positionen in T1 Capital Notes in Höhe von USD 3,45 Mia. (mit einem Coupon von 11%) und CHF 2,5 Mia. (mit einem Coupon von 10%) aus dem Ausgabejahr 2008 (zusammen im Folgenden als T1 Capital Notes bezeichnet) oder, falls diese T1 Capital Notes vollumfänglich zurückgezahlt worden waren, gegen Barmittel.

Im Juli 2012 schloss die Gruppe mit der verbundenen Einheit der The Olayan Group eine Änderungsvereinbarung zum vorzeitigen Umtausch ihrer T1 Capital Notes in Höhe von USD 1,725 Mia. (mit einem Coupon von 11%) in einen äquivalenten Nominalbetrag an neuen T1 Capital Notes ab. Im Oktober 2013 tauschte die Gruppe, gestützt auf die frühere Vereinbarung mit einer verbundenen Einheit von QIA, den Bestand dieser Einheit an T1 Capital Notes von CHF 2,5 Mia. (mit einem Coupon von 10%) und T1 Capital Notes von USD 1,72 Mia. (mit einem Coupon von 11%) gegen äquivalente Nominalbeträge an neuen T1 Capital Notes um. Diese Transaktionen wurden von der FINMA genehmigt.

Gemäss den Bestimmungen werden die neuen T1 Capital Notes in Stammaktien der Credit Suisse Group umgewandelt, sollte die gemäss Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) ermittelte Quote des harten Kernkapitals (Common Equity T1, CET1) der Gruppe zum Ende eines Kalenderquartals unter 7% (oder eine anwendbare niedrigere Mindestgrenze) fallen. Davon ausgenommen sind Fälle, in denen die FINMA auf Antrag der Gruppe bei oder vor der Veröffentlichung der Quartalsergebnisse der Gruppe zustimmt, dass Massnahmen, Umstände oder Ereignisse die Quote wieder über den anwendbaren Schwellenwert gehoben haben beziehungsweise in Kürze heben werden. Die neuen T1 Notes werden auch dann umgewandelt, wenn die FINMA dies für notwendig erachtet oder die Gruppe eine staatliche Kapitalunterstützung benötigt, um zu verhindern, dass sie zahlungsunfähig wird, in Konkurs geht oder nicht in der Lage ist, einen Grossteil ihrer Verbindlichkeiten zurückzuzahlen, oder wenn andere ähnliche Umstände eintreten. Ausserdem wird die Wandlung der neuen T1 Capital Notes, die an verbundene Einheiten der The Olayan Group ausgegebenen wurden, ausgelöst, falls die FINMA vor Ablauf eines Kalenderquartals einen Zwischenbericht verlangt und die ausgewiesene Quote des harten Kernkapitals der Gruppe per Ende der betreffenden Berichtsperiode unter 5% fällt. Der Wandelpreis entspricht dem höheren der beiden nachfolgenden Preise: einem vorgegebenen Mindestkurs je Aktie (mit den üblichen Anpassungen) oder dem täglichen volumengewichteten

durchschnittlichen Verkaufskurs der Stammaktien der Gruppe in den fünf der Wandelmitteilung vorangehenden Tagen. Im Zusammenhang mit dem im Juli 2012 erfolgten Austausch wurde der Wandelmindestpreis der neuen T1 Capital Notes, die beim Austausch geliefert wurden, sowie der verbleibenden neuen T1 Capital Notes, die im Oktober 2013 umgetauscht wurden, an den Wandelpreis der nachstehend beschriebenen MACCS angepasst. Die neuen T1 Capital Notes sind tief nachrangig, unbefristet und können von der Gruppe frühestens im Jahr 2018 sowie unter anderen Umständen mit Genehmigung der FINMA gekündigt werden. Auf die neuen T1 Capital Notes in Höhe von USD 3,45 Mia. und CHF 2,5 Mia. wird ein fester Coupon von 9,5% beziehungsweise 9,0% gezahlt, der nach dem ersten Call-Datum neu festgesetzt wird. Die Couponzahlungen unterliegen im Allgemeinen dem Ermessen des Emittenten (sofern kein auslösendes Ereignis eingetreten ist), können unter bestimmten Umständen ausgesetzt werden und sind nicht kumulativ.

Zum Zeitpunkt der ursprünglichen Transaktion qualifizierte die Gruppe die Transaktion im Hinblick auf die Beurteilung der Bedingungen und der Corporate Governance als bedeutend und erachtete die QIA und The Olayan Group als nahestehende Gesellschaften des derzeitigen Verwaltungsratsmitglieds Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani beziehungsweise des damaligen Verwaltungsratsmitglieds Aziz R.D. Syriani. Der Verwaltungsrat (mit Ausnahme von Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani und Aziz R.D. Syriani, die sich nicht am Entscheidungsfindungsprozess beteiligten) befand, dass die Bedingungen der ursprünglichen Transaktion angesichts ihrer Grösse, der Art des bedingten Kapitalinstruments, für das es keinen bestehenden Markt gibt, sowie der Bedingungen der 2008 ausgegebenen und von QIA und The Olayan Group gehaltenen T1 Capital Notes angemessen waren. Am 26. April 2013 trat Aziz R.D. Syriani aus dem Verwaltungsrat zurück, und es wurde keine mit The Olayan Group verbundene Person in den Verwaltungsrat gewählt.

Ausführung von bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS)

Im Juli 2012 gab die Gruppe MACCS im Umfang von CHF 3,8 Mia. aus, die am 29. März 2013 zwingend in 233,5 Mio. Aktien zu einem Wandelpreis von CHF 16.29 je Aktie umgewandelt wurden. Die Ausführung und Lieferung der Aktien erfolgte am 8. April 2013. Strategische und institutionelle Anleger erwarben MACCS in Höhe von CHF 2,0 Mia., und Aktionäre übten Vorzugszeichnungsrechte für MACCS in Höhe von CHF 1,8 Mia. aus. Der Wandelpreis entsprach 95% des volumengewichteten durchschnittlichen Börsenkurses an den beiden Handelstagen unmittelbar vor der Transaktion. Zu den Anlegern in MACCS zählen verbundene Einheiten von QIA und The Olayan Group, die nach Ansicht der Gruppe auch als nahestehende Gesellschaften unseres derzeitigen Verwaltungsratsmitglieds Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani und

unseres damaligen Verwaltungsratsmitglieds Aziz R.D. Syriani zu qualifizieren sind. Nebst QIA und The Olayan Group haben eine Reihe anderer Kapitalgeber der Gruppe MACCS erworben. Dazu gehörten die Norges Bank und die Capital Group Companies Inc., die wie QIA und The Olayan Group ebenfalls bedeutende Aktienpositionen an unserer Gruppe halten. Die Bedingungen für die Wandlung der MACCS waren für sämtliche Käufer identisch.

► Siehe «Kapitalaufnahmen und Rückzahlungen» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen über die neuen T1 Capital Notes und die MACCS.

Plus Bonds

Im Jahr 2013 teilten wir bestimmten Mitarbeitenden Plus Bonds als aufgeschobene variable Vergütung für 2012 zu. Wir boten denjenigen Mitgliedern der Geschäftsleitung, die nicht an der Strukturierung der Plus Bonds beteiligt waren, die Möglichkeit, ihre eigenen Mittel in Instrumente mit im Wesentlichen den gleichen Bedingungen wie die Plus Bond Awards, die Mitarbeitenden zugeteilt wurden, zu investieren. In der Folge erwarben einige Mitglieder der Geschäftsleitung im Februar 2013 Plus-Bond-Instrumente in Höhe von insgesamt CHF 9 Mio.

► Siehe «Plus Bond Awards» in Vergütung – Nicht länger eingesetzte Vergütungen für weitere Informationen.

Kredit zugunsten der Arcapita Bank

Im Februar 2012 stufte die Gruppe einen Kredit der Gruppe an die Arcapita Bank B.S.C. (Arcapita Bank) mit einem ausstehenden Nominalbetrag von USD 30 Mio. auf den Status «gefährdet» herab. Bei der Arcapita Bank handelt es sich um eine internationale Investmentgesellschaft mit Sitz in Bahrain. Der betreffende Kredit wurde im Jahr 2007 zu marktüblichen Konditionen gewährt. Zu diesem Zeitpunkt wies der Kredit kein überdurchschnittliches Wiedereinbringungsrisiko oder andere ungünstige Eigenschaften auf. Die Arcapita Bank konnte über unser Verwaltungsratsmitglied Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani als ein der Gruppe nahestehendes Unternehmen gelten, da Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani auch Mitglied des Verwaltungsrats der Arcapita Bank war. Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani gehörte seit Oktober 2008 dem Verwaltungsrat der Arcapita Bank an, seit 2010 ist er Mitglied des Verwaltungsrats der Gruppe. In beiden Gremien nahm er erst Einsitz, nachdem der Kredit gewährt worden war. Im März 2012 leitete die Arcapita Bank in den USA ein Insolvenzerfahren nach Chapter 11 ein. Danach veräusserte die Gruppe ihre Kreditposition in Höhe von USD 30 Mio. an eine unabhängige Drittpartei. Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani trat 2013 aus dem Verwaltungsrat der Arcapita Bank aus.

► Siehe «Anhang 29 – Organe und diesen nahestehende Personen und Unternehmen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen über Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen.

Lebensläufe der Verwaltungsratsmitglieder



Urs Rohner
Jahrgang 1959
Schweizer Staatsangehöriger

Urs Rohner ist seit der Generalversammlung 2011 vollamtlicher Präsident des Verwaltungsrats und Vorsitzender des Chairman's and Governance Committee. Er war vollamtlicher Vize-Präsident des Verwaltungsrats und Mitglied des Chairman's and Governance Committee sowie des Risk Committee (2009–2011). Urs Rohner war Mitglied der Executive Boards der Credit Suisse Group (2004–2009) und der Credit Suisse (2005–2009), dies als General Counsel der Gruppe (2004–2009), Chief Operating Officer (COO) (2006–2009) und General Counsel der Credit Suisse (2005–2009). Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. Urs Rohner wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats und als Verwaltungsratspräsident vorgeschlagen. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Urs Rohner war Vorstandsvorsitzender und CEO von ProSieben und der ProSiebenSat.1 Media AG (2000–2004) sowie CEO der ProSieben Media AG (2000). Von 1992 bis 1999 war er Partner bei Lenz & Staehelin und als Rechtsanwalt bei den Anwaltskanzleien Sullivan & Cromwell LLP in New York (1988–1989) und Lenz & Staehelin in Zürich (1990–1992, 1983–1988) tätig. Urs Rohner absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich, das er 1983 abschloss. 1986 erwarb er das Anwaltspatent des Kantons Zürich und 1990 wurde er in New York als Anwalt zugelassen.

Urs Rohner ist Stiftungsratspräsident und Stiftungsratsmitglied des Credit Suisse Research Institute und der Credit Suisse Foundation. Er ist Vorstands- und Beiratsmitglied verschiedener internationaler Organisationen, wie etwa des Institute of International Finance und des Institut International d'Etudes Bancaires, des European Financial Services Round Table, der European Banking Group, Mitglied des internationalen Beirats des Moscow International Financial Center und des International Business Leaders Advisory Council für den Bürgermeister von Beijing. Seit 2013 ist Urs Rohner Mitglied der vom Schweizer Bundesrat eingesetzten Expertengruppe zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie. Er ist zudem Mitglied des Stiftungsrats von Avenir Suisse und der Alfred-Escher-Stiftung, Mitglied des Vorstands von Economiesuisse und der International Institute for Management Development Foundation sowie Vorsitzender des Beirats des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Zürich und Mitglied des Stiftungsrats des Lucerne Festival.



Peter Brabeck-Letmathe
Jahrgang 1944
Österreichischer
Staatsangehöriger

Peter Brabeck-Letmathe ist seit 2008 Vize-Präsident des Verwaltungsrats, eine Funktion, die er bereits von 2000 bis 2005 ausübte. Er gehört dem Verwaltungsrat seit 1997 an und ist seit 2008 Mitglied des Chairman's and Governance Committee, dem er auch bereits von 2003 bis 2005 angehörte. Er war zudem Mitglied des Vergütungsausschusses von 2008 bis 2011 und von 2000 bis 2005. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung vom 9. Mai 2014 ab. Peter Brabeck-Letmathe tritt an diesem Datum aus dem Verwaltungsrat zurück.

Peter Brabeck-Letmathe ist seit 2005 Verwaltungsratspräsident der Nestlé SA und war Vize-Präsident des Verwaltungsrats von 2001 bis 2005. Zwischen 1997 und 2008 war er zudem CEO der Nestlé SA. Seit 1987 ist er am Hauptsitz von Nestlé SA in Vevey tätig. Er begann seine berufliche Laufbahn in der österreichischen Verkaufsgesellschaft von Nestlé SA nach seinem Studienabschluss im Jahr 1968. Während seiner Karriere bei Nestlé SA nahm er verschiedene Aufgaben in mehreren europäischen Ländern sowie in Lateinamerika wahr. Ausserdem war er von 2000 bis 2010 Mitglied des Verwaltungsrats der Roche Holding SA und zwischen 1997 und 2004 von Gesparal SA Paris, Frankreich. Peter Brabeck-Letmathe studierte Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule für Welthandel in Wien.

Peter Brabeck-Letmathe ist seit 1997 Vize-Präsident des Verwaltungsrats der L'Oréal SA, Paris, und seit 2010 Mitglied des Verwaltungsrats der Exxon Mobil Corporation. Zudem ist er seit 2010 Mitglied beziehungsweise seit 2012 Präsident des Verwaltungsrats der Delta Topco (Formula 1). Ausserdem ist er Mitglied des Gründungsausschusses des Weltwirtschaftsforums und des European Round Table of Industrialists.



**Jassim Bin Hamad J.J.
Al Thani**
Jahrgang 1982
Katarischer
Staatsangehöriger

Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ist seit 2010 Mitglied des Verwaltungsrats. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen. Er wurde in Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe vom Verwaltungsrat für nicht unabhängig erklärt. Weitere Informationen finden sich unter «Ermittlung der Unabhängigkeit».

Seit April 2005 ist Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani Präsident des Verwaltungsrats der Qatar Islamic Bank. Er ist auch Präsident von QInvest, der ersten in Qatar gegründeten islamischen Investmentbank, Damaan Islamic Insurance Co. (BEEMA) und Q-RE LLC, einer Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaft. Er ist CEO des Familienunternehmens Al Mirqab Capital LLC, Katar, und Mitglied des Verwaltungsrats der Qatar Navigation Company und der Qatar Insurance Company.

Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani hat in Qatar studiert und hat die Royal Military Academy in Sandhurst, England, als Officer Cadet abgeschlossen.



Iris Bohnet
Jahrgang 1966
Schweizer Staatsangehörige

Iris Bohnet ist seit der Generalversammlung 2012 Mitglied des Verwaltungsrats und des Vergütungsausschusses. Ihre Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. Iris Bohnet wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde sie vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Iris Bohnet ist seit 2006 Professorin für Public Policy an der Harvard Kennedy School, Cambridge/Massachusetts, und seit 2011 Academic Dean der Harvard Kennedy School. Iris Bohnet ist auch Direktorin des «Women and Public Policy Program» der Harvard Kennedy School. Sie trat 1998 als Assistant Professor in die akademische Fakultät der Harvard University ein und wurde 2003 zum Associate Professor ernannt. Sie war zudem von 1997 bis 1998 als Wissenschaftlerin an der Haas School of Business an der University of California, Berkeley, tätig. Iris Bohnet erwarb 1992 an der Universität Zürich einen Master-Abschluss in Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft und 1997 einen Doktorabschluss in Wirtschaftswissenschaften.

Iris Bohnet ist zurzeit Mitglied des Universitätsrats der Universität Luzern, Mitglied des Beirats der Wirtschaftsuniversität Wien und Mitglied des Global Agenda Council on Women's Empowerment des World Economic Forum. Sie ist zudem Mitglied des Beirats des Decision Making and Negotiations Journal.



Noreen Doyle
 Jahrgang 1949
 Irische und amerikanische
 Staatsangehörige

Noreen Doyle ist seit 2004 Mitglied des Verwaltungsrats und seit 2009 Mitglied des Risk Committee. Sie war Mitglied des Audit Committee von 2007 bis 2009 und des Risk Committee von 2004 bis 2007. Seit 2012 ist Noreen Doyle Mitglied des Verwaltungsrats und seit 2013 hat sie den Vorsitz der beiden britischen Tochtergesellschaften Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited. Von 2011 bis 2012 hatte sie auch den Vorsitz des Audit Committee dieser beiden Gesellschaften inne. Ihre Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. Noreen Doyle wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde sie vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Noreen Doyle war von 2001 bis 2005 erste Vize-Präsidentin und Leiterin Banking der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). 1997 wurde sie Deputy Vice President, Risk Management, nachdem sie 1994 zum Chief Credit Officer ernannt worden war. Ihre Laufbahn bei der EBRD begann sie 1992 als Leiterin Syndikatsgeschäfte. Zuvor arbeitete Noreen Doyle während 18 Jahren bei der Bankers Trust Company, wo sie in verschiedenen Funktionen in Houston, New York und London tätig war. Noreen Doyle erwarb 1971 einen BA in Mathematik am College of Mount Saint Vincent, New York, und 1974 einen MBA in Finance am Dartmouth College, New Hampshire.

Noreen Doyle ist Mitglied des Verwaltungsrats von Newmont Mining Corporation und der QinetiQ Group Plc., einem britischen Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen. Zudem ist sie Mitglied des Beratungspanels des Macquarie European Infrastructure Fund und des Macquarie Renaissance Infrastructure Fund sowie Mitglied des Beirats von Sapphire Partners, einem britischen Executive-Search-Unternehmen. Schliesslich ist sie Vorsitzende des Board of Governors der Marymount International School, London, und Schirmherrin von Women in Banking and Finance, London.



Jean-Daniel Gerber
 Jahrgang 1946
 Schweizer Staatsangehöriger

Jean-Daniel Gerber ist seit der Generalversammlung 2012 Mitglied des Verwaltungsrats und des Audit Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. Jean-Daniel Gerber wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Jean-Daniel Gerber wurde vom Bundesrat im Jahr 2004 zum Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) im Range eines Staatssekretärs ernannt. 2011 trat er von dieser Funktion zurück. Jean-Daniel Gerber war Direktor des Bundesamts für Migration von 1997 bis 2004 und Executive Director bei der Weltbankgruppe in Washington, D.C. von 1993 bis 1997. Zuvor war er Leiter des Wirtschafts- und Finanzdienstes der schweizerischen Botschaft in Washington, D.C., und Vertreter der Schweiz bei der World Trade Organization. Jean-Daniel Gerber studierte an der Universität Bern und erlangte 1972 einen Abschluss in Volkswirtschaft. Im Jahr 2007 wurde er von der Universität Bern zum Ehrendoktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ernannt.

Jean-Daniel Gerber ist Mitglied des Verwaltungsrats und des Entschädigungsausschusses der Lonza Group AG und leitet seit 2013 den Nominierungs- und Entschädigungsausschuss. Jean-Daniel Gerber ist Verwaltungsratspräsident und Vorsitzender des Investment Committee des Swiss Investment Fund for Emerging Markets sowie ferner Präsident der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft und Mitglied der JTI Foundation.



Walter B. Kielholz
 Jahrgang 1951
 Schweizer Staatsangehöriger

Walter B. Kielholz ist seit 1999 Mitglied des Verwaltungsrats, seit 2009 Mitglied des Vergütungsausschusses und seit 2011 Mitglied des Chairman's and Governance Committee. Zwischen 2003 und 2009 war er Präsident des Verwaltungsrats und Vorsitzender des Chairman's and Governance Committee, zwischen 1999 und 2002 präsierte er als Vorsitzender das Audit Committee und von 2009 bis 2011 war er Mitglied des Risk Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung vom 9. Mai 2014 ab. Walter B. Kielholz tritt an diesem Datum aus dem Verwaltungsrat zurück.

Seit Mai 2009 ist Walter Kielholz Präsident des Verwaltungsrats der Swiss Re, dessen Vize-Präsident beziehungsweise exekutiver Vize-Präsident er 2007 beziehungsweise 2003 wurde. Von 1997 bis 2002 war er CEO der Swiss Re, nachdem er bereits 1993 in die Geschäftsleitung der Swiss Re berufen worden war. Walter Kielholz kam Anfang 1989 zur Swiss Re in Zürich. 1986 trat er in die Credit Suisse ein, wo er für die Kundenbeziehungen zu grossen Versicherungsgesellschaften zuständig war. Ausgangspunkt der beruflichen Laufbahn von Walter Kielholz war die General Reinsurance Corporation in Zürich, wo er 1976 die Verantwortung für das Marketing in Europa übernahm. Walter Kielholz studierte an der Universität St. Gallen, Schweiz, und schloss sein Studium 1976 mit dem Lizentiat in Finanzwirtschaft und Rechnungswesen ab.

Walter Kielholz ist Vorsitzender des European Financial Services Roundtable und Vize-Präsident des Institute of International Finance. Des Weiteren ist er Mitglied des Beirats der Corsair Capital Ltd. und der Monetary Authority of Singapore sowie Mitglied des World Economic Forum International Business Council. Walter Kielholz ist ferner Mitglied und ehemaliger Vorsitzender des Aufsichtsrats von Avenir Suisse und leitender Berater für das Credit Suisse Research Institute. Schliesslich ist er Stiftungsratsmitglied des Lucerne Festival und Präsident der Zürcher Kunstgesellschaft.



Andreas N. Koopmann
 Jahrgang 1951
 Schweizer Staatsangehöriger

Andreas N. Koopmann ist seit der Generalversammlung 2009 Mitglied des Verwaltungsrats und des Risk Committee. Seit der Generalversammlung 2013 ist er zudem Mitglied des Vergütungsausschusses. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. Andreas Koopmann wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Von 1982 bis 2009 bekleidete Andreas Koopmann führende Positionen bei der Bobst Group SA Lausanne, einem weltweit führenden Verpackungsunternehmen. Er war unter anderem von 1995 bis 2009 CEO und von 1998 bis 2002 Mitglied des Verwaltungsrats des Unternehmens. Andreas Koopmann erwarb 1976 ein Diplom als Maschineningenieur der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH), Zürich, und 1978 einen MBA des Institute for Management Development, Lausanne.

Andreas Koopmann ist Verwaltungsratspräsident der Georg Fischer AG. Seit 2003 ist Andreas Koopmann Mitglied des Verwaltungsrats von Nestlé SA, deren Vize-Präsident und Mitglied des Chairman's and Corporate Governance Committee. Er ist überdies Mitglied des Verwaltungsrats der CSD Group, eines Schweizer Ingenieur- und Beratungsunternehmens, Mitglied des Beirats der Sonceboz SA, eines Elektromotorenherstellers, und Mitglied des Beirats von Spencer Stuart, Schweiz, einem Executive-Search-Unternehmen. Seit 2013 ist Andreas Koopmann Vorstandsmitglied von Economiesuisse.



Jean Lanier
Jahrgang 1946
Französischer
Staatsangehöriger

Jean Lanier ist seit 2005 Mitglied des Verwaltungsrats und des Audit Committee und seit 2011 Mitglied des Vergütungsausschusses. Seit der Generalversammlung 2013 ist Jean Lanier Vorsitzender des Vergütungsausschusses und Mitglied des Chairman's and Governance Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. Jean Lanier wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Jean Lanier ist der frühere Vorstandsvorsitzende und Group CEO von Euler Hermes, Paris. Er präsierte zudem von 1998 bis 2004 die Verwaltungsräte der wichtigsten Tochtergesellschaften von Euler Hermes. Davor war er Managing Director der Euler Group von 1997 bis 1998 sowie COO und Managing Director von SFAC von 1990 bis 1997, einer Vorgängergesellschaft von Euler Hermes SFAC. Er war von 1988 bis 1990 Managing Director von Pargesa in Paris und Genf sowie von 1983 bis 1989 Präsident von Lambert Brussels Capital Corporation in New York. Jean Lanier begann seine berufliche Karriere 1970 in der Paribas-Gruppe, bei der er bis 1983 tätig war. Er war in verschiedenen Funktionen tätig, unter anderem als Senior Vice President der Paribas Group Finance Division und als Senior Executive für Nordamerika in New York.

Er erlangte 1969 seinen Abschluss als Ingenieur an der Ecole Centrale des Arts et Manufactures, Paris, und 1970 sein Master-of-Science-Diplom an der Cornell University, New York.

Jean Lanier ist Präsident des Verwaltungsrats der Tochtergesellschaften von Swiss Re, Swiss RE Europe SA, Swiss RE International SE und Swiss RE Europe Holdings SA sowie Mitglied der Prüfungs- und Risikoausschüsse dieser Gesellschaften. Zudem ist er Stiftungsratsvorsitzender der Stiftung La Fondation Internationale de l'Arche und Boardmitglied von Friends of l'Arche Long Island. Jean Lanier wurde in Frankreich als Ritter der Ehrenlegion ausgezeichnet.



Kai S. Nargolwala
Jahrgang 1950
Staatsangehöriger von
Singapur

Kai S. Nargolwala wurde an der Generalversammlung 2013 zum Mitglied des Verwaltungsrats gewählt und vom Verwaltungsrat zum Mitglied des Risk Committee ernannt. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. Kai S. Nargolwala wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen. Er wurde zum Zeitpunkt seiner Wahl an der Generalversammlung 2013 aufgrund seiner früheren Position in der Geschäftsleitung für nicht unabhängig erklärt. Seit Ablauf der obligatorischen dreijährigen Karenzfrist Ende Oktober 2013 gilt er aber als unabhängig.

Kai S. Nargolwala war von 2008 bis 2010 Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse und CEO der Region Asien-Pazifik sowie von 2010 bis 2011 Non-Executive Chairman der Region Asien-Pazifik der Credit Suisse. Zwischen 1999 und 2007 arbeitete er bei der Standard Chartered Plc., wo er als Main Board Executive Director für Governance in Asien sowie für die Funktionen Global Risk und Special Assets Management der Gruppe verantwortlich war. Davor war Kai S. Nargolwala während fast zwanzig Jahren in verschiedenen Positionen bei der Bank of America tätig, unter anderem als Group Executive Vice President und Head of Asia Wholesale Banking Group. Nach dem Studienabschluss stieg er bei Peat Marwick Mitchell & Co. in London ein, wo er sechs Jahre lang arbeitete.

Kai S. Nargolwala schloss sein Wirtschaftsstudium 1969 an der Universität Delhi mit einem BA in Economics ab und erlangte 1974 ein Fellowship (FCA) des Institute of Chartered Accountants in England and Wales.

Kai S. Nargolwala ist seit 2006 Mitglied des Verwaltungsrats von Singapore Telecommunications Ltd., der grössten kotierten Gesellschaft Singapurs (und seit 2009 deren Lead Independent Director). Weiter ist er seit 2012 Mitglied des Verwaltungsrats von Prudential Plc., einem in Grossbritannien ansässigen globalen Finanzunternehmen, sowie Mitglied des Verwaltungsrats von PSA International Pte. Ltd. in Singapur, einem der weltweit grössten Hafengebiete. Zudem ist Kai S. Nargolwala seit 2012 Vorsitzender von Clifford Capital Pte. Ltd., einer von der Singapur Regierung unterstützten Gesellschaft zur Finanzierung von Auslandsprojekten von Unternehmen in Singapur, und Vorsitzender des Governing Board der Duke-NUS Graduate Medical School of Singapore. Schliesslich ist Kai S. Nargolwala Mitglied des Verwaltungsrats der Casino Regulatory Authority in Singapur und seit Februar 2014 Mitglied des Singapore Capital Markets Committee der Monetary Authority of Singapore.



Anton van Rossum
Jahrgang 1945
Niederländischer
Staatsangehöriger

Anton van Rossum ist seit 2005 Mitglied des Verwaltungsrats und seit 2008 Mitglied des Risk Committee. Zuvor gehörte er von 2005 bis 2008 dem Vergütungsausschuss an. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. Anton van Rossum wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Anton van Rossum war von 2000 bis 2004 CEO und Mitglied des Verwaltungsrats von Fortis sowie Verwaltungsratspräsident der wichtigsten Tochtergesellschaften dieser Gruppe. Davor arbeitete er während 28 Jahren bei McKinsey and Company, wo er eine Vielzahl von Top-Management-Beratungsmandaten mit besonderem Schwerpunkt auf der Bank- und Versicherungsbranche leitete. 1979 wurde er zum Partner und 1986 zum Director ernannt. Anton van Rossum studierte an der Erasmus-Universität, Rotterdam, und erwarb dort 1965 einen Bachelor- und 1969 einen Master-Abschluss in Volks- und Betriebswirtschaft.

Er ist Mitglied des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses von Munich Re und Vorsitzender des Aufsichtsrats von Vopak NV, Rotterdam, eines international tätigen Öl-, Chemie- und Flüssiggaskonzerns. Ausserdem ist er Mitglied des Verwaltungsrats von Solvay S.A., Brüssel, eines international tätigen Chemie- und Kunststoffunternehmens. Weiter ist er Stiftungsratsvorsitzender des Niederländischen Wirtschaftsinstituts und Mitglied des Beirats der Solvay Business School, Brüssel. Anton van Rossum war von 2005 bis 2013 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Erasmus-Universität, Rotterdam.



Richard E. Thornburgh
Jahrgang 1952
Amerikanischer
Staatsangehöriger

Richard E. Thornburgh ist seit 2006 Mitglied des Verwaltungsrats und des Risk Committee und seit 2009 beziehungsweise 2011 Vorsitzender des Risk Committee und seit 2009 Mitglied des Chairman's and Governance Committee beziehungsweise seit 2011 Mitglied des Audit Committee. Seit 2013 ist Richard Thornburgh auch nicht exekutives Mitglied des Verwaltungsrats von Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited, zweier britischer Tochtergesellschaften der Gruppe. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. Richard Thornburgh wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Richard Thornburgh ist derzeit Senior Investment Professional bei Corsair Capital, einer Private-Equity-Gesellschaft, und war zuvor Vize-Präsident des Verwaltungsrats. Von 2003 bis 2004 hatte er die Funktion des CRO der Credit Suisse Group inne. 2004 wurde er zum Executive Vice Chairman der Credit Suisse First Boston ernannt. Von 2000 bis 2002 war er CFO der Credit Suisse First Boston und von 1999 bis 2002 Vize-Präsident der Geschäftsleitung der Credit Suisse First Boston. Von 1997 bis 1999 war Richard Thornburgh CFO der Credit Suisse Group. 1997 wurde er in die Geschäftsleitung berufen, der er bis 2005 angehörte. 1995 wurde er zum Chief Financial and Administrative Officer und zum Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse First Boston ernannt. Er begann seine Karriere im Investment Banking bei The First Boston Corporation in New York, einer Vorgängergesellschaft der Credit Suisse First Boston. Er erlangte 1974 einen BBA an der University of Cincinnati, Ohio, und 1976 einen MBA an der Harvard Business School, Cambridge/Massachusetts. Die University of Cincinnati verlieh ihm 2009 die Ehrendoktorwürde.

Richard Thornburgh ist seit 2011 Mitglied des Verwaltungsrats, des Prüfungsausschusses und des Strategieausschusses von Reynolds American Inc., Winston-Salem, und Mitglied des Verwaltungsrats, des Prüfungsausschusses und des finanzpolitischen Ausschusses von McGraw-Hill Financial, Inc., New York. Des Weiteren ist er Verwaltungsratsmitglied, leitender Geschäftsführer und Vorsitzender des Risikoausschusses von New Star Financial Inc., Massachusetts. Er sitzt zudem im Executive Committee der University of Cincinnati und im Investment Committee der University of Cincinnati.



John Tiner
 Jahrgang 1957
 Britischer Staatsangehöriger

John Tiner ist seit der Generalversammlung 2009 Mitglied des Verwaltungsrats und des Audit Committee. Seit der Generalversammlung 2011 hat er den Vorsitz des Audit Committee inne und ist zudem Mitglied des Chairman's and Governance Committee und des Risk Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats bedarf der Erneuerung an der Generalversammlung 2014. John Tiner wird an diesem Datum unseren Aktionären für ein Jahr zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig und zum Financial Expert gemäss SOX erklärt.

John Tiner war von September 2008 bis März 2013 CEO von Resolution Operations LLP, einem privaten Beratungsunternehmen, das Dienstleistungen für Resolution Ltd. erbrachte. Resolution Ltd. ist an der London Stock Exchange kotiert. Von 2003 bis 2007 amtierte John Tiner als CEO der britischen Finanzaufsichtsbehörde (FSA). Zur FSA stiess er 2001. Er war dort als Managing Director zuständig für das Konsumenten-, Versicherungs- und Anlagegeschäft und Mitglied des Managing Board des Committee of European Insurance and Occupational Pensions Regulators sowie Präsident des Committee of European Securities Regulators – Standing Committee on Accounting and Auditing. Bevor John Tiner zur FSA stiess, war er bei Arthur Andersen als Managing Partner tätig und verantwortlich für das weltweite Finanzdienstleistungsgeschäft. John Tiner ist Absolvent des Institute of Chartered Accountants in England and Wales, an dem er 1980 sein Studium mit dem Titel UK Chartered Accountant abschloss. Ebenso ist er Fellow dieses Instituts. 2010 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Kingston University, London, seiner ehemaligen Hochschule, verliehen.

John Tiner ist seit März 2013 Verwaltungsratsmitglied von Resolution Ltd. und seit 2009 Verwaltungsratsmitglied ohne operative Funktion von Friends Life Group Plc, einer britischen Versicherungsgesellschaft. Zudem ist John Tiner Mitglied des Beirats von Corsair Capital, eines Private-Equity-Unternehmens, und seit 2008 Mitglied des Stiftungsrats von The Urology Foundation. In Anerkennung seiner Dienste für die Finanzindustrie wurde John Tiner 2008 der Orden «Commander of the British Empire» (CBE) verliehen.

Ehrenpräsident der Credit Suisse Group

Rainer E. Gut
 Jahrgang 1932
 Schweizer Staatsangehöriger

Rainer E. Gut wurde im Jahr 2000 zum Ehrenpräsidenten der Credit Suisse Group ernannt, nachdem er von seinem seit 1986 gehaltenen Mandat als Präsident des Verwaltungsrats zurückgetreten war. Rainer Gut war von 1981 bis 2005 Mitglied des Verwaltungsrats der Nestlé SA, von 1991 bis 2000 als Vize-Präsident und von 2000 bis 2005 als Präsident.

Als Ehrenpräsident nimmt Rainer Gut keine Funktion innerhalb der Corporate Governance der Gruppe ein. Er nimmt nicht an den Sitzungen des Verwaltungsrats teil.

Sekretäre des Verwaltungsrats

Pierre Schreiber
Joan E. Belzer

GESCHÄFTSLEITUNG

Mitglieder der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung ist für das operative Management der Gruppe verantwortlich. Sie erarbeitet die vom Verwaltungsrat zu genehmigenden Strategiepläne für die Gruppe wie auch für die Hauptgeschäftsbereiche und setzt diese anschliessend um. Weiter überprüft und koordiniert sie bedeutende Initiativen, Projekte und Geschäftsentwicklungen in den Divisionen, Regionen sowie in den Shared-Services-Funktionen und erlässt gruppenweit anwendbare

Richtlinien. Die Zusammensetzung der Geschäftsleitung der Gruppe ist mit derjenigen der Bank identisch.

Tobias Guldemann trat per 31. Dezember 2013 von der Geschäftsleitung und von seiner Position als Chief Risk Officer (CRO) zurück. Joachim Oechslin wurde per 1. Januar 2014 zum CRO und zum Mitglied der Geschäftsleitung ernannt.

Die Anzahl der Geschäftsleitungsmitglieder blieb 2013 mit neun Mitgliedern unverändert.

Mitglieder der Geschäftsleitung

	Ernannt im Jahr	Funktion
31. Dezember 2013		
Brady W. Dougan, CEO	2003	CEO der Gruppe
Gaël de Boissard, Co-Leiter Investment Banking und CEO Region Europa, Naher Osten und Afrika	2012	Divisions- & Regionenleiter
Romeo Cerutti, General Counsel	2009	Leiter Shared Services
Tobias Guldemann, CRO ¹	2004	Leiter Shared Services
David R. Mathers, CFO und Leiter IT und Operations	2010	Leiter Shared Services
Hans-Ulrich Meister, Co-Leiter Private Banking & Wealth Management und CEO Region Schweiz	2008	Divisions- & Regionenleiter
Joachim Oechslin, CRO ²	2013	Leiter Shared Services
Robert S. Shafir, Co-Leiter Private Banking & Wealth Management und CEO Region Nord- und Südamerika	2007	Divisions- & Regionenleiter
Pamela A. Thomas-Graham, Chefin Marketing und Talente sowie Leiterin Neue Märkte im Private Banking & Wealth Management	2010	Leiter Shared Services
Eric M. Varvel, Co-Leiter Investment Banking und CEO Region Asien-Pazifik	2008	Divisions- & Regionenleiter

¹ Verliess die Geschäftsleitung mit Wirkung per 31. Dezember 2013.

² Am 20. Juni 2013 mit Wirkung per 1. Januar 2014 zum neuen Geschäftsleitungsmitglied ernannt, als Nachfolger von Tobias Guldemann.

Lebensläufe der Geschäftsleitungsmitglieder



Brady W. Dougan
Jahrgang 1959
Amerikanischer
Staatsangehöriger

Brady W. Dougan bekleidet seit 2007 die Position des CEO und ist seit 2003 Mitglied der Geschäftsleitung.

Vor seiner Ernennung zum CEO der Gruppe war er CEO der Division Investment Banking und CEO der Region Nord- und Südamerika. Er begann seine Laufbahn im Derivatgeschäft von Bankers Trust, bevor er 1990 zur Credit Suisse First Boston stiess. Dort leitete er fünf Jahre lang das Aktiengeschäft und wurde 2001 zum Leiter des gesamten Wertschriftengeschäfts weltweit ernannt. Von 2002 bis Juli 2004 war er Co-Präsident von Institutional Securities bei der Credit Suisse First Boston und von 2004 bis 2005 war er CEO von Credit Suisse First Boston und nach dem Zusammenschluss mit der Credit Suisse im Mai 2005 war er bis 2007 CEO Investment Banking.

Brady Dougan schloss sein Wirtschaftsstudium 1981 an der Universität von Chicago mit einem BA in Economics ab und erlangte 1982 an derselben Hochschule einen MBA in Finance.

Brady Dougan ist seit 2005 Verwaltungsratsmitglied von Humacyte Inc., einem Biotechnologieunternehmen. Zudem ist er seit Januar 2013 Mitglied des Stiftungsrat der University of Chicago.



Gaël de Boissard
Jahrgang 1967
Französischer
Staatsangehöriger

Gaël de Boissard leitet die Division Investment Banking zusammen mit Eric Varvel und ist für den Geschäftsbereich Fixed Income verantwortlich. Er ist auch CEO der Region EMEA. Seit Januar 2013 ist Gaël de Boissard Mitglied der Geschäftsleitung.

Vor seiner Berufung in die Geschäftsleitung war Gaël de Boissard während vier Jahren als Co-Leiter Global Securities tätig. In dieser Funktion leitete er den Handel und das Risikomanagement für festverzinsliche Produkte; zuvor war er für das weltweite Zinsgeschäft und den Bereich Devisen verantwortlich. Er trat im Jahr 2001 in die Credit Suisse First Boston ein. Zuvor war er seit 1990 in verschiedenen Funktionen für den Fixed-Income-Bereich von JP Morgan Chase tätig.

Gaël de Boissard schloss die Ecole Polytechnique in Palaiseau, Frankreich, in den Fächern Mathematik und Bauingenieurwesen ab. Zudem ist er Absolvent eines Russischstudiums an der Universität Wolgograd.

Von 2009 bis 2013 war er Vorsitzender der Association of Financial Markets in Europe, einer Branchenorganisation, die sich im Bereich Finanzmarktregulierung engagiert.



Romeo Cerutti
 Jahrgang 1962
 Schweizer und italienischer
 Staatsangehöriger

Romeo Cerutti ist seit April 2009 General Counsel der Gruppe und Mitglied der Geschäftsleitung.

Zuvor übte Romeo Cerutti von 2006 bis 2009 die Funktion des General Counsel der Division Private Banking und von 2008 bis 2009 die des globalen Co-Leiters Compliance Credit Suisse aus.

Bevor Romeo Cerutti in die Credit Suisse eintrat, war er von 2004 bis 2006 Partner der Group Holding von Lombard Odier Darier Hentsch & Cie und von 1999 bis 2006 Head Corporate Finance bei Lombard Odier Darier Hentsch & Cie.

Von 1995 bis 1999 war Romeo Cerutti als Anwalt bei der Anwaltskanzlei Homburger Rechtsanwälte in Zürich tätig und von 1993 bis 1995 arbeitete er als Anwalt bei der Anwaltskanzlei Latham & Watkins in Los Angeles.

Romeo Cerutti studierte Rechtswissenschaften an der Universität Fribourg, wo er 1990 den Dokortitel erwarb. 1989 erhielt er die Anwaltszulassung des Kantons Zürich und 1992 die Anwaltszulassung des Staates Kalifornien. Romeo Cerutti erwarb ausserdem den Titel eines Master of Laws an der University of California, School of Law, Los Angeles.

Romeo Cerutti gehört seit 2006 dem Stiftungsrat der Universität Fribourg an. Zudem vertritt er seit Dezember 2012 die Credit Suisse im Verwaltungsrat der Schweizerischen Bankiervereinigung.



Tobias Guldemann
 Jahrgang 1961
 Schweizer Staatsangehöriger

Tobias Guldemann war seit 2009 CRO der Credit Suisse und seit 2004 als Group CRO Mitglied der Geschäftsleitung, bis er per 31. Dezember 2013 zurücktrat.

Seine berufliche Karriere begann Tobias Guldemann 1986 innerhalb der Internen Revision der Credit Suisse, bevor er 1990 in den Investment-Banking-Bereich wechselte. 1992 wurde er zum Leiter Derivatives Sales ernannt. 1993 folgte die Ernennung zum Leiter Treasury Sales, und 1994 zum Leiter Global Treasury Coordination. 1997 war er für den Managementsupport des CEO der Credit Suisse First Boston verantwortlich, bevor er 1998 zum Deputy CRO der Credit Suisse Group ernannt wurde. Diese Funktion übte er bis 2004 aus. Von 2002 bis 2004 leitete Tobias Guldemann zusätzlich das Strategic Risk Management der Credit Suisse.

Tobias Guldemann studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich, wo er 1989 promovierte.

Tobias Guldemann ist seit 2010 Mitglied des International Financial Risk Institute (IFRI). 2011 wurde er Mitglied des IFRI Executive Committee. Er ist zudem Vorstandsmitglied des Kunstvereins Winterthur.



David R. Mathers
Jahrgang 1965
Britischer Staatsangehöriger

David Mathers ist CFO der Credit Suisse Group und seit Oktober 2010 Mitglied der Geschäftsleitung. Zudem leitet er die globale IT der Gruppe sowie den Bereich Operations der Gruppe.

Vor seiner Ernennung zum CFO war David Mathers von 2007 bis 2010 Leiter des Bereichs Finance und COO der Division Investment Banking in New York und London. Dabei war er zuständig für die Bereiche Finance, Operations, Expense Management und Strategy des Investment Banking. Seine berufliche Laufbahn begann David Mathers 1987 als Research-Analyst bei HSBC James Capel, wo er 1997 zum Global Head of Equity Research ernannt wurde. Er stiess 1998 zur Credit Suisse und bekleidete diverse Führungspositionen im Equities Business wie Director of European Research und Co-Leiter European Equities.

David Mathers verfügt über einen Masterabschluss in Naturwissenschaften der University of Cambridge, England. Seit 2011 ist er zudem Vorstandsmitglied der Handelskammer Schweiz-Grossbritannien.



Hans-Ulrich Meister
Jahrgang 1959
Schweizer Staatsangehöriger

Hans-Ulrich Meister leitet die Division Private Banking & Wealth Management gemeinsam mit Robert Shafir und ist für den Geschäftsbereich Private Banking verantwortlich. Ausserdem ist er CEO der Region Schweiz. Hans-Ulrich Meister ist seit September 2008 Mitglied der Geschäftsleitung.

In den Jahren 2011 und 2012 war er CEO des Private Banking und seit 2008 CEO der Region Schweiz. Bevor er 2008 zur Credit Suisse stiess, war Hans-Ulrich Meister rund 25 Jahre bei der UBS tätig. Zu den Funktionen, die er während dieser Zeit ausübte, gehörten Leiter Firmenkundengeschäft der Region Zürich von 1999 bis 2002, Leiter Gross- und multinationale Kunden von 2003 bis 2005 und Leiter Business Banking von 2005 bis 2007. Von 2002 bis 2003 arbeitete er in New York an gruppenweiten Projekten im Bereich Vermögensverwaltung. Von 2004 bis 2007 gehörte Hans-Ulrich Meister dem Group Managing Board der UBS an.

Hans-Ulrich Meister schloss sein Wirtschaftsstudium an der Fachhochschule Zürich 1987 ab. Zudem absolvierte er im Jahr 2000 weiterführende Managementausbildungen an der Wharton School, University of Pennsylvania, und im Jahr 2002 an der Harvard Business School.

Hans-Ulrich Meister ist seit 2008 Mitglied des Stiftungsrats des Swiss Finance Institute und seit 2010 Verwaltungsratsmitglied der Handelskammer Zürich. Seit 2013 ist er Stiftungsratsmitglied der Zoo Stiftung Zürich.



Joachim Oechslin
Jahrgang 1971
Schweizer Staatsangehöriger

Joachim Oechslin wurde per 1. Januar 2014 zum CRO und Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse ernannt.

Er begann seine berufliche Laufbahn 1998 als Berater bei McKinsey & Company in Zürich. 2001 stiess er zur Winterthur Life & Pensions, wo er 2003 zum CRO ernannt wurde. Ab 2006 war er auch Mitglied der Geschäftsleitung der Winterthur Gruppe. Mit dem Verkauf der Winterthur an die AXA im Jahr 2006 wurde Joachim Oechslin Deputy Chief Risk Officer der AXA in Paris. Im September 2007 stiess er als CRO zur Munich Re Gruppe in München und behielt diese Position bis zu seinem Eintritt in die Credit Suisse im Jahr 2014.

Joachim Oechslin erwarb 1988 einen Master-Abschluss in Mathematik der ETH Zürich und 2004 ein Ingenieurdiplom der Zürcher Hochschule Winterthur.

Er ist Mitglied des International Financial Risk Institute.



Robert S. Shafir
Jahrgang 1958
Amerikanischer
Staatsangehöriger

Robert Shafir leitet die Division Private Banking & Wealth Management gemeinsam mit Hans-Ulrich Meister und ist für den Geschäftsbereich Private Banking & Wealth Management Products verantwortlich. Ausserdem ist er CEO der Region Nord- und Südamerika. Robert Shafir ist seit August 2007 Mitglied der Geschäftsleitung.

Von 2008 bis 2012 war er CEO der Asset Management Division. Er bekleidete von 2007 bis 2010 die Position des CEO für die Region Nord- und Südamerika und wurde 2012 erneut in diese Position berufen. Robert Shafir kam 2007 von Lehman Brothers zur Credit Suisse. Während seiner 17-jährigen Tätigkeit bei Lehman Brothers war er unter anderem Leiter Equities und Mitglied des Executive Committee. Zu seinen Führungspositionen gehörten ausserdem Head of European Equities und Global Head of Equities Trading. Er spielte ferner eine Schlüsselrolle beim Ausbau des Equities Business von Lehman Brothers zu einem globalen, institutionell orientierten Geschäft. Davor arbeitete Robert Shafir bei Morgan Stanley im Bereich Vorzugsaktien innerhalb der Fixed Income Division.

Er schloss sein Wirtschaftsstudium 1980 am Lafayette College, Pennsylvania, mit einem BA in Economics ab und erwarb 1984 einen MBA an der Columbia University, Graduate School of Business, New York.

Robert Shafir ist im Verwaltungsrat der Cystic Fibrosis Foundation.



Pamela A. Thomas-Graham

Jahrgang 1963
Amerikanische
Staatsangehörige

Pamela Thomas-Graham ist Chief Marketing and Talent Officer sowie Leiterin Private Banking & Wealth Management New Markets. Sie ist seit Januar 2010 Mitglied der Geschäftsleitung.

Bevor sie zur Gruppe stiess, war Pamela Thomas-Graham von 2008 bis 2010 als Managing Director bei der Private-Equity-Gruppe Angelo, Gordon & Co., einem in New York ansässigen Investment Management Unternehmen, tätig. Davor war sie von 2005 bis 2008 Group President bei Liz Claiborne Inc., einem Grosshandelsgeschäft für Damenbekleidung. Von 1999 bis 2005 arbeitete Pamela Thomas-Graham bei NBC, wo sie Vorsitzende und Geschäftsführerin von CNBC Television und Leiterin von CNBC International war. Zudem war sie Vorsitzende und Geschäftsführerin von CNBC.com. Von 1989 bis 1999 war Pamela Thomas-Graham bei der Beratungsfirma McKinsey & Company tätig.

Pamela Thomas-Graham erwarb 1985 an der Harvard University, Cambridge/Massachusetts, einen BA in Wirtschaft, schloss 1989 in Rechtswissenschaften an der Harvard Law School ab und erwarb 1989 einen MBA der Harvard Business School.

Pamela Thomas-Graham ist Mitglied des Verwaltungsrats der Clorox Company sowie Mitglied des Board of Governors der Parsons School of Design. Sie ist ebenfalls Mitglied des Council on Foreign Relations, des Economic Club New York, des Trustees Education Committee des Museum of Modern Art und des Business Committee des Metropolitan Museum of Art. Ausserdem ist sie Mitglied des Verwaltungsrats der New York Philharmonic.



Eric M. Varvel

Jahrgang 1963
Amerikanischer
Staatsangehöriger

Eric Varvel leitet die Division Investment Banking gemeinsam mit Gaël de Boissard und ist für den Geschäftsbereich Equities & Investment Banking verantwortlich. Ausserdem ist er CEO der Region Asien-Pazifik. Eric Varvel ist seit Februar 2008 Mitglied der Geschäftsleitung.

Von 2010 bis 2012 war er CEO im Investment Banking und fungierte als «Acting CEO» von September 2009 bis Juli 2010. Von 2008 bis 2010 war Eric Varvel CEO der Region EMEA. Vor seiner Berufung in die Geschäftsleitung im Jahr 2008 war er für mehr als drei Jahre als Co-Leiter des Bereichs Global Investment Banking und Leiter der Global Markets Solutions Group in der Division Investment Banking der Credit Suisse in New York tätig. Davor hatte er während über 15 Jahren in der Region Asien-Pazifik verschiedene Führungspositionen inne, darunter Leiter Investment Banking and Emerging Markets Coverage für Asien-Pazifik (ohne Japan) und Leiter Fixed Income Sales and Corporate Derivative Sales. In dieser Zeit war Eric Varvel in Tokio, Jakarta und Singapur tätig.

Eric Varvel stiess 1990 zur Credit Suisse. Zuvor war er als Analyst bei Morgan Stanley im Bereich Investment Banking in New York und Tokio tätig.

Eric Varvel besitzt einen BA in Business Finance der Brigham Young University, Utah.

Seit 2010 ist er Verwaltungsratsmitglied der Börse von Katar.

ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

Kontrollwechsel und Abwehrmassnahmen

Angebotspflicht

Vorbehältlich anders lautender Statutenbestimmungen ist jeder, der direkt, indirekt oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten 33⅓% oder mehr der Stimmrechte einer kotierten Gesellschaft – ob ausübbar oder nicht – erwirbt, verpflichtet, ein Angebot für alle kotierten Beteiligungspapiere dieser Gesellschaft zu unterbreiten. Die Statuten der Credit Suisse Group AG enthalten keine anderslautende Bestimmung. Die Schweizerische Übernahmekommission oder die FINMA können unter bestimmten Umständen Ausnahmen von der Angebotspflicht gewähren. Wird keine Ausnahme gewährt, muss ein entsprechendes Angebot gemäss den Vorschriften im BEHG und in den ausführenden Verordnungen unterbreitet werden.

Kontrollwechselklauseln

Mit Ausnahme einiger Bestimmungen in den Mitarbeiterbeteiligungsplänen, die es dem Vergütungsausschuss oder dem Verwaltungsrat erlauben, Entscheidungen über bereits zugeteilte Ansprüche auf Aktien für alle Mitarbeitenden für den Fall eines Wechsels der Kontrolle über das Unternehmen zu treffen, bestehen keine anderen Klauseln in Vereinbarungen oder anderen Dokumenten, die für den Fall eines Kontrollwechsels Mitgliedern des Verwaltungsrats, der Geschäftsleitung oder anderen Mitgliedern des Senior Management ausserordentliche Vorteile verschaffen. Namentlich bestehen für solche Fälle keine vertraglich vereinbarten Abgangsentschädigungen.

Bei einem Kontrollwechsel würden die ausstehenden Ansprüche aller Mitarbeitenden einschliesslich der Mitglieder der Geschäftsleitung durch den Vergütungsausschuss oder den Verwaltungsrat festgelegt. Ferner sehen die Arbeitsverträge mit Mitgliedern der Geschäftsleitung keinerlei Zahlungen von ausserordentlichen Vorteilen vor, welche durch einen Kontrollwechsel ausgelöst würden. Dies gilt auch für spezielle Abgangsentschädigungen.

Interne und Externe Revision

Die Revisionstätigkeit ist ein wichtiger Bestandteil der Corporate Governance bei der Gruppe. Sowohl Interne wie Externe Revision haben eine Schlüsselfunktion inne, indem sie unabhängige Einschätzungen der Geschäftsabläufe und des internen Kontrollsystems der Gruppe abgeben.

Interne Revision

Die Interne Revision der Credit Suisse besteht aus rund 240 Mitarbeitenden, die praktisch alle direkt mit Revisionsaufgaben betraut sind. Der Leiter Interne Revision, Martyn Scrivens, ist direkt dem Vorsitzenden des Audit Committee unterstellt.

Die Interne Revision ist eine unabhängige und objektive Prüf- und Beratungstätigkeit, deren Ziel es ist, Mehrwert zu schaffen und die Geschäftsprozesse der Gruppe zu verbessern. Mit ihrem systematischen und konsequenten Ansatz bewertet und verbessert sie die Effizienz und Wirksamkeit des Risikomanagements sowie der Kontroll- und Entscheidungsprozesse.

Die Interne Revision ist verantwortlich für die periodische Durchführung von Revisionen im Rahmen der vom Audit Committee genehmigten Revisionsbestimmungen. Die Interne Revision beurteilt in regelmässiger und unabhängiger Weise die Risiken der einzelnen Geschäftstätigkeiten und berücksichtigt dabei Branchenentwicklungen, strategische und organisatorische Entscheidungen, Best Practice sowie regulatorische Fragen. Anhand der Ergebnisse ihrer Beurteilung erstellt die Interne Revision zuhanden des Audit Committee detaillierte jährliche Revisionsziele, definiert die Schwerpunkte ihrer Revisionstätigkeit und beantragt die dafür benötigten Ressourcen.

Im Bemühen um Best Practice vergleicht die Interne Revision ihre Methoden und Instrumente regelmässig mit denjenigen vergleichbarer Unternehmen. Die zuständigen Managementteams sowie der Präsident des Verwaltungsrats und der Vorsitzende des Audit Committee erhalten regelmässig einzelne Berichte beziehungsweise Zusammenfassungen von Berichten. Der Leiter der Internen Revision erstattet dem Audit Committee mindestens vierjährlich Bericht über seine Feststellungen. Die Interne Revision koordiniert ihre Aktivitäten mit der Tätigkeit der externen Revisionsgesellschaft, um den Gesamtnutzen zu erhöhen.

Externe Revision

Unsere Revisionsstelle ist die KPMG AG (KPMG), Badenerstrasse 172, 8004 Zürich, Schweiz. Das Revisionsmandat wurde der KPMG erstmals für das Geschäftsjahr 1989/1990 erteilt. Die leitenden externen Revisoren sind Anthony Anzevino, Global Lead Partner (seit 2012), und Simon Ryder, Group Engagement Partner (seit 2010).

Zusätzlich haben wir die BDO AG, Fabrikstrasse 50, 8031 Zürich, Schweiz, als besondere Revisionsstelle für die Abgabe von rechtlich verlangten, besonderen Prüfungsbestätigungen vor allem im Zusammenhang mit der Bewertung von Gesellschaften im Fall von qualifizierten Kapitalerhöhungen unter Einbezug von Sacheinlagen gemäss Artikel 652f. des Schweizerischen Obligationenrechts gewählt.

Das Audit Committee überwacht und genehmigt die Honorare, die die KPMG für ihre Dienstleistungen erhält.

An externe Revisionsstelle bezahlte Honorare

	2013	2012	Veränderung in %
An externe Revisionsstelle bezahlte Honorare (in Mio. CHF)			
Revisionsdienstleistungen ¹	36.7	39.7	(8)
Revisionsnahe Dienstleistungen ²	6.4	6.5	(2)
Dienstleistungen im Steuerbereich ³	4.9	5.6	(13)

¹ Die Honorare für Revisionsdienstleistungen umfassen die integrale Revision der konsolidierten und statutarischen Jahresrechnungen der Gruppe, die prüferische Durchsicht von Zwischenberichten sowie Bestätigungs- und Einverständniserklärungen. Weiter sind darin alle Dienstleistungen für Prüfungen und Bescheinigungen in Bezug auf die aufsichtsrechtlichen Berichterstattungen der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften enthalten.

² Revisionsnahe Dienstleistungen umfassen hauptsächlich: (i) Berichte im Zusammenhang mit der Einhaltung oder der Berechnung vertraglicher Vereinbarungen; (ii) Beratung zur Rechnungslegung; (iii) Prüfung von Private-Equity-Fonds und Vorsorgeplänen; und (iv) aufsichtsrechtliche Beratungsdienstleistungen.

³ Dienstleistungen im Steuerbereich betreffen die Einhaltung des Steuerrechts sowie Beratungsdienstleistungen, einschliesslich: (i) die Erstellung und/oder Prüfung von Steuererklärungen der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften; (ii) die Unterstützung bei Steuerprüfungen und Steuerrekursen; sowie (iii) Bestätigungen bezüglich des Qualified Intermediary Status der Gruppengesellschaften.

Vertreter der KPMG nehmen an allen Sitzungen des Audit Committee teil und berichten über die Resultate ihrer Revisionstätigkeiten. Das Audit Committee genehmigt jedes Jahr den Revisionsplan der KPMG und beurteilt die Leistung der KPMG und ihrer leitenden Prüfer. Das Audit Committee empfiehlt dem Verwaltungsrat die Ernennung oder den Ersatz der Revisionsgesellschaft, vorbehältlich der Genehmigung durch die Generalversammlung.

Die KPMG erstattet dem Audit Committee mindestens einmal jährlich Bericht über ihre Unabhängigkeit. Das Audit Committee hat ausserdem eine Richtlinie über die Verpflichtung von Revisionsgesellschaften erlassen, welche eine angemessene Unabhängigkeit der externen Revisionsgesellschaft gewährleisten soll. Die Richtlinie beschränkt die Kategorien von Aufgaben, welche die

externe Revisionsstelle für uns oder eine unserer Tochtergesellschaften im Zusammenhang mit ihrer Revision erbringen darf, und nennt bestimmte zulässige Arten von Dienstleistungen ausserhalb des Revisionsmandats, insbesondere revisionsnahe Dienstleistungen, Dienstleistungen im Steuerbereich oder übrige Dienstleistungen, soweit sie vom Audit Committee zum Voraus bewilligt wurden. Alle übrigen Dienstleistungen müssen vom Audit Committee einzeln bewilligt werden. Wie in vergangenen Jahren wurden alle der KPMG im Laufe des Jahres 2013 ausserhalb der Revision erteilten Mandate gemäss dieser Richtlinie bewilligt. Die KPMG muss dem Audit Committee regelmässig über den Umfang der ihr erteilten Mandate und der damit verbundenen Honorare berichten.

Gebühren im Zusammenhang mit American Depositary Shares

Gebühren und Belastungen für ADS-Halter

Im Einklang mit den Bestimmungen der Depotvereinbarung (Deposit Agreement) kann die Deutsche Bank Trust Company Americas als ADS-Depotinstitut die ADS-Halter direkt oder indirekt mit Gebühren bis zur Höhe der unten aufgeführten Beträge belasten.

Gebühren und Belastungen für ADS-Halter

Gebühren

USD 5 (oder weniger) pro 100 ADS (oder ein Teil davon)	Für die Emission von ADS, einschliesslich Emissionen aufgrund von Aktienausschüttungen, Aktiendividenden, Aktiensplits und Ausschüttungen von sonstigem Eigentum; für ADS-Emissionen aufgrund der Ausübung von Rechten; und für die Einreichung von Aktien zur Vernichtung und für die Rücknahme von Aktien.
USD 2 pro 100 ADS	Für jede Barausschüttung an eingetragene ADS-Eigentümer, wie auch beim Verkauf von Rechten oder anderen Ansprüchen.
Registrierungs- oder Übertragungsgebühren	Für die Übertragung und Eintragung der Aktien in unser Aktienregister an die/von der Depotstelle oder ihres Agenten, wenn der Eigentümer Aktien entnimmt oder hinterlegt.

Spesen

Aufwendungen der Depotstelle	Für Kabel, Telex und Fax-Übermittlungen (falls ausdrücklich im Depotvertrag vorgesehen); und für den Wechsel von Fremdwährung in US-Dollars.
Steuern und sonstige staatliche Abgaben	Bezahlt nach Bedarf an die Depotstelle oder die Depotbank, welche bestimmte Spesen auf ADS oder auf der ADS zugrunde liegenden Aktie bezahlen, beispielsweise Aktienübertragungssteuern, Stempelsteuer oder allfällige Zinsen oder Strafen.
Sonstige Spesen	Bezahlt nach Bedarf an die Depotstelle oder ihre Agenten für die Verwaltung der hinterlegten Aktien.

Das Depotinstitut holt seine Gebühren für die Lieferung und den Verzicht von ADS direkt bei den Investoren ein, welche Aktien deponieren oder auf ADS verzichten zwecks Auslösung, oder von Drittparteien, welche in deren Auftrag handeln. Das Depotinstitut holt Gebühren für die Verteilung an Halter ein durch Abzug dieser Gebühren vom zu verteilenden Betrag oder durch Verkauf eines Anteils des verteilbaren Eigentums zwecks Zahlung der Gebühren. Das Depotinstitut kann die Erbringung gebührenpflichtiger Leistungen grundsätzlich bis zur erfolgten Bezahlung dieser Leistungen verweigern.

Zahlungen des Depotinstituts an die Gruppe

Entsprechend dem Mandatvertrag der Gruppe leistete das Depotinstitut 2013 Zahlungen an die Gruppe, die sich auf USD 1,6 Mio., einschliesslich der Rückerstattung von Aufwendungen im Zusammenhang mit dem American Depositary Receipt Program (ADR-Programm), beliefen. Das Depotinstitut hat zudem vertraglich zugesichert, bestimmte Dienstleistungen in Bezug auf das ADR-Programm kostenfrei zu erbringen.

Unter bestimmten Umständen, einschliesslich der Abberufung des Depotinstituts oder der Einstellung des ADR-Programms durch die Gruppe, ist die Gruppe verpflichtet, bestimmte an die

Gruppe gezahlte Beträge zurückzuzahlen und das Depotinstitut für geleistete Zahlungen oder für im Namen der Gruppe erbrachte Dienstleistungen zu entschädigen.

Liquidation

Nach Schweizer Recht und gemäss ihren Statuten kann die Gesellschaft jederzeit durch Beschluss der Generalversammlung aufgelöst werden. Ein entsprechender Beschluss bedarf:

- einer qualifizierten Mehrheit von mindestens drei Vierteln der an der Generalversammlung abgegebenen Stimmen im Falle einer Auflösung durch Liquidation; und
- einer qualifizierten Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der vertretenen Stimmen sowie einer absoluten Mehrheit des Nennwerts der an der Generalversammlung vertretenen Aktien in sonstigen Fällen.

Eine Auflösung durch gerichtliche Verfügung ist im Falle eines Konkurses möglich. Nach Schweizer Recht werden Überschüsse, die aus einer Liquidation (nach Begleichung aller Forderungen aller Gläubiger) hervorgehen, unter die Aktionäre im Verhältnis des einbezahlten Nennwerts der von ihnen gehaltenen Aktien verteilt.

Vergütung

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre

Im Jahr 2013 haben der Verwaltungsrat, sein Vergütungsausschuss und das Management verschiedene Aspekte der Mitarbeiter- und Managementvergütung weiterentwickelt. Dabei wurde allgemeinen Trends und Anliegen von Aktionären Rechnung getragen.

Unser Vergütungsansatz bezweckt, Mitarbeitende zu gewinnen, die unsere Werte teilen und sich mit Integrität und Fairness ihren täglichen Herausforderungen stellen. Wir sind bestrebt, unsere Vergütungspolitik unter Berücksichtigung regulatorischer Auflagen an das sich laufend verändernde Geschäftsumfeld anzupassen. Die grundlegend veränderten aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für Banken haben starken Einfluss auf unsere Strategie und die unserer Mitbewerber und machen es grundsätzlich schwieriger, für die Aktionäre attraktive Renditen zu erzielen. Deshalb ist es unumgänglich, Bedenken unserer Aktionäre zu prüfen, um in Vergütungsfragen eine angemessene Balance zwischen den Interessen unserer Aktionäre und unserer Mitarbeitenden zu finden.

Bestehende oder neue Vorschriften im Bereich der Vergütung erfordern unsere Aufmerksamkeit, etwa die schweizerische Verordnung gegen übermässige Vergütung bei börsenkotierten Unternehmen, die europäische Capital Requirements Directive (CRD) IV sowie die spezifischen Bestimmungen bezüglich Risikonehmern und Kaderpersonal in Kontrollstellen in Grossbritannien und den Vereinigten Staaten.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2013

2013 galt unser Augenmerk unter anderem den Verwässerungseffekten, die bestehenden Aktionären aus der Gewährung variabler leistungsbezogener Vergütung erwachsen können. Deshalb haben wir einen Teil unserer aktienbasierten Vergütung durch einen Contingent Capital Award (CCA) ersetzt. Dieser ist mit ähnlichen Rechten und Risiken ausgestattet wie die von der Credit Suisse im Markt begebenen verlustabsorbierenden «CoCo»-Pflichtwandelanleihen mit hohem Trigger. Im Gegensatz zu diesen wandeln die CCA bei Eintreten eines Trigger-Ereignisses nicht in Aktien, sondern verlieren ihren Wert und werden auf null abgeschrieben. Wir beabsichtigen, CCA auch künftig als Teil unserer jährlichen variablen Vergütung einzusetzen.

Neben der konsultativen Abstimmung über den Vergütungsbericht bereiten wir für die Generalversammlung 2015 bindende Abstimmungen zur Vergütung der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats vor. Im Hinblick auf die Umsetzung der im November 2013 veröffentlichten schweizerischen Verordnung gegen übermässige Vergütung bei börsenkotierten Unternehmen haben wir

diesen Vergütungsbericht in drei Teile gegliedert: Vergütung an Mitarbeitende insgesamt, an die Geschäftsleitung und an den Verwaltungsrat.

Vergütungsentscheide 2013

Bei der Festlegung der variablen leistungsbezogenen Vergütung berücksichtigte der Vergütungsausschuss das gegenüber dem Vorjahr verbesserte Geschäftsergebnis 2013 sowie qualitative Aspekte der Zielerreichung, die relative Performance gegenüber unseren Mitbewerbern und grundsätzliche Vergütungstrends im Markt.

Um die Interessen unserer Aktionäre und unserer Mitarbeitenden ausgewogen zu berücksichtigen, orientiert sich der Vergütungsausschuss primär am ökonomischen Gewinn. Dieser entspricht dem Ergebnis vor Steuern und Aufwand für variable leistungsbezogene Vergütung, nach Abzug der Eigenkapitalkosten. Damit werden bei Vergütungsentscheiden die Profitabilität der Gruppe sowie die zur Leistungserbringung erforderliche Kapitalausstattung vollständig berücksichtigt.

Der anhaltende Fokus auf Effizienzverbesserungen und Kostenreduktion kommt im geringeren Personalaufwand der Gruppe zum Ausdruck, der 2013 um 9% unter dem Vorjahresniveau lag. Das Verhältnis zwischen Personalaufwand und Ertrag ging 2013 auf 44% zurück, gegenüber 52% im Vorjahr. Die Gesamtvergütung der Gruppe für das Leistungsjahr 2013 war im Vergleich mit dem Vorjahr um 4% tiefer, wobei die variable leistungsbezogene Komponente um 5% höher ausfiel. Die höhere Leistungskomponente reflektiert den verbesserten Vorsteuergewinn, der bereinigt um 15% zulegte.

Die variable leistungsbezogene Vergütung an die Mitglieder der Geschäftsleitung reduzierte sich 2013 um CHF 2,5 Mio. beziehungsweise 5% auf insgesamt CHF 47,4 Mio. gegenüber CHF 49,9 Mio. im Vorjahr, was teilweise auf die Verkleinerung der Geschäftsleitung zurückzuführen ist, verbunden mit der Zuweisung zusätzlicher Aufgaben an die verbleibenden Geschäftsleitungsmitglieder. Mit Erreichen der Ziele für die Kapitalausstattung, den Verbesserungen in den Bereichen Unternehmenssteuerung sowie Compliance sowie unter Berücksichtigung des Marktumfelds lag die leistungsbezogene Vergütung der einzelnen Geschäftsleitungsmitglieder im Durchschnitt um 17% über den individuell festgelegten Zielgrössen und um 31% unter den individuellen Obergrenzen.

Die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats für das Jahr 2013 entsprach im Wesentlichen derjenigen der vorangegangenen Jahre.

Ausblick für 2014

Wir haben die Leistungskriterien für die Geschäftsleitung und deren spezifische Ziele verfeinert sowie die Frist für die Übertragung von aufgeschobener variabler Vergütung verlängert.

Für die Leistungsbeurteilung 2014 sind ergänzende finanzielle Leistungsziele eingeführt worden, beispielsweise für den Abbau nicht strategischer Geschäftsaktivitäten. Dies entspricht dem Ziel der Gruppe, Ressourcen, die in nicht strategischen Aktivitäten gebunden sind, zugunsten von Bereichen mit höherer Profitabilität beschleunigt freizusetzen. Finanzielle Leistungskriterien werden künftig mit 60% gewichtet. Entsprechend sind nicht finanzielle Kriterien mit 40% gewichtet, wobei dieser Anteil im Voraus festgelegte qualitative Kriterien enthält, von denen 15% in Verbindung stehen mit im Voraus festgelegten Meilensteinen zur Messung der Fortschritte bei der Strategieumsetzung, der Realisierung wichtiger Projekte und Verbesserungen der Geschäftsinfrastruktur. Mit der modifizierten Anreizstruktur möchten wir sicherstellen, dass die Mitglieder unserer Geschäftsleitung noch stärker an Kriterien gemessen werden, welche die Strategie der Gruppe abbilden.

Die Struktur der Vergütung der Geschäftsleitung wurde für 2014 modifiziert. Insbesondere wurde die Übertragungsfrist der kurzfristigen Incentive Awards verlängert. Gemäss der neuen Struktur wird die Übertragung der aufgeschobenen variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2014 frühestens am dritten Jahrestag nach Zuteilung beginnen und gestaffelt bis fünf Jahre nach Zuteilung erfolgen. Ausserdem werden die langfristigen Incentive Awards entsprechend den Rückmeldungen von Aktionären in Form von Aktien und CCA anstelle einer Barvergütung kombiniert mit CCA zugesprochen.

Der Vergütungsausschuss wird die Einhaltung der sich weiterentwickelnden regulatorischen Vorschriften sicherstellen, und wir werden die Marktentwicklungen verfolgen, um zu gewährleisten,

dass unsere Vergütungsstruktur Best Practice entspricht. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt 2014 der Überprüfung unserer Malus- und Wertabschlagsbestimmungen (Clawback). Damit soll sich abzeichnenden Tendenzen entsprochen werden, wonach Elemente der Vergütung auch längere Zeit nach deren Übertragung rückforderbar bleiben, um die Nachhaltigkeit des Vergütungssystems weiter zu stärken. Zudem werden wir die Auswirkungen der Capital Requirements Directive (CRD) IV im Auge behalten. Entsprechend der Marktpraxis beabsichtigen wir, bei den betroffenen Mitarbeitenden mit Standort in der Europäischen Union das Verhältnis von variabler leistungsabhängiger und fixer Vergütung in Richtung 2:1 anzupassen.

Der Vergütungsausschuss ist überzeugt, dass der vorliegende Vergütungsbericht die Leistungsevaluation und die Festlegung der Vergütung für 2013 korrekt widerspiegelt. Der Bericht wird auch den spezifischen Vorschriften der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA (FINMA) zur Offenlegung gerecht. Die Tätigkeit des Vergütungsausschusses erfolgte in Übereinstimmung mit seinem Mandat gemäss dem Organisations- und Geschäftsreglement der Credit Suisse und dem Reglement des Vergütungsausschusses.



Jean Lanier
Vorsitzender des Vergütungsausschusses
Mitglied des Verwaltungsrats
April 2014

VERGÜTUNG DER GRUPPE

Vergütungspolitik und Ziele

Die Vergütungspolitik ist ein wichtiges Element unserer Bemühungen, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Sie ist zentraler Teil unserer auf Integrität und Fairness ausgelegten Anreizstruktur. Sie soll individuelle Leistung belohnen und gleichzeitig Arbeit im Team und über Bereichsgrenzen hinweg fördern. Sie ist verknüpft mit unserem Risikomanagement und unseren Kontroll- und Compliance-Prozessen. Weiter ist die Vergütungspolitik abgestimmt auf die Kapitalausstattung des Unternehmens und dessen langfristigen Erfolg. Sie legt die Grundlage für das Verhältnis von fixer und variabler leistungsbezogener Vergütung der einzelnen Mitarbeitenden unter Berücksichtigung individueller Aufgaben, Rollen und Verantwortung. Die Vergütungspolitik hat zum Ziel, die Interessen von Mitarbeitenden mit jenen der Kapitalgeber in Einklang zu bringen und damit einen nachhaltigen Mehrwert für die Gruppe zu schaffen.

Die Vergütungspolitik gilt für alle Mitarbeitenden und alle Vergütungspläne der Gruppe. Sie beinhaltet eine detaillierte Beschreibung der vergütungsbezogenen Grundsätze, Zielsetzungen, Programme sowie der Vergütungsstandards und -prozesse. Dabei richtet sich die Vergütungspolitik nach den Vorgaben der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) sowie anderer für die Gruppe massgeblicher Regulatoren.

Die Vergütungspolitik wird unter Führung des Vergütungsausschusses des Verwaltungsrats regelmässig überprüft und bei Bedarf aktualisiert; alle Änderungen müssen vom Verwaltungsrat genehmigt werden. Sie steht allen Mitarbeitenden zur Verfügung und ist auch abrufbar unter www.credit-suisse.com/compensation.

Vergütungsausschuss

Dem Vergütungsausschuss des Verwaltungsrats (Compensation Committee) obliegt die Verantwortung für die Erarbeitung und Umsetzung der Vergütungspolitik. Der Vergütungsausschuss besteht aus mindestens drei Verwaltungsratsmitgliedern, die alle unabhängig sein müssen. Derzeit sind dies Jean Lanier (Vorsitz), Iris Bohnet, Walter B. Kielholz und Andreas N. Koopmann. Sie alle wurden in Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitskriterien des Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance sowie den Bestimmungen der New York Stock Exchange und des Nasdaq Stock Market vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

► Siehe «Unabhängigkeit» in Corporate Governance – Verwaltungsrat für weitere Informationen darüber, wie die Gruppe die Unabhängigkeit ihrer Verwaltungsräte bestimmt.

Berater

Zur Unterstützung zieht der Vergütungsausschuss bei Bedarf auf Kosten der Gruppe externe Berater bei. Johnson Associates unterstützt den Vergütungsausschuss, um marktgerechte und den regulatorischen Entwicklungen entsprechende Vergütungspraktiken sicherzustellen, die auch mit der Vergütungspolitik der Gruppe konsistent sind. Johnson Associates erbringt über dieses Mandat hinaus keine weiteren Dienstleistungen für die Gruppe. Der

Vergütungsausschuss arbeitet zudem mit der Kanzlei Nobel & Hug als externe Rechtsberaterin zusammen.

Sitzungen und jährliche Leistungsbeurteilung

Der Präsident des Verwaltungsrats (Präsident) und der Vorsitzende der Geschäftsleitung (CEO) können an den Sitzungen des Vergütungsausschusses teilnehmen, und der Vorsitzende des Vergütungsausschusses entscheidet nach Bedarf über die Teilnahme anderer Mitglieder der Geschäftsleitung, des Senior Management, der Vergütungsexperten und der externen Rechtsberater.

Jeweils im Januar tritt der Vergütungsausschuss in Anwesenheit des Präsidenten zusammen, hauptsächlich um die Ergebnisse der Gruppe, der Geschäftsbereiche sowie die Leistung der Führungskräfte im vorangegangenen Geschäftsjahr zu evaluieren. Darauf aufbauend folgen die Anträge an den Verwaltungsrat bezüglich der gesamthaft zu entrichtenden Vergütung für die Divisionen und Shared-Services-Einheiten, für den CEO und für die Mitglieder der Geschäftsleitung.

Der Vergütungsausschuss berücksichtigt für die Leistungsbeurteilung auch Risikoaspekte basierend auf Informationen der Vorsitzenden des Risk Committee und des Audit Committee, die nach Bedarf an den Sitzungen des Vergütungsausschusses teilnehmen. Der Vergütungsausschuss stützt sich auch auf Informationen der internen Kontrollinstanzen der Gruppe wie Legal and Compliance und Interne Revision, um sicherzustellen, dass allfällige Verstösse gegen interne Richtlinien und entsprechende Disziplinarverfahren im Vergütungsprozess berücksichtigt werden. Der Vergütungsausschuss bewilligt nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Audit Committee die Vergütung des Leiters der internen Revision.

Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben im Zusammenhang mit Mitarbeitenden, die im Rahmen ihrer Tätigkeit Risiken eingehen, überprüft und genehmigt der Vergütungsausschuss auch die Vergütung jener Mitarbeitenden, die als Risikonehmer und Kaderpersonal in sensiblen Kontrollstellen (► Material Risk Takers and Controllers, MRTC) gemäss Definition auf Seite 202 identifiziert wurden, wobei das Risk Committee an der Leistungsbeurteilung der MRTC beteiligt ist.

Im Jahr 2013 hielt der Vergütungsausschuss 12 Sitzungen ab mit folgenden Schwerpunkten:

- Leistungsbeurteilung der Gruppe und Festlegung der Vergütungspools auf Divisionsebene zwecks Empfehlung an den Verwaltungsrat;
- Überprüfung von Höhe und Zusammensetzung der Vergütung an die Geschäftsleitungsmitglieder und anderer leitender Mitarbeitender, unter Berücksichtigung von Rückmeldungen von Aktionären sowie Best-Practice-Entwicklungen bei vergleichbaren Unternehmen;
- Beobachtung globaler Markttrends und aufsichtsrechtlicher Tendenzen in Bezug auf Vergütung bei Finanzinstituten sowie Analyse der Auswirkungen der schweizerischen Verordnung gegen übermässige Vergütung;
- Einführung eines neuen aufgeschobenen Vergütungsinstruments, um Bedenken von Aktionären bezüglich Verwässerung aus aktienbasierter Vergütung Rechnung zu tragen; und

- weitere Verbesserung des Vergütungsprozesses für Risikonehmer im Einklang mit aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Der Vorsitzende des Vergütungsausschusses pflegt einen aktiven Dialog mit den wichtigsten Aufsichtsbehörden der Gruppe. Ausserdem tauscht er sich mit Aktionären und ihren Vertretern aus.

Genehmigungskompetenz

Die Zuständigkeiten und Kompetenzen in Bezug auf die Vergütungspolitik und die Vergütung der verschiedenen Mitarbeitergruppen sind im Organisations- und Geschäftsreglement der Gruppe (OGR) und im Reglement des Vergütungsausschusses festgehalten und abrufbar unter www.credit-suisse.com/governance.

Die Genehmigung des Verwaltungsrats auf Empfehlung des Vergütungsausschusses ist erforderlich für:

- Erarbeitung/Änderung der Vergütungspolitik der Gruppe;
- Erarbeitung/Änderung der Vergütungspläne;
- Festlegung der Gesamtbeträge (Pools) für die variable Vergütung der Gruppe und der Divisionen;
- Festlegung der Vergütung der Geschäftsleitungsmitglieder, einschliesslich des CEO; und
- Festlegung der Vergütung des Verwaltungsrats, einschliesslich des Präsidenten.

Die Genehmigung des Vergütungsausschusses ist erforderlich für Vergütungsentscheide in Bezug auf:

- den Leiter Interne Revision (nach Absprache mit dem Vorsitzenden des Audit Committee);
- wesentliche Risikonehmer und Kaderpersonal in Kontrollfunktionen (MRTC); und
- andere ausgewählte Mitglieder des Managements.

Auswirkungen der Regulierung auf die Vergütung

Verschiedene Aufsichtsbehörden der Gruppe richten ihre Aufmerksamkeit auf die Vergütung, darunter auch die FINMA. Die Anforderungen der FINMA sind im Rundschreiben «Vergütungssysteme» dargelegt. Die Anforderungen des Rundschreibens gelten für die Gruppe weltweit, während die Anforderungen anderer Aufsichtsbehörden Geltung im jeweiligen Rechtsgebiet haben. Mehrere Aufsichtsbehörden, darunter die Regulatoren in den USA, der EU und in Grossbritannien, haben Vorschriften erlassen, die von den Grundsätzen der FINMA abweichen oder diese ergänzen. Wo nötig werden deshalb die lokalen Vergütungspläne entsprechend angepasst. In der Regel ist dies verbunden mit zusätzlichen Bestimmungen, Konditionen und Verfahren an den jeweiligen Standorten.

Der Vergütungsausschuss befasst sich auch mit den Auswirkungen der europäischen Kapitaladäquanrichtlinie IV (Capital Requirements Directive (CRD) IV) und beabsichtigt, in den Vergütungsstrukturen für die betroffenen Mitarbeitenden mit Standort in der Europäischen Union das Verhältnis von variabler leistungsabhängiger und fixer Vergütung in Richtung 2:1 anzupassen entsprechend der Marktpraxis.

Pools für die variable leistungsbezogene Vergütung

Bei der Festsetzung der Pools für die variable leistungsbezogene Vergütung orientiert sich der Vergütungsausschuss am ökonomischen Gewinn. Der ökonomische Gewinn entspricht auf Stufe der Gruppe und der Divisionen dem bereinigten Ergebnis vor Steuern und Aufwand für variable leistungsbezogene Vergütung nach Abzug der Eigenkapitalkosten. Diese werden berechnet nach Massgabe des den Geschäftsaktivitäten zugewiesenen Kapitals, definiert als 10% der durchschnittlichen risikogewichteten Aktiven gemäss den Vorgaben unter Basel III. Mit diesem Ansatz werden bei Vergütungsentscheiden sowohl die Profitabilität der Gruppe als auch die Eigenkapitalkosten berücksichtigt. Bei der Verteilung des ökonomischen Gewinns strebt der Vergütungsausschuss eine längerfristig ausgeglichene Verteilung zwischen Aktionären und Mitarbeitenden an, wobei aufgrund der Ertragslage der Gruppe und der Marktbedingungen Schwankungen möglich sind.

Die Festsetzung der Pools für leistungsbezogene Vergütung erfolgt jährlich, wobei unterjährig Rückstellungen für die Vergütungspools der Divisionen und der Gruppe gebildet werden. Der Vergütungsausschuss überprüft diese Rückstellungen und die zugrunde liegenden Leistungskennzahlen regelmässig und ordnet gegebenenfalls Anpassungen an.

Analog der Gruppe ist der ökonomische Gewinn auch bei den Divisionen das primäre Leistungskriterium zur Festlegung der Pools für die Divisionen. Berücksichtigt werden aber auch spezifische divisionale Leistungsindikatoren (KPIs) und bestimmte nicht finanzielle Kriterien, einschliesslich Risikosteuerung, Compliance und ethischer Überlegungen, sowie die relative Leistung im Vergleich zu Mitbewerbern wie auch das Markt- und regulatorische Umfeld.

Der Pool für Shared Services ist abhängig vom ökonomischen Gewinn der Gruppe und von weiteren qualitativen Kriterien und ist nicht an die Ergebnisse der Divisionen gekoppelt. Dadurch werden die Mitarbeitenden von Shared Services, einschliesslich jener, die Kontrollfunktionen ausüben, unabhängig vom Erfolg der Divisionen entschädigt. Wie bei den Divisionen werden auch bei Shared Services Risiko-, Compliance- und ethische Überlegungen sowie die relative Leistung im Vergleich zu Mitbewerbern wie auch das Markt- und regulatorische Umfeld berücksichtigt. Um den Pool für Shared Services zu generieren, werden die Pools der Divisionen entsprechend gekürzt.

Nachdem die Pools auf Divisionesebene festgelegt worden sind, werden sie nach denselben oder ähnlichen Kriterien auf die einzelnen Geschäftsbereiche heruntergebrochen. Dabei ist die Berücksichtigung des in Anspruch genommenen Kapitals sowie der eingegangenen Risiken von zentraler Bedeutung für die Umsetzung unserer kapitaleffizienten Strategie. Die verfügbaren Pools werden von den Linienvorgesetzten den Mitarbeitenden schliesslich unter Berücksichtigung der individuellen Leistungen und des Erfolgs des Geschäftsbereichs zugewiesen. Der Pool für Shared Services wird den verschiedenen Funktionen innerhalb von Shared Services aufgrund von Faktoren wie dem Erreichen von Leistungszielen, der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften sowie der Marktbedingungen zugewiesen.

Vergleich mit Bezugsgruppen

Die Beurteilung des wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation stellen als weitere wichtige Elemente im Vergütungsprozess eine marktgerechte und gleichzeitig konkurrenzfähige Vergütung der Mitarbeitenden sicher. Die Höhe der Vergütung einzelner Funktionen wird unter Einbezug interner und externer Vergleichsanalysen festgelegt, wobei geografische Unterschiede berücksichtigt werden. Die beim Leistungsvergleich berücksichtigten Konkurrenzunternehmen und die relevanten Kennzahlen

werden jedes Jahr im April vom Vergütungsausschuss überprüft und im weiteren Jahresverlauf laufend beobachtet.

Die Vergleichsgruppen für 2013 für die Gruppe und die Divisionen sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt, zusammen mit den spezifischen Kriterien, die beim Leistungsvergleich berücksichtigt werden. Die meisten dieser Unternehmen erwähnen die Credit Suisse ebenfalls als Konkurrent im Zusammenhang mit Gewinnung und Entlohnung von Mitarbeitenden.

Bezugsgruppen und Leistungskriterien 2013¹

Credit Suisse Group

Bezugsgruppe	Bank of America, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC, JPMorgan Chase, Morgan Stanley, Nomura, Société Générale und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Eigenkapitalrendite, Gewinnmarge vor Steuern und Personalaufwand-Ertrag-Verhältnis
Wachstum	Wachstum des Ergebnisses pro Aktie, Wachstum des Nettoertrags, Wachstum der Netto-Neugelder und Wachstum der gesamten verwalteten Vermögen
Eigenmittel und Risiko	Kernkapitalquote (T1), Quote des «look-through» harten Kernkapitals (CET1), Leverage Ratio, Value-at-Risk und Entwicklung der risikogewichteten Aktiven
Aktionärszufriedenheit	Total Aktienrendite über ein Jahr, total Aktienrendite über zwei Jahre und Wachstum des Buchwerts pro Aktie

Private Banking & Wealth Management

Bezugsgruppe	Allianz, Barclays, BlackRock, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC, Julius Bär Group, JPMorgan Chase, Morgan Stanley und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Gewinnmarge vor Steuern, Vorsteuergewinn auf den verwalteten Vermögen und Bruttomarge
Wachstum	Wachstum des Nettoertrags, des Vorsteuergewinns und der Netto-Neugelder

Investment Banking

Bezugsgruppe	Bank of America, Barclays, Citigroup, Deutsche Bank, Goldman Sachs, JPMorgan Chase, Morgan Stanley und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Vorsteuerrendite auf dem zur Deckung der wirtschaftlichen Risiken benötigten Kapital, Gewinnmarge vor Steuern und Personalaufwand-Ertrag-Verhältnis
Wachstum	Wachstum des Nettoertrags und des Vorsteuergewinns
Eigenmittel und Risiko	Nettoertrag/Value-at-Risk

¹ Die Bezugsgruppen und Leistungskriterien wurden durch den Vergütungsausschuss im April 2013 überprüft und erneut bestätigt.

Berücksichtigung von Risiko- und Kontrollaspekten

Risiko- und Kontrollaspekte sind integrierter Bestandteil der Leistungsbeurteilung und der Vergütungsprozesse. Dadurch soll sichergestellt werden, dass der Vergütungsansatz der Gruppe mit den Risiko- und Kontrollprozessen verknüpft ist und dem Eingehen exzessiver Risiken entgegenwirkt.

Kontrollfunktionen

Neben der Leistungsbeurteilung durch den zuständigen Linienvorgesetzten stellen die unabhängigen Kontrollstellen des Unternehmens sicher, dass allfällige disziplinarische Verfehlungen von Mitarbeitenden bei der Festlegung der individuellen variablen leistungsbezogenen Vergütung berücksichtigt werden. Die Kontrollstellen sind von den Geschäftsbereichen unabhängig und umfassen die Bereiche Legal and Compliance, Risikomanagement, Finance, Personalwesen und Interne Revision. Regional organisierte Disziplinarkommissionen erlassen auf Antrag der

Kontrollstellen bei Bedarf Empfehlungen für Disziplinarmaßnahmen. Zu solchen Massnahmen zählt gegebenenfalls eine Kürzung oder Streichung der variablen leistungsbezogenen Vergütung des betroffenen Mitarbeitenden im laufenden Jahr und der aufgeschobenen Vergütungsansprüche aus den Vorjahren. Das Audit und das Risk Committee erhalten in regelmässigen Abständen Informationen über allfällige Disziplinarfälle und haben ein Mitspracherecht bei Disziplinarmaßnahmen. Disziplinarmaßnahmen und deren Auswirkungen auf die variable leistungsbezogene Vergütung der betreffenden Mitarbeitenden werden dem Vergütungsausschuss zur Kenntnis gebracht.

Risikonehmer und Kaderpersonal in Kontrollfunktionen

Als Risikonehmer und Kaderpersonal in Kontrollfunktionen (Material Risk Takers and Controllers, MRTC) gelten Mitarbeitende, die entweder einzeln oder als Teil einer Gruppe mit ihrer Tätigkeit einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Gruppe haben

können. Die Kriterien für die Klassifizierung von Mitarbeitenden als MRTC für die Gruppe werden vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Vergütungsausschusses und des Risk Committee genehmigt.

Mitarbeitende, die eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen, werden als MRTC eingestuft:

- Mitglieder der Geschäftsleitung;
- Mitarbeitende, die direkt einem Mitglied der Geschäftsleitung unterstellt sind: i) in den Divisionen sind dies Mitarbeitende, die aus Gruppensicht bedeutende Geschäftsbereiche führen, und die Mitglieder von Management Committees auf Divisionsebene; und ii) in Shared Services ist dies Kaderpersonal in Kontrollstellen in den Bereichen Interne Revision, Finance, Risikomanagement, Legal and Compliance und Talent, Branding and Communications, das für die Überwachung von Einzelpersonen oder Personengruppen zuständig sind, welche für die Gruppe erhebliche Risiken eingehen;
- Mitarbeitende, die – individuell oder als Teil einer Gruppe – einen erheblichen Anteil des Kapitals der Gruppe einem Risiko aussetzen. Dazu zählen Händler sowie andere Mitarbeitende, die zur Bewirtschaftung, Überwachung oder Genehmigung von Risikopositionen befugt sind, welche erheblichen Einfluss auf das Finanzergebnis der Gruppe haben könnten;
- die 150 Mitarbeitenden mit der konzernweit höchsten Gesamtvergütung, unabhängig von der jeweiligen Position oder Funktion;
- Mitarbeitende, die aufgrund ihrer Funktion in Grossbritannien und der potenziellen Auswirkungen ihrer mit Risiken verbundenen Aktivitäten bezüglich der britischen Tochtergesellschaften der Definition des britischen Regulators der Gruppe, der Prudential Regulation Authority (PRA), von «UK Code Staff» entsprechen; und
- sonstige Mitarbeitende, deren Funktion als Einzelperson oder als Teil einer Gruppe mit potenziellen Auswirkungen auf das Marktrisiko, Reputationsrisiko oder operationelle Risiko der Gruppe verbunden ist.

Vergütungsverfahren für MRTC

Im Vergütungsprozess unterliegen die MRTC besonders hohen Anforderungen. Vorgesetzte der MRTC müssen Risikoüberlegungen in die Leistungsbeurteilung des einzelnen Mitarbeitenden mit einbeziehen und dabei spezifisch auch nach Art der Risiken unterscheiden. Die zu berücksichtigenden Risikoarten umfassen Reputations-, Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Rechts- und Compliance-Risiken und sind je nach Funktion unterschiedlich ausgeprägt. Berücksichtigt werden sowohl die realisierten als auch die mit der Funktion oder Aktivität verbundenen potenziellen Risiken.

Risikonehmer (Covered Employees)

Aufgrund der Anforderungen der US Federal Reserve wurden zwei zusätzliche Mitarbeitergruppen in den USA identifiziert, deren

Vergütungsprozess den erhöhten Anforderungen für MRTC genügen muss. Insgesamt werden folgende Mitarbeitenden gemeinsam als Risikonehmer (Covered Employees) bezeichnet:

- MRTC;
- alle Umsatz generierenden Mitarbeitenden im Investment Banking, die in den USA arbeiten; und
- alle Branch Managers des Bereichs Wealth Management Clients in den USA in der Division Private Banking & Wealth Management.

Malus- und Wertabschlagsbestimmungen

Alle aufgeschobenen Vergütungsansprüche enthalten Bestimmungen, die es der Gruppe ermöglichen, die Ansprüche von Mitarbeitenden, deren individuelles Verhalten einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Gruppe gehabt hat, zu reduzieren oder zu annullieren.

Für Covered Employees gelten zusätzliche Bestimmungen, falls das Verhalten oder die Leistungen einer Person Folgendes verursachen oder verursachen könnten:

- eine bedeutende Reduktion des Ergebnisses oder der regulatorischen Kapitalausstattung der Gruppe, einer ihrer Divisionen oder Regionen;
- einen gravierenden Mangel in der Risikokontrolle, einen Reputationsschaden oder ähnliche Ereignisse; oder
- eine Kombination der obigen Punkte, worüber der Verwaltungsrat nach eigenem Ermessen entscheidet.

Für Performance-Share-Ansprüche gelten zusätzliche leistungsabhängige Wertabschlagsbestimmungen (Clawback-), die eine Kürzung oder Annullierung des gesamten Bestands aufgeschobener Ansprüche im Falle künftiger negativer Geschäftsergebnisse erlauben.

► Siehe «Vergütungsstruktur» für weitere Ausführungen zur aufgeschobenen Vergütung.

► Siehe «Performance-Share-Ansprüche» für weitere Informationen über diese Ansprüche und die leistungsabhängigen Wertabschlagsbestimmungen.

Vergütungsstruktur

Die Vergütung der Mitarbeitenden umfasst fixe und variable Elemente. Die fixe Vergütung beinhaltet das Basissalär. Die variable Vergütung erfolgt jährlich, leistungsbezogen in Abhängigkeit der Ergebnisse der Gruppe, der Division sowie der individuellen Mitarbeiterleistung. Der Anteil von fixer und variabler Vergütung variiert und hängt von der Position, der Tätigkeit und dem Standort des Mitarbeitenden ab.

Die variable leistungsbezogene Vergütung für das Jahr 2013 wurde hauptsächlich in Form von frei verfügbarer Bargeldvergütung, aktienbasierter Vergütung und Contingent Capital Awards (CCA) ausgerichtet. Die aktienbasierte Vergütung und die CCA sind aufgeschobene Vergütungsinstrumente, deren Übertragung vorbehaltlich verschiedener Kriterien, wie weiter unten beschrieben, gestaffelt über mehrere Jahre erfolgt.

Mitarbeiterkategorien und Komponenten der Gesamtvergütung für 2013

Mitarbeiterkategorie	Gesamtvergütung				
	Basissalär	Variable Vergütung			
		Frei verfügbare Bargeldvergütung	Aktien	Performance Shares	Contingent Capital Awards
Managing Directors und Directors, die MRTC sind			30%	50%	20%
Sonstige Directors			80%		20%
Sonstige MRTC			50%	50%	
Sonstige Mitarbeitende mit einer Gesamtvergütung von über CHF/USD 250 000			100%		
Mitarbeitende mit einer Gesamtvergütung von unter CHF/USD 250 000					

¹ Bei einer Gesamtvergütung von CHF/USD 250 000 oder mehr wird die Vergütung aufgeschoben.

Basissaläre

Alle Mitarbeitenden erhalten das Basissalär nach Massgabe ihrer Qualifikationen, ihrer Erfahrung, Verantwortung sowie externer Marktfaktoren.

Variable Vergütung und aufgeschobene Ansprüche

Der variable leistungsbezogene Teil der Vergütung eines Mitarbeitenden für 2013 wurde bis zu einer Gesamtvergütung von CHF 250 000 (bzw. USD 250 000 oder dem Gegenwert in Lokalwährung) ohne Verfügungsbeschränkung in bar ausgerichtet. Bei höherer Gesamtvergütung wurde ein Teil der variablen leistungsbezogenen Vergütung in bar ausbezahlt und der Rest in aufgeschobener Form zugeteilt. Der Anteil dieser aufgeschobenen Ansprüche wird mit steigender Gesamtvergütung grösser und lag 2013 gegenüber dem Vorjahr unverändert zwischen 17,5% und 90% der individuellen variablen leistungsbezogenen Vergütung. Die Obergrenze der variablen frei verfügbaren Bargeldvergütung lag für 2013 bei CHF 2 Mio. (bzw. USD 2 Mio. oder dem Gegenwert in Lokalwährung). Für 2013 erhielten 41 723 oder 91% aller Mitarbeitenden eine variable leistungsbezogene Vergütung, von denen 503 als MRTC klassifiziert wurden.

► Siehe «Anzahl Mitarbeitende mit variabler und anderer Vergütung» für weitere Informationen.

Frei verfügbare Bargeldvergütung

Mitarbeitenden wird der Baranteil ihrer variablen Vergütung am dem Zuteilungsdatum folgenden regulären Zahltag ausgerichtet.

Ansprüche auf gesperrte Aktien

Um Vorschriften der EU einzuhalten, erhalten Mitarbeitende in Schlüsselpositionen gewisser Gruppengesellschaften in der EU

50% des ihnen sonst als frei verfügbare Bargeldvergütung zustehenden Betrags in Form von Aktien mit Übertragungsbeschränkungen. Diese Aktien werden bei der Zuteilung zwar übertragen, bleiben aber je nach Standort zwischen sechs Monaten und drei Jahren gesperrt.

Aufgeschobene variable Vergütungsinstrumente

Aktienansprüche

Jeder Aktienanspruch berechtigt den Inhaber zum Erhalt einer Aktie der Gruppe am Lieferdatum nach Ablauf der Übertragungsfrist. Aktienansprüche bringen die Interessen der Mitarbeitenden mit jenen der Aktionäre in Einklang und entsprechen den Erwartungen von Aufsichtsbehörden, einen substantziellen Anteil der variablen Vergütung in dieser Form zuzuteilen.

Aktienansprüche haben eine dreijährige Übertragungsfrist und werden jeweils zu einem Drittel ein, zwei und drei Jahre nach Zuteilung übertragen (gestaffeltes Vesting), vorbehaltlich der Malusbestimmungen. Die Anzahl der zugesprochenen Aktienansprüche ergibt sich aus dem Wert dieser Vergütungskomponente für den einzelnen Mitarbeitenden, dividiert durch den durchschnittlichen Aktienkurs über die zwölf der Zuteilung vorangehenden Geschäftstage bis und mit 15. Januar 2014. Der Wert der Aktienansprüche hängt ausschliesslich vom Kurs der Aktie zum künftigen Zeitpunkt der Übertragung ab. Nach dem 1. Januar 2014 zugesprochene Aktienansprüche berechtigen nicht zum Erhalt von Dividendenäquivalenten während der Übertragungsfrist. Für 2013 erhielten insgesamt 7 563 Mitarbeitende Aktienansprüche zugeteilt.

Performance-Share-Ansprüche

Performance-Share-Ansprüche sind gleich ausgestaltet wie Aktienansprüche mit der Ausnahme, dass sämtliche ausstehenden

Ansprüche, einschliesslich jener aus den Vorjahren, dem Vorbehalt expliziter leistungsabhängiger Wertabschlagsbestimmungen (Clawback) unterliegen. Bei Mitarbeitenden der Divisionen ist der Wertabschlag abhängig vom Verlust der Division oder einer negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe, je nachdem, woraus sich ein grösserer Wertabschlag ergibt. Bei Mitarbeitenden im Bereich Shared Services wird der Wertabschlag nur im Falle einer negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe vorgenommen und ist nicht an den Erfolg der Divisionen geknüpft. Der Vergütungsausschuss bestimmt die Berechnungsbasis der für den Wertabschlag massgebenden Eigenkapitalrendite, die nach Zuteilungsjahr variieren kann. Performance-Share-Ansprüche, die für 2013 zugesprochen wurden, basierten auf der bereinigten Eigenkapitalrendite.

► Siehe «Bereinigte Ergebnisse» unter Vergütung der Geschäftsleitung für eine Überleitung vom ausgewiesenen zum bereinigten Ergebnis.

Die folgende Tabelle zeigt den möglichen Wertabschlag auf den aufgeschobenen Performance-Share-Ansprüchen (einschliesslich der kurzfristigen Incentive Awards der Mitglieder der Geschäftsleitung, die einer Division vorstehen).

Möglicher Wertabschlag auf Performance-Share- und STI-Ansprüchen

Wertabschlag, falls Division einen Verlust macht

Vorsteuerverlust der Division (in Mia. CHF)	Anpassung des Ansprüchebestands (in %)
(1.00)	(15%)
(2.00)	(30%)
(3.00)	(45%)
(4.00)	(60%)
(5.00)	(75%)
(6.00)	(90%)
(6.67)	(100%)

Wie bei den Aktienansprüchen berechnen die nach dem 1. Januar 2014 zugeteilten Performance-Share-Ansprüche nicht zum Erhalt von Dividendenäquivalenten während der Übertragungsfrist. Für 2013 erhielten insgesamt 1 691 Mitarbeitende Performance-Share-Ansprüche zugeteilt. Die Managing Directors und fast alle als MRTC klassifizierten Mitarbeitenden erhielten mindestens 50% ihrer aufgeschobenen variablen leistungsbezogenen Vergütung in Form von Performance-Share-Ansprüchen.

Contingent Capital Awards (CCA)

Die CCA sind ein neues aufgeschobenes Vergütungsinstrument, das für 2013 erstmals zugeteilt wurde. Die Ansprüche sind mit ähnlichen Rechten und Risiken verbunden wie die von der Gruppe im Markt begebenen bedingten Pflichtwandelanleihen (Contingent Convertible Instruments, CoCos) mit hohem Auslösungssatz. Die CCA lauten auf Schweizer Franken beziehungsweise US-Dollar und beinhalten ein bedingtes Recht auf Erhalt halbjährlicher Zinszahlungen in bar nach Massgabe des sechsmonatigen London Interbank Offered Rate (LIBOR) in Schweizer Franken plus 4,75%

beziehungsweise des sechsmonatigen LIBOR in US-Dollar plus 5,33% pro Jahr bis zur Übertragung der Ansprüche. Der Zinssatz wurde gemäss den am Zuteilungsdatum bestehenden Marktbedingungen für die ausstehenden Pflichtwandelanleihen festgelegt. Die CCA werden nicht gehandelt, und Mitarbeitende, die ihre Vergütung in Schweizer Franken erhalten, konnten wählen, ob sie ihre CCA in Schweizer Franken oder US-Dollar erhalten wollten; alle übrigen Mitarbeitenden erhielten ihre CCA in US-Dollar.

Die Übertragung der CCA ist am dritten Jahrestag nach der Zuteilung vorgesehen, und sie werden nach Zuteilung gestaffelt über drei Jahre hinweg als Aufwand erfasst. Da die CCA als zusätzliches regulatorisches Kernkapital der Gruppe anrechenbar sind, unterliegen Zeitpunkt und Form der Begleichung nach Übertragung der Genehmigung durch die FINMA. Nach Ablauf der Sperrfrist erhalten die Mitarbeitenden entweder ein bedingtes Kapitalinstrument oder eine Barzahlung auf Basis des Fair Value der CCA. Dieser wird von der Gruppe festgelegt. Bei einer allfälligen Barzahlung wird die Währung der zugeteilten CCA in die lokale Währung des jeweiligen Mitarbeitenden umgerechnet. Die Gruppe beabsichtigt, CCA auch in den nächsten Jahren als Teil der variablen leistungsbezogenen Vergütung einzusetzen.

Die CCA sind verlustabsorbierend und werden auf null abgeschrieben und annulliert, falls vor Ablauf der Sperrfrist eines der nachstehenden auslösenden Ereignisse eintritt:

- die ausgewiesene Quote des harten Kernkapitals (Common Equity T1, CET1) der Gruppe sinkt unter 7%; oder
- die FINMA erachtet es als notwendig, CCA oder andere vergleichbare Instrumente zu annullieren oder die Gruppe mit staatlicher Hilfe zu rekapitalisieren, um einen Zahlungsausfall oder sonstigen Zahlungsverzug zu vermeiden.

Diese Bedingungen sind vergleichbar mit den Bedingungen der ausstehenden T1-Kapitalinstrumente mit hohem Auslösungssatz, welche die Gruppe seit 2011 im Markt ausstehend hat. Im Gegensatz zu diesen werden die CCA bei Eintreten eines auslösenden Ereignisses nicht in Aktien gewandelt, sondern auf null abgeschrieben.

Die CCA verknüpfen die aufgeschobene Mitarbeitervergütung mit der regulatorischen Kapitalposition der Gruppe, generieren zusätzliches Kernkapital und vermeiden den verwässernden Effekt, der Aktionären durch die Ausgabe aktienbasierter Vergütungsansprüche anstelle von CCA entstehen könnte.

Die für 2013 an insgesamt 5 679 Mitarbeitende zugeteilten CCA hatten einen Fair Value von CHF 391 Mio.

Sonstige Ansprüche

Soweit aus Konkurrenzgründen erforderlich, kann die Gruppe vom beschriebenen Ansatz abweichen und weitere langfristige leistungsbezogene Anreizinstrumente (LTI) einsetzen für die Gewinnung oder Bindung von Mitarbeitenden. Solche Abweichungen betreffen aber nur einen kleinen Kreis von Mitarbeitenden und erfolgen nur dort, wo die Umstände eine solche spezielle Regelung erfordern.

Dies war 2013 bei 345 Mitarbeitenden der Fall, darunter bestimmte Mitarbeitende in den Divisionen sowie bei der Tochtergesellschaft Credit Suisse Hedging-Griffo Investimentos S.A. Sämtliche Abweichungen vom üblichen Vergütungsansatz erfordern die Zustimmung des Vergütungsausschusses.

Zudem entrichtet die Gruppe Mitarbeitenden in bestimmten Geschäftsbereichen Provisionen entsprechend gängiger Marktpraktiken. Diese Provisionen werden formelbasiert berechnet und in regelmässigen Abständen auf ihre Marktgängigkeit überprüft.

Einschränkungen bezüglich aktienbasierter Ansprüche

Die Gruppe verbietet ihren Mitarbeitenden, Transaktionen zur Absicherung des Werts von ausstehenden aktienbasierten Ansprüchen vorzunehmen. Auch die Verpfändung von noch nicht übertragenen aktienbasierten Ansprüchen ist nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Vergütungsausschusses zulässig. Ausserdem

gelten in Bezug auf den Aktienbesitz für Mitglieder der Management Committees der Divisionen und der Regionen die folgenden Mindestanforderungen:

- Führungskräfte, die für die Divisionen Private Banking & Wealth Management sowie Investment Banking verantwortlich sind: 50 000 Aktien; und
- Führungskräfte, die für Shared-Services-Funktionen verantwortlich sind: 20 000 Aktien.

► Siehe «Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz» in Vergütung der Geschäftsleitung für weitere Informationen.

Zugeweilte Gesamtvergütung

Die folgende Tabelle zeigt die den Mitarbeitenden für 2013 zugeweilte fixe und variable leistungsbezogene Vergütung im Vergleich zum Vorjahr.

Gesamtvergütung

Für	2013			2012 ¹		
	Frei verfügbar	Aufgeschoben	Total	Frei verfügbar	Aufgeschoben	Total
Fixe Vergütung (in Mio. CHF)						
Saläre	5 525	–	5 525	6 063	–	6 063
Sozialversicherung	778	–	778	769	–	769
Sonstige	800 ²	–	800	837 ²	–	837
Total fixe Vergütung	7 103	–	7 103	7 669	–	7 669
Variable Leistungsvergütung (in Mio. CHF)						
Frei verfügbare Barvergütung	1 570	–	1 570	1 202	–	1 202
Aktienansprüche	18	827	845	6	950 ³	956
Performance-Aktienansprüche	–	663	663	–	660	660
Contingent Capital Awards	–	391	391	–	–	–
Plus-Bond-Ansprüche	–	–	–	–	187	187
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	–	–	–	–	299	299
Sonstige Baransprüche	–	142	142	–	119	119
Total variable Leistungsvergütung	1 588	2 023	3 611	1 208	2 215	3 423
Sonstige variable Vergütung (in Mio. CHF)						
Barabfindungsansprüche	113	–	113	251	–	251
Ansprüche für Neueintritte	18	62	80	10	79	89
Barkommissionen	198	–	198	157	–	157
Total sonstige variable Vergütung	329	62	391	418	79	497
Zugeweilte Gesamtvergütung (in Mio. CHF)						
Zugeweilte Gesamtvergütung	9 020	2 085	11 105	9 295	2 294	11 589
davon garantierte Bonuszahlungen	–	–	55 ⁴	–	–	69 ⁴

¹ Entspricht den im Jahr 2012 zugeweilten Ansprüchen, ohne Anpassung für aufgegebenen Geschäftsbereiche.

² Enthält für die Jahre 2013 und 2012 einen Aufwand für Vorsorgepläne und sonstige Leistungen für Mitarbeitende im Ruhestand von CHF 490 Mio. beziehungsweise CHF 532 Mio.

³ Enthält den Nominalwert der Aktienansprüche von CHF 38 Mio., die als Teil des freiwilligen Umtauschangebots an die Mitarbeitenden nach dem Zuteilungsdatum in Plus-Bond-Ansprüche umgetauscht wurden.

⁴ Garantierte Bonuszahlungen können als variable Leistungsvergütung oder als Ansprüche für Neueintritte zugeweiht werden.

Die Gesamtvergütung für das Jahr 2013 betrug CHF 11,1 Mia. und war damit um 4% niedriger als für das Jahr 2012. Der Personalbestand ging im selben Zeitraum um 3% zurück, und die Gesamtvergütung pro Kopf sank um 1%. Die für 2013 zugeteilte variable leistungsbezogene Vergütung betrug insgesamt CHF 3,6 Mia., sie war damit gegenüber 2012 um 5% höher, konsistent mit dem verbesserten Ergebnis der Gruppe. 56% der variablen leistungsbezogenen Vergütung für 2013 erfolgte in aufgeschobener Form. Ihre Übertragung erfolgt nach Ablauf der Sperrfristen

vorbehaltlich der Malus- und Wertabschlagsbestimmungen, der Marktbedingungen und weiterer Kriterien.

Für Barabfindungen im Zusammenhang mit der Freisetzung von Personal bezahlte die Gruppe 2013 CHF 255 Mio. an 2 141 Mitarbeitende, verglichen mit CHF 215 Mio. an 3 065 Mitarbeitende im Vorjahr. Die Zahlungen für Neueintritte beliefen sich 2013 auf CHF 18 Mio. an 83 Mitarbeitende, verglichen mit CHF 10 Mio. an 159 Mitarbeitende im Vorjahr.

Anzahl Mitarbeitende mit variabler Vergütung

	MRTC ¹	Übrige Mitarbeitende	2013 Total	MRTC ¹	Übrige Mitarbeitende	2012 Total
Anzahl Mitarbeitende, welchen variable Vergütung zugeteilt wurde						
Variable Vergütung	503	41 220	41 723	523	41 959	42 482
davon frei verfügbare Barvergütung	503	41 220	41 723	235	39 935	40 170
davon Aktienansprüche	486	7 077	7 563	508	7 084	7 592
davon Performance-Aktienansprüche	461	1 230	1 691	481	1 234	1 715
davon Contingent Capital Awards	470	5 209	5 679	–	–	–
davon Plus-Bond-Ansprüche	–	–	–	298	1 976	2 274
davon Restricted Cash Awards	–	–	–	285	1 976	2 261
davon sonstige Baransprüche	62	283	345	41	48	89
Anzahl Mitarbeitende, welchen sonstige variable Vergütung zugeteilt wurde						
Barabfindungsansprüche	3	2 138	2 141 ²	9	3 056	3 065 ²
Ansprüche für Neueintritte	6	166	172	6	190	196
Barkommissionen	0	369	369	0	370	370
Garantierte Bonuszahlungen	9	132	141	5	200	205

¹ Nicht enthalten sind Personen, die aufgrund von regulatorischen Vorschriften ausserhalb der Schweiz als MRTC klassiert sein könnten, insbesondere US-basierte Ertragsproduzenten im Investment Banking und Niederlassungsleiter des US-Wealth-Management-Clients-Bereichs der Division Private Banking & Wealth Management, die gemäss US Federal Reserve als Risikonehmer klassiert wurden, sowie Mitarbeitende in Grossbritannien.

² Schliesst Mitarbeitende ein, die für die Kündigung per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012 Barabfindungsansprüche erhielten.

Gesamtvergütung für MRTC

Die 503 als MRTC eingestuftten Mitarbeitenden erhielten für 2013 eine Gesamtvergütung von CHF 1 355 Mio. sowie eine variable leistungsbezogene Vergütung von insgesamt CHF 1 102 Mio.;

davon waren CHF 964 Mio. oder 87% in aufgeschobener Form. MRTC erhielten 50% ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung für 2013 als Performance-Share-Ansprüche, die Wertabschlagsbestimmungen (Clawback) unterliegen.

Gesamtvergütung für Risikonehmer und Kaderpersonal in sensiblen Kontrollstellen (MRTC)

Für	Frei verfügbar	Auf- geschoben	2013 Total	Frei verfügbar	Auf- geschoben	2012 Total
Fixe Vergütung (in Mio. CHF)						
Total fixe Vergütung	247	–	247	275	–	275
Variable Leistungsvergütung (in Mio. CHF)						
Frei verfügbare Barvergütung	138	–	138	77	–	77
Aktienansprüche	–	255	255	–	313	313
Performance-Aktienansprüche	–	407	407	–	404	404
Contingent Capital Awards	–	177	177	–	–	–
Plus-Bond-Ansprüche	–	–	–	–	107	107
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	–	–	–	–	57	57
Sonstige Baransprüche	–	125	125	2	33	35
Total variable Leistungsvergütung	138	964	1 102	79	914	993
Sonstige variable Vergütung (in Mio. CHF)						
Barabfindungsansprüche	1	–	1	5	–	5
Ansprüche für Neueintritte	0	5	5	0	9	9
Barkommissionen	0	–	0	0	–	0
Total sonstige variable Vergütung	1	5	6	5	9	14
Gesamtvergütung (in Mio. CHF)						
Gesamtvergütung	386	969	1 355	359	923	1 282
davon garantierte Bonuszahlungen ¹	3	11	14	1	4	5

¹ Garantierte Bonuszahlungen können als variable Leistungsvergütung oder als Ansprüche für Neueintritte zugeteilt werden.

Personalaufwand

Der in der Erfolgsrechnung verbuchte Personalaufwand umfasst Saläre, variable Vergütung, Nebenleistungen und die vom Arbeitgeber getragenen Steuern auf Vergütung. Der Aufwand für die variable Vergütung beinhaltet die uneingeschränkte Barvergütung für das laufende Jahr, die Amortisierung von in früheren Jahren zugeteilten aufgeschobenen Vergütungsansprüchen sowie Zahlungen für Freisetzung, Neueintritte und Kommissionen an Mitarbeitende. Die Erfassung der Aufwendungen der für eine Periode zugeteilten aufgeschobenen variablen Vergütung erfolgt in

künftigen Perioden mit ihrer Übertragung in Abhängigkeit des fortbestehenden Arbeitsverhältnisses, der Leistung, der Malus- und Wertabschlagsbestimmungen, der Marktbedingungen und weiterer Restriktionen.

Der gesamte Personalaufwand war 2013 im Vorjahresvergleich um 9% geringer, hauptsächlich aufgrund der geringeren Amortisierung variabler aufgeschobener Vergütung aus den Vorjahren und des geringeren Saläraufwands als Folge des tieferen Personalbestands.

Personalaufwand

31. Dezember	2013			2012		
	Laufende Vergütung	Aufgeschobene Vergütung	Total	Laufende Vergütung	Aufgeschobene Vergütung	Total
Fixer Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Saläre	5 525	–	5 525	5 923	–	5 923
Sozialversicherung ¹	778	–	778	769	–	769
Sonstige	800 ²	–	800	817 ²	–	817
Total fixer Vergütungsaufwand	7 103	–	7 103	7 509	–	7 509
Variabler Leistungsvergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Frei verfügbare Barvergütung	1 570	–	1 570	1 202	–	1 202
Aktienansprüche	18	814 ³	832	6	786 ³	792
Performance-Aktienansprüche	–	590	590	–	366	366
Plus-Bond-Ansprüche ⁴	–	37	37	187	–	187
Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche ⁵	–	77	77	–	677	677
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	–	31	31	–	74	74
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche	–	4	4	–	286	286
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	–	145	145	–	165	165
Scaled Incentive Share Units	–	41	41	–	97	97
Incentive Share Units ⁶	–	(3)	(3)	–	62	62
Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüche ⁵	–	93	93	–	173	173
Sonstige Baransprüche	–	434	434	–	362	362
Aufgegebene Geschäftsbereiche	(6)	(21)	(27)	(44)	(23)	(67)
Total variabler Leistungsvergütungsaufwand	1 582	2 242	3 824	1 351	3 025	4 376
Sonstiger variabler Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Abfindungszahlungen	113	–	113	251	–	251
Zahlungen für Neueintritte	18	–	18	10	–	10
Kommissionen	198	–	198	157	–	157
Total sonstiger variabler Vergütungsaufwand	329	–	329	418	–	418
Total Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Total Vergütungsaufwand	9 014	2 242	11 256⁷	9 278	3 025	12 303⁷

¹ Entspricht dem Anteil der Gruppe an den obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen für Mitarbeitende.

² Enthält für die Jahre 2013 und 2012 einen Aufwand für Vorsorgepläne und sonstige Leistungen für Mitarbeitende im Ruhestand von CHF 490 Mio. beziehungsweise CHF 532 Mio.

³ Enthält einen Vergütungsaufwand von CHF 23 Mio. und CHF 32 Mio. im Zusammenhang mit sonstigen Aktienansprüchen, die 2013 beziehungsweise 2012 zugeteilt wurden.

⁴ Die an die Mitarbeitenden des Investment Banking zugeteilten Plus-Bond-Ansprüche waren per 31. Dezember 2012 voll erworben und im Aufwand erfasst. Die an bestimmte Mitarbeitende ausserhalb des Investment Banking gewährten Plus-Bond-Ansprüche werden im Jahr 2016, 3 Jahre nach ihrer Zuteilung, erworben und über die Erwerbsperiode im Aufwand erfasst. Veränderungen im zugrunde liegenden Fair Value der Instrumente können einen Einfluss auf den Aufwand aus aufgeschobener Vergütung in zukünftigen Perioden haben.

⁵ Enthält die Veränderung des Fair Value der zugrunde liegenden indexierten Vermögenswerte während der Periode.

⁶ Enthält verwirkte Ansprüche.

⁷ Enthält für die Jahre 2013 und 2012 Aufwand für Abfindungen und sonstige Vergütung von CHF 218 Mio. beziehungsweise CHF 456 Mio. im Zusammenhang mit der Reduktion des Personalbestandes.

Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand

Die Tabelle zeigt den geschätzten, in der Erfolgsrechnung noch nicht erfassten Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütungsansprüche für 2013 sowie die per 31. Dezember 2013 noch ausstehenden aufgeschobenen Ansprüche aus früheren Vergütungsperioden. Die Zahlen beruhen auf den Werten der einzelnen

Ansprüche zum Zuteilungszeitpunkt unter Berücksichtigung aktueller Fair-Value-Schätzungen für Anpassungen aufgrund von Leistungskriterien oder der Verwirkung von Ansprüchen, jedoch ohne Berücksichtigung möglicher künftiger Marktwertanpassungen.

Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand

	Aufgeschobene Vergütung		2013	Aufgeschobene Vergütung		2012
	Für 2013	Für Ansprüche des Vorjahres		Für 2012	Für Ansprüche des Vorjahres	
Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Aktienansprüche	823	804 ¹	1 627	935	706 ¹	1 641
Performance-Aktienansprüche	660	221	881	677	161	838
Contingent Capital Awards	433	–	433	–	–	–
Plus-Bond-Ansprüche ²	–	18	18	37	–	37
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	–	11	11	–	42	42
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche	–	13	13	–	54	54
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	–	136	136	299	–	299
Scaled Incentive Share Units	–	–	–	–	73	73
Sonstige Baransprüche	136	111	247	118	72	190
Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand	2 052	1 314	3 366	2 066	1 108	3 174

¹ Enthält einen geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand von CHF 39 Mio. und CHF 47 Mio. im Zusammenhang mit sonstigen Aktienansprüchen, die 2013 beziehungsweise 2012 an neue Mitarbeitende zugeteilt wurden und nicht die Vorjahre betreffen.

² Entspricht Aktienansprüchen, die aufgrund des freiwilligen Umtauschgebots an die Mitarbeitenden in Plus-Bond-Ansprüche umgetauscht wurden, nach Berücksichtigung von geschätzten zukünftigen verwirklichten Ansprüchen. Diese Ansprüche werden bis ins Jahr 2016 erworben.

► Siehe «Nicht länger eingesetzte Vergütungspläne» für Beschreibungen der Ansprüche, die vor 2013 zugeteilt wurden, auf Seite 229.

Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung auf das Eigenkapital

Die Verbuchung aktienbasierter Ansprüche als Aufwand in der Erfolgsrechnung hat im Allgemeinen keine Auswirkungen auf das Eigenkapital, da der Verbuchung des Aufwands die gleichzeitig erfasste Verpflichtung zur Lieferung der Aktien gegenübersteht. Steuerliche Effekte im Zusammenhang mit der Aufwanderfassung und Erfüllung aktienbasierter Ansprüche werden in den Kapitalreserven erfasst.

Bis 2011 kam die Gruppe ihren Verpflichtungen zur Lieferung von Aktien aus aktienbasierten Ansprüchen in der Regel durch den Kauf von Aktien auf dem Markt nach. Wenn die Gruppe zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitenden auf dem Markt Aktien erwirbt, wird das Eigenkapital um den Kaufpreis dieser eigenen Aktien reduziert. Die Praxis des Kaufs von Aktien im Markt wurde 2011 ausgesetzt, um im Kontext des Basel-III-Regelwerks sowie der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung den Aufbau von regulatorischem Kapital zu beschleunigen. Stattdessen bediente die Gruppe ab 2011 aktienbasierte Ansprüche aus bedingtem Kapital, und im Jahr 2013 schuf sie so 37,8 Mio. Aktien. Nach Erreichen ihrer Kapitalziele kam die Gruppe in der zweiten Jahreshälfte 2013 auf ihren alten Ansatz zurück, und sie erwarb einen Teil der erforderlichen Aktien am Markt. Die Gruppe beabsichtigt, künftig wieder den Grossteil der entsprechenden Verpflichtungen durch Käufe am Markt zu erfüllen.

Ausstehende aktienbasierte Ansprüche

Ende 2013 waren 134,7 Mio. aktienbasierte Ansprüche ausstehend, davon 72,9 Mio. Aktienansprüche, 41,4 Mio. Performance-Share-Awards und 14,5 Mio. Adjustable Performance Plan Awards. Der Rest bestand aus aufgeschobenen Ansprüchen aus Vorjahren, die aus heute nicht mehr eingesetzten Vergütungsplänen stammen.

Per Ende 2013 hatte die Gruppe 1 596 Mio. Aktien ausgegeben und zusätzlich standen der Gruppe 550 Mio. Aktien für bedingte Pflichtwandelanleihen zur Verfügung, davon 499 Mio. Aktien im Zusammenhang mit ausstehenden Instrumenten. Pflichtwandelanleihen stärken die verlustabsorbierende regulatorische Kapitalbasis, ohne die Aktionäre im Emissionszeitpunkt zu verwässern. Die per Ende 2013 ausstehenden aktienbasierten Ansprüche entsprachen 6,3% der ausgegebenen und bedingt auszugebenden Aktien. Die Quote dürfte sich über die nächsten Jahre reduzieren, da die Gruppe beabsichtigt, einen Teil der aktienbasierten Vergütungsinstrumente durch die neuen CCA zu ersetzen. Das Ausmass der Reduktion wird vom Umfang der künftigen Vergütungspools, vom Umfang und von der Dauer der Aufschubung und von anderen Faktoren, einschliesslich des Aktienkurses, abhängen. Die Absicht der Gruppe besteht darin, die Zahl der ausstehenden aktienbasierten Ansprüche langfristig auf rund 5% der ausgegebenen und potenziell auszugebenden Aktien zu verringern.

Nachfolgende Aktivität

Für Leistungen im Geschäftsjahr 2013 teilte die Gruppe Anfang 2014 30,2 Mio. neue Aktienansprüche und 24,2 Mio. neue Performance-Share-Ansprüche zu. Zudem wurden auch CCA im Umfang von CHF 391 Mio. zugeteilt, anstelle von rund 13,6 Mio. aktienbasierter Ansprüche.

Im ersten Halbjahr 2014 plant die Gruppe, 54,5 Mio. übertragene aktienbasierte Ansprüche aus den Vorjahren zu begleichen, darunter 26,8 Mio. Aktienansprüche, 15,9 Mio. Performance-Share-Ansprüche, 7,2 Mio. Ansprüche aus Adjustable Performance Plan Awards und 4,6 Mio. sonstige Ansprüche. Die Gruppe plant, dieser Lieferverpflichtung durch Aktienkäufe am Markt und Aktienemissionen nachzukommen, einschliesslich der Ausgabe von 11 Mio. Aktien aus bestehendem bedingtem Kapital. Der Verwaltungsrat schlägt der Generalversammlung am 9. Mai 2014 die Erhöhung des bedingten Kapitals um 30 Mio. Aktien vor. Dieses wird zur Stützung der Kapitalposition der Gruppe nur dann eingesetzt, falls die Quote des harten Kernkapitals (CET1) nach Basel III bei «Look-through»-Betrachtung unter die Anforderungen der schweizerischen «Too Big To Fail»-Gesetzgebung zu fallen droht.

► Siehe «Look-through-Quote des harten Kernkapitals (CET1)» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Kapitalbewirtschaftung – Eigenkapitalkennzahlen nach Basel III für weitere Informationen.

Wertveränderungen der ausstehenden aufgeschobenen Vergütung

Der Wert der Ansprüche aus aufgeschobener Vergütung der Mitarbeitenden verändert sich während der Übertragungsfrist aufgrund von expliziten und impliziten Wertveränderungen. Implizite Wertveränderungen ergeben sich aus marktbedingten Auswirkungen, etwa aus Änderungen des Aktienkurses der Gruppe, Wertveränderungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte der 2008 Partner Asset Facility (PAF), 2011 Partner Asset Facility (PAF2) und Plus Bonds oder Wechselkursänderungen. Explizite Wertveränderungen können sich aus Wertabschlagsbestimmungen bei Performance-Share-Ansprüchen, aus positiven oder negativen Anpassungen bei Adjustable-Performance-Plan-Ansprüchen oder den Malusbestimmungen ergeben. Der effektive Wert eines Anspruchs steht erst bei der endgültigen Lieferung fest.

► Siehe «Nicht länger eingesetzte Vergütungspläne» für weitere Informationen über PAF-, PAF2-, Plus-Bond- und Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche.

Die Tabelle zeigt den Vergleich des Fair Value von ausstehenden Ansprüchen aus aufgeschobener Vergütung per Ende 2012 beziehungsweise 2013 und weist die Wertveränderungen aufgrund von impliziten und expliziten Anpassungen aus. Im Jahr 2013 waren die Veränderungen des Fair Value hauptsächlich auf implizite Anpassungen infolge von Änderungen des Aktienkurses der Gruppe, Wechselkursänderungen sowie Wertveränderungen der zugrunde liegenden PAF- und PAF2-Vermögenswerte zurückzuführen.

Fair Value von ausstehenden Ansprüchen aus aufgeschobener Vergütung

im Jahr / Ende	Wertveränderung			2013
	2012	Implizit	Explizit	
Aktienbasierte Ansprüche (in CHF pro Einheit)				
Scaled Incentive Share Units zugeteilt für 2009	22.3	5.0	0.0	27.3
Aktienansprüche zugeteilt für 2010 ¹	22.3	5.0	0.0	27.3
Aktienansprüche zugeteilt für 2011 ²	22.3	5.0	0.0	27.3
Aktienansprüche zugeteilt für 2012 ³	24.6	2.7	0.0	27.3
Performance-Aktienansprüche zugeteilt für 2011 ²	22.3	5.0	0.0	27.3
Performance-Aktienansprüche zugeteilt für 2012 ³	24.6	2.7	0.0	27.3
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	23.3	5.0	1.9	30.2
Baransprüche (in CHF pro Einheit)				
Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüche (PAF)	1.80	0.21	0.00	2.01
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche für 2010	1.06	(0.09)	0.08	1.05
Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche (PAF2)	0.90	(0.05)	0.00	0.85
Plus-Bond-Ansprüche zugeteilt für 2012	1.00	0.02	0.00	1.02

¹ Entspricht den im Januar 2011 zugeteilten Ansprüchen für das Jahr 2010.

² Entspricht den im Januar 2012 zugeteilten Ansprüchen für das Jahr 2011.

³ Entspricht den im Januar 2013 zugeteilten Ansprüchen für das Jahr 2012.

VERGÜTUNG DER GESCHÄFTSLEITUNG

Governance

Die Vergütung der Geschäftsleitungsmitglieder, einschliesslich des CEO, wird vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Vergütungsausschusses genehmigt. Die Empfehlungen des Vergütungsausschusses basieren auf einer umfassenden Leistungsbeurteilung, wobei die erbrachten tatsächlichen Leistungen mit den im Voraus festgelegten individuellen Zielen und Vorgaben abgeglichen werden.

Grundlage für die Festlegung der Vergütung

Der Vergütungsausschuss legte für 2013 individuelle Zielgrössen für die leistungsbezogene Vergütung der einzelnen Geschäftsleitungsmitglieder fest, ausgedrückt als Multiplikator des Basissalärs, sowie individuelle Obergrenzen, welche die maximale Gesamtvergütung beschränken. Weiter legte er quantitative und qualitative Leistungskriterien fest, die im Vergütungsbericht 2012 veröffentlicht wurden.

Die Zielgrössen und Obergrenzen der Vergütung wurden funktionspezifisch aufgrund von Vergleichswerten der relevanten Konkurrenzunternehmen festgelegt. Der Vergütungsausschuss bezog die entsprechenden Daten von seinem Vergütungsberater Johnson Associates.

► Siehe « Bezugsgruppen » in Vergütung der Gruppe für eine Liste der Konkurrenzunternehmen.

Die Kriterien zur Beurteilung der individuellen Leistung der Geschäftsleitungsmitglieder umfassen im Voraus festgelegte Finanzkennzahlen der Gruppe (KPIs) sowie qualitative Faktoren. Bei seiner Empfehlung an den Verwaltungsrat kann der Vergütungsausschuss die leistungsbezogene Vergütung, die sich aus den vorgegebenen Kriterien ergibt, im eigenen Ermessen mit einem Faktor von bis zu plus oder minus 20% anpassen. Damit kann der Verwaltungsrat bei Festlegung der grundsätzlich an vordefinierte anspruchsvolle Kriterien gekoppelten variablen leistungsbezogenen Vergütung zusätzlich auch die jeweiligen Marktbedingungen berücksichtigen. Dieses Ermessen wird durch die individuellen Obergrenzen beschränkt, und die leistungsbezogene Gesamtvergütung der Geschäftsleitung unterliegt zudem der Gesamtobergrenze von 2,5% des bereinigten Reingewinns der Gruppe.

Leistungsbeurteilung 2013

Im Januar 2014 unterzog der Vergütungsausschuss die Gruppe, die Divisionen und die Geschäftsleitungsmitglieder einer Leistungsbeurteilung für das Jahr 2013. Der Vergütungsausschuss verglich die finanziellen Ergebnisse mit den im Voraus festgelegten Zielen für 2013, die im Vergütungsbericht 2012 publiziert worden waren, und berücksichtigte weitere Kriterien für jedes Geschäftsleitungsmitglied. Dabei handelt es sich um quantitative und qualitative Leistungsaspekte auf Gruppen- und Divisionsebene, auch solche, die nicht ausdrücklich Teil der vordefinierten, quantitativen finanziellen Zielsetzungen waren.

Wichtigste Merkmale der Vergütung an die Geschäftsleitung – 2013

Konzept	Zusammensetzung	Übertragungsfrist (Jahr der Auszahlung des Anspruchs nach Zuteilung)	Wichtigste Merkmale
<ul style="list-style-type: none"> Vergütungsentscheide basieren auf zuvor festgelegten quantitativen und qualitativen Leistungskriterien Individuelle Zielgrössen und Obergrenzen für die leistungsbezogene Vergütung Obergrenze der kumulierten leistungsbezogenen Vergütung an Geschäftsleitungsmitglieder (2,5% des bereinigten Reingewinns) 90% aufgeschoben und abhängig von leistungsbezogenen Übertragungskriterien und Malusbestimmungen 	<p>50%</p> <p>STI-Ansprüche</p> <p>Barvergütung: 10%</p> <p>Performance-Share-Anspruch: 40%</p>	<p>Gesamthafte Vergütung bei Zuteilung</p>	<p>Frei verfügbare Barvergütung</p> <p>In Abhängigkeit von der Profitabilität der Gruppe und der Divisionen wird zusätzlich zu den allgemeinen Malusbestimmungen eine negative formelbasierte Anpassung auf den Gesamtbestand der ausstehenden Ansprüche angewendet</p>
	<p>50%</p> <p>LTI-Ansprüche</p> <p>Barvergütungsanspruch: 30%</p> <p>Contingent Capital Award (CCA): 20%</p>		<p>Der bei der Übertragung auszahlende Betrag für alle LTI-Ansprüche variiert zwischen 0% und 200% des zugeteilten Werts in Abhängigkeit von:</p> <ul style="list-style-type: none"> der gesamten Aktienrendite im Verhältnis zu Mitbewerbern, basierend auf dem rollenden Durchschnitt über drei Jahre (primäre Messgrösse) der durchschnittlichen bereinigten Eigenkapitalrendite im Vergleich zu den Zielen (sekundäre Messgrösse) <p>Die CCA-Tranche ist verlustabsorbierend und verfällt wertlos nach Massgabe der Kapitalposition der Gruppe</p>
		Jahr 1 2 3 4 5	

Leistungsbeurteilung der Gruppe

Für die finanzielle Leistungsbeurteilung erachtet der Vergütungsausschuss das bereinigte Ergebnis als das am besten geeignete Kriterium, weil es die operative Leistung am besten reflektiert. Die wichtigsten Unterschiede zwischen dem ausgewiesenen und dem bereinigten Ergebnis für 2013 betreffen die erfolgswirksamen Bewertungsanpassungen auf ausstehenden Verbindlichkeiten der Gruppe als Folge von Marktveränderungen, Restrukturierungskosten und bestimmten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten. Die nachstehenden Tabellen zeigen die Überleitung des bereinigten Ergebnisses auf Gruppen- und Divisionsebene zu den Vergleichszahlen gemäss den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen nach US GAAP.

► Siehe «Kernergebnis», «Private Banking & Wealth Management», «Investment Banking» und «Corporate Center» in II – Kommentar zu den Resultaten für Angaben zu den einzelnen Bereinigungen.

Die Gruppe erzielte 2013 ein im Vorjahresvergleich verbessertes Ergebnis. Der bereinigte Vorsteuergewinn stieg auf CHF 5,7 Mia. gegenüber CHF 5,0 Mia. im Jahr 2012. Trotz dieser Verbesserung betrug die bereinigte Eigenkapitalrendite 2013 aufgrund der höheren Kapitalausstattung der Gruppe 10,0% gegenüber dem Ziel von 11,0% sowie dem Vorjahreswert von 10,4%. Die Quote des harten Kernkapitals (CET1) (look-through) betrug per Ende 2013 10,0% im Vergleich zu 8,0% per Ende 2012. Das bereinigte Aufwand-Ertrag-Verhältnis der Gruppe belief sich dank anhaltender

Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz auf 76,9% für 2013, im Vergleich zu 79,5% im Vorjahr und einem Ziel von 70%.

Der Vergütungsausschuss stellte fest, dass die Gruppe ihren im Juli 2012 bekannt gegebenen Kapitalplan weitgehend abgeschlossen hat. Ausserdem reduzierte die Gruppe die ungewichteten Gesamtrisiken (leverage exposure) gegenüber dem dritten Quartal 2012 um CHF 275 Mia. auf CHF 1 130 Mia., womit das ursprüngliche Jahresendziel für 2013 unterschritten wurde. In Bezug auf die verbesserte operative Effizienz erzielte die Gruppe für das Gesamtjahr 2013 Kostensenkungen von CHF 3,1 Mia. gegenüber der Vergleichsbasis im ersten Halbjahr 2011 (zu konstanten Wechselkursen vor variabler Vergütung und bereinigt um Restrukturierungskosten sowie andere nicht operative Positionen). Zu den berücksichtigten qualitativen Faktoren zählten weitere Fortschritte bei der Aufrechterhaltung des Kontrollumfelds mit einem positiven Trend in den internen Revisionsberichten, verbesserten Ergebnissen von Aufsichtskontrollen und einem sorgfältigen Risiko-Management entsprechend den Vorgaben des Verwaltungsrats. Der Vergütungsausschuss berücksichtigte auch die Entwicklungen im Personalbereich mit einer Zunahme der internen Rekrutierungen, der Förderung von Führungskräften in allen Funktionsbereichen und weiteren Fortschritten bezüglich Vielfalt und Integration. Im Rahmen von Corporate Citizenship wurden neue Initiativen umgesetzt in den Bereichen Freiwilligeneinsätze, Bildungsprojekte und beim Aufbau von Mikrofinanzkapazitäten.

Bereinigte Ergebnisse

	Nettoertrag		Total Geschäftsaufwand		Kernergebnis vor Steuern		Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Übersicht über bedeutende Positionen (in Mio. CHF)								
Ausgewiesenes Ergebnis	25 217	23 251	21 546	21 193	3 504	1 888	2 326¹	1 349¹
Aufwand-Ertrag-Verhältnis (in %)	–	–	–	–	85.4	91.1	–	–
Ausgewiesene, den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite (in %)	–	–	–	–	–	–	5.7	3.9
Überleitungspositionen								
Fair-Value-Verluste/(Gewinne) aus Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämien	296	2 912	(19)	(27)	315	2 939	261	2 261
Kosten der Neuausrichtung	0	15	(394)	(665)	394	680	290	477
Vereinfachung der Informatikarchitektur	0	0	(128)	0	128	0	103	0
Bestimmte Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten	0	0	(1 365)	(363)	1 365 ²	363 ³	1 038 ²	230 ³
Geschäftsveräusserungen	13	(388)	4	0	9 ⁴	(388) ⁵	(96) ⁴	(336) ⁵
Wertberichtigungen und sonstige Verluste	86	68	(12)	0	98 ⁶	68 ⁷	63 ⁶	41 ⁷
Gewinn aus dem Verkauf von Liegenschaften	(68)	(533)	0	0	(68)	(533)	(61)	(445)
Reduktion der britischen latenten Steuerguthaben ⁸	0	0	0	0	0	0	173	160
Bereinigtes Ergebnis	25 544	25 325	19 632	20 138	5 745	5 017	4 097	3 737
Bereinigtes Aufwand-Ertrag-Verhältnis (in %)	–	–	–	–	76.9	79.5	–	–
Bereinigte, den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite (in %)	–	–	–	–	–	–	10.0	10.4

¹ Die Umklassierung von Erträgen und Aufwendungen aus den Segmentergebnissen an aufgegebenen Geschäftsbereichen erfolgte auf Gruppenebene über das Corporate Center. Siehe «Aufgegebene Geschäftsbereiche» in II – Kommentar zu den Resultaten – Credit Suisse für weitere Informationen.

² Enthält i) Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 467 Mio. (CHF 275 Mio. nach Steuern) im Investment Banking für die Vereinbarung mit der Federal Housing Finance Agency (FHFA) vom März 2014 in Zusammenhang mit bestimmten mit Wohnbauhypotheken besicherten Wertschriften (RMBS); ii) Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 298 Mio. (CHF 176 Mio. nach Steuern) im Investment Banking in Zusammenhang mit bestimmten hypothekenbezogenen Angelegenheiten; und iii) Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 600 Mio. (CHF 587 Mio. nach Steuern) für Private Banking & Wealth Management in Zusammenhang mit dem SEC-bezogenen Aspekt der US-Steuerangelegenheit, einschliesslich CHF 175 Mio. (CHF 162 Mio. nach Steuern) für den Vergleich mit der SEC im Februar 2014.

³ Enthält i) Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 227 Mio. (CHF 134 Mio. nach Steuern) für National Century Financial Enterprises, Inc.; und ii) bedeutende Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 136 Mio. (CHF 96 Mio. nach Steuern) im Investment Banking.

⁴ Enthält i) einen Nettogewinn von CHF 79 Mio. (CHF 35 Mio. nach Steuern), nach Abzug von CHF 12 Mio. Aufwand, aus dem Verkauf von Strategic Partners; ii) einen Aufwand von CHF 56 Mio. (CHF 32 Mio. nach Steuern) in Zusammenhang mit dem Verkauf der Customized Fund Investment Group (CFG); iii) einen Nettogewinn von CHF 135 Mio. (CHF 114 Mio. nach Steuern), nach Abzug von CHF 11 Mio. Aufwand, aus dem Verkauf des ETF-Geschäfts der Gruppe; iv) einen Gewinn von CHF 34 Mio. (CHF 20 Mio. nach Steuern), nach Abzug von CHF 6 Mio. Aufwand, aus Private-Equity-Veräusserungen; v) einen Verlust von CHF 53 Mio. (CHF 38 Mio. nach Steuern) aus dem Verkauf von JO Hambro; und vi) Umklassierungen über das Corporate Center von CHF 144 Mio. Nettoertrag (CHF 108 Mio. nach Steuern), nach Abzug von CHF 93 Mio. Aufwand, an aufgegebenen Geschäftsbereichen, vor allem aus dem Verkauf des ETF-Geschäfts, Strategic Partners and CFG.

⁵ Enthält i) einen Gewinn von CHF 384 Mio. (CHF 326 Mio. nach Steuern) aus dem Verkauf unserer Beteiligung an Aberdeen Asset Management (Aberdeen); ii) einen Gewinn von CHF 45 Mio. (CHF 45 Mio. nach Steuern) aus dem Verkauf von Wincasa; iii) einen Gewinn von CHF 41 Mio. (CHF 37 Mio. nach Steuern) aus dem Verkauf eines Nichtkerngeschäfts in Zusammenhang mit der Clariden-Leu-Integration; und iv) einen Verlust von CHF 82 Mio. (CHF 72 Mio. nach Steuern) aus Private-Equity-Veräusserungen.

⁶ Enthält i) eine Wertberichtigung für Asset Management Finance LLC (AMF) und sonstige Verluste von CHF 86 Mio. (CHF 51 Mio. nach Steuern); und ii) eine Goodwill-Wertberichtigung von CHF 12 Mio. (CHF 12 Mio. nach Steuern) in Zusammenhang mit der Errichtung der nicht strategischen Einheit von Private Banking & Wealth Management.

⁷ Zeigt die Wertberichtigung für AMF und sonstige Verluste.

⁸ Zeigt die in Grossbritannien eingeführte Reduktion der Unternehmensgewinnsteuern.

Bereinigte Ergebnisse – Private Banking & Wealth Management

	Nettoertrag		Total Geschäftsaufwand		Vorsteuergewinn ¹		Aufwand-Ertrag-Verhältnis (in %)	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Übersicht über bedeutende Positionen (in Mio. CHF)								
Ausgewiesenes Ergebnis	13 442	13 474	10 050	9 517	3 240	3 775	74.8	70.6
Überleitungspositionen								
Bestimmte Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten	0	0	(600)	0	600 ²	0	–	–
Geschäftsveräusserungen	(305)	(388)	(89)	0	(216) ³	(388) ⁴	–	–
Wertberichtigungen und sonstige Verluste	86	68	(12)	0	98 ⁵	68 ⁶	–	–
Bereinigtes Ergebnis	13 223	13 154	9 349	9 517	3 722	3 455	70.7	72.4

¹ Die Gewinne und Aufwendungen aus den Geschäftsveräusserungen sind in den nicht strategischen Ergebnissen der Segmente enthalten. Siehe «Aufgegebene Geschäftsbereiche» in II – Kommentar zu den Resultaten – Credit Suisse für weitere Informationen.

² Zeigt Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Zusammenhang mit der US-Steuerangelegenheit, einschliesslich CHF 175 Mio. für den Vergleich mit der SEC.

³ Enthält i) einen Nettogewinn von CHF 79 Mio., nach Abzug von CHF 12 Mio. Aufwand, aus dem Verkauf von Strategic Partners; ii) einen Aufwand von CHF 56 Mio. in Zusammenhang mit dem Verkauf von CFG; iii) einen Nettogewinn von CHF 135 Mio., nach Verrechnung von CHF 11 Mio. Aufwand, aus dem Verkauf des ETF-Geschäfts der Gruppe; iv) einen Gewinn von CHF 34 Mio., nach Verrechnung von CHF 6 Mio. Aufwand, aus Private-Equity-Veräusserungen; und v) einen Nettogewinn von CHF 28 Mio. aus dem Verkauf von JO Hambro.

⁴ Enthält i) einen Gewinn von CHF 384 Mio. aus dem Verkauf unserer Beteiligung an Aberdeen; ii) einen Gewinn von CHF 45 Mio. aus dem Verkauf von Wincasa; iii) einen Gewinn von CHF 41 Mio. aus dem Verkauf eines Nichtkerngeschäfts in Zusammenhang mit der Clariden-Leu-Integration; und iv) einen Verlust von CHF 82 Mio. aus Private-Equity-Veräusserungen.

⁵ Enthält i) eine Wertberichtigung für AMF und sonstige Verluste von CHF 86 Mio.; und ii) eine Goodwill-Wertberichtigung von CHF 12 Mio. in Zusammenhang mit der Errichtung der nicht strategischen Einheit von Private Banking & Wealth Management.

⁶ Zeigt die Wertberichtigung von AMF und sonstige Verluste.

Bereinigte Ergebnisse – Investment Banking

	Nettoertrag		Total Geschäftsaufwand		Vorsteuergewinn		Rendite auf dem zugeteilten Kapital (in %)	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Übersicht über bedeutende Positionen (in Mio. CHF)								
Ausgewiesenes Ergebnis	12 565	12 558	10 833	10 568	1 719	2 002	6.8	7.2
Überleitungspositionen								
Bestimmte Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten	0	0	(765)	(136)	765 ¹	136 ²	–	–
Bereinigtes Ergebnis	12 565	12 558	10 068	10 432	2 484	2 138	9.8 ³	7.7 ³

¹ Enthält i) Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 467 Mio. (CHF 275 Mio. nach Steuern) für die Vereinbarung mit der Federal Housing Finance Agency (FHFA) vom März 2014; und ii) Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 298 Mio. (CHF 176 Mio. nach Steuern) in Zusammenhang mit bestimmten hypothekenbezogenen Angelegenheiten.

² Zeigt die bedeutenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Investment Banking.

³ Berechnet auf dem bereinigten Gewinn nach Steuern in US-Dollars; zugrunde gelegt wurden Steuersätze von 27% für 2013 und 25% für 2012 sowie eine Kapitalzuteilung von 10% der durchschnittlichen risikogewichteten Aktiven unter Basel III und von 2,4% der durchschnittlichen Schweizer Leverage-Risikoposition.

Leistungsbeurteilung der Divisionen

In der Division Private Banking & Wealth Management anerkannte der Vergütungsausschuss die Verbesserung wesentlicher Finanzkennzahlen. Der bereinigte Vorsteuergewinn betrug 2013 CHF 3,7 Mia. gegenüber CHF 3,5 Mia. im Jahr 2012, und das bereinigte Aufwand-Ertrag-Verhältnis verbesserte sich 2013 dank der umgesetzten Effizienzmassnahmen auf 70,7% gegenüber 72,4% im Vorjahr und dem Ziel von 70,0%. Bei der qualitativen Beurteilung berücksichtigte der Vergütungsausschuss den anhaltend starken, über dem Niveau der meisten Vergleichsunternehmen liegenden Netto-Neugeldzufluss in den Zielmärkten, namentlich in den Schwellenländern und im Geschäft mit sehr vermögenden Privatkunden. Ausserdem berücksichtigte der Vergütungsausschuss

die erfolgreiche Restrukturierung und verbesserte Profitabilität im Asset-Management mit Fokus auf alternative Anlagestrategien einschliesslich Emerging Markets und Asset Allocation sowie traditioneller Produkte innerhalb von Core Investments.

In der Division Investment Banking berücksichtigte der Vergütungsausschuss ebenfalls das verbesserte Ergebnis mit einem bereinigten Vorsteuerergebnis von CHF 2,5 Mia. im Jahr 2013 gegenüber CHF 2,1 Mia. im Jahr 2012 sowie einer bereinigten Rendite auf dem zugeteilten Kapital von 9,8% gegenüber dem Ziel von 11,0% und dem Vorjahreswert von 7,7%. Dabei erfolgt die Berechnung der Rendite nach Steuern auf Basis einer Kapitalunterlegung der durchschnittlichen risikogewichteten Aktiven

nach Basel III von 10% und 2,4% für die ungewichteten Gesamtrisiken (leverage exposure).

Bei der qualitativen Bewertung zog der Vergütungsausschuss die erfolgreiche Ausrichtung des Geschäftsmodells auf die neuen Markt- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen, den anhaltend soliden Marktanteil im Aktiengeschäft und die bedeutende Trendwende der Profitabilität in der Region Asien-Pazifik in Betracht. Ausserdem wurden die risikogewichteten Aktiven unter Basel III im Investment Banking von USD 187 Mia. per Ende 2012 auf USD 176 Mia. per Ende 2013 verringert, gegenüber dem Jahresendziel von unter USD 175 Mia.

Für die Shared-Services-Funktionen berücksichtigte der Vergütungsausschuss die solide Kontroll- und Supportleistung verbunden mit weiteren Effizienzsteigerungen im Übergang zu neuen regulatorischen Anforderungen.

Vergütung der Geschäftsleitung für 2013

	Basis-salär	Frei verfügbare Barvergütung	Wert der STI-Ansprüche	Wert der LTI-Ansprüche	Vorsorge, ähnliche Leistungen und sonstige Leistungen ¹	Dividenden-äquivalente ²	Zahlungen und Ansprüche aufgrund vertraglicher Vereinbarungen ³	Gesamtvergütung ⁴
2013 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)								
9 Mitglieder	14.08	3.93	21.86 ⁵	21.58	0.58	2.74	–	64.77
In % der Gesamtvergütung	22%	6%	34%	33%				
davon CEO:								
Brady W. Dougan	2.50	0.69	2.77	3.46	0.01	0.36	–	9.79
In % der Gesamtvergütung	26%	7%	28%	35%				

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen und Kinderzulagen.

² Vor dem 1. Januar 2014 zugeteilte Aktienansprüche beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der zahlbaren Dividende auf einer Aktie der Gruppe entspricht. Die Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte Ansprüche der Vorjahre bezahlt und in einer Kombination aus Barausschüttung und Aktien in Übereinstimmung mit den auf den eigentlichen Aktien bezahlten Dividenden entrichtet.

³ Im Verlauf von 2013 wurden an Geschäftsleitungsmitglieder keine Zahlungen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen ausgerichtet.

⁴ Nicht enthalten sind Spenden für wohltätige Zwecke von CHF 4,8 Mio., die von der Gruppe gemacht wurden und zu welchen der CEO und drei andere Geschäftsleitungsmitglieder Empfehlungen machen können.

⁵ Die kurzfristigen Leistungsvergütungsansprüche für 2013 enthalten CHF 20,56 Mio. Performance-Aktien sowie CHF 1,3 Mio., die als blockierte Aktien an die Geschäftsleitungsmitglieder, welche als UK Code Staff gemäss Regulierung der PRA kategorisiert wurden, beziehungsweise als Performance-Aktien an das zurückgetretene Geschäftsleitungsmitglied zugeteilt wurden. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 28.78.

Vergütungsentscheidungen

Unter Berücksichtigung der Leistungen auf Stufe Gruppe, Divisionen und auf individueller Ebene folgte der Verwaltungsrat der Schlussfolgerung des Vergütungsausschusses, wonach die Geschäftsleitungsmitglieder ihre anspruchsvollen Leistungsziele für das Jahr 2013 insgesamt übertroffen haben. Er genehmigte daher die vom Vergütungsausschuss unterbreiteten Vorschläge bezüglich der variablen leistungsbezogenen Vergütung für 2013. Die quantitative finanzielle Beurteilung hatte zur Folge, dass die zugesprochene Vergütung im Schnitt 12% unter den für diese Vergütungskomponente festgelegten Zielgrössen lag, während die an die qualitative Beurteilung der Geschäftsleitungsmitglieder gebundene Vergütung im Schnitt um 37% über den Zielgrössen lag. Die aus der quantitativen und qualitativen Leistungsbeurteilung resultierenden Beträge wurden vom Vergütungsausschuss im Rahmen seines Ermessensspielraums im Durchschnitt um rund 10% nach oben angepasst. Dabei berücksichtigte er einerseits die frühzeitig

Zielgrössen und Obergrenzen für 2013

	Zielgrösse		Obergrenze	
	Bandbreite für Geschäftsleitungsmitglieder	CEO	Bandbreite für Geschäftsleitungsmitglieder	CEO
Multiplikatoren für die Basissaläre				
Kurzfristige Ansprüche				
Frei verfügbare Barvergütung	0.2 – 0.4	0.3	0.3 – 0.7	0.4
Kurzfristiger Leistungsvergütungsanspruch	0.6 – 1.7	1.1	1.2 – 2.9	1.6
Langfristiger Leistungsvergütungsanspruch				
	0.8 – 2.1	1.3	1.5 – 3.5	2.0

erreichten Kapitalziele, die relative Performance-Entwicklung im Vergleich zu Mitbewerbern sowie die Verbesserungen im Bereich Kontrolle und Compliance. Andererseits zog er auch die Vergütungsniveaus für vergleichbare Funktionen bei Konkurrenzunternehmen in Betracht.

Die zugesprochene variable leistungsbezogene Vergütung belief sich auf insgesamt CHF 47,4 Mio. gegenüber CHF 49,9 Mio. im Vorjahr. Dies ist teilweise auf die verkleinerte Geschäftsleitung zurückzuführen, verbunden mit der Zuweisung zusätzlicher Aufgaben an die verbliebenen Geschäftsleitungsmitglieder. Die den Geschäftsleitungsmitgliedern zugesprochene variable leistungsbezogene Vergütung lag im Schnitt 17% über den individuellen Zielgrössen sowie um 31% unter den individuellen Obergrenzen. Der Gesamtbetrag, der allen Mitgliedern der Geschäftsleitung für 2013 zugesprochen wurde, war weniger als halb so hoch wie die Gesamtobergrenze von 2,5% des bereinigten Reingewinns der Gruppe oder CHF 102,4 Mio. Details zur Struktur der

zugesprochenen Vergütung sind in der Tabelle «Vergütung der Geschäftsleitung für 2013» dargestellt.

Gesamtvergütung 2013 für den CEO und das höchstbezahlte Geschäftsleitungsmitglied

In seiner Empfehlung an den Verwaltungsrat bezüglich der leistungsbezogenen Vergütung des CEO Brady Dougan berücksichtigte der Vergütungsausschuss in Absprache mit dem Präsidenten die im Jahr 2013 verbesserte Finanzlage der Gruppe. Diese zeigte sich in einem bereinigten Vorsteuerergebnis von CHF 5,7 Mia. gegenüber CHF 5,0 Mia. im Vorjahr und einem bereinigten Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 76,9% im Jahr 2013 gegenüber 79,5% im Vorjahr. Der Vergütungsausschuss würdigte das Erreichen der Kapitalziele und die Fortschritte bei der Ausrichtung der Geschäftsaktivitäten auf das anspruchsvolle neue regulatorische Umfeld in einem herausfordernden Marktumfeld. Insbesondere hat die Gruppe unter der Leitung Brady Dougans ihre Kapitalausstattung gestärkt und ihre Quote des harten Kernkapitals (CET1) (look-through) per Ende 2013 auf 10,0% gesteigert, gegenüber 8,0% im Vorjahr. Weiter reduzierte die Gruppe ihre ungewichteten

Gesamtrisiken (leverage exposure) auf CHF 1 130 Mia. per Ende 2013, gegenüber CHF 1 276 Mia. per Ende 2012. Daraus resultierte eine Verschuldungsquote von 3,7% (look-through), verglichen mit der Vorgabe der FINMA von 4,0% per 2019. In die Beurteilung wurden auch die Fortschritte bei der Erreichung des anspruchsvollen gruppenweiten Kostenreduktionsziels von mehr als CHF 4,5 Mia. bis Ende 2015 berücksichtigt. In Bezug auf die Strategieumsetzung honorierte der Vergütungsausschuss die Bündelung nicht strategischer Aktivitäten, um deren Ressourcen möglichst rasch auf höher rentierende Geschäftsfelder übertragen zu können. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass es gelungen ist, das Unternehmen für die Zukunft noch besser zu positionieren, folgte der Verwaltungsrat der Empfehlung des Vergütungsausschusses, Brady Dougan für das Jahr 2013 eine Barvergütung von CHF 0,69 Mio. zuzuteilen, sowie CHF 2,77 Mio. in kurzfristigen Incentive Awards (STI) und CHF 3,46 Mio. in langfristigen Incentive Awards (LTI). Diese leistungsbezogene Vergütung entsprach insgesamt 103% der für 2013 festgelegten Zielvergütung.

Vergütung der Geschäftsleitung für 2012

	Basis-salär	Frei verfügbare Barvergütung	Wert der STI-Ansprüche	Wert der LTI-Ansprüche	Vorsorge, ähnliche Leistungen und sonstige Leistungen ¹	Dividenden-äquivalente ²	Zahlungen und Ansprüche aufgrund vertraglicher Vereinbarungen ³	Gesamtvergütung ⁴
2012 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)								
13 Mitglieder ⁵	17.75	13.56 ⁶	20.95 ⁷	15.40	4.28	2.18	–	74.12
In % der Gesamtvergütung	24%	18%	28%	21%				
davon am höchsten bezahlt:								
Robert S. Shafir	1.40	0.70	3.50	2.80	1.91 ⁸	0.28	–	10.59
In % der Gesamtvergütung	13%	7%	33%	26%				
davon CEO:								
Brady W. Dougan	2.50	0.50	2.50	2.00	0.04	0.23	–	7.77
In % der Gesamtvergütung	32%	6%	32%	26%				

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen, Kinderzulagen und Gewinnbeteiligung.

² Aktienansprüche beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der zahlbaren Dividende auf einer Aktie der Gruppe entspricht. Die Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugewiesene Ansprüche der Vorjahre bezahlt.

³ Im Verlauf von 2012 wurden an Geschäftsleitungsmitglieder keine Zahlungen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen ausgerichtet.

⁴ Nicht enthalten sind Spenden für wohltätige Zwecke von CHF 3,9 Mio., die von der Gruppe gemacht wurden und zu welchen der CEO und ein früheres Geschäftsleitungsmitglied Empfehlungen machen können.

⁵ Von den 13 Mitgliedern verliessen fünf die Geschäftsleitung im Verlauf von 2012: Karl Landert und Antonio Quintella, die mit Wirkung per 30. April 2012 beziehungsweise 31. Mai 2012 aus der Geschäftsleitung austraten, sowie Osama Abbasi, Walter Berchtold und Fawzi Kyriakos-Saad, die alle mit Wirkung per 30. November 2012 aus der Geschäftsleitung austraten. Das Basissalär und die Leistungsvergütung wurden für diese Personen entsprechend anteilig berücksichtigt. Diese Personen erhielten variable Vergütung in Form von frei verfügbarer Barvergütung und STI-Ansprüchen für ihre Leistung in der Geschäftsleitung im Jahr 2012.

⁶ Enthält frei verfügbare anteilige Barvergütung von CHF 10,2 Mio. an fünf Personen, welche die Geschäftsleitung im Verlauf des Jahres 2012 verliessen.

⁷ Alle kurzfristigen Leistungsvergütungsansprüche für 2012 wurden als Performance-Aktien zugeteilt. Der anwendbare Aktienkurs der Gruppe für die Performance-Aktienansprüche war CHF 24.62.

⁸ CHF 1,87 Mio. dieses Betrags wurden 2012 in Form einer Gewinnbeteiligung zugeteilt. Zusätzlich – im Zusammenhang mit seiner damaligen Funktion als CEO der Division Asset Management – erhielt Herr Shafir 2008 einen Gewinnbeteiligungsanspruch an bestimmten alternativen Anlagefonds. Der im Zeitverlauf realisierte Wert hängt von der Anlage-Performance dieser Fonds während ihres Bestehens von bis zu 15 Jahren ab. Der Anfangswert dieses Anspruchs wird mithilfe von Annahmen zur Rendite, die auf diesen Fonds realisiert werden, bestimmt. Der aggregierte theoretische Wert dieser Ansprüche betrug auf Basis einer angenommenen Rendite von 9 Prozent auf allen Fondsanlagen während des geplanten Bestehens der Fonds etwa USD 10 Mio.; dabei wurde die geschätzte Rendite um 25 Prozent reduziert, um eine mögliche schlechtere Performance einzelner Fonds zu berücksichtigen.

Vergütungsstruktur 2013

Das Basissalär für 2013 betrug gegenüber dem Vorjahr unverändert CHF 2,5 Mio. für den CEO, CHF 1,5 Mio. für Geschäftsleitungsmitglieder in der Schweiz und USD 1,5 Mio. für Geschäftsleitungsmitglieder in den USA und Grossbritannien.

Die jedem Mitglied der Geschäftsleitung für 2013 zugesprochene leistungsbezogene Vergütung setzte sich wie folgt zusammen:

- 10% in Form von Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung;
- 40% als kurzfristige Incentive Awards (STI-Ansprüche) in Form von aufgeschobenen Performance Shares und
- 50% als langfristige Incentive Awards (LTI-Ansprüche) in Form von aufgeschobener Barvergütung und CCA.

Eine Übersicht der Übertragungsfristen der STI- und LTI-Ansprüche zeigt die Darstellung «Wichtigste Merkmale der Vergütung an die Geschäftsleitung – 2013». Die Vergütungsinstrumente sind weiter unten genauer beschrieben.

Im Jahr 2013 waren drei Mitglieder der Geschäftsleitung als UK Code Staff kategorisiert. Sie unterlagen deshalb den Anforderungen des Remuneration Code der britischen Prudential Regulation Authority (PRA), wonach sie mindestens 50% der ihnen zugesprochenen variablen leistungsbezogenen Vergütung in Form von Aktieninstrumenten erhalten müssen. Zwei der gegenwärtigen Mitglieder erhielten deshalb 50% ihrer variablen Vergütung in Form von STI-Ansprüchen, 40% in Form von LTI-Ansprüchen, 5% in bar und 5% als übertragene Aktien der Gruppe mit einer sechsmonatigen Sperrfrist.

Das dritte Mitglied, Tobias Guldemann, trat per 31. Dezember 2013 aus der Geschäftsleitung aus und von seiner Position als Chief Risk Officer (CRO) zurück. Er wurde per 1. Januar 2014 durch Joachim Oechslin ersetzt. Tobias Guldemann erhielt eine variable Vergütung für 2013, die den für Managing Directors gültigen Anforderungen an PRA Code Staff entsprach, da er zum Zeitpunkt der Zuteilung nicht mehr Mitglied der Geschäftsleitung war.

Formen von Vergütungsansprüchen

Alle aufgeschobenen Vergütungen der Geschäftsleitung unterstehen einer Malusklausel sowie zusätzlichen Bestimmungen für Risikonehmer (Covered Employees). Ausserdem bestehen leistungsabhängige Wertabschlagsbestimmungen (Clawback) für die STI-Ansprüche und spezifische Leistungsziele für die LTI-Ansprüche.

► Siehe «Malus- und leistungsbezogene Wertanpassungsbestimmungen» in Vergütungsstruktur der Gruppe für weitere Informationen.

Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung

Ein Teil der variablen leistungsbezogenen Vergütung wird nach Zuteilung in bar ohne Verfügungsbeschränkung ausbezahlt. Sie dient als Anerkennung der Leistung der einzelnen Geschäftsleitungsmitglieder im dem Zuteilungsdatum unmittelbar vorangehenden Geschäftsjahr.

Kurzfristige Incentive Awards (STI-Ansprüche)

Die für 2013 in Form von Performance-Share-Ansprüchen zugeordneten STI-Ansprüche sind leistungsbezogene Vergütungsinstrumente, die über drei Jahre aufgeschoben und in drei gleich grossen Tranchen jeweils am ersten, zweiten und dritten Jahrestag der Zuteilung übertragen werden (gestaffelte Übertragung). Sie unterliegen den gleichen Wertabschlagsbestimmungen wie die Performance-Share-Ansprüche, die Managing Directors und MRTC zugesprochen werden.

► Siehe «Performance-Share-Ansprüche» in Vergütungsstruktur der Gruppe für ergebnisabhängige Anpassungsbestimmungen.

Sollte eine Division einen Vorsteuerverlust ausweisen, werden den betreffenden Divisionsleitern die zugesprochenen, aufgrund der Übertragungsfrist aber noch nicht erworbenen STI-Ansprüche um 15% pro Verlust von CHF 1 Mia. gekürzt. Die Berechnung erfolgt pro rata und basiert auf dem effektiven Verlustbetrag. Falls zusätzlich zur Division auch die Gruppe eine negative bereinigte Eigenkapitalrendite ausweist, entspricht die Kürzung der aufgeschobenen STI-Ansprüche der negativen bereinigten Eigenkapitalrendite der Gruppe oder der 15%-Anpassung pro CHF 1 Mia. Vorsteuerverlust der Division, je nachdem, welcher Anpassungsbetrag grösser ist.

Die Ansprüche des CEO sowie der Geschäftsleitungsmitglieder, die eine Shared-Services-Funktion leiten, unterliegen nur dann einem Wertabschlag, wenn die Gruppe eine negative bereinigte Eigenkapitalrendite ausweist.

Die den Geschäftsleitungsmitgliedern zustehende Anzahl Aktien aus STI-Ansprüchen steht unter dem Vorbehalt allfälliger Malus- und Wertabschlagsereignisse während der Übertragungsfrist. Unter keinen Umständen werden jedoch die ausstehenden STI-Ansprüche erhöht.

► Siehe «Potenzielle Kürzungen der Performance Shares und STI-Ansprüche» in Vergütungsstruktur der Gruppe für spezifische Anpassungen nach unten.

Langfristige Incentive Awards (LTI-Ansprüche)

Die Übertragung von LTI-Ansprüchen ist über fünf Jahre aufgeschoben, wobei drei gleich hohe Teilübertragungen am dritten, vierten und fünften Jahrestag nach Zuteilung erfolgen, vorbehaltlich der Erreichung spezifischer, im Voraus festgelegter Leistungskriterien. Diese werden jeweils über die drei den Teilübertragungen vorausgehenden Kalenderjahre ermittelt:

- Der Durchschnittswert der erzielten Aktienrendite relativ zur Vergleichsgruppe (Relative Total Shareholder Return, RTSR) stellt das primäre Leistungskriterium dar; und
- die durchschnittlich erreichte bereinigte Eigenkapitalrendite im Vergleich zu den Zielrenditen der jeweiligen Jahre dient als weiteres Kriterium zur Erhöhung oder Kürzung des zur Auszahlung kommenden Betrags um bis zu 25%.
- Der bei jeder Teilübertragung auszahlbare Betrag unterliegt einer Obergrenze in Höhe von 200% des ursprünglichen Wertes.

Die relative Aktienrendite entspricht der Aktienrendite der Gruppe, verglichen mit der durchschnittlichen Aktienrendite der Vergleichsgruppe. Sie entspricht der Auf- beziehungsweise Abwertung einer bestimmten Aktie, zuzüglich Dividenden, über einen Zeitraum von drei Jahren. Die Vergleichsgruppe besteht aus den zwölf Vergleichsunternehmen gemäss der Tabelle «Bezugsgruppen und Leistungskriterien 2013». Der Wert der LTI-Ansprüche bei Übertragung variiert wie folgt:

- Bei einer durchschnittlichen relativen Aktienrendite von mindestens 150% (sofern die relative Aktienrendite der Gruppe um 50% über der Vergleichsgruppe liegt) oder besseren Ergebnissen erfolgt eine maximale Anpassung nach oben um 100% (Obergrenze);
- Bei einer durchschnittlichen relativen Aktienrendite von 100% (sofern die relative Aktienrendite der Gruppe exakt derjenigen der Vergleichsgruppe entspricht) erfolgt eine LTI-Auszahlung in Höhe des ursprünglich zugeteilten Betrags;
- Bei einer relativen Aktienrendite von 50% (sofern die Gruppe um 50% unter der Rendite der Vergleichsgruppe liegt) oder weniger verfällt der jeweilige LTI-Anspruch (Anpassung nach unten um 100%);
- Bei einer durchschnittlichen relativen Aktienrendite zwischen 50% und 150% gegenüber der Vergleichsgruppe erfolgt eine Anpassung nach oben oder unten auf einer gleitenden Skala von -100% bis +100%.

Der auf Basis der relativen Aktienrendite errechnete Betrag wird ferner um maximal +25% bis -25% angepasst; massgeblich für diese Anpassung ist jeweils die in den drei Jahren vor der Übertragung erzielte durchschnittliche bereinigte Eigenkapitalrendite im Vergleich zu den Zielvorgaben. Die maximale Anpassung um 25% nach oben erfolgt bei einer durchschnittlichen bereinigten Eigenkapitalrendite von 200% über Zielwert. Infolge der aus der Eigenkapitalrendite abgeleiteten Anpassung erfolgt aber keine Auszahlung von mehr als dem Doppelten des ursprünglich zugeteilten LTI-Anspruchs.

Für 2013 wurden 60% der LTI-Ansprüche (bzw. 30% der gesamten variablen leistungsbezogenen Vergütung) als aufgeschobene Baransprüche strukturiert. Die Gruppe behält sich vor, den Baranteil der LTI-Ansprüche nach eigenem Ermessen in Form von Aktien abzurechnen. In diesem Fall basiert die Zahl der zu liefernden Aktien auf dem zum Zeitpunkt der Abrechnung geltenden Aktienkurs der Gruppe.

Für 2013 wurden 40% der LTI-Ansprüche (bzw. 20% der gesamten variablen leistungsbezogenen Vergütung) in Form von CCA zugeteilt. Dabei gelten die gleichen Bedingungen wie für die CCA, die Managing Directors und Directors zugeteilt werden, mit Ausnahme der oben beschriebenen Übertragungs- und Leistungskriterien für LTI-Ansprüche. Die als CCA zugesprochenen LTI-Ansprüche berechtigen die Empfänger zum Erhalt halbjährlicher Barausschüttungen von Zinsäquivalenten bis zur Abrechnung, würden jedoch auf null abgeschrieben, falls die oben beschriebenen auslösenden CCA-Ereignisse eintreten. Zum Abrechnungsdatum kann

die Gruppe nach eigenem Ermessen eine Zahlung vornehmen in Form von bedingten Kapitalinstrumenten oder in bar auf Basis des Fair Value der CCA.

Weitere Aspekte der Vergütung der Geschäftsleitung

Spenden für wohltätige Zwecke

Wie in den drei Vorjahren hat der Vergütungsausschuss im Namen der Geschäftsleitung aus dem Pool leistungsbezogener Vergütung für die Geschäftsleitung für 2013 Spendenzahlungen an Wohltätigkeitsorganisationen genehmigt. Die Höhe der Spenden belief sich auf CHF 4,8 Mio. Die Spenden sollen eingetragenen karitativen Organisationen zugutekommen. Der CEO kann zusammen mit drei weiteren Geschäftsleitungsmitgliedern Empfehlungen abgeben, welche Organisationen berücksichtigt werden sollen.

Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz

Die Gruppe hat die Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz der Geschäftsleitungsmitglieder wie folgt festgelegt:

- CEO: 350 000 Aktien; und
- übrige Mitglieder der Geschäftsleitung: 150 000 Aktien.

Die jeweilige Schwelle bezieht sich auf alle von den Führungskräften oder in deren Namen gehaltenen Aktien der Gruppe, einschliesslich der noch nicht übertragenen aktienbasierten Ansprüche. Die betroffenen Führungskräfte unterliegen Beschränkungen hinsichtlich des Verkaufs von Aktien der Gruppe und hinsichtlich des Erhalts ihrer aktienbasierten Ansprüche in bar, bis sie die genannten Mindestanforderungen erfüllen. Die Gruppe verbietet ihren Mitarbeitenden Transaktionen zur Absicherung des Werts von nicht übertragenen aktienbasierten Ansprüchen. Die Verpfändung nicht übertragener Ansprüche durch Mitglieder der Geschäftsleitung ist ebenfalls unzulässig, vorbehaltlich der ausdrücklichen Genehmigung des Vergütungsausschusses.

Änderung der Aktienpläne

Die Bedingungen aller früheren und zukünftigen aktienbasierten Vergütungspläne der Geschäftsleitung wurden im Jahr 2014 geändert, um die Wahl zwischen einer Abrechnung in bar oder in Aktien zu ermöglichen. Einmal pro Jahr, an einem im Voraus festgelegten Datum vor der Abrechnung, haben die Geschäftsleitungsmitglieder die Wahl, ob sie die an sie zu übertragenden aktienbasierten Ansprüche in Form von Aktien, Bargeld oder zu 50% in Aktien und 50% in bar, jeweils auf Basis des Aktienkurses der Gruppe am Abrechnungsdatum, erhalten wollen. Die Wahl einer Barauszahlung wird hinfällig, falls der Aktienkurs der Gruppe zwischen dem Zeitpunkt der Wahl und dem Zeitpunkt der Abrechnung um mehr als 25% fällt. Die zeitlichen und preislichen Bedingungen der Abrechnung entsprechen den bisherigen Vergütungsplänen und den Plänen für die übrigen Mitarbeitenden. Diese Änderung hat keinen Einfluss auf die aufgeschobenen aktienbasierten Ansprüche der übrigen Mitarbeitenden, die weiterhin in Form von Aktien der Gruppe bedient werden.

Vertragsdauer, Kontrollwechsel und Kündigungsbestimmungen

Sämtliche Geschäftsleitungsmitglieder haben unbefristete Arbeitsverträge, die bis zu ihrer Beendigung in Kraft bleiben. Die vertragliche Kündigungsfrist beläuft sich auf mindestens sechs Monate. Es bestehen keine zusätzlichen Verträge, Vereinbarungen oder Abmachungen mit den Geschäftsleitungsmitgliedern, die Zahlungen oder Leistungen im Zusammenhang mit einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses vorsehen, welche anderen Mitarbeitenden der Gruppe nicht zustehen. Im Falle einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses gelten in Bezug auf ausstehende Vergütungsansprüche vorher festgelegte Bedingungen, je nachdem, ob es sich dabei um ein freiwilliges, unfreiwilliges oder durch einen Kontrollwechsel bedingtes Ausscheiden handelt.

Bei einem Kontrollwechsel bestimmt der Verwaltungsrat auf Empfehlung des Vergütungsausschusses, wie die ausstehenden Ansprüche aller Mitarbeitenden, einschliesslich der Geschäftsleitungsmitglieder, zu behandeln sind, mit dem Ziel, unter Berücksichtigung aller Umstände und der dann herrschenden Marktbedingungen den Aktionärswert zu maximieren. Die Arbeitsverträge der Geschäftsleitungsmitglieder enthalten keine Bestimmungen, und es bestehen auch keine sonstigen Vereinbarungen, welche bei einem Kontrollwechsel die Zahlung ausserordentlicher Leistungen einschliesslich besonderer Abgangsentschädigungen erfordern würden.

Ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung

Ehemalige Geschäftsleitungsmitglieder, die nicht mehr für die Gruppe tätig sind, haben Anspruch auf Sachleistungen in Form von Bürobenutzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und

durch bestehende Ressourcen abgedeckt. Im Jahre 2013 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder andere Vergütungen zugunsten ehemaliger Geschäftsleitungsmitglieder bezahlt, die nicht mehr für die Gruppe oder die verbundene Gesellschaft tätig sind.

Aktienbestände und Kredite der Geschäftsleitung

Aktienbestände der Geschäftsleitung

Die Tabelle «Von der Geschäftsleitung gehaltene Bestände und Werte aufgeschobener aktienbasierter Ansprüche» enthält die Aktienbestände der Geschäftsleitungsmitglieder, enger Familienmitglieder oder durch diese Personen kontrollierter Unternehmen sowie den Wert der noch nicht erworbenen aktienbasierten Vergütungsansprüche der Geschäftsleitungsmitglieder per 31. Dezember 2013.

Der Wert von aktienbasierten Vergütungsansprüchen von Geschäftsleitungsmitgliedern aus früheren Jahren variiert in Abhängigkeit vom Kurs der Aktie der Gruppe sowie von weiteren Faktoren, die sich auf den Fair Value des Anspruchs auswirken können. Der kumulierte Wert dieser noch nicht übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüche war per 31. Dezember 2013 um durchschnittlich 4% höher als am jeweiligen Zuteilungsdatum.

Geschäftsleitungsmitglieder sind zusätzlich an drei noch laufenden Programmen für aufgeschobene Barvergütung aus früheren Jahren beteiligt: die Partner Asset Facility 2008 (PAF), die Partner Asset Facility 2011 (PAF 2) und die Plus Bond Awards. Der kumulative Wert dieser Baransprüche betrug am Zuteilungsdatum CHF 16,7 Mio. und belief sich per 31. Dezember 2013 auf 30,5 Mio. Der Wert dieser Ansprüche variiert in Abhängigkeit vom Wert der den PAF-, PAF2- und Plus-Bond-Ansprüchen zugrunde liegenden Portfolios und von der verbleibenden Laufzeit.

Von der Geschäftsleitung gehaltene aufgeschobene aktienbasierte Ansprüche

Ende	Anzahl eigene Aktien ¹	Anzahl nicht erworbene Aktienansprüche	Anzahl eigene Aktien und nicht erworbene Aktienansprüche	Anzahl nicht erworbene SISUs	Anzahl Optionen	Wert der nicht erworbenen Ansprüche bei Zuteilung (in CHF)	Aktueller Wert der nicht erworbenen Ansprüche (in CHF)
31. Dezember 2013							
Brady W. Dougan	1 221 334	416 540	1 637 874	38 051	–	12 176 651	12 396 697
Gaël de Boissard	107 329	536 014	643 343	31 283	–	16 187 272	15 470 189
Romeo Cerutti	136 344	231 491	367 835	11 636	–	6 128 891	6 630 073
Tobias Guldemann	–	258 127	258 127	14 545	–	6 907 523	7 435 765
David R. Mathers	17 469	387 642	405 111	7 565	–	9 422 493	10 777 295
Hans-Ulrich Meister	189 478	417 112	606 590	23 273	–	11 248 886	12 009 299
Robert S. Shafir	617 053	532 112	1 149 165	31 160	–	14 344 561	15 360 428
Pamela A. Thomas-Graham	–	216 875	216 875	7 191	–	5 461 314	6 110 280
Eric M. Varvel	–	286 098	286 098	27 735	–	9 597 358	8 558 226
Total	2 289 007	3 282 011	5 571 018	192 439	–	91 474 949	94 748 252
31. Dezember 2012							
Brady W. Dougan	906 929	666 068	1 572 997	76 102	–	18 945 613	19 815 939
Romeo Cerutti	80 279	320 261	400 540	23 272	–	8 446 679	9 172 331
Tobias Guldemann	57 763	375 725	433 488	29 090	–	9 964 935	10 808 561
David R. Mathers	0	461 439	461 439	15 130	1 095 ²	11 174 895	12 724 392
Hans-Ulrich Meister	178 198	550 776	728 974	46 546	–	14 848 594	15 948 497
Robert S. Shafir	387 544	736 377	1 123 921	62 320	–	19 807 159	21 325 210
Pamela A. Thomas-Graham	4 583	239 137	243 720	14 382	–	6 342 875	6 768 957
Eric M. Varvel	62 169	454 785	516 954	55 470	–	13 996 715	13 623 809
Total	1 677 465³	3 804 568	5 482 033	322 312	1 095	103 527 465	110 187 696

¹ Beinhaltet Aktien, die ursprünglich als aufgeschobene Vergütung zugeteilt wurden und nun erworben wurden.

² Besteht aus Optionen mit Verfall per 22. Januar 2013 und einem Ausübungspreis von CHF 30.60.

³ Zusätzlich zu den gezeigten gehaltenen Aktien hielten die folgenden Geschäftsleitungsmitglieder eine Anzahl von insgesamt 2 320 bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS): Brady Dougan (1 336), Romeo Cerutti (60), Hans-Ulrich Meister (262), Robert Shafir (571) und Eric Varvel (91). Diese Wertschriften wurden am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in insgesamt 143 033 Aktien gewandelt mit Ausführung und Lieferung der Aktien im April 2013.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung

Die den Geschäftsleitungsmitgliedern gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Darlehen gegen Wertschriftendeckung. Sie richten sich nach den für Mitarbeitende geltenden Bedingungen. Am 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 beliefen sich die ausstehenden Kredite der Geschäftsleitungsmitglieder auf CHF 10 Mio., CHF 8 Mio. beziehungsweise CHF 22 Mio. Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Jahres 2013 betrug drei beziehungsweise vier. Der höchste ausstehende Kredit belief sich auf USD 5 Mio. und betraf Eric Varvel.

Alle den Geschäftsleitungsmitgliedern gewährten Hypothekendarlehen sind entweder variabel oder festverzinslich. Hypotheken werden in der Regel für einen Zeitrahmen von bis zu zehn Jahren abgeschlossen. Die verwendeten Zinssätze beruhen auf dem Refinanzierungssatz zuzüglich einer Marge und entsprechen den für andere Mitarbeitende anwendbaren Zinssätzen und übrigen Konditionen. Darlehen gegen Wertschriftendeckung werden ebenfalls zu Zinssätzen und Konditionen gewährt, wie sie für Mitarbeitende üblich sind. Bei der Gewährung von Krediten an

Geschäftsleitungsmitglieder kommen die gleichen Bewilligungs- und Risikobeurteilungsverfahren zur Anwendung, wie sie für alle Mitarbeitenden üblich sind. Falls nichts anderes vermerkt ist, wurden sämtliche Kredite an Geschäftsleitungsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen, einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, gewährt, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten, und unter Berücksichtigung der für sämtliche Mitarbeitenden der Gruppe geltenden Bedingungen. Das mit diesen Krediten verbundene Geschäftsrisiko hielt sich im üblichen Rahmen.

► Siehe «Bankbeziehungen sowie Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in Corporate Governance für weitere Informationen.

Zielgrössen, Obergrenzen und Leistungskriterien 2014

Die 2014 zu verwendenden Zielgrössen, Obergrenzen und Leistungskriterien basieren auf dem für das Leistungsjahr 2013 eingeführten Konzept. Die Zielgrössen und Obergrenzen der Vergütung für 2014 ausgedrückt als Multiplikator des Basissalärs bleiben gegenüber 2013 unverändert. Etwas modifiziert wurde dagegen

die Zusammensetzung der variablen leistungsbezogenen Vergütungsansprüche, wie dies aus der Tabelle «Zielgrössen und Obergrenzen 2014» und der Beschreibung weiter unten hervorgeht.

Anfang 2014 verfeinerte der Vergütungsausschuss auch den Kriterienkatalog und die Zielwerte, um die Leistungsbeurteilung 2014 breiter abzustützen. Zusätzlich zu Profitabilitäts- und Kostenzielen werden auch Kriterien berücksichtigt mit Bezug auf den Abbau nicht strategischer Positionen. Dabei wird der Abbau risikogewichteter Aktiven und ungewichteter Gesamtrisiken (leverage exposure) in Kombination mit dem nicht strategischen Vorsteuergewinn gemessen. Der Vergütungsausschuss hat zudem zusätzliche Kriterien eingeführt mit Bezug auf Strategieumsetzung, Geschäftsentwicklung, Realisierung von Infrastrukturprojekten sowie weitere individuelle Kriterien für jedes Geschäftsleitungsmitglied. Die Gewichtung dieser Kriterien ist vordefiniert gemäss der Tabelle «Leistungskriterien für die Geschäftsleitung 2014». Die Obergrenze der leistungsbezogenen Vergütung der Geschäftsleitung für 2014 insgesamt liegt bei 2,5% des angepassten Reingewinns der Gruppe, definiert als ausgewiesenes Ergebnis

bereinigt um Fair-Value-Bewertungskorrekturen auf eigenen Verbindlichkeiten und bestimmte Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten gemäss Feststellung des Vergütungsausschusses.

Zielgrössen und Obergrenzen für 2014

	Zielgrösse		Obergrenze	
	Bandbreite für Geschäftsleitungsmitglieder	CEO	Bandbreite für Geschäftsleitungsmitglieder	CEO
Multiplikatoren für die Basissaläre				
Kurzfristige Ansprüche				
Frei verfügbare Barvergütung	0.3 – 0.8	0.5	0.6 – 1.4	0.8
Kurzfristiger Leistungsvergütungsanspruch	0.5 – 1.3	0.8	0.9 – 2.1	1.2
Langfristiger Leistungsvergütungsanspruch	0.8 – 2.1	1.4	1.5 – 3.5	2.0

Leistungskriterien für die Geschäftsleitung 2014

	CEO		Divisionsleiter		Leiter Shared Services		Leistungszielvorgabe zur Zielerreichung
		PB&WM	IB	CFO	Sonstige		
Kriterien der finanziellen Leistung (60% Gewichtung)							
Eigenkapitalrendite des strategischen Geschäfts der Gruppe (nach Steuern) – strategische Ergebnisse ¹	30%	30%	30%	25%	25%	12,5% Eigenkapitalrendite der Gruppe basierend auf den strategischen Ergebnissen	
Aufwand-Ertrag-Verhältnis des strategischen Geschäfts der Gruppe – strategische Ergebnisse ¹	20%	–	–	15%	20%	71,0% Aufwand-Ertrag-Verhältnis der Gruppe basierend auf den strategischen Ergebnissen	
Ausstieg aus nicht strategischen Einheiten ²	10%	10%	10%	10%	–	Reduktion von 35,0% der risikogewichteten Aktiven und der Leverage-Risikoposition gegenüber dem Vorjahr (2,5% Gewichtung für jede Kennzahl) sowie Erreichen des budgetierten nicht strategischen Vorsteuergewinns (5% Gewichtung) ^{3,4}	
Rendite auf dem zugeteilten Kapital der Division ^{5,6}	–	–	20%	–	–	11,5% Rendite auf dem zugeteilten Kapital	
Aufwand-Ertrag-Verhältnis der Division ⁵	–	20%	–	–	–	69,0% Aufwand-Ertrag-Verhältnis der Divisionen	
Total Geschäftsaufwand der Division ⁵	–	–	–	10%	15%	Budgetaufwand 2014 auf fremdwährungsneutraler Basis	
Nicht finanzielle Kriterien (40% Gewichtung)							
Geschäfts- und Infrastruktur-entwicklung	15%	15%	15%	15%	15%	Strategieumsetzung, Geschäftsentwicklung, Leistung der Subdivisionen und Regionen sowie Ausführung bedeutender Projekte gemäss Beurteilung des Vergütungsausschusses	
Sonstige Leistung	25%	25%	25%	25%	25%	Kapitalstärke, Personalmanagement, Management von Kontrollrisiken, operationellen Risiken und Reputationsrisiken, Mitwirkung an Kundenanlässen, Partnerschaft und ein auf das Unternehmen ausgerichtetes Verhalten gemäss Beurteilung des Vergütungsausschusses	

PB&WM – Private Banking & Wealth Management; IB – Investment Banking

¹ Siehe «Kernergebnis» in II – Kommentar zu den Resultaten für weitere Informationen zu den strategischen Ergebnissen.

² Die Leistung für den CEO und den CFO wird auf Gruppenebene gemessen und für die Divisionsleiter auf der entsprechenden divisionalen Ebene der nicht strategischen Einheiten.

³ Die risikogewichteten Aktiven wurden angepasst, um Methodenänderungen auszuschliessen.

⁴ Der budgetierte nicht strategische Vorsteuergewinn basiert auf dem ausgewiesenen Ergebnis, ohne den Einfluss der Fair-Value-Veränderungen auf eigenen Verbindlichkeiten und bestimmte erhebliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, wie vom Vergütungsausschuss bestimmt.

⁵ Basierend auf dem ausgewiesenen Ergebnis, ohne bestimmte erhebliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, wie vom Vergütungsausschuss bestimmt.

⁶ Berechnet auf dem Gewinn nach Steuern in US-Dollars; zugrunde gelegt wurde eine Kapitalzuteilung des Mittelwerts von 10% der durchschnittlichen risikogewichteten Aktiven unter Basel III und von 2,4% der durchschnittlichen Leverage-Risikoposition.

Wichtigste Merkmale der Vergütung an die Geschäftsleitung – 2014

Verfeinerungen 2014	Zusammensetzung	Übertragungsfrist (Jahr der Auszahlung des Anspruchs nach Zuteilung)	Wichtigste Merkmale																					
<ul style="list-style-type: none"> ■ Zusätzliche finanzielle Leistungskriterien in Bezug auf den Ausstieg aus den nicht strategischen Einheiten ■ Zusätzliche nicht finanzielle Leistungskriterien in Bezug auf Strategieumsetzung, Geschäftsentwicklung und Projektrealisierung ■ Kurzfristige STI-Ansprüche nach Ablauf von drei Jahren übertragen (zuvor gestaffelte Übertragung über drei Jahre) ■ Langfristige LTI-Ansprüche teilweise als aktienbasierte Ansprüche statt in bar 	50% STI-Ansprüche Barvergütung: 20% Performance-Share-Anspruch: 30%	Gesamthafte Vergütung bei Zuteilung					Frei verfügbare Barvergütung, ausser für Mitarbeitende, die dem UK Code unterstehen, die 10% als frei verfügbare Barvergütung und 10% als blockierte Aktien erhalten																	
		50% LTI-Ansprüche Barvergütungsanspruch: 25% Contingent Capital Award (CCA): 25%	Gesamtanspruch nach Ablauf der Frist übertragen					In Abhängigkeit von der Profitabilität der Gruppe und der Divisionen wird zusätzlich zu den allgemeinen Malusbestimmungen eine negative formelbasierte Anpassung auf den Gesamtbestand der ausstehenden Ansprüche angewendet																
	<table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td>Jahr</td> <td>1</td> <td>2</td> <td>3</td> <td>4</td> <td>5</td> </tr> <tr> <td>Barvergütung</td> <td></td> <td></td> <td>1/3</td> <td>1/3</td> <td>1/3</td> </tr> <tr> <td>CCA</td> <td></td> <td></td> <td>1/3</td> <td>1/3</td> <td>1/3</td> </tr> </table>					Jahr	1	2	3	4	5	Barvergütung			1/3	1/3	1/3	CCA			1/3	1/3	1/3	Der bei Übertragung auszahlende Betrag für alle LTI-Ansprüche variiert zwischen 0% und 200% des zugeteilten Werts und wird in Abhängigkeit von der gesamten relativen Aktienrendite (primäre Kennzahl) und von der durchschnittlichen Eigenkapitalrendite basierend auf den strategischen Ergebnissen ¹ (sekundäre Kennzahl) ermittelt
	Jahr	1	2	3	4	5																		
Barvergütung			1/3	1/3	1/3																			
CCA			1/3	1/3	1/3																			
						Die CCA-Tranche ist verlustabsorbierend und verfällt wertlos nach Massgabe der Kapitalposition der Gruppe																		

¹ Kann im Ermessen des Vergütungsausschusses für bedeutende Rechtsfälle angepasst werden.

Vergütungsstruktur 2014

Das Basissalär beträgt 2014 gegenüber dem Vorjahr unverändert CHF 2,5 Mio. für den CEO, CHF 1,5 Mio. für Geschäftsleitungsmitglieder in der Schweiz und USD 1,5 Mio. für Geschäftsleitungsmitglieder in den USA und Grossbritannien. Per 31. Dezember 2013 gelten zwei der Geschäftsleitungsmitglieder für 2014 als UK Code Staff und werden deshalb im Einklang mit den Bestimmungen von CRD IV die relevanten Obergrenzen für die variable Vergütung, wie sie für UK Code Staff gelten, einhalten müssen. Entsprechend der Marktpraxis in Grossbritannien beabsichtigt die Gruppe, diesen Geschäftsleitungsmitgliedern 2014 einen an ihre Funktionen und Verantwortungen gebundenen Fixbetrag auszahlend. Die Zielgrössen und Obergrenzen für die Gesamtvergütung sind davon nicht betroffen.

Für 2014 wurden kleinere Änderungen in der Struktur der variablen leistungsbezogenen Vergütung vorgenommen; sie setzt sich für jedes Geschäftsleitungsmitglied wie folgt zusammen:

- 20% in Form von Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung, ausser für UK Code Staff, die 10% in Form einer Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung und 10% in Form von gesperrten Aktienansprüchen erhalten;

- 30% als STI-Ansprüche in Form von aufgeschobenen Performance-Share-Ansprüchen, neu mit einer Übertragung nach drei Jahren; und
- 50% als LTI-Ansprüche in Form von Aktienansprüchen und CCA zu gleichen Anteilen, mit Übertragung am dritten, vierten und fünften Jahrestag nach Zuteilung, unter Vorbehalt der im Voraus festgelegten leistungsabhängigen Übertragungsbedingungen.

Die obigen Änderungen der Vergütungsstruktur für 2014 verlängern die Übertragungsperiode der STI-Ansprüche und spiegeln damit die Bereitschaft des Vergütungsausschusses wider, auf neue Marktentwicklungen zu reagieren. Gemäss der Struktur für 2014 beginnt die Übertragung der aufgeschobenen leistungsbezogenen Vergütung am dritten Jahrestag nach Zuteilung und endet fünf Jahre nach Zuteilung. Ausserdem werden die LTI-Ansprüche in Form einer Kombination aus Aktien und CCA (statt Barvergütung und CCA) übertragen. Dadurch wird der Teil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung auf 55% erhöht.

VERGÜTUNG DES VERWALTUNGSRATS

Governance

Die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats wird entsprechend den Statuten, dem Organisations- und Geschäftsreglement und dem Reglement des Vergütungsausschusses festgelegt. Die Vergütung an die Mitglieder des Verwaltungsrats, einschliesslich des Präsidenten, wird jährlich vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Vergütungsausschusses genehmigt und deckt den Zeitraum von zwölf Monaten zwischen der jeweils aktuellen Generalversammlung und jener des darauffolgenden Jahres ab. Im Fall der Vergütung des Präsidenten und der Zusatzhonorare der Kommissionsvorsitzenden tritt das betreffende Verwaltungsratsmitglied bei der Entscheidung über seine Vergütung in den Ausstand.

Grundlage für die Festlegung der Vergütung

Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten ein Basishonorar plus ein Kommissions- oder anderes zusätzliches Honorar in Abhängigkeit vom Aufgaben- und Verantwortungsbereich sowie vom Zeitaufwand. Der vollamtliche Präsident, der Vizepräsident und die drei Vorsitzenden der Kommissionen tragen die grösste Verantwortung und wenden am meisten Zeit für die Erfüllung ihrer Pflichten auf. Daher erhalten diese Personen ein höheres jährliches Basishonorar als die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats und können zusätzliche Honorare beanspruchen, die sich nach dem zusätzlichen Zeitaufwand und der Verantwortung richten. Die Verwaltungsratsmitglieder ohne spezifische Aufgaben (acht Personen) erhielten für 2013 ein Basishonorar von CHF 250 000. Verwaltungsratsmitglieder, die dem Audit Committee, dem Risk Committee oder dem Vergütungsausschuss angehörten, erhielten zudem ein Kommissionshonorar. Dieses betrug CHF 150 000 für das Audit Committee, CHF 100 000 für das Risk Committee und CHF 100 000 für den Vergütungsausschuss. Mitglieder des Chairman's and Governance Committee erhalten kein Kommissionshonorar. Die Höhe der Basis- und Kommissionshonorare soll gewährleisten, dass hoch qualifizierte und erfahrene Persönlichkeiten gewonnen und ans Unternehmen gebunden werden können, unter Berücksichtigung der Honorarhöhe in vergleichbaren führenden Schweizer Unternehmen.

Die Vergütung an die Mitglieder des Verwaltungsrats erfolgt in Form von Barzahlungen und von für die Dauer von vier Jahren gesperrten Aktien der Gruppe. Dies stellt sicher, dass die Interessen der Verwaltungsratsmitglieder mit den Interessen der Aktionäre in Einklang stehen.

Vergütung des Verwaltungsratspräsidenten

Der Präsident des Verwaltungsrats erhält ein Basishonorar plus ein zusätzliches Honorar. Dieses zusätzliche Honorar wird unter Berücksichtigung der Leistung des Präsidenten in Bezug auf seine Verwaltungsratsverpflichtungen ausgerichtet und ist nicht an die finanzielle Entwicklung der Gruppe gebunden. Die Gesamtvergütung entspricht dem vollamtlichen Status des Verwaltungsratspräsidenten und seiner aktiven Rolle bei der Gestaltung der Strategie der Gruppe, der Überwachung ihrer Aktivitäten und dem Austausch mit ihren Aktionären. Der Verwaltungsratspräsident koordiniert die Aktivitäten des Verwaltungsrats, arbeitet mit den Kommissionsvorsitzenden bei der Koordination der Aufgaben der Kommissionen zusammen und stellt einen ausreichenden Informationsfluss zwischen den einzelnen Verwaltungsratsmitgliedern sicher, damit diese ihre Verantwortung ordnungsgemäss wahrnehmen können. Der Verwaltungsratspräsident ist federführend bei der Entwicklung der Gruppenstrategie, der Nachfolgeplanung, sowie bei der Strukturierung und Organisation der Gruppe. Ausserdem nimmt der Verwaltungsratspräsident Einfluss in Kompensationsfragen, einschliesslich der Leistungsbeurteilung und der Vergütung des CEO und der Geschäftsleitung. Er führt den Vorsitz im Verwaltungsrat, im Chairman's and Governance Committee und an den Generalversammlungen und übernimmt eine aktive Rolle bei der Vertretung der Gruppe gegenüber wichtigen Aktionären, Investoren, Aufsichtsbehörden, Branchenvereinigungen und anderen Anspruchsgruppen.

Der Präsident des Verwaltungsrats, Urs Rohner, erhielt für das Geschäftsjahr 2013 eine Gesamtvergütung von CHF 4,9 Mio. Davon waren CHF 4,75 Mio. Verwaltungsrats honorare (CHF 2,5 Mio. Basishonorar und CHF 2,25 Mio. Zusatzhonorar) und CHF 0,15 Mio. sonstige Vergütung. Von den CHF 4,75 Mio. wurden CHF 3,6 Mio. in bar und CHF 1,1 Mio. in Form von für die Dauer von vier Jahren gesperrten Aktien der Gruppe ausgerichtet. Die Gesamtvergütung des Verwaltungsratspräsidenten für das Jahr 2013 reflektiert einerseits die verbesserte Positionierung der Gruppe und die gestärkte Kapitalbasis, andererseits die Leistung von Urs Rohner. Dazu gehörten die Führung des Verwaltungsrats, die straffe Steuerung und Überwachung der strategischen Entwicklung der Gruppe, die Ausrichtung auf höhere Kapitalanforderungen, die Weiterentwicklung der Geschäfts- und Organisationsstruktur hinsichtlich neuer regulatorischer Auflagen, sein aktiver Austausch mit massgeblichen Interessengruppen und Aufsichtsbehörden sowie die Vertretung der Gruppe in verschiedenen Branchenvereinigungen.

Vergütung des Vizepräsidenten und der Kommissionsvorsitzenden

Der Vizepräsident des Verwaltungsrats, Peter Brabeck-Letmathe, erhielt ein Basishonorar von CHF 400 000; er bezog kein Ausschuss- oder zusätzliches Honorar. Jean Lanier, Richard E. Thornburgh und John Tiner erhielten als Vorsitzende des Vergütungsausschusses, Risk Committee beziehungsweise Audit Committee für 2013 ein Basishonorar von CHF 400 000 sowie ein zusätzliches Honorar im Zusammenhang mit ihrer Verantwortung und dem zusätzlichen Zeitaufwand für ihre Ämter, die substantielle Teilzeitmandate darstellen. Die Zusatzhonorare sind nicht an den finanziellen Erfolg der Gruppe gebunden und betragen für 2013 CHF 400 000 für den Vorsitzenden des Vergütungsausschusses und je CHF 1 Mio. für die Vorsitzenden des Risk Committee und des Audit Committee. Die Vergütung für Jean Lanier berücksichtigt, dass er seine Funktion als Vorsitzender des Vergütungsausschusses erst nach der Generalversammlung 2013 antrat. Neben der Berücksichtigung des grösseren Zeitaufwands für die Vorbereitung und Leitung ihrer Kommissionen, berücksichtigen die zusätzlichen Honorare die regelmässigen weltweiten Kontakte der drei Kommissionsvorsitzenden mit Aufsichtsbehörden, Aktionären, dem Management sowie anderen Anspruchsgruppen. Mit den regulatorischen Entwicklungen der letzten Jahre im Bankensektor sind die Anforderungen an die Vorsitzenden des Risk Committee

und des Audit Committee stark gestiegen. Vor allem hat die Häufigkeit der Interaktion mit den wichtigsten Aufsichtsbehörden der Gruppe zu Kontroll-, Risiko-, Kapital- und sonstigen Angelegenheiten in ihrem Verantwortungsbereich zugenommen. Ausserdem hat der verstärkte Fokus der Aktionäre auf Fragen der Vergütung zu vermehrten Kontakten zwischen dem Vorsitzenden des Vergütungsausschusses mit bedeutenden Aktionären und Aktionärsgruppen geführt. Das zusätzliche Honorar für die Vorsitzenden des Vergütungsausschusses, des Risk Committee und des Audit Committee deckt ferner ihre Tätigkeit als Mitglieder anderer Kommissionen des Verwaltungsrats ab.

► Siehe «Mitglieder des Verwaltungsrats und seiner Kommissionen» in Corporate Governance – Verwaltungsrat für weitere Informationen.

Ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats

Zwei ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten Sachleistungen in Form von Bürobeneutzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und durch bereits bestehende Ressourcen abgedeckt. Während des Jahres 2013 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder andere Vergütungen zugunsten ehemaliger Mitglieder des Verwaltungsrats beziehungsweise diesen nahestehenden Personen bezahlt.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2013

	Basis-honorar Verwaltungsrat	Honorar für Verwaltungsratsausschuss	Zusätzliche Honorare ¹	Sonstige Vergütungskategorien ²	Gesamtvergütung	Gewährt in bar	In % der Gesamtvergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamtvergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ³
2013/2014 (in CHF)										
Urs Rohner, Präsident ⁴	2 500 000	–	2 250 000	153 260	4 903 260	3 778 260	77%	1 125 000	23%	39 090
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident ⁵	400 000	–	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	7 455
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁵	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	4 659
Iris Bohnet ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	6 523
Noreen Doyle ⁵	250 000	100 000	294 000	–	644 000	469 000	73%	175 000	27%	6 523
Jean-Daniel Gerber ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	7 455
Walter B. Kielholz ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	6 523
Andreas N. Koopmann ⁵	250 000	200 000	–	–	450 000	225 000	50%	225 000	50%	8 387
Jean Lanier, Vorsitzender des Vergütungsausschusses ⁴	400 000	–	400 000	–	800 000	600 000	75%	200 000	25%	6 950
Kai S. Nargolwala ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	6 523
Anton van Rossum ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	6 523
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	17 374
John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	17 374
Total	6 100 000	850 000	4 944 000	153 260	12 047 260	8 097 260	67%	3 950 000	33%	141 359

¹ Enthält die Zusatzhonorare für den Präsidenten im Vollamt und die drei Ausschussvorsitzenden sowie die Zusatzhonorare von CHF 294 000 (GBP 200 000), die an Noreen Doyle im Jahr 2013 als nicht geschäftsführende Direktorin und Präsidentin von zwei britischen Tochtergesellschaften der Gruppe, Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited, bezahlt wurden. Die Zusatzhonorare von CHF 400 000 wurden an Jean Lanier als Vorsitzender des Vergütungsausschusses im Jahr 2013 zugeteilt, eine Funktion, in welche er per Generalversammlung 2013 am 26. April 2013 berufen wurde.

² Sonstige Vergütung für den Präsidenten enthielt Vorsorgeleistungen, Spesenpauschalen, Kinderzulagen und Krankenversicherungsbeiträge.

³ Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist.

⁴ Der Präsident und die drei Ausschussvorsitzenden erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Sie erhielten auch Zusatzhonorare in bar und/oder Aktien, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Vergütungsprozess bestimmt wurden. Die an die drei Ausschussvorsitzenden ausgerichteten Zusatzhonorare waren für ihre Mitgliedschaft in anderen Ausschüssen, in welchen sie den Vorsitz nicht haben. Die an diese vier Personen für 2013 ausgerichteten Zusatzhonorare wurden in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) bezahlt. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 28.78.

⁵ Ausser dem Präsidenten und den drei Vorsitzenden der Ausschüsse erhielten Verwaltungsratsmitglieder ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 26. April 2013 bis 9. Mai 2014. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und je CHF 100 000 für das Risk Committee und den Vergütungsausschuss. Für 2013 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug per Generalversammlung 2012 CHF 26.83.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2012

	Basis-honorar Verwaltungsrat	Honorar für Verwaltungsratsausschuss	Zusätzliche Honorare ¹	Sonstige Vergütungskategorien ²	Gesamtvergütung	Gewährt in bar	In % der Gesamtvergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamtvergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ³
2012/2013 (in CHF)										
Urs Rohner, Präsident ⁴	2 500 000	–	2 500 000	234 881	5 234 881	3 984 881	76%	1 250 000	24%	50 772
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident ⁵	400 000	–	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁵	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	5 641
Robert H. Benmosche ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Iris Bohnet ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Noreen Doyle ⁵	250 000	100 000	182 600	–	532 600	357 600	67%	175 000	33%	7 898
Jean-Daniel Gerber ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Walter B. Kielholz ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Andreas N. Koopmann ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Jean Lanier ⁵	250 000	250 000	–	–	500 000	250 000	50%	250 000	50%	11 282
Anton van Rossum ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Aziz R.D. Syriani, Vorsitzender des Vergütungsausschusses ⁴	350 000	–	400 000	–	750 000	522 500	70%	227 500	30%	9 241
David W. Syz ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	20 309
John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	20 309
Total	6 550 000	1 150 000	5 082 600	234 881	13 017 481	8 514 981	65%	4 502 500	35%	192 020

¹ Enthält die Zusatzhonorare für den Präsidenten im Vollamt und die drei Ausschussvorsitzenden sowie die Zusatzhonorare, die an Noreen Doyle im Jahr 2012 als nicht geschäftsführende Direktorin der zwei britischen Tochtergesellschaften der Gruppe, Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited, bezahlt wurden. Die Zusatzhonorare von CHF 182 600 für Noreen Doyle entsprachen dem jährlichen Honorar von GBP 125 000, die Noreen Doyle 2012 als nicht geschäftsführende Direktorin (Jahreshonorar von GBP 100 000) und als Vorsitzende des Audit Committee (Zusatzhonorar von GBP 25 000) von Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited erhielt.

² Sonstige Vergütung für den Präsidenten enthielt Spesenpauschalen, Kinderzulagen, Krankenversicherungsbeiträge und Vorsorgeleistungen.

³ Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist.

⁴ Der Präsident und die drei Ausschussvorsitzenden erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Sie erhielten auch Zusatzhonorare in bar und/oder Aktienansprüchen, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Vergütungsprozess bestimmt wurden. Die an diese vier Personen für 2012 ausgerichteten Zusatzhonorare wurden in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) bezahlt. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 24.62.

⁵ Ausser dem Präsidenten und den drei Vorsitzenden der Ausschüsse erhielten Verwaltungsratsmitglieder ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 27. April 2012 bis 26. April 2013. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und je CHF 100 000 für das Risk Committee und den Vergütungsausschuss. Für 2012 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug per Generalversammlung 2012 CHF 22.16.

Aktienbesitz sowie Kredite des Verwaltungsrats

Aktienbesitz der Mitglieder des Verwaltungsrats

Die nachfolgende Tabelle enthält den Aktienbesitz der Verwaltungsratsmitglieder, enger Familienmitglieder oder vom entsprechenden Verwaltungsratsmitglied kontrollierter Unternehmen. Per 31. Dezember 2013 hielten keine Mitglieder des Verwaltungsrats Optionen.

Aktienbesitz des Verwaltungsrats nach Empfängern

	2013	2012
31. Dezember (in Aktien)¹		
Urs Rohner	230 402	244 422
Peter Brabeck-Letmathe	144 186	120 999
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani	17 918	11 790
Iris Bohnet	15 464	7 898
Noreen Doyle	49 014	41 324
Jean-Daniel Gerber	17 701	9 826
Walter B. Kielholz	316 675	292 424
Andreas N. Koopmann	42 569	30 469
Jean Lanier	44 951	43 881
Kai S. Nargolwala	114 666	–
Anton van Rossum	56 464	48 598
Richard E. Thornburgh	212 530	218 456
John Tiner	48 471	24 799
Total	1 311 011	1 094 886^{2,3}

¹ Beinhaltet Aktien mit einer Sperrfrist von bis zu vier Jahren.

² Zusätzlich zu den gezeigten gehaltenen Aktien hielten die folgenden Verwaltungsratsmitglieder eine Anzahl von insgesamt 1 519 bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS): Urs Rohner (395), Peter Brabeck-Letmathe (175), Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani (17), Iris Bohnet (11), Walter Kielholz (431), Andreas Koopmann (44), Aziz R.D. Syriani (113), Richard Thornburgh (297) und John Tiner (36). Diese Wertschriften wurden am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 93 247 Aktien gewandelt mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013.

³ Nicht enthalten sind 30 872, 76 774 beziehungsweise 92 745 Aktien, die Robert H. Benmosche, Aziz R.D. Syriani beziehungsweise David W. Syz per 31. Dezember 2012 besaßen. Diese traten per 26. April 2013 aus dem Verwaltungsrat aus.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats

Die den Mitgliedern des Verwaltungsrats gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Darlehen gegen Wertschriftendeckung. Sie richten sich nach für Drittparteien geltenden Bedingungen. Per 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 beliefen sich die ausstehenden Kredite an Verwaltungsratsmitglieder auf CHF 55 Mio., CHF 41 Mio. beziehungsweise CHF 34 Mio.

Bei Verwaltungsratsmitgliedern, die Kredite erhalten, gelten nicht die Mitarbeiterkonditionen zur Anwendung, es gelten die gleichen Bedingungen wie für Kunden mit einer vergleichbaren Bonität. Verwaltungsratsmitglieder, die vormals Mitarbeitende der Gruppe waren, können über ausstehende Kredite verfügen, die ihnen seinerzeit zu Mitarbeiterbedingungen gewährt worden waren. Falls nichts anderes vermerkt ist, erfolgen sämtliche Kredite an Verwaltungsratsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt bei der Vergabe für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten, und beinhalten keine unüblichen Risiken. Zusätzlich zu den ausgewiesenen Krediten können die Gruppe beziehungsweise ihre Tochtergesellschaften Ausleihungen oder Finanzierungsgeschäfte mit Gesellschaften tätigen, bei denen Verwaltungsratsmitglieder bedeutenden Einfluss (gemäss Definition der US Securities and Exchange Commission, SEC) ausüben, beispielsweise als Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsrats. Sofern nicht ausdrücklich anderslautend angegeben, werden an diese Gesellschaften von der Gruppe gewährte Kredite im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und zu den jeweils aktuellen Marktkonditionen vergeben. Per 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 bestanden keine Kreditpositionen gegenüber solchen verbundenen Parteien, die nicht im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und zu den jeweils aktuellen Marktkonditionen vergeben worden waren.

► Siehe «Bankbeziehungen sowie Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in Corporate Governance für nähere Informationen.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats nach Empfängern

	2013	2012
31. Dezember (in CHF)		
Urs Rohner	4 968 270	5 034 157
Peter Brabeck-Letmathe	40 631 650	27 520 527
Walter B. Kielholz	4 000 000	4 200 000
Andreas N. Koopmann	4 933 650	2 775 000
Richard E. Thornburgh	222 756	–
Total¹	54 756 326	39 529 684²

¹ Enthält Kredite an direkte Familienmitglieder.

² Nicht enthalten ist ein Kredit von CHF 1 500 000 an David W. Syz per 31. Dezember 2012. Er trat per 26. April 2013 aus dem Verwaltungsrat aus.

NICHT LÄNGER EINGESETZTE VERGÜTUNGSPLÄNE

Die nachstehenden Vergütungspläne wurden in früheren Jahren als aufgeschobene Vergütungsansprüche zugeteilt; sie werden nicht mehr eingesetzt, Ansprüche daraus sind aber noch ausstehend. Bei gewissen Plänen behält sich die Gruppe vor, die Instrumente nach eigenem Ermessen in bar oder in Aktien zu erfüllen.

Überblick über frühere Pläne für aufgeschobene variable Vergütung

Restricted Cash Awards

- Basis: Bargeldvergütung;
- Beginn Übertragungsperiode: 2013;
- Ende Übertragungsperiode: 2016;
- Geltungsbereich: Performance im Jahr 2012; betraf Managing Directors im Investment Banking;
- Allgemeine Zuteilungsbedingungen: Gestaffelte Übertragung über drei Jahre verbunden mit Restriktionen; ausbezahlt im ersten Quartal 2013;
- Weitere Bestimmungen: Teilweise oder gesamthafte Rückzahlung, falls ein Clawback-Ereignis eintritt, beispielsweise bei freiwilliger Kündigung oder Kündigung aus wichtigem Grund während der Übertragungsperiode;
- Zielsetzung: Bindung des Senior Management ans Unternehmen.

Plus Bond Awards

- Basis: Bargeldvergütung;
- Beginn Übertragungsperiode: 2012;
- Ende Übertragungsperiode: 2012/2016;
- Geltungsbereich: Performance im Jahr 2012; betraf Managing Directors und Directors im Investment Banking. Andere Managing Directors und Directors erhielten die Möglichkeit, einen Teil ihrer Aktienansprüche als Plus Bond Awards zu beziehen. Obligatorische Plus Bond Awards für Managing Directors und Directors im Investment Banking wurden am Zuteilungsdatum vollständig übertragen, verfallen aber bei Kündigung aus wichtigem Grund oder bei Verstoss gegen die Erfüllungsbedingungen. Übertragung im Jahr 2016 für Mitarbeitende, die sich dafür entscheiden, einen Teil ihrer Aktienansprüche als Plus Bond Awards zu beziehen;
- Allgemeine Zuteilungsbedingungen: Die Vergütungen sind an die zukünftige Wertentwicklung eines Portfolios aus Asset-Backed-Securities ohne Rating oder mit einem Rating unterhalb von Investment Grade gebunden, die zu den Beständen verschiedener Handelsbereiche des Investment Banking zählen;
- Weitere Bestimmungen: Die Inhaber von Plus Bonds erhalten halbjährliche Barauszahlungen auf Basis des LIBOR plus 7,875% p. a. Die Inhaber von Plus Bond Awards unterliegen einer Konkurrenz- und Abwerbeverbotsklausel;
- Zielsetzung: Die Ansprüche bieten Mitarbeitenden ein festverzinsliches Instrument und übertragen Risiken von der Gruppe auf Mitarbeitende, was zu einer Reduktion der risikogewichteten Aktiven beiträgt.

Partner Asset Facility (PAF2) 2011

- Basis: Bargeldvergütung;
- Beginn Übertragungsperiode: 2012;
- Ende Übertragungsperiode: 31. März 2012;
- Geltungsbereich: Performance im Jahr 2011; Managing Directors, Directors und bestimmte Mitglieder der Geschäftsleitung;
- Allgemeine Zuteilungsbedingungen: Die vertraglich festgelegte Laufzeit der PAF-Ansprüche beträgt vier Jahre, kann jedoch nach Wahl der Gruppe oder der kollektiv handelnden Besitzer auf neun Jahre verlängert werden. PAF2-Einheiten sind im Wesentlichen festverzinsliche strukturierte Schuldverschreibungen, die einem Teil des Kreditrisikos ausgesetzt sind, das sich aus den Derivataktivitäten der Gruppe ergibt. Der Wert der Zuteilung (sowohl für die Verzinsung als auch für die endgültige Rückzahlung) wird gekürzt, wenn die realisierten Kreditverluste aus einem spezifischen Referenzportfolio eine festgelegte Schwelle überschreiten. Die Gruppe trägt die ersten USD 500 Mio. dieser Verluste, und die PAF2-Inhaber tragen alle darüber hinausgehenden Verluste bis zur vollen Höhe der zugeteilten PAF2-Einheiten;
- Weitere Bestimmungen: Die PAF2-Inhaber erhalten halbjährlich eine Verzinsung in bar, die einer Jahresrendite von 5% (bei Ansprüchen in Schweizer Franken) oder 6,5% (bei Ansprüchen in US-Dollar) entspricht und auf die in diesem Zeitpunkt ausstehenden PAF-Einheiten angewendet wird. Die PAF2-Inhaber unterliegen einem Konkurrenz- und Abwerbeverbot;
- Zielsetzung: Mitarbeitenden ein festverzinsliches Instrument zu bieten und Risiken von der Gruppe auf Mitarbeitende zu übertragen, was zur Risikoreduktion und Kapitaleffizienz der Gruppe beiträgt.
- Entwicklung: Die PAF2-Ansprüche waren an ein Portfolio von Kreditengagements der Gruppe geknüpft, woraus ein Risikoabbau und eine Stärkung der Kapitalbasis resultierte. Aufgrund regulatorischer Änderungen drängte sich im März 2014 eine Restrukturierung auf. Inhabern von PAF2-Ansprüchen wurde eine der folgenden Optionen oder eine Kombination davon geboten: i) Capital Opportunity Facility (COF): Anbindung bestehender PAF2-Ansprüche an COF. COF ist ein siebenjähriges Instrument, das an die Performance eines ausgewählten Portfolios aus Risikotransfer-Transaktionen und Kapitalmassnahmen gebunden ist. Sollte das COF-Portfolio Verluste erleiden, wird der Wert der COF-Ansprüche maximal um den Gesamtbetrag gekürzt. Die Teilnehmer, die sich für die COF entscheiden, erhalten bis zur Barabrechnung im Jahr 2021 halbjährliche Barausschüttungen von 6,5% pro Jahr in US-Dollar, und diese halbjährlichen Ausschüttungen reduzieren die Höhe der Barauszahlung im Jahr 2021; ii) CCA: Die Teilnehmer entscheiden sich für CCA, mit ähnlichen Bedingungen wie die Instrumente, die als Teil der Vergütungsansprüche 2013 zugesprochen wurden. Die Hauptunterschiede zwischen den beiden Formen von CCA bestehen darin, dass die CCA als Ersatz für PAF2-Ansprüche voraussichtlich rund ein Jahr früher abgerechnet werden und halbjährliche Barausschüttungen von Zinsäquivalenten zu etwas niedrigeren Zinssätzen

(sechsmonatiger LIBOR in Schweizer Franken plus 4,51% pro Jahr bzw. sechsmonatiger LIBOR in US-Dollar plus 5,07% pro Jahr) beinhalten. Ihre Einlösung erfolgt voraussichtlich im Februar 2016 und unterliegt regulatorischen Genehmigungen.

► Siehe «Contingent Capital Awards (CCA)» in Vergütungsstruktur der Gruppe für nähere Informationen.

Adjustable Performance Plan Awards

- Basis: Aktienbasierte Bargeldvergütung;
- Beginn Übertragungsperiode: 2011;
- Ende Übertragungsperiode: 2015;
- Geltungsbereich: Performance im Jahr 2010; Geschäftsleitung, Managing Directors und Directors;
- Allgemeine Zuteilungsbedingungen: Die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche sind durch Anpassungen nach unten oder oben an die künftige Performance geknüpft. Gestaffelte Übertragungsperiode von vier Jahren;
- Weitere Bestimmungen: Für Mitarbeitende in den Divisionen sind die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche an die finanzielle Entwicklung ihrer Division und an die ausgewiesene Eigenkapitalrendite der Gruppe geknüpft. Bei Mitarbeitenden in Shared Services und anderen Supportfunktionen sowie Mitgliedern der Geschäftsleitung sind alle Ansprüche an den adjustierten Gewinn oder Verlust der Gruppe und die ausgewiesene Eigenkapitalrendite der Gruppe geknüpft;
- Zielsetzung: Bindung von Geschäftsleitungsmitgliedern, Managing Directors und Directors ans Unternehmen.

Scaled Incentive Share Unit (SISU)

- Basis: Aktienbasierte Vergütung;
- Beginn Übertragungsperiode: 2010;
- Ende Übertragungsperiode: 2014;
- Geltungsbereich: Performance im Jahr 2009; Hälfte der variablen Vergütung aller Managing Directors und Directors;
- Allgemeine Zuteilungsbedingungen: Gestaffelte Übertragung über vier Jahre;
- Weitere Bestimmungen: Der Wert der SISUs ist an die Entwicklung des Aktienkurses und den ROE der Gruppe gekoppelt;
- Zielsetzung: Bindung von Managing Directors und Directors ans Unternehmen.

Partner Asset Facility (PAF) 2008

- Basis: Bargeldvergütung;
- Beginn Übertragungsperiode: 2008, 66,7% bei Zuteilung übertragen;
- Ende Übertragungsperiode: 33,3% im März 2009 übertragen;
- Geltungsbereich: Performance im Jahr 2008; alle Managing Directors und Directors im Investment Banking;
- Allgemeine Zuteilungsbedingungen: Die vertraglich festgelegte Laufzeit der PAF-Ansprüche beträgt acht Jahre. PAF-Ansprüche sind an ein genau definiertes Portfolio von illiquiden Aktiven aus der Division Investment Banking indexiert und tragen einen ersten Teilverlust. Der Nominalwert dieses Portfolios richtete sich nach dem Fair Value per 31. Dezember 2008, wobei die Zusammensetzung des Portfolios während der Laufzeit beziehungsweise bis zur Liquidation einzelner Positionen nicht geändert werden kann;
- Weitere Bestimmungen: PAF-Ansprüche werden über die gesamte Laufzeit hinweg halbjährlich auf der Basis ihres Nominalwerts zu LIBOR plus 250 Basispunkten verzinst. Besitzer von PAF-Ansprüchen werden am potenziellen Gewinn oder Verlust aus der allfälligen Veräusserung von Aktiven partizipieren. Falls Veräusserungen unter dem ursprünglichen Fair Value erfolgen, tragen die PAF-Ansprüche den Teilverlust;
- Zielsetzung: Transfer von Risiken an höher gestellte Führungskräfte im Investment Banking. Mit dem PAF-Programm konnten Risiken aus illiquiden Aktiven von der Gruppe auf die Mitarbeitenden übertragen werden. Dies erlaubte der Gruppe den Abbau risikogewichteter Aktiven und des dafür notwendigen Kapitalbedarfs.

► Siehe «Anhang 28 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

V

Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group

- 233 Bericht der Revisionsstelle**
- 235 Konsolidierte Jahresrechnung**
- 242 Anhang zur konsolidierten
Jahresrechnung**
(Siehe folgende Seite für detailliertes
Verzeichnis)
- 389 Kontrollen und Verfahren**
- 390 Bericht der Independent
Registered Public Accounting Firm**

Konsolidierte Jahresrechnung

235	Konsolidierte Erfolgsrechnung
235	Konsolidiertes Gesamtergebnis
236	Konsolidierte Bilanz
238	Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung
240	Konsolidierte Geldflussrechnung

Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung

242	1 Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze	282	26 Verrechnung von Finanzaktiven und Finanzverbindlichkeiten
252	2 Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards	286	27 Steuern
254	3 Geschäftsentwicklung, bedeutende Aktionäre und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	291	28 Aufgeschobene Mitarbeitervergütung
255	4 Aufgegebene Geschäftsbereiche	299	29 Organe und diesen nahestehende Personen und Unternehmen
257	5 Segmentinformationen	302	30 Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand
259	6 Zinserfolg	312	31 Derivat- und Absicherungsgeschäfte
259	7 Kommissions- und Dienstleistungsertrag	319	32 Garantien und Verpflichtungen
260	8 Handelserfolg	326	33 Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)
261	9 Sonstiger Ertrag	336	34 Finanzinstrumente
261	10 Rückstellung für Kreditrisiken	363	35 Verpfändete Aktiven und Sicherheiten
261	11 Personalaufwand	364	36 Eigenmittelunterlegung
261	12 Sachaufwand	365	37 Verwaltete Vermögen
262	13 Ergebnis pro Aktie	366	38 Rechtsstreitigkeiten
263	14 Wertschriftenleihen und Repo-Geschäfte	374	39 Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen
263	15 Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	376	40 Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften
264	16 Anlagen in Wertschriften	385	41 Credit Suisse Group Holdinggesellschaft
265	17 Sonstige Anlagen	385	42 Wesentliche Unterschiede der Bewertung und Erfassung von Erträgen zwischen US GAAP und Swiss GAAP nach Bankenrecht (True-and-Fair-View-Prinzip)
266	18 Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität	388	43 Risikobeurteilung
274	19 Liegenschaften und Einrichtungen		
274	20 Goodwill		
276	21 Sonstige immaterielle Werte		
277	22 Sonstige Aktiven und sonstige Verbindlichkeiten		
277	23 Einlagen		
278	24 Langfristige Verbindlichkeiten		
280	25 Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung und zusätzliche Angaben zur Aktie		



KPMG AG
Audit Financial Services
Badenerstrasse 172
CH-8004 Zürich

Postfach
CH-8026 Zürich

Telefon +41 58 249 31 31
Telefax +41 58 249 44 06
Internet www.kpmg.ch

Bericht der Revisionsstelle zur Konzernrechnung an die Generalversammlung der
Credit Suisse Group AG, Zürich

Als Revisionsstelle haben wir die beiliegende Konzernrechnung der Credit Suisse Group AG und ihrer Tochtergesellschaften (die "Group"), bestehend aus den konsolidierten Bilanzen für die am 31. Dezember 2013 und 2012 abgeschlossenen Geschäftsjahre und die entsprechenden konsolidierten Erfolgsrechnungen, Eigenkapitalveränderungsrechnungen, Gesamtergebnisse und die Kapitalflussrechnungen sowie die Anhangsangaben für die am 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 abgeschlossenen Geschäftsjahre geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung und angemessene Darstellung der Konzernrechnung in Übereinstimmung mit den U.S. Generally Accepted Accounting Principles und den gesetzlichen Vorschriften in der Schweiz verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung und angemessene Darstellung einer Konzernrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Konzernrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards sowie den Standards des Public Company Accounting Oversight Board (USA) vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Konzernrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Konzernrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Konzernrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Konzernrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Konzernrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.



Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung vermittelt die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Group per 31. Dezember 2013 und 2012 und, der konsolidierten Ertragslage für jedes der drei Geschäftsjahre 2013, 2012 und 2011 in Übereinstimmung mit den U.S. Generally Accepted Accounting Principles und entspricht dem schweizerischen Gesetz.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz (RAG) und die Unabhängigkeit (Art. 728 OR und Art. 11 RAG) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit Art. 728a Abs. 1 Ziff. 3 OR und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Konzernrechnung existiert.

Wir empfehlen, die vorliegende Konzernrechnung zu genehmigen.

In Übereinstimmung mit den Standards des Public Company Accounting Oversight Board (USA) haben wir zudem die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung der Group per 31. Dezember 2013, basierend auf den bestehenden Kriterien des *Internal Control – Integrated Framework (1992)*, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegeben wurde, geprüft, und in unserem Bericht datiert vom 3. April 2014 haben wir ein uneingeschränktes Prüfungsurteil bezüglich der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung der Group abgegeben.

KPMG AG

Simon Ryder
Zugelassener Revisionsexperte
Leitender Revisor

Anthony Anzevino
Global Lead Partner

Zürich, Schweiz
3. April 2014

Konsolidierte Jahresrechnung

Konsolidierte Erfolgsrechnung

	Verweis auf Anhang	2013	2012	2011
Konsolidierte Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)				
Zins- und Dividendertrag	6	19 556	22 090	22 976
Zinsaufwand	6	(11 441)	(14 947)	(16 550)
Zinserfolg	6	8 115	7 143	6 426
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	7	13 226	12 724	12 638
Handelserfolg	8	2 739	1 196	5 021
Sonstiger Ertrag	9	1 776	2 548	1 806
Nettoertrag		25 856	23 611	25 891
Rückstellung für Kreditrisiken	10	167	170	187
Personalaufwand	11	11 256	12 303	13 001
Sachaufwand	12	8 599	7 246	7 293
Kommissionsaufwand		1 738	1 702	1 939
Total sonstiger Geschäftsaufwand		10 337	8 948	9 232
Total Geschäftsaufwand		21 593	21 251	22 233
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern		4 096	2 190	3 471
Ertragsteueraufwand	27	1 276	465	656
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen		2 820	1 725	2 815
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	4	145	(40)	(25)
Reingewinn		2 965	1 685	2 790
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn		639	336	837
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)		2 326	1 349	1 953
wovon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen		2 181	1 389	1 978
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		145	(40)	(25)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie (in CHF)				
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	13	1.14	0.82	1.34
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	13	0.08	(0.03)	(0.02)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	13	1.22	0.79	1.32
Verwässertes Ergebnis pro Aktie (in CHF)				
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	13	1.14	0.82	1.34
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	13	0.08	(0.03)	(0.02)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	13	1.22	0.79	1.32

Konsolidiertes Gesamtergebnis

	2013	2012	2011
Gesamtergebnis (in Mio. CHF)			
Reingewinn	2 965	1 685	2 790
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	18	37	(33)
Fremdwährungsumrechnung	(1 021)	(1 114)	(263)
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	(32)	(15)	(18)
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	1 044	(50)	(615)
Nachzuerrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	(95)	248	395
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	(86)	(894)	(534)
Gesamtergebnis	2 879	791	2 256
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Gesamtergebnis	525	211	882
Den Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	2 354	580	1 374

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Bilanz

	Verweis auf Anhang	2013	Ende 2012
Aktiven (in Mio. CHF)			
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken		68 692	61 763
davon zum Fair Value ausgewiesen		527	569
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		952	1 750
Zinstragende Einlagen bei Banken		1 515	1 945
davon zum Fair Value ausgewiesen		311	627
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	14	160 022	183 455
davon zum Fair Value ausgewiesen		96 587	113 664
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		1 959	117
Als Sicherheiten erhaltene Wertschriften, zum Fair Value		22 800	30 045
davon belastet		17 964	17 767
Handelsbestände, zum Fair Value	15	229 413	256 399
davon belastet		72 976	70 948
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		3 610	4 697
Anlagen in Wertschriften	16	2 987	3 498
davon zum Fair Value ausgewiesen		2 987	3 498
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		100	23
Sonstige Anlagen	17	10 329	12 022
davon zum Fair Value ausgewiesen		7 596	8 994
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		1 983	2 289
Ausleihungen, netto	18	247 054	242 223
davon zum Fair Value ausgewiesen		19 457	20 000
davon belastet		638	535
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		4 207	6 053
Wertberichtigung für Kreditverluste		(869)	(922)
Liegenschaften und Einrichtungen	19	5 091	5 618
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		513	581
Goodwill	20	7 999	8 389
Sonstige immaterielle Werte	21	210	243
davon zum Fair Value ausgewiesen		42	43
Forderungen aus Kundenhandel		52 045	45 768
Sonstige Aktiven	22	63 065	72 912
davon zum Fair Value ausgewiesen		31 518	37 275
davon belastet		722	1 495
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		14 330	14 536
Zur Veräusserung gehaltene Aktiven aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		1 584	–
Total Aktiven		872 806	924 280

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Bilanz (Fortsetzung)

	Verweis auf Anhang	2013	Ende 2012
Passiven (in Mio. CHF)			
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	23	23 108	31 014
davon zum Fair Value ausgewiesen		1 450	3 413
Kundeneinlagen	23	333 089	308 312
davon zum Fair Value ausgewiesen		3 252	4 643
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		265	247
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	14	94 032	132 721
davon zum Fair Value ausgewiesen		76 104	108 784
Verbindlichkeiten aus als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften, zum Fair Value		22 800	30 045
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen, zum Fair Value	15	76 635	90 816
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		93	125
Kurzfristige Geldaufnahmen		20 193	18 641
davon zum Fair Value ausgewiesen		6 053	4 513
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		4 286	9 582
Langfristige Verbindlichkeiten	24	130 042	148 134
davon zum Fair Value ausgewiesen		63 369	65 384
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		12 992	14 532
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel		73 154	64 676
Sonstige Verbindlichkeiten	22	51 447	57 637
davon zum Fair Value ausgewiesen		21 973	26 871
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		710	1 228
Zur Veräusserung gehaltene Verbindlichkeiten aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		1 140	–
Total Verbindlichkeiten		825 640	881 996
Stammaktien		64	53
Kapitalreserve		27 853	23 636
Gewinnreserve		30 261	28 171
Eigene Aktien, zu Anschaffungskosten		(139)	(459)
Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	25	(15 875)	(15 903)
Total Eigenkapital der Aktionäre		42 164	35 498
Minderheitsanteile		5 002	6 786
Total Eigenkapital		47 166	42 284
Total Passiven		872 806	924 280

	Verweis auf Anhang	2013	Ende 2012
Ergänzende Aktieninformationen			
Nennwert (in CHF)		0.04	0.04
Genehmigte Aktien ¹		2 269 616 660	2 118 134 039
Ausgegebene Stammaktien	25	1 596 119 349	1 320 829 922
Eigene Aktien	25	(5 183 154)	(27 036 831)
Ausstehende Aktien	25	1 590 936 195	1 293 793 091

¹ Enthält ausgegebene Aktien und nicht ausgegebene Aktien (bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital).

Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Den Aktionären zurechenbar							
	Stammaktien	Kapitalreserve	Gewinnreserve	Eigene Aktien, zu Anschaffungskosten	Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	Total Eigenkapital der Aktionäre	Minderheitsanteile	Total Eigenkapital
2013 (in Mio. CHF)								
Bestand zu Beginn der Periode	53	23 636	28 171	(459)	(15 903)	35 498	6 786	42 284
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	–	216	–	–	–	216	(22)	194
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse ^{1,2}	–	–	–	–	–	–	(2 467)	(2 467)
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse ²	–	–	–	–	–	–	438	438
Reingewinn/(-verlust)	–	–	2 326	–	–	2 326	651 ³	2 977
Total sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	–	–	–	–	28	28	(114)	(86)
Emission von Stammaktien	11	4 222	–	–	–	4 233	–	4 233
Verkauf eigener Aktien	–	(50)	–	10 360	–	10 310	–	10 310
Rückkauf eigener Aktien	–	–	–	(10 202)	–	(10 202)	–	(10 202)
Aktienbasierte Vergütung nach Steuern	–	213 ⁴	–	162	–	375	–	375
Auf eigene Aktien indexierte Finanzinstrumente ⁵	–	(93)	–	–	–	(93)	–	(93)
Bezahlte Dividenden	–	(269) ⁶	(236)	–	–	(505)	(59)	(564)
Veränderung der Minderheitsanteile mit Rückgaberecht	–	(13)	–	–	–	(13)	–	(13)
Änderungen des Konsolidierungskreises, netto	–	–	–	–	–	–	(211)	(211)
Sonstige	–	(9)	–	–	–	(9)	–	(9)
Bestand am Ende der Periode	64	27 853	30 261	(139)	(15 875)	42 164	5 002	47 166
2012 (in Mio. CHF)								
Bestand zu Beginn der Periode	49	21 796	27 053	(90)	(15 134)	33 674	7 411	41 085
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	–	44	–	–	–	44	(4)	40
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	–	–	–	–	–	–	(809)	(809)
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	–	–	–	–	–	–	116	116
Reingewinn/(-verlust)	–	–	1 349	–	–	1 349	347	1 696
Total sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	–	–	–	–	(769)	(769)	(125)	(894)
Emission von Stammaktien	4	1 926	–	–	–	1 930	–	1 930
Verkauf eigener Aktien	–	(3)	–	8 358	–	8 355	–	8 355
Rückkauf eigener Aktien	–	–	–	(8 859)	–	(8 859)	–	(8 859)
Aktienbasierte Vergütung nach Steuern	–	932	–	132	–	1 064	–	1 064
Auf eigene Aktien indexierte Finanzinstrumente	–	(9)	–	–	–	(9)	–	(9)
Bezahlte Dividenden	–	(1 011)	(231)	–	–	(1 242)	(54)	(1 296)
Veränderung der Minderheitsanteile mit Rückgaberecht	–	(7)	–	–	–	(7)	–	(7)
Änderungen des Konsolidierungskreises, netto	–	–	–	–	–	–	(96)	(96)
Sonstige	–	(32)	–	–	–	(32)	–	(32)
Bestand am Ende der Periode	53	23 636	28 171	(459)	(15 903)	35 498	6 786	42 284

¹ Ausschüttungen an Fondsanleger umfassen die Rückzahlung des investierten Kapitals und alle entsprechenden Dividenden.

² Transaktionen mit und ohne Änderung der Kontrollverhältnisse werden für Fondsaktivitäten alle unter «ohne Änderung der Kontrollverhältnisse» gezeigt.

³ Der den Minderheiten zurechenbare Reingewinn schliesst aufgrund von Minderheiten mit Rückgaberecht CHF (12) Mio. aus.

⁴ Enthält eine Steuerbelastung von CHF 24 Mio., netto, aus dem Überschuss des erfassten Vergütungsaufwandes gegenüber dem Fair Value der gelieferten Aktien.

⁵ Die Gruppe hatte bestimmte Call-Optionen auf ihre eigenen Aktien zur wirtschaftlichen Absicherung der aktienbasierten Vergütungsansprüche erworben. Gemäss US GAAP wurden diese Call-Optionen den Eigenkapitalinstrumenten zugewiesen, wobei deren Ersterfassung im Eigenkapital der Aktionäre zum Fair Value erfolgte. In der Folge werden diese nicht mehr neu bewertet.

⁶ Aus den Reserven aus Kapitaleinlagen ausgeschüttet.

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung (Fortsetzung)

	Den Aktionären zurechenbar						Minderheitsanteile	Total Eigenkapital
	Stammaktien	Kapitalreserve	Gewinnreserve	Eigene Aktien, zu Anschaffungskosten	Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	Total Eigenkapital der Aktionäre		
2011 (in Mio. CHF)								
Bestand zu Beginn der Periode	47	23 026	25 316	(552)	(14 555)	33 282	9 733	43 015
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	–	6	–	–	–	6	(106)	(100)
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	–	–	–	–	–	–	(3 042)	(3 042)
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	–	(7)	–	–	–	(7)	7	–
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	–	–	–	–	–	–	522	522
Reingewinn/(-verlust)	–	–	1 953	–	–	1 953	788	2 741
Total sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	–	–	–	–	(579)	(579)	45	(534)
Emission von Stammaktien	2	1 125	–	–	–	1 127	–	1 127
Verkauf eigener Aktien	–	(102)	–	11 955	–	11 853	–	11 853
Rückkauf eigener Aktien	–	–	–	(11 790)	–	(11 790)	–	(11 790)
Aktienbasierte Vergütung nach Steuern	–	(145)	–	297	–	152	–	152
Auf eigene Aktien indexierte Finanzinstrumente	–	164	–	–	–	164	–	164
Bezahlte Dividenden	–	(1 646)	(216)	–	–	(1 862)	(86)	(1 948)
Veränderung der Minderheitsanteile mit Rückgaberecht	–	(625)	–	–	–	(625)	(140)	(765)
Änderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	(310)	(310)
Bestand am Ende der Periode	49	21 796	27 053	(90)	(15 134)	33 674	7 411	41 085

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Geldflussrechnung

	2013	2012	2011
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
Reingewinn	2 965	1 685	2 790
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, nach Steuern	(145)	40	25
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 820	1 725	2 815
Überleitung des Ergebnisses aus fortzuführenden Geschäftsbereichen zum Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
Wertberichtigungen, Abschreibungen und Amortisationen	1 345	1 294	1 196
Rückstellung für Kreditrisiken	167	170	187
Rückstellung für/(Vorteil aus) latente(n) Steuern	695	(255)	170
Anteiliger Reingewinn/(-verlust) aus nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen	34	80	(45)
Handelsbestände und Verpflichtungen aus Handelsbeständen, netto	13 961	(14 348)	39 134
(Zu-)/Abnahme von sonstigen Aktiven	(6 902)	(1 146)	(7 755)
Zu-/(-Abnahme) von sonstigen Verbindlichkeiten	9 992	(4 772)	5 859
Sonstige, netto	(38)	4 584	(2 939)
Total Anpassungen	19 254	(14 393)	35 807
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	22 074	(12 668)	38 622
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	538	184	(732)
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	17 120	46 952	(15 221)
Kauf von Wertschriftenanlagen	(677)	(480)	(1 542)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	176	936	2 118
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	832	1 626	2 462
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	(1 792)	(2 039)	(1 782)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	3 737	3 104	6 784
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	(9 126)	(11 022)	(17 237)
Erlös aus Verkäufen von Ausleihungen	1 483	1 090	689
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(903)	(1 242)	(1 739)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	9	26	11
Sonstige, netto	122	3 683	222
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	11 519	42 818	(25 967)

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Geldflussrechnung (Fortsetzung)

	2013	2012	2011
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	22 463	(12 567)	27 740
Zu-/ (Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	6 002	(7 840)	4 098
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(36 347)	(39 958)	7 182
Emissionen langfristiger Verbindlichkeiten	39 090	38 405	34 234
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(55 135)	(55 936)	(37 127)
Emissionen von Stammaktien	976	1 930	1 127
Verkauf eigener Aktien	9 764	8 355	11 853
Rückkauf eigener Aktien	(10 202)	(8 859)	(11 790)
Bezahlte Dividenden	(564)	(1 296)	(1 948)
Sonstige, netto	(468)	394	(2 508)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(24 421)	(77 372)	32 861
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)			
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(1 216)	(1 242)	(632)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen (in Mio. CHF)			
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	(1 027)	(346)	222
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)			
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	6 929	(48 810)	45 106
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	61 763	110 573	65 467
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	68 692	61 763	110 573

Ergänzungen zur Geldflussrechnung

	2013	2012	2011
Geldabfluss für Ertragsteuern und Zinsen (in Mio. CHF)			
Geldabfluss für Ertragsteuern	833	1 073	1 099
Geldabfluss für Zinsen	11 876	15 004	17 238
Mit dem Erwerb von Unternehmen übernommene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)			
Fair Value der übernommenen Aktiven	4	2 418	0
Fair Value der übernommenen Verbindlichkeiten	0	2 418	0
Mit der Veräusserung von Unternehmen verkaufte Aktiven und Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)			
Verkaufte Aktiven	374	0	0
Verkaufte Verbindlichkeiten	170	0	0

Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung

1 Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze

Die konsolidierte Jahresrechnung der Credit Suisse Group AG (die Gruppe) wird in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Accounting Principles Generally Accepted in the US, US GAAP) erstellt und in Schweizer Franken (CHF) ausgewiesen. Das Geschäftsjahr der Gruppe endet am 31. Dezember. Gewisse Umgliederungen in der konsolidierten Jahresrechnung des Vorjahres wurden vorgenommen, um sie in Übereinstimmung mit der diesjährigen Präsentation zu bringen. Diese Umgliederungen hatten keine Auswirkung auf den Reingewinn/(-verlust) oder das Total Eigenkapital.

Beim Erstellen der konsolidierten Jahresrechnung muss das Management Schätzungen vornehmen und Annahmen treffen, einschliesslich – aber nicht abschliessend – der Ermittlung des Fair Value bestimmter Finanzaktiven und -verbindlichkeiten, Wertberichtigungen für Kreditverluste, der Beurteilung von Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs), Wertberichtigungen auf Aktiven mit Ausnahme von Darlehen, der Erfassung von latenten Steuerguthaben, Steuerunsicherheiten, Vorsorgeverbindlichkeiten wie auch verschiedener Eventualverbindlichkeiten. Diese Schätzungen und Annahmen wirken sich auf die ausgewiesenen Beträge der Aktiven und Verbindlichkeiten, die Offenlegung von Eventualforderungen und -verpflichtungen per Bilanzstichtag und die für die Berichtsperiode ausgewiesenen Erträge und Aufwendungen aus. Obwohl das Management seine Schätzungen und Annahmen laufend beurteilt, können die tatsächlichen Resultate von diesen Schätzungen wesentlich abweichen. Die Marktverhältnisse können das Risiko und die Komplexität der für diese Schätzungen vorgenommenen Beurteilungen erhöhen.

Konsolidierungsgrundsätze

Die konsolidierte Jahresrechnung umfasst die Jahresrechnung der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften. Die Tochtergesellschaften der Gruppe sind Gesellschaften, an denen sie direkt oder indirekt mit mehr als 50% der Stimmrechte beteiligt ist oder über welche sie anderweitig Kontrolle ausübt. Die Gruppe konsolidiert Kommanditgesellschaften in jenen Fällen, in welchen sie der Komplementär ist oder in welchen sie als Kommanditär faktisch das Recht zum Ausschluss des Komplementärs oder zur Auflösung der Kommanditgesellschaft hat und an bedeutenden Entscheiden im ordentlichen Geschäftsverlauf beteiligt ist. Die Gruppe konsolidiert auch Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs), bei denen sie gemäss Accounting Standards Codification (ASC) Topic 810, «Consolidation», die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) ist. Der Effekt wesentlicher gruppeninterner Transaktionen wurde bei der Erstellung der konsolidierten Jahresrechnung eliminiert.

Wenn eine Tochtergesellschaft der Gruppe eine eigenständige Rechtseinheit ist und gemäss ASC Topic 946, «Financial Services – Investment Companies», als Investmentgesellschaft (Investment Company) betrachtet wird, werden Beteiligungen dieser Tochtergesellschaft zum Fair Value bewertet und nicht konsolidiert.

Stimmrechtskontrollierte Beteiligungen, die sonst zu konsolidieren wären, werden von Gruppengesellschaften, die als Broker-Dealer gemäss ASC Topic 940, «Financial Services – Brokers and Dealers», qualifizieren, nicht in die Konsolidierung einbezogen, wenn diese Beteiligungen vorübergehend und für Handelszwecke gehalten werden. Hingegen werden Tochtergesellschaften, welche strategische Teile der operativen Tätigkeit eines Broker-Dealers sind, unabhängig von der Halteabsicht konsolidiert.

Fremdwährungsumrechnung

Transaktionen, die nicht in der Bilanzwährung der jeweiligen Gesellschaft erfolgen, werden zum massgebenden Wechselkurs am Tag der Transaktion in die jeweilige Bilanzwährung umgerechnet. Monetäre Aktiven und Verbindlichkeiten wie beispielsweise Forderungen und Zahlungsverbindlichkeiten werden am Bilanzstichtag zu den am Jahresende gültigen Devisenkursen erfasst. Währungsumrechnungsdifferenzen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen. Nicht monetäre Aktiven und Verbindlichkeiten werden zu historischen Fremdwährungskursen ausgewiesen.

Zu Konsolidierungszwecken werden Aktiven und Verbindlichkeiten von Gruppengesellschaften, deren Bilanzwährung nicht Schweizer Franken ist, mit den zum Jahresende gültigen Devisenkursen, die Aufwendungen und Erträge hingegen zum gewichteten durchschnittlichen Devisenkurs des Geschäftsjahres in Schweizer Franken umgerechnet. Die bei der Konsolidierung auftretenden Umrechnungsdifferenzen werden in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung im Eigenkapital erfasst. Wenn die Gruppe die Kontrolle über eine konsolidierte ausländische Tochtergesellschaft veräussert oder verliert, werden die kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen aus der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung freigegeben und in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst.

Fair-Value-Messung und -Option

Die Richtlinie bezüglich Fair-Value-Messung legt eine einzige gültige Definition des Fair Value fest und stellt ein Rahmenwerk für seine Messung auf. Die Fair-Value-Option schafft einen alternativen Bewertungsansatz für gewisse Finanzaktiven und -verbindlichkeiten. Die Fair-Value-Option kann anlässlich der erstmaligen Erfassung einer qualifizierenden Position gewählt werden oder auf den Zeitpunkt, in welchem die Gruppe eine Vereinbarung eingeht, welche zu einer qualifizierenden Position führt (beispielsweise eine bindende Verpflichtung oder eine schriftliche Darlehenszusage). Falls bei Ersterfassung nicht gewählt, kann die Fair-Value-Option später nur für einzelne Positionen aufgrund bestimmter Ereignisse angewandt werden, sofern diese Ereignisse für die entsprechende Position zu einer neuen Buchführungsbasis führen. Die Anwendung der Fair-Value-Option auf eine Position der Finanzaktiven oder Finanzverbindlichkeiten führt nicht zu deren Umgliederung in der Bilanz. Die einmal getroffene Wahl der Fair-Value-Option ist unwiderruflich. Alle aus der Wahl der Fair-Value-Option

resultierenden Veränderungen der Fair-Value-Werte werden im Handelserfolg ausgewiesen.

► Siehe «Fair-Value-Option» in Anhang 34 – Finanzinstrumente für weitere Informationen.

Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken

Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken bestehen aus Kassenbeständen in verschiedenen Währungen, Sichtgeldern bei Banken oder anderen Finanzinstituten sowie geldnahen Mitteln. Geldnahe Mittel beinhalten kurzfristige, hochliquide Instrumente mit ursprünglichen Laufzeiten von höchstens drei Monaten, die zur Liquiditätssteuerung gehalten werden.

Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte

Käufe von Wertschriften mit einer Rückverkaufsverpflichtung (► Reverse-Repo-Geschäfte) und Verkäufe von Wertschriften mit einer Rückkaufsverpflichtung gleichartiger Titel (► Repo-Geschäfte) qualifizieren aus wirtschaftlicher Sicht nicht als Verkäufe. Solche Geschäfte werden als besicherte Finanztransaktionen behandelt und in der konsolidierten Bilanz zum Betrag der geleisteten beziehungsweise erhaltenen Barsicherheiten ausgewiesen. Reverse-Repo-Geschäfte werden als besicherte Aktiven verbucht, während Repo-Geschäfte als Verbindlichkeiten erfasst werden. Mit einer Rückkaufsverpflichtung verkaufte Wertschriften bleiben weiterhin als Handelsbestände oder Anlagen in Wertschriften bilanziert. Der Fair Value der zurückzukaufenden und zurückzukaufenden Wertschriften wird täglich überwacht, und bei Bedarf werden zusätzliche Sicherheiten zur Absicherung gegen Kreditrisiken eingefordert.

Im Rahmen solcher Geschäfte ausgewiesene Aktiven und Verbindlichkeiten werden entweder nach der Abgrenzungs- oder Fair-Value-Methode verbucht. Unter der Abgrenzungsmethode werden die aus Reverse-Repo-Geschäften verdienten Zinsen als Zins- und Dividendenertrag und die aus Repo-Geschäften zu zahlenden Zinsen als Zinsaufwand ausgewiesen. Nach der Fair-Value-Methode, welche aufgrund von ASC Topic 825, «Financial Instruments», gewählt werden kann, werden alle Änderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen. Der abgegrenzte Zinsertrag und der abgegrenzte Zinsaufwand werden auf dieselbe Weise erfasst wie nach der Abgrenzungsmethode. Die Gruppe hat die Fair-Value-Methode für einige der Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte gewählt.

Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte werden miteinander verrechnet, falls sie mit der gleichen Gegenpartei getätigt werden, dasselbe Fälligkeitsdatum aufweisen, durch dieselbe Clearingstelle abgewickelt werden und derselben ► Netting-Rahmenvereinbarung unterliegen.

Wertschriftenleihen (Securities Lending and Borrowing)

Geborgte und ausgeliehene Wertschriften mit Barsicherheiten werden in der konsolidierten Bilanz zum Betrag der geleisteten beziehungsweise erhaltenen Barsicherheiten ausgewiesen. Wenn die Gruppe im Rahmen einer Wertschriftenleihe Wertschriften als Sicherheit erhält, die verkauft oder weiterverpfändet werden

können, werden diese als erhaltene Wertschriftensicherheiten in der konsolidierten Bilanz erfasst, zusammen mit einer entsprechenden Rückgabepflichtung. Wertschriftenleihen ohne Barsicherheiten, bei welchen die Gruppe das Recht hat, die erhaltenen Sicherheiten weiterzuveräußern oder weiterzuverpfänden, werden zum Fair Value der ursprünglich erhaltenen Sicherheiten erfasst. Bei Wertschriftenleihen erhält die Gruppe normalerweise Bar- oder Wertschriftensicherheiten, die den Marktwert der ausgeliehenen Wertschriften übersteigen. Die Gruppe überwacht den Fair Value der geborgten oder ausgeliehenen Wertschriften täglich und holt, soweit notwendig, zusätzliche Sicherheiten ein.

Erhaltene oder bezahlte Kommissionen und Zinsen werden nach der Abgrenzungsmethode als Zins- und Dividendenertrag beziehungsweise Zinsaufwand verbucht. Wo die Fair-Value-Methode gewählt wurde, werden alle Änderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen. Der abgegrenzte Zinsertrag und der abgegrenzte Zinsaufwand werden auf dieselbe Weise erfasst wie nach der Abgrenzungsmethode.

Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Die Gruppe überträgt verschiedene finanzielle Vermögenswerte an Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) mit der Absicht, dass diese Übertragungen als Verkäufe qualifizieren. Die Zweckgesellschaften wiederum emittieren Wertschriften an Investoren. Die Gruppe bewertet ihren Begünstigungsanteil zum Fair Value. Börsenkurse werden verwendet, wenn die Positionen an einem aktiven Markt gehandelt werden, andernfalls Finanzmodelle, welche beobachtbare und nicht beobachtbare Eingabedaten berücksichtigen.

► Siehe «Anhang 33 – Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)» für weitere Informationen zu den Übertragungsaktivitäten der Gruppe.

Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen

Die Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen umfassen Schuld- und Beteiligungstitel, derivative Instrumente, bestimmte Ausleihungen von Broker-Dealer-Einheiten, Rohstoffe und Edelmetalle. Die in den Handelsbeständen geführten Positionen werden zum Fair Value bewertet, wobei die Zuweisung einzelner Positionen in den Handelsbestand (held-for-trading) durch das Management erfolgt. Wertschriftentransaktionen, die im Rahmen der handelsüblichen Erfüllungsperiode abgewickelt werden, werden am Abschlusstag verbucht (Trade Date Basis). Nicht realisierte und realisierte Gewinne und Verluste aus Handelspositionen werden im Handelserfolg erfasst.

Derivate

Freistehende Derivatkontrakte werden in der konsolidierten Bilanz zum Fair Value verbucht, unabhängig davon, ob diese Instrumente zu Handels- oder Risikomanagementzwecken gehalten werden. Zusagen für Hypothekendarlehen, die mit der Absicht der Veräußerung gewährt werden sollen, gelten für Bilanzierungszwecke als ► Derivate. Falls Merkmale eines Derivats, die in gewissen

Verträgen eingebettet sind, für sich allein die Definition eines Derivats erfüllen und nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen des Grundgeschäfts verbunden sind, wird entweder das eingebettete Derivat einzeln zum Fair Value bewertet oder der gesamte Vertrag einschliesslich des eingebetteten Derivats wird zum Fair Value bewertet. In beiden Fällen werden Veränderungen des Fair Value in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen. Das für die Bewertung separierte eingebettete Derivat wird in der konsolidierten Bilanz in der gleichen Position wie das Grundgeschäft ausgewiesen.

Die in Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen klassierten Derivate umfassen zu Handelszwecken gehaltene Derivate sowie Derivate, die zu Risikomanagementzwecken gehalten werden, jedoch nicht für die Buchführung als Absicherungsgeschäfte (Hedge Accounting) qualifizieren. Zu Handelszwecken gehaltene Derivate entstehen sowohl aus Eigen- als auch aus Kundengeschäften. Realisierte Gewinne und Verluste, Veränderungen der nicht realisierten Gewinne und Verluste sowie die Zinsflüsse werden im Handelserfolg ausgewiesen. Derivatkontrakte, die als Fair-Value-, Cashflow- oder Nettoinvestitionsabsicherung abgeschlossen wurden und dazu qualifizieren, sind unter Sonstige Aktiven oder Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Fair Value börsengehandelter Derivate wird üblicherweise von den beobachtbaren Marktpreisen und/oder Marktparametern hergeleitet. Der Fair Value nicht börsengehandelter **Over-the-Counter-Derivate (OTC)** wird mittels selbst entwickelter Modelle unter Einbezug zahlreicher Eingabe-Parameter bestimmt. Bei rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen werden Derivatkontrakte pro Gegenpartei auf Nettobasis verbucht. Wo keine entsprechenden Vereinbarungen bestehen, werden die Fair Values auf Bruttobasis verbucht.

Wo Hedge Accounting angewandt wird, dokumentiert die Gruppe formell sämtliche Beziehungen zwischen den Absicherungsinstrumenten und den abgesicherten Positionen, einschliesslich der Risikomanagementziele und der Strategie, Absicherungsgeschäfte einzugehen. Bei Abschluss der Absicherungstransaktion und danach wird die Absicherungsbeziehung laufend daraufhin beurteilt, ob die zur Absicherung eingesetzten Derivate die dem abgesicherten Risiko zurechenbaren Fair-Value- oder Cashflow-Veränderungen hochwirksam kompensieren können. Die Gruppe stellt in den folgenden Fällen ihr Hedge Accounting ein:

- (i) das Derivat kann die Fair-Value- oder Cashflow-Veränderungen einer abgesicherten Position (einschliesslich bevorstehender Transaktionen) nicht mehr wirksam kompensieren;
- (ii) das Derivat verfällt, wird verkauft, aufgelöst oder ausgeübt;
- (iii) das Derivat wird nicht mehr als Absicherungsinstrument eingesetzt, weil die zur Absicherung vorgesehene Transaktion wahrscheinlich nicht stattfinden wird; oder
- (iv) die Zweckbestimmung des Derivats als Absicherungsinstrument ist aus anderen Gründen nicht mehr sinnvoll.

Bei Derivaten, die für einen Fair-Value-Hedge vorgesehen sind und dafür qualifizieren, werden die Buchwerte der abgesicherten Positionen an den Fair Value des abgesicherten Risikos angepasst. In

dem Ausmass, wie die Absicherungsgeschäfte wirksam sind, werden die Veränderungen des Fair Value dieser Derivate in derselben Position der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst wie die Veränderung des Fair Value des abgesicherten Risikos der jeweiligen Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten. Die Veränderung des Fair Value, die auf den unwirksamen Teil eines Absicherungsgeschäfts zurückzuführen ist, wird im Handelserfolg ausgewiesen.

Gibt die Gruppe das Hedge Accounting für Fair-Value-Absicherungsgeschäfte auf, weil sie zum Schluss gelangt, dass das Derivat nicht mehr für eine wirksame Fair-Value-Absicherung qualifiziert, wird das Derivat in der konsolidierten Bilanz weiterhin zum Fair Value geführt, und die abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden nicht mehr an die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Veränderungen des Fair Value angepasst. Zinsbedingte Fair-Value-Anpassungen auf den zugrunde liegenden abgesicherten Positionen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung über die Restlaufzeit der abgesicherten Position amortisiert. Nicht amortisierte zinsbedingte Fair-Value-Anpassungen werden bei Veräusserung oder Rückzahlung der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Alle anderen Wertanpassungen aus Fair-Value-Absicherungen bleiben Teil des Buchwerts der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten und werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung bei Veräusserung der abgesicherten Position als Teil des Veräusserungsgewinns oder -verlusts erfasst.

Bei der Absicherung der Variabilität von Cashflows aus vorgesehenen Transaktionen sowie variabel verzinslichen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten wird der wirksame Anteil der Fair-Value-Veränderung des dafür bezeichneten Derivats in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung bilanziert. Wenn der variable Cashflow der abgesicherten Position erfolgswirksam wird (wenn beispielsweise periodische Zahlungen von variabel verzinslichen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten in der Erfolgsrechnung erfasst werden oder wenn die abgesicherte Position verkauft wird), werden diese Beträge in die gleiche Position der konsolidierten Erfolgsrechnung umklassiert, in der die abgesicherte Position verbucht wird. Die Veränderung des Fair Value, die auf die Unwirksamkeit einer Absicherung zurückzuführen ist, wird im Handelserfolg ausgewiesen.

Wird bei einer Cashflow-Absicherung das Hedge Accounting aufgegeben, verbleibt der Nettogewinn oder -verlust in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung und wird in derselben Periode beziehungsweise denselben Perioden in die konsolidierte Erfolgsrechnung umklassiert, in welcher/welchen das vormals abgesicherte Geschäft ertragswirksam wird. Gibt die Gruppe das Hedge Accounting auf, weil eine vorgesehene Transaktion am festgelegten Datum oder innerhalb des festgelegten Zeitraums zuzüglich zweier Monate wahrscheinlich nicht stattfinden wird, wird das Derivat in der konsolidierten Bilanz weiter zum Fair Value geführt, wobei die vormals in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesenen Gewinne und Verluste sofort in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst werden.

Bei der Absicherung einer Nettoinvestition in eine ausländische Geschäftseinheit wird die Veränderung des Fair Value des eingesetzten Derivats im Ausmass der Wirksamkeit der Absicherung in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst. Die Veränderung des Fair Value, die auf die nicht wirksame Absicherung zurückgeht, wird im Handelserfolg verbucht. Die Gruppe bestimmt die Wirksamkeit von Nettoinvestitionsabsicherungen mit der Forward-Methode. Die Forward-Methode führt im Ausmass der Wirksamkeit der Nettoinvestitionsabsicherung zu einem Ausweis des Zeitwertanteils eines Devisentermingeschäfts in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung.

Anlagen in Wertschriften

Zu den Anlagen in Wertschriften gehören bis zur Fälligkeit gehaltene Schuldtitel sowie zur Veräusserung verfügbare Schuldtitel und marktgängige Beteiligungspapiere. Wertschriftentransaktionen, die im Rahmen der handelsüblichen Erfüllungsperiode abgewickelt werden, werden am Abschlussstag verbucht.

Schuldtitel, bei denen die Gruppe willens und in der Lage ist, sie bis zur Fälligkeit zu halten, werden entsprechend klassiert und unter Berücksichtigung nicht amortisierter Agios/Disagios zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten (Amortized Cost Method) bilanziert.

Zur Veräusserung verfügbare Schuld- und Beteiligungstitel werden zum Fair Value bewertet. Nicht realisierte Gewinne und Verluste, das heisst die Differenz zwischen Fair Value und fortgeschriebenen Anschaffungskosten, werden im Eigenkapital in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesenen Beträge verstehen sich nach Abzug von Ertragsteuern.

Die Amortisation von Agios oder Disagios wird als Zins- und Dividendenentrag unter Verwendung der Effektivzinsmethode bis zur Fälligkeit der Wertschrift erfasst.

Eine Wertberichtigung auf Schuldtitel wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst, wenn das Absinken des Fair Value unter die fortgeschriebenen Anschaffungskosten als nicht vorübergehend beurteilt wird. Dies ist der Fall, wenn die gemäss den vertraglichen Bestimmungen fälligen Zahlungen als uneinbringlich erachtet werden, was in der Regel auf eine Verschlechterung der Bonität des Emittenten zurückzuführen ist. Keine Wertberichtigung wird gebucht, wenn die Wertberichtigung auf Änderungen von Marktzinssätzen zurückzuführen ist und die Gruppe nicht die Absicht hat, die Anlagen zu verkaufen, und keine Anzeichen dafür bestehen, dass die Gruppe genötigt sein wird, die Anlagen vor Wiederaufholung der fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu verkaufen, gegebenenfalls erst bei Verfall.

Eine Wertberichtigung auf Beteiligungstitel wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst, wenn das Absinken des Fair Value unter die Anschaffungskosten als nicht vorübergehend beurteilt wird. Die Gruppe betrachtet unrealisierte Verluste auf Beteiligungspapieren üblicherweise als nicht vorübergehend, wenn der Fair Value für länger als sechs Monate oder mehr als 20% unter den Anschaffungskosten liegt.

Die Erfassung einer Wertberichtigung auf Schuld- oder Beteiligungstiteln führt zu einer neuen Kostenbasis, welche an nachträgliche Wertaufholungen nicht angepasst wird.

Nicht realisierte Verluste aus zur Veräusserung verfügbaren Wertschriften werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst, sobald eine Entscheidung gefällt wird, einen Titel zu verkaufen.

Sonstige Anlagen

Zu Sonstige Anlagen gehören nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungspapiere und nicht marktgängige Beteiligungstitel wie Private-Equity-Investitionen, Hedgefonds und beschränkt handelbare Anlagen, Anlagen in nicht börsengehandelte kollektive Kapitalanlagen, bei welchen die Gruppe weder bedeutenden Einfluss auf noch Kontrolle über den entsprechenden Zielfonds hat, und zu Investitionszwecken gehaltene Immobilien.

Nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen sind Beteiligungen, bei welchen die Gruppe in der Lage ist, einen wesentlichen Einfluss auf deren operationelle und finanzielle Geschäftstätigkeit auszuüben. Der Einfluss gilt normalerweise als wesentlich, wenn zwischen 20% und 50% des stimmberechtigten Kapitals oder des faktischen Stammkapitals einer Gesellschaft oder ein Anteil von 5% und mehr an einer Kommanditgesellschaft (Limited Partnership) gehalten werden. Nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet, können aber auch gemäss der Fair-Value-Option bewertet werden. Bei Anwendung der Equity-Methode weist die Gruppe ihren Anteil an Gewinn oder Verlust sowie allfällige Wertberichtigungen auf der Beteiligungsgesellschaft in Sonstiger Ertrag aus. Bei Anwendung der Fair-Value-Option werden die Veränderungen des Fair Value in Sonstiger Ertrag ausgewiesen. Die Gruppe hat für einige ihrer nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen die Fair-Value-Option als Bewertungsbasis gewählt.

Andere nicht marktgängige Beteiligungstitel der Gruppe werden entweder zu Anschaffungskosten abzüglich der nicht als vorübergehend beurteilten Wertberichtigungen bewertet oder zum Fair Value, falls die Fair-Value-Option gewählt wurde. Nicht marktgängige Beteiligungstitel, die von Tochtergesellschaften gehalten werden, die als Investmentgesellschaft gemäss Definition von ASC Topic 946, «Financial Services – Investment Companies», betrachtet werden, werden zum Fair Value bewertet, wobei die Veränderungen des Fair Value in der Position Sonstiger Ertrag verbucht werden.

Nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen und nicht marktgängige Beteiligungstitel, welche von Broker-Dealern gemäss Definition von ASC Topic 940, «Financial Services – Brokers and Dealers», gehalten werden, werden zum Fair Value bewertet und im Handelsbestand ausgewiesen, wenn der Broker-Dealer beabsichtigt, die entsprechenden Beteiligungen vorübergehend zu Handelszwecken zu halten. Veränderungen des Fair Value werden im Handelserfolg ausgewiesen.

Zu Anlagezwecken gehaltene Immobilien werden zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen bilanziert und über die geschätzte Nutzungsdauer – in der Regel 40 bis 67

Jahre – amortisiert. Grundstücke werden zu Anschaffungskosten bilanziert und nicht abgeschrieben. Diese Vermögenswerte werden jährlich – bei Ereignissen oder veränderten Umständen, die darauf hindeuten, dass der Buchwert nicht mehr realisierbar ist, auch häufiger – auf Werthaltigkeit überprüft. Die Erfassung einer Wertberichtigung auf derartigen Vermögenswerten führt zu einer neuen Kostenbasis, welche um nachträgliche Wertaufholungen nicht angepasst wird.

Im Zusammenhang mit dem Geschäft für Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen (Life-Finance-Geschäft) investiert die Gruppe in Kapitaleinlageversicherungs Policen mit Einmalprämie und sofortiger Rente (Single Premium Immediate Annuities, SPIAs), welche zum Fair Value bilanziert werden. Die entsprechenden Fair-Value-Anpassungen werden im Handelserfolg ausgewiesen. Der Geschäftsbereich Life Finance investiert zudem auch in erworbene Lebensversicherungs Policen (Life Settlement Contracts).

Ausleihungen

Bis zur Fälligkeit gehaltene Ausleihungen

Ausleihungen, welche die Gruppe beabsichtigt, bis zur Fälligkeit zu halten, werden zu den ausstehenden Kapitalbeträgen zuzüglich abgegrenzter Zinsen ausgewiesen, bereinigt um folgende Positionen: nicht amortisierte Agios und Disagios auf gekauften Ausleihungen, aufgeschobene, noch nicht amortisierte Kreditgewährungsgebühren und direkte Kosten für selbst gewährte Ausleihungen. Zinserträge auf den ausstehenden Kapitalbeträgen werden abgegrenzt, wobei die abgegrenzten Agios/Disagios sowie Gebühren/Kosten als Anpassung der effektiven Verzinsung über die Laufzeiten der jeweiligen Ausleihungen amortisiert werden.

Ausleihungen werden in zwei Portfoliosegmente unterteilt, «Privatkunden» und «Unternehmen & Institutionelle». Privatkundenkredite werden weiter in die Klassen Hypothekarkredite, Lombardkredite und Privatkredite eingeteilt. Die Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden weiter in die Klassen Immobilien, Ausleihungen an Gewerbe und Industrie, Finanzinstitute sowie Regierungen und öffentliche Institutionen eingeteilt.

Leasing-Finanzierungsgeschäfte, bei welchen die Gruppe Leasinggeber ist, werden als Ausleihungen klassiert. Noch nicht verdiente Erträge werden als Zins- und Dividenden ertrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des Leasingvertrags amortisiert.

Gemäss den Richtlinien der Gruppe werden notleidende Ausleihungen, zinslos gestellte Ausleihungen, restrukturierte Ausleihungen und potenzielle Problemausleihungen in den gefährdeten Ausleihungen zusammengefasst.

► Siehe «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» für weitere Informationen.

Wertberichtigung für Kreditverluste auf bis zur Fälligkeit gehaltenen Ausleihungen

Die Wertberichtigung für Kreditverluste beinhaltet folgende Komponenten: latent im Kreditportfolio vorhandene Ausfallrisiken und spezifisch identifizierte Kreditverluste. Veränderungen der

Wertberichtigung für Kreditverluste werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung unter Rückstellung für Kreditrisiken und – für Rückstellungen auf überfälligen Zinsen – im Zins- und Dividenden ertrag verbucht.

Die Gruppe prüft bei der Schätzung der Wertberichtigung für Kreditverluste zahlreiche Faktoren. Dazu gehören die Volatilität der ◉ Ausfallwahrscheinlichkeiten, Ratingveränderungen, das potenzielle Verlustausmass, interne Risikoratings sowie geografische, branchenspezifische und andere wirtschaftliche Faktoren. Die Wertberichtigung für latente Kreditverluste bezieht sich auf alle Forderungen, die einzeln nicht als gefährdet eingestuft werden und bei denen auf Portfoliobasis latent Ausfallrisiken vorhanden sind. Die Bestimmung der latenten Ausfallrisiken beim Portfolio Privatkundenkredite erfolgt durch Anwendung von historischen und aktuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten, historischen Erfahrungswerten zu Einbringlichkeit und damit zusammenhängenden aktuellen Annahmen bezüglich internen Risikoratings und der Produktkategorie homogener Kreditportfolios. Bei Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden die latenten Kreditverluste aufgrund von Gegenparteien-, Industrie- und Länderratings berechnet. Von diesem Bewertungsverfahren sind Privatkundenkredite sowie Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle ausgenommen, bei welchen bereits Einzelwertberichtigungsbedarf identifiziert und erfasst wurde oder die zum Fair Value bilanziert werden. Bei kreditbezogenen Ausserbilanzverpflichtungen wird die Rückstellung für Kreditverluste aufgrund von historischen Erfahrungswerten zu Verlusten und Einbringlichkeit geschätzt und unter Sonstige Verbindlichkeiten erfasst. Änderungen der geschätzten Kreditverluste auf kreditbezogene Ausserbilanzverpflichtungen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung unter Rückstellung für Kreditrisiken verbucht.

Die Schätzung der Einzelwertberichtigungen für Kreditverluste basiert auf regelmässigen und detaillierten Analysen jeder einzelnen Kreditposition des Portfolios unter Berücksichtigung des jeweiligen Gegenparteirisikos und der vorhandenen Deckung. Die Gruppe betrachtet eine Ausleiherung als gefährdet, wenn es aufgrund der vorliegenden Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sich die gemäss den vertraglichen Bestimmungen der Kreditvereinbarung fälligen Beträge nicht einbringen lassen. Bei gewissen gefährdeten Krediten, die nicht von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Barwertes der künftigen Cashflows ermittelt. Die Wertberichtigung kann aber aus praktischen Gründen auch anhand des beobachtbaren Marktpreises einer Ausleiherung ermittelt werden. Für gefährdete Kredite, die von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Fair Value der Sicherheit berechnet.

Eine Ausleiherung wird spätestens dann als notleidend eingestuft, wenn die vertraglich festgesetzten Zahlungen auf Kapitalbetrag und/oder Zinsen mindestens 90 Tage ausstehend sind. Von dieser Regel ausgenommen sind Wohnbauhypotheken in Subprime-Qualität, welche als notleidend eingestuft werden, wenn die vertraglich festgesetzten Zahlungen auf Kapitalbetrag und/oder Zinsen mindestens 120 Tage ausstehend sind. Die zusätzlichen 30 Tage stellen sicher, dass diese Ausleihungen im Zeitraum

der Übertragung ihrer Verwaltungsrechte nicht fälschlicherweise als notleidend klassiert werden. Das Management kann aber einen Kredit auch dann als notleidend einstufen, wenn die vertraglich vereinbarten Zahlungen auf Kapitalbetrag und/oder Zinsen weniger als 90 Tage oder, im Falle der Wohnbauhypotheken der Subprime-Qualität, weniger als 120 Tage ausstehend sind. Im Zeitpunkt der Klassierung als notleidende Ausleihung wird für abgegrenzte ausstehende Zinsen eine Rückstellung in entsprechender Höhe gebildet und der konsolidierten Erfolgsrechnung belastet. Die Gruppe belastet aber zu Inkassozwecken weiterhin Zinsen auf den Ausleihungen, der entsprechende Betrag wird jedoch zurückgestellt, so dass kein Zinsertrag entsteht. Der verbleibende Kapitalbetrag wird danach mindestens jährlich auf seine Einbringlichkeit hin überprüft; falls nötig wird eine Rückstellung gebildet.

Eine Ausleihung kann in einem weiteren Schritt zinslos gestellt werden, wenn der Eingang der Zinsen derart zweifelhaft ist, dass ihre Abgrenzung als nicht mehr sinnvoll erachtet wird. Zu diesem Zeitpunkt und danach in mindestens vierteljährlichen Abständen – abhängig von verschiedenen Risikofaktoren – wird der verbleibende Kapitalbetrag nach Abzug bereits erfasster Rückstellungen auf seine Einbringlichkeit überprüft. Gegebenenfalls werden zusätzliche Rückstellungen gebildet.

Notleidende Ausleihungen und zinslos gestellte Ausleihungen können grundsätzlich erst wieder als nicht gefährdete Ausleihungen eingestuft werden, wenn die überfälligen Kapitalbeträge und Zinsen wieder fristgerecht gemäss den Bestimmungen der Kreditvereinbarung bedient und bestimmte weitere Leistungskriterien erfüllt wurden.

Zinsen von notleidenden und zinslos gestellten Ausleihungen werden unter Anwendung der Cash-Methode oder der Cost-Recovery-Methode oder mittels einer Kombination der beiden Methoden erfasst.

Ausleihungen, die in einer Umschuldung modifiziert wurden, werden als restrukturierte Ausleihungen ausgewiesen. In der Regel wären restrukturierte Ausleihungen vor der Restrukturierung als gefährdet eingestuft worden, wobei eine entsprechende Wertberichtigung für Kreditverluste gebildet worden wäre. Im Rahmen von Umschuldungen modifizierte Ausleihungen werden als restrukturierte Ausleihungen ausgewiesen, bis das Geschäftsjahr endet, in dem die betreffende Anpassung vorgenommen wurde, solange mit der restrukturierten Ausleihung eine Wertberichtigung für Kreditausfälle gemäss der Restrukturierungsvereinbarung verbunden ist oder bis die zum Zeitpunkt der Restrukturierung angewendeten Zinszugeständnisse enden. Um zu ermitteln, ob ein Zinszugeständnis gewährt wurde, werden die Marktzinsen für Ausleihungen mit vergleichbarem Risiko an Kreditnehmer mit derselben Kreditqualität berücksichtigt. Für Ausleihungen, die im Rahmen einer Umschuldung restrukturiert wurden und gemäss den neuen Bedingungen Schuldendienst leisten, werden weiterhin Zinsen abgegrenzt. Restrukturierungen von Ausleihungen umfassen gegebenenfalls die Entgegennahme von Vermögenswerten zur Begleichung des Kredits, die Änderung der Kreditbedingungen (beispielsweise Zinssenkung, Verlängerung der Laufzeiten mit

Zinsen, die niedriger als die aktuellen Marktzinsen für neue Kredite mit ähnlichen Risiken sind, oder die Reduktion des Kapitalbetrags und/oder abgegrenzter Zinsbeträge) oder eine Kombination dieser beiden Möglichkeiten.

Potenzielle Problemausleihungen sind gefährdete Ausleihungen, bei welchen die vertraglich vereinbarten Zahlungen bisher wie vereinbart eingegangen sind. Allerdings bestehen bei diesen Ausleihungen Zweifel bezüglich der Einbringlichkeit der zukünftigen vertraglich vereinbarten Zahlungen. Potenzielle Problemausleihungen werden einzeln auf Wertberichtigungsbedarf geprüft; gegebenenfalls wird eine Wertberichtigung für Kreditverluste gebildet. Für potenzielle Problemausleihungen werden weiterhin Zinsen abgegrenzt.

Die Amortisation von Kreditgebühren oder -kosten (netto) auf gefährdeten Ausleihungen wird in der Regel während des Zeitraums eingestellt, in welchem der fällige und nicht bezahlte Zins oder Kapitalbetrag aussteht. Falls der ausstehende Kreditbetrag bei Kreditrückzahlung nicht vollständig eingebracht werden kann, wird für den nicht eingegangenen Betrag falls notwendig eine Wertberichtigung gebildet, worauf der Kredit nach Abzug abgegrenzter Kreditgebühren und -kosten ausgebucht wird.

Eine Ausleihung wird ausgebucht, wenn als sicher gilt, dass der ausstehende Kapitalbetrag nicht mehr eingebracht werden kann. Der Wiedereingang vormals abgeschriebener und ausgebuchter Ausleihungen wird zum Geldbetrag oder zum geschätzten Fair Value anderer erhaltener Eingänge erfasst.

► Siehe «Gefährdete Ausleihungen» in Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität für Informationen zur Ausbuchung einer Ausleihung und den entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätzen.

Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen

Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen, bei welchen die Gruppe die Absicht hat, sie in absehbarer Zukunft zu veräussern, werden als zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen unter Sonstige Aktiven ausgewiesen und zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten oder zum tieferen Marktwert (Niederstwertprinzip) bewertet. Der Niederstwert wird entweder auf Ebene der einzelnen Ausleihung oder auf Ebene von homogenen Kreditportfolios – falls diese Kreditportfolios als solche verkauft oder verbrieft werden – ermittelt. Gewinne und Verluste aus zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen werden in der Position Sonstiger Ertrag ausgewiesen.

Erworbene gefährdete Ausleihungen

Erworbene Ausleihungen, bei denen bereits beim Kauf wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertragsmässigen Zahlungen einbringlich sind, werden zu ihrem Nettoerwerbspreis verbucht, und darauf bestehende Rückstellungen werden nicht übernommen. Der Überschuss der geschätzten erwarteten Zahlungsströme, welcher den Erwerbspreis übersteigt, wird über den geschätzten Amortisationszeitraum als Zins- und Dividendenertrag erfasst, sobald Zeitdauer und Betrag der Wiedereinbringung geschätzt werden können. Im Zeitpunkt des Erwerbs betrachtet die Gruppe solche Ausleihungen nicht als gefährdet. Solche Ausleihungen

werden erst als gefährdet betrachtet, wenn die erwarteten Zahlungen unter den Betrag der im Zeitpunkt des Erwerbs geschätzten Zahlungen sinken. Steigen die erwarteten Wiedereinbringungen, werden allfällig bestehende Wertberichtigungen aufgelöst, bevor die Effektivverzinsung der Ausleihung angepasst wird.

Zum Fair Value gehaltene Ausleihungen gemäss Fair-Value-Option

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen, für welche die Fair-Value-Option gewählt wurde, werden zum Fair Value bilanziert und Veränderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen. Die Anwendung der Fair-Value-Option ändert nichts an der Klassierung der betreffenden Ausleihung in der Bilanz. Zum Fair Value bilanzierte Kreditverpflichtungen werden in Sonstige Aktiven beziehungsweise in Sonstige Verbindlichkeiten erfasst.

Liegenschaften und Einrichtungen

Liegenschaften werden zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen verbucht und über die geschätzte Nutzungsdauer, in der Regel 40 bis 67 Jahre, linear abgeschrieben. Grundstücke werden zu Anschaffungskosten erfasst und nicht abgeschrieben. Einbauten in Mietobjekten werden über die Mietdauer oder die geschätzte Nutzungsdauer linear abgeschrieben, wobei die kürzere der beiden Perioden massgebend ist, höchstens aber über zehn Jahre. Übrige Sachanlagen wie Computer, Maschinen, Mobiliar, Fahrzeuge, sonstige Einrichtungen und Gebäudeeinbauten werden über die geschätzte Nutzungsdauer, in der Regel drei bis zehn Jahre, linear abgeschrieben.

Die Gruppe aktiviert Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Installation und der Entwicklung von Software mit einem messbaren wirtschaftlichen Nutzen, aber nur, wenn solche Kosten identifizierbar sind und zuverlässig gemessen werden können. Die Gruppe schreibt aktivierte Softwarekosten linear über die geschätzte Nutzungsdauer der Software – in der Regel nicht mehr als drei Jahre – ab. Die Schätzung der Nutzungsdauer erfolgt unter Berücksichtigung von Überalterung, Technologie, Konkurrenz und anderen Wirtschaftsfaktoren.

Die Gruppe erfasst Finanzierungsleasinggeschäfte, bei welchen sie Leasingnehmer ist, indem sie einen Anlagegegenstand in Liegenschaften und Einrichtungen und eine entsprechende Verbindlichkeit unter Sonstige Verbindlichkeiten zu einem Betrag verbucht, welcher dem Barwert der minimalen Leasingzahlungen oder dem Fair Value entspricht, wobei der kleinere der beiden Werte zur Anwendung gelangt. Die geleaste Anlage wird über die geschätzte Nutzungsdauer des Objektes oder die Leasinglaufzeit abgeschrieben, wobei die kürzere der beiden Perioden massgebend ist.

Goodwill und sonstige immaterielle Werte

Goodwill entsteht beim Erwerb von Tochtergesellschaften und von Beteiligungen, die nach der Equity-Methode bewertet werden. Er entspricht dem Überschuss aus dem Fair Value des geleisteten Entgelts, dem Fair Value allfälliger Minderheitsanteile am übernommenen Unternehmen und dem Fair Value allfälliger zuvor gehaltener Beteiligungen an der erworbenen Tochtergesellschaft,

die nach der Equity-Methode bewertet werden, nach Abzug des Fair Value der identifizierbaren übernommenen Aktiven und Verbindlichkeiten im Zeitpunkt des Erwerbs. Der Goodwill wird nicht amortisiert, sondern jährlich – bei Ereignissen oder veränderten Umständen, die auf eine mögliche Wertminderung hindeuten, auch häufiger – auf Werthaltigkeit überprüft. Um die Werthaltigkeit des Goodwill zu überprüfen, wird dieser den einzelnen Berichtseinheiten (Reporting Units) der Gruppe zugewiesen.

Sonstige immaterielle Werte können einzeln erworben werden oder als Teil einer Gruppe von Vermögenswerten, welche anlässlich einer Akquisition übernommen wurden. Zu den sonstigen immateriellen Werten gehören unter anderem Patente, Lizenzen, Urheberrechte, Handelsmarken, Filialnetze, Hypothekenverwaltungsrechte (Mortgage Servicing Rights), Kundenstamm und Depotkundenbeziehungen. Erworben immaterielle Werte werden bei der erstmaligen Erfassung zum Betrag der geleisteten Geldzahlung oder zum Fair Value anderer an Zahlung gegebener Vermögenswerte bewertet. Sonstige immaterielle Werte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden über den entsprechenden Zeitraum amortisiert. Nach dem 1. Januar 2002 erworbene sonstige immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden nicht amortisiert, sondern jährlich – bei Ereignissen oder veränderten Umständen, die auf eine mögliche Wertminderung hindeuten, auch häufiger – auf Werthaltigkeit überprüft. Die Hypothekenverwaltungsrechte werden als nicht amortisierende, sonstige immaterielle Werte zum Fair Value bilanziert, wobei Änderungen des Fair Value in der entsprechenden Periode erfolgswirksam erfasst werden. Hypothekenverwaltungsrechte stellen das Recht dar, bestimmte Abwicklungshandlungen bei Hypothekengeschäften im Namen von Drittparteien durchzuführen. Hypothekenverwaltungsrechte werden entweder von Drittparteien gekauft oder anlässlich eines Verkaufs von übernommenen oder gewährten Krediten einbehalten.

Erfassung einer Wertberichtigung auf Sachanlagen und immateriellen Werten mit bestimmter Nutzungsdauer

Die Gruppe überprüft Liegenschaften und Einrichtungen sowie sonstige immaterielle Werte mindestens jährlich auf Wertberichtigungsbedarf und auch jedes Mal, wenn bestimmte Ereignisse oder Umstände darauf hinweisen, dass der Buchwert nicht einbringbar ist. Wird davon ausgegangen, dass der Buchwert eines Vermögenswertes nicht wieder einbringbar ist, wird die Differenz zwischen Buchwert und tieferem Fair Value als Wertberichtigung im Sachaufwand verbucht. Die Erfassung einer Wertberichtigung auf derartigen Vermögenswerten führt zu einer neuen Kostenbasis, welche um nachträgliche Wertaufholungen nicht angepasst wird.

Ertragsteuern

Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden für die erwarteten zukünftigen steuerlichen Auswirkungen zeitlich befristeter Differenzen zwischen den Buchwerten von Aktiven und Verbindlichkeiten der konsolidierten Bilanz und ihrer Steuerwerte ausgewiesen. Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden zu den derzeit geltenden Steuersätzen berechnet und unter

Sonstige Aktiven beziehungsweise Sonstige Verbindlichkeiten erfasst. Der Ertragsteueraufwand oder -vorteil wird unter Ertragsteueraufwand/(-vorteil) erfasst, sofern der Steuereffekt nicht auf Transaktionen beruht, die direkt im Eigenkapital verbucht wurden. Latente Steuerguthaben werden gegebenenfalls auf einen Betrag wertberichtigt, welcher in den Augen des Managements als mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% realisierbar erscheint. Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden um die Auswirkungen von Änderungen der Steuergesetze und der Steuersätze in der gleichen Periode bereinigt, in welcher die Änderungen von der jeweiligen Steuerbehörde bewilligt werden. Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden für eine steuerpflichtige Einheit innerhalb der gleichen Steuerhoheit auf einer Nettobasis dargestellt.

Die Gruppe befolgt die Richtlinie von ASC Topic 740, «Income Taxes», welche einen konsistenten Rahmen zur Ermittlung der angemessenen Höhe von Steuerrückstellungen für ungewisse Steuerpositionen bietet. Die Gruppe ermittelt, ob eine Ertragsteuerposition einer Prüfung durch die Steuerbehörden, in voller Kenntnis der vertretenen Ansicht, mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% standhält. Nachhaltige Ertragsteuerpositionen werden dann bemessen, um den Betrag des Vorteils zu ermitteln, welcher in der konsolidierten Jahresrechnung erfasst werden darf. Jede dieser nachhaltigen Ertragsteuerpositionen wird zum höchstmöglichen Betrag des Vorteils bewertet, dessen Realisierbarkeit bei der endgültigen Steuerabrechnung noch eine Eintrittswahrscheinlichkeit von mehr als 50% aufweist.

Erworbene Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts)

Erworbene Lebensversicherungen werden zunächst zum Transaktionspreis erfasst und anschliessend zum Fair Value bilanziert, ausser in den Fällen, in welchen sich die Gruppe für die Anwendung der Investitionsmethode entscheidet. Policen, die nicht gemäss der Investitionsmethode verbucht werden, werden in der Position Handelsbestände bilanziert.

Gemäss Investitionsmethode werden die Policen zuerst zum Transaktionspreis inklusive aller direkt verbundenen externen Kosten erfasst und unter Sonstige Anlagen verbucht. In der Folge werden alle laufenden Prämienzahlungen kapitalisiert, sofern der gesamte Buchwert den Fair Value nicht übersteigt. Letzteres hätte eine Wertberichtigung zur Folge, so dass der Buchwert den Fair Value nicht übersteigt.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Kundenhandel

Die Gruppe erfasst Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten von beziehungsweise an Kunden, Banken und Broker-Dealer. Die Gruppe trägt ein Verlustrisiko, da die Gegenparteien möglicherweise nicht in der Lage sind, für ein gekauftes Finanzinstrument zu bezahlen oder ein verkauftes Finanzinstrument zu liefern. In einem solchen Fall müsste die Gruppe die betreffenden Finanzinstrumente zum aktuellen Marktpreis verkaufen oder kaufen. Sofern eine Börse oder eine Clearingstelle als Gegenpartei auftritt, gilt das Kreditrisiko als

begrenzt. Die Gruppe richtet kundenspezifische Kreditlimiten ein und verlangt von ihren Kunden entsprechende Margendeckungen gemäss aufsichtsrechtlichen und internen Richtlinien. Die Gruppe hat Margendeckungen zu stellen, wenn sie mit einer Börse oder einer Drittbank Handelsgeschäfte tätigen will. Die Margendeckung erfolgt üblicherweise in bar und wird in einem separaten Margenkonto bei der Börse beziehungsweise beim Broker hinterlegt. Wenn die verfügbaren Informationen zum Schluss führen, dass eine Forderung aus Kundenhandel gefährdet ist, wird eine entsprechende Wertberichtigung gebildet. Forderungen aus Kundenhandel werden abgeschrieben, wenn die ausstehenden Beträge als uneinbringlich erachtet werden.

Sonstige Aktiven

Zu Absicherungszwecken gehaltene derivative Instrumente

Derivative Instrumente werden zum Fair Value bilanziert. Zu Absicherungszwecken gehaltene derivative Instrumente werden in der konsolidierten Bilanz unter Sonstige Aktiven beziehungsweise Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die bei Änderungen des Fair Value angewandte Verbuchung hängt davon ab, ob das Derivat als Fair-Value-Absicherung, Cashflow-Absicherung oder Absicherung der Nettoinvestition in eine ausländische Gesellschaft vorgesehen ist. Veränderungen des Fair Value, die sich aus einem unwirksamen Teil des Absicherungsgeschäftes ergeben, werden im Handelserfolg verbucht.

Langfristige Verbindlichkeiten

Das Total der langfristigen Verbindlichkeiten besteht aus Schuldtitelmissionen, die keine Merkmale von Derivaten haben (gewöhnliche Schuldtitel), sowie aus hybriden Schuldtiteln mit eingebetteten Derivaten, welche im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Gruppe im Bereich strukturierter Produkte emittiert werden. Langfristige Verbindlichkeiten umfassen sowohl auf Schweizer Franken als auch auf Fremdwährung lautende Anleihen mit festem oder variablem Zinssatz.

Die Gruppe steuert das Zinsänderungsrisiko auf gewöhnlichen Schuldtiteln aktiv durch die Verwendung von Derivatkontrakten, in erster Linie Zins- und Währungsswaps. Namentlich festverzinsliche Schuldtitel werden mit Zinsswaps abgesichert, aus welchen fixe Zinsen erhalten und variable Zinsen bezahlt werden. Die Gruppe hat sich mit der Einführung der Fair-Value-Option per 1. Januar 2007 entschieden, diese festverzinslichen Schuldtitel zum Fair Value zu bewerten, wobei Änderungen des Fair Value als Teil des Handelserfolgs erfasst werden. Für festverzinsliche Schuldtitel, welche die Gruppe seit dem 1. Januar 2008 emittiert hat, entschied sich die Gruppe, nicht die Fair-Value-Option anzuwenden; stattdessen kommt Hedge Accounting gemäss Anleitung von ASC Topic 815, «Derivatives and Hedging», zur Anwendung.

Die langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe beinhalten auch verschiedene aktiengebundene und andere indexierte Instrumente mit eingebetteten Merkmalen von Derivaten, deren Zahlungen und Rücknahmewerte an Rohstoffe, Aktien, Indizes oder sonstige Vermögenswerte gebunden sind. Die Gruppe hat sich beim überwiegenden Teil dieser Instrumente für die Bewertung zum Fair Value

entschieden. Veränderungen des Fair Value dieser Instrumente werden als Teil des Handelserfolgs erfasst.

Sonstige Verbindlichkeiten

Garantien

In Fällen, bei welchen die Gruppe als Garantiegeber auftritt, wird bei Inkrafttreten der Garantie eine Verbindlichkeit in der Höhe des Fair Value der übernommenen Verpflichtungen in Sonstige Verbindlichkeiten verbucht. Diese berücksichtigt die während der Garantiezeit laufende Verpflichtung, bei Eintritt von bestimmten Ereignissen oder Umständen eine vereinbarte Leistung zu erbringen.

Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand

Für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und entsprechende sonstige Pläne für Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand wendet die Gruppe zur Berechnung des Barwertes der erwarteten, zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen (Projected Benefit Obligation, PBO) und des aktuellen sowie nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwandes oder der entsprechenden Gutschriften das Verfahren der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Actuarial Method) an. Das von der Gruppe verwendete Bemessungsdatum für die versicherungsmathematischen Bewertungen ist der 31. Dezember.

Den versicherungsmathematischen Bewertungen liegen bestimmte Schlüsselannahmen zugrunde. Diese Annahmen sind zu zukünftigen Ereignissen zu treffen, die Höhe und Zeitpunkt der Leistungsauszahlungen bestimmen, und erfordern daher vom Management der Gruppe wesentliche Beurteilungen und Schätzungen. Unter anderem sind Annahmen zu Diskontsatzes, zur erwarteten Rendite auf Planvermögen und zur Lohnentwicklung zu treffen.

Die angenommenen Diskontsätze entsprechen den Sätzen, zu denen die Leistungsansprüche effektiv abgegolten werden könnten. Diese Sätze werden basierend auf den Renditen aktuell erhältlicher erstklassiger Unternehmensanleihen bestimmt, wobei erwartet wird, dass diese im Zeitraum bis zur Fälligkeit der Leistungsansprüche verfügbar sind. In Ländern, in welchen kein liquider Markt für erstklassige Unternehmensanleihen besteht, basiert die Schätzung der Diskontsätze auf Staatsanleihen, angepasst um eine Risikoprämie, um das zusätzliche Risiko von Unternehmensanleihen zu berücksichtigen.

Die erwartete langfristige Rendite auf dem Planvermögen wird für jeden Plan einzeln bestimmt. Berücksichtigt werden dabei Vermögensstruktur (Asset Allocation), historische Rendite, Benchmark-Indizes für die Vermögenswerte ähnlicher Vorsorgepläne, langfristig erwartete zukünftige Renditen und Anlagestrategie.

Die erwarteten Teuerungsraten der Gesundheitskosten werden aufgrund externer Daten und der gruppeneigenen historischen Entwicklung der Gesundheitskosten festgelegt. Die Salarentwicklung wird aufgrund extern verfügbarer Daten sowie interner Hochrechnungen festgelegt.

Die Über- oder Unterdeckung der von der Gruppe unterhaltenen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat wird in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die 10% des höheren Betrags aus erwarteter zukünftiger Vorsorgeverpflichtung oder aus dem Fair Value der Planvermögen übersteigen, und der nicht erfasste, nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand oder eine solche Gutschrift werden linear über den periodischen Nettovorsorgeaufwand für Renten und sonstige Vorsorgeleistungen amortisiert. Die Amortisationszeit entspricht der durchschnittlichen verbleibenden Dienstzeit der aktiven Mitarbeitenden, die gemäss heutigen Erwartungen Leistungen beziehen werden.

Die Gruppe verbucht den Vorsorgeaufwand für Vorsorgepläne mit Beitragsprimat während der Anstellungsdauer der Mitarbeitenden, was zeitlich im Wesentlichen mit den Barbeiträgen an die Pläne übereinstimmt.

Aktienbasierte Mitarbeitervergütung

Für alle aktienbasierten Ansprüche und sonstige Ansprüche, welche Mitarbeitenden seit dem 1. Januar 2005 zugeteilt oder modifiziert wurden, wird der Personalaufwand im Zuteilungs- oder Änderungszeitpunkt basierend auf dem Fair Value der Anzahl Ansprüche, für welche die Erfüllung der erforderlichen Dienstzeit erwartet wird, berechnet. Dieser Personalaufwand wird über die erforderliche Dienstzeit linear in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Für alle am 1. Januar 2005 ausstehenden, noch nicht erworbenen zugeteilten Ansprüche wird der Personalaufwand basierend auf dem Fair Value der Zuteilung im ursprünglichen Zuteilungszeitpunkt berechnet und über die verbleibende erforderliche Dienstzeit für jede Zuteilung linear erfasst.

Die Gruppe wendet den «Tax Law Ordering Approach» an, um den Anteil der durch Mitnahmeeffekte erzielten und in der Kapitalreserve zu verbuchenden Steuererträge (Windfall-Steuererträge) am gesamten Steueraufwand zu ermitteln. Weiter wählte die Gruppe die Anwendung der «Practical Transition Option», um den Betrag der in die Kapitalreserve zu verbuchenden Windfall-Steuererträge auf Ansprüchen zu ermitteln, welche vor dem 1. Januar 2005 vollständig erworben waren.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Ansprüche, die einen stufenweisen Erwerb der Ansprüche in jährlichen Raten vorsehen, welcher aber ausschliesslich auf Dienstzeiterfüllung beruht, wird linear über die erforderliche Dienstzeit erfasst. Sind solche Ansprüche jedoch an eine Leistungsbedingung geknüpft, so wird jede Rate als Aufwand verbucht, als ob es sich um einen separaten Anspruch handelte (sofortige Aufwandserfassung). Zudem wird die Erfassung des entsprechenden Personalaufwands auf das erstmögliche Datum der Pensionierung des Anspruchsberechtigten hin beschleunigt. Für Ansprüche, welche pensionsberechtigten Mitarbeitenden vor dem 1. Januar 2005 zugeteilt wurden, sieht die Richtlinie der Gruppe eine Verbuchung des Personalaufwands über die erforderliche Dienstzeit vor.

Bestimmte aktienbasierte Ansprüche sind zudem an Leistungsbedingungen geknüpft, nach welchen die Anzahl der den Mitarbeitenden zuzuteilenden Aktien von der Performance

(beispielsweise Reingewinn oder Eigenkapitalrendite) der Gruppe oder einer Division der Gruppe abhängt. Wenn die Mitarbeitenden zudem die in den Bedingungen für diese Ansprüche festgelegte Dienstzeit zu erbringen haben, wird der den aufgrund der Leistungsbedingungen im Erfüllungszeitpunkt zu erwartenden zusätzlichen Einheiten zurechenbare Personalaufwand im Zeitpunkt der Zuteilung der Ansprüche geschätzt. Spätere Anpassungen dieser Schätzung werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung über die verbleibende Dienstzeit erfasst.

Für an Marktkonditionen geknüpfte Aktienansprüche, bei welchen die Erfüllung an den Kursverlauf der Aktien der Gruppe gebunden ist, wird die wahrscheinliche Anzahl an Marktkonditionen gebundener Zusatzaktien im Zeitpunkt der Zuteilung geschätzt. In diesen Fällen wird der entsprechende Personalaufwand nach dem Zuteilungsdatum nicht weiter an Kursschwankungen der Aktien angepasst.

Bestimmte Mitarbeitende besitzen nichtmaterielle Beteiligungen in Form von Gewinnbeteiligungen (Carried Interest) an Private-Equity-Fonds, welche von der Gruppe verwaltet werden. Der Aufwand im Zusammenhang mit diesen Gewinnbeteiligungen wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung im Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gruppe hat einige laufende Aktienoptionspläne, die vornehmlich auf 1999 und frühere Jahre zurückgehen und die Möglichkeit einer Barabgeltung vorsehen. Die entstandenen Verpflichtungen aus diesen Plänen werden bis zur Abwicklung der Ansprüche zum Fair Value bilanziert (Liability Award Accounting).

Eigene Aktien, eigene Anleihen und Finanzinstrumente auf eigene Aktien

Die Gruppe kann im Rahmen ihrer üblichen Handels- und Market-Making-Aktivitäten eigene Aktien, eigene Anleihen und Finanzinstrumente auf eigene Aktien kaufen und verkaufen. Zudem kann die Gruppe eigene Aktien zur Erfüllung von Verpflichtungen im Zusammenhang mit der aktienbasierten Vergütung für Mitarbeitende halten. Die eigenen Aktien werden zu Anschaffungskosten verbucht und als eigene Aktien ausgewiesen, was zu einer Verringerung des ausgewiesenen Eigenkapitals der Aktionäre führt. Finanzinstrumente auf eigene Aktien werden als Aktiven beziehungsweise Verbindlichkeiten oder Eigenkapital ausgewiesen. Für einen Ausweis im Eigenkapital müssen sie den entsprechenden Kriterien genügen. Von Tochtergesellschaften erhaltene Dividenden auf eigenen Aktien sowie unrealisierte und realisierte Gewinne und Verluste auf im Eigenkapital der Aktionäre ausgewiesenen eigenen Aktien werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung nicht erfasst.

Die von einer Gruppengesellschaft ausgegebenen Anleihen werden in der konsolidierten Jahresrechnung eliminiert.

Zinserfolg

Zinsertrag und Zinsaufwand aus zinstragenden Aktiven und Verbindlichkeiten, die nicht zum Fair Value oder nach dem Niederstwertprinzip bilanziert werden, werden periodengerecht abgegrenzt, wobei die damit verbundenen Agios/Disagios sowie

Abschlussgebühren oder Kosten als Anpassung der Effektivverzinsung über die Laufzeit der jeweiligen Aktiven und Verbindlichkeiten amortisiert werden. Zinsen auf Schuldtiteln und Dividenden von Beteiligungspapieren des Handelsbestandes werden als Zins- und Dividendenertrag verbucht.

► Siehe «Ausleihungen» für weitere Informationen zu Zinsen auf Ausleihungen.

Kommissions- und Dienstleistungsertrag

Kommissions- und Dienstleistungserträge werden verbucht, wenn alle der folgenden Kriterien erfüllt sind: Das Vorhandensein einer Vereinbarung ist überzeugend belegt, Dienstleistungen wurden erbracht, der Preis ist festgelegt oder lässt sich bestimmen, und die Einbringlichkeit ist angemessen gesichert. Kommissions- und Dienstleistungserträge können grob in zwei Kategorien eingeteilt werden: Erträge aus Leistungen, welche über eine gewisse Zeit erbracht werden und für welche den Kunden normalerweise jährlich oder halbjährlich Rechnung gestellt wird, und Erträge aus transaktionsbezogenen Leistungen. Erträge aus Dienstleistungen, welche über eine gewisse Zeit erbracht werden, werden anteilmässig über die Laufzeit vereinnahmt. Erträge aus transaktionsbezogenen Dienstleistungen werden erfasst, wenn die Leistung vollständig erbracht wurde. Leistungsbezogene Gebühren oder Gebührenbestandteile werden an jedem vertraglichen Bemessungsstichtag erfasst, an welchem die vertraglich vereinbarten Schwellenwerte erreicht werden.

Erträge aus dem Wertschriftenemissionsgeschäft und Gebühren aus dem Geschäft mit Mergers & Acquisitions sowie aus sonstigen Dienstleistungen im Corporate-Finance-Bereich werden erfasst, wenn die zugrunde liegenden Transaktionen im Wesentlichen abgeschlossen sind und im Zusammenhang mit den Gebühren keine weiteren Eventualitäten bestehen.

Transaktionsbezogene Aufwendungen werden zurückgestellt, bis der entsprechende Ertrag erfasst wird, vorausgesetzt, dass es sich um direkte Mehrkosten handelt; andernfalls sind sie bei ihrer Entstehung als Aufwand zu verbuchen. Gebühren aus dem Emissionsgeschäft werden nach Abzug der damit zusammenhängenden Aufwendungen ausgewiesen. Aufwendungen im Zusammenhang mit Finanzberatungsdienstleistungen werden im Geschäftsaufwand erfasst, sofern sie nicht vom Kunden erstattet werden.

Wenn sich die Gruppe gegenüber einem Vertragspartner verpflichtet, mehrere Produkte, Dienstleistungen oder Rechte zu erbringen, wird beurteilt, wieweit für die Ertragsverbuchung relevante separate Sachverhalte entstanden sind. Diese Bewertung berücksichtigt den eigenständigen Wert bereits gelieferter Güter und Dienstleistungen und ob ein Rückgaberecht oder ein Gewährleistungsrecht für diese Güter und Dienstleistungen existiert. Die Lieferwahrscheinlichkeit der noch nicht gelieferten Güter oder Dienstleistungen geht ebenfalls in die Bewertung ein. Diese Beurteilung wird für jede einzelne Transaktion durchgeführt.

Wenn eine Transaktion die erläuterten Kriterien erfüllt, handelt es sich um eine Vereinbarung mit mehrfachen Leistungen (Multiple-Deliverable Arrangement), bei welcher die Vereinnahmung des Entgelts für jede Teilleistung separat bestimmt wird. Das Entgelt für das gesamte Arrangement wird den einzelnen Teilleistungen

proportional zu ihrem Verkaufspreis zugeteilt. Der Verkaufspreis für die einzelnen Teilleistungen beruht nach Möglichkeit auf anbieterspezifischen objektiven Nachweisen, anderenfalls auf Nachweisen Dritter oder auf Schätzungen des Verkaufspreises, falls weder

anbieterspezifische Nachweise noch Nachweise von dritter Seite verfügbar sind.

Von Kunden eingezogene und an Behörden überwiesene Steuern werden auf Nettobasis verbucht.

2 Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards

Neu eingeführte Rechnungslegungsstandards

ASC Topic 210, «Balance Sheet» (Bilanz)

Im Dezember 2011 veröffentlichte das Financial Accounting Standards Board (FASB) Accounting Standards Update (ASU) 2011-11, «Disclosures about Offsetting Assets and Liabilities» (ASU 2011-11) (Offenlegungen zur Verrechnung von Aktiven und Verbindlichkeiten), als Aktualisierung von ASC Topic 210, «Balance Sheet». Die Änderungen in ASU 2011-11 sehen vor, dass eine Gesellschaft zusätzliche Offenlegungen zur Verrechnung und zu den entsprechenden Vereinbarungen vornehmen muss. Im Januar 2013 veröffentlichte das FASB ASU 2013-01 «Clarifying the Scope of Disclosures about Offsetting Assets and Liabilities» (ASU 2013-01) (Präzisierung zum Umfang der Offenlegungen zur Verrechnung von Aktiven und Verbindlichkeiten), als Aktualisierung von ASC Topic 210, «Balance Sheet». ASU 2013-01 präzisiert den Geltungsbereich von ASU 2011-11. Die Einführung von ASU 2011-01 und ASU 2013-01 am 1. Januar 2013 hatte keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Geldflüsse der Gruppe.

► Siehe «Anhang 26 – Verrechnung von Finanzaktiven und Finanzverbindlichkeiten» für weitere Informationen.

ASC Topic 220, «Comprehensive Income» (Gesamtergebnis)

Im Januar 2013 veröffentlichte das FASB ASU 2013-02, «Reporting of Amounts Reclassified Out of Accumulated Other Comprehensive Income» (ASU 2013-02) (Berichterstattung zu Beträgen, die aus der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung umklassiert wurden), als Aktualisierung von ASC Topic 220, «Comprehensive Income». Durch die Änderungen werden die Gesellschaften verpflichtet, Angaben zu den umklassierten Beträgen der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung nach Komponenten zu machen. Die Einführung von ASU 2013-02 am 1. Januar 2013 hatte keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Geldflüsse der Gruppe.

► Siehe «Anhang 25 – Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung und zusätzliche Angaben zur Aktie» für weitere Informationen.

Im Juni 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-05, «Presentation of Comprehensive Income» (ASU 2011-05) (Darstellung des Gesamtergebnisses), als Aktualisierung von ASC Topic 220, «Comprehensive Income». ASU 2011-05 bietet einer Gesellschaft die Möglichkeit, das Total des Gesamtergebnisses entweder in einer zusammenhängenden Gesamtergebnisrechnung oder in zwei separaten, aber aufeinander folgenden Aufstellungen darzustellen.

Die Einführung von ASU 2011-05 am 1. Januar 2012 hatte keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Geldflüsse der Gruppe.

ASC Topic 350, «Intangibles – Goodwill and Other» (Immaterielle Werte – Goodwill und Sonstige)

Im September 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-08, «Testing Goodwill for Impairment» (ASU 2011-08) (Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill), als Aktualisierung von ASC Topic 350, «Intangibles – Goodwill and Other». Die Änderungen in ASU 2011-08 erlauben es einer Gesellschaft, qualitativ zu beurteilen, ob der Fair Value der Berichtseinheit geringer ist als der Buchwert. Stellt eine Gesellschaft aufgrund der qualitativen Beurteilung fest, dass der Fair Value der Berichtseinheit mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% geringer ist als deren Buchwert, muss die Gesellschaft den ersten Schritt des Werthaltigkeitstests für Goodwill durchführen, indem sie den Fair Value der Berichtseinheit berechnet und ihn mit deren Buchwert vergleicht. Übersteigt der Buchwert den Fair Value der Berichtseinheit, muss die Gesellschaft den zweiten Schritt des Werthaltigkeitstests für Goodwill durchführen, um die Höhe des Wertberichtigungsbedarfs zu ermitteln, sofern ein solcher besteht. Die Einführung von ASU 2011-08 am 1. Januar 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Geldflüsse der Gruppe.

ASC Topic 360, «Property, Plant and Equipment» (Sachanlagen)

Im Dezember 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-10, «Derecognition of in Substance Real Estate – a Scope Clarification, a consensus of the FASB Emerging Issues Task Force» (ASU 2011-10) (Ausbuchung von faktischen Immobilien – eine Präzisierung des Anwendungsbereichs, ein Konsens der Emerging Issues Task Force des FASB), als Aktualisierung von ASC Topic 360, «Property, Plant and Equipment». ASU 2011-10 sieht vor, dass für eine Gesellschaft, die aufgehört hat, eine kontrollierende Finanzbeteiligung an einer Tochtergesellschaft zu halten, welche infolge eines Verzugs bei ihren Verbindlichkeiten ohne Rückgriff faktisch noch eine Liegenschaft darstellt, die Vorschriften von ASC Subtopic 360-20, «Property, Plant and Equipment – Real Estate Sales» (Sachanlagen – Verkauf von Immobilien), gelten. Die Einführung von ASU 2011-10 am 1. Juli 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Geldflüsse der Gruppe.

ASC Topic 820, «Fair Value Measurement» (Ermittlung von Fair Value)

Im Mai 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-04, «Amendments to Achieve Common Fair Value Measurement and Disclosure Requirements in U.S. GAAP and IFRSs» (Änderungen zur Erreichung gemeinsamer Anforderungen an die Ermittlung und Offenlegung von Fair Values unter US GAAP und IFRS) (ASU 2011-04), als Aktualisierung von ASC Topic 820, «Fair Value Measurement». Die Änderungen in ASU 2011-04 enthalten Präzisierungen zur Anwendung bestehender Anforderungen an die Ermittlung von Fair Values sowie Änderungen zu den Grundsätzen für die Ermittlung von Fair Values. Ferner verlangt ASU 2011-04 zusätzliche Offenlegungen zur Ermittlung von Fair Values. Die Einführung von ASU 2011-04 am 1. Januar 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Geldflüsse der Gruppe.

► Siehe «Anhang 34 – Finanzinstrumente» für weitere Informationen.

ASC Topic 830, «Foreign Currency Matters» (Fremdwährungsfragen)

Im März 2013 veröffentlichte das FASB ASU 2013-05, «Parent's Accounting for the Cumulative Translation Adjustment upon Derecognition of Certain Subsidiaries or Groups of Assets within a Foreign Entity or of an Investment in a Foreign Entity» (ASU 2013-05) (Ausweis der kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen auf Ebene Konzernobergesellschaft aufgrund der Ausbuchung bestimmter Tochtergesellschaften oder Gruppen von Aktiven innerhalb einer ausländischen Einheit oder Ausbuchung einer Beteiligung an einer ausländischen Einheit), als Aktualisierung von ASC Topic 830, «Foreign Currency Matters». Die Änderungen dienen als Richtlinie für die Behandlung der kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen, nachdem eine Einheit aufgehört hat, eine finanzielle Mehrheitsbeteiligung an einer Tochtergesellschaft oder einer Gruppe von Aktiven innerhalb einer ausländischen Einheit zu halten. ASU 2013-05 gilt für die Halbjahres- und Jahresabschlüsse nach dem 15. Dezember 2013 mit der Möglichkeit einer vorzeitigen Einführung. Die Gruppe entschied sich, ASU 2013-05 am 1. Januar 2013 vorzeitig einzuführen. Dies hatte

keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Geldflüsse der Gruppe.

ASC Topic 860, «Transfers and Servicing» (Übertragungen und Verwaltung)

Im April 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-03, «Reconsideration of Effective Control for Repurchase Agreements» (ASU 2011-03) (Neubeurteilung der faktischen Kontrolle bei Repo-Geschäften), als Aktualisierung von ASC Topic 860, «Transfers and Servicing». Die früheren Vorgaben schrieben vor, wann eine Gesellschaft bei der Übertragung von Finanzanlagen im Rahmen von Repo-Geschäften einen Verkauf ausweisen darf. Massgebend war hierbei unter anderem, ob die Gesellschaft die faktische Kontrolle über die übertragenen Finanzanlagen behalten hat. ASU 2011-03 schaffte bei der Beurteilung der faktischen Kontrolle das Kriterium ab, dass der Veräusserer in der Lage sein muss, die Finanzanlagen zurückzukaufen oder zurückzunehmen. Die Einführung von ASU 2011-03 am 1. Januar 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Geldflüsse der Gruppe.

In künftigen Perioden anzuwendende Standards

ASC Topic 946, «Financial Services – Investment Companies» (Finanzdienstleistungen – Investmentgesellschaften)

Im Juni 2013 veröffentlichte das FASB ASU 2013-08, «Amendments to the Scope, Measurement, and Disclosure Requirements» (ASU 2013-08) (Änderungen zu Umfang, Bewertung und Offenlegungsanforderungen), als Aktualisierung von Topic 946, «Financial Services – Investment Companies». Die Änderungen betreffen den Bewertungsansatz für Investmentgesellschaften in Topic 946, legen die Merkmale einer Investmentgesellschaft fest und bieten eine umfassende Richtlinie zur Beurteilung, ob es sich bei einer Gesellschaft um eine Investmentgesellschaft handelt. Die Einführung von ASU 2013-08 am 1. Januar 2014 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Geldflüsse der Gruppe.

3 Geschäftsentwicklung, bedeutende Aktionäre und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nachfolgend werden die wesentlichen Geschäftsentwicklungen der Gruppe für 2013 sowie die bedeutenden Aktionäre erläutert.

Geschäftsentwicklung

Veräusserungen

Die folgende im Jahr 2013 erfolgte Veräusserung wurde nicht im Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Im August 2013 schloss die Gruppe den Verkauf von JO Hambro ab, der zu einer Nettoauflösung von kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen in Höhe von CHF 84 Mio. führte. Darin nicht enthalten ist der Nettogewinn aus dem Verkauf in Höhe von CHF 28 Mio., welcher im Ergebnis der Division Private Banking & Wealth Management ausgewiesen wurde.

- ▶ Siehe «Anhang 4 – Aufgegebene Geschäftsbereiche» für weitere Informationen zur Veräusserung von Geschäftsbereichen.
- ▶ Siehe «Anhang 25 – Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung und zusätzliche Angaben zur Aktie» für weitere Informationen.

Fusionen und Übernahmen

Die Credit Suisse schloss eine Vereinbarung zur Übernahme des privaten Vermögensverwaltungsgeschäfts von Morgan Stanley in der Region Europa, Naher Osten und Afrika (Europe, Middle East and Africa, EMEA), mit Ausnahme der Schweiz, ab. Das Geschäft befindet sich in Grossbritannien, Italien und Dubai und betreut vorwiegend ◊ äusserst vermögende Kunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI) und ◊ sehr vermögende Kunden (High-Net-Worth Individuals, HNWI) in Europa. Ein erster Abschluss dieser Transaktion, welche als Kauf der Vermögenswerte der beteiligten Geschäftsbereiche strukturiert war, erfolgte im Dezember 2013. Der vollständige Abschluss der Transaktion wird im Laufe des Jahres 2014 erwartet.

Einführung der nicht strategischen Einheiten

Im vierten Quartal 2013 schuf die Gruppe nicht strategische Einheiten in ihren beiden Divisionen Private Banking & Wealth Management und Investment Banking und wies nicht strategische Positionen im Corporate Center separat aus. Ziel dabei war es, die Reduzierung von Kapital und Kosten mit Bezug zu nicht strategischen Aktivitäten und Positionen zu beschleunigen und die Ressourcen besser auf die strategischen Geschäfte und Wachstumsbereiche zu konzentrieren.

Bedeutende Aktionäre

Mit Offenlegungsmitteilung, welche die Gruppe am 6. April 2013 publizierte, wurde der Gruppe mitgeteilt, dass The Olayan Group über ihre eingetragene Gesellschaft Crescent Holding GmbH per 25. Februar 2013 eine Beteiligung von 88,5 Mio. Namenaktien beziehungsweise 6,7% der im Zeitpunkt der gemeldeten Transaktion ausgegebenen Aktien der Gruppe hielt. Zur Beteiligung an den Namenaktien der Gruppe im Jahr 2013 ging von The Olayan Group keine weitere Offenlegungsmitteilung ein.

Mit Offenlegungsmitteilung, welche die Gruppe am 31. Oktober 2013 publizierte, wurde der Gruppe mitgeteilt, dass Qatar Investment Authority über ihre registrierte Gesellschaft Qatar Holding LLC per 23. Oktober 2013 eine Beteiligung von 82,0 Mio. Namenaktien beziehungsweise 5,2% der im Zeitpunkt der gemeldeten Transaktion ausgegebenen Aktien der Gruppe hielt. Zur Beteiligung an der Gruppe im Jahr 2013 ging von Qatar Investment Authority keine weitere Offenlegungsmitteilung ein.

Mit Offenlegungsmitteilung, welche die Gruppe am 9. November 2013 publizierte, wurde der Gruppe mitgeteilt, dass Harris Associates L.P. per 4. November 2013 81,5 Mio. Aktien beziehungsweise 5,2% der zum Zeitpunkt der gemeldeten Transaktion ausgegebenen Aktien der Gruppe hielt. Zur Beteiligung an der Gruppe im Jahr 2013 ging von Harris Associates L.P. keine weitere Offenlegungsmitteilung ein.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im März 2014 schloss die Gruppe die unentgeltliche Abspaltung ihres Geschäfts DLJ Merchant Banking Partners an eine Gesellschaft ab, die von Mitgliedern des derzeitigen Kaders kontrolliert wird. Die Gruppe wird bestimmte Gewinnbeteiligungsrechte behalten.

Im März 2014 verlangte die Gruppe von den Mitarbeitenden mit ausstehenden Ansprüchen der Partner Asset Facility 2011 (PAF2), ihre PAF2-Ansprüche neu anzulegen. Die PAF2-Ansprüche waren an ein Portfolio mit Kreditpositionen der Gruppe gekoppelt, was zu einem Risikoausgleich und einer Kapitalerleichterung führte. Aufgrund aufsichtsrechtlicher Änderungen hätte diese Kapitalerleichterung nach dem 31. Dezember 2013 nicht mehr zur Verfügung gestanden. Aus diesem Grund annullierte die Gruppe die PAF2-Ansprüche und tauschte sie zum ◊ Fair Value in andere Vergütungsansprüche um.

- ▶ Siehe «Anhang 28 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» für weitere Informationen zur Neuanlage von PAF2-Ansprüchen

Am 21. März 2014 hat die Gruppe eine Vereinbarung mit der Federal Housing Finance Agency (FHFA) zur Beilegung hängiger Rechtsstreitigkeiten getroffen. Die Vereinbarung begleicht Ansprüche betreffend den Verkauf von Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) im Umfang von rund USD 16,6 Mia. zwischen 2005 und 2007. Im Rahmen der Vereinbarung wird die Gruppe mit der Zahlung von USD 885 Mio. sämtliche Ansprüche in zwei hängigen Klagen begleichen, welche die FHFA gegen die Credit Suisse eingereicht hat.

Am 3. April 2014 gab die Gruppe bekannt, dass sie ihre bereits veröffentlichten Ergebnisse 2013 anpasste, um zusätzliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der US-Steuerangelegenheit zu berücksichtigen.

- ▶ Siehe «Anhang 38 – Rechtsstreitigkeiten» für weitere Informationen.

4 Aufgegebene Geschäftsbereiche

Im Juli 2013 schloss die Gruppe den Verkauf ihres Exchange-Traded-Funds-Geschäfts (ETF-Geschäft) an BlackRock ab und wies im dritten Quartal 2013, nach Abzug des zugewiesenen Goodwill von CHF 72 Mio., einen Veräusserungsgewinn vor Steuern von CHF 146 Mio. aus. Der von der Gruppe erhaltene Kaufpreis kann sich noch durch zukünftige bedingte Zahlungen erhöhen, wenn bestimmte Schwellenwerte erreicht werden. BlackRock ist ein mit der Gruppe nicht verbundenes Unternehmen.

Im August 2013 gab die Gruppe den Verkauf der Customized Fund Investment Group (CFG), ihres Private-Equity-Dachfond- und Co-Investmentgeschäfts, an Grosvenor Capital Management bekannt. Die Transaktion wurde im Januar 2014 abgeschlossen und der entsprechende Gewinn von ungefähr CHF 90 Mio. wird im ersten Quartal 2014 ausgewiesen. Per 31. Dezember 2013 hielt CFG Aktiven von insgesamt CHF 31 Mio., die zur Veräusserung gehalten wurden. Die Gruppe wird weiterhin Anlagen in von CFG verwaltete Anlagefonds tätigen und Anlageverpflichtungen gegenüber diesen Fonds haben. Grosvenor Capital Management ist ein mit der Gruppe nicht verbundenes Unternehmen.

Im August 2013 schloss die Gruppe den Verkauf von Strategic Partners, ihres auf den Sekundärmarkt spezialisierten Private-Equity-Geschäfts, an Blackstone ab und wies im dritten Quartal 2013, nach Abzug des zugewiesenen Goodwill von CHF 37 Mio., einen Veräusserungsgewinn vor Steuern von CHF 91 Mio. aus. Die Gruppe wird weiterhin Gewinnbeteiligungen erhalten (und entsprechende Clawback-Verpflichtungen garantieren), Limited-Partner-Beteiligungen in von Strategic Partners verwalteten Anlagefonds halten und Anlageverpflichtungen gegenüber diesen Fonds haben. Ferner wird die Gruppe weiterhin gewissen externen Anlegern im Rahmen bestehender Zusatzvereinbarungen Mindestanlagerenditen garantieren. Blackstone ist ein mit der Gruppe nicht verbundenes Unternehmen.

Im Dezember 2013 schloss die Gruppe die Abspaltung von DLJ Investment Partners, ihr auf Private-Equity-Mezzanine-Anlagen spezialisiertes Geschäft, an Portfolio Advisors, LLC ab. Diese Transaktion erfolgte ohne einen Veräusserungsgewinn oder -verlust und hatte für alle Berichtsperioden nur unwesentliche Auswirkungen auf den Nettoertrag, den Geschäftsaufwand und das Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen. Portfolio Advisors, LCC ist ein mit der Gruppe nicht verbundenes Unternehmen.

Im Dezember 2013 kündigte die Gruppe den Verkauf ihres lokalen, in Deutschland gebuchten Private-Banking-Geschäfts (Private-Banking-Geschäft Deutschland) an ABN AMRO an. Diese Transaktion soll vorbehaltlich der Erfüllung der üblichen Bedingungen im Laufe des Jahres 2014 abgeschlossen werden. Per 31. Dezember 2013 verfügte das Private-Banking-Geschäft Deutschland über zur Veräusserung gehaltene Aktiven und Verbindlichkeiten von insgesamt CHF 1 553 Mio. beziehungsweise CHF 1 140 Mio. ABN AMRO ist ein mit der Gruppe nicht verbundenes Unternehmen.

Zur Veräusserung gehaltene Aktiven

Ende	2013
Private-Banking-Geschäft Deutschland (in Mio. CHF)	
Flüssige Mittel	960
Ausleihungen	575
Sonstige Aktiven	18
Total zur Veräusserung gehaltene Aktiven	1 553
CFG (in Mio. CHF)	
Ausstehende Gebühren	8
Goodwill	23
Total zur Veräusserung gehaltene Aktiven	31
Gruppe (in Mio. CHF)	
Total zur Veräusserung gehaltene Aktiven	1 584

Zur Veräusserung gehaltene Verbindlichkeiten

Ende	2013
Private-Banking-Geschäft Deutschland (in Mio. CHF)	
Einlagen	1 118
Sonstige Verbindlichkeiten	22
Total zur Veräusserung gehaltene Verbindlichkeiten	1 140
Gruppe (in Mio. CHF)	
Total zur Veräusserung gehaltene Verbindlichkeiten	1 140

Für die 2013 aufgegebenen Geschäftsbereiche wurden Erträge, Aufwand und Veräusserungsgewinne ins Ergebnis des Segments Private Banking & Wealth Management einbezogen. Für die Berichterstattung auf Gruppenebene wurde die Umklassierung der Erträge und des Aufwands aus den Segmentergebnissen an die aufgegebenen Geschäftsbereiche über das Corporate Center vorgenommen.

Die Geschäftsergebnisse der veräusserten Geschäftsbereiche wurden in der konsolidierten Erfolgsrechnung für die relevanten Berichtsperioden im Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen. Die Aktiven und Verbindlichkeiten aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, deren Verkauf noch nicht abgeschlossen ist, werden als zur Veräusserung gehaltene Aktiven aus aufgegebenen Geschäftsbereichen beziehungsweise zur Veräusserung gehaltene Verbindlichkeiten aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen und frühere Berichtsperioden werden nicht umklassiert.

Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen

	2013	2012	2011
Betriebsbezogen (in Mio. CHF)			
Nettoertrag	233	288	284
davon Private-Banking-Geschäft Deutschland	52	54	61
davon ETF-Geschäft	29	53	36
davon Strategic Partners	33	60	42
davon CFG	114	116	127
Geschäftsaufwand	158	296	294
davon Private-Banking-Geschäft Deutschland	71	108	98
davon ETF-Geschäft	23	49	50
davon Strategic Partners	8	38	30
davon CFG	51	88	98
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	38	32	15
davon Private-Banking-Geschäft Deutschland	(6)	2	(11)
davon ETF-Geschäft	5	2	(2)
davon Strategic Partners	10	15	7
davon CFG	29	16	21
Ergebnis nach Steuern	37	(40)	(25)
davon Private-Banking-Geschäft Deutschland	(13)	(56)	(26)
davon ETF-Geschäft	1	2	(12)
davon Strategic Partners	15	7	5
davon CFG	34	12	8
Transaktionsbezogen (in Mio. CHF)			
Veräußerungsgewinn	237	-	-
davon ETF-Geschäft	146	-	-
davon Strategic Partners	91	-	-
Transaktionsbezogener Aufwand	93	-	-
davon ETF-Geschäft	11	-	-
davon Strategic Partners	22	-	-
davon CFG	56	-	-
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	36	-	-
davon ETF-Geschäft	21	-	-
davon Strategic Partners	40	-	-
davon CFG	(24)	-	-
Ergebnis nach Steuern	108	-	-
davon ETF-Geschäft	114	-	-
davon Strategic Partners	29	-	-
davon CFG	(32)	-	-
Aufgegebene Geschäftsbereiche – Total (in Mio. CHF)			
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	145	(40)	(25)
davon Private-Banking-Geschäft Deutschland	(13)	(56)	(26)
davon ETF-Geschäft	115	2	(12)
davon Strategic Partners	44	7	5
davon CFG	2	12	8

5 Segmentinformationen

Die Gruppe ist ein weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen mit Hauptsitz in der Schweiz. Das Bankgeschäft der Gruppe ist in zwei Segmente gegliedert: Private Banking & Wealth Management und Investment Banking. Diese zwei Segmente werden ergänzt durch den Bereich Shared Services, der die Segmente in den Bereichen Finance, Operations, Human Resources, Legal and Compliance, Risikomanagement und Informationstechnologie unterstützt.

Die Segmentsberichterstattung reflektiert die Segmente der Gruppe wie folgt:

- Das Private Banking & Wealth Management bietet Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden umfassende Beratungsdienstleistungen und eine breite Palette an Finanzlösungen an. Die Division Private Banking & Wealth Management umfasst die Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients sowie Asset Management. Der Bereich Wealth Management Clients betreut ◻ UHNWI- und ◻ HNWI-Kunden weltweit sowie ◻ wohlhabende und Retail-Kunden in der Schweiz. Der Bereich Corporate & Institutional Clients erfüllt die Bedürfnisse von Firmen- und institutionellen Kunden hauptsächlich in der Schweiz. Das Asset Management stellt staatlichen Körperschaften, Institutionen, Unternehmen und Privatpersonen weltweit eine Vielzahl von Anlageprodukten und -lösungen bereit, die alle Anlageklassen und Anlagestile umfassen.
- Das Investment Banking bietet Unternehmen, institutionellen Investoren und staatlichen Körperschaften auf der ganzen Welt Investment-Banking- und Wertschriftenprodukte und -dienstleistungen an. Zu den Produkten und Dienstleistungen gehören Wertschriftenemissionen, -verkauf und -handel, Beratung zu Fusionen und Übernahmen, Veräusserungen, Unternehmensverkäufe, Umstrukturierungen und Investment Research.

Das Corporate Center umfasst die Geschäftstätigkeiten der Holdinggesellschaft wie Finanzierungen der Gruppe, Aufwendungen im Zusammenhang mit Projekten, die von der Gruppe unterstützt werden, sowie gewisse Aufwendungen, die nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet wurden. Im Corporate Center werden auch Konsolidierungs- und Verrechnungsbuchungen zur Verrechnung von unternehmensinternen Aufwendungen und Erträgen erfasst.

Erfolge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Minderheitsanteilen aufgrund der Konsolidierung von gewissen Private Equity Funds und anderen Gesellschaften, in denen die Gruppe keine bedeutende wirtschaftliche Beteiligung an solchem Aufwand und Ertrag hat, werden als Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung ausgewiesen. Die Konsolidierung dieser Gesellschaften hat keine Auswirkungen auf den den Aktionären zurechenbaren Reingewinn, da die unter Nettoertrag und Geschäftsaufwand verbuchten Beträge durch entsprechende als Minderheitsanteile ausgewiesene Beträge neutralisiert werden. Zudem hat dieser Ertrag und Aufwand keinen Einfluss auf den Steueraufwand der Gruppe.

Allokation segmentübergreifender Erträge und Aufwendungen

Die Verantwortung für jedes Produkt wird einem Segment zugewiesen, das alle entsprechenden Kosten und Erträge verbucht. Bei segmentübergreifenden Erträgen und Dienstleistungen regeln Ertragaufteilungsvereinbarungen die Zuteilung der Erträge oder der Dienstleistungen an die beteiligten Segmente. Diese Vereinbarungen werden von den einzelnen Segmenten für jedes Produkt periodisch ausgehandelt.

Mit solchen Ertragaufteilungs- und Kostenzuteilungsverträgen wird eine Preisstruktur wie bei Transaktionen mit unabhängigen Drittparteien angestrebt.

Unternehmensinterne Dienstleistungen und Geschäftsunterstützung bezüglich Finance, Operations, Human Resources, Legal and Compliance, Risikomanagement und Informationstechnologie erfolgen durch den Bereich Shared Services. Die Kosten dieses Bereichs werden den Segmenten und dem Corporate Center entsprechend ihrem Bedarf und sonstigen relevanten Massgaben belastet.

Refinanzierung

Die Gruppe bewirtschaftet ihr Kapital zentral. Neue Wertschriften für die Refinanzierung und Kapitalaufnahme werden in erster Linie durch die Credit Suisse AG (die Bank), die schweizerische Bank-Tochtergesellschaft der Gruppe, emittiert. Die Bank leiht ihren operativen Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen den Bedürfnissen entsprechend vorrangig oder nachrangig Gelder aus. Letzteres in der Regel, um die Eigenkapitalanforderungen einzuhalten oder, je nach Wunsch des Managements, um Geschäftsmöglichkeiten zu nutzen. Den Segmenten wird auf der Grundlage von Faktoren wie vorgeschriebene Eigenkapitalanforderungen, verwendetes Economic Capital und vergangene und künftig zu erwartende Kapitalrendite Kapital zur Verfügung gestellt.

Der interne Refinanzierungsaufwand wird jedem Segment in Abhängigkeit des von ihm genutzten Kapitals zugeordnet und basiert auf marktgerechten Preisen. Unser Transferpreissystem ist so konzipiert, dass die Refinanzierungskosten den einzelnen Geschäftsbereichen so zugewiesen werden, dass Anreize für eine effiziente Nutzung der Fremdmittel geschaffen werden. Dieses System ist ein wichtiges Instrument zur Zuweisung der kurz- und langfristigen Kosten zur Refinanzierung der Bilanzen und der ausserbilanziellen Eventualverbindlichkeiten der einzelnen Geschäftsbereiche. Das Transferpreissystem stellt unter normalen Geschäftsbedingungen die vollständige Zuordnung der Refinanzierungskosten sicher, ist aber gerade in Zeiten angespannter Kapitalmärkte, in denen die Beschaffung von Mitteln eine grössere Herausforderung darstellt und mit höheren Kosten verbunden ist, besonders wichtig. Soweit unsere Geschäftsbereiche langfristige stabile Mittel bereitstellen, werden sie mit diesem System entsprechend entlastet.

Steuern

Die Segmente der Gruppe werden auf vorsteuerlicher Basis verwaltet.

Nettoertrag und Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern

	2013	2012	2011
Nettoertrag (in Mio. CHF)			
Private Banking & Wealth Management	13 442	13 474	13 397
Investment Banking	12 565	12 558	10 460
Corporate Center	(790)	(2 781)	1 238
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	639	360	796
Nettoertrag	25 856	23 611	25 891
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)			
Private Banking & Wealth Management	3 240	3 775	2 961
Investment Banking	1 719	2 002	(593)
Corporate Center	(1 455)	(3 889)	391
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	592	302	712
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	4 096	2 190	3 471

Total Aktiven

Ende	2013	2012
Total Aktiven (in Mio. CHF)		
Private Banking & Wealth Management	279 139	275 683
Investment Banking	502 799	563 758
Corporate Center	87 244	80 733
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	3 624	4 106
Total Aktiven	872 806	924 280

Mit Beginn ab dem ersten Quartal 2013 schliessen die Segmentaktiven Intra-Gruppen-Bestände zwischen den Segmenten aus. Die Vorperiode wurde an die aktuelle Präsentation angepasst.

Nettoertrag und Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern nach Regionen

	2013	2012	2011
Nettoertrag (in Mio. CHF)			
Schweiz	8 035	8 769	8 546
Europa, Naher Osten und Afrika	4 744	3 243	6 429
Nord- und Südamerika	10 810	9 763	9 182
Asien-Pazifik	2 267	1 836	1 734
Nettoertrag	25 856	23 611	25 891
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)			
Schweiz	642	1 680	455
Europa, Naher Osten und Afrika	157	(1 581)	1 350
Nord- und Südamerika	3 365	2 915	2 586
Asien-Pazifik	(68)	(824)	(920)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	4 096	2 190	3 471

Die Zuweisung des Nettoertrags und des Ergebnisses fortzuführender Geschäftsbereiche vor Steuern basiert auf dem Standort der Geschäftsstelle, welche die Transaktionen verbucht. Diese Darstellung widerspiegelt nicht die Führungsorganisation der Gruppe.

Total Aktiven nach Regionen

Ende	2013	2012
Total Aktiven (in Mio. CHF)		
Schweiz	200 044	199 595
Europa, Naher Osten und Afrika	194 675	222 483
Nord- und Südamerika	398 198	421 418
Asien-Pazifik	79 889	80 784
Total Aktiven	872 806	924 280

Die Zuweisung des Totals Aktiven nach Regionen basiert auf dem Kundendomizil.

6 Zinserfolg

	2013	2012	2011
Zinserfolg (in Mio. CHF)			
Ausleihungen	4 843	4 861	4 863
Anlagen in Wertschriften	45	64	97
Handelsbestände	10 057	11 945	11 695
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	2 517	2 940	3 265
Sonstige	2 094	2 280	3 056
Zins- und Dividendertrag	19 556	22 090	22 976
Einlagen	(978)	(1 345)	(1 675)
Kurzfristige Geldaufnahmen	(132)	(184)	(69)
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	(5 083)	(6 833)	(7 125)
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(1 156)	(1 677)	(1 621)
Langfristige Verbindlichkeiten	(3 846)	(4 632)	(5 659)
Sonstige	(246)	(276)	(401)
Zinsaufwand	(11 441)	(14 947)	(16 550)
Zinserfolg	8 115	7 143	6 426

7 Kommissions- und Dienstleistungsertrag

	2013	2012	2011
Kommissions- und Dienstleistungsertrag (in Mio. CHF)			
Kreditgeschäft	1 814	1 513	1 296
Vermögensverwaltung und Portfoliomanagement	3 944	3 715	3 768
Sonstige Wertschriftengeschäfte	106	110	120
Vermögensverwaltung, Portfoliomanagement und sonstige Wertschriftengeschäfte	4 050	3 825	3 888
Emissionsgeschäft	1 647	1 561	1 479
Kundenhandel	3 933	3 686	4 055
Emissionsgeschäft und Kundenhandel	5 580	5 247	5 534
Sonstige Dienstleistungen	1 782	2 139	1 920
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	13 226	12 724	12 638

8 Handelserfolg

	2013	2012	2011
Handelserfolg (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	1 025	2 707	6 794
Fremdwährungsprodukte	1 203	559	(4 433)
Beteiligungs-/Indexprodukte	956	140	1 645
Kreditprodukte	(879)	(3 306)	522
Rohstoffe, Emissions- und Energieprodukte	340	198	361
Sonstige Produkte	94	898	132
Handelserfolg	2 739	1 196	5 021

Stellt den Ertrag auf Produktbasis dar, was nicht repräsentativ für das Geschäftsergebnis innerhalb der Segmente ist, da die Segmentergebnisse Finanzinstrumente verschiedener Produkttypen enthalten.

Der Handelserfolg beinhaltet Erträge aus dem Handel mit folgenden finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten:

- Aktien;
- Rohstoffe;
- börsengehandelte und ◊ OTC-Derivate;
- ◊ Derivate im Zusammenhang mit Hedgefonds-Dachfonds sowie Derivate, die diesen Dachfonds Finanzierungsfazilitäten bieten;
- Market-Making in Staatsanleihen und zugehörigen OTC-Derivat-Swap-Märkten;
- inländische Schuldtitel von Unternehmen und Staaten, wandelbare und Vorzugsaktien sowie Wertschriften mit kurzer Laufzeit wie variabel verzinsliche Schuldtitel und ◊ Commercial Paper (CP);
- Market-Making und Positionierung in Fremdwährungsprodukten;
- Kreditderivate auf Investment-Grade- und hochverzinsliche Ausleihungen;
- Handel und Verbriefung von Wertschriften aller Art auf Basis von Portfolios verschiedener Vermögenswerte sowie
- erworbene Lebensversicherungspolice (Life Settlement Contracts).

Der Handelserfolg umfasst auch Schwankungen der ◊ Fair Values von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, für die gemäss US GAAP die Bewertung zum Fair Value gewählt wurde. Zu den wichtigsten Bestandteilen zählen bestimmte Instrumente aus folgenden Kategorien:

- erworbene/verkaufte Zentralbankmittel;
- erworbene/verkaufte Wertschriften im Rahmen von ◊ Reverse-Repo-/◊ Repo-Geschäften;
- Wertschriftenleihen (Securities Lending and Borrowing);
- Ausleihungen und Zusagen von Ausleihungen sowie
- Kundeneinlagen, kurzfristige Mittelaufnahmen und langfristige Schuldtitel.

Steuerung der Risiken

Die breite Produkt- und Marktdiversifikation der Gruppe bedingt eine breite Palette verschiedener Handelsstrategien. Die Risikopositionen sind sowohl geografisch als auch nach Risikofaktoren diversifiziert. Die Gruppe verwendet ein Limitensystem auf der Basis des Economic Capital, um ihre Gesamtrisiken zu mindern. Die von den einzelnen Divisionen eingegangenen Risiken werden durch verschiedene spezifische Limiten zusätzlich begrenzt. Hierzu zählen auch konsolidierte Kontrollen der Risiken aus Handelsbeständen. Zur Steuerung ihres Gesamtrisikos nutzt die Gruppe zudem ein Portfolio von wirtschaftlichen Absicherungsgeschäften (Economic Hedges). Diese Absicherungen werden ähnlich wie andere gehandelte Wertschriften durch die Marktentwicklungen beeinflusst. Sie können zu Gewinnen oder Verlusten auf den Absicherungen führen, welche die Verluste oder Gewinne aus den auf diesem Weg wirtschaftlich abgesicherten Beständen ausgleichen. Die Gruppe steuert ihr Risiko aus Handelsgeschäften sowohl im Hinblick auf Markt- als auch auf Kreditrisiken. Die Steuerung des Marktrisikos umfasst Kalkulationsmethoden, die gruppenweit vergleichbare Risiken erfassen, sowie spezialisierte Kalkulationen, die in der Lage sind, produkt- oder portfoliobezogene Eigenschaften zu modellieren.

Grundsätzlich werden Handelsbestände sowie die meisten Instrumente, für welche die Fair-Value-Option gewählt wurde, mit dem ◊ Value-at-Risk-Ansatz gemessen. Die Gruppe hält Wertschriften als Sicherheiten und schliesst ◊ Credit Default Swaps (CDS) ab, um das mit diesen Produkten verbundene Kreditrisiko zu mindern.

9 Sonstiger Ertrag

	2013	2012	2011
Sonstiger Ertrag (in Mio. CHF)			
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	658	336	701
Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	(5)	(37)	(4)
Zur Veräusserung gehaltene Sachanlagen und immaterielle Werte	30	458	(40)
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	251	150	141
Sonstige Anlagen	315	749	457
Sonstige	527	892	551
Sonstiger Ertrag	1 776	2 548	1 806

10 Rückstellung für Kreditrisiken

	2013	2012	2011
Rückstellung für Kreditrisiken (in Mio. CHF)			
Rückstellung für Kreditverluste	166	159	141
Rückstellung für kreditbezogene und sonstige Risiken	1	11	46
Rückstellung für Kreditrisiken	167	170	187

11 Personalaufwand

	2013	2012	2011
Personalaufwand (in Mio. CHF)			
Saläre und variable Vergütung	9 678	10 717	11 286
Sozialversicherung	778	769	865
Sonstige ¹	800	817	850
Personalaufwand²	11 256	12 303	13 001

¹ Enthält für die Jahre 2013, 2012 und 2011 einen Aufwand für Vorsorgepläne und sonstige Leistungen für Mitarbeitende im Ruhestand von CHF 490 Mio., CHF 532 Mio. beziehungsweise CHF 610 Mio.

² Enthält für die Jahre 2013, 2012 und 2011 Aufwand für Abfindungen und sonstige Vergütung von CHF 218 Mio., CHF 456 Mio. beziehungsweise CHF 715 Mio. im Zusammenhang mit der Reduktion des Personalbestandes.

12 Sachaufwand

	2013	2012	2011
Sachaufwand (in Mio. CHF)			
Mietaufwand und Unterhalt	1 186	1 220	1 122
EDV, Maschinen usw.	1 517	1 469	1 448
Rückstellungen und Verluste	2 136	694	704
Reisen und Repräsentation	355	394	441
Professionelle Dienstleistungen	1 952	1 919	2 060
Wertberichtigung auf Goodwill	12	0	0
Amortisation und Wertberichtigung sonstiger immaterieller Werte	25	36	30
Sonstige	1 416	1 514	1 488
Sachaufwand	8 599	7 246	7 293

13 Ergebnis pro Aktie

	2013	2012	2011
Unverwässerter, den Aktionären zurechenbarer Reingewinn (in Mio. CHF)			
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 181	1 389	1 978
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	145	(40)	(25)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	2 326	1 349	1 953
Dividenden aus Vorzugspapieren	(236)	(231)	(216)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn zur Berechnung des unverwässerten Ergebnisses pro Aktie	2 090	1 118	1 737
Zur Verfügung der Stammaktien	1 868	1 044	1 641
Zur Verfügung der noch nicht erworbenen aktienbasierten Ansprüche	152	66	96
Zur Verfügung der Pflichtwandelanleihen ¹	70	8	–
Verwässerter, den Aktionären zurechenbarer Reingewinn (in Mio. CHF)			
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn zur Berechnung des unverwässerten Ergebnisses pro Aktie	2 090	1 118	1 737
Einfluss auf das Ergebnis durch den angenommenen Umtausch von Kontrakten, die in Aktien oder bar abgewickelt werden können ²	–	–	–
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses pro Aktie	2 090	1 118	1 737
Zur Verfügung der Stammaktien	1 868	1 044	1 641
Zur Verfügung der noch nicht erworbenen aktienbasierten Ansprüche	152	66	96
Zur Verfügung der Pflichtwandelanleihen ¹	70	8	–
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien (in Mio.)			
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für unverwässertes Ergebnis pro Stammaktien	1 532.9	1 320.4	1 239.3
Verwässernde Kontrakte, die in Aktien oder bar abgewickelt werden können ³	–	–	–
Verwässernde Aktienoptionen und Optionsscheine	1.4	4.9	2.9
Verwässernde Aktienansprüche	1.2	1.8	5.3
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für verwässertes Ergebnis pro Stammaktien⁴	1 535.5	1 327.1	1 247.5
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für unverwässertes/verwässertes Ergebnis pro Aktie für nichterworbene Ansprüche aus aktienbasierter Vergütung	125.0	97.3	72.6
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für unverwässertes/verwässertes Ergebnis pro Aktie für Pflichtwandelanleihen¹	63.0	97.1	–
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien (in CHF)			
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.14	0.82	1.34
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0.08	(0.03)	(0.02)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien	1.22	0.79	1.32
Verwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien (in CHF)			
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.14	0.82	1.34
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0.08	(0.03)	(0.02)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien	1.22	0.79	1.32

Die Vorperioden wurden angepasst, um die Erhöhung der Anzahl ausstehender Aktien aus der Stockdividende 2013 zu berücksichtigen, wie unter US GAAP verlangt.

¹ Zeigt die im Juli 2012 ausgegebenen MACCS, die per 29. März 2013 zwingend in Aktien zu wandeln waren und für welche die Aktien am 8. April 2013 abgerechnet und geliefert wurden.

² Zeigt Veränderungen des Fair Value der PAF2-Anteile, die im Nettogewinn der Gruppe berücksichtigt werden, bis die Ansprüche endgültig abgewickelt werden. Der Fair Value der PAF2-Anteile, welcher im Nettogewinn der Gruppe berücksichtigt ist, wird für 2012 und 2013 nicht angepasst, da dieser Effekt nicht verwässernd wäre.

³ Zeigt den gewichteten durchschnittlichen Bestand der ausstehenden PAF2-Anteile. Der gewichtete durchschnittliche Bestand der PAF2-Anteile für 2013 beziehungsweise 2012 wurde von der Berechnung des verwässerten Ergebnisses pro Aktie ausgenommen, da der Effekt nicht verwässernd wäre.

⁴ Der gewichtete Durchschnitt potenzieller Stammaktien in Bezug auf Instrumente, die für die jeweiligen Perioden nicht verwässernd wirkten (und deshalb in der oben gezeigten Berechnung des verwässerten Ergebnisses pro Aktie nicht berücksichtigt sind), aber in Zukunft das Ergebnis pro Aktie verwässern könnten, betrug für die Jahre 2013, 2012 und 2011 35,9 Mio., 50,3 Mio. beziehungsweise 37,3 Mio.

14 Wertschriftenleihen und Repo-Geschäfte

Ende	2013	2012
Wertschriftenleihen und Reverse-Repo-Geschäfte (in Mio. CHF)		
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Reverse-Repo-Geschäften	100 244	121 242
Bezahlte Barhinterlagen für geborgte Wertschriften	59 778	62 213
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	160 022	183 455
Wertschriftenleihen und Repo-Geschäfte (in Mio. CHF)		
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Repo-Geschäften	86 828	120 164
Erhaltene Barhinterlagen für ausgeliehene Wertschriften	7 204	12 557
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	94 032	132 721

Repo- und Reverse-Repo-Geschäfte stellen besicherte Finanztransaktionen dar, die eingegangen werden, um Zinsertrag zu generieren, die Liquidität zu erhöhen oder Handelsaktivitäten zu ermöglichen. Diese Instrumente werden vorwiegend durch Staatsanleihen, Geldmarktpapiere und Unternehmensanleihen besichert, mit einer Laufzeit über Nacht bis zu einem längeren oder nicht näher spezifizierten Zeitraum.

Im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der Gegenpartei ist die Gruppe vertraglich berechtigt, die gehaltenen Sicherheiten zu veräussern. Grundsätzlich verkaufte oder verpfändete die Gruppe per 31. Dezember 2013 und 2012 alle als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften, bei welchen sie das Recht zum Verkauf beziehungsweise zur Weiterverpfändung hat.

15 Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen

Ende	2013	2012
Handelsbestände (in Mio. CHF)		
Schuldtitel	110 116	135 871
Beteiligungstitel ¹	76 695	74 895
Derivative Instrumente ²	31 603	33 208
Sonstige	10 999	12 425
Handelsbestände	229 413	256 399
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen (in Mio. CHF)		
Leerverkäufe	40 161	51 303
Derivative Instrumente ²	36 474	39 513
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	76 635	90 816

¹ Einschliesslich Wandelanleihen.

² Beträge nach Verrechnung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Barsicherheiten.

Barsicherheiten für derivative Instrumente

Ende	2013	2012
Barsicherheiten – verrechnet (in Mio. CHF)¹		
Bezahlte Barsicherheiten	23 870	36 662
Erhaltene Barsicherheiten	20 500	33 373
Barsicherheiten – nicht verrechnet (in Mio. CHF)²		
Bezahlte Barsicherheiten	8 359	10 904
Erhaltene Barsicherheiten	11 663	12 224

¹ Als Verrechnung von Barsicherheiten für derivative Instrumente in «Anhang 26 – Verrechnung von Finanzaktiven und Finanzverbindlichkeiten» ausgewiesen.

² Als Barsicherheiten für derivative Instrumente in «Anhang 22 – Sonstige Aktiven und sonstige Verbindlichkeiten» ausgewiesen.

16 Anlagen in Wertschriften

Ende	2013	2012
Anlagen in Wertschriften (in Mio. CHF)		
Wertschriften – zur Veräußerung verfügbar	2 987	3 498
Total Anlagen in Wertschriften	2 987	3 498

Anlagen in Wertschriften nach Art der Anlage

Ende	2013								2012
	Fortgeschriebene Anschaffungskosten	Unrealisierte Gewinne, brutto	Unrealisierte Verluste, brutto	Fair Value	Fortgeschriebene Anschaffungskosten	Unrealisierte Gewinne, brutto	Unrealisierte Verluste, brutto	Fair Value	
Anlagen in Wertschriften nach Art der Anlage (in Mio. CHF)									
Schuldtitel, ausgegeben von Bund, Kantonen oder Gemeinden	389	15	2	402	452	31	0	483	
Schuldtitel, ausgegeben von ausländischen Staaten	1 350	39	1	1 388	1 523	82	0	1 605	
Schuldtitel von Unternehmen	590	16	0	606	823	22	0	845	
Förderungsbesicherte Wertschriften (CDO)	480	11	1	490	448	22	0	470	
Schuldtitel – zur Veräußerung verfügbar	2 809	81	4	2 886	3 246	157	0	3 403	
Banken, Stiftungen und Versicherungsgesellschaften	74	18	0	92	73	14	0	87	
Industrie und Sonstige	9	0	0	9	8	0	0	8	
Beteiligungstitel – zur Veräußerung verfügbar	83	18	0	101	81	14	0	95	
Wertschriften – zur Veräußerung verfügbar	2 892	99	4	2 987	3 327	171	0	3 498	

Unrealisierter Bruttoverlust auf Anlagen in Wertschriften und zugehöriger Fair Value

Ende	Weniger als 12 Monate		12 Monate oder länger		Total	
	Fair Value	Unrealisierte Verluste, brutto	Fair Value	Unrealisierte Verluste, brutto	Fair Value	Unrealisierte Verluste, brutto
2013 (in Mio. CHF)						
Schuldtitel, ausgegeben von Bund, Kantonen oder Gemeinden	168	2	0	0	168	2
Schuldtitel, ausgegeben von ausländischen Staaten	109	1	0	0	109	1
Förderungsbesicherte Wertschriften (CDO)	10	1	0	0	10	1
Schuldtitel – zur Veräußerung verfügbar	287	4	0	0	287	4

Das Management geht davon aus, dass die unrealisierten Verluste auf Schuldtiteln vorwiegend auf Schwankungen der allgemeinen Marktzinsen, der Kreditrisikoprämien oder der Wechselkurse zurückzuführen sind. 2012 wurden keine unrealisierten Verluste auf Anlagen in Wertschriften verzeichnet. Es wurden keine bedeutenden Wertberichtigungen verbucht, da die Gruppe nicht die

Absicht hat, die Anlagen zu verkaufen, und keine Anzeichen dafür bestehen, dass sie genötigt sein wird, die Anlagen vor Wiederaufholung der fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu verkaufen, was möglicherweise bis zum Verfall der Anlagen dauern kann.

Erlös aus Verkäufen, realisierte Gewinne und realisierte Verluste aus zur Veräusserung verfügbaren Wertschriften

	2013		2012		2011	
	Schuld- titel	Beteiligungs- titel	Schuld- titel	Beteiligungs- titel	Schuld- titel	Beteiligungs- titel
Zusätzliche Informationen (in Mio. CHF)						
Verkaufserlös	163	13	294	642	2 117	1
Realisierte Gewinne	7	1	14	294	40	0
Realisierte Verluste	0	0	(2)	0	(22)	0

Fortgeschriebene Anschaffungskosten, Fair Value und durchschnittliche Rendite der Schuldtitel

Ende	Schuldtitel – zur Veräusserung verfügbar		
	Fortge- schriebene Anschaf- fungskosten	Fair Value	Durch- schnittliche Rendite (in %)
2013 (in Mio. CHF)			
Fällig innerhalb eines Jahres	543	547	1.43
Fällig in 1 bis 5 Jahren	1 702	1 760	2.11
Fällig in 5 bis 10 Jahren	475	491	2.13
Fällig nach 10 Jahren	89	88	1.46
Total Schuldtitel	2 809	2 886	1.96

17 Sonstige Anlagen

Ende	2013	2012
Sonstige Anlagen (in Mio. CHF)		
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	2 043	2 167
Nicht marktgängige Beteiligungstitel ¹	6 032	7 296
Anlagen in Immobilien	600	687
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen ²	1 654	1 872
Total sonstige Anlagen	10 329	12 022

¹ Enthält Anlagen in Private Equity, Hedgefonds und Aktien mit Verfügungsbeschränkung wie auch bestimmte Anlagen in nicht marktgängige kollektive Kapitalanlagen, auf welche die Gruppe weder einen bedeutenden Einfluss hat noch eine beherrschende Kontrolle ausübt.

² Enthält erworbene Lebensversicherungspolizen, bewertet nach der Investitionsmethode, und SPIA-Verträge.

Nicht marktgängige Beteiligungstitel bei Tochtergesellschaften, die als Investmentgesellschaften betrachtet werden, werden demzufolge von eigenständigen Rechtseinheiten gehalten, die im Geltungsbereich von ASC Topic 946, «Financial Services – Investment Companies», sind. Weiter werden nicht marktgängige Beteiligungstitel bei Tochtergesellschaften, die als Broker-Dealer-Rechtseinheiten betrachtet werden, von separaten Rechtseinheiten gehalten, die im Geltungsbereich von ASC Topic 940, «Financial Services – Brokers and Dealers», sind. In den nicht marktgängigen Beteiligungstiteln sind Anlagen in Rechtseinheiten enthalten, die regelmässig den Nettoinventarwert pro Aktie oder einen entsprechenden Wert berechnen.

► Siehe «Anhang 34 – Finanzinstrumente» für weitere Informationen zu solchen Anlagen.

Der überwiegende Teil der nicht marktgängigen Beteiligungstitel wird zum Fair Value bilanziert. Es gab keine wesentlichen nicht marktgängigen Beteiligungstitel, welche nicht zum Fair Value bilanziert wurden, die sich in einer dauernden Verlustposition befanden.

Die Gruppe führt regelmässig Analysen zur Werthaltigkeit ihres Immobilienportfolios durch. Der Buchwert der wertverminderten Liegenschaften wurde auf den entsprechenden Fair Value abgeschrieben, welcher als neue Kostenbasis diente. Für diese Liegenschaften wurde der Fair Value anhand einer Analyse der diskontierten Cashflows oder anhand von externen Liegenschaftenschätzungen ermittelt. In den Jahren 2013, 2012 und 2011 wurden Wertberichtigungen in Höhe von CHF 48 Mio., CHF 13 Mio. beziehungsweise CHF 3 Mio. verbucht. Die kumulierte Abschreibung auf Anlagen in Immobilien betrug in den Jahren 2013, 2012 und 2011 CHF 340 Mio., CHF 330 Mio. beziehungsweise CHF 327 Mio.

18 Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität

Ausleihungen werden in zwei Portfoliosegmente unterteilt, «Privatkunden» sowie «Unternehmen & Institutionelle». Privatkundenkredite werden weiter in die Klassen Hypothekarkredite, Lombardkredite beziehungsweise Privatkredite unterteilt. Die Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden weiter in die Klasse Immobilien, Ausleihungen an Gewerbe und Industrie, Finanzinstitute sowie Regierungen und öffentliche Institutionen unterteilt.

Die Unterscheidung der Klassen erfolgt in erster Linie anhand der Kundensegmentierung in den beiden Geschäftsddivisionen Private Banking & Wealth Management und Investment Banking, die sich beide mit dem Kreditgeschäft befassen.

Die Gruppe weist jeder Kreditposition sowohl ein Gegenpartei- als auch ein Transaktionsrating zu. Das Gegenpartei-rating berücksichtigt die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default) einer Gegenpartei. Das Transaktionsrating berücksichtigt den erwarteten Verlust einer Transaktion im Falle eines Ausfalls der Gegenpartei unter Einbezug der erhaltenen Sicherheiten. Das Kreditrisiko wird individuell pro Schuldner beziehungsweise Kreditposition sowie auf Portfolioebene gemäss den einzelnen Klassen von Ausleihungen beurteilt und überwacht. Das Gegenpartei-risiko wird mittels Kreditlimiten gesteuert.

Ausleihungen

Ende	2013	2012
Ausleihungen (in Mio. CHF)		
Hypothekarkredite	94 978	91 872
Lombardkredite	31 565	27 363
Privatkredite	5 938	6 901
Privatkunden	132 481	126 136
Immobilien ¹	27 312	25 801
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie ¹	63 334	63 028
Finanzinstitute ¹	21 840	25 902
Regierungen und öffentliche Institutionen ¹	3 047	2 337
Unternehmen & Institutionelle	115 533	117 068
Ausleihungen, brutto	248 014	243 204
davon zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanziert	228 557	223 204
davon zum Fair Value bilanziert	19 457	20 000
(Unrealisierter Ertrag)/Abgegrenzter Aufwand, netto	(91)	(59)
Wertberichtigung für Kreditverluste	(869)	(922)
Ausleihungen, netto	247 054	242 223
Ausleihungen nach Ort, brutto (in Mio. CHF)		
Schweiz	151 992	151 226
Ausland	96 022	91 978
Ausleihungen, brutto	248 014	243 204
Portfolio gefährdeter Ausleihungen (in Mio. CHF)		
Notleidende Ausleihungen	862	859
Zinslos gestellte Ausleihungen	281	313
Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen	1 143	1 172
Restrukturierte Ausleihungen	6	30
Potenzielle Problemausleihungen	340	527
Total sonstige gefährdete Ausleihungen	346	557
Gefährdete Ausleihungen, brutto	1 489	1 729

¹ Die Vorperiode wurde korrigiert; bestimmte Gegenparteipositionen wurden von Immobilien sowie von Ausleihungen an Gewerbe und Industrie zu den Ausleihungen an Finanzinstitute beziehungsweise von Regierungen und öffentlichen Institutionen an Ausleihungen an Gewerbe und Industrie umklassiert.

Wertberichtigung für Kreditverluste

	2013			2012			2011		
	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutio- nelle	Total	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutio- nelle	Total	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutio- nelle	Total
Wertberichtigung für Kreditverluste (in Mio. CHF)									
Bestand zu Beginn der Periode	288	634	922	289	621	910	279	738	1 017
Änderungen des Konsolidierungskreises	0	(1)	(1)	(18)	0	(18)	0	0	0
In der Erfolgsrechnung erfasste Nettoveränderungen	76	90	166	95	64	159	87	54	141
Bruttoabschreibungen	(123)	(163)	(286)	(105)	(96)	(201)	(124)	(175)	(299)
Wiedereingänge	24	30	54	22	22	44	39	2	41
Nettoabschreibungen	(99)	(133)	(232)	(83)	(74)	(157)	(85)	(173)	(258)
Rückstellungen für Zinsen	5	21	26	8	21	29	2	12	14
Fremdwährungsumrechnungseinfluss und sonstige Anpassungen, netto	(3)	(9)	(12)	(3)	2	(1)	6	(10)	(4)
Bestand am Ende der Periode	267	602	869	288	634	922	289	621	910
davon Wertberichtigungsbedarf auf Einzelbasis ermittelt	217	437	654	239	457	696	222	428	650
davon Wertberichtigungsbedarf auf Portfoliobasis ermittelt	50	165	215	49	177	226	67	193	260
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto (in Mio. CHF)									
Bestand am Ende der Periode	132 470	96 087	228 557	126 124	97 080	223 204	121 401	92 262	213 663
davon Wertberichtigungsbedarf auf Einzelbasis ermittelt ¹	569	920	1 489	661	1 068	1 729	665	1 053	1 718
davon Wertberichtigungsbedarf auf Portfoliobasis ermittelt	131 901	95 167	227 068	125 463	96 012	221 475	120 736	91 209	211 945

¹ Entspricht den gefährdeten Ausleihungen, brutto, mit und ohne Einzelwertberichtigung.

Käufe, Umklassierungen und Verkäufe

	2013			2012			2011		
	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutio- nelle	Total	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutio- nelle	Total	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutio- nelle	Total
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten (in Mio. CHF)									
Käufe ¹	0	4 611	4 611	348	4 605	4 953	0	4 121	4 121
Umklassierungen aus zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen ²	0	275	275	0	216	216	0	0	0
Umklassierungen in zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen ³	0	996	996	0	1 323	1 323	0	1 363	1 363
Verkäufe ³	0	698	698	0	1 058	1 058	0	1 117	1 117

¹ Enthält Kreditbenutzung bezüglich gekaufter Kreditverpflichtungen.

² Enthält Ausleihungen, die zuvor zur Veräusserung umklassiert, aber nicht verkauft wurden, und zurückklassiert wurden in die bis zur Fälligkeit gehaltenen Ausleihungen.

³ Alle zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten gehaltenen Ausleihungen, die verkauft werden, werden am oder vor dem Datum des Verkaufs in die zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen umklassiert.

Kreditqualität von zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanzierten Ausleihungen

Die Geschäftsleitung überwacht die Kreditqualität von Ausleihungen mithilfe ihrer strukturierten Kreditrisikomanagementprozesse zur einheitlichen Beurteilung, Quantifizierung, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken. Dieser Prozess erfordert eine sorgfältige Prüfung von Kreditvergaben, das Setzen von spezifischen Limiten, die dauernde Überwachung der gewährten Ausleihungen, die aktive Nutzung von Kreditsicherungsinstrumenten und ein diszipliniertes Vorgehen beim Ermitteln und Erfassen von Wertberichtigungen.

Die Geschäftsleitung bezieht zahlreiche Faktoren in die Beurteilung der Kreditqualität der Ausleihungen ein. Dazu zählen unter anderem die Volatilität der Ausfallwahrscheinlichkeiten, Änderungen der Ratings, der Umfang potenzieller Verluste, interne Risikoratings sowie geografische, branchenbezogene und andere wirtschaftliche Faktoren. Zur Offenlegung der Kreditqualität verwendet die Gruppe interne Risikoratings als Kreditqualitätsindikatoren.

Die Gruppe verwendet eine Reihe von Kreditratings, um ihre Gegenparteien intern zu bewerten. Kreditratings sollen das Risiko eines Ausfalls der einzelnen Kreditnehmer oder Gegenparteien widerspiegeln. Die Ratings werden anhand intern entwickelter Ratingmodelle und -prozesse zugewiesen, die Governance- und intern unabhängigen Validierungsverfahren unterliegen.

Interne Ratings werden für alle Ausleihungen vergeben und widerspiegeln die interne Einschätzung der Gruppe in Bezug auf die Kreditqualität des Kreditnehmers. Interne Ratings können von externen Ratings einer Gegenpartei abweichen, sofern externe Ratings überhaupt vorhanden sind. Die internen Ratings werden mindestens jährlich überprüft. Zur Berechnung von internen Risikoschätzungen und der risikogewichteten Aktiven wird jeder Ausleihung eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Bei Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle, mit Ausnahme der auf der Schweizer Plattform verwalteten Unternehmen, wird die

Ausfallwahrscheinlichkeit anhand des internen Kreditratings ermittelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeit für jedes Rating wird anhand der historischen Ausfallerfahrung mithilfe externer Daten von Standard & Poor's kalibriert und einem Backtesting unterzogen, um sicherzustellen, dass die Ratings mit der internen Erfahrung übereinstimmen. Bei Unternehmen, die auf der Schweizer Plattform verwaltet werden, und bei Privatkundenkrediten wird die Ausfallwahrscheinlichkeit direkt von eigenen statistischen Ratingmodellen berechnet. Diese basieren auf intern erfassten Daten, die sowohl aus quantitativen Faktoren (bei Hypothekarkrediten vor allem Belehnungssatz und Einkommen des Kreditnehmers und bei Unternehmen Bilanzinformationen) wie auch qualitativen Faktoren (beispielsweise Kredithistorien von Kreditauskunfteien) bestehen. In diesem Fall werden für Berichterstattungszwecke basierend auf den Ausfallwahrscheinlichkeitsbändern, die den einzelnen Ratings zugeordnet werden, äquivalente Ratings zugewiesen.

Reverse-Repo-Geschäfte sind vollumfänglich besichert; im Falle eines Ausfalls der Gegenpartei ist die Gruppe vertraglich berechtigt, die gehaltenen Sicherheiten zu veräussern. Die Gruppe betreibt das Risikomanagement für diese Instrumente auf Basis des Werts der gestellten Sicherheiten, anders als bei Ausleihungen, bei welchen das Risikomanagement auf Basis der Rückzahlungsfähigkeit der Gegenpartei erfolgt. Daher ist die Deckung durch Sicherheiten der am besten geeignete Indikator für die Kreditqualität bei Reverse-Repo-Geschäften. Darüber hinaus hat sich die Gruppe bei den meisten ihrer Reverse-Repo-Geschäfte für die Fair-Value-Option entschieden. Die Reverse-Repo-Geschäfte werden daher in den folgenden Tabellen nicht ausgewiesen.

Die folgenden Tabellen zeigen den verbuchten Kostenwert (Recorded Investment) der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Ausleihungen der Gruppe nach internen Gegenpartei-kreditratings, die für diese Offenlegung als Indikatoren für die Kreditqualität verwendet werden, sowie eine Altersstruktur der entsprechenden Ausleihungen.

Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto, nach internen Gegenparteiratings

Ende	AAA	AA	A	BBB	BB	B	CCC	CC	C	D	Total
2013 (in Mio. CHF)											
Hypothekarkredite	302	2 257	17 398	57 033	16 857	883	39	0	0	209	94 978
Lombardkredite	182	349	4 214	24 497	2 131	90	2	6	0	94	31 565
Privatkredite	0	14	226	2 501	1 952	824	43	0	119	248	5 927
Privatkunden	484	2 620	21 838	84 031	20 940	1 797	84	6	119	551	132 470
Immobilien	1 344	1 050	3 511	13 669	6 897	322	0	1	0	72	26 866
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	183	740	1 901	21 232	23 131	3 621	232	6	6	671	51 723
Finanzinstitute	1 319	1 706	4 041	5 625	2 440	776	14	1	0	112	16 034
Regierungen und öffentliche Institutionen	78	324	178	440	148	73	223	0	0	0	1 464
Unternehmen & Institutionelle	2 924	3 820	9 631	40 966	32 616	4 792	469	8	6	855	96 087
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto	3 408	6 440	31 469	124 997	53 556	6 589	553	14	125	1 406	228 557
Wert der Sicherheiten ¹	2 553	5 046	28 186	116 971	45 376	3 372	102	1	10	616	202 233
2012 (in Mio. CHF)											
Hypothekarkredite	387	730	12 176	58 491	19 255	599	13	9	0	212	91 872
Lombardkredite	79	57	948	23 357	2 728	92	6	1	0	95	27 363
Privatkredite	0	6	100	3 324	2 065	901	39	0	129	325	6 889
Privatkunden	466	793	13 224	85 172	24 048	1 592	58	10	129	632	126 124
Immobilien ²	333	374	2 199	14 537	7 762	195	0	0	0	55	25 455
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie ²	166	325	1 580	22 040	23 070	3 467	209	1	47	763	51 668
Finanzinstitute ²	2 288	2 087	4 661	5 260	3 566	382	0	33	14	147	18 438
Regierungen und öffentliche Institutionen	131	50	360	521	127	101	229	0	0	0	1 519
Unternehmen & Institutionelle	2 918	2 836	8 800	42 358	34 525	4 145	438	34	61	965	97 080
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto	3 384	3 629	22 024	127 530	58 573	5 737	496	44	190	1 597	223 204
Wert der Sicherheiten ¹	2 918	2 616	19 526	116 583	48 342	3 210	189	44	15	791	194 234

¹ Enthält den Wert von Sicherheiten bis zum Betrag der entsprechenden ausstehenden Ausleihungen. Für Hypothekarkredite entsprechen die Werte der Sicherheiten üblicherweise den Werten im Zeitpunkt der Kreditvergabe.

² Die Vorperiode wurde korrigiert; bestimmte Gegenparteipositionen wurden von Immobilien sowie von Ausleihungen an Gewerbe und Industrie zu den Ausleihungen an Finanzinstitute umklassiert.

Wert der Sicherheiten

Im Private Banking & Wealth Management wird der Wert aller Sicherheiten für Ausleihungen regelmässig entsprechend unseren Weisungen und Richtlinien zum Risikomanagement überprüft, wobei das maximale Überprüfungsintervall von der Marktliquidität, der Markttransparenz und den Schätzungskosten bestimmt wird. So werden beispielsweise gehandelte Wertschriften täglich neu bewertet und Liegenschaftswerte unter Berücksichtigung der Merkmale des Kreditnehmers, der aktuellen Entwicklungen im entsprechenden Immobilienmarkt und des gegenwärtigen Kreditrisikos des Kreditnehmers mit einem Überprüfungsintervall von über einem Jahr geschätzt. Bei erheblichen Änderungen der Kreditrisikoposition des Kreditnehmers, in volatilen Märkten oder in Zeiten, in denen das allgemeine Marktrisiko zunimmt, kann der Wert der Sicherheiten häufiger geschätzt werden. Es liegt im Ermessen des Managements, zu beurteilen, ob die Volatilität der Märkte

oder eine Zunahme des allgemeinen Marktrisikos eine häufigere Anpassung des Werts der Sicherheiten rechtfertigen. Zusätzlich zur Analyse externer Prognosen, zu Szenariotechniken und makroökonomischen Untersuchungen werden auch Veränderungen bei den überwachten Risikokennzahlen, die sich statistisch von den historischen Erfahrungswerten unterscheiden, berücksichtigt. Bei gefährdeten Ausleihungen wird der Fair Value der Sicherheiten innerhalb von 90 Tagen nach der Feststellung des Wertberichtigungsbedarfs ermittelt und danach regelmässig durch das Kreditrisikomanagement der Gruppe im Zuge der Überprüfung der Werthaltigkeit neu bewertet.

Im Investment Banking sind nur wenige Ausleihungen von der Deckung durch Sicherheiten abhängig. Bei diesen Ausleihungen wird der Wert der Sicherheiten mindestens jährlich geschätzt oder wenn ein für die Ausleiher relevantes Ereignis eintritt.

Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto – Altersstruktur

Ende	Fortlaufend				Überfällig		Total
		Bis 30 Tage	31–60 Tage	61–90 Tage	Mehr als 90 Tage	Total	
2013 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	94 657	103	26	25	167	321	94 978
Lombardkredite	31 365	95	2	12	91	200	31 565
Privatkredite	5 218	377	93	55	184	709	5 927
Privatkunden	131 240	575	121	92	442	1 230	132 470
Immobilien	26 774	19	2	2	69	92	26 866
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	50 879	343	77	74	350	844	51 723
Finanzinstitute	15 841	87	2	1	103	193	16 034
Regierungen und öffentliche Institutionen	1 459	5	0	0	0	5	1 464
Unternehmen & Institutionelle	94 953	454	81	77	522	1 134	96 087
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto	226 193	1 029	202	169	964	2 364	228 557
2012 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	91 527	156	17	11	161	345	91 872
Lombardkredite	27 034	220	3	3	103	329	27 363
Privatkredite	6 116	420	90	52	211	773	6 889
Privatkunden	124 677	796	110	66	475	1 447	126 124
Immobilien ¹	25 296	107	2	2	48	159	25 455
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie ¹	50 407	720	27	138	376	1 261	51 668
Finanzinstitute ¹	18 205	53	2	34	144	233	18 438
Regierungen und öffentliche Institutionen	1 484	35	0	0	0	35	1 519
Unternehmen & Institutionelle	95 392	915	31	174	568	1 688	97 080
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto	220 069	1 711	141	240	1 043	3 135	223 204

¹ Die Vorperiode wurde korrigiert; bestimmte Gegenparteipositionen wurden von Immobilien sowie von Ausleihungen an Gewerbe und Industrie zu den Ausleihungen an Finanzinstitute umklassiert.

Gefährdete Ausleihungen

Kategorien gefährdeter Ausleihungen

Gemäss den Richtlinien der Gruppe werden notleidende Ausleihungen, zinslos gestellte Ausleihungen, restrukturierte Ausleihungen und potenzielle Problemausleihungen als gefährdete Ausleihungen erfasst.

► Siehe «Ausleihungen» in Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze für weitere Informationen zu den Kategorien gefährdeter Ausleihungen.

Per 31. Dezember 2013 und 2012 enthielten die bis zur Fälligkeit gehaltenen Ausleihungen, die zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanziert werden, keine Wohnbauhypotheken in

Subprime-Qualität. Entsprechend enthielten die gefährdeten Ausleihungen keine Wohnbauhypotheken in Subprime-Qualität. Per 31. Dezember 2013 und 2012 hatte die Gruppe keine wesentlichen Verpflichtungen, weitere Kredite an Schuldner zu gewähren, bei welchen die Kreditbedingungen im Rahmen der Umschuldung von Problemausleihungen modifiziert worden waren.

In den Jahren 2013, 2012 und 2011 waren die Anzahl Umschuldungen von Problemausleihungen und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen sowie die Anzahl Ausfälle und die diesbezüglichen Buchwerte von Ausleihungen, die in den vorausgegangenen 12 Monaten umgeschuldet worden waren, unwesentlich.

Gefährdete Ausleihungen nach Kategorien, brutto

Ende	Notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen			Sonstige gefährdete Ausleihungen			Total
	Notleidende Ausleihungen	Zinslos gestellte Ausleihungen	Total	Restrukturierte Ausleihungen	Potenzielle Problem-ausleihungen	Total	
2013 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	167	13	180	0	45	45	225
Lombardkredite	20	71	91	0	4	4	95
Privatkredite	244	5	249	0	0	0	249
Privatkunden	431	89	520	0	49	49	569
Immobilien	53	15	68	0	5	5	73
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	307	144	451	6	258	264	715
Finanzinstitute	71	33	104	0	28	28	132
Unternehmen & Institutionelle	431	192	623	6	291	297	920
Gefährdete Ausleihungen, brutto	862	281	1 143	6	340	346	1 489
2012 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	154	16	170	0	69	69	239
Lombardkredite	18	74	92	0	3	3	95
Privatkredite	315	10	325	0	2	2	327
Privatkunden	487	100	587	0	74	74	661
Immobilien	46	5	51	0	15	15	66
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	268	170	438	30	373	403	841
Finanzinstitute	58	38	96	0	65	65	161
Unternehmen & Institutionelle	372	213	585	30	453	483	1 068
Gefährdete Ausleihungen, brutto	859	313	1 172	30	527	557	1 729

Ausbuchung und Wiedereingang von Ausleihungen

Eine Ausleiherung wird ausgebucht, wenn als sicher gilt, dass der ausstehende Kapitalbetrag nicht mehr eingebracht werden kann. Im Investment Banking wird eine Ausleiherung auf ihren Nettobuchwert abgeschrieben, sobald die für sie gebildete Rückstellung 80% ihres Nominalwerts übersteigt, ausser wenn mit einer Rückzahlung der Ausleiherung innerhalb der nächsten zwei Quartale gerechnet wird. Im Private Banking & Wealth Management erfolgen Ausbuchungen aufgrund einer individuellen Beurteilung der Gegenpartei durch das Kreditrisikomanagement der Gruppe, wenn feststeht, dass Teile einer Ausleiherung nicht einbringbar sind. Bei besicherten Ausleihungen wird die Sicherheit beurteilt und das ungedeckte Engagement ausgebucht. Ausbuchungen auf unbesicherte Ausleihungen hängen von der Fähigkeit des Kreditnehmers ab, die ausstehende Ausleiherung aus dem frei verfügbaren Cashflow zurückzuzahlen. Die Gruppe prüft die Einbringbarkeit der gewährten Ausleihungen, wenn ein Kreditnehmer seinen

Zahlungsverpflichtungen voraussichtlich nicht oder nur teilweise oder nur mit Unterstützung Dritter nachkommt. Anpassungen werden unter Berücksichtigung des geschätzten realisierbaren Werts der Ausleiherung oder allfälliger Sicherheiten vorgenommen. Auslöser für eine Beurteilung der Bonität eines Kreditnehmers und dessen Absorptionsfähigkeit negativer Entwicklungen sind zum Beispiel i) ein Verzug bei Zins- oder Kapitalzahlungen von mehr als 90 Tagen, ii) ein Verzicht der Gruppe auf Zinsen oder Kapital, iii) eine Zinslosstellung der Ausleiherung, iv) die Einbringung der Schuld durch Pfändung, Konkursbetreibung oder Verwertung der Sicherheit oder v) die Insolvenz des Kreditnehmers. Anhand einer solchen Beurteilung prüft das Kreditrisikomanagement der Gruppe individuell und laufend die Notwendigkeit von Ausbuchungen.

Der Wiedereingang vormals abgeschriebener und ausgebuchter Ausleihungen wird zum Geldbetrag oder zum geschätzten Fair Value anderer erhaltener Werte erfasst.

Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto

Ende	2013			2012		
	Verbuchter Kostenwert	Ausste- hender Kapital- betrag	Zugehörige Einzelwert- berichtigung	Verbuchter Kostenwert	Ausste- hender Kapital- betrag	Zugehörige Einzelwert- berichtigung
Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto (in Mio. CHF)						
Hypothekarkredite	207	197	28	206	197	32
Lombardkredite	67	63	55	68	66	53
Privatkredite	231	211	134	302	280	154
Privatkunden	505	471	217	576	543	239
Immobilien	71	65	15	63	55	22
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	705	656	340	715	677	342
Finanzinstitute	131	127	82	157	155	93
Unternehmen & Institutionelle	907	848	437	935	887	457
Gefährdete Ausleihungen, brutto, mit Einzelwertberichtigung	1 412	1 319	654	1 511	1 430	696
Hypothekarkredite	18	18	–	33	33	–
Lombardkredite	28	28	–	27	28	–
Privatkredite	18	18	–	25	25	–
Privatkunden	64	64	–	85	86	–
Immobilien	2	2	–	3	3	–
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	10	10	–	126	128	–
Finanzinstitute	1	1	–	4	4	–
Unternehmen & Institutionelle	13	13	–	133	135	–
Gefährdete Ausleihungen, brutto, ohne Einzelwertberichtigung	77	77	–	218	221	–
Gefährdete Ausleihungen, brutto	1 489	1 396	654	1 729	1 651	696
davon Privatkunden	569	535	217	661	629	239
davon Unternehmen & Institutionelle	920	861	437	1 068	1 022	457

Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto (Fortsetzung)

	2013			2012			2011		
	Durchschnittlich verbuchter Kostenwert	Vereinnehmer Zinsertrag	Vereinnehmer Zinsertrag, auf Basis Cash-Methode	Durchschnittlich verbuchter Kostenwert	Vereinnehmer Zinsertrag	Vereinnehmer Zinsertrag, auf Basis Cash-Methode	Durchschnittlich verbuchter Kostenwert	Vereinnehmer Zinsertrag	Vereinnehmer Zinsertrag, auf Basis Cash-Methode
Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto (in Mio. CHF)									
Hypothekarkredite	204	1	1	217	1	1	222	1	0
Lombardkredite	70	2	2	68	1	0	82	1	0
Privatkredite	256	0	0	277	3	3	276	2	1
Privatkunden	530	3	3	562	5	4	580	4	1
Immobilien	72	1	1	58	0	0	47	1	1
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	748	5	5	620	3	2	871	7	6
Finanzinstitute	136	0	0	201	2	2	160	0	0
Regierungen und öffentliche Institutionen	0	0	0	6	0	0	6	0	0
Unternehmen & Institutionelle	956	6	6	885	5	4	1 084	8	7
Gefährdete Ausleihungen, brutto, mit Einzelwertberichtigung	1 486	9	9	1 447	10	8	1 664	12	8
Hypothekarkredite	26	0	0	40	0	0	94	0	0
Lombardkredite	27	0	0	8	0	0	4	0	0
Privatkredite	22	0	0	41	0	0	19	0	0
Privatkunden	75	0	0	89	0	0	117	0	0
Immobilien	11	0	0	13	0	0	74	5	5
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	59	0	0	215	3	3	149	1	0
Finanzinstitute	2	0	0	8	0	0	19	0	0
Unternehmen & Institutionelle	72	0	0	236	3	3	242	6	5
Gefährdete Ausleihungen, brutto, ohne Einzelwertberichtigung	147	0	0	325	3	3	359	6	5
Gefährdete Ausleihungen, brutto	1 633	9	9	1 772	13	11	2 023	18	13
davon Privatkunden	605	3	3	651	5	4	697	4	1
davon Unternehmen & Institutionelle	1 028	6	6	1 121	8	7	1 326	14	12

Einzelwertberichtigung für gefährdete Ausleihungen

Die Gruppe betrachtet eine Ausleiherung als gefährdet, wenn es aufgrund der vorliegenden Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sich die gemäss den vertraglichen Bestimmungen der Kreditvereinbarung fälligen Beträge nicht einbringen lassen. Die Gruppe führt eine gründliche Überprüfung und Analyse gefährdeter Ausleihungen durch. Dabei berücksichtigt sie Faktoren wie Wiedereingangs- und Ausstiegsmöglichkeiten sowie die Sicherheiten und das Gegenparteiisiko. Alle gefährdeten Ausleihungen werden grundsätzlich individuell beurteilt. Bei Privatkundenkrediten ist der Auslöser für die Erkennung einer gefährdeten Ausleiherung die Nichtbezahlung von Zinsen. Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden mindestens jährlich anhand der Jahresrechnung des Kreditnehmers und allfälliger Hinweise auf mögliche Schwierigkeiten überprüft. Ausleihungen, die nicht gefährdet sind, aber aufgrund von Änderungen an Kreditklauseln, Herabstufungen des Ratings, negativen Finanzmeldungen und anderen ungünstigen Entwicklungen besondere Aufmerksamkeit erfordern, werden auf eine Überwachungsliste gesetzt. Alle Ausleihungen auf der Überwachungsliste werden mindestens

vierteljährlich daraufhin überprüft, ob sie dem Recovery-Management der Gruppe übergeben werden sollen. Ab diesem Zeitpunkt werden sie vierteljährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Wird eine einzelne Ausleiherung bei einer spezifischen Überprüfung als gefährdet eingestuft, wird die Einzelwertberichtigung gemäss angemessener Schätzung der Kreditverluste per Ende der Berichtsperiode ermittelt. Danach wird die Wertberichtigung abhängig von dem Risikoprofil des Kreditnehmers oder kreditrelevanten Ereignissen mindestens jährlich vom Kreditrisikomanagement der Gruppe überprüft. Bei gewissen gefährdeten Ausleihungen, die nicht von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Barwertes der künftigen Cashflows ermittelt. Die Wertberichtigung kann aber aus praktischen Gründen anhand des beobachtbaren Marktpreises einer Ausleiherung ermittelt werden. Wird der Barwert geschätzter zukünftiger Cashflows genutzt, werden die gefährdete Ausleiherung und die entsprechende Einzelwertberichtigung mindestens vierteljährlich neu bewertet, um den Ablauf der Zeit zu berücksichtigen. Für gefährdete Ausleihungen, die von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Fair Value der Sicherheit berechnet.

19 Liegenschaften und Einrichtungen

Ende	2013	2012
Liegenschaften und Einrichtungen (in Mio. CHF)		
Gebäude und Einbauten	2 415	2 429
Grundstücke	491	501
Einbauten in Mietobjekte	2 043	2 174
Software	5 740	5 324
Einrichtungen	2 370	3 160
Liegenschaften und Einrichtungen	13 059	13 588
Kumulierte Abschreibungen	(7 968)	(7 970)
Total Liegenschaften und Einrichtungen, netto	5 091	5 618

Abschreibungen und Wertberichtigungen

	2013	2012	2011
in Mio. CHF			
Abschreibungen	1 236	1 229	1 078
Wertberichtigungen	65	17	87

2011 wurde die geschätzte Nutzungsdauer für Einbauten in Mietobjekten und Gebäuden in der Schweiz infolge einer Schätzungsanpassung von fünf auf zehn Jahre erhöht. Diese

Schätzungsanpassung per 1. Januar 2011 führte insgesamt zu einem Rückgang des Abschreibungsaufwands von CHF 64 Mio. (CHF 56 Mio. nach Steuern).

20 Goodwill

	2013			2012		
	Private Banking & Wealth Management	Investment Banking	Credit Suisse Group	Private Banking & Wealth Management	Investment Banking	Credit Suisse Group
Bruttobetrag Goodwill (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	2 409	6 062	8 471	2 471	6 202	8 673
Während des Jahres erworbener Goodwill	3	0	3	28	0	28
Aufgegebene Geschäftsbereiche	(127)	0	(127)	0	0	0
Fremdwährungsumrechnungseinfluss	(73)	(141)	(214)	(54)	(138)	(192)
Sonstige	(36)	(4)	(40)	(36)	(2)	(38)
Bestand am Ende der Periode	2 176	5 917	8 093	2 409	6 062	8 471
Kumulierte Wertberichtigungen (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	0	82	82	0	82	82
Wertberichtigungsverluste	12	0	12	0	0	0
Bestand am Ende der Periode	12	82	94	0	82	82
Nettobuchwert (in Mio. CHF)						
Nettobuchwert	2 164	5 835	7 999	2 409	5 980	8 389

¹ Enthält Anpassungen für Steuervorteile aus der Amortisation von steuerlichem Goodwill im Zusammenhang mit dem Kauf der verbliebenen Minderheitsbeteiligung an Hedging-Griffo im Jahr 2012.

In Übereinstimmung mit US GAAP prüft die Gruppe laufend, ob ein auslösendes Ereignis stattgefunden hat. Per 31. Dezember 2013 lag die Marktkapitalisierung der Gruppe über dem Buchwert und per 31. Dezember 2012 lag die Marktkapitalisierung der Gruppe unter dem Buchwert.

Der Buchwert jeder Berichtseinheit für einen Goodwill-Werthaltigkeitstest wird auf der Basis der risikogewichteten Aktiven, des Leverage Ratio Exposure, der latenten Steuerguthaben, der kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen, des Goodwill und sonstiger immaterieller Werte festgelegt. Das nach Berücksichtigung all dieser Faktoren allfällig verbleibende Eigenkapital wird anteilig an die Berichtseinheiten zugewiesen. Früher wurde der Buchwert jeder Berichtseinheit auf der Basis des zugewiesenen Economic Capital der Berichtseinheit festgelegt. Die verbesserte Methode für die Festlegung des Buchwerts der Berichtseinheiten widerspiegelt die heutige Art und Weise, wie diese Geschäftseinheiten geführt werden, sowie die aufsichtsrechtlichen Kapitaleinschränkungen jeder Berichtseinheit. Per 31. Dezember 2013 wurde der Goodwill nach beiden Methoden auf notwendige Wertberichtigungen überprüft, um den Buchwert jeder Berichtseinheit festzulegen.

Zur Schätzung des Fair Value ihrer Berichtseinheiten verwendete die Gruppe generell einen marktorientierten Ansatz, der zum einen Multiplikatoren auf Basis Kurs und Gewinnerwartung oder Multiplikatoren auf Basis Kurs und Buchwert von ähnlichen gehandelten Unternehmen und zum anderen die zuletzt bezahlten Preise für Transaktionen in der gleichen oder verwandten Branche berücksichtigt.

Die Bestimmung des Fair Value basierte auf dem dreijährigen strategischen Geschäftsplan der Gruppe, welcher wesentliche Annahmen und Schätzungen des Managements bezüglich der aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Bedingungen und regulatorischen Veränderungen enthält.

Auf der Grundlage ihrer Analyse der Werthaltigkeit des Goodwill per 31. Dezember 2013 kam die Gruppe zum Schluss, dass der geschätzte Fair Value für drei Berichtseinheiten in der Division Private Banking & Wealth Management den entsprechenden Bilanzwert wesentlich überstieg und per 31. Dezember 2013 keine Wertberichtigung notwendig war. Der Fair Value der nicht strategischen Berichtseinheit von Private Banking & Wealth Management war am Datum ihrer Schaffung im vierten Quartal 2013 geringer als der geschätzte Buchwert, weshalb die Gruppe eine Goodwill-Wertberichtigung von CHF 12 Mio. erfasste.

Auch für die Berichtseinheit Investment Banking war keine Wertberichtigung notwendig, da der geschätzte Fair Value den Bilanzwert wesentlich überstieg. Wir haben einen unabhängigen Bewertungsspezialisten beauftragt, uns bei der Bewertung der Berichtseinheit per 31. Dezember 2013 unter Verwendung einer Kombination des marktorientierten und ertragsorientierten Ansatzes zu unterstützen. Im Rahmen des marktorientierten Ansatzes werden zum einen Multiplikatoren auf Basis Kurs und Gewinnerwartung oder Multiplikatoren auf Basis Kurs und Buchwert von ähnlichen gehandelten Unternehmen und zum anderen die zuletzt bezahlten Preise für Transaktionen in der gleichen oder verwandten Branche berücksichtigt. Im Rahmen des ertragsorientierten Ansatzes wurde ein Diskontierungssatz angewendet, der die Risiken und Unsicherheiten im Zusammenhang mit den prognostizierten Cashflows einer Berichtseinheit widerspiegelt.

Die Ergebnisse der Beurteilung der Werthaltigkeit des Goodwill der einzelnen Berichtseinheiten würden von nachteiligen Veränderungen der im Rahmen des Bewertungsprozesses verwendeten Annahmen beträchtlich beeinflusst. Wenn die tatsächlichen Ergebnisse von unseren bestmöglichen Schätzungen der wichtigsten wirtschaftlichen Annahmen und den entsprechenden für die Bewertung der Berichtseinheit verwendeten Cashflows in ausreichendem Mass negativ abweichen, könnte die Gruppe in Zukunft gezwungen sein, eine wesentliche Wertberichtigung vorzunehmen.

Im Zuge verschiedener Akquisitionen hat die Gruppe Goodwill als Aktivum in der konsolidierten Bilanz verbucht. Die bedeutendste Komponente stammt aus der Akquisition von Donaldson, Lufkin & Jenrette Inc. im Jahr 2000. 2013 gab die Gruppe eine Vereinbarung zur Übernahme des privaten Vermögensverwaltungsgeschäfts von Morgan Stanley in der Region EMEA, mit Ausnahme der Schweiz, bekannt. Ein erster Abschluss dieser Transaktion erfolgte im Dezember 2013 und schuf so bei der Konsolidierung Goodwill. Ein vollständiger Abschluss der Transaktion wird im Laufe des Jahres 2014 erwartet. 2012 schloss die Gruppe die Akquisition des Private-Banking-Geschäfts der HSBC in Japan ab und schuf so bei der Konsolidierung Goodwill.

2013 wies die Gruppe Goodwill von CHF 127 Mio. den abgegebenen Geschäftsbereichen zu. Der Goodwill wurde im Jahr 2013 auch durch Fremdwährungsschwankungen von auf US-Dollar lautendem Goodwill negativ beeinflusst.

21 Sonstige immaterielle Werte

Ende	2013			2012		
	Anschaffungskosten	Kumulierte Amortisation	Nettobuchwert	Anschaffungskosten	Kumulierte Amortisation	Nettobuchwert
Sonstige immaterielle Werte (in Mio. CHF)						
Handelsmarken	25	(21)	4	25	(21)	4
Kundenbeziehungen	222	(106)	116	314	(146)	168
Sonstige	7	(1)	6	8	(2)	6
Total amortisierende sonstige immaterielle Werte	254	(128)	126	347	(169)	178
Nicht amortisierende sonstige immaterielle Werte	84	–	84	65	–	65
davon Hypothekenverwaltungsrechte zum Fair Value	42	–	42	43	–	43
Total sonstige immaterielle Werte	338	(128)	210	412	(169)	243

Weitere Informationen

	2013	2012	2011
Gesamtbetrag der Amortisationen und Wertberichtigungen (in Mio. CHF)			
Gesamtbetrag der Amortisationen	24	28	30
Wertberichtigungen	8	7	0
davon bezüglich aufgebener Geschäftsbereiche	7	0	0

Geschätzte Amortisationen

Geschätzte Amortisation (in Mio. CHF)	
2014	18
2015	18
2016	17
2017	17
2018	16

22 Sonstige Aktiven und sonstige Verbindlichkeiten

Ende	2013	2012
Sonstige Aktiven (in Mio. CHF)		
Barsicherheiten für derivative Instrumente	8 359	10 904
Barsicherheiten für nicht derivative Instrumente	1 412	1 995
Derivative Instrumente zur Absicherung	2 062	3 930
Zur Veräusserung gehaltene Aktiven	19 306	20 343
davon Ausleihungen ¹	18 914	19 894
davon Immobilien	392	442
Aktiven bankinterner Sondervermögen	11 236	13 414
Zinsforderungen und Kommissionen	4 859	5 861
Latente Steuerguthaben	6 185	7 102
Aktive Rechnungsabgrenzungen	552	538
Nicht als Kauf qualifizierende Transaktionen	2 365	2 699
Sonstige	6 729	6 126
Sonstige Aktiven	63 065	72 912
Sonstige Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)		
Barsicherheiten für derivative Instrumente	11 663	12 224
Barsicherheiten für nicht derivative Instrumente	955	1 246
Derivative Instrumente zur Absicherung	384	1 182
Rückstellungen ²	2 641	1 362
davon Ausserbilanzrisiken	60	60
Verbindlichkeiten bankinterner Sondervermögen	11 236	13 414
Zinsverbindlichkeiten und Kommissionen	5 641	6 752
Laufende Steuerverbindlichkeiten	864	863
Latente Steuerverbindlichkeiten	394	130
Nicht als Verkauf qualifizierende Transaktionen	2 396	4 336
Sonstige	15 273	16 128
Sonstige Verbindlichkeiten	51 447	57 637

¹ Per 31. Dezember 2013 und 2012 waren Ausleihungen mit Verfügungsbeschränkung von CHF 1 778 Mio. beziehungsweise CHF 3 730 Mio. enthalten, welche als Sicherheiten für besicherte Anleihen dienen, sowie in Stiftungen gehaltene Ausleihungen von CHF 769 Mio. beziehungsweise CHF 922 Mio., welche konsolidiert werden, da sie unter US GAAP nicht als Verkäufe qualifizieren.

² Enthält Rückstellungen für Überbrückungsverpflichtungen.

23 Einlagen

Ende	2013			2012		
	Schweiz	Ausland	Total	Schweiz	Ausland	Total
Einlagen (in Mio. CHF)						
Nicht zinstragende Sichteinlagen	4 738	4 335	9 073	8 282	4 521	12 803
Zinstragende Sichteinlagen	141 078	26 294	167 372	132 393	24 976	157 369
Spareinlagen	63 583	26	63 609	60 103	44	60 147
Termineinlagen	15 358	100 785	116 143 ¹	10 786	98 221	109 007 ¹
Total Einlagen	224 757	131 440	356 197²	211 564	127 762	339 326²
davon Verbindlichkeiten gegenüber Banken	–	–	23 108	–	–	31 014
davon Kundeneinlagen	–	–	333 089	–	–	308 312

Die Zuweisung der Einlagen auf die Schweiz und das Ausland basiert auf dem Standort der Geschäftsstelle, welche die Einlage verbucht.

¹ Per 31. Dezember 2013 und 2012 waren CHF 116 106 Mio. beziehungsweise CHF 108 887 Mio. individuelle Termineinlagen in der Schweiz oder in ausländischen Geschäftsstellen im Betrag von mehr als USD 100 000 (zum entsprechenden Betrag in Schweizer Franken) enthalten.

² Per 31. Dezember 2013 und 2012 nicht enthalten waren CHF 18 Mio. beziehungsweise CHF 67 Mio. überzogene Einlagenkonten, die in die Ausleihungen umklassiert wurden.

24 Langfristige Verbindlichkeiten

Ende	2013	2012
Langfristige Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)		
Vorrangige	96 048	115 861
Nachrangige	21 002	17 741
Verbindlichkeiten ohne Rückgriff aus konsolidierten VIEs	12 992	14 532
Langfristige Verbindlichkeiten	130 042	148 134
davon zum Fair Value ausgewiesen	63 369	65 384
davon strukturierte Schuldtitel	34 815	36 637

Strukturierte Schuldtitel nach Produkten

Ende	2013	2012
Strukturierte Schuldtitel (in Mio. CHF)		
Aktien	23 313	23 761
Anleihen	5 573	6 559
Emerging Markets ¹	1 766	3 304
Kredite	3 453	1 893
Sonstige	710	1 120
Total strukturierte Schuldtitel	34 815	36 637

¹ Transaktionen, bei welchen die Rendite auf einem referenzierten Basiswert oder einer Gegenpartei basiert, die typisch für Emerging Markets sind.

Die gesamten langfristigen Verbindlichkeiten bestehen aus von Treasury durchgeführten Emissionen von Anleihen, die keine Eigenschaften von Derivaten haben (gewöhnliche Anleihen), sowie aus hybriden Schuldtiteln mit eingebetteten Derivaten, welche im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Gruppe im Bereich strukturierter Produkte emittiert werden. Die langfristigen Verbindlichkeiten umfassen sowohl auf Schweizer Franken als auch auf Fremdwährung lautende Anleihen mit festem oder variablem Zinssatz.

Die in der nachstehenden Tabelle dargestellten Zinssatzbandbreiten beruhen auf den vertraglich festgelegten Bedingungen für die gewöhnlichen Anleihen der Gruppe. Die Zinssatzbandbreiten für zukünftige Couponzahlungen von strukturierten Produkten, für welche die Fair-Value-Option gewählt wurde, werden in der nachstehenden Tabelle nicht berücksichtigt, da die betreffenden Coupons von den eingebetteten Derivaten und den bei Fälligkeit der Coupons vorherrschenden Marktbedingungen abhängen. Zudem wird auch die Wirkung der zur Absicherung eingesetzten Derivate nicht in den Zinssatzbandbreiten der zugehörigen Schuldtitel berücksichtigt.

Langfristige Verbindlichkeiten nach Fälligkeiten

Ende	2014	2015	2016	2017	2018	Später	Total
Konzernobergesellschaft der Gruppe (in Mio. CHF)							
Vorrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	0	0	0	0	0	366	366
Zinssatz (in %) ¹	–	–	–	–	–	7.3	–
Nachrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	0	29	0	0	290	2 099	2 418
Zinssätze (in %) ¹	–	8.5	–	–	6.0	7.5	–
Subtotal – Konzernobergesellschaft der Gruppe	0	29	0	0	290	2 465	2 784
Tochtergesellschaften (in Mio. CHF)							
Vorrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	9 979	13 935	3 622	9 006	2 462	12 910	51 914
Variabler Zinssatz	10 559	9 544	6 221	4 718	4 981	7 745	43 768
Zinssätze (Bandbreite in %) ¹	0.0–13.1	0.0–12.6	0.3–10.7	0.1–5.1	0.4–3.8	0.0–8.2	–
Nachrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	154	431	1 780	907	9 218	5 824	18 314
Variabler Zinssatz	52	19	0	45	0	154	270
Zinssätze (Bandbreite in %) ¹	0.5–9.3	2.5–10.3	8.2	0.9–7.3	0.1–13.3	0.1–8.5	–
Verbindlichkeiten ohne Rückgriff aus konsolidierten VIEs							
Fester Zinssatz	0	745	304	14	0	111	1 174
Variabler Zinssatz	370	164	469	15	0	10 800	11 818
Zinssätze (Bandbreite in %) ¹	0.2–13.2	0.0–3.6	0.0–12.8	1.9–4.0	–	0.0–10.8	–
Subtotal – Tochtergesellschaften	21 114	24 838	12 396	14 705	16 661	37 544	127 258
Total langfristige Verbindlichkeiten	21 114	24 867	12 396	14 705	16 951	40 009	130 042
davon strukturierte Schuldtitel	8 220	6 843	5 585	2 820	4 760	6 587	34 815

¹ Nicht enthalten sind strukturierte Schuldtitel, für welche die Fair-Value-Option angewendet wurde, weil die zugehörigen Coupons von den eingebetteten Derivaten und vorherrschenden Marktbedingungen zum Zeitpunkt der Auszahlung eines jeden Coupons abhängen.

Die Gruppe und die Bank führen bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) ein sogenanntes Shelf-Registration-Dokument, in dessen Rahmen sie von Zeit zu Zeit vorrangige und nachrangige Schuldtitel, Optionsscheine und zugehörige Garantien ausgeben dürfen. Das Shelf-Registration-Dokument erlaubt es bestimmten Tochtergesellschaften der Gruppe auch, durch die Gruppe garantierte umtauschbare oder wandelbare Schuldtitel auszugeben, die in Stammaktien der Gruppe umgetauscht oder gewandelt werden können.

► Siehe «Anhang 40 – Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften» für weitere Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften.

Die Gruppe unterhält ein Euro-Programm für mittelfristige Schuldtitel (Euro Medium Term Note Program), in dessen Rahmen sie selbst, gewisse Finanztochtergesellschaften (mit Garantie der Gruppe) und die Bank vorrangige Schuldtitel ausgeben können.

Die Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Limited, eine Finanztochtergesellschaft der Gruppe, unterhält ein sogenanntes Samurai-Shelf-Registration-Dokument über JPY 500 Mia., in dessen Rahmen sie von Zeit zu Zeit vor- und nachrangige Schuldtitel mit Garantie der Gruppe ausgeben kann.

25 Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung und zusätzliche Angaben zur Aktie

Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung

	Gewinne/ (Verluste) aus Cash- flow-Absi- cherungen	Kumulierte Währungs- umrech- nungsdif- ferenzen	Unreali- sierte Gewinne/ (Verluste) aus Wert- schriften	Versiche- rungsmat- hematis- che Gewinne/ (Verluste)	Nachzu- verrech- nende/r Dienstzeit- gutschrift/ (-aufwand)	Kumu- lierte erfolgs- neutrale Eigen- kapital- verände- rung
2013 (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	(29)	(12 767)	84	(3 801)	610	(15 903)
Zunahme/(Abnahme)	6	(991)	(27)	750	0	(262)
Zunahme/(Abnahme) aufgrund von Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	13	0	0	0	0	13
Umbuchungen, im Reingewinn erfasst	(1)	84	(5)	294	(95)	277
Total Zunahme/(Abnahme)	18	(907)	(32)	1 044	(95)	28
Bestand am Ende der Periode	(11)	(13 674)	52	(2 757)	515	(15 875)
2012 (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	(66)	(11 778)	99	(3 751)	362	(15 134)
Zunahme/(Abnahme)	7	(1 040)	227	(291)	319	(778)
Zunahme/(Abnahme) aufgrund von Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	30	0	0	0	0	30
Umbuchungen, im Reingewinn erfasst	0	51	(242)	241	(71)	(21)
Total Zunahme/(Abnahme)	37	(989)	(15)	(50)	248	(769)
Bestand am Ende der Periode	(29)	(12 767)	84	(3 801)	610	(15 903)
2011 (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	(33)	(11 470)	117	(3 136)	(33)	(14 555)
Zunahme/(Abnahme)	(5)	(324)	6	(720)	383	(660)
Zunahme/(Abnahme) aufgrund von Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	(1)	0	0	0	0	(1)
Umbuchungen, im Reingewinn erfasst	(27)	16	(24)	105	12	82
Total Zunahme/(Abnahme)	(33)	(308)	(18)	(615)	395	(579)
Bestand am Ende der Periode	(66)	(11 778)	99	(3 751)	362	(15 134)

Siehe «Anhang 27 – Steuern» und «Anhang 30 – Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand» für den Ertragsteueraufwand/(-vorteil) auf den Bewegungen der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen.

Einzelheiten zu wesentlichen Anpassungen infolge von Umklassierungen

	2013
Umbuchungen, im Reingewinn erfasst (in Mio. CHF)	
Kumulierte Währungsumrechnungsdifferenzen	
Verkauf von Tochtergesellschaften ¹	84
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	
Amortisation von verbuchten versicherungsmathematischen Verlusten ²	390
Steueraufwand/(-vorteil)	(96)
Nach Steuern	294
Nachzuverrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	
Amortisation von verbuchter/m nachzuverrechnender/m (Dienstzeitgutschrift)/-aufwand ²	(120)
Steueraufwand/(-vorteil)	25
Nach Steuern	(95)

¹ Enthält Auflösungen von CHF 84 Mio. aus dem Verkauf von JO Hambro, welcher im dritten Quartal 2013 abgewickelt wurde. Diese erfolgswirksamen Umklassierungen aus den kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen in den sonstigen Ertrag wurden durch den Gewinn aus dieser Transaktion ausgeglichen.

² Diese Komponenten sind in der Berechnung des Totals Vorsorgeaufwand enthalten. Siehe «Anhang 30 – Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand» für weitere Informationen.

Zusätzliche Angaben zur Aktie

	2013	2012	2011
Ausgegebene Stammaktien			
Bestand zu Beginn der Periode	1 320 829 922	1 224 333 062	1 186 174 442
Emission von Stammaktien	275 289 427	96 496 860	38 158 620
davon MACCS-Abwicklung	199 964 015	0	0
davon aktienbasierte Vergütung	37 773 125	38 812 660	21 664 747
Bestand am Ende der Periode	1 596 119 349	1 320 829 922	1 224 333 062
Eigene Aktien			
Bestand zu Beginn der Periode	(27 036 831)	(4 010 074)	(12 228 377)
Verkauf eigener Aktien	401 126 114	394 686 376	367 978 216
davon MACCS-Abwicklung	33 488 655	0	0
Rückkauf eigener Aktien	(385 369 391)	(423 704 092)	(366 790 491)
Aktienbasierte Vergütung	6 096 954	5 990 959	7 030 578
Bestand am Ende der Periode	(5 183 154)	(27 036 831)	(4 010 074)
Ausstehende Stammaktien			
Bestand am Ende der Periode	1 590 936 195 ¹	1 293 793 091 ²	1 220 322 988

¹ Zum Nennwert von je CHF 0,04, vollständig einbezahlt. Zusätzlich zu den eigenen Aktien waren maximal 661 049 598 nicht ausgegebene Aktien (bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital) ohne weitere Genehmigung durch die Aktionäre zur Emission verfügbar. 498 874 240 dieser Aktien sind reserviert für Kapitalinstrumente.

² Zum Nennwert von je CHF 0,04, vollständig einbezahlt. Zusätzlich zu den eigenen Aktien waren maximal 771 499 654 nicht ausgegebene Aktien (bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital) ohne weitere Genehmigung durch die Aktionäre zur Emission verfügbar. 732 326 910 dieser Aktien sind reserviert für Kapitalinstrumente (einschliesslich MACCS).

Ausführung der MACCS

Am 8. April 2013 erfolgte die Ausführung und Lieferung von 233 452 670 Aktien der Gruppe im Zusammenhang mit der Umwandlung von bedingten Pflichtwandelanleihen (Mandatory and Contingent Convertible Securities, MACCS) im Wert

von CHF 3,8 Mia. Diese Aktien setzten sich zusammen aus 199 964 015 neu emittierten Aktien und 33 488 655 eigenen Aktien. Die Ausführung der MACCS durch Namenaktien unter Einsatz von genehmigtem Kapital verminderte die Verbindlichkeiten und erhöhte das Eigenkapital.

26 Verrechnung von Finanzaktiven und Finanzverbindlichkeiten

Die in den nachstehenden Tabellen aufgeführten Angaben umfassen ◊ Derivate, ◊ Reverse-Repo- und ◊ Repo-Geschäfte sowie Wertschriftenleihen, die:

- in der konsolidierten Bilanz der Gruppe verrechnet werden; oder
- einer durchsetzbaren ◊ Netting-Rahmenvereinbarung oder ähnlichen Vereinbarungen unterliegen (durchsetzbare Netting-Rahmenvereinbarungen), unabhängig davon, ob sie in der konsolidierten Bilanz der Gruppe verrechnet werden oder nicht.

Ähnliche Vereinbarungen umfassen Derivate-Clearing-Vereinbarungen, globale Rahmenverträge für Repo-Geschäfte und globale Rahmenverträge für Wertschriftenleihen.

Derivate

Die Gruppe führt bilaterale Geschäfte mit ◊ OTC-Derivaten hauptsächlich unter Rahmenverträgen der International Swaps and Derivatives Association (ISDA) und Schweizer Rahmenverträgen für OTC-Derivate durch. Diese Verträge sehen den Nettoausgleich aller betroffenen Transaktionen durch eine einmalige Zahlung bei Zahlungsunfähigkeit oder Kündigung im Rahmen des Vertrags vor. Sie erlauben es der Gruppe, Salden von derivativen Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Forderungen und Verbindlichkeiten in Verbindung mit Barsicherheiten zu verrechnen, die mit derselben Gegenpartei abgewickelt werden. Sicherheiten für OTC-Derivate werden in Form von Bargeld und marktfähigen Wertpapieren erhalten und bereitgestellt. Diese Sicherheiten unterliegen gegebenenfalls den Standard-Branchenbedingungen eines ISDA Credit Support Annex. Die Bedingungen eines ISDA Credit Support Annex sehen vor, dass als Sicherheit erhaltene oder bereitgestellte Wertpapiere während des Transaktionszeitraums verpfändet oder verkauft werden können und bei Fälligkeit des Geschäfts zurückgegeben werden müssen. Diese Bedingungen gewähren zudem

jeder Gegenpartei das Recht, die entsprechenden Transaktionen zu kündigen, wenn die andere Gegenpartei keine Sicherheit bereitstellt. Finanzielle Sicherheiten, die für OTC-Derivate erhalten oder verpfändet werden, können auch Sicherungsabreden unterliegen, die die Verwendung von finanziellen Sicherheiten einschränken.

Für börsengehandelte Derivate und ausserbörslich gehandelte Derivate mit zentraler Gegenparteien können positive und negative Wiederbeschaffungswerte und Barsicherheiten verrechnet werden, wenn die Bedingungen der Regeln und Richtlinien dieser Börsen und zentralen Clearing-Gegenparteien ein solches Netting und eine solche Verrechnung gestatten.

Wo keine entsprechenden Vereinbarungen bestehen, werden die ◊ Fair Values auf Bruttobasis verbucht.

Die Gruppe hat ihr Wahlrecht gemäss US GAAP ausgeübt und bewertet grundsätzlich alle Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten, die nicht eindeutig und eng mit dem Basisvertrag zusammenhängen, zum Fair Value. Es besteht eine Ausnahme für bestimmte aufspaltbare (bifurcatable) hybride Schuldinstrumente, die die Gruppe nicht zum Fair Value bewertet hat. Diese aufspaltbaren eingebetteten Derivate unterliegen in der Regel jedoch keinen durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen und werden nicht als derivative Finanzinstrumente unter Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen oder sonstige Aktiven oder sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Auf Angaben zu aufspaltbaren eingebetteten Derivaten wurde daher in den Offenlegungen zur Verrechnung verzichtet.

In der folgenden Tabelle werden die Bruttobeträge von Derivaten, die durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen unterliegen, nach Vertrags- und Transaktionstyp, der Verrechnungsbetrag, der Betrag der Derivate, die keinen durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen unterliegen, sowie der in der konsolidierten Bilanz ausgewiesene Nettobetrag dargestellt.

Verrechnung von Derivaten

Ende	2013		2012	
	Derivative Aktiven	Derivative Verbindlich- keiten	Derivative Aktiven	Derivative Verbindlich- keiten
Derivate, brutto, mit durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen (in Mia. CHF)				
Ausserbörslich mit zentraler Gegenpartei	265.4	262.1	365.3	365.5
Ausserbörslich	183.0	178.1	337.6	327.9
Börsengehandelt	0.3	0.0	0.3	0.2
Zinsprodukte	448.7	440.2	703.2	693.6
Ausserbörslich	58.5	68.2	60.5	73.2
Börsengehandelt	0.1	0.2	0.0	0.0
Fremdwährungsprodukte	58.6	68.4	60.5	73.2
Ausserbörslich	15.5	18.6	12.7	15.2
Börsengehandelt	14.8	15.1	13.7	14.1
Beteiligungs-/Indexprodukte	30.3	33.7	26.4	29.3
Ausserbörslich mit zentraler Gegenpartei	5.2	5.1	3.0	2.7
Ausserbörslich	20.8	21.2	27.1	26.8
Kreditderivate	26.0	26.3	30.1	29.5
Ausserbörslich	4.4	4.0	5.8	5.6
Börsengehandelt	0.5	0.8	1.5	1.7
Sonstige Produkte	4.9	4.8	7.3	7.3
Ausserbörslich mit zentraler Gegenpartei	270.6	267.2	368.3	368.2
Ausserbörslich	282.2	290.1	443.7	448.7
Börsengehandelt	15.7	16.1	15.5	16.0
Total Derivate, brutto, mit durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen	568.5	573.4	827.5	832.9
Verrechnung (in Mia. CHF)				
Ausserbörslich mit zentraler Gegenpartei	(269.1)	(267.0)	(367.2)	(367.5)
Ausserbörslich	(260.7)	(265.7)	(418.7)	(421.8)
Börsengehandelt	(15.1)	(15.1)	(14.3)	(14.2)
Verrechnung	(544.9)	(547.8)	(800.2)	(803.5)
davon Verrechnung mit Gegenparteien	(523.9)	(523.9)	(766.8)	(766.8)
davon Verrechnung von Barsicherheiten	(21.0)	(23.9)	(33.4)	(36.7)
Derivate, netto, gemäss Ausweis in der konsolidierten Bilanz (in Mia. CHF)				
Ausserbörslich mit zentraler Gegenpartei	1.5	0.2	1.1	0.7
Ausserbörslich	21.5	24.4	25.0	26.9
Börsengehandelt	0.6	1.0	1.2	1.8
Total Derivate, netto, mit durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen	23.6	25.6	27.3	29.4
Total Derivate ohne durchsetzbare Netting-Rahmenvereinbarungen ¹	10.1	11.3	9.8	11.3
Total Derivate, netto, gemäss Ausweis in der konsolidierten Bilanz	33.7	36.9	37.1	40.7
davon in Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen verbucht	31.6	36.5	33.2	39.5
davon in Sonstige Aktiven und Sonstige Verbindlichkeiten verbucht	2.1	0.4	3.9	1.2

¹ Entspricht Derivaten, für die kein Rechtsgutachten vorhanden ist, welches die Durchsetzbarkeit einer Verrechnung bei einem Ausfallereignis oder einer vertraglichen Kündigung bestätigen würde.

Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte und Wertpapierleihen

Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte werden im Allgemeinen durch globale Rahmenverträge für Repo-Geschäfte abgedeckt mit Netting-Bedingungen ähnlich wie bei den ISDA-Rahmenverträgen. In bestimmten Situationen, beispielsweise bei Zahlungsunfähigkeit, werden alle Verträge im Rahmen dieser Geschäfte gekündigt, miteinander verrechnet und mittels einer einmaligen Zahlung abgewickelt. Transaktionen im Rahmen dieser Geschäfte werden

in der konsolidierten Bilanz miteinander verrechnet, falls sie mit der gleichen Gegenpartei getätigt werden, dasselbe Fälligkeitsdatum aufweisen, durch dieselbe Clearingstelle abgewickelt werden und derselben Netting-Rahmenvereinbarung unterliegen. Die verrechneten Beträge werden auf derselben Basis wie das Basisgeschäft bewertet (das heisst auf Abgrenzungs- oder Fair-Value-Basis).

Wertpapierleihen werden in der Regel unter globalen Rahmenverträgen für Wertpapierleihen mit ähnlichen Netting-Bedingungen

wie die ISDA-Rahmenverträge durchgeführt. In bestimmten Situationen, beispielsweise bei Zahlungsunfähigkeit, werden alle Verträge im Rahmen dieser Geschäfte gekündigt, miteinander verrechnet und mittels einer einmaligen Zahlung abgewickelt. Transaktionen im Rahmen dieser Geschäfte werden in der konsolidierten Bilanz miteinander verrechnet, wenn sie dieselben Verrechnungskriterien wie Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte erfüllen. Im Allgemeinen erfüllen die meisten Wertpapierleihen nicht das Kriterium, das sie dasselbe Abrechnungsdatum aufweisen wie zu Beginn der Transaktion spezifiziert, und kommen daher für ein Netting in der konsolidierten Bilanz nicht infrage. Wertpapierleihen mit expliziten Fälligkeitsdaten können jedoch gegebenenfalls für ein Netting in der konsolidierten Bilanz infrage kommen.

Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte werden vorwiegend durch Staatsanleihen, Geldmarktpapiere und Unternehmensanleihen besichert, mit einer Laufzeit über Nacht bis zu einem längeren oder nicht näher spezifizierten Zeitraum. Im Falle einer

Zahlungsunfähigkeit der Gegenpartei ist die Gruppe vertraglich berechtigt, die gehaltenen Sicherheiten zu veräussern. Im Verlauf des normalen Geschäftsgangs verkaufte oder verpfändete die Gruppe per 31. Dezember 2013 und 2012 grundsätzlich alle als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften, bei welchen sie das Recht zum Verkauf beziehungsweise zur Weiterverpfändung hat. Unter gewissen Umständen können erhaltene finanzielle Sicherheiten während der Laufzeit des Geschäfts eingeschränkt sein (beispielsweise bei Drittparteien-Vereinbarungen).

In der folgenden Tabelle werden die Bruttobeträge der im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften und Wertpapierleihen erworbenen Wertschriften, die durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen unterliegen, der Verrechnungsbetrag, der Betrag der im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften und Wertpapierleihen erworbenen Wertschriften, die keinen durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen unterliegen, sowie der in der konsolidierten Bilanz ausgewiesene Nettobetrag dargestellt.

Verrechnung von Wertpapierkäufen im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften und Wertpapierleihen

Ende	2013			2012		
	Brutto	Verrechnung	Netto	Brutto	Verrechnung	Netto
Reverse-Repo- und Wertschriftenleihgeschäfte (in Mia. CHF)						
Reverse-Repo-Geschäfte	112.0	(25.1)	86.9	141.4	(41.1)	100.3
Guthaben aus Wertschriftenleihgeschäften	22.7	(1.7)	21.0	20.9	(2.0)	18.9
Total – mit durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen	134.7	(26.8)	107.9	162.3	(43.1)	119.2
Total – ohne durchsetzbare Netting-Rahmenvereinbarungen¹	52.1	–	52.1	64.3	–	64.3
Total	186.8	(26.8)	160.0²	226.6	(43.1)	183.5²

¹ Entspricht Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen, für die kein Rechtsgutachten vorhanden ist, welches die Durchsetzbarkeit einer Verrechnung bei einem Ausfallereignis oder einer vertraglichen Kündigung bestätigen würde.

² Per 31. Dezember 2013 und 2012 werden CHF 96 587 Mio. beziehungsweise CHF 113 664 Mio. des gesamten Nettobetrags zum Fair Value ausgewiesen.

In der folgenden Tabelle werden die Bruttobeträge der im Rahmen von Repo-Geschäften und Wertpapierleihen verkauften Wertschriften, die durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen unterliegen, der Verrechnungsbetrag, der Betrag der im Rahmen

von Repo-Geschäften und Wertpapierleihen verkauften Wertschriften, die keinen durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen unterliegen, sowie der in der konsolidierten Bilanz ausgewiesene Nettobetrag dargestellt.

Verrechnung von Wertpapierverkäufen im Rahmen von Repo-Geschäften und Wertpapierleihen

Ende	2013			2012		
	Brutto	Verrechnung	Netto	Brutto	Verrechnung	Netto
Repo- und Wertschriftenleihgeschäfte (in Mia. CHF)						
Repo-Geschäfte	86.5	(26.8)	59.7	99.7	(43.1)	56.6
Verbindlichkeiten aus Wertschriftenleihgeschäften	6.6	0.0	6.6	10.8	0.0	10.8
Verbindlichkeiten aus als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften, zum Fair Value	18.5	0.0	18.5	25.9	0.0	25.9
Total – mit durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen	111.6	(26.8)	84.8	136.4	(43.1)	93.3
Total – ohne durchsetzbare Netting-Rahmenvereinbarungen¹	32.0	–	32.0	69.5	–	69.5
Total	143.6	(26.8)	116.8	205.9	(43.1)	162.8
davon Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	120.8	(26.8)	94.0 ²	175.8	(43.1)	132.7 ²
davon Verbindlichkeiten aus als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften, zum Fair Value	22.8	0.0	22.8	30.1	0.0	30.1

¹ Entspricht Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen, für die kein Rechtsgutachten vorhanden ist, welches die Durchsetzbarkeit einer Verrechnung bei einem Ausfallereignis oder einer vertraglichen Kündigung bestätigen würde.

² Per 31. Dezember 2013 und 2012 werden CHF 76 104 Mio. beziehungsweise CHF 108 784 Mio. des gesamten Nettobetrags zum Fair Value ausgewiesen.

In der folgenden Tabelle werden der Nettobetrag, der in der konsolidierten Bilanz der Finanzaktiven und -verbindlichkeiten ausgewiesen ist und durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen unterliegt, sowie der Bruttobetrag von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten, die nicht in der Bilanz verrechnet werden, dargestellt. Nicht in der Tabelle enthalten sind Derivate,

Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte und Wertpapierleihen, die nicht durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen unterliegen, bei denen kein Rechtsgutachten zur Unterstützung der Anwendbarkeit von Netting bei Zahlungsausfall oder Kündigung im Rahmen des Geschäfts vorliegt. Die Nettorisikoposition widerspiegelt die ◉ Risikominderung in Form von Sicherheiten.

Nicht in der konsolidierten Bilanz verrechnete Beträge

Ende	2013				2012			
	Netto	Finanz- instrumente ¹	Erhaltene/ Verpfän- dete Bar- sicher- heiten ¹	Netto- risiko- position	Netto	Finanz- instrumente ¹	Erhaltene/ Verpfän- dete Bar- sicher- heiten ¹	Netto- risiko- position
Finanzaktiven mit durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen (in Mia. CHF)								
Derivate	23.6	4.9	0.1	18.6	27.3	5.8	0.0	21.5
Reverse-Repo-Geschäfte	86.9	86.9	0.0	0.0	100.3	100.3	0.0	0.0
Guthaben aus Wertschriftenleihgeschäften	21.0	20.2	0.0	0.8	18.9	17.4	0.0	1.5
Total Finanzaktiven mit durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen	131.5	112.0	0.1	19.4	146.5	123.5	0.0	23.0
Finanzverbindlichkeiten mit durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen (in Mia. CHF)								
Derivate	25.6	9.9	0.0	15.7	29.4	10.8	0.0	18.6
Repo-Geschäfte	59.7	59.7	0.0	0.0	56.6	56.4	0.2	0.0
Verbindlichkeiten aus Wertschriftenleihgeschäften	6.6	6.2	0.0	0.4	10.8	10.2	0.0	0.6
Verbindlichkeiten aus als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften, zum Fair Value	18.5	17.5	0.0	1.0	25.9	24.2	0.0	1.7
Total Finanzverbindlichkeiten mit durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen	110.4	93.3	0.0	17.1	122.7	101.6	0.2	20.9

¹ Der unter Finanzinstrumente ausgewiesene Gesamtbetrag (erfasste Finanzaktiven, Finanzverbindlichkeiten und nicht bare finanzielle Sicherheiten) und die Barsicherheiten sind auf den Betrag der in der konsolidierten Bilanz ausgewiesenen zugehörigen Instrumente begrenzt; eine allfällige Überdeckung dieser Positionen ist nicht enthalten.

Die Nettorisikoposition unterliegt der weiteren Kreditrisikominderung durch den Transfer des Risikos zu anderen Gegenparteien auf dem Markt durch die Verwendung von ◉ CDS und

Kreditversicherungsverträgen. Daher ist das in der obigen Tabelle dargestellte Nettorisikoposition nicht repräsentativ für die Gegenparteiisiko der Gruppe.

27 Steuern

Einzelheiten zu laufenden und latenten Ertragsteuern

	2013	2012	2011
Laufende und latente Steuern (in Mio. CHF)			
Schweiz	12	140	38
Ausland	569	580	448
Laufender Steueraufwand	581	720	486
Schweiz	22	(123)	(176)
Ausland	673	(132)	346
Latenter Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	695	(255)	170
Ertragsteueraufwand	1 276	465	656
Ertragsteueraufwand/(-vorteil) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	75	31	15
Im Eigenkapital der Aktionäre ausgewiesener Ertragsteueraufwand/(-vorteil), bezogen auf:			
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	1	0	(4)
Kumulierte Währungsumrechnungsdifferenzen	44	(12)	16
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	(12)	6	12
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	388	1	(172)
Nachzuverrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	(25)	63	105
Aktienbasierte Vergütung und eigene Aktien	0	(50)	256

Überleitung der zum Schweizer Steuersatz berechneten Steuern

	2013	2012	2011
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)			
Schweiz	642	1 680	455
Ausland	3 454	510	3 016
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	4 096	2 190	3 471
Überleitung der zum Schweizer Steuersatz berechneten Steuern (in Mio. CHF)			
Ertragsteueraufwand, berechnet zum statutarischen Steuersatz von 22%	901	482	764
Zu-/(-Abnahme) der Ertragsteuern – Begründung:			
Steuersatzunterschiede	189	242	(58)
Nicht absetzbare Amortisation von sonstigen immateriellen Werten und Wertberichtigungen auf Goodwill	25	2	0
Sonstige nicht absetzbare Aufwendungen	492	393	447
Zusätzlicher steuerbarer Ertrag	2	11	8
Niedriger besteuertes Einkommen	(381)	(422)	(424)
Von Minderheitsanteilen zu versteuernde Erträge	(252)	(117)	(289)
Änderungen in der Steuergesetzgebung und von Steuersätzen	184	182	172
Änderungen der Wertberichtigung auf latenten Steuerforderungen	385	13	471
Steuerlich abzugsfähige Wertberichtigungen auf Schweizer Tochtergesellschaften	(268)	(161)	(55)
Sonstige	(1)	(160)	(380)
Ertragsteueraufwand	1 276	465	656

2013

Steuersatzunterschiede in Höhe von CHF 189 Mio. widerspiegeln einen Steueraufwand für ausländische Steuern aufgrund von Gewinnen in Steuerhoheiten mit höheren Steuersätzen, hauptsächlich in Brasilien und den USA. Diese Entwicklung wurde durch Steuersatzunterschiede bei Gewinnen in Steuerhoheiten mit niedrigeren Steuersätzen, hauptsächlich in Guernsey und den Bahamas,

teilweise kompensiert. Der gesamte Steueraufwand für ausländische Steuern in Höhe von CHF 1 242 Mio. wurde nicht nur durch den Steueraufwand basierend auf den gesetzlichen Steuersätzen, sondern auch durch steuerliche Auswirkungen in Zusammenhang mit weiteren Überleitungspositionen, die im Folgenden erläutert werden, beeinflusst.

Sonstige nicht absetzbare Aufwendungen in Höhe von CHF 492 Mio. enthielten nicht absetzbare Zinsaufwendungen in Höhe von CHF 247 Mio., nicht steuerbare Offshore-Aufwendungen in Höhe von CHF 9 Mio., nicht absetzbare Bankabgaben und andere nicht absetzbare Vergütungsaufwendungen und Verwaltungskosten in Höhe von CHF 93 Mio., nicht absetzbare Rückstellungen in Höhe von CHF 103 Mio. sowie verschiedene kleinere nicht absetzbare Aufwendungen.

Niedriger besteuertes Einkommen in Höhe von CHF 381 Mio. enthielt einen Netto-Steuvorteil von CHF 49 Mio. aus der Auflösung von latenten Steuerverbindlichkeiten, welche zur Deckung einer steuerbaren temporären Differenz in Verbindung mit Steuererleichterungen für Reinvestitionen gebucht waren. Ausserdem enthielt das Jahr 2013 einen Schweizer Ertragsteuvorteil von CHF 41 Mio. aufgrund der Erträge von ausländischen Zweigniederlassungen, die sich positiv auf die Zusammensetzung der Erträge auswirkten, einen Steuvorteil in Höhe von CHF 61 Mio. aus nicht steuerbaren Erträgen aus Lebensversicherungen, CHF 56 Mio. in Zusammenhang mit steuerbefreiten Offshore-Erträgen, CHF 45 Mio. aus nicht steuerbaren Dividendenerträgen, CHF 18 Mio. aus nicht steuerbaren Fremdwährungsgewinnen, CHF 67 Mio. aufgrund von Steuerguthaben sowie CHF 19 Mio. im Zusammenhang mit permanenten Steuvorteilen aus steuerlich absetzbaren Goodwill-Abschreibungen. Der Restbetrag enthielt verschiedene kleinere Positionen.

Änderungen in der Steuergesetzgebung und von Steuersätzen in Höhe von CHF 184 Mio. umfassten einen Steueraufwand infolge der Abnahme der latenten Steuerguthaben insbesondere nach der erfolgten Senkung der britischen Unternehmenssteuern.

Änderungen der Wertberichtigung auf latenten Steuerforderungen in Höhe von CHF 385 Mio. enthielten die Auswirkungen einer Zunahme der Wertberichtigung von CHF 249 Mio. in Bezug auf Erträge des laufenden Jahres, hauptsächlich für vier Geschäftseinheiten der Gruppe, drei in Europa und eine in Asien. Ausserdem enthielt das Jahr 2013 eine Erhöhung der Wertberichtigung für bereits erfasste latente Steuerguthaben einer der Geschäftseinheiten der Bank in Grossbritannien in Höhe von CHF 278 Mio. Ebenfalls enthalten war ein Steuvorteil von CHF 143 Mio. aus der Auflösung einer Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben, hauptsächlich für zwei Geschäftseinheiten der Gruppe, eine in Japan und eine in Grossbritannien.

Sonstige in Höhe von CHF 1 Mio. enthielten einen Steuvorteil von CHF 57 Mio. in Bezug auf die Zusammensetzung der Erträge des laufenden Jahres und die Neubeurteilung latenter Steuerguthaben in der Schweiz, die auf Änderungen der voraussichtlichen künftigen Rentabilität in Bezug auf bereits bestehende latente Steuerguthaben zurückzuführen war, und einen Ertragsteuvorteil in Höhe von CHF 36 Mio. aufgrund einer Veränderung des steuerlichen Status einer US-Einheit der Gruppe. Diese Entwicklung wurde durch einen Steueraufwand in Höhe von CHF 44 Mio. aus der Erhöhung von Rückstellungen für Steuerrisiken und einen Steueraufwand in Höhe von CHF 56 Mio. in Bezug auf nicht wiedereinbringbare ausländische Steuern und Quellensteuern

kompensiert. Der verbleibende Saldo umfasste verschiedene kleinere Positionen.

2012

Steuersatzunterschiede in Höhe von CHF 242 Mio. widerspiegeln einen Steueraufwand für ausländische Steuern aufgrund von Gewinnen in Steuerhoheiten mit höheren Steuersätzen, hauptsächlich in Brasilien und den USA. Diese Entwicklung wurde durch Steuersatzunterschiede bei Gewinnen in Steuerhoheiten mit niedrigeren Steuersätzen, hauptsächlich in Guernsey und den Bahamas, teilweise kompensiert. Der gesamte Steueraufwand für ausländische Steuern in Höhe von CHF 448 Mio. war nicht nur durch den Steueraufwand basierend auf den gesetzlichen Steuersätzen, sondern auch durch steuerliche Auswirkungen in Zusammenhang mit weiteren Überleitungspositionen, die im Folgenden erläutert werden, beeinflusst.

Sonstige nicht absetzbare Aufwendungen in Höhe von CHF 393 Mio. enthielten nicht absetzbare Zinsaufwendungen in Höhe von CHF 259 Mio., nicht steuerbare Offshore-Aufwendungen in Höhe von CHF 8 Mio., nicht absetzbare Bankabgaben und andere nicht absetzbare Vergütungsaufwendungen in Höhe von CHF 57 Mio. sowie verschiedene kleinere nicht absetzbare Aufwendungen.

Niedriger besteuertes Einkommen in Höhe von CHF 422 Mio. enthielt einen Schweizer Ertragsteuvorteil in Höhe von CHF 114 Mio. aufgrund der Erträge von ausländischen Zweigniederlassungen, die sich positiv auf die Zusammensetzung der Erträge auswirkten. Ausserdem enthielt das Jahr 2012 einen Steuvorteil von CHF 48 Mio. aus nicht steuerbaren Erträgen aus Lebensversicherungen, CHF 29 Mio. in Zusammenhang mit steuerbefreiten Offshore-Erträgen, CHF 40 Mio. aus nicht steuerbaren Dividendenerträgen, CHF 11 Mio. aus nicht steuerbaren Fremdwährungsgewinnen und CHF 100 Mio. aufgrund von Steuerguthaben. Der Restbetrag enthielt verschiedene kleinere Positionen, unter anderem im Zusammenhang mit permanenten Steuvorteilen aus steuerlich absetzbaren Goodwill-Abschreibungen und Steuerbefreiungen.

Änderungen in der Steuergesetzgebung und von Steuersätzen in Höhe von CHF 182 Mio. widerspiegeln einen Steueraufwand infolge der Abnahme der latenten Steuerguthaben insbesondere nach der erfolgten Senkung der britischen Unternehmenssteuern.

Änderungen der Wertberichtigung auf latenten Steuerforderungen in Höhe von CHF 13 Mio. enthielten eine Zunahme der Wertberichtigung von CHF 834 Mio. auf latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlusten im laufenden Jahr und bereits bestehenden Verlustvorträgen für fünf Geschäftseinheiten der Gruppe, drei in Europa und zwei in Asien. Ausserdem enthielt das Jahr 2012 einen Steuvorteil von CHF 820 Mio. aus der Auflösung einer Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben für eine Geschäftseinheit der Gruppe in den USA.

Sonstige in Höhe von CHF 160 Mio. enthielten einen Steuvorteil in Höhe von CHF 48 Mio. aus der Neubeurteilung latenter Steuerguthaben in der Schweiz, die auf Änderungen

der voraussichtlichen künftigen Rentabilität in Bezug auf bereits bestehende latente Steuerguthaben zurückzuführen war. Enthalten waren zudem ein Steuervorteil von CHF 70 Mio. aufgrund von Abgrenzungsanpassungen nach Abschluss eines Steuerprüfungszyklus und der Auswirkungen des Abschlusses eines Advanced Pricing Agreement (Vorabvereinbarung über die Verrechnungspreisgestaltung) und CHF 40 Mio. aus der Auflösung von Rückstellungen für Steuerrisiken nach vorteilhaften Abschlüssen von Steuerangelegenheiten.

2011

Steuersatzunterschiede in Höhe von CHF 58 Mio. widerspiegeln einen Steuervorteil aus ausländischen Steuern aufgrund von Gewinnen in Steuerhoheiten mit niedrigeren Steuersätzen, hauptsächlich in Guernsey und den Bahamas. Diese Entwicklung wurde durch Steuersatzunterschiede bei Gewinnen in Steuerhoheiten mit höheren Steuersätzen, hauptsächlich in Brasilien und den USA, teilweise kompensiert. Der Steuervorteil aus ausländischen Steuern im Verhältnis zum gesamten Steueraufwand für ausländische Steuern in Höhe von CHF 794 Mio. wurde durch steuerliche Auswirkungen in Zusammenhang mit weiteren Überleitungspositionen, die im Folgenden erläutert werden, mehr als kompensiert.

Sonstige nicht absetzbare Aufwendungen in Höhe von CHF 447 Mio. enthielten nicht absetzbare Zinsaufwendungen in Höhe von CHF 240 Mio., nicht steuerbare Offshore-Aufwendungen in Höhe von CHF 80 Mio., nicht absetzbare Bankabgaben und andere nicht absetzbare Vergütungsaufwendungen in Höhe von CHF 49 Mio. sowie verschiedene kleinere nicht absetzbare Aufwendungen.

Niedriger besteuertes Einkommen in Höhe von CHF 424 Mio. enthielt einen Steuervorteil von CHF 40 Mio. aus nicht steuerbaren Erträgen aus Lebensversicherungen, CHF 52 Mio. in Zusammenhang mit steuerbefreiten Offshore-Erträgen, CHF 47 Mio. aus nicht steuerbaren Dividendenerträgen und CHF 47 Mio. aus nicht steuerbaren Fremdwährungsgewinnen. Ausserdem enthielt das Jahr 2011 einen Steuervorteil von CHF 42 Mio. aufgrund von Steuerguthaben und CHF 116 Mio. aus der Auflösung von latenten Steuerverbindlichkeiten, die zur Deckung von geschätzten Rückforderungsmöglichkeiten aus Verlustverrechnungen für ausländische Zweigniederlassungen der Bank gebucht wurden. Der Restbetrag enthielt verschiedene kleinere Positionen, unter anderem im Zusammenhang mit permanenten Steuervorteilen aus steuerlich absetzbaren Goodwill-Abschreibungen und Steuerbefreiungen.

Änderungen in der Steuergesetzgebung und von Steuersätzen in Höhe von CHF 172 Mio. widerspiegeln einen Steueraufwand infolge der Abnahme der latenten Steuerguthaben insbesondere nach der erfolgten Senkung der britischen Unternehmenssteuern.

Änderungen der Wertberichtigung auf latenten Steuerforderungen in Höhe von CHF 471 Mio. enthielten eine Zunahme der Wertberichtigung von CHF 428 Mio. auf latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen für drei Geschäftseinheiten der Gruppe, zwei in Grossbritannien und eine in Asien. Ausserdem

enthielt das Jahr 2011 einen Steuervorteil von CHF 7 Mio. aus der Auflösung einer Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben für eine Geschäftseinheit der Gruppe in den USA.

Sonstige in Höhe von CHF 380 Mio. enthielten einen Steuervorteil von CHF 261 Mio. aus einer Erhöhung der latenten Steuerguthaben in zwei Geschäftseinheiten der Bank, eine in der Schweiz (CHF 129 Mio.) und eine in den USA (CHF 132 Mio.). Diese Zunahme ist auf die Neubewertung bestehender latenter Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen aufgrund von Änderungen in der Zusammensetzung der Ertragsquellen und der entsprechenden Steuersätze zurückzuführen, für die diese steuerlichen Verlustvorträge voraussichtlich anwendbar sind. Ebenfalls enthalten war ein Betrag von CHF 123 Mio. aus der Auflösung von Rückstellungen für Steuerrisiken nach vorteilhaften Abschlüssen von Steuerangelegenheiten.

Per 31. Dezember 2013 verfügte die Gruppe über zurückbehaltene aufgelaufene Gewinne von ausländischen Tochtergesellschaften in Höhe von CHF 6,1 Mia. Es wurden hierfür keine latenten Steuerverbindlichkeiten verbucht, da diese Erträge als auf unbestimmte Zeit wiederinvestiert betrachtet werden. Der Betrag der nicht erfassten latenten Steuerverpflichtungen für diese zurückgehaltenen Gewinne von ausländischen Tochtergesellschaften lässt sich nicht sinnvoll ermitteln.

Details zu Steuereffekten temporärer Bewertungsdifferenzen

Ende	2013	2012
Steuereffekt temporärer Unterschiede (in Mio. CHF)		
Personalaufwand	2 113	2 295
Ausleihungen	363	441
Anlagen in Wertschriften	1 651	1 805
Rückstellungen	1 874	1 760
Derivate	143	355
Immobilien	240	243
Steuerliche Verlustvorträge, netto	4 433	5 181
Sonstige	189	207
Latente Steuerguthaben vor Wertberichtigung, brutto	11 006	12 287
Abzüglich Wertberichtigung	(2 705)	(2 554)
Latente Steuerguthaben nach Wertberichtigung, brutto	8 301	9 733
Personalaufwand	(422)	(174)
Ausleihungen	(109)	(162)
Anlagen in Wertschriften	(1 099)	(1 373)
Rückstellungen	(397)	(402)
Unternehmenszusammenschlüsse	0	(20)
Derivate	(193)	(295)
Leasing	(53)	(40)
Immobilien	(76)	(78)
Sonstige	(161)	(217)
Latente Steuerverbindlichkeiten, brutto	(2 510)	(2 761)
Latente Steuerguthaben, netto	5 791	6 972

Der Rückgang des latenten Nettosteuer Guthabens zwischen 2012 und 2013 um CHF 1 181 Mio. war hauptsächlich zurückzuführen auf Auswirkungen von steuerbaren Erträgen im Jahr 2013, wodurch sich das latente Steuerguthaben um CHF 439 Mio. verringerte, und auf die Bildung einer Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben, hauptsächlich in Grossbritannien, in Höhe von CHF 278 Mio. Der Rückgang enthielt zudem eine Abschreibung auf latente Steuerguthaben von CHF 184 Mio. aufgrund von Änderungen des Unternehmenssteuersatzes in Grossbritannien, die direkt im Eigenkapital ausgewiesenen Steuerauswirkungen, hauptsächlich im Zusammenhang mit der aktienbasierten Vergütung und Neubewertung des Vorsorgeplans von CHF 305 Mio., sowie Fremdwährungsverluste in Höhe von CHF 182 Mio., die in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung als kumulierte Währungsumrechnungsdifferenzen erfasst werden. Dieser Rückgang wurde durch einen Anstieg der latenten Nettosteuer Guthaben infolge einer Neubewertung der latenten Steuerguthaben in der Schweiz und der Auflösung von Wertberichtigungen in Japan und Grossbritannien in Höhe von CHF 207 Mio. teilweise kompensiert.

Der Grossteil der latenten Nettosteuer Guthaben wurde in den USA und Grossbritannien verzeichnet. Diese Guthaben gingen von CHF 6 007 Mio., nach Anrechnung einer Wertberichtigung von CHF 1 454 Mio., per Ende 2012 auf CHF 5 132 Mio., nach Anrechnung einer Wertberichtigung von CHF 1 536 Mio., per Ende 2013 zurück.

Aufgrund der Unsicherheit, ob die Gruppe in zukünftigen Perioden den notwendigen Betrag und die notwendige Zusammensetzung an steuerbaren Erträgen erzielen kann, wurde per 31. Dezember 2013 und 2012 eine Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben im Betrag von CHF 2,7 Mia. beziehungsweise CHF 2,6 Mia. gebildet.

Beträge und Verfalltermine für steuerliche Verlustvorträge

Ende 2013	Total
Steuerliche Verlustvorträge, netto (in Mio. CHF)	
Verfall innert 1 Jahr	46
Verfall in 2 bis 5 Jahren	10 197
Verfall in 6 bis 10 Jahren	1 158
Verfall in 11 bis 20 Jahren	1 375
Betrag mit Verfalldatum	12 776
Betrag ohne Verfalldatum	13 008
Total steuerliche Verlustvorträge, netto	25 784

Entwicklung der Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben

	2013	2012	2011
Entwicklung der Wertberichtigung (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	2 554	2 690	2 264
Veränderungen, netto	151	(136)	426
Bestand am Ende der Periode	2 705	2 554	2 690

Im Rahmen ihres üblichen Vorgehens führte die Gruppe eine detaillierte Beurteilung der erwarteten zukünftigen Ergebnisse durch. Diese Beurteilung ist von den Schätzungen und Annahmen des Managements, welche bei der Entwicklung der erwarteten zukünftigen Erträge zur Anwendung kommen, abhängig. Diese Entwicklung beruht auf einem strategischen Geschäftsplanungsprozess, der von den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen und den Annahmen bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Bedingungen beeinflusst wird. Diese Beurteilung berücksichtigte sowohl den positiven und negativen Nachweis bezüglich des erwarteten zukünftigen steuerbaren Gewinns, das Bekenntnis der Gruppe zum integrierten Geschäftsmodell und die Wichtigkeit des Investment-Banking-Segments innerhalb der integrierten Bank als auch die 2012 angekündigten Veränderungen und die seit 2008 erfolgte Risikoreduktion. Die Beurteilung zeigte die erwarteten zukünftigen Ergebnisse, die voraussichtlich in Ländern erzielt werden, in welchen die Gruppe wesentliche latente Nettosteuer Guthaben hat, wie die USA, Grossbritannien und die Schweiz. Danach verglich die Gruppe die erwarteten zukünftigen Ergebnisse mit den für die Nutzung latenter Steuerguthaben anwendbaren Gesetzen. Das US-Steuerrecht gewährt eine 20-jährige Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge, im britischen Steuerrecht ist die Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge unbegrenzt, und das Schweizer Steuerrecht gestattet steuerliche Verlustvorträge für eine Periode von sieben Jahren.

Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung

	2013	2012	2011
Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung (in Mio. CHF)			
In der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasste Steuervorteile	483	597	466
In der Kapitalreserve verbuchte Steuervorteile/(Steuernachbelastungen) aus Mitnahmeeffekten	(24)	41	(280)
Steuervorteile aus dividenden- steuerähnlichen Zahlungen	22	12	2

► Siehe «Anhang 28 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» für weitere Informationen.

Wenn zum Abrechnungszeitpunkt der aktienbasierten Vergütung der Abzug für Steuerzwecke höher ausfällt als der in der konsolidierten Jahresrechnung verbuchte kumulierte Personalaufwand, bezeichnet man den damit verbundenen ausgeschöpften

Steuervorteil als sogenannten Mitnahmeeffekt (Windfall Benefit). Mitnahmeeffekte werden erfolgsneutral in den Kapitalreserven im Eigenkapital verbucht und in der konsolidierten Geldflussrechnung als Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen. Wenn zum Abrechnungszeitpunkt der aktienbasierten Vergütung der Abzug für Steuerzwecke tiefer ausfällt als der in der konsolidierten Jahresrechnung verbuchte kumulierte Personalaufwand, bezeichnet man den damit verbundenen Steueraufwand als Steuernachbelastung (Shortfall). Der Steueraufwand aufgrund von Steuernachbelastungen wird erfolgsneutral in den Kapitalreserven im Eigenkapital verbucht, solange die Steuernachbelastungen geringer sind als die kumulierten Mitnahmeeffekte. Mitnahmeeffekte und Dividendenäquivalente in den Jahren 2013 und 2012 von kumuliert CHF 0,9 Mia. beziehungsweise CHF 0,9 Mia. führten allerdings nicht zu einer Reduktion der Ertragsteuern, da einige Gesellschaften steuerliche Verlustvorträge, netto, aufwiesen. Werden diese

Ertragsteuervorteile realisiert, werden schätzungsweise CHF 170 Mio. erfolgsneutral in den Kapitalreserven erfasst.

Ungewisse Ertragsteuerpositionen

US GAAP erfordert ein zweistufiges Vorgehen bei der Beurteilung von ungewissen Ertragsteuerpositionen. Im ersten Schritt entscheidet ein Unternehmen, ob eine Ertragsteuerposition aufgrund aller zu ihr gehörigen technischen Aspekte mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von mehr als 50% einer Überprüfung durch die Steuerbehörden standhält, einschliesslich des Ausgangs damit verbundener Rekurse und Prozesse. Ertragsteuerpositionen, die diese 50%-Bedingung erfüllen, werden dann gemessen, um die Höhe des in der konsolidierten Jahresrechnung ausweisbaren Steuervorteils festzulegen. Jede Ertragsteuerposition wird mit dem höchsten Steuervorteilbetrag angesetzt, der mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50% bei der Abrechnung realisiert wird.

Umrechnung des Anfangs- und Endbetrags nicht erfasster Steuervorteile, brutto

	2013	2012	2011
Entwicklung der nicht erfassten Steuervorteile, brutto (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	420	373	578
Zunahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Steuerpositionen, die in einer früheren Periode eingegangen wurden	4	33	54
Abnahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Steuerpositionen einer früheren Periode	(8)	(58)	(177)
Zunahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Steuerpositionen, die in der laufenden Periode eingegangen wurden	46	39	30
Abnahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Vergleichen mit Steuerbehörden	0	(4)	(65)
Reduktion nicht verbuchter Steuervorteile aufgrund des Ablaufs der anwendbaren Verjährungsfristen	(5)	(43)	(19)
Sonstige (einschliesslich Fremdwährungsumrechnung)	(34)	80	(28)
Bestand am Ende der Periode	423	420	373
davon, falls erfasst, den effektiven Steuersatz beeinflussend	417	414	366

Zinsen und Strafsteuern

	2013	2012	2011
Zinsen und Strafsteuern (in Mio. CHF)			
In der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasste Zinsen und Strafsteuern	7	(13)	(19)
In der konsolidierten Bilanz erfasste Zinsen und Strafsteuern	69	69	86

Zinsen und Strafsteuern werden als Steueraufwand erfasst. Die Gruppe ist derzeit in verschiedenen Ländern Gegenstand laufender Steuerprüfungen und Abklärungen durch die Steuerbehörden und in Rechtsstreitigkeiten mit diesen involviert. Dazu zählen Brasilien, die Niederlande, die USA, Grossbritannien und die Schweiz.

Obwohl der Zeitpunkt für die Beendigung dieser Prüfungen nicht bekannt ist, ist es durchaus möglich, dass einige innerhalb von zwölf Monaten nach dem Jahresabschlussdatum beendet sein werden.

Es ist durchaus möglich, dass die nicht erfassten Steuervorteile innerhalb von zwölf Monaten nach dem Jahresabschlussdatum um einen Betrag zwischen null und CHF 72 Mio. herabgesetzt werden.

Die Gruppe bleibt ab den nachfolgenden Jahren für Prüfungen durch die Behörden auf nationaler, bundesstaatlicher, Provinz- oder vergleichbarer lokaler Ebene in den nachfolgenden wichtigsten Ländern offen: Schweiz – 2009; Brasilien – 2008; Japan – 2008; Grossbritannien – 2006; USA – 2006; und die Niederlande – 2005.

28 Aufgeschobene Mitarbeitervergütung

Die Gewährung von aufgeschobener Vergütung wird durch die Tätigkeit, die Rolle, den Standort sowie die erbrachte Leistung der einzelnen Mitarbeitenden bestimmt. Die Zuteilung dieser Vergütung liegt, sofern keine vertraglichen Verpflichtungen vorliegen, ausschliesslich im Ermessen des höheren Kaders. Spezielle aufgeschobene Vergütung im Rahmen von vertraglichen Verpflichtungen richtet sich im Allgemeinen an neu eingetretene Kadernmitglieder und bezieht sich auf ein einziges, bestimmtes Jahr. Sie dient zum Ausgleich für die beim Eintritt in die Gruppe verwirkten Ansprüche gegenüber früheren Arbeitgebern. Grundsätzlich gewährt die Gruppe keine mehrjährigen vertraglichen Verpflichtungen.

Der Vergütungsaufwand für aktienbasierte und andere Ansprüche, die als aufgeschobene Vergütung zugeteilt wurden, wird gemäss den spezifischen Bedingungen der einzelnen Ansprüche in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Die Erfassung des Vergütungsaufwands hängt in erster Linie von zukünftig erforderlichen Dienstjahren und der im Plan definierten Periode, in der Ansprüche erworben werden, den Regelungen bezüglich Frühpensionierung, der zweijährigen Sperrfristen bei Frühpensionierungen und weiteren Bestimmungen ab. Alle Vergütungspläne, die eine aufgeschobene Vergütung vorsehen, unterliegen Konkurrenz- und Abwerbeverbotsklauseln. Der Vergütungsaufwand für aktienbasierte und andere Ansprüche, welche als aufgeschobene Vergütung zugeteilt wurden, beinhaltet zudem die aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Performance-Kriterien, für zukünftige Verwirklungen und Marktbewertungsanpassungen bei bestimmten Baransprüchen, die noch ausstehend sind.

Die folgenden Tabellen zeigen den Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütung, die im Jahr 2013 sowie in den Vorjahren zugeteilt und in den Jahren 2013, 2012 und 2011 in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst wurde. Ausserdem zeigen sie die total ausgelieferten Aktien, den geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütung aus dem Jahr 2013 und den Vorjahren, die per 31. Dezember 2013 ausstehend war, und die verbleibende erforderliche Dienstzeit, in welcher der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand erfasst wird. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand basierte auf dem Fair Value der einzelnen Ansprüche zum Zuteilungsdatum und enthielt die aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Performance-Kriterien und für zukünftige Verwirklungen. Schätzungen zukünftiger Marktwertanpassungen werden jedoch nicht berücksichtigt. Der Vergütungsaufwand für die im Januar 2014 zugeteilte aufgeschobene Vergütung wird ab 2014 ausgewiesen und hatte somit keinen Einfluss auf die konsolidierte Jahresrechnung für das Jahr 2013.

Aufgeschobener Vergütungsaufwand

	2013	2012	2011
Aufgeschobener Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)			
Aktienansprüche	814	786	767
Performance-Aktienansprüche	590	366	0
Plus-Bond-Ansprüche ¹	37	–	–
Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche ²	77	677	0
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	31	74	0
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche	4	286	1 106
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	145	165	253
Scaled Incentive Share Units	41	97	415
Incentive Share Units ³	(3)	62	174
Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüche ²	93	173	3
Sonstige Baransprüche	434	362	334
Aufgegebene Geschäftsbereiche	(21)	(23)	(21)
Total aufgeschobener Vergütungsaufwand	2 242	3 025	3 031
Total ausgelieferte Aktien (in Mio.)			
Total ausgelieferte Aktien	33.7	31.6	24.2

¹ Der Vergütungsaufwand enthält hauptsächlich die Veränderung aus der Marktbewertung der den Plus Bonds zugrunde liegenden Vermögenswerte und die Amortisation der freiwilligen Plus Bonds, die im ersten Quartal 2013 gewählt wurden und die über eine dreijährige Erwerbsperiode im Aufwand erfasst werden.

² Der Vergütungsaufwand enthält vor allem die Fair-Value-Veränderung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für die Periode.

³ Enthält verwirkte Ansprüche.

Geschätzte nicht erfasste aufgeschobene Vergütung

Ende	2013
Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)	
Aktienansprüche	804
Performance-Aktienansprüche	221
Plus-Bond-Ansprüche	18
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	11
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche	13
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	136
Sonstige Baransprüche	111
Total	1 314
Gewichteter Durchschnitt der gesamten verbleibenden erforderlichen Dienstzeit (in Jahren)	
Gewichteter Durchschnitt der gesamten verbleibenden erforderlichen Dienstzeit	1.3

Nicht enthalten ist der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand für Ansprüche, die im Jahr 2014 für das Jahr 2013 zugeteilt wurden.

Aktienansprüche

Die im Januar 2014 zugeteilten Aktienansprüche sind vergleichbar mit jenen, welche im Januar 2013 zugeteilt wurden. Sie werden Mitarbeitenden mit einer Gesamtvergütung von über CHF/USD 250 000 beziehungsweise dem entsprechenden Betrag in der jeweiligen Landeswährung zugeteilt. Jeder zugeteilte Aktienanspruch berechtigt den Inhaber zum Erhalt einer Aktie der Gruppe und enthält weder eine Hebelkomponente noch einen Multiplikatoreffekt. Die zugeteilten Ansprüche unterliegen einer Leistungserbringung von drei Jahren und werden gleichmässig an jedem der drei folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung erworben. Im Januar 2011 zugeteilte Ansprüche werden über eine Frist von vier Jahren erworben. Der Wert der Aktienansprüche ist ausschliesslich vom Wert der Aktie der Gruppe am Lieferdatum abhängig.

Die aktienbezogene Vergütung der Gruppe umfasst sonstige Ansprüche, beispielsweise gesperrte Aktien und spezielle Ansprüche, die neu eingetretenen Mitarbeitenden zugeteilt werden können. Sonstige Aktienansprüche ermöglichen es ihren Inhabern, jeweils eine Aktie der Gruppe zu beziehen. Bedingung hierfür sind eine während der Laufzeit ununterbrochene Anstellung innerhalb der Gruppe sowie die Einhaltung restriktiver Regelungen und Auflösungsbestimmungen. Die Aktien werden im Allgemeinen über einen Zeitraum von null bis fünf Jahren erworben.

Am 16. Januar 2014 teilte die Gruppe 30,2 Mio. Aktienansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 827 Mio. zu. Zur Errechnung der Anzahl der Aktienansprüche wurde die aufgeschobene Komponente der variablen Vergütung, die in Form von Aktien zugeteilt wird, durch den Durchschnittskurs der Aktie der Gruppe während der zwölf Geschäftstage bis zum 15. Januar 2014 dividiert. Aktienansprüche, welche nach dem 1. Januar 2014 zugeteilt wurden, berechtigen während der Periode, in der die Ansprüche erworben werden, nicht zum Erhalt von Dividendenäquivalenten. Der Fair Value der einzelnen Aktienansprüche betrug

am Zuteilungsdatum CHF 28.13. Der Fair Value basierte auf einer Bewertung des Kurses der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum und den abdiskontierten erwarteten Dividenden für 2014, 2015 und 2016 in Höhe von CHF 0.74, CHF 0.94 beziehungsweise CHF 1.13. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand in Höhe von CHF 823 Mio. wurde auf Basis des Fair Value am Zuteilungsdatum festgelegt und berücksichtigt Schätzungen bezüglich zukünftiger Verwirkungen. Dieser Aufwand wird über die dreijährige Periode, in der die Ansprüche erworben werden, unter Berücksichtigung der Regelungen bezüglich Frühpensionierung, erfasst. Am 17. Januar 2013 und 19. Januar 2012 teilte die Gruppe 37,9 Mio. beziehungsweise 20,0 Mio. Aktienansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 950 Mio. beziehungsweise CHF 438 Mio. zu. Der Fair Value der einzelnen zugeteilten Aktienansprüche betrug CHF 26.44 beziehungsweise CHF 23.90 und entsprach dem Schlusskurs der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum.

Um den aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden, teilte die Gruppe leitenden Mitarbeitenden in einigen EU-Ländern eine alternative Form von Aktienansprüchen als Bestandteil der Barvergütung ohne Zusatzbedingungen zu. Für die Jahre 2013, 2012 und 2011 erhielten diese Mitarbeitenden 50% des Betrags, den sie ansonsten in bar erhalten hätten, in Form von gesperrten Aktien. Die Sperrfrist beträgt je nach Standort mindestens sechs Monate und höchstens drei Jahre. Nach Ablauf der Sperrfrist bestehen keine weiteren Einschränkungen. Am 16. Januar 2014 teilte die Gruppe 0,6 Mio. gesperrte Aktien im Gegenwert von insgesamt CHF 18 Mio. zu. Diese Aktien wurden mit der Zuteilung auch erworben. Sie sind nicht an Verpflichtungen zukünftiger Dienstjahre gekoppelt und wurden den Leistungen im Jahr 2013 zugerechnet. Am 17. Januar 2013 und 19. Januar 2012 teilte die Gruppe 0,2 Mio. beziehungsweise 0,5 Mio. gesperrte Aktien im Gesamtwert von CHF 6 Mio. beziehungsweise CHF 11 Mio. zu.

Aktivitäten bezüglich Aktienansprüche

	2013		2012		2011	
	Anzahl Aktienansprüche in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF	Anzahl Aktienansprüche in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF	Anzahl Aktienansprüche in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF
Aktienansprüche						
Bestand zu Beginn der Periode	55.8	34.28	48.1	41.91	17.3	43.86
Zugeteilt	40.4	26.43	25.1	23.44	40.5	41.08
Abgerechnet	(20.0)	34.09	(14.9)	40.20	(7.6)	43.32
Verwirkt	(3.3)	31.80	(2.5)	37.36	(2.1)	43.39
Bestand am Ende der Periode	72.9	30.09	55.8	34.28	48.1	41.91
davon erworben	5.8	–	3.9	–	1.8	–
davon noch nicht erworben	67.1	–	51.9	–	46.3	–

Performance-Share-Ansprüche

Die Mitglieder der Geschäftsleitung, die Managing Directors und alle anderen materiellen Risikonehmer und Mitarbeitende in Kontrollstellen (Mitarbeitende, deren Tätigkeit potenziell materielle Auswirkungen auf das Risikoprofil der Gruppe zur Folge haben könnte) erhielten einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von Performance-Share-Ansprüchen unter Vorbehalt von explizit leistungsbezogenen Rückzahlungsbestimmungen. Jeder zugeteilte Performance-Share-Anspruch berechtigt den jeweiligen Inhaber zum Erhalt einer Aktie der Gruppe. Performance-Share-Ansprüche werden über drei Jahre erworben, so dass die Aktienansprüche gleichmässig an jedem der drei folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung erworben werden. Im Gegensatz zu den Aktienansprüchen unterliegen die ausstehenden Performance-Share-Ansprüche einer Kürzung im Fall eines Verlusts der Division, es sei denn, es liege eine negative Eigenkapitalrendite vor, die eine Kürzung erfordern würde, die grösser ist als die Anpassung in der Division für das betreffende Jahr. In diesem Fall richtet sich die Kürzung nach einer negativen Eigenkapitalrendite. Bei Mitarbeitenden im Bereich Shared Services ist die Kürzung nur im Fall einer negativen Eigenkapitalrendite anwendbar und ist nicht mit der Leistung der Divisionen verknüpft.

Die im Jahr 2014 zugeteilten Performance-Share-Ansprüche entsprechen den Zuteilungen in den Jahren 2013 und 2012, weisen jedoch andere Performancekriterien auf. Im Jahr 2012 bezogen sich diese Kriterien auf die ausgewiesene Eigenkapitalrendite, in den Jahren 2014 und 2013 beruhen sie auf einer bereinigten Eigenkapitalrendite. Performance-Share-Ansprüche werden Mitarbeitenden mit einer Gesamtvergütung von über CHF/USD 250 000 beziehungsweise dem entsprechenden Betrag in der jeweiligen Landeswährung zugeteilt.

Am 16. Januar 2014 teilte die Gruppe 24,2 Mio. Performance-Share-Ansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 663 Mio. zu. Zur Errechnung der Anzahl der den Mitarbeitenden zugeteilten Performance-Share-Ansprüche wurde die aufgeschobene Komponente der variablen Vergütung, die in Form von Performance-Share-Ansprüche zugeteilt wird, durch den Durchschnittskurs der Aktie der Gruppe während der zwölf Geschäftstage bis zum 15. Januar 2014 dividiert. Der Fair Value der einzelnen Performance-Share-Ansprüche betrug am Zuteilungsdatum CHF 28.13. Performance-Share-Ansprüche, welche nach dem 1. Januar 2014 zugeteilt wurden, berechtigen während der Periode, in der die Ansprüche erworben werden, nicht zum Erhalt von Dividendenäquivalenten. Der Fair Value basierte auf einer Bewertung des Kurses der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum und den abdiskontierten erwarteten Dividenden für 2014, 2015 und 2016 in Höhe von CHF 0.74, CHF 0.94 beziehungsweise CHF 1.13. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand in Höhe von CHF 660 Mio. wurde auf Basis des Fair Value am Zuteilungsdatum festgelegt, wobei Schätzungen bezüglich des Resultats der relevanten Performance-Kriterien und bezüglich zukünftiger Verwirklungen berücksichtigt wurden. Dieser Aufwand wird über die dreijährige Periode, in der die Ansprüche erworben werden, erfasst. Am 17. Januar 2013 und 19. Januar 2012 teilte die Gruppe 26,4 Mio. beziehungsweise 23,5 Mio. Performance-Share-Ansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 660 Mio. beziehungsweise CHF 516 Mio. zu. Der Fair Value der einzelnen zugeteilten Performance-Share-Ansprüche betrug CHF 26.44 beziehungsweise CHF 23.90 und entsprach dem Schlusskurs der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum.

Aktivitäten bezüglich Performance-Share-Ansprüchen

	2013		2012	
	Anzahl Performance-Aktienansprüche in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF	Anzahl Performance-Aktienansprüche in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF
Performance-Aktienansprüche				
Bestand zu Beginn der Periode	23.3	23.90	–	–
Zugeteilt	26.6	26.44	23.7	23.90
Abgerechnet	(7.6)	23.90	0.0	0.00
Verwirkt	(0.9)	24.92	(0.4)	23.90
Bestand am Ende der Periode	41.4	25.51	23.3	23.90
davon erworben	2.7	–	0.9	–
davon noch nicht erworben	38.7	–	22.4	–

Contingent Capital Awards

Die CCA sind eine neue Form von aufgeschobenen Ansprüchen, die im Januar 2014 als Teil der aufgeschobenen Vergütung für 2013 zugesprochen wurden. Sie sind mit ähnlichen Rechten und Risiken verbunden wie bestimmte von der Gruppe im Markt begebenen bedingten Kapitalinstrumenten. CCA werden Mitarbeitenden mit einer Gesamtvergütung von mehr als CHF/USD 250 000 zugeteilt. Sie beinhalten ein bedingtes Recht auf Erhalt halbjährlicher Zinszahlungen in bar auf Basis des sechsmonatigen Schweizer Franken LIBOR (London Interbank Offered Rate) plus 4,75% p. a. beziehungsweise des sechsmonatigen US-Dollar LIBOR plus 5,33% p. a. für auf Schweizer Franken beziehungsweise US-Dollar lautende Ansprüche bis zur Begleichung der Ansprüche. Mitarbeitende, die eine Vergütung in Schweizer Franken erhielten, konnten wählen, ob sie ihre CCA in Schweizer Franken oder US-Dollar erhalten wollten; alle übrigen Mitarbeitenden erhielten ihre CCA in US-Dollars.

Am 16. Januar 2014 teilte die Gruppe CCA mit einem Gesamtwert von CHF 391 Mio. zu. Die Erfassung als Aufwand erfolgt in den drei Jahren ab Zuteilungsdatum. CCA wurden anstelle von Aktienansprüchen als aufgeschobene variable Vergütung für Managing Directors und Directors zugeteilt. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand in Höhe von CHF 433 Mio. wurde auf Basis des Fair Value am Zuteilungsdatum festgelegt und berücksichtigt Schätzungen bezüglich des Resultats der relevanten Performance-Kriterien, bezüglich zukünftiger Verwirklungen und bezüglich der erwarteten halbjährlichen Zinszahlungen in bar. Dieser Aufwand wird über die dreijährige Periode, in der die Ansprüche erworben werden, erfasst.

Der Erwerb der CCA ist am dritten Jahrestag nach der Zuteilung vorgesehen. Die CCA werden ab der Zuteilung über drei Jahre in der Erfolgsrechnung als Aufwand erfasst. Da jedoch die CCA als zusätzliches Kernkapital der Gruppe in Frage kommen, unterliegen der Zeitpunkt und die Form der Ausschüttung bei der Begleichung der Genehmigung durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA (FINMA). Bei der Begleichung erhalten die Mitarbeitenden entweder ein bedingtes Kapitalinstrument oder eine Barauszahlung auf Basis des Fair Value der CCA. Die Gruppe legt den Fair Value nach eigenem Ermessen fest. Die Gruppe beabsichtigt, CCA auch in den nächsten Jahren als Teil ihrer jährlichen aufgeschobenen variablen Vergütungsansprüche zuzuteilen.

Die CCA weisen verlustabsorbierende Merkmale auf. Das bedeutet, dass der Kapitalbetrag der CCA auf null abgeschrieben würde, falls vor der Begleichung eines der nachstehenden Trigger-Ereignisse eintreten sollte:

- Die ausgewiesene Quote des harten Kernkapitals (Common Equity T1, CET1) der Gruppe sinkt unter 7%; oder
- die FINMA erachtet es für notwendig, CCA oder andere vergleichbare bedingte Kapitalinstrumente zu annullieren oder die Gruppe mit staatlicher Hilfe zu rekapitalisieren, um einen Zahlungsausfall oder sonstigen Zahlungsverzug zu vermeiden.

Plus Bond Awards

Managing Directors und Directors der Division Investment Banking haben einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung für das Jahr 2012 in Form von Plus Bond Awards erhalten. Bei Plus Bond Awards handelt es sich grundsätzlich um ein auf USD lautendes Zinsinstrument mit einem Coupon, der einer markt-basierten Preisbildung entspricht. Die Inhaber von Plus Bonds haben Anspruch auf halbjährliche Barauszahlungen auf die adjustierten Vergütungsbeträge auf Basis des LIBOR plus 7,875% p. a. bis zur Begleichung der Ansprüche. Die Anspruchsbegleichung erfolgt im Sommer 2016 auf Basis des ursprünglichen Vergütungs-betrags abzüglich eventueller Portfolioverluste, die über ein bei der Gruppe verbleibendes Erstrisiko von USD 600 Mio. hinausgehen. Der Wert der Plus Bond Awards beruht auf der Wertentwicklung eines Portfolios aus Asset-backed-Securities ohne Rating oder mit einem Rating unterhalb von Investment Grade, die zu den Beständen verschiedener Handelsbereiche der Division Investment Banking zählen. Bei den Plus Bond Awards handelt es sich um ein Barinstrument; dennoch behält sich die Gruppe das Recht vor, die Ansprüche über Aktien der Gruppe zu begleichen. In diesem Fall ist der Aktienkurs zum Zeitpunkt der endgültigen Ausschüttung massgeblich. Zudem behält sich die Gruppe das Recht vor, im Rahmen von Aufsichtsverfahren die Plus Bond Awards teilweise oder gänzlich zu einem beliebigen Zeitpunkt in bar auszuzahlen, sowie beim Eintreten bestimmter regulatorischer Entwicklungen oder Änderungen der Kapitalanforderungen einen Austausch der Plus Bonds Awards in Aktien der Gruppe vorzunehmen. Die Plus Bond Awards tragen zu einer Minderung der risikogewichteten Aktiven der Gruppe bei; ebenso dienen sie der Übertragung von Risiken der Gruppe auf die Inhaber der Plus Bond Awards.

Die den Mitarbeitenden des Investment Banking angebotenen Plus Bonds wiesen zum Zuteilungsdatum, das heisst dem 31. Dezember 2012, einen Fair Value von CHF 187 Mio. auf und waren zu diesem Zeitpunkt vollständig erworben und erfasst.

Zu Beginn des Jahres 2013 erhielten die Managing Directors und Directors ausserhalb der Division Investment Banking die Gelegenheit, einen Teil der aktienbasierten Ansprüche aus ihrer aufgeschobenen Vergütung freiwillig auf Plus Bond Awards zu übertragen. Die Plus Bond Awards aus dem freiwilligen Umtausch hatten einen Nennwert von CHF 38 Mio.; sie werden am dritten Jahrestag des Zuteilungsdatums (17. Januar 2016) erworben und über die Periode, in der Ansprüche erworben werden, erfasst.

Restricted Cash Awards

Die Managing Directors und Directors der Division Investment Banking erhielten den Baranteil ihrer variablen Vergütung für 2012 in Form von Restricted Cash Awards (Baranspruch mit Verfügungsbeschränkung). Diese Ansprüche werden am Zuteilungsdatum vollständig in bar ausbezahlt, unterliegen aber dem Vorbehalt einer anteiligen Rückzahlung durch den Mitarbeitenden bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Unternehmen oder bei Kündigung aus wichtigem Grund innerhalb von drei Jahren nach Zuteilung der Awards. Restricted Cash Awards werden als Teil der aufgeschobenen Vergütung der Gruppe ausgewiesen, obwohl sie am

Zuteilungstag vollständig beglichen wurden. Sie werden über die dreijährige Periode, in der Ansprüche erworben werden, erfasst und unterliegen der Leistungserbringung.

Am 17. Januar 2013 teilte die Gruppe Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung im Gesamtwert von CHF 299 Mio. zu.

Partner Asset Facility 2011

Im Rahmen des jährlichen Vergütungsprozesses für 2011 gewährte die Gruppe einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung für leitende Mitarbeitende in Form von PAF2-Einheiten. PAF2-Einheiten sind im Wesentlichen festverzinsliche strukturierte Schuldtitel, die einem Teil des Kreditrisikos ausgesetzt sind, das sich aus den Derivataktivitäten der Gruppe ergibt, einschliesslich aktueller und möglicher zukünftiger Swaps und anderer Derivatgeschäfte. Der Wert der Zuteilung (sowohl für die Verzinsung als auch für die endgültige Rückzahlung) wird gekürzt, wenn die realisierten Kreditverluste aus einem spezifischen Referenzportfolio eine festgelegte Schwelle überschreiten. Die Gruppe trägt die ersten USD 500 Mio. dieser Verluste, und die PAF2-Inhaber tragen alle über USD 500 Mio. hinausgehenden Verluste bis zur vollen Höhe der zugeteilten aufgeschobenen Vergütung. Daher stellt der PAF2-Plan einen Risikotransfer von der Gruppe zu den Mitarbeitenden dar.

Mitarbeitende auf Stufe Managing Director und Director, einschliesslich bestimmter Mitglieder der Geschäftsleitung, erhielten PAF2-Ansprüche. Die PAF2-Ansprüche wurden im ersten Quartal 2012 vollständig erworben.

Die PAF2-Ansprüche haben eine angegebene Laufzeit von vier Jahren, die aber nach Wahl der Gruppe oder der kollektiv handelnden Besitzer auf bis zu neun Jahre verlängert werden kann. Diese Wahl muss spätestens am Ende des dritten Jahres nach dem Zuteilungsdatum erfolgen. PAF2-Einheiten lauten auf Schweizer Franken und US-Dollars. Sie werden halbjährlich auf der Basis ihres jeweiligen Saldos zum Gegenwert einer Jahresrendite von 5% (Ansprüche in Schweizer Franken) oder 6,5% (Ansprüche in US-Dollar) verzinst. Zum Ende der Laufzeit erhalten die PAF2-Besitzer eine Schlusszahlung in Höhe des ursprünglichen Zuteilungswerts abzüglich aller Verluste. Die Gruppe kann die PAF2-Ansprüche nach eigenem Ermessen in bar oder mit dem Gegenwert in Aktien erfüllen.

Im Januar 2012 gewährte die Gruppe PAF2-Einheiten mit einem Fair Value von CHF 499 Mio. Der damit verbundene Vergütungsaufwand wurde im ersten Quartal 2012 in vollem Umfang als Aufwand erfasst, da sämtliche Ansprüche am 31. März 2012 erworben wurden. Der Vergütungsaufwand wird bis zur definitiven Erfüllung der Ansprüche am Ende jeder Berichtsperiode aktualisiert, je nachdem wie sich der Fair Value des Basiswerts der Ansprüche über die Laufzeit entwickelt.

Die PAF2-Ansprüche waren an ein Portfolio mit Kreditengagements der Gruppe gekoppelt, was zu einem Risikoausgleich und einer Kapitalerleichterung führte. Aufgrund aufsichtsrechtlicher Änderungen würde diese Kapitalerleichterung nach dem 31. Dezember 2013 nicht mehr zur Verfügung stehen. Deshalb hat die Gruppe die PAF2-Ansprüche im März 2014 restrukturiert.

Dabei müssen die Mitarbeitenden mit ausstehenden PAF2-Ansprüchen die Risikoposition ihrer Ansprüche aus dem Pool der Gegenpartierisiken der ursprünglichen PAF2-Struktur in eine der beiden folgenden Optionen (oder einer Kombination aus beiden) umverteilen: a) Capital Opportunity Facility: Die Teilnehmenden entscheiden, dass ihr PAF2-Anspruch an eine Capital Opportunity Facility (COF) geknüpft werden soll. Die COF ist eine siebenjährige Fazilität, die an die Wertentwicklung eines Portfolios von Risikotransfer- und Kapitalminderungstransaktionen gebunden ist, in die die Mitarbeitenden zusammen mit der Gruppe eintreten. Dieses Portfolio wird von der COF-Leitung ausgewählt. Der Wert der COF-Ansprüche wird sich bei Verlusten auf dem COF-Portfolio reduzieren und zwar bis zum vollen Betrag des Anspruchs. Teilnehmende, die sich für die COF entscheiden, erhalten halbjährlich Barausschüttungen in US-Dollar in Höhe von 6,5% p. a. bis zur Begleichung der Ansprüche in bar im Jahr 2021. Diese halbjährlichen Ausschüttungen werden den Barbetrag bei der Begleichung der Ansprüche im Jahr 2021 entsprechend reduzieren; und b) CCA: Die Teilnehmenden entscheiden sich für den Erhalt von CCA mit ähnlichen Konditionen wie bei den im Rahmen der Vergütungsansprüche 2013 verwendeten Instrumenten. Die beiden Formen von CCA unterscheiden sich grundsätzlich dadurch, dass für diese CCA die Ausübung ein Jahr früher erwartet wird und eine halbjährliche Barausschüttung zu leicht tieferen Zinssätzen bietet. Die Ausübung wird für Anfang 2016 erwartet und unterliegt aufsichtsrechtlichen Genehmigungen.

Im März 2014 verteilten 5 084 Mitarbeitende ihre PAF2-Ansprüche in Höhe von CHF 684 Mio. in CCA (CHF 516 Mio.) und in COF (CHF 168 Mio.) um.

Adjustable Performance Plan Awards

Der Adjustable Performance Plan sieht aufgeschobene Vergütung für die Geschäftsleitung sowie Mitarbeitende im Rang eines Managing Director oder Director vor. Die Einführung und Zuteilung von Adjustable-Performance-Plan-Baransprüchen durch die Gruppe erfolgte im Rahmen der aufgeschobenen Vergütung für die Jahre 2009 und 2010 (2009 bzw. 2010 Adjustable Performance Plan).

Die Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche für 2009 wurden vollständig erworben; sie wurden zum 31. Dezember 2012 als Aufwand erfasst und im ersten Halbjahr 2013 ausgezahlt.

Die Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche für 2010 werden über vier Jahre erworben. Der effektiv an die einzelnen Mitarbeitenden ausbezahlte Betrag kann in Abhängigkeit vom finanziellen Ergebnis der jeweiligen Geschäftsbereiche und von der Eigenkapitalrendite der Gruppe nach oben oder nach unten angepasst werden. Die Anpassungen werden jährlich festgelegt. Dabei können die ausstehenden Ansprüche um einen Prozentsatz, welcher der ausgewiesenen Eigenkapitalrendite entspricht, angehoben oder gekürzt werden, ausser die zuteilende Division weise einen Verlust vor Steuern aus. In diesem Fall werden die ausstehenden Ansprüche in der betreffenden Division pro CHF 1 Mia. Verlust um 15% gekürzt, ausser es werde im betreffenden Jahr eine negative Eigenkapitalrendite ausgewiesen, welche die betreffende Anpassung der Division übersteigt. Bei Mitarbeitenden in

den Bereichen Shared Services und anderen Supportfunktionen sowie Mitgliedern der Geschäftsleitung sind alle ausstehenden Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche für 2010 an den angepassten Gewinn oder Verlust der Gruppe und die Eigenkapitalrendite der Gruppe geknüpft. Es besteht aber kein Zusammenhang mit dem angepassten Gewinn oder Verlust der von ihnen unterstützten Unternehmensbereiche.

Im Juli 2012 führte die Gruppe ein freiwilliges Tauschangebot durch, bei dem Mitarbeitende das Recht hatten, ihre jeweiligen noch nicht erworbenen Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche zu einem Wandelpreis von CHF 16.29 in Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche umzuwandeln. Die Adjustable-Performance-Plan-Inhaber entschieden sich während der Entscheidungsfrist für die Umwandlung von CHF 498 Mio. ihrer Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche in neue Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche. Dies entspricht einer Umtauschquote von rund 50%. Jeder Adjustable-Performance-Plan-Aktienanspruch hatte am Zuteilungsdatum einen Fair Value von CHF 16.79 und entspricht hinsichtlich Vertragslaufzeit, Periode, in der Ansprüche erworben werden, Leistungskriterien und sonstiger Bedingungen dem ursprünglichen Adjustable-Performance-Plan-Baranspruch.

Bei der Umwandlung wurden CHF 453 Mio. der Verbindlichkeit im Zusammenhang mit den Adjustable-Performance-Plan-Baransprüchen, die in die Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche umgewandelt wurden, in Eigenkapital umklassiert.

Aktivitäten bezüglich Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüchen

	2013	2012
	Anzahl APP-Aktien- ansprüche in Mio.	Anzahl APP-Aktien- ansprüche in Mio.
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche		
Bestand zu Beginn der Periode	30.8	–
Zugewährt	1.2 ¹	31.0
Abgerechnet	(17.2)	0.0
Verwirkt	(0.3)	(0.2)
Bestand am Ende der Periode	14.5	30.8
davon erworben	1.2	0.3
davon noch nicht erworben	13.3	30.5

¹ Entspricht den zusätzlichen im ersten Quartal 2013 erworbenen Einheiten, weil die ursprünglichen Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche die Leistungskriterien gemäss den Bedingungen der Ansprüche erfüllten.

Scaled Incentive Share Units

Der Scaled-Incentive-Share-Units-(SISUs)-Plan ist ein aktienbasierter, langfristiger Anreizplan für Mitarbeitende im Rang eines Managing Director oder Director. Im Januar 2010 wurden SISUs im Rahmen der aufgeschobenen Vergütung für 2009 zugewährt. SISUs sind mit Incentive Share Units (ISUs) vergleichbar (siehe «Incentive Share Units» unten), allerdings beträgt die Periode, in der die Ansprüche erworben werden, vier Jahre, und es bestehen

Regelungen bezüglich Frühpensionierung. Ausserdem enthält die Hebelkomponente eine zusätzliche Leistungsbedingung, welche die Anzahl Zusatzaktien gegebenenfalls erhöht oder verringert. Jede SISU-Basiskomponente wird gleichmässig an jedem der vier folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung erworben. Die SISU-Hebelkomponente wird erst vier Jahre nach dem Zuteilungsdatum vollständig erworben. Das neue, vom Erfolg abhängige Element verknüpft die definitive Lieferung von zusätzlichen Aktien mit der Entwicklung der durchschnittlichen ausgewiesenen Eigenkapitalrendite der Gruppe. Liegt die Eigenkapitalrendite während der vierjährigen Periode, in der die Ansprüche erworben werden, über einer am Zuteilungsdatum festgelegten Zielgrösse, wird die Stückzahl der mit Bezug auf den Anstieg des durchschnittlichen Aktienkurses der Gruppe zuzuteilenden zusätzlichen Aktien nach oben angepasst. Wird die Zielgrösse verfehlt, wird die Stückzahl reduziert. Sie kann jedoch keinesfalls unter einen Wert von null sinken. Bei der Berechnung der nach Ende der vierjährigen Periode, in der die Ansprüche erworben werden, fälligen definitiven Anzahl zusätzlicher Aktien wird somit zunächst die Kursentwicklung der Aktie der Gruppe (Aktienkurs-Multiplikator) und anschliessend die durchschnittliche Entwicklung der Eigenkapitalrendite (Eigenkapitalrendite-Multiplikator) berücksichtigt. Die Lieferung der Aktien erfolgt, sobald die SISU-Ansprüche erworben wurden.

Die maximale Ausschüttungsquote für Zusatzaktien pro SISU ist auf den dreifachen Wert der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum limitiert. Zudem ist die Anzahl zu übertragender Aktien auf maximal drei Aktien der Gruppe vor Anwendung des Skalierungsfaktors beschränkt. Letzterer kann einen Wert von bis zu 2,5 annehmen.

Aktivitäten bezüglich Scaled Incentive Share Units

	2013	2012	2011
SISU-Ansprüche (in Mio.)			
Bestand zu Beginn der Periode	9.6	14.7	20.4
Abgerechnet	(4.8)	(4.9)	(5.1)
Verwirkt	(0.1)	(0.2)	(0.6)
Bestand am Ende der Periode	4.7	9.6	14.7
davon erworben	1.2	1.7	1.0
davon noch nicht erworben	3.5	7.9	13.7

Incentive Share Units

In den Jahren 2006 bis 2009 waren ISUs für alle Mitarbeitenden das Hauptinstrument aktienbasierter, aufgeschobener Vergütung. Im Jahr 2009 wurden ISUs als aufgeschobene Vergütung für alle Mitarbeitenden auf den Stufen bis und mit Vice President eingesetzt. Eine ISU ist vergleichbar mit einer Aktie, hat aber zusätzliches Wertsteigerungspotenzial, das direkt von der Kursentwicklung der Aktie der Gruppe im Vergleich zu den bei Zuteilung festgelegten Zielgrössen abhängt. Für jede zugewährte ISU erhalten die einzelnen Mitarbeitenden mindestens eine Aktie der Gruppe (ISU-Basiskomponente) über eine dreijährige Periode, in der die ISUs erworben werden. Nach Ablauf der dreijährigen Periode, in der die

ISUs erworben wurden, können sie gegebenenfalls Zusatzaktien (ISU-Hebelkomponenten) erhalten. Die Anzahl ISU-Hebelkomponenten, die in Zusatzaktien umgewandelt werden, berechnet sich durch Multiplikation der Gesamtzahl der ISU-Basiskomponenten abzüglich der Verwirkungen mit einem Aktienkursmultiplikator. Die Höhe dieses Multiplikators hängt von der effektiven Wertsteigerung des gewichteten monatlichen Durchschnittskurses während der vertraglich vereinbarten Laufzeit gegenüber dem Aktienkurs am Zuteilungsdatum ab. Jede ISU-Basiskomponente wird gleichmässig an jedem der drei folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung erworben. Die ISU-Hebelkomponente wird erst drei Jahre nach dem Zuteilungsdatum erworben. Die Lieferung der Aktien erfolgt, sobald die ISU-Ansprüche erworben wurden.

Im Jahr 2013 wurden die 2009 zugeteilten ISU-Hebelkomponenten umgewandelt und hatten bei der Umwandlung keinen Wert, da der Kurs der Aktie der Gruppe unter dem festgelegten Minimalziel von CHF 53.71 lag. Im Jahr 2012 wurden die für 2008 zugeteilten ISU-Hebelkomponenten umgewandelt; sie hatten bei der Umwandlung einen Wert von 0,986 Aktien der Gruppe. Im Jahr 2011 wurden die für 2007 zugeteilten ISU-Hebelkomponenten umgewandelt und hatten bei der Umwandlung keinen Wert, da der Kurs der Aktie der Gruppe unter dem festgelegten Minimalziel von CHF 58.45 lag.

Aktivitäten bezüglich Incentive Share Units

	2013	2012	2011
ISU-Ansprüche (in Mio.)			
Bestand zu Beginn der Periode	3.6	13.3	37.7
Abgerechnet	(1.8)	(8.8)	(23.3)
Verwirkt	(0.6)	(0.9)	(1.1)
Bestand am Ende der Periode	1.2	3.6	13.3
davon erworben	0.1	0.4	1.4
davon noch nicht erworben	1.1	3.2	11.9

Partner Asset Facility 2008

Im Rahmen des jährlichen Vergütungsprozesses für 2008 erhielten Managing Directors und Directors im Investment Banking den grössten Teil ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form von in US-Dollars ausgestellten Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüchen (PAF-Ansprüchen). PAF-Ansprüche sind an ein genau definiertes Portfolio von illiquiden Aktiven (Portfolio) aus der Division Investment Banking indexiert und stellen eine erstrangige Verlustbeteiligung an diesem Portfolio dar.

Der Nominalwert dieses Portfolios richtete sich nach dem Fair Value per 31. Dezember 2008, wobei die Zusammensetzung des Portfolios während der Laufzeit der Ansprüche beziehungsweise bis zur Liquidation einzelner Positionen unverändert bleibt. Besitzer von PAF-Ansprüchen werden am potenziellen zukünftigen Gewinn aus diesen Aktiven partizipieren, sofern einzelne Positionen innerhalb des Portfolios zu Preisen, die den ursprünglichen Fair Value

übersteigen, verkauft werden können. Umgekehrt tragen sie je nach Liquidationserträgen auch die erste Tranche der allfälligen Verluste aus diesen Positionen. Durch die Einführung der PAF-Ansprüche wurde ein bedeutender Anteil an Risikopositionen aus den risikogewichteten Aktiven der Credit Suisse entfernt und auf die Mitarbeitenden übertragen, was eine Reduktion des für diese Positionen notwendigen Eigenkapitals ermöglichte.

Die PAF-Ansprüche, die eine vertraglich festgelegte Laufzeit von acht Jahren haben, sind voll ins Eigentum der Begünstigten übergegangen. PAF-Ansprüche werden über die gesamte Laufzeit hinweg halbjährlich auf der Basis ihres Nominalwertes zu LIBOR + 250 Basispunkten verzinst. Es ist beabsichtigt, dass die Begünstigten nach Ablauf von vier Jahren jährlich 20% des Nominalwertes des PAF-Anspruchs in bar ausbezahlt erhalten, vorausgesetzt der Marktwert des Portfolios ist nicht unter den Marktwert am Zuteilungsdatum gefallen. Im letzten Jahr der Laufzeit der PAF-Ansprüche erhalten die Begünstigten eine Schlusszahlung in bar. Diese setzt sich aus dem Nominalwert am Tag der Zuteilung abzüglich aller bereits erfolgten Zahlungen unter Berücksichtigung aller aus der Liquidation des Portfolios realisierten Gewinne oder Verluste zusammen.

Im Juni 2012 und im Dezember 2011 hatten die bestehenden Inhaber von PAF-Ansprüchen die freie Wahl, ihre bestehenden PAF-Ansprüche wertneutral in neue PAF-Ansprüche, die an ein erweitertes Portfolio von Referenzaktiven gekoppelt sind, umzutauschen. Die neuen PAF-Ansprüche weisen dieselbe vertraglich vereinbarte Laufzeit, dieselbe Periode, in der Ansprüche erworben werden, dieselben Performance-Kriterien, dieselbe Abwicklung und sonstigen Bedingungen wie die ursprünglich ausgegebenen PAF-Ansprüche auf; sie stellen eine zusätzliche Risikoübertragung zu den Mitarbeitenden aus dem erweiterten Anlageportfolio dar, das aus den risikogewichteten Aktiven der Gruppe ausgegliedert worden war. Hiermit reduziert sich die Kapitalbeanspruchung der Gruppe. Zu den Stichtagen im Juni 2012 und Dezember 2011 hatten sich rund 41% beziehungsweise 35% der Mitarbeitenden mit PAF-Ansprüchen für den Umtausch ihrer bestehenden PAF-Ansprüche in neue PAF-Ansprüche entschieden. Der Vergütungsaufwand für die neuen PAF-Ansprüche wird jeweils zum Stichtag der einzelnen Berichtsperioden aktualisiert, um neben dem ursprünglichen Portfolio an PAF-Anlagen auch Änderungen des zugrundeliegenden Fair Value des erweiterten Referenz-Anlageportfolios Rechnung zu tragen, bis die Ansprüche definitiv beglichen sind. Zu den Umtauschdaten war keine Anpassung des Vergütungsaufwands erforderlich.

Sonstige Baransprüche

Die sonstigen Baransprüche bestehen aus aufgeschobener freiwilliger Vergütung, Eigenhandel und Mitarbeiter-Anlageplänen. Der Vergütungsaufwand im Zusammenhang mit dieser Vergütung ging hauptsächlich auf Marktwert- und Performance-Anpassungen zurück, da diese Vergütung zumeist vollumfänglich erworben ist.

Aktioptionen

Vor 2004 bildeten Aktioptionen eine wesentliche Komponente im aktienbasierten Vergütungsprogramm der Gruppe. Seither haben wir die Optionsprogramme eingestellt, und die ursprünglichen Zuteilungen sind inzwischen vollumfänglich ausgeübt worden. Aktioptionen wurden jeweils zu einem Ausübungspreis ausgegeben, der dem Marktpreis der Aktie der Gruppe im Zuteilungszeitpunkt entsprach, und verfallen nach zehn Jahren.

In den Jahren 2013, 2012 und 2011 wurden keine Optionen zugeteilt. Per 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 betrug der

Gesamtbetrag des inneren Werts der ausstehenden oder ausüb- baren Optionen null. Per 31. Dezember 2013 und 2012 betrug das Total des inneren Werts der ausgeübten Optionen null. Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit dieser Optionen betrug per 31. Dezember 2013 0,7 Jahre. Zum Ausübungszeitpunkt belief sich der innere Wert der im Jahr 2011 ausgeübten Optionen auf CHF 1 Mio. Im Jahr 2013 und im Jahr 2012 flossen der Gruppe keine flüssigen Mittel aus Optionsausübungen zu. Durch die Aus- übung von Optionen im Jahr 2011 flossen der Gruppe flüssige Mittel in Höhe von CHF 2 Mio. zu.

Aktivitäten bezüglich Aktioptionen

	2013		2012		2011	
	Anzahl Aktioptionen in Mio.	Gewichte- ter durch- schnittli- cher Aus- übungs- preis in CHF	Anzahl Aktioptionen in Mio.	Gewichte- ter durch- schnittli- cher Aus- übungs- preis in CHF	Anzahl Aktioptionen in Mio.	Gewichte- ter durch- schnittli- cher Aus- übungs- preis in CHF
Aktioptionen						
Bestand zu Beginn der Periode	5.3	32.59	16.9	51.00	29.8	64.58
Ausgeübt	0.0	0.00	0.0	0.00	(0.1)	31.78
Verwirkt	(0.1)	70.90	0.0	0.00	0.0	0.00
Verfallen	(4.8)	30.59	(11.6)	59.36	(12.8)	82.61
Bestand am Ende der Periode	0.4	50.77	5.3	32.59	16.9	51.00
davon am Ende der Periode ausübbar	0.4	50.77	5.3	32.59	16.9	51.00

Lieferung von Aktien

In der Vergangenheit erfüllte die Gruppe ihre Verbindlichkeiten zur Lieferung von Aktien aus Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen durch den Kauf von Aktien auf dem Markt sowie durch den

Abschluss von Hedging-Geschäften mit Drittparteien. Während der Jahre 2013 und 2012 erfüllte die Gruppe ausstehende Ansprüche auf aktienbasierte Vergütung in erster Linie durch Ausgabe von neuen Aktien aus dem bedingten Kapital.

29 Organe und diesen nahestehende Personen und Unternehmen

Vergütung zugunsten der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

► Siehe «Anhang 3 – Vergütung an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Vergütung zugunsten der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

	2013	2012	2011
Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	8¹	22	18
Zunahmen	4	3	5
Abnahmen	(2)	(17)	(1)
Bestand am Ende der Periode	10¹	8	22
Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	41²	34	35
Zunahmen	16	12	2
Abnahmen	(2)	(5)	(3)
Bestand am Ende der Periode	55²	41	34

¹ Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Jahres betrug drei beziehungsweise vier.

² Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Jahres betrug fünf.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

Die den Mitgliedern der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung und richten sich entweder nach für Drittparteien oder, im Falle von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung, für breite Kreise von Mitarbeitenden geltenden Bedingungen. Der höchste per 31. Dezember 2013 ausstehende Kredit an ein Mitglied der Geschäftsleitung belief sich auf USD 5 Mio. und betraf Eric Varvel.

Alle den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Hypothekendarlehen sind entweder variabel oder festverzinslich. Hypotheken werden in der Regel für einen Zeitrahmen von bis zu zehn Jahren abgeschlossen. Die verwendeten Zinssätze beruhen auf dem Refinanzierungssatz zuzüglich einer Marge und entsprechen den für andere Mitarbeitende anwendbaren Zinssätzen und übrigen Konditionen. Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung werden ebenfalls zu Zinssätzen und Konditionen gewährt, wie sie für Mitarbeitende üblich sind. Bei der Gewährung von Krediten an Geschäftsleitungsmitglieder kommen die gleichen Bewilligungs- und Risikobeurteilungsverfahren zur Anwendung, wie sie für alle Mitarbeitenden üblich sind. Falls nichts anderes vermerkt ist, wurden sämtliche Kredite an Geschäftsleitungsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten

gewährt, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten, und unter Berücksichtigung der für sämtliche Mitarbeitenden der Gruppe geltenden Bedingungen. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen; zudem wiesen sie keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf.

Verwaltungsratsmitglieder haben für Kredite keinen Anspruch auf Mitarbeiterkonditionen, sondern unterliegen Bedingungen, wie sie auch für andere Kunden mit vergleichbarer Bonität angewendet werden. Mitglieder des Verwaltungsrats, die zuvor bei der Gruppe angestellt waren, können über ausstehende Kredite verfügen, die sie zu Mitarbeiterkonditionen erhalten haben. Falls nichts anderes vermerkt ist, werden sämtliche Kredite an Verwaltungsratsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten gewährt, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt bei der Vergabe für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen gelten. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem wiesen sie keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf. Zusätzlich zu den in der entsprechenden Tabelle aufgeführten Krediten können die Gruppe beziehungsweise im Bankgeschäft engagierte Tochtergesellschaften der Gruppe Ausleihungen oder Finanzierungsgeschäfte mit Gesellschaften tätigen, bei denen gegenwärtige Mitglieder des Verwaltungsrats bedeutenden Einfluss (gemäss Definition der SEC) ausüben, etwa als Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsrats. Falls nicht anders vermerkt, vergibt die Gruppe Kredite an solche Gesellschaften im Rahmen der gewohnten Geschäftstätigkeit und zu den marktüblichen Konditionen.

Bankbeziehungen


Die Gruppe ist ein global tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen. Viele ihrer Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats oder mit ihnen verbundene Gesellschaften unterhalten Bankbeziehungen mit der Gruppe. Die Gruppe beziehungsweise im Bankgeschäft engagierte Tochtergesellschaften der Gruppe können Finanzierungs- und andere Bankgeschäfte mit Unternehmen tätigen, bei denen gegenwärtige Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsrats einen bedeutenden Einfluss gemäss Definition der SEC ausüben, beispielsweise indem sie Verwaltungsrats- und/oder Geschäftsleitungsfunktionen in den betreffenden Unternehmen wahrnehmen. Mit Ausnahme der nachstehenden Transaktionen werden alle diese Geschäftsbeziehungen der Gruppe mit Mitgliedern der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats und solchen Unternehmen im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen eingegangen. Falls nicht anders vermerkt, wurden sämtliche Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsrats oder mit ihnen verbundene Unternehmen im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen, einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, vergeben, wie sie bei der Vergabe für vergleichbare Geschäfte mit anderen Personen galten. Das


Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem wiesen die Kredite keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf. Per 31. Dezember 2013, 2012 beziehungsweise 2011 bestanden keine Kreditpositionen gegenüber entsprechenden nahestehenden Personen, die nicht im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen erfolgt waren.

Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Austausch von T1-Kapitalinstrumenten

Im Februar 2011 schloss die Gruppe mit verbundenen Einheiten der Qatar Investment Authority (QIA) sowie der The Olayan Group, die beide massgeblich in Aktien und anderen Finanzinstrumenten der Gruppe engagiert sind, definitive Vereinbarungen über die Emission von Kapitalinstrumenten des Kernkapitals (T1) mit hohem Auslösungssatz (im Folgenden als neue T1 Capital Notes bezeichnet) ab. Im Rahmen dieser Vereinbarungen beschlossen QIA und The Olayan Group den Erwerb von neuen T1 Capital Notes im Wert von USD 3,45 Mia. und CHF 2,5 Mia. im Austausch gegen ihre Positionen in T1 Capital Notes in Höhe von USD 3,45 Mia. (mit einem Coupon von 11%) und CHF 2,5 Mia. (mit einem Coupon von 10%) aus dem Ausgabejahr 2008 (zusammen im Folgenden als T1 Capital Notes bezeichnet) oder, falls diese T1 Capital Notes vollumfänglich zurückgezahlt worden waren, gegen Barmittel.

Im Juli 2012 schloss die Gruppe mit der verbundenen Einheit der The Olayan Group eine Änderungsvereinbarung zum vorzeitigen Umtausch ihrer T1 Capital Notes in Höhe von USD 1,725 Mia. (mit einem Coupon von 11%) in einen äquivalenten Nominalbetrag an neuen T1 Capital Notes ab. Im Oktober 2013 tauschte die Gruppe, gestützt auf die frühere Vereinbarung mit einer verbundenen Einheit von QIA, den Bestand dieser Einheit an T1 Capital Notes von USD 1,72 Mia. (mit einem Coupon von 11%) und T1 Capital Notes von CHF 2,5 Mia. (mit einem Coupon von 10%) gegen äquivalente Nominalbeträge an neuen T1 Capital Notes um. Diese Transaktionen wurden von der  FINMA genehmigt.

Gemäss den Bestimmungen werden die neuen T1 Capital Notes in Stammaktien der Credit Suisse Group umgewandelt, sollte die gemäss  Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) ermittelte Quote des harten Kernkapitals (Common Equity T1, CET1) der Gruppe zum Ende eines Kalenderquartals unter 7% (oder eine anwendbare niedrigere Mindestgrenze) fallen. Davon ausgenommen sind Fälle, in denen die FINMA auf Antrag der Gruppe bei oder vor der Veröffentlichung der Quartalsergebnisse der Gruppe zustimmt, dass Massnahmen, Umstände oder Ereignisse die Quote wieder über den anwendbaren Schwellenwert gehoben haben beziehungsweise in Kürze heben werden. Die neuen T1 Notes werden auch dann umgewandelt, wenn die FINMA dies für notwendig erachtet oder die Gruppe eine staatliche Kapitalunterstützung benötigt, um zu verhindern, dass sie zahlungsunfähig wird, in Konkurs geht oder nicht in der Lage ist, einen Grossteil ihrer Verbindlichkeiten zurückzuzahlen, oder wenn andere ähnliche Umstände eintreten. Ausserdem wird die Wandlung der neuen T1 Capital Notes, die an verbundene Einheiten

der The Olayan Group ausgegebenen wurden, ausgelöst, falls die FINMA vor Ablauf eines Kalenderquartals einen Zwischenbericht verlangt und die ausgewiesene Quote des harten Kernkapitals der Gruppe per Ende der betreffenden Berichtsperiode unter 5% fällt. Der Wandelpreis entspricht dem höheren der beiden nachfolgenden Preise: einem vorgegebenen Mindestkurs je Aktie (mit den üblichen Anpassungen) oder dem täglichen volumengewichteten durchschnittlichen Verkaufskurs der Stammaktien der Gruppe in den fünf der Wandelmittteilung vorangehenden Tagen. Im Zusammenhang mit dem im Juli 2012 erfolgten Austausch wurde der Wandelmindestpreis der neuen T1 Capital Notes, die beim Austausch geliefert wurden, sowie der verbleibenden neuen T1 Capital Notes, die im Oktober 2013 umgetauscht wurden, an den Wandelpreis der nachstehend beschriebenen MACCS angepasst. Die neuen T1 Capital Notes sind tief nachrangig, unbefristet und können von der Gruppe frühestens im Jahr 2018 sowie unter anderen Umständen mit Genehmigung der FINMA gekündigt werden. Auf die neuen T1 Capital Notes in Höhe von USD 3,45 Mia. und CHF 2,5 Mia. wird ein fester Coupon von 9,5% beziehungsweise 9,0% gezahlt, der nach dem ersten Call-Datum neu festgesetzt wird. Die Couponzahlungen unterliegen im Allgemeinen dem Ermessen des Emittenten (sofern kein auslösendes Ereignis eingetreten ist), können unter bestimmten Umständen ausgesetzt werden und sind nicht kumulativ.

Zum Zeitpunkt der ursprünglichen Transaktion qualifizierte die Gruppe die Transaktion im Hinblick auf die Beurteilung der Bedingungen und der Corporate Governance als bedeutend und erachtete die QIA und The Olayan Group als nahestehende Gesellschaften des derzeitigen Verwaltungsratsmitglieds Herrn Bin Hamad J.J. Al Thani beziehungsweise des damaligen Verwaltungsratsmitglieds Herrn Syriani. Der Verwaltungsrat (mit Ausnahme von Herrn Bin Hamad J.J. Al Thani und Herrn Syriani, die sich nicht am Entscheidungsfindungsprozess beteiligten) befand, dass die Bedingungen der ursprünglichen Transaktion angesichts ihrer Grösse, der Art des bedingten Kapitalinstruments, für das es keinen bestehenden Markt gibt, sowie der Bedingungen der 2008 ausgegebenen und von QIA und The Olayan Group gehaltenen T1 Capital Notes angemessen waren. Am 26. April 2013 trat Herr Syriani aus dem Verwaltungsrat zurück, und es wurde keine mit The Olayan Group verbundene Person in den Verwaltungsrat gewählt.

Ausführung der bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS)

Im Juli 2012 gab die Gruppe bedingte Pflichtwandelanleihen (MACCS) im Umfang von CHF 3,8 Mia. aus, die am 29. März 2013 zwingend in 233,5 Mio. Aktien zu einem Wandelpreis von CHF 16.29 je Aktie umgewandelt wurden. Die Ausführung und Lieferung der Aktien erfolgte am 8. April 2013. Strategische und institutionelle Anleger erwarben MACCS in Höhe von CHF 2,0 Mia., und Aktionäre übten Vorzugszeichnungsrechte für MACCS in Höhe von CHF 1,8 Mia. aus. Der Wandelpreis entsprach 95% des volumengewichteten durchschnittlichen Börsenkurses an den beiden Handelstagen unmittelbar vor der Transaktion. Zu den Anlegern in MACCS zählen verbundene Einheiten von QIA und The Olayan Group, die nach Ansicht der Gruppe auch als

nahestehende Gesellschaften unseres derzeitigen Verwaltungsratsmitglieds Herrn Bin Hamad J.J. Al Thani beziehungsweise des damaligen Verwaltungsratsmitglieds der Gruppe Herrn Syriani zu qualifizieren sind. Nebst QIA und The Olayan Group haben eine Reihe anderer Kapitalgeber der Gruppe MACCS erworben. Dazu gehörten die Norges Bank und die Capital Group Companies Inc., die wie QIA und The Olayan Group ebenfalls bedeutende Aktienpositionen an unserer Gruppe halten. Die Bedingungen für die Wandlung der MACCS waren für sämtliche Käufer identisch.

Plus Bonds

Im Jahr 2013 teilte die Gruppe bestimmten Mitarbeitenden Plus Bonds als aufgeschobene variable Vergütung für 2012 zu. Die Gruppe bot denjenigen Mitgliedern der Geschäftsleitung, die nicht an der Strukturierung des Plus Bond beteiligt waren, die Möglichkeit, ihre eigenen Mittel in Instrumente mit im Wesentlichen den gleichen Bedingungen wie die Plus Bond Awards, die Mitarbeitenden zugeteilt wurden, zu investieren. In der Folge erwarben einige Mitglieder der Geschäftsleitung im Februar 2013 Plus-Bond-Instrumente in Höhe von insgesamt CHF 9 Mio.

Kredit zugunsten der Arcapita Bank

Im Februar 2012 stufte die Gruppe einen Kredit der Gruppe an die Arcapita Bank B.S.C. (Arcapita Bank) mit einem ausstehenden Nominalbetrag von USD 30 Mio. auf den Status «gefährdet» herab. Bei der Arcapita Bank handelt es sich um eine internationale Investmentgesellschaft mit Sitz in Bahrain. Der betreffende Kredit wurde im Jahr 2007 zu marktüblichen Konditionen gewährt. Zu diesem Zeitpunkt wies der Kredit kein überdurchschnittliches Wiedereinbringungsrisiko oder keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf. Die Arcapita Bank konnte über das Verwaltungsratsmitglied der Gruppe Herrn Bin Hamad J.J. Al Thani als ein der Gruppe nahestehendes Unternehmen gelten, da Herr Bin Hamad J.J. Al Thani auch Mitglied des Verwaltungsrats der Arcapita Bank war. Herr Bin Hamad J.J. Al Thani gehörte seit Oktober 2008 dem Verwaltungsrat der Arcapita Bank an und seit 2010 ist er Mitglied des Verwaltungsrats der Gruppe an. In beiden Gremien nahm er erst Einsitz, nachdem der Kredit gewährt worden war. Im

März 2012 leitete die Arcapita Bank in den USA ein Insolvenzverfahren nach Chapter 11 ein. Danach veräusserte die Gruppe ihre Kreditposition in Höhe von USD 30 Mio. an eine unabhängige Drittpartei. Im Jahr 2013 trat Herr Bin Hamad J.J. Al Thani aus dem Verwaltungsrat der Arcapita Bank aus.

Verbindlichkeiten gegenüber eigenen

Vorsorgeeinrichtungen

Verbindlichkeiten gegenüber eigenen Vorsorgeeinrichtungen der Gruppe mit Leistungsprimat per 31. Dezember 2013 und 2012 in Höhe von CHF 3 381 Mio. beziehungsweise CHF 3 232 Mio. waren in verschiedenen Verbindlichkeiten in der konsolidierten Bilanz enthalten. Im Dezember 2011 investierte die Schweizer Vorsorgeeinrichtung der Gruppe CHF 350 Mio. in Pflichtwandelanleihen (Mandatory Convertible Securities), ausgegeben durch die Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Limited, eine nicht konsolidierte Zweckgesellschaft (Special Purpose Entity, SPE) und hundertprozentige Tochtergesellschaft der Gruppe. Diese Pflichtwandelanleihen beinhalteten einen Coupon von 2% und wurden bei Fälligkeit im Dezember 2012 in 16,5 Mio. Aktien der Gruppe umgewandelt. Per 31. Dezember 2013 und 2012 hatten zudem sonstige SPEs, die nicht konsolidiert werden und hundertprozentige Tochtergesellschaften der Gruppe sind, nominale Verbindlichkeiten in Höhe von CHF 77 Mio. beziehungsweise CHF 78 Mio. gegenüber den Vorsorgeeinrichtungen der Gruppe.

Von der Gruppe oder einer Tochtergesellschaft gewährte Kredite an nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen

	2013	2012	2011
Von der Gruppe oder einer Tochtergesellschaft gewährte ausstehende Kredite an nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	12	13	45
Geldaufnahmen/(Rückzahlungen), netto	(2)	(1)	(32)
Bestand am Ende der Periode	10	12	13

30 Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand

Die Gruppe sponsert Vorsorgepläne mit Beitragsprimat, Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand, beispielsweise die Gesundheitsversorgung im Ruhestand.

VORSORGEPLÄNE MIT BEITRAGSPRIMAT

Bei Vorsorgeplänen mit Beitragsprimat wird für jeden Teilnehmer ein eigenes Vorsorgekonto geführt. Die Leistungen an die einzelnen Teilnehmer beruhen ausschliesslich auf den Beiträgen, welche für dieses Vorsorgekonto geleistet werden, und hängen von den Erträgen, den Aufwendungen sowie den dem betreffenden Konto zugeschriebenen Gewinnen und Verlusten auf den Anlagen ab. Somit gibt es keine betraglich im Voraus festgesetzten Rentenleistungen auf den Zeitpunkt der Pensionierung, und die Teilnehmer tragen das gesamte versicherungsmathematische Risiko und das gesamte Anlagerisiko.

Die Gruppe leistet Beiträge an verschiedene Vorsorgepläne mit Beitragsprimat, vor allem in den USA und in Grossbritannien, aber auch in anderen Ländern weltweit. In den Jahren 2013, 2012 und 2011 beliefen sich die von der Gruppe geleisteten Beitragszahlungen und die entsprechenden Aufwendungen auf CHF 179 Mio., CHF 221 Mio. beziehungsweise CHF 246 Mio.

VORSORGEPLÄNE UND SONSTIGE PLÄNE MIT LEISTUNGSPRIMAT

Vorsorgepläne mit Leistungsprimat

Unter Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat versteht man Vorsorgepläne, welche für die einzelnen Mitarbeitenden anlässlich ihrer Pensionierung genau definierte Leistungen vorsehen. Die Höhe der Leistungen basiert üblicherweise auf der Höhe des Salärs der betreffenden Mitarbeitenden, dem Dienst- und dem Pensionsalter. Die Pensionierten tragen weder das versicherungsmathematische Risiko (das Risiko einer unerwartet hohen Lebensdauer des/der Pensionierten) noch das Anlagerisiko (das Risiko, dass die investierten Vermögenswerte und entsprechenden Renditen aufgrund geringer oder negativer Erträge nicht zur Deckung der erwarteten Leistungen ausreichen). Die Finanzierungspolitik der Gruppe für diese Pläne entspricht den lokalen gesetzlichen und steuerrechtlichen Anforderungen.

Schweizer Vorsorgeplan

Der wichtigste Vorsorgeplan der Gruppe befindet sich in der Schweiz, versichert die Mitarbeitenden in der Schweiz und ist als Stiftung mit Sitz in Zürich errichtet. Der Plan bietet Leistungen im Falle von Pensionierung, Tod und Erwerbsunfähigkeit und entspricht den gesetzlich vorgeschriebenen minimalen Vorsorgeleistungen gemäss schweizerischem Recht oder geht darüber hinaus. In der Vergangenheit erbrachte der Plan im Rahmen des Rententeils traditionelle Vorsorgeleistungen unter dem Leistungsprimat. 2010 wurde ein neuer Sparteil eingeführt, und per 1. Januar 2013

wurden alle aktiven Mitarbeitenden in den Sparteil überführt. Im Rententeil werden für Aktive keine neuen Leistungen mehr erworben. Beim Sparteil beruhen die Leistungen auf den kumulierten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen sowie den kumulierten gutgeschriebenen Zinsen. Obwohl die Planausgestaltung dem Beitragsprimat nahe kommt, wird der Plan nach US GAAP als Vorsorgeplan mit Leistungsprimat behandelt, hauptsächlich aufgrund einer garantierten Mindestrendite auf Beiträgen und der garantierten Auszahlung von lebenslänglichen Renten. Per 31. Dezember 2013 und 2012 entfielen auf den Vorsorgeplan der Gruppe in der Schweiz 79% beziehungsweise 80% der den Leistungsprimatplänen der Gruppe angeschlossenen Mitarbeitenden, 83% des Fair Value der Planvermögen und 82% beziehungsweise 83% der Vorsorgeverpflichtungen aller Leistungsprimatpläne der Gruppe.

Die Beiträge der Mitarbeitenden im Sparteil hängen von deren Alter ab und werden als Prozentsatz des versicherten Lohns berechnet. Die Mitarbeitenden haben die Wahl zwischen drei Beitragsniveaus, die abhängig von ihrem Alter sind und bei zwischen 5% und 14% liegen. Der Beitrag der Gruppe liegt zwischen 7,5% und 25% des versicherten Lohns und hängt vom Alter der betreffenden Mitarbeitenden ab.

Ausländische Vorsorgepläne

Verschiedene Vorsorgepläne mit Leistungsprimat versichern die Mitarbeitenden der Gruppe, welche an Standorten ausserhalb der Schweiz tätig sind. Diese Pläne bieten Leistungen im Falle von Pensionierung, Tod, Erwerbsunfähigkeit oder Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Die Pensionsvorsorgeleistungen hängen vom Alter, von den Beiträgen und vom Salär ab. Die wichtigsten Vorsorgepläne mit Leistungsprimat der Gruppe ausserhalb der Schweiz befinden sich in den USA und in Grossbritannien. Beide Pläne sind durch Vermögen gedeckt, für neue Teilnehmer geschlossen, und für Aktive werden keine neuen Leistungen mehr gedeckt. Kleinere – sowohl durch Vermögen gedeckte als auch ungedeckte – Vorsorgepläne mit Leistungsprimat werden an anderen Standorten unterhalten.

Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand

In den USA unterhält die Gruppe sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand, die Vorsorgeleistungen ausser Renten erbringen – in erster Linie Gesundheits- und Fürsorgeleistungen für bestimmte Mitarbeitende im Ruhestand. Im Austausch für die gegenwärtig erbrachte Arbeitsleistung des Mitarbeitenden verpflichtet sich die Gruppe, nach dessen Pensionierung Gesundheits- und Fürsorgeleistungen zu erbringen. Die Verpflichtung der Gruppe hinsichtlich dieser Leistungen entsteht mit dem Erbringen der Dienste seitens des Mitarbeitenden, die den Mitarbeitenden berechtigen, im Ruhestand Leistungen aus dem Vorsorgeplan zu beziehen.

Vorsorgeaufwand für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat

Der periodische Nettovorsorgeaufwand für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand umfasst die Kosten des betreffenden Plans für die Periode, in welcher die einzelnen Mitarbeitenden Arbeitsleistungen erbringen. Der effektiv zu erfassende Betrag wird anhand der üblichen versicherungsmathematischen Methode

ermittelt, in die nebst anderen Faktoren der laufende Dienstzeitaufwand, der Zinsaufwand, die erwarteten Erträge des Planvermögens sowie die Amortisation von in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfassten nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwänden/(-gutschriften) und versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen) einfließen.

Zusammensetzung des Vorsorgeaufwands

	Schweiz			Vorsorgepläne mit Leistungsprimat			Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Total Vorsorgeaufwand (in Mio. CHF)									
Dienstzeitaufwand aus Vorsorgeverpflichtungen	347	347	319	24	30	33	0	1	0
Zinsaufwand auf Vorsorgeverpflichtungen	304	378	416	122	127	123	8	8	7
Erwartete Erträge aus den Planvermögen	(575)	(617)	(668)	(161)	(164)	(160)	0	0	0
Amortisation von berücksichtigtem/r nachzuverrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	(92)	(52)	17	0	(1)	0	0	(2)	(2)
Amortisation von berücksichtigten versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	258	144	84	79	74	51	13	13	9
Periodischer Nettovorsorgeaufwand	242	200	168	64	66	47	21	20	14
Verluste/(Gewinne) aus Planabgeltungen	40	90	0	0	0	0	0	0	0
Verluste/(Gewinne) aus Plankürzungen	(28)	(35)	1	0	0	0	0	0	0
Spezielle Abgangsleistungen	19	19	10	0	0	0	0	0	0
Total Vorsorgeaufwand	273	274	179	64	66	47	21	20	14

Der gesamte im Personalaufwand erfasste Vorsorgeaufwand betrug für 2013, 2012 und 2011 CHF 358 Mio., CHF 360 Mio. beziehungsweise CHF 240 Mio. Diese Beträge werden im sonstigen Personalaufwand ausgewiesen.

Seit dem zweiten Quartal 2011 hat die Gruppe im Rahmen ihres strategischen Plans eine Reihe von Kostensenkungsmassnahmen eingeleitet einschliesslich einer Reduktion des Personalbestands. Dies führte 2013 und 2012 zu Gewinnen aus Plankürzungen von CHF 28 Mio. beziehungsweise CHF 35 Mio. und einem ebensolchen Verlust von CHF 1 Mio. für 2011, bedingt durch die sofortige Erfassung einer Gutschrift in Bezug auf die nicht mehr zu erbringenden Dienstjahre. Zusätzliche Kosten von CHF 40 Mio. und CHF 90 Mio. in den Jahren 2013 beziehungsweise 2012 betrafen die Abgeltung der Vorsorgeansprüche von Mitarbeitenden in der Schweiz, welchen wirksam gekündigt wurde, oder die infolge des Verkaufs ihrer Geschäftsbereiche die Gruppe verlassen haben. Im Zusammenhang mit den im Rahmen der Kostensenkungsmassnahmen erfolgten Frühpensionierungen in der Schweiz wurden 2013, 2012 und 2011 spezielle Abgangsleistungen in Höhe von CHF 19 Mio., CHF 19 Mio. beziehungsweise CHF 10 Mio. erfasst.

Vorsorgeverpflichtungen

Die Vorsorgeverpflichtungen werden entweder als aktuelle Vorsorgeverpflichtungen (Accumulated Benefit Obligation, ABO) oder als zukünftige Vorsorgeverpflichtungen (Projected Benefit Obligation, PBO) ausgewiesen. Erstere beziehen sich auf den versicherungsmathematischen Barwert auf Basis der von den Mitarbeitenden bis zum Stichtag erbrachten Arbeitsleistungen und umfassen die aktuellen und vergangenen Lohn- und Gehaltsniveaus. Bei Letzteren kommen Annahmen zu zukünftigen Lohn- und Gehaltsentwicklungen hinzu.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen und des Fair Value der Planvermögen, die in der konsolidierten Bilanz erfassten Beträge für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand sowie die aktuellen Vorsorgeverpflichtungen für die erstgenannten Vorsorgepläne.

Verbindlichkeiten und Deckungsgrad der Vorsorgepläne

im Jahr / Ende	Schweiz		Vorsorgepläne mit Leistungsprimat Ausland		Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge) Ausland	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen (in Mio. CHF) ¹						
Beginn der Bemessungsperiode	14 296	13 944	2 773	2 675	180	174
Arbeitnehmerbeiträge	209	231	0	0	0	0
Dienstzeitaufwand	347	347	24	30	0	1
Zinsaufwand	304	378	122	127	8	8
Plananpassungen	0	(402)	0	0	0	0
Abwicklungen	(208)	(335)	(4)	0	0	0
Plankürzungen	(5)	(64)	(2)	(12)	0	0
Spezielle Abgangsleistungen	19	19	1	1	0	0
Versicherungsmathematische Verluste/(Gewinne)	(736)	855	69	70	(8)	10
Entfernte Pläne	0	0	0	(6)	0	0
Auszahlungen von Vorsorgeleistungen	(753)	(677)	(97)	(103)	(8)	(8)
Währungsumrechnungsverluste/(-gewinne)	0	0	(43)	(9)	(4)	(5)
Ende der Bemessungsperiode	13 473	14 296	2 843	2 773	168	180
Fair Value der Planvermögen (in Mio. CHF)						
Beginn der Bemessungsperiode	14 340	13 604	2 893	2 586	0	0
Effektive Rendite auf den Planvermögen	913	1 035	183	234	0	0
Arbeitgeberbeiträge	411	482	67	158	8	8
Arbeitnehmerbeiträge	209	231	0	0	0	0
Abwicklungen	(208)	(335)	(4)	0	0	0
Auszahlungen von Vorsorgeleistungen	(753)	(677)	(97)	(103)	(8)	(8)
Währungsumrechnungsgewinne/(-verluste)	0	0	(35)	18	0	0
Ende der Bemessungsperiode	14 912	14 340	3 007	2 893	0	0
Bilanzierter Deckungsgrad (in Mio. CHF)						
Deckungsgrad der Pläne – Überdeckung/(Unterdeckung)	1 439	44	164	120	(168)	(180)
In der konsolidierten Bilanz bilanzierter Deckungsgrad per 31. Dezember	1 439	44	164	120	(168)	(180)
Total bilanzierter Betrag (in Mio. CHF)						
Anlagevermögen	1 439	45	520	695	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	0	0	(8)	(7)	(8)	(8)
Langfristige Verbindlichkeiten	0	(1)	(348)	(568)	(160)	(172)
Total in der konsolidierten Bilanz bilanzierter Betrag per 31. Dezember	1 439	44	164	120	(168)	(180)
Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen (in Mio. CHF) ²						
Ende der Bemessungsperiode	13 043	13 821	2 785	2 714	-	-

¹ Einschliesslich geschätzter zukünftiger Salärerhöhungen.

² Ohne geschätzte zukünftige Salärerhöhungen.

Gemäss US GAAP haben Arbeitgeber die Über- beziehungsweise Unterdeckung von Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat und sonstigen Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand in der Bilanz auszuweisen. Der Deckungsgrad dieser Vorsorgepläne berechnet sich anhand der Differenz zwischen dem Fair Value der Planvermögen und den zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen. Der Deckungsgrad kann von Jahr zu Jahr infolge von Fair-Value-Veränderungen der Planvermögen und Änderungen der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen aufgrund von Änderungen der für deren Berechnung zugrundeliegenden

Annahmen und Bevölkerungsstatistik variieren. In den Jahren 2013 und 2012 standen die Plankürzungen, Planabgeltungen und speziellen Abgangsleistungen in der Schweiz, die sich auf die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen auswirkten, im Zusammenhang mit der Reduktion des Personalbestands im Zuge der Kostensenkungsmassnahmen. Zudem wurde, wie am 17. Dezember 2012 angekündigt, eine Planänderung im Schweizer Vorsorgeplan vorgenommen: eine Senkung des für die Rentenleistungen massgeblichen Umwandlungssatzes, die dazu führte, dass die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen 2012 um CHF 402 Mio. abnahmen.

In der konsolidierten Bilanz per 31. Dezember 2013 und 2012 wurden eine Nettoüberdeckung von CHF 1 435 Mio. beziehungsweise eine Nettounterdeckung von CHF 16 Mio. ausgewiesen.

Für das Jahr 2014 erwartet die Gruppe, dass sie Beiträge in Höhe von CHF 521 Mio. an die schweizerischen und ausländischen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und CHF 8 Mio. an die sonstigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand leisten wird.

Vorsorgepläne mit Unterdeckung

Die folgende Tabelle zeigt die gesamten zukünftigen und aktuellen Vorsorgeverpflichtungen sowie den gesamten Fair Value der Planvermögen für jene Vorsorgepläne, welche per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012 eine Unterdeckung bezogen auf die zukünftigen beziehungsweise aktuellen Vorsorgeverpflichtungen aufwiesen.

Unterdeckung von Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat

31. Dezember	Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen übersteigen den Fair Value der Planvermögen ¹				Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen übersteigen den Fair Value der Planvermögen ¹			
	Schweiz		Ausland		Schweiz		Ausland	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
in Mio. CHF								
Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen	0	6	1 334	1 400	0	6	1 319	1 382
Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen	0	5	1 307	1 364	0	5	1 298	1 354
Fair Value der Planvermögen	0	5	978	825	0	5	964	810

¹ Enthält nur die leistungsorientierten Vorsorgepläne, bei welchen die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen / aktuellen Vorsorgeverpflichtungen den Fair Value der Planvermögen übersteigen.

Als kumulierte und als sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge

Die folgende Tabelle zeigt die versicherungsmathematischen Gewinne/(Verluste) sowie den/die nachzuerrechnende/n

Dienstzeitaufwand/(-gutschrift), welche in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst und anschliessend als Komponenten des periodischen Nettovorsorgeaufwands verbucht wurden.

Als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge nach Steuern

Ende	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat		Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)		Total	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Als erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge (in Mio. CHF)						
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(2 717)	(3 748)	(40)	(53)	(2 757)	(3 801)
Nachzuerrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	512	607	3	3	515	610
Total	(2 205)	(3 141)	(37)	(50)	(2 242)	(3 191)

Die folgenden Tabellen zeigen die Bewegungen der erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aufgrund versicherungsmathematischer Gewinne/(Verluste) und nachzuerrechner/m Dienstzeitgutschrift/(-aufwand), die in den Jahren 2013 und 2012 als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasst

wurden. Überdies zeigen die Tabellen die Amortisation der vorgenannten Positionen als Bestandteile des periodischen Nettovorsorgeaufwands für die erwähnten Berichtsperioden sowie die Beträge, welche 2014 voraussichtlich amortisiert werden.

Als sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Veränderungen von Planvermögen und Vorsorgeverpflichtungen

	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat			Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)			Total netto
	Brutto	Steuern	Netto	Brutto	Steuern	Netto	
2013 (in Mio. CHF)							
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	1 027	(288) ¹	739	8	(3)	5	744
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	337	(83)	254	13	(5)	8	262
Amortisation von nachzuerrechner/m Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	(92)	20	(72)	0	0	0	(72)
Sofortige Erfassung aufgrund von Plankürzungen/-abgeltungen	18	(3)	15	0	0	0	15
Total unter sonstiger erfolgsneutraler Eigenkapitalveränderung bilanzierter Betrag	1 290	(354)	936	21	(8)	13	949
2012 (in Mio. CHF)							
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(437)	92	(345)	(10)	4	(6)	(351)
Nachzuerrechner/m Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	402	(83)	319	0	0	0	319
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	218	(57)	161	13	(5)	8	169
Amortisation von nachzuerrechner/m Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	(53)	12	(41)	(2)	1	(1)	(42)
Sofortige Erfassung aufgrund von Plankürzungen/-abgeltungen	131	(28)	103	0	0	0	103
Total unter sonstiger erfolgsneutraler Eigenkapitalveränderung bilanzierter Betrag	261	(64)	197	1	0	1	198

¹ Enthält den Einfluss der auf den latenten Steuerguthaben erfassten Wertberichtigung einer britischen Gesellschaft der Bank, welcher den Steuervorteil aus dem britischen Vorsorgeplan von CHF 37 Mio. ausglich.

Als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge, nach Steuern, welche 2014 voraussichtlich amortisiert werden

	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat	Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)
im Jahr 2014		
in Mio. CHF		
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	146	5
Amortisation von nachzuerrechner/m Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	(69)	0
Total	77	5

Annahmen

Die Messung des periodischen Nettovorsorgeaufwands einerseits und der Vorsorgeverpflichtungen andererseits erfolgt anhand detaillierter Annahmen, von denen jede einzelne die bestmögliche Schätzung eines bestimmten zukünftigen Ereignisses darstellt.

Wo geeignet, stimmen sie mit den im Markt erwarteten Durchschnittswerten und Benchmarks, dem erwarteten Markttrend und den historischen Daten, insbesondere den Planerfahrungswerten, überein.

Gewichtete durchschnittliche Annahmen zur Bestimmung des periodischen Nettovorsorgeaufwands und der Vorsorgeverpflichtungen

31. Dezember	Schweiz			Vorsorgepläne mit Leistungsprimat Ausland			Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge) Ausland		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Periodischer Nettovorsorgeaufwand (in %)									
Diskontsatz	2.2	2.8	3.1	4.5	4.8	5.5	4.3	4.7	5.5
Salärentwicklung	1.2	1.4	2.0	4.0	4.0	4.2	–	–	–
Erwartete langfristige Rendite auf den Planvermögen	4.0	4.3	4.8	6.2	6.4	7.3	–	–	–
Vorsorgeverpflichtungen (in %)									
Diskontsatz	2.6	2.2	2.8	4.7	4.5	4.8	5.1	4.3	4.7
Salärentwicklung	1.2	1.2	1.4	4.3	4.0	4.0	–	–	–

Annahmen zur Bestimmung des periodischen Nettovorsorgeaufwands und der Vorsorgeverpflichtungen

Die verwendeten Annahmen dienen der Feststellung angemessener Vorsorgeverpflichtungen zum Bemessungsstichtag sowie zur Berechnung des periodischen Nettovorsorgeaufwands für die auf das betreffende Datum folgenden zwölf Monate. Der Diskontsatz ist einer der Faktoren zur Bestimmung des Barwerts der zukünftigen, zum Bemessungsstichtag als notwendig erachteten künftigen Mittelabflüsse zur Deckung der Vorsorgeverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit. Die Annahmen zu Salärerhöhungen dienen zur Berechnung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen, deren Messung auf der Annahme der künftigen Höhe der Vergütung basiert.

Die erwartete langfristige Rendite der Planvermögen, welche zur Berechnung des erwarteten Ertrags der Planvermögen als Teil des periodischen Nettovorsorgeaufwands dient, entspricht den durchschnittlichen Renditen der zur Deckung der in den zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen enthaltenen Leistungen angelegten beziehungsweise anzulegenden Mittel. Bei der Schätzung dieser Rendite sind die Erträge aus den Planvermögen und die wahrscheinlich zur Wiederanlage zur Verfügung stehenden Renditen gebührend zu beachten.

Die erwarteten langfristigen Renditen der Planvermögen beruhen auf Total-Return-Prognosen und Schätzungen der erwarteten Volatilität und der Korrelationen, unter Berücksichtigung der wechselseitigen Beziehungen zwischen und innerhalb der Anlageklassen im Portfolio. Nach Möglichkeit werden ähnliche oder verwandte Verfahren zur Prognose der Renditen in den einzelnen Anlageklassen verwendet.

Die erwarteten langfristigen Renditen für Schuldtitel berücksichtigen sowohl auflaufende Zinserträge als auch Kursentwicklungen. Die wahrscheinliche langfristige Beziehung zwischen der Gesamrendite und bestimmten exogenen Variablen wird so genutzt, dass Prognosen zur Gesamrendite für Schuldtitel mit Prognosen zur makroökonomischen Entwicklung verknüpft werden.

Zur Abschätzung der erwarteten langfristigen Renditen auf Beteiligungspapieren verwenden wir ein zweiphasiges Dividendendiskontmodell, das auf Basis von Wirtschafts- und Marktprognosen eine marktimplizierte Aktienrisikoprämie berechnet. Die Dividenden werden anhand der Konsensertragsprognosen im Markt und der historischen Auszahlungsquote geschätzt. Danach folgt eine Szenarioanalyse als Stresstest für die Renditeniveaus.

Die erwartete langfristige Rendite von Immobilien beruht auf ökonomischen Modellen, die sowohl den Mietermarkt als auch den Einfluss der Kapitalmärkte im direkten Immobilienmarkt berücksichtigen. So entsteht eine replizierbare und robuste Prognosemethode für erwartete Renditen aus Immobilienaktien, Fonds und direkten Marktindizes.

Die erwarteten langfristigen Renditen in den Anlageklassen Private Equity und Hedgefonds werden anhand von Private-Equity- und Hedgefonds-Benchmarks und entsprechenden Indizes geschätzt, indem die entscheidenden Faktoren ihrer historischen Performance ermittelt werden. Diese Faktoren werden mithilfe von multiplen linearen Regressionsmodellen mit verzögerten Renditen erfasst.

Annahmen zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen

Die Kostentrends im Gesundheitswesen dienen zur Festlegung angemessener Kosten der sonstigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand. Zur Bestimmung dieser Kosten wird eine Annahme zum gewichteten jährlichen

Durchschnittssatz für die Kosten der versicherten Gesundheitsvorsorgeleistungen getroffen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die angenommenen Sätze der Gesundheitskostenentwicklung und die Sensitivität einer Zu- oder Abnahme dieser Sätze um einen Prozentpunkt.

Gesundheitskostenentwicklungssätze und Sensitivität

im Jahr / Ende	2013	2012	2011
Gesundheitskostenentwicklungssatz (in %)			
Gewichteter durchschnittlicher Jahressatz der Gesundheitskostenentwicklung ¹	8.00	9.00	9.00
Zu-/ (Abnahme) des sonstigen Vorsorgeaufwands für Mitarbeitende im Ruhestand (in Mio. CHF)			
Zunahme der Gesundheitskostenentwicklungssätze um einen Prozentpunkt	1.3	1.4	1.3
Abnahme der Gesundheitskostenentwicklungssätze um einen Prozentpunkt	(1.0)	(1.1)	(1.1)
Zu-/ (Abnahme) der sonstigen Vorsorgeverpflichtungen für Mitarbeitende im Ruhestand (in Mio. CHF)			
Zunahme der Gesundheitskostenentwicklungssätze um einen Prozentpunkt	23	27	23
Abnahme der Gesundheitskostenentwicklungssätze um einen Prozentpunkt	(19)	(22)	(19)

¹ Es wird angenommen, dass der jährliche Gesundheitskostentrendsatz schrittweise abnimmt, bis der langfristige Gesundheitskostentrendsatz von 5% im Jahr 2021 erreicht wird.

Der für 2014 zur Ermittlung der Kosten der Leistungsprimatpläne verwendete jährliche Gesundheitskostenentwicklungssatz beträgt 8,00%.

Planvermögen und Anlagestrategie

Bei den Planvermögen handelt es sich um Aktiven, die ausgesondert und mit Restriktionen versehen wurden, um Leistungen des Plans zu decken. Diese Planvermögen werden per Bemessungsstichtag zum Fair Value erfasst.

Bei den Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat der Gruppe verfolgt die Credit Suisse Group einen Total-Return-Ansatz, wonach – bei sorgfältig gewähltem Risiko – zur Maximierung der langfristigen Rendite der Planvermögen eine diversifizierte Mischung aus Schuld- und Beteiligungstiteln und alternativen Anlagen, insbesondere Hedgefonds und Private Equity, verwendet wird. Ziel dieser Anlagestrategie ist es, durch eine langfristig überdurchschnittliche Performance der Aktiven den Aufwand für die Vorsorgepläne zu decken oder zu übertreffen. Die Risikotoleranz wird durch eine sorgfältige Einschätzung der Vorsorgeverpflichtungen, des Deckungsgrades der Vorsorgepläne und der finanziellen Situation der Gruppe ermittelt. Darüber hinaus wird bei der Anlage in Beteiligungstiteln sowohl zwischen verschiedenen geografischen Regionen als auch zwischen Wachstums-, Substanz- sowie klein- und grosskapitalisierten Werten diversifiziert. Anlagen in Immobilien und alternative Anlagen, wie Private Equity und Hedgefonds, werden zur Verbesserung der langfristigen Renditen und der

Portfoliodiversifikation getätigt. ◉ Derivate können zur Absicherung von Marktrisiken eingesetzt werden, jedoch nicht zur Verschuldung des Portfolios über den Marktwert der zugrunde liegenden Investitionen hinaus. Das Anlagerisiko wird kontinuierlich durch periodische Überprüfungen der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten sowie durch vierteljährliche Überprüfungen der Anlageportfolios eruiert und überwacht. Zur Begrenzung des Anlagerisikos halten die Vorsorgepläne der Gruppe festgelegte Richtlinien für die strategische Vermögensallokation ein. In Phasen von hoher Marktunsicherheit und Stress können diese Richtlinien noch restriktiver gehandhabt werden.

Per 31. Dezember 2013 und 2012 betrug der Fair Value der in den Planvermögen der Leistungsprimatpläne der Gruppe investierten Schuldtitel der Gruppe insgesamt CHF 129 Mio. beziehungsweise CHF 256 Mio., während der Fair Value der Beteiligungstitel und Optionen der Gruppe sich auf insgesamt CHF 147 Mio. beziehungsweise CHF 109 Mio. belief.

Fair-Value-Hierarchie der Planvermögen

► Siehe «Ermittlung des Fair Value» in Anhang 34 – Finanzinstrumente für weitere Informationen zur Fair-Value-Hierarchie.

Fair Value der Planvermögen

Die folgenden Tabellen zeigen per 31. Dezember 2013 und 2012 die Planvermögen der Vorsorgepläne mit Leistungsprimat der Gruppe, welche periodisch zum Fair Value bewertet werden.

Periodisch zum Fair Value bewertete Planvermögen

Ende	2013				2012			
	Level 1	Level 2	Level 3	Total	Level 1	Level 2	Level 3	Total
Planvermögen zum Fair Value (in Mio. CHF)								
Flüssige Mittel	3 335	35	0	3 370	2 630	0	0	2 630
Schuldtitel	415	2 978	0	3 393	1 137	2 894	0	4 031
davon Staaten	395	0	0	395	959	28	0	987
davon Unternehmen	20	2 978	0	2 998	178	2 866	0	3 044
Beteiligungstitel	2 224	2 321	0	4 545	1 821	1 651	0	3 472
Immobilien	0	564	1 125	1 689	0	552	1 080	1 632
davon direkt	0	0	1 123	1 123	0	0	1 078	1 078
davon indirekt	0	564	2	566	0	552	2	554
Alternative Anlagen	0	1 178	737	1 915	0	1 908	662	2 570
davon Private Equity	0	0	607	607	0	0	662	662
davon Hedgefonds	0	1 086	0	1 086	0	1 668	0	1 668
davon Sonstige	0	92 ¹	130	222	0	240 ¹	0	240
Sonstige Anlagen	0	0	0	0	0	5	0	5
Schweiz	5 974	7 076	1 862	14 912	5 588	7 010	1 742	14 340
Flüssige Mittel	66	333	0	399	0	394	0	394
Schuldtitel	335	1 017	177	1 529	234	1 128	71	1 433
davon Staaten	335	30	0	365	234	8	0	242
davon Unternehmen	0	987	177	1 164	0	1 120 ²	71	1 191
Beteiligungstitel	172	441	0	613	188	325 ²	0	513
Immobilien – indirekt	0	0	94	94	0	0	89	89
Alternative Anlagen	(23)	290	7	274	0	335	34	369
davon Private Equity	0	0	0	0	0	0	4	4
davon Hedgefonds	0	264	3	267	0	94 ²	30	124
davon Sonstige	(23) ¹	26 ¹	4	7	0	241 ¹	0	241
Sonstige Anlagen	0	98	0	98	0	95	0	95
Ausland	550	2 179	278	3 007	422	2 277	194	2 893
Total Planvermögen zum Fair Value	6 524	9 255	2 140	17 919	6 010	9 287	1 936	17 233

¹ Hauptsächlich aus derivativen Instrumenten.² Die Vorperiode wurde korrigiert; bestimmte Planvermögen wurden von den Beteiligungstiteln zu den Schuldtiteln von Unternehmen beziehungsweise Hedgefonds umklassiert.

Periodisch zum Fair Value bewertete Planvermögen in Level 3

	Bestand zu Beginn der Periode	Überträge an	Überträge aus	Effektive Rendite auf den Planvermögen				Bestand am Ende der Periode
				Auf per Bilanzstichtag noch gehaltenen Aktiven	Auf während der Periode verkauften Aktiven	Käufe, Verkäufe, Abwicklungen	Fremdwährungsumrechnungseinfluss	
2013 (in Mio. CHF)								
Schuldtitle – Unternehmen	71	1	(1)	5	0	103	(2)	177
Immobilien	1 169	0	0	52	0	0	(2)	1 219
davon direkt	1 078	0	0	45	0	0	0	1 123
davon indirekt	91	0	0	7	0	0	(2)	96
Alternative Anlagen	696	149	(147)	37	7	15	(13)	744
davon Private Equity	666	0	(147)	45	1	47	(5)	607
davon Hedgefonds	30	2	0	(3)	2	(27)	(1)	3
davon Sonstige	0	147	0	(5)	4	(5)	(7)	134
Total Planvermögen zum Fair Value	1 936	150	(148)	94	7	118	(17)	2 140
davon Schweiz	1 742	147	(147)	87	0	42	(9)	1 862
davon Ausland	194	3	(1)	7	7	76	(8)	278
2012 (in Mio. CHF)								
Schuldtitle – Unternehmen	90	0	(28)	9	3	(3)	0	71
Immobilien	1 118	0	0	50	0	3	(2)	1 169
davon direkt	1 034	0	0	44	0	0	0	1 078
davon indirekt	84	0	0	6	0	3	(2)	91
Alternative Anlagen	696	0	0	(17)	3	31	(17)	696
davon Private Equity	615	0	0	(18)	2	82	(15)	666
davon Hedgefonds	81	0	0	1	1	(51)	(2)	30
Total Planvermögen zum Fair Value	1 904	0	(28)	42	6	31	(19)	1 936
davon Schweiz	1 640	0	0	27	0	89	(14)	1 742
davon Ausland	264	0	(28)	15	6	(58)	(5)	194

Qualitative Offenlegung der bei der Ermittlung des Fair Value verwendeten Bewertungstechniken

Liquide Mittel

Liquide Mittel umfassen Geldmarktinstrumente, wie Bankers' Acceptances, Certificates of Deposit, CPs, Buchforderungen, Treasury Bills, sonstige Forderungen und gemischte Anlagen. Die Bewertung der Geldmarktinstrumente und gemischten Anlagen erfolgt im Allgemeinen anhand beobachtbarer Eingabeparameter.

Schuldtitle

Die Schuldtitle umfassen Staats- und Unternehmensanleihen, für die normalerweise in aktiven Märkten Preise gestellt werden. Bei Schuldtitle, für die keine Marktpreise zur Verfügung stehen, beruhen die Bewertungen auf den Renditen, welche den zugeschriebenen Risikograd des Emittenten und die Laufzeit der Emission sowie die jüngsten Veräusserungen in den betreffenden Märkten oder andere Modellierungstechniken berücksichtigen, wobei gegebenenfalls Wertungen eine Rolle spielen.

Beteiligungspapiere

Die in den Planvermögen enthaltenen Beteiligungspapiere umfassen unter anderem Stammaktien, Wandelanleihen und Aktien von

Investmentgesellschaften sowie Fondsanteile. Die Beteiligungspapiere werden in der Regel an öffentlichen Börsen gehandelt, wobei regelmässig gestellte Kurse erhältlich sind. Wandelanleihen werden im Allgemeinen unter Verwendung von beobachtbaren Kursen bewertet. Aktien von Investmentgesellschaften und Fondsanteile, die nicht direkt an einer öffentlichen Börse gehandelt werden beziehungsweise deren Fair Value sich nicht ohne Weiteres feststellen lässt, werden anhand des Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Derivate

Derivate bestehen sowohl aus OTC- als auch aus börsengehandelten Derivaten. Der Fair Value von OTC-Derivaten wird anhand von Eingabeparametern ermittelt, bei denen die Eigenschaften des Derivats berücksichtigt werden, die sich auf seinen wirtschaftlichen Charakter auswirken. Bei der Bestimmung des Fair Value zahlreicher Derivate ist nur ein begrenztes Mass an Subjektivität vorhanden, da sich die erforderlichen Eingabeparameter in der Regel im Markt beobachten lassen. Für komplexere Derivate können auch nicht beobachtbare Eingabeparameter verwendet werden. Zu diesen Parametern zählen langfristige Volatilitätshypothesen für OTC-Optionsgeschäfte und Annahmen

zur Wiedereinbringungsrate bei Kreditderivatgeschäften. Der Fair Value von börsengehandelten Derivaten wird üblicherweise aus den beobachtbaren Preisen und/oder beobachtbaren Eingabeparametern abgeleitet.

Immobilien

Anlagen in Immobilien umfassen sowohl Direktanlagen als auch Anlagen in Immobiliengesellschaften, Immobilienanlagetrusts oder Immobilienfonds. Direktanlagen werden anlässlich der Ersterfassung zum Anschaffungswert verbucht, da dies dem Fair Value am nächsten kommt. Danach werden diese Anlagen individuell anhand zahlreicher Faktoren zum Fair Value bewertet. Diese Faktoren umfassen etwa die jüngsten Finanzierungsrunden mit neuen Drittanlegern, vergleichbare Unternehmenstransaktionen, Analysen der Multiplikatoren auf Geldflüssen oder Buchwerten sowie Analysen von abdiskontierten zukünftigen Geldflüssen (Discounted-Cashflow-Analysen). Häufig sind die in diesen Modellen verwendeten Eingabeparameter nur in beschränktem Mass verfügbar, so dass die Einschätzung ihrer Entwicklung im Zeitverlauf in hohem Mass von der Beurteilung des Managements abhängt. Immobiliengesellschaften, -trusts und -anlagefonds, die nicht direkt an einer öffentlichen Börse gehandelt werden beziehungsweise deren Fair Value sich nicht ohne Weiteres feststellen lässt, werden anhand des Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Alternative Anlagen

Private-Equity-Anlagen umfassen Direktanlagen sowie Anlagen in Partnerschaften, welche Private-Equity- und verbundene Anlagen in verschiedenen Portfoliogesellschaften und Fonds tätigen, sowie Dachfonds-Partnerschaften. Die Private-Equity-Positionen umfassen sowohl börsengehandelte als auch Wertschriften ohne öffentlichen Markt. Mit Restriktionen behaftete oder nicht in aktiven Märkten börsengehandelte Anlagen werden anhand öffentlich verfügbarer Preise mit angemessenen Anpassungen für Liquiditäts- oder Handelsbeschränkungen bewertet. In die Bewertung von Private Equity fließen zahlreiche Faktoren wie etwa die jüngste Finanzierungsrunde mit neuen Drittanlegern, Analysen des Kurs-Gewinn-Verhältnisses vergleichbarer Unternehmen oder Discounted-Cashflow-Analysen ein. Falls der Fair Value bestimmter Private-Equity-Anlagen sich nicht leicht ermitteln lässt, werden diese Anlagen anhand des durch den General Partner gestellten Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Nicht direkt an einer Börse gehandelte Hedgefonds beziehungsweise Hedgefonds, deren Fair Value nicht ohne Weiteres

bestimmbar ist, werden anhand des durch den Fondsadministrator gestellten Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Struktur der Planvermögen

Die folgende Tabelle zeigt die Vermögensstruktur der Pläne zum Bemessungsstichtag auf Basis des Fair Value zu diesem Zeitpunkt unter Berücksichtigung der Wertentwicklung der einzelnen Anlageklassen.

Gewichtete durchschnittliche Struktur der Planvermögen

31. Dezember	Schweiz		Ausland	
	2013	2012	2013	2012
Gewichtete durchschnittliche Struktur der Planvermögen (in %)				
Flüssige Mittel	22.6	18.3	13.3	13.6
Schuldtitel	22.8	28.1	50.7	49.5 ¹
Beteiligungstitel	30.4	24.2	20.4	17.8 ¹
Immobilien	11.3	11.4	3.1	3.1
Alternative Anlagen	12.9	18.0	9.2	12.7 ¹
Versicherungen	0.0	0.0	3.3	3.3
Total	100.0	100.0	100.0	100.0

¹ Die Vorperiode wurde korrigiert; bestimmte Planvermögen wurden von den Beteiligungstiteln zu den Schuldtiteln beziehungsweise Alternativen Anlagen umklassiert.

Die folgende Tabelle zeigt die angestrebte Struktur der Planvermögen für 2014 in Übereinstimmung mit der Anlagestrategie der Gruppe. Die angestrebte Struktur der Planvermögen wird dazu verwendet, die erwartete Rendite der Planvermögen zu bestimmen, die im Nettovorsorgeaufwand für 2014 berücksichtigt wird.

Gewichtete durchschnittliche Zielstruktur der Planvermögen für 2014

	Schweiz	Ausland
2014 (in %)		
Flüssige Mittel	10	0
Schuldtitel	35	59
Beteiligungstitel	30	25
Immobilien	12	3
Alternative Anlagen	13	10
Versicherungen	0	3
Total	100	100

Geschätzte zukünftige Auszahlungen aus Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat

Die folgende Tabelle zeigt die geschätzten zukünftigen Auszahlungen aus Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat und sonstigen Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand.

Geschätzte zukünftige Auszahlungen aus Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat

	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat	Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)
Geschätzte zukünftige Auszahlungen von Vorsorgeleistungen (in Mio. CHF)		
2014	969	8
2015	956	9
2016	936	10
2017	909	10
2018	896	11
Für die fünf nachfolgenden Jahre	4 933	59

31 Derivat- und Absicherungsgeschäfte

- Derivate sind im Allgemeinen entweder privat ausgehandelte
- OTC-Kontrakte oder über regulierte Börsen abgewickelte Standardkontrakte. Die Gruppe setzt als Derivate für Handels- und Risikomanagementzwecke zumeist Zins-, Fremdwährungs- und
- Credit Default Swaps, Zins- und Devisenoptionen, Devisenterminkontrakte sowie Devisen- und Zinsfutures ein.

Die Gruppe geht auch Kontrakte ein, die nicht in vollem Umfang als Derivate gelten, bei denen jedoch Eigenschaften mit derivativem Charakter eingebettet sind. Solche Transaktionen umfassen im Wesentlichen ausgegebene und erworbene strukturierte Schuldtitel, bei denen die Rendite im Verhältnis zu einem Beteiligungspapier, Index oder dem Kreditrisiko einer Drittpartei berechnet werden kann oder die nicht standardisierte Zins- oder Fremdwährungsbedingungen aufweisen.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Derivatkontrakte weist die Gruppe das Derivat einer der folgenden Kategorien zu:

- Handelsgeschäfte;
- Risikomanagementgeschäft, das gemäss Rechnungslegungsstandards nicht als Absicherung qualifiziert (wird als «Economic Hedge» bezeichnet);
- Fair-Value-Absicherungsgeschäft einer erfassten Aktiv- oder Passivposition;
- Cashflow-Absicherungsgeschäft gegenüber Veränderungen eines zu bezahlenden oder zu erhaltenden Cashflows in Bezug auf eine erfasste Aktiv- oder Passivposition oder eine erwartete Transaktion; oder
- Nettoinvestitionsabsicherung einer Beteiligung an einem ausländischen Geschäftsbetrieb.

Handelsgeschäfte

Die Gruppe ist auf den wichtigsten Handelsmärkten präsent und tätigt Geschäfte mit zahlreichen anerkannten Handels- und Absicherungsprodukten. Diese Geschäfte umfassen wie erwähnt den Einsatz von Swaps, Futures, Optionen und strukturierten Produkten, wie kundenspezifische Transaktionen mit Kombinationen von Derivaten, im Rahmen von Verkäufen und Handelsgeschäften. Zu Letzteren gehören Market-Making, Risikopositionierung und Arbitrage. Der Grossteil der von der Gruppe gehaltenen derivativen Finanzinstrumente wurde zu Handelszwecken eingesetzt.

Economic Hedges

Wirtschaftliche Absicherungsgeschäfte (Economic Hedges) bestehen, wenn Derivatgeschäfte, welche die Gruppe im Rahmen ihres Risikomanagements einsetzt, nicht für das Hedge Accounting im Sinne von US GAAP qualifizieren. Dabei kommen folgende Instrumente zum Einsatz:

- Zinsderivate zur Absicherung des Zinserfolgs auf bestimmten Aktiven und Verbindlichkeiten des Kernbankgeschäfts;
- Fremdwährungsderivate zur Absicherung des Fremdwährungsrisikos auf bestimmten Ertrags- und Aufwandskomponenten wie auch den Aktiven und Verbindlichkeiten des Kernbankgeschäfts;
- Kreditderivate zur Absicherung des Kreditrisikos bestimmter Kreditportfolios; und
- Futures zur Steuerung von Risiken aus Aktienpositionen einschliesslich Wandelanleihen.

Derivate, die für wirtschaftliche Absicherungen eingesetzt werden, werden in der konsolidierten Bilanz als Handelsbestände oder Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen erfasst.

Absicherungsgeschäfte

Fair-Value-Absicherungsgeschäfte

Die Gruppe legt Fair-Value-Absicherungsgeschäfte im Rahmen einer umfassenden Zinsrisikomanagementstrategie fest, welche die Verwendung derivativer Instrumente einschliesst, um die durch Zinsbewegungen verursachten Ertragsschwankungen zu minimieren. Zusätzlich zu den Absicherungen von Fair-Value-Veränderungen infolge des Zinsrisikos in Zusammenhang mit festverzinslichen Ausleihungen, Repo-Geschäften und langfristigen Schuldtiteln werden von der Gruppe folgende Instrumente eingesetzt:

- Fremdwährungsswaps zur Umwandlung von in Fremdwährung ausgestellten festverzinslichen Aktiven oder Verbindlichkeiten in variabel verzinsliche Aktiven und Verbindlichkeiten in der Funktionalwährung; sowie
- Devisenterminkontrakte zur Absicherung des Fremdwährungsrisikos im Zusammenhang mit zur Veräusserung verfügbaren Wertpapieren.

Cashflow-Absicherungsgeschäfte

Die Gruppe legt Cashflow-Absicherungsgeschäfte im Rahmen ihrer Strategie fest, das Risiko von Schwankungen von Geldflüssen aus Ausleihungen, Einlagen und anderen Schuldverschreibungen zu begrenzen. Dazu nutzt sie Zinssatzswaps zur Umwandlung von variabel verzinslichen in festverzinsliche Aktiven oder Verbindlichkeiten. Die Gruppe verwendet auch Fremdwährungsswaps, um in einer Fremdwährung ausgestellte festverzinsliche und variabel verzinsliche Aktiven oder Verbindlichkeiten in festverzinsliche Aktiven oder Verbindlichkeiten umzuwandeln, je nach Währungsprofil, welchem die Gruppe ausgesetzt sein möchte. Dieses Profil umfasst unter anderem Schweizer Franken und US-Dollar. Ausserdem setzt die Gruppe Derivate zur Absicherung der Geldflüsse im Zusammenhang mit erwarteten Transaktionen ein. Per Ende 2013 sicherte die Gruppe mit Cashflow-Absicherungsgeschäften ihr Risiko von künftigen Cashflow-Schwankungen aus erwarteten Transaktionen für maximal drei Jahre ab. Davon ausgenommen waren jene erwarteten Transaktionen, die mit der Zahlung von variablen Zinsen auf bestehende Finanzinstrumente zusammenhängen.

Nettoinvestitionsabsicherungsgeschäfte

Die Gruppe legt Nettoinvestitionsabsicherungsgeschäfte im Rahmen ihrer Strategie zur Absicherung ausgewählter Beteiligungen an ausländischen Geschäftsbetrieben gegenüber Fremdwährungsschwankungen fest, wozu in der Regel Devisenterminkontrakte verwendet werden.

Beurteilung der Wirksamkeit von Absicherungsgeschäften

Die Wirksamkeit von Absicherungsgeschäften wird von der Gruppe sowohl voraus- als auch rückblickend beurteilt. Die vorausblickende Beurteilung erfolgt sowohl zu Beginn einer Absicherung als auch auf einer fortlaufenden Basis. Von der Gruppe wird dabei verlangt, dass sie ihre Erwartung einer hohen Wirksamkeit der Absicherungsbeziehung über zukünftige Perioden begründet. Die rückblickende Beurteilung erfolgt ebenfalls fortlaufend. Die Gruppe muss dabei beurteilen, ob die Absicherungsbeziehung tatsächlich wirksam war. Wenn die Gruppe rückblickend die Absicherungsgeschäfte der laufenden Periode für angemessen hält, wird der nicht wirksame Teil des Absicherungsgeschäfts ermittelt und in der Erfolgsrechnung verbucht.

Fair Value von derivativen Instrumenten

Die folgenden Tabellen zeigen den Brutto-Wiederbeschaffungswert von Derivaten nach Kontraktarten und Position in der Bilanz sowie nach Einsatz der betreffenden Derivate zu Handelszwecken beziehungsweise in einer qualifizierenden Absicherungsbeziehung. Die angegebenen Nominalbeträge illustrieren den Umfang der Derivatgeschäfte innerhalb der Gruppe.

Auf Angaben zu separierten (bifurcated) eingebetteten Derivaten wurde in diesen Tabellen verzichtet. Die Gruppe hat ihr Wahlrecht gemäss US GAAP ausgeübt und bewertet grundsätzlich alle Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten, die nicht eindeutig und eng mit dem Basisvertrag zusammenhängen, zum Fair Value.

► Siehe «Anhang 34 – Finanzinstrumente» für weitere Informationen.

Fair Value von derivativen Instrumenten

	Handel			Absicherung ¹		
	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert
Ende 2013						
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)						
Termin- und Zinstermingeschäfte	9 366.2	2.5	2.6	0.0	0.0	0.0
Swaps	30 589.6	399.6	393.8	68.5	2.8	0.7
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	3 889.5	44.3	44.9	0.0	0.0	0.0
Futures	830.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	705.9	0.3	0.2	0.0	0.0	0.0
Zinsprodukte	45 382.0	446.7	441.5	68.5	2.8	0.7
Termingeschäfte	2 098.0	21.6	21.5	30.5	0.3	0.1
Swaps	1 382.1	28.9	39.2	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	815.6	10.7	11.6	9.4	0.0	0.0
Futures	48.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	5.5	0.1	0.2	0.0	0.0	0.0
Fremdwährungsprodukte	4 350.0	61.3	72.5	39.9	0.3	0.1
Termingeschäfte	4.0	0.7	0.1	0.0	0.0	0.0
Swaps	236.1	5.4	7.9	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	225.3	12.2	12.0	0.0	0.0	0.0
Futures	50.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	416.2	17.0	17.2	0.0	0.0	0.0
Beteiligungs-/Indexprodukte	932.2	35.3	37.2	0.0	0.0	0.0
Kreditderivate²	1 483.3	26.8	27.2	0.0	0.0	0.0
Termingeschäfte	19.2	0.7	1.1	0.0	0.0	0.0
Swaps	45.4	2.9	2.5	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	35.2	1.1	1.0	0.0	0.0	0.0
Futures	31.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	48.9	0.7	0.9	0.0	0.0	0.0
Sonstige Produkte³	179.8	5.4	5.5	0.0	0.0	0.0
Total derivative Instrumente	52 327.3	575.5	583.9	108.4	3.1	0.8

Das Kontraktvolumen und die positiven und negativen Wiederbeschaffungswerte (Handel und Absicherung) betragen per 31. Dezember 2013 CHF 52 435,7 Mia., CHF 578,6 Mia. beziehungsweise CHF 584,7 Mia.

¹ Bezieht sich auf Derivatkontrakte, die unter US GAAP für Hedge Accounting qualifizieren.

² Hauptsächlich Credit Default Swaps.

³ Hauptsächlich Edelmetalle, Rohstoffe, Energie- und Emissionsprodukte.

Fair Value von derivativen Instrumenten (Fortsetzung)

Ende 2012	Handel			Absicherung ¹		
	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)						
Termin- und Zinstermingeschäfte	8 055.9	2.6	2.5	0.0	0.0	0.0
Swaps	29 155.2	635.6	630.1	62.8	3.9	1.5
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	3 739.9	62.4	62.6	0.0	0.0	0.0
Futures	1 145.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	952.0	0.3	0.2	0.0	0.0	0.0
Zinsprodukte	43 048.4	700.9	695.4	62.8	3.9	1.5
Termingeschäfte	2 133.4	21.6	21.3	19.6	0.2	0.1
Swaps	1 336.3	32.2	46.6	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	985.3	9.7	10.7	0.0	0.0	0.0
Futures	83.8 ²	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	3.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Fremdwährungsprodukte	4 542.4	63.5	78.6	19.6	0.2	0.1
Termingeschäfte	5.5	0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Swaps	211.0	4.6	5.8	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	214.9	11.4	11.1	0.0	0.0	0.0
Futures	74.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	338.2	13.7	14.1	0.0	0.0	0.0
Beteiligungs-/Indexprodukte	844.0	30.3	31.0	0.0	0.0	0.0
Kreditderivate³	1 694.4	30.6	29.8	0.0	0.0	0.0
Termingeschäfte	31.3	1.1	1.4	0.0	0.0	0.0
Swaps	55.3	3.6	3.1	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	54.2	1.6	1.6	0.0	0.0	0.0
Futures	35.6 ²	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	50.4	1.6	1.7	0.0	0.0	0.0
Sonstige Produkte⁴	226.8	7.9	7.8	0.0	0.0	0.0
Total derivative Instrumente	50 356.0	833.2	842.6	82.4	4.1	1.6

Das Kontraktvolumen und die positiven und negativen Wiederbeschaffungswerte (Handel und Absicherung) betragen per 31. Dezember 2013 CHF 50 438,4 Mia., CHF 837,3 Mia. beziehungsweise CHF 844,2 Mia.

¹ Bezieht sich auf Derivatkontrakte, die unter US GAAP für Hedge Accounting qualifizieren.

² Die Vorperiode wurde korrigiert; Kontraktvolumen von Sonstigen Produkten wurden zu Fremdwährungsprodukten umklassiert.

³ Hauptsächlich Credit Default Swaps.

⁴ Hauptsächlich Edelmetalle, Rohstoffe, Energie- und Emissionsprodukte.

Fair-Value-Absicherungsgeschäfte

	2013	2012	2011
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/(Verluste) aus Derivaten (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	437	834	548
Fremdwährungsprodukte	(9)	(13)	20
Total	428	821	568
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/(Verluste) aus abgesicherten Positionen (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	(435)	(878)	(585)
Fremdwährungsprodukte	9	13	(20)
Total	(426)	(865)	(605)
Details zu Fair-Value-Absicherungen (in Mio. CHF)			
Nettogewinne/(-verluste) auf dem unwirksamen Anteil	2	(44)	(37)

Entspricht den im Handelserfolg erfassten Gewinnen/(Verlusten).

Cashflow-Absicherungsgeschäfte

	2013	2012	2011
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/(Verluste) aus Derivaten (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	7	8	0
Fremdwährungsprodukte	13	30	(6)
Total	20	38	(6)
Aus dem Eigenkapital in die Erfolgsrechnung umklassierte Gewinne/(Verluste) (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte ¹	3	0	0
Fremdwährungsprodukte	(3) ²	0	31 ³
Total	0	0	31
Details zu Cashflow-Absicherungen (in Mio. CHF)			
Nettogewinne auf dem unwirksamen Anteil	1	0	0

¹ Im Handelserfolg enthalten.

² In Sonstiger Ertrag enthalten.

³ Im Kommissions- und Dienstleistungsertrag enthalten.

Ein Nettogewinn aus Cashflow-Absicherungsgeschäften in Höhe von CHF 3 Mio. dürfte in den nächsten zwölf Monaten aus der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung umklassiert werden.

Nettoinvestitionsabsicherungsgeschäfte

	2013	2012	2011
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/(Verluste) aus Derivaten (in Mio. CHF)			
Fremdwährungsprodukte	504	(81)	280
Total	504	(81)	280
Aus dem Eigenkapital in die Erfolgsrechnung umklassierte Gewinne/(Verluste) (in Mio. CHF)			
Fremdwährungsprodukte ¹	2	75	4
Total	2	75	4

Entspricht den Gewinnen/(Verlusten) auf dem wirksamen Anteil.

¹ In Sonstiger Ertrag enthalten.

Risiken aus Verpflichtungskrediten (Contingent Credit Risk)

Ende	2013				2012			
	Bilaterale Gegenparteien	Spezialzweckgesellschaften	Vorzeitige Kündigungen	Total	Bilaterale Gegenparteien	Spezialzweckgesellschaften	Vorzeitige Kündigungen	Total
Kreditrisikobezogene Eventualverpflichtungen (in Mia. CHF)								
Aktuelle Nettorisikoposition	11.7	1.1	0.1	12.9	15.3	1.4	0.6	17.3
Hinterlegte Sicherheiten	10.6	1.2	–	11.8	13.4	1.4	–	14.8
Zusätzlich benötigte Sicherheiten bei einer Herabstufung um eine Ratingstufe	0.6	0.8	0.0	1.4	0.2	0.5	0.0	0.7
Zusätzlich benötigte Sicherheiten bei einer Herabstufung um zwei Ratingstufen	2.3	1.1	0.0	3.4	2.7 ¹	1.5	0.5	4.7

¹ Die zusätzlich benötigten Sicherheiten bei einer Herabstufung um zwei Ratingstufen wurden korrigiert.

Die Gruppe klassiert alle nicht im Zusammenhang mit Absicherungen verbuchten Derivate als Handelsgeschäfte.

► Siehe «Anhang 8 – Handelserfolg» für die Gewinne und Verluste aus den Handelsgeschäften nach Produktarten.

Angaben zu kreditrisikobezogenen Eventualverpflichtungen

Bestimmte derivative Finanzinstrumente der Gruppe sind mit Klauseln versehen, die die Gruppe zur Einhaltung eines bestimmten Kreditratings der wichtigsten Ratingagenturen verpflichten. Wenn die Ratings unter die vertraglich festgelegten Niveaus fallen, können die Vertragsparteien die Stellung zusätzlicher Sicherheiten für die betreffenden Derivate verlangen, falls Letztere einer Nettoverbindlichkeit entsprechen. Bestimmte Derivatkontrakte sehen auch die Kündigung des betreffenden Kontrakts vor. Zumeist können solche Kündigungen bei einer Herabstufung der Gruppe beziehungsweise ihrer Gegenpartei zum Marktwert ermittelten Wiederbeschaffungswert des Derivats erfolgen.

Die folgende Tabelle zeigt die aktuelle Nettoposition der Gruppe aus kreditrisikobezogenen Eventualverpflichtungen im Zusammenhang mit Derivatkontrakten, die Sicherungsvereinbarungen enthalten, mit bilateralen Gegenparteien und Zweckgesellschaften (SPEs), die gestellten Sicherheiten und die zusätzlich erforderlichen Sicherheiten bei Ratingherabstufungen um eine beziehungsweise zwei Stufen. Die Tabelle umfasst auch Derivatkontrakte mit kreditrisikobezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Sicherungsvereinbarungen, die vorzeitige Kündigungsklauseln enthalten. Die aktuelle Nettoposition bei Derivaten mit bilateralen Gegenparteien und Verträgen mit Klauseln zur vorzeitigen Kündigung entspricht dem gesamten Fair Value der Derivate, die in einer Nettoverbindlichkeitsposition waren. Bei SPEs entspricht das Nettorisiko dem Kontraktbetrag, der zur Bestimmung der zu leistenden Sicherheiten bei einer Herabstufung verwendet wird. Der Kontraktbetrag könnte sowohl den negativen Wiederbeschaffungswert als auch einen Prozentsatz des Kontraktvolumens des Derivats umfassen.

Kreditderivate

Kreditderivate sind vertragliche Vereinbarungen, bei denen der Käufer in der Regel eine Prämie bezahlt und im Gegenzug vom Verkäufer eine Zahlung erhält, sofern ein Kreditereignis bei der zugrunde liegenden Referenzgesellschaft oder dem Referenzvermögenswert eintritt. Die meisten Kreditderivate werden privat abgeschlossen. Es handelt sich um OTC-Kontrakte mit zahlreichen Erfüllungs- und Zahlungsbedingungen; die meisten sind so strukturiert, dass sie das Auftreten eines identifizierbaren Kreditereignisses wie beispielsweise Konkurs, Insolvenz, Zwangsverwaltung, wesentliche nachteilige Umschuldung oder Nichteinhalten von fälligen Verpflichtungen spezifizieren.

Die Gruppe geht im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit Kreditderivatkontrakte ein, indem sie Kreditsicherungen kauft und verkauft, um Kundentransaktionen zu ermöglichen, und als Market Maker auftritt. Dies umfasst das Bereitstellen von strukturierten Produkten für ihre Kunden zur Absicherung ihrer Kreditrisiken. Die Referenzinstrumente dieser strukturierten Kreditprodukte sind entweder Basiswerte mit Investment-Grade- oder Nicht-Investment-Grade-Rating; sie können Unternehmens- oder Staatsanleihen, vermögenswertbesicherte Wertschriften (Asset-backed Securities, ABS) und Ausleihungen umfassen. Diese Instrumente können sich auf einzelne Referenzinstrumente (Single-name Instruments) beziehen oder in Form von kombinierten Portfolios mehrere Referenzinstrumente (Multi-name Instruments) haben. Die Gruppe kauft Kreditsicherungen, um verschiedene Formen von Kreditrisikopositionen wirtschaftlich abzusichern, beispielsweise Kreditportfolios und andere Cash-Positionen. Zudem geht die Gruppe Eigenhandelspositionen in Form von gekauften oder verkauften Kreditsicherungen ein.

Die Kreditderivatgeschäfte, die von der Gruppe am häufigsten ausgeführt werden, sind **◊** CDS und Credit Swaptions. CDSs sind vertragliche Vereinbarungen, bei denen der Käufer des Swap im Voraus und/oder regelmässig eine Prämie bezahlt und im Gegenzug vom Verkäufer des Swap im Falle eines Kreditereignisses der zugrunde liegenden Referenzgesellschaft oder des Referenzvermögenswerts eine Zahlung erhält. Credit Swaptions sind Optionen mit einer festgelegten Laufzeit, die es dem Käufer gegen die Zahlung einer einmaligen Prämie erlauben, im Rahmen eines CDS Sicherungen zu einem bestimmten Kreditereignis zu kaufen oder zu verkaufen.

Um ihre Kreditrisiken zu reduzieren, geht die Gruppe zudem rechtlich durchsetzbare **◊** Netting-Vereinbarungen mit ihren Derivat-Gegenparteien ein. Die Sicherheiten für derartige Derivatkontrakte werden üblicherweise auf Nettobasis je Gegenpartei gestellt und können den einzelnen Derivatkontrakten nicht zugewiesen werden.

► Siehe «Anhang 26 – Verrechnung von Finanzaktiven und Finanzverbindlichkeiten» für weitere Informationen zu Verrechnungen.

Verkaufte Kreditsicherungen

Verkaufte Kreditsicherungen entsprechen dem Maximalbetrag potenzieller zukünftiger Zahlungen auf Basis des Nominalwerts der Derivate, die die Gruppe im Falle von Kreditereignissen leisten

müsste. Nach Ansicht der Gruppe ist dieser Maximalbetrag nicht repräsentativ für das effektive Verlustrisiko, wie historische Daten belegen. Der betreffende Betrag wird nicht um die Anrechte der Gruppe auf die Basiswerte und diesbezüglichen Cashflows gekürzt. Die meisten Kreditderivatkontrakte sehen vor, dass die Gruppe bei Eintreten eines Kreditereignisses (oder des Auslösers für die Erfüllung) im Allgemeinen die Differenz zwischen der verkauften Kreditsicherung und dem Regress auf den Wert der Basiswerte zu zahlen hat. Der Maximalbetrag potenzieller zukünftiger Zahlungen wird nicht um eventuelle, an eine bestimmte Gegenpartei entrichtete Bardeckungen gekürzt, da diese Zahlungen nach Verrechnung aller Derivatpositionen einschliesslich Kreditderivaten mit der betreffenden Gegenpartei im Rahmen einer entsprechenden Master-Netting-Vereinbarung berechnet würden. Aufgrund dieser Verrechnungsverfahren kann der Betrag der Sicherheiten nicht den spezifischen Kategorien der Kreditderivatpositionen zugeordnet werden.

Zur Darstellung der Qualität des Erfüllungsrisikos aus verkauften Kreditsicherungen, arbeitet die Gruppe mit internen Ratings für jene Instrumente, welche in den Kontrakten als Referenzinstrumente bezeichnet werden. Interne Ratings werden von erfahrenen Kreditanalysten vergeben und basieren auf fachmännischem Ermessen unter Berücksichtigung der Analyse und Beurteilung von sowohl quantitativen als auch qualitativen Faktoren. Die spezifischen Faktoren, welche analysiert werden, und ihre relative Bedeutung hängen von der Art der Gegenpartei ab. Die Analyse legt Wert auf eine zukunftsorientierte Betrachtungsweise, die sich auf wirtschaftliche Trends und finanzielle Fundamentaldaten konzentriert und Bezugsgruppenanalysen (Peer-Analysen), Branchenvergleiche sowie andere quantitative Hilfsmittel verwendet. Externe Ratings und Marktinformationen werden im Analyseprozess ebenfalls verwendet, sofern sie verfügbar sind.

Gekaufte Kreditsicherungen

Gekaufte Kreditsicherungen entsprechen Instrumenten, bei denen das als Basiswert dienende Referenzinstrument identisch mit dem Referenzinstrument für verkaufte Kreditsicherungen ist. Der Maximalbetrag potenzieller zukünftiger Zahlungen für die einzelnen als Basiswert dienenden identischen Referenzinstrumente kann über oder unter dem Nominalbetrag der verkauften Kreditsicherungen liegen.

Die Gruppe berücksichtigt auch die geschätzten Wiedereingänge, die sie bei einem Eintritt des entsprechenden Kreditereignisses erhalten würde. Diese umfassen den voraussichtlichen Wert des zugrunde liegenden Referenzvermögenswertes, der in den meisten Fällen an die Gruppe übertragen würde, und die Auswirkungen gekaufter Sicherungen mit gleichem Referenzinstrument und Produkttyp.

Sonstige gekaufte Kreditsicherungen

Im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit kauft die Gruppe auch Kreditsicherungen, um das Risiko verkaufter Kreditsicherungen zu mindern. Diese gekauften Kreditsicherungen haben möglicherweise ein ähnliches, jedoch nicht das gleiche

Referenzinstrument und verwenden ähnliche, jedoch nicht gleiche Produkte, reduzieren aber insgesamt die Kreditderivatriskoposition. Die sonstigen gekauften Kreditsicherungen basieren auf dem Nominalwert der Instrumente.

Die Gruppe kauft Kreditsicherungen von Banken und Broker-Dealern, anderen Finanzinstituten und sonstigen Gegenparteien.

Fair Value der verkauften Kreditsicherungen

Die Fair Values der verkauften Kreditsicherungen geben Aufschluss über das Erfüllungsrisiko, wobei die negativen Fair Values steigen, wenn die Wahrscheinlichkeit steigt, dass im Rahmen des Derivatkontrakts eine Zahlung geleistet werden muss.

Verkaufte/Gekaufte Kreditsicherungen

Die folgenden Tabellen umfassen nicht alle Kreditderivate; sie weichen vom Gesamtbetrag der Kreditderivate in der Tabelle «Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten» ab. Dies liegt daran, dass bestimmte Kreditderivatprodukte nicht im Geltungsbereich

von US GAAP liegen. US GAAP definiert Kreditderivate als derivative Instrumente, (a) in denen einer oder mehrere Basiswerte in Bezug zum Kreditrisiko einer bestimmten Gesellschaft (oder Gruppe von Gesellschaften) oder zu einem Index, der auf dem Kreditrisiko einer Gruppe von Gesellschaften basiert, stehen und (b) den Verkäufer einem potenziellen Verlust aus vertraglich festgelegten kreditrisikobezogenen Ereignissen aussetzen.

Gewisse physisch unterlegte ◻ forderungsbesicherte Wertpapiere (Cash CDOs) und weitere Instrumente wurden nicht in der Tabelle berücksichtigt, da sie nicht in den Geltungsbereich der US-GAAP-Bestimmungen fallen. ◻ Total Return Swaps (TRS) in Höhe von CHF 7,4 Mia. und CHF 6,0 Mia. per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012 wurden in der Tabelle ebenfalls nicht berücksichtigt, da sie den Verkäufer keinem potenziellen Verlust aus vertraglich festgelegten kreditbezogenen Ereignissen aussetzen. TRS bieten nur Schutz gegen einen Wertverlust der betreffenden Aktiven und nicht gegen zusätzliche Verluste aufgrund spezifischer Kreditereignisse.

Verkaufte/gekaufte Kreditsicherungen

Ende	2013					2012				
	Verkaufte Kreditsicherungen	Gekaufte Kreditsicherungen ¹	Gekaufte/ (Verkaufte) Kreditsicherungen, netto	Sonstige gekaufte Kreditsicherungen	Fair Value der verkauften Kreditsicherungen	Verkaufte Kreditsicherungen	Gekaufte Kreditsicherungen ¹	Gekaufte/ (Verkaufte) Kreditsicherungen, netto	Sonstige gekaufte Kreditsicherungen	Fair Value der verkauften Kreditsicherungen
Instrumente auf einzelnen Referenzwert (in Mia. CHF)										
Investment Grade ²	(305.9)	287.9	(18.0)	37.7	5.2	(394.6)	373.9	(20.7)	56.0	2.5
Nicht-Investment-Grade	(108.7)	104.9	(3.8)	10.5	2.5	(135.4)	129.3	(6.1)	11.3	(0.4)
Total Instrumente auf einzelnen Referenzwert	(414.6)	392.8	(21.8)	48.2	7.7	(530.0)³	503.2³	(26.8)	67.3³	2.1³
davon Staaten	(88.1)	85.0	(3.1)	8.9	(0.4)	(119.4)	117.1	(2.3)	10.3	(0.7)
davon Nicht-Staaten	(326.5)	307.8	(18.7)	39.3	8.1	(410.6)	386.1	(24.5)	57.0	2.8
Instrumente auf mehrere Referenzwerte (in Mia. CHF)										
Investment Grade ²	(219.1)	212.1	(7.0)	47.3	3.3	(222.2)	207.1	(15.1)	20.6	(0.7)
Nicht-Investment-Grade	(65.0)	59.0 ⁴	(6.0)	13.5	1.5	(62.8)	56.1 ⁴	(6.7)	9.8	(1.6)
Total Instrumente auf mehrere Referenzwerte	(284.1)	271.1	(13.0)	60.8	4.8	(285.0)³	263.2³	(21.8)	30.4³	(2.3)³
davon Staaten	(10.8)	10.9	0.1	1.1	0.0	(13.5)	13.1	(0.4)	0.4	(0.1)
davon Nicht-Staaten	(273.3)	260.2	(13.1)	59.7	4.8	(271.5)	250.1	(21.4)	30.0	(2.2)
Total Instrumente (in Mia. CHF)										
Investment Grade ²	(525.0)	500.0	(25.0)	85.0	8.5	(616.8)	581.0	(35.8)	76.6	1.8
Nicht-Investment-Grade	(173.7)	163.9	(9.8)	24.0	4.0	(198.2)	185.4	(12.8)	21.1	(2.0)
Total Instrumente	(698.7)	663.9	(34.8)	109.0	12.5	(815.0)	766.4	(48.6)	97.7	(0.2)
davon Staaten	(98.9)	95.9	(3.0)	10.0	(0.4)	(132.9)	130.2	(2.7)	10.7	(0.8)
davon Nicht-Staaten	(599.8)	568.0	(31.8)	99.0	12.9	(682.1)	636.2	(45.9)	87.0	0.6

¹ Entspricht den gekauften Kreditsicherungen mit identischen Basiswerten und den Wiedereingängen.

² Basierend auf internen Ratings BBB und höher.

³ Die Kreditsicherungsinstrumente wurden korrigiert, indem bestimmte Instrumente auf einzelne Referenzwerte zu den Instrumenten auf mehrere Referenzwerte umklassiert wurden.

⁴ Enthält die Clock-Finance-Transaktion.

Die folgende Tabelle zeigt die Abstimmung des Nominalbetrags der in der Tabelle «Fair Value von derivativen Instrumenten» enthaltenen Kreditderivate mit der Tabelle «Verkaufte/gekaufte Kreditsicherungen».

Abstimmung von Kreditderivaten

Ende	2013	2012
Kreditderivate (in Mia. CHF)		
Verkaufte Kreditsicherungen	698.7	815.0
Gekaufte Kreditsicherungen	663.9	766.4
Sonstige gekaufte Kreditsicherungen	109.0	97.7
Sonstige Instrumente ¹	11.7	15.3
Total Kreditderivate	1 483.3	1 694.4

¹ Besteht aus bestimmten physisch besicherten Forderungstiteln (CDOs), Total Return Swaps und sonstigen derivativen Instrumenten.

Die Unterteilung der zukünftigen Zahlungen nach Restlaufzeit und zugrunde liegendem Risiko gibt Aufschluss über den aktuellen Stand des Erfüllungspotenzials im Rahmen des Derivatkontrakts.

Fälligkeit der verkauften Kreditsicherungen

Ende	Fällig in weniger als 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 5 Jahren	Fällig nach 5 Jahren	Total
2013 (in Mia. CHF)				
Instrumente auf einzelnen Referenzwert	91.2	281.4	42.0	414.6
Instrumente auf mehrere Referenzwerte	19.2	208.2	56.7	284.1
Total Instrumente	110.4	489.6	98.7	698.7
2012 (in Mia. CHF)				
Instrumente auf einzelnen Referenzwert	125.0	326.0	79.0	530.0
Instrumente auf mehrere Referenzwerte	42.7	171.0	71.3	285.0
Total Instrumente	167.7	497.0	150.3	815.0

32 Garantien und Verpflichtungen

Garantien

Im normalen Geschäftsverlauf werden Garantien abgegeben, welche die Credit Suisse unter Umständen verpflichten, Zahlungen an Dritte zu leisten, falls die Gegenpartei bei einem Kreditvertrag oder einer anderen vertraglichen Verpflichtung ihrer Zahlungspflicht nicht nachkommt. Der in der Tabelle aufgeführte Bruttobetrag entspricht dem aufgrund der Garantien maximal möglichen

Zahlungsbetrag. Der Buchwert entspricht dem höheren der beiden nachfolgenden Werte: dem Fair Value bei Garantieabschluss (in der Regel der entsprechenden erhaltenen oder abgegrenzten Gebühr) abzüglich kumulierter Amortisation oder unserer aktuell besten Schätzung der Zahlungen, die aufgrund bestehender Garantievereinbarungen erforderlich sein werden.

Garantien

Ende	Fällig in weniger als 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 3 Jahren	Fällig zwischen 3 und 5 Jahren	Fällig nach 5 Jahren	Total Brutto- betrag	Total Netto- betrag ¹	Buch- wert	Erhaltene Sicher- heiten
2013 (in Mio. CHF)								
Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente	2 826	1 125	396	569	4 916	4 768	34	2 333
Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente	4 428	1 786	1 006	145	7 365	6 444	87	3 312
Schadenersatzverpflichtungen aus Wertschriftenleihen	11 479	0	0	0	11 479	11 479	0	11 479
Derivate ²	18 247	9 544	1 960	1 899	31 650	31 650	715	- ³
Sonstige Garantieverpflichtungen	4 003	817	197	198	5 215	5 191	3	2 631
Total Garantien	40 983	13 272	3 559	2 811	60 625	59 532	839	19 755
2012 (in Mio. CHF)								
Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente ⁴	10 104	1 543	334	606	12 587	12 200	53	1 920
Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente	5 160	1 643	970	1 758	9 531	8 793	139	3 336
Schadenersatzverpflichtungen aus Wertschriftenleihen	12 211	0	0	0	12 211	12 211	0	12 211
Derivate ²	21 197	9 951	1 833	2 434	35 415	35 415	985	- ³
Sonstige Garantieverpflichtungen	4 297	689	286	147	5 419	5 397	3	2 812
Total Garantien	52 969	13 826	3 423	4 945	75 163	74 016	1 180	20 279

¹ Der Nettobetrag errechnet sich aus dem Bruttobetrag abzüglich allfälliger Beteiligungen.

² Nicht enthalten sind Derivatkontrakte mit bestimmten aktiven Handels- und Investmentbanken und bestimmten sonstigen Gegenparteien, da solche Kontrakte bar abgewickelt werden können und die Gruppe keinen Anhaltspunkt dafür hatte, dass die Gegenparteien bei Vertragsabschluss die Basisinstrumente hielten.

³ Sicherheiten für als Garantien verbuchte Derivate sind unbedeutend.

⁴ Die Vorperiode wurde korrigiert.

Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente

Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente sind Verträge, welche die Gruppe zu Zahlungen verpflichtet, sollte eine Drittpartei im Rahmen einer spezifischen bestehenden Kreditverpflichtung ihren entsprechenden Pflichten nicht nachkommen. Der Nettogesamtbetrag schliesst folgende Produkte ein: Standby-Akkreditive, Garantien für Geschäfts- und Wohnbauhypotheken und andere Garantien im Zusammenhang mit Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs).

Standby-Akkreditive werden im Rahmen des Firmenkreditgeschäfts und anderer Aktivitäten mit Firmenkunden abgeschlossen, bei welchen die Gruppe Garantien in Form von Standby-Akkreditiven an Gegenparteien gewährt, die eine Zahlungsverpflichtung an Dritte darstellen, sollten die Gegenparteien ihre Zahlungsverpflichtungen aus einem Kreditvertrag oder einer anderen vertraglichen Verpflichtung nicht erfüllen.

Garantien für Geschäfts- und Wohnbauhypotheken werden im Rahmen des US-Hypothekengeschäfts der Gruppe eingegangen. Dabei verkauft die Gruppe gewisse Geschäfts- und Wohnbauhypotheken an Fannie Mae und verpflichtet sich dabei, einen prozentualen Anteil an den Verlusten zu tragen, falls die Kreditnehmer ihrem Schuldendienst nicht nachkommen. Zudem gewährt die Gruppe Garantien zur Entschädigung von Fannie Mae für Verluste aus bestimmten Krediten, die den von Fannie Mae begebenen hypothekenbesicherten Wertpapieren zugrunde liegen. Der Garantiefall tritt ein, falls Kreditnehmer ihrem Schuldendienst auf den zugrunde liegenden Hypotheken nicht nachkommen.

Die Gruppe gewährt VIEs und anderen Gegenparteien auch Garantien, bei welchen sie sich im Falle des Eintretens gewisser

Ereignisse, wie beispielsweise Rückstufungen im Rating und/oder substantieller Abnahmen des Fair Value solcher Vermögenswerte, zum Kauf von Vermögenswerten dieser Garantiennehmer verpflichtet.

Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente

Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente sind Vereinbarungen, die Zahlungen bedingen, wenn gewisse leistungsabhängige Ziele oder Verpflichtungen nicht erfüllt werden. Solche vertraglichen Bedingungen können die Pflicht eines Kunden zur Lieferung bestimmter Produkte und Dienstleistungen oder die Leistungserbringung im Rahmen eines Bauvertrags beinhalten. Leistungsabhängige Garantien werden häufig in der Projektfinanzierung eingesetzt. Der Nettogesamtbetrag setzt sich aus Garantien für Private-Equity-Fonds und Garantien im Zusammenhang mit Vertriebsaktivitäten von Wohnbauhypotheken zusammen.

Bei Garantien für Private-Equity-Fonds hat die Gruppe Anleger in von einer Tochtergesellschaft errichteten Private-Equity-Fonds Garantien gewährt, allfällige Rückforderungsansprüche von Gewinnbeteiligungen gegenüber gewissen General Partners, die an diese General Partners ausgeschüttet wurden (Carried Interest), zu begleichen, falls die Performance der verbleibenden Anlagen abnimmt. Zur Begrenzung des Risikos hält die Gruppe in der Regel einen Anteil der auszuschüttenden Gewinnbeteiligungen zurück, um allfällige Rückforderungsverpflichtungen zu decken. Weiter ist die Gruppe im Rahmen bestimmter vertraglicher Vereinbarungen zu Barzahlungen an gewisse Anleger in bestimmten Private-Equity-Fonds verpflichtet, falls festgelegte Performance-Grenzwerte nicht erreicht werden.

In Verbindung mit ihren Aktivitäten bei der Verbriefung von US-Wohnbauhypotheken übernimmt die Gruppe zudem in bestimmten Fällen die Gewährleistung, dass der Kreditadministrator die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und die Überweisung allfälliger Vorfälligkeitsentschädigungen an den Securitization Trust durchführt. Die Gruppe wird gemäss diesen Garantien zahlungspflichtig, falls der Kreditadministrator diese Vorfälligkeitsentschädigungen nicht überweist.

Schadenersatzverpflichtungen bei Wertschriftenleihen

Schadenersatzverpflichtungen bei Wertschriftenleihen betreffen Vereinbarungen, in welchen die Gruppe die Entschädigung allfälliger Verluste an Kunden, die Wertschriften ausleihen, zusicherte, falls Schuldner die im Rahmen des Wertschriftenleihvertrags geborgten Titel nicht zurückgeben und die hinterlegten Sicherheiten den Marktwert der geborgten Wertschriften nicht decken. Wie in der Tabelle zu Garantien aufgezeigt, war die Gruppe hinsichtlich Schadenersatzverpflichtungen aus Wertschriftenleihen vollständig besichert.

Derivate

Derivate werden im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit ausgegeben, hauptsächlich in Form von geschriebenen Put-Optionen. Nach US GAAP ist kein Ausweis von Derivatkontrakten erforderlich, wenn diese bar beglichen werden können und die Gruppe keinen Hinweis darauf hat, dass die Gegenparteien die Basisinstrumente bei Vertragsabschluss mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit hielten. Die Gruppe ist zum Schluss gekommen, dass bestimmte Handels- und Investmentbanken sowie bestimmte andere Gegenparteien diese Bedingungen erfüllen. Aus diesem Grund weist die Gruppe die entsprechenden Kontrakte nicht als Garantien aus.

Die Gruppe verfolgt diverse Absicherungsstrategien, um ihr Risiko aus diesen Derivaten zu steuern und zu reduzieren. Bei einigen Kontrakten, wie geschriebene Zinssatz-Caps (Interest Rate Caps) oder Devisenoptionen, lässt sich die maximal mögliche Auszahlung nicht bestimmen, da Zinssätze oder Devisenkurse theoretisch ohne Limite ansteigen könnten. Für diese Kontrakte wurde das Kontraktvolumen in der oben stehenden Tabelle offengelegt, um einen Anhaltspunkt zum zugrunde liegenden Risiko zu geben. Zudem erfasst die Gruppe alle Derivate zum Fair Value in der konsolidierten Bilanz und hat bei der Ermittlung dieser Fair Values die leistungsauslösenden Ereignisse und die Zahlungswahrscheinlichkeiten mit einbezogen. Die Wahrscheinlichkeit, dass geschriebene Put-Optionen, welche für die Gegenpartei im Geld liegen (in-the-money), ausgeübt werden, liegt bei mehr als 50%. Dieses Risiko beschränkte sich für die Gruppe auf den Buchwert, der in der Tabelle aufgeführt wurde.

Sonstige Garantieverpflichtungen

Sonstige Garantieverpflichtungen beinhalten Bankakzepte, Restwertgarantien, Einlagensicherungen, bedingte Entgelte bei Unternehmenszusammenschlüssen, garantierte Mindestwerte von Anlagen in Anlage- oder Private-Equity-Fonds sowie alle weiteren

Garantien, die nicht einer der oben genannten Kategorien zugewiesen wurden.

Banken mit Kundeneinlagen und Effekthändler in der Schweiz und in gewissen anderen europäischen Ländern sind verpflichtet, die Auszahlung privilegierter Einlagen im Falle spezifischer Einschränkungen oder erzwungener Liquidation einer solchen Bank sicherzustellen. In der Schweiz stellen Banken mit Kundeneinlagen und Effekthändler gemeinsam einen Garantiebetrug von bis zu CHF 6 Mia. bereit. Tritt ein solches Auszahlungsereignis ein, ausgelöst durch eine von der FINMA auferlegte spezifische Geschäftsrestriktion oder aufgrund der Zwangsliquidation einer anderen Bank mit Kundeneinlagen, wird der Beitrag der Gruppe auf Basis ihres Anteils privilegierter Einlagen im Verhältnis zur Gesamtheit der privilegierten Einlagen berechnet. Basierend auf der Schätzung der FINMA für die im Bankgeschäft engagierten Schweizer Tochtergesellschaften der Gruppe liegt der Anteil der Gruppe an der Einlagenversicherung für die Zeit vom 1. Juli 2013 bis zum 30. Juni 2014 bei CHF 0,6 Mia. Diese Garantien für Einlagensicherungen wurden unter Sonstige Garantieverpflichtungen aufgeführt.

PAF2-Transaktion

Die Ergebnisse der Gruppe sind dem Risiko von Gegenparteiausfällen ausgesetzt und der Möglichkeit, dass sich im Derivatehandel der Gruppe die Kreditrisikoprämien der Gegenparteien verändern. Im ersten Quartal 2012 schloss die Gruppe die PAF2-Transaktion ab, um das Gegenparteirisiko eines Referenzportfolios von Derivaten und die Volatilität von deren Kreditrisikoprämien abzusichern. Das Absicherungsgeschäft deckte die erwartete positive Kreditrisikoposition gegenüber Gegenparteien der Gruppe im Nominalwert von etwa USD 12 Mia. ab und verteilte sich auf drei Tranchen: (i) Erstrisiko (USD 0,5 Mia.), (ii) Mezzanine (USD 0,8 Mia.) und (iii) Senior (USD 11 Mia.). Das Erstrisikoelement verblieb bei der Gruppe und wird mit den üblichen Kreditverfahren aktiv verwaltet. Die Mezzanine-Tranche wurde abgesichert, indem das Ausfallrisiko und das Risiko von Veränderungen der Gegenpartekreditrisikoprämien in Form von PAF2-Ansprüchen im Rahmen der im Zuge des jährlichen Vergütungsprozesses zugeteilten aufgeschobenen Vergütung auf anspruchsberechtigte Mitarbeitende übertragen wurde.

Zur Bewertung der PAF2-Ansprüche diente das Standardbewertungsmodell nach Gauss-Copula, das für Geschäfte mit synthetischen CDO verwendet wird, wobei im Hinblick auf die spezifischen Besonderheiten der PAF2-Transaktion Anpassungen erforderlich waren. Nominalwert, Korrelationsannahme, Kreditrisikoprämien, Liquidität und Wiedereinbringungsraten des Portfolios, die eigene Kreditrisikoprämie der Gruppe sowie die Laufzeit des Geschäfts sind die wichtigsten Modellparameter. Im Modell wird die jeweilige Ausfallwahrscheinlichkeit durch die Kreditrisikoprämie der Gegenpartei bestimmt. Anhand dieser Wahrscheinlichkeit wird der erwartete Wert der Cashflows in Abhängigkeit vom Fortbestehen und vom Ausfall der Gegenparteien im Referenzportfolio berechnet. Die Kreditrisikoprämien basieren auf beobachtbaren Daten von CDS auf die jeweilige Referenzgesellschaft.

Liegt von einer spezifischen Referenzgesellschaft im Portfolio keine Kurve vor, wird eine vergleichbare Kurve herangezogen. Der erwartete Wert der ausfallenden Kreditrisikoposition der Gegenpartei bestimmt den entsprechenden Nominalwert der betreffenden Gesellschaft. Die Berechnung erfolgt anhand der effektiven positiven Kreditrisikoposition, die dem langfristigen gewichteten Durchschnitt der erwarteten Kreditrisikoposition entspricht, den die Gruppe für die Steuerung der Gegenparteierisiken verwendet. Per 31. Dezember 2013 betrug der Buchwert der PAF2-Ansprüche CHF 652 Mio. Der Betrag des Vergütungsaufwands für PAF2-Ansprüche betrug für 2013 CHF 83 Mio. und ist im Betrag, der in der Tabelle «Aufgeschobener Vergütungsaufwand» von «Anhang 28 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» ausgewiesen wird, enthalten. Der Betrag in der Tabelle enthält auch den aufgeschobenen Vergütungsaufwand für einen kleineren Plan, der nichts mit den Absicherungsaspekten dieser Transaktion zu tun hat.

Die Gruppe hatte eine Kreditsicherung für die Senior-Tranche gekauft, um sie gegen die Möglichkeit künftiger Schwankungen der Kreditrisikoprämien von Gegenparteien abzusichern. Dies erfolgte durch einen zum Fair Value bewerteten CDS mit einer Drittpartei. Für die Berechnung des Werts der Senior-Tranche wurde dasselbe Modell verwendet wie für die PAF2-Ansprüche. Darüber hinaus hatte die Gruppe eine Kreditsicherungsfasilität mit dieser Gesellschaft abgeschlossen, die es der Gruppe erlaubte, Kreditgarantien in Zusammenhang mit anderen Vermögenswerten bereitzustellen, die üblicherweise durch die Emission von CP finanziert werden. Unter dieser Fasilität konnte die Gruppe dieser Gesellschaft in Zusammenhang mit dem CDS bei bestimmten Ereignissen auch unmittelbar verfügbare Finanzmittel bereitstellen. Unter anderem waren folgende Ereignisse darin eingeschlossen: (i) eine Störung im CP-Markt, so dass die Gesellschaft kein CP zur Refinanzierung des CDS oder zur Rückzahlung eines fällig werdenden CP ausgeben oder verlängern konnte; (ii) wenn die auf das CP zu zahlenden Zinsen bestimmte Schwellenwerte überstiegen und die Gruppe die Gesellschaft angewiesen hatte, an Stelle der Emission eines CP die Fasilität in Anspruch zu nehmen; (iii) wenn von der Gesellschaft ein CP ausgegeben wurde, um eine CDS-Zahlung zu refinanzieren, und das kurzfristige Rating des Kreditgebers später herabgestuft wurde oder (iv) wenn bei Verfall der Fasilität ein ausstehendes CP zurückgezahlt werden sollte. Ein gezogener Betrag konnte durch die Übertragung der Rechte und Pflichten des CDS an die Gruppe abgegolten werden. Die Kreditsicherungsfasilität wurde nach der Abgrenzungsmethode verbucht.

Im Dezember 2012 veröffentlichte der Basler Ausschuss aktualisierte regulatorische Richtlinien, unter welchen die PAF2-Transaktion in ihrer damaligen Struktur im Rahmen des Basel-III-Regelwerks nicht länger als Absicherung gegen das Änderungsrisiko von Gegenparteikreditrisikoprämien (Counterparty Credit Spread Hedging) angerechnet wurde. Die neuen Richtlinien führten dazu, dass die Gruppe nunmehr berechtigt war, eine regulatorische Option auszuüben, den CDS und die Kreditsicherungsfasilitätstranche zu restrukturieren oder mit Rückzahlung zum Nominalwert zu kündigen und die Mezzanine-Tranche mit Rückzahlung

zum Fair Value zu kündigen. Im Oktober 2013 übte die Gruppe die Option aus und kündigte den CDS und die Kreditsicherungsfasilität zum Nennwert.

Per 31. Dezember 2013 blieb die Mezzanine-Tranche in Form von PAF2-Ansprüchen bestehen. Im ersten Quartal 2014 beendete die Gruppe die PAF2-Ansprüche und ersetzte sie zum Fair Value durch andere Vergütungsansprüche in Form von Contingent Capital Awards oder durch eine Beteiligung an einem Fonds mit Wahlrecht der Anspruchsinhaber.

► Siehe «Anhang 28 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» für weitere Informationen.

Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von US-Wohnbauhypothekarkrediten durch das Investment Banking hat die Gruppe bestimmte Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die verkauften Kredite abgegeben. Die Gruppe hat diese Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf Verkäufe von Krediten an folgende Käufer abgegeben: die staatlich gesponserten Unternehmen Fannie Mae und Freddie Mac, institutionelle Investoren, hauptsächlich Banken, sowie Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen (Non-Agency Securitizations) – auch als Private-Label-Verbriefungen bekannt. Bei den verkauften Darlehen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen, die die Gruppe von anderen Parteien gekauft hat. Der Umfang der Zusicherungen und Gewährleistungen hängt, soweit solche abgegeben wurden, von der Transaktion ab, kann aber Folgendes beinhalten: Eigentum an den Hypothekarkrediten und rechtmässige Befugnis, die Kredite zu verkaufen; Belehnungsquoten und andere Eigenschaften der Liegenschaft, des Kreditnehmers und des Kredits; Gültigkeit der Pfandrechte, mit denen die Kredite besichert sind, Zusicherung, dass keine Steuerrückstände oder damit verbundene Pfandrechte bestehen; Konformität mit den Richtlinien für die Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern und Vollständigkeit der Dokumentation sowie Kreditvergabe im Einklang mit den bestehenden Gesetzen. Wenn festgestellt wird, dass zugesicherte und gewährleistete Eigenschaften nicht zutreffend waren, kann die Gruppe dazu verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder die Anleger für erlittene Verluste zu entschädigen. Ob der Gruppe im Zusammenhang mit Rückkäufen und Entschädigungen ein Verlust entsteht, hängt von folgenden Faktoren ab: dem Umfang der erhobenen Forderungen, der Gültigkeit solcher Forderungen (einschliesslich der Wahrscheinlichkeit und der Fähigkeit zur Durchsetzung der Forderungen); ob die Gruppe erfolgreich Forderungen gegenüber Parteien machen kann, die Kredite an die Gruppe verkauft und dabei gegenüber der Gruppe Zusicherungen und Gewährleistungen abgegeben haben; der Lage am Immobilienmarkt für Wohnbauten, einschliesslich der Zahl der Kreditausfälle, und ob die Verpflichtungen der Verbriefungsvehikel durch Dritte garantiert oder versichert waren.

Was die offenen Rückkauforderungen anbetrifft, ist die Gruppe aufgrund der Heterogenität ihres Portfolios, der

Komplexität der mit jeder Forderung einhergehenden rechtlichen und sachlichen Überprüfungen, der begrenzten Befunde und/oder sonstiger Faktoren nicht in der Lage, die vernünftigerweise möglichen Verluste abzuschätzen, die über die zurückgestellten Beträge hinausgehen.

Die folgenden Tabellen zeigen den Gesamtbetrag der zwischen dem 1. Januar 2004 und dem 31. Dezember 2013 verkauften Wohnbauhypothekarkredite nach Art der Gegenpartei und die Entwicklung der offenen Rückkaufsforderungen sowie die Rückstellungen für offene Rückkaufsforderungen in den Jahren 2013 und 2012 einschliesslich der realisierten Verluste aus dem Rückkauf verkaufter Wohnbauhypothekarkredite.

Verkaufte Wohnbauhypothekarkredite

1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2013 (in Mio. USD)

Staatlich gesponserte Unternehmen	8,2
Private Anleger ¹	23,5
Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen	133,8 ²
Total	165,5

¹ Hauptsächlich Banken.

² Der per 31. Dezember 2013 ausstehende Betrag der verkauften Wohnbauhypothekarkredite betrug USD 26,2 Mia. Die Differenz zwischen dem Gesamtbetrag der verkauften Wohnbauhypothekarkredite und dem per 31. Dezember 2013 ausstehenden Betrag entsprach den Schuldnerückzahlungen von USD 88,9 Mia. und den Verlusten von USD 18,7 Mia. aus Kreditausfällen.

Verkaufte Wohnbauhypothekarkredite – offene Rückkaufsforderungen

	2013			2012			Total
	Staatlich gesponserte Unternehmen	Private Anleger	Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen	Staatlich gesponserte Unternehmen	Private Anleger	Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen	
Offene Rückkaufsforderungen (in Mio. USD)							
Bestand zu Beginn der Periode	67	464	1 395	1 926	68	432	743
Neue Forderungen	69	139	1 039	1 247	58	57	2 147
Mittels Rückkäufen erledigte Forderungen	(4)	(1)	(2)	(7) ¹	(7)	0	(14) ¹
Sonstige Abgeltungen	(31)	(178)	(7)	(216) ²	(15)	(7)	(54) ²
Total abgeglichene Forderungen	(35)	(179)	(9)	(223)	(22)	(7)	(68)
Angefochtene Forderungen	(24)	(4)	0	(28)	(37)	(18)	(55)
Überträge an/aus Schiedsgerichts- und Rechtsverfahren, netto ³	0	0	(2 342) ⁴	(2 342)	0	0	(841)
Bestand am Ende der Periode	77	420	83	580	67	464	1 395

¹ In den Jahren 2013 und 2012 zu einem Rückkaufspreis von USD 6 Mio. beziehungsweise USD 15 Mio. abgeglolten.

² In den Jahren 2013 und 2012 zu USD 48 Mio. beziehungsweise USD 41 Mio. abgeglolten.

³ Siehe «Anhang 38 – Rechtsstreitigkeiten» für Informationen zu offenen Forderungen, die Gegenstand eines Schiedsgerichts- oder Rechtsverfahrens sind.

⁴ Die im Jahr 2013 offengelegten Überträge an Schiedsgerichts- und Rechtsverfahren umfassten Forderungsportfolios von ungefähr USD 0,3 Mia., für welche formelle Verfahren bereits in früheren Perioden begonnen hatten.

Rückstellungen für offene Rückkaufsforderungen

	2013	2012
Rückstellungen für offene Rückkaufsforderungen (in Mio. USD)¹		
Bestand zu Beginn der Periode	55	59
Zunahme/(Abnahme) von Rückstellungen, netto	145	52
Realisierte Verluste ²	(54) ³	(56) ⁴
Bestand am Ende der Periode	146³	55⁵

¹ Nicht enthalten sind Rückstellungen für Rückkaufsforderungen in Bezug auf verkaufte Wohnbauhypothekarkredite, die in einem Schiedsgerichts- oder Rechtsverfahren sind. Siehe «Anhang 38 – Rechtsstreitigkeiten» für weitere Informationen.

² Enthält Schadenersatzzahlungen zur Abgeltung von Rückkaufsforderungen für Darlehen.

³ Hauptsächlich bezüglich staatlich gesponserter Unternehmen und privater Anleger.

⁴ Hauptsächlich bezüglich staatlich gesponserter Unternehmen und Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen.

⁵ Hauptsächlich bezüglich staatlich gesponserter Unternehmen.

Zusicherungen und Gewährleistungen im Zusammenhang mit Wohnbauhypothekarkrediten, die an Verbriefungsvehikel nicht

staatlich gesponserter Unternehmen verkauft werden, sind weniger umfangreich als bei Wohnbauhypothekarkrediten, die an staatlich gesponserte Unternehmen verkauft werden. Damit kann sich der Nachweis von Rückkaufsforderungen aufgrund von Kausalitäten und Ansprüchen im Zusammenhang mit Verstössen gegen Zusicherungen und Gewährleistungen bei Wohnbauhypothekarkrediten, die im Rahmen von Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen verkauft wurden, schwieriger gestalten. Die Gruppe ist an Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite beteiligt.

► Siehe «Anhang 38 – Rechtsstreitigkeiten» für weitere Informationen.

Rückkaufsforderungen im Zusammenhang mit verkauften Wohnbauhypothekarkrediten, die Gegenstand von Schiedsgerichts- oder Rechtsverfahren sind oder im Verlauf der Berichtsperiode werden, sind nicht in den unter Garantien und Verpflichtungen offengelegten Rückkaufsforderungen und

entsprechenden Eventualverbindlichkeiten und Rückstellungen enthalten. Solche Rückkauforderungen werden unter Rechtsstreitigkeiten und den damit zusammenhängenden Eventualverbindlichkeiten und Rückstellungen adressiert.

Aufgrund der zahlreichen Ausfälle bei Wohnbauhypothekarkrediten, einschliesslich der durch die Gruppe verkauften oder verbrieften Wohnbauhypothekarkredite, fallen diese Rückkauforderungen in Zukunft möglicherweise höher aus.

Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Veräusserungen und sonstige Schadlosklauseln

Die Gruppe hat gewisse Garantien, für welche sich die maximalen Eventualverbindlichkeiten nicht quantifizieren lassen. Solche Garantien sind in der Tabelle «Garantien» nicht enthalten und werden nachfolgend erläutert.

Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Veräusserungen

Im Zusammenhang mit dem Verkauf bestimmter Aktiven oder Geschäftsbereiche gewährt die Gruppe dem Käufer manchmal bestimmte Schadlosklauseln. Diese Schadlosklauseln variieren je nach Gegenpartei bezüglich Umfang und Dauer und hängen von der Art der verkauften Aktiven oder Geschäftsbereiche ab. Diese sind dazu konzipiert, das potenzielle Risiko aus bestimmten nicht quantifizierbaren und nicht erkennbaren Verlustmöglichkeiten, wie beispielsweise Rechtsstreitigkeiten, Steuern und geistigem Eigentum, vom Käufer auf den Verkäufer zu übertragen. Die Gruppe überwacht solche vertraglichen Vereinbarungen genau, um sicherzustellen, dass die Rückstellungen für Schadlosklauseln in der konsolidierten Jahresrechnung der Gruppe angemessen sind.

Sonstige Schadlosklauseln

Die Gruppe gewährt gewissen Gegenparteien im Rahmen ihrer normalen Geschäftsaktivitäten Schadlosklauseln, bei welchen es nicht möglich ist, den Maximalbetrag, zu dessen Zahlung sie verpflichtet werden könnte, zu schätzen. Als normales Element im Rahmen von Emissionen eigener Wertschriften verpflichtet sich die Gruppe üblicherweise, die Inhaber solcher Papiere zu entschädigen, wenn aufgrund von Änderungen der anwendbaren Steuergesetze oder ihrer Auslegung zusätzliche Verrechnungssteuerbelastungen verursacht oder Steuern erhoben werden. Wertschriften, bei welchen solche zusätzlichen Zahlungen vorgesehen sind, verfügen normalerweise auch über eine entsprechende Rückzahlungs- oder Kündigungsklausel, wenn die zusätzlichen Zahlungen durch Änderungen von Gesetzen oder deren Auslegung verursacht werden, bei welchen der Emittent keine angemessenen Massnahmen zur Vermeidung der zusätzlichen Zahlungen ergreifen kann. Da solche möglichen Verpflichtungen von zukünftigen Änderungen der Steuergesetzgebung abhängen, kann die Gruppe eine allfällige Verbindlichkeit aus solchen Änderungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht angemessen schätzen. Angesichts der üblicherweise bestehenden Kündigungsklausel erwartet die Gruppe nicht, dass allfällige mögliche Verbindlichkeiten aufgrund von Steueraufrechnungen wesentlich sein werden.

Die Gruppe ist Mitglied zahlreicher Börsen und Clearinghäuser, was aufgrund ihrer Mitgliedschaftsvereinbarungen bei Ausfall eines anderen Mitglieds Leistungen erforderlich machen könnte. Die Gruppe hat festgestellt, dass es nicht möglich ist, den Maximalbetrag dieser Verpflichtungen zu schätzen. Die Gruppe glaubt aber, dass die Wahrscheinlichkeit, aufgrund dieser Vereinbarungen effektiv Zahlungen vornehmen zu müssen, gering ist.

Leasingverpflichtungen

Leasingverpflichtungen (in Mio. CHF)

2014	580
2015	527
2016	474
2017	412
2018	365
Später	3 063
Künftige Verpflichtungen aus Operating Leasing	5 421
Abzüglich minimaler Mieten aus nicht kündbaren Untermietverträgen	171
Total künftige Mindestverpflichtungen aus Operating Leasing, netto	5 250

Mietaufwand für Operating Leasing

	2013	2012	2011
Mietaufwand aus Operating Leasing (in Mio. CHF)			
Minimaler Mietaufwand	642	631	554
Ertrag aus Untermiete	(85)	(98)	(97)
Total Mietaufwand aus Operating Leasing, netto	557	533	457

Verpflichtungen aus Operating Leasing

Die Gruppe hat vertragliche Verpflichtungen aus Operating-Leasing-Vereinbarungen, die sich auf bestimmte Liegenschaften und Einrichtungen beziehen. Im Rahmen des Operating Leasings werden die Leasing-Gegenstände nicht in der Bilanz des Leasingnehmers ausgewiesen. Die im Leasingvertrag festgelegten Zahlungen werden im Allgemeinen linear über die Vertragslaufzeit abgeschrieben. Die entsprechenden Verpflichtungen für zukünftige Mietaufwendungen im Rahmen des Operating Leasing sind in der Tabelle «Leasingverpflichtungen» berücksichtigt.

Die Gruppe kann gelegentlich Sale-and-Lease-back-Transaktionen abschliessen, in deren Rahmen eine Liegenschaft verkauft und unmittelbar darauf zurückgeleast wird. Bei Erfüllung bestimmter Kriterien werden diese Liegenschaften aus der Bilanz ausgebucht, während zugleich ein Operating Leasing erfasst wird. Wenn der Barwert der Leasingzahlungen mindestens 10% des Fair Value der verkauften Liegenschaft beträgt, werden sämtliche Gewinne bis zur Höhe des Barwerts der Leasingzahlungen aufgeschoben und in der Erfolgsrechnung über die Leasingdauer als Minderung des Mietaufwands erfasst. Gewinne aus Sale-and-Lease-back-Transaktionen, bei denen die Leasingzahlungen unter 10% des Fair Value

der verkauften Liegenschaft betragen, oder Gewinne, die über den Barwert der Leasing-Zahlungen hinausgehen, werden bei Abschluss des Verkaufs in der Erfolgsrechnung erfasst.

Sale-and-Lease-back-Transaktionen

Im ersten Quartal 2012 verkaufte die Gruppe den Bürokomplex ihres europäischen Hauptsitzes an der One Cabot Square in London an OCS Investment S.à.r.l. und leaste diese Liegenschaft danach im Rahmen einer Operating-Leasing-Vereinbarung für 22 Jahre zurück. Die Gruppe verfügt über zwei Optionen zur Verlängerung des Leasingvertrags um jeweils fünf Jahre. Bei OCS Investment S.à.r.l. handelt es sich um eine Gesellschaft, die vollständig im Eigentum der Qatar Investment Authority ist. Letztere ist eine Minderheitsaktionärin der Gruppe.

Im vierten Quartal 2012 verkaufte die Gruppe mit den Uetlihof-Bürogebäuden in Zürich ihren weltweit bedeutendsten Bürokomplex an

die Norges Bank, einer Minderheitsaktionärin der Gruppe, und leaste diese Liegenschaft danach im Rahmen einer Operating-Leasing-Vereinbarung für 25 Jahre zurück. Die Gruppe verfügt über eine Option zur Verlängerung des Leasingvertrags um bis zu 15 Jahre. Über ihre Investment-Management-Einheit trat die Norges Bank im Namen der staatlichen norwegischen Pensionskasse (Norwegian Government Pension Fund Global) als Käuferin auf.

In den Jahren 2013 und 2012 schloss die Gruppe verschiedene kleinere Sale-and-Lease-back-Transaktionen bezüglich eigener Liegenschaften ab, die alle als Operating-Leasing-Vereinbarungen mit Laufzeiten von zwei bis zehn Jahren beziehungsweise von fünf bis zehn Jahren erfasst wurden. Die gesamten vertraglich vereinbarten Mietaufwendungen betragen für die 2013 abgeschlossenen Sale-and-Lease-back-Verträge CHF 78 Mio. und für die 2012 abgeschlossenen Sale-and-Lease-back-Verträge CHF 41 Mio.

Sonstige Verpflichtungen

Ende	Fällig in weniger als 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 3 Jahren	Fällig zwischen 3 und 5 Jahren	Fällig nach 5 Jahren	Total Brutto- betrag	Total Netto- betrag ¹	Erhaltene Sicher- heiten
2013 (in Mio. CHF)							
Unwiderrufliche Verpflichtungen aus Dokumentarakkreditiven	5 484	27	1	0	5 512	5 452	3 381
Unwiderrufliche Kreditverpflichtungen ²	27 250	26 877	35 376	7 487	96 990	92 732	47 996
Reverse-Repo-Geschäfte auf Termin	26 893	0	0	0	26 893	26 893	26 893
Sonstige Verpflichtungen	2 481	1 020	104	286	3 891	3 891	350
Total sonstige Verpflichtungen	62 108	27 924	35 481	7 773	133 286	128 968	78 620
2012 (in Mio. CHF)							
Unwiderrufliche Verpflichtungen aus Dokumentarakkreditiven	6 217	35	6	0	6 258	6 061	3 219
Unwiderrufliche Kreditverpflichtungen ²	32 794	23 612	37 790	6 023	100 219	94 748	32 765
Reverse-Repo-Geschäfte auf Termin	45 556	0	0	0	45 556	45 556	45 556
Sonstige Verpflichtungen	949	864	172	576	2 561	2 561	131
Total sonstige Verpflichtungen	85 516	24 511	37 968	6 599	154 594	148 926	81 671

¹ Der Nettobetrag errechnet sich aus dem Bruttobetrag abzüglich allfälliger Beteiligungen.

² In den unwiderruflichen Kreditverpflichtungen nicht enthalten sind per 31. Dezember 2013 und 2012 die unbenutzten Kreditlimiten von CHF 90 254 Mio. beziehungsweise CHF 78 887 Mio., die durch die Bank mittels Mitteilung an den Kunden einseitig kündbar waren. Die vergangene Periode wurde an die aktuelle Darstellung angepasst.

Unwiderrufliche Zusagen aus Dokumentarakkreditiven

Unwiderrufliche Zusagen aus Dokumentarakkreditiven beinhalten Risiken aus dem Handelsfinanzierungsgeschäft im Zusammenhang mit Akkreditiven, unter welchen sich die Gruppe gegenüber einem Exporteur bei Vorlage von Fracht- und anderen Dokumenten zur Leistung von Zahlungen verpflichtet.

Unwiderrufliche Kreditverpflichtungen

Unwiderrufliche Kreditverpflichtungen sind Kunden angebotene unwiderrufliche Kreditfazilitäten und schliessen ganz oder teilweise nicht in Anspruch genommene Zusagen mit ein, die rechtlich bindend sind und von der Gruppe nicht bedingungslos widerrufen werden können. Zusagen zur Vergabe von Hypothekarkrediten, welche zum Verkauf gehalten werden, qualifizieren für Rechnungslegungszwecke als Derivate und sind in dieser Offenlegung nicht

enthalten. Solche Verpflichtungen werden in der konsolidierten Bilanz als Derivate ausgewiesen.

Forward-Reverse-Repo-Geschäfte

Forward-Reverse-Repo-Geschäfte sind Transaktionen, bei welchen der erste Austausch von Zahlungen aus Reverse-Repo-Geschäften an einem vereinbarten Datum in der Zukunft stattfindet.

Sonstige Verpflichtungen

Sonstige Verpflichtungen beinhalten Private-Equity-Verpflichtungen, feste Verpflichtungen aus dem Wertschriftenemissionsgeschäft, Verpflichtungen aus Akkreditiven mit aufgeschobener Zahlung und aus in Umlauf befindlichen Akzepten sowie Verpflichtungen für Call- und Put-Optionen auf Aktien und anderen Beteiligungsinstrumenten.

33 Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)

Die Gruppe schliesst im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Transaktionen mit Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) ab und macht von diesen Gebrauch. Eine SPE ist eine Einheit (Gesellschaft) in Form eines Trusts oder einer anderen rechtlichen Struktur, die ein bestimmtes begrenztes Bedürfnis der einrichtenden Gesellschaft erfüllen soll. Die SPE ist in der Regel so strukturiert, dass die Vermögenswerte gegenüber Kreditgebern oder anderen Einheiten, einschliesslich der Gruppe, isoliert sind. SPEs dienen der Gruppe und ihren Kunden in erster Linie zur Verbriefung von finanziellen Vermögenswerten und der Schaffung von Anlageprodukten. Die Gruppe nutzt SPEs auch für andere von Kunden ausgehende Aktivitäten, etwa zur Ermöglichung von Finanzierungen, sowie für ihre eigenen steuerlichen oder regulatorischen Zwecke.

Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten Verbriefungen

Der grösste Teil der von der Gruppe durchgeführten Verbriefungen erfolgt für Hypotheken und hypothekenbezogene Wertschriften. Die Transaktionen erfolgen hauptsächlich über SPEs. Bei einer typischen Verbriefung kauft die SPE Vermögenswerte, die durch die Erlöse der Ausgabe von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, Zertifikaten, CP und sonstigen Schuldverschreibungen der SPE finanziert werden. Diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden in der Bilanz der SPE verbucht und erscheinen nicht in der konsolidierten Bilanz der Gruppe, ausser wenn die Gruppe die Vermögenswerte an die Gesellschaft verkauft hat und die Rechnungslegungsanforderungen für den Verkauf nicht erfüllt wurden oder die Gruppe die SPE konsolidiert.

Die Gruppe erwirbt Geschäfts- und Wohnbauhypotheken zur Verbriefung und verkauft diese Hypothekendarlehen an SPEs. Diese SPEs emittieren Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS), Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und Asset-backed Securities (ABS), welche durch die an sie übertragenen Aktiven besichert sind und eine Rendite erzielen, die auf der Rendite der verbrieften Aktiven basiert. Anleger in solchen hypothekarbesicherten Wertschriften oder ABS haben üblicherweise ein Rückgriffsrecht auf die Aktiven der SPEs, falls nicht von dritter Seite eine Garantie abgegeben wurde, welche die Bonität der betreffenden Vermögenswerte erhöht. Die Anleger und die SPEs haben kein Rückgriffsrecht auf die Aktiven der Gruppe. Die Gruppe ist üblicherweise Emissionshaus und Market-Maker für diese Wertschriften.

Ausserdem führt die Gruppe Neuverbriefungen von bereits ausgegebenen RMBS durch. In der Regel werden Zertifikate aus

einem bestehenden Verbriefungsvehikel in ein neu geschaffenes, gesondertes Verbriefungsvehikel verkauft. Diese Neuverbriefungen dienen häufig dazu, ein bestehendes Wertpapier neu zu verpacken, um dem Anleger eine Tranche mit höherem Rating zu bieten.

Die Gruppe verwendet SPEs auch für andere forderungsbesicherte Finanzierungen im Zusammenhang mit kundengetriebenen Aktivitäten und für steuerliche oder regulatorische Zwecke der Gruppe. Zu den Strukturen in dieser Kategorie zählen CDOs, Leveraged Finance, Neuverbriefungen und andere Transaktionen, darunter Strukturen im Zusammenhang mit Lebensversicherungen, Emerging-Markets-Strukturen zur Finanzierung, Beteiligung an Ausleihungen oder Generierung von Ausleihungen, sowie weitere alternative Strukturen für Anlagen in Venture-Capital-artige Anlagen. CDOs sind durch die an das zugehörige CDO-Vehikel übertragenen Aktiven besichert; ihr Ertrag basiert auf dem Ertrag der betreffenden Aktiven. Leveraged-Finance-Strukturen werden bei der Syndizierung bestimmter von der Gruppe gehaltener Ausleihungen eingesetzt, während Strukturen zur Neuverbriefung darauf ausgelegt sind, einem Kunden besicherte Engagements in bestimmten Cashflows oder Kreditrisiken zu ermöglichen, unterlegt mit Sicherheiten, die von der Gruppe erworben werden. Bei diesen forderungsbesicherten Finanzierungsstrukturen haben Anleger üblicherweise ausschliesslich ein Rückgriffsrecht auf die Sicherheiten der SPE, jedoch kein Rückgriffsrecht auf die Aktiven der Gruppe.

Wenn die Gruppe Vermögenswerte auf eine SPE überträgt, muss sie beurteilen, ob diese Übertragung als Verkauf der Vermögenswerte zu bilanzieren ist. Übertragungen von Vermögenswerten erfüllen die Anforderungen für einen Verkauf möglicherweise nicht, wenn die Vermögenswerte nicht rechtlich von der Gruppe isoliert wurden und/oder wenn ein anhaltendes Engagement der Gruppe als faktische Kontrolle dieser Vermögenswerte gilt. Wenn die Übertragung nicht als Verkauf gilt, wird sie stattdessen als besicherte Kreditaufnahme verbucht, wobei die übertragenen Vermögenswerte als Sicherheit gelten.

Gewinne und Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von den Buchwerten der übertragenen Hypotheken und CDOs ab und werden den verkauften Aktiven und dem allfällig einbehaltenen Begünstigungsanteil im Verhältnis der betreffenden Fair Values im Zeitpunkt des Verkaufs zugeordnet.

Die Gruppe übernimmt im Rahmen von Verbriefungsaktivitäten keine materiellen Servicing-Pflichten.

Die folgende Tabelle stellt Gewinne oder Verluste und die Erlöse aus den übertragenen Aktiven für Verbriefungen von finanziellen Vermögenswerten in den Jahren 2013, 2012 und 2011 dar, welche als Verkauf behandelt wurden, zusammen mit den Geldflüssen zwischen der Gruppe und den für Verbriefungen verwendeten SPEs, bei welchen die Gruppe weiterhin eingebunden war, unabhängig davon, wann die Verbriefung stattfand.

Verbriefungen

	2013	2012	2011
Gewinne und Geldflüsse (in Mio. CHF)			
CMBS			
Nettogewinn ¹	4	56	6
Erlös aus Übertragung von Aktiven	5 574	6 156	974
Abwicklungs- und Verwaltungsgebühren	0	0	1
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	70	57	205
RMBS			
Nettogewinn/(-verlust) ¹	(8)	3	65
Erlös aus Übertragung von Aktiven	24 523	15 143	30 695
Käufe von vormalig übertragenen finanziellen Vermögenswerten oder diesen zugrunde liegenden Sicherheiten	(10)	(25)	(4)
Abwicklungs- und Verwaltungsgebühren	4	3	3
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	486	554	382
Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen			
Nettogewinn ¹	15	83	24
Erlös aus Übertragung von Aktiven	915	591	1 268
Käufe von vormalig übertragenen finanziellen Vermögenswerten oder diesen zugrunde liegenden Sicherheiten ²	(213)	(621)	(256)
Abwicklungs- und Verwaltungsgebühren	0	0	1
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	633	1 350	701

¹ Enthält Erträge aus Underwriting, abgegrenzte Abschlusskosten, Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Sicherheiten an die SPEs sowie Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von neu ausgegebenen Wertschriften an Dritte, aber ohne Zinserfolg auf Aktiven vor Verbriefung. Die Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf der Sicherheiten entsprechen der Differenz zwischen dem Fair Value am Tag vor der Preisfestlegung der Verbriefung und dem Verkaufspreis der Ausleihungen.

² Entspricht den Market-Making-Aktivitäten sowie den freiwilligen Rückkäufen zum Fair Value, soweit keine Rückkaufverpflichtungen bestanden.

Fortlaufende Einbindung bei übertragenen finanziellen Vermögenswerten

Die Gruppe kann bei finanziellen Vermögenswerten, die an eine SPE übertragen werden, weiterhin eingebunden sein. Eine solche Einbindung kann unterschiedlich ausgestaltet sein, unter anderem in Form von Kreditadministrations-, Rückgriffrechts- und Garantievereinbarungen, Vereinbarungen zum Kauf oder zur Rückgabe von übertragenen Aktiven, derivativen Instrumenten sowie Verpfändungen von Sicherheiten und Begünstigungsanteilen (Beneficial Interests) an den übertragenen Vermögenswerten. Die Begünstigungsanteile, die zum Fair Value bewertet werden, beinhalten das

Anrecht auf sämtliche beziehungsweise einen Teil von bestimmten, bei der SPE eingegangenen Geldflüssen, wie etwa vor- und nachrangige Anteile an Zins-, Kapital- oder anderen Geldzuflüssen zur Weitergabe oder Weiterauszahlung, Prämien an Garantiegeber, Verbindlichkeiten aus CPs und Restwertbeteiligungen in Form von Schuldtiteln oder Aktien.

Die Risikoposition der Gruppe aus fortlaufender Einbindung bei übertragenen finanziellen Vermögenswerten beschränkt sich in der Regel auf die von der Gruppe gehaltenen Begünstigungsanteile. Diese haben üblicherweise die Form von durch SPEs ausgegebenen vorrangigen, nachrangigen Instrumenten oder Restwert-Tranchen. Diese Instrumente werden von der Gruppe üblicherweise im Zusammenhang mit Emissions- oder Market-Making-Aktivitäten gehalten und in der konsolidierten Bilanz als Handelsbestände ausgewiesen. Veränderungen im Fair Value dieser Begünstigungsanteile werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst.

In der Regel können Anleger auf die Vermögenswerte der SPE Rückgriff nehmen und profitieren häufig auch von anderen Kreditbesserungen, wie Konti mit Sicherheiten, oder von Liquiditätsfazilitäten, wie Kreditrahmen oder Liquiditäts-Put-Optionen im Rahmen von Kaufvereinbarungen über Vermögenswerte. Die SPE kann auch Derivatkontrakte abschliessen, um die Rendite oder die Referenzwährung der Basiswerte an die Bedürfnisse der SPE-Anleger anzupassen oder das Kreditrisiko der SPE zu begrenzen beziehungsweise zu ändern. Die Gruppe wie auch die Gegenpartei eines entsprechenden Derivatkontrakts können bestimmte Kreditbesserungen gewähren.

Die folgende Tabelle stellt die ausstehenden Kapitalbeträge der Aktiven dar, aus welchen die Gruppe nach der Übertragung der finanziellen Vermögenswerte an SPEs weiterhin eine Risikoposition hat, und das Total der Aktiven von SPEs per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012. Der Übertragungszeitpunkt der Aktiven war dafür nicht von Bedeutung.

Ausstehende Kapitalbeträge und das Total der Aktiven von SPEs aus fortlaufender Einbindung

Ende	2013	2012
in Mio. CHF		
CMBS		
Ausstehender Kapitalbetrag	37 308	30 050
Total Aktiven von SPE	48 715	45 407
RMBS		
Ausstehender Kapitalbetrag	45 571	58 112
Total Aktiven von SPE	48 741	60 469
Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen		
Ausstehender Kapitalbetrag	27 854	32 805
Total Aktiven von SPE	27 854	32 805

Der ausstehende Nominalbetrag bezieht sich auf von der Gruppe übertragene Aktiven und enthält keine Nominalbeträge für von Dritten übertragene Aktiven.

Fair Value von Begünstigungsanteilen

Der Fair Value von Begünstigungsanteilen aus fortlaufender Einbindung zum Transferzeitpunkt und zum Berichtszeitpunkt wird mithilfe von Fair-Value-Bewertungsmethoden, wie dem Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows, ermittelt, wobei diese auf Annahmen basieren, welche die Marktteilnehmer üblicherweise zu Bewertungszwecken treffen. Die Fair Values von Aktiven oder

Verbindlichkeiten aus fortlaufenden Einbindungen umfassen keinen Nutzen aus Finanzinstrumenten, welche die Gruppe eventuell zur Absicherung der latenten Risiken verwendet.

Massgebliche ökonomische Annahmen zum Transferzeitpunkt

► Siehe «Ermittlung des Fair Value» in Anhang 34 – Finanzinstrumente für weitere Informationen.

Für die Fair-Value-Bewertung von Begünstigungsanteilen zum Übertragungszeitpunkt verwendete massgebliche ökonomische Annahmen

im Zeitpunkt der Übertragung	2013		2012	
	CMBS	RMBS	CMBS	RMBS
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt				
Fair Value der Begünstigungsanteile	633	2 993	761	2 219
davon Level 2	476	2 879	654	2 090
davon Level 3	156	114	107	129
Gewichtete durchschnittliche Laufzeit (in Jahren)	7.3	7.7	8.4	5.0
Angenommene vorzeitige Tilgung (Jahresrate), in % ¹	- ²	2.0–31.0	- ²	0.1–34.9
Cashflow-Diskontsatz (Jahressatz), in % ³	1.6–11.6	0.0–45.9	0.8–10.7	0.1–25.7
Erwartete Kreditausfälle (Jahresrate), in %	0.0–7.5	0.0–45.8	0.5–9.0	0.0–25.1

Übertragungen von Aktiven, an welchen die Gruppe keine Begünstigungsanteile hat, sind in dieser Tabelle nicht enthalten.

¹ Die angenommene Geschwindigkeit der vorzeitigen Tilgung (Prepayment Speed Assumption, PSA) ist ein Industriestandard für die Projektion von vorzeitigen Tilgungen von Wohnbauhypothekarkrediten. PSA baut auf der Annahme einer konstanten vorzeitigen Tilgungsrate (Constant Prepayment Rate, CPR) auf. Eine 100%ig vorzeitige Tilgung beruht auf der Annahme, dass eine vorzeitige Tilgungsrate von 0,2% pro Jahr auf dem ausstehenden Kapitalbetrag im ersten Monat geleistet wird. Diese Rate nimmt mit jedem Monat um 0,2% zu, bis nach 30 Monaten eine Rate von 6% erreicht wird. Diese Monatsrate bleibt anschliessend während der ganzen Laufzeit des Hypothekarkredits konstant. 100 PSA entsprechen 6 CPR.

² Um eine vorzeitige Tilgung zu vermeiden, sind kommerzielle Hypothekarkredite üblicherweise durch Tilgungssperrfristen und Renditesicherungsklauseln geschützt.

³ Der Diskontsatz basierte auf der gewichteten durchschnittlichen Rendite auf dem Begünstigungsanteil.

Massgebliche ökonomische Annahmen per Stichtag

Die folgende Tabelle stellt die Sensitivitätsanalyse zu massgeblichen ökonomischen Annahmen dar, welche zur Ermittlung des Fair Value der per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012 gehaltenen SPE-Begünstigungsanteile verwendet wurden.

Massgebliche ökonomische Annahmen für die Messung des Fair Value von Begünstigungsanteilen aus SPEs

	2013			2012		
	CMBS ¹	RMBS	Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen ²	CMBS ¹	RMBS	Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen ²
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt						
Fair Value der Begünstigungsanteile	1 132	2 354	284	274	1 929	692
davon Nicht-Investment-Grade	26	359	204	90	342	686
Gewichtete durchschnittliche Laufzeit (in Jahren)	6.5	8.6	3.7	4.0	5.2	3.6
Angenommene vorzeitige Tilgung (Jahresrate), in % ³	–	1.0–23.5	–	–	0.1–27.6	–
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	–	(26.6)	–	–	(38.5)	–
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	–	(48.6)	–	–	(74.3)	–
Cashflow-Diskontsatz (Jahressatz), in % ⁴	1.1–37.1	1.7–22.4	1.0–23.1	1.1–50.2	0.2–42.8	0.7–51.7
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	(25.5)	(65.0)	(2.4)	(14.8)	(62.8)	(1.0)
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	(50.0)	(124.9)	(4.9)	(19.9)	(93.5)	(1.8)
Erwartete Kreditausfälle (Jahresrate), in %	0.2–36.6	0.1–17.3	0.7–21.0	0.9–49.5	0.9–42.8	0.3–51.4
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	(10.9)	(42.2)	(0.4)	(14.4)	(55.9)	(0.8)
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	(21.5)	(79.6)	(0.7)	(19.2)	(80.3)	(1.6)

¹ Um eine vorzeitige Tilgung zu vermeiden, sind kommerzielle Hypothekarkredite üblicherweise durch Tilgungssperfristen und Renditesicherungsklauseln geschützt.

² CDOs in dieser Kategorie sind üblicherweise so strukturiert, dass das Risiko einer vorzeitigen Tilgung ausgeschlossen wird.

³ Die angenommene Geschwindigkeit der vorzeitigen Tilgung (Prepayment Speed Assumption, PSA) ist ein Industriestandard für die Projektion von vorzeitigen Tilgungen von Wohnbauhypothekarkrediten. PSA baut auf der Annahme einer konstanten vorzeitigen Tilgungsrate (Constant Prepayment Rate, CPR) auf. Eine 100%ig vorzeitige Tilgung beruht auf der Annahme, dass eine vorzeitige Tilgungsrate von 0,2% pro Jahr auf dem ausstehenden Kapitalbetrag im ersten Monat geleistet wird. Diese Rate nimmt mit jedem Monat um 0,2% zu, bis nach 30 Monaten eine Rate von 6% erreicht wird. Diese Monatsrate bleibt anschliessend während der ganzen Laufzeit des Hypothekarkredits konstant. 100 PSA entsprechen 6 CPR.

⁴ Der Diskontsatz basierte auf der gewichteten durchschnittlichen Rendite auf dem Begünstigungsanteil.

Diese Sensitivitäten sind hypothetischer Natur und berücksichtigen wirtschaftliche Absicherungsgeschäfte nicht. Die Änderungen des Fair Value aufgrund einer Änderung der Annahmen um 10% oder 20% lassen sich in der Regel nicht extrapolieren, da die Beziehung zwischen der Änderung der Annahmen und derjenigen des Fair Value nicht linear sein muss. Des Weiteren wird die Auswirkung der Änderung einer bestimmten Annahme auf den Fair Value der Begünstigungsanteile berechnet, ohne die anderen Annahmen zu ändern. In der Praxis können sich Änderungen einer Annahme auf andere Annahmen auswirken (beispielsweise können steigende Marktzinsen zu geringeren vorzeitigen Tilgungen und höheren Kreditverlusten führen), wodurch die Sensitivitäten verstärkt oder abgeschwächt werden könnten.

Besicherte Geldaufnahmen

Die folgende Tabelle stellt die Buchwerte von übertragenen finanziellen Vermögenswerten und zugehörigen Verbindlichkeiten dar, deren Übertragung per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012 nicht als Verkauf qualifizierte.

► Siehe «Anhang 35 – Verpfändete Aktiven und Sicherheiten» für weitere Informationen.

Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, deren Übertragung nicht als Verkauf qualifizierte

	2013	2012
in Mio. CHF		
CMBS		
Sonstige Aktiven	432	467
Verbindlichkeit gegenüber SPE, enthalten in Sonstige Verbindlichkeiten	(432)	(467)
Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen		
Handelsbestände	216	1 171
Sonstige Aktiven	157	913
Verbindlichkeit gegenüber SPE, enthalten in Sonstige Verbindlichkeiten	(373)	(2 084)

Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)

Im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit beteiligt sich die Gruppe an verschiedenen Transaktionen mit Gesellschaften, die als Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs) gelten und drei Hauptkategorien zuzuordnen sind: CDOs, CP Conduits und Finanzintermediation. Bei VIEs handelt es sich um SPEs, die typischerweise ohne zusätzliche nachrangige finanzielle Mittel zu wenig Eigenkapital zur Finanzierung ihrer Aktivitäten haben oder derart strukturiert sind, dass die Inhaber der Stimmrechte keine wesentlichen Anteile an den Gewinnen und Verlusten dieser Gesellschaften haben. VIEs können durch die Gruppe, nicht verbundene Dritte oder Kunden gesponsert werden. Solche Gesellschaften sind darauf zu überprüfen, ob sie konsolidiert werden müssen, wobei verlangt wird, dass die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) die VIEs zu konsolidieren hat. Bei

der Überprüfung auf Konsolidierung hat eine Gesellschaft festzulegen, ob sie in der Lage ist, die für die ökonomischen Aspekte der VIEs massgeblichen Aktivitäten zu steuern, und ob das berichtende Unternehmen potenziell bedeutende Vorteile oder Verluste durch die VIEs erfährt. Ausserdem sind laufende Neubeurteilungen zur Bestimmung des Meistbegünstigten durchzuführen.

Die Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften für die Konsolidierung von VIEs kann umfangreiche eigene Einschätzungen des Managements erfordern. Falls die Konsolidierung einer VIE erforderlich ist, begrenzt sich die Risikoposition der Gruppe auf denjenigen Teil der Aktiven der VIE, welcher dem variablen Anteil der Gruppe vor allfälligen Risikomanagementaktivitäten zur Absicherung ihrer Nettoposition zugeordnet werden kann. Von Dritten gehaltene Anteile an VIEs haben trotz Konsolidierung durch die Gruppe in der Regel keinen Einfluss auf die Erfolgsrechnung der Gruppe.

Grundsätzlich werden Transaktionen mit VIEs zur Ermöglichung von Verbriefungen ausgeführt oder zur Erfüllung spezifischer Kundenbedürfnisse, wie der Bereitstellung von Liquidität oder Anlagemöglichkeiten. Im Rahmen solcher Aktivitäten kann die Gruppe Anteile an VIEs halten. Transaktionen mit VIEs im Zusammenhang mit Verbriefungen umfassen den Verkauf oder Erwerb von Vermögenswerten und den Abschluss von diesbezüglichen Derivaten mit den betreffenden VIEs, wobei Liquidität, Kredit oder sonstige Unterstützung bereitgestellt werden. Auch Derivatgeschäfte, bei denen die Gruppe als Prime Broker fungiert, zählen zu den Transaktionen mit VIEs. Die Gruppe schliesst auch Kreditvereinbarungen mit VIEs ab, um Projekte oder den Ankauf von Vermögenswerten zu finanzieren. Die Aktiven von VIEs unterliegen üblicherweise insofern Beschränkungen, als sie in erster Linie zur Deckung der Verpflichtungen der betreffenden Gesellschaft gehalten werden. Zudem ist die Gruppe bei VIEs involviert, die errichtet wurden, um Kunden alternative Anlagelösungen zu bieten. Solche VIEs beziehen sich primär auf Private-Equity-Anlagen, fondsgebundene Vehikel oder Dachfonds, bei welchen die Gruppe die Strukturierung, das Management, den Vertrieb, die Vermittlung, das Market-Making oder die Bereitstellung von Liquidität übernimmt.

Als Folge dieser Aktivitäten hält die Gruppe variable Beteiligungen an VIEs. Solche variablen Anteile bestehen aus von VIEs emittierten Finanzinstrumenten, die von der Gruppe gehalten werden, bestimmten Derivaten mit VIEs oder Ausleihungen an VIEs. Von der Gruppe an beziehungsweise für VIEs gewährte Garantien können ebenfalls als variable Anteile an einer VIE qualifizieren. Für diese Garantien, einschliesslich Derivaten, die als Garantien qualifizieren, wird der Nominalwert der betreffenden Garantien zur Darstellung der Risikopositionen ausgewiesen. Grundsätzlich haben Anleger in konsolidierten VIEs bei Ausfall der VIEs kein Rückgriffsrecht auf die Gruppe, falls den Anlegern keine Garantie gewährt wurde oder die Gruppe nicht Gegenpartei in einer Derivattransaktion mit einer VIE ist.

Die Gesamtkativen der konsolidierten und nicht konsolidierten VIEs mit Einbindung der Gruppe stellen das gesamte Vermögen

der betreffenden VIEs dar, selbst wenn die Position der Gruppe aufgrund der von Drittanlegern gehaltenen Anteile gegebenenfalls deutlich geringer ist. Die nominalen Aktiven der nicht konsolidierten VIEs, bei welchen die Gruppe in bedeutendem Umfang eingebunden ist, entsprechen den aktuellsten, der Gruppe zur Verfügung stehenden Angaben zu den verbleibenden Nominalwerten der Basisvermögenswerte. In den meisten Fällen werden diese Aktiven zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen, wobei Fair-Value-Minderungen nur einbezogen werden, wenn entsprechende Angaben vorliegen.

Die maximale Verlustposition der Gruppe weicht vom Buchwert der Aktiven der einzelnen VIEs ab. Diese maximale Verlustposition besteht aus dem Buchwert der als Handelsbestände gehaltenen variablen Anteile der Gruppe, den Derivaten und Ausleihungen und dem Nominalwert der an VIEs gewährten Garantien, nicht aber dem Gesamtvermögen der VIEs. Die maximale Verlustposition versteht sich ohne Berücksichtigung der Risikomanagementaktivitäten der Gruppe einschliesslich der Effekte aus Finanzinstrumenten, welche die Gruppe zur wirtschaftlichen Absicherung der mit diesen VIEs verbundenen Risiken verwenden kann. Die wirtschaftlichen Risiken im Zusammenhang mit den Risikopositionen der Gruppe in VIEs sowie sämtliche relevanten Initiativen zur Risikominderung sind im Risikomanagementsystem der Gruppe berücksichtigt.

Die Gruppe hat konsolidierte oder nicht konsolidierte VIEs nur bei entsprechenden vertraglichen Verpflichtungen finanziell oder anderweitig unterstützt.

Collateralized Debt Obligations

Die Gruppe tätigt CDO-Transaktionen, um Bedürfnisse von Kunden und Anlegern zu erfüllen, Gebühren zu verdienen und finanzielle Vermögenswerte zu verkaufen. Die Gruppe kann als Emissionshaus, Makler oder Vermögensverwalter auftreten und die Vermögenswerte vor Abschluss einer Transaktion in ihren Eigenbestand aufnehmen (Warehousing). Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit im Bereich strukturierte Finanzierungen (Structured Finance) erwirbt die Gruppe von und im Auftrag von Kunden Ausleihungen und andere Schuldverbindlichkeiten zur Verbriefung. Ausleihungen und andere Schuldverbindlichkeiten werden an VIEs verkauft, die ihrerseits CDOs emittieren, um den Kauf von Aktiven wie Investment-Grade-Papieren und hochverzinslichen Schuldtiteln von Unternehmen zu finanzieren.

In der Regel gilt innerhalb von Managed CDOs diejenige Einheit als Sicherheitenverwalter, die über diejenigen Aktivitäten bestimmt, welche die wirtschaftliche Lage der Einheit massgeblich beeinflussen. Bei statischen CDOs ist dieser «Einfluss» schwieriger zu analysieren; möglicherweise geht er vom Sponsor der Einheit oder der CDS-Gegenpartei aus.

CDOs gewähren Anteil an den Kreditrisiken eines ABS-Portfolios (Cash-CDOs) oder eines Referenzportfolios von Wertschriften (synthetische CDOs). Cash-CDO-Geschäfte arbeiten mit eigentlichen Wertschriften, während synthetische CDO-Geschäfte CDS zum Austausch des Kreditrisikos von Basiswerten verwenden, anstatt die Basiswerte (Cash Assets) direkt einzusetzen. Die

Gruppe kann auch als Gegenpartei für Derivatgeschäfte mit VIEs auftreten – diese Geschäfte gelten in der Regel nicht als variable Anteile – und in einen Teil der von VIEs emittierten Schuldtitel oder Beteiligungspapiere investieren. Die Portfolios der CDO-Einheiten lassen sich in aktiv bewirtschaftete und statische Portfolios gliedern.

Die von solchen VIEs ausgegebenen Begünstigungsanteile werden ausschliesslich durch die Cashflows der zugehörigen Sicherheiten gedeckt. Drittgläubiger dieser VIEs haben bei einem Zahlungsausfall kein Rückgriffsrecht auf die Gruppe.

Die Risikoposition der Gruppe aus CDO-Geschäften beschränkt sich grundsätzlich auf die Anteile, welche sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Emissionshaus oder Market-Maker hält. Die Gruppe konsolidiert Einheiten nur dann, wenn ihr «Einfluss» über diese Einheiten zugeschrieben wird und die betreffenden Beteiligungen potenziell signifikant ausfallen. Ansonsten gilt sie nicht als Meistbegünstigter. Die Obergrenze für Risikopositionen der Gruppe umfasst keine Auswirkungen von Finanzinstrumenten, mit denen die Risiken der VIEs wirtschaftlich abgesichert werden.

Commercial Paper Conduits

Die Gruppe ist weiterhin als Administrator für ein Asset-backed CP-Conduit tätig, nämlich Alpine, ein kundenorientiertes Multi-seller-Conduit-Vehikel, und stellt diesem auch Liquidität und Instrumente zur Kreditbesserung bereit. Alpine veröffentlicht Daten zu seinem Portfolio und dessen Aktiven und reicht dieses Portfolio einer Ratingagentur zum öffentlichen Rating basierend auf den Cashflows des Gesamtportfolios ein. Alpine erwirbt Vermögenswerte von Kunden, namentlich Kredite und Darlehen, wobei diese Ankäufe durch die Ausgabe von CPs gedeckt werden, die wiederum durch die betreffenden Vermögenswerte besichert sind. Damit ein Vermögenswert für das CP-Conduit qualifiziert, muss dieser nach Berücksichtigung von entsprechenden vermögenswertespezifischen Kreditbesserungen mindestens ein Investment-Grade-Rating aufweisen. Diese Kreditbesserungen werden in erster Linie von den Kunden gewährt, welche die betreffenden Vermögenswerte transferieren. Die Kunden gewähren den Anlegern in diesem CP-Conduit Kreditbesserungen in Form von über den Nominalwert hinausgehenden Besicherungen und anderen vermögenswertespezifischen Besserungen. Zudem hat ein nicht mit der Gruppe verbundener Anleger eine begrenzte Position auf das Erstrisiko des gesamten Alpine-Portfolios zurückbehalten. Alpine ist eine separate Rechtseinheit, die der Gruppe hundertprozentig gehört. Ihre Vermögenswerte stehen jedoch nur zur Befriedigung der Ansprüche ihrer Gläubiger zur Verfügung. Da die Gruppe zudem als Administrator fungiert und zudem Liquidität sowie Kreditbesserungsfazilitäten zur Verfügung stellt, weist sie bedeutende Engagements und bedeutenden Einfluss auf die Tätigkeit von Alpine auf. Alpine gilt zu Rechnungslegungszwecken als VIE, die Gruppe gilt als Meistbegünstigter von Alpine und konsolidiert dieses Vehikel.

Die durchschnittliche Restlaufzeit aller ausstehenden CPs des Conduit belief sich per 31. Dezember 2013 und 2012 auf etwa

19 beziehungsweise 27 Tage. Per 31. Dezember 2013 und 2012 verfügte Alpine über das höchste Rating für kurzfristige Instrumente von Moody's und Dominion Bond Rating Service und das Rating A-1 von Standard & Poor's und F-1 von Fitch. Der grösste Teil der von Alpine erworbenen Aktiven bestand aus Ausleihungen oder Forderungen mit hohen Ratings aus dem Konsumsektor, einschliesslich Hypothekendarlehen für Wohnimmobilien und Vorfinanzierungsforderungen, Fahrzeug- und Ausrüstungskrediten und -leasingfinanzierungen. Die Vermögenswerte von Alpine wiesen per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012 ein gewichtetes durchschnittliches Rating von AA auf, basierend auf dem tiefsten externen oder internen Rating des einzelnen Vermögenswerts. Per 31. Dezember 2013 und 2012 betrug die durchschnittliche Restlaufzeit 2,1 Jahre beziehungsweise 2,9 Jahre.

Die Verpflichtung der Gruppe gegenüber diesem CP-Conduit besteht aus Verpflichtungen im Rahmen von Liquiditätsvereinbarungen und einer Vereinbarung zur Kreditbesserung für das gesamte Programm. Bei den Liquiditätsvereinbarungen handelt es sich um vermögenswertspezifische Vereinbarungen, in deren Rahmen die Gruppe unter bestimmten Umständen Vermögenswerte des CP-Conduit erwerben muss. Solche Käufe sind unter anderem erforderlich bei Liquiditätsverknappung im CP-Markt, so dass das CP-Conduit seine Verbindlichkeiten nicht refinanzieren kann, oder in gewissen Fällen bei Zahlungsausfall eines Basiswerts. Die Gruppe kann nach eigenem Ermessen Vermögenswerte erwerben, deren Rating unter Investment Grade gefallen ist, um das CP-Conduit zu stützen. In beiden Fällen verändern sich die spezifischen Kreditbesserungen für die einzelnen Vermögenswerte seitens des als Verkäufer auftretenden Kunden und die entsprechende Risikoübernahme des Erstrisiko-Anlegers für die betreffenden Vermögenswerte nicht. Wenn die Gruppe solche Vereinbarungen eingeht, überprüft sie die mit diesen Geschäften verbundenen Kreditrisiken gleich wie bei sonstigen Kreditvergaben. Die programmweite Vereinbarung mit dem CP-Conduit zur Kreditbesserung würde potenzielle Zahlungsausfälle der Vermögenswerte tragen, steht aber im Rang vor der Kreditbesserung seitens des als Verkäufer auftretenden Kunden und des Erstrisiko-Anlegers.

Die Gruppe erachtet die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes in Höhe der maximalen Risikoposition als gering, da die vom CP-Conduit gehaltenen Vermögenswerte – nach Berücksichtigung der hauptsächlich durch Kunden bereitgestellten vermögenswertspezifischen Kreditbesserungen – als erstklassig eingestuft werden. Die wirtschaftlichen Risiken im Zusammenhang mit den Aktiven des CP-Conduit sind im Risikomanagement-System der Gruppe berücksichtigt, wobei Gegenpartei-, Economic-Capital- und Szenarioanalyserisiken eingeschlossen sind.

Finanzintermediation

Die Gruppe ist bei VIEs in ihrer Rolle als Finanzintermediär im Auftrag von Kunden massgeblich eingebunden.

Die Gruppe erachtet die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes in Höhe der maximalen Risikoposition als gering, da sie Massnahmen zur Risikominderung ergriffen hat. Hierzu zählen unter anderem

Strategien zur wirtschaftlichen Absicherung und Vereinbarungen über die Stellung von Sicherheiten. Die wirtschaftlichen Risiken der Gruppe im Zusammenhang mit Risikopositionen in konsolidierten und nicht konsolidierten VIEs aus Finanzintermediation sowie sämtliche relevanten Initiativen zur Risikominderung sind im Risikomanagementsystem der Gruppe berücksichtigt.

Finanzintermediation schliesst Verbriefungen, Fonds, Kreditvereinbarungen und sonstige Vehikel ein.

Verbriefungen

Verbriefungen erfolgen zumeist über ◻ CMBS-, ◻ RMBS- und ABS-Vehikel. Die Gruppe handelt als Emissionshaus und Market-Maker, sorgt für Liquidität, ist Gegenpartei für Derivatgeschäfte oder sorgt für Kreditbesserungen bei VIEs mit Bezug auf bestimmte Verbriefungstransaktionen. Die maximale Verlustposition entspricht dem Buchwert der Begünstigungsanteile und der als variable Anteile geltenden allfälligen Derivatpositionen, falls entsprechende bestehen, zuzüglich der Risiken aus allfälligen von der Gruppe gestellten Kreditbesserungen. Die maximale Verlustposition der Gruppe berücksichtigt die Effekte aus Finanzinstrumenten nicht, welche zur wirtschaftlichen Absicherung der Risiken aus diesen VIEs dienen.

Den massgeblichen Einfluss auf das Verbriefungsvehikel haben die vom Kreditadministrator getroffenen Entscheidungen bezüglich Kreditausfällen. Die als Kreditadministrator fungierende Partei ist in der Lage, Entscheidungen zu treffen, die das Ergebnis der Aktivitäten des Verbriefungsvehikels wesentlich beeinflussen können. Wenn bei einem Verbriefungsvehikel mehrere Parteien über bestimmte Vermögenswerte als Kreditadministratoren fungieren, legt die Gruppe fest, dass sie entscheidungsbefugt ist, wenn sie mehr als 50% der Vermögenswerte in dem Verbriefungsvehikel kontrolliert. Liegt zudem ein wirtschaftliches Interesse des Kreditadministrators oder einer ihm nahestehenden Person vor, das einen signifikanten Anteil der Gewinne und/oder Verluste absorbieren könnte, gilt er beziehungsweise die betreffende Person als Meistbegünstigter und hat das Vehikel zu konsolidieren. Wenn die Gruppe festlegt, dass sie die Kontrolle über die relevante Verwaltung hat, dann entscheidet sie, in erster Linie durch Auswertung des Betrags und der Beschaffenheit der durch das von ihr gehaltene Vehikel emittierten Wertschriften, ob sie verpflichtet ist, Verluste aus dem Verbriefungsvehikel zu absorbieren, beziehungsweise ob sie zu Gewinnen daraus berechtigt ist, die potenziell massgeblich für das Vehikel sein könnten. Die in dieser Analyse berücksichtigten Faktoren umfassen die Nachrangigkeit der gehaltenen Wertschriften sowie die Grösse der Position, basierend auf dem Prozentsatz der Wertpapierklasse und der Gesamt-Deal-Classes der emittierten Wertschriften. Je niedriger der Rang der nachrangigen Wertschrift, umso wahrscheinlicher ist es, dass die Gruppe Erstbegünstigter sein wird. Diese Konsolidierungsanalyse wird in jedem Berichtszeitraum auf Basis der Veränderungen im Inventar und den in der Verbriefung verbleibenden Vermögenswerten durchgeführt. In der Regel konsolidiert die Gruppe Verbriefungsvehikel, wenn sie als Kreditadministrator fungiert und Positionen aus ihrer Tätigkeit als Emissionshaus aufweist. Kurzfristige

Market-Making-Positionen in Vehikeln gelten in diesem Zusammenhang generell nicht als potenziell signifikant.

Im Falle einer Wiederverbriefung von bereits vorher emittierten RMBS-Wertschriften sind die Wiederverbriefungsvehikel passiv und haben keine wesentlichen laufenden Aktivitäten, die einer Verwaltung bedürften. Entscheidungen bezüglich der Verbriefungstransaktion gleich zu Beginn sind der Schlüssel in Bezug auf das Vehikel. Aktivitäten zu Beginn beinhalten die Auswahl der Vermögenswerte und die Entscheidung über die Kapitalstruktur. Die Kontrolle über ein Wiederverbriefungsvehikel wird in der Regel zwischen der Gruppe und dem/den an der Erstellung des Vehikels beteiligten Anleger/n geteilt. Die Gruppe beschliesst, dass sie der Erstbegünstigte eines Wiederverbriefungsvehikels ist, wenn sie im Wesentlichen alle aus dem Vehikel emittierten Anleihen besitzt.

Fonds

Als Fonds werden Anlagestrukturen wie Anlagefonds für den öffentlichen Vertrieb, Dachfonds, Private-Equity-Fonds und fondsgebundene Produkte bezeichnet, bei welchen die Anleger üblicherweise über Schuldtitel anstelle von Aktien beziehungsweise Anteilen beteiligt sind. Daher qualifizieren diese Strukturen als VIEs. Die Gruppe kann verschiedene Beziehungen zu solchen VIEs unterhalten, so etwa als Strukturierer, Anlageberater, Vermögensverwalter, Administrator, Depotstelle, Emittent, Makler, Market-Maker oder als Prime Broker. Diese Aktivitäten schliessen die Verwendung von VIEs zur Strukturierung fondsgebundener Produkte, Hedgefonds-Dachfonds oder Private-Equity-Anlagen ein, um Kunden alternative Anlagen zu ermöglichen. Bei solchen Transaktionen hält eine VIE die Basisanlagen und emittiert Wertschriften, die den Anlegern eine Rendite auf Basis der Wertentwicklung dieser Anlagen bieten.

Die maximale Verlustposition entspricht dem Fair Value der von solchen Strukturen emittierten Instrumente, die von der Gruppe aufgrund der Emittenten- oder Market-Making-Aktivitäten gehalten werden, den Vehikeln zur Verfügung gestellter Finanzierungen und der Risikoposition der Gruppe aus Kapitalschutz- und Rücknahmegarantieklauseln. In der Regel liegt das Verlustrisiko aus solchen Anlagen bei den Anlegern. Die Gruppe kann aber bei bestimmten Fondstypen einen Kapitalschutz auf den Wertschriften gewähren, um das Verlustrisiko der Anleger zu begrenzen. Die maximale Verlustposition der Gruppe berücksichtigt die Effekte aus Finanzinstrumenten nicht, welche zur wirtschaftlichen Absicherung der Risiken aus diesen VIEs dienen.

Bei der Konsolidierung von Fonds nach US GAAP kommt ein anderes Modell zur Anwendung. Anstelle des Konsolidierungsmodells mit den Kriterien Einfluss und Potenzial zur Absorption von signifikanten Risiken und Erfolgen kommt ein älteres Konsolidierungsmodell zur Anwendung. Nach diesem ursprünglichen Modell gilt die Gruppe als Meistbegünstigter und konsolidiert die

betreffenden Fonds, wenn sie über 50% ihrer ausstehenden Emissionen hält.

Kreditvereinbarungen

Kreditvereinbarungen sind Einzelfinanzierungsvehikel, bei welchen die Gruppe Mittel zur Finanzierung bestimmter Aktiven oder unternehmerischer Vorhaben bereitstellt. Der Eigentümer der Aktiven oder Geschäftsleiter der Unternehmen stellt in diesen Fällen das Eigenkapital der Vehikel zur Verfügung. Diese massgeschneiderten Finanzierungsstrukturen werden zum Erwerb, Leasing oder zur anderweitigen Finanzierung und Verwaltung von Kundenvermögen errichtet.

Die maximale Verlustposition entspricht dem Buchwert der Ausleihungen der Gruppe, welche denselben Kreditrisikomanagementverfahren unterliegen wie Ausleihungen, die direkt an Kunden gewährt werden. Die Bonität der Kunden wird sorgfältig überprüft, es gelten strikte Belehnungssätze, und die Kunden stellen Eigenkapital, zusätzliche Deckungen oder Garantien, wodurch das Risiko der Gruppe in bedeutendem Mass reduziert wird. Aufgrund der Risikominderungsmaßnahmen, einschliesslich der über den Nominalwert hinausgehenden Besicherung und der wirksamen Überwachung der Einhaltung ausreichender Belehnungssätze, erachtet die Gruppe die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes in Höhe der maximalen Risikoposition als gering.

In der Regel hat der externe Sponsor einer VIE während ihres Bestehens die Kontrolle über ihre Vermögenswerte inne und verfügt über das Potenzial, signifikante Gewinne und Verluste zu absorbieren. In den meisten Fällen handelt es sich bei der Gruppe nicht um den Meistbegünstigten derartiger Strukturen, so dass ihrerseits keine Konsolidierung erfolgt. Bei Änderungen der Struktur, etwa einem Ausfall des Sponsors, erhält die Gruppe möglicherweise die Kontrolle über die Vermögenswerte. Liegen signifikante Ausleihungen der Gruppe vor, muss sie die betreffende Einheit in einem solchen Fall eventuell konsolidieren.

Sonstige

Unter Sonstige finden sich zusätzliche Vehikel, mit denen die Gruppe die Finanzierung und Emission von hybriden Kapitalinstrumenten bereitstellt. Die Trust-Preferred-Issuance-Vehikel zur Aufnahme von Hybridkapital unterstützen die Gruppe bei der kapitaleffizienten Mittelaufnahme. Die VIE gibt Vorzugsaktien mit Garantie der Gruppe aus und verwendet den Erlös zum Ankauf von Schuldtiteln der Gruppe. Die Garantien der Gruppe für ihre eigenen Schuldtitel gelten nicht als variable Beteiligungen. Da die Gruppe überdies keine Positionen in den betreffenden Vehikeln aufweist, bestehen für sie auch keine maximalen Verlustpositionen. Unter nicht konsolidierte VIEs werden nur die Gesamtaktiven der Trust-Preferred-Issuance-Vehikel offengelegt, da die Gruppe bei diesen Einheiten keine variablen Beteiligungen hat.

Konsolidierte VIEs

Die Gruppe ist bei VIEs in ihrer Rolle als Finanzintermediär im Auftrag von Kunden massgeblich eingebunden. Die Gruppe konsolidiert alle VIEs mit Bezug zu Finanzintermediation, bei welchen sie die meistbegünstigte Partei war.

Die Tabellen zu den konsolidierten VIEs weisen die Buchwerte und Klassifikationen der Aktiven und Verbindlichkeiten der konsolidierten VIEs per Ende 2013 beziehungsweise 2012 aus.

Konsolidierte VIEs, bei welchen die Gruppe meistbegünstigte Partei war

Ende	CDO	CP- Conduit	Verbie- fungen	Finanzintermediation			Total
				Anlage- fonds	Ausleihungen	Sonstige	
2013 (in Mio. CHF)							
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	702	1	2	100	87	60	952
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	1 959	0	0	0	0	1 959
Handelsbestände	869	51	3	1 687	665	335	3 610
Anlagen in Wertschriften	0	100	0	0	0	0	100
Sonstige Anlagen	0	0	0	0	1 491	492	1 983
Ausleihungen, netto	0	2 012	885	0	779	531	4 207
Liegenschaften und Einrichtungen	0	0	0	0	447	66	513
Sonstige Aktiven	7 516	1 473	3 353	0	308	1 680	14 330
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	7 479	0	3 093	0	56	0	10 628
Total Aktiven konsolidierter VIEs	9 087	5 596	4 243	1 787	3 777	3 164	27 654
Kundeneinlagen	0	0	0	0	0	265	265
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	9	0	0	0	8	76	93
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	4 280	0	7	0	(1)	4 286
Langfristige Verbindlichkeiten	9 067	17	3 187	179	93	449	12 992
Sonstige Verbindlichkeiten	34	16	67	2	153	438	710
Total Verbindlichkeiten konsolidierter VIEs	9 110	4 313	3 254	188	254	1 227	18 346
2012 (in Mio. CHF)							
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	1 534	27	0	125	44	20	1 750
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	117	0	0	0	0	117
Handelsbestände	1 064	196	14	1 861	565	997	4 697
Anlagen in Wertschriften	0	23	0	0	0	0	23
Sonstige Anlagen	0	0	0	0	1 712	577	2 289
Ausleihungen, netto	0	4 360	859	0	405	429	6 053
Liegenschaften und Einrichtungen	0	0	0	0	509	72	581
Sonstige Aktiven	7 369	1 637	3 111	4	572	1 843	14 536
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	7 324	0	3 110	0	71	0	10 505
Total Aktiven konsolidierter VIEs	9 967	6 360	3 984	1 990	3 807	3 938	30 046
Kundeneinlagen	0	0	0	0	0	247	247
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	20	0	0	0	4	101	125
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	5 776	0	3	0	3 803	9 582
Langfristige Verbindlichkeiten	9 944	14	3 608	500	38	428	14 532
Sonstige Verbindlichkeiten	45	6	97	7	168	905	1 228
Total Verbindlichkeiten konsolidierter VIEs	10 009	5 796	3 705	510	210	5 484	25 714

Nicht konsolidierte VIEs

Die Tabellen «Nicht konsolidierte VIEs» stellen die Buchwerte und die Klassierung der Aktiven und Verbindlichkeiten der variablen Anteile dar, welche in der konsolidierten Bilanz der Gruppe ausgewiesen werden, sowie die maximale Verlustposition und das Total der Aktiven der nicht konsolidierten VIEs.

Die maximale Verlustposition entspricht den variablen Anteilen an nicht konsolidierten VIEs, die von der Gruppe bilanziert werden (beispielsweise direkte Anteile an Vehikeln, Ausleihungen und sonstigen Forderungen), sowie die Nominalbeträge von Garantien und ausserbilanziellen Verpflichtungen aus variablen Anteilen, die gegenüber nicht konsolidierten VIEs abgegeben wurden. Diese Beträge, vor allem die Nominalbeträge von Derivaten und Garantien, entsprechen nicht den im Zusammenhang mit diesen Transaktionen erwarteten Verlusten, da sie die Effekte von Sicherheiten, Verwertungen oder die Wahrscheinlichkeit von Verlusten nicht berücksichtigen. Zudem werden die Kompensationseffekte aus Finanzinstrumenten nicht berücksichtigt, die zur Minderung der genannten Risiken dienen. Auch von der Gruppe bereits verbuchte

frühere Buchverluste im Zusammenhang mit Garantien oder Derivaten werden nicht mindernd angerechnet.

Das Total der Aktiven der nicht konsolidierten VIEs bezieht sich auf die nicht konsolidierten VIEs, an welchen die Gruppe variable Anteile hält. Diese Beträge entsprechen den Aktiven der Einheiten an sich und stehen normalerweise in keinem Zusammenhang zu den Risiken, die die Gruppe in Bezug auf die Einheit aufweist, so dass sie zu Risikomanagementzwecken nicht berücksichtigt werden.

Bestimmte VIEs wurden nicht in die folgende Tabelle aufgenommen. Hierzu zählen etwa von Dritten strukturierte VIEs, bei denen die Beteiligungen der Gruppe die Form von Wertschriften in den Beständen der Gruppe haben, bestimmte, nicht von der Gruppe gesponserte Vehikel zur Finanzierung einzelner Aktiven, bei denen die Gruppe Finanzierungen stellt, aufgrund von Überbesicherungen und Garantien aber äusserst geringe Verlustrisiken aufweist, nicht qualifizierende Verkäufe, bei denen die Gruppe keine weiteren Beteiligungen aufweist, und andere nicht zu konsolidierende Einheiten.

Nicht konsolidierte VIEs

Ende	Finanzintermediation					Total
	CDO	Verbriefungen	Anlagefonds	Ausleihungen	Sonstige	
2013 (in Mio. CHF)						
Handelsbestände	183	4 920	979	725	713	7 520
Ausleihungen, netto	2	613	2 812	2 856	1 282	7 565
Sonstige Aktiven	0	0	47	0	6	53
Total Aktiven variabler Anteile	185	5 533	3 838	3 581	2 001	15 138
Maximale Verlustposition	186	7 496	4 026	7 433	2 090	21 231
Aktiven nicht konsolidierter VIEs	10 211	101 524	55 509	31 144	19 450	217 838
2012 (in Mio. CHF)						
Handelsbestände	100	3 210	1 143	868	600	5 921
Ausleihungen, netto	8	111	2 148	3 572	1 668	7 507
Sonstige Aktiven	0	17	49	0	4	70
Total Aktiven variabler Anteile	108	3 338	3 340	4 440	2 272	13 498
Maximale Verlustposition	108	14 123	3 575	4 906	3 039	25 751
Aktiven nicht konsolidierter VIEs	5 163	103 990	52 268	22 304	15 491	199 216

34 Finanzinstrumente

Die nachstehenden Angaben zu den Finanzinstrumenten der Gruppe gliedern sich in folgende Abschnitte:

- Konzentration von Kreditrisiken
- Ermittlung des ◊ Fair Value (einschliesslich Fair-Value-Hierarchie, Überträge zwischen Levels, Level-3-Abstimmungen, qualitative und quantitative Offenlegung von Bewertungsmethoden sowie nicht periodische Änderungen des Fair Value)
- Fair-Value-Option
- Offenlegung des Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten

KONZENTRATION VON KREDITRISIKEN

Kreditrisikokonzentrationen ergeben sich, wenn eine Anzahl von Gegenparteien ähnliche Geschäftstätigkeiten wahrnehmen oder in der gleichen geografischen Region tätig sind. Kreditrisikokonzentrationen ergeben sich auch, wenn die Gegenparteien ähnliche wirtschaftliche Merkmale aufweisen, welche dazu führen, dass sie alle ihren vertraglichen Verpflichtungen bei sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr nachkommen können.

Um sicherzustellen, dass mögliche Risikokonzentrationen identifiziert werden, überwacht die Gruppe regelmässig ihre Kreditrisikoportfolios nach Gegenparteien, Branchen, Ländern und Produkten, wobei eine umfangreiche Palette von quantitativen Hilfsmitteln und Kennzahlen verwendet wird. Kreditrisiken in Bezug auf Gegenparteien und Produkte werden mittels Gegenpartei-Limiten überwacht. Diese Limiten stellen die Obergrenze für Kreditpositionen dar, welche die Gruppe gegenüber bestimmten Gegenparteien für bestimmte Zeitperioden eingehen will. Länderlimiten werden aufgestellt, um unerwünschte Risikokonzentrationen in bestimmten Ländern zu vermeiden.

Die gesamte Kreditrisikoposition der Gruppe in Bezug auf die einzelnen Branchen ist breit diversifiziert. Ein Grossteil der Kreditpositionen entfällt auf Privatkunden, insbesondere in Form von Wohnbauhypothekarkrediten in der Schweiz, oder betrifft Transaktionen mit Finanzinstituten. In beiden Fällen ist die Kundenbasis ausgedehnt und auch die Anzahl und die Art der Transaktionen sind breit diversifiziert. Für Transaktionen mit Finanzinstituten ist das Geschäft auch geografisch breit gestreut, mit Schwerpunkten in Nord- und Südamerika, Europa und zu einem geringeren Teil im asiatisch-pazifischen Raum.

ERMITTLUNG DES FAIR VALUE

Ein erheblicher Teil der Finanzinstrumente der Gruppe wird zum ◊ Fair Value bilanziert. Eine Verschlechterung der Finanzmärkte kann einen bedeutenden Einfluss auf den Fair Value dieser Finanzinstrumente und das Ergebnis haben.

Der Fair Value der meisten Finanzinstrumente der Gruppe beruht auf Kursen beziehungsweise Preisen, die in aktiven Märkten gestellt werden, oder auf beobachtbaren Marktparametern. Zu diesen Instrumenten zählen Staatspapiere und von staatlichen Institutionen ausgegebene Wertschriften, bestimmte ◊ CPs, die

Mehrheit an erstklassigen Unternehmensanleihen, bestimmte hochverzinsliche Schuldtitel, börsengehandelte und gewisse ◊ OTC-Derivate sowie die meisten börsenkotierten Aktien.

Zudem hält die Gruppe Finanzinstrumente, für die keine Preise und nur wenige oder gar keine beobachtbaren Eingabeparameter verfügbar sind. Bei diesen Instrumenten beruht die Ermittlung des Fair Value auf der subjektiven Einschätzung und Beurteilung unter Berücksichtigung von Liquidität, Preisbildungsannahmen, des aktuellen wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation sowie der instrumentspezifischen Risiken. In solchen Fällen erfolgt die Bewertung auf Basis der vom Management selbst vorgenommenen Beurteilungen zu den Annahmen (einschliesslich Annahmen zu den Risikoparametern), welche die Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit treffen würden. Zu diesen Instrumenten zählen gewisse OTC-Derivate, einschliesslich Aktien- und Kreditderivate, gewisse aktienbasierte Wertschriften von Unternehmen, hypothekarwertbezogene Wertschriften und ◊ CDOs, Private-Equity-Beteiligungen, gewisse Ausleihungen und Kreditprodukte, einschliesslich Leveraged Finance, gewisse Konsortialkredite und gewisse hochverzinsliche Anleihen sowie Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen.

Der Fair Value von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Hierzu gehören etwa Benchmark-Zinsen, Preise für von Dritten ausgegebene Finanzinstrumente, Rohstoffpreise, Devisenkurse und Indexkurse beziehungsweise -sätze. Zudem sind Wertberichtigungen ein integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses, falls die Marktpreise der Bonität einer Gegenpartei nicht Rechnung tragen. Wertberichtigungen werden sowohl bei OTC-Derivaten als auch bei Schuldtiteln vorgenommen. Änderungen der für eine bestimmte Gegenpartei massgeblichen Risikoaufschläge wirken sich auf die Ermittlung des Fair Value von Vermögenswerten aus (sogenannte ◊ Credit Valuation Adjustments), Änderungen der für die Gruppe massgeblichen Risikoaufschläge auf die Ermittlung des Fair Value ihrer Verbindlichkeiten (sogenannte ◊ Debit Valuation Adjustments). Bei OTC-Derivaten werden sowohl Änderungen der Bonität der Gruppe als auch der betreffenden Gegenpartei in die Ermittlung ihres Fair Value einbezogen; Grundlage sind die jeweils aktuellen Preise für ◊ CDS. Die Anpassungen berücksichtigen auch vertraglich vereinbarte Faktoren, welche die Risikopositionen der Gruppe im Zusammenhang mit einer bestimmten Gegenpartei mindern sollen. Hierbei handelt es sich etwa um gestellte und im Besitz der Gruppe befindliche Sicherheiten und ◊ Netting-Rahmenvereinbarungen. Bei hybriden Schuldtiteln mit eingebetteten Derivaten werden Änderungen der Bonität der Gruppe in die Ermittlung des Fair Value auf Basis der jeweils aktuellen Aufschläge für langfristige Fremdmittel berücksichtigt.

ASU 2011-04 erlaubt es einer Berichterstattungseinheit, den Fair Value einer Gruppe von Finanzaktiven und -verbindlichkeiten anhand des Preises zu bewerten, zu dem in einer ordentlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern für ein

bestimmtes Risikoniveau am Bewertungsstichtag eine Netto-Long-Position verkauft oder eine Netto-Short-Position übertragen werden könnte. Diese Änderung der Richtlinien für die Fair-Value-Bewertung entspricht der Branchenpraxis. Daher wendet die Gruppe weiterhin Geld- und Briefanpassungen auf Nettoportfolios von Kassapapieren und/oder derivativen Instrumenten an, um den Wert der Nettoposition von einem mittleren Marktpreis an das entsprechende Geld- oder Briefniveau anzupassen, das unter normalen Marktbedingungen für die Netto-Long- oder Netto-Short-Position für ein spezifisches Marktrisiko realisiert würde. Darüber hinaus erfasst die Gruppe das Netto-Kreditrisikoniveau ihrer derivativen Instrumente, bei denen sie rechtlich durchsetzbare Vereinbarungen mit ihren Gegenparteien hat, die das Kreditrisikoniveau bei einem Ausfall mindern. Wertberichtigungen werden angemessen und einheitlich erfasst, so dass sie den betreffenden Angaben im Anhang zur Jahresrechnung so zugeordnet werden, als ob die Wertberichtigung der einzelnen Rechnungseinheit zugeordnet worden wäre.

Fair-Value-Hierarchie

Die Stufen der Fair-Value-Hierarchie sind wie folgt definiert:

- Level 1: In aktiven Märkten gestellte Preise (ohne Anpassungen) – zu welchen die Gruppe Zugang hat – für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten. Diese Stufe der Fair-Value-Hierarchie bietet den zuverlässigsten Nachweis des Fair Value und wird bei Vorhandensein immer zur Fair-Value-Berechnung verwendet.
- Level 2: Direkt oder indirekt beobachtbare Eingabeparameter zum Vermögenswert oder zur Verbindlichkeit, welche nicht gestellte Marktpreise gemäss Level 1 darstellen. Zu diesen Eingabeparametern gehören: (i) in aktiven Märkten gestellte Preise für vergleichbare Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten; (ii) für identische oder vergleichbare Vermögenswerte oder

Verbindlichkeiten gestellte Preise in nicht aktiven Märkten, das heisst Märkten, in welchen wenige Transaktionen in diesem Vermögenswert oder dieser Verbindlichkeit stattfinden, in welchen die Kurse beziehungsweise Preise nicht aktuell sind, Preisstellungen entweder im Zeitverlauf oder unter den einzelnen Market-Makers stark variieren oder in welchen wenig Informationen öffentlich zugänglich sind; (iii) andere beobachtbare Eingabeparameter für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit, welche nicht gestellte Preise oder Kurse sind; oder (iv) Eingabeparameter, die im Wesentlichen aus beobachtbaren Marktdaten durch Korrelationen oder auf anderem Wege abgeleitet oder erhärtet werden.

- Level 3: Nicht beobachtbare Eingabeparameter zum betreffenden Vermögenswert oder zur betreffenden Verbindlichkeit. Diese Eingabeparameter entsprechen den eigenen Annahmen der Gruppe zu den Prämissen (einschliesslich der Prämissen zum Risiko), welche Marktteilnehmer zur Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit verwenden würden. Diese Eingabeparameter werden anhand der unter den gegebenen Umständen bestmöglichen Informationen einschliesslich der eigenen Daten der Gruppe erarbeitet. Die in diesem Zusammenhang verwendeten eigenen Daten der Gruppe werden angepasst, wenn Informationen vorliegen, dass andere Marktteilnehmer abweichende Prämissen verwenden würden.

Die Gruppe erfasst offene Netto-Long-Positionen zu Geldkursen (Bid Prices) und offene Netto-Short-Positionen zu Briefkursen (Ask Prices), falls sie in diesen Positionen nicht als Market-Maker auftritt. In letzterem Fall kommen Mittelkurse zur Anwendung. Transaktionskosten werden bei den Fair-Value-Bewertungen nicht berücksichtigt.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten

Ende 2013	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Aktiven (in Mio. CHF)					
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	0	527	0	0	527
Zinstragende Einlagen bei Banken	0	311	0	0	311
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	96 383	204	0	96 587
Anleihen	409	1 592	0	0	2 001
davon Unternehmen	0	1 558	0	0	1 558
Aktien	20 689	110	0	0	20 799
Als Sicherheiten erhaltene Wertschriften	21 098	1 702	0	0	22 800
Anleihen	41 829	63 218	5 069	0	110 116
davon ausländische Staaten	40 199	6 980	230	0	47 409
davon Unternehmen	14	24 268	2 128	0	26 410
davon RMBS	0	23 343	436	0	23 779
davon CMBS	0	5 255	417	0	5 672
davon CDO	0	3 305	1 567	0	4 872
Aktien	70 322	5 778	595	0	76 695
Derivate	6 610	563 649	5 217	(543 873)	31 603
davon Zinsprodukte	1 065	444 056	1 574	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	8	60 807	484	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	5 278	28 763	1 240	–	–
davon Kreditderivate	0	25 662	1 138	–	–
Sonstige	3 691	4 479	2 829	0	10 999
Handelsbestände	122 452	637 124	13 710	(543 873)	229 413
Anleihen	1 788	1 098	0	0	2 886
davon ausländische Staaten	1 386	2	0	0	1 388
davon Unternehmen	0	606	0	0	606
davon CDO	0	490	0	0	490
Aktien	2	97	2	0	101
Anlagen in Wertschriften	1 790	1 195	2	0	2 987
Private Equity	0	0	3 345	0	3 345
davon Aktienfonds	0	0	2 236	0	2 236
Hedgefonds	0	289	392	0	681
davon Anleihenfonds	0	174	329	0	503
Sonstige Aktienanlagen	283	55	1 632	0	1 970
davon Private	0	15	1 630	0	1 645
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	0	0	1 600	0	1 600
Sonstige Anlagen	283	344	6 969	0	7 596
Ausleihungen	0	11 459	7 998	0	19 457
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	0	6 302	5 309	0	11 611
davon Finanzinstitute	0	4 484	1 322	0	5 806
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	0	0	42	0	42
Sonstige Aktiven	4 861	21 530	6 159	(1 032)	31 518
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	0	12 770	5 615	0	18 385
Total Aktiven zum Fair Value	150 484	770 575	35 084	(544 905)	411 238
Abzüglich Sonstige Anlagen – den Minderheitsanteilen zurechenbares Eigenkapital zum Fair Value	(246)	(149)	(2 781)	0	(3 176)
Abzüglich unter ASU 2009-17 konsolidierter Aktiven ²	0	(8 996)	(2 458)	0	(11 454)
Aktiven zum Fair Value – ohne Minderheitsanteile und unter dem Basel-Regelwerk nicht risikogewichtete Aktiven	150 238	761 430	29 845	(544 905)	396 608

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen.

² Aktiven konsolidierter VIEs, die unter dem Basel-Regelwerk nicht risikogewichtet werden.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten (Fortsetzung)

Ende 2013	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	0	1 450	0	0	1 450
Kundeneinlagen	0	3 197	55	0	3 252
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	75 990	114	0	76 104
Anleihen	409	1 592	0	0	2 001
davon Unternehmen	0	1 558	0	0	1 558
Aktien	20 689	110	0	0	20 799
Verbindlichkeiten aus als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften	21 098	1 702	0	0	22 800
Anleihen	19 037	5 311	2	0	24 350
davon ausländische Staaten	18 863	603	0	0	19 466
davon Unternehmen	1	4 130	2	0	4 133
Aktien	15 476	309	17	0	15 802
Derivate	5 879	572 444	5 545	(547 385)	36 483
davon Zinsprodukte	896	439 446	1 129	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	14	71 547	938	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	4 691	30 622	1 896	–	–
davon Kreditderivate	0	25 942	1 230	–	–
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	40 392	578 064	5 564	(547 385)	76 635
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	5 888	165	0	6 053
Langfristige Verbindlichkeiten	0	53 589	9 780	0	63 369
davon Treasury-Schuldscheine über zwei Jahre	0	9 081	0	0	9 081
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	0	20 679	6 217	0	26 896
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	0	9 509	2 552	0	12 061
Sonstige Verbindlichkeiten	0	19 511	2 861	(399)	21 973
davon nicht qualifizierende Verkäufe	0	638	1 143	0	1 781
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	61 490	739 391	18 539	(547 784)	271 636

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten (Fortsetzung)

Ende 2012	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Aktiven (in Mio. CHF)					
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	0	569	0	0	569
Zinstragende Einlagen bei Banken	0	627	0	0	627
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	113 664	0	0	113 664
Anleihen	92	350	0	0	442
davon Unternehmen	0	320	0	0	320
Aktien	29 585	18	0	0	29 603
Als Sicherheiten erhaltene Wertschriften	29 677	368	0	0	30 045
Anleihen	55 592	74 391	5 888	0	135 871
davon ausländische Staaten	53 918	11 032	79	0	65 029
davon Unternehmen	1	25 932	3 192	0	29 125
davon RMBS	0	30 392	724	0	31 116
davon CMBS	0	4 335	1 023	0	5 358
davon CDO	0	2 620	447	0	3 067
Aktien	66 664	7 746	485	0	74 895
Derivate	3 428	823 016	6 650	(799 886)	33 208
davon Zinsprodukte	703	698 297	1 859	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	1	62 717	754	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	2 538	25 820	1 920	–	–
davon Kreditderivate	0	29 274	1 294	–	–
Sonstige	7 203	2 736	2 486	0	12 425
Handelsbestände	132 887	907 889	15 509	(799 886)	256 399
Anleihen	2 066	1 168	169	0	3 403
davon ausländische Staaten	1 583	1	21	0	1 605
davon Unternehmen	0	720	125	0	845
davon CDO	0	447	23	0	470
Aktien	4	90	1	0	95
Anlagen in Wertschriften	2 070	1 258	170	0	3 498
Private Equity	0	0	3 958	0	3 958
davon Aktienfonds	0	0	2 633	0	2 633
Hedgefonds	0	470	165	0	635
davon Anleihenfonds	0	349	84	0	433
Sonstige Aktienanlagen	271	69	2 243	0	2 583
davon Private	0	61	2 245	0	2 306
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	0	0	1 818	0	1 818
Sonstige Anlagen	271	539	8 184	0	8 994
Ausleihungen	0	13 381	6 619	0	20 000
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	0	6 191	4 778	0	10 969
davon Finanzinstitute	0	5 934	1 530	0	7 464
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	0	0	43	0	43
Sonstige Aktiven	5 439	26 912	5 164	(240)	37 275
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	0	14 899	4 463	0	19 362
Total Aktiven zum Fair Value	170 344	1 065 207	35 689	(800 126)	471 114
Abzüglich Sonstige Anlagen – den Minderheitsanteilen zurechenbares Eigenkapital zum Fair Value	(240)	(99)	(3 292)	0	(3 631)
Abzüglich unter ASU 2009-17 konsolidierter Aktiven ²	0	(8 769)	(2 745)	0	(11 514)
Aktiven zum Fair Value – ohne Minderheitsanteile und unter dem Basel-Regelwerk nicht risikogewichtete Aktiven	170 104	1 056 339	29 652	(800 126)	455 969

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen.

² Aktiven konsolidierter VIEs, die unter dem Basel-Regelwerk nicht risikogewichtet werden.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten (Fortsetzung)

Ende 2012	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Verrechnung ¹	Total
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	0	3 413	0	0	3 413
Kundeneinlagen	0	4 618	25	0	4 643
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	108 784	0	0	108 784
Anleihen	92	350	0	0	442
davon Unternehmen	0	320	0	0	320
Aktien	29 585	18	0	0	29 603
Verbindlichkeiten aus als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften	29 677	368	0	0	30 045
Anleihen	25 782	7 014	196	0	32 992
davon ausländische Staaten	25 623	1 476	0	0	27 099
davon Unternehmen	0	5 030	196	0	5 226
Aktien	17 912	389	6	0	18 307
Derivate	3 173	834 228	5 154	(803 038)	39 517
davon Zinsprodukte	628	693 430	1 357	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	1	76 963	1 648	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	2 305	27 684	1 003	–	–
davon Kreditderivate	0	28 952	819	–	–
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	46 867	841 631	5 356	(803 038)	90 816
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	4 389	124	0	4 513
Langfristige Verbindlichkeiten	218	55 068	10 098	0	65 384
davon Treasury-Schuldscheine über zwei Jahre	0	10 565	0	0	10 565
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	0	22 543	6 189	0	28 732
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	218	11 006	2 551	0	13 775
Sonstige Verbindlichkeiten	0	24 399	2 848	(376)	26 871
davon nicht qualifizierende Verkäufe	0	2 523	1 160	0	3 683
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	76 762	1 042 670	18 451	(803 414)	334 469

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen.

Überträge zwischen Level 1 und Level 2

Überträge zwischen Level 1 und Level 2 werden bis zum letzten Tag der Berichtsperiode ausgewiesen.

2013 erfolgten Überträge aus Level 2 an Level 1 aus Vermögenswerten und Verbindlichkeiten des Handelsbestands. Die Überträge betrafen vor allem börsengehandelte Derivate, da deren Fälligkeit näher rückte und die Preiseingaben besser beobachtbar wurden. Überträge aus Level 1 an Level 2 erfolgten überwiegend aus Vermögenswerten des Handelsbestands. Die Überträge erfolgten primär in Aktien, da passende Schlusskurse Ende 2013 nicht verfügbar waren.

Überträge zwischen Level 1 und Level 2

	2013		2012	
	Überträge an Level 1 aus Level 2	Überträge aus Level 1 an Level 2	Überträge an Level 1 aus Level 2	Überträge aus Level 1 an Level 2
Aktiven (in Mio. CHF)				
Anleihen	499	92	318	23 632
Aktien	437	183	209	650
Derivate	5 090	2	5 510	20
Handelsbestände	6 026	277	6 037	24 302
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)				
Anleihen	11	18	87	34
Aktien	248	17	100	226
Derivate	4 433	11	6 441	72
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	4 692	46	6 628	332

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten für Level 3

2013	Bestand zu Beginn der Periode	Überträge an	Überträge aus	Käufe
Aktiven (in Mio. CHF)				
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	0	0	0
Anleihen	5 888	1 418	(1 977)	6 363
davon Unternehmen	3 192	571	(552)	1 759
davon RMBS	724	467	(690)	1 012
davon CMBS	1 023	86	(310)	497
davon CDO	447	55	(357)	3 072
Aktien	485	303	(237)	405
Derivate	6 650	1 442	(2 208)	0
davon Zinsprodukte	1 859	244	(363)	0
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	1 920	223	(1 020)	0
davon Kreditderivate	1 294	923	(633)	0
Sonstige	2 486	288	(487)	3 266
Handelsbestände	15 509	3 451	(4 909)	10 034
Anlagen in Wertschriften	170	0	(230)	165
Aktien	6 366	106	(63)	1 526
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	1 818	0	0	189
Sonstige Anlagen	8 184	106	(63)	1 715
Ausleihungen	6 619	320	(1 561)	800
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	4 778	305	(315)	727
davon Finanzinstitute	1 530	15	(6)	71
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	43	0	0	12
Sonstige Aktiven	5 164	3 552	(2 998)	4 781
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen ²	4 463	3 539	(2 918)	4 456
Total Aktiven zum Fair Value	35 689	7 429	(9 761)	17 507
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)				
Kundeneinlagen	25	0	0	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	5 356	1 503	(1 537)	66
davon Zinsderivate	1 357	75	(134)	0
davon Fremdwährungsderivate	1 648	13	(21)	0
davon Aktien/Index-bezogene Derivate	1 003	360	(676)	0
davon Kreditderivate	819	1 001	(590)	0
Kurzfristige Geldaufnahmen	124	43	(99)	0
Langfristige Verbindlichkeiten	10 098	2 322	(2 375)	0
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	6 189	453	(1 226)	0
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	2 551	1 836	(670)	0
Sonstige Verbindlichkeiten	2 848	227	(149)	213
davon nicht qualifizierende Verkäufe	1 160	176	(82)	154
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	18 451	4 095	(4 160)	279
Nettoaktiven/(-verbindlichkeiten) zum Fair Value	17 238	3 334	(5 601)	17 228

¹ Ausgewiesene Gewinne oder Verluste aus Level-3-Transaktionen werden von der Gruppe sowohl für Überträge an Level 3 als auch für Überträge aus Level 3 auf den letzten Tag der Berichterstattungsperiode ermittelt.

² Enthält im Handelserfolg verbuchte unrealisierte Gewinne von CHF 238 Mio., hauptsächlich aus Subprime-Positionen im Geschäft mit Verbriefungen sowie Marktbewegungen im erweiterten Portfolio der zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen.

Verkäufe	Emissionen	Abwicklungen	Handelserfolg		Sonstiger Ertrag		Fremdwährungs- umrechnungs- einfluss	Bestand am Ende der Periode
			Auf Überträge an/aus ¹	Auf allen sonstigen	Auf Überträge an/aus ¹	Auf allen sonstigen		
0	362	(153)	0	4	0	0	(9)	204
(7 043)	0	0	165	465	0	0	(210)	5 069
(3 022)	0	0	109	157	0	0	(86)	2 128
(1 162)	0	0	11	91	0	0	(17)	436
(866)	0	0	(4)	15	0	0	(24)	417
(1 810)	0	0	36	197	0	0	(73)	1 567
(431)	0	0	20	68	(1)	0	(17)	595
0	1 766	(2 446)	230	(53)	0	0	(164)	5 217
0	279	(663)	8	249	0	0	(39)	1 574
0	207	(538)	184	330	0	0	(66)	1 240
0	627	(631)	38	(461)	0	0	(19)	1 138
(2 656)	0	(65)	8	83	0	0	(94)	2 829
(10 130)	1 766	(2 511)	423	563	(1)	0	(485)	13 710
(82)	0	0	0	9	0	0	(30)	2
(3 220)	0	0	0	(3)	0	791	(134)	5 369
(365)	0	0	0	1	0	0	(43)	1 600
(3 585)	0	0	0	(2)	0	791	(177)	6 969
(1 673)	6 767	(2 920)	0	(21)	0	0	(333)	7 998
(1 280)	3 541	(2 171)	1	(85)	0	0	(192)	5 309
(207)	651	(650)	0	(48)	0	0	(34)	1 322
0	0	0	0	0	0	(12)	(1)	42
(4 213)	1 034	(1 148)	5	199	0	0	(217)	6 159
(3 964)	1 034	(1 147)	5	348	0	0	(201)	5 615
(19 683)	9 929	(6 732)	428	752	(1)	779	(1 252)	35 084
0	51	(3)	0	(13)	0	0	(5)	55
0	119	0	0	0	0	0	(5)	114
(197)	1 561	(2 556)	235	1 302	0	0	(169)	5 564
0	107	(508)	10	254	0	0	(32)	1 129
0	15	(662)	(16)	(21)	0	0	(18)	938
0	632	(380)	210	831	0	0	(84)	1 896
0	655	(856)	39	186	0	0	(24)	1 230
0	318	(216)	0	3	0	0	(8)	165
0	5 006	(5 330)	25	321	0	(1)	(286)	9 780
0	3 602	(2 534)	(18)	(36)	0	(1)	(212)	6 217
0	818	(2 128)	24	151	0	0	(30)	2 552
(393)	10	(86)	(17)	70	26	217	(105)	2 861
(308)	0	0	0	72	0	0	(29)	1 143
(590)	7 065	(8 191)	243	1 683	26	216	(578)	18 539
(19 093)	2 864	1 459	185	(931)	(27)	563	(674)	16 545

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten für Level 3 (Fortsetzung)

2012	Bestand zu Beginn der Periode	Überträge an	Überträge aus	Käufe
Aktiven (in Mio. CHF)				
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	1 204	0	0	0
Als Sicherheiten erhaltene Wertschriften	193	0	(188)	0
Anleihen	10 028	2 312	(5 035)	7 479
davon Unternehmen	5 076	1 113	(3 609)	5 210
davon RMBS	1 786	831	(958)	937
davon CMBS	1 517	188	(262)	664
davon CDO	727	158	(121)	483
Aktien	467	419	(100)	377
Derivate	9 587	1 465	(2 175)	0
davon Zinsprodukte	2 547	168	(686)	0
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	2 732	681	(844)	0
davon Kreditderivate	2 171	592	(544)	0
Sonstige	2 196	179	(366)	2 842
Handelsbestände	22 278	4 375	(7 676)	10 698
Anlagen in Wertschriften	102	0	0	94
Aktien	7 076	4	(61)	880
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	1 969	0	0	102
Sonstige Anlagen	9 045	4	(61)	982
Ausleihungen	6 842	605	(642)	509
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	4 559	537	(391)	275
davon Finanzinstitute	2 179	64	(248)	218
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	70	0	0	11
Sonstige Aktiven	7 469	2 509	(2 949)	3 007
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	6 901	2 471	(2 948)	2 801
Total Aktiven zum Fair Value	47 203	7 493	(11 516)	15 301
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)				
Kundeneinlagen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften	193	0	(188)	0
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	7 343	1 294	(1 783)	94
davon Zinsderivate	1 588	230	(754)	0
davon Fremdwährungsderivate	2 836	3	(178)	0
davon Aktien/Index-bezogene Derivate	1 022	132	(262)	0
davon Kreditderivate	1 520	700	(571)	0
Kurzfristige Geldaufnahmen	236	23	(96)	0
Langfristige Verbindlichkeiten	12 715	2 616	(4 044)	0
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	7 576	789	(1 668)	0
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	3 585	1 701	(2 225)	0
Sonstige Verbindlichkeiten	3 891	246	(315)	321
davon nicht qualifizierende Verkäufe	1 909	136	(47)	302
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	24 378	4 179	(6 426)	415
Nettoaktiven/(-verbindlichkeiten) zum Fair Value	22 825	3 314	(5 090)	14 886

¹ Ausgewiesene Gewinne oder Verluste aus Level-3-Transaktionen werden von der Gruppe sowohl für Überträge an Level 3 als auch für Überträge aus Level 3 auf den letzten Tag der Berichtszeitungsperiode ermittelt.

Verkäufe	Emissionen	Abwicklungen	Handelserfolg		Sonstiger Ertrag		Fremdwährungs- umrechnungs- einfluss	Bestand am Ende der Periode
			Auf Überträge an/aus ¹	Auf allen sonstigen	Auf Überträge an/aus ¹	Auf allen sonstigen		
0	0	(1 174)	0	(28)	0	0	(2)	0
0	0	0	0	0	0	0	(5)	0
(8 826)	0	0	72	129	(4)	0	(267)	5 888
(4 745)	0	0	49	278	(4)	0	(176)	3 192
(1 924)	0	0	18	60	0	0	(26)	724
(809)	0	0	(4)	(228)	0	0	(43)	1 023
(851)	0	0	(4)	67	0	0	(12)	447
(611)	0	0	0	(63)	0	0	(4)	485
0	1 007	(3 262)	60	163	0	0	(195)	6 650
0	303	(976)	47	515	0	0	(59)	1 859
0	346	(844)	(31)	(56)	0	0	(64)	1 920
0	161	(914)	43	(179)	0	0	(36)	1 294
(2 290)	0	0	2	(3)	0	0	(74)	2 486
(11 727)	1 007	(3 262)	134	226	(4)	0	(540)	15 509
(17)	0	0	0	0	0	0	(9)	170
(1 918)	0	0	0	2	0	567	(184)	6 366
(274)	0	0	0	72	0	0	(51)	1 818
(2 192)	0	0	0	74	0	567	(235)	8 184
(1 286)	4 490	(3 473)	15	(250)	0	0	(191)	6 619
(469)	3 084	(2 773)	15	76	0	0	(135)	4 778
(745)	1 078	(672)	(1)	(293)	0	0	(50)	1 530
(16)	0	0	0	0	0	(20)	(2)	43
(3 356)	298	(2 319)	128	580	0	0	(203)	5 164
(3 182)	298	(2 319)	127	486	0	0	(172)	4 463
(18 594)	5 795	(10 228)	277	602	(4)	547	(1 187)	35 689
0	25	0	0	0	0	0	0	25
0	0	0	0	0	0	0	(5)	0
(346)	853	(2 599)	151	505	0	0	(156)	5 356
0	115	(194)	75	340	0	0	(43)	1 357
0	1	(1 037)	24	48	0	0	(49)	1 648
0	537	(315)	(16)	(61)	0	0	(34)	1 003
0	88	(939)	79	(36)	0	0	(22)	819
0	288	(332)	(3)	14	0	0	(6)	124
0	4 015	(6 043)	182	989	(4)	0	(328)	10 098
0	1 925	(2 867)	32	604	(4)	0	(198)	6 189
0	1 473	(2 312)	144	275	0	0	(90)	2 551
(1 322)	2	(219)	(15)	74	0	279	(94)	2 848
(1 260)	0	0	0	153	0	0	(33)	1 160
(1 668)	5 183	(9 193)	315	1 582	(4)	279	(589)	18 451
(16 926)	612	(1 035)	(38)	(980)	0	268	(598)	17 238

Erfolg aus periodisch auf Basis von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern zum Fair Value bewerteten Aktiven und Verbindlichkeiten (Level 3)

	2013			2012		
	Handels- erfolg	Sonstiger Ertrag	Total Ertrag	Handels- erfolg	Sonstiger Ertrag	Total Ertrag
Gewinne und Verluste auf Aktiven und Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)						
Im Nettoertrag enthaltene realisierte/unrealisierte Gewinne/(Verluste), netto	(746)	536	(210) ¹	(1 018)	268	(750) ¹
Wovon:						
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) auf Aktiven und Verbindlichkeiten, welche per Bilanzstichtag noch gehalten wurden	(2 850)	414	(2 436)	(1 209)	(82)	(1 291)

¹ Nicht enthalten sind realisierte und nicht realisierte Gewinne/(Verluste), netto, aus Fremdwährungsumrechnungseinfluss.

Sowohl beobachtbare als auch nicht beobachtbare Eingabeparameter können zur Ermittlung des Fair Value von in Level 3 klassierten Positionen herangezogen werden. Daher können die in der oben stehenden Tabelle ausgewiesenen nicht realisierten Gewinne und Verluste auf Aktiven und Verbindlichkeiten im Rahmen von Level 3 auch Veränderungen des Fair Value beinhalten, die sich sowohl auf beobachtbare als auch auf nicht beobachtbare Eingabeparameter zurückführen lassen.

Die Gruppe macht von verschiedenen Methoden zur Absicherung der wirtschaftlichen Risiken (Economic Hedging) Gebrauch, um die Risiken unter anderem auch im Zusammenhang mit Level-3-Positionen zu steuern. Diese Methoden können den Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten, die in Level 1 und/oder Level 2 klassiert sind, einschliessen. Die in der oben stehenden Tabelle ausgewiesenen realisierten beziehungsweise nicht realisierten Gewinne und Verluste auf Aktiven und Verbindlichkeiten von Level 3 berücksichtigen die damit zusammenhängenden realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus Economic-Hedging-Instrumenten, welche in Level 1 und/oder Level 2 klassiert sind, nicht.

Überträge an beziehungsweise aus Level 3

Im Jahr 2013 wurden Aktiven in Höhe von CHF 7 429 Mio. an Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen und Handelsbestände. Die Überträge erfolgten hauptsächlich in den Geschäftsbereichen für Unternehmenskredite, Private Equity und Prime Services, in erster Linie aufgrund der begrenzt beobachtbaren Preisdaten und reduzierten Preisinformationen von externen Anbietern. Im Jahr 2013 wurden Aktiven in Höhe von CHF 9 761 Mio. aus Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie Handelsbestände, zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen sowie Ausleihungen. Die Übertragungen aus Level 3 erfolgten hauptsächlich in den Geschäftsbereichen für brasilianischen Handel, Private Equity, Unternehmenskredite, Prime Services, Zinsen und Aktienderivate, da sich die betreffenden Preisdaten besser beobachten liessen und die Preisinformationen von externen Anbietern vermehrt verfügbar waren.

Im Jahr 2012 wurden Aktiven in Höhe von CHF 7 493 Mio. an Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie Handelsbestände und zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen. Die Übertragungen erfolgten hauptsächlich in den Geschäftsbereichen für

Aktienderivate, Private Equity, Unternehmenskredite, Corporate Bank und verbriefte Produkte (konsolidierte SPE-Positionen), in erster Linie aufgrund der begrenzt beobachtbaren Preisdaten und reduzierten Preisinformationen von externen Anbietern. Im Jahr 2012 wurden Aktiven in Höhe von CHF 11 516 Mio. aus Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie Handelsbestände und zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen. Die Übertragungen aus Level 3 erfolgten hauptsächlich in den Geschäftsbereichen für Aktienderivate, Private Equity, verbriefte Produkte (konsolidierte SPE-Positionen), Unternehmenskredite, Zinsen und CMBS, da sich die betreffenden Preisdaten besser beobachten liessen und die Preisinformationen von externen Anbietern vermehrt verfügbar waren.

Qualitative Offenlegung von Bewertungsmethoden

Überblick

Die Gruppe verfügt über ein regelmässig aktualisiertes Regelwerk der Bewertungskontrolle, das durch Weisungen und Verfahren gestützt wird, in denen die Grundsätze für die Kontrolle der Bewertung der Finanzinstrumente der Gruppe festgelegt sind. Product Control und Risk Management erstellen, prüfen und genehmigen wichtige Bewertungsrichtlinien und -verfahren. Das Regelwerk umfasst drei interne Hauptprozesse: (i) die Bewertungskontrolle, (ii) die unabhängige Preisüberprüfung und Überprüfung von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern und (iii) eine funktionsübergreifende Überprüfung der Preismodelle. Mit diesem Regelwerk ermittelt die Gruppe die Plausibilität des Fair Value ihrer Finanzinstrumente.

Für jedes Geschäftsfeld finden monatlich Besprechungen mit leitenden Vertretern von Front Office und Product Control statt, an denen Ergebnisse unabhängiger Preisüberprüfungen, Wertberichtigungen und andere bedeutende Bewertungsprobleme erörtert werden. Product Control führt vierteljährlich eine Überprüfung der bedeutenden Fair-Value-Änderungen von Finanzinstrumenten durch und zieht Schlussfolgerungen hinsichtlich der Plausibilität dieser Veränderungen. Zudem finden vierteljährlich für jedes Geschäftsfeld Besprechungen mit leitenden Vertretern von Front Office, Product Control, Risk Management und Financial Accounting statt, an denen Ergebnisse unabhängiger Preisüberprüfungen, Bewertungsprobleme, Geschäfts- und Marktupdates sowie eine Überprüfung der bedeutenden Fair-Value-Änderungen

gegenüber dem Vorquartal, der bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter, der in Bewertungsverfahren verwendeten Preise und der Wertberichtigungen erörtert werden.

Die Ergebnisse dieser Besprechungen werden zusammengefasst und dem Valuation and Risk Management Committee (VARMC) und dem Audit Committee vorgelegt. Das VARMC, das sich aus Mitgliedern der Geschäftsleitung und den Leitern der Geschäfts- und Kontrollfunktionen zusammensetzt, tritt zusammen, um Schlussfolgerungen hinsichtlich der Bewertungsüberprüfung zu prüfen und zu bestätigen und bedeutende Bewertungsprobleme der Gruppe zu lösen. Die Aufsicht über das Regelwerk der Bewertungskontrolle erfolgt mittels spezifischer und regelmässiger Bewertungsberichte des VARMC direkt an die Geschäftsleitung der Gruppe.

Einer der Hauptbestandteile des Kontrollprozesses ist die Trennung von Zuständigkeiten zwischen Front Office und Product Control. Das Front Office ist für die tägliche Erfassung von Inventarpositionen zum Fair Value zuständig, während Product Control dafür verantwortlich ist, diese Bewertungen in regelmässigen Abständen unabhängig zu überprüfen und zu validieren. Das Front Office bewertet das Inventar, soweit möglich, anhand von beobachtbaren Marktdaten, gegebenenfalls anhand ausgeführter Transaktionen oder durch Händler oder Broker gestellter Preise für dasselbe oder ein ähnliches Instrument. Product Control bewertet dieses Inventar anhand von unabhängigen Daten, die ebenfalls aus ausgeführten Transaktionen oder durch Händler oder Broker gestellten Preisen bestehen.

Product Control nutzt im Rahmen der Überprüfung Daten von unabhängigen Pricing Services. Um sicherzustellen, dass die Daten dieser unabhängigen Pricing Services den Fair Value widerspiegeln, werden diese Daten einer Analyse unterzogen. Diese Analyse umfasst die Bestätigung der Daten anhand ausgeführter Transaktionen oder durchführbarer Broker-Preise, die Überprüfung und Beurteilung der Teilnehmer, um sicherzustellen, dass es sich um aktive Marktteilnehmer handelt, die statistische Überprüfung der Daten und die Nutzung von Pricing Challenges. Im Rahmen der Analyse werden zudem die Datenquellen der Pricing Services sowie sämtliche Modelle oder Annahmen, die zur Ergebnisfindung beigetragen haben, untersucht. Zweck der Überprüfung ist es, die Qualität und Verlässlichkeit der Daten für die Nutzung in der Ermittlung des Fair Value sowie für die geeignete Nutzung der Daten in der unabhängigen Bewertung durch Product Control zu beurteilen.

Bei bestimmten Finanzinstrumenten wird der Fair Value ganz oder teilweise anhand von Bewertungsverfahren auf der Basis von Annahmen geschätzt, die nicht durch am Markt beobachtbare Preise, Sätze oder andere Eingabeparameter gestützt werden. Darüber hinaus können in Bezug auf eine Bewertung Unsicherheiten bestehen. Diese Unsicherheiten ergeben sich aus der Wahl des verwendeten Bewertungsverfahrens oder -modells, den in diesen Modellen verankerten Annahmen, dem Umfang, in dem Parameter nicht am Markt beobachtbar sind, oder anderen Elementen, die Auswirkungen auf das Bewertungsverfahren oder -modell haben. Ein Modell wird kalibriert, wenn bedeutende neue

Marktinformationen verfügbar werden, mindestens aber vierteljährlich im Rahmen der geschäftlichen Überprüfung bedeutender nicht beobachtbarer Eingabeparameter für Level-3-Instrumente. Bei Modellen, die als bedeutend für den gesamten Fair Value des Finanzinstruments eingestuft sind, erfolgt die Validierung im Rahmen der periodischen Überprüfung des betreffenden Modells.

Die Gruppe führt eine Sensitivitätsanalyse ihrer bedeutenden Level-3-Finanzinstrumente durch. Mit dieser Sensitivitätsanalyse wird ein Fair-Value-Bereich geschätzt, indem der Wert der betreffenden bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter verändert wird. Diese Sensitivitätsanalyse ist ein interner Mechanismus zur Überwachung der Auswirkung plausibler alternativer Parameter oder Preise für Level-3-Finanzinstrumente. Wenn zur Feststellung des Fair Value des Level-3-Finanzinstruments ein modellbasiertes Verfahren zum Einsatz kommt, wird ein alternativer Eingabewert verwendet, um einen geschätzten Fair-Value-Bereich abzuleiten. Wird der Fair Value des Level-3-Finanzinstruments mithilfe eines preisbasierten Verfahrens ermittelt, wird der Fair-Value-Bereich anhand des professionellen Urteils des Front Office geschätzt.

Die folgenden Informationen über die verschiedenen Bewertungsmethoden und die bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter der verschiedenen Finanzinstrumente und über die Sensitivität von Fair-Value-Bewertungen von Änderungen der bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter sollten in Verbindung mit den Tabellen «Quantitative Informationen zu Level-3-Aktiven zum Fair Value» und «Quantitative Informationen zu Level-3-Verbindlichkeiten zum Fair Value» gelesen werden.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen

Im Rahmen von ▫ Reverse-Repo-Geschäften erworbene oder von Repo-Geschäften verkaufte Wertpapiere werden mithilfe der Analyse von abdiskontierten zukünftigen Mittelflüssen (Discounted-Cashflow-Analyse) zum Fair Value erfasst. Zukünftige Geldflüsse werden dabei mithilfe von beobachtbaren Marktzinskurven für die entsprechenden Laufzeiten und die gestellten Sicherheiten der Instrumente abgezinst. Die grosse Mehrheit der im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften erworbenen beziehungsweise im Rahmen von ▫ Repo-Geschäften verkauften Wertpapiere werden somit in Level 2 der Fair-Value-Hierarchie erfasst. In strukturierte Reverse-Repo- und Repo-Transaktionen sind Derivate eingebettet. Ihre Bewertung erfolgt anhand derselben Verfahren wie die weiter unten erläuterte Bewertung von eigenständigen Derivaten, die zu Handelszwecken gehalten werden oder im Rahmen von Sicherungsgeschäften bilanziert werden. Wird der Wert eines eingebetteten Derivats weitgehend aufgrund von nicht beobachtbaren Eingabeparametern ermittelt, fallen die betreffenden strukturierten Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte unter Level 3 der Fair-Value-Hierarchie. Ein bedeutender nicht beobachtbarer Eingabeparameter ist die Finanzierungsrisikoprämie.

Die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften erworbenen Wertpapiere sind im Allgemeinen vollumfänglich oder über ihren Wert hinaus mit Staatsanleihen, Geldmarktinstrumenten,

Unternehmensanleihen oder anderen Schuldverschreibungen besichert. Fällt eine Gegenpartei aus, hat die Gruppe im Rahmen der Sicherheitsvereinbarungen das Recht, die in ihrem Besitz befindlichen Sicherheiten zu verwerten.

Schuldtitel

Ausländische Staaten und Unternehmen

Für Schuldtitel staatlicher Emittenten werden typischerweise Preise in aktiven Märkten gestellt; sie sind folglich als Level-1-Instrumente klassiert. Die Bewertungen von Schuldtiteln, für welche keine Marktpreise zur Verfügung stehen, beruhen auf Renditen, welche die Bonität (Credit Rating), die historische Wertentwicklung, Ausfälle und das Ausmass der Verluste sowie die Laufzeit des Titels, kürzlich im Markt erfolgte Transaktionen oder andere Modellberechnungsmethoden berücksichtigen, wobei auch subjektive Beurteilungen zum Tragen kommen können. Wertpapiere, für die beobachtbare Preise oder Modelldaten im Markt zur Verfügung stehen, werden als Level-2-Instrumente eingestuft. Stehen keine beobachtbaren Preise zur Verfügung oder wenn bedeutende Modellparameter nicht beobachtbar sind, werden die betreffenden Wertpapiere dem Level 3 der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Die Bewertung von Unternehmensanleihen erfolgt anhand der aktuellen Marktniveaus, die entweder auf den jüngsten Markttransaktionen oder auf den durch Broker-Dealer gestellten Preisen beruhen. Lässt sich der Marktpreis für ein bestimmtes Wertpapier nicht auf direktem Weg ermitteln, erfolgt die Bewertung auf Basis der Renditen anderer Instrumente innerhalb der spezifischen oder einer vergleichbaren Kapitalstruktur des Emittenten mit Anpassungen für die Rangstufe (vorrangig/nachrangig) und die Laufzeit. Bewertungen können auch, unter Berücksichtigung der Bonitäts-, Liquiditäts- und Laufzeitunterschiede, durch den Vergleich mit ähnlichen Wertpapieren als Benchmark erfolgen, falls entsprechende Marktdaten vorliegen, oder auch mithilfe von Mittelflussmodellierungsmethoden unter Nutzung beobachtbarer Eingabeparameter, etwa der aktuellen Zinskurven und der beobachtbaren Credit-Default-Swap-Spreads. Bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter können Preis, Rückkaufwahrscheinlichkeit, Korrelation und Kreditrisikoprämie sein. Für Wertschriften mit auf dem Markt vergleichbarem Preis beruht die Unterscheidung zwischen Level 2 und Level 3 auf der relativen Bedeutung von Renditeanpassungen und auf der Genauigkeit der Vergleichsmerkmale (die beobachtbare vergleichbare Wertschrift kann beispielsweise dem gleichen Land, aber einer anderen Branche angehören und eine unterschiedliche Vorrangigkeitsstufe aufweisen: je geringer die Vergleichbarkeit, desto eher handelt es sich um ein Level-3-Instrument).

CMBS, RMBS und CDO

Fair Values für ◉RMBS, ◉CMBS und CDO können als gestellte Preise, die häufig auf den unter Händlern beziehungsweise im Verkehr mit Kunden gehandelten Preisen für ähnlich strukturierte und besicherte Wertpapiere beruhen, zur Verfügung stehen. Fair Values für RMBS, CMBS und CDO, für welche bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter zur Verfügung stehen, werden

anhand des Kapitalisierungssatzes ermittelt. Es kann aus vielerlei Gründen vorkommen, dass kein Preis für die Bestimmung des Fair Value beobachtbar ist, zum Beispiel weil die zuletzt ausgeführte Transaktion für das betreffende Wertpapier lange zurückliegt oder weil ein Preis für ein ähnliches Instrument oder ein Preis aus einem unverbindlichen Angebot verwendet wird. Eine Bestimmung des Fair Value anhand des auf dem Markt vergleichbaren Preises kann Discounted-Cashflow-Modelle einbeziehen, welche als Parameter die Quote vorzeitiger Tilgungen, die Ausfallraten, die Verlustquote und die Diskontsätze verwenden. Preise von ähnlichen beobachtbaren Instrumenten werden zur Berechnung der impliziten Eingabeparameter herangezogen, die anschliessend zur Bewertung von nicht beobachtbaren Instrumenten mithilfe von Discounted Cashflows verwendet werden. Der Discounted-Cashflow-Preis wird dann mit den beobachtbaren Preisen verglichen und bezüglich seiner Angemessenheit bewertet.

Bei den meisten strukturierten Schuldtiteln beruht die Ermittlung des Fair Value auf subjektiven Einschätzungen, die von der Liquidität, der Eignerstruktur (Konzentration) und dem aktuellen wirtschaftlichen und Konkurrenzumfeld abhängen. Die Bewertung erfolgt anhand der eigenen Annahmen des Front Office über die wahrscheinlich im Markt gestellten Preise für den betreffenden Vermögenswert.

Gedekte Anleihe- und Kreditverbindlichkeiten werden in verschiedene strukturierte Tranchen aufgeteilt, wobei die Bewertung jeder einzelnen Tranche auf Basis ihres individuellen Ratings und der zugrundeliegenden Sicherheiten der Struktur erfolgt. Für die Bewertung von Cash-CDOs und synthetischen CDOs werden Bewertungsmodelle verwendet.

Beteiligungspapiere

Die meisten Positionen der Gruppe in Beteiligungspapieren werden an öffentlichen Börsen gehandelt, so dass gestellte Preise leicht und regelmässig erhältlich sind. Daher werden sie als Level-1-Instrument klassiert. Level-2- und Level-3-Beteiligungspapiere umfassen fondsgebundene Produkte, Wandelanleihen oder mit Restriktionen versehene Beteiligungspapiere, die nicht in aktiven Märkten gehandelt werden. Bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter können ein Vielfaches des Ergebnisses vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA), der Diskontsatz und der Kapitalisierungssatz sein.

Derivate

◉ Derivate, die zu Handelszwecken gehalten werden oder im Rahmen von Sicherungsgeschäften bilanziert werden, bestehen aus OTC-Derivaten und börsengehandelten Derivaten. Der Fair Value von börsengehandelten Derivaten wird anhand beobachtbarer Preise ermittelt. Diese werden in Level 1 der Fair-Value-Hierarchie erfasst. Bei börsengehandelten Derivaten mit geringem Handelsvolumen lässt sich der beobachtbare Börsenpreis zum Bilanzstichtag möglicherweise nicht realisieren. Diese Derivate werden auf die gleiche Art und Weise bewertet wie vergleichbare beobachtbare OTC-Derivate und in Level 2 der Fair-Value-Hierarchie erfasst. Falls das vergleichbare OTC-Derivat, das für die

Bewertung des börsengehandelten Derivates herangezogen wird, nicht beobachtbar ist, wird das börsengehandelte Derivat in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie erfasst.

Der Fair Value von OTC-Derivaten wird entweder mithilfe von für die Branche massgeblichen Modellen oder mithilfe von selbst entwickelten Modellen ermittelt. Beide Modellarten verwenden verschiedene beobachtbare und nicht beobachtbare Eingabeparameter zur Bestimmung des Fair Value. Zu diesen Eingabeparametern zählen diejenigen Eigenschaften des betreffenden Derivats, welche sich auf die ökonomische Wirkung des Instruments auswirken. Bei der Bestimmung des Fair Value zahlreicher Derivate ist nur ein begrenztes Mass an Subjektivität notwendig, da sich die erforderlichen Eingabeparameter im Markt beobachten lassen. Für komplexere Derivate können auch nicht beobachtbare Eingabeparameter verwendet werden, die auf spezifischen, selbst entwickelten Modellhypothesen beruhen. Stehen keine beobachtbaren Eingabeparameter (an Börsen, von Händlern oder Brokern gestellte Preise oder Konsensangaben von Marktdatenanbietern) zur Verfügung, werden die Bewertungen nach Möglichkeit durch Kalibrierung beobachtbarer Preise (Kassa- und Forward-Preise, Mean Reversion, Benchmark-Zinskurven und Volatilitätseingaben für breit gehandelte Optionsprodukte) vorgenommen. Eingabeparameter, die sich nicht aus anderen Quellen ableiten lassen, beruhen gegebenenfalls auf Schätzungen anhand historischer Daten. Beruht die Bewertung eines OTC-Derivats mehrheitlich auf beobachtbaren Marktdaten, wird es Level 2 zugeordnet; kommen mehrheitlich nicht beobachtbare Eingabeparameter zum Einsatz, wird das betreffende OTC-Derivat in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie erfasst.

Bei unserer Bewertung von Derivaten erfolgt keine Anpassung für die Finanzierungskosten unbesicherter OTC-Derivate aufgrund mangelnder Beobachtbarkeit auf dem Markt.

Zinsderivate

Bei gewöhnlichen OTC-Zinsderivaten wie Zinsswaps, Swaptions und Caps und Floors erfolgt die Bewertung durch Abzinsung der zukünftigen Mittelflüsse. Die zukünftigen Mittelflüsse und die angewendeten Zinssätze werden aus im Markt verbreiteten Renditekurven und branchenweit gültigen Volatilitätseingaben abgeleitet. Stehen Börsenpreise zur Verfügung, fliessen sie ebenfalls in die Bewertung von börsengehandelten Terminkontrakten und Optionen ein und finden eventuell auch Anwendung bei der Ableitung von Renditekurven. Die Eingabeparameter für komplexere Produkte umfassen unter anderem die Korrelation, die Volatilität, Volatilitäts-Skew, die Quote vorzeitiger Tilgungen, die Kreditrisikoprämie, die Basisrisikoprämie und die Mean Reversion.

Währungsderivate

Zu den Währungsderivaten gehören gewöhnliche Produkte wie Kassa-, Termin- und Optionskontrakte, bei denen die erwarteten abgezinsten zukünftigen Mittelflüsse aus den Terminkurskurven und branchenweit anerkannten Verfahren zur Modellierung der Optionalität abgeleitet werden. Falls vorhanden, fliessen auch die Börsenkurse in die Bewertung von Terminkontrakten und Optionen

ein. Die Eingabeparameter für komplexere Produkte umfassen unter anderem die Quote vorzeitiger Tilgungen und die Korrelation.

Aktien- und indexbezogene Derivate

Als Aktienderivate gelten gewöhnliche Optionen und Swaps sowie verschiedene Arten von exotischen Optionen. Die Eingabeparameter für Aktienderivate können die Korrelation, die Volatilität, Skew und die Rückkaufwahrscheinlichkeit umfassen.

Im Allgemeinen ist die Wechselbeziehung zwischen den Parametern Volatilität und Korrelation positiv korreliert.

Kreditderivate

Zu den Kreditderivaten zählen CDS auf einzelne Emittenten und Indizes sowie komplexer strukturierte Kreditprodukte. Gewöhnliche Produkte werden mithilfe der branchenüblichen Modelle und Eingabeparameter bewertet, die sich im Allgemeinen in den Märkten beobachten lassen, einschliesslich Kreditrisikoprämie und Wiedereingangsquote.

Komplexe strukturierte Kreditderivate werden mithilfe von selbst entwickelten Modellen bewertet, die nicht beobachtbare Eingabeparameter wie Wiedereingangsquote, Kreditrisikoprämie, Korrelation und Preis erfordern. Diese Parameter basieren im Allgemeinen auf im Markt beobachtbaren Daten. Eine Bestimmung des Fair Value anhand des Preises kann Discounted-Cashflow-Modelle einbeziehen, welche als Parameter die Quote vorzeitiger Tilgungen, die Ausfallrate, die Verlustquote und den Diskontsatz verwenden.

Sonstige Handelsbestände

Sonstige Handelsbestände umfassen vor allem RMBS-Kredite sowie Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumente. Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumente werden anhand selbst entwickelter Modelle mit mehreren Eingabeparametern bewertet. Der bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter des Fair Value von Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumenten ist die geschätzte marktimplizite Lebenserwartung, bei RMBS-Krediten dagegen der auf dem Markt vergleichbare Preis.

Bei Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumenten werden individuelle Sterblichkeitsraten üblicherweise durch die Multiplikation einer Grundsterblichkeitskurve für die allgemein versicherte Population (berechnet von einem Berufsverband der Aktuarien) mit einem individuellen, spezifischen Multiplikator berechnet. Die Ermittlung dieser Multiplikatoren basiert auf Informationen externer Anbieter von Daten zur Lebenserwartung, welche die Krankengeschichte jeder versicherten Person prüfen, die Familiengeschichte erfassen und weitere Faktoren zur Berechnung der geschätzten Lebenserwartung heranziehen.

Bei RMBS-Krediten variiert die Nutzung des auf dem Markt vergleichbaren Preises für jeden einzelnen Kredit. Für gewisse Kredite, die den beobachtbaren RMBS-Wertschriften vergleichbar sind, werden die Preise von ähnlichen beobachtbaren Instrumenten zur Berechnung der impliziten Eingabeparameter herangezogen, die anschliessend zur Bewertung von nicht beobachtbaren

Instrumenten mithilfe von Discounted-Cashflows verwendet werden. Der Discounted-Cashflow-Preis wird anschliessend mit den beobachtbaren Preisen verglichen und bezüglich seiner Angemessenheit bewertet. Bei anderen RMBS-Krediten werden die Kredite nach spezifischen Merkmalen wie Belehnungssatz, durchschnittlicher Kontostand, Kreditart (Ein- oder Mehrfamilienhaus), Pfandrecht, Reifung, Coupon, FICO Score, Standort, Verzugsstatus, Cashflow-Velocity, Roll Rates, Kreditzweck, Belegung, Art der im Voraus getroffenen Vereinbarung mit den Dienstleistern, Änderungsstatus, Versicherung der Federal Housing Administration, Immobilienwert und Qualität der Dokumente kategorisiert. Kredite mit nicht beobachtbaren Preisen werden in einheitlichen Kategorien zusammengefasst und anschliessend mit auf dem Markt beobachtbaren vergleichbaren Preisen verglichen, um die Angemessenheit der beobachteten Preise zu bewerten.

Sonstige Anlagen

Private Equity, Hedgefonds und sonstige Aktienanlagen

Zu den sonstigen Aktienanlagen zählen in erster Linie Anlagen in Beteiligungspapieren in Form von a) Direktanlagen in externe Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Dachfonds, b) nach der Equity-Methode bewertete Anlagen, bei denen die Gruppe die operative und finanzielle Politik des Anlageobjekts in wesentlichem Mass beeinflussen kann, sowie c) Direktanlagen in nicht börsengängige Beteiligungspapiere.

Direktanlagen in externe Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Dachfonds werden auf Basis ihres Nettoinventarwerts (NAV) zum Fair Value ausgewiesen. Die meisten dieser Instrumente werden in der Fair-Value-Hierarchie Level 3 zugeordnet, da kurzfristig Einschränkungen der Rückgabefähigkeit zum Nettoinventarwert gelten. In bestimmten Fällen kann der Nettoinventarwert angepasst werden, falls der durch den Fondsmanager veröffentlichte Nettoinventarwert nachweislich nicht den beobachteten Marktbewegungen entspricht. In diesen Fällen ist es wahrscheinlich, dass diese Investitionen nicht zum NAV verkauft werden oder dass andere Umstände vorliegen, die eine entsprechende Anpassung des veröffentlichten Nettoinventarwerts auslösen. Bei Anpassungen des veröffentlichten Nettoinventarwerts, die allerdings selten vorkommen, stellt das Management in bedeutendem Umfang auf eigene Einschätzungen ab.

Direktanlagen in nicht börsengängige Beteiligungspapiere umfassen sowohl Immobilienanlagen als auch andere Anlagen. Diese Anlagen sowie nach der Equity-Methode bewertete Anlagen werden zunächst zu ihrem Transaktionspreis ausgewiesen, da dieser die beste Näherung an den Fair Value darstellt. Danach werden diese Anlagen einzeln anhand zahlreicher Faktoren zum Fair Value bewertet. Diese Faktoren umfassen etwa die jüngsten Finanzierungsrunden mit externen Anlegern, vergleichbare Unternehmenstransaktionen, mehrfache Geldfluss- oder Buchwertanalysen beziehungsweise Discounted-Cashflow-Analysen. Nicht beobachtbare Eingabeparameter können Kreditrisikoprämie, Eventualwahrscheinlichkeit und ein Vielfaches von EBITDA umfassen. Häufig sind die in diesen Modellen verwendeten Parameter

nur in beschränktem Mass verfügbar, so dass die Einschätzung ihrer Entwicklung im Zeitverlauf in hohem Mass von den Annahmen des Managements abhängt. Daher werden diese Anlagen in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie erfasst.

Life-Finance-Instrumente

Life-Finance-Instrumente umfassen Kapitaleinlageversicherungspolicen mit Einmalprämie und sofortiger Rente (SPIA) und andere Premium-Finance-Instrumente. Life-Finance-Instrumente werden ähnlich bewertet wie Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumente, die im obigen Abschnitt «Sonstige Handelsbestände» beschrieben werden.

Ausleihungen

Die Ausleihungen der Gruppe, die zum Fair Value ausgewiesen werden, umfassen in erster Linie Ausleihungen an Gewerbe und Industrie sowie an Finanzinstitute. Innerhalb dieser Kategorien umfassen die zum Fair Value bewerteten Ausleihungen kommerzielle Kredite, Immobilienkredite, Unternehmenskredite, Leveraged-Finance-Kredite sowie Ausleihungen im Bereich der Emerging Markets. Der Fair Value beruht auf kürzlich erfolgten Abschlüssen und gestellten Preisen, falls solche zur Verfügung stehen. Bei deren Fehlen kann die Ermittlung des jeweiligen Fair Value mithilfe von Relative-Value-Benchmark-Vergleichen, welche Preisermittlungen aufgrund von anderen Positionen innerhalb derselben Kapitalstruktur, anderen vergleichbaren Kreditvergaben, generischen branchenweiten Kreditrisikoprämien, den impliziten Kreditrisikoprämien auf Basis von CDS für den betreffenden Kreditnehmer und Unternehmensbewertungen umfassen, oder auch auf Basis von Ausstiegspreisen für die Sicherheiten unter aktuellen Marktbedingungen erfolgen.

Sowohl die gedeckten als auch die ungedeckten Teile der revolving Kreditlimiten innerhalb des Unternehmenskreditportfolios werden anhand eines Preisstellungsmodells für CDS bewertet, bei dem ein Grossteil der Eingabeparameter auf Schätzungen beruht. Hierzu zählen etwa Kreditrisikoprämien, Wiedereingangsquote, Kreditkonversionsfaktoren sowie die gewichtete Durchschnittslaufzeit der einzelnen Kredite. Bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter können Kreditrisikoprämie und Preis umfassen.

Zu den sonstigen Aktiven und Verbindlichkeiten der Gruppe zählen im Zusammenhang mit der Verbriefungstätigkeit gehaltene Hypothekarkredite sowie Aktiven und Verbindlichkeiten von VIEs und verbrieft Hypothekarkredite, welche unter US GAAP als nicht zur Veräusserung verfügbar qualifizieren. Der Fair Value von im Zusammenhang mit Verbriefungen gehaltenen Hypothekarkrediten wird auf Basis des Gesamtkredits ermittelt und stimmt mit der Bewertung der RMBS-Darlehen überein, wie weiter oben unter «Sonstige Handelsbestände» dargelegt. Diese Berechnung erfolgt auf der Basis von Kreditablösepreisen zu aktuellen Marktbedingungen. Der Fair Value von Aktiven und Verbindlichkeiten von VIEs und Verbriefungen von Hypothekarkrediten, welche unter US GAAP als nicht zur Veräusserung verfügbar qualifizieren, wird

anhand der Preisstellungen für besicherte Anleihen festgestellt, falls solche zur Verfügung stehen. Ist dies nicht der Fall, kommen Cashflow-Analysen für derartige Anleihen zur Anwendung.

Periodengerecht abgegrenzte Kredite des Private Banking & Wealth Management, für die in der Tabelle «Buchwert und Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten» ein geschätzter Fair Value angegeben ist, umfassen Ausleihungen an Privatkunden im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten, Lombardkrediten oder Privatkrediten sowie Ausleihungen an Unternehmen und Institutionelle im Zusammenhang mit Immobilien, Ausleihungen an Gewerbe und Industrie sowie Ausleihungen an Finanzinstitute, Regierungen und öffentliche Institutionen. Der Fair Value dieser Ausleihungen wird anhand eines Discounted-Cashflow-Modells ermittelt. Zukünftige Geldflüsse werden mit risikoadjustierten Diskontierungssätzen abgezinst, die von beobachtbaren Marktzinsen für die betreffende Laufzeit und Währung und von gegenparteibezogenen Kreditrisikoprämien abgeleitet werden.

Einlagen

Bei periodengerecht abgegrenzten Einlagen mit angegebener Laufzeit, für die in der Tabelle «Buchwert und Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten» ein geschätzter Fair Value angegeben ist, wird der Fair Value im Allgemeinen anhand eines Discounted-Cashflow-Modells berechnet, welches die Kreditrisikoprämien der Gruppe einbezieht. Der geschätzte Fair Value periodengerecht abgegrenzter Einlagen ohne angegebene Laufzeit kommt dem Buchwert nahe. Er umfasst jedoch keine Schätzung des Wertes, der den langfristigen Kundenbeziehungen beigemessen wird. Insgesamt erhöht dieser den Wert der stabilen Einlagenbasis der Gruppe erheblich.

Kurzfristige Geldaufnahmen und langfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Geldaufnahmen und langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe umfassen strukturierte Schuldtitel (hybride Finanzinstrumente, die teilweise in zwei Komponenten aufgespalten werden können) und gewöhnliche Schuldtitel.

Der Fair Value von strukturierten Notes beruht wenn möglich auf gestellten Preisen. Stehen keine Marktpreise zur Verfügung, wird der Fair Value anhand eines Discounted-Cashflow-Modells berechnet, welches die Kreditrisikoprämien der Gruppe, den Wert der eingebetteten Derivate und die Restlaufzeit der Emission auf Basis von Call-Optionen einbezieht. Die in die emittierten Schuldtitel eingebetteten Derivate werden im Einklang mit den oben dargestellten Ansätzen für eigenständige Derivatkontrakte der Gruppe bewertet, die zu Handelszwecken gehalten oder im Rahmen von Sicherungsgeschäften bilanziert werden. Der Fair Value von strukturierten Schuldtiteln steht unter bedeutendem Einfluss der kombinierten Call-Optionen und der Entwicklung der Renditen aus den Derivaten. Bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter für langfristige Verbindlichkeiten umfassen die Rückkaufswahrscheinlichkeit, das Kurssprungrisiko, die Korrelation, die Volatilität und den Preis.

Im Allgemeinen ist die Wechselbeziehung zwischen Volatilität, Skew, Korrelation, Kurssprungrisiko und Kreditrisikoprämien positiv korreliert.

Sonstige Verbindlichkeiten

Nicht als Verkauf qualifizierende Transaktionen

Diese Verbindlichkeiten stellen die Finanzierung von Vermögenswerten dar, die keine Bilanzierung als Verkauf nach US GAAP erreicht haben. Nicht als Verkauf qualifizierende Transaktionen werden entsprechend den zugrunde liegenden Finanzinstrumenten bewertet.

Kurzfristige Finanzinstrumente

Für bestimmte kurzfristige Finanzinstrumente, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen sind, ist der Fair Value dennoch in der Tabelle «Buchwert und Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten» angegeben. Zu diesen Instrumenten zählen flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken, Forderungen und Verbindlichkeiten aus Barsicherheiten sowie andere im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit entstehende Forderungen und Verbindlichkeiten. Bei diesen Finanzinstrumenten kommt der Buchwert dem Fair Value nahe, weil zwischen Generierung und erwarteter Realisierung ein relativ kurzer Zeitraum liegt und das Kreditrisiko sehr gering ist.

Sensitivität der Fair-Value-Bewertungen von Änderungen von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern

Bei Level-3-Aktiven mit den bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern Rückkaufswahrscheinlichkeit, Vielfaches von EBITDA, marktimplizite Lebenserwartung (für Life-Finance-Instrumente), Korrelation, Wiedereingangsquote, Preis, Volatilität, Volatilitäts-Skew, Eventualwahrscheinlichkeit und marktimplizite Lebenserwartung (für Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumente) würde eine Erhöhung des bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameters den Fair Value im Allgemeinen steigern. Bei Level-3-Aktiven mit den bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern Kapitalisierungssatz, Ausfallrate, Diskontsatz, Finanzierungsrisikoprämie, Verlustquote, Quote vorzeitiger Tilgungen und Kreditrisikoprämie würde eine Erhöhung des bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameters den Fair Value im Allgemeinen senken.

Eine Erhöhung der betreffenden bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter für Level-3-Verbindlichkeiten hätte die umgekehrte Auswirkung auf den Fair Value zur Folge. Eine Erhöhung der bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter Basisrisikoprämie, Mean Reversion und Skew würde zu einem Rückgang des Fair Value führen. Eine Erhöhung des bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameters Kurssprungrisiko würde den Fair Value erhöhen.

Wechselbeziehungen zwischen bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern

Mit Ausnahme der erwähnten Wechselbeziehungen gibt es keine wesentlichen Wechselbeziehungen zwischen den bedeutenden

nicht beobachtbaren Eingabeparametern für die Finanzinstrumente. Da sich die bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter unabhängig voneinander verändern, hat eine Erhöhung oder Verringerung eines einzelnen bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameters im Allgemeinen keine Auswirkungen auf die anderen bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter.

Quantitative Offenlegung von Bewertungsmethoden

Die folgenden Tabellen enthalten den Bereich der Mindest- und Höchstwerte für alle bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter für Level-3-Aktiven und -Verbindlichkeiten, aufgeschlüsselt nach Bewertungsmethoden, die für das betreffende Finanzinstrument massgeblich sind.

Quantitative Informationen zu Level-3-Aktiven zum Fair Value

Ende 2013	Fair Value	Bewertungsverfahren	Nicht beobachtbare Eingabeparameter	Minimalwert	Maximalwert	Gewichteter Durchschnitt ¹
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt						
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	204	Discounted Cashflow	Finanzierungsrisikoprämie, Basispunkte	90	350	178
Anleihen	5 069					
davon Unternehmen	2 128					
davon	129	Optionsmodell	Korrelation, in %	(83)	96	14
			Rückkaufwahrscheinlichkeit, in % ²	50	100	62
davon	592	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	112	91
davon	807	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	22	957	348
davon RMBS	436	Discounted Cashflow	Diskontsatz, in %	2	33	9
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	27	7
			Ausfallrate, in %	0	25	5
			Verlustquote, in %	0	100	48
davon CMBS	417	Discounted Cashflow	Kapitalisierungssatz, in %	5	12	9
			Diskontsatz, in %	1	30	9
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	20	10
			Ausfallrate, in %	0	18	1
			Verlustquote, in %	0	40	3
davon CDO	1 567					
davon	118	Angebotspreis	Preis, in %	0	100	94
davon	278	Discounted Cashflow	Diskontsatz, in %	2	24	6
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	30	7
			Ausfallrate, in %	1	15	3
			Verlustquote, in %	25	100	68
davon	423	Marktvergleichswert	Preis, in %	85	101	98

¹ Nicht derivative Instrumente werden in der Regel auf gewichteter Durchschnittsbasis ausgewiesen, während bestimmte derivative Instrumente entweder aus einer Kombination aus gewichteten Durchschnitten und arithmetischen Mittelwerten der entsprechenden Eingaben bestehen oder auf Basis des arithmetischen Mittels ausgewiesen werden.

² Schätzung der Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmensanleihen während der Restlaufzeit des Finanzinstruments aufgrund des Wahlrechts des Emittenten gekündigt werden.

Quantitative Informationen zu Level-3-Aktiven zum Fair Value (Fortsetzung)

Ende 2013	Fair Value	Bewertungs- verfahren	Nicht beobachtbare Eingabeparameter	Minimal- wert	Maximal- wert	Gewichteter Durchschnitt ¹
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt						
Aktien	595					
davon	270	Marktvergleichswert	Vielfaches von EBITDA	3	12	7
davon	35	Discounted Cashflow	Kapitalisierungssatz, in %	7	7	7
			Diskontsatz, in %	15	15	15
Derivate	5 217					
davon Zinsprodukte	1 574	Optionsmodell	Korrelation, in %	15	100	82
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	5	31	24
			Volatilität, in %	2	31	6
			Volatilitäts-Skew, in %	(9)	2	(1)
			Kreditrisikoprämie, Basispunkte	95	2 054	218
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	1 240	Optionsmodell	Korrelation, in %	(83)	96	14
			Volatilität, in %	2	252	26
davon Kreditderivate	1 138	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	1	2 054	298
			Wiedereingangsquote, in %	0	77	25
			Diskontsatz, in %	4	29	14
			Ausfallrate, in %	1	16	6
			Verlustquote, in %	10	100	59
			Korrelation, in %	34	97	83
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	17	5
Sonstige	2 829					
davon	2 139	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	146	34
davon	589	Discounted Cashflow	Marktimplizite Lebens- erwartung, in Jahren	3	19	9
Handelsbestände	13 710					
Anlagen in Wertschriften	2	–	–	–	–	–
Private Equity	3 345	– ²	– ²	– ²	– ²	– ²
Hedgefonds	392	– ²	– ²	– ²	– ²	– ²
Sonstige Aktienanlagen	1 632					
davon Private	1 630					
davon	384	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	897	3 175	1 207
			Eventualwahrscheinlichkeit, in %	59	59	59
davon	813	Marktvergleichswert	Vielfaches von EBITDA	1	10	8
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	1 600	Discounted Cashflow	Marktimplizite Lebens- erwartung, in Jahren	1	21	9
Sonstige Anlagen	6 969					
Ausleihungen	7 998					
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	5 309					
davon	4 526	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	50	2 488	504
davon	326	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	100	69
davon Finanzinstitute	1 322	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	98	884	302
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	42	–	–	–	–	–
Sonstige Aktiven	6 159					
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	5 615					
davon	1 954	Angebotspreis	Preis, in %	0	160	99
davon	1 042	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	75	2 389	467
			Wiedereingangsquote, in %	1	1	0
davon	2 420	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	105	59
Total Level-3-Aktiven zum Fair Value	35 084					

¹ Nicht derivative Instrumente werden in der Regel auf gewichteter Durchschnittsbasis ausgewiesen, während bestimmte derivative Instrumente entweder aus einer Kombination aus gewichteten Durchschnitten und arithmetischen Mittelwerten der entsprechenden Eingaben bestehen oder auf Basis des arithmetischen Mittels ausgewiesen werden.

² Offenlegung nicht verlangt, da die Bestände zum unkorrigierten NAV bilanziert werden. Siehe «Fair-Value-Bewertung von Anlagen in bestimmte Gesellschaften, die einen Nettoinventarwert pro Anteil berechnen» für weitere Informationen.

Quantitative Informationen zu Level-3-Aktiven zum Fair Value (Fortsetzung)

Ende 2012	Fair Value	Bewertungs- verfahren	Nicht beobachtbare Eingabeparameter	Minimal- wert	Maximal- wert
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt					
Anleihen	5 888				
davon Unternehmen	3 192				
davon	754	Optionsmodell	Korrelation, in %	(87)	97
			Rückkaufwahrscheinlichkeit, in % ¹	50	100
davon	797	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	146
davon	1 231	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	0	2 439
davon RMBS	724	Discounted Cashflow	Diskontsatz, in %	2	50
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	55
			Ausfallrate, in %	0	25
			Verlustquote, in %	0	100
davon CMBS	1 023	Discounted Cashflow	Kapitalisierungssatz, in %	5	12
			Interne Rendite, in %	9	15
			Diskontsatz, in %	2	35
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	10
			Ausfallrate, in %	0	40
			Verlustquote, in %	0	90
davon CDO	447				
davon	193	Angebotspreis	Preis, in %	0	102
davon	123	Discounted Cashflow	Diskontsatz, in %	2	35
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	40
			Ausfallrate, in %	0	25
			Verlustquote, in %	0	100
davon	78	Marktvergleichswert	Preis, in %	80	93

¹ Schätzung der Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmensanleihen während der Restlaufzeit des Finanzinstruments aufgrund des Wahlrechts des Emittenten gekündigt werden.

Quantitative Informationen zu Level-3-Aktiven zum Fair Value (Fortsetzung)

Ende 2012	Fair Value	Bewertungs- verfahren	Nicht beobachtbare Eingabeparameter	Minimal- wert	Maximal- wert
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt					
Aktien	485				
davon	237	Marktvergleichswert	Viefaches von EBITDA	3	12
davon	26	Discounted Cashflow	Kapitalisierungssatz, in %	7	7
Derivate	6 650				
davon Zinsprodukte	1 859	Optionsmodell	Korrelation, in %	17	100
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	2	45
			Volatilität, in %	(5)	31
			Kreditrisikoprämie, Basispunkte	34	157
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	1 920	Optionsmodell	Korrelation, in %	(87)	97
			Volatilität, in %	2	157
davon Kreditderivate	1 294	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	1	5 843
			Wiedereingangsquote, in %	0	75
			Diskontsatz, in %	2	35
			Ausfallrate, in %	0	25
			Verlustquote, in %	0	100
			Korrelation, in %	30	97
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	40
Sonstige	2 486				
davon	1 891	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	103
davon	564	Discounted Cashflow	Lebenserwartung, in Jahren	4	20
Handelsbestände	15 509				
Anlagen in Wertschriften	170	–	–	–	–
Private Equity	3 958	– ¹	– ¹	– ¹	– ¹
Hedgefonds	165	– ¹	– ¹	– ¹	– ¹
Sonstige Aktienanlagen	2 243				
davon Private	2 245				
davon	759	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	1 070	2 049
			Eventualwahrscheinlichkeit, in %	50	50
davon	903	Marktvergleichswert	Viefaches von EBITDA	2	13
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	1 818	Discounted Cashflow	Lebenserwartung, in Jahren	1	23
Sonstige Anlagen	8 184				
Ausleihungen	6 619				
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	4 778	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	0	2 763
davon Finanzinstitute	1 530	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	0	888
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	43	–	–	–	–
Sonstige Aktiven	5 164				
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	4 463				
davon	2 031	Angebotspreis	Preis, in %	0	103
davon	328	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	20	1 458
davon	2 009	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	115
Total Level-3-Aktiven zum Fair Value	35 689				

¹ Offenlegung nicht verlangt, da die Bestände zum unkorrigierten NAV bilanziert werden. Siehe «Fair-Value-Bewertung von Anlagen in bestimmte Gesellschaften, die einen Nettoinventarwert pro Anteil berechnen» für weitere Informationen.

Quantitative Informationen zu Level-3-Verbindlichkeiten zum Fair Value

Ende 2013	Fair Value	Bewertungs- verfahren	Nicht beobachtbare Eingabeparameter	Minimal- wert	Maximal- wert	Gewichteter Durchschnitt ¹
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt						
Kundeneinlagen	55	–	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	114	Discounted Cashflow	Finanzierungsrisikoprämie, Basispunkte	90	90	90
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	5 564					
davon Zinsderivate	1 129	Optionsmodell	Basisrisikoprämie, Basispunkte	(5)	148	74
			Korrelation, in %	17	99	62
			Mean Reversion, in % ²	5	10	6
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	5	31	23
davon Fremdwährungsderivate	938	Optionsmodell	Korrelation, in %	(10)	70	48
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	19	31	25
davon Aktien/Index-bezogene Derivate	1 896	Optionsmodell	Korrelation, in %	(83)	96	14
			Skew, in %	79	152	118
			Volatilität, in %	2	252	26
			Rückkaufwahrscheinlichkeit, in % ³	50	100	62
davon Kreditderivate	1 230	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	1	2 052	252
			Diskontsatz, in %	4	29	14
			Ausfallrate, in %	1	15	6
			Wiedereingangsquote, in %	14	77	43
			Verlustquote, in %	6	100	62
			Korrelation, in %	34	98	55
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	17	2
Kurzfristige Geldaufnahmen	165	–	–	–	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	9 780					
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	6 217	Optionsmodell	Korrelation, in %	(83)	99	16
			Volatilität, in %	5	252	28
			Rückkaufwahrscheinlichkeit, in % ³	50	100	62
			Kurssprungrisiko, in % ⁴	0	5	0
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	2 552					
davon	2 105	Angebotspreis	Preis, in %	0	217	104
davon	301	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	93	13
Sonstige Verbindlichkeiten	2 861					
davon nicht qualifizierende Verkäufe	1 143					
davon	829	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	100	63
davon	195	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	813	1 362	1 185
			Wiedereingangsquote, in %	23	23	23
Total Level-3-Verbindlichkeiten zum Fair Value	18 539					

¹ Nicht derivative Instrumente werden in der Regel auf gewichteter Durchschnittsbasis ausgewiesen, während bestimmte derivative Instrumente entweder aus einer Kombination aus gewichteten Durchschnitten und arithmetischen Mittelwerten der entsprechenden Eingaben bestehen oder auf Basis des arithmetischen Mittels ausgewiesen werden.

² Geschwindigkeit, mit welcher die Zinssätze gemäss bestmöglicher Schätzung des Managements den langfristigen Mittelwert wieder annehmen werden.

³ Schätzung der Wahrscheinlichkeit, dass der Gruppe strukturierte Schuldtitel während der Restlaufzeit des Finanzinstruments aufgrund des Wahlrechts des Investors zurückgegeben werden.

⁴ Risiko von unerwartet hohen Abnahmen der zugrunde liegenden Werte zwischen den Abwicklungsdaten der Sicherheiten.

Quantitative Informationen zu Level-3-Verbindlichkeiten zum Fair Value (Fortsetzung)

Ende 2012	Fair Value	Bewertungs- verfahren	Nicht beobachtbare Eingabeparameter	Minimal- wert	Maximal- wert
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt					
Kundeneinlagen	25	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	5 356				
davon Zinsderivate	1 357	Optionsmodell	Basisrisikoprämie, Basispunkte	(28)	54
			Korrelation, in %	17	100
			Mean Reversion, in % ¹	(33)	5
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	4	45
davon Fremdwährungsderivate	1 648	Optionsmodell	Korrelation, in %	(10)	70
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	4	22
davon Aktien/Index-bezogene Derivate	1 003	Optionsmodell	Korrelation, in %	(87)	97
			Skew, in %	56	128
			Volatilität, in %	2	157
			Rückkaufwahrscheinlichkeit, in % ²	50	100
			Kurs sprungrisiko, in % ³	0	4
davon Kreditderivate	819	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	0	5 843
			Diskontsatz, in %	2	35
			Ausfallrate, in %	0	25
			Wiedereingangsquote, in %	0	77
			Verlustquote, in %	0	100
			Korrelation, in %	0	47
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	40
Kurzfristige Geldaufnahmen	124	–	–	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	10 098				
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	6 189	Optionsmodell	Korrelation, in %	(87)	97
			Volatilität, in %	2	157
			Rückkaufwahrscheinlichkeit, in % ²	50	100
			Kurs sprungrisiko, in % ³	0	12
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	2 551				
davon	2 255	Angebotspreis	Preis, in %	0	103
davon	230	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	87
Sonstige Verbindlichkeiten	2 848				
davon nicht qualifizierende Verkäufe	1 160				
davon	646	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	100
davon	290	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, Basispunkte	0	1 532
Total Level-3-Verbindlichkeiten zum Fair Value	18 451				

¹ Geschwindigkeit, mit welcher die Zinssätze gemäss bestmöglicher Schätzung des Managements den langfristigen Mittelwert wieder einnehmen werden.

² Schätzung der Wahrscheinlichkeit, dass der Gruppe strukturierte Schuldtitel während der Restlaufzeit des Finanzinstruments aufgrund des Wahlrechts des Investors zurückgegeben werden.

³ Risiko von unerwartet hohen Abnahmen der zugrunde liegenden Werte zwischen den Abwicklungsdaten der Sicherheiten.

Qualitative Diskussion über die Bandbreiten von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern

Die folgenden Abschnitte enthalten weitere Informationen über die Bandbreiten von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern, die in den oben stehenden Tabellen enthalten sind. Die Aggregationsebene und die Vielfalt innerhalb der in den Tabellen offengelegten Finanzinstrumente haben bestimmte Bandbreiten von bedeutenden Eingabeparametern zur Folge, die breit gefasst und ungleichmässig über die Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten verteilt sind.

Diskontsatz

Der Diskontsatz ist der Zinssatz, der zur Berechnung des Barwerts der erwarteten Cashflows eines Finanzinstruments herangezogen wird. Es gibt mehrere Faktoren, die den Diskontsatz eines bestimmten Finanzinstruments beeinflussen, darunter der Coupon des Instruments, die Laufzeit und das zugrunde liegende Risiko bezüglich der erwarteten Cashflows. Zwei Instrumente mit ähnlicher Laufzeit und ähnlich erwarteten Cashflows können deutlich unterschiedliche Diskontsätze aufweisen, da die Coupons der Instrumente unterschiedlich sind.

Ausfallrate und Verlustquote

Bei Finanzinstrumenten, die durch Wohnimmobilien oder andere Vermögenswerte gesichert sind, wird der Vielfalt im Portfolio durch eine Vielzahl von Verlustquoten aufgrund variierender Ausfallniveaus Rechnung getragen. Das untere Ende der Bandbreite stellt High-Performing- oder staatlich garantierte Sicherheiten dar, deren \blacktriangleright Ausfallwahrscheinlichkeit gering beziehungsweise deren pünktliche Rückzahlung von Kapital und Zinsen sichergestellt ist. Die Sicherheiten am oberen Ende der Bandbreite sind demgegenüber mit einem höheren Ausfallrisiko behaftet.

Kreditrisikoprämie und Wiedereingangsquote

Bei Finanzinstrumenten, bei denen die Kreditrisikoprämie der bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter ist, stellt die Bandbreite Positionen mit unterschiedlichem Risiko dar. Das untere Ende des Kreditrisikoprämienbandes stellt in der Regel Instrumente mit kürzeren Laufzeiten und/oder besser eingeschätztem Kreditrisiko dar. Das obere Ende des Bandes beinhaltet typischerweise Finanzinstrumente mit längeren Laufzeiten oder Finanzinstrumente, die überfällig, gefährdet oder wertgemindert sind. Ebenso kann die Differenz zwischen dem Referenzkredit und einem Index in erheblichem Umfang variieren, je nach Risiko des Instruments. Die Differenz ist positiv für Instrumente, die ein höheres Ausfallrisiko als der Index haben (basierend auf dem gewichteten Durchschnitt seiner Komponenten) und negativ für Instrumente, die ein geringeres Ausfallrisiko als der Index haben.

Ebenso können die Wiedereingangsquoten stark variieren, je nach den spezifischen Vermögenswerten und Laufzeiten der jeweiligen Transaktion. Transaktionen mit höherer Vorrangigkeit oder werthaltigeren Sicherheiten haben höhere Wiedereingangsquoten, während Transaktionen, die eher nachrangig sind oder deren Sicherheiten weniger werthaltig sind, tiefere Wiedereingangsquoten aufweisen.

Korrelation

Es gibt zahlreiche unterschiedliche Arten von Korrelationsinputs, so etwa die Kreditkorrelation, Korrelation über mehrere Vermögenswerte (wie Aktien-Zins-Korrelation) oder die Korrelation mit nur einem Vermögenswert (wie Zins-Zins-Korrelation). Die Korrelationsinputs werden im Allgemeinen verwendet, um hybride und exotische Instrumente zu bewerten. Die Korrelationsinputs mit nur einem Vermögenswert zeichnen sich grundsätzlich durch eine engere Bandbreite aus als Korrelationsinputs über mehrere Vermögenswerte. Aufgrund der komplexen und einzigartigen Natur dieser Instrumente können die Bandbreiten der Korrelationsinputs im Portfolio allerdings stark variieren.

Quote vorzeitiger Tilgung

Die Quoten vorzeitiger Tilgungen können von Sicherheitenbestand zu Sicherheitenbestand variieren und hängen ab von einer Vielzahl die Sicherheiten betreffender Faktoren, darunter Art und Standort des zugrunde liegenden Kreditnehmers, die verbleibende Laufzeit der Verpflichtung sowie Höhe und Art der Zinsen (fest oder variabel), die der Kreditnehmer bezahlt.

Volatilität und Skew

Volatilität und Skew werden durch das zugrunde liegende Risiko, die Laufzeit und den Ausübungspreis des Derivats beeinflusst. Im Falle von Zinsderivaten können die Volatilitätsraten zwischen den unterschiedlichen zugrunde liegenden Währungen und Verfallterminen dieser Optionen in hohem Masse variieren. Die Volatilität von Aktienderivaten kann ebenfalls stark variieren, in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Referenzinstrument des Derivats.

Marktimplizite Lebenserwartung

Die marktimplizite Lebenserwartung ist der primäre bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter von Produkten wie Life Settlement, Premium Finance und SPIA und entspricht der geschätzten Sterblichkeitsrate des zugrunde liegenden Versicherungsprodukts. Diese Schätzung kann in Abhängigkeit von mehreren Faktoren wie Alter und spezifische Gesundheitsmerkmale des Versicherten variieren.

Feststellung des Fair Value von Anlagen in bestimmten Gesellschaften, welche einen Nettoinventarwert je Anteil berechnen

Anlagen in Fonds, die als Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen erfasst sind, beinhalten vor allem Positionen, die in Aktiendachfonds als Economic Hedge für an Kunden ausgegebene Structured Notes und Derivate gehalten werden und sich auf dieselben zugrunde liegenden Risiko- und Liquiditätsbedingungen des Fonds beziehen. Bei den meisten dieser Fonds gelten aufgrund der Illiquidität der Anlagen Begrenzungen hinsichtlich der Höhe von Rückzügen aus dem Fonds während der Rückgabepériode. In anderen Fällen kann die Höhe der Rückzüge je nach der Kündigungsfrist für die Rückgabe variieren, wobei sie bei längeren Fristen meist höher ist. Darüber hinaus können Strafen fällig werden, wenn die Rückgabe innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach dem Erwerb erfolgt.

Anlagen in Fonds, die als sonstige Anlagen erfasst sind, legen hauptsächlich in nichtkотиerte Wertschriften sowie in geringerem Umfang in börsengehandelte Wertschriften und Dachfonds an. Bei mehreren dieser Anlagen gelten Rückgabebeschränkungen, die im Ermessen des Verwaltungsrats des Fonds liegen, und/oder die Rückgabe ist ohne Beschränkung, aber nur bis zu einem bestimmten Prozentsatz des Gesamtvermögens oder erst nach einem bestimmten Datum zulässig.

Darüber hinaus werden bei Anlagen ohne Rückgabemöglichkeit, die als Handelsbestände und als sonstige Anlagen erfasst sind, die zugrunde liegenden Vermögenswerte dieser Fonds voraussichtlich über die Lebensdauer des Fonds liquidiert, im Allgemeinen über bis zu zehn Jahre.

Die folgende Tabelle bezieht sich auf Anlagen in bestimmten Gesellschaften, die einen Nettoinventarwert je Anteil oder dessen Gegenwert berechnen. Hierbei handelt es sich vor allem um Private-Equity- und Hedgefonds. Der Fair Value derartiger Anlagen lässt sich nicht ohne Weiteres feststellen, die Bewertung zum Fair Value erfolgt anhand des Nettoinventarwerts.

Fair Value, nicht gezogene Verpflichtungen und Bedingungen bezüglich Rückgabefristen

Ende	2013				2012			
	Ohne Rückgaberecht	Mit Rückgaberecht	Total Fair Value	Nicht gezogene Verpflichtungen	Ohne Rückgaberecht	Mit Rückgaberecht	Total Fair Value	Nicht gezogene Verpflichtungen
Fair Value und nicht gezogene Verpflichtungen (in Mio. CHF)								
Anleihenfonds	1	18	19	0	127	38	165	0
Aktienfonds	28	3 096 ¹	3 124	0	52	3 810 ²	3 862	0
Aktienfonds – Leerverkäufe	0	(17)	(17)	0	0	(111)	(111)	0
Total Fonds in Handelsbeständen und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen gehalten	29	3 097	3 126	0	179	3 737	3 916	0
Anleihenfonds	320	183	503	6	69	364	433	157
Aktienfonds	0	25	25	0	3	43	46	0
Sonstige	0	153	153	31	3	153	156	46
Hedgefonds	320	361 ³	681	37	75	560 ⁴	635	203
Anleihenfonds	53	0	53	2	97	0	97	17
Aktienfonds	2 236	0	2 236	464	2 633	0	2 633	724
Immobilienfonds	350	0	350	110	382	0	382	131
Sonstige	706	0	706	250	846	0	846	198
Private Equity	3 345	0	3 345	826	3 958	0	3 958	1 070
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	349	0	349	0	385	0	385	0
Total Fonds in Sonstige Anlagen gehalten	4 014	361	4 375	863	4 418	560	4 978	1 273
Total Fair Value	4 043⁵	3 458⁶	7 501	863⁷	4 597⁵	4 297⁶	8 894	1 273⁷

¹ 55% des Fair-Value-Betrags der Aktienfonds können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, 19% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, 17% können auf monatlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, und 9% können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 45 Tagen zurückgegeben werden.

² 57% des Fair-Value-Betrags der Aktienfonds können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, 17% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, 13% können auf monatlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, und 13% können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 45 Tagen zurückgegeben werden.

³ 45% des Fair-Value-Betrags der Hedgefonds mit Rückgaberecht können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, 33% können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, und 21% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden.

⁴ 66% des Fair-Value-Betrags der Hedgefonds mit Rückgaberecht können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, 19% können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, und 11% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden.

⁵ Enthält für die Jahre 2013 und 2012 CHF 1 819 Mio. beziehungsweise CHF 1 958 Mio., die den Minderheitsanteilen zurechenbar sind.

⁶ Enthält für die Jahre 2013 und 2012 CHF 107 Mio. beziehungsweise CHF 107 Mio., die den Minderheitsanteilen zurechenbar sind.

⁷ Enthält für die Jahre 2013 und 2012 CHF 405 Mio. beziehungsweise CHF 418 Mio., die den Minderheitsanteilen zurechenbar sind.

Nicht periodische Änderungen des Fair Value

Bestimmte Aktiven und Verbindlichkeiten werden nicht periodisch zum Fair Value bewertet. Das bedeutet, dass sie nicht laufend zum Fair Value bewertet werden, sondern nur unter bestimmten Umständen einer Fair-Value-Anpassung unterliegen, zum Beispiel

bei nachweislichen Wertminderungen. Generell setzt die Gruppe nichtfinanzielle, zum Fair Value bewertete Aktiven periodisch und nicht periodisch in einer Art und Weise ein, welcher der grösst- und bestmöglichen Verwendung entspricht.

Nicht periodische Änderungen des Fair Value

Ende	2013	2012
Nicht periodisch zum Fair Value bilanzierte zur Veräusserung gehaltene Aktiven (in Mia. CHF)		
Nicht periodisch zum Fair Value bilanzierte zur Veräusserung gehaltene Aktiven	0.3	0.5
davon Level 3	0.3	0.5

FAIR-VALUE-OPTION

Die Gruppe hat von der Vereinfachung der Rechnungslegung, die durch die Fair-Value-Option angeboten wird, insbesondere im Investment Banking und im Asset-Management-Bereich des Private Banking & Wealth Management Gebrauch gemacht. Dies wurde erreicht, indem die Fair-Value-Option grundsätzlich für Positionen gewählt wurde, für welche die Hedge-Accounting-Vorschriften unter US GAAP anwendbar wären, sowohl bei deren Einführung als auch für nachfolgende Transaktionen. Für Instrumente, für welche die Anwendung von Hedge Accounting nicht möglich war und für welche die Gruppe wirtschaftlich abgesichert ist, hat die Gruppe die Fair-Value-Option gewählt. Auch wo die Gruppe eine Aktivität auf Fair-Value-Basis führt, bis anhin aber keine Fair-Value-Bewertung anwenden durfte, hat die Gruppe die Fair-Value-Option in Anspruch genommen, um ihre Finanzbuchführung auf ihre Risikoberichterstattung abzustimmen.

Die Gruppe hat für bestimmte Positionen der Jahresrechnung die Fair-Value-Option gewählt, wie nachfolgend erläutert wird:

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die strukturierten Reverse-Repo-Geschäfte und die meisten Matched-Book-Reverse-Repo-Geschäfte zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Die Gruppe verzichtete auf die Fair-Value-Option für feste Finanzierungen mittels Reverse-Repo-Geschäften, da es sich hier zumeist um Overnight-Vereinbarungen handelt, die dem Fair Value nahekommen, aber nicht auf Fair-Value-Basis geführt werden.

Sonstige Anlagen

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, bestimmte nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Bei bestimmten ähnlichen Instrumenten, wie etwa nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen in strategischen Beziehungen, beispielsweise die Beteiligung der Gruppe an bestimmten Clearingorganisationen, wurde aufgrund der strategischen Beziehung kein Gebrauch von der zur Verfügung stehenden Fair-Value-Option gemacht.

Ausleihungen

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, nahezu alle kommerziellen Ausleihungen und Kreditverpflichtungen des Investment Banking sowie bestimmte Emerging-Markets-Ausleihungen des Investment Banking zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktivitäten werden nach dem Fair-Value-Prinzip geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Mit der Erfassung zum

Fair Value wird zudem eine Ungleichbehandlung beseitigt, die durch Absicherungsgeschäfte der wirtschaftlichen Risiken (Economic Hedges), welche die Gruppe zur Bewirtschaftung dieser Ausleihungen eingeht, vorhanden war. Für bestimmte ähnliche Ausleihungen wie Projektfinanzierungen, Leasingfinanzierungen, Ausleihungen mit Barsicherheiten und bestimmte Überbrückungskredite, bei welchen die Fair-Value-Option ebenfalls anwendbar wäre, wurde diese aber nicht gewählt, da es derzeit an der für eine Fair-Value-Bewertung solcher Ausleihungen notwendigen Infrastruktur fehlt und/oder keine Absicherungsgeschäfte für die wirtschaftlichen Risiken solcher Ausleihungen möglich sind. Zudem hat die Gruppe im Segment Private Banking & Wealth Management die Wahl getroffen, die Ausleihungen nicht zum Fair Value zu bewerten, da inländische Privatkonsumkredite, Hypothekendarlehen und Unternehmenskredite nicht auf Fair-Value-Basis geführt werden.

Sonstige Aktiven

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die Fair-Value-Option auf zur Veräußerung gehaltene Ausleihungen anzuwenden, da diese kurzfristig gehalten werden und eine Veräußerung der betreffenden Ausleihungen in naher Zukunft beabsichtigt ist. Zu den sonstigen Aktiven zählen auch Aktiven von Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs) und verbrieft Hypothekarkredite, welche die Kriterien zur Verbuchung als Verkauf gemäss US GAAP nicht erfüllen. Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, diese Transaktionen zum Fair Value zu bewerten.

Verbindlichkeiten gegenüber Banken

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, bestimmte Termineinlagen im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten in den Emerging Markets zum Fair Value zu bewerten.

Kundeneinlagen

Die Kundeneinlagen der Gruppe beinhalten fondsgebundene Einlagen. Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die Fair-Value-Option für diese fondsgebundenen Einlagen anzuwenden. Fondsgebundene Produkte werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde.

Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen

Die Gruppe hat ihr Wahlrecht ausgeübt, strukturierte Repo-Geschäfte sowie die meisten Matched-Book-Repo-Geschäfte zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Die Gruppe verzichtete auf die Fair-Value-Option für feste Finanzierungen mittels Repo-Geschäften, da es sich hier zumeist um Overnight-Vereinbarungen handelt, die dem Fair Value nahekommen, aber nicht auf Fair-Value-Basis geführt werden.

Kurzfristige Geldaufnahmen

Zu den kurzfristigen Geldaufnahmen der Gruppe zählen hybride Schuldinstrumente mit eingebetteten Derivaten. Einige dieser eingebetteten Derivate bewirken, dass Derivat und Basisvertrag dieser Schuldinstrumente zu Bewertungszwecken aufgespalten werden können (Bifurcated Debt Instruments). Gemäss den Vorschriften der US GAAP wählte die Gruppe per 1. Januar 2006 für einige dieser Instrumente die Fair-Value-Option. Neue aufspaltbare hybride Instrumente, welche im Jahr 2006 eingegangen wurden, werden zum Fair Value bilanziert. Einige hybride Schuldinstrumente dürfen nicht aufgespalten werden. Gemäss US GAAP darf die Gruppe nicht aufspaltbare hybride Schuldinstrumente zum Fair Value bewerten. Mit Ausnahme bestimmter aufspaltbarer hybrider Schuldinstrumente, bei welchen die Gruppe auf eine Fair-Value-Bewertung verzichtete, bewertet sie alle am 1. Januar 2007 in ihren Büchern befindlichen hybriden Schuldinstrumente sowie alle nach diesem Datum selbst geschaffenen hybriden Schuldinstrumente zum Fair Value. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Für zwei Hauptgruppen von vergleichbaren Instrumenten wurde auf die Fair-Value-Bewertung verzichtet. Die erste Gruppe betrifft das Kreditgeschäft im Segment Private Banking & Wealth Management, welches strukturierte Einlagen und ähnliche Anlageprodukte umfasst. Diese werden entweder aufgespalten oder nach der Abgrenzungsmethode (Accrual Method) geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung nicht als angemessen erachtet wurde. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um Instrumente mit kurzer Restlaufzeit, deren Fair Value am Ende dieser Laufzeit realisiert wird.

Langfristige Verbindlichkeiten

Zu den langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe zählen hybride Schuldinstrumente mit eingebetteten Derivaten, wie oben unter «Kurzfristige Geldaufnahmen» beschrieben. Zu den langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe gehören auch Schuldtitlemissionen, die von der Treasury-Abteilung geführt werden und keine derivativen Merkmale aufweisen (gewöhnliche Schuldinstrumente, Vanilla Debt). Das Zinsänderungsrisiko dieser Instrumente wird von der Gruppe mithilfe von Derivaten aktiv gesteuert. Namentlich festverzinsliche Schuldinstrumente werden mit Zinsswaps «Fix gegen Variabel» abgesichert. Die Gruppe hat mit Einführung der Fair-Value-Option am 1. Januar 2007 ihr Wahlrecht ausgeübt, diese festverzinslichen Schulden zum Fair Value zu bewerten, wobei Fair-Value-Änderungen als Teil des Handelserfolgs erfasst werden. Die Gruppe verzichtete für die seit dem 1. Januar 2008 von der Gruppe ausgegebenen festverzinslichen Schuldinstrumente auf die Anwendung der Fair-Value-Option. Stattdessen wird Hedge Accounting gemäss den Vorgaben der US GAAP angewendet.

Sonstige Verbindlichkeiten

Zu den sonstigen Verbindlichkeiten zählen Verbindlichkeiten aus VIEs und verbrieften Hypothekarkrediten, welche die Kriterien zur Verbuchung als Verkauf gemäss US GAAP nicht erfüllen. Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die Fair-Value-Option für Transaktionen dieser Art anzuwenden.

Unterschied zwischen dem Gesamtbetrag des Fair Value und dem Gesamtbetrag der ausstehenden Kapitalbeträge für Ausleihungen und Finanzinstrumente

Ende	2013			2012		
	Kumulierter Fair Value	Kumulierter ausstehender Nominalbetrag	Differenz	Kumulierter Fair Value	Kumulierter ausstehender Nominalbetrag	Differenz
Ausleihungen (in Mio. CHF)						
Zinslos gestellte Ausleihungen	956	3 262	(2 306)	920	3 810	(2 890)
Finanzinstrumente (in Mio. CHF)						
Zinstragende Einlagen bei Banken	311	307	4	627	615	12
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	96 587	96 217	370	113 664	113 196	468
Ausleihungen	19 457	19 653	(196)	20 000	20 278	(278)
Sonstige Aktiven ¹	20 749	25 756	(5 007)	22 060	29 787	(7 727)
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(690)	(680)	(10)	(531)	(493)	(38)
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(76 104)	(76 012)	(92)	(108 784)	(108 701)	(83)
Kurzfristige Geldaufnahmen	(6 053)	(5 896)	(157)	(4 513)	(4 339)	(174)
Langfristige Verbindlichkeiten	(63 369)	(62 991)	(378)	(65 384)	(66 998)	1 614
Sonstige Verbindlichkeiten	(1 780)	(3 285)	1 505	(3 683)	(6 186)	2 503

¹ Hauptsächlich zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen.

Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten

	2013	2012	2011
	Netto- gewinn/ (-verlust)	Netto- gewinn/ (-verlust)	Netto- gewinn/ (-verlust)
Finanzinstrumente (in Mio. CHF)			
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	0	(13) ²	–
davon bezüglich Kreditrisiko	0	(13)	–
Zinstragende Einlagen bei Banken	10 ¹	12 ¹	0
davon bezüglich Kreditrisiko	(3)	3	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	1 143 ¹	1 183 ¹	1 698 ¹
Sonstige Handelsbestände	0	10 ²	10 ²
Sonstige Anlagen	126 ³	144 ³	196 ²
davon bezüglich Kreditrisiko	11	34	(14)
Ausleihungen	1 470 ¹	925 ¹	(1 105) ²
davon bezüglich Kreditrisiko	26	318	(256)
Sonstige Aktiven	2 058 ¹	2 641 ¹	476 ¹
davon bezüglich Kreditrisiko	604	355	(332)
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	0	(22) ¹	(2) ¹
davon bezüglich Kreditrisiko	(5)	8	45
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(67) ¹	(114) ¹	(575) ¹
Kurzfristige Geldaufnahmen	(256) ²	(350) ²	91 ²
davon bezüglich Kreditrisiko ⁴	0	0	(2)
Langfristige Verbindlichkeiten	(2 759) ²	(7 905) ²	2 342 ²
davon bezüglich Kreditrisiko ⁴	(384)	(2 552)	1 909
Sonstige Verbindlichkeiten	441 ²	826 ²	(286) ²
davon bezüglich Kreditrisiko	112	912	(348)

¹ Hauptsächlich im Zinserfolg berücksichtigt.

² Hauptsächlich im Handelserfolg berücksichtigt.

³ Hauptsächlich im sonstigen Ertrag berücksichtigt.

⁴ Kreditrisikobezogene Fair-Value-Änderungen beruhen auf der Änderung der gruppeneigenen Kreditrisikoprämien. Sonstige Fair-Value-Änderungen sind Änderungen von Fremdwährungskursen, Zinssätzen sowie Bewegungen im Referenzpreis oder -index für strukturierte Schuldtitel zurechenbar. Die Fair-Value-Änderungen auf gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse und die Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung der Kreditrisikoprämie auf den eigenen strukturierten Schuldtiteln betragen für die Jahre 2013, 2012 und 2011 CHF (268) Mio. beziehungsweise CHF (111) Mio., CHF (1 663) Mio. beziehungsweise CHF (931) Mio. und CHF 1 210 Mio beziehungsweise CHF 697 Mio.

Zinsertrag und -aufwand werden auf Basis der vertraglich für die betreffenden Transaktionen festgelegten Zinssätze berechnet. Der Zinsertrag und -aufwand wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung aufgrund der Art des betreffenden Instruments und der diesbezüglichen Marktkonvention erfasst. Wenn die Zinsen als Teil der Änderung im Fair Value eines Instruments mit einbezogen sind, werden sie im Handelserfolg erfasst. Ansonsten werden sie als Zins- und Dividendenerträge beziehungsweise Zinsaufwand erfasst. Dividendenerträge werden ausserhalb des Handelserfolgs erfasst.

Die Auswirkung von Kreditrisiken auf in den Aktiven gehaltenen Schuldtiteln gemäss oben stehender Tabelle wurde aus der Gesamtveränderung des Fair Value abzüglich der Auswirkungen von Änderungen des Basis- oder risikofreien Zinssatzes berechnet. Die Auswirkungen der Veränderung des eigenen Kreditrisikos auf Verbindlichkeiten gemäss oben stehender Tabelle wurden wie

folgt berechnet: Differenz zwischen dem Fair Value der betreffenden Instrumente am Berichtszeitpunkt und dem theoretischen Fair Value der betreffenden Instrumente gemäss Berechnung anhand der am Ende der Berichtsperiode geltenden Renditekurve mit Anpassungen nach oben oder nach unten, je nach Änderung der eigenen Kreditrisikoprämie der Gruppe ab dem Transaktionszeitpunkt bis zum Berichtszeitpunkt.

NICHT ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZINSTRUMENTE

Die folgende Tabelle stellt den Buchwert und den Fair Value von Finanzinstrumenten dar, die in der konsolidierten Bilanz nicht zum Fair Value bewertet sind. Nicht erfasst sind sämtliche Nicht-Finanzinstrumente wie Leasingtransaktionen, Grundstücke, Liegenschaften und Einrichtungen, nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen sowie Vorsorgeverpflichtungen.

Buchwert und Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten

Ende	Buchwert	Fair Value			Total
		Level 1	Level 2	Level 3	
2013 (in Mio. CHF)					
Finanzaktiven					
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	63 435	0	62 891	544	63 435
Ausleihungen	223 902	0	225 641	3 940	229 581
Sonstige Finanzaktiven ¹	142 656	72 134	69 310	1 568	143 012
Finanzverbindlichkeiten					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Einlagen	351 476	212 418	138 980	9	351 407
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	17 928	0	17 928	0	17 928
Kurzfristige Geldaufnahmen	14 140	0	14 148	0	14 148
Langfristige Verbindlichkeiten	66 673	0	64 043	3 774	67 817
Sonstige Finanzverbindlichkeiten ²	96 611	1 129	94 414	1 085	96 628
2012 (in Mio. CHF)					
Finanzaktiven					
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	69 791	0	69 764	27	69 791
Ausleihungen	218 281	0	221 030	4 482	225 512
Sonstige Finanzaktiven ¹	132 147	63 900	66 798	1 772	132 470
Finanzverbindlichkeiten					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Einlagen	331 270	200 838	130 313	9	331 160
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	23 937	0	23 939	0	23 939
Kurzfristige Geldaufnahmen	14 128	0	14 131	0	14 131
Langfristige Verbindlichkeiten	82 750	0	79 846	4 546	84 392
Sonstige Finanzverbindlichkeiten ²	89 361	0	88 121	1 171	89 292

¹ Enthält hauptsächlich flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken, zinstragende Einlagen bei Banken, Forderungen aus Kundenhandel, zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen, Barsicherheiten auf derivativen Instrumenten, Zins- und Gebührenforderungen sowie nicht marktgängige Beteiligungstitel.

² Enthält hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Kundenhandel, Barsicherheiten für derivative Instrumente sowie Zins- und Gebührenverbindlichkeiten.

35 Verpfändete Aktiven und Sicherheiten

Verpfändete Aktiven

Die Gruppe verpfändet Aktiven hauptsächlich für ▫ Repo-Geschäfte und die Finanzierung sonstiger Wertschriftengeschäfte. Bestimmte verpfändete Aktiven können belastet werden, das heisst, sie können verkauft oder weiterverpfändet werden. Die belasteten Aktiven werden in der konsolidierten Bilanz separat ausgewiesen.

Verpfändete Aktiven

Ende	2013	2012
Verpfändete Aktiven (in Mio. CHF)		
Total verpfändete oder sicherungsübereignete Aktiven	142 952	151 419
davon belastet	92 300	90 745

Sicherheiten

Die Gruppe erhält Barmittel und Wertschriften im Zusammenhang mit Verkaufsvereinbarungen, Wertschriftenleihen, Derivatgeschäften sowie durch Einschuss gedeckter Broker-Darlehen. Zusätzlich wurde ein Grossteil der von der Gruppe erhaltenen Sicherheiten und Wertschriften in Verbindung mit Repo-Geschäften, verkauften, aber noch nicht gekauften Wertpapieren, Wertschriftenleihen und Ausleihungen, Verpfändungen an Clearingstellen, Separierungsvorschriften gemäss Wertpapiergesetz und -vorschriften, Derivatgeschäften und Bankdarlehen verkauft oder weiterverpfändet.

Sicherheiten

Ende	2013	2012
Sicherheiten (in Mio. CHF)		
Fair Value von mit dem Recht zur Veräusserung oder Weiterverpfändung erhaltenen Sicherheiten	359 517	402 793
davon veräussert oder weiterverpfändet	267 896	292 514

Sonstige Informationen

Ende	2013	2012
Sonstige Informationen (in Mio. CHF)		
Flüssige Mittel und Wertschriften mit Verfügungsbeschränkung aufgrund ausländischer Bankregulierung	18 130	14 340
Mindestliquidität gemäss Anforderung der Schweizerischen Nationalbank	2 447	2 441

36 Eigenmittelunterlegung

Die Gruppe untersteht den Vorschriften der FINMA. Die Kapitalausstattung der Gruppe unterliegt qualitativen Beurteilungen seitens der Aufsichtsbehörden, einschliesslich der FINMA, hinsichtlich der Zusammensetzung des Kapitals, der Risikogewichtungen und anderer Faktoren. Seit Januar 2013 hielt sich die Gruppe an die als Basel III bekannten internationalen Vorschriften für eine angemessene Eigenkapitalausstattung des Basler Ausschusses. Diese Vorschriften betrafen sowohl die anrechenbaren Eigenmittel als auch die risikogewichteten Aktiven. Die Berechnung der Eigenmittelunterlegung der Gruppe basiert, in Übereinstimmung mit dem FINMA-Rundschreiben 2008/34, auf US GAAP.

Gemäss den Eigenmittelvorschriften der FINMA und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) besteht das gesamte erforderliche Kapital aus den folgenden Kategorien: hartes Kernkapital (Common Equity T1, CET1), Kernkapital (T1) und Ergänzungskapital (T2). Hartes Kernkapital umfasst Eigenkapital nach US GAAP, regulatorische Anpassungen, einschliesslich einer kumulierten Dividendenabgrenzung, sowie Anpassungen, die schrittweise einzuführen sind, einschliesslich einer Anpassung für die buchhalterische Behandlung von Vorsorgeplänen. Das Kernkapital besteht aus CET1- sowie zusätzlichem Kernkapital (AT1), welches Kapitalinstrumente mit hohem und tiefem Auslösungsatz, die schrittweise auslaufen, sowie bestimmte Abzüge, die schrittweise eingeführt werden, umfasst. Zu den Abzügen vom Kernkapital während der Einführungsphase gehören unter anderem Abzüge für Goodwill und immaterielle Werte sowie sonstige Abzüge, einschliesslich Gewinnen/(Verlusten) aus Veränderungen des Kreditrisikos auf eigenen zum Fair Value bewerteten Finanzverbindlichkeiten, die vom harten Kernkapital abgezogen werden, sobald Basel III vollständig eingeführt ist. Das Kernkapital wird erweitert durch das Ergänzungskapital, welches vorwiegend aus unbesicherten, unkündbaren und nachrangigen Instrumenten besteht, die lediglich gegenüber Kernkapitalinstrumenten Vorrang

haben. Die Summe des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals ergibt das Total der anrechenbaren Eigenmittel.

Zu den risikogewichteten Aktiven gehören das konsolidierte Bilanzvermögen, Nettopositionen von nicht im Handelsbestand gehaltenen Wertpapieren, in ihre Kreditäquivalente umgerechnete Ausserbilanzgeschäfte, Marktpositionen in den Handelsbeständen und operationelle Risiken von Prozessen, Menschen, Systemen und externen Vorkommnissen.

Per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012 war die Gruppe gemäss den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der FINMA und der BIZ angemessen kapitalisiert.

BIZ-Daten – Basel III

Ende	2013	2012
Anrechenbare Eigenmittel (in Mio. CHF)		
Hartes Kernkapital (CET1)	42 989	41 500
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	3 072	2 857
Total Kernkapital (T1)	46 061	44 357
Ergänzungskapital (T2)	10 227	7 162
Total anrechenbare Eigenmittel	56 288	51 519
Risikogewichtete Aktiven (in Mio. CHF)		
Kreditrisiko	175 631	201 764
Markttrisiko	39 133	39 466
Operationelles Risiko	53 075	45 125
Nicht gegenparteibezogenes Risiko	6 007	6 126
Risikogewichtete Aktiven	273 846	292 481
Eigenmittelquoten (in %)		
Quote des harten Kernkapitals (CET1)	15.7	14.2
Kernkapitalquote (T1)	16.8	15.2
Eigenmittelquote	20.6	17.6

Broker-Dealer-Geschäft

Einzelne als Broker-Dealer tätige Tochtergesellschaften der Gruppe unterstehen ebenso den Eigenmittelvorschriften. Per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012 erfüllten die Gruppe und ihre Tochtergesellschaften alle geltenden aufsichtsrechtlichen Eigenmittelvorschriften.

Dividendeneinschränkungen

Einzelne Tochtergesellschaften der Gruppe unterliegen gesetzlichen Einschränkungen bezüglich der Höhe der Dividenden (beispielsweise Einschränkungen gemäss Schweizerischem Obligationenrecht).

Gemäss Schweizerischem Obligationenrecht dürfen Dividenden nur dann ausgerichtet werden, wenn die Gesellschaft

über Bilanzgewinne aus früheren Geschäftsjahren verfügt oder die freien Reserven der Gesellschaft hoch genug sind, um eine Ausschüttung von Dividenden zu ermöglichen. Zudem müssen mindestens 5% des jährlichen Reingewinns den gesetzlichen Reserven zugewiesen werden, bis diese 20% des einbezahlten Aktienkapitals erreicht haben. Unsere Reserven übersteigen derzeit diese 20%-Schwelle. Weiter bedürfen Dividendenausschüttungen der Genehmigung durch die Generalversammlung.

Per 31. Dezember 2013 und 2012 war die Gruppe in Bezug auf ihre Fähigkeit, die vorgeschlagenen Dividenden auszuschütten, keinen wesentlichen Einschränkungen unterworfen.

37 Verwaltete Vermögen

Die folgende Offenlegung enthält Informationen zu verwalteten Vermögen und Netto-Neugeldern, wie von der ► FINMA vorgeschrieben.

Verwaltete Vermögen beinhalten Vermögenswerte von Kunden, für welche die Gruppe Anlageberatungs- oder Vermögensverwaltungsdienstleistungen erbringt. Vermögenswerte, die lediglich zu Transaktions- oder Aufbewahrungszwecken gehalten werden, gelten nicht als verwaltete Vermögen. Nicht zu den verwalteten Vermögen zählen auch Vermögenswerte von Firmenkunden und öffentlich-rechtlichen Institutionen, die vorwiegend zu Cash-Management- oder Transaktionszwecken dienen. Die Klassierung der Vermögenswerte als verwaltete Vermögen erfolgt für jeden Kunden separat aufgrund seiner Absichten und Zielsetzungen und der erbrachten Bankdienstleistungen. Umklassierungen zwischen verwalteten Vermögen und Vermögen, die zu Transaktions- und Aufbewahrungszwecken gehalten werden, führen zu entsprechenden Zu- oder Abflüssen an Netto-Neugeldern.

Die Netto-Neugelder beziffern den Umfang des Erfolgs bei der Akquisition von verwalteten Vermögen. Die Berechnung erfolgt nach der direkten Methode aufgrund einzelner Geldzahlungen, Titellieferungen und Geldflüsse, die aus der Erhöhung oder Rückzahlung von Ausleihungen entstehen. Den Kunden gutgeschriebene Zins- und Dividendenerträge und die für Bankdienstleistungen belasteten Kommissionen, Zinsen und Gebühren werden bei der Berechnung der Netto-Neugelder nicht berücksichtigt, da diesbezüglich kein direkter Zusammenhang zum Akquisitionserfolg verwalteter Vermögen der Gruppe besteht. Auch währungs- und kursbedingte Veränderungen der verwalteten Vermögen sowie Vermögenszugänge und -abgänge im Zusammenhang mit der Übernahme oder Veräusserung ganzer Unternehmen beziehungsweise Unternehmensteile sind nicht Teil der Netto-Neugelder.

Ein Teil der Position Verwaltete Vermögen der Gruppe resultiert aus Doppelzählungen. Doppelzählungen ergeben sich aus der Erbringung mehrstufiger Anlageberatungs- und Vermögensverwaltungsdienstleistungen für bestimmte verwaltete Vermögen. Jede dieser Anlageberatungs- oder Verwaltungsdienstleistungen führt zu einem zusätzlichen Kundennutzen und zu zusätzlichem Ertrag für die Gruppe. Doppelzählungen resultieren insbesondere aus der Anlage von verwalteten Vermögen in von der Credit Suisse verwalteten kollektiven Anlageinstrumenten. Das Ausmass der Doppelzählungen wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Verwaltete Vermögen

im Jahr / Ende	2013	2012
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)		
Vermögen in von der Credit Suisse verwalteten kollektiven Anlageinstrumenten	160.3	182.2
Vermögen mit Verwaltungsmandat	255.4	225.3
Sonstige verwaltete Vermögen	866.7	843.3
Verwaltete Vermögen (einschliesslich Doppelzählungen) ¹	1 282.4	1 250.8
davon Doppelzählung	47.0	63.8
Netto-Neugelder (in Mia. CHF)		
Total Netto-Neugelder (einschliesslich Doppelzählungen)	32.1 ²	10.8

¹ Enthält per 31. Dezember 2013 und 2012 CHF 29,0 Mia. beziehungsweise CHF 53,0 Mia. verwaltete Vermögen aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

² Enthält für die Jahre 2013 und 2012 CHF (4,0) Mia. beziehungsweise CHF (0,6) Mia. Abflüsse verwalteter Vermögen aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

38 Rechtsstreitigkeiten

Im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit ist die Gruppe in verschiedene gerichtliche, regulatorische und Schiedsverfahren involviert. Hierzu zählen auch die nachstehenden Fälle. Einige dieser Verfahren wurden im Namen verschiedener Klägergruppen angestrengt und haben wesentliche und/oder im Betrag nicht bezifferbare Entschädigungszahlungen zum Gegenstand.

Die Gruppe bildet Rückstellungen für Eventualverluste im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und belastet die Erfolgsrechnung im Zusammenhang mit bestimmten Verfahren, wenn die Kosten, Zusatzkosten oder die Kostenbandbreiten wahrscheinlich und realistisch abschätzbar sind. Die Gruppe bildet ausserdem Rückstellungen für geschätzte Honorare und Kosten für externe Rechtsanwälte sowie sonstige Dienstleister im Zusammenhang mit den genannten Rechtsstreitigkeiten, einschliesslich in Fällen, für die sie keine Rückstellung für Eventualverluste gebildet hat. Die Gruppe bildet diese Rückstellungen für Gebühren und Kosten und belastet die Erfolgsrechnung entsprechend, wenn solche Gebühren und Kosten wahrscheinlich und realistisch abschätzbar sind. Die Gruppe überprüft ihre Gerichtsverfahren quartalsweise auf Angemessenheit der Rückstellungen. Sie kann anhand der Einschätzungen des Managements und auf Rat ihrer Rechtsberater ihre Rückstellungen erhöhen beziehungsweise auflösen. Die Bildung von weiteren Rückstellungen oder die Auflösung der Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten können in Zukunft anfallen, falls die betreffenden Verfahren dies erfordern.

Die nachstehend beschriebenen besonderen Fälle beinhalten a) Verfahren, für welche die Gruppe eine Rückstellung für Eventualverluste gebildet hat, da die Wahrscheinlichkeit eines Verlusts besteht und dieser Verlust realistisch abschätzbar ist und b) Verfahren, für welche die Gruppe eine solche Rückstellung für Eventualverluste aus unterschiedlichen Gründen nicht gebildet hat, unter anderem deshalb, weil die entsprechenden Verluste nicht realistisch abschätzbar sind. Die Beschreibung einiger der weiter unten dargestellten Fälle beinhaltet eine Erklärung, dass die Gruppe eine Rückstellung für Eventualverluste gebildet hat, wobei der Betrag dieser Rückstellung offengelegt wird; in den anderen Fällen wird keine solche Erklärung abgegeben. Bei den Fällen, in denen keine derartige Erklärung abgegeben wurde, hat die Gruppe entweder a) keine Rückstellung für Eventualverluste gebildet; in diesem Fall wird die Angelegenheit als Eventualverbindlichkeit nach den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen behandelt, oder b) die Gruppe hat eine solche Rückstellung gebildet, ist jedoch der Auffassung, dass die Offenlegung dieser Tatsache die Vertraulichkeitsverpflichtungen, denen die Gruppe unterliegt, verletzen oder auf sonstige Weise gegen das Anwaltsgeheimnis, den Schutz von Arbeitsergebnissen oder sonstige Schutzrechte verstossen oder die Bearbeitung der Angelegenheit durch die Gruppe behindern würde. Der Umfang zukünftiger Mittelabflüsse im Hinblick auf alle Angelegenheiten, für welche die Gruppe Rückstellungen für Eventualverluste gebildet hat, ist anhand der derzeit vorliegenden Informationen nicht mit Sicherheit vorherzusagen und kann sich daher als wesentlich grösser (beziehungsweise unter Umständen kleiner)

erweisen als die Rückstellung, die in der Bilanz der Gruppe erfasst wird.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Wahrscheinlichkeit oder realistische Eintrittsmöglichkeit von Kosten sowie die Höhe beziehungsweise Bandbreite möglicher Kosten sich bei zahlreichen Gerichtsverfahren der Gruppe nicht ohne Weiteres abschätzen lässt. Die Annahmen beruhen naturgemäss auf Einschätzungen und den aktuell verfügbaren Informationen. Dabei werden verschiedene Faktoren berücksichtigt, unter anderem Art und Charakter des Verfahrens, Entwicklung der Angelegenheit, erhaltene Auskünfte, Gegenargumente der Gruppe und deren Erfahrungen aus ähnlichen Fällen sowie Einschätzung der Angelegenheiten durch die Gruppe, einschliesslich Vergleichen, bei denen andere Beklagte in ähnlichen oder damit verbundenen Fällen oder Verfahren betroffen sind. Bevor die Kosten, die zusätzlichen Kosten oder die Kostenbandbreite für ein bestimmtes Verfahren angemessen abgeschätzt werden können, sind die Tatsachen und die Rechtslage, die oftmals komplex sind, zu evaluieren.

Die meisten hängigen Fälle, die die Gruppe betreffen, umfassen im Betrag nicht bezifferbare Schadenersatzforderungen. Bei bestimmten Fällen ist der geforderte Schadenersatz zwar beziffert, dennoch kann dieser Betrag nicht unbedingt mit den möglichen Verlusten der Gruppe gleichgesetzt werden. Für bestimmte Verfahren, die im Folgenden erörtert werden, findet sich eine Darstellung der Schadenersatzforderungen gegenüber der Gruppe sowie gewisser weiterer quantifizierbarer und öffentlich zugänglicher Angaben.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die kumulierten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten der Gruppe.

Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten

	2013
in Mio. CHF	
Bestand zu Beginn der Periode	1 157
Zunahme der Abgrenzungen für Rechtsstreitigkeiten	2 109
Abnahme der Abgrenzungen für Rechtsstreitigkeiten	(141)
Abnahme aufgrund von Vergleichen und sonstigen Barzahlungen	(762)
Fremdwährungsumrechnung	(31)
Bestand am Ende der Periode	2 332

Die kumulierten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten der Gruppe umfassen auch Schätzungen der Kosten, der Zusatzkosten oder der Kostenbandbreiten bei Verfahren, bei denen Kostenfolgen wahrscheinlich sind und sich realistisch abschätzen lassen. Nach Ansicht der Gruppe lässt sich bei bestimmten Verfahren aufgrund ihrer Komplexität, des neuartigen Charakters bestimmter Forderungen, der kurzen bisherigen Verfahrensdauer und der bis anhin begrenzten Befunde sowie gegebenenfalls weiterer Faktoren keine realistische Gesamtkostenbandbreite abschätzen. Die Gruppe schätzt ihre realistischen und nicht durch bestehende Rückstellungen gedeckten Gesamtkosten für die nachstehend

erörterten Verfahren, bei denen die Gruppe eine Schätzung für realistisch hält, auf eine Bandbreite von null bis CHF 2,4 Mia.

Die Gruppe geht aufgrund der gegenwärtig verfügbaren Informationen und rechtlichen Auskünfte in Anbetracht der bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten davon aus, dass der Ausgang ihrer Gerichtsverfahren insgesamt keine wesentlichen nachteiligen Folgen für die Finanzlage der Gruppe hat. Aufgrund der mit solchen Verfahren, einschliesslich Verfahren von Regulatoren oder anderen Behörden, verbundenen Unsicherheiten ist allerdings nicht auszuschliessen, dass die anfallenden Kosten der Gruppe bestehende Rückstellungen letztlich überschreiten können und dass diese Überschreitungen einen wesentlichen Einfluss auf das Betriebsergebnis einer bestimmten Periode haben, falls dieses Ergebnis entsprechend ausfällt.

Research-bezogene Rechtsstreitigkeiten

Nach den branchenweiten behördlichen und regulatorischen Untersuchungen der Praktiken von Research-Analysten im Jahr 2002 und dem Aufsehen in den Medien wurden sogenannte Sammelklagen gegen die Credit Suisse Securities (USA) LLC (CSS LLC) eingereicht, wobei die Klage in Sachen Credit Suisse – AOL Securities Litigation, die beim US District Court des Distrikts Massachusetts eingereicht wurde, die letzte ausstehende Angelegenheit darstellt. Die Klage wurde im Namen der Käufer von Aktien der damaligen AOL Time Warner Inc. (AOL) eingereicht, die dem Aktien-Research der CSS LLC vorwarf, zwischen Januar 2001 und Juli 2002 falsche und irreführende Research-Angaben verbreitet zu haben. Die zweite abgeänderte Klage in dieser Angelegenheit betraf Haftpflichtansprüche gegenüber der CSS LLC und bestimmten mit ihr verbundenen Gesellschaften sowie ehemaligen Mitarbeitenden der CSS LLC wegen behaupteten Verstosses gegen Bundesgesetze. Die Kläger schätzten den Schadenersatz auf etwa USD 3,9 Mia. Am 13. Januar 2012 liess der District Court ein summarisches Verfahren zugunsten der Beklagten zu, nachdem es den Ausschluss eines Sachverständigen der Kläger beschlossen hatte. Die Kläger legten Berufung gegen die summarische Entscheidung ein und die mündliche Verhandlung der Berufung fand am 6. März 2013 statt.

Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Enron

Zwei auf Enron bezogene Klagen gegen die CSS LLC sowie bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften sind beide nach wie vor beim US District Court for the Southern District of Texas hängig. In diesen Klagen machen die Kläger geltend, dass sie sich auf die Jahresabschlüsse von Enron verlassen hätten, und versuchen, die Beklagten für Ungenauigkeiten in den Jahresabschlüssen von Enron zur Rechenschaft zu ziehen. Im Falle Connecticut Resources Recovery Authority v. Lay, et al. zielt der Kläger darauf ab, seine angeblichen Verluste in Höhe von rund USD 130 Mio. bis USD 180 Mio. aus einem Geschäft mit Enron gegen verschiedene Beklagte im Rahmen des Connecticut Unfair Trade Practices Act (Gesetz gegen unlauteren Handel) und des bürgerlichen Rechts des Staates Connecticut geltend zu machen. Ein Antrag auf Abweisung ist hängig. Im Falle Silvercreek Management Inc. v.

Citigroup, Inc., et al., versucht der Kläger im Rahmen der Bundesgesetze und der Gesetze des Bundesstaates Forderungen im Zusammenhang mit seinem angeblichen Verlust aus Anlagen in Enron in Höhe von USD 280 Mio. durchzusetzen. Ein Ablehnungsantrag ist hängig.

NCFE-bezogene Rechtsstreitigkeiten

Gegen die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften wurde Klage erhoben, die sich auf ihre Dienstleistungen an National Century Financial Enterprises, Inc. sowie deren Tochtergesellschaften (NCFE) bezieht. In den beim US District Court for the Southern District of Ohio (SDO) als eine Multi-District Litigation für vorgerichtliche Zwecke konsolidierten Verfahren erhoben Anleger mit Positionen von rund USD 1,9 Mia. Nennwert in NFCE-Anleihen und rund USD 12 Mio. in Vorzugsaktien Klage gegen zahlreiche Personen, unter anderem die Gründer und Mitglieder des Verwaltungsrats von NFCE, die Trustees der Anleihen, die Wirtschaftsprüfer und Anwälte von NFCE, die mit der Bewertung der Anleihen von NFCE befassten Rating-Agenturen sowie die für NFCE tätigen Placement Agents einschliesslich der CSS LLC. Die Klagen behaupteten Vertragsbruch, Fahrlässigkeit, Betrug und Verstoss gegen Bundes- und staatliche Gesetze und warfen der CSS LLC und/oder den mit ihr verbundenen Gesellschaften generell vor, dass sie wussten beziehungsweise hätten wissen müssen, dass die Forderungen aus dem Gesundheitsbereich zur Deckung der Anleihen entweder für ein derartiges Programm nicht zulässig oder inexistent waren. Im April 2009 schloss die CSS LLC einen Vergleich mit dem New York City Pension Fund als Anleihegläubiger für einen Betrag, der durch bestehende Rückstellungen gedeckt war. Am 26. Oktober 2012 erliess der SDO einen Beschluss, der dem summarischen Antrag der CSS LLC und der mit ihr verbundenen Gesellschaft stattgab und sämtliche Ansprüche des Anlegers in NFCE-Vorzugsaktien abwies. Am 23. Oktober 2013 bestätigte der US Court of Appeals for the Sixth Circuit diese Entscheidung. Am 13. März 2013 haben die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften eine Vereinbarung zur Beilegung der Verfahrens in Sachen Anleihegläubiger geschlossen, mit der sämtliche geltend gemachten Ansprüche der Anleihegläubiger abgegolten werden. Der entsprechende Betrag ist teilweise durch bestehende Rückstellungen gedeckt.

Hypothekarkreditbezogene Verfahren

Die CSS LLC und einige mit ihr verbundene Gesellschaften erhielten Auskunftsgesuche von bestimmten Regulatoren und/oder Behörden bezüglich Schaffung, Kauf, Absicherung und Servicing von Subprime- oder Nicht-Subprime-Wohnbauhypotheken und hiermit zusammenhängenden Angelegenheiten. Die CSS LLC und mit ihr verbundene Unternehmen kooperieren bei allen Ersuchen.

Im Gefolge einer Untersuchung eröffnete der New York State Attorney General im Namen des Bundesstaates New York am 20. November 2012 ein Zivilverfahren vor dem Supreme Court des Staates New York, New York County (SCNY) gegen die CSS LLC, und einige mit ihr verbundene Unternehmen wurden zudem

als Beklagte in verschiedenen Zivilprozessen im Zusammenhang mit ihrer Funktion als Emittent, Sponsor, Einleger und/oder Zeichner von RMBS-Transaktionen vor dem Jahr 2008 aufgeführt. Das Verfahren bezieht sich auf 64 RMBS-Transaktionen, bei denen die CSS LLC und mit ihr verbundene Einheiten in den Jahren 2006 und 2007 als Emittent, Sponsor, Einleger und/oder Zeichner aufgetreten waren. In dem Verfahren wird behauptet, dass die CSS LLC und mit ihr verbundene Gesellschaften Anleger bezüglich der Due-Diligence und der Qualitätskontrolle bei den als Basiswerte für die auszugebenden RMBS dienenden Hypothekarkrediten irreführt hätten. Es wird ein Schadenersatz in nicht spezifizierter Höhe geltend gemacht. Am 18. Dezember 2013 eröffnete der New Jersey Attorney General im Namen des Bundesstaates New Jersey ein Zivilverfahren vor dem Superior Court des Staates New Jersey, Chancery Division, Mercer County, gegen die CSS LLC und mit ihr verbundene Unternehmen in ihrer Funktion als Emittent, Sponsor, Einleger und/oder Zeichner von RMBS-Transaktionen vor 2008. Das Verfahren bezieht sich auf 13 RMBS-Transaktionen, bei denen die CSS LLC und mit ihr verbundene Einheiten in den Jahren 2006 und 2007 als Emittent, Sponsor, Einleger und/oder Zeichner aufgetreten waren. In dem Verfahren wird geltend gemacht, dass die CSS LLC und mit ihr verbundene Gesellschaften Anleger irreführt und im Zusammenhang mit dem Angebot und dem Verkauf von RMBS betrügerisch oder arglistig gehandelt hätten. Es wird ein Schadenersatz in nicht spezifizierter Höhe geltend gemacht. Beide Verfahren stehen noch in der Anfangsphase.

Die CSS LLC und/oder einige mit ihr verbundene Unternehmen wurden zudem als Beklagte in verschiedenen Zivilprozessen im Zusammenhang mit ihrer Funktion als Emittent, Sponsor, Einleger, Zeichner und/oder Kreditadministrator von RMBS-Transaktionen aufgeführt. Diese Fälle umfassen unter anderem Sammelklagen und so genannte putative Sammelklagen, Klagen einzelner Anleger in RMBS und Klagen von Monoline-Versicherern, welche die Tilgungen und Zinszahlungen bestimmter RMBS sowie Rückkäufe durch RMBS Trusts garantiert hatten. Obwohl die Vorwürfe in den einzelnen Klagen unterschiedlich ausfallen, erheben die (putativen) Sammel- und die Einzelkläger grundsätzlich den Vorwurf, dass die Unterlagen zu den von verschiedenen RMBS-Verbriefungs-Trusts emittierten Wertschriften materielle Falschdarstellungen und Auslassungen enthielten, wozu auch Aussagen zu den Zeichnungsbedingungen für die als Basiswert dienenden Hypothekardarlehen gehörten. Die Monoline-Versicherer behaupten, dass Kredite zur Besicherung von ihrerseits versicherten RMBS gegen Zusagen und Garantien verstossen, die bei der Verbriefung bezüglich dieser Kredite gemacht wurden. Die Kläger im Zusammenhang mit den Rückkäufen behaupten Verstösse gegen die Zusagen und Garantien im Hinblick auf Hypothekarkredite sowie Weigerungen, die betreffenden Hypothekarkredite wie in den diesbezüglichen Vereinbarungen festgehalten zurückzukaufen. Die unten aufgeführten Beträge entsprechen nicht den effektiv realisierten Verlusten der Kläger oder dem künftigen Prozessrisiko. Vielmehr widerspiegeln diese Beträge ohne gegenteiligen Vermerk die ursprünglich nicht gezahlten Kapitalbeträge, die in diesem Verfahren geltend gemacht werden, und enthalten keine Reduktionen

der Kapitalbeträge seit der Ausgabe. Zudem sind Beträge, die auf einen massgebenden Schriftsatz (Operative Pleading) bei Einzelklagen zurückgehen, nicht an aussergerichtliche Einigungen, Abweisungen oder andere wesentliche Umstände angepasst worden, die gegebenenfalls zu Änderungen der Beträge nach Einreichung des betreffenden Schriftsatzes geführt haben könnten. Neben den im Folgenden dargestellten Klagen im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten haben einige weitere Gesellschaften der CSS LLC und/oder den mit ihr verbundenen Gesellschaften im Zusammenhang mit verschiedenen RMBS-Emissionen mit Klagen gedroht. Die CSS LLC und/oder mit ihr verbundene Gesellschaften haben mit einigen dieser Gesellschaften Absprachen zur Hemmung der Verjährung getroffen.

Sammelklagen

Bei Sammelklagen und als Sammelklagen bezeichneten Verfahren gegen die CSS LLC in ihrer Eigenschaft als Emissionshaus für RMBS-Angebote anderer Emittenten verfügt oder verfügte die CSS LLC in der Regel über vertraglich vereinbarte Schadenersatzansprüche gegenüber den betreffenden Emittenten. Einige dieser Emittenten bestehen allerdings inzwischen nicht mehr, so etwa mit IndyMac Bancorp (IndyMac) und Thornburg Mortgage (Thornburg) verbundene Gesellschaften. Im Zusammenhang mit IndyMac wird die CSS LLC in einer Sammelklage, namentlich In re IndyMac Mortgage-backed Securities Litigation, die vor dem US District Court for the Southern District of New York (SDNY) hängig war, im Namen der Käufer verschiedener RMBS-Angebote von IndyMac als Beklagte aufgeführt. Am 17. Mai 2013 trafen die Parteien in dem Prozess die Vereinbarung, 36 zusätzliche Angebote in das dem Gericht zur Genehmigung vorliegende Angebot aufzunehmen. Einige Anleger versuchten, dem Verfahren beizutreten und hinsichtlich zusätzlicher RMBS-Angebote Ansprüche geltend zu machen. Das SDNY lehnte die Anträge der Anleger auf Prozessbeitritt teilweise ab, und die beantragenden Intervenienten legten gegen diese Entscheidung Berufung ein. Am 27. Juni 2013 bestätigte der US Court of Appeals for the Second Circuit die Entscheidung des SDNY. Dem Antrag der Kläger auf erneute Prüfung der ablehnenden Entscheidung des Gerichts vom 21. Juni 2010 wurde am 23. Juli 2013 stattgegeben. Unter Berücksichtigung der zusätzlichen 36 Angebote belaufen sich die Forderungen gegen die CSS LLC und zahlreiche andere Emissionshäuser und Einzelbeklagte im Zusammenhang mit IndyMac RMBS-Angeboten auf rund USD 26 Mia. Die CSS LLC fungierte bei Emission als ein Emissionshaus für rund 34,2% der RMBS von IndyMac, was einem Betrag von rund USD 8,9 Mia. entspricht. In einer zweiten Sammelklage in Sachen IndyMac, Tsereteli v. Residential Asset Securitization Trust 2006-A8, in der die CSS LLC die einzige Beklagte als Zeichner war, einigten sich die Parteien auf einen Vergleich in Höhe von USD 11 Mio., der vom SDNY genehmigt wurde. Damit wurde das Verfahren insgesamt eingestellt. Eine weitere Sammelklage gegen die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften und Mitarbeitende, New Jersey Carpenters Health Fund v. Home Equity Mortgage Trust 2006-5, ist beim SDNY hängig und bezieht sich auf zwei RMBS-Angebote in

Höhe von rund USD 1,6 Mia., die von den Beklagten der Credit Suisse gesponsert und gezeichnet worden waren. Am 17. März 2014 bestätigte SDNY auf Antrag des Klägers die Qualifikation des zweiten RMBS Offerings als Klasse, nachdem bereits die Klasse für die Käufer des ersten Offerings bestätigt worden war. Im Zusammenhang mit dem als Sammelklage bezeichneten Verfahren *Genesee County Employees' Retirement System v. Thornburg*, das vor dem US District Court for the District of New Mexico hängig war und in dem die CSS LLC namentlich als Beklagte aufgeführt wurde, einigten sich die Parteien auf einen Vergleich in Höhe von USD 11,5 Mio., der vom Gericht genehmigt wurde. Damit wurde das Verfahren insgesamt eingestellt.

Einzelklagen von Anlegern

Die CSS LLC und in manchen Fällen auch bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften und ihre Mitarbeitenden sind zusammen mit weiteren Beklagten bei anderen Klagen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Emittenten von RMBS, Zeichner und/oder anderweitig Beteiligte als Beklagte genannt. Hierbei handelt es sich um zwei Klagen seitens der Cambridge Place Investment Management Inc. am Massachusetts State Court, in denen die Ansprüche gegen die CSS LLC sich nach dem Entscheid des Gerichts auf Abweisung bestimmter Ansprüche auf weniger als USD 525 Mio. der eingeklagten RMBS in noch zu bestimmender Höhe belaufen; eine weitere Klage seitens der Charles Schwab Corporation am California State Court, in der Ansprüche gegen die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften sich auf USD 125 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 9% des insgesamt eingeklagten Betrages von USD 1,4 Mia. an RMBS); eine Klage seitens der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) als vorläufige Konkursverwalterin der Citizens National Bank und der Strategic Capital Bank am SDNY, bei der sich die Ansprüche gegen die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 28 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 20% der eingeklagten USD 141 Mio., die im massgeblichen Schriftsatz insgesamt von den Beklagten gefordert werden); drei Klagen seitens der FDIC als vorläufige Konkursverwalterin der Colonial Bank; eine Klage beim SDNY, in der sich die Ansprüche gegen die CSS LLC auf rund USD 92 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 23% der Ansprüche von insgesamt USD 394 Mio. an gegenüber allen Beklagten laut dem massgeblichen Schriftsatz eingeklagten RMBS); eine Klage beim Circuit Court of Montgomery County, Alabama, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 153 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 49% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten insgesamt eingeklagten USD 311 Mio.), und eine Klage beim US District Court for the Central District of California, bei denen sich die Ansprüche gegen die CSS LLC auf rund USD 34 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 12% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten insgesamt eingeklagten USD 283 Mio.); eine Klage der Commerzbank AG Niederlassung London beim SCNY, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund

USD 148 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 6% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten insgesamt eingeklagten USD 2,3 Mia.); sechs Einzelklagen seitens der Federal Home Loan Banks of Seattle, San Francisco, Chicago, Indianapolis und Boston in verschiedenen State und Federal Courts. Die entsprechenden Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften beziehen sich auf rund USD 249 Mio. für die Klage des Instituts aus Seattle, rund USD 2,2 Mia. für die Klagen des Instituts aus San Francisco (rund 11% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten insgesamt eingeklagten USD 19 Mia.), etwa USD 38 Mio. für die Klage des Instituts aus Chicago (rund 1% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten insgesamt eingeklagten USD 3,3 Mia.), etwa USD 224 Mio. für die Klage des Instituts aus Indianapolis (rund 9% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten insgesamt eingeklagten USD 2,6 Mia.) und USD 373 Mio. für die Klage des Instituts aus Boston (rund 7% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten insgesamt eingeklagten USD 5,7 Mia.); eine Klage seitens der Federal Housing Finance Agency (FHFA) als Konservator für Fannie Mae und Freddie Mac beim SDNY, bei welchen sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 230 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 26% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten insgesamt eingeklagten USD 880 Mio.); eine Klage seitens der John Hancock Life Insurance Co. (U.S.A.) und der mit ihr verbundenen Einheiten beim US District Court für den District Minnesota, bei welcher die Ansprüche gegenüber der CSS LLC nicht beziffert wurden; zwei Klagen der Massachusetts Mutual Life Insurance Company vor dem US District Court for the District of Massachusetts, bei denen sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und dem/der Mitarbeitenden auf rund USD 107 Mio. der eingeklagten RMBS beziehen (rund 97% der bei allen Beklagten eingeklagten USD 110 Mio. laut dem massgeblichen Schriftsatz); eine Klage seitens der Watertown Savings Bank beim SCNY, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf einen nicht bezifferten Betrag an RMBS beziehen; und eine Klage seitens der Western & Southern Life Insurance Company und mit ihr verbundener Einheiten beim Ohio State Court, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 260 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 94% der insgesamt gegenüber allen Beklagten laut dem massgeblichen Schriftsatz eingeklagten USD 276 Mio.).

Die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Unternehmen und/oder Mitarbeitende sind die einzigen namentlich genannten Beklagten in einer Klage seitens der Allstate Insurance Company beim SCNY, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 187 Mio. an RMBS belaufen; in einer Klage seitens Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank AG, Niederlassung New York, beim SCNY, bei welcher sich die Ansprüche gegenüber CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 138

Mio. an RMBS belaufen; in einer Klage seitens der IKB Deutsche Industriebank AG und mit ihr verbundener Einheiten beim SCNY, bei welcher sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 97 Mio. an RMBS belaufen; in einer Klage seitens der Minnesota Life Insurance Company und mit ihr verbundener Einheiten beim Minnesota State Court, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 43 Mio. an RMBS belaufen; in zwei Klagen seitens des National Credit Union Administration Board: einer Klage als Liquidator der US Central Federal Credit Union, Western Corporate Federal Credit Union und Southwest Corporate Federal Credit Union beim US District Court for the District of Kansas, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 311 Mio. an RMBS beziehen, und einer Klage als Liquidator der Southwest Corporate Federal Credit Union und Members United Corporate Federal Credit Union beim SDNY, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 229 Mio. an RMBS beziehen; in einer Klage seitens der Phoenix Light SF Ltd. und mit ihr verbundener Einheiten beim SCNY, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 362 Mio. an RMBS beziehen; in einer Klage seitens der Prudential Insurance Company of America und mit ihr verbundener Einheiten beim US District Court for the District of New Jersey, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 461 Mio. an RMBS belaufen; in einer Klage seitens Royal Park Investments SA/NV beim SCNY, bei der sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC und der mit ihr verbundenen Gesellschaft auf rund USD 360 Mio. an RMBS belaufen; in einer abgewiesenen Klage, die ursprünglich seitens der Union Central Life Insurance Company und mit ihr verbundener Einheiten beim SDNY eingereicht wurde; bei dieser ist ein schriftlicher Antrag hängig, in dem eine zweite geänderte Klage vorgeschlagen wird, der zufolge sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC, den mit ihr verbundenen Gesellschaften und Mitarbeitenden auf rund USD 65 Mio. an RMBS belaufen würden. Jede dieser Rechtsstreitigkeiten befindet sich in einem frühen oder mittleren Verfahrensstadium.

Wie den Quartalsberichten der Credit Suisse von 2013 zu entnehmen ist, wurden die folgenden Einzelklagen von Anlegern im Jahresverlauf 2013 eingestellt: eine von zwei Klagen seitens der Federal Home Loan Bank of Chicago gegen die CSS LLC und weitere Finanzinstitute; eine von vier Klagen gegen die CSS LLC seitens der FDIC als Konkursverwalterin für die Colonial Bank; Federal Housing Finance Agency v. JPMorgan Chase & Co., eine der fünf Klagen seitens der FHFA gegen die CSS LLC und mit ihr verbundene Einheiten und Mitarbeitenden sowie sonstige Finanzinstitute; die Klage seitens der Phoenix Light SF Ltd., mit Erlaubnis der erneuten Beantragung, die zur Einreichung einer neuen Klage führte; nach einem Vergleich die Klage seitens Sealink Funding Limited gegen die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften; nach einem Vergleich die Klage seitens Stichting Pensioenfonds ABP gegen die CSS LLC und die mit ihr

verbundenen Gesellschaften und Mitarbeitenden; und, ebenfalls nach einem Vergleich, die Klage seitens des West Virginia Investment Management Board gegen die CSS LLC. Am 14. Februar 2014 schrieb die SDNY eine der Klagen der FHFA gegen die CSS LLC mit rechtskräftiger Wirkung ab, nachdem eine Vereinbarung zwischen der FHFA und Morgan Stanley zur gütlichen Regelung dieser Klage im Betrag von USD 1,4 Mia. der RMBS gegen die CSS LLC, deren Tochtergesellschaften, Mitarbeitenden und anderen Finanzinstituten geschlossen wurde. Weiter schlossen die CSS LLC, einige Tochtergesellschaften und Mitarbeitende am 21. März 2014 eine Vereinbarung mit der FHFA zur gütlichen Regelung von zwei der restlichen drei Klagen der FHFA bei der SDNY im Betrag von USD 885 Mio. Dieser Betrag wurde teilweise durch bestehende Rückstellungen gedeckt. Die Vergleichsvereinbarung deckt Forderungen im Betrag von etwa USD 16,6 Mia. der gegenüber der Credit Suisse als Beklagte geltend gemachten RMBS Ansprüche ab. Zusätzlich schrieb die SCNY am 25. März 2014 zwei konsolidierte Klagen der Landesbank Baden-Württemberg und mit ihr verbundener Einheiten gegen die CSS LLC und andere Finanzinstitute rechtskräftig ab, welche rund USD 200 Mio. an gegenüber der CSS LLC geltend gemachten RMBS betreffen.

Streitfälle mit Monoline-Versicherern

Die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften sind in drei hängigen Verfahren Beklagte, die jeweils von einem Monoline-Versicherer angestrengt wurden. Zu den Versicherern zählen MBIA Insurance Corp. (MBIA), Assured Guaranty Corp. (Assured) und Financial Guaranty Insurance Company (FGIC), von denen jeder Tilgungen und Zinszahlungen in Höhe von rund USD 770 Mio., USD 570 Mio. beziehungsweise USD 240 Mio. an RMBS aus acht verschiedenen RMBS-Angeboten mit der Credit Suisse als Sponsor gewährleistete. Eine von den Monoline-Versicherern vorgebrachte Theorie der Entschädigungspflicht lautet, dass eine verbundene Gesellschaft der CSS LLC betroffene Hypothekendarlehen von den entsprechenden Trusts zurückkaufen muss. In allen Verfahren behaupten die Kläger, dass die als Basiswert dienenden Hypothekendarlehen grösstenteils gegen bestimmte Zusicherungen und Garantien verstossen und dass die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften die angeblich mangelhaften Darlehen nicht zurückgekauft hätten. Zudem machen die Monoline-Versicherer Ansprüche wegen Betrugs, betrügerischer Verleitung, wesentlicher Fehldarstellungen sowie Verletzung der Gewährleistung, Rückkaufspflichten, Zugangsrechte und Schuldendienstverpflichtungen, sowie Rückerstattung, geltend. MBIA, Assured und FGIC haben Rückkaufsanträge für Darlehen mit einem ursprünglichen Kapitalbetrag von USD 475 Mio., USD 2,2 Mia. beziehungsweise USD 37 Mio. gestellt. Diese Klagen sind beim SCNY hängig und befinden sich in einem frühen oder mittleren Verfahrensstadium. Zudem reichte CIFG Assurance North America, Inc. (CIFG) am 15. November 2013 eine Klage gegen die CSS LLC beim SCNY ein, die sich auf eine von CIFG ausgestellte Bürgschaftsversicherung für einen Credit Default Swap mit Zahlungsgarantie für Schuldscheine einer Collateralized Debt Obligation (CDO) im Wert von rund USD 396 Mio. bezieht.

CIFG beruft sich auf eine wesentliche Fehldarstellung bei der Herbeiführung des Versicherungsvertrags sowie Betrug wegen behaupteter affirmativer Fehldarstellungen und wesentlicher Auslassungen, mit denen CIFG zur Garantie der Wertpapiere veranlasst worden sei.

Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Rückkäufen

Die DLJ Mortgage Capital, Inc. (DLJ) zählt zu den Beklagten in einer Klage seitens des Asset Backed Securities Corporation Home Equity Loan Trust, Series 2006-HE7, bei welcher der Kläger Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als USD 319 Mio. verlangt; in einer Klage seitens des Home Equity Asset Trust, Series 2006-8, bei welcher der Kläger Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als USD 436 Mio. verlangt; in einer Klage seitens des Home Equity Asset Trust 2007-1, bei welcher der Kläger Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als USD 400 Mio. verlangt; in einer Klage seitens des Home Equity Asset Trust Series 2007-3, bei welcher der Kläger Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als USD 206 Mio. verlangt; in einer Klage seitens des Asset Backed Securities Corporation Home Equity Loan Trust Series AMQ 2007-HE2, bei der kein Schadenbetrag vorgebracht wird; in einer Klage seitens des Home Equity Asset Trust, Series 2007-2, bei welcher der Kläger Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als USD 495 Mio. verlangt; in einer Klage seitens des CSMC Asset-Backed Trust 2007-NC1, bei der kein Schadenbetrag vorgebracht wird. Die DLJ und die mit ihr verbundene Gesellschaft Select Portfolio Servicing, Inc. (SPS) sind Beklagte in folgenden Verfahren: einer Klage seitens des Home Equity Mortgage Trust Series 2006-1, des Home Equity Mortgage Trust Series 2006-3 und des Home Equity Mortgage Trust Series 2006-4, bei der die Kläger Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als USD 730 Mio. verlangen und behaupten, dass SPS die Untersuchungen hinsichtlich der gesamten Tragweite der Mängel an den Hypothekarkredit-Pools behinderte, indem sie dem Trustee keinen angemessenen Zugang zu bestimmten Origination-Dokumenten gewährte; und in einer Klage seitens des Home Equity Mortgage Trust Series 2006-5, bei welcher der Kläger Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als USD 500 Mio. verlangt und vorbringt, dass die SPS wahrscheinlich die mutmasslichen Verletzungen der Zusicherungen und Gewährleistungen seitens der DLJ feststellt, den Treuhänder wegen des angeblichen Verstosses gegen ihre Vertragspflichten von diesen Verletzungen aber nicht in Kenntnis gesetzt hätte. Diese Klagen erfolgen beim SCNY und befinden sich derzeit in einem frühen Verfahrensstadium.

Wie dem vierten Quartalsbericht der Credit Suisse für 2013 zu entnehmen ist, wurden die folgenden Klagen auf Rückkauf 2013 abgewiesen: die drei konsolidierten Klagen seitens des Home Equity Asset Trust 2006-5, des Home Equity Asset Trust 2006-6 und des Home Equity Asset Trust 2006-7 gegen die DLJ.

Refco-bezogene Rechtsstreitigkeiten

Im März 2008 wurde die CSS LLC zusammen mit anderen Finanzdienstleistungsunternehmen, Rechnungsprüfern, Anwälten, leitenden Angestellten, Mitgliedern des Verwaltungsrats und

Controlling-Verantwortlichen als Beklagte in einer Klage aufgeführt, die von den offiziellen gemeinsamen Konkursverwaltern (Joint Official Liquidators) verschiedener SPhinX Funds und dem Sachwalter des SPhinX Trust, der Forderungen hält, welche der PlusFunds Group, Inc. (PlusFunds), dem Investmentmanager für die SPhinX Funds, gehörten, beim State Court of New York eingereicht wurde (später an den Southern District of New York übertragen). In der zugelassenen abgeänderten Klage werden Ansprüche gegenüber der CSS LLC wegen Beihilfe zur Verletzung der Treuepflicht und Beihilfe zum Betrug durch Refco-Insider im Zusammenhang mit dem Notes-Angebot von Refco im August 2004 und dem IPO geltend gemacht. Die Kläger zielten darauf ab, von den Beklagten über USD 800 Mio. wieder einzubringen, von denen der SphinX Managed Futures Fund, ein Fonds von SphinX, USD 263 Mio. bei Refco hinterlegt und verloren hatte, zuzüglich mehrerer Hundert Mio. Dollar an Schadenersatz von PlusFunds für geltend gemachte zusätzliche «verlorene Geschäfte» sowie bis zum Urteil aufgelaufener Zinsen. Im November 2008 reichte die CSS LLC einen Antrag auf Abweisung der abgeänderten Klage ein. Im Februar 2012 verfügte das Gericht die teilweise Gewährung und teilweise Ablehnung des Abweisungsantrags. Im August 2012 reichte die CSS LLC einen Antrag auf summarische Beurteilung des verbleibenden Teils der Ansprüche der Kläger im Zusammenhang mit Beihilfe zum Betrug gegen Treuepflichtigen ein. Im Dezember 2012 gab das Gericht diesem Antrag statt, so dass diese Klage die CSS LLC nun nicht mehr betrifft. Das endgültige Urteil des Gerichts zu der CSS LLC liegt noch nicht vor, und gegen die Abweisung der Ansprüche gegenüber der CSS LLC kann Berufung eingelegt werden.

Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Bankkrediten

Am 3. Januar 2010 wurden die Bank und weitere mit ihr verbundene Gesellschaften in einem von Hausbesitzern der Überbauungsprojekte Tamarack Resort, Yellowstone Club, Lake Las Vegas und Ginn Sur Mer am US District Court for the District of Idaho angestregten Gerichtsverfahren als Beklagte aufgeführt. Die Bank arrangierte syndizierte Kredite für alle vier Überbauungsprojekte und fungierte als Agent. Inzwischen sind oder waren alle vier Projekte von Konkurs- oder Zwangsvollstreckungsverfahren betroffen. Die Kläger behaupten, dass die Bank und mit ihr verbundene Gesellschaften durch Anwendung einer nicht anerkannten Bewertungsmethode Betrug begingen, indem die Liegenschaftswerte übermässig hoch angesetzt wurden und die Kreditnehmer zu Ausleihungen veranlasst wurden, die sie nicht tilgen könnten. Dies aus dem Grund, dass die Bank samt den weiteren mit ihr verbundenen Unternehmen die Kreditnehmer in den Konkurs treiben und die Liegenschaften übernehmen wollten. Die Kläger stellten Schadenersatzforderungen in Höhe von USD 24 Mia. Cushman & Wakefield, das mit der Schätzung der betreffenden Immobilien betraute Institut, zählt ebenfalls zu den Beklagten. Die Einreichung der abgeänderten Klagen und Abweisungsanträge führte zu einer beträchtlichen Verringerung der Ansprüche. Am 24. September 2013 wies das Gericht den Antrag der Kläger auf Behandlung als Sammelklage ab, so dass das Verfahren nicht als

Sammelklage geführt werden kann. Die Bank und weitere verbundene Gesellschaften unterliegen auch anderen Rechtsstreitigkeiten im Hinblick auf die Entwicklung dieser vier und sonstiger ähnlicher Liegenschaftswerte.

Auction Rate Securities

Am 27. Mai 2009 legte Elbit Systems Ltd. (Elbit) im Zusammenhang mit dem Ankauf von Auction Rate Securities eine Klage in Höhe von rund USD 16 Mio. gegen die Gruppe beim US District Court for the Northern District of Illinois gestützt auf die Wertpapiergesetzgebung der USA sowie des Bundesstaates sowie behauptete Beihilfe zum Betrug und zur unrechtmässigen Bereicherung ein. Der Fall wurde an den SDNY übertragen. Am 22. Mai 2013 legten die Gruppe und Elbit den Rechtsstreit bei.

Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Steuer- und Wertpapierrecht

Die Credit Suisse hat Vorladungen und Auskunftsgesuchen des United States Department of Justice (Justizministerium, DOJ), der US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenaufsicht (US Securities and Exchange Commission, SEC) und weiterer Behörden zu in der Vergangenheit erfolgten, grenzüberschreitenden Private-Banking-Dienstleistungen für in den USA ansässige Personen Folge geleistet. US-Behörden untersuchen mögliche Verstösse gegen US-Steuer- und Wertpapiergesetze. Insbesondere untersucht das DOJ, ob US-Kunden gegen ihre US-Steuerpflichten verstossen haben und ob die Credit Suisse und einige ihrer Mitarbeitenden entsprechenden Kunden geholfen haben. Die SEC hat untersucht, ob einige unserer Kundenberater für die Credit Suisse oder die Kundenberater in der Schweiz eine Registrierungspflicht als Broker-Dealer oder Investment Advisor bei der SEC begründeten. Eine beschränkte Anzahl derzeitiger oder ehemaliger Mitarbeitender ist im Zusammenhang mit angeblicher Beihilfe zur Steuerhinterziehung durch in den USA ansässige Personen während ihrer Tätigkeit für die Credit Suisse oder andere Finanzinstitute angeklagt worden, und zwei Personen haben sich schuldig bekannt (in einem Fall für Handlungen als Angestellter bei einem anderen Finanzinstitut, in welche die Credit Suisse nicht involviert war, und im anderen Fall für Handlungen bei einer Tochtergesellschaft der Credit Suisse vor dem Jahr 2006 und bei anderen Finanzinstituten nach 2006. Die Credit Suisse erhielt vom DOJ einen «Target Letter» der Anklagejury. Wie uns bekannt ist, führen bestimmte US-Behörden auch Untersuchungen gegen andere schweizerische und nicht-US-amerikanische Finanzinstitute durch. Wir haben eine interne Untersuchung durchgeführt und arbeiten weiter mit den Behörden in den USA und der Schweiz zusammen, um diese Angelegenheit verantwortungsbewusst und in Übereinstimmung mit unseren rechtlichen Verpflichtungen zu lösen. Unsere Bereitstellung von Informationen zu Schweizer Sachverhalten an die genannten US-Behörden entspricht den von den Schweizer Behörden erteilten Genehmigungen. Die Gruppe hat eine Rückstellung für mögliche Verluste im Betrag von CHF 895 Mio. im Zusammenhang mit den Steuerrechts- und Wertpapierrechtsfällen in diesem Unterabschnitt gebildet. Die Gruppe hatte zuvor

eine Rückstellung im Betrag von CHF 470 Mio. für diese Fälle bekannt gegeben, welche einen Betrag von CHF 175 Mio. für den Vergleich mit der SEC mitumfasste, welcher im folgenden Absatz beschrieben wird.

Am 21. Februar 2014 schloss die Credit Suisse AG einen Vergleich mit der SEC, durch den die Untersuchungen der SEC bezüglich der Registrierung als Investment Advisor und Broker-Dealer abschliessend geklärt werden. In einem inzwischen abgeschlossenen Verwaltungs- und Unterlassungsverfahren hatte die SEC der Credit Suisse AG vorgeworfen, gegen Abschnitt 15(a) des US Securities Exchange Act von 1934 (Exchange Act) und Abschnitt 203(a) des US Investment Advisers Act von 1940 (Advisers Act) verstossen zu haben. Insbesondere befand die SEC in ihrem Unterlassungsanspruch, dass die Credit Suisse AG mindestens seit 2002 und bis zu ihrem Ausstieg aus dem grenzüberschreitenden Wertpapiergeschäft mit den USA, welches die Credit Suisse 2008 begonnen hatte, durch Handlungen einiger ihrer Kundenberater die bundesstaatlichen Wertpapiergesetze verletzt habe, indem sie gewisse grenzüberschreitende Makler- und Anlageberatungsdienstleistungen an Kunden in den USA zu einem Zeitpunkt erbracht habe, zu dem die Credit Suisse AG bei der SEC nicht als Broker-Dealer oder Investment Advisor registriert war. Im Rahmen der Einstellung der Untersuchungen erklärte sich die Credit Suisse AG unter anderem damit einverstanden, jegliche zukünftige Verletzung (sowie die Verursachung einer solchen Verletzung) von Abschnitt 15(a) des Exchange Act oder Abschnitt 203(a) des Advisory Act zu unterlassen und eine Zahlung in Höhe von rund USD 196 Mio. zu leisten, einschliesslich der Herausgabe von rund USD 82 Mio., vorprozessualen Zinsansprüchen in Höhe von rund USD 64 Mio. und einer zivilen Geldstrafe in Höhe von USD 50 Mio. Ferner stimmte die Credit Suisse der Ernennung eines unabhängigen Beraters zu, der die Compliance-Politik der Bank für grenzüberschreitende Geschäfte im Hinblick auf die US-Wertpapiergesetze überprüfen und sich vergewissern soll, dass die Credit Suisse AG das grenzüberschreitende Geschäft mit den USA aufgegeben hat.

Zinsbezogene Angelegenheiten

Aufsichtsbehörden in verschiedenen Rechtsordnungen einschliesslich der USA, Grossbritanniens, der EU und der Schweiz haben über längere Zeit Untersuchungen hinsichtlich der Festsetzung des LIBOR-Satzes und anderer Referenzzinssätze für eine bestimmte Anzahl Währungen sowie die Preisstellung bei bestimmten mit diesen Sätzen zusammenhängenden Derivaten geführt. Diese laufenden Untersuchungen umfassten auch Auskunftsbegehren seitens der Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Festlegungspraxis für den LIBOR-Satz und Prüfungen der Geschäftstätigkeit verschiedener Finanzinstitute, zu denen auch die Gruppe zählte. Die Gruppe gehört drei LIBOR-Festlegungspanels an (US-Dollar LIBOR, Schweizer Franken LIBOR und Euro LIBOR); sie kooperiert im Rahmen dieser Untersuchungen in vollem Umfang. Der Berichterstattung zufolge untersuchen die Aufsichtsbehörden, ob sich Finanzinstitute an eigenmächtigen oder mit anderen Institutionen abgesprochenen Manipulationen des LIBOR-Satzes beteiligt

hätten, um die Marktmeinung bezüglich des Zustands ihrer Finanzlage zu verbessern und/oder den Wert ihrer Eigenhandelspositionen zu erhöhen. Die Credit Suisse reagierte auf entsprechende Untersuchungen der Aufsichtsbehörden, indem sie eine entsprechende Prüfung in Auftrag gab. Bis anhin liegen der Credit Suisse keine Hinweise vor, dass sie ein materielles Risiko im Zusammenhang mit diesen Fällen tragen würde.

Zudem werden die Mitglieder des Panels für den US-Dollar LIBOR in verschiedenen, in den USA eingereichten Privatklagen genannt. Dies betrifft auch die Credit Suisse. Bis auf eine Ausnahme wurden alle genannten Fälle zu Zwecken der vorgerichtlichen Ermittlungen zu einem Multi-District-Verfahren beim SDNY zusammengefasst. Am 29. März 2013 stellte das Gericht einen wesentlichen Teil des Verfahrens gegen die Panel-Banken ein. So wurden die Schadenersatzklagen im Rahmen des RICO und Sherman Act wegen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht sowie sämtliche durch bundesstaatliches Recht geschützte Ansprüche zurückgewiesen. Aufrechterhalten wurden lediglich einige Ansprüche unter dem Commodity Exchange Act für LIBOR-basierte Handelsinstrumente, die nach dem 30. Mai 2008 abgeschlossen wurden.

Folglich wies das Gericht am 23. August 2013 die erneute Beantragung der bereits abgewiesenen Klagegründe durch die Kläger ab, ausser im Falle einiger durch Bundesgesetze geschützter Ansprüche, die von den Klägern erneut beantragt werden. Am 4. Februar 2014 führte das Gericht eine Anhörung zum Antrag der Beklagten durch, die verbleibenden Schadenansprüche abzuweisen. Der nicht in dem Multi-District-Verfahren eingeschlossene Rechtsstreit ist ebenfalls beim SDNY hängig, welcher zurzeit den Antrag der Beklagten auf Abweisung dieser Klage prüft.

Die Untersuchungen hinsichtlich der Referenzzinssätze beinhalteten auch Auskunftsbegehren seitens der Aufsichtsbehörden bezüglich der Handelsaktivitäten und der Festlegung von Referenzzinssätzen in den ausländischen Devisenmärkten. Am 31. März 2014 teilte die Schweizer Wettbewerbskommission mit, dass sie bei verschiedenen Schweizer Banken und internationalen Finanzinstituten eine Untersuchung im Zusammenhang mit der Fixierung von Wechselkursen im Devisenhandel eröffnet. Die Gruppe kooperiert bei diesen Untersuchungen in vollem Masse. Die Untersuchungen sind noch am Laufen und es ist noch zu früh, das Ergebnis dieser Untersuchungen vorherzusagen. Ausserdem wurden die Credit Suisse und andere Finanzinstitute in einer Reihe verwandter zivilrechtlicher Sammelklagen aufgeführt, die beim US-Bundesgericht eingereicht wurden.

Angelegenheit der Finanzmarktaufsicht (MAS) von Singapur

Am 14. Juni 2013 gab die Finanzmarktaufsicht von Singapur (Monetary Authority of Singapore, MAS) bekannt, dass sie aufsichtsrechtliche Massnahmen gegen 20 Banken wegen verschiedener Verstösse gegen die Benchmark-Verfahren im Hinblick auf die Referenzzinssätze für den Singapur-Dollar, die Singapore Interbank Offered Rates und Swap Offered Rates und die Benchmarks für den Devisen-Kassamarkt einleitet, die normalerweise zur Abwicklung von NDF-Devisenterminkontrakten verwendet werden. Die Credit Suisse AG Niederlassung Singapur (CSSB) war eine der genannten Banken. Die MAS rügte die Banken und forderte sie auf, Massnahmen zur Behebung der genannten Mängel zu ergreifen. Die MAS forderte weiter 19 der 20 Banken, einschliesslich der CSSB, auf, zusätzliche gesetzliche Rücklagen für den Zeitraum eines Jahres zu bilden. Die CSSB wurde zusammen mit sechs weiteren Panel-Banken von der MAS der dritten von insgesamt fünf Stufen zugeordnet und aufgefordert, zusätzliche gesetzliche Rücklagen in Höhe von SGD 400-600 Mio. zu bilden, die bei der MAS auf einem unverzinsten Konto deponiert wurden. Diese zusätzlichen Rücklagen werden jeder Bank innerhalb eines Jahres zurückgezahlt, sofern sie die MAS davon überzeugen konnte, dass sie ausreichende Massnahmen zur Behebung der festgestellten Mängel durchgeführt hat.

Angelegenheiten im Zusammenhang mit CDS

Im Juli 2013 übermittelte die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission (GD Wettbewerb) Beschwerdepunkte an dreizehn im CDS-Handel tätige Banken, einige am Finanzmarkt tätige Organisationen und die International Swaps and Derivatives Association, Inc. (ISDA). Gegenstand der Beschwerdepunkte waren Untersuchungen der GD Wettbewerb im Hinblick auf mögliche Verletzungen des Wettbewerbsrechts durch einige Marktteilnehmer im CDS-Handel. Einige Einheiten der Credit Suisse zählten zu den aufgeführten Bankinstituten. Die Zustellung der Beschwerdepunkte leitet ein Vollstreckungsverfahren ein, da die GD Wettbewerb zu der Auffassung gelangt ist, dass die benannten Einheiten zwischen 2006 und 2009 die Entwicklung von börslichen Handelsplattformen für CDS unrechtmässig zu verhindern versucht hätten. Im nächsten Schritt des Verfahrens müssen die benannten Einheiten schriftliche Antworten einreichen.

Zudem wurden einige Unternehmen der Credit Suisse, sowie weitere Banken, in zivilrechtlichen Verfahren in den USA aufgeführt. Die Credit Suisse (USA), Inc. hat eine Aufforderung zur Abgabe von zivilrechtlichen Auskünften seitens des DOJ erhalten.

39 Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen

Wesentliche Tochtergesellschaften

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil	Währung	Grund- kapital in Mio.
per 31. Dezember 2013				
Credit Suisse Group AG				
100	BANK-now AG	Horgen, Schweiz	CHF	30.0
100	Credit Suisse AG	Zürich, Schweiz	CHF	4 399.7
100	Credit Suisse Group Finance (U.S.) Inc.	Wilmington, USA	USD	100.0
100	Credit Suisse Trust AG	Zürich, Schweiz	CHF	5.0
100	Credit Suisse Trust Holdings Limited	St. Peter Port, Guernsey	GBP	2.0
100	CS LP Holding AG	Zug, Schweiz	CHF	0.1
100	Inreska Limited	St. Peter Port, Guernsey	GBP	3.0
100	Neue Aargauer Bank AG	Aarau, Schweiz	CHF	134.1
88	Savoy Hotel Baur en Ville AG	Zürich, Schweiz	CHF	7.5
Credit Suisse AG				
100	AJP Cayman Ltd.	George Town, Cayman Islands	JPY	8 025.6
100	Banco Credit Suisse (Brasil) S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	53.6
100	Banco Credit Suisse (México), S.A.	Mexico City, Mexiko	MXN	1 716.7
100	Banco de Investimentos Credit Suisse (Brasil) S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	164.8
100	Boston Re Ltd.	Hamilton, Bermuda	USD	2.0
100	CJSC Bank Credit Suisse (Moscow)	Moskau, Russland	USD	37.8
100	Column Financial, Inc.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse (Australia) Limited	Sydney, Australien	AUD	34.1
100	Credit Suisse (Brasil) Distribuidora de Títulos e Valores Mobiliários S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	5.0
100	Credit Suisse (Brasil) S.A. Corretora de Títulos e Valores Mobiliários	São Paulo, Brasilien	BRL	98.4
100	Credit Suisse (Deutschland) Aktiengesellschaft	Frankfurt, Deutschland	EUR	130.0
100	Credit Suisse (France)	Paris, Frankreich	EUR	52.9
100	Credit Suisse (Gibraltar) Limited	Gibraltar, Gibraltar	GBP	5.0
100	Credit Suisse (Channel Islands) Limited	St. Peter Port, Guernsey	USD	6.1
100	Credit Suisse (Hong Kong) Limited	Hongkong, China	HKD	6 910.9
100	Credit Suisse (Italy) S.p.A.	Mailand, Italien	EUR	139.6
100 ¹	Credit Suisse (Luxembourg) S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	150.0
100	Credit Suisse (Monaco) S.A.M.	Monte Carlo, Monaco	EUR	18.0
100	Credit Suisse (Poland) SP. z o.o	Warschau, Polen	PLN	20.0
100	Credit Suisse (Qatar) LLC	Doha, Katar	USD	24.0
100	Credit Suisse (Singapore) Limited	Singapur, Singapur	SGD	743.3
100	Credit Suisse (UK) Limited	London, Grossbritannien	GBP	168.2
100	Credit Suisse (USA), Inc.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Asset Management (UK) Holding Limited	London, Grossbritannien	GBP	144.2
100	Credit Suisse Asset Management Immobilien Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt, Deutschland	EUR	6.1
100	Credit Suisse Asset Management International Holding Ltd	Zürich, Schweiz	CHF	20.0
100	Credit Suisse Asset Management Investments Ltd	Zürich, Schweiz	CHF	0.1
100	Credit Suisse Asset Management Limited	London, Grossbritannien	GBP	45.0
100	Credit Suisse Asset Management, LLC	Wilmington, USA	USD	1 086.8
100	Credit Suisse Business Analytics (India) Private Limited	Mumbai, Indien	INR	40.0
100	Credit Suisse Capital (Guernsey) I Limited	St. Peter Port, Guernsey	USD	0.0
100	Credit Suisse Capital LLC	Wilmington, USA	USD	737.6
100	Credit Suisse Energy (Canada) Limited	Toronto, Kanada	USD	0.0

Wesentliche Tochtergesellschaften (Fortsetzung)

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil	Währung	Grund- kapital in Mio.
100	Credit Suisse Energy LLC	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Equities (Australia) Limited	Sydney, Australien	AUD	62.5
100	Credit Suisse Finance (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey	USD	0.2
100	Credit Suisse Finance (India) Private Limited	Mumbai, Indien	INR	1 050.1
100	Credit Suisse First Boston (Latin America Holdings) LLC	George Town, Cayman Islands	USD	23.8
100	Credit Suisse First Boston Finance B.V.	Amsterdam, Niederlande	EUR	0.0
100	Credit Suisse First Boston Mortgage Capital LLC	Wilmington, USA	USD	356.6
100	Credit Suisse First Boston Next Fund, Inc.	Wilmington, USA	USD	10.0
100	Credit Suisse Fund Management S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	0.3
100	Credit Suisse Fund Services (Luxembourg) S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	1.5
100	Credit Suisse Funds AG	Zürich, Schweiz	CHF	7.0
100	Credit Suisse Hedging-Griffo Corretora de Valores S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	29.6
100	Credit Suisse Holding Europe (Luxembourg) S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	32.6
100	Credit Suisse Holdings (Australia) Limited	Sydney, Australien	AUD	3.0
100 ²	Credit Suisse Holdings (USA), Inc.	Wilmington, USA	USD	4 184.7
100 ³	Credit Suisse International	London, Grossbritannien	USD	13 107.7
100	Credit Suisse Leasing 92A, L.P.	New York, USA	USD	43.9
100	Credit Suisse Life & Pensions AG	Vaduz, Liechtenstein	CHF	15.0
100	Credit Suisse Life (Bermuda) Ltd.	Hamilton, Bermuda	USD	1.0
100	Credit Suisse Loan Funding LLC	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Management LLC	Wilmington, USA	USD	896.8
100	Credit Suisse Principal Investments Limited	George Town, Cayman Islands	JPY	3 324.0
100	Credit Suisse Private Equity, LLC	Wilmington, USA	USD	42.2
100	Credit Suisse PSL GmbH	Zürich, Schweiz	CHF	0.0
100	Credit Suisse Securities (Canada), Inc.	Toronto, Kanada	CAD	3.4
100	Credit Suisse Securities (Europe) Limited	London, Grossbritannien	USD	2 859.3
100	Credit Suisse Securities (Hong Kong) Limited	Hongkong, China	HKD	530.9
100	Credit Suisse Securities (India) Private Limited	Mumbai, Indien	INR	2 214.8
100	Credit Suisse Securities (Japan) Limited	Tokio, Japan	JPY	78 100.0
100	Credit Suisse Securities (Johannesburg) Proprietary Limited	Johannesburg, Südafrika	ZAR	0.0
100	Credit Suisse Securities (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur, Malaysia	MYR	100.0
100	Credit Suisse Securities (Moscow)	Moskau, Russland	RUB	97.1
100	Credit Suisse Securities (Singapore) Pte Limited	Singapur, Singapur	SGD	30.0
100	Credit Suisse Securities (Thailand) Limited	Bangkok, Thailand	THB	500.0
100	Credit Suisse Securities (USA) LLC	Wilmington, USA	USD	1 881.5
100	CSAM Americas Holding Corp.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	CS International Advisors AG	Zürich, Schweiz	CHF	0.1
100	CS Non-Traditional Products Ltd.	Nassau, Bahamas	USD	0.1
100	DLJ LBO Plans Management, LLC	Wilmington, USA	USD	7.8
100	DLJ Mortgage Capital, Inc.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Merban Equity AG	Zug, Schweiz	CHF	0.1
100	SPS Holding Corporation	Wilmington, USA	USD	0.1
99	PT Credit Suisse Securities Indonesia	Jakarta, Indonesien	IDR	235 000.0
98	Credit Suisse Hypotheken AG	Zürich, Schweiz	CHF	0.1
83	Asset Management Finance LLC	Wilmington, USA	USD	341.8
71	Credit Suisse Saudi Arabia	Riad, Saudi-Arabien	SAR	300.0

¹ 58% im Eigentum der Credit Suisse AG.

² 43% der Stimmrechte durch Credit Suisse Group AG, Filiale Guernsey, gehalten.

³ 80% der Stimmrechte und 98% des Kapitalanteils durch Credit Suisse AG gehalten.

Wesentliche Beteiligungen (bewertet nach der Equity-Methode)

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil
per 31. Dezember 2013		
Credit Suisse Group AG		
100 ¹	Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey
100 ¹	Credit Suisse Group (Guernsey) I Limited	St. Peter Port, Guernsey
100 ¹	Credit Suisse Group (Guernsey) II Limited	St. Peter Port, Guernsey
100 ¹	Credit Suisse Group (Guernsey) IV Limited	St. Peter Port, Guernsey
50	Swisscard AECS AG	Horgen, Schweiz
25	SECB Swiss Euro Clearing Bank GmbH	Frankfurt, Deutschland
Credit Suisse AG		
33	Credit Suisse Founder Securities Limited	Peking, China
23	E.L. & C. Baillieu Stockbroking (Holdings) Pty Ltd	Melbourne, Australien
20	ICBC Credit Suisse Asset Management Co., Ltd.	Peking, China
5 ²	York Capital Management Global Advisors, LLC	New York, USA

¹ Unter US GAAP dekonsolidiert, da die Gruppe nicht die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) ist.

² Die Gruppe hält eine wesentliche Minderheitsbeteiligung.

40 Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften

Gewisse hundertprozentige Finanztochtergesellschaften der Gruppe, einschliesslich die Credit Suisse Group (Guernsey) I Limited als auch die Credit Suisse Group (Guernsey) III Limited, die beide in Guernsey registrierte Aktiengesellschaften ohne separate Sondervermögen (non-cellular company limited by shares) sind, können bedingte Wandelanleihen ausgeben, die vollumfänglich und bedingungslos von der Gruppe garantiert werden. Für einige Tochtergesellschaften der Gruppe gelten verschiedene rechtliche und regulatorische Vorschriften, wie das Bestehen eines Solvenztests nach dem Recht von Guernsey, die ihre Fähigkeit einschränken, Dividenden zu zahlen beziehungsweise Ausschüttungen vorzunehmen oder der Gruppe Kredite und Bevorschussungen zu gewähren.

Am 26. März 2007 gaben die Gruppe und die Bank vollständige, bedingungslose und mehrfache Garantien für die ausstehenden SEC-registrierten Schuldtitel der Credit Suisse (USA), Inc. aus. Falls die Credit Suisse (USA), Inc. beliebigen Zahlungsverpflichtungen aus den Verträgen zu diesen Schuldtiteln nicht fristgerecht nachkommt, sind die Inhaber solcher Schuldtitel gemäss diesen Garantien berechtigt, die Zahlungen direkt und ohne

vorgängiges Verfahren gegen die Credit Suisse (USA), Inc. entweder bei der Gruppe oder der Bank einzufordern. Die Garantie der Gruppe hat gegenüber vorrangigen Verbindlichkeiten nachrangige Stellung. Die Credit Suisse (USA), Inc. ist eine indirekte, hundertprozentige Tochtergesellschaft der Gruppe. Die folgenden Tabellen enthalten die zusammengefassten, konsolidierenden Finanzinformationen für die Credit Suisse (USA), Inc., die Bank und die Gruppe.

Im Rahmen eines angekündigten Programms zur Anpassung der Rechtsstruktur der Gruppe mit dem Ziel, sich abzeichnende künftige aufsichtsrechtliche Anforderungen und Vorschriften des Fed zur Gründung von Intermediate Holding Companies in den USA für Nicht-US-Banken zu erfüllen, wurden im vierten Quartal 2013 mehrere bestehende Rechtseinheiten in Tochtergesellschaften der Credit Suisse (USA), Inc. umgewandelt. In den folgenden Tabellen wurden gewisse Umgliederungen vorgenommen, um eine Übereinstimmung der früheren Berichtsperioden mit der diesjährigen Präsentation zu erzielen und den Einfluss dieser Transaktionen widerzuspiegeln.

Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung

im Jahr 2013	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gekürzte konsolidierende Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Zins- und Dividendertrag	6 553	12 468	19 021	62	473	19 556
Zinsaufwand	(3 899)	(7 407)	(11 306)	(60)	(75)	(11 441)
Zinserfolg	2 654	5 061	7 715	2	398	8 115
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	3 756	9 302	13 058	4	164	13 226
Handelserfolg	(507)	3 271	2 764	(23)	(2)	2 739
Sonstiger Ertrag	1 361	432	1 793	2 288 ²	(2 305)	1 776
Nettoertrag	7 264	18 066	25 330	2 271	(1 745)	25 856
Rückstellung für Kreditrisiken	4	89	93	0	74	167
Personalaufwand	3 380	7 807	11 187	59	10	11 256
Sachaufwand	2 843	5 811	8 654	(135)	80	8 599
Kommissionsaufwand	227	1 499	1 726	1	11	1 738
Total sonstiger Geschäftsaufwand	3 070	7 310	10 380	(134)	91	10 337
Total Geschäftsaufwand	6 450	15 117	21 567	(75)	101	21 593
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	810	2 860	3 670	2 346	(1 920)	4 096
Ertragsteueraufwand	14	1 163	1 177	20	79	1 276
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	796	1 697	2 493	2 326	(1 999)	2 820
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	66	79	145	0	0	145
Reingewinn/(-verlust)	862	1 776	2 638	2 326	(1 999)	2 965
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	575	285	860	0	(221)	639
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	287	1 491	1 778	2 326	(1 778)	2 326
wovon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	221	1 412	1 633	2 326	(1 778)	2 181
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	66	79	145	0	0	145

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

² Besteht hauptsächlich aus Erträgen von nach der Equity-Methode bewerteten Gruppengesellschaften.

Gekürztes konsolidiertes Gesamtergebnis

im Jahr 2013	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gesamtergebnis (in Mio. CHF)						
Reingewinn/(-verlust)	862	1 776	2 638	2 326	(1 999)	2 965
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	0	2	2	16	0	18
Fremdwährungsumrechnung	(648)	(1 567)	(2 215)	0	1 194	(1 021)
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	(2)	(16)	(18)	0	(14)	(32)
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	138	(181)	(43)	0	1 087	1 044
Nachzuerrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	0	0	0	0	(95)	(95)
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	(512)	(1 762)	(2 274)	16	2 172	(86)
Gesamtergebnis	350	14	364	2 342	173	2 879
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Gesamtergebnis	471	353	824	0	(299)	525
Den Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	(121)	(339)	(460)	2 342	472	2 354

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2012	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gekürzte konsolidierende Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Zins- und Dividendertrag	7 584	13 960	21 544	81	465	22 090
Zinsaufwand	(4 472)	(10 262)	(14 734)	(79)	(134)	(14 947)
Zinserfolg	3 112	3 698	6 810	2	331	7 143
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	3 940	8 609	12 549	(12)	187	12 724
Handelserfolg	1 638	(309)	1 329	1	(134)	1 196
Sonstiger Ertrag	861	1 629	2 490	1 319 ²	(1 261)	2 548
Nettoertrag	9 551	13 627	23 178	1 310	(877)	23 611
Rückstellung für Kreditrisiken	(5)	93	88	0	82	170
Personalaufwand	3 601	8 618	12 219	56	28	12 303
Sachaufwand	2 130	5 074	7 204	(101)	143	7 246
Kommissionsaufwand	252	1 433	1 685	1	16	1 702
Total sonstiger Geschäftsaufwand	2 382	6 507	8 889	(100)	159	8 948
Total Geschäftsaufwand	5 983	15 125	21 108	(44)	187	21 251
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 573	(1 591)	1 982	1 354	(1 146)	2 190
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	1 333	(886)	447	5	13	465
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 240	(705)	1 535	1 349	(1 159)	1 725
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	17	(57)	(40)	0	0	(40)
Reingewinn/(-verlust)	2 257	(762)	1 495	1 349	(1 159)	1 685
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	281	(881)	(600)	0	936	336
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 976	119	2 095	1 349	(2 095)	1 349
wovon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 959	176	2 135	1 349	(2 095)	1 389
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	17	(57)	(40)	0	0	(40)

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

² Besteht hauptsächlich aus Erträgen von nach der Equity-Methode bewerteten Gruppengesellschaften.

Gekürztes konsolidiertes Gesamtergebnis

im Jahr 2012	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gesamtergebnis (in Mio. CHF)						
Reingewinn/(-verlust)	2 257	(762)	1 495	1 349	(1 159)	1 685
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	0	7	7	30	0	37
Fremdwährungsumrechnung	(575)	(658)	(1 233)	1	118	(1 114)
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	2	(45)	(43)	0	28	(15)
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	20	38	58	0	(108)	(50)
Nachzuverrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	(2)	1	(1)	0	249	248
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	(555)	(657)	(1 212)	31	287	(894)
Gesamtergebnis	1 702	(1 419)	283	1 380	(872)	791
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Gesamtergebnis	186	(997)	(811)	0	1 022	211
Den Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	1 516	(422)	1 094	1 380	(1 894)	580

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2011	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gekürzte konsolidierende Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Zins- und Dividendertrag	7 580	14 831	22 411	161	404	22 976
Zinsaufwand	(4 687)	(11 717)	(16 404)	(153)	7	(16 550)
Zinserfolg	2 893	3 114	6 007	8	411	6 426
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	3 368	8 992	12 360	9	269	12 638
Handelserfolg	(1 665)	6 406	4 741	1	279	5 021
Sonstiger Ertrag	1 310	435	1 745	1 888 ²	(1 827)	1 806
Nettoertrag	5 906	18 947	24 853	1 906	(868)	25 891
Rückstellung für Kreditrisiken	7	116	123	0	64	187
Personalaufwand	3 665	9 311	12 976	80	(55)	13 001
Sachaufwand	1 718	5 610	7 328	(135)	100	7 293
Kommissionsaufwand	263	1 652	1 915	1	23	1 939
Total sonstiger Geschäftsaufwand	1 981	7 262	9 243	(134)	123	9 232
Total Geschäftsaufwand	5 646	16 573	22 219	(54)	68	22 233
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	253	2 258	2 511	1 960	(1 000)	3 471
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	(287)	731	444	7	205	656
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	540	1 527	2 067	1 953	(1 205)	2 815
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	17	(42)	(25)	0	0	(25)
Reingewinn/(-verlust)	557	1 485	2 042	1 953	(1 205)	2 790
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	734	167	901	0	(64)	837
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	(177)	1 318	1 141	1 953	(1 141)	1 953
wovon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	(194)	1 360	1 166	1 953	(1 141)	1 978
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	17	(42)	(25)	0	0	(25)

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

² Besteht hauptsächlich aus Erträgen von nach der Equity-Methode bewerteten Gruppengesellschaften.

Gekürztes konsolidiertes Gesamtergebnis

im Jahr 2011	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gesamtergebnis (in Mio. CHF)						
Reingewinn/(-verlust)	557	1 485	2 042	1 953	(1 205)	2 790
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	0	(32)	(32)	(1)	0	(33)
Fremdwährungsumrechnung	50	(343)	(293)	1	29	(263)
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	0	(3)	(3)	0	(15)	(18)
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(79)	221	142	0	(757)	(615)
Nachzuverrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	0	(1)	(1)	0	396	395
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	(29)	(158)	(187)	0	(347)	(534)
Gesamtergebnis	528	1 327	1 855	1 953	(1 552)	2 256
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Gesamtergebnis	775	165	940	0	(58)	882
Den Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	(247)	1 162	915	1 953	(1 494)	1 374

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Bilanz

Ende 2013	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Aktiven (in Mio. CHF)						
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	4 787	63 290	68 077	795	(180)	68 692
Zinstragende Einlagen bei Banken	81	3 304	3 385	0	(1 870)	1 515
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	127 153	32 860	160 013	0	9	160 022
Als Sicherheiten erhaltene Wertschriften	23 479	(679)	22 800	0	0	22 800
Handelsbestände	73 580	156 156	229 736	0	(323)	229 413
Anlagen in Wertschriften	2	1 625	1 627	1 481	(121)	2 987
Sonstige Anlagen	5 116	5 091	10 207	42 570	(42 448)	10 329
Ausleihungen, netto	19 955	211 202	231 157	3 185	12 712	247 054
Liegenschaften und Einrichtungen	891	4 004	4 895	0	196	5 091
Goodwill	658	6 463	7 121	0	878	7 999
Sonstige immaterielle Werte	78	132	210	0	0	210
Forderungen aus Kundenhandel	25 667	26 377	52 044	0	1	52 045
Sonstige Aktiven	18 104	43 452	61 556	243	1 266	63 065
Zur Veräußerung gehaltene Aktiven aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	11	1 573	1 584	0	0	1 584
Total Aktiven	299 562	554 850	854 412	48 274	(29 880)	872 806
Passiven (in Mio. CHF)						
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	251	22 896	23 147	3 242	(3 281)	23 108
Kundeneinlagen	1	321 850	321 851	0	11 238	333 089
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	98 600	(4 568)	94 032	0	0	94 032
Verbindlichkeiten aus als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften	23 479	(679)	22 800	0	0	22 800
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	14 304	62 508	76 812	0	(177)	76 635
Kurzfristige Geldaufnahmen	42 842	(22 649)	20 193	0	0	20 193
Langfristige Verbindlichkeiten	31 300	95 341	126 641	2 784	617	130 042
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	55 749	17 405	73 154	0	0	73 154
Sonstige Verbindlichkeiten	11 284	39 795	51 079	84	284	51 447
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	19	1 121	1 140	0	0	1 140
Total Verbindlichkeiten	277 829	533 020	810 849	6 110	8 681	825 640
Total Eigenkapital der Aktionäre	18 583	21 409	39 992	42 164	(39 992)	42 164
Minderheitsanteile	3 150	421	3 571	0	1 431	5 002
Total Eigenkapital	21 733	21 830	43 563	42 164	(38 561)	47 166
Total Passiven	299 562	554 850	854 412	48 274	(29 880)	872 806

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Bilanz (Fortsetzung)

Ende 2012	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Aktiven (in Mio. CHF)						
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	4 523	56 853	61 376	19	368	61 763
Zinstragende Einlagen bei Banken	82	3 637	3 719	0	(1 774)	1 945
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	130 175	53 271	183 446	0	9	183 455
Als Sicherheiten erhaltene Wertschriften	34 980	(4 935)	30 045	0	0	30 045
Handelsbestände	87 974	168 628	256 602	0	(203)	256 399
Anlagen in Wertschriften	22	1 917	1 939	0	1 559	3 498
Sonstige Anlagen	6 252	5 564	11 816	35 088	(34 882)	12 022
Ausleihungen, netto	22 945	204 553	227 498	4 459	10 266	242 223
Liegenschaften und Einrichtungen	1 062	4 354	5 416	0	202	5 618
Goodwill	581	6 929	7 510	0	879	8 389
Sonstige immaterielle Werte	77	166	243	0	0	243
Forderungen aus Kundenhandel	20 672	25 096	45 768	0	0	45 768
Sonstige Aktiven	15 993	56 789	72 782	173	(43)	72 912
Total Aktiven	325 338	582 822	908 160	39 739	(23 619)	924 280
Passiven (in Mio. CHF)						
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	164	30 410	30 574	3 753	(3 313)	31 014
Kundeneinlagen	1	297 689	297 690	0	10 622	308 312
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	130 411	2 310	132 721	0	0	132 721
Verbindlichkeiten aus als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften	34 980	(4 935)	30 045	0	0	30 045
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	23 332	67 759	91 091	0	(275)	90 816
Kurzfristige Geldaufnahmen	22 157	(7 319)	14 838	0	3 803	18 641
Langfristige Verbindlichkeiten	35 485	111 512	146 997	437	700	148 134
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	44 401	20 275	64 676	0	0	64 676
Sonstige Verbindlichkeiten	12 927	44 440	57 367	51	219	57 637
Total Verbindlichkeiten	303 858	562 141	865 999	4 241	11 756	881 996
Total Eigenkapital der Aktionäre	17 970	16 797	34 767	35 498	(34 767)	35 498
Minderheitsanteile	3 510	3 884	7 394	0	(608)	6 786
Total Eigenkapital	21 480	20 681	42 161	35 498	(35 375)	42 284
Total Passiven	325 338	582 822	908 160	39 739	(23 619)	924 280

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Geldflussrechnung

im Jahr 2013	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	6 126	15 912	22 038	400²	(364)	22 074
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	(1)	444	443	0	95	538
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(594)	17 714	17 120	0	0	17 120
Kauf von Wertschriftenanlagen	0	(676)	(676)	(1 402)	1 401	(677)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	23	153	176	0	0	176
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	0	673	673	0	159	832
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	232	(1 570)	(1 338)	(2 458)	2 004	(1 792)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	2 139	1 026	3 165	481	91	3 737
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	2 456	(10 306)	(7 850)	1 228	(2 504)	(9 126)
Erlös aus Verkäufen von Ausleihungen	0	1 483	1 483	0	0	1 483
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(238)	(657)	(895)	0	(8)	(903)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	0	9	9	0	0	9
Sonstige, netto	(87)	202	115	0	7	122
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	3 930	8 495	12 425	(2 151)	1 245	11 519
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	95	22 252	22 347	(500)	616	22 463
Zu-/ (Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	22 124	(16 122)	6 002	0	0	6 002
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(29 400)	(6 947)	(36 347)	0	0	(36 347)
Emissionen langfristiger Verbindlichkeiten	687	37 227	37 914	2 292	(1 116)	39 090
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(3 482)	(52 830)	(56 312)	0	1 177	(55 135)
Emissionen von Stammaktien	0	0	0	976	0	976
Verkauf eigener Aktien	0	0	0	58	9 706	9 764
Rückkauf eigener Aktien	0	0	0	(217)	(9 985)	(10 202)
Bezahlte Dividenden	0	(305)	(305)	(154)	(105)	(564)
Überschuss der Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung	0	0	0	1	(1)	0
Sonstige, netto	258	923	1 181	75	(1 724)	(468)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(9 718)	(15 802)	(25 520)	2 531	(1 432)	(24 421)
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)						
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(74)	(1 141)	(1 215)	(4)	3	(1 216)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(1 027)	(1 027)	0	0	(1 027)
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)						
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	264	6 437	6 701	776	(548)	6 929
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	4 523	56 853	61 376	19	368	61 763
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	4 787	63 290	68 077	795	(180)	68 692

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.² Besteht aus Dividendenzahlungen aus Gruppengesellschaften von CHF 161 Mio. und CHF 208 Mio. von Banken- beziehungsweise Nichtbanken-Tochtergesellschaften und sonstige Geldpositionen aus der Geschäftstätigkeit der Konzernobergesellschaft wie beispielsweise die Finanzierung der Gruppe.

Gekürzte konsolidierte Geldflussrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2012	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(4 312)	(7 671)	(11 983)	357²	(1 042)	(12 668)
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	(2)	317	315	0	(131)	184
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	22 780	24 153	46 933	0	19	46 952
Kauf von Wertschriftenanlagen	0	(276)	(276)	0	(204)	(480)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	0	936	936	0	0	936
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	0	1 442	1 442	0	184	1 626
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	34	(1 981)	(1 947)	(3 584)	3 492	(2 039)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	1 922	996	2 918	110	76	3 104
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	1 075	(11 326)	(10 251)	1 154	(1 925)	(11 022)
Erlös aus Verkäufen von Ausleihungen	0	1 090	1 090	0	0	1 090
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(364)	(863)	(1 227)	0	(15)	(1 242)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	16	10	26	0	0	26
Sonstige, netto	235	3 441	3 676	28	(21)	3 683
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	25 696	17 939	43 635	(2 292)	1 475	42 818
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	78	(14 532)	(14 454)	(1 015)	2 902	(12 567)
Zu-/(-Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	5 508	(17 151)	(11 643)	0	3 803	(7 840)
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(20 167)	(19 791)	(39 958)	0	0	(39 958)
Emissionen langfristiger Verbindlichkeiten	879	36 338	37 217	10	1 178	38 405
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(5 094)	(49 371)	(54 465)	(1 149)	(322)	(55 936)
Emissionen von Stammaktien	0	0	0	1 930	0	1 930
Verkauf eigener Aktien	0	0	0	367	7 988	8 355
Rückkauf eigener Aktien	0	0	0	(495)	(8 364)	(8 859)
Bezahlte Dividenden	0	(321)	(321)	(944)	(31)	(1 296)
Überschuss der Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung	0	42	42	0	(42)	0
Sonstige, netto	(1 714)	5 317	3 603	3 180	(6 389)	394
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(20 510)	(59 469)	(79 979)	1 884	723	(77 372)
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)						
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(105)	(1 070)	(1 175)	57	(124)	(1 242)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	6	(352)	(346)	0	0	(346)
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	775	(50 623)	(49 848)	6	1 032	(48 810)
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	3 748	107 476	111 224	13	(664)	110 573
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	4 523	56 853	61 376	19	368	61 763

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.² Besteht aus Dividendenzahlungen aus Gruppengesellschaften von CHF 166 Mio. und CHF 46 Mio. von Banken- beziehungsweise Nichtbanken-Tochtergesellschaften und sonstige Geldpositionen aus der Geschäftstätigkeit der Konzernobergesellschaft wie beispielsweise die Finanzierung der Gruppe.

Gekürzte konsolidierte Geldflussrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2011	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	11 286	25 809	37 095	431²	1 096	38 622
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	(1)	(1 019)	(1 020)	0	288	(732)
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(20 567)	5 886	(14 681)	0	(540)	(15 221)
Kauf von Wertschriftenanlagen	0	(1 232)	(1 232)	0	(310)	(1 542)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	0	2 118	2 118	0	0	2 118
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	0	2 294	2 294	0	168	2 462
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	(1 032)	(378)	(1 410)	(101)	(271)	(1 782)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	4 357	1 967	6 324	9	451	6 784
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	6 326	(21 139)	(14 813)	547	(2 971)	(17 237)
Erlös aus Verkäufen von Ausleihungen	0	689	689	0	0	689
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(477)	(1 250)	(1 727)	0	(12)	(1 739)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	0	11	11	0	0	11
Sonstige, netto	2	187	189	0	33	222
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(11 392)	(11 866)	(23 258)	455	(3 164)	(25 967)
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(27)	27 456	27 429	(1 514)	1 825	27 740
Zu-/(-Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	(21 801)	25 899	4 098	0	0	4 098
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	30 267	(23 085)	7 182	0	0	7 182
Emissionen langfristiger Verbindlichkeiten	3 395	30 255	33 650	10	574	34 234
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(9 974)	(26 617)	(36 591)	(489)	(47)	(37 127)
Emissionen von Stammaktien	44	(46)	(2)	1 129	0	1 127
Verkauf eigener Aktien	0	615	615	550	10 688	11 853
Rückkauf eigener Aktien	0	(612)	(612)	(201)	(10 977)	(11 790)
Bezahlte Dividenden	0	(481)	(481)	(1 560)	93	(1 948)
Sonstige, netto	(4 184)	1 405	(2 779)	617	(346)	(2 508)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(2 280)	34 789	32 509	(1 458)	1 810	32 861
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)						
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(105)	(586)	(691)	567	(508)	(632)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	21	201	222	0	0	222
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	(2 470)	48 347	45 877	(5)	(766)	45 106
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	6 218	59 129	65 347	18	102	65 467
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	3 748	107 476	111 224	13	(664)	110 573

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.² Besteht aus Dividendenzahlungen aus Gruppengesellschaften von CHF 162 Mio. und CHF 188 Mio. von Banken- beziehungsweise Nichtbanken-Tochtergesellschaften und sonstige Geldpositionen aus der Geschäftstätigkeit der Konzernobergesellschaft wie beispielsweise die Finanzierung der Gruppe.

41 Credit Suisse Group Holdinggesellschaft

► Siehe «Anhang 40 – Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften» für zusammengefasste Finanzinformationen zur Holdinggesellschaft der Credit Suisse Group.

42 Wesentliche Unterschiede der Bewertung und Erfassung von Erträgen zwischen US GAAP und Swiss GAAP nach Bankenrecht (True-and-Fair-View-Prinzip)

Die konsolidierte Jahresrechnung der Gruppe wurde in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (US GAAP) erstellt.

Die ◻ FINMA verlangt von in der Schweiz domizilierten Banken, welche ihre Jahresrechnung entweder nach US GAAP oder nach International Financial Reporting Standards (IFRS) abschliessen, wesentliche Differenzen zwischen Swiss GAAP nach Bankenrecht (True-and-Fair-View-Prinzip) und dem angewandten Rechnungslegungsstandard zu erläutern.

Die wichtigsten Bestimmungen der Bankenverordnung und das FINMA-Rundschreiben 2008/2 «Rechnungslegung – Banken», welches die Finanzberichterstattung von Banken regelt (Swiss GAAP), unterscheiden sich in gewissen Aspekten von US GAAP. Im Folgenden werden die wichtigsten Unterschiede aufgeführt:

► Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» für eine detaillierte Beschreibung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze der Gruppe.

Konsolidierungskreis

Unter US GAAP konsolidiert die Gruppe gewisse Beteiligungen nicht, die Vorzugspapiere mit Rückgaberecht ausgeben. Unter Swiss GAAP würden diese Beteiligungen weiterhin konsolidiert, da die Gruppe 100% der Stimmrechte hält.

Unter Swiss GAAP werden Mehrheitsbeteiligungen, bei welchen es sich nicht um langfristige Anlagen handelt oder welche ausserhalb des Kerngeschäfts der Gruppe tätig sind, als Finanzanlagen oder als nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen erfasst. Die Rechnungslegung nach US GAAP sieht für die Konsolidierung von Mehrheitsbeteiligungen keine entsprechende Ausnahme vor.

Fair-Value-Option

Im Gegensatz zu US GAAP erlaubt Swiss GAAP das Konzept der Fair-Value-Option, welches die Wahl eines alternativen Bewertungsansatzes für gewisse Finanzaktiven und -verbindlichkeiten ausserhalb der Handelsbestände, Garantien und Verpflichtungen ermöglicht, grundsätzlich nicht. Die Fair-Value-Option erlaubt die Anwendung des ◻ Fair Value bei der erstmaligen und nachfolgenden Bewertung, wobei Fair-Value-Änderungen in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst werden.

Bei ausgegebenen strukturierten Produkten, die eigene Schuldverschreibungen einschliessen und gewissen restriktiven Bedingungen genügen, erfolgt die Bewertung zum Fair Value auf

Ebene der Einzelposition. Die entsprechenden Fair-Value-Änderungen sowohl des eingebetteten Derivats als auch des Basisvertrags werden im Handelserfolg erfasst, sofern es sich nicht um Fair-Value-Anpassungen im Zusammenhang mit der eigenen Schuldnerbonität handelt, die nicht in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst werden können.

Sonstige ausgegebene strukturierte Produkte, die nicht unter die Auslegung fallen oder bei welchen die Fair-Value-Bilanzierung unter Swiss GAAP nicht gewählt wurde, für die aber unter US GAAP die Fair-Value-Option gewählt wurde, werden unter Swiss GAAP weiterhin abgetrennt. Dies bedeutet, dass das eingebettete Derivat zum Fair Value und der Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten erfasst werden.

Sonstige zum Fair Value bewertete Anlagen ausserhalb des Handelsbestandes

Unter US GAAP werden alle Hypothekenverwaltungsrechte (Mortgage Servicing Rights) sowie die meisten der erworbenen Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts) der Gruppe zum Fair Value erfasst. Wertveränderungen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Unter Swiss GAAP werden Hypothekenverwaltungsrechte und erworbene Lebensversicherungspolizen nach dem Niederstwertprinzip bewertet.

Abschreibung des Goodwill

Unter US GAAP wird der Goodwill nicht abgeschrieben, sondern ist jährlich – bei Ereignissen oder veränderten Umständen, die auf eine mögliche Wertberichtigung hindeuten, auch häufiger – auf Werthaltigkeit zu überprüfen.

Unter Swiss GAAP wird der Goodwill über seine Nutzungsdauer abgeschrieben – normalerweise nicht über mehr als fünf Jahre, ausser in gerechtfertigten Fällen, in welchen eine Nutzungsdauer von bis zu 20 Jahren zulässig ist. Im Weiteren wird der Goodwill auf notwendige Wertberichtigungen überprüft.

Immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer

Unter US GAAP werden immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer nicht amortisiert, sondern jährlich – bei Ereignissen oder veränderten Umständen, die auf eine mögliche Wertberichtigung hindeuten, auch häufiger – auf Werthaltigkeit überprüft.

Unter Swiss GAAP werden immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer über maximal fünf Jahre amortisiert. Im

Weiteren werden diese Werte auf notwendige Wertberichtigungen überprüft.

Vorsorgeverpflichtungen

Für die Ermittlung der Leistungsverpflichtungen unter US GAAP werden die Verbindlichkeiten und die dazugehörigen Aufwendungen basierend auf der versicherungsmathematischen «Projected Unit Credit»-Methode berechnet.

Unter Swiss GAAP werden die Verbindlichkeiten und der dazugehörige Vorsorgeaufwand in erster Linie aufgrund der Bewertung des Vorsorgeplans gemäss Swiss GAAP FER 26 erfasst. Ein Vorsorgeguthaben wird verbucht, wenn eine statutarische Überdeckung eines Vorsorgeplans in Zukunft zu einem wirtschaftlichen Nutzen führt. Eine Vorsorgeverbindlichkeit wird verbucht, wenn eine statutarische Unterdeckung in Zukunft zu wirtschaftlichen Verpflichtungen führt. Zum Vorsorgeaufwand gehören die in der Schweiz gesetzlich geregelten Beiträge, sämtliche durch den Stiftungsrat der Vorsorgeeinrichtung vorgeschriebenen Beiträge sowie jede Wertveränderung des Vorsorgeguthabens beziehungsweise der Vorsorgeverbindlichkeit zwischen zwei Bewertungsstichtagen gemäss der jährlich durchgeführten Jahresendbewertung des Vorsorgeplans.

Kreditgewährungsgebühren

Unter US GAAP sind bestimmte, vorab gezahlte Gebühren in Zusammenhang mit der Gewährung von Krediten, die nicht gemäss Fair-Value-Option gehalten werden, abzugrenzen.

Unter Swiss GAAP werden lediglich Vorauszahlungen oder Gebühren, die als zinsbezogene Komponenten angesehen werden, abgegrenzt, so beispielsweise Agios und Disagios. Vom Kreditnehmer entrichtete Gebühren, die als dienstleistungsbezogene Gebühren gelten wie Bereitstellungsprovisionen, Strukturierungsgebühren und Vertragsabschlussgebühren, werden unmittelbar unter Kommissionsertrag erfasst.

Veräusserung von Finanzinstrumenten bilanziert zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten

Unter US GAAP werden Gewinne oder Verluste aus der Veräusserung oder dem vorzeitigen Rückkauf von Finanzinstrumenten unmittelbar in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst.

Unter Swiss GAAP werden Gewinne oder Verluste aus der Veräusserung oder dem vorzeitigen Rückkauf zinsbezogener, zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierter Finanzinstrumente über die verbleibende ursprüngliche Laufzeit des Finanzinstruments abgegrenzt.

Tilgung eigener Schulden

Unter US GAAP werden zurückgekauft eigene Schuldtitel gelöscht und die Gewinne oder Verluste aus der Tilgung unmittelbar unter dem sonstigen Ertrag erfasst.

Unter Swiss GAAP werden zurückgekauft eigene Schulden nur dann gelöscht, wenn die entsprechenden Wertschriften gesetzlich gelöscht werden. Gewinne und Verluste aus der Tilgung eigener Schulden, die zu fortgeführten Anschaffungskosten

bilanziert wurden, werden abgegrenzt und über die ursprüngliche Laufzeit der zurückgekauften Instrumente amortisiert. Bei zurück erworbenen eigenen Schuldtiteln, die nicht gesetzlich gelöscht werden, werden die zurückgekauften Schuldtitel entweder als Finanzanlagen nach dem Niederstwertprinzip oder als Handelsbestände zum Fair Value gehalten. Der Buchwert der zurückgekauften Instrumente wird mit der entsprechenden Verbindlichkeit der eigenen ausgegebenen Schuldtitel verrechnet.

Anlagen in Immobilien

Unter US GAAP werden Anlagen in Immobilien zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertberichtigungen bewertet.

Unter Swiss GAAP werden Anlagen in Immobilien, welche die Gruppe langfristig halten will, ebenfalls zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen und sonstiger nicht als vorübergehend eingestuft Wertberichtigungen bewertet. Beabsichtigt die Gruppe jedoch nicht, die Immobilien langfristig zu halten, werden sie nach dem Niederstwertprinzip erfasst.

Sale-and-Lease-back-Transaktionen

Unter US GAAP sind Gewinne aus Immobilienverkäufen, auf die ein Sale-and-Lease-back-Vertrag anwendbar ist, abzugrenzen und über die Laufzeit des Lease-back zu amortisieren.

Unter Swiss GAAP werden Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien, die einem Sale-and-Lease-back-Vertrag unterliegen, nur dann abgegrenzt, wenn die Bestimmungen des Lease-back-Vertrags festhalten, dass es sich um ein Capital Lease handelt; erfüllt der Lease-back-Vertrag die Anforderungen eines Operating Lease, werden diese Gewinne unmittelbar beim Verkauf der Immobilie erfasst.

Anlagen in Wertschriften

Zur Veräusserung verfügbare Wertschriften

Unter US GAAP werden Wertschriften, welche zur Veräusserung verfügbar sind, zum Fair Value bewertet. Unrealisierte Gewinne und Verluste (einschliesslich Fremdwährungseinflüssen) aus Fair-Value-Schwankungen werden nicht in der konsolidierten Erfolgsrechnung, sondern, bereinigt um die Steuern, als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung innerhalb des Eigenkapitals erfasst. Eine Wertberichtigung wird erfolgswirksam erfasst, wenn der Rückgang des Fair Value unter den Anschaffungswert aufgrund einer als nicht vorübergehend eingeschätzten Wertminderung erfolgt. Nur Wertberichtigungen auf Schuldtitel, die auf andere Faktoren als Kreditverluste zurückgehen und welche weder verkauft werden sollen noch verkauft werden müssen, werden weiter in den kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Die neue Kostenbasis wird bei künftigen Wertaufholungen nicht mehr verändert.

Unter Swiss GAAP werden Wertverluste und Wertaufholungen aufgrund von Marktschwankungen von zur Veräusserung verfügbaren Wertschriften gemäss dem Niederstwertprinzip im sonstigen ordentlichen Aufwand beziehungsweise Ertrag erfasst. Währungsgewinne und -verluste werden im Handelserfolg verbucht.

Nicht marktgängige Beteiligungspapiere

Nicht marktgängige Beteiligungspapiere werden unter US GAAP zu Anschaffungskosten abzüglich nicht als vorübergehend eingeschätzter Wertberichtigungen oder zum Fair Value bewertet. Unter Swiss GAAP werden nicht marktgängige Beteiligungspapiere nach dem Niederstwertprinzip erfasst.

Wertberichtigungen für bis zur Fälligkeit gehaltene Wertschriften

Unter US GAAP werden Fair-Value-Rückgänge unter den Anschaffungswert aufgrund einer als nicht vorübergehend eingeschätzten Wertminderung in der konsolidierten Erfolgsrechnung als Wertberichtigung verbucht. Nur Wertberichtigungen auf Schuldtitel, die auf andere Faktoren als Kreditverluste zurückgehen und welche weder verkauft werden sollen noch verkauft werden müssen, werden in den kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Die Wertberichtigung kann in zukünftigen Perioden nicht rückgängig gemacht werden.

Unter Swiss GAAP werden alle Wertberichtigungen in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Wertberichtigungen auf Wertschriften, die bis zur Fälligkeit gehalten werden, werden bis zum Betrag des Anschaffungswertes aufgelöst, wenn sich der Fair Value des Instruments später erholt. Eine Wertaufholung wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst.

Handelsbestände

Sowohl unter US GAAP als auch unter Swiss GAAP werden im Handelsportfolio klassierte Positionen zum Fair Value bewertet. Nach US GAAP basiert diese Klassierung auf der Verwendungsabsicht des Managements bezüglich des entsprechenden Instruments, während unter Swiss GAAP das aktive Management des entsprechenden Instruments im Rahmen einer dokumentierten Handelsstrategie entscheidend ist.

Zu Cashflow-Absicherungen verwendete Derivate

Unter US GAAP wird der effektive Teil einer Cashflow-Absicherung als erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasst.

Unter Swiss GAAP wird der effektive Teil einer Cashflow-Absicherung im Ausgleichskonto in den sonstigen Aktiven oder sonstigen Passiven erfasst.

Im Rahmen von Wertschriftenleihgeschäften erhaltene Sicherheiten in Form von Wertschriften

Unter US GAAP werden im Rahmen von Wertschriftenleihgeschäften erhaltene Sicherheiten in Form von Wertschriften als Aktiven erfasst; zugleich wird eine entsprechende Verbindlichkeit zur Rückgabe der Sicherheiten ausgewiesen.

Unter Swiss GAAP werden weder die erhaltenen Sicherheiten in Form von Wertschriften noch die entsprechende Rückgabepflichtung in der Bilanz erfasst.

Ausbuchung von Finanzinstrumenten

Unter US GAAP werden Finanzinstrumente nur ausgebucht, wenn die Transaktion bestimmte Kriterien erfüllt.

Unter Swiss GAAP wird ein Finanzinstrument ausgebucht, wenn die wirtschaftliche Kontrolle vom Verkäufer auf den Käufer übergegangen ist.

Aufgegebene Geschäftsbereiche

Unter US GAAP werden sämtliche Aktiven und Verbindlichkeiten eines Geschäftsbereichs, welcher zum Verkauf steht, aus den bisherigen Bilanzpositionen umgebucht und als aufgegebene Geschäftsbereiche separat ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Buchwert oder zum Fair Value abzüglich der anfallenden Verkaufskosten, wobei der niedrigere dieser beiden Werte zur Anwendung kommt. Entsprechend werden Aufwendungen und Erträge aus aufgegebenen Geschäftsbereichen in eine separate Position der konsolidierten Erfolgsrechnung umgebucht.

Unter Swiss GAAP werden diese Positionen bis zum Verkauf in ihren ursprünglichen Bilanzpositionen belassen und gemäss dem Bewertungsansatz der jeweiligen Positionen bewertet.

Ausserordentlicher Erfolg

In Abweichung von US GAAP sind unter Swiss GAAP bestimmte Aufwendungen und Erträge als ausserordentlich auszuweisen. Der ausserordentliche Erfolg wird nach Steuern ausgewiesen.

Reserven für allgemeine Bankrisiken

Unter US GAAP sind allgemeine, nicht zweckbestimmte Rückstellungen nicht erlaubt.

Unter Swiss GAAP werden Reserven für allgemeine Bankrisiken als separate Komponente zwischen Verbindlichkeiten und Eigenkapital ausgewiesen. Reserven für allgemeine Bankrisiken werden über ausserordentliche Aufwendungen oder ausserordentliche Erträge gebildet beziehungsweise aufgelöst oder ergeben sich aus der Neuzuteilung von Wertberichtigungen und Rückstellungen, die wirtschaftlich nicht länger benötigt werden.

Kreditverpflichtungen

Unter US GAAP weist die Gruppe unbenutzte Kreditzusagen, die sie einseitig kündigen kann, als Kreditverpflichtungen aus.

Unter Swiss GAAP werden Kreditzusagen, welche die Gruppe einseitig kündigen kann, nur ausgewiesen, wenn die Kündigungsfrist sechs Wochen übersteigt.

43 Risikobeurteilung

In Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Obligationenrecht macht die nachfolgende Offenlegung Angaben zum Risikobeurteilungsprozess, welcher in der Berichtsperiode in Kraft war und vom Verwaltungsrat verfolgt wurde.

Das Risikomanagement hat in erster Linie den Schutz der Finanzkraft und der Reputation der Gruppe zum Ziel, wobei gleichzeitig ein sinnvoller Kapitaleinsatz zur Förderung der Geschäftsaktivitäten und zur Steigerung des Shareholder Value gewährleistet werden soll. Die Risikomanagementorganisation widerspiegelt die Art der verschiedenen Risiken, um sicherzustellen, dass die Risiken transparent und zeitgerecht innerhalb der vorgegebenen Limiten bewirtschaftet werden.

Der Verwaltungsrat ist für die strategische Ausrichtung, die Überwachung und die Kontrolle der Gruppe sowie für die Definition der Gesamtrisikotoleranz der Gruppe in Form eines Statements zum Risikoappetit zuständig. Gewisse Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit dem Risikomanagement und der Risikoüberwachung hat der Verwaltungsrat dem Risk Committee, dem Audit Committee und der Geschäftsleitung übertragen.

Das Risk Committee des Verwaltungsrats ist verantwortlich für die Unterstützung des Verwaltungsrats bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsaufgaben, indem es ihn bei der Risikoorganisation sowie bei der Entwicklung des Risikoprofils und der Eigenmittelunterlegung, einschliesslich der regelmässigen Überprüfung der wichtigsten Risikopositionen und der Gesamtrisikolimiten, berät. Zusätzlich zu seinen sonstigen Verantwortlichkeiten wie Durchsicht und Besprechung der Quartals- und Jahresrechnungen, Leistung und Wirksamkeit der internen und externen Revision, überprüft das Audit Committee den Bericht der Geschäftsleitung zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Rechnungslegung (SOX 404), den jährlichen Bericht zum internen Kontrollsystem und den jährlichen Compliance-Bericht.

Für die Überwachung des Risikomanagements und den Aufbau einer organisatorischen Basis für sämtliche Belange des

Risikomanagements und der entsprechenden Berichterstattung ist auf Geschäftsleitungsebene der Gruppe der Chief Risk Officer (CRO) zuständig. Das Capital Allocation & Risk Management Committee (CARMC), das Risk Processes & Standards Committee und das Reputational Risk & Sustainability Committee wurden auf Ebene des höheren Kaders zur weiteren Unterstützung der Risikomanagementfunktion eingerichtet. Das CARMC besteht aus mindestens fünf Mitgliedern der Geschäftsleitung und des höheren Kaders, die durch den Chief Executive Officer ernannt werden. Es befasst sich alternierend in den folgenden drei Zyklen: (i) Asset & Liability Management einschliesslich Eigenmittel, Finanzierung und Liquidität, (ii) Market & Credit Risks sowie (iii) Internal Control Systems einschliesslich operationelle Risiken, Rechtsfragen und Compliance-Probleme sowie Angelegenheiten der internen Kontrolle. Das CARMC kann seine Kompetenz zur Festlegung und Genehmigung bestimmter Limiten für ◦ Positionsrisiko, Mittelaufnahme, Liquidität und Eigenmittel an den CRO oder an die Risk Management Committees der Divisionen übertragen. Die Risk Management Committees der Divisionen überprüfen und analysieren regelmässig divisionsspezifische Markt- und Kreditrisikobelange, operationelle Risiken, rechtliche und Compliance-Belange sowie Angelegenheiten der internen Kontrolle.

Im Berichtszeitraum erhielt der Verwaltungsrat vierteljährliche Risikoberichte des CRO sowie die jährlichen Berichte zum internen Kontrollsystem und zur Compliance seitens der Rechtsabteilung, welche die Grundlage für die Besprechung der Risikolage durch den Verwaltungsrat bildeten. Zudem wurde an jeder Sitzung des Risk Committee und an den meisten Verwaltungsratssitzungen über Risikobelange informiert. Der Verwaltungsrat, unterstützt durch sein Risk Committee und sein Audit Committee, führte systematische Risikobeurteilungen im Rahmen der festgelegten Grundsätze und Verfahren durch.

Kontrollen und Verfahren

BEURTEILUNG DER KONTROLLEN UND VERFAHREN

Die Gruppe hat die Wirksamkeit ihrer Offenlegungskontrollen und -verfahren unter der Aufsicht und Beteiligung des Managements, einschliesslich des CEO und des Chief Financial Officer (CFO) der Gruppe, und in Übereinstimmung mit Rule 13(a)–15(a) des Securities Exchange Act von 1934 (Exchange Act) per Ende der in diesem Bericht dargelegten Rechnungsperiode überprüft. Die Wirksamkeit jeder Kontrolle und jedes Verfahrens unterliegt systeminhärenten Beschränkungen, einschliesslich der Möglichkeit menschlichen Versagens und der Umgehung oder Übersteuerung der Kontrollen und Verfahren. Dementsprechend sind wirksame Kontrollen und Verfahren Voraussetzungen, aber keine Garantien für das Erreichen der Kontrollziele.

Der CEO und der CFO kamen zum Schluss, dass die Ausgestaltung und Funktion der Offenlegungskontrollen und -verfahren der Gruppe per 31. Dezember 2013 in allen massgeblichen Belangen wirksam sind und somit sichergestellt ist, dass offenzulegende Informationen, welche in Berichten, die gemäss dem Exchange Act eingereicht werden, ordnungsgemäss und rechtzeitig erfasst, verarbeitet, zusammengefasst und übermittelt werden.

MANAGEMENTBERICHT ZUR INTERNEN KONTROLLE DER FINANZBERICHTERSTATTUNG

Das Management der Gruppe ist verantwortlich für den Aufbau und Unterhalt von adäquaten internen Kontrollen der Finanzberichterstattung. Die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe ist ein Prozess, der darauf ausgerichtet ist, angemessene Sicherheit hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und der Erstellung der öffentlichen Finanzberichte gemäss US GAAP zu geben. Aufgrund von systeminhärenten Beschränkungen kann die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung Fehlangaben nicht vollständig verhindern oder erkennen. Zudem beinhalten Prognosen über die Wirksamkeit in zukünftigen Perioden das Risiko, dass vorhandene Kontrollen aufgrund geänderter Umstände nicht mehr angemessen sind oder dass die Disziplin gegenüber den Richtlinien oder Verfahren abnimmt.

Das Management hat eine Überprüfung und Beurteilung der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe per 31. Dezember 2013 durchgeführt, gestützt auf die Kriterien, welche das Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) in der Wegleitung «Internal Control – Integrated Framework (1992)» veröffentlicht hat.

Basierend auf dieser Überprüfung und Beurteilung kam das Management, einschliesslich des CEO und des CFO der Gruppe, zum Schluss, dass die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe per 31. Dezember 2013 wirksam war.

Die unabhängige Revisionsstelle der Gruppe, KPMG AG, hat eine uneingeschränkte Bestätigung bezüglich der Wirksamkeit der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe per 31. Dezember 2013 abgegeben (vgl. dazu den nachfolgenden Bericht).

ÄNDERUNGEN IM BEREICH DER INTERNEN KONTROLLE DER FINANZBERICHTERSTATTUNG

Es gab keine Änderungen der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe während der für diesen Bericht massgeblichen Rechnungsperiode, die einen wesentlichen Einfluss auf die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe hatten oder mit grosser Wahrscheinlichkeit haben können.



KPMG AG
Audit Financial Services
 Badenerstrasse 172
 CH-8004 Zürich

Postfach
 CH-8026 Zürich

Telefon +41 58 249 31 31
 Telefax +41 58 249 44 06
 Internet www.kpmg.ch

Bericht der Independent Registered Public Accounting Firm an die Generalversammlung der

Credit Suisse Group AG, Zürich

Wir haben das interne Kontrollsystem der Credit Suisse Group AG und ihrer Tochtergesellschaften (die „Group“) für die Finanzberichterstattung per 31. Dezember 2013, basierend auf den bestehenden Kriterien des *Internal Control – Integrated Framework (1992)*, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegeben wurde, geprüft. Der Verwaltungsrat und das Management der Group sind für die Aufrechterhaltung eines wirksamen internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung und für die Beurteilung von dessen Wirksamkeit, welche im beiliegenden Managementbericht zur Internen Kontrolle der Finanzberichterstattung wiedergegeben ist, verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, aufgrund unserer Prüfung die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung zu beurteilen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Public Company Accounting Oversight Board (USA). Diese Grundsätze verlangen, dass eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass mit angemessener Sicherheit erkannt werden kann, ob ein wirksames internes Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung in allen wesentlichen Belangen bestand. Unsere Prüfung des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung beinhaltete die Erlangung eines Verständnisses des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung, die Beurteilung des Risikos der Existenz einer wesentlichen Schwachstelle und darauf basierend die Prüfung und Beurteilung der Gestaltung und der operativen Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie die Durchführung weiterer Prüfungen, die wir unter den gegebenen Umständen als notwendig erachteten. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung eines Unternehmens ist ein Prozess, der dazu dient, eine angemessene Sicherheit betreffend der Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und der Erstellung von Abschlüssen für externe Zwecke in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen zu gewährleisten. Das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung beinhaltet diejenigen Richtlinien und Verfahren, welche (1) sich auf eine Buchführung beziehen, die in einem vernünftigen Detaillierungsgrad ordnungsgemäss und angemessen die Transaktionen und Entscheidungen hinsichtlich der Vermögenswerte des Unternehmens wiedergibt; (2) angemessene Sicherheit gewährleisten, dass Transaktionen wie erforderlich erfasst werden, um Abschlüsse in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen zu ermöglichen, Einnahmen und Ausgaben des Unternehmens nur mit Genehmigung des Managements und des Verwaltungsrats getätigt werden können sowie (3) angemessene Sicherheit gewährleisten zur Vermeidung oder zur rechtzeitigen Aufdeckung von nicht genehmigtem Erwerb, Gebrauch oder Veräussern von Vermögenswerten des Unternehmens, die einen wesentlichen Einfluss auf die Jahresrechnung haben könnten.

Aufgrund inhärenter Grenzen kann das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung gegebenenfalls Fehlaussagen nicht verhindern oder aufdecken. Zudem sind Projektionen von Beurteilungen über die Wirksamkeit für zukünftige Perioden mit dem Risiko behaftet, dass Kontrollen gegebenenfalls wegen geänderter Verhältnisse unzureichend werden oder sich der Grad der Einhaltung der Richtlinien und Verfahren verschlechtert.

Nach unserer Beurteilung hat die Group basierend auf den bestehenden Kriterien des *Internal Control – Integrated Framework (1992)*, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegeben wurde, unter allen wesentlichen Gesichtspunkten ein wirksames internes Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung per 31. Dezember 2013 unterhalten.

In Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Public Company Accounting Oversight Board (USA) und den Schweizer Prüfungsstandards haben wir zudem die Konzernrechnung der Group, bestehend aus den konsolidierten Bilanzen für die am 31. Dezember 2013 und 2012 abgeschlossenen Geschäftsjahre und die entsprechenden konsolidierten Erfolgsrechnungen, Eigenkapitalveränderungsrechnungen, Gesamtergebnisse und die Kapitalflussrechnungen sowie die Anhangangaben für die am 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 abgeschlossenen Geschäftsjahre geprüft, und in unserem Bericht datiert vom 3. April 2014 haben wir ein uneingeschränktes Prüfurteil bezüglich dieser Konzernrechnung der Group abgegeben.

KPMG AG

Simon Ryder
 Zugelassener Revisionsexperte
 Leitender Revisor

Anthony Anzevino
 Global Lead Partner

Zürich, Schweiz
 3. April 2014

VI

Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group

- 393 Bericht der Revisionsstelle
- 395 Statutarische Jahresrechnung
- 397 Anhang zur Jahresrechnung
(Siehe folgende Seite für detailliertes Verzeichnis)
- 406 Antrag zur Verwendung
des Bilanzgewinns
und Kapitalausschüttung
- 407 Berichte der Kapitalerhöhungsprüfer

Statutarische Jahresrechnung

395	Erfolgsrechnung
396	Bilanz

Anhang zur Jahresrechnung

397	1 Rechnungslegungsgrundsätze
397	2 Eventualverbindlichkeiten
397	3 Vergütung an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats
403	4 Wesentliche Beteiligungen
403	5 Anleihen
403	6 Durch die Gesellschaft und deren Gruppen- gesellschaften gehaltene eigene Aktien
403	7 Bedeutende Aktionäre
404	8 Aktienkapital, bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital der Credit Suisse Group
405	9 Allgemeine Reserven
405	10 Risikobeurteilung



KPMG AG
Audit Financial Services
Badenerstrasse 172
CH-8004 Zürich

Postfach
CH-8026 Zürich

Telefon +41 58 249 31 31
Telefax +41 58 249 44 06
Internet www.kpmg.ch

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung an die Generalversammlung der

Credit Suisse Group AG, Zürich

Als Revisionsstelle haben wir die beiliegende Jahresrechnung der Credit Suisse Group AG, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.



Credit Suisse Group AG, Zürich
Bericht der Revisionsstelle zur
Jahresrechnung an die Generalversammlung

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz (RAG) und die Unabhängigkeit (Art. 728 OR und Art. 11 RAG) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbare Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit Art. 728a Abs. 1 Ziff. 3 OR und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

Ferner bestätigen wir, dass der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinnes dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht, und empfehlen die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

KPMG AG

Simon Ryder
Zugelassener Revisionsexperte
Leitender Revisor

Ralph Dicht
Zugelassener Revisionsexperte

Zürich, Schweiz
3. April 2014

Statutarische Jahresrechnung

Erfolgsrechnung

	2013	2012
Ertrag (in Mio. CHF)		
Dividenertrag aus Beteiligungen an Gruppengesellschaften	381	272
Sonstiger Finanzertrag	62	82
Gewinn aus Veräusserung von Anlagevermögen	35	145
Sonstiger Ertrag	192	167
Total Ertrag	670	666
Aufwand (in Mio. CHF)		
Finanzaufwand	125	223
Personalaufwand	67	60
Sonstiger Aufwand	37	43
Steueraufwand	32	16
Total Aufwand	261	342
Reingewinn	409	324

Bilanz

	Verweis auf Anhang	2013	Ende 2012
Aktiven (in Mio. CHF)			
Flüssige Mittel bei Gruppengesellschaften		795	19
Forderungen gegenüber Dritten		7	8
Aktive Rechnungsabgrenzungen – Gruppengesellschaften		235	161
Total Umlaufvermögen		1 037	188
Beteiligungen an Gruppengesellschaften	4	40 440	38 534
Darlehen an Gruppengesellschaften		4 588	4 459
Finanzanlagen		173	51
Total Anlagevermögen		45 201	43 044
Total Aktiven		46 238	43 232
Passiven (in Mio. CHF)			
Verbindlichkeiten gegenüber Dritten		3	25
Verbindlichkeiten gegenüber Gruppengesellschaften		2 876	3 376
Passive Rechnungsabgrenzungen – Dritte		87	65
Passive Rechnungsabgrenzungen – Gruppengesellschaften		35	23
Total kurzfristige Verbindlichkeiten		3 001	3 489
Anleihen	5	2 292	–
Darlehen von Gruppengesellschaften		761	812
Rückstellungen		312	312
Total langfristige Verbindlichkeiten		3 365	1 124
Total Verbindlichkeiten		6 366	4 613
Aktienkapital	8	64	53
Allgemeine Reserven	9	1 800	4 810
Reserven aus Kapitaleinlagen		18 504	14 661
Allgemeine gesetzliche Reserven		20 304	19 471
Reserven für eigene Aktien	6	3 929	3 929
Freie Reserven		10 500	10 500
Gewinnvortrag		4 666	4 342
Reingewinn		409	324
Bilanzgewinn		5 075	4 666
Total Eigenkapital		39 872	38 619
Total Passiven		46 238	43 232

Anhang zur Jahresrechnung

1 Rechnungslegungsgrundsätze

Die statutarische Jahresrechnung der Credit Suisse Group AG wird in Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Obligationenrecht erstellt und in Schweizer Franken (CHF) ausgewiesen. Das Geschäftsjahr endet am 31. Dezember.

2 Eventualverbindlichkeiten

Ende	2013	2012
In Mio. CHF		
Gesamtbetrag der Bürgschaften, Garantieverpflichtungen und sonstigen Eventualverbindlichkeiten (abzüglich der in der Bilanz als Verbindlichkeiten erfassten Risiken)	43 857	51 363
davon zugunsten Tochtergesellschaften	43 857	51 363

Die Gesellschaft gehört der Schweizer Mehrwertsteuergruppe der Credit Suisse Group an und haftet gegenüber der Steuerbehörde solidarisch für die Mehrwertsteuerverbindlichkeiten der gesamten Gruppe.

3 Vergütung an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

Wie nach dem Schweizerischen Obligationenrecht (Artikel 663b bis und Artikel 663c, Absatz 3) vorgeschrieben, hat die Offenlegung bezüglich nahestehender Personen die gewährte Vergütung und die Beteiligungen der Mitglieder des Verwaltungsrats und

der Mitglieder der Geschäftsleitung sowie Kredite, die dieser Personengruppe oder mit ihnen verbundenen Personen und Gesellschaften gewährt wurden, zu enthalten.

Vergütung der Geschäftsleitung

Vergütung der Geschäftsleitung für 2013

	Basis-salär	Frei verfügbare Barvergütung	Wert der STI-Ansprüche	Wert der LTI-Ansprüche	Vorsorge, ähnliche Leistungen und sonstige Leistungen ¹	Dividenden-äquivalente ²	Zahlungen und Ansprüche aufgrund vertraglicher Vereinbarungen ³	Gesamtvergütung ⁴
2013 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)								
9 Mitglieder	14.08	3.93	21.86 ⁵	21.58	0.58	2.74	–	64.77
In % der Gesamtvergütung	22%	6%	34%	33%				
davon CEO:								
Brady W. Dougan	2.50	0.69	2.77	3.46	0.01	0.36	–	9.79
In % der Gesamtvergütung	26%	7%	28%	35%				

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen und Kinderzulagen.

² Vor dem 1. Januar 2014 zugeteilte Aktienansprüche beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der zahlbaren Dividende auf einer Aktie der Gruppe entspricht. Die Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte Ansprüche der Vorjahre bezahlt und in einer Kombination aus Barausschüttung und Aktien in Übereinstimmung mit den auf den eigentlichen Aktien bezahlten Dividenden entrichtet.

³ Im Verlauf von 2013 wurden an Geschäftsleitungsmitglieder keine Zahlungen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen ausgerichtet.

⁴ Nicht enthalten sind Spenden für wohltätige Zwecke von CHF 4,8 Mio., die von der Gruppe gemacht wurden und zu welchen der CEO und drei andere Geschäftsleitungsmitglieder Empfehlungen machen können.

⁵ Die kurzfristigen Leistungsvergütungsansprüche für 2013 enthalten CHF 20,56 Mio. Performance-Aktien sowie CHF 1,3 Mio., die als blockierte Aktien an die Geschäftsleitungsmitglieder, welche als UK Code Staff gemäss Regulierung der PRA kategorisiert wurden, beziehungsweise als Performance-Aktien an das zurückgetretene Geschäftsleitungsmitglied zugeteilt wurden. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 28.78.

Vergütung der Geschäftsleitung für 2012

	Basis-salär	Frei verfügbare Barvergütung	Wert der STI-Ansprüche	Wert der LTI-Ansprüche	Vorsorge, ähnliche Leistungen und sonstige Leistungen ¹	Dividenden-äquivalente ²	Zahlungen und Ansprüche aufgrund vertraglicher Vereinbarungen ³	Gesamtvergütung ⁴
2012 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)								
13 Mitglieder ⁵	17.75	13.56 ⁶	20.95 ⁷	15.40	4.28	2.18	–	74.12
In % der Gesamtvergütung	24%	18%	28%	21%				
davon am höchsten bezahlt: Robert S. Shafir	1.40	0.70	3.50	2.80	1.91 ⁸	0.28	–	10.59
In % der Gesamtvergütung	13%	7%	33%	26%				
davon CEO: Brady W. Dougan	2.50	0.50	2.50	2.00	0.04	0.23	–	7.77
In % der Gesamtvergütung	32%	6%	32%	26%				

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen, Kinderzulagen und Gewinnbeteiligung.

² Aktienansprüche beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der zahlbaren Dividende auf einer Aktie der Gruppe entspricht. Die Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte Ansprüche der Vorjahre bezahlt.

³ Im Verlauf von 2012 wurden an Geschäftsleitungsmitglieder keine Zahlungen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen ausgerichtet.

⁴ Nicht enthalten sind Spenden für wohltätige Zwecke von CHF 3,9 Mio., die von der Gruppe gemacht wurden und zu welchen der CEO und ein früheres Geschäftsleitungsmitglied Empfehlungen machen können.

⁵ Von den 13 Mitgliedern verliessen fünf die Geschäftsleitung im Verlauf von 2012: Karl Landert und Antonio Quintella, die mit Wirkung per 30. April 2012 beziehungsweise 31. Mai 2012 aus der Geschäftsleitung austraten, sowie Osama Abbasi, Walter Berchtold und Fawzi Kyriakos-Saad, die alle mit Wirkung per 30. November 2012 aus der Geschäftsleitung austraten. Das Basissalär und die Leistungsvergütung wurden für diese Personen entsprechend anteilig berücksichtigt. Diese Personen erhielten variable Vergütung in Form von frei verfügbarer Barvergütung und STI-Ansprüchen für ihre Leistung in der Geschäftsleitung im Jahr 2012.

⁶ Enthält frei verfügbare anteilige Barvergütung von CHF 10,2 Mio. an fünf Personen, welche die Geschäftsleitung im Verlauf des Jahres 2012 verliessen.

⁷ Alle kurzfristigen Leistungsvergütungsansprüche für 2012 wurden als Performance-Aktien zugeteilt. Der anwendbare Aktienkurs der Gruppe für die Performance-Aktienansprüche war CHF 24.62.

⁸ CHF 1,87 Mio. dieses Betrags wurden 2012 in Form einer Gewinnbeteiligung zugeteilt. Zusätzlich – im Zusammenhang mit seiner damaligen Funktion als CEO der Division Asset Management – erhielt Herr Shafir 2008 einen Gewinnbeteiligungsanspruch an bestimmten alternativen Anlagefonds. Der im Zeitverlauf realisierte Wert hängt von der Anlage-Performance dieser Fonds während ihres Bestehens von bis zu 15 Jahren ab. Der Anfangswert dieses Anspruchs wird mithilfe von Annahmen zur Rendite, die auf diesen Fonds realisiert werden, bestimmt. Der aggregierte theoretische Wert dieser Ansprüche betrug auf Basis einer angenommenen Rendite von 9 Prozent auf allen Fondsanlagen während des geplanten Bestehens der Fonds etwa USD 10 Mio.; dabei wurde die geschätzte Rendite um 25 Prozent reduziert, um eine mögliche schlechtere Performance einzelner Fonds zu berücksichtigen.

Weitere Aspekte der Vergütung der Geschäftsleitung

Spenden für wohltätige Zwecke

Wie in den drei Vorjahren hat der Vergütungsausschuss im Namen der Geschäftsleitung aus dem Pool leistungsbezogener Vergütung für die Geschäftsleitung für 2013 Spendenzahlungen an Wohltätigkeitsorganisationen genehmigt. Die Höhe der Spenden belief sich auf CHF 4,8 Mio. Die Spenden sollen eingetragenen karitativen Organisationen zugutekommen. Der CEO kann zusammen mit drei weiteren Geschäftsleitungsmitgliedern Empfehlungen abgeben, welche Organisationen berücksichtigt werden sollen.

Ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung

Ehemalige Geschäftsleitungsmitglieder, die nicht mehr für die Gruppe tätig sind, haben Anspruch auf Sachleistungen in Form von Bürobenebenung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und

durch bestehende Ressourcen abgedeckt. Im Jahre 2013 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder andere Vergütungen zugunsten ehemaliger Geschäftsleitungsmitglieder bezahlt, die nicht mehr für die Gruppe oder die verbundene Gesellschaft tätig sind.

Aktienbestände und Kredite der Geschäftsleitung

Aktienbestände der Geschäftsleitung

Die Tabelle «Von der Geschäftsleitung gehaltene Bestände und Werte aufgeschobener aktienbasierter Ansprüche» enthält die Aktienbestände der Geschäftsleitungsmitglieder, enger Familienmitglieder oder durch diese Personen kontrollierter Unternehmen sowie den Wert der noch nicht erworbenen aktienbasierten Vergütungsansprüche der Geschäftsleitungsmitglieder per 31. Dezember 2013.

Von der Geschäftsleitung gehaltene Bestände und Werte aufgeschobener aktienbasierter Ansprüche nach Empfängern

Ende	Anzahl eigene Aktien ¹	Anzahl nicht erworbene Aktienansprüche	Anzahl eigene Aktien und nicht erworbene Aktienansprüche	Anzahl nicht erworbene SISUs	Anzahl Optionen	Wert der nicht erworbenen Ansprüche bei Zuteilung (in CHF)	Aktueller Wert der nicht erworbenen Ansprüche (in CHF)
31. Dezember 2013							
Brady W. Dougan	1 221 334	416 540	1 637 874	38 051	–	12 176 651	12 396 697
Gaël de Boissard	107 329	536 014	643 343	31 283	–	16 187 272	15 470 189
Romeo Cerutti	136 344	231 491	367 835	11 636	–	6 128 891	6 630 073
Tobias Guldemann	–	258 127	258 127	14 545	–	6 907 523	7 435 765
David R. Mathers	17 469	387 642	405 111	7 565	–	9 422 493	10 777 295
Hans-Ulrich Meister	189 478	417 112	606 590	23 273	–	11 248 886	12 009 299
Robert S. Shafir	617 053	532 112	1 149 165	31 160	–	14 344 561	15 360 428
Pamela A. Thomas-Graham	–	216 875	216 875	7 191	–	5 461 314	6 110 280
Eric M. Varvel	–	286 098	286 098	27 735	–	9 597 358	8 558 226
Total	2 289 007	3 282 011	5 571 018	192 439	–	91 474 949	94 748 252
31. Dezember 2012							
Brady W. Dougan	906 929	666 068	1 572 997	76 102	–	18 945 613	19 815 939
Romeo Cerutti	80 279	320 261	400 540	23 272	–	8 446 679	9 172 331
Tobias Guldemann	57 763	375 725	433 488	29 090	–	9 964 935	10 808 561
David R. Mathers	0	461 439	461 439	15 130	1 095 ²	11 174 895	12 724 392
Hans-Ulrich Meister	178 198	550 776	728 974	46 546	–	14 848 594	15 948 497
Robert S. Shafir	387 544	736 377	1 123 921	62 320	–	19 807 159	21 325 210
Pamela A. Thomas-Graham	4 583	239 137	243 720	14 382	–	6 342 875	6 768 957
Eric M. Varvel	62 169	454 785	516 954	55 470	–	13 996 715	13 623 809
Total	1 677 465³	3 804 568	5 482 033	322 312	1 095	103 527 465	110 187 696

¹ Beinhaltet Aktien, die ursprünglich als aufgeschobene Vergütung zugeteilt wurden und nun erworben wurden.

² Besteht aus Optionen mit Verfall per 22. Januar 2013 und einem Ausübungspreis von CHF 30.60.

³ Zusätzlich zu den gezeigten gehaltenen Aktien hielten die folgenden Geschäftsleitungsmitglieder eine Anzahl von insgesamt 2 320 bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS): Brady Dougan (1 336), Romeo Cerutti (60), Hans-Ulrich Meister (262), Robert Shafir (571) und Eric Varvel (91). Diese Wertschriften wurden am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in insgesamt 143 033 Aktien gewandelt mit Ausführung und Lieferung der Aktien im April 2013.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung

Die den Geschäftsleitungsmitgliedern gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Darlehen gegen Wertschriftendeckung. Sie richten sich nach den für Mitarbeitende geltenden Bedingungen. Am 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 beliefen sich die ausstehenden Kredite der Geschäftsleitungsmitglieder auf CHF 10 Mio., CHF 8 Mio. beziehungsweise CHF 22 Mio. Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Jahres 2013 betrug drei beziehungsweise vier. Der höchste ausstehende Kredit belief sich auf USD 5 Mio. und betraf Eric Varvel.

Alle den Geschäftsleitungsmitgliedern gewährten Hypothekendarlehen sind entweder variabel oder festverzinslich. Hypotheken werden in der Regel für einen Zeitrahmen von bis zu zehn Jahren abgeschlossen. Die verwendeten Zinssätze beruhen auf dem Refinanzierungssatz zuzüglich einer Marge und entsprechen

den für andere Mitarbeitende anwendbaren Zinssätzen und übrigen Konditionen. Darlehen gegen Wertschriftendeckung werden ebenfalls zu Zinssätzen und Konditionen gewährt, wie sie für Mitarbeitende üblich sind. Bei der Gewährung von Krediten an Geschäftsleitungsmitglieder kommen die gleichen Bewilligungs- und Risikobeurteilungsverfahren zur Anwendung, wie sie für alle Mitarbeitenden üblich sind. Falls nichts anderes vermerkt ist, wurden sämtliche Kredite an Geschäftsleitungsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen, einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, gewährt, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten, und unter Berücksichtigung der für sämtliche Mitarbeitenden der Gruppe geltenden Bedingungen. Das mit diesen Krediten verbundene Geschäftsrisiko hielt sich im üblichen Rahmen.

Vergütung des Verwaltungsrats

Vergütung des Verwaltungsrats für 2013

	Basis-honorar Verwaltungsrat	Honorar für Verwaltungsratsausschuss	Zusätzliche Honorare ¹	Sonstige Vergütungskategorien ²	Gesamtver-gütung	Gewährt in bar	In % der Gesamtver-gütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamtver-gütung	Anzahl Aktien der Gruppe ³
2013/2014 (in CHF)										
Urs Rohner, Präsident ⁴	2 500 000	–	2 250 000	153 260	4 903 260	3 778 260	77%	1 125 000	23%	39 090
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident ⁵	400 000	–	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	7 455
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁵	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	4 659
Iris Bohnet ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	6 523
Noreen Doyle ⁵	250 000	100 000	294 000	–	644 000	469 000	73%	175 000	27%	6 523
Jean-Daniel Gerber ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	7 455
Walter B. Kielholz ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	6 523
Andreas N. Koopmann ⁵	250 000	200 000	–	–	450 000	225 000	50%	225 000	50%	8 387
Jean Lanier, Vorsitzender des Vergütungsausschusses ⁴	400 000	–	400 000	–	800 000	600 000	75%	200 000	25%	6 950
Kai S. Nargolwala ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	6 523
Anton van Rossum ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	6 523
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	17 374
John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	17 374
Total	6 100 000	850 000	4 944 000	153 260	12 047 260	8 097 260	67%	3 950 000	33%	141 359

¹ Enthält die Zusatzhonorare für den Präsidenten im Vollamt und die drei Ausschussvorsitzenden sowie die Zusatzhonorare von CHF 294 000 (GBP 200 000), die an Noreen Doyle im Jahr 2013 als nicht geschäftsführende Direktorin und Präsidentin von zwei britischen Tochtergesellschaften der Gruppe, Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited, bezahlt wurden. Die Zusatzhonorare von CHF 400 000 wurden an Jean Lanier als Vorsitzender des Vergütungsausschusses im Jahr 2013 zugeteilt, eine Funktion, in welche er per Generalversammlung 2013 am 26. April 2013 berufen wurde.

² Sonstige Vergütung für den Präsidenten enthielt Vorsorgeleistungen, Spesenpauschalen, Kinderzulagen und Krankenversicherungsbeiträge.

³ Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist.

⁴ Der Präsident und die drei Ausschussvorsitzenden erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Sie erhielten auch Zusatzhonorare in bar und/oder Aktien, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Vergütungsprozess bestimmt wurden. Die an die drei Ausschussvorsitzenden ausgerichteten Zusatzhonorare waren für ihre Mitgliedschaft in anderen Ausschüssen, in welchen sie den Vorsitz nicht haben. Die an diese vier Personen für 2013 ausgerichteten Zusatzhonorare wurden in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) bezahlt. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 28.78.

⁵ Ausser dem Präsidenten und den drei Vorsitzenden der Ausschüsse erhielten Verwaltungsratsmitglieder ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 26. April 2013 bis 9. Mai 2014. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und je CHF 100 000 für das Risk Committee und den Vergütungsausschuss. Für 2013 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug per Generalversammlung 2012 CHF 26.83.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2012

	Basis- honorar Verwal- tungsrat	Honorar für Ver- waltungs- ratsaus- schuss	Zusätzliche Honorare ¹	Sonstige Vergü- tungs- kategorien ²	Gesamt- ver- gütung	Gewährt in bar	In % der Gesamt- vergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamt- vergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ³
2012/2013 (in CHF)										
Urs Rohner, Präsident ⁴	2 500 000	–	2 500 000	234 881	5 234 881	3 984 881	76%	1 250 000	24%	50 772
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident ⁵	400 000	–	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁵	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	5 641
Robert H. Benmosche ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Iris Bohnet ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Noreen Doyle ⁵	250 000	100 000	182 600	–	532 600	357 600	67%	175 000	33%	7 898
Jean-Daniel Gerber ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Walter B. Kielholz ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Andreas N. Koopmann ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Jean Lanier ⁵	250 000	250 000	–	–	500 000	250 000	50%	250 000	50%	11 282
Anton van Rossum ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Aziz R.D. Syriani, Vorsitzender des Vergütungsausschusses ⁴	350 000	–	400 000	–	750 000	522 500	70%	227 500	30%	9 241
David W. Syz ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	20 309
John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	20 309
Total	6 550 000	1 150 000	5 082 600	234 881	13 017 481	8 514 981	65%	4 502 500	35%	192 020

¹ Enthält die Zusatzhonorare für den Präsidenten im Vollamt und die drei Ausschussvorsitzenden sowie die Zusatzhonorare, die an Noreen Doyle im Jahr 2012 als nicht geschäftsführende Direktorin der zwei britischen Tochtergesellschaften der Gruppe, Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited, bezahlt wurden. Die Zusatzhonorare von CHF 182 600 für Noreen Doyle entsprachen dem jährlichen Honorar von GBP 125 000, die Noreen Doyle 2012 als nicht geschäftsführende Direktorin (Jahreshonorar von GBP 100 000) und als Vorsitzende des Audit Committee (Zusatzhonorar von GBP 25 000) von Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited erhielt.

² Sonstige Vergütung für den Präsidenten enthielt Spesenpauschalen, Kinderzulagen, Krankenversicherungsbeiträge und Vorsorgeleistungen.

³ Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist.

⁴ Der Präsident und die drei Ausschussvorsitzenden erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Sie erhielten auch Zusatzhonorare in bar und/oder Aktienansprüchen, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Vergütungsprozess bestimmt wurden. Die an diese vier Personen für 2012 ausgerichteten Zusatzhonorare wurden in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) bezahlt. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 24.62.

⁵ Ausser dem Präsidenten und den drei Vorsitzenden der Ausschüsse erhielten Verwaltungsratsmitglieder ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 27. April 2012 bis 26. April 2013. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und je CHF 100 000 für das Risk Committee und den Vergütungsausschuss. Für 2012 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug per Generalversammlung 2012 CHF 22.16.

Ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats

Zwei ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten Sachleistungen in Form von Bürobenutzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und durch bereits bestehende Ressourcen abgedeckt. Während des Jahres 2013 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder andere Vergütungen zugunsten ehemaliger Mitglieder des Verwaltungsrats beziehungsweise diesen nahestehenden Personen bezahlt.

Aktienbesitz sowie Kredite des Verwaltungsrats

Aktienbestände der Mitglieder des Verwaltungsrats

Die nachfolgende Tabelle enthält den Aktienbesitz der Verwaltungsratsmitglieder, enger Familienmitglieder oder vom entsprechenden Verwaltungsratsmitglied kontrollierter Unternehmen. Per 31. Dezember 2013 hielten keine Mitglieder des Verwaltungsrats Optionen.

Aktienbesitz des Verwaltungsrats nach Empfängern

	2013	2012
31. Dezember (in Aktien)¹		
Urs Rohner	230 402	244 422
Peter Brabeck-Letmathe	144 186	120 999
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani	17 918	11 790
Iris Bohnet	15 464	7 898
Noreen Doyle	49 014	41 324
Jean-Daniel Gerber	17 701	9 826
Walter B. Kielholz	316 675	292 424
Andreas N. Koopmann	42 569	30 469
Jean Lanier	44 951	43 881
Kai S. Nargolwala	114 666	–
Anton van Rossum	56 464	48 598
Richard E. Thornburgh	212 530	218 456
John Tiner	48 471	24 799
Total	1 311 011	1 094 886^{2,3}

¹ Beinhaltet Aktien mit einer Sperrfrist von bis zu vier Jahren.

² Zusätzlich zu den gezeigten gehaltenen Aktien hielten die folgenden Verwaltungsratsmitglieder eine Anzahl von insgesamt 1 519 bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS): Urs Rohner (395), Peter Brabeck-Letmathe (175), Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani (17), Iris Bohnet (11), Walter Kielholz (431), Andreas Koopmann (44), Aziz R.D. Syriani (113), Richard Thornburgh (297) und John Tiner (36). Diese Wertschriften wurden am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 93 247 Aktien gewandelt mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013.

³ Nicht enthalten sind 30 872, 76 774 beziehungsweise 92 745 Aktien, die Robert H. Benmosche, Aziz R.D. Syriani beziehungsweise David W. Syz per 31. Dezember 2012 besaßen. Diese traten per 26. April 2013 aus dem Verwaltungsrat aus.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats

Die den Mitgliedern des Verwaltungsrats gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Darlehen gegen Wertschriftendeckung. Sie richten sich nach für Drittparteien geltenden Bedingungen. Per 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 beliefen sich die ausstehenden Kredite an Verwaltungsratsmitglieder auf CHF 55 Mio., CHF 41 Mio. beziehungsweise CHF 34 Mio.

Bei Verwaltungsratsmitgliedern, die Kredite erhalten, gelangen nicht die Mitarbeiterkonditionen zur Anwendung, es gelten die gleichen Bedingungen wie für Kunden mit einer vergleichbaren Bonität. Verwaltungsratsmitglieder, die vormalig Mitarbeitende der Gruppe waren, können über ausstehende Kredite verfügen, die ihnen seinerzeit zu Mitarbeiterbedingungen gewährt worden waren. Falls nichts anderes vermerkt ist, erfolgen sämtliche Kredite an Verwaltungsratsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt bei der Vergabe für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten, und beinhalten keine unüblichen Risiken. Zusätzlich zu den ausgewiesenen Krediten können die Gruppe beziehungsweise ihre Tochtergesellschaften Ausleihungen oder Finanzierungsgeschäfte mit Gesellschaften tätigen, bei denen Verwaltungsratsmitglieder bedeutenden Einfluss (gemäss Definition der US Securities and Exchange Commission, SEC) ausüben, beispielsweise als Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsrats. Sofern nicht ausdrücklich anderslautend angegeben, werden an diese Gesellschaften von der Gruppe gewährte Kredite im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und zu den jeweils aktuellen Marktkonditionen vergeben. Per 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 bestanden keine Kreditpositionen gegenüber solchen verbundenen Parteien, die nicht im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und zu den jeweils aktuellen Marktkonditionen vergeben worden waren.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats nach Empfängern

	2013	2012
31. Dezember (in CHF)		
Urs Rohner	4 968 270	5 034 157
Peter Brabeck-Letmathe	40 631 650	27 520 527
Walter B. Kielholz	4 000 000	4 200 000
Andreas N. Koopmann	4 933 650	2 775 000
Richard E. Thornburgh	222 756	–
Total¹	54 756 326	39 529 684²

¹ Enthält Kredite an direkte Familienmitglieder.

² Nicht enthalten ist ein Kredit von CHF 1 500 000 an David W. Syz per 31. Dezember 2012. Er trat per 26. April 2013 aus dem Verwaltungsrat aus.

Bankbeziehungen

► Siehe «Bankbeziehungen» und «Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

4 Wesentliche Beteiligungen

► Siehe «Anhang 39 – Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu den wesentlichen Beteiligungen der Gesellschaft.

5 Anleihen

Ende	Zinssatz	Emissionsdatum	Frühestes Rückzahlungsdatum	Fälligkeitsdatum	2013
Anleihen (in Mio. CHF)					
Kernkapitalinstrumente mit tiefem Auslösungssatz – CHF 290 Mio.	6.0%	4. September 2013	4. September 2018	Unbefristet	290
Kernkapitalinstrumente mit tiefem Auslösungssatz – USD 2 250 Mio.	7.5%	11. Dezember 2013	11. Dezember 2023	Unbefristet	2 002
Total					2 292

6 Durch die Gesellschaft und deren Gruppengesellschaften gehaltene eigene Aktien

	2013		2012	
	Aktienäquivalente	in Mio. CHF	Aktienäquivalente	in Mio. CHF
Bestand zu Beginn des Geschäftsjahres				
Physischer Bestand	27 036 831	602	4 010 074	89
Bestand, abzüglich offener Verpflichtungen	167 682	4	1 718 838	38
Bestand am Ende des Geschäftsjahres				
Physischer Bestand ¹	5 183 154	141	27 036 831	602
Bestand, abzüglich offener Verpflichtungen	(452 459)	(12)	167 682	4

¹ Entspricht 0,3% und 2,0% der per 31. Dezember 2013 beziehungsweise 2012 ausgegebenen Aktien.

7 Bedeutende Aktionäre

► Siehe «Anhang 3 – Geschäftsentwicklung, bedeutende Aktionäre und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu den bedeutenden Aktionären.

8 Aktienkapital, bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital der Credit Suisse Group

	Anzahl Aktien	Nennwert in CHF	Anzahl aus- gegebene Aktien	Nennwert in CHF
Aktienkapital per 31. Dezember 2012			1 320 829 922	52 833 197
Bedingtes Kapital				
Optionsscheine und Wandelanleihen				
Kapital per 31. Dezember 2012	483 506 127	19 340 245		
Wandlung der bedingten Pflichtwandel- anleihen (MACCS) am 8. April 2013	(83 506 127)	(3 340 245)	83 506 127	3 340 245
Kapital per 31. Dezember 2013	400 000 000 ¹	16 000 000		
Mitarbeiteraktien				
Kapital per 31. Dezember 2012	21 482 190	859 288		
Zeichnungen 2013 – vor der Generalversammlung	(18 822 723)	(752 909)	18 822 723	752 909
Generalversammlung vom 26. April 2013 – Erhöhung	27 340 533	1 093 621		
Zeichnungen 2013 – nach der Generalversammlung	(18 950 402)	(758 016)	18 950 402	758 016
Kapital per 31. Dezember 2013	11 049 598	441 984		
Wandlungskapital				
Kapital per 31. Dezember 2012	200 000 000	8 000 000		
Wandlung der bedingten Pflichtwandel- anleihen (MACCS) am 8. April 2013	(50 000 000)	(2 000 000)	50 000 000	2 000 000
Kapital per 31. Dezember 2013	150 000 000 ²	6 000 000		
Genehmigtes Kapital				
Kapital per 31. Dezember 2012	92 315 800	3 692 632		
Wandlung der bedingten Pflichtwandel- anleihen (MACCS) am 8. April 2013	(66 457 888)	(2 658 316)	66 457 888	2 658 316
Generalversammlung vom 26. April 2013 – Erhöhung	124 142 088	4 965 684		
Aktiendividende im Mai 2013	(37 552 287)	(1 502 091)	37 552 287	1 502 091
Kapital per 31. Dezember 2013	112 447 713	4 497 909		
Aktienkapital per 31. Dezember 2013			1 596 119 349	63 844 774

¹ 400,0 Mio. Aktien reserviert für Kapitalinstrumente mit hohem Auslösungssatz.

² 98,9 Mio. Aktien reserviert für Kapitalinstrumente mit hohem Auslösungssatz.

9 Allgemeine Reserven

Die allgemeinen Reserven beliefen sich per Ende 2013 auf CHF 1 800 Mio. gegenüber CHF 4 810 Mio. per Ende des Vorjahres. Die Reduktion um CHF 3 010 Mio. resultierte aus der Wandlung und Ablösung der im Juli 2012 herausgegebenen bedingten Pflichtwandelanleihe (MACCS). Am 8. April 2013 erfolgte die Lieferung von 199 964 015 neu herausgegebenen

Namenaktien im Zusammenhang mit der Umwandlung der MACCS. Nach der Emission der Aktien wurde der Nennwert der ausgegeben Aktien von CHF 8 Mio. ins Aktienkapital sowie das Agio von CHF 3 002 Mio. in die Reserven aus Kapitaleinlagen transferiert.

10 Risikobeurteilung

► Siehe «Anhang 43 – Risikobeurteilung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Risikobeurteilung in Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Obligationenrecht.

Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns und Kapitalausschüttung

Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns

	2013
Ende	
Bilanzgewinn (in Mio. CHF)	
Gewinnvortrag	4 666
Reingewinn	409
Verfügbarer Bilanzgewinn	5 075
Vortrag auf neue Rechnung	5 075
Total	5 075

Antrag zur Ausschüttung aus Reserven aus Kapitaleinlagen

	2013
Reserven aus Kapitaleinlagen (in Mio. CHF)	
Bestand zu Beginn des Jahres	14 661
Agio aus Emission von Namenaktien	3 999
Barausschüttung	(154)
Ausschüttung von neu ausgegebenen Namenaktien (Aktividivende)	(2)
Bestand am Ende des Jahres	18 504
Barausschüttung von CHF 0.70 pro Namenaktie ¹	(1 117)
Bestand nach Ausschüttung	17 387

¹ 1 596,1 Mio. Namenaktien per 31. Dezember 2013 (nach Abzug der von der Gesellschaft gehaltenen eigenen Aktien). Die Anzahl dividendenberechtigter Namenaktien kann sich aufgrund der Emission von neuen Namenaktien und der Bewegungen im Bestand der eigenen Aktien verändern.



KPMG AG
Audit Financial Services
 Badenerstrasse 172
 CH-8004 Zurich

Postfach1872
 CH-8026 Zurich

Telefon +41 58 249 31 31
 Fax +41 58 249 44 06
 Internet www.kpmg.ch

Prüfungsbestätigung betreffend bedingte Kapitalerhöhung an den Verwaltungsrat der
Credit Suisse Group AG, Zürich

Gemäss Ihrem Auftrag haben wir die während der Periode vom 01.01.2013 bis 03.04.2013 erfolgte Ausgabe neuer Aktien gemäss Generalversammlungsbeschluss vom 29.09.2000 im Sinne von Art. 653f Abs. 1 OR geprüft.

Es obliegt dem Verwaltungsrat, die Ausgabe von neuen Aktien gemäss den statutarischen Bestimmungen durchzuführen, während unsere Aufgabe darin besteht zu prüfen, ob die Ausgabe im Sinne der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften erfolgt ist. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Schweizer Prüfungsstandards, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Verstösse gegen die gesetzlichen und statutarischen Vorschriften mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir haben die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen vorgenommen und sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entspricht die Ausgabe von 18'822'723 Namenaktien im Nennwert von CHF 0.04, gesamter Nennwert der ausgegebenen Aktien CHF 752'908.92 dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

KPMG AG

Simon Ryder
 Zugelassener Revisionsexperte

Ralph Dicht
 Zugelassener Revisionsexperte

Zürich, 3. April 2013



KPMG AG
Audit Financial Services
 Badenerstrasse 172
 CH-8004 Zurich

Postfach1872
 CH-8026 Zurich

Telefon +41 58 249 31 31
 Fax +41 58 249 44 06
 Internet www.kpmg.ch

Bericht des unabhängigen Prüfers an den Verwaltungsrat der

Credit Suisse Group AG, Zürich

Wir haben die während der Periode vom 4. April 2013 bis 31. Dezember 2013 erfolgte Ausgabe neuer Aktien der Credit Suisse Group AG gemäss Generalversammlungsbeschluss vom 26. April 2013 im Sinne von Art. 653f Abs. 1 OR geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Ausgabe neuer Aktien in Übereinstimmung mit den gesetzlichen und statutarischen Vorschriften verantwortlich.

Verantwortung des Prüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Prüfungsurteil darüber abzugeben, ob die Ausgabe neuer Aktien dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Schweizer Prüfungsstandards durchgeführt. Nach diesen Standards haben wir die beruflichen Verhaltensanforderungen einzuhalten und die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit darüber erlangen, ob die Ausgabe neuer Aktien in Übereinstimmung mit den gesetzlichen und statutarischen Vorschriften erfolgt ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise zu erlangen, dass wesentliche Verstösse gegen die gesetzlichen und statutarischen Vorschriften für die Ausgabe neuer Aktien mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Abweichungen von den Vorschriften bei der Ausgabe neuer Aktien ein.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Ausgabe von 18,950,402 Namenaktien im Nennwert von CHF 0.04 dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

KPMG AG

Simon Ryder
 Zugelassener Revisionsexperte

Ralph Dicht
 Zugelassener Revisionsexperte

Zürich, 5. Februar 2014

Anhang

**A-2 Ausgewählte
5-Jahres-Informationen**

A-4 Abkürzungsverzeichnis

A-6 Glossar

A-10 Informationen für Investoren

**A-12 Finanzinformationen: Termine
und Quellen**

Ausgewählte 5-Jahres-Informationen

Ausgewählte Informationen – Gruppe

im Jahr / Ende	2013	2012	2011	2010	2009
Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	25 856	23 611	25 891	31 084	32 999
Rückstellung für Kreditrisiken	167	170	187	(79)	506
Total Geschäftsaufwand	21 593	21 251	22 233	23 686	24 387
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern und ausserordentlichem Erfolg	4 096	2 190	3 471	7 477	8 106
Ertragsteueraufwand	1 276	465	656	1 525	1 830
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor ausserordentlichem Erfolg	2 820	1 725	2 815	5 952	6 276
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, nach Steuern	145	(40)	(25)	(32)	135
Reingewinn	2 965	1 685	2 790	5 920	6 411
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	639	336	837	822	(313)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	2 326	1 349	1 953	5 098	6 724
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 181	1 389	1 978	5 130	6 589
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	145	(40)	(25)	(32)	135
Ergebnis pro Aktie (in CHF)					
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.14	0.82	1.34	3.80	5.02
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	1.22	0.79	1.32	3.78	5.12
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.14	0.82	1.34	3.79	4.88
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	1.22	0.79	1.32	3.77	4.98
Konsolidierte Bilanz (in Mio. CHF)					
Total Aktiven	872 806	924 280	1 049 165	1 032 005	1 031 427
Aktienkapital	64	53	49	47	47
Eigenkapital der Aktionäre	42 164	35 498	33 674	33 282	37 517
Ausstehende Aktien (in Mio.)					
Ausstehende Aktien	1 590.9	1 293.8	1 220.3	1 173.9	1 169.2
Dividende pro Aktie (in CHF)					
Dividende pro Aktie	0.70 ¹	0.75	0.75	1.30	2.00
Quoten (in %)					
Rendite auf den Anlagen ²	0.3	0.1	0.3	0.6	0.6
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	5.7	3.9	6.0	14.4	18.3
Dividendenausschüttungsquote	57.4 ¹	94.9	56.8	34.4	39.1
Eigenkapitalquote	4.8	3.8	3.2	3.2	3.6

¹ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 9. Mai 2014. Die Dividende soll aus Reserven aus Kapitaleinlagen ausgeschüttet werden.

² Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen.

Ausgewählte Informationen – Gruppe (Fortsetzung)

im Jahr / Ende	2013	2012	2011	2010	2009
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)					
Private Banking & Wealth Management	9 554	9 965	10 054	10 017	9 205
Investment Banking	19 910	20 241	20 525	21 576	21 517
Credit Suisse	31 695	32 626	32 333	32 850	30 833
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %)					
Private Banking & Wealth Management	34.5	38.5	30.1	42.0	47.7
Investment Banking	9.1	10.6	(2.4)	17.2	32.7
Credit Suisse	13.4	7.3	11.3	23.3	26.9

Ausgewählte Informationen – Bank

im Jahr / Ende	2013	2012	2011	2010	2009
Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	25 330	23 178	24 853	30 231	32 573
Rückstellung für Kreditrisiken	93	88	123	(121)	460
Total Geschäftsaufwand	21 567	21 108	22 219	23 826	24 313
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern und ausserordentlichem Erfolg	3 670	1 982	2 511	6 526	7 800
Ertragsteueraufwand	1 177	447	444	1 284	1 847
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor ausserordentlichem Erfolg	2 493	1 535	2 067	5 242	5 953
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, nach Steuern	145	(40)	(25)	(32)	135
Reingewinn	2 638	1 495	2 042	5 210	6 088
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	860	(600)	901	802	(697)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 778	2 095	1 141	4 408	6 785
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 633	2 135	1 166	4 440	6 650
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	145	(40)	(25)	(32)	135
Konsolidierte Bilanz (in Mio. CHF)					
Total Aktiven	854 412	908 160	1 034 787	1 019 586	1 020 226
Aktienkapital	4 400	4 400	4 400	4 400	4 400
Eigenkapital des Aktionärs	39 992	34 767	29 403	29 769	33 294
Anzahl ausstehende Aktien (in Mio.)					
Anzahl ausstehende Aktien	4 399.7	44.0	44.0	44.0	44.0

Abkürzungsverzeichnis

A

ABO	Accumulated Benefit Obligation (Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen)
ABS	Asset-backed Securities (Vermögenswertbesicherte Wertschriften)
ADR	American Depositary Receipts
ADS	American Depositary Shares
AES®	Advanced Execution Services
A-IRB	Advanced Internal Ratings-based Approach
ALM	Asset and Liability Management
AMA	Advanced Measurement Approach
AMF	Asset Management Finance LLC
AOCI	Accumulated Other Comprehensive Income/(loss) (kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung)
APP	Adjustable Performance Plan
ASC	Accounting Standards Codification
ASU	Accounting Standards Updates

B

BA	Bachelor of Arts
BBA	Bachelor of Business Administration
BEHG	Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
bp	Basispunkte

C

CARMC	Capital Allocation and Risk Management Committee
CCA	Contingent Capital Awards
CDO	Collateralized Debt Obligation (Forderungsbesicherte Wertschriften)
CDS	Credit Default Swap
CET1	Common Equity T1 (Hartes Kernkapital)
CEO	Chief Executive Officer
CFIG	Customized Fund Investment Group
CFO	Chief Financial Officer
CFTC	Commodity Futures Trading Commission
CMBS	Commercial Mortgage-backed Securities (verbriefte Geschäftshypothen)
CoCo	Contingent Convertible Instrument
CoE	Centers of Excellence
COF	Capital Opportunity Facility
COO	Chief Operating Officer
COSO	Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission
CP	Commercial Paper
CPR	Constant Prepayment Rate
CRD	Capital Requirements Directive (Eigenkapitalvorschriften)
CRM	Credit Risk Management
CRO	Chief Risk Officer
CVA	Credit Valuation Adjustment

D

DOJ	United States Department of Justice (Justizministerium)
DVA	Debit Valuation Adjustment

E

EBITDA	Earnings before taxes, depreciation and amortization (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
EMEA	Europe, Middle East, Africa (Europa, Naher Osten und Afrika)
EMIR	European Market Infrastructure Regulation
ETF	Exchange-traded Funds
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank

F

FASB	Financial Accounting Standards Board
Fed	US Federal Reserve (Amerikanische Zentralbank)
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA (FINMA)
FINRA	Financial Industry Regulatory Authority
FSA	UK Financial Services Authority
FSB	Financial Stability Board
FSMA	Financial Services and Markets Act 2000

G

G-7	Gruppe der 7 wichtigsten Industrieländer
GAAP	Generally Accepted Accounting Standards
G-SIB	Global Systemically Important Bank (Globale systemrelevante Banken)
GV	Generalversammlung

H

HNWI	High-Net-Worth Individuals
------	----------------------------

I

ICS	Internal Control System
IFRS	International Financial Reporting Standards
IHC	US-amerikanische Intermediate Holding Company
IPO	Initial Public Offering (Börsengang)
IRC	Incremental Risk Charge (Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken)
IRS	Internal Revenue Service
ISDA	International Swaps and Derivatives Association, Inc.
ISU	Incentive Share Unit
IT	Informationstechnologie

K

KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KPI	Key Performance Indicator (Leistungsindikator)

L

LCR	Liquidity Coverage Ratio (Mindestliquiditätsquote)
LGD	Loss Given Default (erwartete Verlustquote)
LIBOR	London Interbank Offered Rate
LTI	Long-term incentive
LTV	Loan-to-Value (Beleihungssatz)

M

M&A	Mergers & Acquisitions
MA	Master of Arts
MAACS	Mandatory and contingent convertible securities (Bedingte Pflichtwandelanleihen)
MBA	Master of Business Administration
MCR	Market & Credits Risk
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
MiFID II	Revised Markets in Financial Instruments Directive
MRTC	Material Risk Takers and Controllers

N

NAV	Net Asset Value (Nettoinventarwert)
NCFE	National Century Financial Enterprises, Inc.
NSFR	Net Stable Funding Ratio (strukturelle Liquiditätsquote)
NYSE	New York Stock Exchange

O

OCC	Office of the Comptroller of the Currency
OGR	Organisations- und Geschäftsreglement
OTC	Over-the-Counter

P

PAF	Partner Asset Facility 2008
PAF2	Partner Asset Facility 2011
PBO	Projected Benefit Obligation (Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen)
PD	Probability of Default (Ausfallwahrscheinlichkeit)
PFIC	Passive Foreign Investment Company
PIP	Performance Incentive Plan
PRA	Prudential Regulation Authority
PSA	Prepayment Speed Assumption

Q

QIA	Qatar Investment Authority
-----	----------------------------

R

RCSA	Risk and Control Self-Assessment
RMBS	Residential Mortgage-backed Securities
RMC	Risk Management Committee
RNIV	Risk-not-in-VaR
ROE	Return on equity (Eigenkapitalrendite)
RPSC	Risk Processes & Standards Committee
RRP	Recovery and Resolution Plan
RRSC	Reputational Risk & Sustainability Committee
RTSR	Relative Total Shareholder Return (relative Aktienrendite)
RWA	Risk-Weighted Assets (risikogewichtete Aktiven)

S

SEC	US Securities and Exchange Commission
SESTA	Swiss Federal Act of Stock Exchange and Securities Trading
SISU	Scaled Incentive Share Unit
SIX	SIX Swiss Exchange
SNB	Schweizerische Nationalbank
SOX	US Sarbanes-Oxley Act of 2002
SPE	Special Purpose Entity (Zweckgesellschaft)
SPIA	Single Premium Immediate Annuity
STI	Short-Term Incentive

T

TRS	Total Return Swap
-----	-------------------

U

UHNWI	Ultra-High-Net-Worth Individuals
UK	United Kingdom
US	United States of America
US GAAP	Accounting Principles Generally Accepted in the US (In den USA allgemein anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze)

V

VaR	Value-at-Risk
VARMC	Valuation and Risk Management Committee
VIE	Variable Interest Entity (Zweckgesellschaft mit variablem Anteil)
VIX	Chicago Board of Options Exchange Market Volatility Index

Glossar

A

Advanced Execution Services® (AES®) umfasst von der Credit Suisse betriebene algorithmische Handelsstrategien, -instrumente und -analysen zur Vereinfachung des globalen Aktienhandels. Durch den Einsatz von Algorithmen zur Volatilitätsreduktion und Ausführung von Kundenaufträgen unterstützt AES® Institutionen und Hedgefonds bei der Reduktion von Marktauswirkungen. AES® bietet Zugang zu Aktienbörsen in mehr als 35 Ländern weltweit mittels über 45 führender Handelsplattformen.

Advanced Internal Ratings-based Approach (A-IRB) Im Rahmen des Advanced Internal Ratings-based Approach (A-IRB-Ansatz) werden die Risikogewichtungen anhand von internen Risikoparametern festgelegt. Wir verfügen über eine Genehmigung der FINMA zur Nutzung des A-IRB-Ansatz, in dessen Rahmen wir unsere eigenen Schätzungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD), der erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) und des Ausfallrisikos (Exposure at Default, EAD) vornehmen. Diesen Ansatz haben wir vollumfänglich implementiert. Wir nutzen den A-IRB-Ansatz, um unser institutionelles Kreditrisiko und den Grossteil des Retail-Kreditrisikos zu ermitteln.

Advanced Measurement Approach (AMA) Der AMA-Ansatz dient zur Messung des operationellen Risikos. Seine Methodik beruht auf der Identifikation einer Reihe von Schlüsselrisiko-Szenarien zur Beschreibung der operationellen Risiken, die für uns relevant sind. Expertenteams analysieren diese Szenarien einzeln und schätzen ihre Wahrscheinlichkeit und Verlusthöhe ab. Als Zahlenbasis dienen interne und externe Verlustdaten zusammen mit bestimmten Daten zum Geschäftsumfeld, internen Kennzahlen, etwa den Ergebnissen von Selbsteinschätzungen, und massgeblichen Risikoindikatoren. Die Ergebnisse aus diesen Analysen werden in ein Modell für operationelle Risiken eingegeben, das eine Verlustverteilung generiert. Auf diese Weise wird das zur Deckung der operationellen Risiken erforderliche Kapital ermittelt. Wir haben von der FINMA die Genehmigung zur Verwendung eines internen Modells zur Ermittlung des Kapitals für operationelle Risiken erhalten, das die Anforderungen von AMA gemäss dem Basel-Regelwerk erfüllt.

American Depositary Shares (ADS) American Depositary Receipts sind handelbare Zertifikate über American Depositary Shares (ADS). Sie werden von einer Depotbank ausgestellt und repräsentieren ganze Aktien oder zugrunde liegende Anteile eines im Ausland ansässigen Unternehmens, die von der betreffenden Depotbank verwahrt werden.

Ausfallwahrscheinlichkeit Die Parameter für die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) erfassen das Risiko eines Gegenparteausfalls über einen Zeithorizont von einem Jahr. Die entsprechenden Schätzwerte beruhen auf zeitgewichteten Durchschnitten historischer Ausfallquoten nach Ratingstufen, wobei für Schätzungsmethoden von Portfolios mit geringen Ausfallquoten höhere Ratings zur Anwendung kommen. Die einzelnen Ausfallwahrscheinlichkeiten entsprechen den internen Ratings für den betreffenden Schuldner.

Äusserst vermögende Kunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI) Als äusserst vermögend gelten Kunden, deren verwaltete Vermögen CHF 50 Mio. beziehungsweise deren Gesamtvermögen CHF 250 Mio. übersteigen.

B

Backtesting bezeichnet einen Prozess zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit von VaR-Modellen. Er arbeitet mit einem Vergleich zwischen den effektiven Handelserträgen und dem 1-Tages-99%-VaR. Auch die Aufsichtsbehörden beurteilen die Leistungsfähigkeit von Modellen mithilfe von Backtestings. VaR-Modelle, bei denen weniger als fünf Ausnahmen in einem rollenden 12-Monats-Zeitraum anfallen, gelten als statistisch korrekt und haben keine zusätzlichen regulatorischen Eigenkapitalanforderungen zur Folge.

Basel III Im Dezember 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht die Rahmenvereinbarung Basel III, die umfassende Reformmassnahmen zur Stärkung der Regulierung, der Aufsicht und des Risikomanagements im Bankensektor enthält. Mit diesen Massnahmen soll gewährleistet werden, dass der Bankensektor Schocks infolge finanzieller oder wirtschaftlicher Stresssituationen unabhängig von deren Quelle besser auffangen kann, dass das Risikomanagement und die Kontrollen (Governance) verbessert werden und dass die Transparenz und Offenlegung der Banken gestärkt werden. Schrittweise Einführung zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2019.

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) bietet eine Plattform für die kontinuierliche Zusammenarbeit im Bereich der Bankenaufsicht. Er bemüht sich um eine stärkere Verbreitung und Verbesserung der Aufsichts- und Risikomanagementpraxis weltweit. Zu diesem Zweck pflegt er den Informationsaustausch zu landesspezifischen Fragen der Aufsicht, Ansätzen und Techniken, um ein gemeinsames Verständnis zu fördern. Bei Bedarf arbeitet der Ausschuss Richtlinien und Aufsichtsnormen aus. Die bekanntesten seiner Arbeiten betreffen die internationalen Standards zur Eigenmittelunterlegung, die Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht und das Konkordat für die grenzüberschreitende Beaufsichtigung von Banken.

Buchungszentrum Teil einer juristischen Einheit der Credit Suisse AG, die über eine einheimische Bankenlizenz verfügt und über die Kundenvermögen verwaltet und gebucht werden.

C

Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS) sind eine Form von hypothekarisch gesicherten Wertpapieren, die durch Kredite auf Geschäftsliegenschaften besichert sind und Immobilienanlegern und professionellen Darlehensgebern Liquidität verschaffen können.

Commercial Paper (CP) sind unbesicherte Geldmarktpapiere mit einer festen Laufzeit zwischen 1 und 364 Tagen, die von Grossbanken und Unternehmen ausgegeben werden, um kurzfristige Verbindlichkeiten zu decken.

Credit Default Swap (CDS) sind vertragliche Vereinbarungen, bei denen der Käufer des Swaps in regelmässigen Abständen eine Gebühr entrichtet und im Gegenzug im Falle eines Kreditereignisses bei der als Referenz dienenden Gesellschaft eine Zahlung des Verkäufers erhält. Zu den Kreditereignissen zählen Konkurs, Insolvenz, Zwangsverwaltung, materiell ungünstige Schuldenumstrukturierungen beziehungsweise Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit.

Credit Valuation Adjustment (CVA) CVAs entsprechen dem Marktwert des Gegenparteerisikos bei unbesicherten, ausserbörslich gehandelten Derivaten (OTC-Derivaten).

D

Debit Valuation Adjustment (DVA) DVAs entsprechen dem Marktwert unseres eigenen Kreditrisikos bei unbesicherten, ausserbörslich gehandelten Derivaten (OTC-Derivaten).

Derivate sind Finanzinstrumente oder Kontrakte, die alle der folgenden drei Eigenschaften aufweisen: (1) Ihr Wert ändert sich bei Preisänderungen des betreffenden Basiswerts, das heisst Änderungen der Verzinsung, des Wertpapierkurses, des Devisenkurses, der Bonität/Kreditkosten oder des Index; (2) sie erfordern zu Beginn keine Netto-Investitionen bzw. Netto-Investitionen, die geringer sind als bei anderen Kontraktarten, bei denen vergleichbare Reaktionen auf Änderungen der Marktfaktoren zu erwarten sind; und (3) Netto-Erfüllungen sind unter ihren Bedingungen entweder zulässig oder verbindlich (US GAAP), ansonsten erfolgt die Erfüllung zu einem zukünftigen Zeitpunkt (IFRS).

E

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA (FINMA) setzt sich als unabhängige Aufsichtsbehörde für den Schutz der Gläubiger, Anleger und Versicherten sowie für die Funktionsfähigkeit und Reputation der Finanzmärkte ein. Als staatliche Aufsichtsbehörde ist die FINMA mit hoheitlichen Befugnissen über Banken, Versicherungen, Börsen, Effekthändler, kollektive Kapitalanlagen sowie Vertriebsträger und Versicherungsvermittler ausgestattet. Sie ist zuständig für die Geldwäschereibekämpfung und wickelt bei Bedarf Sanierungsverfahren und Konkurse ab. Die FINMA bewilligt den Betrieb von Unternehmen der beaufsichtigten Branchen. Zudem stellt sie mit ihrer Überwachungstätigkeit sicher, dass sich die Beaufsichtigten an die Gesetze, Verordnungen, Weisungen und Reglemente halten sowie die dauernd zu gewährleistenden Bewilligungsvoraussetzungen erfüllen. Die FINMA ist auch Regulierungsinstanz. Sie arbeitet bei Gesetzgebungsverfahren mit und erlässt, wo dazu ermächtigt, eigene Verordnungen und Rundschreiben. Ausserdem ist sie für die Anerkennung von Selbstregulierungsnormen zuständig.

Erwartete Verlustquote In die Parameter der erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) gehen die Rangstufe von Schuldverschreibungen, die Deckung, die Branche der Gegenpartei und in bestimmten Fällen auch Fair-Value-Rückgänge ein. LGD-Schätzungen beruhen auf empirischen Analysen historischer Verlustquoten. Sie werden kalibriert, um dem Zeitraum und den Kosten von Wiedereinbringungen sowie Konjunkturrückgängen Rechnung zu tragen. Der LGD eines Grossteils des Portfolios des Private Banking & Wealth Management hängt in erster Linie von der Art und dem Umfang der gestellten Sicherheiten ab. Pool-LGD für sonstige Kreditrisiken im Privatkundenbereich, insbesondere für durch Finanzinstrumente besicherte Ausleihungen, differenzieren zwischen üblichen und erhöhten Risiken sowie Transaktionen im In- beziehungsweise Ausland. Die Kreditbewilligungs- und die Überwachungsverfahren für die gestellten Sicherheiten beruhen auf Belehnungsgrenzen. Bei Hypothekarkrediten (Wohn- und Geschäftsimmobilien) gelten nach Art der Liegenschaft differenzierte Erlösquoten.

Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken (Incremental Risk Charge, IRC) Dies ist ein Eigenmittelzuschlag für geschätzte Emittentenausfallrisiken und Ratingveränderungen für Positionen in den Handelsbüchern. Die Berechnung basiert auf einem einjährigen Beobachtungszeitraum mit einem Konfidenzniveau von 99,9%, unter Berücksichtigung der Liquidität einzelner Handelspositionen. Diese Betrachtung befasst sich auch mit Staatsanleihen; Verbriefungen und Korrelationsprodukte sind jedoch ausgeschlossen.

F

Fair Value Preis, der für den Verkauf eines Aktivums beziehungsweise die Übertragung einer Verbindlichkeit in einer regulären Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag eingenommen würde.

Flow-based Der Begriff «Flow-based Business» (kundenorientiertes Geschäft) bezieht sich auf Produkte, die im Allgemeinen eine höhere Liquidität und eine geringere Komplexität und Volatilität aufweisen und deren Gebühren oder Handel aufgrund oder zur Vereinfachung von Kundenaufträgen in der Regel für eine stabilere Ertragsbasis sorgen. Zu diesen Geschäften zählen die Bereiche Devisen, Zinsprodukte, Cash Equities, Standard-Derivate und Prime Services.

Forderungsbesicherte Wertschriften (Collateralized Debt Obligations, CDO) sind eine Form von Asset-backed Securities, deren Wert und Zahlungsströme von einem Portfolio aus festverzinslichen Vermögenswerten als Basiswert abgeleitet sind.

G

G-7 In der Gruppe der 7 wichtigsten Industrieländer (G-7) sind die Finanzminister der USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Kanada und Japan vertreten.

H

Haircut Prozentsatz, um den der Marktwert eines Aktivums bei der Berechnung des erforderlichen Kapitals, der Margenanforderungen und der Deckungen/Sicherheiten vermindert wird. Bei der Vergabe von Ausleihungen gegen Sicherheiten dienen Haircuts als Sicherheitspuffer gegen Wertminderungen der betreffenden Sicherheiten.

K

Konstante vorzeitige Tilgungsrate Die konstante vorzeitige Tilgungsrate (Constant Prepayment Rate, CPR) für Darlehen entspricht dem Anteil derjenigen in einem Pool zusammengefassten Darlehen, welcher in jeder Periode wahrscheinlich vorzeitig zurückgezahlt wird. Dieser Schätzwert basiert auf einer Reihe von Faktoren wie den historischen Tilgungsraten für frühere mit den im Pool vertretenen vergleichbaren Darlehen sowie Konjunkturprognosen.

L

London Interbank Offered Rate (LIBOR) Ist ein täglich gestellter Referenzzinssatz. Er basiert auf den Zinssätzen, welche die Banken für gegenseitige Ausleihungen von unbesicherten Mitteln im professionellen Geldmarkt in London verlangen.

M

Match Funded Match Funded bedeutet, dass Bilanzpositionen auf der Aktivseite beziehungsweise auf der Passivseite sowohl in Bezug auf Fälligkeit als auch Bewertung gleich sind. Damit erreicht man, dass die zu schaffende Liquidität, beziehungsweise die geforderte Finanzierung, dieser Positionen im Wesentlichen übereinstimmen.

Mindestliquiditätsquote Mit der Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) soll sichergestellt werden, dass die Banken über einen Bestand an unbelasteten flüssigen Mitteln mit hoher Qualität verfügen, um so im Fall eines ausgeprägten Stressszenarios den Liquiditätsbedarf für einen Zeithorizont von 30 Tagen zu decken. Die LCR besteht aus zwei Komponenten: dem Wert des Bestands an qualitativ hochstehenden flüssigen Mitteln in Stresssituationen und den gesamten Nettomittelabflüssen gemäss festgelegten Szenarioparametern. Das Verhältnis der flüssigen Mittel gegenüber den Nettomittelabflüssen sollte mehr als 100% betragen.

N

Negativer Wiederbeschaffungswert Der negative Wiederbeschaffungswert steht für den negativen Fair Value eines derivativen Finanzinstruments zu einem bestimmten Rechnungslegungsdatum. Ein negativer Wiederbeschaffungswert entspricht dem einer Gegenpartei bei Erfüllung des Derivatgeschäfts zum Rechnungslegungsstichtag geschuldeten Betrag oder den für die Glattstellung eines offenen Derivatgeschäfts zu einem bestimmten Rechnungslegungsstichtag anfallenden Kosten für ein Gegengeschäft, das die erste Transaktion vollumfänglich kompensiert.

Netting-Vereinbarung Netting-Vereinbarungen (Verrechnungsvereinbarungen) sind Vereinbarungen zwischen zwei Parteien zur Aufrechnung der gegenseitigen Forderungen aus offenen Geschäften, falls bestimmte Ereignisse wie Insolvenz, Konkurs oder andere Kreditereignisse eintreten. Durch Einbezug einer rechtlich verbindlichen Netting-Vereinbarung verringert sich das Brutto-Ausfallrisiko auf einen Nettobetrag.

O

Over-the-Counter (OTC) OTC-Wertpapiere und -Derivate werden nicht an Börsen gehandelt, sondern stellen private Vereinbarungen zwischen den betreffenden Gegenparteien dar.

P

Positionsrisiko Das Positionsrisiko, eine Komponente des dem Economic Capital zugrunde liegenden Modells, wird zur Beurteilung, Überwachung und Berichterstattung über die Risiken in der ganzen Gruppe verwendet. Es ist als der unerwartete ökonomische Verlust auf allen Positionen über einen Horizont von einem Jahr definiert, welcher nur mit einer geringen Wahrscheinlichkeit überschritten wird (1% für die Risikobewirtschaftung, 0,03% für die Kapitalbewirtschaftung).

Positiver Wiederbeschaffungswert Der positive Wiederbeschaffungswert steht für den positiven Fair Value eines derivativen Finanzinstruments zu einem bestimmten Rechnungslegungsstichtag. Ein positiver Wiederbeschaffungswert entspricht dem von einer Gegenpartei geschuldeten Betrag bei Erfüllung des Derivatgeschäfts zum Rechnungslegungsstichtag oder den Kosten für den Abschluss einer identischen Transaktion über die Restlaufzeit des ursprünglichen Derivats zum Rechnungslegungsstichtag, falls die Gegenpartei ausfallen sollte.

R

Regulatorischer VaR Der regulatorische VaR ist eine Form des VaR, bei der mittels exponentieller Gewichtungstechnik der VaR automatisch erhöht wird, sobald die kurzfristige die langfristige Marktvolatilität übersteigt. Der Zeithorizont für die Messung der langfristigen Marktvolatilität erstreckt sich über einen Zeitraum von zwei Jahren. Der regulatorische VaR berechnet die erwarteten Defizite auf Basis der durchschnittlichen Verluste. Die Halteperiode beträgt zehn Tage, die für Offenlegungszwecke auf einen Tag angepasst wird. Diese Methode führt zu einem reaktionsschnelleren VaR-Modell, da eine generelle Erhöhung der Marktvolatilität beinahe umgehend berücksichtigt wird.

Repo-Geschäfte sind Verkäufe von Wertpapieren im Rahmen von Vereinbarungen zum Rückkauf von substanziiell identischen Wertpapieren. Im Allgemeinen gelten diese Transaktionen wirtschaftlich nicht als Verkauf und werden daher als besicherte Finanzierungen betrachtet und in der Bilanz zum vereinnahmten Betrag (Verbindlichkeit) beziehungsweise ausgelegten Betrag (Aktivum) ausgewiesen.

Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) sind eine Form von Mortgage-backed Securities, die sich aus einer breiten Palette von Hypotheken mit Ausnahme von Geschäftshypotheken zusammensetzen. Sie verbiefen die Zins- und Tilgungszahlungen aus privaten Liegenschaften. Verschiedene Wohnhypotheken mit unterschiedlichen Bonitätsbeurteilungen werden in einem Pool zusammengefasst und in Tranchen bei Anlegern platziert.

Reverse-Repo-Geschäfte sind Ankäufe von Wertpapieren im Rahmen von Vereinbarungen zum Wiederverkauf substanziiell identischer Wertpapiere. Im Allgemeinen gelten diese Transaktionen wirtschaftlich nicht als Verkauf und werden daher als besicherte Finanzierungen betrachtet und in der Bilanz zum vereinnahmten Betrag (Verbindlichkeit) beziehungsweise ausgelegten Betrag (Aktivum) ausgewiesen.

Risikogewichtete Aktiven (Risk-weighted Assets, RWA) Risikogewichtete Aktiven entsprechen dem Wert aller Aktiven, die nach kategorisierten Risiken gewichtet sind, um die Einhaltung der regulatorischen Bedingungen sicherzustellen.

Risikomanagement-VaR Der Risikomanagement-VaR ist eine Form des VaR, bei der mittels exponentieller Gewichtungstechnik Unterschiede zwischen kurzfristiger und langfristiger Marktvolatilität automatisch zu einer Anpassung des VaR führen. Der Zeithorizont für die Messung der langfristigen Marktvolatilität erstreckt sich über einen Zeitraum von zwei Jahren. Der Risikomanagement-VaR berechnet die erwarteten Defizite auf Basis der durchschnittlichen Verluste. Die Halteperiode beträgt einen Tag. Diese Methode führt zu einem reaktionsschnelleren VaR-Modell, da bestimmte Entwicklungen der Marktvolatilität beinahe umgehend berücksichtigt werden.

Risikominderung Der Begriff Risikominderung bezieht sich auf Massnahmen seitens der Gruppe beziehungsweise der Bank zur aktiven Steuerung ihrer Risiken. Bei Kreditrisiken umfassen die entsprechenden Massnahmen im Allgemeinen den Einsatz von Kreditabsicherungen und Kreditsicherheiten wie Bargeld und marktfähige Wertschriften. Kreditabsicherungen umfassen den Nominalbetrag der Kreditrisiken, die in der Regel durch den Einsatz von Credit Default Swaps auf Gegenparteien mit erstklassiger Bonität übertragen werden können.

Risikonehmer und Kontrollfunktionen (Material Risk Takers and Controllers, MRTC) MRTC sind Mitarbeitende, deren Tätigkeiten nach Auffassung der Bank einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Gruppe haben können.

Risk-not-in-VaR (RNIV) Mit dem RNIV-Regelwerk soll sichergestellt werden, dass Kapital zur Deckung sämtlicher Risiken vorhanden ist, die von den VaR- und Stress-VaR-Modellen der Gruppe nicht oder nicht angemessen berücksichtigt werden. Dazu zählen unter anderem unvollständige, fehlende und/oder illiquide Risikofaktoren wie bestimmte Basisrisiken, Korrelationsrisiken, Risiken höherer Ordnung und wechselseitige Risiken sowie Kalibrierungsparameter. Das RNIV-Regelwerk wird kontinuierlich um neue RNIV erweitert.

S

Sehr vermögende Kunden (High-Net-Worth Individuals) Wir definieren sehr vermögende Kunden als Kunden, deren verwaltete Vermögen CHF 1 Mio. übersteigen.

Stress-VaR (Stressed VaR) Der Stress-VaR repliziert die VaR Berechnung des aktuellen Portfolios der Gruppe beziehungsweise der Bank unter Berücksichtigung einer starken Belastung der Finanzmärkte über einen einjährigen Beobachtungszeitraum. Die Berechnung des Stress-VaR hilft dabei, das prozyklische Verhalten der minimalen Kapitalanforderungen für das Marktrisiko zu reduzieren.

Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR) mit der NSFR soll gewährleistet werden, dass die Banken ein langfristiges Finanzierungsprofil mit einer soliden Struktur und einem Horizont von über einem Jahr aufrechterhalten. Die NSFR ist eine Ergänzung zur LCR. Sie ist so strukturiert, dass die Finanzierung illiquider Aktiven mit einem angemessenen Betrag von stabilen langfristigen Mitteln sichergestellt wird. Der Standard ist wie folgt definiert: das Verhältnis verfügbarer stabiler Finanzierungsmittel gegenüber dem Betrag der erforderlichen stabilen Finanzierungsmittel. Das Verhältnis sollte immer mindestens 100% sein.

T

Too Big To Fail Im Jahr 2011 verabschiedete das schweizerische Parlament die Gesetzesänderung im Hinblick auf die Grossbanken. Sie umfasst Kapital- und Liquiditätsanforderungen sowie Vorschriften zur Risikoverteilung und Notfallplanung, die auf die Aufrechterhaltung der systemrelevanten Funktionen, selbst im drohenden Insolvenzfall, ausgerichtet sind.

Total Return Swap (TRS) Bei TRS handelt es sich um Swapkontrakte, deren eine Partei Zahlungen auf Basis eines definierten – festen oder variablen – Zinssatzes leistet, während die Zahlungen der anderen Partei auf der Rendite eines Basiswerts beruhen und sowohl die Erträge aus diesem Basiswert als auch mögliche Kapitalgewinne berücksichtigen. Der Basiswert von Total Return Swaps wird als Referenzwert bezeichnet und besteht zumeist aus einem Aktienindex, Ausleihungen oder Anleihen.

V

Value-at-Risk (VaR) Ist eine Methode zur Messung des potenziellen Fair-Value-Verlusts von Finanzinstrumenten auf Basis von statistischen Analysen historischer Preistrends und Volatilitäten. Das VaR-Konzept lässt sich auf alle Formen von finanziellen Risiken mit gültigen regelmässigen historischen Preisreihen anwenden. Es ermöglicht Risikovergleiche zwischen verschiedenen Geschäftsbereichen wie etwa Fixed Income und Aktien.

W

Wohlhabende Kunden und Retailkunden (Affluent and retail clients) Wir definieren wohlhabende Kunden und Retailkunden als Kunden, deren verwaltete Vermögen unter CHF 1 Mio. liegen.

Informationen für Investoren

Angaben zu den Aktien

im Jahr / Ende	2013	2012	2011
Aktienkurs (Stammaktien, in CHF)			
Durchschnitt	26.74	21.23	31.43
Minimum	22.90	16.01	19.65
Maximum	30.29	27.20	44.99
Ende der Periode	27.27	22.26	22.07
Aktienkurs (American Depositary Shares, USD)			
Durchschnitt	28.85	22.70	35.36
Minimum	24.56	16.20	21.20
Maximum	33.84	29.69	47.63
Ende der Periode	30.84	24.56	23.48
Börsenkapitalisierung			
Börsenkapitalisierung (in Mio. CHF)	43 526	29 402	27 021
Börsenkapitalisierung (in Mio. USD)	49 224	32 440	28 747
Dividende pro Aktie (in CHF)			
Dividende pro Aktie	0.70 ¹	0.75 ^{2,4}	0.75 ^{3,4}

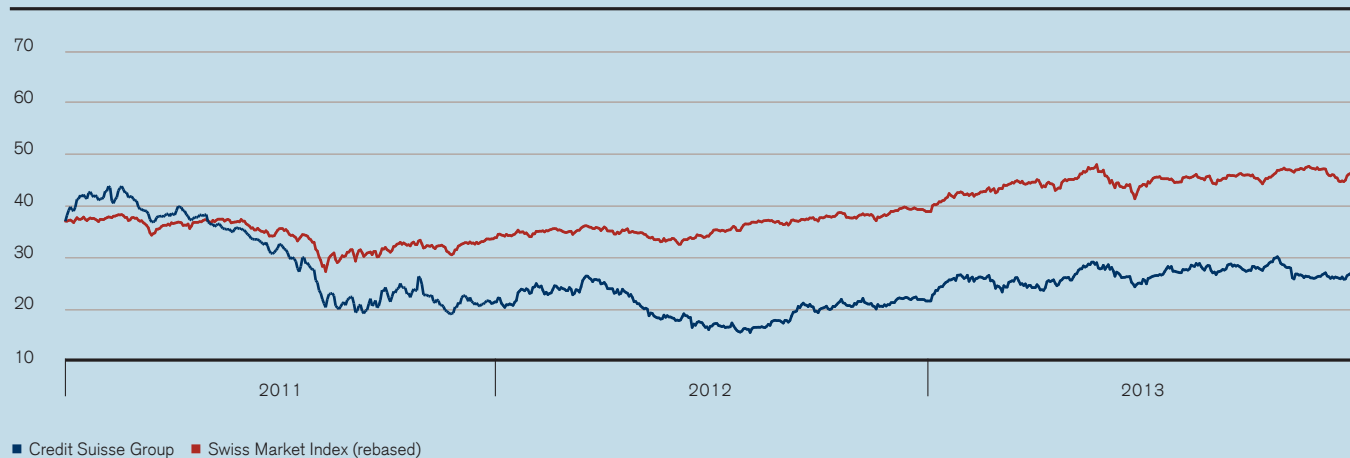
¹ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 9. Mai 2014. Die Dividende soll aus Reserven aus Kapitaleinlagen ausgeschüttet werden.

² Die Ausschüttung war zu CHF 0.10 pro Aktie in bar und in Form von neuen Aktien mit einem ungefähren Wert von CHF 0.65 pro Aktie zahlbar.

³ Die Ausschüttung war in bar oder – abhängig von allfälligen rechtlichen Einschränkungen der Heimatstaaten der Aktionäre – in neuen Aktien der Credit Suisse Group zahlbar. Die Aktionäre hatten das Wahlrecht.

⁴ Aus Reserven aus Kapitaleinlagen bezahlt.

Kursentwicklung



Tickersymbole / Börsenkotierungen

	Stammaktien	ADS ¹
Tickersymbole		
Bloomberg	CSGN VX	CS US
Reuters	CSGN.VX	CS.N
Telekurs	CSGN,380	CS,065
Börsenkotierungen		
Valorennummer	1213853	570660
ISIN-Nummer	CH0012138530	US2254011081
CUSIP-Nummer	–	225 401 108

¹ Eine American Depositary Share (ADS) entspricht einer Stammaktie.

Anleihenratings

per 21. März 2014	Moody's	Standard & Poor's	Fitch Ratings
Ratings der Credit Suisse Group AG			
Kurzfristig	–	–	F1
Langfristig	A2	A–	A
Ausblick	Stabil	Stabil	Stabil
Ratings der Credit Suisse AG			
Kurzfristig	P-1	A-1	F1
Langfristig	A1	A	A
Ausblick	Stabil	Stabil	Stabil

Fremdwährungskurse

	Ende			Durchschnitt		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011
1 USD / 1 CHF	0.89	0.92	0.94	0.93	0.93	0.88
1 EUR / 1 CHF	1.23	1.21	1.22	1.23	1.20	1.23
1 GBP / 1 CHF	1.47	1.48	1.45	1.45	1.48	1.42
100 JPY / 1 CHF	0.85	1.06	1.21	0.95	1.17	1.11

Finanzinformationen: Termine und Quellen

Termine Finanzinformationen

Resultat des ersten Quartals 2014	Mittwoch, 16. April 2014
Generalversammlung	Freitag, 9. Mai 2014
Kapitalausschüttungszahlung	Freitag, 16. Mai 2014
Resultat des zweiten Quartals 2014	Donnerstag, 17. Juli 2014

Investor Relations

Telefon	+41 44 333 71 49
E-Mail	investor.relations@credit-suisse.com
Internet	www.credit-suisse.com/investors

Media Relations

Telefon	+41 844 33 88 44
E-Mail	media.relations@credit-suisse.com
Internet	www.credit-suisse.com/news

Zusätzliche Informationen

Ergebnisse und Finanzinformationen	www.credit-suisse.com/results
Gedruckte Exemplare	Credit Suisse AG Abteilung HKG 1 Postfach 8070 Zürich Schweiz

US-Aktienregister und Registerführer

	Deutsche Bank
ADS-Depotbank	Trust Company Americas
Adresse	American Stock Transfer & Trust Co. Operations Center 6201 15th Avenue Brooklyn, NY 11219 USA
Anrufe aus den USA/Kanada	+1 800 937 5449
Anrufe aus anderen Ländern	+1 718 921 8124
E-Mail	DB@amstock.com

Schweizer Aktienregister und Registerführer

Adresse	Credit Suisse Group AG Aktienregister RXS 8070 Zürich Schweiz
Telefon	+41 44 332 26 60
E-Mail	robert.rohner@credit-suisse.com

Hauptniederlassungen

Schweiz

Credit Suisse
Paradeplatz 8
8070 Zürich
Schweiz
Tel. +41 44 333 11 11
Fax +41 44 332 55 55

Europa, Naher Osten und Afrika

Credit Suisse
One Cabot Square
London E14 4QJ
Grossbritannien
Tel. +44 20 7888 8888
Fax +44 20 7888 1600

Nord- und Südamerika

Credit Suisse
Eleven Madison Avenue
New York, NY 10010-3629
USA
Tel. +1 212 325 2000
Fax +1 212 325 6665

Credit Suisse
Rua Leopoldo Couto de Magalhães Jr.
700/10º andar
São Paulo 04542-000
Brasilien
Tel. +55 11 3701 6000
Fax +55 11 3701 6900

Asien-Pazifik

Credit Suisse
Austin Road West
Kowloon
Hongkong
Tel. +852 2101 6000
Fax +852 2101 7990

Credit Suisse
One Raffles Link
#05-02
Singapore 039393
Singapur
Tel. +65 6212 6000
Fax +65 6212 6200

Credit Suisse
Izumi Garden Tower
6-1, Roppongi 1-Chome
Minato-ku
Tokyo, 106-6024
Japan
Tel. +81 3 4550 9000
Fax +81 3 4550 9800

Vorsorglicher Hinweis zu Aussagen über die künftige Entwicklung

Dieser Bericht enthält Aussagen, die Aussagen in Bezug auf die künftige Entwicklung («forward-looking statements») im Sinne des US-Gesetzes zur Reform privater Rechtsstreitigkeiten über Wertpapiere (Private Securities Litigation Reform Act von 1995). Auch in Zukunft können wir oder Dritte in unserem Namen Aussagen über künftige Entwicklungen machen. Solche Aussagen über künftige Entwicklungen können insbesondere in Bezug auf das Folgende gemacht werden:

- unsere Pläne oder Ziele,
- unsere künftigen wirtschaftlichen Leistungen oder Aussichten,
- die möglichen Auswirkungen bestimmter Unwägbarkeiten auf unseren künftigen Erfolg sowie
- Annahmen, die solchen Aussagen zugrunde liegen.

Wörter wie «glauben», «annehmen», «erwarten», «beabsichtigen» oder «planen» und ähnliche Ausdrücke sollen Aussagen über die künftige Entwicklung kenntlich machen. Die Verwendung solcher Ausdrücke ist jedoch nicht das einzige Mittel, um solche Aussagen kenntlich zu machen. Sofern wir nicht durch anwendbare Wertpapiergesetze dazu verpflichtet sind, beabsichtigen wir nicht, diese Aussagen über die künftige Entwicklung zu aktualisieren.

Aufgrund ihrer Art beinhalten Aussagen über künftige Entwicklungen allgemeine und spezifische Risiken und Ungewissheiten; und es besteht die Gefahr, dass Vorhersagen, Prognosen, Projektionen und andere Ergebnisse, die in zukunftsgerichteten Aussagen beschrieben oder impliziert sind, nicht eintreffen. Wir weisen Sie vorsorglich darauf hin, dass mehrere wichtige Faktoren dazu führen können, dass die Ergebnisse wesentlich von den Plänen, Zielen, Erwartungen, Einschätzungen und Absichten abweichen, die in solchen Aussagen erwähnt sind. Zu diesen Faktoren gehören unter anderem:

- die Fähigkeit, eine ausreichende Liquidität aufrechtzuerhalten und auf die Kapitalmärkte zuzugreifen;
- Schwankungen der Märkte und Zinssätze und Höhe der Zinssätze;
- die Stärke der Weltwirtschaft im Allgemeinen und der Wirtschaft der Länder, in denen wir tätig sind, insbesondere das Risiko der anhaltenden langsamen Wirtschaftserholung oder eines Konjunkturabschwungs in den USA und in anderen Industrieländern im Jahr 2014 und danach;
- die direkten und indirekten Auswirkungen einer Verschlechterung oder einer langsamen Erholung der privaten und gewerblichen Immobilienmärkte;
- negative Ratingmassnahmen von Ratingagenturen in Bezug auf Emittenten von Staatsanleihen, strukturierte Kreditprodukte oder andere kreditbezogene Risiken;
- die Fähigkeit, unsere strategischen Ziele, einschliesslich Leistungssteigerung, Risikoreduktion, Kostensenkung und effizienter Kapitaleinsatz, zu erreichen;

- die Fähigkeit von Gegenparteien, ihre Verpflichtungen uns gegenüber nachzukommen;
- die Auswirkungen und Veränderungen finanzhaushalts-, geld-, handels- und steuerpolitischer Massnahmen und von Währungsschwankungen;
- politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie Krieg, Unruhen oder terroristische Aktivitäten;
- die Möglichkeit von Devisenkontrollen, Enteignung, Verstaatlichung oder Beschlagnahme von Vermögen in Ländern, in denen wir tätig sind;
- betriebliche Faktoren wie Systemausfall, menschliches Versagen oder die nicht ordnungsgemässe Umsetzung von Abläufen;
- Massnahmen von Aufsichtsbehörden in Bezug auf unser Geschäft und unsere Praktiken in einem oder mehreren der Länder, in denen wir tätig sind;
- die Auswirkungen von Änderungen von Gesetzen, Vorschriften oder Rechnungslegungsgrundsätzen oder -praktiken;
- der Wettbewerb in Regionen oder Geschäftsbereichen, in denen wir tätig sind;
- die Fähigkeit, qualifiziertes Personal zu halten und für uns zu gewinnen;
- die Fähigkeit, unsere Reputation zu wahren und unsere Marke zu fördern;
- die Fähigkeit, unseren Marktanteil zu steigern und unseren Aufwand zu kontrollieren;
- technologische Veränderungen;
- die zeitgerechte Entwicklung und Annahme unserer neuen Produkte und Dienstleistungen sowie der subjektive Gesamtwert dieser Produkte und Dienstleistungen für deren Benutzer;
- Akquisitionen, einschliesslich der Fähigkeit, akquirierte Unternehmen erfolgreich zu integrieren, sowie Veräusserungen, einschliesslich der Fähigkeit, nicht zum Kernvermögen gehörende Vermögenswerte zu verkaufen;
- der ungünstige Ausgang von Rechtsstreitigkeiten und anderen Unwägbarkeiten;
- die Fähigkeit, unsere Kosteneffizienzziele und andere Kostenvorgaben zu erreichen; sowie
- unser Erfolg bei der Bewältigung der Risiken, mit denen die genannten Faktoren behaftet sind.

Wir weisen Sie vorsorglich darauf hin, dass die vorstehende Liste massgebender Faktoren nicht abschliessend ist. Bedenken Sie bei der Beurteilung von Aussagen über die künftige Entwicklung sorgfältig die obigen Faktoren und andere Ungewissheiten und Ereignisse, einschliesslich der Informationen unter «Risikofaktoren» in I – Informationen zum Unternehmen.

Fotografie (Umschlag): Laurent Burst

Fotografie (Inhalt): Alberto Venzago

Produktion: Management Digital Data AG

Druck: Neidhart + Schön AG

Papier (Umschlag): Magno Satin, halbmatt gestrichen, FSC-Mix, 350g/m²

Papier (Inhalt): Z-Offset, Dominant Plus, matt, FSC-Mix, 90g/m²



ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 53232-1404-1002

CREDIT SUISSE GROUP

Paradeplatz 8
8070 Zürich
Schweiz
Tel. +41 44 212 16 16

www.credit-suisse.com